Baltische Monatsschrift

Herausgegeben
von
Woldemar Wulffius
Werner Hasselblatt
Max Hildebert Boehm

Schriftleiter:
Dr. Reinhard Wittram

Bibliothek d. Livo[illegible]en-
Pr[illegible]

61. Jahrgang • 1930

Verlag der Buchhandlung G. Löffler, Riga



Buchdruckerei W. F. Häcker, Riga.

Est. A
TARTU ÜLIKOOLI
RAAMATUKOGU
31209

Inhalt

I. Aufsätze

	Seite
Aldanov, M. A., Pilsudski	16
Blaese, Max von, Die Landwirtschaft Lettlands	145
Engelhardt, Dr. R. von, Um ein Weltbild	44
— Stilwandel als Zeitsymbol	160
— Konservativ-liberal in organologischer Beleuchtung	232
Erdmann, K., Die Nation im Empfinden der jungen Generation	316
Fechter, Dr. P., Dichtung und Nation	411
Freymuth Karl, Der Weg zum „Neuen Reich"	94
Frisch, Dr. H., Zur Lettlandpolitik der Sovetunion	289
— Momente der Moskauer Politik	405
— Methoden der Moskauer Diktatur	543
Girgensohn, Pastor Dr. H., Haus und Jugend	101
Greiffenhagen, Stadtarchivar O., Aus den Erinnerungen eines Revaler Justizbeamten	439
Grüner, Oberpastor Lic. V., Kirche und Gesellschaft.	352
Hasselblatt, Dr. M., Autorität und Jugend	433
Held, Syndikus W., Vereinheitlichung der Wirtschaftspolitik in den baltischen Staaten	604
Kestner, H., Russische Religionsphilosophie	366
Klau, S., Die heutige Lage des Sozialismus	585
— Der estnische Sozialismus am Scheidewege	665
Köttgen, Dr. A., Die Selbstverwaltungsidee und die Minoritäten	81
Krannhals, P., Das Erlebnis der sittlichen Weltordnung	425
Loesch, Dr. Karl C. von, Der Kampf für das Recht im Osten	1
Meyer, P., Geburten- und Bodenkrieg im deutschen Osten	109
Mickwitz, A. von, Die Landwirtschaft Estlands	297
Pesl, Prof. Dr. Ludwig O., Die Bodenreform in der Tschechei	178
Petersen, Dr. O. von, Otto Freiherr von Taube	660
„ Die Danziger Goethe-Woche	711

Seite

Rudolph, Dipl. Agr. Dr. W., Um den Schutz der lettländischen Landwirtschaft 478
Schabert, Pastor A., Sammlung und Bindung . 33
— Autonomie und Autorität 437
Schneider, Prof. Lic. Dr. C., Die Einheitsbestrebungen im Protestantismus der Gegenwart . 241
Schroeder, Dr. H., Die Wilnafrage 649
Seesemann, Dr. K., Geist und Seele als Problem der Großstadt 551
Sokolowski, Prof. Dr. P. von, Kulturoptimismus 341
Stegman, H., Um die Erneuerung des Reiches 610
Taube, Dr. Otto Freiherr von, Gedanken über Staat und Reich 172
de Vries, A., Die Entwicklung des Verhältnisses zwischen der Sovetunion und den baltischen Staaten 277
Wachtsmuth, Dr. W., Zur baltischen Ständegeschichte. 115
Wittram, Dr. R., Liberal und konservativ als Gestaltungsprinzipien baltischer Politik 213
Wrangel, Dr. G. Baron, Der russische Staatskapitalismus und der Arbeiter 717
Wrangell, W. Baron, Ausschnitte aus der estnischen Politik 1918—1920 520
Zaloziecky, Dr. W. von, Die Ständeidee in Osteuropa 253
Ein Kapitel aus den baltischen Pastorenprozessen (Erinnerungen des weil. P. Fr. Meyer) 616, 681
††, Die internationale Lage Deutschlands 307
„Die Geächteten" 738

Kleinere Beiträge

Feuereisen, Mag. A., Die baltische vorgeschichtliche Forschung und Prof. Dr. M. Ebert † 58
Reusch, W., Deutsche Studentenschaft und Preußische Staatsregierung 122
Seljamaa, J., Zur Politik der Esten in Rußland 1918, mit einer Erwiderung von Baron W. Wrangell 120
Transehe, A. von, Oskar Stavenhagen. In memoriam 571
Augustin als Erzieher. Gedenkblatt 498
Harnack und wir 501

II. Umschau

Gesicht der Zeit (Wulffius). 65
Zerfall des Baltentums in Deutschland? („) 495
Die neurasthenische Baltische Landeswehr (Wittram) 65

Seite

Der lettische Freiheitsfilm („) 199
Terror in Estland? („) 258
Die heute gebotene Front („) 322
Querschnitte durch die baltische Publizistik („) 325
Das Gewissen Finnlands („) 494
Scharfe Augen („) 495
Enttäuschung an Rußland („) 692
Bläst man zum Angriff? („) 693
Neue Richtung im „Latvis"? („) 756
Ein Franzose über Lettland („) 693
Deutsche Kunstausstellung in Riga (Dr. H. Loeffler) 62
Politisches Bankett 64
„Auslandbalten" (Th. H.) 127
Zum ersten Kongreß des Bundes deutscher Landwirte in Lettland. 198
Kulturbeziehungen im Spiegel des Drucksachenimports (H. v. S.) 258
Lettische Zeitschriften (—ll) 260
Positive Kritik an der Kirche? (V. Grüner) 262
Die neunte Tagung der Schule der Weisheit in Darmstadt (Dr. Otto Freiherr von Taube) 323
Nochmals: Zur Frage der Kritik an der Kirche (V. Grüner) 327
Völkerbundspolitik und das Paneuropa Briands (††) 377
Rückblicke eines estnischen Sozialisten (H. Laakmann) 379
Katholische Arbeit in Lettland (C. H.) 382
Zur Frage: Rußland und wir (Dr. H. Frisch) 383
Beleidigungsprozeß Dr. Edgar Jung 384
Rapallo sans rêves 492
„Der Ring" Politische Wochenschrift (H. St.) 496
Spiel um den Staat in Estland 565
Lettische Pressestimmen zum Ergebnis der deutschen Reichstagswahlen 567
August Winnigs Bekenntnis zur konservativen Idee 569
Sieben Jahre Sovetunion (A. de Vries) 631
Memelwirren (W. v. Harpe) 691
Baltischer Jahresabschluß (Roland Mettig) 755

Politische Übersichten

Lettland (***) 194, 391, 562, 742
Estland (Dr. L. von Middendorff) 189, 393, 625, 745
Berliner politischer Monatsbericht (Georg Schröder) 69
135, 201, 267, 330, 384, 504, 577, 637, 695, 748

Deutsches Schauspiel in Riga
65, 131, 264, 328, 633, 756

III. Bücherbesprechungen

Amelung, A. und Wrangell, Georges Baron, Geschichte der Revaler Schwarzenhäupter (H. W.) 517
Böm er, K., Bibliographisches Handbuch der Zeitungswissenschaft (Hans Keeding) 141

Seite

Daniloff, J., Großfürst Nikolai Nikolajewitsch (Wulffius) 702
„Die Letten" (Wulffius) 644
Die moderne Kunstphilosophie und Broder Christiansens Buch „Das Gesicht unserer Zeit" (Max v. Brisk orn). 583
Die Rechte des Deutschen Reichspräsidenten nach der Reichsverfassung (H. St.) 337
Deutsches Leben im alten St. Petersburg (Senator R. v. Freymann) .
Erdmann, Karl, Frankreich (Wittram) 142
Ethnopolitischer Almanach (Wulffius) 512
Fülop-Miller, R., Macht und Geheimnis der Jesuiten (Werner Bergengruen) 75
Gahlnbäck, J., Zinn und Zinngießer in Liv-, Est- und Kurland (Dr Heinz Loeffler) 519
Genealogisches Jahrbuch (Voranzeige) 143
Grüner, B., Die geistigen Motive kirchlicher Gemeinschaftsbildung (Hermann Poelchau) 208
Heyking, A. Baron, Les principes et la practique des services consulaires (Kr.) 338
Heyking, A. Baron †, La conception de l'État et l'idée de la cohésion ethnique (Kr.) 339
„Im Dienste der Heimat." Erinnerungen des Freiherrn Eduard v. Dellingshausen (Voranzeige) 142
Junckerstorff, Das Schulrecht der deutschen Minderheit in Polnisch-Oberschlesien nach dem Genfer Abkommen (Dr. W. Wachsmuth) 274
Kindermann, H., Lenz und Goethe (Dr. O. v. Petersen) 706
Mühlmann, C., Deutschland und die Türkei 1913—1914 (Wulffius) 704
Müller, J. H., J. M. R. Lenz' Coriolan (Dr. O. v. Petersen) 707
Revaler Ahnentafeln (Dr. A. v. Transehe-Roseneck) 78
Schmidt, A. von, Zur Geschichte der Familie Schmidt und von Schmidt in Deutschland, Ösel, Livland, Estland und Rußland (H. W.) 275
Stegemann, H., Erinnerungen aus meinem Leben und aus meiner Zeit (H. St.) 511
Stepun, F., Die Liebe des Nikolai Pereslegin (Mag. P. Bokowneff) 76
Transehe, Dr. A. v., Genealogisches Handbuch der livländischen Ritterschaft. Eine Selbstanzeige 398
Volck, A., Verklingende Zeiten? (Wulffius) 513
Volkmann, E, Chodowiecki und Goethe (Dr. O. v. Petersen) 706
Weiß, H. und Johansen, P., Bruchstücke eines niederdeutsch-estnischen Katechismus (Dr. A. Bauer) 515
Zur Vorbereitung der Gesamtausgabe von Hamans Werken 708
Aus deutschen Zeitschriften 80
Von der Schriftleitung 143, 340, 520
An unsere Leser 709

Der Kampf für das Recht im Osten

Von Karl C. von Loesch

Rede, gehalten am 6. Dezember 1929 beim Jahresessen des Deutschen Herrenklubs in Berlin.

Wenn Sie heute einen Mann der volksdeutschen Bewegung zum Redner über den „Kampf für das Recht im Osten" bestellt haben, so erwarten Sie, daß er von Minderheitenfragen sprechen wird im Völkermischgebiet zwischen dem Finnischen Meerbusen im Norden und dem Schwarzen, dem Ägäischen und dem Adriatischen Meere im Süden, zwischen dem geschlossenen Siedlungsgebiet der Deutschen und dem der Großrussen, in jenem berühmten, von Völkerproblemen erfüllten Teufelsgürtel, in dem Völkermischung und Verzahnung der Regelfall sind und der zur Schicksalszone Europas wurde, seit die Völker erwachten und ihrer selbst bewußt wurden, seit sie sich als Volkspersönlichkeiten fühlen und entsprechende Persönlichkeitsrechte für sich in Anspruch nehmen. Und Sie sind darauf gefaßt, daß er Ihnen Klagen über Klagen und, was noch ärger ist, daß er verzwickte Spezialfragen vortragen wird. Ich verspreche, es schonsam zu tun und mich nur auf Beispiele zu beschränken und auf die großen allgemeinen Linien. Am Allgemeinen will ich auch beginnen.

Wir leben im Zeitalter der Verständigung der Staaten, — ein schöner Gedanke. Allen, mögen sie daran beteiligt gewesen sein oder nicht, liegt ja der Weltkrieg noch in den Gliedern. Mit Recht treibt die Sorge vor der Wiederkehr kriegerischer Zeitläufte zu Vorbeugungsmaßnahmen verschiedener Art. Man sehnt sich nach rechtlichen und wirtschaftlichen Abmachungen, die den Frieden sichern sollen. Das gilt für Siegerstaaten und besiegte, für neutrale und für solche, die erst gegen Ende oder nach dem Weltkrieg entstanden sind. Ich darf also, was vielleicht erstaunlich ist, hier eine Einmütigkeit der europäischen Staaten im Ziele feststellen. Sieht man freilich näher hin, so löst sie sich rasch auf. Im Wirtschaftlichen erscheint zwar die gemeinsame Basis breiter, wenn auch keineswegs ausreichend, im Politisch-rechtlichen aber läuft sie mehr auf einen

Gleichklang der Worte hinaus. Das Recht auf ungeschmälerten Besitz des Erworbenen — ich habe nicht nur gewonnene Landstriche, sondern auch eine Fülle von anderen Rechten im Auge, von denen noch zu reden sein wird — wollen die Gesättigten gesichert wissen. (Der Ruf nach Sicherheit kommt meist von waffenstarrenden Siegern! Sie soll verbürgt werden durch gemeinsame neue Schwüre.) Die anderen aber wünschen ein gleiches Recht für alle, das Aufhören von Benachteiligungen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Es geht aber heute nicht nur um Staaten und ihre Regierungen, sondern um die Völker Europas. Wenn ich im Eingangssatz sagte, daß diese heute ihrer selbst bewußt geworden sind, so gilt das nicht nur für die jungen Völker, die erst jetzt zur Staatlichkeit vorgedrungen sind, sondern auch für ein so altes Volk wie das deutsche. Erst in Krieg und Zusammenbruch hat es sich selbst erkannt. Ja, es hat sich nicht selbst entdeckt, sondern aus gemeinsamem Leid, aus dem Duldenmüssen der Handlungen anderer ist es am spätesten unter allen erwachten Völkern der Erde seiner selbst bewußt geworden, sind die verlorengegangenen Nervenstränge nachgewachsen, auf denen sich der Schmerz über ein irgendwo begangenes Unrecht von der Peripherie bis ins Zentralnervensystem fortpflanzt. Es ist aber auch nicht das einzige leidende Volk, andere stehen heute mit ihm auf des Glückes Schattenseite: Ungarn, Ukrainer und Bulgaren, um nur die größeren Völker zu nennen. Vieles von dem für die Deutschen zu Sagenden gilt auch für diese. Es ist nicht so, daß Leid und Freud Europas nach Sprach- oder nach Rassengruppen in zwei Lager zerfällt, sondern quer über die wissenschaftlichen Einteilungen geht die Scheidelinie von Schatten und Sonne, von Joch und Freiheit.

Das Mißliche der heutigen europäischen Zustände ist kein Geheimnis, sondern es beschäftigt die öffentliche Meinung aller Staaten. Ich spreche hier nicht von der Enttäuschung jener, deren Appetit noch viel größer war, die noch lange nicht genug Länder bekommen haben, von dem Groll der beim Streite um die Beute Benachteiligten. Sondern ich möchte auf den Katzenjammer derer hinweisen, welche erkannten, daß die Befriedung eines Erdteils nicht nur im Zerschlagen historischer, politischer und wirtschaftlicher Einheiten bestehen kann.

War die Auflösung des europäischen Anteils der ottomanischen Monarchie im 19. Jahrhundert von verhältnismäßig geringen wirtschaftlichen Nachteilen begleitet gewesen, da die Zustände an und um den Balkan in manchem Sinne noch mittelalterlich waren, so

brachte die Zerschlagung der österreichisch-ungarischen Monarchie und die Auflösung der Ostlande des Reiches und der Westlande des Zarenreiches mit ihrer gewaltsamen Zerschneidung auf das feinste aufeinander abgestimmter Wirtschaftsgebiete die gröbsten Unzuträglichkeiten mit sich. Wurden doch keine neuen Wirtschaftseinheiten geschaffen, sondern es traten zahlreiche politisch und wirtschaftlich isolierte Staaten an die Stelle des Gewordenen, Staaten, die merkantilistischen Idealen nachgingen, möglichst viel ausführen, aber möglichst wenig einführen wollten und sich dementsprechend zur Förderung einer nur in den Anfängen steckenden und kaum entwickelten Industrie mit gewaltigen Hochschutzzollmauern umgaben. Ein Mitglied des englischen Parlaments, Sir Clive Morrison-Bell, hat sie in sehr anschaulicher Weise figürlich dargestellt. Handel und Wandel stockte, die vergewaltigte Wirtschaft schwand immer mehr dahin, und die wirtschaftlichen Wunden, die der Weltkrieg allen geschlagen hatte, wollten nicht verheilen. Man schloß wohl Handelsverträge ab, nahm ab und zu ausländische Kredite auf, man bemühte sich sogar gelegentlich um größere Zusammenschlüsse. Heute, elf Jahre nach dem Weltkrieg, können wir aber feststellen, daß befriedigende Lösungen in keiner Weise gefunden worden sind.

Die Franzosen waren die ersten, welche bemerkten, daß man mit der Zerstörung auch der wirtschaftlichen Einheit der österreichisch-ungarischen Monarchie eine Riesendummheit gemacht hatte, und sehr bald fingen sie an, wenigstens theoretisch, ihren Verbündeten, den Tschechen, Rumänen und Südslaven, den Gedanken einer Donaukonföderation als praktisch zu empfehlen. Träger dieser Idee, die wenigstens wirtschaftlich die vergangene Donaumonarchie wiederherstellen sollte, waren anfänglich die sogenannten altösterreichischen Kreise, die anfangs hauptsächlich in den Wirtschaftskreisen der Republik Deutsch-Österreich und Rumpfungarns Unterstützung fanden. Prag, Bukarest und Belgrad lehnten aber schroff ab. Standen sie doch unter der suggestiven Furcht vor der Rückkehr des eben vernichteten Habsburgerreiches. Seither sind eine Reihe von Jahren ins Land gegangen, und vieles hat sich geändert. Frankreich protegiert immer noch einen solchen Plan, und Prag empfiehlt seit einigen Jahren, freilich unter einem neuen Namen, den gleichen mitteleuropäischen Zusammenschluß unter Ausschluß des Deutschen Reiches, dafür aber unter politischer Führung der Kleinen Entente. Jetzt will man aber gerade deswegen weder in Ungarn noch in Österreich etwas davon wissen; Seipel hat als Bundeskanzler nach der Buka-

rester Konferenz der Kleinen Entente eine höfliche, aber entschiedene Absage erteilt. So stocken heute alle mitteleuropäischen wirtschaftlichen Pläne, gleichviel aus welchem Lager sie kommen. Es fehlt die wirkliche Bereitschaft, weil ungelöste politische Fragen trennend dazwischen stehen, obwohl ein wirtschaftliches Bedürfnis für einen größeren Zusammenschluß vorhanden ist.

Wichtiger sind schon manche Ergebnisse der Genfer Weltwirtschaftskonferenz und der Tagung der internationalen Pariser Handelskammer, welche nicht so stark politisch vorbelastet sind, sondern grundsätzlich das Recht des Nachbarn gegenüber einer schematisch angewendeten Meistbegünstigungsklausel betonen.

Ich darf jetzt kurz einen Blick auf die mehr politischen Bestrebungen, ein neues Rechtssystem in Europa zu schaffen, werfen. Da steht schillernd und blank poliert, uns allen bekannt, der so geschickt in die Welt geworfene Paneuropa-Plan eines halb österreichisch-ungarischen, halb ostasiatischen Grafen. Wir sollten ihn bei allen Bedenken, die auch ich diesem Plane gegenüber zum Ausdruck bringen werde, doch ohne vorgefaßte Meinungen betrachten. Es ist ein Verdienst Coudenhove-Kalergis, die Trommel gerührt und auf das Mißliche der heutigen europäischen Zustände hingewiesen zu haben, auf die inneren und die äußeren Gefahren, die von Amerika unserem Erdteil drohen, eben verschuldet durch die eigene Uneinigkeit. Es ist ferner ein Verdienst des Grafen Coudenhove-Kalergi, nachgewiesen zu haben, daß es unwahrscheinlich ist, daß der erdumspannende Genfer Völkerbund die Sammlung und Kraft finden wird, die großen und nach meiner Meinung auch unbedingt notwendigen Reformen der rechtlichen und wirtschaftlichen Zustände in Europa von sich aus durchzuführen. Das möchte ich bitten ganz unbefangen anzuerkennen. Wenn wir freilich die einzelnen Elemente der Kritik Coudenhoves und vor allen Dingen seine sinnfällig einfachen, aber utopischen Gegenvorschläge betrachten, so klaffen seine und meine Meinung weit auseinander. Coudenhove weiß ganz genau, welche Staaten und Räume sein Paneuropa in Europa zusammenfassen und in anderen Erdteilen beherrschen soll. Er schloß ursprünglich England aus und Sowjetrußland. England, weil es eine Insel ist und der Kern des überseeischen britischen Empires, Rußland nicht bloß wegen seiner asiatischen Ausdehnungen, sondern vor allem, weil es die westeuropäische Demokratie ablehnt. Denn — und hier kommen wir zu dem Kern der Coudenhoveschen Ausführungen — Paneuropa soll ein Bund demokratisch regierter Staaten

sein, die Formaldemokratie das Kriterium der Würdigkeit, diesem Bunde anzugehören. Coudenhove unterschätzt die Schwierigkeiten, fast 30 Staaten zu einer politischen und wirtschaftlichen Einheit zusammenzufassen und um sie das Band einer Zollunion zu schlingen, nicht. Aber er wertet sie auch nicht richtig. Er unterschätzt die Imponderabilien — die Unzufriedenheit der Völker mit ihrem heutigen Schicksal —, wenn er sagt, die Hauptsache sei, Grenzänderungen nicht zu fordern. Er legt daher das Vertragswerk der Pariser Vororte als Ganzes zugrunde und verkündet: ist erst einmal die paneuropäische Union da, so wird für die Minderheiten die magna charta libertatis verkündet; — was das ist, sagt er nicht. Grenzänderungen brauche man ja nicht mehr, da die bisherigen Staatsgrenzen bloß noch Verwaltungsgrenzen sein würden. Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube, daß die Staaten und die in ihnen herrschenden Völker ihre eingefleischten Unterdrückungsgewohnheiten dann auf einmal aufgeben werden. Aber ich stelle fest, daß das „Bedürfnis zu glauben" in Europa und in Deutschland offenbar recht groß ist. Zahlreiche Menschen, nicht nur schlechte Patrioten, nicht nur solche, die nicht voll in einem Volkstum verankert sind, haben, bezaubert von der Verkündigung des nunmehr anbrechenden tausendjährigen Reiches, begeistert zugestimmt.

Es hat erstaunlich lange gedauert, ehe die Staatsmänner des anderen Lagers gemerkt haben, welch glänzender Sukkurs ihnen damit von den Paneuropäern aus Wien zur Sicherung des 1919 Gewonnenen gebracht wurde und wie leer das Wort der magna charta libertatis für die Minderheiten ist. Heute wissen sie es — daher prangen weitberühmte Namen an der Spitze der Briefköpfe der Paneuropäischen Union. Immerhin scheinen Briands Vereinigte Staaten von Europa, von denen man noch nicht viel mehr als den Namen erfahren hat, noch viel realistischer als Machtsicherung gedacht und in ihrem Rechtsgehalt noch magerer ausfallen zu sollen.

Es gibt auch sozialistische Pläne gleichen Namens. Woytinski hat ein mit reicher Statistik versehenes Buch darüber veröffentlicht. Es ist aber im übrigen dürftig, Woytinski hat zu viele Parteischeuklappen; sieht er doch im Freiheitsstreben der Völker letztlich nur chauvinistische Auswüchse ohne wesentliche Bedeutung. Darum kann man darüber hinweggehen. Von der abendländischen Bewegung werde ich später sprechen.

Die einzige Theorie, mit der man sich ernsthaft auseinandersetzen kann, ist heute noch die paneuropäische. Gegen sie kann man

vielerlei einwenden. Zunächst vom geopolitischen und geschichtlichen Standpunkte aus. Noch nie ist von 28 Staaten, in denen mehr als 20 verschiedene Sprachen gesprochen werden, auf einen Schlag ein solcher Staatenbund geschlossen worden. Das wird also auch diesmal nicht auf einmal gehen, sondern schrittweise vollzogen werden müssen. Alle großen Bünde — und wir haben kein echtes Analogon — sind langsam gewachsen. Zudem ist das Interesse der randlich gelegenen an einer solchen Vereinigung, die doch ein starkes Opfer an Souveränität bedeutet, viel geringer, wie bei den Staaten der Mitte ohne natürliche Grenzen. Skandinavien verhält sich in wirtschaftlicher Beziehung zu dem europäischen Festland wie England. Das heißt, fast der ganze Warenaustausch vollzieht sich auf dem Meere, und die meerumflossene iberische Halbinsel bezieht nur einen kleinen Teil ihrer Fremdwaren mit der Eisenbahn. Zwei Linien zwängen sich zwischen dem Meer und den Pyrenäen hindurch, und neuerdings überschreitet ein für den Wirtschaftsverkehr ganz unbedeutendes Bähnchen die Höhe dieses völkertrennenden Gebirges. Ähnliche Erwägungen gelten für die südlichen Halbinseln. Eine Konzentrationsbewegung muß irgendwo einen oder mehrere Kerne finden, sie muß um diese wachsen, wie ein Kristall. Das ist ein politisch-biologisches Gesetz.

Der Raum aber, der nach Neuordnung schreit, ist der der großen Völkermischung, die ich eingangs schilderte. Es ist das weite Gebiet ohne natürliche Grenzen im Osten und Südosten. Die Karpathen und Alpen mit ihren niederen und leicht überschreitbaren Pässen können heute kaum mehr als innere Grenzen dieses Gebietes gelten, Flüsse erst recht nicht. Hier liegt die wirkliche Aufgabe. Wo die Not am größten ist, wird auch die Lösung gefunden werden müssen. Diese Lösung muß daher nicht nur die großen wirtschaftspolitischen Probleme anpacken, sondern sie darf gerade auch die politisch-rechtlichen Probleme nicht umgehen. Sie muß Europa aus diesen Schwierigkeiten erlösen schon um der wirtschaftlichen Notwendigkeiten willen, oder alles bleibt nur Worte. Damit sind wir beim Herzstück dieser Gedankengänge. Es geht letztlich darum, Klarheit darüber zu schaffen, ob es notwendig ist, mit der gesamten europäischen Entwicklung, die seit dem Ende des Mittelalters auf immer weitere Atomisierung dieses Erdteiles heraustief und die nur noch Eigenrechte betonte, entgegengesetzte Wege einzuschlagen und gemeinsame Rechtssätze zu suchen. Und das scheint unvermeidbar.

Warum ist die Feindschaft der Völker unseres Erdteils elf

Jahre nach dem Weltkriege nicht geringer geworden, sondern gewachsen? Warum erscheinen die Volksprobleme unlösbar? Weil befriedigende höhere Rechtssätze fehlen, weil rohe Gewalt herrscht. Ich erinnere hier einerseits an den zwischenstaatlichen Wilnastreit, an das Korridorproblem, das oberschlesische, an die Frage der Slovakei, an die bessarabische, an die siebenbürgische, die Dobrudscha- und die makedonische Frage: alles drohende Brandherde. Ich erinnere andererseits an den innerstaatlichen Völkerhader, sowohl an die ungelöste Minderheitenfrage, als auch an die Gegensätze in den Staatsvölkern im Kampf um Unifikation zwischen Tschech und Slovak und unter den südslavischen Stämmen, der letztlich die gleiche Quelle hat. Die Antwort kann nur lauten: weil wir noch immer völlig falsche staatliche Ideale in Europa haben und aus diesen Idealen heraus unzweckmäßige Staatsauffassungen und Staatsformen, die den Kampf der Staaten miteinander und der Völker im Staate vertiefen, weil wir Ideale entwickelt haben, die Ostmitteleuropa nicht zur Ruhe kommen lassen. Sie entstanden in längst vergangenen Zeiten, als das völkische Problem noch garnicht aufgetaucht war, und sie entsprechen den Zuständen der tatsächlichen Völkermischung in keiner Weise. Sie sind unmodern und unpraktisch. Öffnen wir doch unsere Augen, ziehen wir aus dem Geschauten praktische Folgerungen und werfen wir dann Überlebtes fort!

Ich sehe den ersten Fehler in dem falschen Anspruch der Staaten auf Omnipotenz. Das ist das Erbe des Barockzeitalters. „L'état c'est moi", sagte Ludwig XIV Damals begann schüchtern der Zentralismus, indem er das Recht der Teile, der Gruppen im Staate erfolgreich bestritt. Die französische Revolution gab noch viel Böses dazu. Sie stellte ein Normalideal des Staatsbürgers auf, der durch Gesetz und Schule gleich, d. h. einheitlich gemacht werden sollte. Es war eine mißverständliche Folgerung aus den eben verkündigten Menschenrechten. Alles Andersgeartete verfiel der Unterdrückung, denn es konnte ja dem Idol der „république une et indivisible", des einheitlichen, politisch-seelisch ungegliederten Staatswesens gefährlich werden. Die Entwicklung des Parlamentarismus im 19. und 20. Jahrhundert tat dann noch das Ihrige dazu, um die Verhältnisse erst recht zu verwirren. Es ist der Glaube an die Zahl, an das Recht der Mehrheit, einer Minderheit Gesetze vorzuschreiben. Der Rechtspositivismus unserer Tage verwechselte dann Recht mit Gesetz, mit formal „richtig" zustandegekommener Gesetzesvorschrift. Der europäische Rechtsgedanke schwand immer

mehr, jede sittliche Norm, für die unsere Vorfahren noch ein lebhaftes Gefühl hatten, und damit die Verantwortung vor der Allgemeinheit, Unwägbarkeiten, die doch sehr schwer wiegen und welche die abendländische Bewegung mit Recht heute beleben will. Auch Hellpach, der in einem ganz anderen Lager steht, hat vorgestern erst in einem Vortrage gerade auf die europäische Gesinnung und Verantwortungsstellung den größten Wert gelegt und die Paneuropäer, die dies nicht sehen wollen, in Grund und Boden kritisiert. Die Folge ist eine völlige Verwilderung des Rechtsgefühls. Alles, was solche Mehrheiten beschlossen haben (und beinhaltet es auch offensichtliches Unrecht), wurde eben kraft des Beschlusses der gesetzgebenden Körperschaften geltendes Recht.

So unterdrückt der immer höher gesteigerte nationale Individualismus gänzlich das Zusammgehörigkeitsgefühl der Völker Europas, der Völker des gleichen Raumes. Er erschlägt die letzten Reste einer Gemeinverantwortung. Er kapselt die Staaten, dank der Lehre von der vollständigen Souveränität und der Entschließungsfreiheit der Staaten, voneinander ab; auch die kleinsten können sich — theoretisch wenigstens — mit Mauern von beliebiger Höhe umgeben und nach Gutdünken in ihnen schalten und walten. Was dort geschieht, ist schlimm, und es geschieht noch dazu mit der theoretischen Billigung der öffentlichen Meinung Europas — wenn es schon oder noch so etwas gibt. Es ist heute so weit gekommen, daß es als Recht, ja sogar als Pflicht angesehen wird, Angehörige anderer Völker zu entnationalisieren, sei es mit den kulturellen Mitteln der Schulen, sei es durch sonstigen Zwang. Ebenso wurde es für richtig gehalten, die Angehörigen anderer Völker wirtschaftlich zu schwächen, ja vielfach sie zu berauben. Man hat dies in vielen Staaten Bodenreform genannt. Man nahm Grund und Boden den Angehörigen solcher Nationen, die nicht zum führenden Staatsvolk gehören, ohne oder unter völlig unzureichender Entschädigung und verteilte ihn nur oder fast nur an Angehörige des Staatsvolkes. Ja, wir haben noch jüngst erlebt, elf Jahre nach dem Weltkrieg, daß Angehörige eines Truppenkörpers, der die Heimat befreit hat, in der Landverteilung nachträglich wieder schlechter gestellt wurden, letztlich doch nur, weil sie nicht zum Staatsvolke gehörten, sondern zu einer Minderheitsnation. Ich sage das nicht, um anzuklagen, sondern um das Erschreckende der geistigen Zustände in Europa, das Schwinden jedes natürlichen Rechtsbewußtseins zu beleuchten. Ich werde es, wenn auch natürlich nicht entschuldigen, so doch noch näher zu erklären versuchen.

Hier muß man zurückgreifen. Die parlamentarische Demokratie ist entstanden in Zeiten, als die Minderheitenfrage kein Problem war. Der einzige alte Staat in Europa, in dem vier Völker: Deutsche, Franzosen, Italiener und Rhätoromanen friedlich miteinander leben, zugleich die älteste Demokratie, hat den Parlamentarismus niemals übernommen: die Schweiz ist aber auch völlig fern dem modernen Zentralismus und seiner staatlichen Omnikompetenz. Ich will hier, weil ich mich bemühe, innerpolitische Verhältnisse nicht zu berühren, Sie ausdrücklich bitten, das, was ich gesagt habe, nicht auf innerdeutsche Zustände unmittelbar anzuwenden: im Streit um Zentralismus oder Dezentralisation, um Parlamentarismus oder andere Regierungsformen. Ich beschränke mich darauf, die Folgen in den Völkermischstaaten aufzuzeigen, und stehe nicht an zu erklären, daß es weit erträglicher ist, vergewaltigt zu werden von eigenen Volksgenossen, die in kulturellen, wirtschaftlichen, sozialpolitischen oder anderen Fragen anderer Meinung sind, als durch Angehörige eines fremden Volkes, das die Mehrheit bildet. Ich will damit nicht sagen, daß das geradezu ein Glück wäre. Die heutige Staatslehre wirkt sich praktisch im Völkermischgürtel so aus, daß die Versuchung für das Mehrheitsvolk ganz außerordentlich groß ist, seine Macht zu mißbrauchen, da die einer Reihe von Staaten auferlegten Minderheitenschutzverträge praktisch denen wenig nützen, die geschützt werden sollten, dank laxer Handhabung durch den Völkerbund und schwerer Gebresten, die diesem seit seiner Gründung anhaften. Die nötigen Korrekturen fehlen also oder wirken nur viel zu langsam. Dazu kommt: die Minderheiten geraten oft im innerpolitischen Kampf der verschiedenen Parteien des Staatsvolkes zwischen zwei Feuer. Man will eine Regierung stürzen und leitet darum ein Volksbegehren ein, das die Instinkte der Masse aufpeitscht ganz ohne Rücksicht darauf, welcher außenpolitische Schaden auch dem staatsführenden Volke dadurch zugefügt wird. Alle Parteien richten sich nun einmal nach ihren Wählern, und die Begehrlichkeit der Wähler führt oft zu schwersten Ungerechtigkeiten.

So stehe ich nicht an zu sagen, daß die heute in Europa herrschende Staatsauffassung, die moralisch unhaltbar ist, politisch unzweckmäßig und in ihren Begründungen völlig veraltet, Schuld trägt an dem tiefen Unfrieden, Schuld trägt aber auch an der Unmöglichkeit, wirtschaftlich zu erträglichen Verhältnissen zu gelangen. Der Kampf für eine wirtschaftliche Gesundung Europas muß also auch — und das hat Coudenhove in seiner Oberflächlichkeit völlig übersehen —

der Kampf um ein besseres Recht sein. Der deutsche Abgeordnete im estländischen Parlament Hasselblatt hat mehr als einmal von der Notwendigkeit einer europäischen Rechtshygiene gesprochen, als der Voraussetzung zu jeder Besserung der Zustände. Ich mache mir dies zu eigen und möchte allen denen zurufen, die so etwas als unpraktisch oder belastend ansehen, daß die Abkehr von der rechtlichen Verwilderung Europas der erste Schritt zu einer wirklichen Realpolitik, zur Gesundung der Gesamtwirtschaft und daß ein Weiterwursteln ohne Grundsätze leichtfertig, utopisch und sehr kostspielig ist.

Seit dem Weltkrieg ist nirgendwo in Europa das Privateigentum, das doch die Grundlage unseres wirtschaftlichen Unterbaues ist, gesichert, weder bei uns, noch bei anderen Völkern; das spüren Sie täglich in Ihrem Wirtschaftsleben. Der Anfang der Rechtsverwilderung ist freilich nicht auf dem europäischen Festlande gemacht worden. Weder von den Russen, noch von den Franzosen, geschweige denn von einem der kleineren Völker. Zu ihrer Entlastung müssen wir uns klar machen, daß England 1914 begann mit Raub und Vernichtung des deutschen Privateigentums. Es ist daher auch kein Zufall, daß gerade England heute in den Fragen der Rückgabe Schwierigkeiten macht. Ein noch übleres Beispiel aber haben die Bolschewisten mit ihrer entschädigungslosen Aufteilung allen Grundbesitzes gegeben, und diesem sind zahlreiche andere Staaten gefolgt. Sie haben damit nicht nur ein alleuropäisches Rechtsgut verletzt, den Deutschen, den Ungarn und Angehörigen anderer Völker unsagbaren Schaden zugefügt, sondern auch die politisch-ethischen und wirtschaftlichen Grundlagen ihrer neugegründeten Staaten gefährdet. (Österreich schlug, das sei als Gegensatz hervorgehoben, im Burgenland ein solches Verfahren nicht ein, sondern es kaufte jüngst erst zur Bodenverteilung zwei Güter eines Ausländers an.) Denn der Ackerboden, der jahrhundertelang in der Hand kulturell verhältnismäßig hochstehender Besitzer lag, gibt unter den neuen Verhältnissen eine viel schlechtere Rente, so daß die Erträgnisse des Ackerbaus zurückgegangen sind und die wirtschaftlichen Grundlagen der Staatswirtschaften und -haushalte schwere Erschütterungen erfahren haben. Weitere Folgen sind eine moralische Herabminderung vor aller Welt, das eigene schlechte Gewissen, die Gefährdung von Volksgenossen im Auslande und endlich das Sinken des Rechtsgefühls im eigenen Staate. So wie ich überzeugt bin, daß sich an England sein Bruch des Privatrechtes noch einmal rächen kann, so sehe ich diese Rache in Ostmitteleuropa zum Teil bereits eingetreten. Aber es handelt sich nicht nur um Wirtschaftliches.

Es gibt Staaten, die nur auf diesem Gebiete gefehlt haben, auf kulturellem aber nicht. Andere sind auf wirtschaftlichem Gebiet einwandfrei; sie begehen ihre Hauptsünden auf kulturellem. Dritte fehlen auf beiden. Hier könnte ein feingegliedertes Verzeichnis von Verfehlungen aufgestellt, könnten entsprechende Klagen angefügt werden. Ich muß aus Zeitmangel darauf verzichten; nicht aber, weil man dagegen einwenden könnte, wir Deutschen hätten nicht das Recht, solche Urteile zu fällen; denn als wir noch in der Macht dazu gewesen wären, hätten wir es gerade so gemacht. Ja, die Lobpreiser der Pariser Vorortverträge weisen darauf hin, gewiß sei heute nicht alles in Europa in Ordnung, aber die Zahl der Minderheiten habe sich immerhin von hundert Millionen auf vierzig vermindert, es sei also eine Besserung zu verzeichnen. Diese Behauptungen bedürfen der Korrektur. Nichts liegt mir ferner, als die Maßnahmen deutscher, ungarischer oder russischer Politik der Vorkriegszeit reinzuwaschen. Aber die Behauptung, daß die Zustände im ganzen genommen besser geworden seien, ist ebenso genommen nicht nur unwahr, sondern sogar unehrlich. Zunächst sind auf wirtschaftspolitischem Gebiet Enteignungen ohne Entschädigung überhaupt nirgendwo vorgekommen; man hat nach deutschem Gesetz sogar übervoll in den vier Fällen, in denen das Enteignungsgesetz zur Anwendung kam, entschädigt. Die Polen in Preußen und die Deutschen in Ungarn haben keinen Grund gehabt, über wirtschaftliche Benachteiligung zu klagen. Die Summe des Leidens ist ganz außerordentlich gesteigert gegenüber der Vorkriegszeit. Überhaupt ist eine Zahlengegenüberstellung verfehlt. Die Untertanen der Kaiserreiche waren viel besser daran als die heutigen Minderheiten gegenüber rücksichtslos sich der Omnipotenz der Staaten gleichsetzenden Mehrheiten in parlamentarischen Demokratien.

Nein, die Engräumigkeit der neuen Staaten, die Kleinheit der Verhältnisse stachelt die Begehrlichkeit besonders an, die Vermehrung des Beamtenheeres drückt und die Häufigkeit des Wählens verschärft die Verhältnisse. Wer es ernst meint mit der Gesundung der Dinge in Europa, der darf nicht vor all diesem Unrecht, das wir von Südtirol bis herauf zur Ostsee, von der Adria bis zum Schwarzen Meere feststellen können, wie Coudenhove beschönigen, sondern die Dinge offen beim Namen nennen und muß auf Abhilfe sinnen. Dazu gehört zunächst die Feststellung der Tatbestände und ihre Beurteilung. So sehr vom Standpunkte europäischer Befriedung auch ein deutsch-polnischer Ausgleich erwünscht erscheint, wenn er von beiden Seiten

ernst gemeint wird, so bedenklich ist es, daß man ohne weiteres einen Strich machen soll unter das Unrecht der Bodenreform, der Liquidationen und der sogenannten Diebstahlsgesetze, zu all der politischen Unmoral, welche anfing mit der territorialen Lösung der Korridorfrage und der Wegnahme Wilnas und nicht aufhörte bis zum heutigen Tage. Dem europäischen Standpunkte kann gleichgültig sein, auf wessen Seite die wirtschaftlichen Vorteile solcher Finanzabkommen größer sind. Sicher ist ein deutscher Standpunkt vertretbar, der ohne Kleinlichkeit Versöhnungswillen zeigt, und es ist vielleicht auch klug, den Polen an der Ehre fassen zu wollen und ihm in einem gewissen Rahmen Vertrauen entgegenzubringen. Aber vom europäischen Standpunkte aus gesehen ist jedes Weichwerden in der moralischen Position ein Aufhalten der endlichen Gesundung dieses Erdteils durch eine Entlastung Polens von einer durch nichts zu rechtfertigenden Raubpolitik des letzten Jahrzehnts.

Sie werden vielleicht sagen, daß es leicht ist zu kritisieren, und schwer, es besser zu machen; daß es fast unmöglich ist, aus den Verschlingungen der Vergangenheit herauszukommen und Lösungen zu finden für die tatsächlichen Schwierigkeiten, die die starke Völkermischung bietet. Ich bin nicht so pessimistisch. Was vor elf Jahren fehlte, als Europa angeblich nach dem Recht der Selbstbestimmung neu geordnet werden sollte, waren klare Rechtssätze. Wilson, der mit dem Selbstbestimmungsrecht den größten moralischen Erfolg erzielt hat, den je ein Amerikaner in Europa hatte, hat sie nicht aufgestellt; dazu fehlte ihm schon eine klare Vorstellung der tatsächlichen Zustände dieses Erdteils. Überdies war er nicht in der Lage, seinen Willen, seine Grundsätze anderen Staaten gegenüber durchzusetzen. Eine moderne Fassung seiner Ideen muß das Recht der Volkspersönlichkeiten klar umreißen und mag etwa wie folgt lauten:

Jedes Volk in Europa soll das Recht haben auf einen eigenen Staat für das geschlossene Siedlungsgebiet, und für diejenigen seiner Volksgenossen, die außerhalb dieses eigenen Staates wohnen und Bürger fremder Staaten sind, soll das Recht der Selbstverwaltung international (als Teilgut des Völkerrechtes) und verfassungsmäßig anerkannt werden, so daß der Lebensraum vor Zugriffen schwankender Parlamentsmehrheiten ein für alle Mal gesichert ist. Was bedeutet das für die kleineren und mittleren Völker des nahen Ostens? Eine Anerkennung ihrer Staatlichkeit. Ich möchte als Deutscher ausdrücklich darauf hinweisen, daß die Vorbereitungen zur Eigenstaat-

lichkeit der jungen Völker nicht erst aus dem Pariser Vertragswerk stammen, sondern schon in Brest-Litowsk gelegt worden sind, und daß die mit Recht viel umstrittene Gründung des polnischen Staates nicht durch Franzosen und Engländer geschah, sondern durch die Mittelmächte.

Solche allgemeinen Rechtsmaximen soll man, da sie das Recht der Volkspersönlichkeiten umreißen (und gewissermaßen ein Gegenstück zu den „Menschenrechten" sind), als tragende Richtlinien hinstellen; wir bedürfen allgemein anerkannter Rechtssätze, aus denen alle europäischen Neuordnungsbestrebungen aufwachsen können. Diese werden fraglos Einschränkungen der heute völlig — wenigstens in der Theorie — unbeschränkten Souveränität aller Staaten mit sich bringen, die sich an einem gemeinsamen Neubau Europas beteiligen. Aber sind nicht auch die Rechte des einzelnen zugunsten einer Gemeinschaft in jedem Staatswesen stark eingeschränkt? Diese Beschränkung wird dem einzelnen Staate auferlegt zugunsten der Erhaltung der Gemeinschaft, und diese Gemeinschaft ist eben europäisch. Das sehen auch die Paneuropäer.

Es ist klar, daß eine solche Zusammenarbeit der Völker am besten auf wirtschaftlichem Gebiete begonnen wird, und daß es die nächsten Nachbarn sind, die sich zunächst einmal verständigen müssen. Von meinem Standpunkte aus habe ich die skandinavische und die baltische Klausel in den Handelsverträgen begrüßt. Eine wirtschaftliche Annäherung, ja eine Zollunion zwischen den skandinavischen und den baltischen Staaten würde nicht eine Sonderbrötelei sein, sondern ein erfreulicher örtlicher Anfang in Räumen mit verhältnismäßig einfach gelagerten volkspolitischen Problemen, freilich kaum die Ausgangszelle und der Kern eines künftigen geordneten Europa. Dieser kann nun einmal nicht randlich liegen, sondern nur in der Mitte, dort, wo die Verhältnisse besonders verwickelt sind.

Der Kampf für eine europäische Rechtshygiene muß beginnen mit der Schaffung größerer Rechtssicherheit in allen Staaten für Ausländer und für solche Bürger, die nicht zum staatsführenden Volke gehören. Noch sind wir sehr fern von diesem Ziel; die Aufhebung der richterlichen Unabhängigkeit in Polen ist ein böses Vorzeichen für einen kommenden Handelsvertrag. Nichts hat der Wirtschaft der von Ungarn an seine südöstlichen Nachbarn abgetretenen Gebiete mehr geschadet, als die Verschlechterung der Rechtsprechung und Verwaltung, als das, was man bitter, aber nicht unzutreffend bezeichnet mit einem Vordringen des Balkans nach Mitteleuropa

Diese Rechtsverbesserung sollte gefördert werden in allen Staaten, ganz gleich ob sie Republiken oder Monarchien, ob sie Formaldemokratien oder Diktaturen sind. Das ist zugleich auch der beste Schutz gegen den Bolschewismus, dessen Fehler sich jetzt wieder in besonders abstoßender Form gezeigt haben. Die westeuropäischen Volksteile der Sowjetunion sind daher zu einer gewaltigen Völkerwanderung angetreten, weil sie sich einer als ungerecht empfundenen Rechtsordnung nicht beugen wollen und können.

Es gibt aber noch einen anderen Grund für uns Deutsche, diese Fragen sehr sorgsam zu prüfen. Er liegt in der Wirtschaftslage des Reiches. Wir haben nur einen Teil der verlorenen überseeischen Märkte wiedergewinnen können, und auch diese sind gefährdet infolge der überlegenen amerikanischen Konkurrenz und weil neue Industrien drüben entstehen. Es ist für uns sicherer, in Ost- und Südosteuropa nahe Märkte und Rohstoffgebiete zu suchen, von denen wir nicht durch Lahmlegung des Schiffsverkehrs abgeschnitten werden können — eben im Gebiete der größten Völkermischung. Der Zerfall Oesterreich-Ungarns und die Auflösung der russischen Westlande zeigt hier — das wird besonders von den Kreisen der Industrie noch lange nicht klar genug erkannt — Wege, die freilich erst freigemacht werden müssen. Lassen Sie uns diese erschließen. Das Bedürfnis der Agrarländer nach gesichertem Absatz bei uns besteht. Es ist die Grundlage einer künftigen europäischen Wirtschaftspolitik. Eine solche Entwicklung wird heute freilich vielfach gehindert, einmal durch den Einspruch Frankreichs, zum anderen durch das schlechte Gewissen mancher Staaten und die Gegenrechnung, die sie uns aufmachen. In letzterem bietet sich vielleicht doch eine Handhabe zur Besserung. Lassen Sie uns die Fehler der Vergangenheit mit jenen, die guten Willens sind, offen erörtern und Verhältnisse schaffen, die klar sind und diesen Völkern die Furcht nehmen, von den Deutschen einst aufgesogen zu werden. Das ist schwer, aber es ist möglich.

Fürchten wir uns trotzdem nicht zu sehr vor der Stetigkeit der heutigen Zustände. Ein Wechsel, eine Machtverschiebung kann unvorhergesehen eintreten. Wer 1913 gesagt hätte, daß 1917 Rußland ein kommunistisches Staatswesen sein würde und daß es heute im Völkermischgürtel mehr als 10 Staaten geben würde, den hätte man sofort ins Irrenhaus gesperrt. Lassen wir uns bauen auf gesunde Tendenzen gerade bei den kleinen und Mittelvölkern. Innerlich sagen sich auch dort viele, daß die heutige Konstellation

nicht ewig anhalten wird und daß es besser ist, sich mit dem deutschen Nachbarn, mit den Ungarn, Bulgaren usw. in Ruhe zu verständigen und einen gerechten Ausgleich anzustreben. Solche Bestrebungen sind freilich verschieden stark in den einzelnen Staaten. Zumeist wagen sie sich nur schüchtern heraus. Sind sie sich doch des nötigen Widerhalls bei uns noch nicht sicher.

Endlich weiß man auch drüben, daß wir Deutschen geopolitisch nicht nur Nachteile aus unserer Mittellage haben, sondern auch Vorteile. Das Siedlungsgebiet der Deutschen reicht von der Nord- und Ostsee bis an die Südabdachung der Alpen, bis an den Kamm der Karawanken, d. h. bis auf weniger als 100 km an die Adria. Sind das Deutsche Reich und Österreich einig in ihren Zielen, so kann eine europäische Föderation gegen unseren Willen und ohne daß unsere Grundgedanken dabei zum Ausdruck kommen nicht entstehen. Darum haben wir es absolut nicht nötig, nervös zu sein. Aber diese Mittellage legt uns auch Verpflichtungen auf. Wir Deutschen zählen ja im geschlossenen Siedlungsgebiet, wenn man die Schweiz und Luxemburg mitrechnet, was aber nur bedingt statthaft ist, über 80 Millionen. Darüber hinaus leben noch 5 Millionen Deutsche im Osten dieses Erdteiles in mehr oder weniger geschlossenen Siedlungsinseln innerhalb fremder Völker. Unser geschlossenes Siedlungsgebiet ist auf 14 Staaten verteilt. Deutsche leben — ich spreche hier nicht von Handelskolonien, die gibt es überall, sondern nur von geschlossenen Volksgruppen — in 21 von 31 europäischen Staaten. In 5 Staaten sind Deutsche das Staatsvolk; in einem Großstaat: dem Reich; in einem Mittelstaat: der Republik Oesterreich; in zwei kleinen Staaten: der halbfreien Freien Stadt Danzig und in Luxemburg, und endlich in einer Zwergmonarchie: in Liechtenstein. Im Reich, in Österreich und in Danzig gibt es nicht ganz unbeträchtliche fremdvölkische Minderheiten. In der Schweiz teilen sich die Deutschen in der Staatsführung mit anderen Völkern nach einem gerechten Schlüssel. In 14 Staaten aber sind die Deutschen Minderheit: in Dänemark im Norden und in Italien im Süden, in drei Staaten des Westens und in neun Staaten des Ostens. Die Deutschen leben also unter sehr verschiedenen Umständen mit 25 anderen Völkern zusammen. Ich ziehe daraus die Folgerung, daß es uns Deutschen in erster Linie obliegt, die Formen des rechtlichen Zusammenlebens der Völker in einem Staate zu studieren und, soweit es in ihrer Macht steht, auch vorbildlich zu lösen. Denn es ist noch sehr viel Arbeit zu tun. Das

Suchen nach allgemein gültigen Rechtssätzen, wie ich sie umrissen habe, ist ja nur der erste Schritt. Bis man sie in die Praxis umsetzen kann, ist noch eine gewaltige theoretische und praktische Gemeinschaftsarbeit zu leisten.

Wenn wir Deutschen uns mit einem gewissen Stolze, aber erst eigentlich als die Erkenntnis der neuesten Zeit das eigentliche Volk von Europa nennen, so nehmen wir damit eine schwere Verpflichtung auf uns. Uns zeigt sich heute das, was den Deutschen im letzten Jahrhundert gefehlt hat: die europäische Aufgabe, gerechte Rechtssätze zu finden und ein Schrittmacher zu sein für bessere Zustände in diesem für die Menschheit doch schicksalhaften Erdteil. Ein Kampf ums Recht, nur darum kann es gehen, nicht aber um irgendwelchen Völkerbetrug. Kampf ums Recht ist eine deutsche, er ist eine europäische, er ist eine Menschheitsaufgabe. Lassen Sie uns diese richtig begreifen und als Ziel unserem ermüdeten und zerrissenen Volke hinstellen. Es wird sich zusammenraffen. Entrollen wir das Banner zum Kampf für einen wahren Frieden in Freiheit.

Pilsudski

Essay

Von M. A. Aldanov

Einzige berechtigte Übersetzung aus dem Russischen
von Rudolf Freiherrn von Campenhausen

Der Marschall Josef Pilsudski ist ein profiteur de la guerre. Er ist sehr lange am Rande des Abgrunds gewandelt. Der Krieg hat ihm Ruhm, Macht, den Marschallstab beschert. Allein das Wunderbarste an Pilsudskis Los ist, daß er alles dieses erreicht hat, ohne „auf jenes Pferd gesetzt" zu haben: ein in der Geschichte wohl vereinzelter Fall.

Josef Pilsudski ist im Jahre 1867 in der Stadt Shulewa in Litauen geboren. Er gehört einem litauischen Adelsgeschlecht an. Die Pilsudskis waren ehemals sehr vermögend, ihr Familiengut umfaßte 8000 Hektar Bodenfläche. Mißwirtschaft, eine Feuersbrunst im Jahre 1874 verringerten das Vermögen der Familie bedeutend. Sie siedelten nach Wilna über. Hier, im Wilnaer Gymnasium, erhielt denn auch der zukünftige polnische Diktator seine Ausbildung.

Pilsudski selbst sagt, die Grundrichtung seines Lebens und Wirkens habe ihm dieses Gymnasium vorgezeichnet. Er verließ es als Revolutionär, mit Haß gegen Rußland im Herzen. Danach studierte er in Charkow Medizin, wurde aber wegen revolutionärer Umtriebe aus der Universität ausgeschlossen und kehrte wieder nach Wilna zurück.

Sozialist wurde Pilsudski im Jahre 1884. Mit 17 Jahren sind jeder Art Mißverständnisse zulässig, allein dieses Mißverständnis zog sich ein wenig hin: nicht mehr und nicht weniger als 34 Jahre. Folgende amüsante Szene schildert Kasimir Smogorshewski in seinem Buch „Die Wiederherstellung Polens": Im November 1918 erschien eine Delegation der polnischen sozialistischen Partei bei Pilsudski und redete ihn natürlich „Genosse Pilsudski" an. Der Marschall unterbrach die Abgesandten mit den Worten:

„Meine Herren, ich bin nicht ihr „Genosse" Wir haben uns wohl einstmals zusammen in den roten Wagen gesetzt, ich bin aber auf der Haltestelle „Polens Unabhängigkeit" ausgestiegen, Sie aber fahren bis zur Station „Sozialismus" weiter. Ich wünsche Ihnen eine glückliche Reise, mich aber reden Sie gefälligst Pan an."

Diese Erklärung Pilsudskis hindert indes viele Sozialisten nicht, den polnischen Diktator auch heutigen Tages noch in Gegenwart anderer „Genosse" zu titulieren. Pilsudski selbst rühmt sich dessen, daß er noch niemals in seinem Leben dem „Kapital" ins Auge geschaut habe. Wir wissen aber auf Grund von Forschungen, daß Pilsudski „Das Kapital" gelesen hat. Wie dem aber auch sei, er stand dem Pan weit näher als dem Sozialdemokraten — Bebel oder Plechanow.

In jener Zeit (1884) wurde der Gruppe der polnischen revolutionären Jugend, der auch Pilsudski angehörte, in Wilna von außen her der Vorschlag gemacht, sich an einem Attentat auf den Kaiser Alexander III. zu beteiligen. Die Gruppe schwankte. Pilsudski sprach sich nachdrücklich gegen die Teilnahme aus. Doch ehe noch ein endgültiger Beschluß gefaßt werden konnte, kam das Polizeidepartement hinter die ganze Angelegenheit. Die Folge war, daß alle, sowohl die Anhänger wie die Gegner des terroristischen Akts verurteilt wurden: Pilsudski — zur Deportation nach Sibirien auf fünf Jahre.

Nach Verbüßung der Strafe kehrte Pilsudski in die Heimat zurück, wo er der neugebildeten polnischen sozialistischen Partei bei-

trat. Er wurde sofort einer ihrer Führer und gleichzeitig Begründer, Herausgeber und Schriftleiter des illegalen Presseorgans „Der Arbeiter" Die Druckerei befand sich in einem Wandschrank, und das Papier wurde im Diwan versteckt. 35 Nummern gelangten glücklich unter die Leute, doch bei der 36. — der Redaktionsstab war inzwischen nach Lodz übergesiedelt — kam die Polizei dahinter, gerade in dem Augenblick, als der Artikel „Der Triumph des freien Wortes" aus dem Satz kam. Pilsudski wurde verhaftet, nach Warschau geschafft und in die Zitadelle eingeliefert, in die Abteilung für besonders wichtige Staatsverbrecher.

Die polnische sozialistische Partei beschloß, ihren Führer zu befreien, wozu ein sehr schlauer Plan ausgeheckt wurde. Pilsudski begann Geisteskrankheit zu simulieren. Geisteskrankheiten unterlagen nicht der Kompetenz des Gefängnisarztes; die Verwaltung konsultierte einen berühmten Warschauer Psychiater, Prof. Schabaschnikow. Dieser durchschaute die Täuschung sofort und fragte (unter vier Augen) Pilsudski geradeheraus, weswegen er die Komödie eigentlich inszeniere. Nachdem er erfahren hatte, worum es sich handelte, stellte er sofort die Bescheinigung über Geisteskrankheit aus, auf Grund welcher Pilsudski in die Petersburger psychiatrische Klinik übergeführt wurde.

An dieser Klinik wirkte ein gewisser Doktor Masurkewicz, Mitglied der polnischen sozialistischen Partei. Eines Tages wurde der Kranke diesem Arzt zur Untersuchung vorgeführt. Der Arzt entfernte die Wachen, Pilsudski verkleidete sich, worauf er und der Arzt in aller Ruhe zur Haupttür hinausgingen, sich in einen draußen haltenden Wagen setzten und — auf Nimmerwiedersehen verschwanden. Pilsudski reiste nach Kiew, gab — eine ungeheure Dreistigkeit — ein Extrablatt des „Arbeiters" heraus und begab sich ins Ausland.

Er ließ sich in Krakau nieder. In dieser Periode seines Lebens haben sich, so scheint es, seine Ansichten über die Kampfmethoden zur Befreiung Polens endgültig geformt und gefestigt. Die Perspektive schien ihm günstig. Der lange schon drohende russisch-japanische Krieg brach aus. Pilsudski reiste sofort nach Tokio; er plante, in Russisch-Polen einen Aufstand zu inszenieren und wollte dazu die Regierung des Mikado um Geld und Waffen bitten. Indes der Plan mißlang: die japanische Regierung lehnte die Unterstützung Pilsudskis ab.

Er kehrte nach Europa zurück. An die Stelle des Krieges trat die erste russische Revolution. Im Frühling 1905 gründete Pilsudski eine Kampforganisation der polnischen sozialistischen Partei.

Die Aufgaben dieser Organisation werden von einem Zeitgenossen folgendermaßen charakterisiert: „Die Kampforganisation schützte die Parteiquartiere, verteidigte den Führer der Partei während der Straßendemonstrationen, vernichtete die Spione, Provokateure und besonders grausame Polizisten. Endlich vollführte sie unter persönlicher Führung Josef Pilsudskis eine Reihe tollkühner Überfälle auf russische Geldtransporte mit dem Zweck, die Partei zu bereichern Im Jahre 1905 befand sich Pilsudski mit dem kaiserlichen Rußland im Kriegszustand. Die Aktionen in Rogow, in Masowez, in Besdany waren glänzende Kriegstaten "

Die Tätigkeit der Kriegsorganisation hat ihren Führer enttäuscht. Soweit ich zu urteilen vermag, hat sie weder seinen Neigungen noch seinem Charakter entsprochen. Personen, die ihn gut kannten, haben mir oft von Pilsudskis natürlichem Adel und persönlichem Charme erzählt. Wie es möglich gewesen ist, daß er an jenen „glänzenden Heldentaten", die durchweg in Überfällen auf Postzüge bestanden, teilnehmen konnte, ist mir unerfindlich. Es ist natürlich sehr leicht zu sagen: „Im Kriege gibt es das auch" Allein keinerlei Metapher, keinerlei „à la guerre comme à la guerre" machen aus einem Besdany ein Austerlitz. Vergessen darf man hierbei allerdings nicht, daß Pilsudski, indem er Polen zu dienen glaubte, seinen eigenen Kopf wohl hundertmal aufs Spiel gesetzt hat.

Es nahte der wirkliche Krieg. Nicht lange vor seinem Ausbruch verlegte Pilsudski sein Wirkungsfeld nach Österreich. Unter seiner unmittelbaren oder indirekten Leitung wurden in Galizien besondere Vereine gegründet, deren Aufgabe es war, der polnischen sozialistischen und demokratischen Jugend eine militärische Ausbildung zu geben. Die Orientierung dieser Vereine kam in folgenden Worten Pilsudskis zum Ausdruck: „Wenn wir im herannahenden Kriege nicht auf Seiten Österreichs und gegen Rußland stehen und keine eigene Armee bilden, werden wir aus der Liste der lebenden Nationen gestrichen werden"

Die Wiener Regierung verhielt sich zur Tätigkeit Pilsudskis wohlwollend, jedoch ohne besondere Wärme: die Jugend wurde in antirussischem Geist erzogen — garnicht übel! Indes dieser Jugend haftete etwas sehr „Linkes" an, und ihr Führer hatte eine

Vergangenheit — das gefiel der Regierung Franz Josephs schon weit weniger. Auf beiden Seiten galt der Grundsatz: „Je nachdem"

Einige Stunden nach der Kriegserklärung überschritt Pilsudski an der Spitze einer kleinen Abteilung polnischer Freiwilliger die österreichisch-russische Grenze.

Die Abteilung bestand aus 159 Mann. Pilsudski rechnete damit, daß sich in Russisch-Polen Zehntausende, vielleicht Hunderttausende ihm anschließen würden. Seine Hoffnung wurde zuschanden. Nach den Worten der polnischen Publizisten begegnete man den Schützen Pilsudskis in Russisch-Polen mit Verwunderung, Unruhe und Schrecken. In Galizien hatte der Aufruf des „Temporären Komitees" der polnischen Partisanen mit österreichischer Orientierung Enthusiasmus hervorgerufen. Doch die galizischen Polen (wie auch Russen) unterlagen der Einberufung ins reguläre Heer auf allgemeiner Grundlage. Aus Freiwilligen, die noch nicht das Wehrpflichtsalter erreicht hatten, wurden zwei Legionen gebildet. Erzherzog Friedrich ernannte Pilsudski zum Kommandeur der 1. Legion, und da er nicht wußte, wie er Pilsudski titulieren sollte — die medizinische Fakultät der Charkower Universität verlieh keine militärischen Titel — nannte der Erzherzog Pilsudski in seinem Armeebefehl einfach „Herr", wohl der einzige Fall in der Geschichte der Armeebefehle.

An der Spitze seiner Abteilung rückte Pilsudski als erster in Kjelzy ein. Die Polen schlugen sich hervorragend. Pilsudski war russischer Untertan, und für den Fall seiner Gefangennahme stand ihm die Kugel bevor, wenn nicht der Galgen. In Kjelzy blieb er nicht lange. Die russische Mobilmachung war beendet, die Österreicher zogen sich zurück. Beim Zusammenstoß der Millionenarmeen konnten die Legionäre natürlich keinerlei wesentliche Bedeutung haben. Sie leisteten Kundschafterdienste im Rücken der russischen Armee, wobei sie die eingesammelten Nachrichten durch Vermittlung des deutschen Obersten Sauberzweig unmittelbar dem Generaloberst von Hindenburg zugehen ließen.

Welches politische Ziel hat Pilsudski damals verfolgt? Die Verehrer und Bewunderer des Marschalls versichern, er habe sich von Anbeginn vorgenommen, den Mittelmächten bei der Zerschmetterung Rußlands zu helfen, in der festen Überzeugung, daß nachher jene von Frankreich zerschmettert werden würden. Mit diesem angeblichen Plan sei er im Februar 1914 nach Paris gereist, um die Führer der französischen Demokratie für seine Ziele zu interessieren.

Diese Behauptung kann man nicht ernst nehmen. Die An-

nahme, daß es hätte gelingen können, im Februar 1914 die französischen Radikalen und Sozialisten für die Idee des Weltkrieges zu gewinnen, hätte natürlich bloß die politische Naivität Pilsudskis dokumentiert. Und was die schlaue Kombination mit ihrem Matt in zwei Zügen anbetrifft, so lohnt es sich nicht, darüber noch ein Wort zu verlieren.

Die Sache lag einfacher: wie viele andere kluge Leute, wie Ferdinand von Bulgarien, wie Enver, wie Talaat, hat der polnische Diktator im Jahre 1914 einen falschen Einsatz gemacht. Völlig eingesponnen von der Idee der Unbesiegbarkeit Deutschlands, war er überzeugt vom deutschen Siege über die Verbündeten. Es ist sehr leicht möglich, daß Pilsudski die Deutschen selbst nicht liebte; doch für ihn standen die Interessen Polens natürlich an erster Stelle. Seiner Ansicht nach *konnte* der Sieg Deutschlands die Schaffung eines polnischen Reichs unter dem Szepter der Habsburger bewirken, und daher hat er in voller Aufrichtigkeit am 5. September 1914 Kaiser Franz Joseph den Treueid geleistet.

Die Beziehungen Pilsudskis zur deutschen Obersten Heeresleitung waren nicht gerade gute.

Im Dezember 1914 verbot Hindenburg den Legionen den Aufenthalt in der von den Deutschen okkupierten Zone; sie mußten auf österreichischem Territorium bleiben.

Allein nach der Wiederherstellung des polnischen Staates durch die Mittelmächte begann die Oberste Heeresleitung in der Person Beselers Pilsudski entgegenzukommen, jedenfalls mit dem Zweck, durch ihn eine polnische Freiwilligenarmee zu erhalten. Seine Volkstümlichkeit wuchs, um seinen Namen woben sich Legenden. Pilsudski trat dem in Warschau gebildeten zeitweiligen Staatsrat bei und wurde zum Vorsitzenden der Kriegskommission gewählt. Er führte eine sehr kluge, sehr feine Politik, indem er von den Deutschen immer neue Konzessionen forderte und sich von den deutsch-österreichischen Angelegenheiten allmählich lossagte.

Es kam zur russischen Revolution. Die „Zeitweilige Regierung" proklamierte die Unabhängigkeit Polens.

In Pilsudskis Verhältnis zu Rußland fand ein Umbruch statt. Er plante sogar, im Flugzeug die Grenze zu überfliegen: offenbar wollte er eine neue Armee aus den in den Reihen der Russen kämpfenden Polen organisieren. Dieser Plan fand keine Verwirklichung. Allein das „Pathos", von dem der Kampf im Bunde mit

Deutschland bisher getragen worden war, flaute in der stürmischen Seele Pilsudskis mit jedem Tage ab

Die Erwartungen Beselers erfüllten sich nicht völlig: anstatt einer Armee polnischer Freiwilliger erschienen nur 1373 Mann, von denen sich bloß 697 als kriegstauglich erwiesen. Wie es kommen konnte, daß Ludendorff damit gerechnet hatte, im dritten Kriegsjahr von Polen eine Armee (man sprach von 800,000 Mann) neuer Soldaten zu erhalten, bleibt ein Rätsel. Die deutsche Oberste Heeresleitung schrieb diesen Mißerfolg der Agitation Pilsudskis, den Intriguen seiner Agenten zu. Am 21. Juli 1917 wurde Pilsudski in Warschau verhaftet und zuerst nach Danzig, dann nach Magdeburg geschafft. Einen größeren Dienst hätten ihm die Deutschen gar nicht erweisen können.

Am 9. November 1918, am Tage der deutschen Revolution, wurde er aus der Magdeburger Festung befreit. Zwei Tage später traf der Schöpfer der Legionen in Warschau ein. Er wurde als Nationalheld empfangen. Der Regentschaftsrat trat von der Regierung zurück und übertrug sie Pilsudski. In seiner Eigenschaft als zeitweiliges Staatsoberhaupt berief er auf der Grundlage des demokratischen Wahlgesetzes den ersten polnischen Landtag.

Polen hatte Pilsudski anerkannt, allein das genügte noch nicht. Die Schicksale der Welt und damit auch Polens wurden nicht in Warschau entschieden, sondern in Paris. Dort bestand seit 1917 das polnische Nationale Komitee, an dessen Spitze Roman Dmowski stand, der persönliche und politische Gegner des zeitweiligen polnischen Staatsoberhaupts. Das Nationale Komitee hatte nicht die Staatsgewalt inne, aber hinter ihm standen die Sieger. Dmowski hatte sich von Anfang an nach den Verbündeten orientiert und erfreute sich bei ihnen eines bedeutenden Einflusses. Dieses Komitee hatte auch eine eigene Armee aus amerikanischen und deutschen (kriegsgefangenen) Polen. Sie stand unter dem Oberbefehl des Generals Haller. Clémenceau, Wilson, Lloyd George, die Allmächtigen des Jahres 1919, konnten damals ohne Mühe Polen jede beliebige Regierung aufzwingen. Bekannt ist der Haß Clémenceaus gegen alles, was auch nur entfernt und zufällig deutsch orientiert gewesen war. Pilsudski hatte zwei Jahre auf der Seite der Mittelmächte gekämpft. Um das in Paris vergessen zu machen, genügte die Haft in der Magdeburger Festung nicht. Mit einem Wort, im November 1918 konnte noch keiner sagen, wer Polens Herr war: Pilsudski oder Dmowski.

Kaum war Pilsudski an die Macht gelangt, so notifizierte er diese Tatsache radiotelegraphisch den verbündeten Regierungen, Marschall Foch, dem Präsidenten Wilson; — offenbar wollte er zunächst Dmowski und das Nationale Komitee übergehen. Dieses Telegramm fand eine sehr kühle Aufnahme. Die verbündeten Regierungen ließen es unbeantwortet. Foch übergab es Dmowski. Eine von Pilsudski nach Paris entsandte Delegation wurde nicht empfangen. Die französische Regierung war den Polen sehr gewogen. Im November 1918 hatte der Kandidat Clémenceaus, der Außenminister Pichon, auf den Sitzungen des Obersten Rats in Versailles den Wunsch ausgesprochen, Polen in seinen alten Grenzen von 1772 wiederherzustellen. Allein das Wohlwollen des Quai d'Orsay erstreckte sich keineswegs auf Pilsudski. Am 29. Dezember 1918 erklärte Pichon in der Deputiertenkammer, er betrachte das Nationale Komitee als die gesetzliche Regierung Polens. Diese Bemerkung rief in der Kammer scharfe Proteste der Sozialisten hervor. Einer von ihnen, Ernest Lafond, erinnerte Pichon an Pilsudski, worauf der Außenminister ausrief: „Sie wissen offenbar nicht, daß General Pilsudski in den Reihen der österreichischen Armee gegen Rußland gekämpft hat!" Der offizielle Bericht verzeichnet hier „stürmischen Applaus auf fast allen Bänken" Der Deputierte Mequillier erklärte Pilsudski für einen „Boche".

Aus dieser schwierigen Lage fand Pilsudski einen Ausweg, wobei er bedeutenden Verstand und hervorragende diplomatische Fähigkeiten bewies. Er schloß einen Kompromiß, ohne indes seine Würde preiszugeben und ohne den Siegern zu schmeicheln, wie es damals sehr viele Staatsmänner taten. Eine am 5. Januar 1919 in Warschau gegen ihn gerichtete Verschwörung rechter Politiker und Offiziere schlug er nieder. Indem er dort, wo er, um Zeit zu gewinnen, Konzessionen machte, seine Macht in Polen allmählich befestigte, brachte es Pilsudski schließlich zuwege, sich mit Dmowski zu einigen. Am 21. Dezember 1918 wandte sich das Staatsoberhaupt an seinen alten Widersacher mit einem Schreiben, in dem er ihm vorschlug, „die Interessen der Parteien, Gruppen und Vereinigungen zu vergessen und sich mit ihm zum Schutz der nationalen Interessen Polens zu vereinigen" Der Vorschlag wurde, wenn auch nicht sofort und nicht leicht, doch aber angenommen. Lassen wir ihnen Gerechtigkeit widerfahren: die bekanntlich ewig streitsüchtigen Polen haben im entscheidenden Augenblick Patriotismus und Verstand bewiesen. Dmowski erkannte Pilsudski als Staatsoberhaupt an; Pilsudski

Dmowski — als Polens Delegierten auf der Friedenskonferenz. Im Ergebnis dieses Vertrages wurde in Warschau eine mehr oder weniger neutrale Regierung gebildet: beide Parteien einigten sich auf Paderewski. Die Profession des berühmten Pianisten gab Anlaß zu vielen Scherzen, doch im Grunde war er damals der geeignetste von allen in Betracht kommenden Kandidaten.

Pilsudski hatte die schwierige Partie glänzend gewonnen. Die Triumvirn fanden sich mit der Tatsache ab. Clémenceau dachte: Pilsudski hat wohl auf deutscher Seite gekämpft, — aber auch Haller hat früher auf dieser Seite gefochten. Sich mit der englischen und amerikanischen Regierung zu setzen, ging noch leichter. Wilson stand über allem; nebenbei hatte er selbst im Januar 1915 Kaiser Wilhelm zu seinem Geburtstag ein Glückwunschtelegramm gesandt. Lloyd George wußte vermutlich gar nicht, wer Pilsudski eigentlich war, und wenn er es doch wußte, dann ließ ihn die politische Vergangenheit des polnischen Staatsoberhauptes völlig gleichgültig.

Pilsudski hatte sein Ziel erreicht. Polen war wiederhergestellt. Dank seiner ungewöhnlichen Energie und besonders dank seinem ungewöhnlichen Glück wurde Pilsudski der Führer des wie durch ein Wunder auferstandenen Reichs, sein Nationalheld. Auf Pilsudski passen die Worte Labruyères: „il n'est pas permis de rêver comme il a vécu" weit mehr als auf den Herzog Lauzun.

Die Periode der großen Taten schien für Polen abgeschlossen zu sein. Allein von ihr zu geringeren Taten überzugehen, war offenbar minder leicht. Darin lag denn auch die Tragödie Pilsudskis. Der Enthusiasmus, den er in seiner Heimat entfesselt hatte, war verebbt. Dasselbe hatten auch Clémenceau, Lloyd George, Wilson erfahren müssen. Der Enthusiasmus war überhaupt bei allen und für alles verebbt. In Polen währte die Eintracht nicht lange. Der erste Landtag rechtfertigte Pilsudskis Hoffnungen nicht. Seine zahlreichen Gegner — persönliche und politische — gingen zum Angriff vor. Dmowski machte aus seinen Gefühlen für das Staatsoberhaupt kein Hehl. „Die Anhänger Pilsudskis", schrieb er, „haben für ihren Führer die Reklametrommel geschlagen und ihm byzantinische Hymnen gesungen "

Im Jahre 1920 marschierten die polnischen Truppen unter dem Oberbefehl Pilsudskis nach Kiew. Nach dem Urteil der polnischen Geschichtsforscher handelte es sich hierbei um einen „Präventivkrieg"

Selbstredend bezweckte der Präventivkrieg von 1920 nimmermehr den Sturz der Bolschewistenherrschaft in Rußland. Wenn er darauf

ausgegangen wäre, wäre Pilsudski nicht nach Kiew marschiert und hätte die Kriegsaktionen schon früher begonnen, damals, als die russische Freiwilligenarmee die Bolschewisten mit Erfolg bekämpfte.

Das faktische Ziel des Krieges von 1920 war: „Polen von Meer zu Meer", oder wenigstens etwas Ähnliches. W. Sapeschewski, Pilsudskis nächster Freund, zitiert seine Worte: „Weißrußland, Litauen, die Ukraine sind die Grundlagen unserer wirtschaftlichen Unabhängigkeit." Er fügt hinzu, daß Pilsudskis Traum die Föderation sämtlicher europäischen Staaten sei; da das aber nicht leicht zu erreichen sei, so wolle er zunächst die Föderation einiger kleinerer Nationen schaffen mit Polen an der Spitze.

Vom Kriege des Jahres 1920 will ich nicht reden, — er ist noch in jedermanns Erinnerung, und ich überlasse das Urteil über ihn den Fachleuten. Sie erklären den sonderbaren Verlauf dieses Krieges auf verschiedene Weise. Der Krieg endete für Polen günstig. Allein der katastrophale Julirückzug hatte der Volkstümlichkeit des Marschalls Pilsudski einen schweren Schlag versetzt. Seine Gegner schrieben den Sieg den Aktionen des aus Paris eingetroffenen Generals Weygand zu und wiesen ostentativ darauf hin, daß der Marschall keinerlei militärische Ausbildung genossen habe. Als die Bolschewisten vor Warschau standen, verlangten die rechten Politiker, Pilsudski solle das Oberkommando über die Truppen niederlegen. Die Ententeminister Bonar Law, Graf Sforza erklärten von der Parlamentstribüne, der Marsch der Polen nach Kiew sei ein großer Fehler gewesen. Lloyd George wiederholte im Unterhaus immer wieder, daß die Polen an allem selbst Schuld trügen und daß die polnische Armee den Feind nur dann zurückwerfen könnte, wenn an ihrer Spitze erfahrene, fähige Männer ständen. Auf die Bitte der polnischen Regierung um Unterstützung erwiderte der englische Premier, daß man, wenn die Bolschewisten einen Waffenstillstand ablehnten, den Tschechen anheimstellen würde, den Polen zu Hilfe zu kommen. Millerand entsandte General Weygand und 1000 Offiziere. Eine der einflußreichsten Pariser Zeitungen schrieb indes am 10. August, daß man, wenn Polen nicht verstünde Krieg zu führen, nichts dazu tun könne: die Grenze zwischen Polen und Rußland ginge die beiden Reiche letzten Endes allein an. Nach dem Rückzug der Bolschewisten änderte sich der Ton. Doch eine starke Trübung blieb zurück.

Sie äußerte sich auch in den inneren polnischen Angelegenheiten. Nach der Schaffung der polnischen Verfassung begann ein verbissener,

hartnäckiger Kampf des Landtags mit Pilsudski. Das Staatsoberhaupt respektierte die Konstitution. Die Kabinette wechselten beständig. Indes Pilsudski fühlte sich, man erkannte das deutlich, in der Rolle des konstitutionellen Staatsoberhaupts schwer beengt. Welches damals seine Pläne und Ziele gewesen, ist schwer zu sagen. Noch schwerer ist es, seine heutigen Absichten zu durchschauen.

Im Jahre 1922 stellte der Marschall seine Kandidatur für den Posten des Präsidenten der Republik nicht mehr auf. An seiner Stelle wurde sein Freund und Anhänger Narutowicz gewählt. In den Straßen der Hauptstadt kam es zu Unruhen. Einige Tage darauf wurde das neue Staatsoberhaupt von dem Fanatiker Newedomski ermordet. In Warschau drohte ein Bürgerkrieg auszubrechen. Die Regierungsgewalt konzentrierte sich mehr und mehr in den Händen der Gegner Pilsudskis. Als ein rechtes Kabinett ans Ruder kam, reichte der Marschall, welcher den Posten des Generalstabschefs bekleidete, seinen Abschied ein und begab sich nach Sulejuwka bei Warschau, wo er in einer ihm von seinen Legionären seinerzeit geschenkten Villa Wohnung nahm.

Er hatte sich ins Privatleben zurückgezogen, spielte Schach, widmete sich der Erziehung seiner Töchter, schrieb historische Abhandlungen. Doch das Privatleben wollte ihm sichtlich nicht behagen. „Qui a bu, boira“ — sagen die Franzosen. Politiker mit so feurigem Temperament wie er ziehen sich nicht vor dem neunten Jahrzehnt in den Ruhestand zurück; ein Beispiel ist Clémenceau. Pilsudski hatte im Alter von 50 Jahren seinen Abschied genommen.

In Sulejuwka gewährte er der Presse von Zeit zu Zeit sensationelle und für die Regierung sehr wenig angenehme Interviews. Alljährlich an seinem Namenstage erhielt er den Besuch seiner ehemaligen Offiziere. Es wurden politische Reden gehalten, die mit dem Begriff militärischer Disziplin nicht gerade übereinstimmten. Die Zahl der Unzufriedenen in Polen wuchs ständig. Der Kurs des Zloty fiel.

Im Dezember 1925 begab sich Pilsudski aus Sulejuwka nach Belvedere und verlangte vom Präsidenten Woicechowski im Namen der Armee die Entlassung des Kriegsministers, seines Gegners Sikorski. Das Verlangen des Marschalls wurde erfüllt, — das trug zur Verstärkung des Prestiges der Regierung nicht bei. Am darauffolgenden Tage erschienen 415 Offiziere in Sulejuwka bei Pilsudski, und General Orlicz-Drescher wandte sich mit folgender Ansprache an

ihn: „Wisse, Marschall, daß wir nicht gekommen sind, um Höflichkeiten auszutauschen; außer unsern Herzen bringen wir dir unsere Säbel!" Die Regierung schluckte auch das herunter; — sie sprach sich damit selbst das Todesurteil.

Am 10. Mai 1926 wurde in Polen in strengem Einklang mit den Parlamentsbestimmungen ein neues Kabinett gebildet, — ein rechtes, mit Witos an der Spitze. Tags darauf erschien im „Kurjer Poranny" der Inhalt eines Interviews Pilsudskis. Der Marschall hatte den neuen Ministerpräsidenten einen ehrlosen und käuflichen Menschen genannt. Die rechten Zeitungen teilten in Extrablättern die Eröffnung eines „Gerichtsverfahrens gegen den Verleumder" mit. Gerüchte liefen um, man hätte versucht, das ehemalige Staatsoberhaupt in seiner Villa zu ermorden. Und noch einige Stunden später durchlief ein anderes Gerücht die Welt: Marschall Pilsudski marschiert an der Spitze einiger Kavallerieregimenter auf Warschau.

Das Gerücht bewahrheitete sich. In den Warschauer Regierungskreisen brach unbeschreibliche Verwirrung aus. In der polnischen Armee überwogen wie in allen Armeen die rechten Strömungen. Indes der schlaue Bauer Witos erfreute sich keines bedeutenden persönlichen Ansehens. Dmowski weilte in London. Die regierungstreuen Regimenter waren fern, in Posen. Zuverlässige Truppen gab es in der Hauptstadt nicht. Zum Schutz der letzten parlamentarischen Regierung wurden Invaliden aufgeboten. 17—18-jährige Soldaten besetzten die beiden Weichselbrücken. Es wurde der Belagerungszustand erklärt. Die Verteidigung des parlamentarischen Regimes übernahm das Staatsoberhaupt selbst. Präsident Woicechowski fuhr im Auto dem Marschall entgegen. Die Begegnung fand auf der Poniatowski-Brücke statt, in operettenmäßiger Aufmachung. Auf beiden Seiten der Brücke standen bewaffnete Leute. Geschütze und Maschinengewehre wurden in Eile herangeschafft. Eine Besonderheit des Bildes bildete die Anwesenheit von Journalisten. Woicechowski betrat die Brücke und fragte den ersten besten Ulanenoffizier:

„Wissen Sie, daß ich der Präsident der polnischen Republik bin?"

Der Offizier bejahte.

„Wie durften Sie sich erdreisten, sich gegen das gesetzlich gewählte Staatsoberhaupt, gegen den obersten Führer sämtlicher bewaffneten Kräfte Polens zu erheben?"

Darauf erwiderte der Offizier nichts. Von drüben näherte sich bereits Marschall Pilsudski. Nach den Worten eines Augenzeugen

(Herrn Smogorshewski) lächelte er fröhlich. Ohne ihm die Hand zu reichen, sagte der Präsident laut:

„Herr Marschall, auf Ihnen ruht eine furchtbare Verantwortung. Die republikanische Regierung wird in der Verteidigung der Konstitution Ihnen nicht weichen. Ich befehle Ihnen, Ihre Truppen sofort zurückzuführen!"

Der Marschall entgegnete schalkhaft:

„Mein lieber Präsident, sehr gern. Entfernen Sie die Regierung Witos, dann wollen wir weiter sehen."

„Nein! Das ist die gesetzliche Regierung!"

„In diesem Fall werde ich sie selbst entfernen."

„Bedenken Sie, was Sie tun! Sie erheben sich wider die Konstitution."

„Ich habe es bereits bedacht. Ich — bin der erste Marschall Polens. Ich tue, was mir beliebt!"

„Nein, wir werden Sie daran hindern! Das sage ich Ihnen, der Präsident der Republik! "

Der effektvolle Dialog hätte noch eine ganze Weile andauern können. Doch Pilsudski unterbrach ihn nicht minder effektvoll. Es wiederholte sich die berühmte Szene der Anrede des von der Insel Elba zurückgekehrten „Schicksalsmenschen" an die ihm entgegengesandten französischen Truppen: „Soldaten! Wer von euch will Kaiser Napoleon erschießen?" Marschall Pilsudski trat rasch auf einen der vom Präsidenten herangeführten Kadetten zu und fragte ihn kurz:

„Würdest du dich entschließen können, auf den ersten Marschall Polens zu schießen?"

Nach den Worten Smogorshewskis „erbleichte der Jüngling und schwieg. Indes in den Augen der Kadetten konnte der Marschall lesen, daß sie ihre Pflicht erfüllen würden. Er machte kurz kehrt und schritt ohne einen Gruß langsam über die Brücke in der Richtung auf die Prager Vorstadt zurück".

Gleich darauf begann der Kampf. Sein Endresultat war leicht vorherzusehen. Die Kadetten wurden zurückgeschlagen und zogen sich auf Belvedere zurück.

Ihnen zu Hilfe rückten reguläre Regimenter heran. Der Präsident geleitete sie persönlich in den Kampf und feuerte die Soldaten mit zündenden Reden an. Doch auch die Truppen Pilsudskis erhielten Verstärkungen. Es entspann sich ein verzweifelter Kampf. In den Straßen Warschaus traten Maschinengewehre, Panzerautos,

sogar Tanks in Aktion. Die Regierungsgebäude wurden im Sturm genommen. Verwundete und Tote zählte man nach Hunderten. Ein eigentümlicher Zug dieser blutigen Tage war, daß auf den Kampfplätzen unentwegt Extrablätter ausgegeben wurden. Die rechten Zeitungen riefen die Polen zum Schutz der Republik auf. Die linken Organe feierten den militärischen Umsturz des Diktators.

Gegen Abend des dritten Tages verbreitete sich das Gerücht vom Anmarsch der Posener Regimenter unter General Haller. Doch in Warschau neigte sich der Sieg bereits den Truppen des Marschalls zu. In der Nacht auf den 14. Mai begannen die Vorbereitungen zum Sturm auf Belvedere. Der Präsident der Republik befahl, eine dem Andenken der Gefallenen geweihte Seelenmesse zu zelebrieren, verließ sodann den Palast und übermittelte dem Landtagspräsidenten seine Demission. Eine gleich darauf in Warschau einmarschierende regierungstreue Division kam zu spät.

General Haller war nicht gekommen. Der Sieg des Marschalls war vollkommen. Die Nationalversammlung wählte mit großer Stimmenmehrheit Pilsudski zum Präsidenten der Republik. Die ausländischen Freunde sandten dem „aufrührerischen General" herzliche Glückwünsche. Pilsudski lehnte das ihm angetragene Amt ab und dankte den ausländischen Freunden ohne sonderliche Wärme. Nach seinem eigenen Eingeständnis empfand der Marschall tiefe moralische Erschöpfung, — eine recht seltene Folge eines siegreichen Umsturzes. Der 18. Brumaire war ihm nicht leicht geworden. Er war nicht wie Napoleon ein Pseudo-Demokrat.

In aller Aufrichtigkeit suchte er nach einer Rechtfertigung für das vergossene Blut der unglücklichen Kadetten. Es ist möglich, daß auch daher sein jetziger innerer Umbruch entstanden ist. Formell ist die Diktatur nie eingeführt worden. Nach seinen eigenen Worten wollte Pilsudski den „letzten Versuch machen, das Volk ohne Knute zu regieren" Ein übelwollender Kritiker könnte zu diesen Worten über den „letzten Versuch" sagen, daß es sich dann nicht gelohnt hat, die „Knute des verfluchten Zarismus" fünfzig Jahre lang zu verwünschen. Doch auch ohne Übelwollen, ohne übermäßigen politischen Formalismus müßte der Maiumsturz erklärt werden und damit auch das ganze Leben Pilsudskis. Nach der Versicherung der mit dem Umsturz sympathisierenden polnischen Publizisten waren seine Ursachen die Finanzkrisis und die „Korruption" Der Zloty fiel in der Tat. Aber auch der Franc fiel ja, gar nicht zu reden von der Mark. Nur Abseitsstehenden will es scheinen, daß das durch ein Wunder

geschaffene Reich die furchtbaren Schwierigkeiten der ersten Jahre mit Ehren überwindet. Ein militärischer Umsturz ist ein überraschendes und sehr unzuverlässiges Mittel, um die Valuta zu heben. „Korruption"? Wir alle wissen aus vielen Beispielen, wie oft ein durch „Sittenverfall" gekennzeichnetes Staatsregime durch ein anderes, die Moral hebendes Regime ersetzt werden sollte. Die französische Revolution hat man gleichfalls mit dem „Sittenverfall" begründet. Allerdings, die Sitten zur Zeit der letzten Ludwige waren wenig schön. Aber unter dem Direktorium wurden sie nicht besser. Pilsudski ist unstreitig ein sehr ehrlicher Mensch, sehr uneigennützig, der niemals Schätze gesammelt hat. Indes ebenso schwer fällt uns der Glaube, daß alle seine Vorgänger nicht ehrlich gewesen seien und daß der Maiumsturz die „Korruption" im Lande vollkommen beseitigt habe. Dieser Umsturz gleicht jedem andern: eine Gruppe machtgieriger Leute trat an die Stelle einer andern, die sich von der Macht nicht trennen wollte. Die Sieger waren geschickter und glücklicher als ihre Vorgänger. Die wirtschaftliche Lage Polens hat sich ein wenig konsolidiert. Die Beziehungen zu den Fremdvölkern sind besser geworden. Allein der politische Sinn des Maiumsturzes und besonders sein Zusammenhang mit denjenigen Ideen, welchen Pilsudski sein Leben lang gedient hat, bleiben nach wie vor recht unbestimmt. In einer seiner Reden hat der Marschall gesagt: „Es muß etwas Neues geschaffen werden." Er könnte mit einem gewissen Recht versichern, daß er in der Tat etwas Neues geschaffen hat. Die Juristen werden durch das heutige polnische Regime in eine ziemlich schwierige Lage versetzt. Wir alle wissen, daß Frankreich eine parlamentarische Republik ist, England — eine konstitutionelle Monarchie, daß in Italien die persönliche Diktatur herrscht. Aber wie das Regime in Polen beschaffen ist, weiß niemand. Man hat versucht, den Unterschied zwischen dem Regime in Polen und dem Faszismus zu erklären. Ein Unterschied ist natürlich vorhanden. In Paris, der Hauptstadt der internationalen Emigranten, gibt es italienische, spanische, ungarische Emigrantengruppen. Jedoch von einer polnischen Emigrantengruppe wissen wir nichts.

Indes zu sagen, daß es in Polen keine Freiheit des Wortes gibt, geht natürlich gleichfalls nicht an. Das Leben in der schönen polnischen Hauptstadt redet nicht von Tyrannenmacht und Bedrückung. Alles geschieht im Namen der gesetzlichen republikanischen Behörden, Pilsudski bekleidet ein untergeordnetes Amt. Allein jedes Kind weiß, daß die ganze Macht im Staat dem „Väterchen" gehört (so nennen die Legionäre den Marschall). Pilsudski selbst weist zuweilen recht

deutlich darauf hin. „Meine Wahl (des Präsidenten der Republik) ist auf Moscicki gefallen " (Rede vom 2. Juni 1926). „Im Fall einer ernsten Krise stelle ich mich dem Präsidenten der Republik zur Verfügung und beschließe " (Interview vom 30. Juni 1928) usw.

In Polen hat das Parlament mehr Rechte als z. B. in Italien. Doch Mussolini hat sich niemals mit dem Parlament unterhalten und niemals über das Parlament in einem Ton gesprochen, in welchem Pilsudski mit dem Landtag und über den Landtag spricht.

Welches Ziel Pilsudski in Wirklichkeit verfolgt, wage ich nicht zu entscheiden. Sowohl in seiner Psyche wie in seiner Politik ist es nicht leicht sich zurechtzufinden. Sehr bald nach dem Maiumsturz begab er sich in das Neswisher Schloß zum Besuch des Fürsten Albrecht Radziwill, und hier veranstalteten die Fürsten Radziwill, Potocki, Lubomirski, Czartoryski ihm zu Ehren ein prunkvolles Bankett. Diese Manifestation hat sehr viel Lärm verursacht. Man sprach von Thronansprüchen des Marschalls. Fürst Janusz Radziwill gedachte in seiner Rede des alten adligen Geschlechts der Pilsudski. Die monarchische Zeitung „Slowo" brachte auf der ersten Seite zwei Bilder: links Stanislaus August Poniatowski (der letzte König von Polen), rechts — Marschall Josef Pilsudski Einige Monate früher hatte der „Arbeiter" für Pilsudskis Kandidatur auf den Posten des Oberhaupts einer „Arbeiter- und Bauernregierung" propagiert.

Pilsudski hat unlängst zum französischen Schriftsteller Tubaud-Sisson gesagt: „Mein politisches Programm? Ich habe keins Jedoch meine Landsleute erwarten von mir Dinge, welche denjenigen, die ihre Nachbarn fordern, gerade entgegengesetzt sind. Wie soll man alle zufriedenstellen? Es heißt Listen aussinnen, lavieren, sorgfältig seine Gedanken verbergen. Man erwartet von mir eine Wendung nach rechts: ich gehe nach links. Man erwartet von mir eine Wendung nach links: ich gehe nach rechts. Ich überrumple den Gegner. Das ist kein politisches, das ist ein militärisches Spiel."

Es ist in der Tat ein militärisches Spiel. Doch im Kriege ist der Gegner vorher bekannt und das Ziel klar: er muß geschlagen werden. In der Politik ist nicht alles so klar; — vor allem gilt es festzustellen, wer die Feinde sind, wer die Freunde, was man mit den Gegnern anzufangen hat, und was überhaupt zu tun ist. Doch Pilsudski, ein sehr kluger, sehr willensstarker und fähiger Mann, hat in die Politik die ihr ziemlich fremden Methoden der Strategie hinein-

getragen. Die Ablehnung des ihm angetragenen Amtes des Regierungsoberhaupts nach dem geglückten Umsturz, die Manifestation im Schloß Neswisch unmittelbar nach dem Militärbündnis mit den Sozialisten, alles dieses sind Äußerungen derselben unverständlichen Taktik: die Wendung nach links, wenn man diejenige nach rechts erwartet; der Kurs nach rechts, wenn man den Kurs nach links voraussetzt. In keinem andern Staatsmann kommt die innere Spaltung so stark zum Ausdruck wie in ihm. Radikaler Stimmungswechsel ist eine sehr gewöhnliche Erscheinung, wo es sich um Versuche handelt. Doch im Marschall Pilsudski wohnen die allermannigfaltigsten, die heterogensten Stimmungen. Jetzt eben überwiegt offenbar der Haß gegen den Parlamentarismus und der Wille zur Alleinherrschaft. Der polnische Hamlet hat seinen Freund Laertes erschlagen, — ich weiß nicht, ob er ihn besonders beweint.

In Wirklichkeit liebte und liebt Pilsudski, so denke ich, bloß den Kampf, besonders in seiner Jahrtausende alten Form: den Krieg. In seinem Buch „Das Jahr 1920" nennt er das Kriegshandwerk eine „göttliche Kunst, die sich tief in die Menschheitsgeschichte eingegraben hat" In heutiger Zeit wird kein Staatsmann, vielleicht auch kein Militär auf der Welt sich entschließen, von der „göttlichen Kunst des Krieges" zu reden, — von welcher der Begründer der polnischen sozialistischen Partei zu sprechen unternimmt.

Dieser Mann lebte und lebt für Polen, für den Krieg, für den Ruhm. Wenn ein neuer Krieg ausbrechen sollte oder eine kommunistische Revolution, könnte keiner in Polen Pilsudski ersetzen.

Pilsudski tritt uns aus den Seiten der historischen Romane Sienkiewiczs entgegen. Er ist der letzte Pan Wolodyjewski.

Sammlung und Bindung

Ein Beitrag zur baltischen Jugendfrage

Von Arnold Schabert

I.

Es wird in letzter Zeit auch in unserer Gesellschaft recht viel über Art und Aufgabe unserer heutigen Jugend gesprochen. Allein es ist nicht ganz unbedenklich, diesen Fragenkomplex aus seinen Zusammenhängen zu lösen und für sich gesondert zu behandeln. Bei näherem Zusehen erweist es sich, daß die sogenannte „Jugendnot" mit einer Menge anderer „Nöte" weltanschaulicher und ethischer Natur, die unser gesamtes Volkstum betreffen, aufs engste zusammenhängt. Hier bestehen schicksalhafte und wohl auch schuldhafte Beziehungen. In Deutschland sind diese Zusammenhänge mancherorts klar erkannt worden. Ich erwähne als Beispiel nur die Arbeit gewisser Volkshochschulheime, bei der die Erkenntnis der Verbundenheit der Generationen angesichts der gemeinsamen Not, sowie der gegenseitigen und beiderseitigen schuldhaften Verstrickung die Voraussetzung ist und den Geist dieser Anstalten bestimmt. Auch bei uns kann die Verbindungslinie zwischen der Jugendfrage und dem religiösen, geistigen und sozialen Gesamtleben unseres Volkstums aufgezeigt werden. Es wäre nicht nötig, darauf den Nachdruck zu legen, wenn man nicht noch vielfach dem Glauben begegnete, die Gefährdung der Jugend sei nicht mehr als eine Übergangserscheinung, die nur unsere Jugend betreffe, und man könne sie etwa durch Gründung von Institutionen und Organisatonen beseitigen. Ohne das Zugeständnis, daß die Jugendfrage die Quittung ist auf unsere eigene geistige Haltung, ist die Voraussetzung für eine Diskussion dieser Frage nicht gegeben.

Worin besteht denn nach der landläufigen Auffassung das Wesen unserer Jugendnot? Man spricht von einer dreifachen Entfremdung, einer religiösen, einer sittlichen und einer nationalen. Vielfach spricht man, und das ist bezeichnend für unsere Lage, überhaupt nur von einer nationalen Entfremdung. Es fehlt nicht selten der Blick für die religiöse und sittliche Seite der Not. Die weltanschauliche Krisis erblickt man in der Ratlosigkeit und vielfach absoluten Indolenz unserer Jugend den Fragen der Weltanschauung, speziell der kirchlich-christlichen Verkündigung gegenüber. Die sittliche Not besteht im

getragen. Die Ablehnung des ihm angetragenen Amtes des Regierungsoberhaupts nach dem geglückten Umsturz, die Manifestation im Schloß Neswisch unmittelbar nach dem Militärbündnis mit den Sozialisten, alles dieses sind Äußerungen derselben unverständlichen Taktik: die Wendung nach links, wenn man diejenige nach rechts erwartet; der Kurs nach rechts, wenn man den Kurs nach links voraussetzt. In keinem andern Staatsmann kommt die innere Spaltung so stark zum Ausdruck wie in ihm. Radikaler Stimmungswechsel ist eine sehr gewöhnliche Erscheinung, wo es sich um Versuche handelt. Doch im Marschall Pilsudski wohnen die allermannigfaltigsten, die heterogensten Stimmungen. Jetzt eben überwiegt offenbar der Haß gegen den Parlamentarismus und der Wille zur Alleinherrschaft. Der polnische Hamlet hat seinen Freund Laertes erschlagen, — ich weiß nicht, ob er ihn besonders beweint.

In Wirklichkeit liebte und liebt Pilsudski, so denke ich, bloß den Kampf, besonders in seiner Jahrtausende alten Form: den Krieg. In seinem Buch „Das Jahr 1920" nennt er das Kriegshandwerk eine „göttliche Kunst, die sich tief in die Menschheitsgeschichte eingegraben hat" In heutiger Zeit wird kein Staatsmann, vielleicht auch kein Militär auf der Welt sich entschließen, von der „göttlichen Kunst des Krieges" zu reden, — von welcher der Begründer der polnischen sozialistischen Partei zu sprechen unternimmt.

Dieser Mann lebte und lebt für Polen, für den Krieg, für den Ruhm. Wenn ein neuer Krieg ausbrechen sollte oder eine kommunistische Revolution, könnte keiner in Polen Pilsudski ersetzen.

Pilsudski tritt uns aus den Seiten der historischen Romane Sienkiewiczs entgegen. Er ist der letzte Pan Wolodyjewski.

Sammlung und Bindung

Ein Beitrag zur baltischen Jugendfrage

Von Arnold Schabert

I.

Es wird in letzter Zeit auch in unserer Gesellschaft recht viel über Art und Aufgabe unserer heutigen Jugend gesprochen. Allein es ist nicht ganz unbedenklich, diesen Fragenkomplex aus seinen Zusammenhängen zu lösen und für sich gesondert zu behandeln. Bei näherem Zusehen erweist es sich, daß die sogenannte „Jugendnot" mit einer Menge anderer „Nöte" weltanschaulicher und ethischer Natur, die unser gesamtes Volkstum betreffen, aufs engste zusammenhängt. Hier bestehen schicksalhafte und wohl auch schuldhafte Beziehungen. In Deutschland sind diese Zusammenhänge mancherorts klar erkannt worden. Ich erwähne als Beispiel nur die Arbeit gewisser Volkshochschulheime, bei der die Erkenntnis der Verbundenheit der Generationen angesichts der gemeinsamen Not, sowie der gegenseitigen und beiderseitigen schuldhaften Verstrickung die Voraussetzung ist und den Geist dieser Anstalten bestimmt. Auch bei uns kann die Verbindungslinie zwischen der Jugendfrage und dem religiösen, geistigen und sozialen Gesamtleben unseres Volkstums aufgezeigt werden. Es wäre nicht nötig, darauf den Nachdruck zu legen, wenn man nicht noch vielfach dem Glauben begegnete, die Gefährdung der Jugend sei nicht mehr als eine Übergangserscheinung, die nur unsere Jugend betreffe, und man könne sie etwa durch Gründung von Institutionen und Organisatonen beseitigen. Ohne das Zugeständnis, daß die Jugendfrage die Quittung ist auf unsere eigene geistige Haltung, ist die Voraussetzung für eine Diskussion dieser Frage nicht gegeben.

Worin besteht denn nach der landläufigen Auffassung das Wesen unserer Jugendnot? Man spricht von einer dreifachen Entfremdung, einer religiösen, einer sittlichen und einer nationalen. Vielfach spricht man, und das ist bezeichnend für unsere Lage, überhaupt nur von einer nationalen Entfremdung. Es fehlt nicht selten der Blick für die religiöse und sittliche Seite der Not. Die weltanschauliche Krisis erblickt man in der Ratlosigkeit und vielfach absoluten Indolenz unserer Jugend den Fragen der Weltanschauung, speziell der kirchlich-christlichen Verkündigung gegenüber. Die sittliche Not besteht im

Fehlen absoluter sittlicher Maßstäbe bezw. Nichtverstehen ihrer absoluten Verbindlichkeit. Die nationale Entfremdung tritt in Erscheinung in einem allzuoft vorkommenden willkürlichen Lösen von Bindungen, die die Zugehörigkeit zu unserem Volkstum den jungen Menschen auferlegt.

In dieser dreifachen Hinsicht spricht man von einer Jugendnot. Man hat damit Recht; denn es sind tatsächlich Erscheinungsformen einer tiefen Not — wenn man im Bekenntnis zu metaphysischen Bindungen eine für alle Zeiten dem Menschen auferlegte absolute Verpflichtung sieht. Man irrt aber, wenn man in diesen Erscheinungsformen die Not selber sieht, und wenn man glaubt, daß diese sich nur auf die Jugend beziehe. Der Kern der Not besteht, um es kurz zu sagen, u. E. darin, daß unser ganzes Volkstum heute durchaus keine Volksgemeinschaft darstellt, eine Volksgemeinschaft in dem Sinne eines aus einer bestimmten Gläubigkeit heraus lebenden Verbandes von Menschen, für den auf jedem Lebenszweige ein metaphysischer Akzent ruht, der absolute Verpflichtungen, ja, auch hohe Opfer auferlegt. Stattdessen sind wir eine weitgehend atomisierte Gesellschaft, d. h., zugespitzt ausgedrückt, eine Summe von Einzelindividuen, die sich nach freier Wahl zusammenfinden, um Werte der Sitte, der Religion, der Kultur, des Volkstums und des Besitzes zu pflegen. Bezeichnend für diese Gesellschaft ist die absolute Freiwilligkeit des Zusammenschlusses und die nahezu unbeschränkte Freiheit beim Bekennen oder Nichtbekennen von Werten. Ferner ist für sie bezeichnend, daß alle Werte, zu der sie sich bekennt, der Welt einer „in sich selbst ruhenden Endlichkeit" angehören, d. h. letztlich relativ sind und als solche auch nicht als absolut verpflichtend empfunden werden können.

Die hier andeutungsweise geschilderte Auflösung unserer Volksgemeinschaft ist das Ergebnis eines seit längerer Zeit wirksamen Prozesses. Den letzten entscheidenden Durchbruch vollzog dieser aber in jenen ersten entscheidenden Jahren nach dem Kriege und nach der Revolution. Das hängt wohl damit zusammen, daß in diesen Jahren die innere Entwicklung, die wir für uns selber vielleicht unmerklich genommen hatten, auf eine andere, analoge Entwicklung stieß, die der ganze abendländische Kulturkreis seit längerer Zeit durchmachen mußte. Es ist derselbe Prozeß der Individualisierung und Atomisierung, der dort Volksgemeinschaften zersetzte und zu unübersehbaren Ergebnissen geführt hat. Gewiß, eine ständige Wechselwirkung zwischen hüben und drüben lag immer vor, aber in jenen Jahren wurden die äußeren Schutzwälle niedergebrochen, und die Flut ergoß sich auch über unser

baltisches Volkstum, das bis dahin in gewisser Hinsicht eine Enklave dargestellt hatte. Der Nerv unseres Lebens war zwar vielleicht schon früher krank, aber es bedurfte dieses äußeren Stoßes, um den Zerfall zu beschleunigen. Das Ergebnis dieses Zusammenstoßes war eine aktualisierte Emanzipation weitester Kreise in geistiger Hinsicht. Äußerlich trat das in Erscheinung in einem jäh fortschreitenden Abbröckeln und Zerbröckeln der Gemeinschaftsformen bis hinab zu der innerlichsten Gemeinschaft, der Familie, und in einem merkwürdigen Verschieben des Schwerpunktes unseres Lebens in die Öffentlichkeit.

Dieses Schicksal, an dem wir alle mehr oder weniger teilhaben, betraf besonders schwer unsere Jugend und besonders die Teile von ihr, die durch ein mehr oder weniger zufälliges Geschick außerhalb des Geltungsbereiches dessen, was wir baltische Tradition nennen, standen. Darin allein ist der Kern unserer heutigen Jugendnot zu sehen, daraus sind auch die immer größeren Kreise, die sie zieht, zu erklären.

II.

Welches ist nun die konkrete Situation, in die sie dieses Schicksal versetzt hat? Wir betrachten zunächst das sich uns bietende Bild von außen. Da ist zunächst zu sagen, daß unsere Jugend an der ganzen Front am Zerfall der Gemeinschaftsformen teilnimmt und daß auch ihr Leben in bisher ungeahntem Maße in die Öffentlichkeit abgedrängt wird. Arbeit und Muße spielt sich auch bei ihr nicht mehr wie früher im Kreise der Familie ab, sondern günstigstenfalls in der Gesellschaft, vielfach aber auch lediglich im Büro, auf der Straße, im Kino und in den öffentlichen Veranstaltungen. Auch die Quellen, die ihre geistigen Bedürfnisse befriedigen, entspringen nicht mehr der Familie; Kreise, öffentliche Vorträge, nicht zuletzt die Zeitung sind an die Stelle dessen getreten, wofür früher die Familie aufkam.

Auch in einer anderen Beziehung macht die Jugend die Entwicklung mit, die unser gesamtes Volkstum genommen hat. Gemeint ist die Auflösung der organischen Gliederung unserer Volksgruppe. Je mehr man mit der Jugend zu tun hat, desto öfter stößt man auf eine erstaunliche Zerissenheit, wobei jedoch aus der bunten Mannigfaltigkeit zwei größere Kreise hervortreten. Diese Kreise stehen zueinander, wenn überhaupt, nur in einer sehr losen Verbindung. Wir bezeichnen sie der Gewohnheit wegen mit „traditionsbegabt“ und mit „von der Tradition losgelöst“ Es herrscht eine ganz verschiedene Denkweise hüben und drüben. Es liegen ganz andere In-

tereſſen, ein ganz verſchiedenes Sichgeben vor, man ſpricht eine ganz andere Sprache und es herrſcht eine abſolute gegenſeitige Unkenntnis. Man iſt erſtaunt, wie völlig unbekannt in manchen Kreiſen unſerer Jugend Dinge unſerer Kulturpolitik, unſeres organiſatoriſchen Aufbaus, unſerer Selbſtbeſteuerung ſind. Es beſteht keine bewußte Ablehnung, ſondern man weiß von dieſen Dingen einfach nichts, und ſie intereſſieren ſcheinbar auch gar nicht. Aber auf der anderen Seite iſt es nicht viel beſſer beſtellt. Weite Kreiſe unſerer „traditionsbegabten" Jugend wiſſen zwar, daß es den „kleinen Mann" oder den Koloniſten bei uns gibt, aber was das eigentlich für Leute ſind, darüber herrſcht völlige Unklarheit. Man hat ſie nie oder ſelten geſehen, und wenn es dann doch gelegentlich zu einer Berührung kommt, dann ſteht man ſich ratlos gegenüber oder ſtößt einander tüchtig vor den Kopf.

Wenn wir nun von dieſen äußeren Erſcheinungen zu einem Verſuch übergehen, die innere Lage unſerer Jugend mit kurzen Worten zu ſchildern, ſo wäre etwa folgendes zu ſagen. Wenn man die religiöſe und ſittliche Lage unſerer ſchulentlaſſenen Jugend zu überblicken verſucht, ſo iſt die erſte Beobachtung, die man zu machen gezwungen iſt, ein allgemeines Fehlen dieſer Wertkomplexe. Andere Werte, vor allen Dingen die wirtſchaftlichen, haben ſich vorgelagert. Es herrſcht vielfach ein vollſtändiges Desintereſſement an den Dingen des Glaubens und der Sitte vor. Das iſt aber nur die eine Seite des Bildes. Eine zweite Erſcheinung, die einem begegnet, iſt vielleicht am beſten mit einer bewußt und meiſt qualvoll empfundenen Beziehungsloſigkeit unſerer Jugend zu den religiöſen Dingen zu bezeichnen. Um zu erklären, was damit gemeint iſt, ſei ein Beiſpiel angeführt. Gelegentlich einer Ausſprache mit einem kleinen Kreiſe ſoeben konfirmierter männlicher Jugend wurden auch die Erlebniſſe und Erkenntniſſe der Konfirmationszeit berührt. Seitens der Jugend wurde immer wieder geäußert, daß die Konfirmandenlehre Dinge vorausſetze, die garnicht bekannt ſeien. Um Konkretiſierung dieſer Behauptung gebeten, antwortete man, es ſei z. B. immer wieder von Gott, Vergebung, Sünde uſw. geſprochen worden, man könne ſich aber unter dieſen Worten garnichts vorſtellen. Ein drittes Merkmal der religiöſen Lage unſerer Jugend ergibt ſich aus dem Außerkrafttreten der Autoritäten, an denen alles geſunde jugendliche Losſtreben die notwendige geſunde Korrektur finden muß. Da es keine abſoluten Autoritäten mehr gibt, iſt der jugendliche Eigendünkel auch auf religiöſem Gebiet völlig ſchranken- und hemmungslos geworden.

Als Beleg dafür lese man die im „Rundbrief baltischer Wandervögel" erschienenen Aufsätze zu den Fragen Christentum, Volkstum, Jugendbewegung nach.

Auch für die sittlichen Verhältnisse ist nichts so charakteristisch wie das Fehlen eines Organes für die absolute Verbindlichkeit sittlicher Gebote. Man hat in den einzelnen hier und da vorkommenden sittlichen Auswüchsen unserer Jugend mit Unrecht die eigentliche Not sehen wollen. Nicht einzelne Verstöße sind das Bedenkliche, sondern eine tiefe Ratlosigkeit, die dadurch gefördert wird, daß man sieht, wie im praktischen Leben sittliche Werte immer wieder relativiert werden. Bei Aussprachen mit reiferer Jugend über Fragen der Sittlichkeit im engsten Sinne des Wortes hört man immer wieder eine Not herausklingen. Sie besteht darin, daß man selbst nicht mehr an die absolute Verbindlichkeit sittlicher Normen zu glauben wagt. Die festen, aus dem Elternhause mitgebrachten Anschauungen werden erschüttert durch die in nächster Nähe ständig sich wiederholenden Verstöße und durch eine ständige Negierung dieser Normen in der Umwelt. Presse, Reklame, Straßenleben und Kino spielen dabei eine bedeutende Rolle.

Nun einiges zur nationalen Lage. Wenn vorhin über die beiden einander nicht verstehende Kreise gesprochen wurde, so ist diese Erscheinung um so bedenklicher, als ganz nahe Beziehungen des einen Kreises zum Lettentum vorliegen. Die Letten sind geistig, rassisch und vielfach auch sprachlich ganz nahe gerückt. Direkte Blutsverwandtschaft ist nicht selten. Immer wieder finden sich lettische Familienglieder; diese bilden heute ein Einfallstor für das Lettentum. Es entsteht zwischen hüben und drüben eine geistige Affinität, die für das tägliche Leben bestimmend ist, die erfreulicherweise aber doch noch vielfach zu schwach ist, um an den Höhepunkten des kirchlichen und bürgerlicheu Lebens (kirchliche Handlungen, Kirchenbesuch, Wahlen usw.) ausschlaggebend zu sein. Lettisches Wesen dringt durch Verwandtschaft, Beruf, Geselligkeit und Zeitung ein und wird, wenigstens von unserer städtischen Jugend — unvergleichlich viel besser steht es um die Kolonisten —, ohne große Hemmungen angenommen. Das Lettentum imponiert vielfach. Es ist mehr Geld da, man kann sich mehr leisten, das wirtschaftliche Hochkommen des Letten macht Eindruck; Veranstaltungen, Uniformen und Auszeichnungen sind überaus anziehungskräftig. Auch aus Gründen der Arbeitsmöglichkeiten und des Verdienstes fühlt man sich veranlaßt, seine Zugehörigkeit zum Deutschtum zu verleugnen.

Bewußt oder unbewußt trägt man sich mit der Hoffnung, durch einen Anschluß an lettische Kreise in mancher Beziehung zu vorteilen.

Ganz bewußt sind in dieser Darstellung negative Seiten betont worden. Man wird entgegnen, wir hätten auch eine Jugend, auf die diese Charakteristik ganz und gar nicht zutrifft. Gewiß, es gibt auch eine solche, und zwar in einer noch ganz beachtlichen Stärke. Aber das eine glauben wir trotzdem sagen zu müssen: die Zersetzung schreitet weiter vorwärts, und vielfach ist es, wie auch die Erfahrung lehrt, nur eine Frage der Zeit, daß auch die gesunden Kreise von diesem Prozeß ergriffen werden.

III.

Dieses ist die Situation, aus der heraus das deutsche Jugendsekretariat in Riga gegründet wurde. Einige Worte zu der Entstehung dieser Institution. Schon lange vor ihrer Gründung wurde in kirchlichen Kreisen die Frage der Schaffung eines Jugendpfarramts diskutiert. Aus prinzipiellen Bedenken und wegen pekuniärer Schwierigkeiten kam es nicht dazu. Darauf wurde vor etwa drei Jahren auf Anregung des jetzigen Chefs des deutschen Bildungswesens Dr. Wachtsmuth der Gedanke im Elternverbande durchgesprochen. Hier ging man von der nationalen Gefährdung der Jugend aus. Aber auch an die Kirche ließ Dr. Wachtsmuth die Aufforderung ergehen, bei der Schaffung der neuen Institution mitzuwirken. Und so kam es dann schließlich zu einer Gründung, hinter der Elternverband und Kirche in gleicher Weise stehen. Diesem Schritt dürfte eine nicht ganz geringe prinzipielle Bedeutung beizumessen sein. Wir wollen von der Frage, ob auf diesem Wege greifbare Erfolge zu erzielen sind oder nicht, ganz absehen, auch die Frage, welches nun der Aufgabenkreis der neuen Institution sein soll, vorläufig zurückstellen und den Schritt der Schaffung einer solchen Stelle nur nach seiner prinzipiellen Bedeutung zu bewerten versuchen.

Dabei muß zunächst u. E. einmal klar ausgesprochen werden: es handelt sich bei dieser Gründung um nichts anderes, als um den seitens unserer berufenen kulturellen Organisation und seitens der Kirche erhobenen Anspruch, neben der zuständigen Trägerin aller Jugendführung — der Familie — und neben der Schule auch von sich aus direkt in die Jugendführung einzugreifen. Gewiß ist auch früher schon in Einzelfällen hie und da dieser Anspruch geltend gemacht worden. Aber kaum jemals so allgemein und so bestimmt. Es dürfte nicht zu bezweifeln sein, daß jetzt dieser Anspruch nur auf

dem Wege einer systematischen organisatorischen Erfassung unserer Jugend und auf dem Wege einer systematischen individuellen Beratung und Förderung des einzelnen Jugendlichen verwirklicht werden kann. Beides aber geschieht außerhalb der Familie, wenn es auch nicht gegen die Familie gerichtet ist.

Dieses ist nun der Punkt, an dem schwerwiegende Bedenken gegen die öffentliche Jugendarbeit erhoben werden: es wird die Befürchtung laut, daß durch sie die Jugend in Gefahr gebracht werde, der Familie zu entfremden. Mit diesem Einwand gilt es sich auseinanderzusetzen, denn — das muß im voraus gesagt werden — sollte er uneingeschränkt zu Recht bestehen, so wäre damit die Jugendarbeit gerichtet.

Der Einwand geht von der Voraussetzung aus, daß die Familie die gottgewollte, zutiefst unzweckhafte Form menschlicher Gemeinschaft ist, auf deren Boden allein jugendliches Leben sich wahrhaft entfalten kann und die, weil sie dem Menschen gesetzt ist, durch nichts „ersetzt" werden kann. Diese Einschätzung der Familie muß vorbehaltlos anerkannt werden. Alle Jugendarbeit, die dieses nicht tut und etwa dem Wahne lebt, Familie ersetzen zu können, ist nicht nur utopisch, sondern auch äußerst gefährlich. Aber wenn man auch von diesen gefährlichen Utopien, die für sich gleiche Rechte mit der Familie beanspruchen, oder gar die Familie „überwinden" wollen, absieht, so muß doch zugegeben werden, daß das Familienleben auch durch eine Jugendarbeit, die die obengenannte Voraussetzung grundsätzlich anerkennt, tatsächlich oft gefährdet wird. Wenn etwa die Jugend Sonntag für Sonntag im „Verein" versammelt wird, oder wenn Altjahrabend in der Gruppe verbracht wird, oder wenn die Weihnachtsfeiertage dazu benutzt werden, um „auf Fahrt" zu gehen, so bedeutet das fraglos eine Schädigung des Familienlebens.

Darf nun auf Grund dieser Erwägungen und Beobachtungen die öffentliche Jugendarbeit als verhängnisvoller Fehler glattweg abgelehnt werden? Uns scheint dieses trotzdem nicht möglich zu sein. Und zwar aus folgender Überlegung. Es muß doch zugegeben werden, daß auch bei uns nicht jede Familie die an sie gestellte Aufgabe der Jugendführung praktisch voll zu erfüllen in der Lage ist. Wenn man auch von allen anderen Momenten absieht, so ist es doch schon das intensive Berufs- und Erwerbsleben und der damit verbundene Zeitmangel, die eine zerstörende Wirkung auf die Familie ausüben. Liegt nicht in diesen Fällen die Verpflichtung vor, neben dem Wirken auf die Gesundung der Familie und ihrer Lebensverhältnisse mit der Jugendarbeit auch außerhalb der Familie

einzusetzen? Die Jugend kann auf das Eintreten gesunderer Verhältnisse eben einfach nicht warten. Ferner: es ist eine bekannte Tatsache, daß vor allem die männliche Jugend, sobald sie ein bestimmtes Alter erreicht hat, die Tendenz zeigt, sich auch außerhalb des Hauses auszuwirken. Früher konnte sich dieser Trieb auch außerhalb des Hauses auf einem Boden auswirken, der, wie ein magnetisches Feld vom Pol, durch eine allgemein geltende Sitte von der Familie beeinflußt wurde. Dieses läßt sich aber von unserer Öffentlichkeit nicht mehr sagen. Hier ist die Jugend Einflüssen ausgesetzt, die denen eines gesunden Hauses oft direkt zuwiderlaufen. Es ergibt sich somit die Notwendigkeit, diesem nach außen gerichteten Drange eine Auswirkungsmöglichkeit zu schaffen, die den jugendlichen Menschen nicht gefährdet. Auch von diesem Gesichtspunkte aus dürfen wir auf eine öffentliche Jugendarbeit nicht ganz verzichten.

Wie zwingend diese Gründe aber auch sein mögen, der Konflikt zwischen Familie und Jugendarbeit bleibt bestehen, und er wird noch dadurch verschärft, daß es praktisch unmöglich ist, Jugendarbeit lediglich als Bewahrung „gefährdeter Elemente" durchzuführen. Es hat sich gezeigt, — und der Bankerott der Jugendarbeit in Deutschland vor dem Anbrechen der Jugendbewegung hat es erwiesen, — daß diese Bewahrung nur dann möglich ist, wenn die gesunden Teile der Jugend (und diese kommen immer aus Häusern mit einem starken Familienleben) sich in den Dienst der Sache stellen und womöglich die Führung übernehmen. Theoretisch läßt sich der Konflikt zwischen Familie und Jugendarbeit nicht beseitigen. Wohl aber läßt er sich praktisch von Fall zu Fall überbrücken. Daß dabei auf die Persönlichkeit des Führers *alles* ankommt, ist ohne weiteres einleuchtend.

Allerdings glauben wir, daß auf einer höheren Ebene auch dieser Gegensatz aufgehoben wird. Ist bei uns Balten die Familie nicht auch deshalb länger erhalten geblieben als anderswo, weil unserer Familie andere, umfassendere Gemeinschaften, die von einem starken Geist erfüllt waren, „vorgelagert" waren und von ihr alles Zersetzende fernhielten? Heute sind diese weiteren Gemeinschaftsformen vielfach zerstört oder empfindlich geschwächt. Aber nur wenn es uns gelingt — auch mit Hilfe der Jugend und durch sie — diese weiteren Gemeinschaften zu stärken, neue zu gewinnen und sie sozusagen vor die Familie vorzubauen, kann uns die Familie erhalten bleiben. Hier ist der tiefste Sinn der organisatorischen Jugendarbeit zu finden, und von hier allein schöpft sie ihr Recht. — Über die Grenze dieser Organisationsarbeit soll noch gesprochen werden. Hier nur einige Worte über ihren Aufbau und ihr Wesen.

IV

Als die Jugendarbeit in unserer Heimat durch die Gründung des Jugendsekretariats sozusagen sanktioniert wurde, bestanden bei uns eine Reihe von Jugendorganisationen, von denen fast alle bezeichnenderweise in den Jahren von 1918—1920 gegründet worden waren. Die meisten dieser Jugendorganisationen — genannt seien von ihnen die wichtigsten: die Christlichen, die Wandervögel, die Pfadfinder und die Guttempler — führten ein recht reges, aber nach außen abgeschlossenes Leben. Die Aufgaben, die die Jugendorganisationen der Gesamtheit unserer Jugend gegenüber hatten, konnten entweder nicht aufgenommen werden, weil die innere Festigung dieser Gruppen noch nicht genügend fortgeschritten war, oder blieben aus einem anderen Grunde liegen: vergegenwärtigt man sich etwa die geistige Haltung eines Wandervogels in jenen Jahren, so entdeckt man Züge einer gewissen Weltflucht, die nicht nur für den einzelnen bestimmend, sondern auch für die Bildung der Gruppen als solcher konstitutiv waren. Man floh die Vergesellschaftung des modernen Lebens und hoffte in einer kleinen Gruppe so etwas wie Gemeinschaft herstellen zu können. Aus dieser Weltabgewandtheit heraus ist es auch erklärlich, daß viele der damals entstandenen Gruppen einfach keinen Blick für Verpflichtungen „nach außen" hatten. Wenn aber Außenarbeit betrieben wurde, so geschah sie meist in der Form einer Werbung für das eigene, mehr oder weniger enge Lebensideal, etwa für die Haltung eines Wandervogels, oder für das abstinente Leben der Guttempler. Für das eigene Lebensideal wurde eine starke Verantwortung empfunden, aber das Verhältnis zu dem historisch gewordenen baltischen Volkstum oder zur Kirche war viel zu locker und viel zu „problematisch", als daß man sich in diese Gegebenheiten voll einzuordnen vermochte, geschweige denn einen von hier kommenden Auftrag, den man der Gesamtheit unserer deutschen Jugend gegenüber zu erfüllen hatte, lebendig empfand.

Aus diesem Sachverhalt ergaben sich für die Jugendarbeit folgende Aufgaben. Erstens: den Gedanken einer Zusammengehörigkeit der gesamten deutschen Jugend über alle Grenzen hinweg, die Gesellschaftsschicht, Beruf und Lebenshaltung aufrichten, und den Gedanken ihrer Einbezogenheit in Volk uud Kirche in die bestehenden Jugendorganisationen zu tragen; zweitens: die organische Sammlung unserer Jugend systematisch aufzunehmen; drittens: alle Bestrebungen unserer Jugend, die diesem Ziele förderlich sind, tatkräftig zu unterstützen.

Was ist von diesen Zielen erreicht worden? Es darf heute wohl ausgesprochen werden, daß in fast allen bestehenden Jugendorganisationen eine sorgfältige Auseinandersetzung mit den angedeuteten Gedanken erfolgt ist, und daß alle sich hinter die Idee einer Volksgemeinschaft, an deren Verwirklichung auch die junge Generation mitzuwirken hat, gestellt haben. Darüber hinaus wird eine Verpflichtung auch zur aktiven Mitarbeit empfunden. Ferner sind in dieser Zeit eine Reihe von neuen Zusammenschlüssen unserer Jugend erfolgt. In den letzten zwei Jahren sind etwa 12 neue Organisationen entstanden, davon in Riga 5 und in der Provinz 7 Die Mitgliedschaft dieser Organisationen beläuft sich auf schätzungsweise 280 Personen. Unter der Einwirkung des Gedankens einer systematischen Sammlung unserer Jugend haben manche schon seit früherer Zeit bestehende Jugendorganisationen ihre Mitgliederzahl stark erhöht. Erwähnt sei bloß der Pfadfinderbund, der heute 200 Mitglieder zählt, gegenüber einer Zahl von 60 vor zwei Jahren.

In Anbetracht dessen, daß der Gedanke des Zusammenschlusses sich allenthalben in unserer Jugend regte, erschien es unabweisbar, alle diese Bestrebungen zu einem Ganzen zu verbinden und dieser Verbindung auch nach außen Ausdruck zu verleihen. So entstand vor Jahresfrist der „Verband deutscher Jugend in Lettland", zu dem heute die meisten Jugendorganisationen gehören. Im Verbande sind ganz heterogene Elemente zusammengeschlossen. Das, was alle miteinander verbindet, ist ein gegenseitiges Sichernstnehmen und die allseitig empfundene Verantwortung für unsere Heimat und unser Volkstum. Die Gliederung des Verbandes ist nach Ortsgruppen und Arbeitsgemeinschaften vollzogen. Die Ortsgruppe ist die lokale Einheit, die Arbeitsgemeinschaft die Einheit nach dem Gesichtspunkt der Weltanschauung, der Lebensauffassung und des Berufes. In Riga bestehen folgende Arbeitsgemeinschaften: die akademische, die unsere korporelle Studentenschaft umfaßt; die bündische, in der Gruppen vertreten sind, die von der deutschen Jugendbewegung die stärksten Impulse empfangen haben; die christliche Arbeitsgemeinschaft, die unsere gemeindlichen und andere auf evangelischer Grundlage stehenden Gruppen umfaßt; die pfadfinderische Arbeitsgemeinschaft, in der die rigaschen Trupps des deutsch-baltischen Pfadfinderbundes vertreten sind, und schließlich die Arbeitsgemeinschaft der Schulentlassenen. In der letztgenannten sind die Absolventengruppen unserer Schulen zusammengeschlossen; diese Gruppen sind am stärksten nach beruflichen Gesichtspunkten gegliedert. Ferner bestehen Ortsgruppen

in Libau, Mitau, Goldingen, Tuckum, Talsen, Santen, Oxeln, Wirgen, Hasenpoth, Krussat-Drogen, Alt-Autz. Die Gesamtheit der stimmberechtigten Mitglieder über 18 Jahre belief sich zurzeit des ersten Delegiertentages im September 1929 — der übrigens ein starker Ausdruck einer überall empfundenen Zusammengehörigkeit war — auf etwa 1050. Die Zahl ist heute etwas höher; wenn man die Mitglieder des Verbandes im Alter von 16—18 Jahren mitveranschlagt, so kommt man auf die Zahl von rund 2100 Mitgliedern. — Doch Zahlen sagen wenig, und man darf auf die erzielten Erfolge nicht zuviel Gewicht legen. Es handelt sich zunächst nur um ein organisatorisches Gerippe., und es die Aufgabe der Zukunft, die gewonnene Form mit einem Inhalt zu erfüllen.

Das Organisationswerk hat seine Grenzen. Die unüberwindlichste besteht wohl darin, daß wir niemals Gemeinschaft bewußt schaffen können. Das aber ist gerade die entscheidende Frage: ob von der jungen Generation starke gemeinschafterzeugende Bindungen in ihren Lebensbereich wieder aufgenommen werden. Diese Bindungen können nicht bewirkt werden, sie kommen auf eine ungegenständliche Weise, die außerhalb des Zusammenhanges von Ursache und Wirkung steht. Wir stehen hier unter dem Verhängnis aller pädagogischen Arbeit im weitesten Sinne dieses Wortes, die im Grunde nur Wege ebnen und Hindernisse beseitigen kann. So können auch wir durch die Organisation nur einer letzten Bindung die Wege ebnen. Dies ist der Sinn und die Schranke unserer Arbeit zugleich. Wir schützen durch unsere Arbeit gefährdete Elemente vor der Aufgabe ihres Volkstums. Auch das sittliche Verantwortlichkeitsgefühl können wir durch die Organisationen stärken. Beispiele von überraschender und beschämender Opfergesinnung bestätigen diese Meinung. Und dieses Verantwortungsbewußtsein, das an dem einzelnen nahestehenden Kameraden erwacht, wächst über sich selber hinaus und erstreckt sich auf die Gesamtheit der Gruppe und auf die Gesamtheit der deutschen Jugend. Und noch in einem letzten und tiefsten Sinn können wir Wegbereiter sein. Wahre Verantwortlichkeit ist verbunden mit der Erfahrung des eigenen Unvermögens. Verpflichtung und Schuld sind nahe beieinander. Wo aber Schuld verspürt wird, da ist die Voraussetzung gegeben, das Wort von der Vergebung zu hören und die Gemeinde zu finden.

Grundbedingung für einen Erfolg der Arbeit an der Jugend aber ist, daß sie vom Bewußtsein aller getragen wird, die sich für die Dinge unseres Volkstums verantwortlich fühlen.

Um ein Weltbild

Eine Besprechung*)

Von Roderich von Engelhardt

Im Kampf um die Weltanschauung, sofern er von der Masse ausgefochten wird, muß die banale Aufklärung, die Ratio den Sieg davontragen, denn die „schlagende Beweiskraft" ihrer rein rationalen Erwägungen, des Rechenexempels leuchtet auch dem von der Natur weniger Begünstigten ein. Und daß die Masse ihrer Majorität nach aus solchen besteht, ist — Gott sei's geklagt — eine Tatsache.

Sollte in der weltanschaulichen Reform, die wir dringend brauchen, der Versuch gemacht werden, durch einen „Volksentscheid" Klarheit zu schaffen, so dürfte der Ausgang nicht zweifelhaft sein. Das weltanschauliche System würde den Sieg davontragen, das — nach der bekannten monistischen Formel — bei geringstem Energieaufwand das größtmögliche Behagen — das „Glück" bringt. Und da steht selbstverständlich die Weltanschauung der Konjunktur, des Kompromisses obenan. Das, was sich von heute auf morgen rentiert, ist ein gutes, reelles Geschäft, und sein Vorteil leuchtet in allererster Linie dem Sachwalter des „kleinen Mannes" ein, der das Risiko und das „Geschäft auf weite Sicht" scheut.

Ist es da nicht ein völlig aussichtloses Unternehmen, vom „organischen Weltbild" von „organischer Kultur" zu reden, Begriffen, die ihrer ganzen Natur nach nicht erklärt werden können, sondern nur gefühlsmäßig nachempfunden, nacherlebt werden können?

Bilder, deren Wahrheitswert überhaupt nicht „bewiesen" werden kann, wenn sie nicht an sich „evident" sind, d. h. unmittelbar als richtig erscheinen?

Was hilft uns alle Überredungskunst, der Hinweis auf das Versagen aller rein rationalen Methoden, unseren völlig aus dem Gleis geworfenen Planeten wieder auf die ihm angemessene Bahn zu bringen, der Ruf zur Besinnung auf die Zeiten und Männer Deutschlands, die sein ewiges Antlitz prägten, auf Weimar, auf

*) P. Krannhals. Das organische Weltbild. Grundlagen einer neuentstehenden deutschen Kultur. Bd. I und II. 776 S. F. Bruckmann, A.-G. Verlag. München 1928.

Goethe? Was soll uns das alles? Hatten Weimar und Goethe ihre Zeit, wir haben die unsrige, und wer sich nicht auf den „Boden der geschichtlichen Tatsachen" zu stellen weiß, wer immer wieder rückwärts schaut und nicht die dringende Forderung des Tages erkennt, mag seinen utopischen Träumen, seiner romantischen Sehnsucht nach Gewesenem nachhängen, die Zeit wird über ihn hinweggehen! Wir wissen es besser, die heutige Zeit verlangt nicht mehr den Nachdenklichen, Besinnlichen, den traditionsgebundenen Idealisten — sie verlangt — vielleicht den „Chauffeurtyp" (Keyserling), den Cecil Rhodes-Typ (Spengler), den Manager, den Praktiker und Rechenkünstler des Lebens.

Gewiß, diese Welt hat manches von ihrem Glanz eingebüßt, sie sieht etwas kalt und nüchtern aus, aber immerhin, der kalte und nüchterne Rechner kommt auch heute noch auf seine Kosten.

Ist das nicht alles einleuchtend — evident genug, um auch den Enttäuschten wachzurütteln und ihn zum gefügigen Rad im Betrieb des Lebens zu machen? Ist nicht der Ruf nach einem umspannenderen Weltbild — nach einem weltanschaulichen „Idealismus" (man verzeihe den groben Anachronismus!) — unnötige Energievergeudung, eine Überspannung des Bogens unserer begrenzten Möglichkeiten, der nur unerfüllbare Wunschträume weckt, also keineswegs der monistischen Glücksformel entspricht, nach der die Summe des Glücks der aufgewandten Energiemenge proportional sein muß?

So redet der „Geist unserer Zeit", die „neue Sachlichkeit", die sich ihres „objektiven Blickes" rühmt, der die Dinge sieht, wie sie sind, und danach sein Tun einrichtet.

Aber da steigt doch der leise Zweifel in uns auf, ob es dem Menschen gelingt, die Dinge so völlig losgelöst von Gefallen oder Mißfallen, von Angezogen- oder Abgestoßenwerden, von Wunsch oder Gleichgültigkeit zu sehen, unsere Seele und ihre Bedürfnisse, ihre Liebe, ihren Glauben und ihre Hoffnung auszuschalten?

Ja, es dürfte sogar der Zweifel berechtigt sein, ob uns diese „neue Sachlichkeit" auch nur einen Schritt über den rein äußerlichen Oberflächenaspekt hinausführt. Das, was dem Durchschnittsverstand in allererster Linie zugänglich ist, ist das rein äußerliche Gegenstandsbild und dieses nicht in seiner besonderen individuellen Eigenart, sondern als Typus. Für solche Art Menschen ist der Baum ein Baum, das Haus ein Haus, dieser Mensch ein Mensch wie jeder andere.

Es gehört Tiefblick dazu, innerhalb der Art, des Typus die individuellen Merkmale zu unterscheiden und — zu werten. Aus Mangel an anderen Wertmaßstäben greift die Masse nach den nächstliegenden, den quantitativ meßbaren: physische Kraft (der Preisboxer), Schnelligkeit und Gewandtheit, Gesundheit, Reichtum. Der prompte und sichtbare Erfolg ist Zeichen der Befähigung, der Tüchtigkeit. Daß diese Maßstäbe vielleicht für einen ganz primitiven Gemeinschafsaufbau genügen, mag zugegeben werden, aber die Anforderungen an die Stabilität und Vitalität einer Gemeinschaft sind heute weit höhere. Als gemeinschaftsbildende Kraft genügt offenbar die „neue Sachlichkeit" nicht, die sich nur auf die rationale Beweiskraft ihrer realen Wertmaßstäbe stützt und die ausschlaggebenden individuellen Verschiedenheiten leugnet oder nicht erkennt.

Man sieht, wir stehen mit diesem beschränkten Blick auf die „neue Sachlichkeit" auf dem Boden der Demokratie, eines Gesellschaftsbaues, der — weil unorganisch — so unendlich labil und widerstandslos ist, daß zur Erhaltung seines Bestandes immer neue Schutzmaßregeln erfunden werden. Deshalb die immer starrere Bürokratisierung des Verwaltungsapparates, deshalb die heimliche Tendenz zur Diktatur, der über kurz oder lang alle echten Demokratien zum Opfer fallen.

Kann uns nun das „organische Weltbild" einen neuen, aussichtsreicheren Weg zeigen, der uns aus diesem ertötenden Einerlei politischen Schiebertums herausführt, der uns nach zehnjähriger vergeblicher Wartezeit den Ansatz zu einem neuen Wachsen und Werden zeigt?

Dem vorliegenden zweibändigen Werk unseres Landsmannes P. Krannhals sei folgende Bemerkung vorausgeschickt: Wenn zwei Architekten gemeinsam an einem Bau arbeiten und im Grunde von der gleichen Bauidee getragen sind, so ist damit noch keineswegs die Gleichheit im einzelnen gewährleistet — im Gegenteil, je „organischer" die Bauidee mit dem individuellen Typus ihres Trägers verwachsen ist, um so eigenartiger, selbständiger werden sich auch die einzelnen Bauglieder aus dieser einmal geprägten Form entwickeln. Das Organische ist eben ein völlig unwiederholbares Schema, der Typus versteckt sich gewissermaßen hinter dem Individuellen, biologisch gesprochen, der Phänotyp (das Erscheinungsbild) variiert, während der Genotyp (Artcharakter) gewahrt bleibt.

So soll auch die kritische Auseinandersetzung mit dem „Organischen Weltbild" des Verfassers nicht als Ausdruck eines Gegensatzes

inbezug auf die Grundeinstellung des Buches oder auf seinen Artcharakter angesehen werden, sondern als Zeichen eines anderen Erscheinungsbildes, das dem Referenten vorschwebt.

Denn darin liegt ja gerade die ungeheure, garnicht übersehbare Fruchtbarkeit des „organischen Gedankens", daß seine Ausstrahlungen, seine gestaltende Kraft im einzelnen keineswegs eng programmatisch oder schematisch ein für alle Mal festgelegt werden können, sondern daß gerade hier — obgleich aus gleichem Stamme, aus gleicher Wurzel, nach gleichem Bildungsgesetz gewachsen — die weitgehendste individuelle Verschiedenheit herrscht.

Aus diesem Grunde wäre es offenbar für die Wirkung des Werkes günstiger gewesen, wenn der Verfasser sich nicht auf so ins Detail gehende Reformvorschläge eingelassen hätte, wie er das gleich anfangs in den Abschnitten über die organische Staatsordnung und Wirtschaftsordnung getan hat. Gar zu leicht setzt hier die Kritik an, um von dort her die Bauidee des Ganzen in Frage zu stellen.

Ähnliche Bedenken tauchen inbezug auf den prinzipiellen Standpunkt des Verfassers in der Frage nach dem Verhältnis von Individuum und Gemeinschaft auf, die hier vorweggenommen werden mögen, um später Wiederholungen zu vermeiden. Diese Frage findet ihr Analogon im Organismus im Verhältnis von Einzelzelle zum Zellverband. Krannhals steht auf dem Standpunkt, daß das Individuum nur insofern das Recht zu seiner besonderen individuellen Ausprägung hat, als diese der Gemeinschaft zugute kommt. Das ist insoweit richtig, als die Idee der Gemeinschaft über der des Individuums stehen muß. Aber wie dann, wenn diese Gemeinschaft erst vom Individuum, von Individuen geschaffen wird? d. h. wenn die Ausprägung des Individuellen gewissermaßen erst einer in Zukunft zu gestaltenden Gemeinschaft zu gute kommt?

Es ist die alte, unentschiedene Frage, ob der Zellverband der Einzelzelle ihren Wirkungskreis, ihre individuelle Funktion vorschreibt, oder ob die individuell geprägte, differenzierte Zelle erst die spezifische Funktion des Organs (der engeren Gemeinschaft) und des Organismus (der weiteren Gemeinschaft) bestimmt. Alle Differenzierung scheint, ehe sie wieder von der Zentrierung erfaßt, d. h. zu einer in die Gemeinschaft eingeordneten Teilfunktion wird, anfangs in gewissem Sinne aus dem Rahmen der Funktionsgrenze des Organs, zu dem sie gehört, herauszufallen. Hier liegt doch sicher kein eindeutiges Abhängigkeitsverhältnis des Individuums von der Gemeinschaft oder dem Gemeinschaftsgedanken vor, sondern eher ein Reziprozitätsver-

hältnis, das je nach dem Vorwalten zielbewußter dynamischer Energien bald dem Individuum, bald der Gemeinschaft das Übergewicht sichert. Ist nicht auch die Auswirkung der genialen Persönlichkeit nur so zu verstehen, daß nicht sie sich dem Gemeinschaftsbewußtsein einfügt, sondern im Gegenteil dieses von dem Genie mit neuem Inhalt erfüllt wird, d. h. von ihm innerlich umgeschaffen wird! Man denke bloß an Luther, Goethe, Friedrich den Großen oder Bismarck. Die durch diese Männer bestimmten Epochen der deutschen Geschichte, die den Stempel des qualitativen Gestaltswandels der deutschen Seele, mithin auch ihres Gemeinschaftsbewußtseins, an der Stirn tragen, wurden also von Einzelindividuen geschaffen.

Diese Bedenken berühren den von Krannhals allzu kurzer Hand verurteilten Individualismus.

Ähnliche Bedenken können wir gegenüber der These des Verfassers nicht unterdrücken, daß alle Gesellschaftsbildung innerhalb der Gemeinschaft zum Einbruch zivilisatorischer Gesichtspunkte in den organischen Kulturbestand der Gemeinschaft führe, daher zu bekämpfen wäre. Krannhals hat fraglos mit seiner Behauptung Recht, wenn es sich um Vergesellschaftung als Zweckverband und reine Interessengemeinschaft handelt. Es gibt aber doch einen anderen Gesellschaftsbegriff, der durchaus in die organische Gemeinschaftsstruktur hineinpaßt und diese eher festigt, als zerstört. Das ist die aus dem engeren Kreise der Familie, des Geschlechts oder der Sippe hervorgegangene, herausgewachsene korporative Geschlechtergemeinschaft, die doch eine bestimmte Gesellschaftsschicht darstellt, deren organischer Ursprung evident ist. Ist es doch charakteristisch für unsere strukturlos gewordene Volksgemeinschaft, daß wieder der Ruf nach berufsständischer Gliederung laut wird, die doch nichts anderes sein dürfte, als ein nach Beruf, Sitte und kultureller Bindung neugeschaffenes gesellschaftliches Stufenreich. Bemerkenswert ist es ferner, daß innerhalb der die intensivste Gemeinschaftsbildung anstrebenden Jugendbewegung Stimmen laut werden, die auf die Bedeutung *gesellschaftlicher Gliederung* innerhalb der Gemeinschaft hinweisen, die allein ihre Stabilität durch eine festere Struktur sichere. Das sind sicherlich nicht zivilisatorische Einbrüche in den organischen Gemeinschaftsgedanken.

Diese prinzipiellen Einwände dürften wir wohl mit Recht vorwegnehmen, weil sie eine Reihe von allzu apodiktischen Behauptungen des Verfassers, speziell im politischen und wirtschaftlichen Teil

seines Werkes, treffen, denen wir uneingeschränkt nicht zustimmen können.

Damit soll selbstverständlich nicht gesagt sein, daß wir mit Krannhals nicht im Grunde auf gleichem Boden stehen und nicht nur die Möglichkeit, sondern die Notwendigkeit des „organischen Weltbildes" insbesondere für unsere Zeit betonen.

Hierzu sei dem Referenten eine persönliche Bemerkung gestattet: Vor etwa fünf Jahren erschien die „Organische Kultur" des Referenten (Lehmann, München), die vielleicht dem einen oder anderen Leser bekannt sein dürfte und im wesentlichen den gleichen Versuch unternahm, wie das Krannhalssche Werk: die deutsche Aufgabe vom Standpunkt des organischen Denkens aus neu zu formulieren. Dieser Weg schien dem Verfasser die einzige Rettung aus der Verwirrung und der trostlosen unfruchtbaren Kreisbewegung, in die unser politisches, soziales, wirtschaftliches Denken durch den Intellektualismus des 19. Jahrhunderts geraten war. Die Krise des Intellektualismus war eingetreten; was konnte, was durfte an seine Stelle gesetzt werden? Waren nicht alle die kümmerlichen Versuche einer Neuordnung der Welt in den Nachkriegsjahren Symptome einer völligen Ahnungslosigkeit oder gewissenlosen Verdunkelung aller Lebensgesetze des Menschen und der Menschengemeinschaften? Wie konnte dem abgeholfen werden? Hatte die Biologie, als Lehre von den Lebenserscheinungen und deren Gesetzen, das Recht, ihre Stimme zu erheben? Oder war auch sie in den zwangsläufigen Denkmechanismus unseres Verstandes eingespannt?

Sie hatte das Recht, sofern sie sich im Sinne unserer klassischen Epoche dazu entschloß, dem Verstand das Recht abzusprechen, etwas Endgültiges über die lebendige Natur auszusagen. Und das hatte sie seit den Tagen — nicht nur Goethes, sondern bereits Giordano Brunos getan, und ein K. E. v. Baer, ein Bunge und ein Uexküll, um die uns nächstliegenden Namen zu nennen, standen und stehen auf gleichem Boden.

Deshalb schien es dem Verfasser geboten, vor allem „den Bildungswert dieser Biologie" darzulegen und auf ihre „Wandlungen" hinzuweisen, die erst diesen „Bildungswert" darstellten, dann das „Rätsel der Menschwerdung" kurz nach seiner Bedeutung für unseren naturgemäßen Entwicklungsgang zur Kultur hin zu erläutern und schließlich aus der „intellektuellen Krisis" das Reich einer „organischen Kultur" als deutsche Aufgabe erstehen zu lassen.

Dieser kurze Hinweis auf die eigene Arbeit des Referenten mußte vorausgeschickt werden, um die Form der Besprechung des Krannhalsschen Werkes zu rechtfertigen. Die beiden Werke gehen vom gleichen Grundgedanken aus und haben das gleiche Ziel vor Augen, nur der Weg, die Methode ist eine verschiedene. Aber auch auf dem Wege begegnen sich unsere Anschauungen an vielen Punkten, so — um nur einige wesentliche hervorzuheben — in den Fragen nach dem Verhältnis von Intellekt und Intuition als Mittel und Werkzeug, das Leben und seinen Sinnzusammenhang zu verstehen, ferner in der gegenseitigen Abgrenzung von Zivilisation und Kultur, im Betonen der Heimatkunde als Ausgangspunkt für organisches Denken, der Bedeutung der Goetheschen Lebenspyramide für einen organischen Aufbau der Gesellschaft, wie überhaupt der organologischen Einstellung der klassischen deutschen Epoche gegenüber. Diese weitgehende Übereinstimmung berechtigt den Kritiker dazu, näher auf die abweichende Stellungnahme des Verfassers einzugehen und die eigene zu begründen.

Wenn also im folgenden stärker auf die aus dem Gedankenkreise des Referenten herausfallenden Einzelzüge des „Organischen Weltbildes" hingewiesen wird, so dürfte der Leser das aus dem oben Gesagten richtig verstehen.

Daß der Verfasser den Gesamtaufbau seines Werkes mit „Staat und Wirtschaft" beginnt, um dann im 2. Teil auf die „Wissenschaft" überzugehen, im dritten „Kunst und Religion" zu behandeln, scheint uns nicht glücklich. Es fehlt die prinzipielle Auseinandersetzung mit den besonderen Erscheinungsformen und Gesetzmäßigkeiten des Organischen, denen wir nur hier und da als verstreuten Teilstücken in der eigentlichen Thematik der Einzelabschnitte begegnen. Sind vor allem, so darf man wohl fragen, „Staat und Wirtschaft" als — im Krannhalsschen Sinne — dem Individuum übergeordnete Gemeinschaftsformen wirklich die ersten organisch erfaßbaren Gebilde von Menschenhand, oder ist es nicht vielmehr der Mensch selbst? Mit andern Worten — ist es nicht die Selbstgestaltung des Individuums, sein sich gestaltendes Ich das Primäre, und setzt nicht hier die polare Spannung von Glauben und Wissen, von Natur und Kultur, von Erkenntnistrieb und Beschränkung ein? An dieser Stelle beginnt schon die organisch-polare Spannung zwischen Intellekt und Intuition, Rational und Irrational, Gebundenheit und Freiheit, aus der heraus erst die Kulturformen, wie religiöse, geistige, politische und wirtschaftliche Gemeinschaft, erwachsen, als Gebilde von Menschenhand. Bei diesem

Aufbau verfällt Krannhals in einen Fehler, den er bei Spengler selbst sieht und bekämpft — nämlich in die stark platonisch gefärbte Idee der Kulturseele, die gewissermaßen den Menschen und seinen Schicksalsraum mit all seinen Gebilden und Institutionen willkürlich prägt. Ist der Mensch selbst verantwortlicher Schöpfer der Gemeinschaftsgestaltung und nicht nur passives Organ einer über ihm schwebenden Gemeinschaftsidee oder Kulturseele, dann haben wir eben alle biologisch-organischen Faktoren, die seine Welt gestalten, zuerst bei ihm zu suchen.

Sicherlich könnten, ja müßten Staat und Wirtschaft nach organischen Gesichtspunkten gestaltet werden, aber das Wie im einzelnen schon heute zu bestimmen, führt leicht zu Doktrinarismus, dem auch Krannhals nicht entgangen ist. Das liegt offenbar an dem schwierigen Problem der Grenze zwischen dem Individuellen und Überindividuellen, das sich in besonders prägnanter Weise in der deutschen Geschichte als Kampf zwischen Nationalstaat und Weltbürgertum abgespielt hat. Der Begriff des „guten Europäers" fällt keineswegs zusammen mit dem Begriff des „guten" Engländers oder Franzosen. Wo liegt andererseits jene verhängnisvolle Grenzüberschreitung, die den Paneuropagläubigen zur Gefahr für das eigene Volkstum werden läßt? Auch die sehr verwickelte Frage nach dem Verhältnis von Liberalismus und Freiheit kann von einem durchaus organischen Gesichtspunkt aus anders gesehen werden, als wie der Verfasser sie sieht (hierzu die außerordentlich tiefgründige Auseinandersetzung zwischen Stapel und Niebergall im „Deutschen Volkstum").

Hier spielt die Frage der Generation hinein, wie Bismarck nur dem den Namen eines Konservativen zubilligte, der in seiner Jugend liberaler Revolutionär gewesen war.

In dem Abschnitt „Der lebendige Geist der Volkswirtschaft" ist das Kapitel „Geld und Blut als Maß und Wert" sehr gedankenreich und bewegt sich in Bahnen, die bereits in Simmels „Philosophie des Geldes" eingeschlagen wurden.

Wir möchten es anderen, kompetenteren Beurteilern überlassen, sich mit den staats- und wirtschaftspolitischen Gedanken des Verfassers auseinanderzusetzen, und wenden uns dem zweiten Teil, der von der „Wissenschaft" handelt, zu.

Krannhals betitelt dieses Kapitel „Vom Lebenssinn der Wissenschaft", um damit schon anzudeuten, wie es die Unterabteilungen noch deutlicher zeigen, daß zwischen Leben und Wissenschaft eine gewisse Spannung besteht. Der Verfasser stellt sich hier auf den

Boden der Kantischen Auffassung, „daß es zwei Stämme der menschlichen Erkenntnis gebe, die vielleicht aus einer gemeinschaftlichen, aber uns unbekannten Wurzel entspringen, nämlich Sinnlichkeit und Verstand, durch deren ersteren uns Gegenstände gegeben, durch den zweiten aber gedacht werden."

Also kann eine wirkliche „Erkenntnis" niemals allein auf dem Wege der Wissenschaft, soweit sie rein logisch, rein rational ist, allein erzielt werden. Dazu gehört der volle „Erlebnis"gehalt, von dem die Wissenschaft nur Teile erfaßt. Mithin muß die rein auf das Verhältnis von Ursache und Wirkung gerichtete analysierende Wissenschaft ergänzt werden durch die zusammenfassende Anschauung, durch die Intuition. Je mehr sich aber ein Wissenschaftsgebiet der Erfassung durch die rein logische Funktion der Mathematik entzieht, um so mehr ist sie auf die intuitive Methode angewiesen, die uns nicht nur eine andere, d. h. irrationale Form der Erkenntnis vermittelt, sondern zugleich auch den auf solche Weise erkannten Gegenstand wertet. Und auf diesen sehr wesentlichen Punkt in den Ausführungen des Verfassers möchten wir besonders hinweisen, weil hier im Gegensatz zur Auffassung weiter wissenschaftlicher Kreise in Deutschland eine Besonderheit und Stärke unseres baltischen Denkens liegt.

Wir haben an anderer Stelle*) die Bedeutung dieses Umstandes für die Art unseres baltischen Geistes ausführlich dargelegt, — daß wir kaum jemals den Wert objektiver wissenschaftlicher Erkenntnis allein aus ihrer rational-logischen Begründung für erwiesen hielten, sondern daß unsere Bewertung solcher Ergebnisse aus einer anderen, irrationalen und tief in unserem metaphysischen Lebensgrunde wurzelnden Daseinsschicht entstamme. Dieser Umstand hat wesentlich dazu beigetragen, daß die geistige Atmosphäre Dorpats auch in unserem praktisch-tätigen, politischen Leben spürbar war. Die Wissenschaft, die dort getrieben wurde, entbehrte nie des Zusammenhangs mit unserem Erleben.

Es ist durchaus zu begrüßen, daß unser Landsmann Krannhals hier, wie in den Grundzügen seines umfangreichen Werkes, Zeugnis ablegt für den Grundcharakter baltischen Geistes.

---

*) „Baltisches Geistesleben" Heft 1 und 2 und in vielen Aufsätzen „Aus deutscher Geistesarbeit" (insbesondere die Besprechung von Th. Litt, „Wissenschaft, Bildung, Weltanschauung" in „Geistesarbeit" 1928, S. 321 und 328). Ferner „Was lehrt uns die Geschichte?" Baltische Monatsschrift, März 1928.

Auch darin fühlen wir uns mit dem Verfasser einig, daß er den prinzipiellen Gegensatz zwischen Naturwissenschaft und Geisteswissenschaft bestreitet, nur hätte hier unseres Erachtens die Betonung der Biologie als Brückenglied zwischen den beiden Wissenschaftsgebieten und -methoden*) mehr zur Klärung dieser Frage beigetragen, als ausführliche erkenntnistheoretische Erörterungen, die doch immerhin für den philosophisch nicht vorgebildeten Leser eine starke Belastungsprobe bedeuten.

Von diesem Vorwurf können wir leider auch das nächstfolgende Kapitel „Die Organisation des Wissens im Heimaterlebnis", das allein 116 Seiten umfaßt, nicht freisprechen. Wenn der Verfasser hier die These aufstellt, daß „die Darstellung des Wissens um die Heimat vom Allgemeinen zum Besonderen gehen muß, da das Allgemeine die Voraussetzung seiner individuellen Ausprägung ist", und der Nachsatz lautet: „Doch soll das Allgemeine in der Darstellung jedes einzelnen naturwissenschaftlichen Ergebnisses immer auch bis zum besonderen der Heimat führen", so ist mit diesen Behauptungen doch kaum ein präziser Rahmen für den „Bildungswert der Heimatkunde"**) gegeben. Das zeigt sich dann auch bei dem ungeheuren Komplex von Fragen, den der Verfasser in diesem Kapitel behandelt: Charakter der Landschaft, Charakter des Menschen, Rassenkunde, Blutreaktion, Tendenz des Anorganischen zum Organischen hin (eine doch recht bestreitbare Behauptung, da es doch scheint, daß das Gesetz der lebendigen Ordnung von der toten Materie etwas verlangt, was sie nur „wider Willen" hergibt), Colloidchemie, Geologie, Analogie zwischen der einzelnen Naturerscheinung und dem Kosmos, Mikrokosmos und Makrokosmos. Wenn wir dort weiter der Bemerkung des Verfassers begegnen, daß „die Biologie des Menschen nur aus der Struktur des Kosmos heraus vollständig möglich ist", so stellt sich dieser Satz doch keineswegs auf das „Heimaterlebnis" als Ausgangspunkt des Verstehens ein, sondern gerade auf das Gegenteil, den Weg vom Allgemeinen zum Besonderen, wie uns scheinen will, einen Erbfehler deutscher doktrinärer Pädagogik. Daß der Verfasser immer wieder den induktiven Weg verläßt, um deduktiv vorzugehen, wie wir das schon in dem Fragenkomplex „Individuum und Gemeinschaft" gesehen haben, schwächt die Beweiskraft seiner Arbeit ab und gibt ihr einen allzu doktrinären Charakter.

*) Vgl. Th. Litt, Wissenschaft, Bildung, Weltanschauung.

**) E. Spranger, „Der Bildungswert der Heimatkunde", den Krannhals mehrfach zitiert, ohne aber dessen klarer und übersichtlicher Struktur zu folgen.

Die „Anschauung", die auch nach Ansicht des Verfassers im Gegensatz zur rationalen Begriffsbestimmung die eigentliche Grundlage des organischen Denkens bildet, *muß* vom Besonderen ausgehen und von da zum Allgemeinbegriff, sei es zu kosmischen Gesetzen, zu Rassenunterschieden usw. aufsteigen.

Darin liegt ja eben der große Wert der Heimatkunde, daß sie vom Greifbaren, vom Bodenständigen ausgeht und von da aus den Horizont des Erfaßbaren immer mehr und mehr weitet. Deshalb spielt die Biologie, die vom *Menschen* ausgeht, eine so bedeutsame erzieherische Rolle, weil hier das zu erlebende Objekt sich selbst erlebendes Subjekt ist, d. h. das unbekannte X des Menschen, des Menschengeschlechts vom bekannten Ich aus verstanden ist. Gerade auf dem Gebiet der Rassenkunde zeigt sich die Schattenseite dieses Doktrinarismus, da er Allgemeinbegriffe statuiert, deren Anwendung auf den „besonderen Fall" keineswegs einwandfrei ist. Woran lag es denn, daß die Naturwissenschaften zum Evangelium des Materialismus und Mechanismus wurden? Doch nur daran, daß die Forschung auf dem von ihr eingeschlagenen Wege von außen nach innen niemals über die geheimnisvolle Schwelle der *Aktivität* hinauskam, wo das Rätsel des Lebens lag, bis endlich auch für die Wissenschaft vom Lebendigen der psychologische Weg freigemacht wurde, d. h. das eigene innere Erleben Analogieschlüsse auch für alles lebendige Werden zuließ. Das war auch ein Stück engster Heimatkunde, welches uns auf den heute üblichen Weg organischen Denkens führte.

Das folgende Kapitel „Natur und Kunst" enthält eine großzügig angelegte Ästhetik, die besonders in Art und Sinn der deutschen Kunst und ihrer problematischen Spannung zwischen objektiver und subjektiver Kunst ihren typischen Ausdruck findet. Aber auch hier geht unseres Erachtens der Verfasser in seinem Bestreben, zu unterscheiden, sinngemäß zu gruppieren, zu weit und verwickelt sich dadurch in Widersprüche.

„Das künstlerische Moment tritt erst dann in Erscheinung, wenn die *bewußte* Absicht der Formgebung eines Ungeformten so zum Ausdruck gebracht wird, daß diese Schöpfertat vom Kunstgenießenden wieder erlebt werden kann" (S. 537) und dazu die Fußnote: „Freilich wurzelt *auch* das bewußt Schöpferische oft im *Unterbewußten*, ja letzten Endes im *Unbewußten*. Aber nicht diese geheimnisvollen unbewußten Quellen der künstlerischen Inspiration werden im Kunstwerk dargestellt, sondern dasjenige, was aus

diesen Quellen in den Prozeß des bewußten Erlebens einströmt "
Und an anderer Stelle heißt es: „Das organische Formprinzip zeigt Schöpfung — nicht Wiedergabe — einer den einheitlichen Rhythmus in der Mannigfaltigkeit betonenden Bewegung aus dem eigenen irrationalen Erleben heraus."

Liegt nun das spezifisch Künstlerische im Bewußten oder Unbewußten? Die obigen Sätze betonen zuerst das Bewußte als Kriterium künstlerischer Formgebung, dann das Unbewußte. Wenn wir von einem Kunstwerk sagen, es sei seelenvoll, es spreche zu unserer Seele, so meint man doch damit, daß des Künstlers Seele aus dem Kunstwerk zu uns spricht. Nun spiegelt unser Bewußtsein keineswegs die ganze Seele wider, sondern immer nur Teilerlebnisse, mithin. muß das Unterbewußtsein, das eigentliche Reich der Seele, in hohem Maße am Kunstwerk mitbeteiligt sein, um es zu einem solchen zu machen. Wir wissen uns auch mit dem Verfasser darin einig, daß unser Werten, die Unterscheidung zwischen Wesentlichem und Unwesentlichem, irrationalen Charakter trägt, daß es aus Tiefen stammt, die nur zum Teil in die Helle unseres Bewußtseins rücken. Dort liegt ebenso wie Liebe, Sympathie — die Quelle des Schöpferischen, also der eigentliche Ursprung aller Kunst. Mithin trägt wahre Kunst vor allem jenes Zeichen, das Goethe mit den Worten charakterisiert: „Diese hohen Kunstwerke sind zugleich als die höchsten Naturwerke von Menschen nach wahren und natürlichen Gesetzen hervorgebracht worden. Alles Willkürliche, Eingebildete fällt zusammen: da ist die Notwendigkeit, da ist Gott" (Italienische Reise).

Interessant sind die Ausführungen des Verfassers in Anlehnung an G. Dehio, Worringer u. a. über die Formprobleme der deutschen Romantik und Gotik.

Wie rein mathematische Baumotive in organische übergehen, ist von hohem Interesse, und es entsteht die Frage, ob wirklich hier die Ratio den mathematischen Baugedanken diktiert hat, oder ob nicht vielmehr ein unterbewußter eigenerlebter organischer Rhythmus der Vater dieses scheinbar mathematischen Gedankens war. Der Referent erinnert sich eines wundervollen Bilderatlas, der vor wenigen Jahren erschienen ist und Pflanzenteile, Stengel, Blattknospen, Blätter und Blüten in starker photographischer Vergrößerung wiedergibt. Man ist überrascht und erstaunt, wie sich hier im Naturbild Bauformen der Klassik, der Gotik, des Barock und Rokoko wiederfinden, als wären sie von Künstlerhand geformt. Und von einer Nachahmung dieser Naturformen in den verschiedenen Stilperioden kann garnicht die Rede sein, da das menschliche Auge ohne Vergrößerungsglas, das die damaligen

Zeiten noch nicht kannten, diese stilreinen Formverhältnisse garnicht erkennen konnte. Hier müssen geheime Fäden zwischen Mikrokosmos und Makrokosmos dem Künstler die Hand geführt haben.

Auch Krannhals schließt sich der interessanten, von Pinder betonten zeitgeschichtlichen Reihenfolge der Künste: Architektur, Plastik, Malerei, Musik an und setzt sich auch mit dem vom gleichen Verfasser betonten Verhältnis von Generationscharakter und Zeitcharakter der Kunst auseinander.

Das Schlußkapitel „Weltanschauung und Glaubensgestaltung" gibt in den Einzelabschnitten „Schicksal und Selbstbestimmung", „Wissen und Glauben" und „Sinngebung des organischen Weltbildes" gewissermaßen das Fazit des ganzen Werkes.

Es ist begreiflich, daß hier, wo die Auseinandersetzung mit den tiefsten Problemen abschließt, die Aufgabe des Referenten eine besonders schwierige wird, da es leicht den Anschein haben könnte, als risse man Einzelsätze aus dem Zusammenhang, um nur das Gegensätzliche zu betonen. Aber gerade dieser Abschnitt muß den Stempel größten Verantwortungsgefühls tragen, wenn er der Kritik standhalten soll. So dürften Sätze wie der folgende doch wohl kaum von Nietzschekennern unterschrieben werden: „Nietzsches positivistische (?) Lebensphilosophie zeigt dann deutlich den Vordergrundscharakter naturalistischer Tendenzen." Wenn einer von Anfang an im Kampf mit dem englisch-französischen Positivismus gestanden hat, so war es Nietzsche, und seine gewaltigen Zukunftsprophezeiungen, die uns noch vor kurzem Friedrich Würzbach*) gedeutet hat, sind wohl weit entfernt von allen naturalistischen Tendenzen. Allerdings mildert Krannhals diesen Satz durch den nachfolgenden: „Zweifellos bedeutet andererseits sowohl die Lebensphilosophie Nietzsches wie die von Klages, Bergson usw. durchaus eine Gegenstellung gegen die Orientierung der Weltanschauung speziell von der Erkenntnis, vom „Geiste" aus. Hierin sind sie Vorläufer einer neuen Entwicklungsperiode, der am irrationalen Leben orientierten germanisch-deutschen Weltanschauung." Ob es ein glücklicher Gedanke des Verfassers ist, in dem Kapitel „Wissen und Glauben" vom Wunderbegriff auszugehen und diesen zu erläutern, mag dahingestellt bleiben; unseres Erachtens steht diese Frage doch nicht mehr derart im Vordergrunde des Interesses, daß sie das Zentralproblem des Glaubens bildete. Weit entscheidender ist die Frage nach dem Kern christlichen Glaubens, dem Ver-

*) Fr. Würzbach, „Der Günstling der Natur und der große Kopf". Vortrag, gehalten in Reval und Dorpat. Erschienen in „Aus deutscher Geistesarbeit", 4. Jahrgang 1928, Nr. 24.

hältnis des Menschen zu Gott, die Frage nach der Immanenz oder Transzendenz Gottes.

Krannhals steht hier mehr auf dem Boden des Immanenzgedankens, ein Standpunkt, der an sich schon eine gründliche Auseinandersetzung mit dem Sündenbegriff und dem persönlichen Gott in den Hintergrund drängt. Im Vordergrunde steht daher für den Verfasser nicht der Erlösungsgedanke, sondern die Selbstvollendung des Menschen auf dem Wege zu Freiheit und Bewußtsein. Der schwere Konflikt zwischen Schicksal und Schuld wird kaum berührt, obgleich die Bedeutung des Tragischen in der Weltordnung vom Verfasser richtig gewürdigt wird.

Alles in allem erscheint uns der Versuch, diese tiefgreifenden letzten Menschheitsfragen, die immer problematisch bleiben werden, mit dialektisch-philosophischen Methoden zu lösen, ohne auf die psychologischen Bedingtheiten näher einzugehn, nicht möglich. Und in dieser Hinsicht hat Krannhals seine entscheidenden Schlußkapitel durch Belastung mit allzu begrifflichen Abstraktionen der Sphäre des unmittelbaren Erlebens entrückt.

Wenn unsere Kritik des umfangreichen und großzügigen Werkes unseres Landsmannes den Anschein erwecken sollte, als wollten wir mit ihr auch den Grundgedanken und die Gesamthaltung seiner Arbeit ablehnen, so ist bereits mehrfach darauf hingewiesen worden, daß das keineswegs in unserer Absicht lag. Aber gerade der Umstand, daß der Verfasser den Mut gehabt hat, mit unendlichem Fleiß und weitgehender Kenntnis der einschlägigen Gebiete, ein umfassendes programmatisches Weltanschauungswerk zu schreiben, das überall das enge Verbundensein des Verfassers mit unserer besten deutsch-baltischen Tradition verrät, das in erster Linie von Weimarischem Geist bestimmt ist und aus dem tiefen Schmerz an der Gegenwartslage des deutschen Volkes geboren ist — das alles gibt uns nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, einem solchen Mitkämpfer nicht nur mit flüchtigem Dank die Hand zu drücken, sondern vor allem das Rüstzeug mit aller Gewissenhaftigkeit zu prüfen, das er in den Kampf mitbringt. Unsere Waffe muß scharf und unzerbrechlich sein, wenn wir nicht nur unsere Front halten wollen, sondern siegreich vorgehen.

Je umfassender ein Bau, der einer Gesinnungsgemeinschaft Symbol werden soll, um so mehr muß der Bauplan daraufhin geprüft werden, ob er in allen seinen Teilen — auch bei einwandfreiem Grundriß — den organischen Gemeinschaftsgedanken verkörpert.

Die baltische vorgeschichtliche Forschung
und Professor Dr. Max Ebert †

Nachruf, gehalten in der Monatssitzung der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde zu Riga am 11. Dezember 1929 vom Präsidenten der Gesellschaft.

Am 15. November 1929 ist in Berlin das Ehrenmitglied der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde zu Riga Dr. Max Ebert, ordentlicher Professor der Vorgeschichte an der Universität Berlin, verschieden. Der Tod dieses der Wissenschaft allzufrüh im kürzlich erst vollendeten 50. Lebensjahr entrissenen Gelehrten bedeutet für unsere Gesellschaft und für die gesamte baltische Archäologie einen schmerzlichen Verlust. Mit ihm ist auf der Höhe seiner wissenschaftlichen Erfolge einer der sichtbarsten Vertreter der vorgeschichtlichen Forschung in Deutschland dahingegangen, ein führender Gelehrter, der wie kaum ein zweiter das gesamte Gebiet der prähistorischen Archäologie umfaßte und es zu meistern vermocht hat.

Nach jahrelanger vorbereitender Tätigkeit als Assistent an der prähistorischen Abteilung des Museums für Völkerkunde in Berlin hat Max Ebert, der sich selbst zu den Schülern des großen schwedischen Archäologen Oskar Montelius zählte, sich erst nach Kriegsende der akademischen Tätigkeit zuwenden können und sich 1918 als Privatdozent an der Albertus-Universität in Königsberg i./Pr. habilitiert. Damit begann sein sprunghafter Aufstieg. Es ist dabei zu beachten, daß die junge prähistorische Wissenschaft sich die Universitäten erst erobern mußte. In der Vorkriegszeit hat es in Deutschland nur in Berlin eine außerordentliche Professur für Vorgeschichte gegeben, die G. Kossinna bekleidete. Im Jahre 1922 wurde Ebert außerordentlicher Professor in Königsberg; in demselben Jahre erhielt er einen Ruf nach Riga als ordentlicher Professor an die junge lettländische Universität, dem er Folge leistete, wobei er jedoch gleichzeitig seine Königsberger Tätigkeit fortsetzte. Im Jahre darauf wurde für ihn ein Ordinariat in Königsberg und 1927 ein solches an der Universität Berlin geschaffen. Ausgestattet mit hervorragenden pädagogischen Fähigkeiten, hat er in den kurzen zwei Jahren seiner rigaschen Lehrtätigkeit Schule gemacht und eine Reihe von Schülern heranzubilden verstanden, von denen sich die prähistorische Forschung im Lande viel versprechen darf. Doch nicht nur als Lehrer, auch als Darsteller hat er sich mit Erfolg an weitere Kreise gewandt, wie seine allgemein verständlichen und sehr lesenswerten Schriften über „Südrußland im Altertum" 1921 und neuerdings „Trusо" 1926 zeigen. Glänzende organisatorische Gaben und eine eiserne Arbeitsenergie, die alle Hindernisse, auch die des eigenen durch den Krieg untergrabenen körperlichen Gesundheitszustandes zu überwinden vermochte, hat er als Herausgeber und Redakteur bewiesen. So hat er sich um unsere Gesellschaft besonders verdient gemacht durch die unter seiner Redaktion herausgegebene Festschrift für den durch den Kriegsausbruch vereitelten Archäologischen Kongreß in Pleskau „Baltische Studien zur Archäologie und Geschichte", 1914*), die viel dazu beigetragen hat, den Namen der Gesellschaft der gelehrten Welt in Erinnerung zu

*) Darin von M. Ebert „Zu den Beziehungen der Ostseeprovinzen mit Skandinavien in der ersten Hälfte des 11. Jahrhunderts" „Ein Schwert mit tauschierter Klinge von Lümmada auf Oesel" u. a.

bringen und unsere durch den Krieg abgerissenen Beziehungen wieder zu knüpfen. Unter den schweren Verhältnissen der Nachkriegszeit hat er in Königsberg eine Adalbert Bezzenberger*) gewidmete Festschrift 1921 herausgebracht und als fortlaufende Edition in zwangloser Folge 1924 die „Prähistorischen Forschungen" begründet, denen im Jahre darauf das für eine regelmäßige bibliographische Berichterstattung bestimmte „Prähistorische Jahrbuch (1925 ff.) folgte.

Sein eigentliches Lebenswerk, das „Real-Lexikon der Vorgeschichte", das 1924 bei Walter de Gruyter-Berlin zu erscheinen begann und seit dem Sommer 1929 mit dem 14. Bande abgeschlossen vorliegt, hat er in der beispiellos kurzen Zeitspanne von nur fünf Jahren zu vollenden vermocht, obgleich die Überfülle des Stoffes und des Bildermaterials den ursprünglich geplanten Umfang von nur 5 Bänden fast auf das Dreifache anschwellen ließ.

Durch dieses Monumentalwerk, das die gesamte „frühste Kulturentwicklung Europas, Westasiens und des näheren Orients" in allen ihren Verzweigungen und Problemen enzyklopädisch darstellt und für dieses Gebiet die unübersehbare archäologische Literatur aller Kulturvölker zusammenfaßt, um aus ihr dank der Mitarbeit ihrer berufensten Vertreter die Quintessenz zu ziehen, hat Max Ebert der jungen prähistorischen Wissenschaft ein Denkmal gesetzt, das ihre Gleichberechtigung den älteren historischen Disziplinen gegenüber vor aller Augen erweist. Zugleich hat er seinem Namen für alle Zeiten einen ehrenvollen Platz in der Geschichtswissenschaft gesichert.

Und auch in unserer Heimat hat er sich ein bleibendes Andenken geschaffen, denn Max Ebert ist es eigentlich gewesen, der die baltische Archäologie in den Kreis der modernen vorgeschichtlichen Forschung eingeführt hat. Wie der Finnländer A. M. Tallgren an der estnischen Universität Dorpat, so war er es, der in Riga als erster den neukreierten Lehrstuhl für prähistorische Archäologie bekleidet hat. Doch schon in der Vorkriegszeit ist er der erste modern ausgebildete Fachmann gewesen, der hier die Grundsätze jener neuen Disziplin vertreten und die Handhabung ihrer Methoden bei der Bodenforschung, bei der musealen Behandlung der Funde und bei der wissenschaftlichen Darstellung der Ausgrabungsergebnisse gewissermaßen praktisch eingeführt hat.

Damit war dann die Ablösung des Laienelements durch den Fachmann auch auf diesem Gebiet bei uns in die Wege geleitet. Wir, die wir wohl wissen, was die Mitarbeit des hochgebildeten Laien für unsere wissenschaftlichen Gesellschaften bedeutet, der sie wie von jeher so auch heute noch keineswegs entraten können, haben hierbei gewiß nicht eine Zurücksetzung der Laienarbeit, noch viel weniger ihren Tadel im Sinne. Sichtbar vor aller Augen stehen die Leistungen da von Juristen wie Fr. G. v. Bunge für die livländische Urkundenforschung und Rechtsgeschichte und H. v. Bruiningk für baltische Geschichte und Kirchengeschichte, des Theologen A. Bielenstein für die heimische Sprachforschung und Volkskunde und nicht zuletzt des Historikers R. Hausmann für die baltische Archäologie. Auch der einwandfreien Grabungen eines Juristen wie Anton Buchholtz in Riga, eines Schulmannes wie A. Spreckelsen und eines Arztes wie Dr. A. Friedenthal in Reval, die beide heute noch voll anerkannt in der Arbeit stehen, darf nicht vergessen werden, geschweige denn der befruchtenden und zielgebenden Anregung des altklassischen Archäologen und

*) M. Eberts Nachruf auf ihn in Acta Universitatis Latviensis V. 1923.

Kunsthistorikers Georg Löschke in Dorpat (1889), der Prof. Hausmann gewann und damit Dorpat die Führung in der baltischen Archäologie für zwei Jahrzehnte in die Hand gab.

Aber infolge des neuzeitlich rapiden Aufschwunges der neuen Disziplin des Spatens, die sich in Upsala, in Berlin und Wien bereits eigene Lehrstühle errungen, lag die Gefahr vor, daß der überraschende Fortschritt der Wissenschaft an unserem Lande vorübergehen könnte, umsomehr als mittlerweile Prof. Hausmann bei seinem vorgeschrittenen Alter sich einem wohlverdienten otium cum dignitate hingeben durfte.

In Riga aber hatte in dem Jahrzehnt seit Anton Buchholtz Tode (1901) der Spaten völlig geruht. Von der russifizierten Universität Jurjew-Dorpat war kein geschulter Nachwuchs zu erwarten. Je länger je mehr drohte der glühende Sammeleifer der lettischen und estnischen Kreise, die damals die ethnographischen und volkskundlichen Volksmuseen schufen, auch auf das prähistorische Gebiet überzugreifen und hier nur zu leicht zu laienhaften Grabungen zu verleiten. Es mehrten sich die Fälle, daß nicht nur Gelegenheitsfunde, sondern sogar die Ergebnisse ganzer Ausgrabungen in die Hände von Händlern gerieten und dem Lande verloren gingen. Bei dem Fehlen jeglicher gesetzlichen Handhabe und dem Mangel an modernen Anforderungen genügenden, fachlich gebildeten Arbeitskräften zeigten sich die baltischen altertumsforschenden Gesellschaften zu zielbewußter Abwehr und zum Schutz der prähistorischen Denkmäler keineswegs gerüstet.

Je mehr das Verständnis dafür immer weitere Kreise ergriff, daß es der Spaten des Archäologen ist, der den Heimatboden als Hauptquelle für die Erkenntnis der sog. „geschichtslosen" Zeiten zu erschließen vermag, um so dringlicher traten schon damals Aufgaben an die archäologische Landesforschung heran, wie sie heute erst auch nur zögernd aufgenommen werden, so namentlich — um nur zwei der wichtigsten herauszugreifen — die Erforschung des Dünatals als eines Einfallstores der schwedischen Wikinger in das Ostbaltikum und das Problem der sog. Bauerburgen*). So überreich die Literatur über diese prähistorischen Burgwälle schon damals angeschwollen war — es trat immer klarer zutage, daß der Widerstreit der Meinungen und Hypothesen, die allein auf einer Kombination der äußeren Form und Lage mit literarischen Notizen und der chronologisch unsicheren folkloristischen Überlieferung (Volkslieder) aufgebaut waren, nur durch systematische Ausgrabungen gelöst werden konnte. Erst aus exakten Fundberichten über die Spuren der Benutzung dieser Burgen und den Zeitpunkt ihres Unterganges war Auskunft zu erwarten über die politische Organisation des Landes und so für die kritische Geschichtsschreibung eine feste Grundlage zu gewinnen für eine Darstellung des Kulturzustandes der einheimischen Bevölkerung beim Einsetzen der deutschen Kolonisation.

Max Ebert war es, der die Bedeutung dieser Aufgabe auch für die internationale Wissenschaft hervorhob, indem er den Wunsch ausdrückte, daß sie im Lande tatkräftige Unterstützung finde, „damit der Anschluß an die Burgenforschung Nord-Ost-Deutschlands und Skandinaviens und die rüstig vorwärts-

*) Vgl. Birger Nerman, „Die Verbindungen zwischen Skandinavien und dem Ostbaltikum in der jüngeren Eisenzeit" in Kgl. Vitterhets Historie och Antikvitets Akademiens Handlingar 40, Stockholm 1929, und die neuesten Arbeiten lettischer Forscher zur Burgbergfrage.

schreitende Gorodischtschenforschung Nord- und Mittelrußlands gewonnen werde".

Da war es die Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde zu Riga, die, in der richtigen Erkenntnis dieser Sachlage und sich des Ernstes ihrer Verantwortung bewußt, keine Anstrengungen und Opfer scheute, um die unterbrochene archäologische Arbeit in die Hände eines prähistorischen Archäologen von Fach zu legen. Es gelang, dafür in den Jahren 1913 und 1914 Max Ebert zu gewinnen, und der Erfolg zeigte, was seinem Können und Arbeitswillen in verhältnismäßig kurzer Zeit zu erreichen möglich gewesen ist. Vor allem hat die archäologische Sammlung des Dommuseums, die damals größte im Baltikum, ein nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten angelegtes Inventar in der Form eines Zettelkatalogs erhalten, der neuerdings als Muster bei der Inventarisation der prähistorischen Denkmäler Lettlands durch die staatliche Denkmälerverwaltung gedient hat. Hand in Hand damit ging die Neuaufstellung des Sammlungsbestandes nach chronologischen Perioden.

Die Ordnungsarbeit wurde abgeschlossen durch die Herausgabe eines von M. Ebert bearbeiteten „Führers durch die vor- und frühgeschichtliche Sammlung" (des Dommuseums), Riga 1914, der, mit seinen 82 Abbildungen im Text, mit orientierenden Einleitungen zu den archäologischen Perioden und Literaturnachweisen versehen, in seiner zweckentsprechenden und wissenschaftlich gediegenen Form auch heute noch für keine der übrigen baltischen archäologischen Sammlungen erreicht worden ist. Eine Rundreise zur Orientierung über die Bestände der übrigen baltischen Museen bereitete eine zielbewußte Zusammenarbeit im ganzen Lande vor und legte den Grundstock für eine Negativplattensammlung der Landesaltertümer. Sie beschaffte auch das wissenschaftliche Material für eine von M. Ebert in der in Fachkreisen weit verbreiteten „Prähistorischen Zeitschrift" (1913) veröffentlichte Übersicht über den Stand der archäologischen Forschung in den baltischen Provinzen.

Die günstigen Ergebnisse des Unternehmens hatten dann den Plan feste Form annehmen lassen, im Verein mit den andern baltischen altertumforschenden Vereinen die Anstellung eines Fachmanns als gemeinsamen Kustos oder Landesarchäologen anzustreben*). Der Landesarchäolog sollte in die Lücke eintreten, die das vorbereitete russische Denkmalschutzgesetz für den Schutz und die Pflege der prähistorischen Denkmäler gelassen hatte. Nach Approbierung des Planes durch den allgemeinen Archäologischen Kongreß sollte er den baltischen Ritterschaften zur finanziellen Durchführung unterbreitet werden. Und es bestand begründete Hoffnung, ihn als Morgengabe zur Hundertjahrfeier der Kurländischen Gesellschaft für Literatur und Kunst 1915 verwirklichen zu können. Eines notwendigen Faktors zu seinem Gelingen, des befähigten und erprobten Fachmanns, wußte man sich in der Person Max Eberts sicher, gleichwie bei einem späteren Projekt, als die wissenschaftlichen Hoffnungen des Landes sich der wiedererstandenen deutschen Universität Dorpat (1918) zuwandten.

Damals, als die Livländische Ritterschaft die Stiftung einer Professur für baltische Geschichte in Dorpat beabsichtigte, gelang es dem Präsidenten der Gesellschaft, in der Überzeugung, daß ein Lehrstuhl für prähistorische

*) Vgl. A. Feuereisen, Denkschrift über die Notwendigkeit einer Organisation der archäologischen Forschung in den Ostseeprovinzen. Baltische Studien, Riga-Berlin 1914, S. 265—284.

Archäologie oder Vorgeschichte den wissenschaftlichen Bedürfnissen und Interessen der Gesamtbevölkerung der baltischen Heimat allerseits gerecht werden und daher von allgemeinerem Nutzen sein könnte, den Kurator der Universität, Prof. Th. Schiemann, gelegentlich seines Besuches des Dommuseums für diesen Plan zu gewinnen und dann auch die Zustimmung des residierenden Livländischen Landrats dazu zu erlangen.

Die Verantwortung für den Schutz und die Erforschung der prähistorischen Denkmäler des Landes ist jetzt von der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde genommen und in die Hände der neuen Universitäten in Lettland und Estland und der staatlichen Denkmälerbehörden gelegt worden. Was die Gesellschaft mit Prof. Ebert, der auch an der jüngsten Entwicklung der baltischen Arhäologie bedeutenden Anteil genommen*), hinfort verband, war der Dank und die Anerkennung für das ihr und dem Lande Geleistete, war die Erwartung erneuter wissenschaftlicher Förderung und Belehrung in der Zukunft. Die Gesellschaft hat dem durch die Verleihung der Würde eines Ehrenmitgliedes an den verdienten Gelehrten Ausdruck gegeben. Mit dem treuen, liebenswerten Menschen haben sich so manche Freundschaftsbande geknüpft, die ihm über das Grab hinaus ein herzliches Gedenken unter uns sichern. Arnold Feuereisen

Umschau

Deutsche Kunstausstellung in Riga

Am Sonntag, den 19. Januar, ist im Rigaer städtischen Kunstmuseum die VIII. Gemäldeausstellung deutscher Künstler Lettlands eröffnet worden Der Gesamteindruck ist ungleich mannigfaltiger und in dieser Hinsicht auch reicher, als in den früheren Jahren. Neben den Werken der allgemein bekannten Künstler, die ständig unsere Ausstellungen beschicken, findet man in größerer Zahl Arbeiten von solchen, die bisher nur gelegentlich oder noch garnicht an die Öffentlichkeit getreten sind. Unter ihnen stehen neben Jungen, deren Weg erst mit dieser Ausstellung beginnt, Ältere, die sich bisher nur in der Stille betätigt haben. Eine solche für unsere Verhältnisse reiche Beteiligung ist grundsätzlich zu begrüßen, auch wenn in einzelnen Fällen eine strengere Sichtung wohl am Platz gewesen wäre. Das Niveau der Ausstellung hat immerhin im Vergleich zu früher unter der größeren Quantität nicht gelitten.

Unter den Arbeiten der auf der Ausstellung vertretenen Herren sollen die Bilder von Theodor von Witte zuerst genannt werden. Der Künstler, ausgestattet mit der Fähigkeit scharfer Beobachtung und einer erfreulichen koloristischen Begabung, wäre sicherlich einer unserer Besten geworden, wenn ihn nicht in jungen Jahren der Tod hinweggenommen hätte. S. Bielenstein ist mit einigen seiner beliebten Porträts und Interieurs vertreten. Unter den liebenswürdigen Bildnissen von Theo Kraus sei das Porträt des Fräulein K. hervorgehoben. Sehr gut aufgefaßt ist der Kopf von Direktor G. — Stets erfreulich ist es, die künstlerische Weiterentwicklung von A. von Stromberg festzustellen. In seinen Aquarellen ist von Jahr zu Jahr mehr Luft und Weite; die Farben verlieren allmählich alle Härte und werden ganz delikat und duftig. Recht fein in Stimmung und Technik sind desgleichen die Aquarelle von Werner Linde, von denen „Vorstadt" (180) und

*) M. Ebert, „Neue Beiträge zur Archäologie Lettlands". Elbinger Jahrbuch 4. H. 1924 (Elbing 1925) S. 100 ff.

der „Markt" (186) besonders vermerkt zu werden verdienen. Auch Erwin Eichmann ist mit einer Anzahl von Aquarellen in sauberer Technik vertreten, unter denen wir dem „Alten Haus, Reval" (49) den Vorzug geben möchten. Ansprechend sind ferner einige Bilder von B. Stepanoff.

Walter Krause hat eine Anzahl von Scherenschnitten ausgestellt. Eindrücklich das Blatt mit dem Titel „Das Haus des ewigen Feuers im Stillen Ozean", in dem sich eine seltsame Phantastik betätigt. Hier sind Anklänge an altdeutsche Holzschnitte vorhanden. Die Blätter, die realistische Motive behandeln, befriedigen nur zum Teil. Von W. G. Riemer sind ein paar kleinplastische Arbeiten zu sehen, unter denen wir den „Winter" und das Relief „Mutter und Kind" hervorheben möchten, von W. Czumikow eine gute Porträtbüste von Professor F. Sehr hübsch die kleinen Tierkeramiken von Bruno Letz.

Unter den Damen ist Frida Neumann am reichsten vertreten. Wieder haben wir Gelegenheit, ihre starke dekorative Begabung festzustellen, die sich die Erscheinungen der Wirklichkeit in eigenartiger und meist fesselnder Weise dienstbar macht und aus ihnen sich neue Wirklichkeiten schafft. Vortrefflich die charaktervollen Studien aus dem Berliner Zoo. Unter den Tierbildern möchten wir das Gemälde „Sturmflug" besonders erwähnen. Martha Hellmann befreit sich immer mehr von der zwar stets kultivierten, aber doch etwas blassen und farblosen Haltung ihrer älteren Bilder und wird koloristisch zusehends kräftiger, lebhafter und reicher. Sehr hübsch z. B. „blumiger Wegrand" (92), „Birke und Heidekraut" (103) und besonders „Hohlweg durchs Birkenwäldchen" (104). Hier und da machen sich neuerdings bei ihr gewisse stilisierende Neigungen geltend, die ihrem Wesen aber nicht zu entsprechen scheinen. Dagegen dürfte gerade in dieser Richtung die zweifellos vorhandene Begabung von Irmgard Pabst liegen, die aber diesmal nicht so eindeutig in die Erscheinung tritt, wie in den letzten Jahren. Man glaubt eine gewisse Unsicherheit über den einzuschlagenden Weg zu spüren. Hervorzuheben wäre die „Tanne" (253), übrigens auch die vier kleineren Bilder aus den Bergen, besonders „Im Mürztal" (254). Auffallend gut einige Arbeiten von Nora Zink, besonders das „Blumenstück" (350), kräftig gesehen und stark eindrücklich in Aufbau und Farbigkeit. Eines der besten Bilder der Ausstellung. Sehr wirkungsvoll auch, wie immer, die freilich ganz andersartigen Gemälde von S. Ljubow Grimm, deren sprühendes und durchaus eigenwüchsiges Temperament ebenso sympathisch ist, wie ihre leuchtende Palette. Die Porträts zügig im Strich und mit scharfer Charakterisierung, die Landschaften voller Sonne, so z. B. „Blick auf Riga" (47). Margarete Bolm fällt durch das Porträt eines alten Mannes (12) auf. Sie scheint im übrigen etwas unter dem Einfluß von Bogdanow-Bjelsky zu stehen, der ihr hoffentlich nützlich werden wird. Alle Beachtung verdient die Begabung von Hertha Ischreyt, die wir im vorigen Jahr zuerst kennenlernten. Viele ihrer Aquarelle, in einer stark fleckigen und verwischten Technik gearbeitet, sind sehr reizvoll, so die Nummern 105, 109, 110, 111, 115. Hervorzuheben sind auch die kleineren Arbeiten von Margot Grosset, unter denen sich einige hübsche preziöse Stücke finden. Von Cilli Ruhtenberg sei das Stilleben mit dem blauen Pferde genannt. Margarete Schilinski ist erstmalig mit einer Anzahl kleiner in der Stimmung freundlicher Landschaften vertreten. Anna Schewitz-Hellmann führt sich mit einigen Landschaften und Stilleben empfehlend ein, so daß man sie gern auch weiterhin sehen würde. Erika

Waidt stellt erstmalig ein gutes Selbstporträt aus. Um dieses Bildes willen wird man sich ihren Namen merken, obwohl die „Drei Kartenspieler" technisch noch sehr wenig erfreulich sind. Von Lisbeth von Keußler sei die Ansicht von „Talsen" (128) erwähnt, von E. von Cube der „Knabe mit Schlittschuhen" (26).

Zu wünschen wäre es, daß das deutsche Publikum die Ausstellung viel reichlicher besuchte, als das nach dem ersten Sonntag leider anzunehmen ist. Unsere Künstler haben einen Anspruch auf die moralische und auch materielle Unterstützung der Gesellschaft und brauchen sie.

Heinz Loeffler

Politisches Bankett

Der einleitende Aufsatz dieses Hefts stellt, wie oben vermerkt, eine Rede dar, die am 6. Dezember auf dem Bankett des Deutschen Herrenklubs in Berlin gehalten wurde. Die Berliner politische Wochenschrift „Der Ring" hat ein Anfang Januar erschienenes Sonderheft ganz Tätigkeitsberichten dieser über ganz Deutschland verbreiteten Herrengesellschaften gewidmet. Über das Jahresessen in Berlin berichtete am 8. Dezember die Deutsche Allgemeine Zeitung:

„Der Herrenklub veranstaltete im großen Saal von Kroll sein alljährliches Herrenessen. Das Bankett, an dem sich über 300 Personen aus allen Kreisen der Politik, der Wissenschaft, Wirtschaft und des Großgrundbesitzes beteiligten, nahm einen sehr angeregten und glanzvollen Verlauf. Der Präsident des Herrenklubs, Graf Alvensleben, begrüßte die Gäste und wies auf die Ziele des Klubs hin, die auch im vergangenen Jahre in energischer Weise gefördert wurden. Die Sammlung der staatserhaltenden und aufbauenden Kräfte, um endlich den Weg der Reform beschreiten zu können, sei zu einer Aufgabe von besonderer politischer Bedeutung geworden. Und dieser Aufgabe zu dienen, sei der deutsche Herrenklub in Berlin und die Herrengesellschaft im Reiche fest entschlossen.

Nach Schluß der Tafel ergriff der Präsident des Deutschen Schutzbundes, Dr. v. Loesch, das Wort zur Festrede über das Thema: „Kampf für das Recht im Osten". (Es folgen einige referierende Zeilen).

Unter den zahlreichen Teilnehmern bemerkte man die Gesandten von Lettland, Litauen, Bulgarien, Dänemark und Ungarn, Mitglieder der amerikanischen, italienischen und bulgarischen Mission und viele Vertreter des Auswärtigen Amtes. Ferner sind von bekannteren Persönlichkeiten zu nennen Herzog Adolf Friedrich zu Mecklenburg und unter den Politikern Reichskanzler a. D. Dr. Luther, Reichsminister a. D. Dr. Geßler, Landbundpräsident Schiele, Landrat a. D. von der Osten-Warnitz, Freiherr von Gayl, Staatssekretär Lewald, Generallandschaftsdirektor von Hippel, Justizrat Wesensold, sowie Staatssekretär Schmid. Von deutschen Diplomaten waren anwesend Botschafter a. D. Dr. Solf, Freiherr von dem Bussche, von Nostiz und Graf Oberndorf. Ferner waren erschienen die Parlamentarier Staatssekretär Freiherr von Rheinbaben, von Lindeiner-Wildau, Lejeune-Jung, Treviranus, Gock und von Papen. Sehr zahlreich war auch die Presse vertreten; man bemerkte u. a. die Chefredakteure Dr. Fritz Klein, Foertsch, Ditmar und von Neuhaus.

Die Kreise der Wirtschaft waren vertreten durch Graf Behrenhoff, Freiherr von Wilmowski, Herbert Guttmann, Dr. Solmssen, Dr. Paul Kempner, Dr. von Stauß, Geheimrat Demuth, Geheimrat Ravené, Generaldirektor Peters, Kommerzienrat Rechberg, Regierungspräsident Brauweiler, Geheimrat Hartmann, Dr. Burgers, von Winterfeld, die Generaldirektoren Koppenberg, Dr. Diem, Euling

und Peters und Alexander Flinsch. Anwesend waren auch die Rektoren der Universitäten Prof. Schmidt, von der Technischen Hochschule Prof. Drawe, sowie Universitätsprofessor Coar aus Canada."

Die neurasthenische Baltische Landeswehr

Das Buch „Freiwilliger Stenbock" hat in der „Frankfurter Zeitung" vom 5. Januar 1930 eine Besprechung aus der Feder von Erich Franzen gefunden, in der es heißt:

„. Es geht um Riga, das den Bolschewiken entrissen werden soll, aber es geht noch mehr um das Gruppenerlebnis blutjunger Menschen, die sich plötzlich ohne Schutz der Gewalt ihrer Instinkte ausgesetzt sehen. Töten, Lieben und Trinken gehört für sie auf das gleiche Brett, obschon sie noch keines von den dreien recht vertragen können. Die Wiedergabe Stenbocks ist echt und macht die neurasthenische Atmosphäre in jener „Armee von Gentlemen" recht deutlich."

Man mußte diese Wirkung des mit allen Mitteln händlerischer Reklame vertriebenen Buches von Stenbock voraussehen; wir dürfen annehmen, daß auch Graf Stenbock mit einem Gefühl des Unwillens und Bedauerns die auf seiner Schilderung fußende schiefe Einschätzung, ja Verunglimpfung seiner alten Truppe empfindet — der Landeswehr, deren Wesen im Großen gesehn vor allem als Kraft vor unser aller Augen steht. — Die Voreingenommenheit des Kritikers der Frankfurter Zeitung ist übrigens unverkennbar. R. W.

Gesicht der Zeit

Auf dem Umschlag eines Romans von Sochaczewer: „Menschen nach dem Kriege" findet sich eine warme Empfehlung von E. M. Remarque, die mit den Worten schließt: „Dieses Buch ist gut. Besser: es ist wertvoll. Noch mehr: es ist nützlich." Kann man unsere Zeit in wenigen Worten besser kennzeichnen, als es hier geschieht? Gut — wertvoll: längst überholte Begriffe. Der Nutzen ist Trumpf. Daß der erfolgreichste Schriftsteller des Hauses Ullstein so denkt, ist ja wohl natürlich. Als Zeichen der Zeit verdient die Remarquesche Wertung immerhin angemerkt zu werden. W. W.

Deutsches Schauspiel in Riga

Nachdem in der ersten Nachkriegszeit in der Literatur aller Länder eine deutliche Abkehr vom Kriege festzustellen war, hat nun, etwa zehn Jahre nach Schluß des Krieges, ganz plötzlich eine Hochflut kriegsschildernder Literatur eingesetzt, mit und ohne Tendenzen, der verschiedensten Art. Auch die Bühnenliteratur mußte naturgemäß davon ergriffen werden. Das von Zuckmayr bearbeitete amerikanische Schauspiel „Rivalen" ist in erster Linie Kriegsschilderung, realistische Schilderung des Front- und Unterstandslebens mit all seinem Grauen und seiner Konzentration auf die Befriedigung der nackten Lebensbedürfnisse. Dieses tritt wohl am deutlichsten in dem im Unterstande spielenden zweiten Akt zutage, in welchem die dem Stück zugrunde liegende Handlung — der Kampf der zwei Nebenbuhler, des Kapitäns Flagg und des Sergeanten Quirt — vollkommen in den Hintergrund tritt und der Schilderung des Unterstands- und Kampflebens den Vorrang überläßt. Wir bekommen da so ziemlich alles zu sehen, was nötig ist: vollkommene Depression durch mehrtägigen Kampf, Verwundung, Tod, geistige Zerrüttung, Gefangennahme usw. Es läßt sich nicht leugnen, daß die Schilderung alles einzelnen außerordentlich lebendig und sehr spannend ist. Ein Reißer — vielleicht von höchstmöglicher Qualität. Wert und Unwert solcher nackt realistischen Schilderung auch hier wieder

zu untersuchen erübrigt sich wohl: es ist in Anlaß von Remarque u. a. wahrlich mehr als genug geschehen. Ich begnüge mich deshalb mit der Anerkennung, daß die Schilderung als solche hier gut ist. Auch die in der hinteren Frontlinie spielenden übrigen Szenen sind fast durchweg wirkungsvoll und knapp im Dialog; einzelne Gestalten kraftvoll gezeichnet; die Handlung spannend aufgebaut; – bis auf den durch seine Trivialität einfach niederschmetternden Schluß: ein Hohelied auf die Kameradschaft, das die beiden Nebenbuhler, die soeben in tödlicher Feindschaft nacheinander schossen, plötzlich vereint erneut in den Kampf hinausziehen läßt. Hier springt die amerikanische Herkunft des Stückes besonders in die Augen: denn ein amerikanisches Literaturprodukt muß „gut" enden (es ist bekannt, daß amerikanische Films mit zwei verschiedenen Schlüssen hergestellt werden, einem tragischen für Europa und einem alles in Wohlgefallen auflösenden für Amerika). Auch die zum Schluß so unvermutet auftauchende beinahe heilsarmeeartig wirkende „höhere Idee" ist amerikanische Notwendigkeit. Wenn das so an den Haaren herbeigezogen wird, wie hier, und sich so garnicht aus der vorhergehenden Handlung und dem Geist des Stückes rechtfertigen läßt, — wird es zum Kitsch.

Die Aufführung fand überall verdiente Anerkennung. Regie (Dir. Mark) und Bühnenbilder (Joh. H. Brehm) taten durchaus das Ihrige, um den zweifellos starken Eindruck des Stückes zu verstärken. Das hier so wesentliche Tempo wurde in seiner ganzen kinematographischen Schnelligkeit und Abwechslung voll erreicht. Demgegenüber treten die Einzelleistungen der Darsteller naturgemäß ein wenig in den Hintergrund: aber auch hier wurde viel Gutes geleistet; insbesondere sei der beiden Darsteller der „Rivalen", der Herren Bäuerle und Lundt, gedacht.

*

Im Mittelpunkt des Theaterinteresses standen im Dezember zweifellos die beiden Gastspiele von Frau Elena Polewitzkaja. — Frau Polewitzkaja war beim hiesigen deutschen Theaterpublikum noch in bester Erinnerung von ihrem mehrere Jahre zurückliegenden (ersten deutschen) Auftreten als „Kameliendame" her, über das seinerzeit so manches geschrieben und gesprochen wurde. Nun waren einige Jahre verstrichen, Frau Polewitzkaja hatte unterdessen nennenswerte Erfolge an namhaften deutschen Bühnen zu verzeichnen gehabt, so daß man auf ihr Wiedererscheinen hier mit Recht gespannt sein konnte.

Es war für Frau Polewitzkaja sicherlich ein Wagnis, gerade „Maria Stuart" zu wählen; es ist kein Zweifel, daß gerade bei Schiller die klangliche Wirkung des Wortes von großer Bedeutung ist und daß daher gerade hier sprachliche Unebenheiten besonders störend wirken müssen. Um es gleich heraus zu sagen: das Deutsch von Frau Polewitzkaja ist durchaus noch immer nicht vollendet; besonders in der weichen Aussprache einiger Konsonanten macht sich slavischer Ursprung stark bemerkbar. Aber je mehr es zum Schluß ging, je höher die dramatische Spannung der Handlung stieg, um so mehr traten dieser und andere rein sprachliche Mängel in den Hintergrund. Nicht, weil sie seltener auftraten, auch nicht, weil man sich daran gewöhnte, sondern weil sie unwesentlich wurden neben der großen darstellerischen Kraft, die der Künstlerin innewohnt. Es ließe sich sicherlich auch darüber reden, inwieweit eine solche Gestalt, wie sie uns Frau Polewitzkaja gab, von Schiller gewollt, inwieweit „klassischer Stil" eingehalten war oder ein anderer Stil hineingebracht wurde, der störend wirken mußte. Unter dem Eindruck der Aufführung (und das ist wohl das Wesentlichste) hatte man die Empfindung, daß das müßig sei. Der

Eindruck war ein zweifellos starker: vor allem die Gestalt der Maria wurde dem Zuschauer in ihrer ganzen Hoheit und Größe nahegebracht -- sie wurde lebensvoll, sie wirkte unmittelbar. Und demgegenüber verblassen alle nachherigen, mehr oder minder gerechtfertigten literarischen Erwägungen, inwieweit „stilvoll" oder „klassisch" die Maria wiedergegeben wurde. Zu einer wirklichen, unmittelbar störenden Stillosigkeit war die große Begabung von Frau Polewitzkaja nicht fähig. Man kann die Maria jedenfalls auch so geben; nur muß es gut sein. Und das war es. Auch sonst hielt sich die Aufführung auf einer recht guten Höhe; die Regie gab wohl im allgemeinen nichts Neues und hätte (u. a. durch zweckmäßige Streichungen) vielleicht noch einiges für dramatische Steigerung tun können. Gut war dagegen, daß die letzte Szene entgegen einer früher bestehenden garstigen Theatermanier nicht fortgelassen wurde (was das Publikum durchaus nicht begreifen wollte, indem es nach der Hinrichtungsszene sich einfach zum Weggehen anschickte). Von den übrigen Darstellern verdienen Frl. Düraty als Elisabeth und Herr Bäuerle als Graf Leicester Anerkennung; dieser war im großen und ganzen doch noch vielleicht etwas zu sehr Charakter – das Haltlose und Blasse dieser Gestalt hätte etwas mehr zur Wirkung gelangen müssen.

Ihr zweites Gastspiel gab Frau Polewitzkaja als Helene von Brechebel in Bernsteins Schauspiel „Baccarat". Über das Stück ist nicht viel zu sagen; in anspruchsloserer Unterhaltung würde man sich bei uns der Wendung „ziemlich witzlos" bedienen. Es spielt in Pariser Aristokratenkreisen (echten und nicht ganz echten) und handelt vom haltlosen jungen Chacéroy, welcher durch Spiel zugrunde geht, obwohl seine Geliebte, Gräfin Brechebel, alles Vorstellbare opfert, um ihn zu retten. Die ganze Handlung erweckt im Grunde kein Interesse; Höhepunkt und Schluß schon am Anfang vorgezeichnet und vorauszusehen. Einige recht gut gezeichnete Gestalten, die indessen auch nichts Neues geben. Nur das Spiel konnte aus diesem Stück etwas machen; und machte es. Hier nun war Frau Polewitzkaja jedenfalls durch keinen besonderen „Stil" gehemmt. Das, was sie darstellen wollte und mußte, war Leben. Und es gelang ihr vom ersten bis zum letzten Augenblick, die durch sie verkörperte Gestalt ergreifend lebenswahr zu machen, so daß man vieles von der Dürftigkeit des Stückes vergessen konnte. Man hatte nicht mehr den Eindruck eines Spielens, eines Darstellens, sondern den einer Verkörperung im wahrsten Sinne des Wortes: Frau Polewitzkaja „spielte" nicht mehr, sie „war". Und das ist doch wohl das Beste, was man von einer Darstellung sagen kann.

In Wilhelm Schubert als Baron Lebourg fand Frau Polewitzkaja einen Gegenspieler, der ihr ebenbürtig war. So war die Szene zwischen Vater und Tochter im zweiten Akt beiderseits eine vollkommene schauspielerische Leistung. Auch Herr Lundt als Robert von Chacéroy verstand es im allgemeinen, das Schwankende und Widerstandsunfähige dieser Gestalt zu guter Wirkung zu bringen, wie überhaupt auch dieser Aufführung durchweg Anerkennung nicht versagt werden darf.

*

Nicodemis Komödie „Scampolo" stellt an die Anspruchslosigkeit des Hörers wirklich etwas starke Anforderungen. Daß die Liebe eines gänzlich ungebildeten, aber unverfälschten und primitiven „Kindes aus dem Volk" wertvoller ist als die einer ausrangierten Varietésängerin, dürfte vielen nicht unbekannt sein. Wenn es einem so anspruchslos und heiter vorgeführt wird, wie stellenweise in den beiden ersten Akten, kann man sich schließlich auch das noch einmal

gefallen lassen. Wenn es aber so rührend wird, wie zum Schluß, wird es schlimm. Einige liebenswürdige Szenen, so z. B. das Interieur aus dem Eheleben des Freundes Benini, und einige ganz hübsche Bemerkungen vermögen den Gesamteindruck des Stückes nicht zu heben. In der Titelrolle, der des „Kindes aus dem Volk", stellte sich zum ersten Mal in einer größeren Aufgabe Frl. Rebenstorf vor, welche über eine recht liebenswürdige Erscheinung und ein recht unausgeglichenes Spiel verfügt. Sonst ist von der Aufführung nichts zu berichten: sie verdarb nichts, sie rettete nichts und war im allgemeinen dem Stück kongenial.

*

Zu Anfang Januar konnte das Schauspiel in sein neues Heim im „Ulei" übersiedeln. Vor allem muß hier eine enorme Arbeitsleistung anerkannt werden. Am 3. Januar wurde mit der Übersiedelung begonnen, und am 5. vormittags konnte vor einem geladenen Publikum bereits die Generalprobe zu der am selben Abend stattfindenden Festvorstellung erfolgen, zu der alles fix und fertig war; nichts von einer doch mit jedem Umzug zusammenhängenden Unordnung oder Unfertigkeit war zu bemerken. Das konnte nur geschehen infolge der großen Arbeitsfreudigkeit nicht nur der Direktion, sondern auch des gesamten Personals, welche hier ganz besonders zutage trat.

Nach vollendetem Umbau bietet der neue Theatersaal gegenüber dem alten im Gebäude des Turnvereins unvergleichliche Vorzüge, sowohl hinsichtlich seiner Ausstattung, als auch seiner Größe. Die Akustik scheint, soviel ich feststellen konnte, fast durchweg gut zu sein. Die Bühne ist größer als die vorherige und gibt mehr Möglichkeiten, obwohl auch sie im Hinblick auf einen modernen Theaterbetrieb als durchaus primitiv anzusprechen ist. Vor allem aber muß festgestellt werden, daß im Gegensatz zur Turnhalle hier sowohl Saal als Nebenräume einen durchaus festlichen Eindruck machen; es ist ein Haus, in welchem, wie wir hoffen, Publikum und Darsteller sich wohl fühlen werden. — Wesentlich trägt dazu auch der Umstand bei, daß die jetzigen Räume dem Schauspiel allein zur Verfügung stehen, was mit den früheren nicht der Fall war.

Die Festvorstellung ergab Shakespeares „Der Widerspenstigen Zähmung" (bleiben wir schon bei dieser alten Bezeichnung, welche neusprachlich bestimmt korrekter wiedergegeben werden könnte, für uns aber mit der Vorstellung von diesem Lustspiel doch untrennbar verknüpft ist). Shakespeares Lustspiele heutzutage gut zu geben, ist gewiß keine leichte Aufgabe. Wenn auch die sprachlich-klanglichen Nuancen hier nicht so diffizil sind, wie bei den deutschen Klassikern (insbesondere Schiller), so ist es doch gewiß schwierig, uns die vielen, den modernen Menschen seltsam und primitiv anmutenden Verwicklungen der Handlung und die daraus entspringende Komik glaubhaft und lebensvoll zu machen. Walter Bäuerle als Spielleiter unternahm es, das Stück fast ohne Streichungen zu geben. Und das Wagnis glückte. Glückte, trotz der noch hinzutretenden, durch die Primitivität der Bühne bedingten Schwierigkeit der Verwandlungen bei der bunten Abwechslung der einzelnen Szenen. Die Art, in welcher diese Schwierigkeit gelöst und die Verwandlungen in kürzester Zeit vorgenommen wurden (Kulissenwagen), ist als einfach genial anzusprechen. Auch sonst war in Aufbau und Bild durchweg Erfreuliches zu sehn, so daß ein lebendiger Eindruck zustande kam. Als Darsteller gab Herr Bäuerle den Petrucchio mit der ganzen suggestiven, fast brutal und doch sympathisch wirkenden Kraft, mit der diese Gestalt gezeichnet ist. Frl. Dürath hätte in der Darstellung des

Käthchens bei aller „Widerspenstigkeit" doch auch schon anfangs ein wenig mehr Weiblichkeit durchblicken lassen können: so war der Übergang etwas zu plötzlich und nicht ganz überzeugend. Herr W. Schubert als Baptista war in echter Würde eine famose Gestalt. Die weiteren Einzelleistungen müssen hier wohl übergangen werden; sie waren, bis auf einige Nebenrollen, auf guter Höhe.

Mit Bruno Franks „Perlenkomödie" dürfte das Theater keinen schlechten Griff gemacht haben. Dem Rigaer Theaterbesucher wird Franks sicheres bühnenliterarisches Talent noch von der Aufführung der „12,000" her in Erinnerung sein. Auch hier zeigt es sich im allgemeinen im besten Licht, obwohl das Stück recht anspruchslos ist. Aber der liebenswürdige, stellenweise geistreiche Dialog, die gut aufgebaute Handlung (wieder einmal mit leise detektivischem Einschlag), welche auch psychologisch keineswegs uninteressant ist, vermag zu fesseln, – jedenfalls sehr zu unterhalten. Nur mit dem Schluß hat Frank kein Glück (das war auch bei den „12,000" sein schwacher Punkt). So viel Sentimentalität und Deutlichkeit wäre da doch nicht am Platz. Da hätte wohl die Regie (Herr Bäuerle) einspringen und durch Streichungen und andere ihr zu Gebote stehende Hilfsmittel einen, sagen wir: diskreteren Eindruck erzielen können. Sonst war auch dieses eine gute Aufführung. Herrn H. König sahen wir nach langer Zeit wieder einmal in einer ernsten Rolle, der des betrügerischen und charakterlosen Ehemannes Erwin Siethoff, welche Gestalt durch ihn eine zweifellos gute Wiedergabe fand. Frau Klein-Donath gab überzeugend seine Gattin, Herr Lundt in herrlicher Ursprünglichkeit den dazu gehörigen Liebhaber; Frl. Dürath als verführerische Courtisane wußte in jeder Hinsicht zu fesseln.

W. Mueller

Berliner politischer Monatsbericht

Der Mißerfolg des Volksentscheids / Schachts Vorstoß / Hilferding tritt zurück / Der Kampf im Haag / Schwierigkeiten durch den Polenvertrag / Demokraten fordern aktive Ostpolitik

Berlin, den 10 I. 30

Die Jahreswende konnte vom deutschen Volk nicht mit dem frohen Bewußtsein begrüßt werden, daß sie eine „Wende" der politischen und wirtschaftlichen Lage bedeute, daß ein sichtbarer Abschnitt nicht nur in den Tagen, nach denen wir rechnen, sondern auch in der wie dichte Nebelschwaden auf den Willen der Menschen lastenden immer gleichen, ermüdend unveränderlichen Krise eintrete. Der stete Kleinkrieg, ermüdend, entnervend und verbitternd, dieser Kleinkrieg mit wenig Aussicht auf fruchtbare Entscheidungen, versickerte in der Weihnachtspause, ohne den politischen Menschen Deutschlands frohe Ruhe zu lassen. Denn die Ereignisse, die dem Fest vorausgingen, wurden nur vertagt, wobei man die Erwartung der Kämpfe auf der bevorstehenden zweiten Haager Konferenz nicht gerade als etwas Erfreuliches in seine Ferien mitnehmen konnte.

Der letzte Sonntag vor Weihnachten brachte den Volksentscheid über das Gesetz gegen den Youngplan, der bei großer Teilnahmlosigkeit mit dem erwarteten Mißerfolg endete. Bei diesem Wahlgang bedurfte es nicht mehr der persönlichen Eintragung des Namens, sondern nur der geheimen Stimmabgabe. Die Voraussetzung dafür, daß die Stimmen sich erhöhen würden, war also ge-

geben, umsomehr als der Staatsgerichtshof entschieden hatte, daß den Reichsbeamten das Recht zustehe, sich für ein Volksbegehren auszusprechen, gleichgültig, wie dessen Inhalt sei. Trotzdem haben am „Goldenen Sonntag" von 42,1 Millionen Stimmberechtigten nur 5,8 Millionen = 13,83% mit Ja gestimmt. Damit ist diese Aktion der nationalen Opposition unter Hugenbergs Führung mit einem Mißerfolg beendet. Mit einem Mißerfolg, weil eine außenpolitische Wirkung im positiven Sinne nicht erreicht worden ist; denn konnte es auch als ausgeschlossen gelten, daß der Gesetzentwurf durchging, so hätte diese Aktion immerhin die politische Position Deutschlands gegenüber den außenpolitischen Gegnern verstärken können, — was nun nicht der Fall gewesen ist. Aber auch ein innenpolitischer Erfolg ist nicht erreicht, denn weder ist die Stellung der Regierung durch das Begehren erschüttert worden, noch konnte von dem Reichsausschuß eine wirkliche Volksbewegung entfacht werden, wie sie etwa in Österreich durch die Heimwehren ausgelöst wurde. Als Beweis dafür sei nur darauf hingewiesen, daß auch die letzte Zahl derer, die mit ihrer Stimme den Reichsausschuß unterstützten, immer noch geringer ist als die Stimmenzahl, die bei den letzten Wahlen für die im Reichsausschuß vereinigten Parteien — Deutschnationale, Nationalsozialisten und Christlich-soziale Bauernpartei — abgegeben wurde.

In den letzten Monaten hat man im nationalen Lager oft die Erwartung ausgesprochen, daß nach der Beendigung dieser Aktion eine Neuordnung und eine neue Zielsetzung bei gleichzeitigem Führerwechsel erzwungen werden müsse. Die von uns im letzten Bericht gekennzeichneten Ereignisse innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei haben diese Absichten zum Teil schon vorweg verwirklicht, aber doch nur zum Teil und damit auch hier ohne eine wirkliche Entscheidung. Innerhalb der D. N. V. P. ist zum mindesten augenblicklich eine Beruhigung eingetreten, wobei erkennbar wird, daß auch wesentliche Persönlichkeiten, die dem jetzigen Kurs durchaus nicht zustimmen, nicht die Absicht haben, die Partei zu verlassen, weil sie sich der Hoffnung hingeben, daß unter dem Eindruck von Ereignissen, die sich außerhalb der Partei vollziehen könnten, eine taktische Umstellung der Gesamtpartei doch möglich sei. Zwar haben die Führer des Landbundes in einem Brief an den Reichsausschuß ihren Austritt erklärt, wobei sie sich der Formulierung bedienten, der Reichsausschuß habe nach Beendigung der Aktion, für die er gegründet sei, aufgehört zu bestehen. Dieser Reichsausschuß — oder vielmehr Geheimrat Hugenberg — ist aber durchaus anderer Ansicht, und dem Vorsitzenden der Deutschnationalen gelang es auch auf einer Sitzung vor wenigen Tagen, den Reichsausschuß zusammenzuhalten und den Austritt des Stahlhelms, von dem man in der Presse schon sprach, zu verhindern. Der Stahlhelm ist also durch die taktische Geschicklichkeit Hugenbergs auch für die Zukunft an die Deutschnationalen und Nationalsozialisten gekoppelt, wobei gleichzeitig die Aufnahme von Landbundführern der zweiten Garnitur in das Präsidium des Reichsausschusses zum mindesten nach außen den Eindruck erweckt, als ob auch der Landbund in der von Hugenberg geführten Front geblieben sei.

Der Monat Dezember stand nicht im Zeichen des Volksentscheides. Denn das folgenschwerste Ereignis war der Vorstoß des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht. Sein an die Reichsregierung gerichtetes Memorandum über den Youngplan war eine Kampfansage und wurde von der Reichsregierung und der Öffentlichkeit so empfunden. Dabei sei darauf hingewiesen, daß der Gegensatz zwischen Schacht

und der Reichsregierung ebenso außenpolitischer wie innenpolitischer Art ist. Ehe wir auf die Einzelheiten eingehen, sei noch vermerkt, daß bei diesem ersten Waffengang, dem sicherlich schon in naher Zukunft weitere folgen werden, Schacht Sieger geblieben ist. Die Regierung hat brüsk die „Einmischung" Schachts zurückgewiesen und — nachgegeben! Das Aufsehen, das Schachts Vorstoß in der Presse aller Parteien erregt hat, ist verständlich; denn zum ersten Mal wurde in aller Schärfe sichtbar, daß eine Machtverschiebung eingetreten ist. Neben den anerkannten politischen Machtfaktoren — Parteien, der aus ihr hervorgegangenen Regierung, Reichspräsident und Wehrmacht — bekundete ein Faktor, der keine legalisierten Rechte hat, die Wirtschaft und Finanz, durch Dr Schacht seine Macht, die außerhalb des Staates steht. Wobei man nicht vergessen darf, daß dieser Staat in Wahrheit nicht unabhängig ist, sondern von den Interessen einzelner Parteigruppen beherrscht wird. Das, und nicht etwa nur der politische Gegensatz zur Regierung, erklärt es ja auch, warum nationale Kreise, die doch staatspolitisch denken, Schacht sekundiert haben. Weit verständlicher ist natürlich die jubelnde Zustimmung, die der Reichsbankpräsident auf der in jenen Tagen stattfindenden Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie fand, obgleich sein Einschreiten gerade die Steuersenkungen, die auf der genannten Tagung mit ungewöhnlicher Schärfe von der Industrie gefordert wurden, für den Augenblick sicherlich verhinderte. Aber man sah in weitesten Volkskreisen in Schacht den Mann, der dem unverantwortlichen finanzpolitischen Gebaren der Regierung das Halt zurief, das nicht nur die Wirtschaft, sondern der einfachste Mann als notwendig empfand. Diese psychologischen Voraussetzungen muß man berücksichtigen, um die Wirkung des Schacht'schen Angriffes verstehen zu können.

In dem Memorandum lehnt der Reichsbankpräsident, dessen Name unter dem Youngplan steht, die Verantwortung für einen durch Handlungen der Reichsregierung außenpolitisch und innenpolitisch abgeänderten Plan ab. Er wendet sich gegen die Absicht der auswärtigen Regierungen, von Deutschland über den Youngplan hinausgehende Opfer zu erlangen, nachdem die deutschen Sachverständigen schon im Plan die Tragbarkeit der Youngziffern nicht anerkannt haben. Die finanzielle Entlastung würde durch die zusätzlichen Belastungen, die man Deutschland zumute, illusorisch gemacht. Seit der Unterzeichnung des Youngplanes, so führt Dr. Schacht aus, seien folgende neue finanzielle Zumutungen an Deutschland gestellt worden: 1) Deutschland soll laut Haager Protokoll auf den fünfmonatlichen Überschuß von 400 Millionen Mark verzichten. 2) Deutschland soll eine Erhöhung der ungeschützten Annuität vornehmen, die im ersten Jahre 40,5 Millionen Reichsmark betrug. 3) Deutschland soll laut Erklärung des britischen Finanzministers auf 300 Millionen Mark aus liquidiertem deutschem Eigentum verzichten. 4) Deutschland soll laut deutsch-polnischem Vertragsentwurf auf außerordentlich hohe Eigentumsansprüche gegen Polen verzichten. 5) Deutschland soll nach den Vorschlägen des Pariser Unterausschusses über die „Liquidierung der Vergangenheit" auf eine ganze Reihe von finanziellen Rechten verzichten. 6) Laut deutsch-belgischem Markabkommen hat Deutschland während 37 Jahren jährlich 19,5 Millionen Mark zu zahlen.

In einem anderen Absatz des Memorandums weist Dr. Schacht dann darauf hin, daß eine Voraussetzung für die Einstellung der deutschen Sachverständigen in Paris die Entschlossenheit der Reichsregierung gewesen sei, im

finanziellen Gebaren von Reich, Ländern und Gemeinden eine dauernde Ordnung zu schaffen und die Tragung der schweren Lasten des Youngplanes durch eine innerwirtschaftliche Erleichterung der deutschen Produktion zu ermöglichen. In beiden Hinsichten sei seit der Unterzeichnung des Youngplanes nicht das Geringste geschehen. Ganz abgesehen von der zugesagten Lastenerleichterung müsse die Ordnung des Haushaltes und der Finanzgebarung sofort durchgeführt werden. Statt dessen seien irgendwelche Schritte zur organischen Beseitigung des bisherigen Defizits nicht ergriffen worden. Zusammenfassend fordert der Reichsbankpräsident, die ausländischen Regierungen sollen endgültig ihre Versuche aufgeben, über den Youngplan hinaus Sonderleistungen zu erpressen, und die deutsche Regierung solle keinerlei zusätzliche Leistungen bewilligen, Ordnung in den öffentlichen Haushalt bringen und die Belastung der Wirtschaft vermindern.

Dieses Memorandum des Reichsbankpräsidenten, das an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt, hätte, so sollte man denken, der Reichsregierung willkommen sein müssen als wirksamste Vorbereitung für den Kampf, den sie zum zweiten Mal im Haag auszukämpfen hat. Sie hatte auf der ersten Haager Konferenz gegen ihre eigene Erwartung sich gegen Forderungen, die über den Youngplan hinausgingen, zu verteidigen, wobei der Erfolg nicht auf ihrer Seite war. Mit der Defensive allein hätte sie sich daher auf der zweiten Konferenz nicht begnügen dürfen; sie hätte die Parolen Schachts aufgreifen müssen, wobei sie seinen Angriff gegen die Regierung als wirksamstes Mittel ausspielen konnte. Aber diese Überlegungen haben die Regierung nicht bestimmt; sie sah das Memorandum nur unter innenpolitischen Gesichtspunkten, sie befürchtete nur eine Schwächung ihrer eigenen Position durch die objektiv richtigen Feststellungen aus dem Munde des unbequemen Mahners. Man hat sich in der Linkspresse auf den Standpunkt gestellt, daß der Reichsbankpräsident keine politische Verantwortung trage, daß die Regierung seiner Genehmigung nicht bedürfe und daß er selbst kein Widerspruchsrecht gegen die Kreditgeschäfte der Reichsregierung habe. Alles das trifft zu. Aber der Reichsbankpräsident kann, wie jede andere Persönlichkeit, seine Stimme erheben, er kann vor allem seiner Meinung über die Finanzgebarung der Reichsregierung öffentlich Ausdruck geben. Und damit hat man den springenden Punkt: denn in dem Augenblick, wo das Schachtsche Memorandum in der deutschen Tagespresse veröffentlicht wurde und große Wellen in der öffentlichen Meinung auch des Auslandes zu schlagen begann, verhandelte die Reichsregierung wieder einmal mit einer amerikanischen Bankengruppe über die Gewährung eines Kredits, weil die übliche Ultimokrise vor der Tür stand. Das Wort des Reichsbankpräsidenten ist aber gewichtig genug, um ausländische Geldgeber abzuschrecken.

Der auf wirtschafts- und finanzpolitischem Gebiete angehäufte Zündstoff explodierte durch den Schuß, den Schacht abfeuerte. Was in Monaten nicht zustande gebracht wurde, geschah nun in wenigen Tagen: die Reichsregierung unterbreitete dem Reichstag einen Finanzplan. Auf seinen Inhalt soll hier nicht eingegangen werden. Soviel nur: er bedeutete keine Reform, nicht die von allen Seiten seit langer Zeit geforderte Reform. Eine ganz allgemein gehaltene, nach allen Seiten hin auslegbare Erklärung wurde schließlich den Reichtagsabgeordneten zur Abstimmung unterbreitet, nachdem der Reichskanzler in der Regierungserklärung vorher die Mitteilung gemacht hatte, das Kassendefizit des Reiches be-

rage 1,7 Milliarden Mark und ultimo Dezember benötige das Reich einen Kredit von 330 Millionen Mark, um die laufenden Ausgaben decken zu können. Nur verklausuliert erhielt die Reichsregierung mit 222 gegen 156 Stimmen das Vertrauen des Reichstages ausgesprochen. Die Reichsregierung hatte bei dieser Abstimmung nicht die absolute Mehrheit des Hauses; und, vor allem, 14 Volksparteiler, also Mitglieder einer Regierungspartei, stimmten gegen die Regierung, während 12 Abgeordnete der Bayrischen Volkspartei und drei der Deutschen Volkspartei sich der Stimme enthielten.

Die Deutsche Volkspartei, die sich insbesondere auf die Industrie stützt, schien also in Opposition zur Regierung übergehen zu wollen, und unter dem Drucke dieser Tatsache sind endlich der Reichsfinanzminister Dr. Hilferding und sein Staatssekretär Dr. Popitz zurückgetreten. Das ist für die Regierung eine Stärkung und kein Verlust. Denn wenn man von den Sozialdemokraten absieht, die notgedrungen ihren Vertreter im Finanzministerium verteidigen mußten, fand man auf der weiten Flur Deutschlands, ganz gleich in welcher Partei, niemanden, der seine Stimme für Hilferding in die Wagschale warf, den man ganz allgemein als den unfähigsten der Finanzminister bezeichnete, die Deutschland in den so schnell wechselnden Kabinetten seit 1918 besessen hat. Man mag es dahingestellt sein lassen, ob es von der Volkspartei taktisch sehr klug gehandelt war, der Sozialdemokratie heute schon die Verantwortung für die Finanzpolitik abzunehmen, ob es nicht besser gewesen wäre, nun, nachdem die Mißwirtschaft so groß geworden ist und die Wirtschaftskrise sich immer stärker auswirkt, die Arbeitslosenzahl die schwindelnmachende Höhe von 2 Millionen erreicht hat, es der Sozialdemokratie zu überlassen, den bitteren Weg bis zum Ende zu gehen, um mit dieser Last bei der nächsten Wahl vor das Volk zu treten. Die Deutsche Volkspartei dürfte anderer Ansicht gewesen sein. Jedenfalls ist ihr Vertreter Dr. Moldenhauer aus dem Wirtschaftsministerium, das er erst vor kurzem bezogen hatte, in das Finanzministerium übergesiedelt, während ein Sozialdemokrat, Reichsminister a. D. Robert Schmidt, den man in der Presse nicht als starken Mann bezeichnet, das Wirtschaftsministerium übernommen hat.

Diese innerpolitischen Ereignisse, deren Bedeutung genügend skizziert sein dürfte, beherrschten in Deutschland das Feld, während die Regierungen Frankreichs und Englands die Zeit ausnutzten, um durch gegenseitige Verständigung die Stellung vorzubereiten, die sie auf der zweiten Haager Konferenz zu beziehen gedachten. Auf jener Konferenz, von der man nach der Beendigung der ersten Konferenz annahm, sie würde sich nur noch mit geringfügigen technischen Details zu beschäftigen haben. Aber Deutschland erlebt in diesen Tagen dieselbe Überraschung, wie im vergangenen Sommer. Wieder, nachdem man geglaubt hat, durch kaum tragbare Zugeständnisse die Annahme gesichert zu haben, werden von der Gegenseite neue Forderungen erhoben. Wie auf der ersten Konferenz im Haag, ist die Regierung des Deutschen Reiches ohne Programm erschienen. Denn man wird die Absicht, die früher gemachten Festlegungen zu verteidigen, schwerlich als Programm bezeichnen können. Demgegenüber sind die Westmächte mit einer ganzen Anzahl wesentlichster Forderungen aufgetreten, wobei die Initiative weniger, wie im vergangenen Sommer, bei dem Delegierten Englands, bei Snowden, sondern bei dem neuen Ministerpräsidenten Frankreichs, bei Tardieu liegt. Die von uns vor vier Wochen befürchtete

Auswirkung der Regierungsumbildung in Frankreich ist Tatsache geworden. Die Franzosen sind in ihrem Standpunkt intransigenter denn je. Sie fordern nicht weniger, als die Beibehaltung des Sanktionsrechtes, also der Möglichkeit, das Rheinland wieder zu besetzen, falls Deutschland seinen finanziellen Verpflichtungen nicht restlos nachkommen sollte. Sie versuchen durch die Gestaltung der Zahlungstermine noch einige Millionen jährlich mehr aus Deutschland herauszuquetschen. Und die im Vergleich zum Dawesplan schon sehr geringe Revisionsmöglichkeit soll völlig beseitigt werden, während man gleichzeitig versucht, die nach dem Youngplan abzuschaffende Kontrolle über Finanzwirtschaft und Staat wieder einzuführen. In dem Augenblick, wo diese Zeilen geschrieben werden, ist der Kampf im Haag noch nicht entschieden. Man kann nur feststellen, daß große Kreise, die der Regierung nahestehen, die Annahme des so veränderten Planes für nicht ratsam erachten. Wir weisen auf die Haltung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" hin, die der Deutschen Volkspartei nahesteht und die durch den Mund ihres im Haag weilenden Chefredakteurs ein energisches Nein ausspricht.

Mit wenigen Sätzen soll noch auf die erste sehr unangenehme Überraschung, die die Konferenz Deutschland brachte, hingewiesen werden. Der uns immer noch unbekannte Vertragstext des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens wurde von dem polnischen Vertreter im Haag deponiert, wobei er darauf hinwies, daß das Abkommen einen integrierenden Bestandteil der zu treffenden Haager Abmachungen bilde. Der Reichsaußenminister Dr. Curtius hat diese Anschauung sofort zurückgewiesen. Bei dieser Gelegenheit erfuhr die deutsche Öffentlichkeit, daß der § 1 des Abkommens die gleichzeitige Ratifizierung des Liquidationsvertrages mit dem Youngplan vorsieht. Die Entrüstung über diese Vorgänge, die eine Abänderung des Liquidationsabkommens — die jetzt anscheinend auch von der Regierung erstrebt wird — vereiteln dürften, ist in der deutschen Presse unverhohlen ausgesprochen worden.

Zum Beweis dafür, daß man jetzt anscheinend auch in demokratischen Kreisen die Zukunftsbedeutung einer deutschen Ostpolitik erkannt hat, sei in diesem Zusammhang auf einen Artikel des der Demokratischen Partei angehörenden preußischen Finanzministers Höpker-Aschoff hingewiesen. Hier macht sich ein Demokrat die Forderung nach aktiver Ostpolitik zu eigen. Er bezeichnet den Ausspruch, ein besiegter Staat könne keine aktive Außenpolitik treiben, als eine Unbegreiflichkeit. Die Außenpolitik könne vielmehr durchaus erfolgreich sein, wenn sie zunächst versuche, die grundlegenden Voraussetzungen für Handlungsfreiheit und damit für gestaltende Mitarbeit an der weltpolitischen Entwicklung zu schaffen. Ähnlich, wie wir es früher hier taten, betont Höpker-Aschoff die Notwendigkeit, jetzt, wo die Aktivität, soweit sie auf den Westen gerichtet war, einen vorläufigen Endpunkt erreicht habe, die Beobachtung auf den Osten zu konzentrieren. Dort lägen Deutschlands außenpolitische Möglichkeiten und dort könne eine Mission deutscher Technik, Wirtschaft und Kultur erfüllt werden. Zwar könne das zentrale Problem der deutschen Ostpolitik, die Grenzrevision, noch nicht der Lösung zugeführt werden, aber an zwei Aufgabengebiete könne herangetreten werden: an die Bildung eines festgefügten Mitteleuropa — das Deutsche Reich, das als wehrloser Staat imperialistischer Tendenzen unverdächtig sei, müsse der

Vorkämpfer der mitteleuropäischen Idee werden – und an den Schutz und die Stärkung des deutschen Volkstums jenseits der Reichsgrenzen.

So erfreulich die Erkenntnis dieser Aufgaben in demokratischen Kreisen auch ist, so glauben wir doch, daß an ihre wirksame Erfüllung erst herangegangen werden kann, wenn die innerpolitischen Voraussetzungen in Deutschland sich geändert haben. In der jetzigen Situation, bei einer schwachen Regierungsgewalt, die unter dem Druck finanz- und wirtschaftspolitischer Krisen steht und sich von Sonderinteressen der Partei- und Wirtschaftsgruppen bestimmen läßt, ist die Führung einer Außenpolitik durch außergewöhnlich große Vorbelastungen erschwert. Mit der Verschärfung der Wirtschafts- und Finanzkrise — und daß sie sich weiter verschärft, ist nach den zu beobachtenden Anzeichen leider mit aller Sicherheit zu erwarten — vergrößert sich aber die Möglichkeit, daß auf das Wort des Reichspräsidenten hin eine Regierung gebildet wird, die unabhängiger an die großen Reformaufgaben herangehen kann und auch den ostpolitischen Notwendigkeiten gerecht wird. Prognosen sind auf politischem Gebiet eine nicht ungefährliche Angelegenheit. Trotzdem soll hier die Voraussage gewagt werden, daß wohl noch in diesem Jahr ein solches Kabinett gebildet werden wird.

Georg Schröder

Bücherbesprechungen

René Fülöp Miller, Macht und Geheimnis der Jesuiten. Kulturhistorische Monographie. Grethlein und Ko., Leipzig.

Um es vorwegzunehmen: es steckt ein merkwürdiger Drang zur Universalität in diesem Buche. Das ist nicht allein eine große Monographie der Gesellschaft Jesu, sondern eine abendländische Geistes- und Kulturgeschichte von Aristoteles bis zu Freud. Ein Halbtausend Druckseiten and ein Vierteltausend Abbildungen tun überraschende Aspekte auf.

Ein Gebilde von so ausgesprochener Aktivität und Eigenart wie die Gesellschaft Jesu mußte naturgemäß von Anfang an Gegenstand leidenschaftlicher Erörterungen und Meinungskämpfe sein, wobei sich übrigens die Frontlinie niemals ganz mit der konfessionellen Grenze gedeckt hat, — denn wie der Orden katholische Gegner fand (dominikanische, benediktinische, jansenistische), so fand er auch protestantische Verteidiger, etwa Leibniz, der sich „einen warmen Freund der Jesuiten" nannte. Die Literatur des polemischen Für und Wider könnte Bücherräle füllen, aber eine unparteiische, sachlich wägende Darstellung des Ordens hat bisher gefehlt, wenn man von einigen kleineren Publikationen wie von Heinrich Boehmers historischer Skizze „Die Jesuiten" (Teubner, Aus Natur und Geisteswelt) absieht. Auch der gebildete Deutsche pflegte bisher seine Kenntnis der polemischen Literatur oder der immer fragwürdig bleibenden Quelle der Renegaten-Enthüllungen zu danken, und selbst das Wissen des Katholiken ging oft kaum über ein paar Schlagworte oder schlagwörtlich fixierte Gedankenassoziationen hinaus.

René Fülöp-Miller, bekannt durch seine Studien über Rasputin, Lenin, Gandhi, nennt sich selber einen rein weltlichen Betrachter. Er nähert sich seinem Thema weder als Katholik noch als Protestant. Seine Objektivität hat etwas Chevalereskes. Er schreibt bald mit feuilletonistischer Leichtigkeit — nicht

Oberflächlichkeit —, bald fährt er Gelehrsamkeitsgeschütz schweren Kalibers auf. Er offenbart die gleiche Fähigkeit zur Anpassung an das jeweils gegebene Einzelthema, die er als Handlungsgesetz des Ordens erweist. Wie ein glanzvoll erzählter Abenteuerroman etwa liest sich die Geschichte jesuitischer Geheimdiplomatie am Hofe Iwans des Schrecklichen und im Demetriusstreit oder die Schilderung der Jesuitenmissionen in Japan, China und Indien. (Ein paar Kapitel heißen: „Jesuiten als Brahmanen und Yogis" „Der Orden der Gärtner und Schnellmaler", „Triumph der Springbrunnen und mechanischen Löwen".) Hier werden die Grenzen der Sensation gestreift, aber nicht vom Autor, sondern von den Tatsachen. Zu den Prachtstücken des Buches gehört die Lebens- und Seelengeschichte des Ignatius von Loyola, eine Meisterleistung aufs Historisch-Biographische gewandter Psychologie. Fülöp Millers Untersuchung des Jansenistenstreits, der fast zwei Jahrhunderte die gelehrte Welt beschäftigte, weitet sich unvermerkt zu einer Ideen- und Sittengeschichte des französischen Barockzeitalters, in welcher Frau von Sévigné, Descartes, Corneille, Racine, Pascal und Fénélon figurieren und Voltaire den überlegen-medisanten Epilogisten abgibt. Und das Problem des freien Willens, einen der Haupttummelplätze jesuitischer Theologie, verfolgt Fülöp-Miller weiter über Kant und Schopenhauer und die Motivenlehre Wundts bis zu Bergson und zur Würzburger Schule Oswald Külpes und Narziß Achs. Stößt er so bis zur Gegenwart vor, so gräbt er sich auf der anderen Seite bis in tiefste Vergangenheit zurück. Genetisch untersucht er die Jesuitenmoral, prüft ihre Abstammung von der Nikomachischen Ethik des Aristoteles, zieht Parallelen zwischen jesuitischer Kasuistik und talmudischer, stoischer, ciceronianischer und vergleicht den vielberufenen Probabilismus der Patres mit antikem und protestantischem. Der Leser erfährt Neues und Nachdenkliches auf jeder Seite. Wer von uns wußte denn, daß Jesuiten die Entdecker der Chinarinde und des Mississippi waren? Daß sie Regenschirm, Kamelie, Vanille und Rhabarber nach Europa brachten? Spiegelteleskop, Laterna Magica, Sprachrohr und Säemaschine erfanden? Daß des Ordens Wirken auf dem Gebiet der bildenden Kunst, des Theaters, der Naturwissenschaften nicht zu kurz kommt, bedarf keiner Versicherung.

Fülöp-Millers Buch ist gelehrt, aber nie schwerfällig; es ist fesselnd, aber nie seicht; es ist voll jenes feinen Gefühls für den Geist der Zeiten, das manchem zünftigen Tatsachenhistoriker abgeht. Man wird dem Werk, das gleichzeitig in fünf Sprachen erscheint, eine ähnliche Verbreitung wahrsagen und wünschen können, wie sie Fülöp-Millers andere Publikationen gefunden haben.

Werner Bergengruen

Fedor Stepun, Die Liebe des Nikolai Pereslegin. Carl Hanser Verlag, München 1928. 350 Seiten.

Dieses Buch ist äußerlich eine lange Reihe von Briefen eines Mannes an eine Frau, die etwas eintönig und ermüdend wirken; ein einziges Mal ist ein fremder Brief als Anlage mitgegeben; die Antworten der Frau fehlen ganz. In diesen Briefen spiegelt sich die Tragödie eines Mannes, dessen vergeistigte Liebe, für ihn selber unmerklich, von einer Frau zur anderen übergeht, weil seine reichveranlagte übersensible Seele ihr seelisches Komplement nicht in einer Frau allein finden und dabei nicht darauf verzichten kann, dieses Komplement unaufhörlich zu suchen. Es ist die Tragödie des Russentums, in der Sphäre des Erotischen durchgeführt: das Scheitern an übergroßem innerem Reichtum, der nicht durch Maß und Selbst-

bescheidung gebändigt ist. Mit großer psychologischer Feinheit ist der Übergang von der Trauer um die erste Frau, die aus dem Gefühl, daß ihre Liebe ihn nicht befriedigte, freiwillig in den Tod gegangen ist, zum Erwachen einer neuen Liebe gezeichnet. Und während diese Liebe erstarkt, keimt in seiner Seele schon eine dritte Liebe, die für ihn jene nicht verdrängt, sondern nur ergänzt, für die Frau aber unerträglich ist und sie zum Bruch drängt. Ihre Eifersucht kann er garnicht begreifen. Mit der Naivität des völlig egozentrischen Menschen meint er, ihr nichts entzogen zu haben; er liebt sie noch ebenso wie früher; aber mit einem anderen Teil seiner Seele, der ihr nie gehört hat und der ihr fremd ist, liebt er zugleich eine andere.

Die Tragödien der drei Frauen bleiben im Hintergrund, in voller Breite entrollt sich nur das Erleben des Mannes. Schonungslos zergliedert er seine Gefühle. „Ich bin ein Mensch, der mit dem Zwang zur ständigen Selbstanalyse ärgerlich belastet ist", sagt er von sich (S. 60); „Wenn Sie wüßten, wieviel ich darum geben würde, um nicht länger mehr gleichzeitig der Anatom und der Theaterschneider meiner eigenen Seele zu sein" (S. 54); „Darin liegt meine tiefe moralische Talentlosigkeit, die das Wachstum meiner Persönlichkeit unterbindet" (S. 23). Man fühlt sich bei diesem Pereslegin an jenen in der russischen Literatur immer wiederkehrenden Typus des reichbegabten, aber willensschwachen Mannes erinnert, dessen Energie in Selbstbespiegelungen zerrinnt. Pereslegin ist die letzte Steigerung dieses Typus; er umgeht einen letzten, entscheidenden Schritt weiter als alle bisherigen Vertreter dieser Menschengattung, indem er Ursache und unabwendbare Notwendigkeit seines Unterganges erkennt. Diese äußerste Steigerung der auf das eigene Ich gerichteteten rationalen Fähigkeit wird zur völligen Unfähigkeit, das Dasein zu meistern. Und dabei ist es seine größte Sehnsucht, sein Leben mit starker Hand meistern zu können. „Über allen meinen Leidenschaften herrscht meine größte Leidenschaft: Macht über mein eigenes Leben zu gewinnen, mein Leben mit kluger Leidenschaft zu gestalten" (S. 316). Für den Menschen, der das könnte, empfindet er eine unglückliche Liebe, und mit der ihm eigenen Klarheit sieht er im Deutschen das, was ihm abgeht. „Wissen Sie ., weswegen ich die deutsche Seele liebe? — Wegen des gänzlichen Fehlens jeder Geputztheit an ihr, jeder Pose und jeder Selbstbespiegelung, wegen ihrer bis zur Häßlichkeit gehenden Ausdrucksfähigkeit, ihrer geistigen Eckigkeit, kurz wegen der ihr wesenseigenen Männlichkeit" (S. 55).

Das Buch weist manche Stelle seiner Lyrik auf und enthält manche treffende Formulierung und scharfsinnige Charakteristik. Hierher gehört die Charakterisierung Petersburgs als des „russischen Anti-Rußland" (S. 272). Von großem philosophischen Tiefsinn ist die Analyse der Scham (S. 219 f.) „Die wahre Leidenschaft ist tief schamhaft. Für meine Empfindung ist das Schamgefühl eines der interessantesten metaphysischen Probleme der Liebe. Von allen menschlichen Gefühlen ist es vielleicht das allermenschlichste. Nur dem Menschen, der zwei Welten angehört, kann diese sich in der Liebe grenzenlos verschärfende Zweiteilung zwischen Geist und Körper, die eben das Wesen der Scham ausmacht, bekannt sein. Nichts kann den Menschen vom Schmerze dieser Zweiteilung erlösen, nichts außer der Leidenschaft. Die Leidenschaft ist jener kosmische Brand der Seele, in welchem der geliebte Körper als Symbol der vergänglichen, zur Erde gravitierenden Welt zu Asche brennt. Jede Leidenschaft ist eine reale Entmaterialisierung der Welt und in diesem Sinn die höchste Form der Erkenntnis

Menschen aber, die der Scham bar sind, werden dies alles niemals begreifen."

Das künstlerisch Schönste in diesem Buch ist die aus der Erinnerung wiedererzählte Liebesgeschichte der Mutter Pereslegins, in die er als kleiner Knabe halb verstehend, halb ahnend einen zufälligen Einblick gewonnen hatte (S. 194—206). Dieses mit großer Zartheit wiedergegebene Erlebnis wirkt wie eine in sich abgeschlossene Novelle.

P. Bokowneff

Revaler Ahnentafeln.

Eine Fortsetzung der Laurentyschen „Genealogie der alten Familien Revals" von Georg Adelheim. 1. Lieferung Reval 1929.

Eine erfreuliche Neuheit auf dem Gebiete der heimischen Familienforschung, umso erfreulicher, als sie nicht wie die meisten Erscheinungen auf genealogischem Gebiet Selbstzweck ist, sondern Mittel zum Zweck — zum Zweck der tieferen Erkenntnis der Zusammenhänge zwischen den Generationen der Vergangenheit und der Geschichte ihrer Umwelt. Schon W. Wachtsmuth hat im Rigaschen Almanach 1929 auf den Wert hingewiesen, den die von Georg Adelheim herausgegebene, man müßte eigentlich sagen neugeschaffene „Genealogie der alten Familien Revals" des 1692 verstorbenen Küsters an St Olai, Heinrich Laurenty, für die heimische Siedlungsgeschichte hat. Einen noch größeren Wert möchte ich ihr und der uns vorliegenden Fortsetzung in soziologischer Hinsicht zuschreiben. Denn diese Arbeiten ermöglichen uns, die Beziehungen der verschiedenen ständischen Klassen zu einander, wie sie in der bedeutsamen sozialen Erscheinungsform des Konnubiums zutage treten, zu beobachten. Daß der Verfasser sich der Wichtigkeit der Schlußfolgerungen, die sich aus dieser Beobachtung ergeben, vollkommen bewußt ist, zeigen seine Bemerkungen auf S. 105. Er weist darauf hin, daß für das Reval des 17. Jahrhunderts die strenge Geschlossenheit der ständischen Klassen bezeichnend ist, daß z. B. zwischen den beiden Gilden kein Connubium herrschte; erst seit dem Pestjahre 1710 lockerte sich diese starre Abgeschlossenheit, und in der Folge schuf das erstarkende Literatentum ein Band nicht nur zwischen den Gilden, sondern auch zwischen den Ratsfamilien und dem Landadel. Im Zusammenhang damit findet seit Ende des 18. Jahrhunderts ein Übergang zahlreicher alter Revaler Geschlechter in den Landadel statt, wie der Arpshoven, Baer, Dehn, Dellingshausen, Gernet, Hahn, Harpe, Lüder, Middendorff, zur Mühlen, Renteln, Riesenkampff, Schonert, Wilcken, Wistinghausen, in neuster Zeit Hunnius und Nottbeck, nachdem schon im 17. Jahrhundert einzelne Revaler Familien sich landsässig gemacht und bei der Ritterbank von 1750 das Indigenat erlangt hatten, wie die Lantinghausen (Lanting), Mohrenschild (Koch), Staal, Straelborn und Rosenbach (zur Bech).

In den Ahnentafeln Adelheims ist ein ungeheures genealogisches Material mit vorbildlicher Methodik und erstaunlichem Fleiß verarbeitet. Die Zuverlässigkeit der Filiationen und einzelnen Daten ist, soweit es sich um den Bereich der Revaler Quellen, insbesondere der Kirchenbücher handelt, nicht anzuzweifeln; dafür bürgen Sachkenntnis und Gewissenhaftigkeit des Verfassers; weniger zuverlässig sind die Aufstellungen der höheren, in die Kreise des Landadels reichenden Generationen. Hier war der Verfasser auf das Material angewiesen, das in genealogischen Handbüchern, Familiengeschichten und besonders auch in den offiziellen ritterschaftlichen Geschlechtsregistern vorlag, leider samt und sonders Quellen, die nur mit äußerster Vorsicht benutzt werden dürfen; so beruhen z. B. die S. 10 dem

ganz unbrauchbaren Gritzner-Siebmacher entnommenen zwei ältesten Generationen der Wolffelt auf Phantasie, desgleichen die S. 74 ff. gebrachten vier ältesten Generationen der Buddenbrock, die aus den bekannten Vegesackschen Ahnentafeln des 18. Jahrhunderts in das offizielle Livländische Geschlechtsregister übergegangen sind. Daß der Verfasser an diese Quellen nur mit Mißtrauen herangetreten ist, beweist seine Ablehnung (S. 89) der drei ältesten Generationen der Familie Schonert, wie sie im offiziellen Geschlechtsregister der estländischen Ritterschaft verzeichnet stehen; immerhin würde es den Wert dieses vortrefflichen Werkes wesentlich erhöhen, wenn der Verfasser in der Benutzung seiner Quellen noch vorsichtiger sein würde. Wobei auch in Betracht zu ziehen ist, daß es bei diesem Werk garnicht darauf ankommt, die Generationen des versippten Landadels weit hinauf zu verfolgen, da das Schwergewicht auf dem soziologischen Querschnitt liegt, den man aus der Versippung der Stände gewinnt. Dieser Hinweis soll kein Tadel sein, sondern ein Rat, der auf langjähriger Erfahrung beruht und dem Wunsche entspringt, ein so wichtiges Unternehmen zu fördern, das mit besonderer Genugtuung zu begrüßen wir bei der Hypertrophie unwissenschaftlicher, nur der Eitelkeit dienender oder sonst überflüssiger genealogischer Literatur allen Grund haben.

v. T. R.

Das Grenz- und Auslanddeutschtum in der erzählenden Literatur. Zusammengestellt im Auftrag des Deutschen Ausland-Instituts von Dr. Hans Krey. Stuttgart 1930. Ausland und Heimat Verlags-A.-G., 72 S.

Dem Mutterlande das Verständnis für das Auslanddeutschtum zu erschließen ist eins der Arbeitsziele des Deutschen Ausland-Instituts in Stuttgart. In richtiger Erkenntnis dessen, daß es sich hierbei nicht nur um wissenschaftliche Bildung handeln darf, sondern daß das Auslanddeutschtum selbst durch den Mund seiner Dichter von sich zeugen und zum Mutterlande reden soll, bietet das Ausland-Institut in dem obenerwähnten Büchlein einen „Wegweiser für alle, die nach schöngeistigem Schrifttum über das Auslanddeutschtum suchen und in menschlich und seelisch beredter Art sich von den Gedanken der inneren Zusammengehörigkeit und engen Verbundenheit aller Glieder der großen deutschen Volksgemeinschaft erfüllen lassen wollen".

Eine literarische Kritik der verzeichneten Werke ist bewußt vermieden; jedem Buchtitel ist eine kurze Inhaltsangabe zur schnellen Orientierung des Benutzers beigefügt.

Das Baltikum (S. 30—35) ist mit 19 Büchern vertreten; es fehlen leider die beiden Erinnerungsbücher von O. v. Gruenewaldt; auf F. Külpes „Mutterschaft" verzichtete man dagegen schmerzlos. Im allgemeinen darf man mit der Auswahl einverstanden sein. Dem Herausgeber, Dr. H. Krey, gebührt für seine Arbeit der wärmste Dank der Auslanddeutschen und des Mutterlandes.

W. W.

Aus deutschen Zeitschriften

Januar 1930

Deutsche Rundschau:

Werner Deubel: Jugend zwischen Tod und Leben
L. Scheffen-Döring: Bevölkerungspolitik nach Wert oder Zahl
Edgar J. Jung: Frauen von heute.

Deutsches Volkstum:

Dr. Wilhelm Stapel: Der Geistige und sein Volk.
W. Kellinghusen: Niedersächsischer und preußischer Konservatismus.
Dr. W. Fiedler: Schwert und Feder.
Hanns Reetz: Zur Malerei der Gegenwart.

Zeitwende:

August Winnig: Die Standwerdung des Proletariats.

Preußische Jahrbücher:

Joh. Viktor Bredt: Revision der Reichsverfassung.

Europäische Revue:

K. A. Prinz Rohan: Das Jahr 1929 in der Politik.

Der Ring:

Heinrich von Gleichen: Richtige Stellung (Heft 1).
Egon Heymann: „Randstaat Ostpreußen" (Heft 1).
Franz von Papen: La bonne ou la mauvaise Allemagne? (Heft 2).
Georg Schröder: Die österreichische Verfassungsreform (Heft 3).

Der junge Osten:

(Sonderberichte des Heimatbundes Ostpreußen)
Sorgenvolle Jahreswende (Nr. 1).

Nation und Staat:

* * *: Das Ziel der Minderheitenbewegung.

Die Mitarbeiter dieses Hefts:

Dr. K. C. v. Loesch — Berlin, Präsident des Deutschen Schutzbundes / M. A. Aldanov — Paris / P. A. Schabert, deutscher Jugendsekretär — Riga / Dr. R. v. Engelhardt — Dorpat / Stadtarchivar Mag. A. Feuereisen — Riga / Dozent Dr. H. Loeffler - Riga / W. Mueller — Riga / Schriftleiter G. Schröder — Berlin / Werner Bergengruen — Berlin-Zehlendorf / Mag. P. Bokowneff.

Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Reinhard Wittram

Die Selbstverwaltungsidee und die Minoritäten

Von Arnold Köttgen

Der Gedanke der Selbstverwaltung ist noch relativ jung. Und wenn daher in der Gegenwart die noch jüngere Minoritätenbewegung diese von ihr vorgefundene staatsrechtliche Institution ihren besonderen Bedürfnissen dienstbar zu machen versucht, so kann es nicht weiter wundernehmen, wenn derartige Bestrebungen der Minoritätenpolitik*) zuweilen auf Hemmnisse stoßen, die auf die politische, noch mehr aber vielleicht juristisch konstruktive Unausgereiftheit der Selbstverwaltung zurückzuführen sind. Es kommt erschwerend hinzu, daß Schwierigkeiten der genannten Art am ersten gerade in denjenigen europäischen Staaten auftauchen müssen, bei denen das Bedürfnis nach Einschaltung derartiger Selbstverwaltungsorgane im Hinblick auf die gegebenen Verhältnisse besonders stark ist.

Mag jedoch auch im Osten und in gewissen Teilen des Südostens Europas der Mangel einer Selbstverwaltungstradition besonders fühlbar sein, so ändert dies doch nichts an der Tatsache, daß die Institution der Selbstverwaltung überhaupt noch keineswegs alt ist. Dieser These steht nur scheinbar das ehrwürdige Alter vieler Kommunen entgegen, die man doch mit Recht als die vornehmste Erscheinungsform der Selbstverwaltung anzusprechen pflegt. Von einer Selbstverwaltung im modernen Sinne kann erst von dem Moment an gesprochen werden, in dem sich das Bedürfnis nach organisatorischer Auflockeruug des allzu zentralistisch regierten Beamtenstaates des Absolutismus geltend macht. Der Gedanke einer solchen Selbstverwaltung ist nur denkbar auf dem Hintergrunde einer Staatsverwaltung im eigentlichen Sinne, wie sie der Patrimonialstaat nicht kannte und wie sie erst der moderne Staat entwickelt hat. Gewiß gab es bereits im Ständestaate Städte, vielfach sicher mächtiger als die moderne Kommune, nur daß diese sich nicht unter das Schema des modernen Selbstverwaltungskörpers bringen lassen. Wie dem Ständestaat ein einheitlicher Staatsbegriff überhaupt fremd war, wie dieser Staat sich vielmehr lediglich als die bloße Summe einander gleichwertiger, miteinander rivalisierender herrschaftlicher Einheiten repräs-

*) Eine Auseinandersetzung mit dem Staatsbegriff überhaupt ist in diesem Zusammenhang nicht beabsichtigt, vielmehr sollen lediglich ausgehend von der im Augenblick gegebenen Situation die juristischen Möglichkeiten einer Organisation des Minderheitenschutzes untersucht werden.

sentierte, so waren auch die Städte dieser Epoche nicht gleich dem modernen Selbstverwaltungskörper Glieder innerhalb der Staatsorganisation, sondern dem Staate gleichwertige politische Einheiten, die sich lediglich quantitativ von ihm unterschieden. So mußte daher auch der diesen politischen Pluralismus überwindende und auf Sammlung aller obrigkeitlichen Gewalt bedachte absolute Staat auf die politische Expropriierung dieser Städte bedacht sein.

Die zentralistischen sowie bürokratischen Tendenzen des absoluten Systems mußten in der Folgezeit erst den Wunsch nach politischer Dezentralisation und stärkerer Heranziehung des Laien lebendig werden lassen, bevor der Weg zu einer Selbstverwaltung im modernen Sinne frei war. In Deutschland brach sich der Gedanke der Selbstverwaltung mit der berühmten preußischen Städteordnung des Freiherrn vom Stein im Jahre 1808 seine Bahn. Anders war die politische Entwicklung im Osten Europas. Gewiß, speziell in den baltischen Ostseeprovinzen des damaligen russischen Reiches waren die historischen Ansatzpunkte für eine moderne Selbstverwaltung in Gestalt alter ständischer Korporationen vielleicht lebenskräftiger in die neue Zeit hinübergerettet, als etwa im Deutschen Reich. Wenn es trotzdem auch hier im Baltikum nicht gelang, in unmittelbarem Anschluß an das westeuropäische Vorbild diese alten ständischen Institutionen zu modernen Selbstverwaltungskörpern umzugestalten, so erklärt sich dies aus der staatsrechtlichen Verknüpfung der Ostseeprovinzen mit dem Schicksal des russischen Reiches. Vergeblich versuchte auch Rußland mit der infolge der zentralistischen Neigungen der damaligen russischen Politik auch in den baltischen Provinzen eingeführten Städteordnung des Jahres 1870 den Weg zu einer modernen Selbstverwaltung zu beschreiten. Die Tatsache, daß im Innern des russischen Reichs der Boden für eine solche Selbstverwaltung fehlte, führte schon zwanzig Jahre später zu der Städteordnung des Jahres 1892, deren zentralistisch-bürokratischen Tendenzen auch die Ostseeprovinzen unterworfen wurden. Was speziell die juristisch-technische Entwicklung der Selbstverwaltung anlangte, so kam erschwerend hinzu, daß rechtsstaatliche Prinzipien und mit ihnen ein wirkliches Verwaltungsrecht in dem nach wie vor stark absolutistisch eingestellten russischen Staatswesen garnicht oder doch nur sehr schwach entwickelt waren. So fehlte jede dogmatische Grundlage, auf der sich das Recht der Selbstverwaltung hätte entwickeln können.

Mit Rücksicht auf diese historische Entwicklung kann es nicht weiter wundernehmen, wenn z. B. etwa in Lettland — in Estland dürften die Dinge kaum wesentlich anders liegen — die Institution der

Selbstverwaltung als solche juristisch noch auf schwachen Füßen steht. Die aus russischer Zeit übernommene Städteordnung läßt in juristisch-technischer Beziehung sehr viel zu wünschen übrig. Auch die Kerenskischen Reformen des Jahres 1917 haben hier keinerlei Besserung gebracht. Die kommende lettländische Städteordnung wird daher gerade in dieser Beziehung große Aufgaben haben, wenn wirklich solide verwaltungsrechtliche Grundlagen für die Kommunalverwaltung geschaffen werden und den Anforderungen des Rechtsstaates genügt werden soll.

Für die planmäßige Entwicklung eines Minoritätenrechts auf der Basis des Prinzips der nationalen Selbstverwaltung ist es naturgemäß von allergrößter Wichtigkeit, wenn gerade in den speziell in Frage kommenden Staaten die Institution der Selbstverwaltung juristisch und tatsächlich noch stark ausbaubedürftig ist. Ohne damit die nicht minder wichtigen psychologischen Voraussetzungen einer jeden Selbstverwaltung zu übersehen, wird man doch die große Bedeutung solider verwaltungsgerechtlicher Grundlagen für die Entwicklung einer jeden Selbstverwaltung nicht unterschätzen dürfen, an denen daher keineswegs allein die Kommunen, nicht minder auch die nationalen Minoritäten als solche interessiert sind. Und wenn etwa in diesen Wochen in Lettland eine neue Städteordnung beraten wird, so können diese Beratungen daher auch ein minoritätenpolitisches Interesse beanspruchen, da fraglos die Kommune stets den Prototyp des Selbstverwaltungskörpers überhaupt darstellen wird und als solcher auch auf die Struktur der nationalen Selbstverwaltung stets von einem gewissen Einfluß sein wird.

Minoritätenschutz und Selbstverwaltung sind heute zwei Begriffe, die sich nicht mehr trennen lassen. Gewiß, es gab an sich auch einen anderen Weg, den besonderen Bedürfnissen des Nationalitätenstaates Rechnung zu tragen, alle etwaigen Dissonanzen auf kulturellem Gebiet zu bannen. Man konnte die Wege des alten Liberalismus wieder aufsuchen und den Staat als „Nachtwächterstaat" auf den Rechts- und Sicherheitszweck beschränken, um alle anderen Aufgaben dem freien Wirken der Gesellschaft zu überlassen. Und so hat man denn auch in der Tat dem Staat jedwede kulturelle Qualifikation zuweilen abgesprochen und zwar nicht allein, nicht einmal in erster Linie, aus den Kreisen der nationalen Minoritäten heraus, sondern auch von fachmännisch-pädagogischer Seite. Speziell die an Herbart anknüpfende pädagogische Richtung hat von jeher die staatliche Schule scharf bekämpft. Soweit es sich hier um allgemein pädagogische Be-

denken handelt, die gegenüber der staatlichen Schule ins Feld geführt werden, scheinen diese unbegründet, ohne daß der Beweis für diese These an dieser Stelle*) geführt werden kann. Aber auch ganz abgesehen von derartigen theoretischen Überlegungen ist tatsächlich festzustellen, daß der Staat nicht nur nicht geneigt ist, auf die Schule zu verzichten, sondern daß die staatliche Schule in den letzten Jahrzehnten zunehmend an Boden gewonnen hat. Zum Beweise sei etwa auf die Weimarer Verfassung verwiesen, ohne daß diese jedoch im Hinblick auf ihre schulpolitische Einstellung eine Ausnahme darstellte.

Diese Tatsache, daß die staatliche Schule im großen und ganzen zunehmend an Boden gewinnt und daß die demokratischen Tendenzen der Zeit sie auch in Zukunft stützen werden, darf auch im Hinblick auf die kulturellen Selbständigkeitsbestrebungen nationaler Minoritäten nicht außer acht gelassen werden. Jedem Versuch einer radikalen Entstaatlichung der Schule steht dabei im Nationalitätenstaat noch die besondere Schwierigkeit entgegen, daß, ähnlich wie der konfessionell, so auch der national gespaltene Staat eine völlige Ausschaltung des Staates aus dem Leben der Schule als eine Gefährdung seiner eigenen staatlichen Einheit ansehen muß.

Soll daher den kulturpolitischen Bedürfnissen der Minoritäten und den staatspolitischen Notwendigkeiten in gleicher Weise entsprochen werden, so bleibt nur die Möglichkeit, besondere nationale Selbstverwaltungsinstitutionen zu schaffen, um ihnen alle die Fragen zu überlassen, die im Nationalitätenstaat nicht zentral nach dem gleichen Schema erledigt werden können. Wenn daher die Minoritätenpolitik der letzten zehn Jahre den Gedanken der kulturellen Selbstverwaltung in vielfach überraschender Gleichförmigkeit überall aufgegriffen hat, zuweilen auch in Ländern, denen der Selbstverwaltungsgedanke als solcher noch keineswegs fester Bestandteil ihres politischen Denkens geworden ist, so scheint dies kein Zufall, sondern mit Zwangsläufigkeit begründet in den beiderseitigen Bedürfnissen des Staates und der Minorität.

So ist der Selbstverwaltungsgedanke heute zur Parole der Minoritätenbewegung geworden, ohne daß jedoch mit dieser Selbstverwaltung immer die gleichen, ohne daß immer ganz prägnante Vorstellungen mit ihr verbunden würden. Die begriffliche Weichheit, die jeder schlagwortartigen Parole eigentümlich ist, scheint auch die

*) Vgl. Köttgen: Schule und Lehrer im modernen Staat, 1930 (Pädagogisches Magazin Heft 1269).

Einsicht in die Begriffsmerkmale der Selbstverwaltung vielfach verhindert zu haben. In einem Augenblick, in dem das Minoritätenprogramm sich seiner gesetzlichen Realisierung nähert, muß jedoch auf die Schärfe der Begriffsbildung der allergrößte Wert gelegt werden. Jene Flexibilität des Selbstverwaltungsbegriffs, die man heute auf dem Gebiet des Minoritätenrechts beobachten kann, hat sich allerdings in einer früheren Zeit auch in der Sphäre des Staats- bezw. Verwaltungsrechts bemerkbar gemacht. Ähnlich wie heute zuweilen Minoritätenpolitiker haben früher auch die Theoretiker des Verwaltungsrechts hier und dort das eigentliche Kennzeichen der Selbstverwaltung in der Beteiligung der Interessierten gesehen. Diese Einstellung, wie sie in besonders pointierter Form etwa Rudolf v. Gneist vertrat, war aus doppeltem Grunde verständlich. Das englische selfgovernment, mit Recht oder Unrecht zumeist als der historische Ausgangspunkt aller modernen Selbstverwaltungsbestrebungen angesehen, ist in der Tat durch die ehrenamtliche Heranziehung des interessierten Laien zur Erledigung von Verwaltungsgeschäften charakterisiert. Weiter ist nicht zu leugnen, daß auch auf die Kommunalreform des Freiherrn vom Stein ähnliche Ansichten von entscheidendem Einfluß waren. Und so ist es denn kein Wunder, wenn diese historischen Tatsachen auch auf die juristische Begriffsbildung Einfluß gewonnen haben und hier zeitweilig zu einer juristischen Terminologie geführt haben, die in der Laienbeteiligung das begriffliche Charakteristikum der Selbstverwaltung erblickt. Die Mängel dieser Begriffsbildung sind inzwischen innerhalb der verwaltungsrechtlichen Theorie allgemein erkannt worden. Es ist die Tatsache zu verzeichnen, daß der hiernach als Spezifikum der Selbstverwaltung gedachte ehrenamtliche Laie heute auch in der Staatsverwaltung weitgehend Verwendung findet, während er andererseits auf Grund gewisser betriebstechnischer Zwangsläufigkeiten moderner Verwaltung innerhalb der Selbstverwaltung zunehmend durch den Berufsbeamten verdrängt wird. Unter diesen Umständen läßt sich eine solche begriffliche Definition der Selbstverwaltung nicht halten. Und dennoch ist der Gedanke, daß in der Selbstverwaltung speziell dem ehrenamtlich tätigen Laien Möglichkeiten der Betätigung eröffnet werden sollen, noch heute lebendig, und aus ihm heraus allein ist es etwa zu erklären, wenn heute in Lettland bereits de lege lata von einer Selbstverwaltung der Minoritäten gesprochen wird, — eine These, auf die weiter unten noch zurückzukommen sein wird.

Eine begriffliche Trennung der Selbstverwaltung gegenüber der

Staatsverwaltung ist nur möglich, wenn von der sogenannten korporativen Selbstverwaltung Ausgang genommen wird. Von Selbstverwaltung im Rechtssinne kann hiernach nur dort gesprochen werden, wo öffentliche Körperschaften vom Staate gewisse Verwaltungsaufgaben übertragen erhalten haben, die anderenfalls in der Sphäre der Staatsverwaltung ihre Erledigung finden müßten. Ein Doppeltes liegt in diesem Selbstverwaltungsbegriff enthalten. Zum ersten eine gewisse Selbständigkeit des Selbstverwaltungskörpers gegenüber dem Staat, die allerdings in den einzelnen Fällen verschieden groß sein wird. Unterliegt der Selbstverwaltungskörper auch einer staatlichen Aufsicht, so darf diese doch nie so weit gehen, wie etwa die gewöhnliche Dienstaufsicht im Verhältnis der oberen zur unteren Staatsbehörde. Es muß ein gewisses Maß an Bewegungsfreiheit für den Selbstverwaltungskörper unter allen Umständen erhalten bleiben, ein unumschränktes Anweisungsreicht des Staates ist mit dem Begriff der Selbstverwaltung nicht vereinbar. Andererseits vermag aber der Selbstverwaltungskörper, zur Führung öffentlicher Verwaltung berufen, sich in seiner Tätigkeit auch nicht völlig gegenüber dem Staate zu emanzipieren. Jeder Selbstverwaltungskörper ist eine öffentliche Körperschaft und als solche integrierender Teil der Staatsorganisation. Alle Selbstverwaltung ist in diesem Sinne mittelbare Staatsverwaltung. Diese organisatorische Verbundenheit zwischen dem Staat und seinen öffentlichen Körperschaften, speziell den Selbstverwaltungskörpern, kommt in der besonderen öffentlich-rechtlichen Körperschaftsaufsicht zum Ausdruck, wie sie ähnlich gegenüber einem Rechtssubjekt des Privatrechts undenkbar wäre. Soll diese in Grenzen die Selbständigkeit des Selbstverwaltungskörpers wahrende Körperschaftsaufsicht sich nicht in praxi zur unumschränkten Dienstaufsicht entwickeln, soll die Existenz dieser Körperschaftsaufsicht nicht stets die Entschließungsfreiheit der Selbstverwaltung gefährden, soll sie andererseits aber doch kräftig genug sein, um einen prinzipiellen Gleichklang zwischen Staats- und Selbstverwaltung zu garantieren, so bedarf es außerordentlich exakter gesetzlicher Bestimmungen. Speziell für das Minoritätenrecht wird man dabei einen großen Teil der juristisch-technischen Sicherungen, die aus den gleichen Rücksichten heraus das Kommunalrecht geschaffen hat, übernehmen können, eine Möglichkeit, die allerdings durch eine etwaige dogmatische Unfertigkeit dieses Kommunalrechts zum mindesten beeinträchtigt wird.

Wenn heute von Selbstverwaltung gesprochen wird, so denkt man unwillkürlich ohne weiteres an die Kommunalverwaltung, die

daher von dem juristischen Laien auch häufig mit der Selbstverwaltung identifiziert wird. Neben den Kommunen stehen jedoch die Selbstverwaltungskörper der öffentlichen Genossenschaften. Nur die Kommune ist nach dem Ebenbilde des Staates geschaffen, nur sie ist eine Gebietskörperschaft. Während bei der öffentlichen Genossenschaft dem Gebiet lediglich die Bedeutung einer örtlichen Kompetenzabgrenzung zukommt, gehört dieses Gebiet bei den Gebietskörperschaften zu denjenigen Faktoren, die ihr Wesen bestimmen. Diese besondere Bedeutung des Gebiets für die Gebietskörperschaften ist dabei auch von unmittelbar praktischer Bedeutung. Speziell im Fall der Kommune erklärt sich hieraus in erster Linie das Prinzip der Totalität ihres Wirkungsbereichs. Die Kommune kann alle Aufgaben örtlichen Interesses in ihren Wirkungsbereich einbeziehen, die nicht durch Gesetz einem anderen speziell vorbehalten worden sind. Dagegen vermag die öffentliche Genossenschaft, ähnlich wie der ihr verwandte Verein, ihren Aufgabenbereich nicht weiter zu spannen, als im Gesetz oder im Statut ausdrücklich vorgesehen worden ist.

Sollen die juristischen Formen der Selbstverwaltung den Bedürfnissen nationaler Minoritäten dienstbar gemacht werden, so wird man sich für die öffentliche Genossenschaft entscheiden müssen. Jene besondere Erdgebundenheit der Gebietskörperschaft, die schon im Falle des Staates eine Kongruenz zwischen Staat und Nation unmöglich macht, läßt sie auch in der Abart der Kommune für die Zwecke der Minoritätenverwaltung ungeeignet erscheinen. Die nationalen Minoritäten können und wollen, ohne daß die gänzlich anders liegenden russischen Verhältnisse diese These erschüttern könnten, nicht als Staaten im Staate, nicht als geschlossene Gebietskörperschaften organisiert werden, auch dort, wo die Siedlungsverhältnisse dies vielleicht ermöglichten, sondern sie wollen, nach Art der Kirchen, als rein personale Gemeinschaften aufgefaßt werden. Die heute allgemeine Erkenntnis, die von Mussolini einmal mit den Worten formuliert worden ist: „Für uns ist die Nation vor allem Geist und nicht Territorium", muß auch in dem organisatorischen Aufbau der Minoritäten ihren Niederschlag finden.

Wenn in dieser Art der Aufbau der nationalen Minoritäten in den Formen der öffentlichen Genossenschaft vor sich gehen soll, so bedeutet dies vom lediglich juristisch-technischen Standpunkt aus allerdings eine gewisse Erschwerung. Bereits die Kommune ist in der Mehrzahl der in Frage kommenden Nationalitätenstaaten noch keineswegs in dem Umfang, wie es wünschenswert und notwendig

wäre, zu einer prägnanten juristischen Form entwickelt, noch viel weniger die öffentliche Genossenschaft. Schon in Deutschland ist die öffentliche Genossenschaft durch die Kommune ungebührlich in den Hintergrund gedrängt worden. Der Neuaufbau der Sozialversicherung lenkte allerdings seinerzeit das Auge des Gesetzgebers auf diesen bis dahin etwas vernachlässigten verwaltungsrechtlichen Organisationstyp. Mit den Krankenkassen und Berufsgenossenschaften erhielt die öffentliche Genossenschaft größte praktische Bedeutung. Letztere belebte das Interesse der Wissenschaft. Heinrich Rosin schrieb sein Buch über die öffentliche Genossenschaft und führte damit die Linie weiter, die zuerst Otto v. Gierke mit seinen epochemachenden Publikationen zur Genossenschaftstheorie eingeschlagen hatte. Dieses Interesse von Theorie und Praxis ist jedoch nicht von langer Dauer gewesen; inzwischen ist die öffentliche Genossenschaft wieder völlig durch die Kommune in den Hintergrund gedrängt worden. Es scheint kein Zufall, wenn für die neusten Schöpfungen der deutschen Sozialversicherungen nicht, wie ursprünglich, die Formen der öffentlichen Genossenschaft, sondern diejenigen der selbständigen öffentlichen Anstalt gewählt worden sind. Diese mangelnde Popularität der öffentlichen Genossenschaft muß sich naturgemäß in Ländern, in denen das gesamte Verwaltungsrecht erst im Ausbau begriffen ist, in gesteigertem Maße bemerkbar machen. Je eher und je intensiver sich die verwaltungsrechtliche Wissenschaft daher der öffentlichen Genossenschaft annimmt, um so mehr wird sie damit einem Ausbau der Minoritätengesetzgebung den Weg ebnen.

Es kann nicht möglich sein, an dieser Stelle diesen Einzelausbau der öffentlichen Genossenschaft zu behandeln. In vielen, wenn auch nicht allen Punkten wird man hier die von dem Kommunalrecht herausgearbeiteten Formen kopieren können. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die unentbehrlichen Unabhängigkeitsgarantien. Was hier für die Kommune durch die besondere Gestaltung der Kommunalaufsicht erreicht worden ist, läßt sich auch auf die öffentliche Genossenschaft übertragen. Zu diesen im übrigen bereits durch den Rechtsstaat gebotenen juristisch-technischen Sicherungen der Selbstverwaltung gehört, daß die Gründe, aus denen heraus die Staatsaufsicht überhaupt nur in Funktion treten darf, im einzelnen gesetzlich genau fixiert werden. Das deutsche Kommunalrecht etwa unterscheidet hier zwischen Rechts- und Ermessensaufsicht. Während die Rechtsaufsicht lediglich gegen Rechtsverletzungen seitens der Kommune gerichtet ist, wird in den gesetzlich einzeln aufgeführten Fällen der Ermessensaufsicht, auch ohne daß

eine solche Rechtsverletzung seitens der Kommune gegeben wäre, in die Entscheidungsfreiheit der Selbstverwaltung die Möglichkeit des Eingriffs eröffnet. Die Fälle einer derartigen Ermessensaufsicht sind relativ selten, da eine allzu weit ausgedehnte Ermessensaufsicht sich mit dem Wesen der Selbstverwaltung nicht mehr verträgt. Trotzdem wird man nie gänzlich auf diese Ermessensaufsicht verzichten können. Es sei nur auf die Notwendigkeit der aufsichtsbehördlichen Genehmigung für kommunale Anleihen verwiesen. Auch das Minoritätenrecht wird in Grenzen dem Staate eine solche Ermessensaufsicht gegenüber seinen Minoritäten belassen müssen. So ist daher auch in dem bisher einzigen Gesetz, in dem der Gedanke der nationalen Selbstverwaltung juristisch scharf durchgeführt worden ist, in dem estländischen Kulturautonomiegesetz, eine solche Ermessensaufsicht für einen bestimmten Fall bereits vorgesehen. Auf Beschluß der Staatsregierung kann der Kulturrat einer Minorität aufgelöst werden, ohne daß irgendwelche besondere Voraussetzungen gegeben sein müßten, wobei die Staatsregierung allerdings verpflichtet ist, gleichzeitig Neuwahlen auszuschreiben. Da die Ermessensaufsicht für die Selbstständigkeit des Selbstverwaltungskörpers stets gefährlicher ist als die bloße Rechtsaufsicht, ist von ihr nur sparsamer Gebrauch zu machen und ist ihr Anwendungsbereich gesetzlich scharf zu umgrenzen. Ob die erwähnte estländische Formulierung unter diesen Gesichtspunkten nicht reichlich elastisch ist, erscheint zum mindesten fraglich.

Es genügt aber nicht allein, daß die Gründe, aus denen heraus die Aufsichtsbehörde zum Einschreiten gegenüber einem Selbstverwaltungskörper berechtigt sein soll, gesetzlich genau fixiert werden; das Gleiche muß von den Mitteln gelten, die unter den gegebenen Umständen von der Staatsaufsichtsbehörde angewandt werden sollen. Die Bestätigung bzw. Beanstandung von Beschlüssen des Selbstverwaltungskörpers, die Zwangsetatisierung, die disziplinar-gerichtliche Verfolgung der Selbstverwaltungsorgane und einige andere Möglichkeiten hat z. B. das deutsche Kommunalrecht hier für die Kommunalaufsichtsbehörde vorgesehen. Andere als die gesetzlich vorgesehenen Mittel stehen dabei der Komunalaufsicht wohlgemerkt nicht zur Verfügung.

Alles dies genügt aber noch nicht, um die Selbstverwaltung vor Eingriffen nach außen genügend zu sichern. Um dem Rechtsschutzbedürfnis des Selbstverwaltungskörpers ausreichend zu entsprechen, muß ihm die Möglichkeit der gerichtlichen Klage gegenüber allen Eingriffen seitens der Staatsaufsicht gegeben werden. Nur so besteht die Sicherheit, daß die im Interesse der Selbstverwaltung erlassenen

gesetzlichen Bestimmungen auch praktische Wirksamkeit erhalten, daß zumal im Sonderfall der Minoritäten die Durchführung der Minoritätengesetzgebung nicht ausschließlich auf den guten Willen der heute doch zumeist parlamentarisch gebundenen Regierungs- und Verwaltungsinstanzen angewiesen ist. In Estland ist dies gegeben.

Alle derartige juristische Konstruktionen sind jedoch nur denkbar auf der Basis des Rechtsstaates. Und wenn gerade in den speziell in Frage kommenden Staaten der Rechtsstaat noch in der Entwicklung begriffen ist, so besteht auf Seiten der Minoritäten das allergrößte Interesse daran, daß diese Entwicklung beschleunigt wird, denn anders als auf der Basis des Rechtsstaates wird eine vorerst abschließende juristische Regelung der Minoritätenfrage kaum möglich sein. Jene gesetzmäßige Bindung der Verwaltung, die hier speziell im Interesse der Minoritäten verlangt wird, ist nicht denkbar auf diesen Einzelfall beschränkt. Erst muß einmal ganz allgemein das rechtsstaatliche Prinzip der gesetzmäßigen Verwaltung anerkannt sein, ehe es möglich sein wird, dieses Prinzip auch auf den Sonderfall der Minoritäten anzuwenden. Wenn aber die Minoritäten sich daher aus diesen Gründen für den Rechtsstaat einsetzen, so verfolgen sie damit ja nicht allein Sonderinteressen der Minoritäten, sondern nicht minder ein Interesse des Staates selbst.

Für den Einzelausbau der nationalen Genossenschaften ist dabei von besonderer Bedeutung, welche Aufgaben ihnen gesetzlich übertragen werden sollen. Die hier nicht weiter zu behandelnde Frage, ob und wieweit sie sich auch auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege betätigen sollen, gehört hierher. In erster Linie wird man ihnen auf jeden Fall kulturelle Aufgaben übertragen müssen. Um nur den wichtigsten Punkt herauszugreifen, so wird das Schulwesen ja unter allen Umständen den Minoritäten zu übertragen sein. Es bleibt die Frage, in welchem Umfang dies geschehen soll. Diese Frage kann gestellt werden, weil die mit der Schulverwaltung zusammenhängenden Aufgaben bekanntlich keine untrennbare Einheit darstellen, sondern in zwei völlig verschiedene Kategorien zerfallen. Auf der einen Seite stehen die rein finanziellen Aufgaben der Schulunterhaltung, auf der anderen die pädagogischen des inneren Schulbetriebes. Es fragt sich, ob beide gleichzeitig der Minorität übertragen werden sollen oder nicht. Eine ähnliche Frage hatte auch die reichsdeutsche Schulverwaltung zu entscheiden, als es sich darum handelte, ob Staat oder Kommune oder etwa beide zusammen am deutschen Schulwesen beteiligt werden sollten. In Deutschland ist diese Frage zum größten Teil im letzten

Sinne entschieden worden, und zwar hat man der Kommune die sogenannten äußeren Schulangelegenheiten überlassen, während der Staat für sich lediglich die pädagogische Bestimmung des inneren Schulbetriebes in Anspruch nimmt, womit natürlich Auswahl der Lehrer untrennbar verknüpft ist. Eine ähnliche Regelung wäre auch für das Minoritätenschulwesen denkbar. Ähnlich wie in Deutschland dem Staat, müßten dann den Minoritäten ausschließlich die inneren Schulangelegenheiten übertragen werden, während die Sorge für die sachlichen Voraussetzungen eines geordneten Schulbetriebes der Kommune oder, je nach den örtlichen Verhältnissen, notfalls auch dem Staat überlassen bleiben müßten. Die nationalen Differenzierungen, die besondere Minoritätenschulen notwendig machen, beschränken sich auf den inneren Schulbetrieb, während die sachlichen Voraussetzungen im Prinzip bei allen Nationalitäten die gleichen sein werden. Unter der Voraussetzung, daß die Kommunen in rechtstechnisch brauchbarer Weise zur Bereitstellung dieser sachlichen Voraussetzungen verpflichtet werden und daß die Möglichkeit besteht, sie nötigenfalls durch Richterspruch zur Innehaltung dieser Verpflichtungen anzuhalten, dürfte gegen eine Übertragung der äußeren Schulangelegenheiten an die Kommunen kaum etwas einzuwenden sein.

Die Vorzüge einer solchen Lösung sind nicht zu verkennen. Einmal bleibt auf diese Weise eine gewisse Verbindung zwischen Schule und Heimatgemeinde gewahrt, die sich noch immer als vorteilhaft erwiesen hat und die als Bindeglied zwischen den einzelnen Schulen speziell im Nationalitätenstaat von Bedeutung ist. Zum anderen wird nur so eine Ungleichheit der steuerlichen Belastung vermieden, die, falls die Minoritäten selbst ihre Schulen zu bezahlen haben, kaum zu vermeiden sein wird. Schließlich scheint es auch rein organisationstechnisch betrachtet zweckmäßiger, reine Verwaltungsaufgaben den Kommunen zu belassen, die sowieso über einen Stab vorgebildeter Verwaltungsbeamten verfügen, während die Minoritäten sich erst ad hoc einen großen Verwaltungsstab schaffen müßten.

Wenn in einem früheren Zusammenhange auf die vielfach mangelhafte begriffliche Schärfe bei Verwendung des Terminus Selbstverwaltung hingewiesen wurde, so wurde als Beispiel hierfür auf Lettland verwiesen. Von autoritativer Seite ist die derzeitige Situation in Lettland als „Selbstverwaltungsinstitution mit staatlichen Rechten" charakterisiert worden. Vom Standpunkt streng

juristischer Terminologie aus wird man demgegenüber einwenden müssen, daß von einer Selbstverwaltung der Minoritäten im Rechtssinne nur in Estland, jedoch nicht in Lettland gesprochen werden kann. Selbstverwaltung ist nur denkbar als korporative Selbstverwaltung. In Estland hat man einen solchen Selbstverwaltungskörper geschaffen. In Lettland haben die Minoritäten zwar wohl nach der Art der Deutsch-baltischen Volksgemeinschaft private Vereine ins Leben gerufen, eine öffentliche Korporation, die allein als Trägerin von Selbstverwaltungsrechten in Frage kommen könnte, fehlt jedoch bis heute. Daß im übrigen mit dieser rein konstruktiv juristischen Feststellung über die tatsächlich politische Entwicklung nichts gesagt ist, versteht sich von selbst. Die Entwicklung in Lettland und Estland ist eben eine grundverschiedene gewesen. Während hier alle Kräfte vorerst auf die großen staatskonstruktiven Fragen, wie sie im Kulturautonomiegesetz anklingen, konzentriert wurden, hat man sich in Lettland in den letzten 10 Jahren im stärksten Maße auf die politische Kleinarbeit gelegt, um so die Voraussetzungen zu schaffen, die später einmal die voll ausgereifte Kulturautonomie tragen sollen. Wenn die prinzipiellen Entscheidungen, die das estländische Kulturautonomiegesetz als erstes in der Welt getroffen hat, die Aufmerksamkeit der breiten Öffentlichkeit stärker auf sich zogen, als die schrittweise Kleinarbeit, wie sie in Lettland geleistet worden ist, so ist das nur zu verständlich, sollte jedoch nicht zu einer Unterschätzung dessen führen, was gerade auf diesem Wege erreicht worden ist.

Die derzeitige lettländische Regelung, wie sie das Schulautonomiegesetz vom 8. Dezember 1919 gebracht hat, ist von vornherein nur als ein Provisorium gedacht gewesen, das über kurz oder lang sicherlich durch eine wirkliche Selbstverwaltung der Minoritäten ersetzt werden wird. Die heutige lettländische verwaltungsrechtliche Situation ist vornehmlich durch zwei Momente bestimmt. Einmal die weitgehende Zulassung von Privatschulen. Zu letzteren gehören auch die Schulen des Elternverbandes, mag die psychologische Einstellung zu ihnen auch eine andere sein. Das zweite Charakteristikum des lettländischen Minoritätenschulrechts bilden die Bildungsabteilungen der einzelnen Minoritäten im Volksbildungsministerium, deren Eigentümlichkeiten darin beruhen, daß der Chef und die Beamten dieser Ministerialabteilungen auf Vorschlag bezw. auf Grund einer Wahl durch die Minoritätenvertreter zu ihren Ämtern berufen werden. Abgesehen hiervon, sind sie jedoch den Befehlen des Ministers unterworfene

Staatsbeamte wie alle anderen Beamten auch, wenn auch der Chef des Bildungswesens an allen kulturpolitisch bedeutsamen Kabinettssitzungen teilzunehmen berechtigt ist. So hat man in Lettland das Minoritätenproblem provisorisch auf doppeltem Wege zu lösen versucht. Einmal durch eine besonders weitgehende Zulassung privater Schulen, d. h. durch eine Kulturpolitik im Sinne des Liberalismus. Zum anderen durch Beteiligung, wenn auch nur in verklausulierter Form, der interessierten Kreise an der staatlichen Kulturverwaltung. Hier klingen Gedankengänge an, wie sie das englische selfgovernment und den Freiherrn vom Stein bestimmt haben, die es daher verständlich machen, wenn man auch in Lettland von einer nationalen Selbstverwaltung gesprochen hat, obgleich eine solche de lege lata noch nicht besteht.

Wie ganz allgemein die Fragen der nationalen Minderheiten sich abschließend nicht anders als mit Hilfe des Selbstverwaltungsprinzips werden lösen lassen, so wird auch in Lettland das gegenwärtige Provisorium durch eine solche Regelung abgelöst werden müssen. Ist jede Selbstverwaltung mittelbare Staatsverwaltung und sind daher die Organe der Selbstverwaltung genau so Staatsorgane wie eine jede unmittelbar staatliche Behörde, so bieten in der Tat die Formen der Selbstverwaltung die in dieser Geeignetheit wohl einzige Plattform, auf der sich die beiderseitigen Interessen des Staates und seiner Minoritäten finden können. Diesen gibt sie die gewünschte Selbständigkeit, während andererseits dem Staat die für ihn so überaus wichtige Verbindung mit der Schule, vermittelt durch den nationalen Selbstverwaltungskörper als Teil der Staatsorganisation, erhalten bleibt.

Aber nicht nur mit allen diesen organisationsrechtlichen Möglichkeiten bietet die Selbstverwaltungsidee den um ihre kulturelle Eigenart kämpfenden Minoritäten einen Rückhalt. Nicht minder gilt dies von den staatspädagogischen Wirkungen, die von einer jeden gesunden Selbstverwaltung ausgehen. Mag dies auch in der formalrechtlichen Konstruktion, wie wir gesehen haben, keinen Ausdruck finden können, so ist doch daran festzuhalten, daß die Selbstverwaltung nicht allein ein technisches Prinzip des Organisationsrechts bedeutet, daß sie die ihr gestellte Aufgabe vielmehr erschöpfend erst dann gelöst hat, wenn sie in möglichst weitgehendem Maß dem beteiligten Laien Möglichkeiten der Mitarbeit bietet. Gewiß, die letzten Jahrzehnte haben gerade diese Aufgabe der Selbstverwaltung vielfach stark verdunkelt. Der ehrenamtlich tätige Laie ist auf weiten

Strecken durch den Berufsbeamten verdrängt und der Selbstverwaltung damit viel an innerer Stoßkraft genommen. Die Zwangsläufigkeiten, die diese Entwicklung der Selbstverwaltung bis zu einem gewissen Grade bestimmt haben, dürften sich dabei allerdings innerhalb der kommunalen wesentlich stärker als in der nationalen Selbstverwaltung bemerkbar machen. Speziell, wenn die nationalen Minoritäten nicht im Übermaß mit lediglich technischer Verwaltungsarbeit belastet werden, werden sie dem Laien weite Betätigungsmöglichkeiten bieten können und vor bürokratischer Erstarrung und Isolierung bewahrt bleiben. Die Arbeit, die die nationalen Minoritäten so für die staatsbürgerliche Erziehung der Bevölkerung leisten können, ist auch für den Staat von allergrößtem Wert. Wie etwa die Auflockerung des im Absolutismus erstarrten preußischen Staates durch die für ihre Zeit schlechthin revolutionäre Städteordnung des Freiherrn vom Stein letztens nur zu einer inneren Stärkung und Gesundung dieses preußischen Staates geführt hat, so wird auch eine entsprechende Verleihung von Selbstverwaltungsrechten an nationale Minoritäten lediglich eine Konsolidierung der innerpolitischen Situation des Nationalitätenstaates zur Folge haben.

Der Weg zum „Neuen Reich"

Von Karl Freymuth

Georg Quabbe sagt in seinen „Variationen über ein konservatives Thema" über den konservativen Autoren schwebe „die Prädestination, nicht gelesen zu werden" Wenn heute Edgar J. Jungs „Die Herrschaft der Minderwertigen" in zweiter Auflage*) erscheinen konnte, dabei eine Umarbeitung und Erweiterung um das Doppelte erfahren hat, so beweist das immerhin, daß das Schicksal konservativer Schriften ein anderes geworden ist.

Man hat gesagt, daß der Konservatismus naturgemäß stumm sei; und gegenüber der geistigen Fruchtbarkeit der Allerweltsliberalen erscheint die Zahl konservativer Äußerungen mehr als bescheiden. Das ist verständlich: denn nicht, als ob dem Konservatismus der Wille zur Wirkung fehlte, — nur ist er, seiner seelischen Grundlage nach im Irrationalen wurzelnd, nicht imstande, einen anzustrebenden Idealzustand der Menschheit mit der Exaktheit rationalistischer Denk-

*) Berlin 1930, Verlag Deutsche Rundschau.

weise zu schildern, seinen Gedanken in einem Parteiprogramm die nötige Durchschlagskraft zu verleihen. Mit Begriffen wie Blut, Heimat, Seele, Gott und Schicksal ist parteipolitisch auch wahrhaftig kein Staat zu machen.

Die ersten Äußerungen des politischen Konservatismus (der ja nur ein Teilgebiet ist, denn Konservatismus ist nicht nur eine politische Lehre, sondern eine bestimmte geistige Haltung, die sich in allen Denkgebieten äußert) sind eine gedankliche Reaktion auf eine geschichtliche Gegebenheit — die französische Revolution. Eine Ablehnung also, eine Negation. De Maistre hat dieser Einstellung eine sehr kurze Formulierung gegeben: „Wir wollen nicht die Gegenrevolution, sondern das Gegenteil der Revolution"

Damit ist tatsächlich der Gegensatz zweier grundsätzlich verschiedener Weltanschauungen ausgedrückt. Diese Auseinandersetzung mit der individualistisch-rationalistischen Weltanschauung und ihren Äußerungen auf allen Gebieten menschlichen Lebens ist der Inhalt des Werkes von Edgar J. Jung, das aber nicht nur Kritik und Negation ist, sondern gleichzeitig die Wege zu einer Neugestaltung, zum „Neuen Reich" weist.

Wir meinen, daß die heutige Krise Deutschlands und Europas nicht erst eine Folge des Weltkrieges, dieses „Interventionskrieges der europäischen Zivilisation gegen das renitente Deutschland" (Thomas Mann) ist, sondern daß durch ihn nur ein Prozeß beschleunigt worden, auf den seit der Reichsgründung immer wieder die Stimmen großer Warner aufmerksam gemacht haben. Es handelte sich (um wieder mit den Worten des unpolitischen Betrachters zu reden) „um die Politisierung, Literarisierung, Intellektualisierung, Radikalisierung Deutschlands", seine „Vermenschlichung im lateinisch-politischen Sinne, seine Enthumanisierung im deutschen die Demokratisierung Deutschlands" Diesem „geistigen Einfall des Westens" waren die brüchig gewordenen seelischen Kräfte des deutschen Volkes nicht mehr gewachsen, und so vollendete sich sein Schicksal, nur aufgehalten durch das zwischen den Zeiten stehende Bismarckische Reich. Es wurde abgelöst durch die Herrschaft der Minderwertigen, wobei unter Minderwertigkeit ein Mangel an metaphysischem Tiefensinn, eine Unfähigkeit des einzelnen, sich dem makrokosmischen Ganzen als alleiniger Wertgrundlage unterzuordnen, verstanden sein will. Jede Kritik der bestehenden Zustände im Staats- und Rechtsleben, Familie und Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur bliebe an der Oberfläche haften, so-

lange diese nicht als Erscheinungsformen einer Weltanschauung gesehen würden, die durch eine neue abgelöst werden soll.

„Weltanschauung ist der Wertmaßstab, den der Mensch an das All anlegt," Gefühl und Wille bestimmmen die Richtung des Wertens. Das Gefühl der Welt-Einheit führt zum Bewußtsein der Bedingtheit einzelmenschlicher Werte, zum Streben nach einem letzten unbedingten Wert. „Die Begrenztheit des mikrokosmischen Ich wird so aufgehoben durch das Eingehen in die höhere Ordnung des Weltganzen (Makrokosmos). Dieses makrokosmische Erleben vermittelt der metaphysische Trieb." Die Unvergänglichkeit dieses Triebes ist, sagt Jung, ein Axiom. Religiöse Erlebenskraft und Vernunft führen in die Welt des Übersinnlichen; umgekehrt ist der Verstand dem nur Diesseitigen, dem Stofflichen verhaftet; er sieht wohl Teile, das Einordnen dieser in ein Ganzes ist ihm versagt. — Bezogen auf die Frage „Einzelner oder Gemeinschaft", kann also die Gemeinschaft als höchster Wert diesseitigen Lebens erfaßt werden, oder das Einzelwesen.

So gelangt Jung zu einer grundsätzlichen Scheidung der Geister. Der individualistisch rationalistischen Weltauffassung setzt er eine organische, im Metaphysischen verankerte Weltordnung entgegen und kann somit prinzipiell Kritik üben an den Erscheinungen der Zeit.

Diese Kritik ist unerbittlich und vernichtend. Jung zeigt, wie sich der Individualismus kulturzersetzend auf allen Gebieten des Lebens ausgewirkt, Lebensformen zerstört und an ihre Stelle nur Zweckgebilde zu setzen vermocht hat. Er weist nach, wie der Liberalismus — als politischer Individualismus — notwendig zur Gleichheitsdemokratie führen mußte, deren Form der heutige Parteistaat ist, die Versorgungsanstalt für politische Dilettanten. Das „souveräne" Volk ist in Wahrheit zur amorphen Masse geworden, beherrscht von den anonymen Mächten des internationalen Kapitals.

Auf Einzelheiten kann hier nicht eingegangen werden. Das Ergebnis ist also dieses: Jung sieht eine 500-jährige Epoche der Geschichte des Abendlandes in einem Chaos ausmünden: Entpersönlichung, Kollektivismus als verhinderte Anarchie, Entgottung, Vergreisung.

Zusammenbruch oder Umkehr? ist die Schicksalsfrage des Abendlandes. Spengler, dessen Betrachtungsweise ebenso universalistisch ist wie die Jungs, postuliert die Gesetzmäßigkeit des geschichtlichen Ablaufes einer Kultur und sieht im „Untergang des Abendlandes" zwingendes Schicksal. Jung lehnt die Anwendung naturwissenschaftlicher Betrachtungsweise auf die Geschichte bewußt ab.

Er findet, im Metaphysischen wurzelnd, den Glauben an eine Neugestaltung, an einen Aufstieg. Er sieht die Anfänge einer neuen Religiosität, das Werden eines neuen Wertgefühles, die Ansätze neuer ständischer Gliederung, in der Kulturselbstverwaltung nationaler Volksgruppen (Jung führt als Beispiel Estland und Lettland an) die Anzeichen einer neuen Staatsauffassung. Erscheinungen deutend und organisch weiterentwickelnd, aus der Phantasie schöpfend und doch den Boden des Realen nicht verlassend, zeichnet er die Umrisse des „Neuen Reiches"

Kultur kann nur aus dem Nährboden einer Religion erwachsen.

Die Frage der Umgestaltung der abendländischen Menschheit ist letztlich ein religiöses Problem. Mit ihm beschäftigt sich ein besonderes Kapitel: „Religion und Gemeinschaft", das in der ersten Auflage fehlt.

„Religion ist das Werterlebnis einer lebendigen Ganzheit. Liebe zu Gott und dem Nächsten sind die beiden Pole dieses kosmischen Gefühles." Mithin ist Christentum „etwas Individualistisches und Unmittelbares" und gleichzeitig „irgendwie sozial", wie der Mensch gleichzeitig Individuum und Gesellschaftswesen ist. Deshalb muß es also immer zwei Formen geben, in denen sich religiöses Leben vollzieht: die individuelle und die soziale. Religion als reinster Individualismus kann, nach Jung, keine Ethik und keine Kultur entwickeln. Damit wird die Kirche zur Notwendigkeit. „Sie ist die Hüterin des religiösen Mysteriums kraft geistiger Autorität." Aber eben die sozialen Formen führen schließlich zur Erstarrung des religiösen Lebens. Zu jeder Gesetzesreligion gehört deshalb der Protestantismus, Auflehnung verhindert Erstarrung. Protestantismus ist sonach religiöse Haltung, kein Bekenntnis. „Die Frage nach Sinn und Berechtigung protestantischer Kirchenbildungen überhaupt wagt aber der Verfasser nicht zu beantworten." Daß aber sowohl die protestantische als auch die katholische Kirche eine Krise durchleben, betont auch Jung. Nur mit dem Unterschiede, daß er die Krise der katholischen Kirche nicht im Wesentlichen der Kirche selbst sieht, deren Gebäude die Zeiten zu überdauern scheint. Die Krise ist aber möglich im katholischen Menschen, dessen Lebensführung durch die Gedanken der Aufklärung immer stärker beeinflußt wird. Heute krankt die protestantische Haltung gerade an der Kirche.

Jung sieht die letzte Ursache der Krise des Christentums darin, daß das Christentum durch allzu starke Betonung des Kausalen (die naturwissenschaftliche Denkweise) Gefahr läuft, im Zeitbedingten

stecken zu bleiben. „Das Denken in Ursachen ist sinnfällig und wirkungsvoll. Die Vorstellung des Zweckes erfordert größere Spannweite und Freiheit des Geistes." Nur die Betonung des Teleologischen kann den Weg zum Aufstieg des Christentums freimachen.

Eine neue Religiosität ringt heute um geistige Form, zum großen Teil außerhalb der Kirche. Sie aufzunehmen und damit sich selbst zu erneuern ist die Aufgabe der Kirche. An anderer Stelle meint Jung, daß die alte Kirche (trotz aller Hemmungen in Deutschland, der Auswirkungen des Kulturkampfes) dazu schon auf dem Wege sei.

Es wurde auf dieses Kapitel mit größerer Ausführlichkeit eingegangen wegen der Bedeutung des hier gestreiften Problems. Schließlich ist es immer wieder die Frage „nach der religiösen Möglichkeit einer lebendigen und doch organisierten Kirche. Die Kirchen- und Religionsgeschichte zeigt, daß einerseits die Tendenz zur religiösen Gemeinschaft zu den echten Grundmotiven jeder Frömmigkeit gehört, daß aber andererseits die zunächst durch inneren geistigen Zwang zusammengehaltene Gemeinschaft als konkrete Größe organisiert wird und damit der unausweichlichen Notwendigkeit der Erstarrung in Formalismus weithin erliegt. Aus dieser Erstarrung rettet von Zeit zu Zeit nur eine Reformation" (Mensching).

„Die Stellung des Deutschen zu Gott bestimmt seine Stellung in der Welt." Die Krise der Gegenwart, die nur durch die Überwindung der individualistischen Weltanschauung gelöst werden kann, ist nicht nur eine Krise des deutschen Menschen, sondern des Abendlandes schlechthin. Dem deutschen Volke als dem Volk der Mitte sind damit vom Schicksal seine besonderen Aufgaben gestellt.

Der im Übersinnlichen verwurzelte Mensch sieht in dem Volke „die irdische Individuation göttlichen Wesens, in welcher er selbst irdisch weiterzuleben vermag", schicksalhaft verbunden mit Boden und Raum. Selbstbejahung und Selbstbehauptung ist also erstes Lebensgesetz im Dasein der Völker. Jede Politik ist Außenpolitik. Die Völker gleichen Raumes und gleichen Schicksals bilden die Teile einer über sie gelagerten, wertspendenden Ganzheit. So ist dem deutschen Volke zur Aufgabe gestellt: die Gestaltung des deutschen Staates (den es heute nicht gibt) und des „Neuen Reiches"

Der heutige Staat entbehrt des gesellschaftlichen Unterbaues, denn die Zerschlagung der Gesellschaft war die Voraussetzung für die lebentötende Allmacht des modernen Staates. Mit dem Aufbau der Gesellschaft und dem Abbau des Staates hat alle Erneuerung zu beginnen. Da Jung an das Werden einer neuen Wertgemein-

schaft glaubt und neue Ansatzpunkte organischen Lebens im Volke sieht, kann für ihn die Aufgabe auch nur darin bestehen, den erwachenden Kräften Richtung und Weg zu weisen.

Den neuen Staat sieht Jung nicht zentralistisch beherrscht, sondern föderalistisch aufgebaut, nicht mechanisch organisiert, sondern organisch verwachsen durch die Wechselwirkung seiner Glieder. In ihm ist Raum für Selbstverwaltung der Teile, für freie Entfaltung der Lebenskreise oder Stände. Der Staat wird auf seine eigentliche Aufgabe beschränkt: als oberste ordnende Instanz eine Störung der inneren Harmonie zu verhindern. Die Außenpolitik ist das Hauptgebiet seiner Betätigung. „Der Staat baue sich aus lauter autonomen Lebensbereichen auf. Diese Auffassung vom Wesen der „Staatlichkeit" deckt sich mit der platonischen Politeia."

Die Neugestaltung des deutschen Staates ist der Beginn der Umgestaltung Europas im „Neuen Reich" Es ist ein lockerer Rahmen, ein elastisches Gefüge, das alle Völker des mitteleuropäischen Raumes umfaßt und eint, nicht durch gewaltsame Unterdrückung der einzelnen, sondern durch willige Unterordnung unter ein führendes Volk als „das Volk der höchsten Leistung" Ob das deutsche Volk diese Führung innehaben wird, hängt davon ab, ob es seine Aufgabe erkennt und auf sich nimmt. Das „Neue Reich" ist der krönende Schlußstein des Jungschen Gedankengebäudes, die politische Verwirklichung seiner universalistischen Idee.

Mit dem Sichablösen des Individuums aus den gewachsenen Verbänden, den „realen Universalien", begann der Auseinanderfall des in sich einheitlichen und geschlossenen Systems der mittelalterlichen Kultur. Das neue Reich, in dem der einzelne wieder überindividuellen Ganzheiten als letzten Wertgrundlagen eingeordnet ist, nennt Jung nach Berdjajew ein zweites Mittelalter. Universalia sunt ante rem. So wird platonisches Gedankengut wieder lebendig und gestaltend wirksam.

So stellt sich das Werk Edgar J. Jungs als ein geschlossenes System dar, als ein einheitlicher Bau, der in sich „alle Einzelarbeit und Teilleistung" aufgenommen hat. Jede Kritik, die bei den Teilen haltmachte, würde dem Ganzen nicht gerecht. Wer in der Geschichte nicht ewiges Kommen und Gehen zu sehen gelernt, im Geschichtsprozeß nicht ein ewiges Bauen und Zerstören von Kulturformen erkannt hat, wobei schöpferisch die religiösen, zerstörend die intellektuellen Kräfte des Menschen sind, glaube weiter an den Fortschritt. In der universalistischen Betrachtungsweise Jungs erscheinen die

„wichtigsten" Fragen des üblichen Parteikampfs, rechts oder links, Republik oder Monarchie, unwesentlich, verblassen Völkerbund und Paneuropapläne im wesenlosen Schein. „Mit Bauplänen aus individualistisch-pazifistischem Denken ist Europa nicht aus dem Schutte der Zerstörung wieder aufzubauen", ebensowenig freilich die Disqualifizierung und Uniformierung des Menschen aufzuhalten. Der Aufbau kann nur durch gänzlich neue, wesentlich andere Kräfte erfolgen.

Jung kehrt zurück zu den Tiefen der Natur und zu den Quellen des Lebens, in den Bereich der ewig wirkenden und gestaltenden Ideen. Das neue Mittelalter, dessen Kommen Jung sieht, hat nichts mehr mit dem Sehnsuchtstraum der Romantik zu tun; es ist vielmehr die Formwerdung der wirkenden und gestaltenden Idee. Die Idee beharrt, die Form wechselt.

Damit wird Opposition zur Bejahung, zur Forderung, zum „Streben zur Macht, um eines klaren Zieles willen" Der Fortschritt, heute in Reaktion und Gewalt erstarrt, befindet sich in Verteidigungsstellung gegenüber den wachsenden Kräften einer neuen Welt. Daß ein neues, aktives, einsatzbereites, opferfreudiges Geschlecht sich den heutigen Parteistaat erobern könnte, hält Jung, der inneren Natur der Dinge nach, für unmöglich. Aber „es gibt auch eine Revolution der Erhaltung, welche Brüche mit der Vergangenheit heilen will" Wunder müssen geschehen, damit Neues entstehe und Überlebtes zusammenstürze. Ricarda Huch hat ganz richtig gesehen: „Wir sind noch nicht am Ende des Weltkrieges: die Zukunft gehört demjenigen Volke, das die meiste Fähigkeit hat, sich verwandeln zu lassen"

Haus und Jugend

Von Herbert Girgensohn

Der ganze Fragenkomplex, der in diesen beiden Worten beschlossen liegt, hat in der Nachkriegszeit nicht aufgehört, die Gemüter zu beschäftigen und zu beunruhigen, und zwar nicht nur bei uns, sondern wohl überall in der Welt. Das Haus ist ein Kampfplatz geworden, auf dem sich zwei Weltanschauungen oder, besser gesagt, zwei Welten begegnen und miteinander ringen. Diese Erkenntnis ist zwar noch längst nicht Allgemeingut geworden. Die zentrale Bedeutung der Frage beginnt aber doch in weiteren Kreisen geahnt zu werden. Eine Stellungnahme in einzelnen sich in diesem Zusammenhange ergebenden Fragen scheint mir daher nur möglich und wirkungskräftig, wenn auch der prinzipielle Hintergrund erfaßt wird. Ein bloßer Konservatismus, der, ohne diese letzte Besinnung, lediglich einzelnes Überkommene erhalten will, dürfte hier ein vergebliches Bemühen sein; wie denn andererseits die Angriffe, die gegen das Haus erfolgen, nicht bloß das Haus, sondern einen ganzen Lebenskomplex damit treffen wollen und auch wirklich treffen. Die folgenden Ausführungen sollen daher dem Versuche dienen, zu dieser prinzipiellen Klärung beizutragen. Ich habe seinerzeit versucht, die Frage des Hauses in einem umfassenderen Zusammenhang, nämlich dem des geschlechtlichen Lebens überhaupt und der christlichen Einstellung zu ihm, zu beleuchten*). Was dort gesagt worden ist, muß voll und ganz auch hier vorausgesetzt werden. Ich will mich daher nicht wiederholen. Aber wie aus meinen damaligen Ausführungen hervorging, kann auch dieser größere Zusammenhang nicht isoliert behandelt werden. Es handelt sich überall hier um Teilerscheinungen bzw. Symptome, die in einer Gesamthaltung ihre Wurzel haben.

Wir erleben nicht nur im häuslichen Leben, sondern an andern Punkten ebenfalls eine Zerstörung der alten Bindungen. Das einzige Gebiet vielleicht, auf dem unsere Zeit Bindungen noch wirklich bejaht, ist das Gebiet der Arbeit. Es ist dies fraglos nicht zufällig, sondern hängt mit einer materialistisch-eudämonistischen Grundauffassung zusammen. Man fühlt sich dort gebunden, wo es sich um die nackte materielle Existenz handelt, wo das äußere, materielle

*) Baltische Monatsschrift, 1928, S. 78 (Heft 2/3).

Lebensglück in Frage gestellt wird, wo die Frage: „Was habe ich davon?“ eine klare, ziffernmäßig ausdrückbare Antwort findet. Auf allen diesen Gebieten bringt unsere Zeit den ganzen Ernst, der in jeder Bindung liegt, das sittliche Pathos, soweit es hier möglich ist, noch auf. Wo die materielle Existenz nicht mehr in Frage kommt, auf Gebieten also, wo Bindungen vorliegen, die anderswoher und nicht aus dem Erwerbsleben stammen, büßt die Stellungnahme diesen gegenüber den letzten verbindlichen Ernst ein. Sie wird in das subjektive Belieben des einzelnen verlegt, die Bindung damit zersetzt und aufgelöst. Das angeführte Beispiel aber zeigt, daß das Aufhören der Bindungen auf den verschiedensten Gebieten unseres Lebens mit der Zerstörung einer letzten höchsten Bindung zusammenhängt, der Bindung des ganzen Menschen im Gewissen an Gott. Es ist eine Erscheinnng, die man als Profanisierung des ganzen Lebens bezeichnen könnte, die man, aufs große Ganze gesehen, auch Säkularismus genannt hat, eine Entchristlichung, Entgottung des ganzen Lebens. Von da aus erscheinen alle übrigen menschlichen Bindungen, vor allem auch die des Hauses, der Familie und der Ehe als unbegreiflich und sinnlos. Es läßt sich rational garnicht erweisen, warum sie gehalten werden sollen. Oder von einem etwas anderen Gesichtspunkt aus gesehen: bei einer durchgeführten Rationalisierung des Lebens, die sich praktisch dahin auswirkt, daß alle Lebenserscheinungen vom Einzelmenschen aus, vom bewußten Willen aus nach rationalen Gesichtspunkten und Zweckbestimmungen aufgebaut werden, bleiben diese Bindungen irrationale Restbestände einer fremden Welt, Fremdkörper, die mehr und mehr der fortschreitenden Atomisierung und Zerstörung hoffnungslos preisgegeben sind. Es gibt keine gottgewollte Schöpfungsordnung mehr in dieser Atmosphäre, keine Schöpfungsordnung, die in dem bleibenden Schöpfungswillen Gottes ihren Grund hat, die also deshalb nicht aus der menschlichen Willkür, aus seiner Ratio stammt. Wo aber solche Bindungen noch gehalten und konserviert werden, da geschieht es oft genug einfach aus dem Gesetz der Trägheit heraus, ohne daß recht verstanden wird, warum ausgerechnet diese Bindungen Bedeutung haben sollen im Leben. Der Geist ist entflohen, die tote Hülle wird konserviert, aber eben darum nicht verstanden, als überlebt angegriffen und vernichtet. Mit einem Wort: es offenbart sich am häuslichen Leben eine weltanschauliche oder, richtiger gesagt, eine religiöse Krisis, eine Erscheinung, die am krassesten und ausgeprägtesten in Sowjetrußland

auftritt, wo der Kampf gegen alle Bindungen, vor allem auch gegen die Familie, in einem tiefen inneren Zusammenhang mit dem Kampf gegen das Christentum, gegen jede Religion überhaupt steht. Das macht die Frage zu einer so überaus ernsten und schwierigen.

Es läßt sich in dieser Frage an einer praktischen Lösung garnicht arbeiten, wenn man nur das Problem des Hauses vor Augen hat und die inneren Bindungen an das Haus, an die Familie, aus dem tieferen Zusammenhang herausgerissen, wiederherstellen will, ohne den religiösen Hintergrund zu sehen und zu berücksichtigen. Ein Geschlecht, das im tiefsten Grunde keine Bindungen mehr kennt, wird auch nicht ans Haus gebunden werden können, wird nicht mehr zu einer Familiengemeinschaft zusammengeschlossen werden können. Ja noch mehr: nicht nur die subjektive Stellung der in Betracht kommenden Personen wird dem Hindernisse in den Weg stellen, sondern diese Bindungslosigkeit hat ihren Niederschlag gefunden in dem ganzen Geist unserer Kultur und Zivilisation und damit der gesamten Struktur unseres Lebens. Sie ist objektive Realität geworden, die sich auch dort auswirkt, wo noch subjektive Frömmigkeit und Gebundenheit an Gott vorhanden ist. Es sind z. T. rein äußerliche Verhältnisse, die das Leben des Hauses bedrohen. Wo die Kinder gezwungen sind, frühzeitig ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen, da wachsen sie mit dem Moment ganz von selbst aus dem Organismus des Hauses heraus, stehen schon in isolierter atomhafter Selbständigkeit im Leben und sind jederzeit in der Lage, sich äußerlich und innerlich der Gebundenheit an das Haus zu entziehen. Der Zug zu dieser isolierten Selbständigkeit beherrscht die Jugend, auch wo der Zwang der äußeren Verhältnisse noch nicht vorliegt. Die Atomisierung und Bolschewisierung unseres Lebens ist eine ungeheure geistige Macht, die sich in ihrer Einwirkung auf die Gemüter und die Verhältnisse unaufhaltsam auswirkt. Dieses Verflochtensein mit den letzten religiösen Fragen unseres Lebens schließt in sich, daß wir der Frage des Hauses gegenüber so völlig hilflos dastehen. Sie lassen sich eben durch eine einfache Forderung nicht lösen, und es ist vielleicht nicht das Schlechteste, daß wir etwas von dieser Hilflosigkeit zu empfinden beginnen. Es weist darauf hin, daß man die tiefe Wurzel des Übels ahnt. Auf der andern Seite schließt alles bewußte willensmäßige Handeln in diesen Dingen eine große Gefahr in sich: die, daß man machen will, was Geschenk, Gabe, Geist Gottes, Gnade ist; daß man mit andern Worten gerade vom Standpunkt einer

rationalen entgotteten Weltanschauung aus sich selbst es zutraut, hier etwas machen zu können, mit dem bewußten Willen etwas schaffen zu können, was nur schöpfungsmäßig, lebendig, organisch, Geist Gottes ist. Was wir bewußt machen können, ist organisieren. Die Familie ist aber keine Organisation, ihre Besserung daher auch keine Frage der Organisation, sondern eine Frage des Neuwerdens von innen heraus. Man kann, von den edelsten Absichten geleitet, gerade hier mehr zerstören als bauen, die Rationalisierung in ein Gebiet hineintragen, das sich dem Rationalen schlechterdings entzieht und durch jede Rationalisierung endgültig zerstört wird. Schon das Aufstellen eines Programms in dieser Beziehung dokumentiert m. E. die absolute Verwirrung und Verständnislosigkeit diesem Gebiete gegenüber. An die Stelle der Ehrfurcht vor der Schöpfung Gottes, vor seinem Geheimnis, tritt damit die Ehrfurchtslosigkeit, die dieses alles auf eine Linie setzt mit irgend einer andern menschlichen Propaganda, zwecks Vergrößerung des Absatzes beispielsweise u. ä.

In der Erkenntnis dieser Tatsache, dieses Sachverhaltes liegt vielleicht der erste Ansatz zur Überwindung der Not. Vertieft, zur vollen Klarheit gebracht ist es nicht mehr und nicht weniger, als was in der christlichen Buße zum Ausdruck kommt, in der Erkenntnis unserer Gottlosigkeit, die alle unsere natürlichen Verhältnisse ihres eigentlichen Sinnes beraubt und ihrer gottgewollten Bestimmung entfremdet. Nicht äußere Verhältnisse sind letztlich die Gründe des Verfalles auch der Familie, sondern die Menschenpleite, wie man es treffend nicht nur von diesem Gebiete, sondern von dem ganzen Gebiet unseres Ehe- und Familienlebens gesagt hat. Das ist eine erschütternde Erkenntnis, wie sie sich schon vielleicht hier und da auf dem Höhepunkt der Zersetzung anmeldet. Aber sie ist, recht verstanden, alles andere als Resignation. Es kann darin liegen das Aufwachen des Gewissens, das Erwachen einer Verantwortung vor Gott, gepaart mit der echten Demut, die weiß, daß alle Erneuerung des Lebens Gnade ist.

Erst hier stehen wir auf dem Boden, wo man das Heiligtum der Ehe, der Familie und des Hauses überhaupt verstehen kann, wo man diese Güter erst in ihrer letzten Bedeutung sehen kann. In einem Konservatismus, der bloß die äußeren Erscheinungen halten will, ohne ihre letzte Wurzel zu bejahen, liegt eine verhängnisvolle Inkonsequenz, die allen solchen Bestrebungen darum auch ihre Wirkungskraft raubt. Wir brauchen gewiß unsere Häuser, um unsere Jugend im Sinne einer wertgehaltenen Überlieferung zu erziehen, aber diese Zweck-

mäßigkeit allein begründet noch nicht ihre wirkliche und oft instinktiv geahnte Bedeutung. Ein Heiligtum werden sie uns erst in einem christlichen Volk. Ein erschütterndes Beispiel dafür bietet uns das Schicksal der deutschen Bauern in Rußland, die um der Bewahrung dieses Heiligtums willen ins Elend gingen. Alles praktische Handeln hat nur Wert, wenn es in dieser letzten Ehrfurcht vor dem Willen und Wirken Gottes in Schöpfung und Erlösung geschieht. Sonst wird es ein frecher Zugriff, der auch das letzte, was uns geblieben ist, zerstört. Unter diesem Vorzeichen aber hat praktisches Handeln allerdings einen Sinn, und da sei es mir gestattet, auf drei Momente hinzuweisen.

1 Wenn wir von einer Bewahrung und Erhaltung unserer Häuser reden, so müssen vor allen Dingen Häuser wieder da sein. Eine absichtlich kinderlose Ehe oder eine Familie mit absichtlich aufs äußerste beschränkter Kinderzahl ist noch garkein Haus. Es führt kein eigenes Leben. Dieses Insichgeschlossensein eines in vielen Gliedern lebendigen Ganzen stellt sich doch bei einem gewissen Reichtum dieser Glieder ein, sonst bleibt es ein Torso, das seine Ergänzung außerhalb sucht und einen großen Teil seines Lebens nach auswärts verlegt. Man versteht, daß gerade in unserer heutigen Zeit, in unserer heutigen Lebensanschauung der Wille zum Hause ein Wagnis, ein Risiko bedeutet, das allen rationalen Erwägungen Trotz bietet. Hier offenbart sich am schärfsten der Gegensatz beider Welten, von dem ich ausging. Vom Standpunkt einer eudämonistisch-materialistischen Weltanschauung aus werden kinderreiche Häuser immer eine Torheit oder ein Unglück bedeuten. Aus der Gebundenheit an Gottes Schöpfungsordnung heraus sind sie dort, wo Gott es nicht anders will, Gottes Wille, den man auch im Verzicht, der damit verbunden ist, auch im Leiden, das sich daraus ergibt, bereit ist auf sich zu nehmen. Eine Ungeheuerlichkeit für Menschen, die die errechenbare Sicherstellung ihrer Glückseligkeit und ihres Fortkommens, wie sie es verstehen, vom Leben verlangen. Die Lebensbejahung, die im Willen zum Hause liegt, ist doch wohl gepaart mit einfachem Glauben. Es liegt eine ungeheure Ironie darin, daß unser heutiges Geschlecht bei aller betonten Lebensbejahung in Wirklichkeit, aufs Ganze gesehen, Selbstmord begeht und damit eigentlich sich selbst das Urteil spricht. Die Lebensbejahung aber des Glaubens bejaht nicht das Wesen dieser Welt, sondern den Willen Gottes und die von ihm geschenkte Verheißung ewigen Lebens und ist darum allein imstande, auch dieses Leben zu meistern. „Als unsere Väter vor 300 Jahren nach dem

dreißigjährigen Kriege das Trümmerfeld der Verwüstung vor Augen sahen, waren sie in einer Lage, die der unsrigen von heute ähnlich sah, ‚ohne Bett und ohne Brot', zerschlagen und verwüstet. Sie taten das, was den Menschen von heute ein Greuel erscheint, sie nahmen die Welt um sich her, wie sie ist, als das Jammertal, und wurden hart gegen sich selbst und verwarfen jeden Gedanken, an dieses Jammertal irgendwelche Ansprüche zu stellen. Sie schauten geradewegs hinauf auf das himmlische Jerusalem und rissen den Abstand zur Welt weit auf, um glauben und überwinden zu können. Aber gerade deshalb schufen sie eine neue Kultur und hatten viele Kinder" (H. Schreiner, Zur Neugestaltung der Ehe).

2. Als zweites Moment, das berücksichtigt werden muß, möchte ich den Schutz der Familie nennen. Das häusliche Leben sollte davor gehütet werden, daß die fortschreitende Rationalisierung es angreift; sie soll vor ihm Halt machen. Das ist gewiß eine Frage, bei der der einzelne nach Maßgabe der Möglichkeit Maßnahmen ergreifen kann, um ein Leben im Hause zu führen, aber ebensowohl ist es eine Frage, die vor allem im öffentlichen Bewußtsein empfunden werden muß, deren Notwendigkeit eingesehen werden muß. Kraft und Zeit gerade der Väter darf nicht restlos verschlungen werden von der Arbeit. Eben nicht nur die Arbeit, sondern auch die Familie stellt eine Bindung dar, nicht nur die Arbeit, sondern auch die Familie und das häusliche Leben legt Pflichten auf. Es handelt sich hierbei nicht nur um die eigentliche Berufsarbeit — da liegen oft harte Notwendigkeiten vor, die wir nicht ändern können —, sondern es handelt sich auch um die Arbeit, die neben der Berufsarbeit in all den Organisationen, Unternehmungen, Veranstaltungen geleistet werden muß, um unser Volkstum zu behaupten. Zugespitzt ausgedrückt: wir halten Sitzungen zur Erneuerung der Familie ab und haben deswegen eben keine Zeit und vor allen Dingen keine innere Muße für das eigene Familienleben. Die Sorge dafür kann bis zu einem gewissen Grade Sache des einzelnen sein, aber nur bis zu einem gewissen Grade. Sie muß auch Sache unseres Volksganzen sein oder. besser gesagt, sie müßte es erst werden. Es liegt eine eigentümliche Paradoxie darin: wir bauen unser Leben mit einer weitverzweigten und unbedingt notwendigen Organisationsarbeit auf und zerstören es doch in seiner tiefsten Wurzel, indem wir die letzte Kraft und Zeit der Familie entziehen. Der Familie aber gehört nicht nur der kümmerliche Rest der Zeit und Lebenskraft, sondern es sollte ihr gegenüber den andern Anforderungen ihr Recht zugestanden und anerkannt

werden. Das ist ganz und garnicht eine Frage des persönlichen Behagens, sondern in unserem Familienleben und seiner Aufrechterhaltung und Bewahrung steht eine andere Welt, die wir halten wollen und müssen, gegen eine Welt, die uns unser Heiligtum raubt.

Das gilt mutatis mutandis auch für die Jugend. Alles Vereinsleben, also organisiertes, rationalisiertes, gemachtes, nicht gewachsenes Leben zerstört das Familienleben, indem es die Kinder dem Hause entzieht. Man treibt mit ihm wirklich vielfach den Teufel durch Beelzebub aus. Vereinsarbeit mag notwendig sein und ist notwendig, weil die Familie vielfach die Kinder nicht mehr hält und halten kann, ja auch vielfach deshalb, weil der Geist der Familie nicht ist, wie er sein soll. Aber Vereinsarbeit ist immer Notbehelf, und zwar gefährlicher Notbehelf, weil wir auf sittlichem Gebiet mit ihr in einen circulus vitiosus eintreten, zugleich bauen und zerstören. Ich kann mich der Ansicht nicht anschließen, die gelegentlich auch bei uns zum Ausdruck gekommen ist, daß wir an einem Punkt der Entwicklung angelangt sind, wo wir die alten Bindungen in Ehe, Familie und Haus nicht mehr halten können und deshalb lieber entschlossen das Alte fahren lassen sollen, um durch das Chaos hindurch zu neuen Bindungen zu gelangen. Das bedeutet nichts mehr und nichts weniger als den Tod. Sondern wir haben zu halten, was wir haben, solange es uns nicht von Gott selbst genommen wird. Praktisch ergibt sich daraus die Notwendigkeit der Beschränkung bei allen Veranstaltungen, gerade auch vonseiten der Kirche und Schule. Die äußerste Vorsicht in der Erkenntnis des Sachverhalts wäre hier der erste Schritt. Aller organisatorischen Vereinsarbeit eignet eine geradezu verhängnisvolle, man möchte fast sagen satanische Art, sich zu verabsolutieren, auf einen möglichst großen Lebensbestand überzugreifen, eine neue künstliche Bindung zu schaffen, die mit dem Anspruch sittlicher Verpflichtung auftritt. Sittliche Verpflichtung aber liegt in erster Linie nicht auf der Seite der Eintagsgebilde unserer Organisationen und Vereine, sondern auf der Seite der schöpfungsmäßigen Bindung in der Familie. Das muß bei uns erst wieder erkannt werden. Daß wir daran arbeiten, daß das Leben der Familie, der Kinder und Eltern, sich wieder mit der Geselligkeit und Erholung im Hause abspielt, ist, kurz gesagt, die ganze Forderung.

3. Zum Schluß möchte ich noch auf die Frage hinweisen, die man als die eigentliche Frage von Haus und Jugend bezeichnen könnte. Es besteht fraglos durchaus die Schwierigkeit, es durch-

zusetzen, daß die Kinder ihr Leben im Hause führen. Es besteht die gleiche Schwierigkeit, es durchzusetzen, daß sie es in und außer dem Hause in einer Art gestalten, die dem Geist entspricht, den wir erstreben. Es wird einem immer der Hinweis auf andere begegnen, die es eben anders machen, und ein zwangsmäßiges Festhalten dürfte kaum eine Hilfe bedeuten. Die Voraussetzung für alle Bestrebungen, die Jugend im Hause zu halten und sie mit ihrem Leben dem Geist des Hauses einzufügen, bleibt ja immer die, daß die Häuser ein wirkliches eigenes Leben führen. Als praktischer Ausweg ist auch der Gedanke erwogen worden, ob nicht eine gegenseitige Verständigung solcher Familien stattfinden könnte, deren Kinder auf gegenseitigen Verkehr angewiesen sind, eine Verständigung, sowohl hinsichtlich der Art, wie in ihren Häusern die Geselligkeit gehandhabt wird, sowohl was die Zeit und den Aufwand betrifft, als auch inbezug auf das, was außerhalb des Hauses gestattet oder nicht gestattet wird. Solche Vorschläge wären als ein Versuch anzusprechen, einer schlechten Sitte oder, besser gesagt, Unsitte gegenüber wieder zu einer Sitte zu kommen, die unsere Häuser und Jugend wieder bindet. Im einzelnen wird eine solche Verständigung fraglos immer möglich sein; sobald sie aber organisatorisch weiter greifen soll, bestimmte Kreise der Gesellschaft durch Aufstellung eines Sittenkodex zusammenschließen und aus der Masse der übrigen hervorheben soll, muß solch ein Versuch verhängnisvoll werden. Eine Sitte kann eben auch nicht g e m a c h t werden, sondern sie erwächst von selbst und ist immer erwachsen aus religiösen Bindungen. Wo sie bewußt gemacht werden soll, wird sie immer zur Absonderung, zum Pharisäismus, zur Zerklüftung führen. Sie kann auch bei uns nur von innen heraus, aus einem neuen Geist entstehen. Sie beginnt damit, daß man sich unter das Wort Gottes stellt, das keine Kasuistik kennt und in dem doch der Geist lebendig ist, der auch das einzelne im Leben neu gestaltet und ordnet. Sie beginnt darum vielleicht zuerst mit der einfachen Sitte des Kirchgangs; daß Vater und Mutter mit den Kindern wieder den sonntäglichen Gottesdienst als etwas Selbstverständliches in ihrem Familienleben mitmachen. So gewiß das auch rein äußerlich gehandhabt werden kann, so gewiß liegt darin andererseits das Ernstnehmen der letzten christlichen Bindung, die Anerkennung der eigentlich religiösen Grundlage in der Wertschätzung unserer Häuser. Sie kann und soll, wo sie nicht nur äußerlich geübt wird, sondern das Wort Gottes nach seinem Inhalt lebendig wird, immer wieder zu einem Ausgangspunkt christlicher Hausſitte und Lebens-

sitte werden, die dann nicht mehr in willkürlichen Abmachungen und Absonderungen besteht, sondern die dann auch den Anspruch einer inneren Verbindlichkeit in sich trägt.

Es sind einzelne Hauptpunkte gewesen, die ich hier habe hervorheben wollen, ohne welche die Frage nach Haus und Jugend nicht richtig in ihrem ganzen Zusammenhange gesehen werden kann. Sie zeigen eins — daß wir uns in einem Kampf befinden, einem Kampf zweier Welten, und solange dieser Kampf besteht, wird er auch auf dem Gebiet des Hauses und der Familie gekämpft werden. Daß wir diesen Kampf aufnehmen und führen in der Erkenntnis seiner ganzen Tragweite und Bedeutung, dazu sollten diese Zeilen an ihrem Teile mithelfen.

Geburten- und Bodenkrieg im deutschen Osten

Von Percy Meyer

Industrialisierung und Verstädterung mit ihren unvermeidlichen Folgeerscheinungen: zunehmender Flucht vom Lande nebst progressivem Geburtenrückgang, besonders in den Großstädten, bilden die Hauptkennzeichen der heutigen bevölkerungspolitischen Lage Deutschlands. Namentlich die Ostprovinzen sind schwer bedroht. Das anschließende Osteuropa, in erster Linie Polen und Litauen, zählt nicht 70 bis 75 Prozent Stadtbevölkerung wie Deutschland, vielmehr, im umgekehrten Verhältnis zu diesem, 65 bis 70 Prozent meist katholischer Landbevölkerung, die noch überwiegend in patriarchalischen Lebensgewohnheiten verharrt. Es spielt sich hier ein Geburtenkrieg zwischen dem größtenteils slavischen Osten und den anliegenden deutschen Grenzmarken ab, bei dem der frühere vielhundertjährige historische „Drang nach Osten" seit einigen Jahrzehnten ganz offensichtlich vom Gegenstoß, dem Zug nach Westen, abgelöst ist. Durch die Landflucht hat, wie der preußische Finanzminister Höpker-Aschoff wenige Tage vor Jahresschluß 1929 u. a. ausführte, Ostpreußen von 1919 bis 1925 nicht weniger als 158,000 Menschen eingebüßt, Pommern 70,000. Dagegen äußerte sich unlängst Oberpräsident Dr. h. c. Siehr-Königsberg in der „Zeitschrift für Politik" dahin, daß aus Ostpreußen in der Zeit von 1910 bis 1925 immerhin 115,000 Menschen abgewandert seien, 1926 — 6500, 1927 — 13,000 und 1928 — 14,000. Mögen die Ziffernangaben auch nicht ganz übereinstimmen, soviel steht doch fest, daß Ostpreußen

an erster Stelle, nächst ihm die übrigen Ostprovinzen: Pommern, Grenzmark, Schlesien Jahr für Jahr ihr kostbarstes Gut, unersetzliches Menschenmaterial, in nicht unbeträchtlichem Maße, dabei anscheinend noch in unaufhaltsamer Steigerung, an Berlin und den weiteren Westen des Reiches abgeben und dadurch den Staudamm gen Osten langsam, aber sicher unterhöhlen.

Freilich, als Gegenmaßnahme ist eine Siedlungsbewegung schon seit geraumer Weile im nachkriegszeitlichen Ostdeutschland im Gange. Wiederum ist es das Weltschwabentum, das hierher noch die meisten landischen Zuwanderer stellt — Süddeutsche, die nicht mehr an die Donau, den Dnjepr oder die Wolga, sondern nach der Oderzone, der deutschen Ostmark überhaupt ziehen. Nur sind leider den Neusiedlern, die alljährlich im deutschen Osten heimisch werden, Zehntausende von landflüchtigen Bauernsöhnen entgegenzustellen, so daß das bevölkerungspolitische Gesamtbild unverändert ungünstig bleibt.

Gegen das Einsickern von „Sachsengängern", auch polnische Schnitter genannt, ein meist nur geduldetes, ja vielfach durch Ausschreitungen und hohe Kriminalität berüchtigtes Element, gibt es noch bis zu einem gewissen Grade wirkende Abwehrmaßnahmen, zu denen beispielsweise die „Kontingentierung" zählt.

Mancherseits freilich sind die anspruchslosen, natürlich auch lohndrückenden slavischen Saisonarbeiter oft geradezu gesucht. Der „Landkuli" als volkswirtschaftlicher Faktor ist durchaus nicht zu unterschätzen. Dabei wird manch ein vom Osten hergezogener Saisonarbeiter nach Jahren der Knechtstätigkeit doch auf schmaler deutscher Grenzmarkscholle bodenständig, denn ein absolutes Mittel gegen das Einsickern fremdnationaler Bevölkerungselemente gibt es praktisch genommen nicht, sobald in Grenzlanden ein Vakuum entsteht, das seine unwiderstehliche Anziehungskraft auch über Staatsgrenzen hinaus ausübt. So hat man sich denn zu sagen, daß der deutsche Agrarosten auf die Dauer nicht menschenleer oder auch nur menschenarm bleiben wird. Als in vorgeschichtlicher Zeit die Weichselgoten abgewandert waren, folgten ihnen die Westslaven auf dem Fuß.

Es spricht wenig dagegen, daß sich diese „Geschichte wiederholen" könnte, sofern die ostdeutsche Binnensiedlungspolitik in ihrer bisher unverkennbaren Zurückhaltung verharren sollte. Dennoch ist man sich in weiterblickenden, ständig wachsenden Kreisen Deutschlands dessen bewußt, daß es jetzt um vier Notwendigkeiten, wie

sie kürzlich der „General-Anzeiger für Stettin und die Provinz Pommern" erwähnte, geht: „1) Hebung der wirtschaftlichen Rente und Senkung der wirtschaftlichen Verschuldung durch Reichs- und Staatshilfe, Frachten- und Zinsermäßigung, Zollpolitik und Verkehrsbelebung. 2) Umkehr der ostdeutschen Abwanderung zur ostdeutschen Rückwanderung durch bessere Lebenshaltungsbedingungen — Löhne, Wohnungen, Eigenheime, stärkere Industrialisierung und trotz aller Schwierigkeiten Siedlung um jeden Preis. 3) Eindämmung der nationalpolitischen Gefahrquellen durch höchste deutsche Kulturpflege bis zum letzten Grenzdorf; denn noch immer und überall hat sich die stärkere Kultur als stiller Sieger erwiesen. 4) Wiederherstellung natürlicher Ostgrenzen, wie sie das Recht der Urheimat und Geschichte der Kolonisation und Kultur fordert und kein Unrecht der Macht verstümmeln darf"*).

Und doch hat man sich realpolitisch zu sagen: keine Wirtschafts- und Kulturpolitik, ebensowenig Diplomatie und Presse werden jetzt und in absehbarer Zukunft das auf dem platten Lande immer ausgeprägter hervortretende Mißverhältnis der Kräfte zwischen Ostdeutschland und Westpolen (zum Teil spricht hier auch das viel kleinere Litauen mit) aus der Welt schaffen können, solange das Hauptproblem ungelöst ist, und das ist bevölkerungspolitischer Natur.

Gegenwärtig arbeitet die Zeit in dem hier besprochenen deutschen Grenzgebiet nicht für die deutsche Sache. Dieser Zustand ist auf die Dauer schlechthin unhaltbar, mit oder ohne Grenzkorrektur.

Vor wenigen Wochen wurde in Berlin der so naheliegende Gedanke aufgegriffen die rußlandmüden deutschen Bauern in den bedrohten Ostmarken des Reiches anzusiedeln. Wie sich jetzt aber herausstellt, sollen die fünf- bis sechstausend sogen. Kolonisten, denen es bisher gelungen ist — zum größten Teil über Riga, zum geringsten über Petersburg — nach Deutschland zu gelangen, nicht hier, sondern in der Neuen Welt eine neue Heimat finden. Und doch bleibt Ostdeutschland auf den oben erwähnten Siedlungsplan vorab angewiesen. Natürlich würde eine großzügige ostdeutsche Kolonisation Millionen und Abermillionen kosten und zum Teil tief-

---

*) Man vergl. hierzu die Forderungen in der gemeinsamen Denkschrift der Landeshauptleute der 6 Ostprovinzen, wiedergegeben weiter unten im Berliner politischen Monatsbericht.

einschneidende soziale, desgleichen volks- und landwirtschaftliche Umstellungen bedingen. Allein an diesem Punkt kann und darf die Frage nicht scheitern, unterliegt es doch keinem Zweifel, daß mit Ostpreußen der Eckstein des Deutschen Reiches steht und fällt. Damit aber ist auch der ostdeutsche Giebel bedroht, und es ist schließlich einleuchtend, daß mit dem Giebel das ganze deutsche Haus eng zusammenhängt.

Nicht erst der Ausgang des Weltkrieges, das sei hier tatsachengemäß hervorgehoben, hat den erwähnten hochbedeutsamen Fragenkomplex mit in den Vordergrund der Reichspolitik gerückt; die Probleme können ihr Entstehen schon auf einen etliche Jahrzehnte zurückliegenden Zeitpunkt zurückführen: auf die schon eingangs angedeutete deutsche Sozial-, Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung bald nach der Reichsgründung. Wie in vielen anderen Fällen, so hat der Krieg auch in diesem dem Gestaltungsprozeß nur einen machtvollen Anstoß verliehen und das Tempo des Geschehens beschleunigt. Hier zur Illustrierung nur der Hinweis auf die bekannte Tatsache, daß die preußische Politik in den letzten Jahrzehnten vor 1914 bei ganz anderen Machtverhältnissen taugliche Abwehrmittel gegen die Ausbreitung des Polentums im allgemeinen nicht mehr zu finden vermochte. Die äußeren Verhältnisse haben sich inzwischen sehr zum Nachteil der deutschen Sache verschoben; die inneren Bedingungen sind im großen und ganzen dieselben geblieben, mißlich genug in deutsch-volklicher Hinsicht.

Die Ereignisse der letzten Zeit lenken die weiterblickenden politischen Köpfe Deutschlands immer wieder auf den tieferen Osten Europas, wo gegenwärtig vom Dnjestr und Slutsch über Dnjepr, Donez, Wolga, Ural bis Westsibirien immer noch 1,1 bis 1,2 Millionen deutscher Bauern leben — die sogenannten Kolonisten. Ohne Bedenken hat die deutsche Heimat vor 100 bis 150 Jahren die Vorfahren der heutigen Steppensiedler gen Osten ziehen lassen. Kein anderes Volk mit einer Weltsprache und Weltkultur hat so viel Kulturdünger an die Fremde abgegeben, wie das deutsche, aber auch kein anderes Volk und Land hat in so ausgedehntem Maße und so anhaltend Menschenexport getrieben, für welchen die Heimat in der Regel — im schärfsten Gegensatz zur englischen Ausbreitung — kein Äquivalent erhielt. Nur wenige Menschenalter trennen uns vom Hauptzeitpunkt des Auszuges des „Weltschwabentums" gen Osten, freilich Geschlechterfolgen, begleitet von einem Geschichts- und Ent-

wicklungstempo, das überall wesentliche Umgestaltungen mit sich gebracht hat. In dem nun schon zwölf Jahre währenden nachkriegszeitlichen Ringen wird, solange der übersteigerte Nationalismus anhält, der jeweilige Ausgang des schon erwähnten Geburtenkrieges immer ausschlaggebend bleiben. Dieser Nachkrieg, mag er auch unblutig sein, ist gewiß nicht harmlos, solange er auf unserem Kontinent über Sein oder Nichtsein vieler Völker und Staaten entscheidet. Nun aber scheint es, als wolle das Schicksal zur Abwechselung einmal der deutschen Sache wohl. Der Osten hat sich eigene, in nebelhafter Ferne verschwindende Ziele gewählt, jagt Phantomen nach, für die sich der durchschnittliche deutsche Rußlandbauer als Kulturpionier und nüchterner Erwerbsmensch, der er ist, beim besten Willen nicht zu erwärmen vermag. Über kurz oder lang wird wahrscheinlich der Augenblick eintreten, in dem das gärende Halbasien der mehr als eine Million Kolonisten als eines in seiner Masse störenden Elements, das ja stets als fremd empfunden wurde, am liebsten wird los und ledig werden wollen, — oder es wird sie zerreiben. Aber schon jetzt ist auf der anderen Seite eine analoge Tendenz festzustellen: die Los-von-Rußland-Bewegung tritt bei den deutschen Bauern selbst elementar zutage.

So scheint es, als übe das ostdeutsche „Vakuum" bereits gegenwärtig seine Anziehungskraft auf das vielleicht endgültig überlebte deutsche Kolonistentum Rußlands aus. Das sind Kräfte, die zueinander streben, dem Mutterlande gewiß zum Besten. Kann man sich dabei ein willkommeneres Siedlungselement für den Reichsosten denken? Vor zwanzig Jahren holten die Balten Sylvio Bröderich und Baron Manteuffel einige tausend deutscher Kolonisten aus Wolhynien, zum Teil auch von der Mittelwolga, nach Kurland. Kaum auf dem neuen Boden ansässig geworden und schon über zehntausend zählend, wurden sie vom großen Krieg ereilt. Als sich die Wogen geglättet hatten, war nur noch die Hälfte der Siedler vorhanden. Seitdem ist in jeder Hinsicht wieder ein Aufstieg, gewiß ein mühsamer, jedoch ein aussichtsvoller, zu verzeichnen. Mitten im fremdsprachigen Meer der Kernbevölkerung bleiben die deutschen Kurlandbauern ihrer Sprache, Art und Sitte treu. Sie leben, mögen sie stellenweise auch noch so zerstreut siedeln, eigentlich nur unter sich, für sich und mit einander zusammen, alte Tradition wahrend und eines Kindersegens sich erfreuend, der im ganzen Lande beispiellos dasteht, dessen Durchschnitt um das Doppelte und Mehrfache übertreffend. Der Zug zur Stadt ist bei den deutschen Kurlandbauern eine seltene

Ausnahme, ja es scheint, als ob die nagende Flut der modernen Zivilisation mit ihren Auswüchsen am Konservatismus dieser deutschen Bauern machtlos zerschelle. Das Beispiel für die „Umsiedlung" wäre damit gegeben.

Wieder im Mutterlande, würden die nimmermüden, wiewohl agrikulturell noch merklich zurückstehenden deutschen Landleute aus Rußland voraussichtlich für längere Dauer in ihrer etwa um ein Jahrhundert hinter der Gegenwart zurückstehenden Überlieferung, die mit tiefer Frömmigkeit verbunden ist und viel mehr positive als negative Seiten aufweist, verharren. Auch volkswirtschaftlich ausgedrückt, bietet sich jetzt die beste Gelegenheit zu einem willkommenen Reexport hochwertiger Volkskraft. Dieser wenn auch noch so kostspielige Reexport würde sich unter den gegebenen Verhältnissen vermutlich viel besser und schneller bezahlt machen, als jegliche andere Einfuhr. Sache der Diplomatie wäre es, die Wege dazu zu ebnen, deren Ansätze jetzt schon erkennbar hervortreten. Was helfen alle noch so glänzend geschriebenen Zeitungsaufsätze mit ihren Hinweisen auf das „Grenzkampfland", die „umbrandete Insel Ostpreußen", das „deutsche Ostland", die „Arbeit am Volkstum", die „bereitstehende feindliche Flut" das „Gegenfeuer der Heimatliebe", die „siebenhundert bis tausend Jahre Deutschtum im Osten", die „Lebensfrage für Deutschlands Zukunft" „Ostdeutschland als Brücke zu seiner künftigen wirtschaftlichen Bedeutung", die „Aufgabe des ganzen deutschen Volkes" und wie die nationalen Losungen und politischen Schlagworte sonst noch lauten! Nicht viel helfen auch alle leidenschaftlich beantragten, nur zögernd und teilweise bewilligten Reichsbeihilfen, Ostzuschüsse und sonstigen Aufwendungen für Kultur, Verkehr, Aufbau und ähnliche Zwecke im Osten, wenn dieser nur zu offensichtlich die beginnende Weißblutung aufweist. Volksdeutsche Kräfte stehen hier zur Verfügung. Sollen sie dem Ausland oder dem Reich zugute kommen — das ist die Frage. Sicherlich, schwierig wäre die wirtschaftliche Seite der Siedlung. Denn die Rentabilität fehlt, daran scheitern schon die bestehenden landwirtschaftlichen Betriebe. Land könnte infolge der Agrarkrise im deutschen Osten allerdings erworben werden. Siedlung und Sicherung der Rentabilität der Landwirtschaft, diese beiden Fragen sind untrennbar verknüpft. Darum forderte das zitierte Stettiner Blatt auch an erster Stelle die Rentabilität, eine Forderung, die wir unterstreichen müssen.

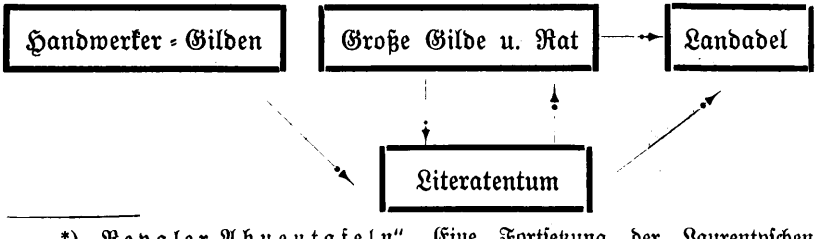
Zur baltischen Ständegeschichte

Von Wolfgang Wachtsmuth

Die „Revaler Ahnentafeln" von Georg Adelheim*) haben in der „Baltischen Monatsschrift" (Heft 1 des laufenden Jahrganges) eine sehr günstige Kritik aus berufenster fachmännischer Feder erhalten. Schon in dieser Kritik wird ausdrücklich auf den großen soziologischen Wert der Ahnentafeln und auf einige dahinzielende „Bemerkungen" Adelheims (Seite 105/106) hingewiesen, doch erscheinen mir diese „Bemerkungen" ständegeschichtlich so interessant, daß sie es verdienen, etwas weiter ausgesponnen zu werden. Das will ich in Folgendem versuchen.

In Heft 2/3 der „Baltischen Monatsschrift" des Jahrgangs 1928 veröffentlichte ich einen Aufsatz „Adel und Literatentum, ihre Struktur und ihre gegenseitigen Beziehungen", worin ich die Ansicht vertrat, daß das Literatentum in Kurland „sich gewissermaßen zu einer bürgerlichen Aristokratie gestaltete, die sich zwischen das übrige Bürgertum und den Adel schob, ja häufig in scharfen Gegensatz zum Adel trat", während das Literatentum in Liv- und Estland „Brücke zum Adel wurde und sich nicht, wie das ständisch umgrenzte kurländische, fest gegen den Adel abschloß" Diese von mir gekennzeichnete Erscheinung suchte ich dann aus der Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte des liv-estländischen Adels einerseits und des kurländischen Adels andererseits zu erklären.

Die Richtigkeit dieser Auffassung — speziell für Reval — wird nunmehr auch durch das genealogische Tatsachenmaterial der Adelheimschen Ahnentafeln bestätigt, — ja, Adelheim ist in der Lage, das folgende, den „Brückencharakter" des estländischen Literatentums vortrefflich illustrierende Schema „für die ständische Situation Revals in schwedischer Zeit (und Anfang der russischen)" aufzustellen:



*) „Revaler Ahnentafeln". Eine Fortsetzung der Laurentyschen „Genealogie der alten Familien Revals" von Georg Adelheim. 1. Lieferung, Reval, Verlag F. Wassermann, 1929.

Eine direkte Verbindung zwischen der Kleinen und Großen Gilde fehlt, wie wir sehen, völlig: der erste Revaler Handwerkerssohn (der selbst aber schon der Großen Gilde angehört) zieht, wie Adelheim festgestellt hat, im Jahre 1710 (es ist das Pestjahr mit seinem großen Sterben) in den Rat ein! Das Literatentum dagegen, „dessen Glieder, durch keinerlei ständische Rücksichten gehemmt, sich Verbindungen nach allen Seiten hin schufen" (Adelheim), bildet die „Brücke"

Das lehren nun auch diese Ahnentafeln.

Aber die Ahnentafeln bieten noch anderes, ständegeschichtlich höchst charakteristisches Material. Hier soll nur versucht werden, die Frage der ständischen Sonderstellung der Revaler Bader, Goldschmiede und Musici instrumentales, auf die Adelheim in seiner Randbemerkung auf Seite 106 hinweist und für die er noch weiteres Material beizubringen in Aussicht stellt, einer kleinen kritischen Untersuchung zu unterziehen.

Obgleich die Bader, Goldschmiede und Musici politisch zu einer der Handwerkergilden gehörten, so „strebten sie (wie Adelheim betont) gesellschaftlich von ihnen fort" und suchten durch Ehebündnisse sozialen Anschluß an die Große Gilde und den Rat. Das ist den Goldschmieden und Musici, wo Ehen mit Töchtern aus alten Patriziergeschlechtern keine Seltenheit sind, auch gelungen. „Am schwächsten ist das Losgelöstsein von der St. Canuti-Gilde (Handwerkergilde) noch bei den Badern zu bemerken, denn eine Ehe eines Baders mit einer großgildischen Tochter vermag ich nicht festzustellen", schreibt Adelheim. Den politischen Anschluß an die Große Gilde, der bekanntlich den rigaschen Goldschmieden 1631 gelang, haben diese in Reval nicht erreicht*): die ständische Tradition war in Reval (im Gegensatz zu Riga) zu stark und zu starr, als daß sie so leicht hätte durchbrochen werden können.

Es fragt sich nun: was war es, das diese Revaler Bader, Goldschmiede und Musici trotz aller Widerstände aus dem Kreis ihrer Gildengenossen heraushob und den sozial Höherstehenden näherte? Wirtschaftlicher Wohlstand (gewiß auch eine Vorbedingung) wird es wohl schwerlich allein gewesen sein. Wir gehen schwerlich fehl, wenn wir den Grund im künstlerischen Charakter dieser Berufe suchen. Das wird besonders deutlich, wenn wir die ständische Sonderstellnng der Vertreter eines weiteren künstlerischen Berufes,

*) Vgl. W. Neumann, „Aus alter Zeit", Riga 1913, Seite 79—95: „Aus dem Revaler Zunftleben."

des Tanzmeisters, zum Vergleich heranzuziehen. Die Tanzkunst wurde zu jener Zeit, zumal im 17. Jahrhundert, unter allen Künsten wohl am höchsten gewertet *). Ludwig XIV., Europas Autorität in Fragen des Geschmacks und der Etikette, dünkte sich nicht zu gut, als König 18 Jahre hindurch alljährlich im Pariser Ballett öffentlich als Tänzer aufzutreten**). Der hohen Wertung der Tanzkunst entsprach auch die höhere soziale Wertung der Tanzmeister, die sich vielfach aus den oberen Ständen, vor allem aus den Kreisen der Offiziere, rekrutierten, obgleich sie formal auch ein „Gewerbe" ausübten.

Was für die Tanzmeister galt, galt auch für die Musici instrumentales und die Goldschmiede. Der künstlerische Charakter ihres „Gewerbes" hob sie aus der Masse der Handwerker heraus und gestattete ihnen (freilich wohl nur, wenn „persönliche Qualitäten" und die wirtschaftliche Unterlage vorhanden waren), sich sozial auf die Stufe der Ratsgeschlechter zu stellen.

Viel auffallender und komplizierter aber ist die soziale Verschiebung bei den Badern.

Zunächst sei vorausgeschickt, daß man bis in den Beginn des 19. Jahrhunderts (in Kurland z. B. bis 1825) zwei Kategorien von Ärzten unterschied: 1) die gelehrten Ärzte, die „Magistri und Doctores medicinae", und 2) die nichtgelehrten Ärzte, die ihre „Kunst" bei ihren Meistern handwerksmäßig erlernten, Zünfte bildeten und den Namen Bader, Barbiere (Balbierer), Chirurgen oder Wundärzte führten, wobei mancherorts die „Bader" den „Barbieren" (= Chirurgen, Wundärzten) untergeordnet waren und einen beschränkteren Wirkungskreis hatten***).

Dabei ist zu bemerken: die „Magistri und Doctores medicinae" befaßten sich bis an das Ende des 18. Jahrhunderts ausschließlich mit der Heilung innerer Krankheiten, während alle chirurgischen Fälle vor die Bader resp. Barbiere kompetierten. Damit

---

*) Vgl. v. Bohn, „Der Tanz".

**) Vgl. F. M. Böhme, „Geschichte des Tanzes in Deutschland", Leipzig 1886, Breitkopf und Härtel, 2 Bände.

***) Auf den Kompetenzenstreit und die Unterschiede zwischen den „Badern" und den „Barbieren" und zwischen den verschiedenen Kategorien der Chirurgen näher einzugehen, würde hier zu weit führen. Interessenten seien auf die drei Werke von Dr. J. Brennsohn verwiesen: 1) Die Ärzte Livlands (Verlag E. Bruhns, Riga, 1905); 2) Die Ärzte Estlands (Riga, 1922); 3) Die Ärzte Kurlands (Verlag Ernst Plates, Riga, 1929).

hatten sich (zumal, wenn wir die in jenen Zeiten herrschende Händelsucht und „Schlagfertigkeit" in Betracht ziehen) die wissenschaftlich vorgebildeten Ärzte eines ganz großen Arbeitsgebietes beraubt, auf dem nun die nichtgelehrten Ärzte, die auch vor größeren Operationen (Brustkrebs z. B.) keineswegs zurückschreckten, unbeschränkt herrschten.

Und da beobachten wir das im ersten Augenblick Überraschende: trotz ihrer großen Bedeutung für die Volkswohlfahrt standen die Bader und Chirurgen sozial ursprünglich nicht etwa über den Handwerkern, sondern sie waren häufig minder geachtet, ja ihnen haftete vielfach ein ausgesprochener Makel an, der sie sogar außerhalb der Gemeinschaft der „ehrlichen Leute" stellte.

Was ist der Grund dafür?

Das dreibändige Fundamentalwerk Brennsohns konstatiert gleichfalls diese soziale Minderwertigkeit der Träger genannter Berufe. Den näheren Gründen für diese sehr auffallende Erscheinung (die, wie bei den Leinwebern und Müllern, aber nicht überall zu beobachten ist) geht Brennsohn jedoch nicht nach und in der mir zugänglichen Literatur finde ich mehrfach auch nur den einen Hinweis, daß es — wie bekannt — in den Badstuben des Mittelalters meist nicht gerade sittenstreng hergegangen sei und daß den Badern vielleicht deshalb der Makel der Unehrlichkeit anhafte*). Oder es heißt, daß „der Müller, der Leinweiber und der Bader nicht zünftig werden durfte, weil ihr Handwerk einst unfrei (d h. von Unfreien ausgeübt) war"**). Das aber waren ursprünglich auch viele andere alte Handwerke, ohne deswegen mit irgend einem Makel behaftet zu sein, so daß dieses Argument nicht gut geltend gemacht werden kann. Nun aber erlaubt eine aufmerksame Durchsicht der Lebensläufe der vielen Chirurgen aus den letzten Jahrhunderten die Heranziehung eines anderen, m. E. wichtigen Momentes, und dieses möchte ich in folgendem kurz darzulegen versuchen.

Mir will es nämlich scheinen, daß wir nicht fehlgehen, wenn wir einen schwerwiegenden Grund für diesen Makel der Barbiere im „blutigen" Charakter ihres Gewerbes suchen, der sie nach damaliger primitiver Auffassung dem Gewerbe des Scharfrichters und seiner

*) z. B. in G. Wagner, „Das Gewerbe der Bader und Barbiere im deutschen Mittelalter" Freiburg i. B. 1917 (hier auch eingehende Literaturnachweise). — A. v. d. Ropp, „Das zünftige Handwerk in Mitau zu herzoglicher Zeit (1562—1795)", Freiburg i. B. 1913.

**) A. Keller, „Die Handwerker im Volkshumor," Leipzig 1912, Seite 10.

Folterknechte offenbar verzweifelt nahe brachte! Es läßt sich (z. B. an der Hand der Biographien in Brennsohns Buch) nämlich nachweisen, daß die Chirurgen früherer Jahrhunderte bei schweren Operationen (Amputationen usw.) sich tatsächlich der Scharfrichter und Folterknechte als Assistenten bedienten, da diese in damaliger Zeit zweifellos zu den besten Kennern der Anatomie des menschlichen Körpers gehörten und in der Tat geeignet waren, dem Chirurgen bei Ausübung seines Amtes wertvolle Dienste zu leisten. Diese nahe „berufliche" Berührung mit „unehrlichen Leuten" dürfte den Badern und Barbieren m. E. gesellschaftlich zum Verhängnis geworden sein.

Gegen diesen den Badern und Barbieren und anderen ehrlichen Berufen unberechtigterweise anhaftenden Makel kämpften nun nicht nur die Vertreter dieser Berufe, sondern auch die Regierungen systematisch an. So bestimmt die Mitausche Polizeiordnung von 1606*): „Wiewohl in etzlichen Orten der Gebrauch sein mag, daß der Leinweber, Bader, Müller, Hirten und Stadtknechte Kinder in den Zünften und Handwerken nicht aufgenommen werden. Weillen aber unbillig, daß diejenigen, so ehrlich geboren und nicht mißhandelt, ohne ihre Schuld ausgeschlossen werden sollen, so wollen wir solchen Gebrauch in unserer Stadt Mitau aufgehoben und geordnet haben, daß vorerzählte Personen in Zünften und Gilden keineswegs ausgeschlossen, sondern wie andere redliche Leute da zugelassen, auch von Meistern allhie in die Lehre genommen werden sollen'**).

Aber der Schragen der Goldinger Sattler verbietet den Sattlermeistern noch im Jahre 1646, Söhne von Zöllnern, Müllern, Leinwebern, Badern, Balbieren usw. in das Handwerk aufzunehmen, ja er betont ausdrücklich, daß Ehebündnisse von Gliedern der Sattlerzunft mit Angehörigen genannter Berufe nicht erlaubt seien***). Erst im Goldinger Schragen von 1686 fehlen in der Aufzählung der beanstandeten Berufe die Bader und Barbiere. Diese haben sich im Laufe des 17. Jahrhunderts gesellschaftlich mithin durchgesetzt. Auf-

*) Zitiert aus: Brennsohn, „Die Ärzte Kurlands", Seite 9/10.

**) Wie sich herausstellt, eine fast wörtliche Wiederholung derselben Forderung aus der „Reformation guter Polizei, zu Augsburg 1548 aufgericht" und aus der „Kaiserlichen und des Reiches Polizeiordnung, zu Frankfurt anno 1577 aufgerichtt" (diese abgedruckt in A. Keller, „Die Handwerker im Volkshumor", Leipzig 1912, Seite 11 und 12).

***) Mitteilung von Oberlehrer W. Räder, nach Brennsohn „Die Ärzte Kurlands"

fallend und für das ständisch außerordentlich starre Kurland charakteristisch bleibt es trotzdem, daß dort die Bader und Barbiere noch im 17. Jahrhundert eine untergeordnete, ja mißachtete soziale Stellung einnahmen, während sie in Reval zu gleicher Zeit sich bereits über die Handwerker emporgearbeitet hatten. Diese Entwicklung nach oben vollzieht sich dann aber auch in Kurland, wozu vor allem die fortschreitende Verbesserung der ärztlichen Kunst der Chirurgen (was ihre höhere Wertschätzung zur Folge hatte) beigetragen haben wird. Am Ende des 18. Jahrhunderts haben die Chirurgen sich auch in Kurland völlig durchgesetzt und wir finden die prominenteren Vertreter dieser Kunst bereits in angesehener sozialer Stellung, mit dem polnischen Hofratstitel geziert und in verwandtschaftlichen Beziehungen zu den exklusiven kurländischen Literatenfamilien. Bis dann 1825 die „Chirurgen" in Kurland ganz verschwinden und auf Grund der russischen Medizinalverfassung nur noch „studierte Ärzte" zur Ausübung der Praxis zugelassen werden.

Zur Politik der Esten in Rußland 1918

Vom Estländischen Gesandten in Moskau, Herrn J. Seljamaa, ist uns nachstehendes Schreiben zugegangen, das wir zusammen mit einer Erwiderung von Baron W. Wrangell zum Abdruck bringen.

Die Schriftleitung

Der Estländische Gesandte
in Moskau

Moskau, den 10. Januar 1930.

Hochgeehrter Herr Redakteur!

Mit großer Verspätung erhielt ich die Nachricht, daß in der „Baltischen Monatsschrift" Nr. 11 — 1929 ein Aufsatz von Baron Wilhelm Wrangell über „Die estnische Vertretung der Reichskonferenz in Ufa" zum Abdruck gelangte. In diesem Artikel wird dargelegt, daß die estnischen Delegierten von der Konferenz von Ufa — Alekfander Kaelas, A. Nõu und Bernhard Linde — in meinem, als des damaligen Vertreters der estländischen temporären Regierung, Auftrage, mit einer gewissen politischen Erklärung hervorgetreten sein sollen. Diese Erklärung lautete so, daß Estland bereit wäre, seine Sebständigkeitsproklamation einer Revision zu unterziehen und seine staatliche Zukunft der Beschlußfassung der russischen konstituierenden Versammlung zu überlassen.

Um jegliche Mißverständnisse zu beseitigen, erkläre ich ganz kategorisch, daß ich weder den genannten drei Herren, noch anderen Personen irgendwelche Vollmachten zur Abstattung genannter Deklaration erteilt habe, insbesondere auch nicht zu der Konferenz von Mitgliedern der russischen konstituierenden Versammlung in Ufa im Jahre 1918. Trotzdem ich mich wohl zu der Zeit in Rußland aufhielt, habe ich, als ehemaliges Mitglied der russischen konstituierenden Versammlung, nach ihrer Auflösung durch die Sowjetregierung niemals an Beratungen der Mitglieder der konstituierenden Versammlung oder in Konferenzen teilgenommen.

Nach Auflösung der konstituierenden Versammlung im Januar 1918 beschlossen wir — Poska, Wilma und ich — jegliche Beziehungen mit der ehemaligen konstituierenden Versammlung abzubrechen und zur Durchsetzung der Selbständigkeit Estlands mit Vertretern der Ententestaaten in Verbindung zu treten.

Nach Proklamation der estländischen Selbständigkeit wurden mit meinem Einverständnis in verschiedenen Orten Rußlands estnische Komitees ins Leben gerufen, deren Aufgabe es war, den Schutz der Esten im Sowjetstaate zu organisieren. Zur Begründung der Komitees traten die örtlichen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zusammen und wählten aus ihrer Mitte auch die entsprechenden Büros. Wenn ich mich nicht irre, war der Vorsitzende des Moskauschen Komitees Prof. A. Kaelas. Auch mit den Esten in Samara bezw. Saratov (Linde, Tiedemann) hatte die estländische Vertretung in Leningrad einen Briefwechsel über das Inslebenrufen eines Komitees. Hierbei war es logisch, daß keines dieser Komitees mit irgendwelcher Vollmacht versehen wurde und insbesondere nicht in solchen Fragen, die Estlands Selbständigkeit betrafen.

Hochachtungsvoll

Julius Seljamaa

Aus vorstehendem Schreiben des Estländischen Gesandten in Moskau, Herrn Seljamaa, geht hervor, daß er meinen Aufsatz nicht selbst gelesen, sondern von dritter Seite einen augenscheinlich nicht ganz genauen Bericht über diesen Aufsatz erhalten hat. Nach wörtlicher Übersetzung der protokollarisch niedergelegten Erklärung des estnischen Vertreters*) wies ich darauf hin, daß aus dem Wortlaut

*) Um Mißverständnissen vorzubeugen, lasse ich nachstehend den russischen Originaltext des betr. Absatzes des Protokolls folgen: „Разсмотрѣвъ всѣ представленныя ходатайства, комиссія (NB. die Mandatskommission) признала

nicht hervorgehe, ob diese Erklärung im Auftrage von Herrn Seljamaa oder auf eigene Verantwortung abgegeben worden sei, daß mir aber die zweite Möglichkeit wahrscheinlicher erscheine. Diese meine Ansicht wird nun von Herrn Seljamaa bestätigt.

Unklar bleibt die Frage, mit Vollmachten welcher Art die drei estnischen Vertreter ausgerüstet waren. Im Protokoll werden sie „Vertreter des Beauftragten der estnischen temporären Regierung Seljamaa" (Представители Уполномоченнаго Эстонскаго Временнаго Правительства Сельяма) genannt, und nur als solche erhielten sie Sitz und Stimme auf der Konferenz. Daß das nicht etwa in ihrer Eigenschaft als Vertreter estnischer Komitees geschehen konnte, geht außer aus dem Wortlaute des Protokolls auch daraus hervor, daß z. B. die Vertreter des lettischen Komitees in Samara zur Konferenz nicht zugelassen wurden. Im Interesse der geschichtlichen Forschung wäre eine Klärung auch dieses Punktes sehr erwünscht. Baron Wilhelm Wrangell

Deutsche Studentenschaft und preußische Staatsregierung

Zum Rücktritt des preußischen Unterrichtsministers, Professor Dr. C. H. Becker

In diesen Tagen ist der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Professor Dr. C. H. Becker aus dem preußischen Staatsministerium ausgeschieden. Mit ihm tritt ein Mann von entscheidender Stelle des politischen Lebens im Reiche ab, dessen Name mit der Geschichte der deutschen Studentenschaft im letzten Jahrzehnt eng verknüpft ist. Ist er es doch gewesen, der, vorbildlich für seine Kollegen in den anderen deutschen Ländern, der deutschen Studentenschaft im Jahre 1922 die staatliche Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts verlieh, und damit das deutsche Studentenrecht schaffen half. Er war es aber auch, der auf Seiten des Staates im Vordergrund des größten politischen Konflikts stand, der zwischen der Studentenschaft und Staatsverwaltung seit den Tagen Metternichs stattgefunden hat; ein Konflikt, der,

подлежащимъ удовлетворенію ходатайство Астраханскаго Казачьяго войска и представителя Эстонскаго Временнаго Правительства, при чемъ въ протоколъ засѣданія было внесено заявленіе представителя эстонскаго правительства о готовности пересмотрѣть рѣшеніе эстонскаго сейма относительно провозглашенія самостоятельности эстонской республики и подчиненіи въ рѣшеніи вопроса объ окончательныхъ государственныхъ судьбахъ Эстоніи постановленіямъ Всер. Учред. Собранія."

eingeleitet durch den Fall Lessing vom Sommersemester 1926, mit dem Weihnachtserlaß im Wintersemester begann und im Wahlkampf des Wintersemesters 1927 seinen Höhepunkt fand. Er endete mit der Entziehung der staatlichen Anerkennung der Studentenschaften Preußens, deren politische Haltung den Erwartungen nicht entsprochen hatte, die man bei der Schaffung des Studentenrechts in sie setzte.

Die Art und Weise, in der Minister Becker zum Abgang genötigt wurde, ist geeignet, die Methoden politischer Staatsführung in Preußen in den Augen der akademischen Jugend Deutschlands von neuem zu kennzeichnen, einer Staatsführung, als deren Exponent der gestürzte Minister ihr seither in Amt und Würden entgegengetreten ist, und die deutschen Studenten werden sich trotz aller politischen Gegensätze menschlich auf die Seite ihres Widersachers stellen, den ein höchst unfaires Kesseltreiben, die peinlich zur Schau getragenen Bemühungen der größten Regierungspartei, einen ihrer Anhänger an seine Stelle zu setzen, von seinem Ministersessel verdrängten, indem man eine Dienstreise Beckers benutzte, um während seiner Abwesenheit vollendete Tatsachen zu schaffen. Der scheidende Minister ist ein Mann von hohen geistigen Qualitäten und wissenschaftlichen Fähigkeiten gewesen, wenn er auch als Politiker abzulehnen war. Kaum einem anderen wäre es wohl gelungen, den Gedanken der derzeitigen preußischen Regierungskoalition im staatlichen Unterrichtswesen Eingang zu verschaffen. Er war zum Schrittmacher der parteistaatlichen Verwaltungspraktik geworden, die ihn jetzt, da man inskünftig ohne ihn das begonnene Werk fortsetzen zu können glaubt, einem „Kuh-Handel" opfert, auf Format verzichtend zugunsten kleingeistiger Parteirücksichten. Ein Mitglied der größten Regierungspartei, der Sozialdemokratie, hat ihren bisherigen loyalen Koalitionsfreund von der bürgerlichen Linken ersetzt.

Das deutsche Studentenrecht, mit dessen Geschichte Professor Beckers Name so eng verknüpft ist, kann inhaltlich nicht als staatliche Schöpfung angesehen werden. Es ist nach Geist und Inhalt das Werk der studentischen Frontgeneration, die aus den Schützengräben des Weltkriegs, den Kämpfen in Grenzschutz und Bürgerkrieg eine neue, eine junge, eine zukunftsträchtige Anschauung von Volk und Staat, von Einzelmensch und Gemeinschaft mit nach Hause, mit an Deutschlands Hohe Schulen brachte. In gemeinsamen Kämpfen und Nöten hatten sie die Realität der Gemeinschaft als des ordnenden Prinzips erlebt, das dem einzelnen erst seine Daseinsberechtigung verleiht. Sie wußten, daß man einen Staat nicht aufbauen kann auf der amorphen Masse isolierter Individuen, die sich in „Freiheit" und „Gleichheit" zum Staate als einer erklügelten und wohlberechneten Organisation zusammentun. Sie trugen in sich die Überzeugung, daß ein Staat und ein Volk nur bestehen kann, wenn sie sich aufbauen auf der festen Grundlage organisch gewordener Gliederungen, Gemeinschaften der Geburt, des Erlebens oder der Pflicht. Und wie der einzelne seine Rechte und Pflichten nur aus der Gemeinschaft herleiten kann, in die er hineingestellt ist, so empfängt auch diese wiederum Befugnis und Aufgabe allein von dem größeren Ganzen. Es ist das Ideal des körperschaftlichen, des bündischen Staatsaufbaus, der vom Volkstum her und aus religiösen Kräften seine generationenumfassende autoritative Geltung erhält. Altes deutsches Rechtsgut, altüberkommenes, von der klassischen Philosophie zu Beginn des vorigen Jahrhunderts geklärtes Staatsdenken verband sich mit dem tiefen Erlebnis des großen Krieges. Gedanken des Reichs-

freiherrn vom Stein klingen wider in der Forderung nach der gemeinschaftsgebundenen Persönlichkeit, die in der sich selbst verwaltenden Gemeinschaft selbstverantwortlich tätigen Anteil nimmt an der Arbeit für Volk und Staat. Solche Gedanken wollte Deutschlands akademische Jugend, aus den Schützengräben heimgekehrt, sogleich in dem engeren Bereiche ihrer Tätigkeit in die Praxis umsetzen, und sie begann mit der zielsicheren Ordnung der Gemeinschaft, in die sie hineingestellt war, um zu ihrem Teil am Leben der Gesamtnation teilzunehmen: der Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden, an der Hochschule. Hier sollte, ein Vorbild für künftigen Wiederaufbau, die „Zelle" des bündischen Staats der deutschen Jugend geschaffen werden.

So entstanden die örtlichen Studentenschaften an den deutschen Hochschulen, aus deren Zusammenschluß die Deutsche Studentenschaft sich entwickelte. Nach harten Kämpfen um die Gestaltung dieses großen studentischen Zusammenschlusses, wie er in Deutschland schon so manchesmal versucht, aber vorher noch nie erreicht worden war, kam im Jahre 1922 die Würzburger Verfassung zustande, auf der noch heute die rechtliche Ordnung der Deutschen Studentenschaft beruht. Sie geht aus von der örtlichen Einzelstudentenschaft jeder Hochschule, die alle an ihr eingeschriebenen deutschen Studenten umfaßt. Die Einzelstudentenschaften aller deutschen Hochschulen innerhalb und außerhalb der deutschen Staaten bilden die Deutsche Studentenschaft. Die Zugehörigkeit zur einzelnen Studentenschaft und der Zusammenschluß der Einzelstudentenschaften zur Deutschen Studentenschaft (D. St.) beruht auf dem Volksbürgerprinzip. Das Volk ist die umfassendste Gemeinschaft, in die jede studentische Gemeinschaft eingeordnet ist. Darum spielt die Staatszugehörigkeit sowohl des einzelnen Mitglieds wie auch die der örtlichen Studentenschaft keine Rolle: ein Siebenbürger Sachse ist an einer preußischen Hochschule ebensogut Mitglied der Studentenschaft, wie ein Reichsdeutscher, und die Prager deutsche Studentenschaft gehört ebensogut zur Deutschen Studentenschaft, wie die Studentenschaften von Heidelberg und Graz. Nur in einem Punkte war dies Prinzip durchbrochen: an reichsdeutschen Hochschulen war außer den auslanddeutschen Studenten jeder Student reichsdeutscher Staatsangehörigkeit Mitglied der Deutschen Studentenschaft. So kann z. B. ein Pole, der preußischer Staatsbürger ist, Mitglied der Deutschen Studentenschaft sein. Der politisch wichtigste Fall war die Behandlung der jüdischen Studenten, die, weil nicht deutscher Abstammung, z. B. in Wien oder Prag nicht zur Deutschen Studentenschaft gehören, wohl aber an einer reichsdeutschen Hochschule, wenn sie nur Reichsbürger sind. Dieser Kompromiß mußte im Reiche gemacht werden, um die staatliche Anerkennung der Studentenschaften zu erhalten. In Österreich und in Sudetendeutschland beschränkte man sich auf die rechtliche oder faktische Anerkennung durch die einzelne Hochschule, was bei der dort bestehenden weitgehenden Autonomie der Hochschule der Anerkennung durch den Staat praktisch gleichkommt, die im Reiche und in Danzig erstrebt werden mußte, weil hier die Hochschulautonomie viel beschränkter ist

Die staatlichen Organe im Reich, die der Studentenschaft die öffentlich-rechtliche Anerkennung als Körperschaft angedeihen ließen, haben das politische Wollen, die Staatsauffassung der akademischen Jugend von vornherein gründlich verkannt. An dem Begriff der Selbstverwaltung schieden sich die Geister: die Jugend verstand ihn als Grundstein korporativer, modern-konservativer Staatsgestaltung;

die Alten in der Macht und ihre intellektualistische Gefolgschaft unter der Jugend verstanden darunter eine Übersetzung des parlamentarischen Parteistaats ins Kleine und eine Ablehnung der Autorität. Dort begriff man sie als Mitarbeit an einer selbstverantwortlichen Körperschaft im Rahmen des Volksganzen und als Ansatz zum bündischen, autoritären Staate der Zukunft, für den der Staat in seiner Gegenwartsform nur die Bedeutung eines Übergangsstadiums haben konnte, die Alten aber glaubten im parlamentarischen Parteistaat die Form bereits gefunden zu haben und verlangten daher auch von der Jugend ein freudiges Bekenntnis zu ihrer „Republik". Die studentische Selbstverwaltung schien ihnen daher in ihr System zu passen, sie sollte die Vorstufe für die parteipolitisch-parlamentarische Tätigkeit des späteren Akademikers werden. – Die Enttäuschung konnte nicht lange auf sich warten lassen. Zwar bildeten sich innerhalb der studierenden Jugend alsbald parteipolitisch orientierte Gruppen, die jene Erwartungen zu erfüllen schienen. Aber soviel sie auch von sich, ihrer guten republikanischen Gesinnung und ihrer Staatstreue zu reden wußten, sie blieben in hoffnungsloser Opposition eine ständige „Minderheit" Die Mehrheit aber wandte sich nun nicht etwa der parlamentarischen Rechten zu, wenn sich auch solche Gruppen hier und da bildeten. Sie hielt sich, und namentlich tat dies das Korporationsstudententum, der Parteipolitik überhaupt fern. Das bündische Staatsbild des modernen Konservatismus und der Volkstumsgedanke verliehen dieser Jugend das Gepräge. Gleichwohl wurde sie kurzerhand in das Schema einrangiert, als „reaktionär" und „staatsfeindlich" bezeichnet. Der Kampf begann.

Zunächst beschränkten sich die Behörden darauf, den Studentenschaften möglichst viele Aufgaben zu entziehen (wie es ja überhaupt schlimmer ist, Aufgaben zu verlieren, als Rechte): die wirtschaftliche Selbstverwaltung (Stipendien, Darlehen, Werkarbeit, Speisung, Arbeitsvermittlung usf.) ging nach und nach an eine vom Staat finanziell und darum auch politisch beherrschte Organisation („Wirtschaftshilfe") über; das von den Ämtern für Leibesübung der D. St. mustergültig ausgebaute Sportwesen wurde der Betreuung durch staatliche Institute überwiesen. Eine ähnliche Stelle wurde für die studentische Auslandarbeit ins Leben gerufen. So war der Boden schon vorbereitet, als es zum offenen Kampf kam. In einem Erlaß vom Dezember 1926 verlangte der preußische Unterrichtsminister eine Verfassungsänderung der Studentenschaften, wonach sie das Volksbürgerprinzip auch für Österreich aufzugeben hatten: jeder österreichische Staatsbürger sollte ohne weiteres im Reiche Mitglied der D. St. werden können. In Österreich selbst war dies nur dann möglich, wenn er zugleich auch deutscher Abstammung und Muttersprache war (der wichtigste Anwendungsfall war auch hier wieder der des jüdischen Studenten). Diese Verfassungsänderung hätte die Beseitigung der Würzburger Verfassung und damit das Ende des großdeutschen Aufbaus der D. St. bedeutet; denn die österreichischen und sudetendeutschen Studenten hätten einer solchen Änderung niemals zugestimmt. Nach längeren Verhandlungen stellte der Minister die Verfassungsänderung in allen preußischen Einzelstudentenschaften zur Abstimmung, die im November 1927 stattfand und eine große Mehrheit gegen den ministeriellen Verfassungsentwurf ergab. Daraufhin wurde den Studentenschaften in Preußen die staatliche Anerkennung entzogen.

In den übrigen deutschen Ländern und in Danzig sind aber die Studentenschaften auch heute noch staatlich anerkannte Körperschaften, in Österreich und Su-

detendeutschland ist alles beim Alten geblieben. Die Deutsche Studentenschaft konnte als großdeutscher Zusammenschluß der Einzelstudentenschaften an den deutschen Hochschulen diesseits und jenseits der Grenzen erhalten werden. In Preußen haben sich nach der Auflösung der öffentlich-rechtlichen Körperschaften „Freie Studentenschaften" gebildet, die nach der Würzburger Verfassung organisiert und Mitglieder der D. St. sind. Sie umfassen durchschnittlich die Hälfte der immatrikulierten Studierenden.

Außerdem hat sich in den letzten Semestern die frühere D. St.-Minderheit", d. h. die parteipolitischen Gruppen der Linken, im „Deutschen Studentenverband" organisiert, in dem die sozialistischen Studentenvereinigungen numerisch und praktisch überwiegen. Nach der Zahl seiner Mitglieder (einige Tausend) steht er zwar noch weit hinter der D. St. mit nahezu 100,000 Studenten zurück, aber im öffentlichen Leben tritt er, von Regierungsseite stark gefördert, von Zeit zu Zeit in den Vordergrund der Hochschulpolitik. Auch auf dem Gebiet der Außenpolitik tritt er in die Erscheinung. So entsandte er zum Kongreß des Internationalen Studentenverbandes (C. J. E.) im Jahre 1928 zu Paris seine Vertreter, die neben der Delegation der Deutschen Studentenschaft, die mit der C. J. E. ein Arbeitsabkommen hatte und daher den Kongreß beschickte, die deutschen Studenten „auch" vertreten zu können behaupteten. Sie erlangten in der Tat mit französischer Unterstützung Zutritt zu den Verhandlungen, weshalb die deutsche Delegation den Kongreß unter Protest verließ, da in der Zulassung der Studentenverbandsvertreter ein Bruch des Abkommens zu erblicken war. Dieser Schritt des Verbandes auf das Gebiet der studentischen Außenpolitik gehört nicht gerade zu den Ruhmesblättern seiner Geschichte; er hat das deutsche Ansehen im Auslande geschädigt.

So bietet die Hochschulpolitik im Reiche, was die Studentenschaft angeht, keinen günstigen Anblick. Die Parteizersplitterung hat auch die akademische Jugend noch weiter erfaßt und auseinandergetrieben. Der Deutschen Studentenschaft sind wichtige Wirkungsmöglichkeiten genommen worden, und sie leidet geradezu unter dem Mangel praktischer Arbeitsgebiete. In Preußen ist, trotz der eifrigen Tätigkeit Freier Studentenschaften, ein wichtiges Erziehungsmoment für den jungen Studenten weggefallen: konnte er sich früher in einem Amte der Studentenschaft im Dienste der studentischen Gemeinschaft betätigen und rechtzeitig Gemeinsinn und Verantwortlichkeit für einen allgemeinen Aufgabenkreis üben, so ist er jetzt auf sein Fachstudium beschränkt, oder er verfällt der Parteipolitik und ergeht sich in oberflächlichen und nutzlosen Demonstrationen. Der Kampf gegen die studentische Selbstverwaltung hat dem Staat lediglich eine Verstärkung des selbstsüchtigen Spießertums einerseits und des politischen Phrasentums andrerseits eingebracht. Der Aufsplitterung der universitas literarum in isolierte Fachschulen, dem Zerfall dieses Brennpunkts geistigen Lebens zugunsten einer Fachgelehrsamkeit und eines „Sachverstands" von zweifelhaftem Wert für die Volksgemeinschaft, der Blickverengung der akademischen Jugend hat diese Methode gedient. Es ist an der Zeit, zur Umkehr zu mahnen. An der jungen Studentengeneration der nächsten Semester wird es liegen, ob sie den Weg wieder zurück findet zu der geistigen Grundlage, auf der die Deutsche Studentenschaft erwachsen ist, zu dem Erbe der Frontgeneration des deutschen Studententums. Aber auch den Hochschullehrern fällt eine wichtige Aufgabe zu. Werden sie sie ergreifen? Im Konflikt zwischen

Studentenschaft und Staatsverwaltung haben sie eine abwartende Haltung eingenommen; wir hoffen, daß auch sie alle erkennen, wohin der Weg führt. Sollen Deutschlands Hohe Schulen zu höheren Fachlehranstalten ohne Eigenständigkeit werden, einer absolutistischen Parteistaatlichkeit dienstbar, oder wollen sie, wie dereinst, wieder Stätten wahrer Staatsgesinnung sein, die nicht an Formeln haftet, die nicht in jeweiligen Parlamentsmehrheiten, sondern in einer tiefer begründeten, auf geistiger Macht beruhenden Autorität das Wesen des Staates sieht? Walther Reusch

Umschau

„Auslandbalten"

War Gleichheit der wesentlichsten den baltischen Menschen prägenden Faktoren einst Grundlage und Gewähr einer gleichen Art und Fortentwicklung und somit auch einer — „provinzielle" Schattierungen ausgenommen — homogenen Gesamtheit aller Balten, so kann ihr Fortfall das gerade Gegenteil bewirken. Ein früher ohne unser Zutun einfach gegebenes, von selbst gewährleistetes Bestehen eines Baltentums in seiner Gesamtheit ist heute mehr als in Frage gestellt. In dem Maße, als die Lebensbedingungen sich gegen früher und inbezug auf die einzelnen, nunmehr in verschiedenen Staaten lebenden Baltengruppen wandeln, werden diese sich von einander unterscheiden, alle aber vom ursprünglichen, gemeinsamen Typus sich immer mehr entfernen.

Eine solche, die Voraussetzungen für eine auseinandergehende Entwicklung in sich schließende Sachlage müßte naturgemäß die Frage entstehen lassen, ob diesem Prozeß entgegengewirkt werden soll oder kann. Oder anders ausgedrückt: wäre es denkbar, daß an die Stelle einst gewissermaßen automatisch wirkender Kräfte jetzt solche willensmäßiger Natur treten könnten?

Eine solche Fragestellung muß zunächst natürlich zur Voraussetzung haben, daß das Wünschenswerte des Fortbestehens eines Gesamtbaltentums nicht von vornherein bestritten, oder gar Gegensätzliches angestrebt wird. Wo solches der Fall ist, erübrigt sich jede weitere Diskussion. Man brauchte bloß die Hände im Schoß liegen und die Zeit weiter für sich arbeiten zu lassen. Immerhin sollte auch bei einer solchen Einstellung nicht vergessen werden, daß ein dann wohl unvermeidlich sich ergebendes „Auseinander" über kurz oder lang ein „Gegeneinander" mit sich bringen dürfte. Eine Gefahr, die größer würde, je mehr das Gemeinsame schwände, Sonderinteressen überwögen und solche der Gesamtheit gar nicht mehr erkannt und schließlich geleugnet würden. Bis zur offenen Gegnerschaft wäre es dann nicht mehr weit. Ein Zustand, der neben anderem in Angriff und Abwehr Kräfte fesseln und verbrauchen müßte, die damit anderen, wesentlicheren Aufgaben entzogen wären, in gleicher Richtung wirkend aber Erhöhtes leisten könnten. Wollte man dann in solchen „Gegnern" noch Angehörige anderer Staaten sehen, denen in gewissen Fragen andere Gesichtspunkte zustehen, so erscheint es — ein wenig „loyale" Ängstlichkeit beigemischt — nicht undenkbar, daß sich aus diesem Prozeß tatsächlich etwas wie der Begriff „Auslandbalten" herauskristallisiert mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen. Einmal an diesem Punkte angekommen, bliebe wohl von einstiger Einheit und Gesamtheit des Baltentums nicht viel mehr übrig, als ein der Vergangenheit angehörender, dem Vergessen preisgegebener Name.

Wer jedoch einen der oben angedeuteten Einstellung entgegengesetzten Standpunkt einnimmt und ein weiteres Zusammenhalten nicht nur für wünschenswert hält, sondern sich von dessen Notwendigkeit überzeugen läßt, wird nach einem modus vivendi für ein Miteinander der einzelnen Baltengruppen suchen. Einerseits, weil ihre Interessenkreise sich in vielem berühren oder gar überschneiden, eine Aufteilung dessen, was der einen oder anderen zustehen sollte, ohne unteilbaren Rest nicht möglich erscheint, man daher immer auf Gebiete stoßen wird, die alle in gleicher Weise als Betätigungsfeld ihrer Bestrebungen ansehen würden. Andererseits aber, weil nicht übersehen werden kann, daß es Aufgaben gibt, die tatsächlich nur in gemeinsamer Arbeit gelöst und bewältigt werden können.

Einer solchen Gemeinsamkeit sich etwa in den Weg stellenden Bedenken gegenüber kann zunächst wohl soviel festgestellt werden, daß die Bedeutung eines Volkstums – und sei es auch nur eines Volkssplitters in seiner Sonderart – soweit in das Bewußtsein der Völker gedrungen ist, daß staatliche Grenzen seine Gesamtheit nicht auseinander zu reißen vermögen und die Tatsache, daß Teile desselben Volkstums in verschiedenen Staaten wohnhaft sind, keine unbedingten Gegensätzlichkeitsmomente in sich zu schließen braucht. Es kann vermutet werden, daß dieses Vermögen, zwischen staatlichen und volklichen Interessensphären zu trennen, noch zunehmen wird. Ein Herüber- und Hinübergreifen im Rahmen der einer Volksgemeinschaft als solcher zustehenden Interessen und eine dementsprechende Betätigung kann weder als illoyal noch sonst dem Eigenstaat irgendwie abträglich angesehen werden.

Einer so gearteteten, Wechselbeziehungen auch über staatliche Grenzen hinaus ermöglichenden oder als natürlich ansehenden Denkweise kommen auch Rechtsnormen internationalen Charakters entgegen, denen neben einer zunächst vielleicht begrenzten praktischen Bedeutung eine solche ideeller Natur nicht abgesprochen werden kann.

Will es somit scheinen, als seien die Vorbedingungen für die Erhaltung eines Zusammenhanges zwischen den in der Welt verstreut lebenden Balten, sagen wir, äußerlich gegeben, und zieht man dazu noch in Betracht, daß die Gemeinsamkeit des Blutes, die dem gleichen Boden entwachsene Sonderart, gleiches Denken und Empfinden und nicht zuletzt die auf alle überkommene baltische Aufgabe ein Zusammenstehen als das doch eigentlich Natürlichste erscheinen lassen müssen, so läßt sich eine Entwicklung, die spürbar die Tendenz des Auseinander- und schließlich Gegeneinandergehens in sich schließt, letzten Endes nur aus der inneren Einstellung des Baltentums bezw. seiner einzelnen Gruppen heraus erklären. Ob diese Einstellung im wesentlichen durch Erkenntnis- oder Willensmomente bedingt wird, sei zunächst dahingestellt. Daß sie aber den ausschlaggebenden Faktor ausmachen kann inbezug darauf, wie sich das Problem der Balten – denn ein solches ist es nun wohl – und damit vielleicht das baltische Problem (beides im weitesten Sinne) überhaupt gestalten wird, dürfte kaum übersehen werden.

Macht man den Versuch, im einzelnen an diesen ganzen Fragenkomplex heranzugehen, so wird man zunächst allgemein sagen können, daß ein Zusammenhalt wohl allemal eine Stärkung bedeutet. Schon rein quantitativ werden es sich kleinere Volkssplitter nicht leisten können auf Vorteile, die eine Gesamtheit ihnen bieten kann, von vornherein zu verzichten. Oder untätig zuzusehen, wie einzelne Gruppen sich immer weiter voneinander entfernen und alles Gemeinsame verlorenzugehen droht. Denn es wird

sich wohl a priori nie sagen lassen, daß die eine oder andere Gruppe, auf sich allein gestellt, in ihrem Fortbestehen gesichert wäre. Ein auch nur rein zahlenmäßiger Ausgleich kann von ausschlaggebender Bedeutung sein. Es gibt vielleicht nicht viele Beispiele in der Geschichte, wo ein Volkssplitter sich auf die Dauer allein hat halten können. Daß der deutsche Volkssplitter an der Ostsee das nicht vermocht hat, sich vielmehr nur dank ständiger, zu Zeiten sehr starker, nie ganz aussetzender Zuwanderung einerseits und durch in ihm vorhandene Assimilationskräfte andererseits, verstärkt durch sonstige ihm außerordentlich günstige Bedingungen, hat halten können, muß auf Grund mancher, gerade in letzter Zeit angestellter Untersuchungen angenommen werden.

Die Bedeutung, die, neben dem rein Zahlenmäßigen, geistigen Kräften zuzuerkennen ist, braucht wohl nicht besonders hervorgehoben zu werden. Man denke sich bloß die aus dem Westen, insbesondere aus Deutschland überkommenen Kräfte des Geistes weg, und man wird sich unschwer vorstellen können, wie anders es hier aussehen würde. Zumal Beispiele dafür in nicht allzu weiter Ferne zu suchen wären.

Bei richtiger Erkenntnis der Bedeutung, die ein Fortfall dieses quantitativ und qualitativ nicht hoch genug einzuschätzenden Zukkurses aus dem Westen für uns haben muß, dürfte es nicht schwer fallen — auch ohne ins Gebiet der Hypothesen zu gelangen —, sich eine Vorstellung davon zu machen, was unser warten kann, wenn man neben dem Auseinandergerissensein auch unsere Lage im Lande berücksichtigt, die grundlegend veränderten Lebensbedingungen, den uns entgegenstehenden zielbewußten Willen und nicht zuletzt die immer mehr zunehmende Schwäche im eigenen Lager, die sich vielleicht am nüchternsten in statistischen Daten ausdrückt.

Es mag ja wohl sein, daß wir, auf den Wandel vieler Jahrhunderte zurückschauend, eine baltische Existenz gewohnheitsmäßig als gegeben ansehen und daher meinen: wie sie sich bisher erhalten, werde sie auch weiter fortbestehen. Und auch wo wir sehr wesentliche Gefahrmomente sehen, kommen wir nicht zu der eindringlichen Erkenntnis, daß eben gerade die letzte Zeitwende die Axt an die Wurzel gelegt hat. Denn solange wir leben, sind wir ja nicht tot. Ob wir aber lebend heute noch das sind, was wir waren, oder morgen noch das sein werden, was wir sein müßten, damit unsere Existenz in absehbarer Zeit noch mehr sei, als ein bloßes Existieren — über diese Fragen leben wir vielfach hinweg.

Und doch sollten sie uns von ausschlaggebender Bedeutung sein. Denn zwischen unserem bloßen Vorhandensein und einer Berechtigung dazu bestehen Wechselbeziehungen, die auf die Dauer ohne Schaden nicht übersehen werden können. Eine geschichtlich auf uns gekommene, über unser Eigenes hinausgehende Mission hat in uns nicht nur ideelle und geistige Kräfte geweckt und wach erhalten, sondern uns auch die Mittel und Hilfen finden lassen, die wir zu ihrer Erfüllung bedurften. Diese Kraftquellen nicht versiegen zu lassen, muß Gegenstand unserer Sorge sein.

In diesem Sinne wird auch das Verbundensein mit dem Westen nicht allein für uns, sondern in besonderem Maße für das Land, in dem wir leben, seine bleibende Bedeutung behalten. Ein Sukkurs aus dem Westen aber, der heute eine größere Notwendigkeit ist denn je, kann angesichts der, wie bereits angedeutet, gänzlich veränderten Verhältnisse und eines uns nicht mehr in einstiger Stärke zu Gebot stehenden Assimilierungsvermögens wohl nur aus Kräften und Elementen bestehen, die uns von vorn-

herein konform, unmittelbar befähigt sind, sich in unsere Reihen und an die von uns zu leistende Arbeit zu stellen, sollen unsere Sonderart und der Gedanke, dessen Träger hier im Osten wir haben sein dürfen, lebendig erhalten bleiben.

Dieser Frage, die in ihrer Eindringlichkeit zu einer solchen des Entsatzes schlechthin wird, sich anzunehmen, muß in erster Linie Aufgabe derjenigen Balten sein, die heute noch auf dem alten Boden, dem alle Balten entwachsen sind, stehen, denselben altüberlieferten Posten innehaben und daher wohl allein imstande sein könnten, das Baltentum und seine Mission in eine weitere Zukunft zu tragen. Hierzu aber alle baltischen Kräfte, auch solche, die außerhalb der alten Heimat leben, der gemeinsamen Aufgabe zuzuführen, muß nicht nur im eigensten Interesse naheliegend, sondern aus allgemeineren Gesichtspunkten heraus als Selbstverständlichkeit erscheinen.

Man sprach von den Balten, die der Krieg und seine Folgeerscheinungen aus der Heimat getrieben, zunächst als von Flüchtlingen. In dem Maße, als ein vorübergehender Zustand sich in einen dauernden zu wandeln begann, wurde die Bezeichnung „Emigranten" immer gebräuchlicher, zum Teil bewußt bevorzugt. Wenn eine solche Bezeichnung, gegen die man sich wohl sträuben mag, dem tatsächlich Gewordenen auch besser entspricht, so scheint es doch keineswegs unerläßlich, mit diesem Ausdruck zugleich auch die Vorstellung zu verbinden, die diesem Begriff aus der Vergangenheit anhaftet. Das hieße oben bereits angedeutete Wandlungen übersehen, die sich inbezug auf volkliche Zusammengehörigkeit gerade in neuster Zeit vollzogen und ihrem Wesen nach andere Situationen geschaffen haben. Von heutigen „Emigranten" wird man nicht mehr in gleicher Weise sprechen können, wie einst etwa von den polnischen oder französischen Emigranten, darum auch ihre Bedeutung für ihr Ursprungsland nicht mit dem Maßstab von einst messen dürfen oder ihre Bedeutungslosigkeit oder gar Gefährlichkeit an Beispielen aus der Geschichte erweisen wollen. Eine solche Einstellung könnte sehr bald dazu führen, die „Emigranten" lediglich als mögliche Träger einer „Emigrantenpolitik" anzusehen, sie nicht nur von allem die Heimat Betreffenden geflissentlich auszuschalten, sondern sie überhaupt als erledigt und nicht weiter in Frage kommend zu erklären. An einem solchen Standpunkt ändern auch in wohlwollendster Weise gehegte etwa dahingehende Wünsche nichts, es möge den „Emigranten" gelingen, möglichst bald und restlos im Volkskörper des Staates aufzugehen, dem sie nunmehr territorial angehören. Das hieße in der Tat, sie zu „Auslandbalten" stempeln, sie auf einen Platz verweisen, der in fehlerhafter Einstellung vor dem Kriege etwa den „Ausland-Deutschen" seitens des Reiches angewiesen wurde.

Neben manchem anderen bergen solche oder ähnliche Gedankengänge auch das Moment in sich, daß man sich in der Person der „Emigranten" nicht nur von einem quantitativ wie auch qualitativ nicht unerheblichen, für die eigene Existenz und Zukunft vielleicht bedeutungsvollen Teil seiner nächsten Volksgenossen trennt

man müßte befürchten für immer —,

sondern sich über das Wünschen und Hoffen, Wollen und Streben eben dieser „Auslandbalten" einfach hinwegsetzt, sie bewußt aus dem Kampf und der Arbeit für die Heimat, die auch ihnen Pflicht und Glück zugleich sein kann und muß, auszuschalten und damit ein Recht für sich allein in Anspruch zu nehmen sucht, das allen zusteht.

Außer einem solchen willkürlichen Zumessen dessen, was den Balten hüben und drüben zustehen soll, kann eine so

geartete Tendenz gerade für die in der alten Heimat verbliebenen Balten die Gefahr in sich bergen, daß alles Geschehen und Handeln vorzugsweise von einem lokal begrenzten Standpunkt aus angesehen wird, außerhalb dieses Raumes zutage tretendes oder sich über ihn hinwegsetzendes Bestreben aber darum nicht in seiner Gesamtbedeutung, sondern lediglich inbezug auf seine Wirkungen eben auf diesen lokal begrenzten Raum beurteilt wird. Eine solche Anschauungsweise kann, sofern sie dominierend wird, nicht anders, als trennende Grenzen aufrichten und daher spaltend wirken. Insbesondere aber wird sie, je länger desto mehr, den Gesichtskreis ihrer Träger beschränken, einen begrenzten Wirkungskreis ihnen als das Wirkungsfeld überhaupt erscheinen lassen und sie damit weiteren, größeren Zusammenhängen entziehen. Ist dieser Zustand vollends erreicht, so kann von einem Zusammenwirken aller baltischen Kräfte natürlich nicht mehr die Rede sein. Ebenso wohl auch nicht von „baltischer Politik" im einstigen und eigentlichen Sinne.

Man wird beim Überschauen der baltischen Geschichte oder des Werdeganges anderer, auf einen dem unseren ähnlichen Posten gestellter Volksgruppen vielleicht die Ansicht gewinnen können, daß ihr Schicksal mit der Mission, deren Träger sie waren, eng verbunden gewesen ist. Sollte auch unsere Existenz mit historischen, auf uns überkommenen Aufgaben dergestalt verbunden sein, daß wir, sie nicht erfüllend, uns selbst den Boden unter den Füßen wegziehen, so wird es uns vielleicht nicht mehr als das Wichtigste erscheinen, daß wir schlechthin leben, sondern daß wir eben diesen Aufgaben leben, und sich die Erkenntnis in uns befestigen, daß aller Einfluß, den wir gewinnen, nicht uns, sondern der von uns vertretenen Idee dienen soll. Vielleicht werden wir es empfinden, daß Machtstreben ohne dieses gewissermaßen selbstlose Ziel zu übermäßiger Betonung des eigenen Ich — auch übertragen auf eine ganze Volksgemeinschaft — führen, in den Dienst eines Sendungsgedankens gestellt aber dem Wohle des Ganzen dienen kann.

Man hat es den Ritterschaften zur Ehre angerechnet, daß sie nicht Standes- sondern Landespolitik getrieben haben. Man hört heute viel von einer baltischen Sendung reden. Im weitesten Sinne gesehen und aus dem Tagesgeschehen herausgehoben, sind baltische Sendung und Landespolitik eins. Ihnen gerecht zu werden ist historische Pflicht und Selbsterhaltungstrieb zugleich. Es zu können wohl nur im Zusammenfassen und Zusammenwirken aller baltischen Kräfte möglich. Th. H.

„Der Kaiser von Amerika" im Deutschen Schauspiel zu Riga

Auf große Satiriker ist kein Verlaß. Niemand weiß, gegen wen sie das nächste Mal ihre Waffen richten werden: denn sie geißeln nicht nur das, was sie nicht lieben. Sie bekämpfen nicht nur das Schlechte im Schlechten, sondern auch das Schlechte im (ihrer Meinung nach) Guten. Und daher konnte und mußte es kommen, daß Shaw, der Sozialist, der unermüdliche Bekämpfer erstarrter Formen und der „bürgerlichen Moral", nun einmal die Demokratie vornimmt und zwar ohne jegliche Schonung. Es ist wirklich evident: die einzige sympathische Figur im „Kaiser von Amerika" ist der König gegenüber einer Horde mehr oder weniger demokratischer Minister — zum größten Teil Verbrecher oder Dummköpfe. — Es erscheint verständlich, daß gerade in Deutschland, wo Shaw so populär ist, das Stück große Aufregung verursacht hat. Die demo-

kratische Presse geriet in unbeschreibliche Verwirrung; teils wurde das Stück als greisenhafte Verirrung bezeichnet, teils recht unglückliche Versuche gemacht, doch noch eine die Demokratie rettende Tendenz herauszuklauben. Wohingegen die konservative Presse jubelte: endlich hat Shaw sich selbst gefunden, hier hat er nicht etwa die schwachen Seiten der Demokratie beleuchtet, sondern die Demokratie als solche erledigt. — Beides ist grundfalsch. Shaw hat sich in keiner Weise verändert, er ist völlig der alte geblieben; und dieses parteipolitisch gefärbte Kritikgezänk dürfte ihm den größten Spaß bereitet haben. Wenn z. B. Dr. Wilhelm Stapel im „Deutschen Volkstum" seiner Besprechung, in welcher er die Demokratie durch das Stück grundsätzlich angegriffen glaubt, die Überschrift gibt: „Der Kaiser von Amerika oder die Blamage der Kritik", so hat er recht; nur irrt er wohl in der These.

Das Stück handelt von England und ist in erster Linie für Engländer geschrieben. Das darf nicht vergessen werden. Es sind vor allem konkrete englische Zustände und nicht abstrakte Regierungsformen gemeint Das Ausland kommt überhaupt nicht in Betracht. Deutschland z. B. wird vom amerikanischen Gesandten als „die Reihe der mehr oder weniger bolschewisierten Sowjetrepubliken zwischen dem Uralgebirge und der Nordsee" bezeichnet und abgetan (das Stück spielt gegen Ende des 20. Jahrhunderts); auch Frankreich wird mit ein paar Worten erledigt; das interessiert hier alles absolut nicht. Das ganze Verhältnis des Königs zum Ministerkabinett und zum Parlament und die daraus resultierenden Konflikte beruhen durchaus auf englischer Eigenart, sowohl politisch-verfassungsmäßiger als auch persönlicher Natur. Dieses ist von der deutschen Kritik vielfach übersehen worden, und deshalb sind auch die vielen mehr oder weniger abstrakten Schlüsse, die aus einzelnen Äußerungen oder Geschehnissen gezogen werden, meist recht verfehlt.

Insbesondere auch deshalb, weil das Werk doch schließlich in erster Linie nicht politisches Traktat, sondern Kunstwerk ist. Merkwürdig erscheint, daß über Richtigkeit oder Unrichtigkeit der hier geäußerten Ideen so viel geschrieben und gesprochen worden ist, über den künstlerischen Gehalt des Werkes aber relativ wenig. Ich glaube nicht, daß es der richtige Weg ist, an ein Kunstwerk heranzutreten. Als Kunstwerk kann das Stück doch nicht nur aus parteipolitischen Beweggründen heraus beurteilt werden, mögen sie nun von rechts oder links kommen. Schillers „Räuber" oder „Wilhelm Tell" wird doch kaum jemand von dem Standpunkt aus bewerten, ob die darin enthaltenen Ideen mit dieser oder jener Parteianschauung harmonieren oder nicht. Aber zeitgenössische Werke sollen nur so beurteilt werden. Ich kann nicht umhin zu behaupten, daß darin eine Schwäche der Kritik zu sehen ist.

Es ist schade, daß in der deutschen Übersetzung der wundervolle Titel „The Apple Cart" verlorengegangen ist. Denn der deutsche Titel „Der Kaiser von Amerika" sagt eigentlich recht wenig, nimmt Bezug auf eine doch lange nicht im Vordergrund stehende Episode. „The Apple Cart" kennzeichnet kurz und treffend das Ganze, nämlich den in den Dreck gefahrenen Regierungs-Apfelkarren, der nun irgendwie herausgezogen werden muß. Darum bemühen sich König und Ministerkabinett, welche jeder am anderen Ende ziehen. Der König ist alles andere, nur nicht kontinentales Herrscherideal. Nichts von Hoheit, eine sehr menschlich liebenswürdige, aristokratische Gestalt, taktvoll, klug und gut. Kein „Mann" („ein wirklicher Mann würde niemals zum König taugen", sagt er),

sondern in erster Linie Mensch, ein solcher, der „niemals kämpft, aber zuweilen siegt" Durchaus nicht ohne Schwächen, aber auch in ihnen fein und sympathisch. Den demokratischen (fast durchweg plebejischen) Ministern unendlich überlegen, sowohl an Geist und diplomatischem Vermögen als auch an ethischen Werten. Er erfaßt den Bereich seiner Macht ebenso wie ihre Grenzen. Und er nutzt seine Macht zur Unterstützung des Volkes, zu dessen Befreiung von der Macht des Ministerkabinetts (oder des Parlaments, was ja so ziemlich auf dasselbe herauskommt); denn dieses ist ja nur ein Werkzeug des Großkapitals, der „Bruchschadengesellschaft" welche, um zu ihrem Profit zu gelangen, jeden Erfindergeist und Fortschritt hindert und zerstört. — Also der König als Beschützer des Volkes gegen die demokratischen Minister, welche Vertreter des Großkapitals sind. Und doch findet auch der König ernste Worte für die Demokratie („es ist viel weniger Schwindel dabei, als bei älteren Einrichtungen"), jedenfalls ernstere, als der dumme und eitle Arbeiterführer Boanerges, für den sie, wie für viele, doch schließlich nur ein Mittel für seine eigene bescheidene Angelegenheit ist. König Magnus kennt die Situation sehr wohl: er hat nicht im geringsten die Absicht, die Demokratie zu vernichten; er möchte nur sich mit allen überlieferten Rechten als Gegengewicht zum Schutze des Volkes erhalten. Was ihm durch ein herrliches Manöver auch gelingt. — Shaw hat sein Stück in der englischen Originalausgabe als „politische Extravaganz" bezeichnet; nicht mehr und nicht weniger soll es auch sein. Denn daß die hier geschilderte Kombination im allgemeinen für Königtum und Demokratie bezeichnend oder essentiell ist, wird wohl kaum behauptet werden können. Es wird gezeigt, wohin vieles führen könnte, aber nicht, was es ist. Das wäre wohl der Sinn der genialen „Extravaganza"

Von den Gegnern des Königs — den Ministern — sind alle unsympathisch, beginnend mit dem cholerisch-leidenden Premier: alle abhängig von der „Bruchschadengesellschaft", entweder zynisch-bewußt oder in sträflich dummer Unbewußtheit. Am sympathischsten noch die beiden weiblichen Minister, der wenigstens ehrliche Blaustrumpf Lysistrata und vor allem die in ihrer Unfähigkeit so herrlich fidele Amanda, die ihr Mandat und den Sitz im Kabinett ihrer Beherrschung des Coupletgenres verdankt. Die Schilderung der fortwährenden kleinlichen Zwistigkeiten innerhalb des Kabinetts und der hierdurch noch bestärkten Unfähigkeit dieses Regierungsapparates, welche der König spielerisch ausnutzt, ist wieder einmal ein echt Shawsches Meisterstück.

Der Aufbau des Ganzen ist recht eigenartig: der Schwerpunkt ist zweifellos in den ersten Akt verlegt, und zwar in die Sitzung des Ministerkabinetts, in welcher sich die Gegensätze zwischen König und Kabinett bis zum äußersten zuspitzen. Den Höhepunkt bildet die Rede des Königs anläßlich des ihm vom Kabinett unterbreiteten Ultimatums, das ihn zur bloßen Marionette machen soll. Solche längere Raisonnements sind im allgemeinen in Bühnenwerken recht gewagt: Shaw kann sie sich leisten, ohne zu ermüden. — Im zweiten Akt gibt es scheinbar Erholung von der Politik: der König in sehr menschlicher Verfassung bei seiner Geliebten Orinthia; aber nicht ohne politische Beimischung. Denn während der König im ersten Akt sein Königtum gegen die Übergriffe der Demokratie und des Kapitals verteidigen mußte, muß er es jetzt gegen die absolutistischen Anwandlungen der „königlichen" Geliebten wahren. Orinthia, die sich für Vollblut und alle anderen für gemeine Lastpferde hält, der vor allen

„Leistungen" ekelt, die die Menschen verachtet, welche „dreißig Jahre sechzehn Stunden täglich arbeiten" und ihrer Meinung nach nur dazu da sind, um für sie „zu fegen", könnte sehr wohl, wie Stapel richtig sagt, als eine Verkörperung des Sonnenkönigtums betrachtet werden. In diesem Sinne will sie denn auch auf König Magnus einwirken. Was ihr aber auch nicht gelingt. Freilich ist dieser Sieg des Königs ein wenig schwächlicher und durch viel Menschlichkeit beeinträchtigt, aber letzten Endes doch auch hier mit viel Diplomatie und Feinheit erreicht. Das wäre wohl der Sinn dieser anscheinend organisch nicht notwendigen Episode. — Episodenhaften Charakter hat gleichfalls das zu Anfang des dritten Aktes erfolgende Angebot der Kaiserkrone Amerikas durch den Gesandten der Vereinigten Staaten: im großen und ganzen nicht mehr und nicht weniger, als der Versuch einer verkappten Annexion Englands durch Amerika, ein Attentat der amerikanischen Zivilisation auf die englisch-europäische Kultur, unter anderem aber auch auf das englische Königtum, das vom amerikanischen Kaisertum aufgesogen werden soll („König mag für diese kleine Insel genügen. Aber wenn wir noch dazukommen, müssen wir etwas Großartigeres verlangen"). Es ist bezeichnend, daß König Magnus hier zum erstenmal die Fassung verliert, denn er erkennt: dieses Attentat auf England und sein Königtum ist das Gefährlichste, beides ist durch eine so harmlos und großzügig scheinende Geste auf das schwerste bedroht. Vorläufig wird die Gefahr abgewendet, letzten Endes aber bleibt die Frage offen. — Während gleich darauf der plumpe Angriff des noch plumperen Ministeriums in entzückender Art durch die Drohung des Königs, abzudanken und für das Parlament zu kandidieren — erledigt wird: das Ultimatum wird zerrissen, und das Kabinett „macht weiter wie bisher". Also im Grunde doch keine Lösung, denn die Bruchschadengesellschaft bleibt und es muß irgendwie weitergewurschtelt werden. Der König aber wird von seiner mütterlichen Gemahlin wie ein kleiner Junge gezwungen, sein Abendbrot zu essen, was er nicht will. Mit dieser kleinen Menschlichkeit endet es.

Das Stück ist also durchaus nicht nur „politische Debatte" für und wider englisches Königtum und Demokratie, sondern weit mehr: einerseits überschreiten die angeschnittenen Probleme weit die Grenzen einer normalen politischen Auseinandersetzung, andererseits ist dem viel, sehr viel Menschliches beigegeben. — Ob Shaw alle hier etwa vom König geäußerten Sentenzen ohne weiteres als seine eigenen unterschreiben würde, bleibt immerhin fraglich (wissen kann man das bei Shaw nie). Für das Kunstwerk aber müssen wir ihm dankbar sein. Denn es hat wieder einmal alle Vorzüge Shaws, besonders den des so überaus feinen und pointierten Dialogs; es ist kaum ein Satz, der ohne Schaden fortgelassen werden könnte. Darüber sich weiter zu verbreiten, erübrigt sich wohl. Der genialste Zug Shaws aber, der auch hier so ganz zum Vorschein kommt, ist doch vielleicht der, daß er, der die Schwächen von Menschen und Systemen so scharf und sicher trifft, dabei nie gehässig wirkt. Das ist wohl das Beste, was man von einem Satiriker sagen kann.

Für die Vermittlung dieses Werkes können wir der Direktion unseres Deutschen Schauspiels nur danken. — Die Regie Walter Bäuerles brachte im allgemeinen das, was vom Autor gewollt war; insbesondere zu erwähnen wäre die glücklich und belebt durchgeführte Steigerung im ersten Akt. Dagegen ging leider vieles an Feinheiten und Pointen verloren, was gerade bei Shaw

nicht vorkommen sollte. Zum großen Teil geht dieses auch zu Lasten der einzelnen Darsteller. Daran krankt ja unser Schauspiel, daß bei größerem Aufgebot an Personal Nebenrollen immer schwach bzw. ungeeignet besetzt werden müssen, weil wir eben über ein größeres geeignetes Personal nicht verfügen. Hier machte sich dieser Mangel recht fühlbar. Mit Ausnahme von Wilhelm Schubert, welcher als erregt-unfähiger Premier eine gute Leistung bot, waren die Darsteller der Kabinettsglieder im allgemeinen nicht an ihren Plätzen, teilweise sogar recht schwach (insbesondere auch hinsichtlich des nicht zum besten bestellten Kapitels: „Sprachtechnik"; es ging zu viel verloren). Karl Löser hingegen gab einen famosen König, so ganz den distinguierten Gentleman, wie er von Shaw gezeichnet ist. Gleichfalls gut — verführerisch und siegesgewohnt — war Louise Dürath als Orinthia, welcher diese Rolle recht zu liegen schien. W. Mueller

Berliner politischer Monatsbericht

Der verschlechterte Young-Plan / Kampf der Sozialdemokratie gegen Schacht / Die Wirtschaftskrise / Mahnruf des Ostens / Becker zum Rücktritt gezwungen / Kommunistische Wühlereien / Die Volkskonservative Vereinigung

Berlin, den 7. Februar 1930

Die Haager Konferenz ist nicht anders ausgegangen, als wir es erwartet haben. Fast schien es unmöglich, aber den Franzosen gelang es trotzdem, den schon verschlechterten Young-Plan noch mehr zu Ungunsten Deutschlands zu verschlechtern. Schleppend und ohne große Teilnahme der deutschen Öffentlichkeit verliefen die Beratungen im Haag. Bis zum letzten Augenblick spielte der neue Mann Frankreichs, Tardieu, die erste Geige, während Briand sich nur wenige Tage blicken ließ. Für die in Holland versammelten Pressemänner hatten auch Snowden, Curtius und Moldenhauer nicht jenes Interesse, wie Hjalmar Schacht. Vielleicht, weil dieser am zurückgezogensten lebte, weil er erst kurz vor dem Ende der Konferenz erschien und weil man eine Sensation von ihm erwartete. Die Sensation wurde auch geliefert durch seinen Brief, der übrigens der Reichsregierung vorher bekannt war, den Brief, in dem er wegen der Verschlechterung des Vertrages die Beteiligung der Reichsbank an der Internationalen Tributbank in Frage stellte. Durch Gesetzesänderung zwang die Reichsregierung dann den widerspenstigen Reichsbankpräsidenten zur Beteiligung. Das Hindernis wurde aus dem Wege geräumt, der Vertrag abgeschlossen, aber der moralische Erfolg — und dieser hat in Tagen wie den unsrigen, wo alle Welt eine Umstellung des Kurses erwartet, keine geringe Bedeutung — war auf Seiten Schachts.

Worin bestehen nun die Verschlechterungen des neuen Plans gegenüber dem von den Sachverständigen vorgeschlagenen Young-Plan? Deutschland hat auf 300 Millionen Mark zugunsten der Tributgläubiger verzichtet, ebenso auf eine Entschädigung für die von der Besatzung verursachten Schäden. Es hat außerdem einen Anteil von 200 Millionen Mark an den Besatzungskosten übernommen. Das Reich bewilligt eine Erhöhung des ungeschützten Teils seiner Tributzahlungen. Es verpflichtet sich in dem deutsch-belgischen Markabkommen zu einer Zahlung von 420 Millionen Mark an Belgien. Dann die Liquidationsverträge: in dem englischen hat das Reich auf die Herausgabe des Überschusses

aus dem Liquidationserlös verzichtet, in dem polnischen ist verzichtet worden auf die Entschädigung des Staats- und Privateigentums. Die Tributraten werden in der Mitte statt am Ende des Monats bezahlt, woraus eine vermehrte Zinsbelastung von 80 Millionen Mark erwächst. Soweit die finanziellen Verschlechterungen, zu denen dann die politischen kommen. Eine verschleierte ständige Kontrolle des Rheinlandes, die völlige Beseitigung der an sich schon geringen Revisionsmöglichkeiten des Plans, das Sanktionsrecht für Frankreich sind von Deutschland zugestanden worden.

Diese Tatsachen sprechen für sich, und wir enthalten uns daher jeden Kommentars, wollen aber trotzdem nicht verschweigen, daß ernsthafte Politiker selbst gemäßigter Richtung die Annahme dieses Vertrages für ein Unglück halten. Trotzdem wird der Vertrag ratifiziert werden. Die Entscheidung im Reichsrat ist schon gefallen. Abgesehen von den vier Ostprovinzen und von Thüringen hat kein Land dagegen gestimmt. Gleichzeitig ist auch mit 45 gegen 12 Stimmen bei 11 Enthaltungen der Liquidationsvertrag angenommen worden. Gegen den deutsch-polnischen Liquidationsvertrag war die Opposition am größten. Es ist bezeichnend, daß auch westdeutsche Provinzen, die ja wie alle preußischen Provinzen eigene Vertreter im Reichsrat haben, gegen den Vertrag stimmten. Kurz vorher hatte der preußische Landtag durch einen Beschluß die preußische Regierung aufgefordert, dieses Abkommen abzulehnen, wobei es von besonderem Interesse ist, daß der Beschluß durch die zustimmende Haltung des Zentrums zustande gekommen ist. Die preußische Regierung hat sich über diesen Willen des Parlaments hinweggesetzt. Ob sie sich auch in Zukunft trotz dieses Schrittes als Vorkämpferin des Parlamentarismus fühlen wird? Immerhin hat die Opposition die Regierung doch gezwungen, durch ihren Gesandten in Warschau neue Verhandlungen mit der polnischen Regierung aufzunehmen, wobei eine präzisere Auslegung in der Frage des Wiederankaufsrechts erzielt sein soll. Da der Wortlaut dieser Vereinbarungen noch nicht veröffentlicht ist, läßt sich nicht beurteilen, ob hier noch etwas Wesentliches erreicht worden ist.

Das Parlament schwieg während der Haager Verhandlungen. Eine Opposition aus der Mitte, die der Regierung das Rückgrat steifen konnte, war nicht vorhanden. Immerhin hatten, wenn auch erst vor kurzem, das Zentrum und die Bayrische Volkspartei Bedingungen gestellt, deren Erfüllung diese beiden Parteien als Voraussetzung für ihre Zustimmung zu den Verträgen erwarten. Aufklärung über den Stand der von den Franzosen bewußt verschleppten Saarverhandlungen und über das Liquidationsabkommen wurde gefordert und vor allem eine Ordnung der Finanzen. Damit ist man beim springenden Punkt der jetzigen deutschen Innenpolitik angelangt. Wirtschaftskrise, Agrarnot, Finanzkrise des Reichs, der Länder und der Gemeinden, Kampf der Sozialdemokratie gegen Schacht, das ist in abgewandelter Form immer das alte Lied. In abgewandelter Form, weil anstelle des Sozialdemokraten Hilferding der Volksparteiler Moldenhauer für die Finanzen verantwortlich ist und weil durch den Kampf gegen Schacht eine besondere Note hineingebracht worden ist.

Die Vorfälle im Haag, dann die Rolle, die Schacht vorher spielte, die wir schon im letzten Brief gekennzeichnet haben, riefen die Sozialdemokratie auf den Plan. Sie wittern Gefahr. Und das mit Recht. Denn an dieser Stelle ist jemand, der den Finger am Nerv der jetzigen Innenpolitik hat, am Kredit. Und

diese Stelle ist unabhängig, ist den Beschlüssen des Parlaments und damit der Masse nicht unterworfen. Was fordern die Sozialdemokraten also? Die Umwandlung der Stelle des Reichsbankpräsidenten in eine Position, die Beamtencharakter hat. Mit anderen Worten: der Reichsbankpräsident soll die Unabhängigkeit verlieren, soll der Regierung und damit dem Parlament unterstellt werden. In den ersten Gefechten, die in diesem Kampf geführt wurden, hat die Sozialdemokratie trotz der heftigsten Angriffe und eines energischen Pressefeldzuges den kürzeren gezogen. Vor allem die volksparteilichen Minister sind es gewesen, die dem sozialdemokratischen Verlangen widersprachen. Sie mußten das nicht nur etwa aus dem Interesse der Wirtschaft heraus tun, sondern ganz einfach weil sie in der jetzigen Situation diesen Faktor der Wirtschaftsvernunft nicht selber zerstören können. Wenn eine unabhängige Staatsführung da wäre, die nicht von Massenlaunen, sondern von nationalpolitischen Interessen gelenkt würde, dann würde man darüber diskutieren können, ob die Reichsbank nicht auch wirklich eine Bank des Reiches sein müßte. Heute geht das nicht. Die Sozialdemokratie hat selbst den Beweis dafür geliefert. Hat sie doch in Gemeinschaft mit den freien Gewerkschaften erst vor kurzem verlangt, daß alle inländischen Hemmungen (in praxi der Widerstand des Reichsbankpräsidenten) gegen die Kapitalzufuhr aus dem Auslande beseitigt werden sollten. Sie wünscht geradezu, daß die öffentliche Hand Auslandsanleihen aufnimmt, um den Kapitalmarkt zu beleben. Das ist der Beweis dafür, daß die Sozialdemokratie nichts gelernt hat, daß sie den Weg der Verschuldung, der Versorgung, der Sozialisierung, der zu den jetzigen Zuständen geführt hat, weitergehen will.

Inzwischen ist dem volksparteilichen Finanzminister jene undankbare Rolle zugefallen, die er dem Sozialdemokraten abgenommen hat. Ordnung der öffentlichen Finanzen ist das erste Wort geworden. Vor wenigen Monaten hieß das aber noch Steuerabbau. Also Ordnung, Beseitigung des Defizits, der kurzfristigen Kredite, der ewigen Ultimoknappheit. Damit beschäftigt sich nun Herr Moldenhauer und das Reichskabinett. Etwas Genaues weiß man noch nicht. Nur so viel steht fest, daß das Defizit im laufenden Kalenderjahr 700 Millionen Mark beträgt, daß zur Beseitigung nichts anderes übrigbleibt als Steuererhöhungen. Wohlverstanden unter den obwaltenden Umständen. Mit einem Kabinett, das von Sozialdemokraten geführt wird, und mit einem Parlament, das zu einer wirklichen Kursänderung nicht die Kraft aufbringt. Inzwischen ist die Arbeitslosigkeit trotz des ungewöhnlich milden Winters immer weiter gestiegen. Es mögen heute 2½ Millionen Arbeitslose sein, die aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden. In dieser Zahl kommt ja nicht nur der Rückgang der Konsumkraft, nicht nur die unmittelbare Not jener Arbeitslosen zum Ausdruck. Sie illustriert auch die Lage der Industrie, wobei man noch hinzufügen soll, daß über Rentabilität schon bescheiden geschwiegen wird. Berlin hat in den vergangenen Wochen eine noch nicht dagewesene Krise im Vergnügungsgewerbe erlebt, Pleite reiht sich an Pleite, das Einkommen jedes einzelnen wird geringer.

Und dann die Agrarkrise. Man spricht nicht gern mehr davon. Bekanntlich soll der Bauer immer klagen, weil es seine Natur so verlangt. Aber daß die letzten Jahre ihm mehr als Grund dazu gegeben haben, zeigten die Untersuchungen aller Sachverständigen. Dazu waren in Wirklichkeit nicht Untersuchungen nötig. Selbst jeder Städter, der nur einigermaßen Verbindung zum

Lande hat, insbesondere nach dem Osten hin, weiß, daß es Bauern wie Großgrundbesitzern gleich schlecht geht. Heute kommt das Gut dieses Bekannten, morgen das eines anderen unter den Hammer. Zwangsversteigerung wohin man sieht. All das währt nun schon mehrere Jahre. Umso schlimmer, wenn eine chronische Krise dieses Ausmaßes für die öffentliche Meinung einmal wieder akut ist. Getreide- und Kartoffelpreis sind in diesen Wochen weit unter den Friedenspreis gesunken, wobei die Geldentwertung nicht einmal berücksichtigt ist: der Landwirt erhält für Roggen, Hafer und Kartoffeln etwa 90% des Preises von 1913, während die Lebenshaltungskosten 50% über dem Friedenspreis liegen. Damit ist die ganze Misere gekennzeichnet. Jetzt geht der Kampf um Zölle, Ausfuhrscheine usw. Aber auch hier ist von der jetzigen Regierung nichts Durchgreifendes zu erwarten.

Agrarnot, das ist auch *Krise des deutschen Ostens*. Auf diese Not haben die Landeshauptleute der sechs preußischen Ostprovinzen durch einen ungewöhnlichen Schritt die Aufmerksamkeit zu ziehen versucht. Sie haben in einer gemeinsamen Denkschrift, die sie dem Reichspräsidenten von Hindenburg und den Spitzen der Reichs- und Staatsregierung überreichten, alles Material zusammengetragen, um die Lage zu kennzeichnen. Sie hätten sich zu diesem Schritt entschlossen, so sagen sie in dem Vorwort, weil sie ein längeres Schweigen mit ihrer Amtspflicht und mit ihrem Gewissen nicht mehr verantworten zu können glaubten. In 14 Punkten werden Forderungen zur Rettung des Ostens erhoben.

1) Erschließung des Ostens durch Schaffung neuer Kunststraßen und Verbindungswege sowie durch Erweiterung des Eisenbahnnetzes.

2) Ausbau der östlichen Wasserstraßen im gleichen Schritt und für den gleichen Verkehr wie im Westen, jedenfalls vor Vollendung des Mittelland-Kanals.

3) Beseitigung der Wirtschaftsferne der Ostprovinzen vom geschlossenen Wirtschaftsorganismus des Reichs durch stärkste Verkürzung der Frachtbasis für den Osten.

4) Maßnahmen zur Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft.

5) Höhere Zuweisung von Mitteln für die Wirtschaftsverbesserungen im deutschen Osten, insbesondere ein über den normalen Hundertsatz hinausgehender Beteiligungssatz des Staates an Meliorationen aller Art im Osten, sowie eine Beteiligung des Reichs an diesen Sondermeliorationen.

6) Förderung der Bauern- und Landarbeitersiedlung.

7) Maßnahmen zur Erhaltung und Stützung der ostdeutschen Industrie, des Handels und des Handwerks.

8) Zusammenfassung und wesentlich verstärkte Hinleitung der Reichs- und Staatsaufträge sowie der Reichsbahn- und Reichspostaufträge in den Ostprovinzen. Die erhöhte Beteiligung des Ostens an den Staatsaufträgen muß insbesondere den durch den Zollkrieg mit Polen am meisten geschädigten Provinzen zugute kommen.

9) Starke Kulturpolitik von Reich und Staat im Osten.

10) Erheblich weitergehende Berücksichtigung aller Kommunen der Ostprovinzen im Finanzausgleich, insbesondere durch fiktive Erhöhung ihrer Einwohnerzahl.

11) Sonderdotation für die östlichen Provinzialverwaltungen, um sie zu befähigen, einerseits die Grenzzerreißungs- und Besetzungsschäden zu heilen,

andererseits ihren Rückstand in wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Entwicklung zu beseitigen.

12) Stärkere Berücksichtigung der Ostprovinzen bei der Verteilung der Kraftfahrzeugsteuer.

13) Mehrzuteilung von Hauszinssteuermitteln, insbesondere auch zum Ausgleich der Flüchtlingslast.

14) Gerechte Verteilung der Schullasten.

Nach den bisherigen Erfahrungen kann man vorhersagen, daß die jetzige Regierung trotz solcher Notrufe für den Osten nichts Entscheidendes tun wird.

Einige Herren aus dem preußischen Landtag haben inzwischen die Zeit für geeignet gehalten, ein Sonderspiel zu treiben. Und zwar ist es in Wirklichkeit eine der Öffentlichkeit sonst unbekannte Größe, der Fraktionsführer der Sozialdemokraten Herr Heilmann gewesen, der mit der Unterstützung eines anderen Fraktionsgewaltigen, des Herrn Heß von der Zentrumsfraktion, eine kleine Intrigue in Gang brachte. Anscheinend verhandelte man auf Anregung der Sozialdemokraten wieder einmal über ein Thema, daß in den letzten Jahren alle sechs Monate akut zu werden pflegt: über die Regierungsbeteiligung der Deutschen Volkspartei in Preußen. Das Angebot war dann wie immer zu gering, die Volkspartei lehnte also ab, und der preußische Ministerpräsident Braun erklärte resigniert, seine Mission sei gescheitert. Inzwischen hatten ja die Sozialdemokraten einen ihrer Ministersitze der Volkspartei angeboten, und nach dem Gesetz der Quote, von dem in der Weimarer Verfassung zwar nicht die Rede ist, das aber das parlamentarische Getriebe beherrscht, hatten sie das Kultusministerium für sich verlangt. Also der Universitätsprofessor Becker, ein Mann von Kultur, sollte einem sozialdemokratischen Parteimann, dem katholischen Dissidenten König Platz machen. Jetzt protestierte das Zentrum mit „Erfolg": denn nun entließ Braun den „freiwillig" zurücktretenden Kultusminister Becker, an dessen Stelle er den religiösen Sozialisten Grimme zum Kultusminister ernannte.

Man lese nur das „Berliner Tageblatt" jener Tage, insbesondere den Leitartikel Theodor Wolffs vom Sonntag, den 2. Februar, in dem er diese Kulissenintrigue kleiner parteipolitischer Geister mit aller Deutlichkeit kennzeichnet. Wir können uns zu diesem Vorgang nur beglückwünschen, denn nun wird vielleicht auch das preußische Zentrum sich seines konservativen Gehalts erinnern. Wenn Herr Grimme, der, wie wir erfahren, zum Personalchef in seinem Ministerium einen jüdischen Dissidenten berufen will, nun eine energische Kulturpolitik im Sinne der Sozialdemokratie und nach dem bewährten Muster jenes Kultusministers Hoffmann der Revolutionstage treiben wird, dann wird dem Zentrum der Abschied von der Sozialdemokratie etwas leichter fallen.

Unsere bisherigen Ausführungen dürften genügen, um die Krisenhaftigkeit der deutschen innerpolitischen Verhältnisse zu veranschaulichen. Wenn man nicht schon wüßte, wie sehr sich die Dinge infolge der allgemeinen Entschlußunfreudigkeit verschleppen lassen, dann müßte man auf eine baldige Entscheidung rechnen. Wir aber erwarten vor dem Herbst nichts Wesentliches. Daran werden auch die krampfhaften Bemühungen der Kommunisten nichts ändern. Mögen die kommunistischen Organe eine noch so herausfordernde Sprache führen, mag die Partei mit aller Gewalt versuchen, die Massen auf die Straße zu locken,

blutige Zusammenstöße zu provozieren, — trotzdem wird aus solchen Versuchen sich allerhöchstens ein Putsch entwickeln — selbst das ist zweifelhaft — nie aber eine Revolution.

Daß die Nationalsozialisten von ihrer ausschließlichen Beschäftigung mit der Straße etwas abkommen werden, wenn ihnen die Beteiligung an der Macht gelingt, scheint ein Beispiel wahrscheinlich zu machen. Wir meinen die Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten in Thüringen, wo sie durch Herrn Frick aus München das Innenministerium besetzt haben. Aber das ist ein symptomatischer, noch kein entscheidender Vorgang für die Orientierung dieser radikalen Rechtsgruppe. Das Gleiche läßt sich von allen übrigen Ereignissen in den sonstigen Teilen der nationalen Front sagen. Es hat den Anschein, als ob innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei jene Kräfte sich zu regen beginnen, die von dieser Partei nicht für alle Zeiten eine Opposition im Sinne Hugenbergs gemacht zu sehen wünschen. Wir haben den Eindruck, daß nicht nur der Kreis, der dem Landbundführer Schiele nahe steht, sondern auch konservative Führer des Ostens willens sind, sich hinter ein unabhängiges Präsidialkabinett zu stellen, falls es gebildet würde. Daran ändert auch die Bemerkung des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten v. Freitagh-Loringhoven nichts, die D. N. V. P. würde ein Kabinett Luther — Schleicher — Gröner bis aufs Messer bekämpfen. Denn damit kennzeichnet Herr von Freitagh nur die Einstellung der kleinen alldeutschen Gruppe.

Dieses Wort, das wir eben anführten, zog der volkskonservative Abgeordnete Schlange-Schöningen bei der ersten öffentlichen Kundgebung der Volkskonservativen Vereinigung heran, um damit zu begründen, warum für die Abgeordneten, die sich die Vereinigung geschaffen haben, ein Verbleiben in der D.N.V.P. unmöglich gewesen sei. Von den 12 ausgetretenen Abgeordneten, die mit den Christlich-Nationalen Bauern im Reichstag zusammen eine Fraktion bilden, haben sich 4 dem Christlich-Sozialen Volksdienst angeschlossen, während die übrigen 8 unter Führung von Treviranus die Volkskonservative Vereinigung geschaffen haben. Außer den Reichstagsabgeordneten Treviranus, v. Keudell, v. Lindeiner, Schlange, Lambach, Hoetzsch, Lejeune-Jung und Klönne haben von bekannteren Persönlichkeiten den Gründungsaufruf die Professoren Brunstädt, Classen, Dibelius, Gerber, die Herren Edgar J. Jung, Chefredakteur v. Heydebreck, Admiral a. D. Zenker, Dr. Hermann Ullmann unterzeichnet. In dem Gründungsaufruf wird der Gedanke des Kampfes für die deutsche Freiheit vorangestellt, der eine das Ganze sehende Führung verlange. Die Führung fehle, weil große Parteien, die aus Vorkriegsgedanken entstanden seien, in Parteienge erstarrt seien. Der Ansatz für die Arbeit sei das Parteiwesen selber. Es wird dann hervorgehoben, daß das politische Handeln wieder unter die unbedingte Verantwortung des eigenen Gewissens gestellt werden müsse. Wesentlich ist der Satz: „Wir wollen in staatspolitischer Gemeinschaft und Aufgabenteilung mit wesensverwandten Parteien und Gruppen zusammenarbeiten. Wir werden die Notwendigkeit sichtbar machen, daß Parteien einander nicht nur zu bekämpfen, sondern mit dem Blick aufs Ganze zu ergänzen haben." Schutz für Familie und für den im Heimatboden verwurzelten Menschen wird gefordert. „Wir ringen um die freie Entfaltung der organisch gewachsenen Kräfte des Volkes, um die

Ausschaltung mechanischer Zwangsordnung in Gesetzgebung, Verwaltung und Wirtschaft Selbstverwaltung durch die am nächsten Berufenen soll den Staat von der täglichen Einmischung in die Rechte und Pflichten der Staatsbürger entlasten. Beschränkung auf lebensnotwendige Maßnahmen soll die Autorität des Staates wiederherstellen. Unser Staat soll ein wahrhafter Staat werden. Für ihn arbeiten wir auf der Grundlage der geltenden Verfassung, für deren Fortentwicklung in christlich-konservativem Geist wir uns einsetzen werden." Bei der öffentlichen Kundgebung unterstrich der zum Vorsitzenden der Vereinigung gewählte Abgeordnete Treviranus jene Sätze, in denen von einer Aufgabenteilung und einem Zusammenspiel der verwandten Parteien gesprochen wurde. Er hob auch hervor, daß man der Neugründung nicht den Namen „Partei" gegeben habe, um von vornherein wissen zu lassen, daß man nicht eine Organisation schaffen wolle, die zum Selbstzweck werde, sondern daß die Gruppe, wenn es die Notwendigkeit erfordere, mit anderen Parteien verschmolzen werden müsse. Da Treviranus von dem indirekten Weg sprach, der manchmal zum Ziele führe, Namen von Parteien aber nicht nannte, so soll dahingestellt bleiben, inwieweit sich seine Feststellungen auf die D. N. V. P. bezogen.

Bücherbesprechungen

Karl Bömer: Bibliographisches Handbuch der Zeitungswissenschaft. Kritische und systematische Einführung in den Stand der deutschen Zeitungsforschung.

Die eigenartige Stellung der Zeitung im Geistes- und Wirtschaftsleben der Völker hat seit jeher Anlaß gegeben, sich eingehend mit ihrem Wesen zu befassen und zu ihr kritisch Stellung zu nehmen. Aus ihrer modernen Entwicklung zum Nachrichten- und Kulturträger größten Ausmaßes und nicht zuletzt aus der Erkenntnis der ungeheuren Propagandawirkung der Zeitung während des Weltkrieges erwuchs die Notwendigkeit, sich wissenschaftlich mit ihr zu befassen. So entstanden, hauptsächlich nach 1918, an vielen Hochschulen und Universitäten zeitungswissenschaftliche Institute und Lehrstühle, deren Aufgabe es ist, Wesen, und Wirken der Presse und ihre Beziehung zur Umwelt zu erforschen und die gewonnenen Erkenntnisse dem wirtschaftlichen und kulturellen Leben nutzbar zu machen. In Deutschland bestehen zeitungskundliche Institute an den Universitäten Berlin, Halle, Heidelberg, Freiburg, Köln, Leipzig, München und Münster.

Die zeitungswissenschaftliche Arbeit wurde durch das Fehlen eines umfassenden Führers durch die, ihrer Menge nach, auch für den Forscher bereits unübersehbar werdende Literatur sehr erschwert. Mit seinem „Bibliographischen Handbuch der Zeitungswissenschaft", im Herbst 1929 bei Harrassowitz, Leipzig, erschienen, macht Dr. Karl Bömer, Referent am Deutschen Institut für Zeitungskunde in Berlin, diesem Übelstande für den Bereich der deutschen Zeitung ein Ende.

Bömer gibt in dem Handbuche, das das Resultat jahrelanger Arbeit ist, eine fast lückenlose Übersicht über die vorhandene deutsche zeitungskundliche Literatur, geordnet nach drei großen Gesichtspunkten. Der 1. Teil behandelt die allgemeine Geschichte des deutschen Zeitungswesens, der 2. Teil das deutsche Zeitungswesen, der 3. die Zeitungswissenschaft. Die klare, übersichtliche Anordnung des Materials, die Unterteilung der Hauptabschnitte

machen es zu einem außerordentlich wertvollen Hilfsinstrument für Forscher und Studierende.

Was das Buch über seinen ursprünglich gesteckten Rahmen hinaushebt und seine Bedeutung beträchtlich erhöht, sind die allgemeine Einführung in die Zeitungskunde und die jedem Abschnitte vorgestellten knappen, klaren und sehr aufschlußreichen Erläuterungen. Bömer versucht hier nicht nur in ganz eigener Weise die wirtschaftlichen und kulturellen Bindungen zwischen der Zeitung einerseits und Staat, Politik, Krieg, Kunst, Erziehung usw. anderseits zu erklären, sondern er setzt sich auch mit den philosophischen Problemen der Zeitungskunde, der Definition der Zeitung, dem Begriff der öffentlichen Meinung u. a. m. auseinander

Das Buch hat im In- und Auslande die denkbar beste Anerkennung gefunden. Es ist sicher, daß es nicht nur ein Handbuch für Wissenschaftler wird, sondern auch den Weg zu allen am öffentlichen Leben des Deutschtums Interessierten findet. Vor allem ist es dem Zeitungspraktiker ein Wegweiser durch die Probleme und Fragen seines Berufes. Nicht geringen Anteil an diesem Erfolge werden die dem Textteil angehängten vorbildlichen Namen- und Sachregister haben.

Hans Keeding

Karl Erdmann: Frankreich. Von einer Studienfahrt deutscher Studenten der bündischen Jugend. 36 S. Ludwig Voggenreiter Verlag, Potsdam, 1929.

Eine vorzügliche kleine Schrift. Der Verfasser schildert die Fahrt einer Gruppe bündischer Studenten nach Frankreich und faßt in einem Schlußwort das Ergebnis der Studienreise zusammen. Die Fahrt ist nach sorgfältigster Vorbereitung und eingehenden Studien unternommen worden, offenen Auges, unvoreingenommen und verantwortungsbewußt. „Wo es sich aber um Empfindungen von Nation zu Nation handelt, fühle ich mich als einer aus der Kette jener, die als Kinder einer neuen Zeit die Aufgabe haben, die Zeichen dieser neuen Zeit zu verstehen und zu deuten: es gilt die Wiederentdeckung der Nation" Die Eindrücke sind mit viel Schönheitssinn, Aufmerksamkeit und dankbarem Erkennen empfangen und werden sehr lebendig wiedergegeben. Ausgezeichnet zum Schluß die ganz kurze Zusammenfassung über die psychologischen Bedingungen des deutsch-französischen Verhältnisses. Hier steckt mehr darin als ein Fahrtbericht. — Man wünschte, daß dieser Reisebericht manchem ähnlichen zum Beispiel würde.

Vom selben Verfasser (übrigens einem Sohn unseres Landes) ist ein kleiner Aufsatz: „Buschkämpfer. Aus meinen Baltikumkämpfen Frühjahr 1919" im Spur-Kalender 1926/27 (Der Weiße Ritter Verlag, Potsdam) erschienen.*)

R. W.

Voranzeige

In der Schriftenreihe „Biographien und Denkwürdigkeiten" des Deutschen Ausland-Instituts, im Verlag Ausland und Heimat zu Stuttgart, erscheint demnächst:

---

*) Bei dieser Gelegenheit sei auf diesen sehr guten Jugendkalender hingewiesen, dessen 6. Ausgabe 1930, herausgegeben unter Mitarbeit zahlreicher Jugendbünde und der Mittelstelle für Jugendgrenzlandarbeit von Friedrich Heiß, dem bekannten Herausgeber von „Volk und Reich", und Ludwig Voggenreiter (Ludwig Voggenreiter Verlag Potsdam) den grenz- und auslanddeutschen Gebieten gewidmet ist und auch einige Beiträge mit baltischen Eindrücken enthält. — Diese Vermittlung von Kenntnissen über das Grenz- und Auslanddeutschtum kann nicht warm genug begrüßt werden.

„Im Dienste der Heimat"
Erinnerungen des Freiherrn
Eduard von Dellingshausen,
ehem. Ritterschaftshauptmann
von Estland

Das Buch wird in Deutschland zum Preise von etwa RMk. 12.– bis 14.– verkauft werden. Um es im baltischen Lande leichter für jeden interessierten Leser, für Schulen, für Vereinigungen erreichbar zu machen, hat sich das Deutsche Ausland-Institut entschlossen, ausschließlich für Estland und Lettland eine Subskription von höchstens 300 Exemplaren aufzulegen und jedem, der das Buch bis zum 1. März bestellt, einen ermäßigten Preis von RMk. 9.– für den in Leinen gebundenen Band zu gewähren.

Genealogisches Jahrbuch

Die Genealogische Gesellschaft Lettlands läßt gegenwärtig den Jahrgang 1914 des Jahrbuches für Genealogie, Heraldik und Sphragistik drucken, dessen Manuskript, wenigstens teilweise, in diesem Jahre in den Besitz der Gesellschaft gelangt ist, welche unter diesem neuen Namen die Arbeit der Gesellschaft für Genealogie, Heraldik und Sphragistik der russischen Ostseeprovinzen nach Gründung des lettländischen Staates fortführt.

Leider ist ein Teil des Manuskriptes verloren gegangen, ein anderer Teil veraltet, so daß nicht das ganze Jahrbuch, wie es für 1914 geplant war, zum Abdruck gelangen kann.

Aus dem Inhalt des erscheinenden Jahrbuches sind hervorzuheben: eine Arbeit von Dr. H. von Bruiningk „Die Bülow's in Livland", wohl die letzte Arbeit, die von dem verstorbenen Historiker veröffentlicht wird. Ferner wird ein Nekrolog für den verstorbenen langjährigen Vorsitzenden der Gesellschaft Baron Alexander Rahden aus der Feder des Archivdirektors O. Stavenhagen zum Abdruck gelangen. Als Anhang sind einige Arbeiten der Genealogischen Gesellschaft Lettlands hinzugefügt. Der ganze Band wird ca. 150 Seiten des gewöhnlichen Formates des Jahrbuches umfassen. Der Preis des Jahrbuches ist auf 10 Lat festgesetzt, welcher sich bei vorher erfolgter Subskription auf 8 Lat ermäßigt. Mitglieder der Gesellschaft erhalten ihn nach Einsendung des Betrages von 5 Lat zugesandt. Die Übersendung per Post geschieht auf Kosten der Besteller.

Anfragen sind zu richten an Baron N Rahden, Mitau, Akademiestr. 11/13.

Der Vorstand
der Genealogischen Gesellschaft
Lettlands

Von der Schriftleitung

Zum Aufsatz von Dr. A. Köttgen verweisen wir auf die in unserer Zeitschrift erschienenen Aufsätze von W. Hasselblatt: „Staatskrise und auslanddeutsche Nationalitätenpolitik" (1929, S. 157, Heft 3), D. K. Keller: Zehn Jahre deutsche Schulautonomie (1929, S. 701, Heft 12) und M. H. Boehm: „Vom Problem der Autonomie" (1929, S. 716, Heft 12).

*

Da einige Sätze aus dem im vorigen Heft erschienenen Aufsatz von P. Arnold Schabert: „Sammlung und Bindung" Anlaß zu Mißverständnissen geworden sind, geben wir auf Bitte des Autors nachstehend ihre ursprünglich beabsichtigte Fassung wieder:

„Ein drittes Merkmal der religiösen Lage unserer Jugend ist der Dilettantismus und die Eigenbrödelei auf religiösem Gebiet. Man sucht aus den jeweilig modernen religiösen Strömungen oder aus aufgeschnappten Meinungen das Konvenierende heraus, zimmert sich, so gut es geht, seine eigene Ansicht zurecht und übt von hier aus Kritik am Bestehenden. Natürlich so viel Köpfe, so viel Meinungen, und oft in schneller Aufeinanderfolge mehrere Meinungen in einem Kopf. Als Beleg für das zuletzt Gesagte lese man die im „Rundbrief baltischer Wandervögel" erschienenen Aufsätze zu den Fragen Christentum, Volkstum, Jugendbewegung nach."

*

Im nächsten Heft beginnen wir mit Quartalsberichten über die politische Lage in Estland und Lettland, für die sich je ein Mitarbeiter in Estland und Lettland hat gewinnen lassen.

Die Mitarbeiter dieses Hefts:

Dr. A. Köttgen, Privatdozent an der Universität Jena und am Herderinstitut zu Riga / K. Freymuth, Riga / Dr. H. Virgensohn, P. am St. Peter zu Riga / P. Meyer, Riga / Dr. h. c. W. Wachtsmuth, Chef des deutschen Bildungswesens in Lettland, Riga / Referendar W. Reusch, Berlin / W. Mueller, Riga / Schriftleiter G. Schröder, Berlin / H. Keeding, Berlin.

Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Reinhard Wittram

Die Landwirtschaft Lettlands

Von Max von Blaese

Kürzlich ist die erste umfassende Arbeit in deutscher Sprache über die Landwirtschaft Lettlands erschienen, ein Buch, das dadurch besonders wertvoll ist, daß es vom Standpunkt des Volks- und Landwirts aus jetzt, nach bereits zehnjährigem Bestehen des Staates Lettland, geschrieben ist, also zu einer Zeit, in welcher tiefgreifende Reformen als durchgeführt gelten können und ihre Folgen bis zu einem gewissen Grade zur Auswirkung gelangt sind*)

I.

Der Verfasser behandelt den Stoff in 7 Hauptabschnitten. Er beginnt mit den „Allgemeinen Voraussetzungen der Landwirtschaft Lettlands" Hier werden — nach kurzem historisch-geographischen Überblick — Bodenbeschaffenheit, Klima, Bevölkerung, Verkehrsverhältnisse, Besitzverteilung und Bodennutzungsweise nach Kulturverhältnissen behandelt.

Die Darstellung der Bodenverhältnisse sowohl in geologischer als auch ganz besonders in landwirtschaftlicher Beziehung hätten wir uns gern umfassender gewünscht; das hätte mehr der Gesamtanlage des Buches entsprochen, Literatur darüber ist ausreichend vorhanden. In Lettland sind Böden sehr voneinander abweichender und ausgesprochener Beschaffenheit anzutreffen. Außer der vom Verfasser erwähnten sehr fruchtbaren – nach unseren Berechnungen ca. 1400 km² einschließenden — Fläche der Mitau-Rigaer Tiefebene ist der fruchtbare humose sandige Lehmboden, ein Verwitterungsprodukt des roten Sandsteins, im Kreise Talsen erwähnenswert. Sehr fruchtbare Böden, ähnlich dem der Mitauer Tiefebene, sind in kleinerer Ausdehnung in den westlichen und nordwestlichen Abdachungen des zentralen kurländischen Höhenzugs der Kreise Hasenpoth und Grobin zu finden. Ganz besonders interessant sind die

*) Die Landwirtschaft in Lettland. Von Dipl.-Landwirt Dr. W. Rudolph. Mitau 1930. Die Arbeit ist eine Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde; Inhalt, Umfang und Bedeutung der Schrift überschreiten aber den Rahmen einer Durchschnittsdissertation durchaus.

jüngsten Flußalluvianen in geringerer Ausdehnung am Mittellauf der Kurländischen Aa, an der Windau bei Suhrs und ganz besonders im Kreise Illuxt im Stromgebiet der Düna, wo zwischen Griwa und Poduni ein ca. 40 km langer Landstrich in der Breite von ca. 1 km und mehr einen sehr leicht zu bearbeitenden und ausnehmend fruchtbaren Alluvialboden einschließt, der in tieferen Lagen große Mengen besten Wiesenheus liefert. Es sei nur auf diese eigenartigen interessanten Bodenbildungen höchster Qualität hingewiesen, welche außer manchen andern typischen Bodenarten uns erwähnenswert erscheinen.

Meteorologische Beobachtungen sind im lettländischen Teil der baltischen Provinzen während eines längeren Zeitraums leider nur an wenigen Orten gemacht worden, doch haben die vorhandenen Beobachtungen volle Berücksichtigung gefunden.

Während die durchschnittliche Jahrestemperatur in Königsberg 7,0, in Tilsit 6,6 beträgt, erreicht sie in Riga nur 6,0, in Mitau 6,1, in Libau 6,3 und in Windau sogar nur 5,7° C. Im Höhengebiet Nordlettlands werden wesentlich geringere Jahresdurchschnitte, 3,3—3,8°, und selbst für manche zentrale Gebiete Kurlands solche von 4,2, sogar 3,8° angegeben. Obgleich die Temperaturangaben nicht ohne weiteres für die einzelnen Gebiete miteinander verglichen werden können — es sei denn, daß die Beobachtungen in gleichen Zeiträumen durchgeführt sind — so geben sie immerhin wertvolle Anhaltspunkte zu einem Vergleich unseres Klimas mit dem anderer Orte.

Die Niederschlagsverhältnisse sind in Lettland auch weniger günstig, als im nahegelegenen hochkultivierten Ostpreußen; doch werden die durch Temperatur und Niederschläge bedingten Nachteile, wie richtig bemerkt wird, durch die längeren Tage im nördlicher belegenen Lettland bis zu einem gewissen Grade ausgeglichen, gewiß nicht vollständig; denn inbezug auf Pflanzenwahl, Ausnutzung der Futterflächen, Arbeitsverteilung bleibt Lettland immerhin benachteiligt.

In dem die Bevölkerung behandelnden Kapitel wird auf den enormen Bevölkerungsrückgang seit dem Jahre 1914 hingewiesen; für (lettisch) Livland, Kurland, Semgallen und Lettgallen ergab die Zählung vom Jahre 1897 die Gesamtzahl 1,929,387. Nach Berechnung des russischen Zentralen Statistischen Komitees betrug diese Zahl im Jahre 1914 nach der wahrscheinlichen Bevölkerungszunahme 2.552,000. Nach der Zählung vom 14. Juni 1920 hat Lettland

eine Gesamtbevölkerung von nur 1,596,131; diese wächst im Jahre 1928 nach dem statistischen Jahrbuch Lettlands auf nur 1,883,189.

Es wird ganz richtig bemerkt, daß für die Landwirtschaft die Kenntnis der Dichte der Landbevölkerung besonders wertvoll sei. Diese betrug im Jahre 1926 pro km² in Livland 15,1, in Kurland 15,0, in Lettgallen 30,1 und in ganz Lettland 18,7.

Interessant ist es, diese Zahlen mit den vorhergehenden Zählungen in den Jahren 1861, 1881 und 1891 zu vergleichen; hier nur die Angaben für Kurland. Die Dichtezahlen betrugen in den Jahren 1861 — 18,1, 1881 — 19,4 und 1897 — 18,7, waren also höher als die des Jahres 1926 und weisen außerdem nach, daß in den Jahren 1861—1897 ein Zuwachs der Landbevölkerung nicht stattgefunden hat. Auch der Zuwachs der Gesamtbevölkerung Kurlands, welche im Jahre 1861 — 575,000, 1881 — 630,400 betrug, ist ein sehr geringer. Dasselbe dürfte sich auch für das ehemalige Livland nachweisen lassen.

Die unbefriedigenden Zahlen für den Geburtenüberschuß, den natürlichen Bevölkerungszuwachs, weisen nach, daß nicht nur eine etwaige Auswanderung einen normalen Bevölkerungszuwachs verhindert. Nur in Lettgallen mit einer wesentlich größeren Bevölkerungsdichte — pro km² 36,0 (Gesamtbevölkerung) und 30,1 (Landbevölkerung) — ist der Geburtenüberschuß normal oder vielmehr recht hoch und ca. dreimal so groß wie im übrigen Lettland. Das kulturell sehr wesentlich tiefer stehende Lettgallen mit seinem Völkergemisch stark russischen, auch polnischen Einschlages mit hohem Geburtenüberschuß wird nicht mit Unrecht als schwerwiegendes Problem der Zukunft gekennzeichnet.

In engem Zusammenhang mit dem Problem der Dichte besonders der Landbevölkerung steht auch die Arbeiterfrage auf dem Lande. Diese zieht sich wie ein roter Faden durch unsere Agrargeschichte, beginnend mit dem Anfang des vorigen Jahrhunderts.

Der mangelhafte Bevölkerungszuwachs bedingte es, daß Livland und Kurland Mangel litten an Landarbeitern, besonders als die Industrie in unseren größeren Städten ihren großen Aufschwung nahm. Da die Lettgaller gleich den Russen nur als Wanderarbeiter zu haben waren, auch für eine Landwirtschaft mit höherer Kultur ungeeignet waren, sah man sich genötigt, andernorts Arbeitskräfte zu suchen, und fand solche in den deutschen Kolonien Rußlands. Da ihre Arbeitsleistungen befriedigende waren, wurden diese Arbeits-

kräfte in größerer Zahl ins Baltikum gebracht und als Jahresarbeiter angestellt.

Die Verkehrsverhältnisse werden vom Verfasser besonders in Rücksicht auf die Landwege mit Recht als äußerst ungünstige bezeichnet; infolge der besonders in der Kriegszeit an sie gestellten Anforderungen sind die — in der Vorkriegszeit als gut bekannten — Landwege (welche während des Krieges garnicht remontiert wurden) fast unbefahrbar geworden. Hier wäre hinzuzufügen, daß die bisherige Bauweise dem jetzt recht ausgebreiteten Automobilverkehr nicht gewachsen ist. Dieser Zustand soll nach einem Gesetzesprojekt von 1928 wesentlich abgeändert werden, indem von den ca. 15,000 km Landwegen I. Ordnug im nächsten Jahr vom Staat eine rationelle Wegeremonte auf 5000 km übernommen und in den folgenden Jahren auf weiteren Strecken fortgesetzt werden soll. Auch das Eisenbahnnetz, dessen Ausdehnung nach Spurweiten gruppiert angegeben wird, ist ein sehr weitmaschiges, obgleich fast alle in der Kriegszeit von deutschen Truppen erbauten Bahnen im Betriebe erhalten werden. Es sei noch kurz auf die Besprechung der natürlichen Wasserwege hingewiesen; keins von den allgemein bekannten Kanalprojekten ist zur Ausführung gelangt.

Das Nachrichtenwesen lernen wir gleichfalls als mangelhaft kennen, müssen jedoch ergänzend hinzufügen, daß es sich im Vergleich mit seinem Zustand unter russischer Herrschaft sehr bedeutend gebessert hat.

Einen recht weiten Raum gibt der Verfasser berechtigterweise seinen Ausführungen über die Besitzverteilung vor und nach dem Kriege, einschließlich der jüngsten Agrargesetze und deren Folgen.

In der Geschichte der Agrarreformen werden die wesentlichsten vom baltischen Adel vorgebrachten Maßnahmen, beginnend mit der Bauernverordnung vom Jahre 1804, bis zu der des Jahres 1860 behandelt, durch welche bekanntlich die völlige Emanzipation und Sicherung des bäuerlichen Besitzes erreicht worden ist. Diese Reformgesetzgebung bezieht sich bekanntlich nur auf den livländischen und kurländischen Teil des heutigen Lettland, Lettgallen war dem deutschen Einfluß vollkommen entzogen; die Leibeigenschaft wurde dort ca. vierzig Jahre später aufgehoben, und die Regelung der gesamten Agrarfrage erfolgte nach allgemeinen russischen Gesetzen. Nichts läßt die Wirkung des deutschen Kultureinflusses im Baltikum eindrucksvoller hervortreten, als ein Vergleich mit dem kulturell so viel niedriger stehenden Lettgallen. Als Fehler der baltischen Agrarverfassung wird

nach Sering die Vernachlässigung der Landarbeiter und somit das Fehlen der Möglichkeit ihres Aufstiegs zum Kleinbauernstande erwähnt. Ob dieser Fehler zur Zeit der Begründung des selbständigen Bauernhofes hätte ausgeschaltet werden können, erscheint uns doch zum mindesten sehr fraglich; die Bevölkerungsdichte war eine sehr viel geringere, und besonders die Zahl der über das zum Betriebe einer Wirtschaft erforderliche Inventar verfügenden Bauern war nicht größer, als die der Fronpflichtigen, welchen die von ihnen genutzten Ländereien als Eigentum zugeschieden wurden. Damals fehlten die Menschen, die den Stamm zu einer zweiten Kategorie kleiner Grundbesitzer hätten bilden können.

Die Besitzverteilung vor dem Kriege hat jetzt für uns nur mehr ein historisches Interesse. Das entsprechende Kapitel des Buches enthält daher auch nur die zur Charakterisierung wesentlichsten Zahlen über die Größenverhältnisse des Groß- und Kleingrundbesitzes in verschiedenen Landesteilen. Als auch für die neuzeitlichen Verhältnisse beachtenswert sei darauf hingewiesen, daß von dem gesamten landwirtschaftlich genutzten Lande in Livland 63,3 % und in Kurland 64 % dem Kleingrundbesitz, also vornehmlich den sogen. bäuerlichen Gesinden, gehörte. Dieses Land dürfte nach der lettländischen Agrargesetzgebung für eine lange Reihe von Jahren als die einzig aussichtsreiche Fläche nennenswerter landwirtschaftlicher Produktion anzuerkennen sein.

Bei den Angaben über die Durchschnittsgröße des kurländischen und livländischen Bauernhofes (Gesinde) nach verschiedenen Autoren erscheinen uns die maximalen Angaben von Skujeneek (mit 41,5 ha für Kurland und 47 ha für Livland) als die zutreffendsten (vielleicht sind auch sie noch etwas zu gering); Lettgallen mit durchschnittlich 10 ha pro Bauernhof bleibt dabei ausgeschlossen. Für die wirtschaftlich rationelle Größe eines Bauernhofs werden von manchen baltischen Autoren, offenbar für Lettland, durchaus unhaltbare Zahlen von 12—15 ha als sogen. Selbständigkeitsgrenze wiedergegeben; der Verfasser kommt zum Schluß, diese mit etwa 20 ha — wir würden sagen: 20—25 ha Acker, nicht gerechnet zugehörige natürliche Futterflächen — zu normieren; dann ist die Arbeitskraft des mitarbeitenden Besitzers mit einem Gespann von 2 Pferden genügend ausgenützt. Übrigens wird ganz richtig darauf hingewiesen, daß die Regelung der Besitzverteilung sich am besten von selbst, durch freies Spiel der Kräfte ergäbe. Die Bedeutung des Großgrundbesitzes für den landwirtschaftlichen Fortschritt und sein bahnbrechendes Vorgehn

wird voll anerkannt; andrerseits wird geltend gemacht, daß es Güter von solchem Umfang gab, daß ihre rationelle Bewirtschaftung auch wegen Kapitalmangels nicht mehr durchführbar und es wirtschaftlich richtiger gewesen wäre, wenn sie frühzeitig Teile ihrer Fläche zur Gründung von Kleinwirtschaften hergegeben hätten. Es ist nun nicht zu bestreiten, daß die Latifundien, soweit sie nicht durch fideikommissarische Bindung daran verhindert waren, manche Fläche zur Gründung von Kleingrundbesitz hätten opfern können; sehr groß aber waren die hierzu geeigneten Flächen nicht, da der größte Anteil ihres Landbesitzes auf Wald entfiel. Kapitalmangel ist zudem dort weder in Livland noch in Kurland nachweisbar; im Gegenteil, selbst bei schwieriger Lage der Landwirtschaft konnten aus den meist herrlichen Waldbeständen in regelrechtem Forstbetriebe sehr große Summen flüssig gemacht werden. Die zu diesen großen Gutskomplexen gehörenden sogen. Beihöfe waren ganz selbständige Wirtschaften, die bei großen Abständen vom Zentrum meist gegen durchaus mäßige Pachtzahlungen langjährig verpachtet wurden. Es hatte sich demnach auch ein durchaus wohlhabender und tüchtiger Pächterstand herausgebildet, welcher garnicht abgeneigt war, sich die neuen, rationellen Kulturmaßnahmen zu eigen zu machen. Die Kapitalkraft der Latifundienbesitzer war es auch, welche es ihnen ermöglichte, in verschiedenen Zweigen des Wirtschaftsbetriebes vorbildlich vorzugehn. Rückständige gab es natürlich hier ebenso wie unter den kleinen Grundbesitzern. Die Beihöfe oder Vorwerke aber waren nicht ein Notbehelf.

Die umstrittene Frage der Bedeutung der besonders in Kurland reich vertretenen Fideikommisse in volkswirtschaftlichem Sinne wollen wir hier übergehn, da sie auch außerhalb der vorliegenden Arbeit steht.

Besonders eingehend wird die lettländische Agrargesetzgebung in den Kapiteln: Agrarreformgesetz, Ausführung der Reform, Kritik der Reform, Grundbesitzverteilung behandelt.

Die wesentlichsten Zahlen nach amtlicher Statistik neuester Zeit, nach denen die Agrarreform als fast durchgeführt zu erachten ist, geben einen sehr guten Überblick über die Verteilung der Besitzgrößen im Lande, und in der Kritik der Reform sind rein wirtschaftspolitische Grundsätze als leitende Motive zu erkennen. Wir wollen dieses ausgiebig behandelte Thema, auf das wir zum Schluß unserer Ausführungen noch zurückkommen werden, hier nicht näher erörtern und verweisen nur auf die genannten Kapitel. Es muß aber schon hier auf den berechtigten Ausspruch des Verfassers hingewiesen werden,

daß die Grundlagen der Agrarreform nicht auf ökonomischen, sondern auf nationalpolitischen Erwägungen beruhen. Diesen sind unermeßliche Werte geopfert worden, nicht nur dadurch, daß stattliche Herrenhäuser, für welche Lettland infolge seiner Agrarreform keine zweckdienliche Verwendungsart hat, vollständigem Verfall preisgegeben sind, sondern auch indem wohlorganisierte Wirtschaftsbetriebe des Großgrundbesitzes als organisches Ganzes zerstört sind und aus ihren Trümmern mit großem Kostenaufwand Kleinwirtschaften zusammengebastelt werden, deren Produktionsfähigkeit für eine lange Reihe von Jahren eine nur sehr unbefriedigende sein kann.

Mit dem Kapitel über die Agrarreform schließt der Abschnitt über „Die allgemeinen Voraussetzungen der Landwirtschaft Lettlands" Wir haben seinen Inhalt ausführlicher erörtert, da in ihm die Grundlagen der landwirtschaftlichen Produktion gekennzeichnet werden und von diesen ausgegangen werden muß, wenn wir unsere Aufmerksamkeit der landwirtschaftlichen Produktionsfähigkeit des neugestalteten Lettland zuwenden.

II.

Der nunmehr folgende Abschnitt: „Die Produktion" umfaßt die Kapitel: Bewirtschaftung des Ackers, Feldsystem, Feldbestellung, Ackergeräte, Erntemethoden, Erntehöhen, Grünland, Stand der Viehhaltung (sowie Züchtung und Haltung der einzelnen Haustiere) und Waldwirtschaft. Die Vergleichszahlen mit der Vorkriegszeit nach vorhandener Statistik (z. B. Umfang der Ackerfläche, Ernten usw.) können nur recht unsichere Werte darstellen, erstens weil die Angaben der russischen Statistik sehr unzuverlässig sind, zweitens weil sie für ganze Kreise und Gouvernements zusammengestellt sind, so daß es sehr schwierig ist, aus dieser Gruppierung die Zahlen für das aus Teilen russischer Gouvernements entstandene Lettland richtig zusammenzustellen. Ferner weicht die russische Methode der statistischen Erhebungen wesentlich von der neuzeitlichen, rationelleren ab.

Daher finden wir auch nach der lettländischen Statistik folgende recht auffallende Zahlen angegeben. Wenn die Vorkriegsernte der Jahre 1909—13 = 100 gesetzt wird, so hat Lettland geerntet: Weizen in den Jahren 1926—28 131–187; Erbsen in den Jahren 1920—27 147—194; Kartoffeln von 1926–27 112—158. Es ist doch sehr unwahrscheinlich, daß in einem Lande, dessen landwirtschaftliche Kultur infolge von Krieg und Agrargesetzgebung stark zurückgegangen ist, gerade von den mehr Kultur fordernden Feld-

früchten in den Nachkriegsjahren so sehr viel mehr geerntet worden sein soll. Der Verfasser hat hier freilich das lettländische amtliche Zahlenmaterial wiedergegeben.

Als Beweis dafür, daß die ganz unbefriedigenden Durchschnittserntен Lettlands bedeutend gesteigert werden können, nennt der Verfasser die Erntehöhen der 43 der landwirtschaftlichen Buchzentrale der Kurländischen Ökonomischen Gesellschaft in Mitau angeschlossenen Güter. Diese Daten sind fast fehlerlos.

Die Angaben über den Bestand an Nutz- und Zugvieh vor und nach dem Kriege sind als ausreichend zuverlässige durchaus beachtenswert, da die diesbezüglichen statistischen Erhebungen keine besonderen Schwierigkeiten bereiten.

Interessant ist, daß wir den Vorkriegsbestand an Schafen schon 1920—25 und den der Pferde und Rinder im Jahr 1927 nicht nur erreicht, sondern überschritten haben. Der große Pferdebestand wird ganz zutreffend durch die unrationelle Ausnutzung der Pferdekraft in den neugegründeten äußerst zahlreichen Kleinwirtschaften erklärt.

Nach einzelnen Landesteilen geordnet, beträgt die Zahl der Rinder pro 100 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche: in Livland 30,7, Lettgallen 28,8, Semgallen 24,9 und Kurland 22, 4; während auf derselben Fläche in Ostpreußen 44,1 Stück gehalten werden. Da die Zahl der Rinder allein keine Anhaltspunkte zur Beurteilung der Milchproduktion bietet, wird ferner die Zahl der 1928 bestehenden die Milchproduktion günstig beeinflußenden Kontrollvereine und der diesen angeschlossenen Rinder angegeben. Daraus wird errechnet, daß vom Gesamtbestande des Nutzviehs in Livland 20,8%, Semgallen 16,8%, Kurland 16,0% und Lettgallen nicht mehr als 3,1% den Kontrollvereinen angeschlossen waren. Livland steht somit nicht nur inbezug auf die Zahl des Viehbestandes an erster Stelle, sondern die regere Inanspruchnahme der beratenden Tätigkeit der Kontrollvereine läßt auch auf eine rationeller und erfolgreicher betriebene Nutzviehhaltung schließen.

Zutreffend wird darauf hingewiesen, daß die hohe Zahl der Rinder in Lettgallen lediglich auf die größere Bevölkerungsdichte zurückzuführen ist, daß jedoch die Milchproduktion den Eigenkonsum wenig überschreiten dürfte; dafür spricht auch die an anderer Stelle angeführte äußerst geringe Zahl von Molkereigenossenschaften in Lettgallen.

Die Milcherträge einiger Wirtschaften von Genossenschaftsverbänden sowie der Staatswirtschaften, die doch wohl zu den besten

gehören, werden mit 1800—2600 kg Milch und die der 23,267 Kühe, welche dem Kontrollverein des Zentralen Tierzuchtvereins angeschlossen sind, mit 2211 kg Milch angegeben. Der Landesdurchschnitt wird schätzungsweise mit 1500 kg genannt, doch dürfte dieser, wenn man Lettgallen einschließt, immer noch zu hoch angegeben sein.

Nach Versuchen mit verschiedenen Rassen hatten sich die Landwirte der drei baltischen Provinzen in der Vorkriegszeit für Reinzucht und Import nur zweier Rassen — rote Angler oder Angler-Fünen und schwarzbunte Holländer — entschieden. Die Zuchten waren in der letzten Zeit vor dem Kriege so weit vorgeschritten, daß ein Absatz nach den innerrussischen Gouvernements stattfinden konnte und auch eine gewisse Berechtigung besaß. Für dieselben Rassen sind auch jetzt Herdbücher eingerichtet, und außerdem wird ein Herdbuch für eine neue Rasse, das lettländische Landvieh, geführt, mit drei Unterabteilungen: rotbuntes, rotes und blaues Landvieh. Abgesehen von der vom Verfasser betonten Unzweckmäßigkeit besonders der drei Unterabteilungen, welche die Bildung möglichst großer einheitlicher Zuchtgebiete fast unmöglich machen, sollte doch in Erwägung gezogen werden, daß die Heranzüchtung einer neuen, in ihren Eigenschaften konstanten Rasse eine lange Reihe von Jahren erfordert und sehr große Kosten verursacht. Einen solchen Luxus kann sich nur ein reicher Staat erlauben, und zwingende Gründe liegen in Lettland hierfür nicht vor, da die für Lettland geeigneten Rassen bereits längst vor dem Kriege erkannt worden sind.

Auf die gesonderten Kapitel, in denen die Schaf-, Schweine- und Geflügelzucht behandelt wird, sei hiermit hingewiesen.

Im Abschnitt „Absatz" wird nach Erörterung der Absatzmöglichkeiten und Absatzschwierigkeiten auf Grund reichlichen statistischen Materials die Richtung gekennzeichnet, welche die Entwicklung unserer Landwirtschaft nach dem Kriege eingeschlagen hat. Die Kornproduktion ist unbedingt zurzeit noch äußerst unbefriedigend, denn die Einfuhr von Kornfrüchten, Ölkuchen und Kleie beträgt im Durchschnitt der Jahre 1924—27 rund das Zehnfache der Ausfuhr; der Wert schwankt zwischen 20—40 Millionen Lats. Unwillkürlich drängt sich uns hierbei die Frage auf, die wir nur kurz berühren wollen: ob Lettland selbst bei fortschreitender Kultur imstande sein wird, den Bedarf an Brotkorn, d. h. Roggen und Weizen, durch eigene Produktion zu decken. Leider liegen uns von den hierbei erforderlichen statistischen Angaben nur die für das Jahr 1925 vor, doch geben auch diese einige Anhaltspunkte. Im genannten Jahr

waren mit Weizen und Roggen im ganzen 314,600 ha bestellt; diese brachten eine Ernte von 3,739,200 dz (dz = 100 kg). Das sind 11,88 dz je ha oder 4,4 dz = 26,4 Pud je Lofstelle. Von der Gesamternte wären 1,8 dz je ha, somit im ganzen rund 570,000 dz als Saat abzuziehen, so daß für den Konsum 3,169,200 dz verblieben. Die statistischen Erhebungen über den Brotkonsum sind nach Ländern und Autoren recht schwankende; sie bewegen sich etwa zwischen 150—260 kg pro Kopf der Bevölkerung und sind am höchsten in Rußland und Finnland. Nehmen wir diese Zahl für Lettland mit 225 kg = 2,25 dz an, so beträgt der Bedarf an Brotkorn für die Gesamtbevölkerung von 1,884,000 Menschen 4,239,000 dz, während 3,169,200 vom Lande geliefert werden. Es sind demnach durch gesteigerte Produktion oder Import 1,069,800 dz zu beschaffen. Mit anderen Worten: die Produktion an Brotkorn muß im Lande um fast rund 30% gesteigert werden.

Die amtlichen statistischen Angaben mit 11,88 dz je ha oder 26,4 Pud je Lofstelle als Durchschnittsernte Lettlands sind recht günstig, und es erscheint fraglich, ob die Ernte in absehbarer Zeit auf 15,44 dz je ha oder 34,32 Pud je Lofstelle wird erhöht werden können. Möglich ist es gewiß; nach dem statistischen Jahrbuch des Deutschen Reichs wird sie für Ostpreußen mit 16—17 dz angegeben und erreicht in andern Teilen Deutschlands 20—25 dz. Der Weizenbedarf, besonders für feineres Gebäck, wurde — soweit es sich ermitteln ließ — auch vor dem Kriege in den baltischen Provinzen nicht gedeckt, und dabei wird es wohl auch in Zukunft bleiben. Da jedoch anzunehmen ist, daß eine Produktionssteigerung (und sei es auch eine geringe) der übrigen für den Export geeigneten Feldfrüchte bevorsteht, so kann sich hierdurch auch bei nicht voller Deckung des Brotkornbedarfs die Handelsbilanz sehr viel günstiger gestalten. Dieses erscheint um so weniger ausgeschlossen, als die Maßnahmen der Staatsregierung zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion äußerst beachtenswerte sind.

Das Kapitel „Absatzgenossenschaften" ist fast ausschließlich der Darstellung des Entwicklungsganges der Molkereigenossenschaften gewidmet. Keiner der landwirtschaftlichen Produktionszweige ist in dem Grade für genossenschaftlichen Betrieb geeignet, wie die Milchviehhaltung. Im Jahre 1920 bestanden 21 Molkereien; 1928 war ihre Zahl auf 756 angewachsen, davon 70% genossenschaftliche. Es wurden 1926 den Molkereien im ganzen 287,8 Mill. kg Milch geliefert und davon 94,6% zu Butter verarbeitet, zum großen Teil

für den Export. Im genannten Jahr wurden 11,2 Mill. kg Butter exportiert. Dank den hohen Anforderungen, welche an Exportbutter gestellt werden, und der strengen Kontrolle im Lande hatte nach den Angaben über Preisnotierungen die lettländische Butter die Preise der dänischen nicht nur erreicht, sondern mehrfach sogar überschritten. In der Butterproduktion ist der livländische Teil Lettlands der führende; auf Livland entfallen rund 60 % der Gesamtproduktion, während Lettgallen sich mit nur rund 1,4 % beteiligt.

Auf dem Gebiet der Milchproduktion ist jedenfalls in der Zeit nach dem Kriege ein sehr beachtenswerter Entwicklungsgang zu erkennen, doch wird ganz zutreffend darauf hingewiesen, daß es hier noch sehr viel zu bessern gibt. Wir würden dem hinzufügen, daß, so anerkennenswert das Geschehene ist, unsere durchschnittliche Milchviehleistung noch weit von der entfernt ist, die man selbst bei bescheidensten Ansprüchen erwarten kann. — Der Leser des Buches muß aber den Eindruck gewinnen, daß der Nutzviehhaltung in Lettland eine aussichtsreiche Zukunft bevorsteht und daß sie in Zukunft die Handelsbilanz in höherem Grade günstig beeinflussen wird, als der Kornbau, da die Bevölkerung Lettlands für Nutzviehhaltung mehr Verständnis und Interesse zu haben scheint, als für rationellen Kornbau.

Der Abschnitt „Landarbeiter" bringt das Wichtigste von dem, was auf diesem Gebiet für die Privat- und Staatswirtschaft von besonderem Interesse ist, und es muß anerkannt werden, daß die in diesem Abschnitt angeführten lettländischen statistischen Erhebungen über Lohnhöhe usw. während einer Reihe von Jahren die russischen diesbezüglichen Arbeiten weit überragen. Die Frage der Beschaffung von Landarbeitern ist der von uns bereits erwähnte „rote Faden", der sich seit etwa 100 Jahren durch unsere Agrargeschichte zieht; er reißt auch jetzt nicht nur nicht ab, sondern kennzeichnet sich schärfer denn je. Als Grund hierfür wird durchaus zutreffend die durch die lettländische Agrargesetzgebung geschaffene große Zahl von Zwergwirtschaften erkannt. Die Zwergwirtschaften bieten dem Besitzer für seine Person nicht genügend Arbeit, und daß ein Zwergwirt, der auf eigener Scholle sitzt, nicht geneigt ist, als Tagelöhner bei Großbauern zu arbeiten, ist eine bekannte Erfahrung. Lettgallen kann allerdings eine beträchtliche Zahl von Arbeitskräften abgeben, doch ist ihre Arbeitsleistung unbefriedigend, und zudem verdingen sie sich meist nur für die Sommermonate als Saisonarbeiter. Die Arbeitslöhne von Jahresarbeitern (Knechten) sind seit dem Jahre

1922 höher als in der Vorkriegszeit: 1926 von Männern um 80%, von Mägden um 100%. In den folgenden Jahren sind sie etwas gefallen. Im Vergleich mit Ostpreußen sind die Knechtslöhne um 80%, die Mägdelöhne um 65% höher.

Besonders schwierig wird die Arbeiterfrage noch durch die Landflucht der Nachkommen und Angehörigen der Großbauernhöfe.

Das Kreditgenossenschafts- und Vereinswesen mit seiner historischen Entwickelung wird ausführlich im Abschnitt „Selbsthilfe der Landwirtschaft" geschildert. Das Buch schließt mit den Abschnitten „Staatliche Tätigkeit zur Förderung der Landwirtschaft" und „Zusammenfassung der Ergebnisse" Besonders auf den vorletzten Abschnitt, welcher die staatlichen Maßnahmen zum Nutzen der Landwirtschaft beleuchtet, muß hingewiesen werden, ohne daß hier näher darauf eingegangen werden kann. Es sei nur hervorgehoben, daß die Staatsregierung unter Aufwendung großer Mittel bestrebt ist, die landwirtschaftliche Kultur zu heben und die Produktion zu steigern. Daß hierbei die auf dem konfiszierten Lande, dem sogen. Fondsslande, neubegründeten Jungwirtschaften mit ihrem Kleinbetriebe besonders inbezug auf Kreditgewährung ganz besondere Berücksichtigung finden, ist erklärlich; denn das ist die Wunde Lettlands, deren Heilung noch lange Zeit erfordern und wohl erst nach energischem operativem Eingriff, durch Änderung des bestehenden Agrargesetzes, zu einem Abschluß kommen dürfte.

Die deutsch-baltische Literatur ist durch Dr. Rudolphs Buch sehr wesentlich bereichert worden; es bietet, unbeeinflußt von jeder Voreingenommenheit, wohl alles Wissenswerte inbezug auf Stand und Entwicklungsgang der Landwirtschaft in Lettland.

III.

Natur, Arbeit und Kapital bilden bekanntlich die Grundlagen der landwirtschaftlichen Produktion. Für Lettland muß jedoch noch ein vierter die Produktion in hohem Maß beeinflussender, durch die Agrarreform geschaffener Faktor genannt werden, die Beschränkung der Besitzgröße. Die Agrarreform bezieht sich insofern nicht auf diejenigen Ländereien, welche in Livland nach der Bauerverordnung von 1849 und in Kurland nach den Agrarregeln von 1863 zum Unterschiede vom gutsherrlichen Lande als Bauerland bezeichnet wurden, als dem Hofbesitzer auf Bauerland seine bisherige Besitzgröße nicht verringert wird. Aber auch diese Ländereien entgehen

nach erfolgter Besitzgrößenänderung infolge von Erbteilung usw. der allgemeinen Bestimmung nicht: daß die Besitzgröße einer Person 50 ha Gesamtfläche nicht überschreiten darf.

Nach den angeführten statistischen Daten entfallen von der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche auf Betriebsgrößen bis 10 ha = 9%, auf solche von 10–20 ha = 21,5%, von 20–50 ha = 33%, von 50—100 ha = 9% und auf solche von 100 ha und mehr = 9%. Man wird nicht wesentlich fehlgreifen, wenn man die Fläche aller Besitzgrößen bis 50 ha mit rund 2,100,000 ha, also rund 50% der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche, bemißt. Damit ist zugleich die Fläche angegeben, auf welcher tierische und menschliche Arbeitskraft nicht voll ausgenutzt wird. Die Führung der neuzeitlichen Ackergeräte erfordert meist nur einen Mann, aber mindestens 2 Pferde. Ein solches Gespann wird erfahrungsgemäß erst auf einer Fläche von ca. 20 ha Acker mit zugehörigen natürlichen Futterflächen voll ausgenutzt. Da aber nur ein sehr geringer Teil der erwähnten Fläche von 2,100,000 ha Wirtschaften mit 20 ha Acker einschließt, ist die große Arbeitsverschwendung hier leicht zu erkennen. Zudem ist die Belastung des Kleinbetriebes mit unproduktivem Gebäudekapital sehr viel höher als im Großbetriebe. Die Bildung von Großbetrieben durch Vereinigung mehrerer Wirtschaften in einer Hand wird durch das Gesetz unmöglich gemacht. Die Landwirtschaft Lettlands ist daher mit allen Nachteilen der Kleinwirtschaften — zu welchen mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Kultur des Landes auch die Besitzgrößen von 50 bis 100 ha gerechnet werden müssen — belastet.

Die Anschaffung von teuren Maschinen (z. B. Gras- und Getreidemäher) rentiert sich für die kleinen Betriebe nicht, der Vorteil kann nicht voll ausgenutzt werden, und es ist ein Irrtum, wenn man glaubt, im Genossenschaftswesen einen Ausweg gefunden zu haben. In unserem Klima drängen sich die landwirtschaftlichen Arbeiten in kurzen Zeitperioden zusammen; die Erntezeit ist oft recht regenreich, und ist es daher nicht möglich, zwischen mehreren Besitzern eine Einigung über die Nutzungszeit der Maschinen herbeizuführen, die jedem Genossen zur geeignetsten Zeit seine Feldarbeit zu machen gestattet.

Auch der Entwicklung der Viehzucht ist die Kleinwirtschaft hinderlich, weil die Haltung eines teuren Rassestiers nur gemeinsam von mehreren Wirtschaften bestritten werden kann. Hier kann gewiß auf genossenschaftlichem Wege manches erreicht werden, wesentlich ein-

facher aber ist diese Frage im Großbetriebe gelöst, wo der züchterische Erfolg außerdem dank der Möglichkeit der Auswahl geeigneter Muttertiere aus den großen Herden ein größerer ist.

Es seien nur diese wenigen Beispiele für die Schwierigkeiten im Kleinbetriebe angeführt, mit denen in Lettland für absehbare Zukunft gerechnet werden muß. Das Klima ist im Vergleich mit dem des bereits mehrfach erwähnten Ostpreußen ungünstiger, aber man hat es gelernt, sich damit zurechtzufinden, und einer reichen landwirtschaftlichen Produktion steht es nicht im Wege. Es sei hier der Ausspruch eines deutschen Wirtschaftsoffiziers während der Zeit der deutschen Okkupation angeführt: „Wenn das Korn wachsen muß, leidet Kurland an Dürre, wenn geerntet werden soll, regnet es, und im Herbst sind alle Kornspeicher gefüllt!" Der Boden ist im allgemeinen durchaus produktionsfähig, doch z. T. meliorationsbedürftig; ganz besonders gilt das von den ausgedehnten natürlichen, bisher als Weide oder Wiese genutzten Grünlandflächen; die hier erforderlichen Entwässerungsanlagen wären ohne irgend nennenswerte Schwierigkeiten durchführbar. Die Natur hat das Land ausreichend bedacht; bei richtigem Aufwand von Kapital und Arbeit kann die bisherige Produktion erheblich gesteigert werden.

Die Produktionsrichtung wird in neuester Zeit meist durch die Parole: „Übergang vom Kornbau zur Viehzucht" gekennzeichnet. In dieser einseitigen Form die Wirtschaften umzugestalten, wäre staats- wie privatwirtschaftlich ganz falsch. Ein Beispiel mag das erläutern; wir veranschaulichen damit die Einwirkung der Kornpreise und der Menge der Milcherträge auf den Wirtschaftsreinertag. Zur Wirtschaft, für welche uns alle Buchungen vorliegen, gehören 57 ha guten Ackers und 23 ha zum Teil gutkultivierter Wiesen und Weiden. Der Bestand von 18 Milchkühen ist gut, die Fütterung rationell, so daß ein Milchertrag von durchschnittlich 3000 kg pro Kuh erzielt wird; der Acker wird reichlich mit Stall- und Kunstdünger versorgt; die Kornernte beträgt je nach Winter- oder Sommerfrucht 13—15 dz je ha (30—36 Pud je Lofstelle). Die vorliegenden Buchungen weisen nach, daß vom Wert der aus Korn und Kartoffeln bestehenden Ackerfrüchte 50% als Deputat und Futter in der Wirtschaft verbraucht werden und nur 50% auf den Markt gelangen, während vom Wert der Milch nur 10% in der Wirtschaft bleiben und 90% verkauft werden. Wenn nun der erzielte Preis von 18—19 Ls je dz (= 3 Ls je Pud) für Korn und 4,8 Ls je dz für Kartoffeln um 20% verringert, mithin fast der heutige, sehr schlechte Preis erreicht wird, so

verringert sich der Wirtschaftsreinertrag in Höhe von 3900 Ls nur um 487 Ls, also um nicht mehr als rund 12 %. Niedrige Kornpreise drücken also den Gesamtreinertrag einer Wirtschaft, in welcher rationelle Viehzucht betrieben wird, nicht so wesentlich herab, weil die Hälfte des Werts der Feldfrüchte in der Wirtschaft verbraucht wird. Wenn aber in derselben Wirtschaft die Viehwirtschaft vernachlässigt wird und statt 3000 nur 2000 kg Milch pro Kuh gewonnen werden, verringert sich der gesamte Reinertrag um rund 60 %. Bemerkt sei, daß in Lettland 2000 kg noch kein schlechter Milchertrag ist; er ermöglicht auch im angeführten Beispiel immerhin noch einen Reinertrag der Wirtschaft. Ähnliche Erwägungen dürften wohl auch zum Bestreben Anlaß gegeben haben, die Viehwirtschaft zu Ungunsten des Kornbaues in weitestgehendem Maß zu bevorzugen. Nun sind aber der Ausdehnung der Viehzucht im Wirtschaftsbetriebe Grenzen gezogen. Eine recht bedeutende Fläche muß dem Kornbau zugeteilt bleiben, um für Nutz- und Arbeitsvieh als Futter und Einstreu die erforderlichen Massen an Stroh zu ernten und dadurch genügend Stalldung zu schaffen, ohne den nach neueren Erfahrungen auch Grünlandflächen mit gutem Erfolge nicht kultiviert werden können.

W. Rudolph weist an einer Stelle seines Buches darauf hin, in wie hohem Grade die stetig wachsende Weltproduktion an Korn unsere Kornpreise ungünstig beeinflußt, während die Höhe unserer Milchpreise in weit geringerem Maße bedroht ist, weil die größten Kornländer für Milchproduktion ungenügend und wenig geeignet sind und Milchprodukte daher inbezug auf Preishöhe eine wesentlich gefestigtere Stellung einnehmen, als Korn.

Als rationelle Betriebsrichtung kann für Lettland nur Viehzucht in Verbindung mit Kornbau anerkannt werden, wobei der Milchviehhaltung eine gewisse Vorzugsstellung einzuräumen ist. Die Stufenleiter zu diesem Aufstieg wäre: Regulierung des Wassergehalts im Boden, rationeller Futterbau auf Äckern und natürlichen Grünlandflächen, Förderung der Viehzucht durch ausgedehnten Import (nicht nur von Stieren, sondern auch von weiblichen Tieren) und Beschaffung guter Saaten. Dann wird bei steigender Düngerproduktion auch die Ackerkultur mit Kornbau Erfolge bringen.

Seiner natürlichen Beschaffenheit nach ist Lettland in erster Linie Agrarland. Es kann seinen gesamten Kornbedarf mit Ausnahme des Weizenbedarfs decken, und die Milchviehprodukte, welche schon jetzt, bei mangelhaft entwickelter Viehzucht, eine sehr beachtenswerte Stellung im Export Lettlands einnehmen, können gewaltig gesteigert werden.

Der Landwirtschaftsbetrieb fordert jedoch in verschiedener Hinsicht, daß ihm in der Ausdehnung der Betriebsfläche keinerlei Grenzen gezogen werden. Wie in jedem andern Produktionszweige muß auch hier dem Tüchtigsten die Möglichkeit der Entwicklung gegeben werden. Auf Grund des zurzeit geltenden Agrargesetzes besteht diese Möglichkeit in Lettland nicht.

Die umfangreichen Maßnahmen der Staatsregierung, welche nicht nur direkt, sondern durch Verbesserung des Verkehrswesens auch indirekt die Förderung der Landwirtschaft bezwecken, sollten in der Bevölkerung das Bewußtsein wachrufen, daß ihr dadurch gewiß bereits sehr wesentliche Grundlagen für die Erhöhung der Agrarkultur gegeben werden. Aufgabe der einzelnen Wirtschaftsbetriebe ist es nun, alle Mittel heranzuziehen zur Steigerung der Produktion.

Stilwandel als Zeitsymbol

Von Roderich von Engelhardt

1.

Überblickt man in schematisch gegliederten Epochen Goethes Stellung zur bildenden Kunst, so lassen sich etwa vier charakteristische Wandlungen feststellen. Die erste, kürzeste Jugendepoche wird charakterisiert durch seine Bekanntschaft mit den Niederländern und Spaniern in der Dresdener Galerie während seiner Leipziger Studienzeit. Von den italienischen Meistern ist kaum die Rede. Er wird gepackt von dem naiven Realismus — „wie wahr, wie seiend" könnte sein Kunsturteil aus der damaligen Zeit lauten. Dann folgt die Begeisterung für die Gotik des Straßburger Münsters, eine kurze Periode, die bald abgelöst wird durch die starken Einflüsse des italienischen Klassizismus, der Hochrenaissance, nicht in ihren Frühstadien, die etwa durch Namen wie Donatello, Antonello da Messina, Botticelli, Verrocchio bestimmt sind. Erst in seinem Greisenalter findet Goethe wieder den Weg zur Gotik. Den breitesten Raum in seinem langen Leben nimmt jedenfalls sein intimes Verhältnis zu Antike und Renaissance ein, zu zwei im gewissen Sinn ausgereiften Stilperioden, während der Weg zu diesen, sei es die archaische Kunst oder die Frührenaissance, ihm verschlossen bleibt. Und diese mittlere, längste Periode wird nun eingerahmt von seinem nahen Verhältnis zur Gotik, in der Jugend und an der Grenze des Greisenalters.

Man könnte Goethes wechselnde Stellungnahme zur bildenden Kunst etwa so formulieren, daß weitaus der größte Teil seines Lebens, die Reife seiner Mannesjahre, in einer ausgeprägten statischen Harmonie der Form sein Ideal verwirklicht sieht, d. h. daß Goethe in dieser Zeit durchaus Klassiker ist, während sich Jugend und Alter der Gotik, dem dynamischen Kampf zwischen Form und Inhalt, dem Werden in beständiger Steigerung aus polaren Gegensätzen zuneigen; diese Perioden haben einen stark romantischen Einschlag.

Noch kürzer ausgedrückt, sieht Goethe die Erfüllung seines Ideals in der bildenden Kunst (Architektur, Skulptur, Malerei), während der Vollreife eigenen Schaffens in der Gestalt, vorher und nachher in der Gestaltung, d. h. hier überwiegt das Werden, dort das Sein.

Die Mitte des vorigen Jahrhunderts bis hinein in die 70-er und 80-er Jahre war beherrscht von dem Kunstideal des Klassizismus, der Hochrenaissance. Raffael, Leonardo, Andrea del Sarto, Tizian — das war Italien, das war die Südsehnsucht des Deutschen. Weder Frührenaissance noch Barock ließ man gelten, jene war ein „noch nicht", dieses ein „nicht mehr" Allerdings standen neben dem Altar, den man den großen Italienern errichtete, die spezifisch deutschen Hauskapellen, in denen man Cranach, Dürer und Holbein verehrte. So erhielt die vermeintliche Erfüllung unserer Formsehnsucht in der Kunstsprache der Romanen ihr Gegengewicht durch den innerseelischen Spannungsgrad der germanischen Kunst.

Hier sehen wir noch den Kampf zwischen Inhalt und Form, das Werden, dort war er restlos beendet, das Sein.

„Wir Deutsche sind Hegelianer, auch wenn es nie einen Hegel gegeben hätte, insofern wir (im Gegensatz zu allen Lateinern) dem Werden, der Entwicklung, instinktiv einen tieferen Sinn und reicheren Wert zumessen, als dem, was ist — wir glauben kaum an die Berechtigung des Begriffes „Sein" " (Nietzsche).

Es ist der gleiche Gegensatz, wie zwischen „romantisch" und „klassisch", „der uralte Wettkampf zwischen männlichem und weiblichem Lebensprinzip, Zeugendem und Gebärendem, Plastischem und Musikalischem, Gestalt und Bewegung, Apollo und Dionysos" (Gundolf).

Wenn wir den Weg, den die Formensprache der Menschheit genommen, nach Pinder als den Weg von der Raumkunst über die Plastik und Malerei zur Musik bezeichnen, dann wäre, vom morphologischen Standpunkt aus betrachtet, die Musik bereits die Alters-

sprache der Menschheit. Diese Deutung dürfte wohl nicht den Kern der Frage treffen. Gewiß, der Wechsel der Kunstsprache im Laufe der Jahrhunderte, der Übergang von der reinen dreidimensionalen Raumkunst zur zweidimensionalen in der Malerei und schließlich zur Zeitkunst der Musik ist eine Tatsache. Geht man nun von dem Gedanken Hausensteins aus*), daß das mittelalterliche Bild „die Funktion einer Sache hatte; es erfüllte die Rolle der Hauptsache des menschlichen Lebens; es stellt die metaphysische Wirklichkeit dar", — so kann man diesen Gestaltwandel in der Kunst dahin verstehen, daß die Darstellung dieser „metaphysischen Wirklichkeit" des Lebens sich im Laufe der Zeit von der Statik des Raumes der Dynamik der Zeit zuwandte, daß sich das Lebensgefühl des nach Ausdruck ringenden Menschen heute stärker in der gegenstandslosen Musik äußern kann, als in der zweckbestimmten Architektur oder der gegenstandsgebundenen Plastik und Malerei.

Diese Wendung von der großen Raumkunst des Mittelalters, dem Kathedralenbau, zur Symphonie des 19. Jahrhunderts darf in dem oben skizzierten Sinn eher als enthusiastischer, jugendlicher Drang der Seele nach vergeistigtem lebendigem Ausdruck aufgefaßt werden, eher jedenfalls als Gegensatz zur Rationalisierung oder Versachlichung der „metaphysischen Wirklichkeit" in der Kunst. Bedient man sich des von Pinder**) geprägten Schemas „Form als Hingabe und Form als Auferlegung", so kann, auf die Raumkunst angewandt, gesagt werden, daß alle primitive Jugendkunst aus Hingabe an die Welt der Erscheinungen, die Natur, die ausgereifte Kunst aber aus dem Wunsch entsteht, ihr (der Natur) die gewollte Form aufzuprägen. Es ist das gleiche Verhältnis wie zwischen Differenzierung und Zentrierung auf dem Entwicklungsweg alles Lebendigen: die fortschreitende Differenzierung des Lebewesens und seiner Organe ist nichts anderes als die gesteigerte Einfühlung und Anpassung, Hingabe an die Umwelt, während die Zentrierung dieses neu gefundene Verhältnis zwischen Subjekt und Objekt zu einer neuen Ganzheit formt, in der das Subjekt dem Objekt, der Umwelt seinen Stempel „auferlegt" Die Weite der Spannung zwischen Differenzierung und Zentrierung, zwischen dem Reichtum unterscheidbarer Eindrücke (Im-

*) W. Hausenstein, Meister und Werk. Verlag Knorr und Hirth, München 1930.

**) W. Pinder, Das Problem der Generation in der Kunstgeschichte Europas. Berlin, Frankfurter Verlagsanstalt 1926.

pressionen) und dem Streben, diese Vielheit zu gestalten, ist Zeichen für die Dynamik der geistigen Lebensschicht. Die größte Spannung weist das Genie auf, deshalb auch die ihm drohende Gefahr, an dem Versuch, die Spannung zu überbrücken, zu scheitern. Von jeher hat die Menschheit wohl auf diesem Doppelwege ihr Verhältnis zur Umwelt gestaltet. Neigt der eine Teil mehr dazu, sich an die Natur hingebend zu verlieren, so der andere, ihr seinen Willen aufzuerlegen, dort die zartempfindende, übersensitive Seele eines Tasso, hier der normative, zielbewußte Wille eines Antonio. Es ist die gleiche Gegensätzlichkeit wie zwischen Romantik und Klassik, die oben charakterisiert wurde.

2.

Zu allen Zeiten werden wir diesen beiden vielfach verschlungenen Gestaltungswegen des Menschen begegnen, aber doch wird der Zeitgeist, das geistige Gesicht einer bestimmten Zeitepoche, bald mehr von der einen, bald mehr von der anderen Wegrichtung bestimmt werden. Ganz wesentlich wird diese davon abhängen, welche Generation dem Zeitgeist sein Gepräge gibt. Herrscht noch Autoritätsglaube, behalten die traditionellen Normen ihren Wert, so wird die ältere Generation der Epoche ihren beständigen Charakter, ihre normale, ruhige Evolution sichern; gerät aber das ganze Stufenreich unserer Werte ins Schwanken, weil sie scheinbar in katastrophaler Zeit versagt hätten, so tritt an die Stelle der Evolution die Revolution, deren Charakter in erster Linie von der jüngeren Generation, ihren Zielen oder ihrem Suchen nach einem Ziel bestimmt wird.

Nun ist aber aus der Tatsache, daß die jüngere Generation in Zeiten eines solchen Umbruchs Träger der Bewegung ist, noch nichts über ihr Recht zur Revolution ausgesagt. Dieses dürfte sie doch wohl erst dann erweisen, wenn der neue Weg, den sie zu suchen vorgibt, nicht einen absolut neuen Anfang bedeutet, der die Forderung stellt, alle Brücken, die zur Vergangenheit führen, abzubrechen, sondern dessen Wegzeichen in einer Richtung zu suchen sind, die für unsere beste Vergangenheit maßgebend gewesen sind.

Hier liegt die Entscheidung, ob wir dieses Suchen nach neuen Wegen bejahen oder ablehnen sollen, und was wir in letzterem Fall an die Stelle setzen können.

Finden wir, die ältere Generation gemeinsam mit der jüngeren, sichere, untrügliche Kennzeichen für unsere „beste Vergangenheit" und deren bestimmende Faktoren, Normen und Werte, so werden wir auch ein zuverlässiges Kriterium dafür gewinnen können, welche

„neuen Wegzeichen" für alle verbindlich sein dürften und welche wir ablehnen müssen.

Wir haben es keineswegs nötig, zu dieser Untersuchung unsere eigene Vergangenheit zu idealisieren; wir wissen, daß sie sicher nicht unbelastet war von „Menschlichem, Allzumenschlichem", doch aber scheinen wir heute Distanz genug gewonnen zu haben, um zwischen den führenden Ideen jener Zeit und ihrer realen Verwirklichung zu unterscheiden, die lebensfähigsten geistigen Faktoren aus ihrer selbstverständlich immer unzulänglichen, zeitgebundenen Gestaltwerdung oder Vermummung herauszuheben.

Wir haben diesen Versuch an anderer Stelle unternommen*). Wenn der erste Abschnitt jener Heftefolge die Überschrift trug: „Aus der Blütezeit baltischen Geistes", und wenn in den nachfolgenden Heften führende Balten als Träger dieses Geistes charakterisiert wurden, so sollte an diesen Beispielen gezeigt werden, welche geistigen Faktoren es waren, die die hervorragendsten Repräsentanten dieses Geistes kennzeichneten. Wir kamen hierbei zu einer vierfachen Wurzel des spezifisch baltischen Geistes. Das war der baltische Patriotismus, das Totalverbundensein mit dem Heimatboden, seelisch-geistige Bodenständigkeit, ferner das Luthertum in einer seltsamen und festen Bindung mit dem Geist der klassischen Epoche und der spezifisch deutsche Entwicklungsgedanke (nicht nur auf biologischem, sondern ebenso auf historischem, wie überhaupt geistesgeschichtlichem Gebiet). Charakteristisch für die unlösbare Verknüpfung dieser vier Leitlinien unserer geistigen Entwicklung war der Umstand, daß die Gesamtheit dieser Normen und Werte, dieser Wegzeichen nicht so sehr als Besitz, sondern vielmehr als Aufgabe empfunden wurde, eine Aufgabe, zu welcher nur der berufen war, dessen Gesinnung diesen vierfachen Stempel trug.

Zugleich aber — und das war mit ein Umstand, der trotz der Einheitlichkeit baltischer Gesinnung ihre Mannigfaltigkeit garantierte — gab es zu jenen Zeiten immer wieder Akzentverschiebungen innerhalb jener vierfachen Wurzel. War es bei den einen der baltische Patriotismus in einer engeren, umgrenzten Form, so bei den anderen der weitere und erweiternde Entwicklungsgedanke mit dem Blick nach Westen (in geistiger Hinsicht), war es bei den einen die lutherische

*) Siehe die Heftefolge „Baltisches Geistesleben", Heft 1—6. Kluge und Ströhm, Reval, herausgegeben von: R. v. Engelhardt, B. Hollander, O. Greiffenhagen, A. Feuereisen, W. Stillmark, H. Weiß, E. von Schrenck, A. von Tobien.

Orthodoxie in schärfster Ausprägung, so bei den andern vor allem der Geist von Weimar. Das gab eine reges und fruchtbares Gegen- und Zusammenspiel geistiger Kräfte.

In jener Zeit nun — vor etwa 50 Jahren — trat eine Wandlung im ruhigen Fluß des baltisch-geistigen Lebens ein, die damals für eine Art Jugendaufstand gehalten wurde und von der älteren Generation, den Wächtern der Tradition und Vergangenheit, scharf bekämpft wurde. Das war in erster Linie die liberale Richtung in der evangelischen Theologie (Ritschl, Harnack), die Gedankenwelt Nietzsches (als Symptom „Rembrandt als Erzieher"), der Goethekult und der Impressionismus.

Ohne Zweifel hatte die ältere Generation mit ihren Bedenken und Befürchtungen im Kampf gegen „die Moderne", gegen den liberalisierenden Individualismus von ihrem Standpunkt aus Recht. Drohte doch dem dogmatischen Fundament der Kirche eine weitgehende Erschütterung durch die liberale historische Kritik an den Evangelien, dem festgefügten Bau der ausnahmslos verbindlichen Sitte und Moral eine bedenkliche Lockerung durch eine falsch verstandene Umwertung aller Werte (Nietzsche) und durch die unbedingte Nachfolge der Lebensidee Goethes eine Heiligsprechung des Lebens selbst — ohne das Korrektiv absoluter, allgemeinverbindlicher Normen.

Es war die Zeit des anbrechenden Historismus, von dem E. Troeltsch mit Recht sagen konnte, daß er eine bedenkliche Relativierung alles Hergebrachten, aller festfundierten Institutionen und Werte mit sich brachte. Das eindeutige Werturteil des Historikers mußte unter dem Ansturm des Historismus zerbröckeln*).

Eine weitgehende Skepsis gegenüber den traditionellen Werten und Normen war die unmittelbare Folge dieser Bewegung. Hatte die Wissenschaft noch das Recht, dem Leben des einzelnen und der Gemeinschaft die von ihr statuierten Gesetze vorzuschreiben, oder trug das Leben nicht in sich selbst diese unverbrüchlichen Gesetze? Aus solchem Geiste sprach „Rembrandt als Erzieher" zu uns, er sah die Kluft immer weiter und weiter werden, die Wissenschaft und Leben trennte.

---

*) Wir werden demnächst Gelegenheit haben, auf diese Frage näher einzugehen.

3.

Man fühlte den festen Boden althergebrachter Tradition unter den Füßen wanken, es war ein Tasten und Suchen nach neuen Zielen, nach neuem festem Halt. Um die Jahrhundertwende schrieb Lamprecht seine „Deutsche Geschichte", und in seinen Ergänzungsbänden „Zur jüngsten deutschen Vergangenheit" nannte er diese „die Epoche der Reizsamkeit" Etwa zu gleicher Zeit behandelte der Verfasser dieses Aufsatzes in einem Vortrag das Thema „Unser nervöses Jahrhundertende", in welchem die Nervosität als Zeitkrankheit, als Symptom einer Übergangszeit mit erhöhter Differenzierung, d. h. als Entwicklungskrankheit geschildert wurde, der noch das Korrektiv der Zentrierung fehlte. Lamprecht begrüßte diese Darstellung des Zeitproblems und schloß sich ihr in seinem zweiten Ergänzungsbande an. Von der älteren Generation wurde der Vortrag mit geteilten Gefühlen begrüßt.

In weitgehendem Maße war dort der Impressionismus als Zeitsymptom in seiner Eigenheit und seinen Zielen analysiert worden, er war damals gewissermaßen ein „Zeichen der Zeit" Wir wollen heute auf dieses Symptom zurückgreifen, um an ihm gemessen die „Zeichen unserer Zeit" zu deuten. Worin lag nun eigentlich der Umbruch auf dem Gebiet der bildenden Kunst, der im Impressionismus in Erscheinung trat?

Der Impressionismus war sicherlich kein Fremdgewächs auf deutschem Boden, kein französischer Import, wenn auch die Schule von Barbizon dieser Kunstepoche später ihren Namen gab. Nicht ohne Vorläufer (in England Constable und Bonnington, in Deutschland Karl Blechen), war Adolf Menzel einer ihrer markantesten Vertreter.

Worin bestand nun das Neue, das Andersartige in dieser Kunstform?

Ein Beispiel soll die theoretischen Erwägungen anschaulich machen.

In der Nationalgalerie in Berlin hängt das kleine Meisterwerk Menzels „Das Balkonzimmer" Das Gegenständliche dieses Interieurs ist ein fast dürftiger Hausrat — eine helle Wand, ein Stuhl, ein Spiegel, ein Fenster. Vor dem geöffneten Fenster hängt eine helle, weiße Gardine, die von der einströmenden Sommerluft in leisem Schweben dem Innenraum zugeweht wird. Diese stumme Gebärdensprache der Gardine als Ausdruck des Zweiklangs Draußen und Drinnen, Sommerluft und Zimmerluft hat der Künstler mit

hastig breitem Pinselstrich zur Darstellung gebracht. Und unter diesem Eindruck (Impression) der wehenden Gardine, der einströmenden Sommerluft werden die Gegenstände in gewissem Sinne entgegenständlicht, sie verlieren ihre eigene „Sachlichkeit", bekommen ein neues Gesicht, das sie nicht in stolzer Eigenbestimmtheit voneinander abkehren, sondern das sie einander zuwenden und das nun das gemeinsame Erlebnis widerspiegelt.

So erhalten die Gegenstände einen Ganzheitscharakter, sie gewinnen Beziehungen zueinander, sie leben unter dem gleichen Eindruck der „Sommerluft" Das kleine Bild ist in ganz besonderem Maße angefüllt von „Stimmung" Charakteristisch aber für den Begriff der „Stimmung" ist das Zusammenfließen von Subjekt und Objekt, von Ich und Umwelt. Dämmerung, Mondnacht, ferner Gesang, Kerzengeflimmer, das gedämpfte Licht des Waldes — die Lieder eines Eichendorff, Storm, Mörike — das alles ist stimmungsvoll, das alles ist Hingabe, Selbstvergessenheit des Ich, das wie von einem Zaubermantel umhüllt die Welt, seine Umwelt nicht mehr als fremd, als andere, sondern als Stück, als Teil seiner selbst empfindet. Das klingt alles nach Romantik, und diese ist psychologisch eng verknüpft mit dem Übergang des Kindes zum Reifestadium des Jünglings und der Jungfrau, mit der Zeit der erwachenden Pubertät. Erst jetzt erwacht der Zwiespalt zwischen Ich und Welt, erst jetzt der Wunsch, zu gestalten, zu handeln, sich gegen das Objekt zu stellen. Das Stimmungsvolle ist das ausgesprochene Gegenbild der Sachlichkeit, der rational gegliederten und bestimmten Wirklichkeit.

Alles Wissen um den Gegenstand muß ausgeschaltet werden, nur soweit darf er zu Worte kommen, als er flüchtig an seine Gegenständlichkeit erinnert. „Wie ich es sehe", so hießen die kleinen Impressionen Peter Altenbergs.

Die Franzosen nannten ihre impressionistischen Landschaften „paysage intime" Das weist auf ein weiteres Charakteristikum dieser Kunst hin. Sie trägt einen intimen Charakter. Jedes in erster Linie gefühlsbetonte Erlebnis ist intimer, höchst persönlicher Art, deshalb wird die Sprache dieser Künstler auch zu einer eminent persönlichen. Der Impressionist wird immer persönlich sein. Man braucht nur an die Reihe der ersten deutschen Impressionisten zu denken — Leibl, Schuch, Trübner, Liebermann, Leistikow, Slevogt, Corinth – jeder von ihnen hat seine nur ihm eigene Handschrift. Und diese Handschrift, Farbe und Zeichnung passen sich dem Intimen des Erlebnisses an, sie werden zu Andeutungen, es wird ein

flimmerndes Spiel von Farbe und Licht, nichts fest Umrissenes, nichts Greifbares mehr.

Und wie in der Musik die unendliche Melodie Wagners in schwebenden Rhythmen auf- und abwogt, das feste struktuelle Gefüge der Klassiker gelockert wird, die Form fast verloren geht — anstelle dessen aber unendlich viel stärker die Sinne in Anspruch genommen werden —, so wirkt dieser neue Stil in der bildenden Kunst, wie in der Literatur suggestiv als etwas noch um seine Form, seine Gestalt Ringendes. Deshalb auch die Klage der älteren Generation, daß die „Moderne" etwas Quallenhaftes habe, sie sich dem kritischen Zugriff entzöge, man nicht wisse, wo sie hinauswolle. Alles in allem eine Zeit der Entdeckungsfahrten auf der Suche nach neuem Ausdruck für die „metaphysische Wirklichkeit", eine Zeit erhöhter Differenzierung, verfeinerter Sensibilität, der Nervosität ohne das Gegengewicht der Zentrierung. Das Individuum ist nur Empfänger des Eindrucks, und aus dem größeren Reichtum, der Vielfältigkeit und Vielfarbigkeit des neugewonnenen Blickfeldes entsteht bei dem Antrieb zur Gestaltung ein Tasten und Schwanken ohne Zielsicherheit. Die Gestaltungsidee muß erst von jedem einzelnen neu gefunden werden.

So sah die Zeit des Impressionismus aus; er war wahrlich kein Symptom einer Überalterung, im Gegenteil — tastende, nach Leben dürstende Jugend.

Für die Lebensfähigkeit dieses élan vital spricht allein schon der Umstand, daß bis in die heutige Zeit trotz allen Stilwandels in der bildenden Kunst die Impressionisten von damals ihren Wert und ihre Bedeutung behalten haben, und zwar, was besonders bemerkenswer ist, der einzelne Künstler desto mehr, je stärker seine Werke vom Impressionismus beeinflußt waren (so z. B. Menzel). Neben den genannten deutschen beherrschen noch heute die französischen Impressionisten mit ihren Werken der Jahrhundertwende den Kunstmarkt, die Manet, Claude Monet, Degas, Pisarro, Daubigny, Rousseau, Sisley — in weiterem Abstand Rodin, Latouche, Le Sidaner, Ménard, Cottet, der Holländer Baertson, der Norweger Thaulow, der Belgier Emil Claus und viele andere. Auch Schwedens bedeutendster Tiermaler Bruno Liljefors ist typischer Impressionist — seine Kunst ist volle Hingabe an die Natur*).

*) Bei dieser Gelegenheit sei auf das reichillustrierte Prachtwerk „Bruno Liljefors" hingewiesen, das soeben von unserem Landsmann Dr. K. Russow in drei Sprachen — schwedisch, englisch und deutsch — herausgegeben und mit vorzüglichem Text versehen ist. Stockholm, Hofbuchdruckerei 1930.

4.

In kurzen Strichen sei nun der Stilwandel der nächstfolgenden Epoche charakterisiert, der Übergang zum Expressionismus.

Er wird zum Gegenspiel der Kunst als „Hingabe", er wird zur Kunst als „Auferlegung" (Pinder), die passive Differenziertheit des Impressionismus wird zur aktiven Zentrierung. Linie und Form, nicht mehr Farbe und Stimmung, beherrschen die Kunst, aber doch ist die Form nicht aus Hingabe an den Gegenstand geboren, sondern der Künstler stilisiert den Gegenstand nach seinem Willen, zwingt ihm seine Idee vom Wesenhaften des Gegenstandes auf. Nicht dieser Gegenstand ist es, nicht dieser Mensch, dessen Bild man wiedererkennt, sondern die Art Mensch, ein entindividualisierter Typ, der in der Überbetonung eines besondern Charaktertyps schon in die Karikatur hinübergreift. Zwar behauptet der Künstler, er suche das Land seiner Sehnsucht mit der „Seele", der Expressionismus sei „Seelenkunst", aber allzubald zeigt sich im Futurismus und Kubismus, daß dieses Seelische völlig von einem verstandsmäßigen Konstruktivismus überwuchert wird und der seines individuellen Charakters beraubte Gegenstand nun zum schemenhaften Gespenst der lebendigen Wirklichkeit wird, ein anatomisches Präparat unter dem Seziermesser des Verstandes, sicherlich nicht eine „metaphysische Wirklichkeit"

Sollte diese Kunst nun, wie Broder Christiansen[1]) behauptet, Ausdruck des Verlangens der Jugend nach einem weitgesteckten Ziel sein, das sie nicht erreichen kann, weil sie seine Höhe überspannte, so ist es schlechterdings nicht verständlich, wie diese Kunst ihr individuelles Gesicht völlig verliert, eine Allerweltsformel wird und dort am besten gedeiht, wo die Entpersönlichung des einzelnen unter der Walze der Gleichmacherei am weitesten gediehen ist — in Rußland, in Italien. Das ist typisch rationalisierte Weltstadtkunst, vorzeitige Überalterung. Gewiß, auch sie ist revolutionär, aber ein bloßes Neinsagen dem Impressionismus gegenüber ohne irgend ein Plusvorzeichen. Der Impressionismus versprach nicht nur, sondern brachte uns ganz wesentlich Neues, Seele und Leben, er brachte uns aber auch die Liebe zu aller werdenden Jugendkunst, der archaischen Antike, der Romantik, der frühen Gotik, zu Quattrocento und Barock, zu allem Werdenden, zur Dynamik des Lebensausdrucks — zu aller Kunst der Hingabe.

---

[1]) Broder Christiansen: „Das Gesicht unserer Zeit" Felsenverlag, Buchenbach i/Baden. 1929. Ein überaus anregendes, geistvolles Buch, das zur Auseinandersetzung mit dem „Gesicht unserer Zeit" zwingt.

Dieses Erbe übernahm in gewissem Sinn auch der Expressionismus, aber er ging zurück bis zu dem ganz Primitiven, dem stammelnden Ausdruck des Naturvolkes und glaubte in der Nachahmung dieser Gebärdensprache die Naivität unserer überzivilisierten Seele wiederzufinden.

So entstand das Gegenteil eines organisch aus der Differenzierung erwachsenden Stiles als Ausdruck der Zentrierung, es kam zu programmatischer Stilisierung, die das Zeichen des Gewollten, des Unechten an der Stirn trug.

Hatte der Impressionismus in seiner Hingabe an die Welt der Erscheinung, seinem Verzicht auf eine scharfe Scheidung von Subjekt und Objekt etwas Mystisch-Geheimnisvolles in sein Weltbild getragen, so bekam dieses im Zeichen des Expressionismus einen andern Akzent, es wurde Magie, Zauberformel. Das expressionistische Weltbild, ganz gleich ob Landschaft, Stilleben, Tier oder Mensch, wurde zur verkrampften Maske einer unter dem Alpdruck des Schicksals wie unter einem Zauber erstarrten Welt.

5.

Aber die Starre löst sich bereits, das Leben ist Dynamik, Rhythmus, nicht Krampf.

In der Hast unseres geistigen Stilwandels hat der Expressionismus der „neuen Sachlichkeit" Platz machen müssen. Man hat das Recht des Gegenstandes, des Individuellen auf seine Eigenexistenz wieder entdeckt, man hat wieder Respekt vor der Wirklichke gelernt. Der Versuch, das Wesen der Dinge ohne Rücksicht auf sie „aus der Tiefe des eigenen Gemütes (d. h. des Verstandes)" zu konstruieren, war mißglückt. Aber noch fehlt dieser neuentdeckten Wirklichkeit das Metaphysische. Ob der Gegenstand selbst vor mir steht, oder ein Bild des Gegenstandes in seiner „neuen Sachlichkeit", ist fast gleichgültig.

„Die Dinge zu sehen, wie sie sind", ist die Parole der neuen Kunst, ein radikales Gegenstück zum Expressionismus, ein Programm der Illusionslosigkeit. Aber bloß ein Programm des Betriebes, der Konjunktur, gewissermaßen ein Sichabfinden mit dem Schicksal, Resignation. Man denke an die Politik Europas, an das Bemühen, eine Art stabiles Gleichgewicht zwischen den einander widerstrebenden konkreten Interessen herzustellen. Auf allen Gebieten unseres Lebens herrscht die „neue Sachlichkeit" Konkret und greifbar ist sie geworden, aber niemand greift zu. Ist diese erkannte Wirklichkeit nur

dazu da, daß wir sie wie ein unentrinnbares Schicksal gewähren lassen, oder müssen wir uns mit ihr auseinandersetzen, um sie zu gestalten? Diese Auseinandersetzung, diese Bezugnahme des Subjekts auf das Objekt fehlt sowohl in der Kunst, wie im Lebensstil der „neuen Sachlichkeit" Sie bleibt auf halbem Wege stehen — Stabilisierung!

Der Intellekt hat auf der ganzen Linie versagt, der Expressionismus als seine Domäne ist tot, die „neue Sachlichkeit" führt bloß zur Inventur des heutigen Bestandes.

Die größten, die tiefsten Gedanken, die die höchsten Repräsentanten der Menschheit gedacht, brauchen Zeit, um zu reifen, um fruchtbar zu werden. Es ist so, als wenn sie im Unbewußten der Menschheit schlummerten, um eines Tages wieder ans Licht emporzutauchen, wenn ihre Zeit gekommen ist. Wie heute wieder nach einem Halbschlaf von hundert Jahren die Goethesche Gedankenwelt wie ein immer höher und breiter anschwellender Strom die geistige Welt der Deutschen überflutet, wie wir heute nach einem halben Jahrhundert erst wieder die gewaltige Prophetie eines Nietzsche zu verstehen beginnen, so kündet sich damit eine neue Zeit mit neuem Gesicht an, das unverkennbar romantische Züge einer erneuten Seelendynamik an sich trägt. Nicht ist es der Goethe mit dem klassischen Ideal der Antike und der reifen Kunst der Hochrenaissance, noch der Nietzsche des Übermenschen und der Umwertung aller Werte, sondern der Goethe der Gotik, des Lebensgesetzes, der Polarität, der Spannung und der Steigerung, der Lebensdynamik, und Nietzsche als Verkünder des Schicksals vom deutschen Werden.

Mag die Welt der Wirtschaft und Politik diesen geistigen Stilwandel auch noch so sehr als romantische Sehnsucht der älteren Generation, als neue, vergängliche Modeströmung belächeln, sie wird ihr Recht und ihre richtunggebende Kraft auch der jüngeren Generation gegenüber bewähren, sofern diese aus der Wirrnis der letzten Jahrzehnte heraus wieder den Weg zurückfindet zu den Wegzeichen unserer eigenen, besten und reichsten Vergangenheit. Alle Zeiten der Wiedergeburt, der Renaissance, alle Einschnitte im kontinuierlichen Fluß des Geschehens, wenn die alten Formen und Formeln dem neuen Inhalt nicht mehr standhielten, haben es nicht für einen Verrat an der eigenen Zeit und ihrer Sehnsucht gehalten, wenn sie sich auf ältere Epochen besannen, die in ihrem Schoß noch unausgereiftes, keimkräftiges geistiges Saatgut bargen, welches das Gesetz seiner eigenen Gestaltwerdung in sich trug.

Das ist der tiefere Sinn aller Versuche, die Physiognomik unserer Zeit zu deuten, in ihrem Stilwandel und Stilgemisch die Züge herauszufinden, die nicht zufälliges Beiwerk, nicht Zeitmaske sind, sondern untrügliche Merkmale unserer geistig-seelischen Herkunft. Nur diese Erkenntnis kann uns trotz aller Not zum Ziele führen, wieder „wesenhaft" zu werden.

Gedanken über Staat und Reich

Von Otto Freiherrn von Taube

Die Neubearbeitung, die Edgar J. Jung seinem Buche „Die Herrschaft der Minderwertigen" hat angedeihen lassen (Berlin 1930), hat dieses Werk nicht nur erweitert, sondern auch vervollkommnet. Wir wüßten keine bessere Rechenschaft, die ein denkender Kopf, und mehr noch, ein leidenschaftlich sein Volk liebendes Gemüt über die Gebrechen der heutigen deutschen Zustände sich und anderen hätte geben können; hier wird „jüngstes Gericht" gehalten.

Dergleichen Werke haben nun das Hauptverdienst, dem Verfasser wie dem Leser das Bild der mangelhaften Gegenwart endgültig zu klären, so daß sie mit weiteren Untersuchungen dieses Gegenstandes abschließen können und nun daran gehen dürfen, ein neues, ein besseres Bild nicht nur vorzuzeichnen, sondern auch zu verwirklichen. Zugleich mit dem Gericht über das Bestehende sucht Edgar J. Jung daher auch schon die Gestaltung des Kommenden. Freilich ist das die schwierigere Arbeit, verglichen mit der anderen; freilich dünkt uns hier manches noch nicht in befriedigender Weise gelöst. Aber es dünkt uns auch, der Verfasser habe den rechten Grund gefunden, den richtigen Blickpunkt, Standpunkt und Ausgangspunkt, von dem aus er in immer weiterer Klärung immer sicherer das Rechte, das nottut, treffen werde. An fruchtbarer Anregung im Dienste besserer Zukunft ist das Buch zudem überreich.

Doch nicht davon sei hier die Rede; die Fülle der hier gegebenen Anregung mag am besten der Leser selbst erfahren. Wir aber wollen hier gerade jenem Grunde, den der Verfasser gefunden hat und den wir für recht erachten, nähertreten, wollen diese seine Ausgangsstellung zwar auch nicht allerseits betrachten — die sich von vielen Seiten betrachten läßt und nach einer jeden hin in anderer Ansicht erscheint —, sondern sie nur von dem einen Gesichtspunkte aus ins

Auge fassen, woher gesehen sie uns das Wiederaufleben des Reichsgedankens gegenüber dem Staatsgedanken ankünden möchte. In den baltischen Gebieten, wo die Alten sich noch einer Zeit erinnern können, da man einem wirklichen Reiche zugehörte, wird man diese Einstellung Jungs wohl allgemeiner verstehen als in gewissen Teilen des sogenannten deutschen Reiches, in denen der Staatsgedanke so lange vorgeherrscht hat und, gewohnheitsgestützt, noch heute überwiegt.

Der Unterschied zwischen Reich und Staat kann einem deutlich vorschweben, ist aber trotzdem nicht leicht in Worte zu fassen. Auch hierfür gilt das Wort Nietzsches: „Definieren läßt sich nur, was keine Geschichte hat" Wie verschieden sich aber hier Reich und Reich, dort Staat und Staat gezeigt haben, wie sehr auch Reich und Staat aufeinander eingewirkt und Zwischenformen erzeugt haben, sie sind von verschiedenen Urformen ausgegangen und haben in ihren wesentlichen Zügen jedes seine eigene Entwickelung durchgemacht. Stark zur Verdeckung ihrer Verschiedenheit hat der Gebrauch beigetragen, den Ausdruck „Monarchie", der sich ursprünglich nur auf das Reich bezieht — siehe Dante — auf Staatsgebilde zu übertragen, anstatt hierfür die u. a. auch von Macchiavelli gebrauchte zutreffende Bezeichnung der „Signorie" anzuwenden, die außerhalb Italiens nie zur Geltung gekommen ist. Dennoch lebte im Bewußtsein der Fürsten mit ihren eigenen und alten Hausüberlieferungen das Gefühl für jenen Unterschied noch bis in die neuesten Zeiten. König Wilhelm I. von Preußen empfand sehr wohl, daß das neue deutsche Reich, das Bismarck schuf, — ebenso wie Österreich seit 1804 — kein wirkliches Reich bedeuten konnte; er weigerte sich deshalb, den Kaisertitel anzunehmen, der ihn leer deuchte, eine geradeso sinnlose Beförderung wie die zum „Charaktermajor", wie er sich richtig äußerte. Bismarcks Gegengrund, mit dem er seinen Herrn überzeugte, war gleichfalls richtig: der König wolle doch nicht für immer und ewig „ein Neutrum, das Bundespräsidium" bleiben wollen. Der neue deutsche Kaisertitel war eben nur der Schmuck eines Bundespräsidiums, dem Kompetenzen staatlicher Art übertragen wurden, wie die österreichische Kaiserwürde nur die Herrschaft über ein Rumpfreich kennzeichnete oder ein Restreich, wie im Mittelalter etwa die Würde eines Kaisers von Trapezunt. Um noch ein anderes Beispiel aus der Geschichte zu nennen: der absolute Herr eines Staates, ein harter Absolutist von reinstem Wasser, Carl XI. von Schweden, hielt es nicht unter seiner Königswürde, den Lehenseid für das von ihm ererbte

rheinische Herzogtum Zweibrücken dem Kaiser des römischen Reiches deutscher Nation zu leisten, verweigerte ihn aber dem König von Frankreich, als der Zweibrücken in sein Einflußgebiet bezog, als einem ihm Gleichgestellten, der keine Unterordnung von ihm verlangen könne. Im allgemeinen Bewußtsein verwischte erst die französischen Revolution das Unterscheidungsvermögen gegenüber dieser Frage, so daß man von da ab in Kaiser und Reich nicht etwas anderes als in König, Herzog und Staat zu sehen anhub, sondern nur einen Herrscher von größerer Macht oder einen Staat von größerem Umfang. Vom Kaisertum bis zum Duodezfürstentum galt bald alles, was nicht gerade Republik war, für Monarchie.

Wenn wir nun hier Kaisertum und Reich, dort Königtum, Herzogtum und Staat wieder auseinanderhalten wollen, so sind auch innerhalb des zweiten Inbegriffes Unterschiede zu machen. Wir haben die Zeit des Volks- und Stammesherzogtums oder Volks- und Stammeskönigtums von der der Landesherrenschaft zu unterscheiden, die erst einen Staat im heutigen Sinne darstellt, während der ältere Abschnitt als vorstaatlich oder als staatsvorbereitend anzusprechen ist. Um ein Beispiel zu nennen, das nicht zu altertümlich ist und in den baltischen Landen dank unserer Geschichte sofort einleuchten wird, sei folgendes ausgesprochen: Trotz aller absolutistischen Bestrebungen der Wasakönige in Schweden, trotz eines wirklichen schwedischen Staates unter ihnen und der Herstellung eines tatsächlichen Absolutismus unter Carl IX. ist dessen Sohn und Nachfolger Gustav Adolf seiner Herrscherstellung nach noch der alte Heer- und Volkskönig; er ist der Häuptling seines Volkes, der erste unter Gleichen, die, wenn auch an Rechten dem „Häuptling" nachstehend, unantastbare eigene Rechte haben; hingegen gründet sich der Absolutismus Carls XI. schon nicht mehr auf des Königs Stellung im Volke, sondern auf seine Herrschaft über das Land, auf den Staat, dessen Bewohner nun als die seiner Willkür anheimgegebnen Untertanen erscheinen. Herrschaft über ein Gebiet, ob groß, ob klein, ob sich mit dem Bereiche eines Volkes oder nur dem Teilbereiche eines Volkes deckend, begründet von nun ab den Staat; er beruht auf Territorial- und Patrimonialbesitz, eben auf der „Signorie", wie Macchiavelli sie staatsrechtlich ausgebaut hat. Dabei ist es nebensächlich, ob die Signorie von einem einzelnen Herrn, einem Fürsten, ausgeübt wird oder von einer anderen absoluten Macht, etwa der parlamentarischen Mehrheit wie in den meisten heutigen Staaten. Gegenüber der parlamentarischen Mehrheit gibt es nur Rechtlosigkeit

wie gegenüber dem absoluten Fürsten; denn eigene Rechte anderer erkennt auch der parlamentarische Staat nicht an.

Der Reichsgedanke ist Erbschaft des römischen Prinzipates. Der römische Kaiser war niemals ein Landesherr, er war auch kein Volkshäuptling. Er war ein Völkerhirte, und dieses Amt war auch zur heidnischen Zeit durch die Vereinigung mit Roms höchster Priesterwürde, dem Pontifikate, sakral; der Kaiser war also schon zu heidnischer Zeit der Mittler zwischen göttlicher und menschlicher Welt, der vom Himmel bestellte Verwalter der Erde, als ihr Richter und Ordner. Er war „von Gottes Gnaden" in ganz anderem Sinne als die späteren Landesherren, bei denen diese Bezeichnung, wenn nicht als Anmaßung anzusehen, doch nicht mehr ausdrückte, als daß sie mit Gottes Willen zum Throne gelangt waren wie andere Sterbliche zum Bürgermeisteramt, zur Ritterschaft oder zur Meisterschaft eines Handwerks. Der römische Kaiser heidnischer Zeit war Statthalter der Gottheit über der damals „anerkannten" Welt, dem orbis. Die Trennung des Reiches in Ost- und Westrom schuf nicht zwei Territorialstaaten, sondern bedeutete die Verteilung der Befugnisse einer bisher einzigen Person auf zwei, unter örtlicher Scheidung ihrer Zuständigkeitsgebiete. Es entstanden nicht zwei Reiche, sondern es blieb bei einem Reiche mit zwei Kaisern, welche Neuerung nur deshalb eingeführt wurde, weil das riesige Reich für den einen Kaiser nicht mehr zu übersehen war. Die Verchristlichung des Kaisertums änderte nichts an seinem Wesen; es ist hier nicht der Ort darzustellen, warum die Übersetzung des Kaisertums aus der heidnischen in die christliche Sprache etwas so Leichtes war.

Das östliche Kaisertum dauerte ununterbrochen noch Jahrhunderte fort; es ließ sich einerseits, da auch das Kalifat religiösen Charakter trug und Weltstatthalterschaft bedeutete, ohne Schwierigkeit auf das türkische Sultanat übertragen, es ließ sich ebenso von dem christlich gebliebenen Überbleibsel des Ostreichgebietes übernehmen, vom Großfürstentum Moskau, das, zum russischen Kaiserreiche erwachsen, staatsrechtlich noch bis 1918 ein wirkliches Reich war und tatsächlich bis in die Zeiten Alexanders II. noch Reichsaufgaben erfüllte.

Im Westen lebte nach der Unterbrechung durch die germanischen Heerkönigtümer der Reichsgedanke, der in den Herzen nie untergegangen war und von den Germanen lebhaft aufgegriffen wurde, wieder auf seit den Karolingern; er verschmolz eigenartig mit dem germanischen Königtum. Das alte Reich war „römisch" gewesen,

d. h. das römische Volk hatte aus seiner Mitte den Weltherrscher, dessen Sitz Rom war, gestellt. Rom war dazu nicht mehr mächtig. Den Weltherrn mit dem Sitze in Rom oder doch dem Besitze Roms mußte daher, wenn das Reich, danach aller Sehnsucht ging, erneut werden sollte, ein anderes Volk bestellen. Der Papst krönte den fränkischen Karolinger; das Reich ward als das „römische Reich" erneut — wie anders hätte es sonst „das Reich" sein können? — den Kaiser aber stellten deutsche Stämme; die Deutschen wurden die Träger des Kaisertums; darum hieß das römische Reich fortan richtig „deutscher Nation" Genau so hätte sich auch der Sultan in Konstantinopel „römischer Kaiser türkischer Nation" nennen können — und er nannte sich auch Sultan von Rum, daß heißt von Rom — und, die Kaiserbefugnis des Nichtchristen bestreitend, der Zar „römischer Kaiser russischer Nation" Daß der Zar diese Würde nicht führte, änderte nichts daran, daß er sie innehatte und bis zum Einbruch des Panslavismus auch wahrte.

Das Reich ist demnach vom Staate durch folgende Züge unterschieden: Während dieser eine rein weltliche Einrichtung bedeutet, hat jenes sakralen Charakter. Während der Staat sich auf Landesherrschaft gründet, bedeutet das Reich ganze oder teilweise Weltverweserschaft im Namen eines höheren Wesens. Daher eignet dem Reiche eine Art irdischer Schiedsrichterstellung über den anderen Gemeinwesen, über den Reichen und Völkern. Wie es die beiden christlichen Kaiser in Europa gab, den im Morgen- und den im Abendlande, nannten die älteren Zeiten darum folgerichtig nichtchristliche Herrscher in ähnlicher geheiligter Oberherrenstellung „Kaiser": so den Kalifen, den Großmogul, die Herrscher von China und Japan, von Mexiko und von Peru.

Das heilige römische Reich als oberster Ordnungshüter in Europa war noch nach der französischen Revolution ein lebendiger Begriff; sonst hätte Napoleon I, dieser Mann der Wirklichkeit, nie und nimmer sich zum Kaiser krönen lassen. Es fiel ihm auch nicht ein, den unsinnigen Titel Kaiser von Frankreich anzunehmen; er nannte sich Kaiser der Franzosen, womit stillschweigend das römische Kaisertum gemeint war, ein römisches Kaisertum französischer Nation. Des dritten Napoleon Kaisertum aber war noch weniger als das von Österreich oder das des neuen deutschen Reiches ein wirkliches; bei ihm bedeutete es nur den Anspruch auf einen gesellschaftlichen Vorrang. Nun lassen sich aber in Napoleons I. Kaisertum andauernd zwei Strömungen beobachten: der wirklich den Reichsbegriff erfassende

und ausarbeitende übernationale Wille des nichtfranzösischen, des italienischen Kaisers, und der aus der Revolution geborene nationale Wille der Franzosen. Die Revolution hatte den Begriff der Nation, des Staatsvolkes geschaffen; die Nation soll fortan den Staat beseelen. Wo Napoleon Schirmherrschaft meint, meint Frankreich Eroberung, Unterwerfung. Und nun zeigt sich die Vergewaltigungssucht, die naturgemäß großwerden muß, wo die französische Staatsvolksidee zur Herrschaft gelangt. Jeder Staat will ja wachsen; jeder Staat soll aber jener Idee zufolge nur von einem einzigen Volke erfüllt sein. Folglich muß das Staatsvolk die anderen Völker, die es sich angliedert, sich auch angleichen; es beginnt die innere Bedrückung, die Nationalisierung der Nichtstaatsvölker durch das Staatsvolk: dieser Zug eignet allen Staaten, die sich dem Einfluß der französischen Revolution eröffnet haben, im Gegensatze zur großen Duldsamkeit des Reiches, dessen führendes Volk den anderen ihre Rechte beläßt, — Sprache, Glauben und Sitte. In den baltischen Landen erinnern die Alten sich noch sehr wohl, wie das russische Reich zum russischen Staate auszuarten begann und damit seiner alten Aufgabe untreu wurde. Doch fälschlich schrieben die Anhänger des Reichsgedankens diese Wandlung in Rußland dem Einfluß eines „deutschen Gedankens" zu; gewiß, auch in Deutschland hatte der Gedanke vom Staatsvolk sich eingewurzelt und wirkte von dort aus auf Rußland; seinen Ursprung aber hat er nicht in Deutschland genommen, zumal er dem deutschen Wesen fremd ist und ihm nicht liegt; er ist von den Zeitläuften den Deutschen aufgezwungen worden von seinem Ursprungslande Frankreich aus.

Die bittere Erfahrung, die das Deutschtum nach den jüngsten Friedensschlüssen aus dem Nationalitätenkampfe gezogen, läßt den Reichsgedanken wieder erwachen. Da und dort findet er sich angedeutet. Ich erinnere mich, wie Prinz Carl Anton Rohan, der Gründer des Kulturbundes, in langem nächtlichem Gespräche ihn mir nahebrachte, vor dem einzigen Hörer so viel offener redend als vor der rücksichtenheischenden Öffentlichkeit. Ich weiß andererseits, wie sehr dieser Gedanke bei allen Paneuropäern einschließlich des Grafen Coudenhove gefälscht wird. Jetzt aber fand ich ihn wieder auf zahlreichen Seiten des Jungschen Buches angedeutet, ja ausgeführt.

Ich will nun keineswegs behaupten, daß meine Erörterungen auf diesen Seiten mit den Jungschen Gedanken durchaus übereinstimmen; aber sie sind von ihnen angeregt. Sie verhalten sich zu ihnen wie im Gespräche die Stimme des anderen Partners, der bald

das gleiche, bald etwas anderes meint, doch stets bereit ist, besserer Einsicht zu folgen. Jedenfalls befreit sich das deutsche Denken immer mehr von den französischen Revolutionsbegriffen, dem Begriffe namentlich des alleinigen und einheitlichen Staatsvolkes, dem zuliebe alles andere Sonderleben innerhalb des Gemeinwesens geopfert werden soll. Nur aus der Weiterentwicklung und Weiterbildung des langsam auferstehenden echten Reichsgedankens, der die Völker in ihren Eigenarten keineswegs verleugnet, aber ordnet, kann unseres Erachtens für das Deutschtum wie für Europa Heil entstehen, namentlich nur aus der Entwickelung dieses Gedankens Europas grausamste Not, die der völkischen Minderheiten, behoben werden. So geht denn die Frage danach nicht nur die Deutschen im Kernlande etwas an, sondern auch die Deutschen in den Grenzgebieten, die Deutschen in der Diaspora, ja auch die Fremdvölker, unter denen sie leben. Haben diese doch genau so wie ihre deutschstämmigen Mitstaatsangehörigen einmal in einem „Reiche" gelebt zu Zeiten, deren manche sich noch entsinnen können, so daß sie die Anregungen, die dieses Buch bringt, nicht für Träumereien und Irrwahn halten werden, wozu Menschen neigen, die ein Reich als Wirklichkeit nicht mehr erlebt. Leserschaft aber ist immer Mitarbeit; und Mitarbeiterschaft tut not, damit der Verfasser, den wir auf einem nicht nur für das Deutschtum, nein, auch für Europa heilsamen Wege sehen, das Dickicht weiter lichte, durch das er in rechter Richtung Bahn brechen will.

Die Bodenreform in der Tschechei

Von Ludwig D. Pesl

Abgesehen von Rußland und den baltischen Staaten wurde bisher in der Tschechei am radikalsten gegen den Großgrundbesitz vorgegangen — und zwar gegen den deutschen Großgrundbesitz. Es waren auch hier wesentlich entscheidend politische und nicht wirtschaftliche Motive. Ich will bloß einige Sätze zum Beweise anführen aus dem Munde von Leuten, die es am besten wissen müssen. Im „Manchester Guardian"[1]) hatte im November 1927 Mrs. John Whitehead einen Brief veröffentlicht über die tschechoslowakische Bodenreform

[1]) Mitteilungen des Verbandes der deutschen Großgrundbesitzer in der tschechoslowakischen Republik in Prag. Jahrg. 1928 S. 19; auch für das Folgende.

und über die „Freiwilligkeit" der Eigentumsübertragungen; ein Herr Hyka der tschechoslowakischen Gesandtschaft in London brachte dann eine Erwiderung mit dem Satze: „Die Absicht der tschechoslowakischen Bodenreform ist nicht, gewaltsam Grund und Boden den Ungarn (in der Slowakei) und den Deutschen (in Böhmen und Mähren) zu enteignen und in tschechische Hände zu überführen." Wie es sich in Wirklichkeit damit verhält, zeigt z. B. Dr. Benesch, der in einer Rede im Jahre 1925 erklärte: „Die Agrarreform ist die Vergeltung für die Schlacht am Weißen Berge, für die Vertreibung unseres Volkes in fremde Länder, für die Germanisierung und Magyarisierung tschechischer und slowakischer Gebiete, alles in allem die Heimzahlung des an uns verübten Unrechtes." Der Präsident des tschechischen Bodenamtes erklärte: „Infolge der großen Bedeutung des Eigentums an Grund und Boden ist die Agrarreform auf das engste mit den allgemeinen nationalen und politischen Fragen unserer nationalen Zukunft verbunden, denn unser Land hängt mit Leib und Seele an dem Boden Die politische Befreiung unseres Volkes kann demnach nicht ohne Befreiung des Bodens durchgeführt werden." Der Abgeordnete Bergmann sagte: „Die Durchführung des Systems der Bodenreform ist eng mit der Frage der Kolonisation verbunden, die zuerst durchgeführt werden muß und insbesondere in den Gegenden, die von Nichttschechen bewohnt sind." Direktor Kafka: „Unser Weg ist genau vorgeschrieben — was in tschechischen Händen ist. zu bewahren, was in nichttschechischen Händen sich befindet, wegzunehmen und es den Tschechen zu geben." Dr. Duras: „Vom nationalen Standpunkte muß die Landreform zum Mittel gemacht werden, um den Landbesitz, der sich heute in deutschen oder magyarischen Händen befindet, in tschechische Hände bringen zu können." Noch sehr viele solcher Aussprüche bedeutender Tschechen könnte ich bringen, aber diese wenigen mögen einstweilen genügen.

Unmittelbar nach der Revolution von 1918 bildete sich ein Revolutionskonvent, der aus ehemaligen tschechischen Parlamentariern des Kaiserreiches Österreich bestand und zu dem einige Slowaken beigezogen wurden. Nicht vertreten waren in diesem nicht gewählten Konvent: 3½ Millionen Deutsche, 1 Million Ungarn, 400,000 Ruthenen, und auch die 2 Millionen Slowaken waren nicht wirklich vertreten, denn die wenigen zugezogenen Slowaken waren willkürlich ausgewählt. Dieser Konvent erließ mehrere Bodenreformgesetze des Inhalts, daß der gesamte Großgrundbesitz in der Tschechoslowakei enteignet sei und zwar „zum Zwecke der

Regelung des Grundeigentums" Unter Großgrundbesitz ist jeder Grundbesitz von mehr als 150 Hektar zu verstehen. Vom 9. November 1918 ab war insofern schon diese „Bodenreform" eingeleitet, als die Großgrundbesitzer nicht mehr über ihr Eigentum verfügen durften, d. h. sie durften nichts mehr verkaufen, verpfänden oder mit Hypotheken usw. belasten. Dann erfolgte die tatsächliche Enteignung durch eine Beschlagnahme; im Laufe der Jahre wurde dieser beschlagnahmte Grundbesitz endgültig „übernommen" Jetzt, im Jahre 1930, ist diese „Übernahme" so ziemlich beendet, was den landwirtschaftlichen Boden betrifft, während die Übernahme (d. h. der Raub) des Waldes eben im größten Umfange durchgeführt wird.

Wie sich diese „Bodenreformer" die Reform oder die Regelung des Grundeigentums dachten, geht aus einem Gesetzentwurfe hervor, der aber auf Grund der Friedensverträge nicht Gesetz werden konnte; denn in diesem Entwurfe heißt es: Ohne Entschädigung soll enteignet werden: das Eigentum der Familien Habsburg, Koburg, Lichtenstein und aller Herrscherfamilien des Deutschen Reiches zur Beseitigung der Schäden, welche diese Familien durch den von ihnen verschuldeten Weltkrieg der tschechoslowakischen Republik verursachten; ferner sollte aller Grund und Boden, der nach der Schlacht am Weißen Berge (8. November 1620) aus politischen und religiösen Gründen von den Habsburgern konfisziert und getreuen Vasallen übergeben wurde, enteignet werden. Überall, wo wir eine „Bodenreform" oder „Bodenreformbewegung" haben, ist damit nichts anderes bezweckt, als den Grund und Boden, den ganzen oder einen Teil davon, zu enteignen, und zwar ohne eine Entschädigung oder gegen eine so geringe, daß in Wirklichkeit doch eine Konfiskation vorliegt. Die Russen enteigneten den gesamten Boden, die Tschechen den deutschen und ungarischen Großgrundbesitz, die deutschen Bodenreformer wollen den gesamten Boden durch Wegsteuerung der Grundrente, d. h. des Ertrages – da es keine andere Grundrente in modernen Kulturländern gibt — verstaatlichen, wobei der Eigentümer zum bloßen Besitzer werden soll. Die Mittel und Wege der „Bodenreform" sind sehr mannigfach, die letzten Ziele aber gleich.

Unterm 8. April 1920 wurde dann ein grundlegendes Bodenreformgesetz erlassen, nach welchem nicht bloß der Grund und Boden enteignet werden soll, sondern auch das gesamte lebende und tote Inventar, alle Schlösser, Fabriken, Mühlen, Brauereien, Bergwerke usw. und sogar ohne jegliche Entschädigung die Archive und

Registraturen der wirtschaftlichen Verwaltung. Um welche Werte es sich handelt, zeigt eine Zusammenstellung, nach der auf den beschlagnahmten Besitzungen sich befinden[1]): 60 Zuckerfabriken, 239 Bierbrauereien, 409 Spiritusfabriken, sodann in Böhmen, Mähren und Schlesien 156 Malzfabriken, 42 Stärkefabriken, 276 Mühlen und Schrotmühlen, 68 Meiereien und Käsereien, 406 Bretterſägewerke, 496 Ziegeleien, außerdem Quellen, Bergwerke usw.

Insgesamt wurden fast 1,3 Millionen Hektar landwirtschaftlichen Bodens beschlagnahmt, der bereits so ziemlich aufgeteilt ist. Seit Beginn des Jahres 1929 begann die „Reform" des beschlagnahmten Waldbodens in dem Ausmaße von rund 1,6 Millionen Hektar. Von diesen Flächen wurde nicht alles enteignet, weil gesetzliche Ansprüche einiger Eigentümer der Konfiskation entgegenstehen. An sich hat jeder der Eigentümer, deren Besitz beschlagnahmt wurde, Anspruch auf höchstens 250 Hektar Land und auf ebensoviel seines Waldes. Daß es sich bei dieser Bodenreform um eine Konfiskation handelt, ergibt sich ohne weiteres aus der Höhe der Entschädigung, welche die Enteigneten erhalten oder erhalten sollen. In dem Gesetz vom 8. April 1920 heißt es: „Der Gesamtübernahmepreis bei ganzen Besitzungen ist in der Regel nicht höher als der Erstehungspreis nach dem 1. Januar 1900." Wenn dieser Preis als Entschädigung gezahlt würde, so könnte man immerhin den Verlust als nicht zu groß betrachten, was allerdings für den einzelnen Fall auch nicht zutreffen mag. Aber der § 41 des Gesetzes sagt, daß in allen Fällen eine Krone österreichisch-ungarischer Währung gleich einer tschechisch-slowakischen Krone gesetzt wird. Da aber eine solche Krone rund den siebenten Teil des Wertes einer österreichisch-ungarischen Krone darstellt, so wird als Entschädigung also nur der siebente Teil des Vorkriegswertes gezahlt. Außerdem ist aber die Kaufkraft der tschechischen Krone sehr stark gesunken, wie alles Geld der Erde. Und endlich wird nach dem Gesetze der Übernahmepreis bei Gütern von 1000 Hektar und darüber um 5 bis 40 Prozent herabgesetzt; 40 Prozent beträgt die Herabsetzung bei Gütern von 50,000 Hektar und mehr, wohl von dem Gedanken ausgehend: wenn man schon einmal solche Riesengüter dem Eigentümer wegnimmt, dann kann man ihm auch noch 40 Prozent der an sich schon lächerlich niedrig bemessenen Entschädigung nehmen. Nominell beträgt demnach die Entschädigung bei dieser Bodenreform in der Tschechei nur etwa ein

[1]) München-Augsburger Abendzeitung 1929 Nr. 343.

Sechstel bis zu einem Achtel des Verkehrswertes; in Wirklichkeit ist sie noch geringer, weil der Enteignete nicht Bargeld erhält, sondern 3-prozentige „Ablösungsscheine", die zwar an der Börse notiert werden müssen, die aber praktisch so gut wie unverkäuflich sind, sodaß man wohl von einer fast entschädigungslosen Enteignung des größeren Grundbesitzes sprechen kann.

Nach dem Gesetze soll dieser enteignete Boden an Siedler, Konsumvereine, Gemeinden usw. verteilt werden; in Wahrheit erhalten ihn fast nur Tschechen und zwar vorzugsweise solche, die einer Agrarpartei angehören; selbstverständlich kommt viel Boden in ganz andere Hände, als für die er bestimmt ist, so z. B. in Besitz von Leuten, die den höchsten Beamten des Bodenamtes nahestehen oder mit den Beamten verwandt sind, und auch in den Besitz von solchen Beamten selbst. Nachdem das Bodenreformgesetz in Kraft getreten war, wurden in vielen ländlichen Gemeinden nationalsozialistische Landwirtschaftsgenossenschaften gegründet nur zu dem Zwecke, bei der bevorstehenden Landverteilung anwesend zu sein und etwas von dem großen Raube zu erhalten. Alle diese Genossenschaften wurden in einer Zentrale in Prag vereinigt; diese Zentrale verband sich mit dem Bodenamt und vermittelt die Zuteilung von Restgütern an die einzelnen Verbände. Die Deutschen sind von solchen Zuteilungen fast völlig ausgeschlossen; so schreibt das „Prager Tageblatt" vom 10. November 1927[1]): „Von etwa 1000 Restgütern ist bis zum Vorjahre nur ein einziges in deutschen Besitz gelangt und im heurigen Jahre (seit die Deutschen in der Regierung sitzen) kaum ein Dutzend. Im ganzen genommen sind von dem durch das Bodenamt bewegten Grundbesitz nur 2 ½% in deutsche Hände übergegangen. Anstatt deutscher Bauern haben in rein deutschem Gebiet tschechische Kolonisten oder tschechische von der Nar. Jednota Severoceska konstruierte Genossenschaften Boden erhalten." Es ist nachgewiesen, daß von den in den Jahren 1921 bis 1924 enteigneten 240.000 Hektar meist landwirtschaftlichen Bodens 151.000 Hektar aus deutschem Besitze stammen; aber nur 600 Hektar dieser Böden wurden an Deutsche zugeteilt. Die Prager „Deutsche Presse" vom 10. Dezember 1927 schrieb, daß bis zum März 1927 durch das Bodenamt rund 500.000 Hektar Boden in anderen Besitz übergangen sind, und zwar Boden, der in der Hauptsache 1273 deutschen Großgrundbesitzern enteignet wurde, die nicht weniger als 3918 Meierhöfe verloren, die nun auf-

[1]) Mitteilungen a. a. O. Jahrg. 1929 S. 239.

geteilt im Besitze von Tschechen sind. Schon im Jahre 1925 erklärte die Regierung, die Bodenreform gründe sich auf den festen Entschluß, die landwirtschaftliche Produktion fester als es bisher der Fall war, in die Hände des kleinen und mittleren Landwirtes im Geiste wirklicher Demokratie zu legen. Das sind schöne Worte, die man nicht bloß in der Tschechei gebraucht, sondern überall, wo man Bodenreform treibt.

In Wirklichkeit sieht die Sache bekanntlich immer etwas anders aus. So wird als Tatsache berichtet[1]), daß sich schon vor 1926 überall verstärkte Konzentrationsbewegungen zeigten, um mit Hilfe der „Bodenreform" z. B. neue große Zuckerrübenlatifundien zu schaffen. Tschechische nationalsozialistische und sozialdemokratische Genossenschaften kauften ganze Herrschaften auf oder gründeten durch Zuteilungen neue Großgüter; nicht wenige tschechische Industrielle und Bankdirektoren wurden durch das Bodenamt Großgrundbesitzer, wie auch viele Restguterwerber schon darnach trachten, durch Hinzukauf ihr Restgut zu einem Großgrundbesitz auszugestalten. Wie die kleinen Leute berücksichtigt werden, dafür mag ein Bericht der Tageszeitung „Sozialdemokrat", Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechisch-slowakischen Republik, vom 30. Januar 1927, also einer gewiß unverdächtigen Zeitung[2]), ein Bild geben; denn darin heißt es, daß in der Zuteilung der 1257 Restgüter eine Quelle der ärgsten Korruption und Protektion liege. Was da geschehen sei, habe mit Bodenreform nichts zu tun; 90 Prozent der Restgüter seien an Angehörige der Agrarpartei verteilt worden; die Deutschen hätten ihrer Bevölkerungszahl und Siedlung nach auf ungefähr 30 Prozent des Bodens Anspruch gehabt, aber zugeteilt seien ihnen höchstens zwei bis drei Prozent. Das Kennzeichen der gesamten Bodenreform sei, daß kein Mensch gesetzlichen Anspruch auf irgend etwas habe. Große Flächen habe man tschechischen Großpachtgesellschaften zugewiesen, die mit dem Boden Handel treiben und ihn weiterverkaufen. „Was die Leute, die sich beworben haben, durchgemacht haben, ist ein Martyrium. Was sich da ereignet hat, ist eine solche Fülle von Ungerechtigkeit, daß man laut aufschreien muß." Es beginne sich ein neuer, aber

---

[1]) Mitteilungen a. a. O. Jahrg. 1926 Nr. 1.

[2]) Mitteilungen a. a. O. Jahrg. 1927 S. 41.

rein tschechischer Landadel zu entwickeln, der der verläßlichste Träger einer volksfeindlichen Politik sei. „Was sich unter dem Namen Bodenreform zugetragen hat, ist ein bodenloser Schwindel." Und: „Die in Prag tagende Reichskonferenz des deutschen kleinen Landvolkes erklärt feierlichst: Die tschechoslowakischen Bodenreformgesetze entsprechen inhaltlich und in der Praxis nicht den Absichten einer sozialen Agrarreform. Die tschechoslowakische Bodenreform verfolgt jedoch die durch zahllose Belege erwiesene Absicht, unter Ausschaltung jedes gesetzlichen Anspruchs auf beschlagnahmten Grund und Boden der Regierung einen großen Teil des Volksvermögens für ihre machtpolitischen Zwecke auszuliefern." Und diese Tagung des deutschen kleinen Landvolkes erklärte weiter in ihrer Entschließung, daß unter dem Regime der allnationalen Koalition die Bodenreformgesetze zu einem furchtbaren Instrumente brutalster tschechisch-nationalistischer Politik wurden. Zehntausende deutscher Kleinlandwirte, Häusler, land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter seien die bedauernswerten Opfer dieses unheilvollen Mißbrauches dieser Bodenreform geworden. „Die Bodenreform, die in vielen anderen Staaten eine große soziale Wohltat bedeutete, ist hierzulande zu einem schrecklichen Instrumente des tschechisch-nationalistischen Vernichtungskampfes gegen die nationalen Minderheiten, insbesondere ihres kleinen Landvolkes geworden, aber auch zu einem infamen Mittel skrupelloser Bereicherung gewissenloser Spekulanten, zu einer stinkenden Quelle ärgster Korruptions- und Protektionswirtschaft." An Deutlichkeit lassen diese Sätze nichts zu wünschen übrig. So sehr man bedauern muß, daß die Landarbeiter von den Gütern vertrieben wurden, bloß weil sie Deutsche waren, so findet sich doch kein Satz des Bedauerns oder des Unwillens in diesen Anklagen darüber, daß man die Eigentümer der großen Güter enteignete. Damit sind anscheinend auch diese Arbeiter einverstanden. Ein Satz ist aber ohne weiteres unrichtig, nämlich die Behauptung, daß in anderen Ländern die Bodenreform eine große soziale Wohltat geworden sei.

Wurde der enteignete landwirtschaftliche Boden in der oben dargestellten Weise „verteilt", so hat man hinsichtlich der enteigneten W ä l d e r andere Absichten. Das Organ[1]) der tschechischen Agrarpartei erklärt, die Waldreform erfordere ein anderes Vorgehen. Es kämen hier vor allem oder ausschließlich Erwerber öffentlich-rechtlichen

[1]) Mitteilungen a. a. O. Jahrg. 1929 S. 1.

Charakters in Betracht, damit die großen Waldgebiete erhalten werden. Nun ist feststehend, daß die großen Privatwälder ausgezeichnet bewirtschaftet waren; wenn diese Wälder enteignet wurden und werden — beschlagnahmt sind über 2 Millionen Hektar —, so kommen hierfür natürlich nicht wirtschaftliche Gründe in Betracht, sondern nur politische, zumal auch hier die größten Wälder deutschen Staatsangehörigen der Tschechei gehören, von denen einige schon seit vielen Jahren vor dem Kriege den Versuch machten, sich zu „tschechisieren" im Glauben, sich so ihren Besitz zu erhalten; darin irrten sie sich aber. Hervorzuheben ist, daß die privaten Großwälder Böhmens, Mährens und Schlesiens Erträge über den Durchschnitt abwarfen bei richtiger Forstwirtschaft, — nicht durch Raubbau, wie von tschechischer Seite behauptet wird. Selbstverständlich wurden und werden in erster Reihe die Wälder der Deutschen enteignet.

Zusammenfassend können wir sagen: Die tschechische Bodenreform war nicht notwendig, sondern sie erfolgte wesentlich aus politischen Gründen nnd richtete sich vor allem gegen deutsche und ungarische Großgrundbesitzer, wobei der Großgrundbesitz sehr weit gegriffen wurde, da alle Güter mit mehr als 150 Hektar bereits als Großgrundbesitz bezeichnet wurden, um möglichst viel enteignen zu können. Selbst Tschechen sind mit dieser Bodenreform nicht einverstanden; so schreibt das Organ[1]) der tschechischen Volkspartei „Lid. Listy" im Juni 1929, es gebe kein Staatsamt, das ohne Scham so viele berechtigte Vorwürfe wie das staatliche Bodenamt zu verzeichnen habe. Für dieses Amt bestehe einfach die öffentliche Kritik nicht; das Bodenamt sei ein Staatsamt, dessen Präsident nur den Versammlungen der tschechischen agrarischen Partei über seine Tätigkeit Rechnung lege. Die Beamten seien nicht staatliche Beamte, sondern sie stehen unter der Kontrolle einer politischen Partei. „Das Bodenamt ist ein Monstrum eines Staatsamtes und eine Schande für die politischen Verhältnisse", womit das Blatt Recht haben dürfte.

Haß und Neid auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens schaden nur, wie auch die tschechische Bodenreform überall es beweist. Wenn ich oben sagte, jede Bodenreform wirke zerstörend und habe es bloß auf die Beseitigung des ganzen Privateigentums oder eines Teiles desselben abgesehen, so bestreite ich nicht, daß man eine gute Agrarpolitik treiben kann, die man aber kaum mehr mit dem mißbrauchten Begriff Bodenreform bezeichnen dürfte. Einzelne Länder (wie z. B.

[1]) München-Augsburger Abendzeitung a. a. O.

Italien) kauften aus Staatsmitteln Bodenflächen ohne Enteignungen und stellten Boden für das Volk zur Verfügung. Auch im Deutschen Reiche wurden die umfangreichen Siedlungen schon vor dem Kriege und auch hernach meist in der Form geschaffen, daß das Reich oder die Länder oder Siedlungsgesellschaften Boden freihändig kauften und darauf dann siedelten. Dagegen ist nichts zu sagen, wenn die Siedlungen so gebildet werden, daß die Siedler auch wirklich eine eigene Existenz damit erwerben, was durchaus nicht immer der Fall ist. Auch im Deutschen Reiche wurde alsbald nach dem Umsturze Boden von den Großgütern genommen, oft sehr beträchtliche Flächen, was ein wirtschaftlicher Fehler war. Denn einerseits sind viele Großbetriebe dadurch so verkleinert, daß sie nicht mehr rationell wirtschaften können, und andererseits werden Siedler in den Gebieten des Großgrundbesitzes regelmäßig Proletarier, weil sie ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse nicht absetzen können. Die Großgüter müssen im Interesse der Volksernährung erhalten werden, denn nur diese haben die entsprechenden Überschüsse[1]). Wenn man in der Tschechei schon Güter mit 150 Hektar zu den Großgütern rechnet, so ist das zum mindesten ein Mißgriff und nur aus dem Hasse gegen die deutschen Grundbesitzer zu erklären. Auch in der Tschechei gingen die Erträgnisse sehr stark zurück, weil ein Teil als Staatsländereien überhaupt nicht oder sehr schlecht bewirtschaftet wird, sodann weil viele der Siedler von der Landwirtschaft nichts verstehen und auch meist nicht die Mittel haben, alles das sich anzuschaffen, was zu einem landwirtschaftlichen Betriebe notwendig ist, angefangen von den Gebäuden bis zu den Ackergeräten und dem Saatgetreide. Viele ehemalige Pächter wünschen deshalb die alte Zeit zurück, da sie sich als Pächter mit klar abgegrenzten Verträgen besser standen als jetzt in der Eigenschaft als selbständige Besitzer. Der christlich-soziale Abgeordnete Scharnagl[2]) sagte im Prager Budgetausschusse, die ganze Art der Inangriffnahme der Bodenreform sei verfehlt; nicht Zerreißung der Großbetriebe, sondern Fruchtbarmachung der Ödländereien wäre die wahre Aufgabe gewesen. Und der Senator Dr. Medinger[3]) erklärte 1927 im Senat der Tschechoslowakei, daß eine Enteignung des Großgrundbesitzes nicht notwendig war,

---

[1]) Vgl. Pesl, Ludwig D.: „Grundbesitz und Volksernährung", Berlin 1929.

[2]) In „Schönere Zukunft", Kulturelle Wochenschrift, Wien, III. Jahrg. 1928 S. 464.

[3]) In „Schönere Zukunft" a. a. O. S. 465 ff.

weil man auch auf anderem Wege hätte siedeln können. Die Reform habe nicht bloß die wirklichen Großgüter zerschlagen, sondern sich auch gegen Mittelbetriebe gewandt, was man nicht als gerecht bezeichnen könne. „Gerechtigkeit scheint schon dadurch ausgeschlossen, daß jede Zuteilung durch die Niedrigkeit des Zuteilungspreises, der oft mit ein bis zwei Ernten zu bezahlen war, ein Geschenk gewesen war, und man doch nicht mit einer Million Hektar die ganze Bevölkerung beschenken konnte, sondern die zu Beschenkenden auswählen mußte. Das geschah dann eben nach Parteizugehörigkeit, Freundschaft und Verwandtschaft. Der Tatbestand der Korruption war dadurch bereits ohne bare Bestechung gegeben. Es ist unerhört, wie man sich gegenseitig den Boden und darüber hinaus Industrien, Schlösser, Gebäude, Gasthäuser usw. zuschanzte. Zuteilungskommissare im Bodenamt teilten sich selber Restgüter zu. Ministerialbeamte erhielten ebenfalls Besitzungen und weite Kreise fanden das sogar in Ordnung. Während man rechtmäßigen Eigentümern ihren Besitz um einen Bruchteil des Wertes wegnahm, schuf man für Günstlinge neue Großgrundbesitze oft mit mehreren Tausenden von Hektaren. Wenn die Besitze wirklich zu gemeinnützigen Zwecken, für Spitäler oder dergleichen Anstalten, gewidmet oder wirklich mit leistungsfähigen „small holders“ kolonisiert worden wären, könnte man die Maßnahme noch als soziale Tat feiern; aber die Besitze dem einen um einen Spottpreis wegzunehmen und sie dann einem Protegé zwar teuer, aber immer noch unter dem Werte zu geben, das ist weder sozial, noch gerecht, noch wirtschaftlich zweckmäßig.“ Und Senator Medinger verweist noch darauf, daß kein Großgrundbesitzer nach dem Umsturze seine einstigen Privilegien verlangt habe; Eigentum sei doch kein Privilegium.

Ich konnte im Vorstehenden nur das Wesentlichste von der tschechischen Bodenreform darstellen und habe auch viele Angehörige der Tschechei zu Worte kommen lassen, die die Dinge aus unmittelbarer Beobachtung und Erfahrung kennen. Das Ergebnis ist, daß von einer wirklichen Bodenreform nicht die Rede sein kann trotz aller offiziellen Erklärungen des Bodenamtes, das sich bemüht, im Auslande einen möglichst guten Eindruck zu machen von dieser „sozialen“ Bodenreform. So wird in der Festbotschaft[1]) des Präsidenten Th. G. Masaryk vom 28. Oktober 1927 u. a. behauptet, daß die Bodenreform eine wahrhaft konservative Reform sei, sie sei gerecht

[1]) München-Augsburger Abendzeitung a. a. O.

gewesen, ungerecht sei die Einrichtung der Latifundien, und wenigstens 80% des Bodenwechsels sei freiwillig und im Einvernehmen erfolgt. Daß die Grundbesitzer freiwillig auf ihr Eigentum verzichteten und sich mit einer Entschädigung, die keine ist, begnügten, glaubt doch kein vernünftiger Mensch. Es muß auch dem leichtgläubigsten Menschen zu denken geben, wenn eine sozialdemokratische Zeitung wie z. B. die Pilsener „Novaboda“ [1]) Anfang Mai 1929 erklärte, sagen zu können, daß die Beweise für die Korruption, den direkten Diebstahl und die ausgesprochene Lumperei, die sie — die Zeitung — über die Herrschaft der Agrarier in Karpathorußland zusammentrage, ein europäischer Skandal sein würden. „Vorläufig teilen wir mit, daß das, was heute dort geschieht, ein aufgelegtes Ausplündern des Landes ist. Wir werden aber auch verfolgen, was bei Durchführung der Waldreform in Böhmen und Mähren geschieht. Auch hier werden wir Beweise unglaublicher Korruption, die in die Millionen geht, erbringen und Beweise dafür, wie politische Agenten, politisch hervorragende Personen und selbst hohe Funktionäre bei der Durchführung der „Waldreform“ hausen, ärger als seinerzeit bei der Bodenreform.“ In allen neu entstandenen Republiken und Staaten wendet man sich alsbald gegen die Großgrundbesitzer, weil man der Meinung ist, diese seien reaktionär und für den neuen Staat gefährlich; so wurde in Rußland sofort der Großgrundbesitz enteignet, so beseitigte im Deutschen Reiche Damaschke sofort die Fideikommisse, so wandte man sich in Böhmen, Rumänien und anderen Balkanstaaten gegen den Großgrundbesitz. Wenn es so auch in erster Linie politische Motive sind, auf Grund deren man „Bodenreform“ verlangt, so spielen bisweilen auch andere Motive mit, wie der Neid und die Habsucht oder das Bestreben, die besitzlosen Massen für sich zu gewinnen. Es gibt kein besseres Agitationsmittel als das Hetzen gegen die Kapitalisten, Großindustriellen und die Großgrundbesitzer. Am wirkungsvollsten ist das Aufhetzen der Massen gegen den Großgrundbesitz, weil dieser vor jedermanns Augen liegt. Man hat einen leichten Kampf, weil es nicht an Schlagworten fehlt; man spricht von „Latifundien“, die schlecht bewirtschaftet seien, ohne daß man den Versuch macht, einen Beweis zu erbringen; das kann und will man auch gar nicht. Wenn man, wie es Damaschke macht, jeder Familie eine Wohn- und Wirtschaftsheimstätte verspricht und behauptet, daß im Falle der Verstaatlichung der Grundrente d. h. des Bodens wenigstens der größeren Besitzer

[1]) München-Augsburger Abendzeitung a. a. O.

so eine Art Paradies geschaffen werde, dann hat man die Massen für sich. Übrigens rühmte sich Damaschke vor einigen Jahren, daß er seinerzeit in Prag war und dort die Bodenreform verwirklichen konnte. Tatsächlich hat Damaschke in mehreren außerdeutschen Ländern eine rege Bodenreformpropagandatätigkeit entwickelt. Es darf in diesem Zusammenhange auch erwähnt werden, daß Damaschke selbst in seinem „Jahrbuch der Bodenreform" erzählt, daß er im August 1918 an den General Hoffmann, den Führer der Ostarmee, der Litauen besetzt hatte, das Ansinnen stellte, den dortigen Großgrundbesitz zu enteignen und ihn unter den Landarmen und Landlosen zu verteilen. Hoffmann wies ein solches völkerrechtliches Verbrechen von sich und soll ausgerufen haben: „Vielleicht haben die Leute doch recht, die da sagen: Bodenreform ist schlimmer als Sozialdemokratie." — In Böhmen wurde durch die „Bodenreform" das Deutschtum schwer geschädigt, die Deutschen wurden enteignet, Zehntausende deutscher Angestellten, Verwalter und Arbeiter verloren ihre Stellen und häufig auch ihr Erspartes. Wie der Präsident der tschechischen Republik die dortige Bodenreform beurteilt und preist, geht aus seinem Ausspruch hervor: „Die Bodenreform ist neben dem Umsturze eine der größten Taten der neuen Republik; ja ist der Höhepunkt und die eigentliche Verwirklichung des Umsturzes." — Mögen andere Staaten daraus lernen und den Großgrundbesitz erhalten; was er für ein Land zu bedeuten hat, wird erst dann richtig erkannt werden, wenn er nicht mehr vorhanden ist.

Politische Übersichten

Estland

Das wichtigste Ereignis auf dem Gebiete der estländischen Außenpolitik der letzten zwei Monate ist wohl des Staatsältesten Besuch in Warschau. Zwar wurde dieser Besuch seitens Estlands immer wieder als ein Akt der internationalen Höflichkeit hingestellt, dem keinerlei politische Bedeutung beizumessen wäre, aber schon die Art, wie die ausländische Presse auf diesen Besuch reagierte, zeigte deutlich, daß ihm tatsächlich doch ein durchaus politischer Charakter zugesprochen werden muß. Denn die Presse der Nachbarstaaten — Lettland, Litauen, Finnland, Schweden, Rußland und Deutschland — hat sich zum Teil recht schroff ablehnend zu dieser Reise des Staatsältesten geäußert. Mag das auch zu einem großen Teil auf den Umstand zurückzuführen sein, daß alle diese Staaten in mehr oder weniger scharfem Gegensatz zu Polen stehen, so ist aus der Tatsache, daß ihre Presse den Polenbesuch des Staatsältesten derartig scharf kritisierte, doch klar zu ersehen, daß im Auslande dieser Besuch als ein politisches Ereignis gewertet

wurde. Nicht mit Unrecht; denn eine derartig demonstrativ zur Schau getragene Freundschaftsbezeugung, wie sie in diesem Besuch des Staatsältesten in Polen vorliegt, kann garnicht anders als wie ein politischer Akt gewertet werden, namentlich, wenn es sich dabei um einen so sehr im Brennpunkte politischer Interessen stehenden Staat handelt, wie Polen. Das estländische Außenministerium hat diese Tatsache augenscheinlich wenig in Rechnung gestellt, als dieser Besuch beschlossen wurde. Polen seinerseits hat es auch an nichts fehlen lassen, um den politischen Charakter des Besuches des estländischen Staatsältesten möglichst hervorzustreichen. Das ist natürlich, denn im Gegensatz zu Estland kann für Polen die Unterstreichung der politischen Bedeutung des Besuches nur von Nutzen sein. Polen hat von diesem Besuche profitiert, während für Estland, das eine Politik der Neutralität treiben will und als kleiner Staat wohl auch muß, die Dinge doch wesentlich anders liegen; es hat durch diesen Besuch vielfach den Verdacht erweckt, daß es von seiner bisherigen Politik der strengsten Neutralität abgewichen sei. Namentlich in Litauen ist die öffentliche Meinung gegen Estland aufgebracht worden, und zwar besonders dadurch, daß der estländische Staatsälteste auf seiner Reise in Wilna Station gemacht hat. Dieser Aufenthalt des Staatsältesten in Wilna wird von der litauischen Öffentlichkeit als ein Akt gewertet, durch welchen Estland angeblich die Zugehörigkeit Wilnas zu Polen anerkannt habe und damit von der seinerzeit gegebenen Zusicherung, im polnisch-litauischen Konflikt um Wilna Neutralität wahren zu wollen, abgewichen sei. Vor der estländischen Gesandtschaft in Kowno ist es in diesem Zusammenhange auch zu estlandfeindlichen Demonstrationen gekommen, an denen sehr viele Studenten beteiligt waren. Wenn auch diese Demonstration keinerlei weitere Folgen gehabt hat, so zeigt sie doch schlaglichtartig, wie sehr die Polenfahrt des estländischen Staatsältesten die Gemüter in Litauen erregt hat.

Für den Sommer ist ein Gegenbesuch des polnischen Staatspräsidenten in Reval in Aussicht genommen, den die Polen möglichst pompös ausgestalten wollen. Um den Ruf ihrer Neutralitätspolitik nicht noch mehr zu gefährden, wird die estländische Regierung gut tun, den allzustürmischen Freundschaftsbeteuerungen der Polen mit einer gewissen Zurückhaltung zu begegnen, soweit dieses unter den gegebenen Umständen überhaupt noch möglich ist. Oder sollte Estland sich ohnehin schon politisch so weit isoliert und bedroht fühlen, daß es glaubt, um einer politischen Freundschaft willen allerhand Bedenklichkeiten in Kauf nehmen zu müssen?

Nächst dem Besuch des Staatsältesten in Warschau sind es die Beziehungen zu Rußland, die im Vordergrunde des Interesses gestanden haben. Der bisherige russische Gesandte in Reval Petrowsky wurde als Gesandter nach Kowno versetzt. An seine Stelle trat in Reval Raskolnikow, derselbe, der zu Beginn des estländisch-russischen Krieges im Winter 1918/19 den Auftrag hatte, Reval zu beschießen, dessen Flotte aber von den englischen Schiffen umzingelt wurde. Auf den Umstand, daß mit Raskolnikow zum ersten Male seit dem Dorpater Frieden eine Militärperson zum russischen Gesandten in Estland ernannt worden ist, haben mehrere estnische Blätter hingewiesen. Ob aber daraus politische Schlußfolgerungen gezogen werden dürfen, wie es einige dieser Blätter getan haben, erscheint doch fraglich. Als ein Symptom dafür, daß auch Rußland

durch den Besuch des Staatsältesten in Warschau ernstlicher verstimmt ist, dürfte eher folgende Tatsache anzusprechen sein. Estland hatte beabsichtigt, zwecks Anbahnung regerer Handelsbeziehungen zu Rußland eine Wirtschaftsdelegation nach Moskau zu entsenden, deren Zusammensetzung bereits festgesetzt war. Moskau hatte sein Einverständnis zur Reise dieser Delegation bereits gegeben, und nur der genaue Termin für die Abreise der Delegation aus Reval war noch nicht bestimmt. Inzwischen machte der Staatsälteste seinen Besuch in Warschau, und darauf wurde der Delegation plötzlich von Rußland abgewinkt, die Zeit sei für eine derartige Fahrt nach Moskau nicht günstig. Und so unterblieb denn die Reise.

Mehrfach hat sich Rußland in letzter Zeit grobe Übergriffe zu Schulden kommen lassen, indem die russische Grenzwache auf dem Peipus mehrere Male estländische Fischer auf dem estländischen Teile des Sees verhaftet und nach Rußland verschleppt hat, wo die Unglücklichen lange im Gefängnissen schmachten mußten, bevor sie wieder nach Estland zurückgelassen wurden.

Was die ausländischen Handelsbeziehungen betrifft, so wäre zu vermerken, daß die Verhandlungen mit Finnland über eine Revision des zwischen beiden Staaten bestehenden Handelsvertrages nicht vom Flecke kommen, trotz der vielen Freundschaftsbezeugungen, die gerade in letzter Zeit sowohl in der finnischen wie in der estnischen Presse enthalten waren, wobei natürlich auf die Stammesverwandtschaft zwischen beiden Völkern mit Nachdruck hingewiesen wurde. Aber die Wirtschaftsbeziehungen haben eben ihre Sondergesetze, die sich um Stammesverwandtschaft wenig kümmern.

Was die Handelsbeziehungen zu Rußland betrifft, so dürfte von einiger Bedeutung sein, daß die russische Handelsvertretung in Reval aufgelöst werden und nur ein Handelsagent in Reval verbleiben soll. Allerdings hat Rußland, wohl in diesem Zusammenhange, darum nachgesucht, in Reval ein größeres Handelskontor eröffnen zu dürfen. Wie sich dieser letzte Plan aber entwickeln wird, ist noch nicht abzusehen.

*

Der Mittelpunkt im innerpolitischen Leben Estlands, die Staatsversammlung, trat am 20. Januar zu einer neuen Session zusammen. Bisher haben hauptsächlich die Kommissionen gearbeitet, wobei in erster Linie Budgetfragen behandelt wurden. Auch die Agrarkommission hat mehrere Gesetzprojekte durchberaten. Hier wäre zu erwähnen, daß die genannte Kommission in den Gesetzentwurf betr. die Zusammenlegung der landwirtschaftlichen Darlehen einen Punkt als Variante aufgenommen hat, wonach diese Darlehen mit den Pfandbriefen bezahlt werden können, mit welchen den enteigneten Gutsbesitzern die geringfügige ihnen nach dem sog. Entschädigungsgesetz zukommende Entschädigungssumme ausgezahlt werden soll. Ob diese Bestimmung bei den kommenden Beratungen über den Gesetzentwurf beibehalten oder wieder gestrichen werden wird, läßt sich nicht voraussagen. — Die deutsch-schwedische Fraktion der Staatsversammlung ist von einem schweren Verlust betroffen worden, indem der schwedische Abgeordnete Pöhl am 22. Januar nach langer Krankheit gestorben ist. Mit ihm verloren die Schweden Estlands ihren politischen Führer, wir Deutschen Estlands aber einen treuen Freund und zuverlässigen Bundesgenossen. An Pöhls Stelle rückte der nächste schwedische Vertreter auf der Liste des deutsch-schwedischen Wahlblocks M. Westerblom in die Staatsversammlung ein.

Eine Reihe wichtiger Gesetzentwürfe werden zurzeit von der Regierung bearbeitet oder sind bereits in die Staatsversammlung eingebracht worden. Zu nennen wären hier ein Projekt, wonach die Einkommensteuer um 10% herabgesetzt werden soll, und ein anderes, welches die Herabsetzung der Erbschaftssteuer zum Gegenstande hat. Es hat sich nämlich erwiesen, daß wegen der hohen Erbschaftssteuer viele Personen Immobilien, die sie durch Erbschaft erworben haben, garnicht auf ihren Namen in die Grundbücher eintragen lassen, was natürlich in mehr als einer Beziehung sehr unerwünscht ist. Diesem Übelstande soll durch das genannte Gesetzprojekt abgeholfen werden. Ferner wäre von Wichtigkeit ein Gesetzentwurf, laut welchem die Blankoobligationen in Zukunft einer Sondersteuer unterworfen werden sollen, da sie mit der Einkommensteuer nicht zu erfassen sind und daher bis jetzt tatsächlich steuerfrei waren, weshalb die Zahl der Blankoobligationen sehr gestiegen war und der Staat auf diese Weise die betreffenden Einkommensteuersummen verlor. Diese Steuer soll 20 Cent pro 100 Kronen der Obligationssumme betragen. Wichtig sind auch vom Landwirtschaftsminister eingebrachte Gesetzentwürfe, die eine Herabsetzung des Zinsfußes für die landwirtschaftlichen Darlehen des Staates und der Agrarbank vorsehen. Und zwar soll der Zinssatz auf etwa 2½% herabgesetzt und die Frist für die Rückzahlung der Darlehen bedeutend verlängert werden. Auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens ist die Frage des Schutzes des einheimischen Getreidebaues besonders akut geworden. Der deutsche Roggen wird dank der vom deutschen Staate gezahlten Ausfuhrprämie so billig auf den Revaler Markt geworfen, daß der Roggenpreis in Estland so tief gefallen ist, daß der Bauer nicht mehr auf seine Kosten kommt. Die Landwirte haben daher schon seit langem auf die Notwendigkeit hingewiesen, irgendwelche Maßnahmen zum Schutze des einheimischen Getreidebaues zu ergreifen. Jetzt hat auch die Regierung diese Frage aufgegriffen; zurzeit wird sie einer gründlichen Prüfung unterzogen. Auch in der Presse und auf Versammlungen der landwirtschaftlichen Vereine ist diese Frage allseitig beleuchtet worden. Eine endgültige Stellungnahme der Regierung liegt aber noch nicht vor. In Betracht gezogen werden drei Maßnahmen: die Belegung von ausländischem Roggen mit einem Einfuhrzoll, die Monopolisierung des Getreidehandels in der Hand des Staates, oder die Vorschrift, daß alle Unternehmungen, die ausländischen Roggen beziehen, auch eine bestimmte Menge von inländischem Roggen kaufen müssen, wobei der für ihn zu zahlende Mindestpreis vom Staate alljährlich festgesetzt werden würde. Eine jede dieser drei Maßnahmen hat ihre Verteidiger und ihre Gegner gefunden, und über die Frage, welcher von ihnen der Vorzug zu geben sei, ist auf Beratungen und in der Presse endlos debattiert worden. Wie inoffiziell verlautet, soll die Regierung sich jetzt für die dritte Maßnahme ausgesprochen haben und ein entsprechendes Gesetz ausgearbeitet werden. Wie sich aber die Staatsversammlung zu dieser Frage stellen wird, ist schwer vorauszusagen.

Um den Landwirten bei der Realisierung der diesjährigen guten Ernte zu Hilfe zu kommen, wurde ein Gesetz erlassen, laut welchem innerhalb einer bestimmten Frist von der Intendantur Getreide aufgekauft wurde, obgleich sie ihren Bedarf bereits gedeckt hatte. Bei diesem Ankauf wurde das Getreide jedoch nicht bar bezahlt, sondern den Verkäufern wurde ein dem Wert entsprechender Teil ihrer landwirtschaftlichen Darlehen gestrichen. Von dieser Verkaufsmöglichkeit

haben jedoch nur verhältnismäßig wenige Bauern Gebrauch gemacht. Vor einigen Tagen wurde der Ankauf der Intendantur eingestellt; es hat sich dabei ergeben, daß im ganzen nur etwa 40.000 Pud Getreide angekauft worden sind. Die Bauern spekulieren wohl darauf, daß nach Einführung der beabsichtigten Schutzmaßnahme für den Getreidebau die Preise auf Roggen auf dem estländischen Markte wieder anziehen werden und daß sie dann einen höheren Preis für ihren Roggen erhalten werden, als ihnen jetzt von der Intendantur gezahlt wurde.

Die seinerzeit bei Einräumung des Streichholzmonopols an den schwedischen Streichholztrust vereinbarte Anleihe ist jetzt seitens des estländischen Staates getätigt worden. Hierbei kam es zwischen dem Trust und dem estländischen Staate zu einem Mißverständnis, indem der Trust die Gewährung der Anleihe von der Besteuerung der mechanischen Feuerzeuge abhängig machte. Doch ließ der Trust später diese Forderung wieder fallen und gab die Anleihe unabhängig davon. Die Anleihe soll ausschließlich für den Bau der neuen Eisenbahnlinien verwendet werden und keinesfalls zur Deckung laufender Ausgaben dienen. Was die Frage der Besteuerung der Taschenfeuerzeuge betrifft, so will die estländische Regierung dem Trust doch entgegenkommen und die Feuerzeuge einer Besteuerung unterwerfen, aber in einem viel geringeren Umfange, als es der Trust ursprünglich verlangte (50 Cent statt 3 Kronen pro Stück).

In der Frage der Ausnutzung der Wasserkraft der Narowa ist insofern eine Änderung der Lage eingetreten, als die Optionsfrist, die einer englischen Firma gewährt worden war und während deren die estländische Regierung mit keiner anderen Firma wegen dieser Konzession verhandeln durfte, am 20. Februar ablief, ohne daß die Firma zu einem Entschluß gekommen wäre, ob sie die Konzession zu den von der estländischen Regierung gestellten Bedingungen erwerben will oder nicht. Die Engländer baten zwar um eine Verlängerung der Frist, diese wurde aber von der estländischen Regierung abgelehnt. Zurzeit wird mit verschiedenen Firmen um die Konzession verhandelt, darunter auch mit der deutschen Firma Siemens-Schuckert.

Auf dem Gebiet der Brennschieferindustrie ist zu bemerken, daß die Engländer, die eine Konzession auf ein Gebiet bei Rannamõis haben, die sie bisher nicht ausnutzten, jetzt ernstlich an den Bau einer neuen Fabrik herangegangen sind. In nächster Zeit wird ein Bauingenieur der Firma aus London nach Reval kommen und die fertigen Baupläne mitbringen. Zunächst soll eine kleinere Probefabrik gebaut werden, die später ausgebaut werden soll, falls die Hoffnungen auf eine günstige Tätigkeit der Fabrik sich verwirklichen sollten. Auch die Schweden, die ihre Fabrik bei Waiwara im vergangenen Herbst stillegten, verhandeln mit der Regierung über die Wiederaufnahme des Betriebes, zu welchem Zwecke sie einige Änderungen in ihrem Konzessionsvertrage wünschen. Die Verhandlungen dauern zurzeit noch fort, doch soll eine günstige Lösung der Frage estnischen Blättermeldungen zufolge in Aussicht stehen.

Sehr zu bedauern ist, daß die Vertiefungsarbeiten an der Narowa-Mündung für dieses Jahr eingestellt werden mußten, da die dafür bestimmten Kredite aus dem staatlichen Haushaltplan wegen Geldmangel gestrichen werden mußten.

Unter reger Beteiligung fanden im Januar in den meisten Städten Estlands die Stadtverordnetenwahlen statt. Die Deutschen haben im allgemeinen ihren bisherigen Stand behauptet. In Reval, wo sich die Deutschen mit den Schweden nach dem Beispiel der letzten Wahlen in die Staatsversammlung zu einem deutsch-schwedischen Wahlblock zusammengeschlossen hatten, haben sie zusammen mit den Schweden 8 Sitze im Stadtparlament erhalten, statt der 7 Sitze, welche die Deutschen bisher innehatten.

Über wichtigere Ereignisse in den einzelnen Städten sei noch folgendes berichtet. In Reval fanden Demonstrationen der Arbeitslosen statt, die jedoch rasch liquidiert werden konnten. — Der Antrag der lettischen Bevölkerung Revals auf Eröffnung einer lettischen Grundschule wurde vom Stadtamt abgelehnt, weil sich keine genügende Zahl lettischer Kinder in den städtischen Grundschulen fand. Wohl aber beschloß die städtische Schulverwaltung, bei einer Grundschule die lettische Sprache als Lehrfach für die Kinder lettischer Eltern einzuführen. — Ein großer Brand wütete im Elevator der Roterman-Werke, wobei eine große Menge Korn mitverbrannte. Der Brand dauerte viele Tage.

Aus Dorpat wäre zu berichten, daß durch Vermittelung der estländischen Gesandtschaft in Moskau dem staatlichen Zentralarchiv in Dorpat 56 Kisten mit Archivalien aus Rußland zugegangen sind. Unter ihnen befindet sich das Archiv des Dorpater Veterinärinstitutes (22 Kisten), alte Akten der Universität, der Rentei und anderer Behörden. Zwischen den Universitäten Dorpat und Königsberg i./Pr. ist ein Professorenaustausch vereinbart worden. Es soll in jedem Semester je ein Dorpater Professor in Königsberg und ein Königsberger Professor in Dorpat lesen.

Leo von Middendorff.

Dorpat, Anfang März 1930.

Lettland

Es ist kein Geheimnis. Der Außenminister Balodis ist Anfang Februar einer Intrigue zum Opfer gefallen, die auf die Machtverhältnisse in Lettland ein recht grelles Licht wirft. Weil er die persönlichen Wünsche einer sehr ehrgeizigen, sehr mächtigen Familie unberücksichtigt gelassen hat, ist er in eine Situation gebracht worden, in der er nicht anders konnte als zurücktreten. In diesem Zusammenhang ist das Wort von der „unverantwortlichen Nebenregierung" gefallen. Damit ist nicht zuviel gesagt. Die Nebenregierung läßt sich schon lange nicht mehr fortleugnen, sie ist möglich und wird immer möglich sein in einem System, das die Politik unvermeidlich an die Suggestionsapparate der Presse ausliefert. Die Primitivität der hierdurch Geltung beanspruchenden und Geltung gewinnenden Machtinstinkte ist umso peinlicher, je weniger sie auch nur den Wunsch haben, sich vor der kulturellen Tradition des Landes zu legitimieren – ein Snobismus, der, wenn er noch weiter an Macht gewinnt und in den Vordergrund tritt, dahin führen kann, daß der Europäer immer schwerer den wahren Kulturcharakter des lettischen Volkes wird auffinden können. — Nebenregierungen sind immer schlimm; am schlimmsten aber wohl die der Boulevardpresse.

Die außenpolitische Linie des Staates ist durch den Rücktritt des Außenministers nicht berührt worden. Die Geschäfte werden vom Ministerpräsidenten Zelmin geführt.

Auf außenpolitischem Gebiet sei verzeichnet, daß in Rußland offiziös („Ekonomitscheskaja Shisn") eine lebhafte Kritik am lettländisch-russischen Handelsvertrag geäußert wird: er sei für Rußland unvorteilhaft, je eher er zugunsten eines neuen, vorteilhafteren Vertrages liquidiert werde, desto besser. Der wirkliche Grund dafür scheint uns politischer Natur zu sein (wobei wir es dahingestellt sein lassen, ob der Vertrag wirklich zu wirtschaftlichen Bedenken russischerseits Anlaß gibt): man will der lettländischen Wirtschaft die Unentbehrlichkeit günstiger Handelsbeziehungen mit Rußland wieder einmal vor Augen führen. Es ist heute wohl zu früh, über die politischen Auswirkungen des Vertrages zu reden. Uns scheint aber doch, als ob die seinerzeit beim Abschluß geäußerten politischen Bedenken jedenfalls noch nicht als widerlegt gelten können, ja als ob sie heute wieder Beachtung zu verdienen beginnen: daß der Handelsvertrag unter Nutzbarmachung der geographischen und ökonomischen Lage Lettlands eines der Mittel ist, deren Rußland sich bedienen kann, um auf die kleine Wirtschaft und den kleinen Staat, ohne viel Aufsehen zu erregen, einen fühlbaren Druck auszuüben. Vielleicht ist diese russische Kritik, die sich so wirtschaftlich gibt, die erste Andeutung dessen, daß man den Handelsvertrag als ein politisches Instrument zu benutzen gedenkt.

Ernste Beachtung verdient ein Vortrag, den der Leiter der Ostabteilung des polnischen Außenministeriums, Holuwko, gleich nach dem Besuch des estländischen Staatsältesten in Warschau über „Das Problem der baltischen Staaten" gehalten hat. Indem er stark unterstrich, daß Polen im Hinblick auf die baltischen Staaten keinerlei imperialistische Bestrebungen habe, und indem er den baltischen Völkern für ihre kulturellen Errungenschaften Komplimente machte, ließ er den polnischen Ehrgeiz durchblicken, anstelle Deutschlands der Vermittler westeuropäischer Kultur in die baltischen Staaten zu werden. Dort „sei die Tendenz bemerkbar, sich von der russischen Kultur zu befreien und sich der Kultur Westeuropas anzuschließen. Zurzeit ist eine sehr starke Tendenz vorhanden, sich dieser Kultur auf dem Wege über Deutschland anzuschließen. Trotzdem sei auch eine gewisse Erbitterung gegen die deutsche Kultur zu bemerken, was als Folge der jüngst vergangenen Zeiten der Knechtschaft anzusehen sei. Da der Weg der baltischen Staaten nach Westeuropa entweder über Berlin oder über Warschau führe, sei es im Interesse Polens, alles nur mögliche zu tun, um diesen Weg über Warschau zu leiten." Eingangs hatte Holuwko gesagt: „daß in Polen die Idee des Großstaates gehegt würde. Diese Idee wäre aber falsch, denn Polen müsse noch viel arbeiten, bevor es sich neben solche Großstaaten wie England, Frankreich und Amerika stellen könne" (Nach der Wiedergabe der „Rig. Rundschau" vom 21. Februar.)

Also viel arbeiten. Mit dem Ziel – ergänzen wir —, die dominierende Großmacht des europäischen Ostens zu werden, getragen von der Idee einer kulturellen Mission.

Dr. Köster starb als Gesandter in Belgrad. Unter uns hat er sich keiner Beliebtheit erfreut. Dr. Köster war ein sehr begabter Politiker. Entsprechend den Richtlinien der Reichspolitik war sein Hauptaugenmerk auf Moskau gerichtet, wohin er als Botschafter geschickt zu werden hoffte. So war auch seine Randstaatenpolitik durch die Rücksicht auf Deutschlands Beziehungen zu den Sowjets bestimmt. Uns Balten gegenüber (soweit wir nicht nur Minorität, Kolonie sein

wollen) befolgte er im ganzen Bismarckische Traditionen und ließ uns keinen Zweifel darüber, daß das Deutsche Reich (zum Unterschiede von manchen anderen Staaten) Wichtigeres zu tun hat, als bedrohte Interessen seiner auslanddeutschen Volksgenossen zu vertreten.

Die Repräsentation Dr. Kösters hat das Ansehen des Reichs in diesem Lande nicht gehoben. Die Parteizugehörigkeit Dr. Kösters scheint uns keine Entschuldigung für Mangel an repräsentativem Stil. Dagegen ist eine merkliche Entspannung in den Beziehungen zwischen Lettland und Deutschland von Dr. Köster eingeleitet worden. Er hat es verstanden, hier die Überzeugung zu begründen, daß vom heutigen Deutschland irgend expansive oder überhaupt aktive Ostpolitik keineswegs zu befürchten ist.

*

Anläßlich des 25-jährigen Jahrestages der Revolution von 1905 fand ein Diskutierabend des Lettischen Vereins statt und erschienen in der lettischen Presse vielfach Betrachtungen über die historische Tragweite der damaligen Ereignisse und ihre Bewertung. Von linker Seite kam dabei viel Haß zutage gegen uns Deutsche, wie auch gegen die russische Herrschaft, aber auch, und das ist interessanter, vonseiten der Bürgerlichen z. T. sehr scharfe Abrechnung mit den damaligen Terroristen und Sozialdemokraten, denen der nationale Gedanke ferngelegen habe und deren Verhalten zur Begründung eines lettländischen Staates keineswegs beigetragen habe. Diese ablehnende Haltung innerhalb des lettischen Bürgertums gegenüber den sozialistischen Tendenzen der Revolution ist zusammen mit manchem andern als ein Symptom dafür anzusehen, daß die konservativen Elemente im lettischen Bürgertum im Wachsen sind. Immer stärker bildet sich in gewissen Kreisen namentlich des akademischen Bürgertums der Oberschichtscharakter heraus — eine Entwicklung, die wir nur begrüßen können, obwohl sie unter dem nationalpolitischen Gesichtspunkt für uns nicht ohne Gefahren ist.

Auch die Frage der nationalen Minderheiten ist auf einem Diskutierabend des Lettischen Vereins Gegenstand lebhafter Debatten gewesen. Zum Teil kamen recht bittere Gefühle zum Ausdruck: die Minderheiten nähmen im Staate eine ungebührend große Stellung ein. Nun nehmen in der Tat die Minderheiten bei uns kulturell und wirtschaftlich eine weit größere Stellung ein, als ihr prozentualer Bevölkerungssatz anzeigt. Ihr Anteil und Einfluß am Staatsapparat an der Verwaltung, im Heere, in der Politik scheint uns dagegen minimal zu sein. Und in der Wirtschaft — in der Kultur vollends — kann doch von Konkurrenz zwischen Mehrheits- und Minderheitsvolk nicht wohl die Rede sein.

Auf dem Diskutierabend im Lettischen Verein wurden auch Stimmen laut, die für ein Zusammengehen mit den Deutschen sprachen. Andere wieder fürchteten eine weitere Ausdehnung der Minderheitenrechte.

Uns scheint der Begriff „Minderheit" als Quintessenz unserer Politik schon jetzt nach zehn Jahren reichlich verbraucht, womit die Bedeutung dieses Gedankens für den auch heute noch so dringend notwendigen Kulturschutz natürlich nicht bestritten werden soll. Aber die damit verknüpfte Einstellung ist vielleicht geeignet, mehr Schaden an uns selbst zu wirken, als wir es heute merken: mit dem Verlust des Gefühls der Verantwortung für das Land als Ganzes wird auch, was wir an seelischen Qualitäten haben, die den Menschen der Führung aus-

machen, bald atrophieren, und, à force de le dire, werden wir uns einer beliebigen deutschen Kolonie durchaus angleichen.

Das Beste, was Balten in diesem Lande und für dieses Land schufen, taten sie nie als Minorität, d. h. im Hinblick auf oder für das deutsche Volk oder um ihre Zugehörigkeit zu ihm zu dokumentieren. Das Wohl des Landes war der vornehmste Gesichtspunkt, nationale Erwägungen existierten nicht, oder wurden zurückgestellt. Auch heute wird wohl nur auf solcher Basis ehrliche Zusammenarbeit aller dieses Land bevölkernden Nationalitäten denkbar sein; auch uns wären damit neue Aufgaben gestellt; vielleicht würden wir vor endgültiger Verkalkung und Nivellierung bewahrt. Es wäre wenigstens unsererseits der Weg geöffnet zu einer Zusammenarbeit, die enger und fruchtbarer werden könnte, als in der augenblicklichen parlamentarischen minoritäts-fraktionellen Beschränkung möglich ist.

Die Urteile über unsere gegenwärtige Wirtschaftslage gehen sehr auseinander.

Die Kapitalbildung ist bei uns bekanntlich noch nicht weit vorgeschritten. Die größeren Banken und Industrieunternehmungen sind überwiegend vom Auslande finanziert. Der Sicherheitsfaktor wird etwas kritisch beurteilt; entsprechend hohe Zinsen muß unsere Wirtschaft zahlen; so bleibt für Rückstellungen wenig übrig. Wir fördern unsere Wirtschaft am besten, wenn wir im ausländischen Kapitalisten das Gefühl der Sicherheit stärken und pflegen, wozu der neuerliche Krach der Unionbank, der im Auslande viel Aufsehen erregte, nicht beiträgt. Unser Kredit wird geschädigt, wenn ausländische Kapitalisten zur Meinung gelangen, eine Bank, die hohen Staatskredit genießt und in deren Verwaltung führende Leute führender Parteien sitzen, betreibe eine ähnliche Politik wie die Sowjets mit den ausländischen Konzessionären: es werde möglichst viel fremdes Kapital hereingeholt, und wenn der Kredit bis zum Äußersten ausgenutzt sei, käme der Krach.

Ohne die nationalistische Parole wären uns solche Mißgriffe erspart geblieben*).

Das Mißtrauen des ausländischen Kapitals hat sich in diesem Zusammenhang bereits fühlbar gemacht. Ausländische Firmen haben den Kredit in der gerade jetzt fällig werdenden Düngerbelieferung gesperrt. Die Folgen für die Landwirtschaft sind unabsehbar. Dazu beigetragen hat zweifellos auch der in diesen Tagen zustandegekommene Beschluß des Parlaments, die Befugnisse der parlamentarischen Untersuchungskommission dahin zu erweitern, daß alle Unternehmungen direkt oder indirekt Staatskredite genießen, von ihr revidiert werden können. Wir halten diesen Beschluß in seiner beispiellosen Unklarheit für völlig unzulässig und erwarten von ihm eine schwere Schädigung unseres Wirtschaftslebens.

*) Bei der Debatte über die Regierungsantwort auf die sozialdemokratische Interpellation wegen der Bauernbank (Unionbank) am 4. März — im Ergebnis wurde der Regierung mit 53 gegen 42 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen — beleuchtete der Leader der deutschen Fraktion Dr. Schiemann die Wurzel aller korruptiven Erscheinungen, an denen der lettländische Staat seit seiner Begründung krankt, — die unheilvolle Verbindung von Wirtschaft und Politik. („Was ist Korruption?" Rigasche Rundschau Nr. 53, 5. März 1930.)

Wird die Krisis, der unsere Wirtschaft im Zusam enhang mit all diesen Dingen offensichtlich entgegengeht, die Gesundungskrisis sein?

Das Parlament, dessen 5. Session am 21. Januar begann, hat sich außer mit der Angelegenheit der Unionbank vor allem mit der Städteordnung beschäftigt. Nach längeren Debatten wurde das Gesetz über die Selbstverwaltung der Städte am 7. März in 2. Lesung angenommen. Die 3. Lesung soll am 8. April stattfinden. Die Vorlage, die schon mehrfach an die Kommission zurückverwiesen worden war, liegt dem Parlament zum vierten Mal vor. Läßt schon die Anlage des Gesetzes eine moderne Systematik vermissen, so sind bedauerlicherweise eine ganze Anzahl von Einzelbestimmungen zur Annahme gelangt, die als höchst unglückliche gelten müssen. So vor allem die Unterstellung der Polizei unter die Stadtverwaltungen; dann auch die Ablehnung eines höheren Wohnzensus als 2 Monate und die Erteilung des Wahlrechts an das Militär in der Garnisonsstadt (statt in der Heimatstadt). Die Hoffnung, daß die 3. Lesung wesentliche Verbesserungen bringen wird, ist gering.

Riga, Mitte März 1930. * * *

Umschau

Zum ersten Kongreß des Bundes Deutscher Landwirte in Lettland

Kaum eine andere deutschbaltische Tagung kann eine solche Bedeutung beanspruchen, wie der am 6. April bevorstehende erste deutsche landwirtschaftliche Kongreß. Angesichts der ins Leben getretenen Organisation hat es natürlich keinen Sinn, die Frage aufzuwerfen, ob der Verband nicht schon vor Jahren hätte gegründet werden können. Wir erinnern uns einer Besprechung in privatem Kreise, etwa 1926, in der die Begründung des Verbandes für unaufschiebbar erklärt wurde, damals jedoch auf Ablehnung und verschiedene Widerstände stieß. Genug — heute darf man sich der Tatsache freuen, daß ein für unser Land und für unser Volkstum so wichtiger Berufsstand wie der landwirtschaftliche in national geschlossener Organisation vor uns steht. Als ein besonderer Gewinn sei hervorgehoben, daß es gelungen ist, alle Gruppen deutscher Landwirte zusammenzufassen: der einstige Gutsherr auf seinem Gutsrest und der deutsche Bauer, landwirtschaftlich führende alte Gesellschaften und neugegründete Vereine gehören dem gleichen Verbande an. Damit ist das berufsständische Prinzip unter uns zweifellos sehr stark gefördert worden. Wir begrüßen diese Entwicklung, auch wo sie sich, wie bei uns, im kleinsten Maßstabe vollzieht, weil wir den berufsständischen Aufbau für eine gesunde Grundlage — freilich niemals für den ganzen Bau — des gesamtpolitischen Lebens halten.

Der erste Zweck des neuen Verbandes ist natürlich der, berufsständischen Interessen zu dienen. Wir wünschen der am härtesten von allen Berufszweigen getroffenen deutschen Landwirtschaft, daß sie aus dem Zusammenschluß die Kraft zu neuem Aufstieg gewinnen möge.

Darüber hinaus hat die Begründung des Verbandes deutscher Landwirte einen politischen Faktor geschaffen, der sich seiner doppelter Natur nach in zwei Richtungen ins Gesamtleben eingliedern wird: als Berufsstand wird die deutsche Landwirtschaft mit ihrer alten Tradition

hoffentlich in der Agrarentwicklung des ganzen Landes nicht ohne alle zivilisatorische Bedeutung bleiben, und als nationaler Verein wird sie für ihre Stimme auch in der deutschbaltischen Volksgemeinschaft erhöhte Geltung beanspruchen dürfen.

Die Auslese zur Gestaltung politischer Führung darf natürlich niemals ausschließlich nach dem Gesichtspunkt der Berufsstandsinteressen erfolgen. Dafür aber, daß der Stand der Landwirtschaft vom Prozeß dieser Auslese in Zukunft nicht wird ausgeschlossen werden können, bietet die neugeschaffene Organisation eine Gewähr, die wir im Interesse der Zusammenfassung aller deutschen Kräfte warm begrüßen.

Schließlich noch eins. Es ist oft genug ausgesprochen worden, daß unsere Existenz von der Behauptung der Bodenständigkeit abhängt. Damit ist einmal die Erhaltung von landischem und städtischem Grundeigentum gemeint, dann aber auch die Bewahrung einer Gesinnung, die in der Bodenständigkeit überhaupt noch einen Wert erblickt. Beides hängt eng miteinander zusammen. Gerade unter diesem Gesichtspunkt darf der Kongreß in Riga die Blicke des gesamten Baltentums auf sich lenken: hier handelt es sich um Fragen von entscheidender Bedeutung für uns alle. Möge der Verband sich selbst seiner großen Bedeutung stets bewußt sein; und möge ihm seitens der städtischen baltischen Gesellschaft nicht nur der Rang zuerkannt werden, den er beanspruchen kann, sondern auch die tatkräftige Unterstützung zuteilwerden, die der Kampf um die Behauptung baltischen Bodens heute von jedem Balten verlangt.

Der lettische Freiheitsfilm

Der Film vom Bärentöter, dessen Eröffnungsvorstellung kürzlich unter Beteiligung des offiziellen Lettland stattfand und der gegenwärtig in Riga gezeigt wird, der erste große lettische Film, soll den Freiheitskampf des lettischen Volkes symbolisch darstellen. Der Film könnte auch heißen: der Kampf des Letten mit dem Schwarzen Ritter. Offenbar ist das die einzige Idee des lettischen Nationalismus.

*

Die mittelalterliche Burg des Schwarzen Ritters wird vom Bärentöter, der Wunder an Tapferkeit verrichtet, allein erobert, die vom Ritter gefangen gehaltene lettische Jungfrau befreit, der Ritter im Zweikampf besiegt. Diese Szenen sind in Glanz und Schimmer alter Sagen getaucht.

Das Jahr 1905. Der Hüterknabe Jahn liest die Sage vom Bärentöter, und der Geist des Bärentöters geht auf ihn über. Als die russische Strafexpediton den Wirt des Gesindes Saulite sucht, versteht der Junge die Soldaten aufzuhalten, bis der Wirt geflohen ist; auf dem Hof bleibt nur die kleine Mirdza zurück. Dafür wird Jahn mit der Nagaika mißhandelt; er erträgt die Schmerzen, ohne mit der Wimper zu zucken. Der Führer der Strafexpedition aber, der ihn zuletzt noch mit der Reitpeitsche ins Gesicht schlägt, trägt die widerwärtigen Züge des Schwarzen Ritters.

1917. Jahn ist Offizier in einem der lettischen Schützenregimenter, die im Rahmen der russischen Armee gegen die Deutschen kämpfen. Der Schwarze Ritter spinnt inzwischen in der Lärmstraße hinter dem Pulverturm in Riga verräterische Ränke.

Okkupationszeit. Proklamation des lettländischen Staates am 18. November 1918. Bolschewistenzeit in Riga. Wieder ist der Schwarze Ritter da. Es geht ihm offenbar ausgezeichnet. Er ist gut gekleidet, an Geld fehlt es ihm nicht. Der verarmten Wirtstochter Mirdza kauft er hausgewebte Tücher ab. Mutig verteidigt sie ihre Ehre gegen ihn.

Wie es zur Befreiung Rigas aus der

Hand der Bolschewisten kommt, wird garnicht anschaulich. Man sieht nur, wie Ulmanis in Libau wirkt und wie die lettische Nordarmee organisiert wird. Es folgen mehrere Bilder vom Einzug der Nordarmee in Riga. Die Bevölkerung jubelt.

Bermondt in Mitau. Der Schwarze Ritter, der diesmal eine deutsche Pickelhaube und einen deutschen Offiziersmantel trägt, ist wieder da und beteiligt sich an den Orgien im Offizierskasino. Im Kampf um die riguschen Vorstädte siegt die lettische Armee mit Unterstützung der englischen Flotte. Eine Karte zeigt, daß eine ebenso wie die Bermondttruppe bezeichnete kleine Heeresgruppe in der Gegend der von lettischen Truppen gehaltenen lettgallischen Front steht. Soll das die Baltische Landeswehr sein?

Zuletzt macht der Schwarze Ritter — dessen hochmütig-brutales Gesicht sich dem Zuschauer fast stärker einprägt als das des sympathischen lettischen Helden — ein letztes Attentat auf Mirdza, wird aber wieder von Jahn besiegt. Der Zweikampf nimmt die gleichen Formen an wie der Kampf der mittelalterlichen Sage. Der Lette kämpft edel, der Ritter gemein. Man atmet auf: der Feind ist tot. Lettland ist frei. Das arme Volk, das unsagbare Pein geduldig ertragen, kann endlich sich des Lichts der Sonne freuen.

*

Man könnte dieses Volk lieben, wie zahllose Balten es geliebt haben. Nicht seine Begabung, nicht seine Tüchtigkeit und Arbeitsamkeit — deswegen liebt man ein Volk nicht --, sondern einen weichen, gütigen, musikalischen Zug in seinem uns so wohl bekannten Wesen. In dieser Richtung liegt die Möglichkeit seiner menschlichen, seiner europäischen Vollendung. Vielleicht erlebt es eben eine Pseudomorphose. Oder wandelt es sich endgültig, unter dem fortgesetzten Druck einer künstlichen Ideologie? Daß dem Volke eine nationale Idee gegeben werden soll, begreifen wir wohl. Aber muß es eine Idee des Hasses und der Lüge sein? Ist die Vorstellung vom Schwarzen Ritter, der ungefähr siebenhundert Jahre lang die Mirdza zu vergewaltigen versucht, nicht — von allem andern einmal abgesehn — etwas zu dürftig dazu? Daß der Freiheitsfilm vielfach sehr sentimental ist, mag hingehn; der Deutsche und der Lette empfinden hierin verschieden. Daß seitens der Regie der Wunsch vorgelegen hat, die andersnationalen Heimatgenossen nach Möglichkeit nicht zu verletzen, haben wir uns gerne sagen lassen. Erstaunlich bleibt zunächst der Mangel an schöpferischer Phantasie. Die Geschichte des lettischen Volkes böte genug Bilder von eindrucksvoller Kraft, die den Aufstieg versinnbildlichen könnten. Überhaupt — ein wie dankbarer Vorwurf wäre der geistige und wirtschaftliche Aufstieg eines strebsamen Volkes! Es könnte sich durch eine solche Darstellung seiner eigenen Kraft versichern und viele neue Sympathien gewinnen. Es müßte natürlich ehrlich genug sein und offen anerkennen, was es seinen einstigen deutschen Herren verdankt; es ist bekanntlich nicht ganz wenig. Es bliebe genug an eigener Leistung, dessen es sich rühmen dürfte.

Das aber ist es, was an diesem Film jeden, der von der Geschichte unseres Landes etwas weiß, peinlich berühren muß: sein Mangel an Ehrlichkeit. Im Schwarzen Ritter sieht das Volk nun einmal — ob die Regie es will oder nicht — den baltischen Baron, den deutschen Herrn. Wenn es nun sehr drastisch so dargestellt wird, als sei alles Sinnen und Trachten der Herren seit siebenhundert Jahren auf die Vergewaltigung der lettischen Mirdza gegangen, so ist das die alte historische Fälschung, die doch wohl allmählich aus der lettischen Ideologie ausgemerzt werden sollte. Abgesehen davon sollte man sich auch sagen,

daß eine Gefahr, die man bisher augenscheinlich übersehen hat, dabei nicht ganz fernliegt: auf die Dauer nämlich damit der Lächerlichkeit anheimzufallen

Nicht sowohl lächerlich, als politisch und menschlich unangenehm ist das kleinliche Bemühen des Films, den entscheidenden Anteil der Baltischen Landeswehr und der reichsdeutschen Truppen an den Befreiungskämpfen gegen den bolschewistischen Osten nach Möglichkeit zu unterdrücken.

*

Im übrigen handelt es sich beim Verhältnis zwischen uns und dem lettischen Volk natürlich garnicht darum, ob wir uns lieben. Zweifellos besitzen wir Eigenschaften, die der Lette nicht mag, und umgekehrt. Das ist gut und natürlich. Es mag sich auch im Film zeigen, sofern er eine künstlerische Schöpfung ist. Es handelt sich nur darum, daß wir auf einander angewiesen sind, wir mögen uns stellen wie wir wollen. Es gibt eine große Anzahl von Aufgaben, an deren Lösung wir nur gemeinsam arbeiten können. Darum muß aus der gemeinsamen Heimat eine gemeinsame politische Idee erwachsen. Versuche wie der Freiheitsfilm sind nicht dazu angetan, das Gemeinsame zu fördern. Es ist nur natürlich, wenn der Balte, der sein Selbstgefühl noch nicht völlig verloren hat, von dieser Ideologie zornig abrückt. Nicht wir sind es, die das Erwachsen eines neuen politischen Gemeingefühls stören und hindern.

Das lettische Volk würde sich ehren, wenn es seinen ersten Freiheitsfilm mit seiner unehrlichen Mischung von Lyrik und Haß so rasch wie möglich verschwinden ließe und durch einen neuen ersetzte.

R. W.

Berliner politischer Monatsbericht

Preußens Innenminister zurückgetreten / Die brüchige Koalition im Reich / Der nicht zu sanierende Etat / Die Sanktionsfrage / Eine geheime polnische Denkschrift / Bolschewistische Hetze / Bundeskanzler Schober in Berlin.

Berlin, den 3. März 1930

Der preußische Ministerpräsident Braun, ein gebürtiger Ostpreuße, sicherlich der stärkste Mann der Sozialdemokratie, hat sich von seinen politischen Gegnern den Beinamen eines „Zaren aller Preußen" zugezogen. Dabei geht diese Gegnerschaft manchmal bis in die Reihen der Demokraten hinein, dann nämlich, wenn sie einmal die Leidtragenden sind jener starken Eigenschaften, jener der demokratischen Phraseologie der Sozialdemokraten entgegenstehenden Selbstherrlichkeiten des Ministerpräsidenten. Wir erwähnten das letzte Mal den Fall Becker, den schon das „Berliner Tageblatt" einen „Fall Braun" nannte. Eigenmächtig, ohne Befragung, ja nur Unterrichtung der Minister und Abgeordneten der beiden Koalitionsfreunde Zentrum und Demokraten, ließ er damals Becker in der Versenkung verschwinden, um den Sozialdemokraten Grimme an seine Stelle zu setzen. Jetzt hat das gleiche Schicksal den Innenminister Grzesinski getroffen, der durch Professor Waentig, den Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, ersetzt worden ist. Und das ebenso lautlos, ebenso unerwartet wie im Fall seines Ministerkollegen Becker.

Warum dieses Revirement? Man liest in der Presse das Abschiedsschreiben des Innenministers, in dem von Krankheit die Rede ist und von den schweren Aufgaben des Innenministeriums, die einen gesunden Mann erfordern. Das hat ein demokratisches Boulevardblatt zu der schönen Überschrift veranlaßt „Von

rechtsradikaler Hetze zermürbt". „Denn dieser breitschultrige frühere Metallarbeiter hatte ein so empfindsames Wesen, daß die fortgesetzten gehässigen Angriffe gegen ihn wegen seiner zerrütteten Ehe — seine Frau lebt getrennt von ihm in Kassel — und wegen seines sonstigen rein privaten Auftretens ihn sogar ohne Mörder leicht dahin hätte bringen können, wohin durch die Schüsse der rechtsradikalen Mörder Erzberger und Rathenau gekommen sind." Zur Charakterisierung der Kampfmethoden, die in diesem parlamentarisch-demokratischen Deutschland gang und gäbe geworden sind, führen wir die Äußerung des demokratischen Blattes an. Sie ist nur eine Abwandlung dessen, was man beim Tode Eberts oder Stresemanns hier und dort lesen konnte. Seltsamerweise scheint man also vergessen zu haben, daß früher die Staatsmänner nicht weniger in der Drecklinie des politischen Kampfes stehen mußten, als heute, ohne daß man allerdings bei ihrem Tode dann davon sprach, sie seien das Opfer einer Hetze geworden. Erinnert sei nur an die Verleumdungen, mit denen man gegen Bismarck arbeitete. Gegen Grzesinski führte man nur Tatsachen an. Allerdings aus seinem privaten Leben. Aber gibt es nicht für den im öffentlichen Leben stehenden Menschen mehr noch als für jeden anderen eine starke Einschränkung dessen, was man „privat" nennen darf?

Es handelt sich im Fall Grzesinski um eine politische Krankheit. Eine ganze Reihe von Momenten waren zusammengekommen, um es Braun erwünscht sein zu lassen, Grzesinskis politische Laufbahn zu beenden. Denn allmählich war der preußische Innenminister in Preußen das geworden, was im Reich vorher Hilferding war: eine schwere Belastung der Sozialdemokratie, sowohl in der Zusammenarbeit mit den Koalitionsparteien, wie gegenüber den Wählermassen, und so hat denn beide letztlich der Widerspruch aus den eigenen Reihen gestürzt.

Der „feinnervige Mann" auf dem Sessel des preußischen Innenministeriums hatte eine reichlich massive Sprache, wenn er von den Nationalisten sprach. Dieser feinnervige Mann konnte so beiläufig mit sozialdemokratischer Diktatur und Aufhängen der Gegner drohen. Sehr platt, sehr aufreizend für den Gegner und sehr unzutreffend waren die Reden, die er oft und gern hielt. Man hat ihn einmal als einen Lautsprecher bezeichnet, aus dem sehr grell und mißtönend die Musik herausklang, die Braun in stiller Zurückgezogenheit spielte. Auf der einen Seite war eben der Künstler und auf der anderen der Lautsprecher, der den Massen die Töne übermittelte. Aber das ist nun nicht etwa die Ursache des Sturzes. Denn viel schlimmer für ihn ist es gewesen, daß er sich Gegner in den eigenen Reihen geschaffen hat. Man weiß, daß der der sozialdemokratischen Partei angehörende Senatspräsident am Oberverwaltungsgericht Grützner am 3. Februar an Braun ein Schreiben gerichtet hat, in dem über das Privatleben Grzesinskis Beschwerde geführt und Beispiele aus der Kaiserzeit herangezogen wurden, in denen Beamte wegen ähnlicher Dinge gemaßregelt wurden. Man weiß ferner, daß eine Anzahl von Amtshandlungen das Mißfallen bei seinen Parteigenossen und stärker noch bei der Zentrumsfraktion hervorgerufen hatten. Dazu kamen im jetzigen Augenblick nicht weniger als vier Beschwerungen, die den Fall akut machten. Einmal paradoxerweise die Affäre der Ersetzung des Kultusministeriums, die das Zentrum und die Demokraten nervös gemacht hatte gegenüber der sozialdemokratischen Personalpolitik, dann die von Grzesinski geplante Neubesetzung zweier Oberpräsidien entgegen den Wünschen der Demokraten, was heftige Fehden innerhalb der Koalitionsfreunde hervorrief, weiterhin ein hier nicht besonders zu

erörternder Streit zwischen Berliner Polizeipräsidium und Schutzpolizei und schließlich die von ihm geduldete antikirchliche Propaganda.

Die Sozialdemokratie ist um eine Belastung ärmer geworden. Ein Radikalinski, dessen brave Kleinbürgerlichkeit in naivster Form aus seinem Artikel über seine Jugend spricht, den er vor einigen Monaten schrieb und in dem viel von der Angesehenheit seiner Großeltern, seiner Mutter, seines natürlichen Vaters usw. die Rede ist, dieser Metallarbeiter, spätere Gewerkschaftsbeamte, Vorsitzende des Kasseler Arbeiter- und Soldatenrates, Polizeipräsident von Berlin und Nachfolger Severings im Innenministerium hat einem Universitätsprofessor der Rechtswissenschaften und Volkswirtschaftslehre, sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten, der seit 1927 Oberpräsident der Provinz Sachsen ist, weichen müssen. An die Stelle des fünfzigjährigen Proletariers ist der sechzigjährige Professor getreten, der bei den Sozialdemokraten neben Rudolf Breitscheid als „fast zu feiner Mann" bekannt ist. Viel mehr wissen wir heute noch nicht von Professor Waentig.

Diese Koalitionssorgen in Preußen, von denen wir berichtet haben, füllten die Spalten der Zeitungen weit weniger, als die Kümmernisse der sehr brüchig gewordenen Koalition im Reich. Der Young-Plan, das deutsch-polnische Liquidationsabkommen und der neue Etat sind ja auch schwere Sorgen. Dabe wünschen sich die verschiedenen Koalitionsparteien bekanntlich sehr verschiedenes Über den Young-Plan hat man innerhalb der Koalition keine Sorgen mehr. Die interne Opposition gegen das Liquidationsabkommen ist relativ ungefährlich. Ein erbitterter Kampf aber wird über die Steuererhöhungen geführt. Als unsicheres Gefühl liegt über allen Ministern die Furcht vor neuen Wahlen, von denen man allerdings weiß, daß sie im jetzigen Augenblick sinnlos wären und nur eine Verstärkung der radikalen Flügelgruppen brächten. Aber trotzdem rüstet man sich für alle Fälle. Denn die in allen Volkskreisen langsam, aber sicher wachsende Unzufriedenheit muß sich bei den Neuwahlen auf Kosten der Regierungsparteien auswirken, die eine wie die andere ohne zugkräftige Wahlparole in den Kampf gehen müßten.

Womit sollen sie vor die Wähler treten? Mit dem Young-Plan? Die Wähler werden nur darauf hinweisen, daß diese außenpolitische Handlung keine Erleichterung der Wirtschaftslage, keine Senkung der Steuern und Lasten gebracht hat. Aber sie können eine Steuer nach der anderen nennen, die in diesem wie im vorigen Jahr neu zu den alten hinzugekommen ist. Der Volksparteiler Moldenhauer, der in das Finanzministerium geschickt wurde, um der Hilferding'schen Mißwirtschaft ein Ende zu machen, um den Steuerabbau, den die hinter seiner Partei stehende Industrie forderte, zu verwirklichen, ist an den Wagen der Sozialdemokratie gefesselt, in ein System eingesponnen, das wirkliche Entscheidungen verhindert. Und so hat er verkünden müssen, daß der Reichsetat nach seinem Voranschlag um eine Milliarde Mark den vorjährigen übersteigen wird, und so hat er ein ganzes Steuerbukett zur Deckung des Defizits dem Kabinett zur Beratung vorlegen müssen. Es handelt sich dabei um die Neueinführung einer Benzinsteuer, um die beträchtliche Erhöhung der Biersteuer und um dieses und anderes mehr, wobei ihm immer noch etwa 100 Millionen fehlen. Im jetzigen Augenblick ist noch nichts entschieden, noch kämpfen die Minister und Koalitionsparteien untereinander. Dabei ist wesentlich das von den Sozial-

demokraten geforderte Notopfer der Festbesoldeten, das deren Einkommensteuer etwa um 10% erhöhen würde. Mit diesem Betrag soll die Arbeitslosenversicherung saniert werden, und gegen diesen Plan steht die Wirtschaft, die Volkspartei und also der Finanzminister, die eine Reform der Arbeitslosenversicherung wünschen. Am heutigen Tage will es scheinen, als ob durch diese Frage das Ausscheiden Moldenhauers und mit ihm der Deutschen Volkspartei erzwungen würde. Dann würde aller Wahrscheinlichkeit nach die Weimarer Koalition die Regierung weiterführen.

Die vereinigten Young-Ausschüsse des Reichstages haben den Young-Plan und die Liquidationsverträge mit 29 : 23 bezw. 28 : 24 Stimmen angenommen. Diese knappe Mehrheit erklärt sich daraus, daß das Zentrum und die Bayerische Volkspartei sich der Stimme enthielten. Im Augenblick der Abstimmung seien die dringenden finanzpolitischen Aufgaben, über die gegenwärtig verhandelt würde, in keiner Weise gesichert. So begründete der Fraktionsvorsitzende des Zentrums, Dr. Brüning, die Stimmenthaltung. Da die Vereinigung dieser Frage als Voraussetzung für die Zustimmung des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei von den beiden Parteien vor aller Öffentlichkeit im Reichstag verkündet worden ist, erscheint die jetzige Stellungnahme nur konsequent. Aber in Wirklichkeit dürfte sich dahinter eine Taktik verbergen, die versucht, durch den Druck auf die Volkspartei diese umzustimmen, damit sie dem Notopfer, das auch vom Zentrum gefordert wird, zustimmt. Unserer Ansicht nach ist die Zentrumstaktik nichts anderes als ein Bluff, der also die Volkspartei nicht zu rühren brauchte. Was hat die Volkspartei zu verlieren, wenn durch die Haltung des Zentrums der Young-Plan abgelehnt wird, notgedrungen Neuwahlen kommen müssen, bei denen dann die Volkspartei vor die Wähler treten könnte, weil sie wirklich einmal nicht nachgegeben hat?

Mit wenigen Worten sei nur erwähnt, daß immer wieder neues schlagkräftiges Material gegen den Polenvertrag und gegen die Sanktionsbestimmungen des Young-Abkommens in der Presse veröffentlicht wurde. Von Bedeutung war eine Pressepolemik, die zwischen dem bekannten Nationalökonomen der Berliner Universität Prof. Sering und dem Auswärtigen Amt geführt wurde. Neben den auch unseren Lesern durch frühere Hinweise bekannt gewordenen Argumenten gegen das deutsch-polnische Liquidationsabkommen stellte Sering in seinem Artikel in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" als wesentlichsten Punkt fest, daß durch die neuen Verträge auch Polen zu einer Sanktionsmacht geworden sei. In der Antwort des Auswärtigen Amts las man dann, daß es nach den Haager Vereinbarungen überhaupt kein Sanktionsrecht gebe, Polen also auch keine Sanktionsmacht geworden sein könne. Diese Frage hat bei der Reichstagsdebatte über den Young-Plan, bei der übrigens Geheimrat Hugenberg zum ersten Mal seit sieben Jahren das Wort ergriff, eine große Rolle gespielt. Denn der Zentrumsabgeordnete Wirth, der das Ministerium für die besetzten Gebiete innehat, fühlt sich hier an einem Punkt getroffen, der ihm ebenso wie dem Zentrum gefährlich werden kann. Besonders aufgebracht wurde er dann auch durch die Veröffentlichung eines juristischen Gutachtens über die Sanktionsbestimmungen des Haager Abkommens, das von dem Blatt der Christlichen Gewerkschaften, die man doch vorwiegend zum Zentrum zählen muß, dem „Deutschen" vorgenommen wurde. In diesem Gutachten wird eingehend begründet, daß der Kreis der Sanktionsberechtigten durch den Hinzutritt Polens erweitert worden

ist, daß der Sanktionsfall schon bei bloßer Gefährdung, nicht erst bei Eintritt einer Verletzung des Young-Plans gegeben ist, daß die Gläubigerstaaten jeder für sich einzeln vorgehen können, daß das Organ, das über das Vorliegen der Sanktionsvoraussetzungen zu entscheiden hat, mit Mehrheitsbeschluß entscheidet, und daß die Sanktionsmaßnahmen grundsätzlich unbeschränkt sind im Gegensatz zum bisherigen Zustand. Wirth stellt sich aber nun auf den Standpunkt, es gebe kein Sanktionsrecht, weil es keins geben dürfe Gegen das juristische Gutachten konnte Wirth nichts Wesentliches anführen.

Von nicht nur aktuellem Interesse ist auch eine bisher unbekannte polnische Denkschrift, die im Auszug als Sonderdruck von der Zeitschrift „Volk und Reich" herausgebraucht worden ist. In ihr wird mit einem großen Aufwand von Statistik und Scheinlogik anscheinend der Beweis dafür erbracht, daß es in Deutschlands ureigenstem Interesse liege, mit Polen in ein Wirtschaftsverhältnis zu kommen, bei dem es unbeschränkter Abnehmer polnischer Agrarprodukte ist, während Polen deutsche Industrieerzeugnisse aufnehmen wird. Wenn man so will, handelt es sich bei der Denkschrift, die von Polen der Pariser Sachverständigenkonferenz vorgelegt wurde, um ein Gegenstück zu jener von uns im letzten Heft erwähnten Denkschrift, welche die Landeshauptleute der deutschen Ostprovinzen den Spitzen der Behörden überreichten. Hier wie dort führt man die geringe Bevölkerungsdichte, die Abwandernng nach dem Westen, die Notlage der Landwirtschaft an. Nur daß die Polen diese Erscheinungen in den Gesamtrahmen der deutschen Wirtschaftsentwicklung und Bevölkerungspolitik einordnen, daß sie aus dem Material der beiden letzten Jahrzehnte Zwangsläufigkeiten konstruieren wollen, die unabwendbar seien und Deutschland eine bestimmte Politik gegenüber Polen vorschrieben – eine Politik, wie sie eben im Interesse Warschaus liegt.

Als Ergebnis der polnischen Erwägungen werden in der Denkschrift folgende Thesen aufgestellt: Die Industrialisierung wird sich fortsetzen, der Bevölkerungs- und Geburtenrückgang ebenfalls, ebenso wie sich der Drang nach Westen weiter auswirken wird. Deutschland muß seine Fertigwarenausfuhr notwendigerweise verstärken und daher die Lebenskosten niedrig halten. Im Zusammenhang mit der Verminderung des Bevölkerungszuwachses in Deutschland bei gleichzeitiger Hebung der Lebenshaltung und Verdoppelung der öffentlichen Lasten werden die Berufszweige, in denen nur niedrige Löhne möglich sind, also vor allem die Landwirtschaft, zum Stillstand oder zur Einschränkung ihres bisherigen Ausmaßes verurteilt sein.

Wie gesagt, das sind die polnischen Thesen, die in der Denkschrift zusammengefaßt sind, um die Politiker Europas im polnischen Sinne zu beeinflussen und um in Deutschland selbst Stimmungsmache für den deutsch-polnischen Handelsvertrag zu betreiben. Am Schluß der Denkschrift heißt es, die Deutschen selber seien sich noch nicht der notwendigen Folgen dieser Thesen bewußt. Denn sonst sei es unerklärlich, daß Deutschland eine Tätigkeit entfalte, Parolen ausgebe und Bestrebungen ankündige, die den tiefen elementaren Prozessen, die seit Jahrzehnten in seiner eigenen Mitte vor sich gingen, widerstritten. Aber es findet sich auch ein Satz, der die politischen Motive dieser an die deutsche Adresse gerichteten wohlmeinenden Ratschläge enthüllt: „Wann hätte denn in der Geschichte Polen Deutschland angegriffen? Wer wäre in Polen so ungeduldig, um der Zeit vor-

zugreifen?" Diese Zeit, der die Warschauer Regierung nicht mit den Waffen vorgreifen will und in der der deutsche Osten bis an die Oder einen starken Bevölkerungsschwund erlitten haben wird, nachdem man seine Landwirtschaft zusammenbrechen ließ und so indirekt Platz machte für die polnische Unterwanderung, sucht die Warschauer Regierung zielbewußt durch die Handelspolitik herbeizuführen. Das ist die neue Methode der polnischen Außenpolitik, die man ja nicht nur gegenüber Deutschland, sondern ebenso gegenüber Danzig anwendet. Eine Methode, die sehr gefährlich ist, wenn sie nicht auf den aktiven Widerstand der deutschen Ostmärker und der Reichsregierung trifft, die sich dessen bewußt sein müssen, daß die Oderlinie nur dadurch gesichert werden kann, daß die Weichsellinie wieder deutsch wird.

Aus der Außenpolitik der letzten Wochen, soweit sie Deutschland betreffen, sind noch zwei Ereignisse zu erwähnen: die spontan aufflammende Abwehr gegen den Kulturbolschewismus und der Besuch des österreichischen Bundeskanzlers Schober in Berlin. Die durch den Papstbrief gegen die Zerstörung der christlichen Kirchen in Rußland ausgelösten Kundgebungen haben auch in Deutschland weite Kreise ergriffen. Wir möchten glauben, daß die Proteste gegen die Kirchenpolitik der roten Machthaber, die in Deutschland von der protestantischen wie von der katholischen Kirche mit allem Nachdruck zu Gehör gebracht werden, deshalb auf eine größere Resonanz stoßen, weil die Gefahr des Kulturbolschewismus immer sichtbarer vor den Augen weitester Kreise liegt. Der Kulturbolschewismus, also die systematische Zerstörung dessen, was aus christlicher und deutscher Anschauung erwachsen ist, geht von der Bühne, dem Kino, der Schule und der Presse seit langem zum Angriff vor, dabei immer radikaler, immer zerstörender werdend. Eine „Arbeiter-Kultur-Ausstellung", die in diesen Tagen in Berlin eröffnet wurde und Bilder der maßlosesten Hetze gegen die Kirche zur Schau stellte, ist eins der zu nennenden Beispiele. Aufgefallen ist es nur durch die Maßlosigkeit der Verhöhnung der christlichen Einrichtungen, die gerade in diesen Tagen doppelt als provozierend empfunden werden mußte. Daß der preußische Innenminister hier nicht rechtzeitig eingegriffen hat, ist im übrigen einer der Gründe, die zu seinem Sturz führten.

Zum Schluß unserer diesmaligen Ausführungen sei auf den Besuch Schobers hingewiesen, der in der vergangenen Woche in Berlin erfolgte. Der österreichische Bundeskanzler kam, um sich der deutschen Öffentlichkeit vorzustellen (obgleich er nicht vor die Öffentlichkeit trat), er kam, um Zeugnis abzulegen von der Zusammengehörigkeit des Reichs und Deutsch-Österreichs und schließlich um eine praktische Frage — die des deutsch-österreichischen Handelsvertrages — vorwärts zu bringen. Dieser österreichische Staatsmann hat in den letzten Wochen eine Serie von Erfolgen verzeichnen können, die sicherlich durch die zähe Arbeit nicht zuletzt Seipels vorbereitet waren, aber doch zu einem guten Teil auf ihn selber zurückzuführen sind. Denn der Chef der österreichischen Polizei, durchaus kein Jüngling mehr, weißhaarig, von kleiner Figur, äußerlich schon den Beamten verratend, birgt hinter seiner österreichischen gefälligen Art einen zähen und harten Willen. Das haben bei den Wiener Unruhen seinerzeit die Sozialdemokraten spüren müssen, und bei der Durchführung der Verfassungsreform wurde es ihnen wieder tagtäglich vor Augen geführt. Wenn er im Haag einem Autographenjäger auf die Bitte nach einem Autogramm zur Antwort gab: „Ich unterschreibe

alles, nur keine Reparationen" so hat man damit den Mann Schober, der bei seinem Wort geblieben ist. Seine Politik ist real im guten Sinne, und darauf sind seine innen- wie außenpolitischen Erfolge zurückzuführen. In kurzen Ausführungen, die er in einem Berliner Kreise machte, legte er bei der Schilderung der Motive seiner Romreise sichtbaren Nachdruck darauf, daß er nicht als Bittgänger zu Mussolini gegangen sei, sondern erst dann, als die italienischen Zusagen wegen der Unterstützung Österreichs im Haag und wegen der österreichischen Anleihe erfolgt seien. Wir haben den Eindruck, daß diese Worte nicht etwa nur deshalb von Schober so nachdrücklich geäußert wurden, weil er sich vor einem Kreise großdeutsch und national empfindender Menschen nicht in den Verdacht bringen wollte, Österreich vor Italien gedemütigt zu haben, sondern weil diese Feststellung für den Mann Schober und nicht nur für den Politiker Schober wichtig ist. Für uns allerdings auch. Denn sie gibt die Gewähr dafür, daß durch die Zusammenarbeit Österreichs mit Italien keine Preisgabe volksdeutscher Interessen und keine Entfremdung zwischen Wien und Berlin eintreten wird. Schober gehört nicht zu denen, von denen man in Abwandlung des französischen Worts ironisch sagt, daß sie immer vom Anschluß reden, aber nie daran denken. Schober wird wenig davon reden, aber er wird daran denken und wird danach handeln. Denn es ist ja nicht so, als ob sich nichts tun ließe bis zu jenem Augenblicke, wo durch irgendwelche Umstände der Anschluß möglich wird. Kein Vertrag verbietet es uns, heute schon den Anschluß dadurch vorzubereiten, daß man die Wirtschaft beider Länder durch Handelsverträge eng verbindet, daß man Recht und Bildungswesen weitgehend angleicht. Das sind Aufgaben, denen sich unserer Ansicht nach Schober in stärkstem Maße widmen wird, solange er das Land Österreich führt. Denn über kurz oder lang dürfte ihn der größte Staatsmann Österreichs, der heute aus freiem Willen noch im Hintergrund bleibt, Prälat Seipel, wieder ablösen.

Nachtrag / 15. März 1930.

In den zehn Tagen, die seit der Niederschrift des Monatsberichts verflossen sind, haben unvorhergesehene Krisen die innerpolitische Lage erschüttert. Sensationell war der auch die politischen Kreise völlig überraschende Rücktritt des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht — ein Entschluß, der von der Resignation Schachts zeugt —, der zu einem Zeitpunkte erfolgte, wo der Fortbestand der jetzigen Koalition und damit der Regierung, aber auch das Schicksal der außenpolitischen Verträge ernsthaft in Zweifel gestellt waren. Wir haben schon in unserem Bericht von dem Kampf gesprochen, der zwischen den Koalitionsparteien wegen des Etats ausgebrochen war. Diese Gegensätze verschärften sich derart, daß während einer Woche niemand voraussehen konnte, ob nicht schon der nächste Tag das Ende der Regierung bringen würde. Durch einen vom Fraktionsvorsitzenden Dr. Brüning geschickt maskierten Rückzug des Zentrums wurde die Krise entspannt, der Young-Vertrag angenommen, ebenso das Liquidationsabkommen, das nur eine Mehrheit von 19 Stimmen fand. Aus finanzpolitischen Gründen hat dabei eine der Regierungsparteien, die Bayerische Volkspartei, gegen den Young-Plan gestimmt, während die Opposition gegen den Polen-Vertrag auch von Teilen der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum in starkem Maße getragen wurde. Wir sagten, die Krise sei entspannt. Denn beendet ist sie nicht; es ist sehr ungewiß, wie lange die Deutsche Volkspartei noch

der Regierung angehören wird. Der Kampf um die Regelung des Etats geht weiter, und stärker wird man vonseiten der Wirtschaft auf eine grundsätzliche Finanzreform drängen. Darum kann die sehr schnell und einstimmig erfolgte Wahl Dr. Hans Luthers zum Nachfolger Schachts von großer Bedeutung werden für die Zukunft. Ist doch diese parteiungebundene Position, die neben der des Chefs der Reichswehr die einzige ist, die über wesentliche Machtmittel verfügt und über das Recht sie geltend zu machen, von einem Mann besetzt werden, der bei der Stabilisierung der Mark im Herbst 1923 seine Energie bewies und dessen Reformpläne auch unseren Lesern bekannt sind.

Die nähere Charakterisierung dieser Vorgänge, ihrer Auswirkungen, ebenso wie die der Persönlichkeit Schachts und Luthers muß dem nächsten Bericht vorbehalten bleiben.

Georg Schröder

Bücherbesprechungen

V. Grüner: Die geistigen Motive kirchlicher Gemeinschaftsbildung (Abhandlungen der Herder-Gesellschaft und des Herder-Instituts zu Riga, 3. Band, Nr. 4). Verlag der Buchhandlung G. Löffler, Riga 1929.

Als eine der heutigen Zeit entsprechende Forderung bezeichnet der Verfasser es in der Einleitung, daß die Frage der kirchlichen Gemeinschaftsbildung, die bisher als ein Nebenproblem der christlichen Dogmatik behandelt worden sei, zum Gegenstand einer prinzipiellen Untersuchung gemacht würde. Sei doch die Neubesinnung auf das Wesen und die Bedeutung der Kirche ein hervorragendes Kennzeichen der gegenwärtigen religiösen und theologischen Lage. Er unterzieht nun einerseits die metaphysisch-transzendenten Bedingungen der kirchlichen Gemeinschaftsbildung im Christentum, andererseits ihre sachlichen Strukturelemente einer ausführlichen Untersuchung und gibt dann eine Darstellung der einzelnen empirischen Kirchen auf christlichem Boden, die inbezug auf „ihr Wesen und ihre Bedeutung, ihre Nähe resp. Entfernung zur göttlich gewollten und metaphysisch begründeten Urform" bewertet werden. Das Schlußkapitel will endlich die Strukturelemente hervorstellen, „die als bleibend wertvolle von den konkreten Einzelgemeinschaften für den übergeordneten Begriff einer überempirischen Gesamt- oder Idealkirche beigesteuert worden sind".

In dieser kurzen Inhaltsübersicht ist schon der Kirchenbegriff angedeutet, der den gesamten Ausführungen des Buches zugrunde liegt. Es ist „die lutherische Auffassung der Kirche als einer gottgewollten Gemeinschaft, die, ob sie sichtbar oder unsichtbar, empirisch oder überempirisch gefaßt wird, eine theonome Formation darstellt" (S. 230). Für Luther war die Unterscheidung zwischen geistlicher Kirche und empirischer Kirche eine theonome, keine anthropologische. „Gott will die eine wie die andere Form. Das ist ihm Grundgewißheit" (S. 231). „Gottes ewige Gnade intendiert die wahre Gemeinschaft der Heiligen, die überzeitlich, ihrem Wesen nach transzendent ist, daher sowohl der treibende Grund als auch die Hoffnung der menschlichen religiösen Versuche zur Gemeinschaftsbildung ist. Zugleich aber konstituiert Gottes Wille auch die zeitlich erscheinenden Formationen, indem auch sie etwas von der Fülle des Geistes und seiner Gaben bekommen und mit ewigem Gehalt ausgestattet werden (S. 231 f.). Mit Recht macht der Verfasser

darauf aufmerksam, daß die lutherischen Dogmatiker Luthers Unterscheidung von ecclesia visibilis und invisibilis nicht richtig verstanden und veräußerlicht haben. Daran dürfte seit Holls Lutherbuch heute kein Zweifel mehr möglich sein.

Mit voller Entschiedenheit übernimmt der Verfasser den lutherischen Kirchenbegriff, nach dem die Kirche als unsichtbare sowohl wie als sichtbare immer Gegenstand des Glaubens ist. Von hier aus ergibt sich die Wertung der historischen Kirchengebilde als „Versuche, das Ewige zu fassen" „Sie alle bleiben belastet von der Not des irdisch Bedingten, unter der alles seufzt, was der Mensch zu formen hat. Aber sie sind doch anderseits nicht denkbar ohne das Band, das sie an die Ewigkeit fesselt. Sie sind und bleiben Annäherungswerte von verschieden abgestufter Bedeutung, aber eben doch Werte " Daher ist die Verzweiflung an der empirischen Kirche überhaupt völlig unberechtigt. „Die kirchlichen Formen empirischer Christengemeinschaft sind relative Gebilde, behaftet und belastet mit dem Vergänglichen, ja Verkehrten all unserer Versuche. Aber sie sind eben doch unter dem Zwange des Ewigen angestellte Versuche. Hinter all ihrer Unvollkommenheit kann und soll etwas sichtbar werden von der ewigen göttlichen Intention, die auch aus der Verzerrung noch hervorleuchtet" (S. 68, 69).

Dieser außerordentlich klaren Umschreibung des lutherischen Kirchenbegriffs entspricht auch seine konsequente Durchführung in allem einzelnen der Untersuchung. Es will mir gegenüber der heute durch die dialektische Theologie verbreiteten Skepsis in der Stellung zur empirischen Kirche ebenso, wie gegenüber den Gedanken Troeltschs (die empirische Kirche ein irdischer Zweckverband), wie endlich gegenüber allen von Amerika her kommenden Veräußerlichungen des Kirchenbegriffs ganz besonders wertvoll und zeitgemäß erscheinen, daß hier mit der klaren und tiefen, aus dem Evangelium Jesu Christi sich ergebenden Auffassung Luthers von der Kirche Ernst gemacht wird. Darin sehe ich ein bedeutendes Verdienst des Grünerschen Buches.

Im einzelnen gestaltet sich der Gang der Untersuchung folgendermaßen.

Als objektiv-transzendente Motive christlicher Gemeinschaftsbildung werden der Erlöserwille des barmherzigen Gottes resp. der Reichgottesgedanke Jesu, der heilige Geist, Gnade und Gebetsrecht herausgestellt, als die sachlichen Strukturelemente Wort, Sakrament und Glaube. Sehr fein wird hervorgehoben, wie der Geist Gottes „in seiner nüchternen Sachlichkeit", nicht als schwarmgeistig-enthusiastisches Prinzip gemeinschaftsbildende Größe ist und wie die christliche Kirche „eine unter dem Gesichtspunkt der Gnade gewollte und zusammengebrachte Menschheit ist" (S. 23).

Die Kirche des Glaubens — die christliche Gemeinschaft in ihrem eigentlichen und ewigen Sinn — ist kein äußerlich sichtbares Gebilde. Sie ist in keiner der empirischen Kirchen völlig verkörpert, sie bleibt „Ideal- oder besser Normkirche". Inwiefern die empirischen Kirchengebilde Annäherungswerte des Ewigen sind, darauf wird also zu ihrer Beurteilung alles ankommen. Darum wird nun eine Analyse der wesentlichsten Kirchen- und Konfessionsformen im Christentum vorgenommen.

Für die griechisch-orthodoxe Kirche, deren Grundpfeiler „reine Bildhaftigkeit und legale Vermittelung des Ewigen im einleuchtenden sakramentalen Handeln vor den Augen der religiösen Gemeinschaft" sind, ergibt sich als wesentliches soziologisches Motiv der Kultkonsensus, zu dem als ein weiteres das der Anbetung hinzutritt. Da aber die Wertschätzung des Kults hier zu starrem Ritualismus führt,

da überhaupt die Erstarrung geradezu zum Prinzip geworden ist, so erweist sich dieses soziologische Motiv zuletzt doch als ungeeignet, das Idealbild der ewigen Kirche darzustellen. Anders steht es mit dem Motiv der Anbetung. Wenngleich der Verfasser meint, das Idealbild kirchlich-kultischer Frömmigkeit in der orthodoxen Kirche als durch ausgesprochen mystische Züge bestimmt ansehen zu müssen, und die Religiosität als eine charakterisiert, „in der die ästhetische Befriedigung am Hochgefühl als solchem wirklich das Letzte" sei, so glaubt er doch die Tatsache, daß diese Kirche trotz schwerster Katastrophen in ihrem Bestande nicht erschüttert sei, eben aus der Ehrlichkeit der Anbetung erklären zu müssen, und bezeichnet diese als das bleibend wertvolle gemeinschaftsbildende Motiv.

Bei der Charakteristik der römisch-katholischen Kirche wird vom Aristotelismus ausgegangen, welchem sie die theoretischen Handhaben für ihre gewaltige Einheitsidee verdanke. Dementsprechend wird der Realismus als Charakteristikum in den Vordergrund gerückt, der sehr anschaulich als ein totaler und synthetischer, sodann als ein historischer, ein psychologischer und ein ethischer dargestellt wird. Aus diesem Realismus heraus wird aus der Kirche des Glaubens das Reich Gottes auf Erden. Dieser Realismus wendet sich der praktisch-gesellschaftlichen Wirklichkeit zu, indem er kirchen- und gemeinschaftbildend wird, und verläßt seine ewigen Begründungen. Er wird so zum „Zweckrealismus" (S. 121). Die Kirchengemeinschaft wird zu „einer praktisch-zweckmäßigen Organisation, bei der das Schwergewicht auf die rechtlichen und technischen Fragen fällt" (S. 122), und zugleich ist die Kirche, wie sie ist, die göttlich-ewige Institution, die der Krisis oder Wandlung garnicht erst bedarf. In ihr ist die unsichtbare Kirche voll in Erscheinung getreten. Sie wird als Machtgemeinschaft, als Beruhigungsgemeinschaft und als Gemeinschaft des Gehorsams charakterisiert, welche ihre Glieder letzten Endes nicht für die Ewigkeit, sondern zur Anerkennung der irdischen Autorität der Kirche erzieht. Daneben ist die römisch-katholische Kirche in hervorragendem Sinne Sakramentsgemeinschaft, nicht aber im Sinne eines Kultkonsensus, wie die griechisch-orthodoxe, sondern im Sinne einer Genußgemeinschaft. Die tiefste Tragik der katholischen Kirche sieht der Verfasser darin, daß sie den Anspruch erhebt, Heilsanstalt zu sein, und doch mit ihrem ausgesprochenen Diesseitscharakter die göttliche Gesetzmäßigkeit verdrängt. „Heilsanstalt ist fast ein Widerspruch in sich selber. Wo die Anstalt sich vordrängt, schrumpft die Heilsbedeutung dessen, was wir „freie Gnade" nennen, zusammen" (S. 160). Das Schlußurteil über die katholische Kirche lautet darum: „Allem Imposanten zum Trotz, das er uns sehen läßt, spüren wir im Antlitz des Katholizismus jene Gefahr der Gottentfremdung, die aus der Kirchengemeinschaft eine irdische, menschheitsgerichtete Erscheinung gemacht hat, anstatt Gottes Gedanken und das Wirken des Geistes nachdrücklich zur Geltung zu bringen (S. 167).

Die Charakteristik des Protestantismus ist auf der These aufgebaut: „Das Bindeglied der kirchlichen Gemeinschaft ist hier der gottgewirkte Glaube. Die Sachlichkeit, die dem evangelischen Kirchenbegriff eignet, ist eine des Glaubens. Sie ist in der unsichtbaren Kirche von Gott gegeben als ewige Wirklichkeit im Zusammenhang der begnadigten Gotteskinder, und sie ist der empirischen Kirchengemeinschaft, ebenfalls von Gott, aufgegeben als gemeinsames Betätigungsfeld eines Lebens im Glauben". Die theonome Sachlichkeit des protestantischen Kirchenbegriffs ist somit eine statische und dynamische zu-

gleich (S. 172 f.). Haben so alle protestantischen Gebilde das gemeinsam, daß sie Glaubensgemeinschaft sind, so unterscheiden sie sich je nach dem Vorherrschen des Ernstes des Glaubens (Calvinismus), des Reichtums des Glaubens (Sekten) und der Tiefe des Glaubens (Luthertum).

Die strenge Prädestinationslehre, die Betonung des heiligen Willens Gottes, das Bestreben, die Ehre Gottes als alleinigen Maßstab für alles Handeln der Kirche wie des einzelnen gelten zu lassen, die hieraus sich ergebende vertiefte und gesteigerte Sittlichkeit geben ein Recht, die calvinische Kirche als Kirche des Glaubensernstes zu bezeichnen.

Das Sektenwesen im Protestantismus meint der Verfasser zurückführen zu können auf eine Reaktion „gegen die nüchterne Sachlichkeit der protestantischen Kirchenidee, die absehen lehrte von allen schwärmerischen und subjektivistischen Momenten und sich auf die Grundfaktoren Wort und Glaube zurückzog" „Der Reichtum .. der geistig freizügigen, ja uferlos wogenden Gefühlsmystik meldete sich zu seinem Recht" (S. 219). Aber die Sektenfrömmigkeit verwechselt wirklichen Glaubensreichtum mit dem Reichtum an Äußerungsformen der Gläubigkeit. Weiter will die Sekte Heiligkeitsgemeinde sein, die durch wahre Geistes- und homogene Erlebnisgemeinschaft geeint wird. Daneben hat die Sektenbildung „berechtigte, auch sozial-religiös bedeutsame Strebungen der menschlichen Seele, die in der Großkirche zurücktreten, mit Recht hervorgehoben" und bleibt mit ihrem Sittlichkeitsideal ein notwendiges Gegengewicht gegen die stets drohende Verweltlichung der Kirche.

Das Luthertum charakterisiert der Verfasser auf Grund der Hauptmotive seiner Gemeinschaftsstruktur in dreifacher Weise: a) als Wort- und Sakramentsgemeinschaft, b) als Bekenntnisgemeinschaft, c) als Arbeitsgemeinschaft. Die Kirche steht auf göttlicher Grundlage; Gottes Wort (und das Sakrament als verbum visibile) begründet und durchdringt sie. Da aber nach Luther der Grundcharakter des Worts Gnade ist, so ist das Evangelium das eigentliche Gemeinschaftsband im Luthertum. Zugleich ist die lutherische Kirche Bekenntnisgemeinschaft, wobei der Verfasser sich dagegen verwahrt, daß dieses lehrhaft-dogmatisch aufgefaßt wird. Vielmehr handelt es sich um das Bekenntnis *zum Leben*, nämlich zur Lebensfülle, die dem einzelnen in Christus entgegentritt, und um das Bekenntnis *durchs Leben*, d. h. um die „lebensvolle Verwirklichung der Ansprüche, die jedes Leben an uns stellt, . im organisierten Dienste des Herrn der Kirche" (S. 263). Die Kirche ist somit Gemeinschaft des Bekenntnisses „zum Gesamtumfang des göttlichen Wirkens, d. h. zum Reiche Gottes selber, nicht aber zu einer menschlichen Sammlung von Lehrsätzen" (S. 268). Will der Geist Gottes die organisierte Gemeinschaft, um in ihr die ewigen Gottesgedanken zu verwirklichen, so wird die Kirche zur Arbeitsgemeinschaft, in der nicht menschlicher Tätigkeitsdrang sich äußert, sondern in der es zur Geltung kommt: „Die Gnade, die ruft, verpflichtet zugleich" Die Aufgabe der Weltdurchdringung ist der Kirche gesetzt.

Wenn der Verfasser zum Schluß seines Buches eine Rückschau auf die unveränderlichen Gemeinschaftsprinzipien gibt so wird hier sehr klar, warum er in seinen Ausführungen dem Luthertum den Vorzug vor anderen Konfessionsformen geben zu müssen meinte. „Nicht nur — heißt es S. 297 — daß die großen Grundprinzipien des Evangeliums darin zu vollster Klarheit gekommen sind, zwang uns dazu, sondern die Tatsache, daß die Möglichkeit, zur lauteren Quelle allen Glaubens und aller Gemeinschaft

zu gelangen, im Luthertum am ehesten vorliegt, weil die menschlichen Schranken und Hemmungen hier am gründlichsten erkannt und beseitigt sind." Er sieht das Lutherthum „in seiner Fähigkeit, den Schatz der ewigen Gottesgnade nicht nur in irdenen, sondern auch in wechselnden Gefäßen zu tragen, als die für Gottes Wirklichkeit am meisten transparente Gemeinschaftsform des Christentums" an (S. 317).

Als einen wertvollen Beitrag zur Lösung der heute in der gesamten Theologie diskutierten Frage nach der Kirche möchte ich das reiche Grünersche Buch bezeichnen. Nur aus einer prinzipiellen Klärung über das Wesen der Kirche wird eine Beantwortung all der vielen praktischen Fragen erfolgen können, die sich hier ergeben. Diese prinzipielle Klärung aber — das wird in immer zunehmendem Maße von der evangelischen wissenschaftlichen Theologie der Gegenwart anerkannt — wird auszugehen haben von den Gedanken Luthers. Ein neues Verständnis für Luthers Kirchenbegriff, der so oft mißverstanden und für unklar gehalten worden ist, bahnt sich an. Grüners Buch legt nicht nur hiervon Zeugnis ab, sondern scheint auch in besonderer Weise geeignet zu sein, das Verständnis für die großen evangelischen Gesichtspunkte Luthers zu fördern.

Hermann Poelchau

Die Mitarbeiter dieses Hefts:

Dipl. Agr. M. v. Blaese, Präsident der Kurländischen Ökonomischen Gesellschaft, Mitau / Dr. R. v. Engelhardt, Dorpat / Otto Frh. v. Taube, Gauting, Oberbayern / Professor Dr. jur., Dr. sc. pol. L. D. Pesl, Würzburg / Dr. L. v. Middendorff, Dorpat / Schriftleiter G. Schröder, Berlin / P. H. Poelchau, Riga.

Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Reinhard Wittram

Liberal und konservativ

als Gestaltungsprinzipien baltischer Politik

Von Reinhard Wittram

I.

Ein öffentliches politisches Leben gibt es im Baltikum erst seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts. In die Zeit bis zum Weltkriege fallen zwei Perioden starker innerer Spannungen und erbitterter publizistischer Kämpfe: die Reformperiode, die mit dem Auftreten Hamilcar von Foelkersahms in den 40-er Jahren anhebt und mit der Russifizierungsepoche zum Stillstand gelangt, und die Zeit um die Revolution von 1905. Dazwischen liegt die Russifizierungsperiode, die, wie auf den meisten Gebieten, so auch auf diesem äußerlich ein Verkümmern und Versiegen bedeutete*).

Die 60-er Jahre stehen noch unter dem Schatten Foelkersahms, des Begründers der livländischen liberalen Landtagspartei. (Daß wir hier wie in der ganzen Betrachtung Livland im Vordergrunde sehen, erscheint uns angesichts des größeren Spannungsreichtums der livländischen Gegensätze historisch gerechtfertigt.) Foelkersahm war in seinen Anschauungen weit radikaler, als seine liberalen Anhänger und Freunde, und ist darin einsam geblieben. Der ständische Liberalismus der Reformära wird durch eine große Reihe bedeutender Männer repräsentiert, die mit ihrem ganzen liberalen Programm auf dem Boden der historischen deutschen Landesstellung standen, alles andere als revolutionär waren, sich als Aristokraten und ihre liberalen Forderungen als zeitgemäße Mittel zur Selbstbehauptung empfanden. Am Vorabend dieser neuen Ära war in Livland freilich noch ein letzter Versuch gemacht worden, die alten Lebensformen, die das Foelkersahmsche Reformwerk so gründlich verwandelte, doch noch zu erhalten. Es war das die sogenannte konservative „Reaktion" der

*) Der Aufsatz, dem ein Vortrag zugrundeliegt, fußt in seinem historischen Teil auf Vorarbeiten zu einer Studie über die Entwicklung der baltischen politischen Meinungen.

50-er Jahre, die, unter dem starken Einfluß der deutschen, speziell preußischen Romantik, das patriarchalische Livland retten zu können hoffte.

Versucht man nun das Lebensgefühl der Konservativen und Liberalen jener Jahre zu umschreiben, so lassen sich eine Reihe von Antinomien feststellen.

Vorausgeschickt sei, daß beide in erster Linie taktische Erwägungen geltend machten. Die Konservativen wiesen Foelkersahm gegenüber darauf hin, daß eine Mobilisierung des Landbesitzes deshalb verhütet werden müsse, weil sie unausweichlich eine Erschütterung der durch den Adel gewährleisteten deutschen Stellung im Lande zur Folge haben werde. Später trat in den Vordergrund der Hinweis auf die Gefährlichkeit aller Neuerungen in Anbetracht der Neigung der Regierung, russische Einrichtungen auf Livland zu übertragen. Dieses Argument hat zuzeiten bis weit in die liberalen Kreise hinein eine geradezu magische Wirkung gehabt. Die Liberalen wandten demgegenüber ein, wie z. B. Julius Eckardt das in der „Rigaschen Zeitung" mehr als einmal formuliert hat und die ritterschaftlichen Liberalen es auf jedem Landtag von neuem betonten: man müsse der freiheitlichen Entwicklung in Rußland Rechnung tragen, mit eigenen Fortschritten „au niveau" der russischen Entwicklung bleiben, wenn man nicht Gefahr laufen wolle, russische Reformen zu provozieren.

Hinter diesem taktischen Meinungskampf standen beiderseits sehr ausgesprochene Lebensgefühle. Die Konservativen haben im Zuge der modernen Entwicklung an Terrain naturgemäß ständig verloren. Bedeutete der Kampf gegen die Foelkersahmsche Reform, dem eigenen wirtschaftlichen Nutzen bewußt entgegen, einen letzten Versuch, das patriarchalische alte Livland zu erhalten, so wurde später daraus der Kampf für die Machtstellung des Adels gegen die „an die Tore des Landtags klopfenden" Literaten. Beides beruhte auf dem Glauben an eine durch historisches Recht gestützte sittliche Ordnung, die durch die moderne Entwicklung gefährdet werde. Man hat ganz richtig vorausgeahnt: die alte Zeit ging rascher, gründlicher zu Ende, als die Liberalen glaubten, und mit ihr Werte, an denen sie zweifellos reich war. Man sah aus den Fenstern seiner Gutshöfe, aus dem engen und glückvollen Kosmos der vielleicht langsam zu evolutionierenden Agrarstruktur hinaus, und man sah entsetzten Auges das Chaos kommen, eine grenzenlose Entfesselung der Wirtschaft, und damit keineswegs nur das unwiderrufliche Ende des „livländischen Stilllebens", sondern zugleich einer sozialen Ordnung, in der allein der

Adel noch einen Sinn zu haben schien, weil er auf die Dauer nur hier politisch sein konnte. Man kämpfte tatsächlich für die Idee des Adels — der immer nur von Gottes Gnaden sein kann — und fühlte sich dem Gottesgnadentum des Monarchen innerhalb derselben Weltordnung weit inniger verbunden, als die von konstitutionellen Ideen beeinflußten Liberalen.

In den 70-er Jahren ist dann das Schlagwort von der „Abolition der Raceprivilegien" aufgetaucht. Es bezeichnete eine weitere Verschiebung der Frontstellung für liberal und konservativ. Die Zeit des Kampfes um die Aufhebung des ausschließlichen Rittergüterbesitzrechtes des Adels, in dem die bürgerliche Opposition geistig von Georg Berkholz geführt wurde, war längst vorüber. Alles ging um die Frage der Landesverfassung. Die Konservativen lehnten eine Heranziehung des Kleingrundbesitzes zur politisch-kommunalen Mitarbeit durchaus nicht ab, wie sie zur Zeit Foelkersahms ja auch ihrerseits für bäuerlichen Eigentumserwerb eingetreten waren. Die Beteiligung an der Verwaltung erschien als die selbstverständliche Konsequenz der wachsenden wirtschaftlichen Selbständigkeit des Bauernstandes. Es ging um die Formen und den Sinn. Von Gustav Keuchel war die Parole ausgegeben worden, die Edmund von Heyking 1878 in der Baltischen Monatsschrift aufnahm und die von den ritterschaftlichen Liberalen ergriffen wurde: Übergang der Herrschaft im Lande in eine Führerschaft. Die Konservativen (und zwar Edelleute wie Städter) wehrten sich dagegen; vielleicht weil der Sinn für die Macht als die Grundlage beider, der Herrschaft wie der Führerschaft, bei ihnen stärker ausgeprägt war, als bei den Liberalen, jedenfalls weil ihnen die Herrschaft von bevorrechteten Ständen, der die unbedingte Bereitschaft zum Landesdienst entsprach, nicht mit dem Odium des Unsittlichen verbunden war, das die Liberalen zu empfinden begannen.

Der Konservative der großen baltischen Reformperiode sprach nicht zur breiten Öffentlichkeit. Es zeigt sich hierin ein auch sonst häufig beobachteter Zug des konservativen Menschen. Die Presse jener Jahre war liberal, mit alleiniger Ausnahme des Schirrenschen „Dorpater Tagesblatts". Schirrens Konservatismus beschränkte sich aber im wesentlichen erstens auf die Verteidigung der alten Rechtsposition nach außen, zweitens auf die Lehre von der historischen Kontinuität der Entwicklung*).

*) Vgl. W. Wulffius, Carl Schirren, Baltische Monatsschrift 1927, S. 10 ff.

So ist denn das Lebensgefühl der Liberalen in einer Fülle verschiedenster Äußerungen zu erkennen. Das liberale Programm wandelte sich mit den Aufgaben: aus dem Agrarliberalismus Foelkersahms war der Literatenliberalismus Georg Berkholz' und Julius Eckardts geworden und schließlich (wenn dieser Ausdruck zulässig erscheint) der Kommunalliberalismus Max von Oettingens und Ernst von Mensenkampffs. Trotz dieser starken Wandlungen läßt sich ein gemeinsamer Sinn des baltischen Reformliberalismus erkennen. Wir erblicken ihn in einem Dreifachen.

Alle gingen von aprioriſch angenommenen Rechten aus, die einem größeren oder kleineren Kreise von Personen moralisch zuzusprechen, infolgedessen auch tatsächlich zuzueignen seien. Die Wurzel dieser Mentalität ist leicht zu erkennen: es ist der menschenrechtliche Individualismus, erwachsen aus dem geschichtlichen Erlebnis des Individuums als des höchsten Wertes. Der materiale Inhalt der politischen Menschenrechte wechselt, im ganzen gesehen dehnt er sich auf eine Lebenssphäre nach der anderen aus. Unverkennbar ist die Demokratisierung der liberalen Forderungen. Als Beispiel mag man an die Entwicklung der Auffassung des Liberalismus über die Beteiligung des Bauern an der Landesvertretung denken.

Ein zweites Kennzeichen des Liberalismus jener Tage: man empfand die Enge der überkommenen Verhältnisse als unerträglich, stieß sich überall an Schranken und akzentuierte kaum einen Begriff so positiv, wie den der Freiheit. „Ewig berechtigt ist nicht das einzelne äußere Gesetz, wohl aber das Ringen nach Freiheit auf jedem Gebiet, d. h.: das innere Gesetz der Menschheit. Und hierzu berufen und verpflichten uns die Privilegien von 1710" *). Man folgte hierin ganz der alten liberalen Tradition. Freiheit wirtschaftlich: Gewerbefreiheit, Handelsfreiheit, Verkehrsfreiheit, Baufreiheit. Allerorten entfaltete sich in jenen Jahren das gleiche Schauspiel: wie der Körper einer Kommune sich dehnte, immer mächtiger hinauswuchs und alle Fesseln sprengte. Auf derselben Linie liegt der Übergang zum Geldpachtsystem, den Foelkersahm nicht nur als eine wirtschaftliche Notwendigkeit durchsetzte, sondern mit einer lebhaften Freude am freien Spiel des Geldes begleitete Mit dem Drang nach größerer Beweglichkeit hängt zusammen, daß man

*) Die Öffentlichkeit in den baltischen Provinzen, anonym. Leipzig 1870. S. 19.

beständig die Notwendigkeit einer Verbindung mit der europäischen Entwicklung unterstrich, die Isoliertheit nicht mehr ertrug und auch aus diesem rein geistigen Grunde einer Parallelentwicklung mit Rußland das Wort redete. Freiheit des Wortes: die Presse zog ein Fragengebiet nach dem anderen in den Kreis öffentlicher Erörterung, verspottete die „häusliche Verständigung", zog scharf zu Felde gegen die hergebrachte Sitte der Beratung bei verschlossenen Türen. Das Wesentliche dabei ist, daß man das Öffentlichwerden der Debatte, auch der politischen, unbedingt positiv wertete.

Schließlich ein drittes. Hinter dem allen steht der Glaube an die Kraft der Kultur: der Geist stärker als die Macht, Bildung ein Mittel moralischen Fortschritts, Fortschritt überhaupt das Lebensgesetz dieser Welt im Sinne einer immer zunehmenden Befreiung und Vergeistigung. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir die schlafwandlerische Sicherheit, mit der man die Herrschaft in eine Führerschaft verwandeln zu können meinte, letzten Endes auf diesen Kulturoptimismus zurückführen.

Dieses alles steht ausgesprochen oder unausgesprochen hinter dem Liberalismus der baltischen Reformkämpfe. Es ist unverkennbar: das allgemeine Wertgefühl der baltischen Liberalen wurzelt in demselben weltanschaulichen Boden, wie der gesamteuropäische Liberalismus, wie ja auch der baltische Konservatismus unverkennbar gemeineuropäische Züge trägt*).

Und auch hier, wie ja in Europa überhaupt, hat der langsam heraufkommende nationale Gedanke zuerst beim Liberalismus angeknüpft. Es ist der Liberalismus gewesen, bei dem die Idee einer ständeverbindenden nationalen Solidarität zuerst Boden gewann. Die Liberalen betonten die Notwendigkeit einer Sammlung aller deutschen Kräfte des Landes gegenüber dem Moskowitertum, und in den liberalen Kreisen entstand der Gedanke einer Landesreformpartei, berufen, den ritterschaftlichen Liberalismus in seinem Kampfe um den Ausbau der Verfassung durch die fortschrittlichen Kräfte des Bürgertums zu unterstützen, — ohne freilich Gestalt zu gewinnen.

---

*) Auf die Eigenart der baltischen Einstellungen näher einzugehn verbietet der Rahmen dieser Skizze. Sehr stark war in allen Lagern das Gemeinschaftsprinzip ausgeprägt, auf dem die lebendige Bedeutung der alten ständischen Korporationen bis in die jüngste Zeit hinein beruhte. — Nicht wegzuleugnen ist die Ähnlichkeit mit englischen Verhältnissen.

II.

Die Folgen der Russifizierungsepoche auf die Entwicklung der baltischen Mentalität sind zusammenfassend noch nicht untersucht worden. Außer Frage steht, daß diese Zeit auch hierin eine sehr bedeutende Wirkung hinterlassen hat. Mit der Russifizierungsepoche fällt zeitlich zusammen der rapide Aufstieg des lettischen und estnischen Volkes, für den die baltische Agrarreformgesetzgebung die wirtschaftlichen Grundlagen geschaffen hatte. Diese zwei Faktoren sind es, die das Bild der politischen Meinungen im Baltikum wesentlich verändern. Die neuen Gegensätze traten besonders lebhaft nach 1905 zutage, als die Revolution die Lage grell genug beleuchtet hatte und das Gesetz über die Pressefreiheit einen öffentlichen Meinungsaustausch gestattete.

Die Neuerungsfeindschaft der russischen Bürokratie und die Revolution haben auf dem Gebiet der Landesverfassung wohl die konservativen Tendenzen weiter verstärkt, während die russifizierende Schulpolitik und die Knebelung der Presse naturgemäß einen immer mächtiger werdenden liberalistischen Zug im Baltikum zur Folge hatten. Als die Tragweite des wirtschaftlichen und sozialen Aufstiegs des Letten- und Estentums erkannt zu werden begann, stellten sich Konservative und Liberale durchaus verschieden dazu ein. Die ersten sahen vor allem das Machtstreben der Völker und antworteten mit der nationalen Parole, indem sie gleichzeitig ihre Hoffnung auf die wiederaufgenommenen ritterschaftlichen Reformprojekte setzten, die sich im Rahmen gesunder traditioneller Entwicklungstendenzen hielten. Die zweiten sahen in erster Linie das soziale Aufstreben, forderten einen weitgehenden liberalen Ausbau der Verfassung und die Ausschaltung des Nationalitätsprinzips aus der politischen Debatte. Es kann wohl gesagt werden, daß das lettisch-estnische Problem damals, als der russische Druck nachzulassen begann, den Hintergrund aller Debatten bildete. Der Gegensatz der Meinungen auf deutscher Seite war ein scharfer und bewußter. Man war sich auch vollständig klar darüber, daß man nicht nur taktisch-politisch, sondern auch geistig-weltanschaulich verschiedenen Lagern angehörte. Publizistisch fand der Kampf hauptsächlich in den Zeitungen Ausdruck.

Was die Landesverfassung betrifft, so galt für die Konservativen als oberster Leitsatz die von Schirren stammende Formel der Kontinuität, der organischen und darum langsamen Weiterentwicklung des Gewordenen im Namen ehrwürdiger Tradition. Sie bekämpften den Gedanken der paritätischen

Beteiligung des Groß- und Kleingrundbesitzes an der Kommunalverwaltung, der im Baltischen Konseil jedoch schließlich durchdrang (1907). Die Idee der Kontinuität entsprach einer historischen Betrachtungsweise der Dinge. Die Zeit sah man im Zeichen des nationalen Machtkampfes. Gegenüber dem Andringen des Letten- und Estentums helfe es nur, alle deutschen Kräfte zu zäher Abwehr zu sammeln. Damals überkam es einen wie ein Schuldgefühl, daß man der nationalen Entwicklung der unteren deutschen Schichten bisher keine Aufmerksamkeit geschenkt. So verband sich damals auch bei uns mit dem konservativen das nationale Moment. Als Realpolitik erschien nur, was die Gegebenheit des Völkerkampfes in den Vordergrund rückte. Man bekannte sich zu einem „gesunden nationalen Egoismus" und sah in ihm die einzige Gewähr zur Erhaltung von Formen, in denen sich eine deutsch-aristokratische Herrschaft im Lande bewahren ließe. Man hielt sich an die Idee der Macht und schalt alle, die einem anderen Glauben anhingen, weltfremde Träumer. Dr. E. Seraphim spricht es im Juli 1909 in der „Düna-Zeitung" in folgender Weise aus: „Das ist es, worin „konservativ" und „liberal", wenn man nun einmal bei diesen Schlagworten bleiben will, sich im Wesentlichen trennen: graue Theorie und wirkliches Leben!" — Eine Verständigung mit den Letten und Esten wünschten auch die Konservativen. Seraphim schrieb im April 1905: „Die einzige Basis der Verständigung ., die wir kennen, ist die Teilnahme der Letten an der Verwaltung von Land und Stadt nach Maßgabe ihrer Fähigkeiten und der durch den Besitz diktierten Interessen " „Wenn unseren Provinzen im Gefolge so großer Reformen, die im großen Reich erwartet und ersehnt werden, die Autonomie wiedergegeben wird, wenn im Wetteifer der Bewohner unserer Heimat die gemeinsame Arbeit uns einander näher tragen und uns einander mehr schätzen lehren wird, dann wird das national überspannte Gefühl abklingen und allmählich die Basis für den Frieden geschaffen werden." Für die Zeit des Kampfes jedoch glaubte man eine Unterlassungssünde zu begehen, wenn man nicht deutscherseits kräftig die nationale Trommel rührte. Man gewinnt den Eindruck, daß weitaus die meisten, die um die deutschen Vereine standen, ähnlich gestimmt waren, obwohl es gewiß auch hier Altliberale gab, deren Empfinden noch in der vornationalen Zeit wurzelte. Auch in der Ritterschaft, innerhalb der traditionellen familienweisen Gruppierungen, standen den Altliberalen die Jungkonservativen gegenüber, die den nationalen Gesichtspunkt auch

dort geltend machten, wo er bisher am fernsten gestanden hatte, z. B. in der Frage der Kirchenverfassung.

Als geistige Basis der deutschen Vereine erscheint weithin ein national und politisch gestimmter Idealismus, der besonders in Treitschke einen Führer sah und sich ästhetisch am klassischen Ideal orientierte. Daraus ergab sich die Stellung gegenüber der „Moderne" Kaum ein Wort gibt so gut die konservative Grundstimmung an, wie das damals so häufig wiederholte „gesund" Der Thomas Mann'sche Zwiespalt zwischen Bürger und Künstler war dem gesunden Konservatismus jener Tage unverständlich, fremd, suspekt. Die Leidenschaften des Naturalismus waren ihm eine Hybris, ihre Problematik eine Grübelei, ihre Ehrlichkeit ein Hohn auf die ewigen Gesetze des Schönen.

Inzwischen aber war jene Generation herangewachsen, durch russische Schulen gegangen, an einer ungeistig gewordenen Universität gebildet, von der K. v. Freymann sagte: „Jeder dritte junge Mann wurde eine problematische Natur, eine Mischung zwischen Tradition und Spott, zwischen Streben und Zuchtlosigkeit, zwischen gewaltigem Wollen und argem Unvermögen. Das Mißverhältnis von Mittel und Aufgabe trug einen Bruch in die herangereifte Jugend. Wir alle kennen und sehen ihn, diesen Bruch, aus dem allein die welke Blüte einer mißvergnügten und mutlosen Kritik zu entsprießen vermag. Kein Bessermachen! Kein Neuschaffen! Nur Armut und Mutlosigkeit!"

So fehlte dem Idealismus der Generation, die der Träger der deutschen Vereine geworden war, in der Jugend vielfach bereits die Gläubigkeit.

Der Liberalismus bildete die Opposition. Es gab hier so viele verschiedene Grade und Strömungen, Übergänge zwischen konservativ und liberal, daß man die Anwendbarkeit der Gesamtbezeichnung in Abrede zu stellen geneigt ist. Häufig ist man versucht, den Altliberalen unter die Konservativen zu rechnen; jedenfalls muß zwischen Alt- und Jungliberalen sehr scharf unterschieden werden. Publizistisch führten die Jungen. Ihr Programm ist leicht zu erkennen.

Was dem Konservativen der Begriff der „Kontinuität", war dem Liberalen der des „Fortschritts" Die Verschiedenheit des Akzents ist ohne weiteres ersichtlich. Den Fortschritt sah man in der Richtung eines Ausbaus der Landesverfassung unter Aufnahme starker demokratischer Elemente. Als Bundesgenosse im Kampf darum erschien die liberale russische Intelligenz. Im Liberalen Klub (begründet in Riga 1907) wurde von einem Redner einmal

das Bild gebraucht, die Konservativen glichen mittelalterlichen Baumeistern, die nur mit dicken Mauern zu bauen verstünden, während die Liberalen, vertraut mit den modernen Strukturgesetzen, sich nicht scheuten, ein Haus mit dünnen Mauern hinzustellen. „Übrigens haben die Liberalen (bemerken die „Rigaschen Neuesten Nachrichten") die Quadern durchaus nicht ganz aus ihrer Konstruktion verbannt. Die Unverletzlichkeit der Gesetze und eine starke staatliche Gewalt zur Aufrechterhaltung derselben sind solche Quadern." Der bisherigen Methode sozialer Auslese gegenüber müsse die natürliche Auslese mehr zur Geltung gebracht werden. „Die Bedingungen des wirtschaftlichen Wettbewerbs [müssen] so gestaltet werden ., daß alle Ungleichheiten der Ausrüstung zum wirtschaftlichen Wettbewerb, so weit sie nicht aus individuellen Keimverschiedenheiten hervorgegangen sind, beseitigt werden." Bahn frei! Es entscheide Leistung und Tüchtigkeit des einzelnen im freien Spiel der Kräfte. „Der Liberalismus ist eine Weltanschauung, die nach Verwirklichung der Gerechtigkeit auf Erden trachtet" (Richard Bahr, „Rig. Neueste Nachr." 1908). Man entferne vor allem das nationale Machtstreben aus der Politik. Dr. Paul Schiemann schrieb im Januar 1908:

„. Vor allem die „Düna-Zeitung" hat in dieser Beziehung gesündigt. Auch sie begann jetzt die politische Frage als eine nationale Machtfrage aufzufassen. Statt ihre Reife zu beweisen und zu betonen, daß im politischen und wirtschaftlichen Leben nur Tüchtigkeit und Leistung in Betracht kommen, was sie auch bei konservativer Gesinnung tun konnte, begann sie ziffermäßig zu berechnen, welche politische Konstellation den Deutschen als solchen, nicht den Besten als solchen, die größte Einflußsphäre sicherte. Sie identifizierte die Macht der Minorität mit der Macht der Deutschen, die Macht der Majorität mit der Macht der Letten.

Das war sowohl ein politischer als ein nationaler Fehler. Politisch ist es nicht möglich, Fragen des öffentlichen Lebens nach den Opportunitätsgesichtspunkten nationaler Rücksichten zu entscheiden. Im Interesse der Deutschen konnte ihr ganzer Kampf nur ein Kampf um eine Gnadenfrist sein. Denn wenn unsere Verfassungen auch noch so konservative würden, bei dem zunehmenden Wohlstande und der wachsenden Bildung des lettischen Volkes müssen die Letten schließlich immer das numerische Übergewicht erlangen.

Uns Deutschen ist nicht eine liberale Ordnung gefährlich, sondern nur die Anschauung, daß jede Nationalität nur ihre Interessen vertreten, nur ihre Volksgenossen zu Vertretern wählen, in Ämtern

halten soll. Eine solche Anschauung ist aber nicht nur für uns gefährlich, sie ist auch im Interesse der ganzen Heimat verderblich, weil einseitig und von mangelndem Gemeinsinn zeugend. Sie muß nicht nur von uns, sie muß von jedem staatsbürgerlich denkenden Letten und Russen perhorresziert werden."

Daß man national stark bleiben müsse, bestritt in der nun entbrennenden Polemik auch Dr. Schiemann nicht; „aber nur im eigenen Lager" Der starke nationale Ton der „Düna-Zeitung" erschien den Liberalen als Hurrapatriotismus. In den von Axel Schmidt geleiteten „Rigaschen Neuesten Nachrichten" trat man unablässig scharf gegen die „Herrenmoral" auf, zu der sich die „Düna-Zeitung" bekannte. Wenn man von lettischen Stimmen ausging, so schien nichts einer Verständigung mehr im Wege zu sein, als der baltische „Hochmut", ein Dünkel, gepaart aus sozialer und nationaler Anmaßung. Die „Libausche Zeitung" bemerkte 1908 zur Frage einer Verständigung zwischen Deutschen und Letten: „Nur ein sachliches Abwiegen der von beiden Seiten zu machenden Konzessionen kann zu einem Ausgleich führen."

Wenn man bei weitgehenden Konzessionen trotzdem an ein bleibendes Übergewicht der Deutschen glaubte, so geschah das nicht nur unter Berufung auf ihre wirtschaftliche Stellung, sondern vor allem im Glauben an die Macht deutscher Kultur. Damit die Balten kulturell ihre Überlegenheit bewahrten, sei es freilich ein unbedingtes Erfordernis, den Zusammenhang mit dem zeitgenössischen deutschen Geistesleben zu finden. P. Schiemann prägte es in die Formel: „Modern müssen wir werden, wenn wir deutsch sein wollen." Modern — das hieß: teilnehmen an der sozialen Problematik, die in der neuen Dichtung schmerzvollen Ausdruck fand, frei werden, frei vom orthodoxen Kultus des Lebens, von der Trivialität erstarrter Verehrung, von den ausgefahrenen Geleisen antiquierter Empfindung, empfänglich für die Majestät des Geistes — um mit Thomas Mann zu reden: „im Sinne der Vernunft, der Sittigung, des Zweifels, der Aufklärung ", schritthalten mit dem Volke auch in der Bitterkeit eines an seiner Bürgerlichkeit krankenden und skeptischen Literaturgeistes, der sich und die trüben Tage nur trösten konnte mit dem Evangelium des Mitleids, schritthalten auch in der Kraft hervorbrechenden neuen Lebens, mochte es sich auch hundertmal proletarisch und roh gebärden und an den Teufel mehr glauben als an Gott.

III.

Jene Zeit liegt sehr weit zurück. Wohl sind noch zum Teil dieselben Menschen unter uns; sonst ist alles anders geworden. Lassen wir einmal wieder in Gedanken den Blick über das Ganze hingehen. Es ist natürlich, daß auch die Gegensätze sich wandeln mußten. Vor allem mußten sie auf einzelnen Gebieten völlig verschwinden. Ein kleiner Haufe, der wir sind, verarmt und weiterem Rückgang hoffnungslos unterworfen, folgt in vielem so selbstverständlichen Instinkten der Selbsterhaltung, daß die Frage wohl gestellt zu werden verdient: Was soll uns die Idee? Leben wir nicht primitiv und selbstverständlich dem Bedürfnis des Tages, dankbar für den schmalen Lebensraum, der uns geblieben? Ist nicht ein gewisser „Naturalismus der Pflichterfüllung" der uns gemäße Stil, ist nicht der Versuch einer neuen baltischen Idcologie ein literatenhaftes Hirngespinst, einer sentimentalen Selbstüberschätzung entsprungen?

Wohl alle unter uns, welche die Bolschewistenzeit erlebt haben, werden zuzeiten ähnlich empfunden haben. Das starke Bedürfnis nach einer neuen Zielsetzung, einem neuen Sendungsbewußtsein, das unter uns allenthalben lebendig geworden ist, zeigt, daß die Lage seitdem doch eine andere geworden ist. In dem Maße aber, als man über Ziele und Wege zu streiten begann, entstanden neue Gegensätze.

Bei der Betrachtung ausgeschieden seien alle Fragen, in denen es sich um politische Entscheidungen rein taktischen Charakters handelt. Es hängt kaum mit einem tieferen Gegensatz bei uns zusammen, wenn man etwa heute den Eintritt in eine Regierungskoalition empfiehlt oder ablehnt. Daß das baltische Deutschtum dem bürgerlichen Lager des Landes angehöre, ist von niemandem bestritten worden. Und allgemein wird man gegenüber einem engeren Zusammenschluß z. B. mit dem lettischen Bürgertum so lange Zurückhaltung empfehlen müssen, als es noch im individualistisch-nationalistischen Denken befangen ist. Zuerst sei dasjenige hervorgehoben, was allen Richtungen bei uns gemeinsam ist, ja was das Baltentum in Estland, Lettland und auch Deutschland verbindet.

Gemeinsam ist vor allem die Front gegen den Osten, das heutige, wie — einige wenige heute völlig bedeutungslose Einzelmeinungen ausgenommen — auch ein künftiges Rußland. Es ist ferner völlig einmütig, durch alle Lager gehend die grundsätzliche Ablehnung eines ausschließlichen Kolonistenstandpunkts und die grundsätzliche Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem lettischen und estnischen Volk an den durch die gemeinsame Heimat gegebenen Aufgaben. Ferner gibt es keine

Meinungsverschiedenheit darüber, daß unsere eigene nationale Existenz von dem Grade der Teilnahme abhängt, die uns im Muttervolke erwiesen wird, darüber hinaus, daß unsere Länder aus Gründen der Selbsterhaltung in Zukunft immer eine Anlehnung an den Westen, in erster Linie an Deutschland, werden suchen müssen. Schließlich: wohl niemand unter uns vertritt heute die buchstäbliche Geltung des Schirrenschen Satzes, daß „Ausharren die Summe unserer Politik" sei. P. Schiemann hat zweifellos dem einhelligen Empfinden des gesamten Baltentums Ausdruck verliehen, als er in einem Leitartikel am 22. November 1924 schrieb: „In solchem Sinne das wesentliche Fundament des lettländischen Staatsgedankens (die Idee der Wacht gegen Ost) bejahend, müssen unsere ganzen Kräfte darauf gerichtet sein, ein lebendiger Faktor in diesem Staate zu werden, was uns nur gelingen kann, wenn wir in unserer Volksgemeinschaft restlos die alte Kultur bewahren und politisch und sozial zwar nicht die alte Herrschaft wiedergewinnen, aber stark bleiben und über den gegenwärtigen Niedergang zu neuer Blüte emporwachsen."

Die Einigkeit in diesen Fragen hat das baltische Deutschtum bisher trotz aller Meinungsverschiedenheiten zusammengehalten.

Der Versuch, die baltische Aufgabe neu zu fassen, steckt noch in den Anfängen. Die Gegensätze beginnen infolgedessen vielfach erst sich zu bilden, oder sind noch ganz latent. Hier kann nicht mehr beabsichtigt sein als eine kurze Skizze der Positionen, ohne den Versuch einer Argumentation zugunsten der einen oder andern — logisch ergäbe sich bei einem Streit ohnehin ein Remis —, jedoch nicht ohne persönliche Entscheidung. Der methodische Ausgangspunkt ist hier wie auch bisher die Tatsache, daß die gegensätzlichen Auffassungen einander so häufig als konservativ und liberal angesprochen haben, daß die Begriffe immerhin verwandt werden dürfen, ohne daß hier der Versuch unternommen werden könnte, sie im Zusammenhang mit den modernen Versuchen einer neuen Sinngebung auf ihre Berechtigung hin zu prüfen. Damit ist auch die Frage, ob konservativ und liberal heute überhaupt noch verwendbare Bezeichnungen sind, außerhalb der Erörterung gestellt*).

Auf ihren Gehalt an konservativen und liberalen Vorstellungen sollen die wichtigsten aktuellen Fragenkomplexe untersucht werden, als

*) Sieht man vom wechselnden geschichtlichen Inhalt der Begriffe ab, so liegt es nahe, aus der Wortbedeutung die Forderung nach zwei Gegensatzpaaren abzuleiten, etwa liberal-autoritär, konservativ-fortschrittlich.

die uns das Verhältnis von Staat und Nation, die Neuordnung der Volksgemeinschaft und der Kampf der Weltanschauungen erscheinen. Selbstverständlich sind hier die verschiedensten Verbindungen von liberal und konservativ möglich; eine bei uns besonders häufige ist politischer Liberalismus und weltanschaulicher Konservatismus. In völliger Reinheit wird jede dieser Einstellungen überhaupt selten sein. Es sei hier aber in Form eines Glaubenssatzes die Überzeugung ausgesprochen, daß die heutige Lage des Baltentums eine starke konservative Dominante geboten erscheinen läßt, daß die Substanz unseres Volkstums, die Grundlagen aller Existenz in einem Umfang gefährdet sind, daß nur eine Richtung, die auf die Bewahrung auch der seelischen und gesinnungsmäßigen Substanz ausgeht, zur Führung berechtigt ist.

Die zentrale Problematik steckt im Verhältnis von Nation und Staat — dieses als Sammelbezeichnung für eine ganze Kette von Fragen. Infolge der Ungeklärtheit des ganzen Problems können die bisher erfolgten Vorschläge nur angedeutet werden. Im Schmelztiegel dieser neuen Gedanken- und Gefühlswelt finden sich sowohl liberale als konservative Elemente. Von einem Gegensatz im Zeichen des Liberalismus und Konservatismus kann auf diesem Gebiet vielleicht am wenigsten gesprochen werden, obgleich sich naturgemäß Färbungen dieser Art, verschiedene Gefühlsakzente leicht nachweisen lassen.

Ich möchte von einer Beobachtung ausgehen. Es läßt sich feststellen, daß die einen unter uns unsere heutige Stellung im Vergleich zu der in der Russifizierungsepoche — mit zahlreichen Einschränkungen natürlich — schließlich doch positiv werten, und zwar mit dem Hinweis auf die gewonnene Freiheit kultureller Betätigung; die anderen dagegen — mit Zugeständnissen natürlich — negativ, und zwar mit dem Hinweis auf die verlorene Machtposition. Mir scheint hier im Empfinden unseres baltischen Deutschtums unbedingt ein Zwiespalt vorzuliegen. Der Maßstab ist der Grad unseres landespolitischen Geltungsbedürfnisses. Wer dieses Machtbedürfnis für metaphysisch gerechtfertigt hält durch das Korrelat landespolitischer Dienstbereitschaft, wer es bejaht, fühlt sich zu der Frage gedrängt, welchen Quellen es entspringen kann. Beruht es auf nationalistischen Antrieben? Dann ist es in einer um eine universelle Idee ringenden Zeit zur Unfruchtbarkeit verurteilt. Ist es das soziale Ressentiment von Depossidierten? Dann muß es auf einen kleinen Kreis beschränkt bleiben und kann niemals zu einer allgemeineren Kraft werden. Aber vielleicht läßt es sich in ganz weitem Sinn als kulturelles Geltungs-

streben kennzeichnen: etwa im Sinne eines deutschen „Imperialismus der Gerechtigkeit", dessen Wesen Dr. K. C. v. Loesch in seiner Rede: „Der Kampf für das Recht im Osten" zu kennzeichnen suchte*). Vielleicht kann es gleichgesetzt werden dem Wunsche, den weiten Raum, in dem das deutsche Volk siedelt, in neuen Rechtsformen zu gestalten, jedem Volke das Seine gebend? Ohne Zweifel nährt sich dieser starke Anspruch aus den Quellen nationalen Schöpfertums, ist er sich seiner Herkunft aus dem mütterlichen Volke nicht ohne Stolz bewußt. Er braucht auch dann nichts mit nationalen Unterdrückungstendenzen gemein zu haben, wenn er das Wesen der Macht bejaht. Wer den Anspruch in dieser Weise erhebt, wird Wert darauf legen, daß zwischen Gewalt und Macht unbedingt unterschieden werde. Die Auswirkung natürlichen geschichtlichen Schwergewichts ist etwas grundsätzlich anderes als die Ausübung auch völkerbeglückender Gewalt. Ich möchte mich wieder auf Loesch berufen: „Es geht ein heimliches Zittern durch Europa. Noch führt es nicht zu praktischer Verständigung zwischen diesen Völkern [in den Nachfolgestaaten] und den Besiegten, weil die Denkformen für die Regelung der gegenseitigen Beziehungen bis heute fehlen, weil sie und auch ein gut Teil der deutschen Volkes noch fest umschlossen in den Vorstellungen des heutigen Staates leben. Ihnen allen mußte daher die Gefahr des deutschen „Nationalismus", welcher die Klein- und Mittelstaaten politisch, wirtschaftlich und völkisch, ja auch kulturell — das schien ihnen so — zu verschlingen droht, noch unerwünschter erscheinen als der derzeitige Zustand. In dem Augenblick aber, da die Deutschen glaubhaft machen können, daß sie solche Absichten mit ihren politischen Vorschlägen nicht verbinden, daß sie den gesunden eigenen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Egoismus, ohne den kein Volk leben kann, in ehrlicher Partnerschaft mit dem aller in Betracht kommenden Völker zu einender europäischer Gemeinschaft verbinden wollen, sieht die Lage weit weniger hoffnungslos aus"**).

Was ist diese Idee anderes, als der Glaube an eine neue abendländische Ordnung, beruhend auf natürlichen geschichtlichen, geographischen, wirtschaftlichen, kulturellen Zusammenhängen? Ohne einen universalistischen Zug als Dominante unserer politischen Tendenzen wäre

*) Baltische Monatsschrift 1930, S. 1 (Heft 1).

**) Deutsche Rundschau, Oktober 1928.

das heutige Dasein nicht erträglich. An vielen Stellen bricht sich diese Sehnsucht Bahn. Edgar J. Jung beispielsweise, der sich begründetermaßen einen Konservativen nennt, hat sich in der neuen Auflage seines Buches vom „Nationalismus" losgesagt*). Wenn die kleinen Völker immer noch national-individualistisch empfinden, so ist das wohl aus Abwehrinstinkten zu erklären und gut verständlich bei der heutigen geistig-sittlichen Gefahrenlage Europas vielleicht auch noch notwendig. Es ist aber immerhin möglich, daß auch hier stärkere Bedürfnisse, und nicht nur wirtschaftlicher Natur, schließlich die Oberhand gewinnen werden, zugleich mit der Einsicht, daß gewaltpolitische Auseinandersetzungen im Namen des Nationalen in Europa immer weniger möglich sein werden.

Von allem Gesagten aus eröffnete sich bereits ständig der Blick auf den Zentralpunkt des Problems, die gegenwärtige Krise des Staatsbegriffs. Wir Balten leben aus einem anderen Staatsgefühl heraus, als die traditionelle deutsche Wissenschaft vom Staate und vor allem als die französisch beeinflußten jungen Völker des Ostens. Ansätze zu einem neuen Staatsdenken liegen im Kampf um die Gestaltung der Kulturautonomie. Es wird (wie Edgar J. Jung bemerkt) das historische Verdienst der politischen Führer des baltischen Deutschtums bleiben, als erste nach dem Kriege auf dem Gebiete der Volksgruppenrechte in europäischem Ausmaß rechtsschöpferisch geworden zu sein, der eine gespeist mehr aus liberalem, der andere mehr aus konservativem Gedankengut. Der erste wird für eine Generalregelung eintreten, mit leichter Übertragbarkeit der Termen und den Ausdruck Minderheit bevorzugen, der andere stärker der historischen Situation Rechnung tragen wollen und stattdessen dem Begriff Nationalität Geltung zu verschaffen suchen**).

Für beide Einstellungen ergäben sich folgende praktische Folgerungen: das Recht und die Pflicht, sich dem Nationalstaatsdenken der Letten und Esten zu widersetzen, den mannigfachen Formen, in denen dieser Anspruch an uns herantritt, Widerstand entgegenzusetzen. Vollends wenn wir Staat als Grabbegriff erleben, werden wir über Lettland und Estland hinaus eine höhere europäische Einheit mit unserem Empfinden ergreifen, ohne dabei im geringsten mit unserem Loyalitätsgewissen in Konflikt zu geraten.

*) Vgl. Otto Freiherr von Taube, Gedanken über Staat und Reich, Baltische Monatsschrift 1930 S. 172 (Heft 3).

**) Vgl. Werner Hasselblatt, Die nationale Autonomie als Ziel der europäischen Nationalitätenpolitik (32. Veröffentlichung des Deutschpolitischen Arbeitsamts in Prag).

Wir werden mit allen Mitteln einem Wachsen der geistigen Affinität zwischen Deutschen einerseits und Letten und Esten andererseits auch deshalb entgegenwirken, weil sie heute notwendig ein Aufgehen im „lettischen" und „estnischen" Staatsgefühl zur Folge hat. Wir werden um neue Formen des Staatsbegriffs bemüht bleiben müssen, der Eigenständigkeit unserer Rechte eingedenk. Wir können den Staat nicht als letzte Rechtsquelle sehen, da wir die Herkunft unserer eigenen Rechte aus älteren Quellen erlebt haben.

Wir werden ferner uns auf jede Weise Führungsqualitäten zu erhalten suchen und im friedlichen Mitführungsanspruch nicht müde werden. Wir bringen immer noch Persönlichkeiten hervor, die in unserer kleinen baltischen Volksgemeinschaft keine Verwendung finden können, weil ihre Aufnahmefähigkeit für führende Naturen selbstverständlich beschränkt ist. Vergessen wir nicht, daß wir seinerzeit stark genug waren, zahllose wertvolle Kräfte an das russische, das deutsche Reich abzugeben, und daß heute viel begabte baltische Jugend in reichsdeutsche Stellungen hineinwächst, ohne sich von baltischen Aufgaben loszusagen.

Auch heute müssen wir notwendig manchen aus dem Lande verlieren, der das Zeug zu einer großen Rolle hat. Wenn wir uns aber allenthalben auf unsere Kleinarbeit umstellen, so verkümmern wir seelisch. Wenn wir kulturell expansionsfähig bleiben wollen, so können wir es vielleicht am ehesten unter dem Gesichtspunkt jener neuen gesamtdeutschen Aufgabe. Die Arbeit innerhalb des deutschen Volkes am Gedanken einer übernationalen Ordnung des europäischen Ostens ist eine solche Aufgabe, bei der wir keinen der Unsrigen zu verlieren brauchen.

Weit ausgesprochener stehen einander konservative und liberale Gedankengänge bei der Frage einer Neuformung der baltischen Volksgemeinschaft gegenüber. Soziologisch ist das heutige Baltentum in der Heimat noch nicht befriedigend bestimmt worden. Die Anwendbarkeit des Volks- oder Stammesbegriffs auf uns scheint mir fraglich. Eine Oberschicht sind wir natürlich nicht. Dadurch, daß die deutschen Bauern und die verschiedensten Mittelstandsschichten für uns in den Vordergrund unseres sozialen Bewußtseins gerückt sind, ferner dadurch, daß die soziale Struktur der Letten und Esten sich fortschreitend differenziert, hat sich eine Annäherung unseres volksgemeinschaftlichen Empfindens an das gemeinhin auslanddeutsche mit ähnlichen sozialen Strukturen vollzogen.

Für den Konservativen ergibt sich aus der überindividuellen Aufgabe die Forderung, daß unsere Volksgemeinschaft ständig von der Oberschicht ihr Gesicht erhalte. Nur eine Oberschicht kann eine politische Tradition bewahren und weitergeben. Über die Mittel dieser Führung kann man streiten. Die Überzeugung ist allgemein, daß ein bedeutend weiterer Kreis von Personen als bisher für die Aufgabe gewonnen werden muß. Wer älteren liberalen Gedankengängen in Verbindung mit demokratischen folgt, wird vielleicht der Meinung sein, daß es genüge, die Tür zu unseren Sitzungszimmern breit aufzumachen. Wer aus konservativer Tradition heraus urteilt, wird einer kooptativen Heranziehung nach Maßgabe der Eignung das Wort reden*). Aus manchen Symptomen könnte geschlossen werden, daß der Wunsch mitzuführen in recht weiten Kreisen im Abnehmen begriffen ist und dem Wunsch geführt zu werden Platz macht. Vielleicht ist dieses das erste Anzeichen einer Ermüdung des demokratischen Geistes.

Wie dem auch sei — jedenfalls stehen wir schon längst vor einem neuen Führungsproblem, das sich auf die Frage nach der Übertragbarkeit traditioneller Werte zurückführen läßt und einer gesonderten politisch-psychologischen Untersuchung bedarf.

Die Grundlage aller Gegensätze aber bilden heute wie stets weltanschauliche Verschiedenheiten. Sie haben heute insofern eine besondere Bedeutung gewonnen, als einerseits die Realien der alten Gegensätze zum größten Teil in Fortfall gekommen sind und andererseits das heutige kulturbedrohende Chaos neuer geistiger Fundationen besonders bedürftig ist.

Konservative und Liberale sind sich längst darüber einig, daß die europäische Kultur von zwei Mächten, die man gewöhnlich mit den Namen Bolschewismus und Amerikanismus bezeichnet, ernstlich bedroht wird. Die europäische Seele kämpft einen Kampf um Leben und Tod. In den Mitteln der Verteidigung gehen freilich Liberale und Konservative scharf auseinander, und das spricht gegen den Vorschlag des Prinzen Carl Anton Rohan, alle als konservativ zu bezeichnen, die im Gegensatz zum Kommunismus noch auf dem Boden des europäischen Kulturerbes stehen**).

---

*) Was darüber konservativerseits gesagt werden konnte, hat H. Stegman in seinem Aufsatz: „Lebensform baltischer Volksgemeinschaft" ausgeführt (Baltische Monatsschrift 1929 Heft 1), übrigens ohne Widerspruch gefunden zu haben.

**) Europäische Revue, Februar 1929.

Die liberale Haltung kann auf Grund ihrer eigenen Zeugnisse vielleicht in folgender Weise skizziert werden. Dem Bolschewismus gegenüber sieht sie Europa im Zeichen der Persönlichkeitskultur und der Freiheit. Gegenüber der Massenherrschaft muß die Einzelverantwortlichkeit gestärkt werden, was auf dem Boden der Demokratie möglich erscheint. Auch der moderne Liberalismus kämpft im Namen der Freiheit des Einzelmenschen; nur die Frontrichtung ist eine andere als früher. Von einer atomistischen Betrachtungsweise scheint aber auch er sich mehr und mehr zu lösen.

Den Amerikanismus als Rationalisierung, Mechanisierung, Entseelung des Lebens empfindet der Liberale vielleicht als die geringere Gefahr. Er wird immer den Bereich des nur relativ Gültigen sehr weit ziehn, allgemeine sittliche Impulse stärken und die kulturellen Experimente der Gegenwart als ein notwendiges Durchgangsstadium empfinden.

Gegenüber der geschlossenen liberalen Weltanschauung ist die konservative bei uns heute erst um eine neue Klärung und Sammlung bemüht. Sie erfährt dabei sehr starke Anregungen von verschiedenen konservativen Denkern, die in den letzten Jahren in Deutschland hervorgetreten sind.

Der Konservative wird dem Bolschewismus und Amerikanismus gegenüber alles Organische, alles natürliche Wachsende für das stärkste Bollwerk erklären. In erster Reihe die Familie, und zwar als überzeitliche Einheit, mit Ahnen und Nachkommen. Indem der Konservative ihre Erhaltung, ihren Schutz für die Grundbedingung unserer Kultur erklärt, sagt er allem, was sie erschüttern könnte, schärfste Feindschaft an. In der heutigen Krisis der Familie, der Ehe, des Hauses bejaht er die alten starken Grundformen und lehnt alle Experimente, ja allen öffentlichen Relativismus ab. Zusammen mit dem Hause wünscht er die Sitte zu erhalten, als eine nur sehr langsam, in großen Perioden wandelbare Welt von überindividuellen Normen, in die der Jugendliche hineinwachsen muß. Jugendliche Rebellion wird erst wieder Sinn erhalten, wenn es wieder Autoritäten gibt. Die offenbare Sinnlosigkeit eines revolutionären Freiheitsdurstes in einer autoritätsarmen, anarchisch gewordenen Welt kann man wohl als eine besondere Tragik empfinden. — Der Konservative erlebt die Freiheit der Persönlichkeit anders als der Liberale. Es gibt hier keinen zufriedenstellenden Gegenbegriff zu „individualistisch" Irrtümlicherweise wird vielfach Kollektivismus für die einzige antiindividualistische Parole gehalten. Kollektivismus im Sinn des bolsche-

wistischen Sprachgebrauchs bedeutet den Tod der Persönlichkeit. Der Konservative erlebt heute wieder die Vollendung der Persönlichkeit in einem größeren Körper. Wie es einmal formuliert worden ist: „Tat im Dienst des Ganzen allein bringt Erlösung aus der Enge des Ich" Die natürlichen organischen Gemeinschaften tragen und bestätigen einander. Wenn die konservative Idee einst gleich der liberalen die Welt im Zeichen allein der Polarität von Staat und Individuum sah (und dann eben die Staatsidee hypostasierte), so beginnt auch sie heute davon abzugehn und besinnt sich auf ihre romantische Tradition, die ihr gestattet, von der körperschaftlichen Ordnung des Volkes auszugehn.

Der konservative Mensch bejaht alle diese Bindungen, um erst dadurch frei zu werden. Er wünscht keinerlei geistige Diktatur; aber er ersehnt aus religiöser Grundeinstellung heraus das Kommen eines Geistes des Gehorsams und der Zucht. Man hat liberalerseits diese Tendenz mit dem Stichwort „Mußgesinnung" abgelehnt, aus individualistischem Empfinden heraus. Abgesehen davon, daß der Ausdruck nicht sehr glücklich zusammengesetzt ist, wird der Konservative die Sache vertreten. Vielleicht kann stattdessen der Ausdruck „Sollgesinnung" vorgeschlagen werden. Hier liegt ohne Frage ein Gegensatz im baltischen Lager vor, der im internen Führungsproblem mehrfach hervorgetreten ist: die einen wünschen das Kommen eines neuen Korporativgeistes mit verbindlichen Normen, die anderen empfinden ihn als Antastung der Freiheit des Einzelmenschen; die einen grüßen den gebundenen Menschen der Zukunft, die andern suchen den freien zu retten. Hier scheinen sich liberales und konservatives Denken heute auszuschließen.

Zum Typus des Konservativen gehört nicht zuletzt seine Gebundenheit an den Boden. Der Liberale einer bestimmten Entwicklungsepoche wird diese Gebundenheit häufig als rückständig empfinden. Er verspottet z. B. das Provinzlertum, das oft genug, wenn es in die Großstadt kommt, um zeitgemäß zu sein, wurzellos wird. Mir scheint die baltische Bodenständigkeit mehr noch als durch den Rückgang unseres Besitzes gefährdet durch einen starken Zug der ökonomisch-geistigen Entwicklung unserer Zeit, der Landschaften und Länder einander zivilisatorisch in einer Weise angleicht, daß der Reiz des Besonderen, Eigenartigen, Heimatlichen aus der Landschaft entweicht und das Bewußtsein ihn auch garnicht mehr als einen hohen Lebenswert empfindet. Noch hat unser Land recht viel von seinem alten Fluidum bewahrt, das den Balten, wenn

er draußen ist, jene unendlich süße Sehnsucht nach dem Hauch der heimatlichen Erde verspüren läßt. Aber wie lange noch? Vielleicht kommt eine Zeit in wenigen Jahrzehnten, wo wir nicht mehr in unseren Herzen glebae adscripti sind, wo die alten Prägekräfte livländischen Bodens erloschen sein werden.

Zum Schluß sei noch ein anerkannter Gegensatz hervorgehoben, der wie kein zweiter die verschiedene Grundstimmung kennzeichnet.

Der Liberale neigt auch bei uns, auch heute dazu, sich zum Gedanken des Fortschritts zu bekennen, im Sinne des ewigen Menschheitstraumes, der in der Geschichte eine gewiß durch zahllose Rückfälle unterbrochene, doch aber fortschreitende Vervollkommnung der Menschheit erblickt. Der Konservative hat heute allenthalben und auch bei uns viel Dynamik in sein Weltbild aufgenommen, ja Hugo von Hofmannsthal konnte das Wort von der konservativen Revolution prägen. Der Konservative will wohl ein neues Europa, geordnet seinem Wertgefühl entsprechend, eine gerechtere, schönere Welt. Aber er bleibt sich auch dann dessen bewußt, ja er ist dieses skeptischen und unjugendlichen Glaubens, daß die Summe von Zwang und Freiheit, Recht und Unrecht, Glück und Schmerzen, mögen die Formen wechseln, auf dieser Welt sich gleich bleibt, und daß das wahre Reich, dem seine Seele zugewandt ist, nicht von dieser Welt ist.

Konservativ — liberal

in organologischer Beleuchtung

Von Roderich von Engelhardt

Die historisch-politische Betrachtungsweise des Gegensatzpaares „konservativ-liberal" zeigte uns, wie schwierig die reinliche Scheidung und präzise Bestimmung der beiden Begriffe ist, wie weit die Akzentverschiebung innerhalb ihrer konstituierenden Faktoren geht, so weit, daß es oft den Anschein hat, als fände ein Rollentausch zwischen den beiden Begriffen statt.

Mag die Schwierigkeit darin ihren Grund haben, daß die politische Gesinnung oder das historische Denken so komplizierte Zusammenhänge und Abhängigkeiten aufweist, daß es kaum möglich erscheint, jeden der beiden Begriffe völlig isoliert in die eine oder andere Denk- und Gesinnungsrichtung einzureihen, oder darin, daß sie nie als sich ausschließende Gegensätze, sondern als gegenseitige

Bezugsfaktoren in einem Reziprozitätsverhältnis auftreten, so legt sie uns in jedem Fall den Versuch nahe, auf anderem als dem historisch-politischen Gebiet ihren Grundcharakter aufzuzeigen, in der Hoffnung, dort vielleicht zu einer eindeutigeren Begriffsbestimmung zu kommen, die nun in gewissem Sinne abgewandelt auch für das historisch-politische Gebiet seine Geltung behielte.

Die Geistesgeschichte der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts steht unter dem Zeichen des Historismus, der historischen Kritik. Ganz besonders stark wirkt sich diese Geistesrichtung auf theologisch-kirchlichem Gebiet aus im Streit um die Dogmen, um die Echtheit der Evangelien. Man nannte und nennt noch heute diese historisch-kritische theologische Richtung die liberale im Gegensatz zur streng-orthodoxen konservativen.

Der Unterschied fällt hier deutlich in die Augen. Auf der einen, der konservativen Seite das traditionsgebundene Festhalten an der gewordenen, kirchlich sanktionierten Norm (Dogma) mit allen Konsequenzen ihrer unweigerlichen Verbindlichkeit, d. h. Unfreiheit des Individuums, — auf der anderen, der liberalen, die Kritik am Gewordenen, an der Norm auf Grund der Einsicht in die Relativität des historischen Werdens und des Rechtes auf individuelle Freiheit im Bereich letzter und tiefster Bindungen. Man ersieht schon aus dieser kurzen und schematischen Begriffsbestimmung, daß es sich im wesentlichen um einen Gegensatz in der Wertsphäre handelt, und zwar um den Wertunterschied zwischen Sein und Werden. Ganz allgemein dürfte dieser Gegensatz wohl das Verhältnis von konservativ-liberal in seiner Grundstimmung, im Lebensgefühl charakterisieren. Der Konservative steht auf dem Boden der durch die Vergangenheit sanktionierten Norm, die in der Institution Gestalt geworden ist, für den Liberalen ist sie Etappe einer Entwicklung, eines Gestaltwandels auf ein Ziel hin, dessen Inhalt sich ihm als freies Selbstbestimmungsrecht des einzelnen darstellt. Die liberale Idee ist in diesem Sinne humanitär und individualistisch. Aber der Individualismus des einzelnen muß jene Grenze einhalten, die das Humanitätsideal nicht gefährdet, er wird also beschränkt durch die soziale — die Gemeinschaftsidee. Diese aber soll vom liberalen Standpunkte aus nicht durch irgendwelche Macht- oder Gewaltmittel dem einzelnen aufoktroyiert werden, sondern sie muß gewissermaßen durch freien Entschluß des einzelnen Gestalt werden. Da nun aber der soziale Trieb des Menschen sich in erster Linie in einer Richtung auswirkt, ie die Verwirklichung der für ihn maßgebenden Werte sichert, so

wird der Zusammenschluß zur größeren Gemeinschaft am ehesten dort erfolgen, wo die breiteste Masse auf dem Boden bescheidenster Werturteile und Wertsehnsüchte steht. Je mehr darauf verzichtet werden muß, eine Gemeinschaft auf Grund der höchsten Werte, sei es religiöser, weltanschaulicher oder geistiger, zu bilden, um so mehr wird sie aus Nützlichkeitsgründen wirtschaftliche Werte bevorzugen und den Charakter einer Interessengemeinschaft annehmen. Daß diese niedriger steht, als die Gesinnungsgemeinschaft, sofern Gesinnung als Richtungsdominante nach höheren Werten verstanden wird, versteht sich von selbst.

So sinkt der Liberalismus in seiner soziologischen Gestaltungstendenz konsequenterweise auf das politisch zweifelhafte Niveau der Demokratie herab, d. h. der Mehrheitswille der Masse wird bestimmt von derjenigen niederen Wertstufe, die dieser Mehrheit entspricht. Aber auch wenn durch einen glücklichen Zufall oder durch die historische Entwicklung für eine Gemeinschaft höhere Werte bestimmend sind — wie gemeinsamer Glaube, Sprache, Volkstum — so wird der Liberalismus, sofern er sich in Majoritätsbeschlüssen auswirkt, eher geneigt sein, der politischen Situation gegenüber Konzessionen zu machen, als der Konservatismus, d. h. seine Politik wird eher nach der Seite der Opportunität ausschlagen*).

Entscheidend für die Struktur der Gemeinschaft wird der Umstand sein, welche Normen und Werte als unantastbare für die Gemeinschaft ihre Geltung haben, ob es die der Majorität zugänglichen niederen Werte der Nützlichkeit, des praktischen Augenblickserfolges sind, oder die nur für die wenigen verbindlichen Höchstwerte, d. h. solche des Glaubens, der Weltanschauung oder des Volkstums.

Sobald aber der Liberalismus von diesem letzten Gesichtspunkte aus die Gemeinschaft formt, wird der von ihm betonte Individualismus doch stark nach der konservativen Seite umgebogen, da nun nicht mehr das Prinzip des gleichen Rechtes für alle seine Geltung behält, sondern das Prinzip der Führerauslese, des Normgebenden auf der einen und des Gehorchenden auf der anderen Seite. Der Konservatismus verbürgt somit eine ruhige und kontinuierliche Entwicklung, da er in erster Linie Hüter und Wahrer der Tradition

*) Charakteristisch für das Vorwalten utilitarischer Gesichtspunkte bei den heutigen liberalen Demokratien ist ihre Stellungnahme Sowjetrußland gegenüber, im Gegensatz zu den konservativ-kirchlichen Kreisen.

ist und zugleich der in ihr und mit ihr gegebenen Normen und Werte.

Mithin erscheint der Konservatismus historisch gebundener, während der Liberalismus in seiner Tendenz zum „Historismus", d. h. zur Übersteigerung des Begriffes des historischen Werdens, auch jene festen Normen und Werte, die jener ängstlich hütet, zu relativieren geneigt ist.

Weitgehende Analogien finden wir bei dem Vergleich der beiden Begriffe, wie wir sie skizzenhaft auf soziologischem Gebiet einander gegenübergestellt haben, mit den Gesetzen allen organischen Werdens.

Diese engen Beziehungen zwischen Soziologie und Biologie, wie sie die organologische Schule in Deutschland schon vor 100 Jahren gefunden hatte, stehen heute wieder zur Diskussion.

Es ist ja allgemein bekannt, daß der Vergesellschaftungstrieb — auf höherer Schicht der Gemeinschaftsgedanke — schon in der Tierwelt eine bedeutsame Rolle spielt, daß also der soziale Trieb im weitesten Sinne nicht nur Vorrecht des Menschen und erst von ihm geschaffen ist, sondern seinem Ursprung nach eine Naturanlage ist, die ihre biologische Grundlage nirgends verleugnet. Deshalb durfte der frühverstorbene Anatom Braus vor wenigen Jahren den Ausspruch wagen: „Die Biologie steht mit einem Fuß auf dem Boden der Physik und Chemie, mit dem anderen auf dem der Soziologie und Psychologie" Das Gebiet der Tiersoziologie und der sozialen Entwicklungsgesetze wird neuerdings mit rein wissenschaftlichen Methoden in Angriff genommen*). Hier aber wollen wir uns auf die Entwicklungsgesetze des Einzelorganismus beschränken und an diesem enger umgrenzten „Gesellschaftskörper" die Momente kurz aufzeigen, welche einen Vergleich mit den historisch-politischen Begriffen „konservativ-liberal" nahezulegen scheinen. Diese Betrachtung dürfte vielleicht manche fruchtbaren Resultate für eine objektive, nicht durch „der Parteien Gunst und Haß entstellte" Beurteilung geben.

Ein Grundgesetz der Biologie lautet: „Bei gleichbleibendem Genotyp verändert sich der Phänotyp", d. h. das individuelle Erscheinungsbild (Phänotyp) ist nie dem andern derselben Art gleich, sondern veränderlich, es variiert, während der Arttypus (Genotyp) bleibt. In jedem Individuum sind also zwei Faktoren seines Gestaltungsprozesses zu unterscheiden — der arterhaltende und der

*) Vgl. H. Eidmann: „Methoden und Ziele der tiersoziologischen Forschung" in „Forschungen und Fortschritte" Nr. 7, 1. März 1930.

individualveränderliche, oder Artcharakter und Individualcharakter.

Um dieses Verhältnis beider Faktoren zueinander schematisch anschaulich zu machen, spricht man auch von Plasma und Soma. Der Plasmaanteil im Einzelindividuum ist gewissermaßen der Träger der von den Ahnen herstammenden und zu den folgenden Generationen übergehenden und die Stammesart sichernden Erbmasse, während der Somaanteil gewissermaßen der Träger des Bauplanes für das Einzelindividuum ist; jener repräsentiert die Idee der Art, dieser die des Individuums.

Man könnte die arterhaltende Tendenz des Plasmas konservativ nennen, die variierende des Somas liberal (und individualistisch).

Ein ähnliches gegensätzliches Verhältnis finden wir zwischen den beiden Grundprinzipien aller Entwicklung, sowohl der Art, wie des Einzelindividuums, — zwischen Differenzierung und Zentrierung. In der Entwicklung des Einzelgeschöpfes (Ontogenie) spielen diese Faktoren eine ganz wesentliche Rolle. Das Prinzip der Differenzierung ist folgendes: stellen wir uns einen Zellkomplex vor, der lichtempfindlich ist, d. h. auf verschiedene Helligkeitsgrade, die ihn als Reiz treffen, verschieden stark reagiert, so können wir von diesem primitiven Sehorgan behaupten, es sei imstande, verschiedene Helligkeitsgrade zu unterscheiden. Wenn die Unterschiedsstufen, die noch wahrgenommen werden, immer geringere werden, wenn dazu noch die Unterscheidung für Farben hinzutritt, so nennen wir diesen Vorgang „Differenzierung des Organs", m. a. W, das Organ hat sich dank seiner erhöhten Reizempfänglichkeit mehr an die Umwelt angepaßt, es hat innerhalb ihrer besser unterscheiden gelernt.

Nun tritt aber diese Differenzierung nicht nur innerhalb einer Zellart auf, sondern der anfangs aus homogenen Elementen zusammengesetzte primitive Organismus, der auf die verschiedenen Reizarten höchst primitiv und einförmig reagiert, paßt sich ebenfalls diesen verschiedenartigen Umweltreizen (chemischen und physikalischen Faktoren) an, indem er in dem Sinn eine Arbeitsteilung erlebt, daß die eine Zellgruppe sich auf eine bestimmte Reizart, die andere auf eine andere einstellt, d. h. daß z. B. unser Auge nur sieht und unser Ohr nur hört usw.

Um nun der durch immer weitere Differenzierung und Arbeitsteilung dem Organismus drohenden Gefahr des Verlustes seiner Einheitlichkeit, des sinnvollen Zusammenspiels seiner Organe vorzubeugen, muß als Gegengewicht gegen die Differenzierung die Zentrierung eintreten, d. h. ein fester Zusammenschluß seiner Organe

zum Organsystem des Organismus, das nicht nur in einer weitgehenden Abhängigkeit sämtlicher Organsysteme von einander besteht, sondern auch in einem festen Verhältnis des Zwangs und der Unterordnung, wodurch allein die Ganzheit des Organismus gesichert erscheint.

In diesem Vorgang erkennen wir sofort eine Parallele zu dem wechselnden Spiel im Stilwandel der Zeiten*), die Pinder „Kunst als Hingabe" und „Kunst als Auferlegung" nennt; denn was ist in letzter Hinsicht die Differenzierung anderes, als „Hingabe" an die Umwelt, Hineinbezogenwerden des Organismus in ihren Reichtum, und was ist Zentrierung anderes, als Selbstbehauptung des Organismus gegenüber der Umwelt, zugleich mit dem Ziel, diese nach seinem Willen zu gestalten, ihr das von ihm gewollte Gepräge „aufzuerlegen", sie zu beherrschen?

Wenn jeder Lebensvorgang auf diesem alternativen Verhältnis von Differenzierung und Zentrierung, von Hingabe und Selbstbehauptung beruht, muß wohl ein ähnliches Verhältnis im Leben jeder organischen Gemeinschaft bestehn, deren normale Entwicklung im Grunde doch wieder auf gleichen Lebensgesetzen beruht.

Stellen wir fürs erste die unbewiesene Behauptung auf, daß das Gegensatzpaar „konservativ-liberal" sich scheinbar zwanglos auch als das der Zentrierung und Differenzierung betrachten läßt, so müssen wir vom organologischen oder biologischen Standpunkt aus die weiteren Konsequenzen dieses Verhältnisses der beiden Entwicklungsfaktoren prüfen, um den Beweis für die Richtigkeit unserer Annahme zu erbringen.

Wenn innere und äußere Einwirkungen, deren Herkunft wir kaum noch im einzelnen bestimmen können, den Organismus zwingen, falls er nicht seine Existenz gefährden will, sich innerhalb seiner Variationsbreite den veränderten Umwelt- und Innenwelteinflüssen anzupassen, so wird sein bisheriger Bestand in gewissem Sinne gefährdet. Der Organismus wird revolutioniert, und falls nicht die arterhaltenden Elemente der Zentrierung die Revolution zur Evolution bändigen, kann die zu weit gehende Differenzierung zum Zerfall, zur Degeneration führen. Andrerseits aber wird der Organismus, der in eigenwilliger Konsequenz seine Eigenart trotz veränderter Innen- und Umwelteinflüsse erhalten will, erstarren und seine Anpassungs-

*) Siehe R. v. Engelhardt: „Stilwandel als Zeitsymbol", Baltische Monatsschrift 1930, S. 160 (Heft 3).

fähigkeit auf Kosten seiner Existenz verlieren. Das sind typische Zeichen der Überalterung — Vorzeichen des Todes.

Diesen biologischen Gesetzmäßigkeiten begegnen wir keineswegs nur auf dem Gebiet reiner Naturerscheinungen, sondern ebenso im Gang der Menschheitsgeschichte.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß Zeiten, die wir gewohnt sind Kulturkrisen zu nennen, weil die altgewohnten Formen dem Ansturm neuer geistiger Inhalte nicht entsprechen und diese selbst erst in schweren Krisen Gestalt werden, jenen Typus des Übergangsmenschen hervorbringen, der uns nur zu bekannt ist. Das sind die Repräsentanten eines Zeitgeistes, der sich selbst noch nicht gefunden hat, Suchende, Tastende, die das Land ihrer Väter bereits seelisch verlassen, aber das neue Ufer noch nicht gefunden haben. Hochdifferenzierte, sensitive, oft richtungslose und aus dem inneren Seelengleichgewicht, aus dem alten Gleis geworfene nervöse Naturen. Ein Hamlet, ein Claudio (Tor und Tod), ein Tasso stehen auf dieser Linie. Ihr feines Witterungsvermögen für neuentdeckte Beziehungen zwischen Ich und Umwelt läßt sie zum Spielball dieser Sensationen werden, ohne daß ihnen als Gegengewicht die Gestaltungskraft für diesen Reichtum zur Verfügung steht. Allzuleicht sinkt ihnen der Mut zur Gestaltung, weil das Ziel ein zu überspanntes ist.

Dieser Lebenssphäre entstammen aber auch jene typischen Weltverbesserer und weltfremden Doktrinäre der Idee, wie wir ihnen in der neueren und neuesten Geschichte Rußlands begegnen. Ihnen fehlt, wie der russische Philosoph Berdjajew sich ausdrückte, „die Kultur der Mitte", d. h das durch die jeweiligen irdischen Verhältnisse bedingte Gestaltungsvermögen für die Idee, die Einsicht in die begrenzten Möglichkeiten ihrer Verwirklichung.

Diesen Typus des russischen Menschen hat auch Mereschkowski scharf gezeichnet — er nennt ihn „grauenvoll", weil er, sobald er die Brücken der Vergangenheit hinter sich abgebrochen hat, zum „uferlosen" Doktrinär wird, der, um seine utopischen Ziele zu verwirklichen, zuerst alles organisch, d. h. geschichtlich Gewordene dem Erdboden gleichmacht (Sowjetrußland!).

Dieser herostratische Enthusiasmus trägt aber doch immer wieder die alte verlockende Aufschrift — wahre Humanität, wahre Freiheit und unbeschränktes Selbstbestimmungsrecht — die Parole des Liberalismus.

Wie die ungehemmte Differenzierung zum Zerfall der Persönlichkeit, des Individuums führt, so der uneingeschränkte Liberalismus

in seinen letzten Konsequenzen zum Zerfall, zur Atomisierung der Gemeinschaft, zum Chaos.

Ebensowenig aber wie Leben und Wachstum des Organismus denkbar ist ohne Differenzierung, ebenso wenig kann Leben und Wachstum einer Gemeinschaft sich normal entwickeln bei völligem Fortfall liberaler Ideen. Aber nur dann wird ihre zerstörende Wirkung ausgeschaltet werden, wenn ihnen Norm und Grenze durch Zentrierung, durch den Konservatismus gesetzt wird. Schon oben wiesen wir darauf hin, daß vorzeitige Zentrierung zur Erstarrung führen muß, daß dem Organismus die Anpassungsfähigkeit an die veränderten Umweltbedingungen verloren geht, er mithin seine normale Wachstums- und Lebenskraft einbüßt. Ganz ähnlich wird sich der Vorgang auf dem Boden des Gemeinschaftsorganismus abspielen; die unbeweglich starre Traditionsgebundenheit des Konservatismus, im politischen Leben als reaktionär bezeichnet, muß insbesondere unter außergewöhnlich starken Wandlungen des Zeitgeistes als ungesund und verhängnisvoll bezeichnet werden.

Die Anpassung aber an die veränderten Umweltbedingungen muß auf dem Gebiet des organischen Werdens und Wachsens jene Grenze innezuhalten wissen, die den Bestand der Art, den Genotyp nicht gefährdet, ganz ebenso wie auf sozialem und politischem Gebiet der Kompromiß zwischen den veränderten politischen Bedingungen und dem historisch vorgezeichneten Entwicklungsweg der Gemeinschaft und ihrer Vertreter nicht auf Kosten und unter Preisgabe ihrer Wesensmerkmale verwirklicht werden darf. Die Schwierigkeit der Entscheidung darüber, was für die Struktur einer Gemeinschaft wesentlich, was unwesentlich ist, liegt in der Eigenart unserer Werturteile, die niemals auf logischem Wege ihre bindende Allgemeingültigkeit erweisen können. Jeder Mensch wird in gewissem Sinne in ein bestimmtes Wertstufenreich hineingeboren, das seine bindende Kraft erst im Lauf von Generationen erwirbt, die in stetem Kampf für die Erhaltung ihres Blut- und Kulturerbes die Gültigkeit dieser Werte erprobt haben. Deshalb ist auch das Mißtrauen gegen den Liberalismus des homo novus in gewissen Grenzen berechtigt, da ihm naturgemäß der traditionsgebundene Halt eines „bis hierher und nicht weiter" fehlt.

Auf eine weitere Analogie zwischen dem Verhältnis von Art- und Individualcharakter und dem von „konservativ-liberal" soll zum Schluß noch kurz hingewiesen werden.

Man ist erst neuerdings auf den Umstand aufmerksam geworden, daß die Jugendformen der höheren Säugetiere in weit höherem Maße an höhere Typen erinnern, als dieselben Individuen in vorgeschrittenem Alter. So zeigen die Menschenaffen in ihrer Jugend einen weit menschlicheren Typ, d. h. sie scheinen höher differenziert, um später wieder in ihre typische Stammform zurückzusinken. Einen ähnlichen Vorgang beobachtet man beim Konservativen und Liberalen: liegt bei diesem eine weite Entwicklungsmöglichkeiten in die Zukunft eröffnende Jugendform vor, so bei jenem die Begrenzung und Beschränkung, der Rückfall in das Artgemäße im Alter. Von hier aus versteht man das Wort Bismarcks, der nur den für einen richtigen Konservativen hielt, der einmal in seiner Jugend liberaler Revolutionär gewesen war. Ebenso wird es verständlich, daß die Jugend ahistorisch und traditionslos ist, das Alter aber historisch und traditionsgebunden.

Wenn nun unsere Annahme, daß das Gegensatzpaar „konservativ-liberal" ebenso wie „Genotyp-Phänotyp" oder „differenziert-zentriert" in jedem normalen Organismus ein Polaritätsverhältnis bedeutet, eine Spannung, die notwendig ist für die Dynamik des Lebens, so müßten sich bei den Repräsentanten der Menschheit, die diese Dynamik in höchster Potenz als Steigerung ihrer Persönlichkeiten zum Höchstmaß aufweisen, beide Elemente in annähernd gleicher Stärke finden, in keinem Falle nur das eine oder das andere.

Wer dürfte behaupten, daß ein Friedrich der Große, ein Kant, Goethe oder Bismarck mehr der konservativen als der liberalen Richtung, oder umgekehrt angehörte? Wir fühlen instinktiv, daß hier ein solches „Entweder-oder" nicht am Platze ist, ebensowenig wie „differenziert" oder „zentriert" Die genialen Menschen sind eben beides zugleich. Weder Tasso noch Antonio ist Goethe, wohl aber ist er Tasso und Antonio zugleich.

In Zeitkrisen, wie wir sie heute erleben, wird der Ruf nach der Persönlichkeit immer lauter; je mehr aber die Zeit selbst ihre Zielrichtung verloren hat, je mehr sie sich in fruchtloser Hingabe und Einfühlung in das Chaos ihrer geistigen Strömungen verliert, d. h. liberal aus Schwäche ist, um so eher werden wir sie auf jener konservativen Seite suchen, die die abgerissenen Fäden der Tradition wieder aufnimmt, nicht reaktionär, wohl aber normativ mit dem Willen und der Kraft, ihr Schicksal wesenhaft zu gestalten.

Einer der geistvollsten Köpfe Deutschlands, der allzu früh ver-

storbene E. Troeltsch, den wir zu den scharfsinnigsten Liberalen des neuen Deutschland rechnen dürfen, hat das Bekenntnis abgelegt: „Erwählung, Gnade, Prädestination, Auslese ist alles, die Weltgeschichte ist ungeheuer aristokratisch, was natürlich nicht ausschließt, daß unter bestimmten Kulturumständen temporäre demokratisch-politische und soziale Verfassungen praktisch und ethisch gefordert sind"*). Aber kurz vor seinem Tode scheint Troeltsch selbst an diesem demokratisch-politischen Programm irre geworden zu sein, und er sah als einzigen Ausweg aus unserer Kulturkrise die Rückkehr zur klassischen deutschen Epoche**), d. h. in konservativ-traditionellen Bindungen.

Es ist eine hochbedeutsame Zeiterscheinung, daß überall von einer Krise des Parlamentarismus nicht nur gesprochen und geschrieben wird, sondern daß bereits Versuche gemacht werden — zuerst in Österreich, jetzt in Deutschland — ihn zu überwinden. Dieser politische Gestaltenwandel vom liberalen zum konservativen System entspricht auf dem Gebiet der Biologie die Wendung vom Intellekt zur Seele. Sie ist es, die die Kontinuität nicht nur unserer biologischen, sondern auch unserer historischen Entwicklung in allem Gestaltwandel sichert.

Die Einheitsbestrebungen im Protestantismus der Gegenwart

Von Carl Schneider

Die gesamte Geschichte der christlichen Kirche ist durchzogen von einer eigentümlichen Spannung. Einerseits findet sich in ihr zu allen Zeiten der Drang zur Spaltung und analytischen Ausgliederung und Absonderung kleiner Gruppen, all der orthodoxen, liberalen, nationalen, häretischen, sozialistischen, pazifistischen und sonstigen Sekten, die heute auftauchen, morgen schon sich umformen, in neue Sekten spalten, wieder verschwinden, wieder auftauchen — ein eigenartig lebendiger, bewegter Prozeß, in dem eine ungeheure Fülle von Emotionalität, von Wahrheitsfanatismus und Haß, von Überzeugungstreue und kleinlicher Rechthaberei, von letztem Ernstnehmen und fast oder ganz pathologischer Schizothymie, aber auch von ungeheurem

*) E. Troeltsch: „Der Historismus und seine Probleme" Tübingen. C. B. Mohr. 1922. S. 101.

**) Vgl. seine Festrede zur Dantefeier in Berlin und seinen Dresdener Vortrag in der Schopenhauergesellschaft: „Neuere Strömungen in der histor. Kritik."

Scharfsinn und großer Gelehrsamkeit neben unglaublicher Torheit und Verblendung in der Kirchengeschichte frei geworden ist. Andrerseits aber geht durch das Christentum zu allen Zeiten eine Bewegung zur Einheit, die nicht weniger aus tiefstem, heiligstem Glauben: „auf daß sie alle eins seien", wie aus flachster Opportunitätspolitik, aus einem Gefühl allumspannender Mystik wie aus kirchenpolitischen Machtgelüsten, aus gläubiger Überzeugung wie aus plumpem Weltverbesserungsoptimismus, aus der Demut und aus der Liebe zum Bruder wie aus egoistischer Geistestyrannei entstanden und gespeist sein kann. Alle diese Möglichkeiten gilt es in Betracht zu ziehen, wenn man die modernen Einheitsbestrebungen zu untersuchen hat.

Der Gedanke der Kircheneinigung in den verschiedensten Formen ist alt. Er taucht auf in den Versuchen der alten Kompromißsynoden, in den Unionsbestrebungen zwischen Kirche des Westens und Kirche des Ostens im Mittelalter, die nie ganz verschwinden, in den Versuchen Philipps von Hessen, auf deutscher Basis die Kirchen der Reformation zu einen, in den Verhandlungen von Leibniz und Bossuet, Protestanten und Katholiken zu vereinigen, bei denen der gutgläubige Kulturoptimismus des Deutschen seltsam von der verschlagenen Politik des Franzosen abstach. Vor allem hat er immer in den großen Vereinsbewegungen überzeugte Verteidiger gefunden; schon lange ehe die Einigungsbewegungen der Nachkriegszeit einsetzten, hat der Gustav Adolf-Verein seine welt- und kirchenweite Tätigkeit entfaltet und innerlich einend gewirkt.

Wenn wir aber heute von Einigungsbestrebungen reden, dann denken wir zuerst an die großen, hauptsächlich von angelsächsischer Mentalität getragenen Einigungsversuche der Kirchen. Nirgends sind neuerdings diese Gedanken so lebhaft diskutiert und so populär, mit so großer Aktivität in die Praxis umgesetzt worden wie in England, den Dominions und Amerika. Es bleibt deshalb zunächst die Vorfrage zu stellen, woher dieser plötzliche Aufschwung solcher Ideen gerade dort. Zweifellos haben die englischen und amerikanischen Kirchen mit ihrer unheilvollen Zerissenheit, dem dauernden Gegeneinander von Kirchen und Sekten, Synoden und Denominationen schon von jeher die Einheitssehnsucht stärker wachsen lassen als die großen, einheitlich geschlossenen Volkskirchen des Kontinents. In einer der allerbekanntesten, meistgesungenen Hymnen der englischen Gesangbücher heißt es von der Kirche:

„Yet through a scornful wonder
We see her all oppressed
With schisms all asunder,
With haeresies suppressed,
Yet Saints her watch are keeping:
How long, o Lord, how long?
Through strife and tribulation
And tumults of her war
She waits the consummation
Of peace for evermore "

Diese Grundstimmung meinen sehr viele ernst. Die alte Einheitssehnsucht der Kirche lebt in ihr und streckt ihre Hände über die Länder und Meere aus.

Aber man verkennt durchaus die angelsächsische Welt, wenn man das für das einzige Motiv hält. Es kommen auch weniger edle, aber immerhin laut hörbare Gefühle in der Bewegung zum Ausdruck. Zweifellos spricht die Erkenntnis mit, daß die Kirche während des Krieges versagt habe — allerdings nicht die englische Kirche. Denn der Glaube, daß England die Kriege Gottes führt, wird nicht nur auf den englischen Kriegerdenkmälern durch die weit verbreitete Inschrift „For God and country" und nicht nur durch den Union Jack an den englischen Altären — an den amerikanischen, auch den lutherischen, steht das Sternenbanner — bezeugt, sondern durch die Grundhaltung des Angelsachsen zu seiner Kirche gefordert. Aber natürlich haben die kontinentalen, vor allem die deutschen Kirchen gründlich versagt, sie haben „Militarismus gepredigt", und die amerikanischen Lutheraner sagen einem heute noch, daß der Verlust des Krieges eine Strafe Gottes für die preußischen Union sei. Es gilt also die kontinentalen Kirchen angelsächsisch zu reinigen, — ist das vielleicht der Grund, weshalb noch immer der Vorsitz einer der größten Weltbewegungen in den Händen der Amerikaner liegt, obwohl er satzungsgemäß längst an die Deutschen übergegangen sein sollte?

Freilich gibt es auch, vor allem in England, unter den ernsten Kreisen eine gewisse Beschämung über das Verhalten der eigenen Kirche. Die in den englischen Kirchen Australiens gepredigte Botschaft, daß der Soldat, der gegen Deutschland fällt, das Opfer Christi wiederholt, ist doch selbst vielen Engländern zu stark gewesen, obwohl sie sich auf einen von Englands größten Dichtern berufen kann.

Denn soweit ich sehe, geht diese Idee auf den Vergleich von Golgatha und Karthum zurück, den R. L. Stevenson in seinem kraftvollen Gedicht: If this were faith macht:

„Having fehlt thy wind in my face
Spit sorrow and disgrace,
Having seen thine evil doom
In Golgotha and Khartoum,
And the brutes, the work of thine hands
Fill with injustice lands
And stain with blood the sea."

Der deutsche Leser kommt hier oft innerlich nicht mit, aber er sollte sich doch wenigstens einmal klarmachen, welch ungeheure Kraft in dieser Weltanschauung steckt, die in Wahrheit der eigentliche Träger der Weltmacht des „Empire" ist. Dann wird aber hier zugleich ein weiteres Motiv sichtbar, das bestimmt nicht zu unterschätzen ist. Mit der Ausbreitung der politischen Herrschaft Englands und der wirtschaftlichen Herrschaft Amerikas über die ganze Welt begann auch der angelsächsische Geist seinen Siegeszug; die amerikanischen und englischen Colleges in allen Weltstädten, die Kulturpropaganda des amerikanischen Films und die Kircheneinigungsbestrebungen liegen alle auf einer Linie. Schließlich ein letztes. Der aktivistische Zug der angelsächsischen Frömmigkeit suchte nach neuen Betätigungsfeldern wirtschaftlich-sozialer Art. Die verarmten Kirchen des Kontinents lagen offen für Liebestätigkeit aller Art vor ihr. Der praktische Angelsachse aber erkannte sofort, daß eine wirksame Arbeit nur geleistet werden konnte, wenn man sich in jeder Weise erst einmal näher kam.

In drei Formen blühte das Einigungswesen mächtig auf, und alle drei durchschneiden sich, aber bekämpfen sich auch. Die erste, allgemeinste Form arbeitet an der Herstellung eines Weltprotestantismus, wenn nicht einer Weltkirche auf überkonfessioneller und übernationaler Basis. Ihre beiden wichtigsten Zweige sind die Stockholm- und die Lausannebewegung. Ihr gegenüber, zum Teil in heftiger Gegnerschaft, stehen die konfessionellen Weltbewegungen, die zwar auch übernational sind, aber die auf streng konfessionellem Hintergrund ihre Denomination einen wollen. Hierher gehören die Weltbünde der Lutheraner, Reformierten, Methodisten, Baptisten usw. In gewissem Gegensatz zu beiden stehen die nationalen Zusammenschlüsse, die überkonfessionell, aber völkisch gebunden sind, Er-

scheinungen wie das Federal Council of Churches in Amerika, die Lambeth Conference im britischen Reich und, für uns die wichtigste, der Deutsch-Evangelische Kirchenbund.

Ehe wir diesen drei Gruppen etwas näher nachgehen, empfiehlt es sich, einmal sich zu vergegenwärtigen, wie denn die Zahlenverhältnisse der zu Einenden sind. Freilich gibt es keine genauen Konfessionsstatistiken; wer weiß, wie z. B. in Amerika oder im Osten Statistiken gemacht werden, wird gegen alle Zahlen skeptisch sein. Auf ein paar Millionen kommt es also in der folgenden Übersicht nicht an. Unter den etwa 200 Millionen Protestanten bilden die größte Gruppe noch immer die deutschen evangelischen Landeskirchen mit etwa 40 Millionen. Dann folgen:

Church of England in Großbritannien und den Dominions und die verwandten Episkopals in den U. S. A.	etwa	30	Mill.
Methodisten	„	20	„
Baptisten	„	20	„
Presbyterianer und verwandte Gruppen.	„	18	„
Amerikanische Lutheraner einschl. Kanada	„	8	„
Schwedische Lutheraner	„	6	„

Alle übrigen protestantischen Gruppen zählen unter 5 Millionen. Man wird sofort erkennen, daß diese Zahlenverhältnisse in keiner Beziehung zu der Bedeutung der Kirchen in den Vereinigungsbestrebungen stehen. Gerade die kleinen Zwergkirchen von Polen usw. treten dort mit einer Anmaßung auf, die in umgekehrtem Verhältnis zu ihrer Zahl steht. Auch die Dominanz der amerikanischen Lutheraner steht nur in einem richtigen Verhältnis zu ihrem Propagandaeifer, nicht zu ihrer Anzahl.

Wenden wir uns nun den Bewegungen selbst zu. Die größte und populärste der überkonfessionellen und übernationalen Einigungsbestrebungen ist die Stockholmbewegung. Sie hat eine lange und wechselvolle Geschichte. Bereits 1914 vereinigten sich die amerikanischen, skandinavischen und andere neutrale Kirchen zu einem gegen den Krieg gerichteten gemeinsamen Aufruf, jedoch ohne Partei zu nehmen. Aber erst 1919 kam es zu der Anregung des Erzbischofs Söderblom auf der Tagung des Weltbundes für Freundschaftsarbeit der Kirchen, ein protestantisches Weltkonzil zu berufen. Der Schweizer Kirchenbund, das amerikanische Federal Council, Schweden und die englischen Kirchen schlossen sich sofort an, auch in Deutschland gab es von Anfang an Freunde der Be-

wegung. Bald ging man weiter. Im September 1920 wurde eine Vereinbarung zwischen der Lambethkonferenz, Schweden und den Griechisch-Orthodoxen geschlossen, der Patriarch von Konstantinopel erließ seinen berühmten Hirtenbrief: Koinonia ton ekklesion, wonach sich auch die Ostkirche der Bewegung anschließen solle. Nur von den Katholiken holte sich Söderblom eine sehr scharfe und energische Absage durch den Kardinal Mercier.

Vom 19.—31. August 1925 tagte die Konferenz in Stockholm. Etwa 600 Delegierte waren anwesend, die größte Gruppe bildeten die 66 deutschen, die der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß ausgewählt hatte und die in ihrer Geschlossenheit eine Macht darstellten, mit der, das ist mir von Amerikanern öfter versichert worden, die Angelsachsen nicht gerechnet hatten. Trotzdem hatten sie keinen Sitz im Präsidium, das der Erzbischof von Canterbury, der Erzbischof von Schweden, der Patriarch von Konstantinopel und der Amerikaner Brown führten. Erst später gab Söderblom seinen Sitz an den Präsidenten des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses ab.

Was wollte Stockholm? Es hatte nie die Absicht, die Kirchen hinsichtlich des Dogmas zu einen, sondern einzig und allein auf dem Gebiet, das allen Kirchen gemeinsam zu sein schien, Life and Work. Man hielt sich dabei an die Richtlinien der englischen Copecbewegung, einer religiös-sozialen Konferenz, die etwa den Geist der YMCA und YWCA atmet: praktisches Christentum. So tragen denn auch die 6 Verhandlungspunkte von Stockholm zunächst ganz angelsächsisches Gepräge: die Verpflichtung der Kirchen gegenüber den Zielen, die Gott der Welt bestimmt hat; Kirche, wirtschaftliche und industrielle Fragen; Kirche und sozial-ethische Fragen; Kirche und Politik; Kirche und Erziehung; Methoden der praktischen Zusammenarbeit der Kirchen.

Aber Stockholm war doch mehr. Denn schon unter den Angelsachsen standen sich zwei Fronten gegenüber: der amerikanische Klub- und Betriebskirchentyp, der mit jugendlicher Begeisterung und Betriebsamkeit das Reich Gottes angebrochen wähnt, wenn man jährlich mehrere Tausende von neuen Kirchenmitgliedern geworben hat und mehrere Millionen Kollekte mehr gesammelt hat als im Vorjahre. Daneben aber stand der alte englische hochkirchliche Typ, der mit einigen Schweden und den Ostkirchlern zusammen eine liturgische Sakramentskirche vertrat. Man fühlte eben doch, daß beides nicht so ganz zusammenging. Aber dann waren die Deutschen. An

zwei Stellen der Konferenz traten sie entscheidend hervor. Ein bekannter Amerikaner sagte mir einmal, nichts habe auf ihn in Stockholm einen solchen Eindruck gemacht wie die Verlesung des Telegramms des deutschen Reichskanzlers Luther, das mit dem bekannten Vers Kögels: „Wir sind ein Volk" schloß. Damals habe auch der Angelsachse gespürt, daß hier eine ganz andere Welt sei, die uns zunächst völlig scheide. Diese Scheidung tat sich denn auch immer weiter auf, je mehr man versuchte, in die Tiefe zu gehen. Der Kampf um den Reichsgottesbegriff ist ja seither in die Diskussion all unserer Kirchen übergegangen: gegenüber dem Fortschrittsoptimismus der Betriebskirche und gegenüber dem Glanz und der Pracht der Hochkirche stand hier die Demut und Herrlichkeit, die Zerschlagenheit und Weltüberwindung, die bittere innere Not und die tiefe innere Freude der Kirche der deutschen Reformation. Nur wenige der Angelsachsen haben das verstanden, und auch von den Hochkirchlern kaum einer — aber es war doch da.

Dazu kam ein zweites. Während die Phrasen und Ideologien auch in Stockholm mit vielen, vielen Worten unsere herrliche Gegenwart priesen, wagte es der Generalsuperintendent der besetzten Rheinlande, die Wahrheit zu sagen und von Versailles zu reden. Die Angelsachsen und Skandinavier waren peinlich berührt, aber natürlich wichen sie aus. Ein gewandter Franzose antwortete mit ein paar weiteren Phrasen, aber man hat weder in Stockholm noch auch auf einer anderen der internationalen Tagungen den Mut gehabt, wirklich gegen die schreiendsten Nöte unserer Zeit aufzutreten. Aber in Stockholm hat wenigstens der Deutsche gesprochen und man mußte ihn hören.

Überblicken wir die Resultate von Stockholm, so ist vieles gewiß positiv zu werten. Man hat sich kennen gelernt, und das ist vielleicht das Wertvollste. Man hat vielleicht auch über die Nationen hinweg Freunde gefunden. Vor allem hat jeder, der nicht in einem ideologischen Einheitsfanatismus befangen war, einmal die Gegensätze scharf gesehen und gefunden, daß sie nicht nur auf völkischem, sondern auch auf religiösem Gebiet lagen. Immerhin stellte man doch eine einigermaßen einheitliche Front gegen Rom dar, ferner auch gegen die antikirchlichen Tendenzen der Gegenwart, ja, überhaupt eine große Kundgebung für die Kirche. Das alles ist nicht gering zu werten. Allerdings stehen dem auch negative Seiten gegenüber. Um die schwierigsten Probleme ist man herumgegangen; man hat zwar von der Hilfe für Eingeborene gesprochen, aber von den

Samoamorden ist nichts gesagt, viel weniger dafür etwas getan worden. Man hat gegen soziale Entrechtung geredet, aber gegen die staatlich sanktionierten Diebstähle deutschen Eigentums in der Welt ist man nicht eingeschritten; man hat von dem religiösen Recht aller geredet, aber der Frage der Bedrückung der religiösen Minderheiten deutschen Gepräges ist man sehr vorsichtig aus dem Wege gegangen. Und doch hätte gerade dies alles zu „Life and Work“ gehört.

Stockholm ist nicht zu Ende. Man hat einen Fortsetzungsausschuß, der gewiß schon viel Gutes besonders zur Unterstützung notleidender Kirchen geleistet hat, eine eigene Zeitschrift, die die Ideen Stockholms verbreiten soll, die aber in der letzten Zeit in ein recht verflachtes Fahrwasser zu geraten scheint, Theologenkommissionen, die recht ertragreiche Diskussionen ergeben haben usw. Was in Zukunft aus der Bewegung werden wird, vermag natürlich niemand zu sagen, immerhin wird man nicht allzu optimistisch sein dürfen; für uns, die auslanddeutschen Kirchen, ist bei der den Minderheiten wenig geneigten Haltung Erzbischof Söderbloms und anderer Führer der Bewegung aus ihr nicht allzuviel zu erhoffen. Immerhin wird man vielleicht in einem Notfalle auch dort einmal auf uns hören.

Von viel geringerer Bedeutung ist die andere protestantische Weltbewegung (Faith and Order), die wir kurz nach ihrem ersten Tagungsort Lausannebewegung nennen wollen. Sie ist eigentlich eine Gründung des Amerikaners Robert Gardiner und geht von der an sich richtigen Voraussetzung aus, daß Kirchen garnicht gemeinsam arbeiten können, wenn sie sich nicht über ihre Glaubensgrundlagen einig sind. Lausanne will mehr als Stockholm. Aber im Grunde hat es trotz seines richtigen Ansatzpunktes weniger erreicht. War Stockholm immerhin ein Konzil, so war Lausanne eine ins Große gesteigerte Pastorenkonferenz, ein theologisches Gespräch, das in kurzer und knapper Form die verschiedenen Typen gegenwärtiger protestantischer Lehre und Kirchenauffassung erkennen ließ. Vier Gruppen standen sich ohne großen Kampf, aber auch ohne weiteres Verständnis gegenüber: eine konfessionelle, eine liberal-modernistische, eine liturgisch-hochkirchliche und eine dogmatisch ziemlich gleichgültige, positivistische. Soweit ich sehen kann, hat man den aussichtslosen Versuch, hier eine weitere Einigung zu erzielen, garnicht erst unternommen. Auch an Lausanne ist das Wertvollste die bloße Aussprache.

Von den Einigungsbewegungen auf konfessioneller Grundlage soll uns nur die näher beschäftigen, mit der es unsere Kirche zu tun hat, die lutherische. Natürlich ist sie nicht die einzige. Es gibt einen

großen baptistischen Weltbund, der allein 23 europäische Zweige umfaßt, einen methodistischen, der den alten Riß zwischen „episkopalen" und „ursprünglichen" Methodisten zu heilen versucht, einen beachtlichen reformierten Weltbund, der auf seinen beiden Tagungen in Cardiff und Boston wertvolle theologische Referate aufzuweisen hatte, dem aber die extremen Konfessionellen ferngeblieben sind. Sie alle haben das gleiche Ziel: den eigenen dogmatischen Besitzstand zu klären und auf dieser Grundlage zu wahrer Einigung innerhalb der Sonderdenomination über die Völker hinweg zu kommen.

Ein im Grunde gleiches Ziel hat nun auch die lutherische Weltbewegung. Sie ist eigentlich schon sehr alt, jedoch hat sie sich durch das Hereinkommen der Amerikaner in zwei Ströme geteilt. Der älteste ist die Allgemeine Evangelisch Lutherische Konferenz, in der hauptsächlich deutsche und skandinavische Lutheraner zusammengeschlossen sind und die im Lauf ihrer Geschichte schon manche ernste Arbeit geleistet hat und vor allem in der von Laible herausgegebenen Evangelisch-Lutherischen Kirchenzeitung ein großzügig redigiertes, vorzügliches und in aller Welt verbreitetes Organ besitzt. Zweifellos hat diese Zeitschrift mehr als alles andere zum Zusammenhalt des Luthertums in der Welt beigetragen.

Von diesen Bestrebungen ist die Bewegung, die zu den lutherischen Weltkonventen führte, scharf zu unterscheiden. An ihr sind nämlich die amerikanischen Lutheraner führend beteiligt. Denn das amerikanische Luthertum hat eine merkwürdige Wandlung durchgemacht. Während des Krieges zeigte sich kaum eine amerikanische Denomination deutschfeindlicher als die Lutheraner; sie stellten die relativ höchste Zahl aller Freiwilligen im amerikanischen Heer; einer ihrer Führer erklärte vor der Synode von Minnesota, die amerikanischen Lutheraner hätten die Aufgabe, die lutherische Kirche des Elsaß von der Herrschaft Preußens zu befreien, und ein anderer vor der Synode von Susquehanna, daß man endlich einmal eine rein amerikanische Kirche ohne deutsche und skandinavische Rückstände erbauen müsse. Sofort nach dem Kriege wurde die Stimmung völlig anders; dieselben Männer inszenierten die große deutsche Hilfsaktion. Über die Motive dieses plötzlichen Umschwungs bin ich mir nie ganz klar geworden, auch hier ist keinesfalls alles positiv zu werten. Man kann sogar mit aller Vorsicht behaupten, daß die Amerikaner dadurch auf manche deutschen Gruppen und Institutionen einen recht unheilvollen Einfluß bekommen haben. Andrerseits war auch viel uneigennütziges Geben und Arbeiten vorhanden; Gestalten wie der

tieffromme Skandinavier Larsen, die sich auch im Kriege von den Chauvinisten ferngehalten hatten, haben gewiß nur aus edlen Gründen gehandelt.

Im Zusammenhang mit dieser Liebestätigkeit kam es zu dem ersten lutherischen Weltkonvent in Eisenach mitten in der deutschen Inflationszeit, dem im vorigen Jahre ein zweiter in Kopenhagen folgte. Lutheraner aller Länder (außer Rußlands) waren vertreten, aber es fehlte die größte lutherische Gruppe Amerikas, die Missourisynode, und die größte Kirche Deutschlands, die Kirche der altpreußischen Union. Beschäftigen wir uns nur ganz kurz mit dem letzten Weltkonvent, so läßt sich zuerst auch da viel Positives sagen. Der Höhepunkt war ohne Frage das Referat von Ihmels, der das tiefste Wesen des Luthertums in seiner deutschen Form in einer unüberbietbaren Weise zum Ausdruck brachte. Auch sonst waren zahlreiche auf einer hohen Ebene stehende Vorträge zu hören, so der des westfälischen Generalsuperintendenten Zöllner über die soziale Frage. Sehr erfrischend war auch die feine und doch scharfe Antwort, die der bekannte Führer des deutschen Luthertums, Freiherr von Pechmann, auf den wortreichen, aber äußerst oberflächlichen Vortrag des Amerikaners Bruce gab; man sah, wie sich auch das Luthertum bewußt ist, daß es im Grunde in zwei völlig getrennte Lager gespalten ist. Doch darf das Negative nicht übersehen werden; es lag vor allem in zwei Richtungen. Einmal hat man auch hier die brennendsten Fragen umgangen. Ja, man konnte beobachten, wie sich Deutsche mit Herrn Bursche, Herrn Kukk und anderen befreundeten, als ob nie die unerhörten Warschauer und Revaler Vorfälle gewesen wären. Die Unmöglichkeit, eine Einheit anzubahnen, wenn es möglich ist, daß ein lutherischer Bischof einer anderen lutherischen Gruppe Kirchen enteignet, ist überhaupt nicht ausgesprochen worden. Wir auslanddeutschen Kirchen müssen beklagen, daß man in Kopenhagen an unsere Nöte und Bedrängnisse überhaupt nicht gedacht hat. Vor allem die Rolle, die die zahlreich erschienenen Polen auf der Konferenz spielten und spielen durften, mag wieder neue Gefahren für unsere deutschen evangelischen Brüder der abgetrennten Provinzen mit sich bringen. Dazu kommt ein zweites, das innerlich vielleicht noch schmerzlicher ist. Wie oft wurde in den Referaten betont, daß die lutherische Abendmahlsauffassung das eigentlich Vereinigende sei. Aber trotz verschiedener Anregungen kam es nicht zu einem gemeinsamen Abendmahlsgang, da die einzelnen amerikanischen Synoden untereinander keine Abendmahlsgemeinschaft haben; und als der Bischof von

Kopenhagen für den letzten Tag noch zu einem gemeinsamen Abendmahl einlud, da waren in der großen Domkirche genau 32 Menschen, die sich eingefunden hatten. So kehrte man denn auch von Kopenhagen mit zwiespältigen Gefühlen heim; teils erhoben und getragen von der Wucht und Tiefe der Rede Ihmels', andrerseits mit der schweren Frage, wohin es führt, wenn über die deutschen Minderheitenkirchen hinweg Einigungsverhandlungen mit ihren Bedrückern gepflogen werden, denen noch dazu die letzte innerliche Basis, auf der allein Kirchen Gemeinschaft haben können, weithin fehlt.

Nun bleibt uns noch die letzte Gruppe von Einigungsbestrebungen, die auf völkischer Grundlage erbauten. Alle gehen von der sehr richtigen Erkenntnis aus, daß überall in der Welt das Evangelium volkgebunden gegeben ist, und wollen über die Konfessionen hinaus ein Band herstellen zwischen denen, die in gleicher Sprache Gottesdienst halten, die dieselbe geschichtliche Verbundenheit und Verbundenheit des Blutes und des Schicksals haben. Vielleicht liegt hier die letzte und wahrheitstreueste Form aller Vereinigungen. Denn die Wirklichkeit der Schöpfungsordnung, der das Volkstum angehört, darf nicht verwischt werden, wenn nicht auch das Evangelium selbst entleert werden soll. Wer einmal in einer Kirche eines fremden Volkstums gearbeitet hat, weiß das ganz genau.

Zu diesen Bewegungen gehört das Federal Council of Churches in Amerika, das doch nach und nach einmal die amerikanische Nationalkirche herstellen wird. Heute beschränkt es sich zwar hauptsächlich noch auf soziale Fragen, Unterstützungen usw., aber bei dem allmählichen Verschwinden der denominationellen Unterschiede in Amerika, die oft ja nur künstlich aus kirchenpolitischen Gründen aufrechterhalten werden, während die Gemeinden sie längst nicht mehr verstehen, wird es in absehbarer Zeit einmal die große Macht darstellen, die alle amerikanischen Kirchen — außer den Missouriern und unentwegten Sektierern — eint. Von anderem Charakter ist die englische Lambeth Conference, die vorläufig nur alle zehn Jahre tagende Konferenz aller Bischöfe des Empire. Aber auch hier ist zu vermuten, daß die Bewegung bald andere und weitere Kreise ziehen wird; Verhandlungen mit den Freikirchen, die in der letzten Zeit schon untereinander Vereinigungen eingegangen sind, stehen bevor. Wenn auch bei dem starken Einfluß der romanisierenden Anglikaner an eine britische Weltkirche nicht zu denken ist, so wird doch auch im englischen Gebiet eine Annäherung der Kirchen sich vollziehen.

Doch interessiert uns auch hier in der Hauptsache die deutsche Bewegung, der Deutsche Evangelische Kirchenbund, der im Deutschen Evangelischen Kirchenausschuß sein Organ hat. Die Notwendigkeit, eine einheitliche evangelische Front in Deutschland herzustellen, lag auf der Hand. Die gemeinsame Frontstellung gegen den sozialistischen Staat und die mit großer Heftigkeit einsetzende katholische Bewegung, die Not und die Vereinsamung der Kirchen der abgetrennten Gebiete und des Auslanddeutschtums waren die praktischen Beweggründe, die doch ihrerseits getragen waren von dem Gefühl innerer Verbundenheit. Allerdings standen viele grollend abseits oder traten erst nach langem Zaudern bei. Zwei Gegenströmungen kann man noch deutlich bemerken: eine internationalistisch-liberalistische, die den Begriff „deutsche Ausprägung des Christentums" nicht kennt, und eine ultrakonfessionelle, die vor allem in vielen Freikirchen vertreten wird, die im Kirchenbund wie überall Union wittert, obwohl, wie ja jedem bekannt ist, der Kirchenbund sich in konfessionelle Dinge überhaupt nicht einmischt. Jedoch ist nicht zu übersehen, daß sich große deutsche Gruppen sofort vorbehaltlos in den Dienst der Sache gestellt haben, allen voran wieder der Gustav Adolf-Verein, der ja aus der Not der Diaspora heraus die Erfahrung genau kannte, daß die unheilvolle Zerrissenheit des deutschen Kirchenwesens sich doppelt verhängnisvoll bei den isolierten Auslandsgemeinden geltend macht. Heute ist der Kirchenbund trotz aller Bedenken und Anfeindungen doch schon eine ansehnliche Macht; alle deutschen Landeskirchen haben sich ihm angeschlossen, dazu aber die beiden deutschen Kirchen Österreichs, die Riograndenser Synode in Brasilien, die deutsche evangelische Chilesynode, die deutsche evangelische Synode von Südwestafrika, der Verband deutscher Gemeinden in Großbritannien und die deutschen Pastorenkonferenzen von Italien, dem näheren Orient und der iberischen Lande, außerdem eine große Reihe einzelner Gemeinden. Der Kirchenbund hat schon in der kurzen Zeit seines Bestehens eine ungeheure Fülle von Arbeit geleistet. Vor allem hat er durch seinen Auslandsausschuß, dessen Vorsitzender, Geheimrat Rendtorff, zugleich Vorsitzender des Gustav Adolf-Vereins ist, die deutschen Auslandskirchen wieder in Verbindung mit der Heimatkirche gebracht und dadurch eine weltweite Stellung erobert. Wo es noch deutsche Gemeinden und Kirchen in der Welt gibt, da stehen sie in einer gewissen Beziehung zum Kirchenbund, und das ist vielleicht seine weittragendste Aufgabe.

In dem Kirchenbundesgedanken lebt der alte sehnsuchtsvolle

Traum aller Diaspora nach einer großen, weltweiten deutschen evangelischen Kirche, die so weit reicht, als „Ein feste Burg" in Luthers „süßem Deutsch" gesungen wird und wir „mit unsern Zungen die großen Taten Gottes" hören, die eine große Geistesmacht in der Welt darstellt, die mit den anderen Kirchen in einem Verhältnis des Gebens und Nehmens steht, aber doch ihre gottgegebene Eigenart wahrt. Ob dieser Traum jemals Wirklichkeit wird, wissen wir nicht, aber es wird Pflicht der deutschen Diaspora sein, darauf ihren Blick zu lenken, wenn wir das bleiben wollen, was wir sind.

Die Ständeidee in Osteuropa

Gedanken eines Ukrainers zu Neugestaltungen im europäischen Osten

Von Wladimir von Zaloziecky

Wir gehen nicht nur in Westeuropa neuen Voraussetzungen für die Wiederanknüpfung an den alten Ständegedanken entgegen, sondern es gibt auch Symptome, welche für die Wiedergeburt der Ständestaates in Osteuropa sprechen.

Wenn wir heute von einem Ständestaat hören, so verstehen wir darunter nicht mehr oder weniger privilegierte Stände, sondern sehen in erster Linie den Gegensatz zu der heutigen politisch undifferenzierten, chaotischen und durcheinandergewürfelten Gesellschaft. Im Ständestaat erblicken wir statt einer organisch unverbundenen, heterogenen, gestaltlosen Mischung von gesellschaftlichen Gruppen gewisse durch Stände, Klassen, berufsständische Organisationen oder Korporationen geformte, klar von einander geschiedene, homogene gesellschaftliche Bindungen. Es ist also vor allem die Frage der Gliederung und der entsprechenden Organisierung der Gesellschaft, die uns vorschwebt und die heute in erster Linie an den Ständegedanken anknüpft.

Wenn wir die gegenwärtige gesellschaftliche Struktur des Sowjetstaates ins Auge fassen, so gehört es wohl zu den auffallendsten Erscheinungen, daß die Sowjetideologie theoretisch im Grunde genommen auf dem Ständegedanken, d. h. auf dem Gedanken einer Differenzierung der Klassen, aufgebaut ist — während in der praktischen Durchführung des Klassengedankens jede individuelle Unabhängigkeit der Klassen (der Berufsstände, der arbeitenden Klassen) unterdrückt wird, oder nur eine einseitige Entwicklung gewisser privilegierter Klassen (wie z. B. der Arbeiter) gefördert wird. Im sowjetistischen Klassengedanken liegen daher Widersprüche, die nicht behoben werden können. Diese spiegeln sich vor allem darin, daß auf eine wenig differenzierte Gesellschaft (dies gilt vor allem für Nordrußland) der soziale Gedanke der westeuropäischen Arbeiterbewegung, der aus einer bereits differenzierten, kapitalistisch entwickelten Wirtschaft stammte, überpflanzt worden ist. Dieser Klassengedanke – der in Westeuropa bereits den Sinn einer reinen Klassen-

bewegung der Arbeiterschaft verloren hat – konnte in Nordrußland nicht mit vollem Inhalt ausgefüllt werden, da hier die Voraussetzungen zu einer weitgehenden Differenzierung der Gesellschaft fehlten. Daher blieb der Klassengedanke in Rußland eine bloß theoretische Forderung, ein demagogisches Parteiprogramm, und nachdem er auf halbem Wege stecken geblieben war, mußte diese Kluft, welche zwischen Theorie und Praxis bestand, durch eine alle selbständigen Klassen nivellierende Diktatur des Proletariats überbrückt werden.

Aber diese theoretischen Forderungen und diese Herausforderung des Klassenprinzips hat – ganz gegen den Willen ihrer Verkünder – eine gegen den nivellierenden Geist der Diktatur des Proletariats gerichtete Bewegung zur Folge gehabt, eine Bewegung, welche im scharfen Abwehrkampfe gegen den Kollektivismus und gegen die Bevorzugung nur der einen Klasse der Arbeiter ihr latent vorhandenes Klassenbewußtsein wiedererlangt hat und die theoretische Forderung des sowjetistischen Klassengedankens gegen den Willen der Sowjetmachthaber mit wahrem Inhalt erfüllt.

Man kann also sagen, daß in den vereinigten Sowjetrepubliken das Klassenbewußtsein sich gegen den Willen der Sowjetmachthaber im höchsten Grade gesteigert hat und daß dort ganz deutliche Umrisse der einzelnen Klassen auftreten.

Verfolgt man die Vorgänge in den Sowjetrepubliken genauer, so kann beobachtet werden, daß die größten Schwierigkeiten, welche dem Sowjetstaat in der letzten Zeit erwachsen, gerade auf diesem Gebiet liegen. Das erstarkende Klassenbewußtsein vor allem der produzierenden Bevölkerungsschichten bildet die größte Gefahr für den Sowjetstaat, eine Gefahr, die um so größer wird, als sie mit den herrschenden kommunistischen Methoden der Kollektivierung nicht behoben werden kann, sondern von Tag zu Tag wächst.

Dem größten Widerstand begegnet die Sowjetregierung in den Gebieten, wo der soziale Differenzierungsprozeß weiter fortgeschritten war, als im eigentlichen Rußland, wo der kollektivistische Gedanke sich als undurchführbar erwiesen hat.

An erster Stelle stehen hier die ukrainischen Gebiete.

Die Unterschiede in der sozialen Struktur der Ukraine und Nordrußlands gehen weit zurück und beruhen auf einer verschiedenen historischen Entwicklung. In der sogenannten Kosakischen Periode (16.—18. Jahrh.) hat sich in der Ukraine im Gegensatz zu Moskau ein bodenständiger Adel herausgebildet, der durch den erblichen Bodenbesitz das privatrechtliche individuelle Eigentum zur Grundlage seiner sozialen Bedeutung erhoben hat. Hier können wir die ersten Erscheinungen der Klassengliederung in der Ukraine feststellen, denen bald auch andere soziale Bindungen gefolgt sind, so vor allem das Bürgertum, welches im Anschluß an den westeuropäischen Ständegedanken gegliedert und differenziert erscheint.

Diese soziale Entwicklung hat Moskau nicht aufzuweisen gehabt. In Moskau gab es keinen solchen bodenständigen Adel mit korporativem Selbstbewußtsein, oder wenn Ansätze dazu vorhanden waren, so wurden sie durch das ochlokratisch-absolutistische Regime unterdrückt. Infolge des Fehlens der Verwurzelung im Bodenbesitz, im individuellen Eigentum, infolge der Nivellierung aller individuellen Unterschiede vor dem absolutistischen Prinzip konnten langsam, aber unausweichlich die Grundlagen jenes politischen Systems erwachsen, das

heute seinen Gipfelpunkt in der vollständigen Entwurzelung des Menschen durch eine absolute, rein mechanische Kollektivierung erreicht hat.

Systematisch wurde die Nivellierung die Entwurzelung bodenansässiger Schichten in allen von Moskau aus eroberten Provinzen durchgeführt. Nach jahrhundertlangen Kämpfen gelang es Moskau auch, den bodenansässigen ukrainischen Kosakenadel zu schwächen und ihn in einen Beamten- und Rangadel zu verwandeln. Aber die einmal vorhandene soziale Schichtung hatte in der Ukraine derart tiefe Spuren hinterlassen, daß sie bis in die jüngste Zeit hinein wohl zeitweilig überdeckt werden, doch durch das Erwachen der ukrainischen Staatsidee in den Formen des traditionellen Hetmanats im Jahre 1918 neu belebt werden konnte.

Wenn wir daher heute dem schärfsten Widerstand gegen die ochlokratischen Kollektivierungsmethoden des Sowjetregimes in der Ukraine begegnen, so hängt das mit der ganzen vorhergehenden Entwicklung der Ukraine aufs engste zusammen.

Die sozial stärker differenzierte und am individuellen Bodenbesitz haftende Bevölkerung der Ukraine setzt den ochlokratischen moskauischen Kollektivierungsmethoden nicht nur den stärksten Widerstand entgegen, sondern erblickt in dem wahren Klassengedanken eine Stütze gegen das Sozialregime, das diesen Klassengedanken nur zu Propagandazwecken ausnutzt, an seine Realisierung aber nicht denkt, da sie das Ende des Sowjetregimes bedeuten würde. Es ist vor allem die Bauernbevölkerung der Ukraine, die heute den Kampf aufgenommen und in diesem Kampf, der auf Leben und Tod geht, bereits eine aktive Schicht von Führern herausgebildet hat.

Findet dieser Prozeß eine klar formulierte staatliche Ideologie, d. h. werden diese irrationalen und spontanen Strömungen durch eine bewußte politische und den sozialen Verhältnissen entsprechende Ideologie und Organisation geführt, dann werden sie in der Zukunft zu umwälzenden Veränderungen nicht nur in der Ukraine, die den Ausgangspunkt dieser Bewegungen bilden wird, sondern wohl in ganz Osteuropa hervorrufen. Ansätze zu dieser Ideologie sind bereits entstanden und finden sich in dem grundlegenden Werk des ukrainischen Historikers und Politikers W. von Lipinsky „Briefe an die Brüder Landwirte".

Da es hier nicht möglich ist, den ganzen Inhalt des umfangreichen Werkes wiederzugeben, beschränken wir uns auf einige Gedankengänge, die vor allem der neuen politischen Ideologie des Ständestaates gewidmet sind. Lipinsky spricht vom „klassokratischen" Staatsgedanken, weil der Begriff Klasse im Osten heute bereits allgemein bekannt ist*).

Nach Lipinskys Auffassung gibt es drei Methoden der politischen Organisation: die ochlokratische, demokratische und ständische, die in ihren verschiedensten äußeren Erscheinungsformen Veränderungen unterworfen sind und selten rein auftreten. Aber über diese Hauptformen der politischen Organisationsmethoden ist die Menschheit nicht hinausgeschritten.

---

*) Da der Ausdruck „Klassokratie" im Deutschen aus sprachlichen Gründen nicht verwendet werden kann, wird er im Folgenden durch „Ständeherrschaft" ersetzt.

Diese Organisationsmethoden hängen von dem jeweils verschiedenen Verhältnis des Staates (des materiellen Prinzips) zur Gesellschaft oder zur Nation (dem geistigen Prinzip) ab.

Die ochlokratischen Organisationsmethoden beruhen auf der Hypertrophie des Staates gegenüber der Gesellschaft. Die mechanisch-zentralisierte Staatsgewalt verdrängt die Gesellschaft und beraubt sie mehr oder weniger ihrer Selbständigkeit. Ein mechanischer Kollektivismus unterdrückt alle individuellen Regungen sowohl des Menschen als auch seiner gesellschaftlichen Organisationsmöglichkeiten Es gibt verschiedene Nuancen des ochlokratischen politischen Prinzips; so mehr „rechts" gerichtete Ochlokratien wie z. B. das zarische Rußland, die Vorkriegstürkei, Frankreich vor der Revolution, das heutige Italien, oder mehr „links" gerichtete wie das heutige sowjetistische Rußland u. a.

Im Gegensatze zur Ochlokratie wird in der Demokratie der Staat durch die Gesellschaft (Nation) verdrängt. Hypertrophie der Gesellschaft gegenüber dem Staat. Die höchste Entfaltung der individualistischen Triebe, die sich in liberalen Ideen äußern, wendet sich schließlich gegen die staatliche Autorität und untergräbt deren Bedeutung. Jede über dem Individuellen stehende Bindung, also in erster Linie der Staat und seine Bedeutung, muß zugunsten der individuellen Freiheiten der Gesellschaft (Nation) zurücktreten.

Auch hier können die verschiedensten Formen eines mehr „links" oder „rechts" gerichteten demokratischen staatlichen Prinzips festgestellt werden.

Als dritte Organisationsform hat nach Lipinsky das ständische Prinzip zu gelten. Wir wollen es seiner Aktualität wegen etwas ausführlicher behandeln.

In einer Ständeherrschaft besteht ein Gleichgewicht zwischen Staat und Gesellschaft (Nation), d. h. sowohl der Staat als auch die Gesellschaft füllen ihre eigenen sich gegenseitig ergänzenden Funktionen aus. Keines von beiden vergrößert sich auf Kosten des anderen. Das Verhältnis zwischen dem Gemeinsamen (Universellen, Ganzen) und dem Individuellen beruht auf Gegenseitigkeit. Das Gemeinsame, welches die Interessen der einzelnen zugunsten der Gesamtheit einschränkt, also die Funktionen des Staates ausfüllt, wird von dem individuellen Leben der Gesellschaft ebenso als notwendig anerkannt, wie das individuelle Leben der Gesellschaft vom Staate.

Im Gegensatz zu anderen Staatsformen, z. B. der demokratischen, beruht das ständische Prinzip auf einer organischen Gliederung der Gesellschaft in Klassen (Stände, Korporationen, Berufsklassen, Berufsorganisationen usw.). Daher setzt es eine Differenzierung der Nation in produzierende Klassen voraus. Diese produzierenden Klassen bilden durch die innige Verknüpfung ihrer Interessen mit dem Lande das Rückgrat der nationalen und staatlichen Einheit. Daher bildet die Voraussetzung einer jeden Ständeherrschaft eine organische Verwurzelung in den jeweiligen Landesinteressen -- im Gegensatz zur Ochlokratie, deren nomadenhafter Entwurzelung der mechanische, zentralisierte Beamtenapparat und eine fanatische Ideologie (Marxismus) entspricht. Die organische Verwurzelung der produzierenden Klassen muß daher gegen jeden Zentralismus gekehrt sein. Die Ständeherrschaft organisiert die Gesellschaft und die wirtschaftlichen Kräfte ihres Landes nicht vom Zentrum aus mit Hilfe eines bürokratischen Apparates, sondern an Ort und Stelle in den Gebieten ihrer Ansässigkeit. Daher bildet den charak-

teristischen Zug der Ständeherrschaft die weitgehendste Dezentralisation sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Beziehung.

Die führenden Schichten der Ständeherrschaft bilden weder durch eine fanatische Idee (meist ist es der Haß als treibender Faktor) untereinander mechanisch verbundene rassisch und berufsmäßig heterogene Ochlokraten, noch aus einer undifferenzierten Wählermasse auf Grund von demagogischer Agitation gewählte Führer, deren Erscheinung vom Zufall oder von der Geschicklichkeit der Agitation und den dahinterstehenden kapitalistischen Mächten abhängt, sondern Führer, welche als Vertreter der Klassen (Stände, Berufsorganisationen usw.) auftreten und vermöge ihrer persönlichen Eigenschaften aus den Klassen emporsteigen. Es ist daher eine Auslese der Führerschaft vorhanden, die weder von einem Zufall, noch von Demagogie abhängig ist.

Zum Charakter des ständischen Prinzips gehört auch, daß die Herrschaft der Stände nicht unbeschränkt ist. Allgemein gültige Gesetze regeln und schränken die Herrschaft der einzelnen Klassen sowohl gegenüber dem Staate, als auch gegenüber den anderen Klassen ein. Die Vorherrschaft einer Klasse und die vollständige Unterdrückung anderer Klassen, wie z. B. in der sogenannten Arbeiter- und Bauernregierung, ist bei einer wahren Ständeherrschaft undenkbar. Hier füllt eine jede Klasse die ihr im Verhältnis zum Ganzen angemessene Aufgabe aus.

Den sittlich-geistigen Gehalt des Ständestaats kann nur die christliche Religion bilden. Sie ist gekennzeichnet durch den hohen universellen Geist, der im Irrationalen, Göttlichen wurzelt; daher verwirft sie den materialistischen Individualismus und Rationalismus. Ein Zeitalter der Ständeherrschaft zeichnet sich meist durch eine hohe materielle und geistige Kultur aus, die durch gewisse rhythmische und organische Formen des gesellschaftlichen Lebens bedingt wird.

Das ständische Prinzip ist, im Gegensatz z. B. zur Ochlokratie, die sehr leicht einer Erstarrung verfällt, durchaus regenerationsfähig. Diese Regenerationsfähigkeit beruht auf einem harmonischen Verhältnis zwischen Fortschritt und Konservatismus. Konservatismus bewahrt den Ständestaat vor den radikalen fortschrittlichen Ideen, die Aufnahme eines gesunden Fortschritts umgekehrt schützt ihn vor dem Erstarren im Konservatismus, vor der Reaktion.

Auch die Ständeherrschaft tritt nicht immer rein auf. Am reinsten verkörpert finden wir sie in dem mittelalterlichen Rittertum, von dem England und Ungarn am stärksten geprägt wurden; sie haben bis heute diese Züge nicht ganz eingebüßt. Auch in Deutschland haben sich Spuren der Ständeherrschaft bis heute erhalten, während sie in Frankreich durch die Ochlokratie der Ludwige und die moderne Demokratie vollständig vernichtet worden ist. In der Ukraine hat der Ständegedanke im sogenannten kosakischen Ritteradel seine Verkörperung gefunden, und auf dessen noch nicht ganz vernichteten Grundlagen erheben sich wieder die politischen Traditionen des Ständestaats, die nun durch den Druck des ochlokratischen russischen Regimes immer schärfer zum Vorschein gebracht werden.

Die Wiedergeburt des ständischen Gedankens in Osteuropa, vor allem in der Ukraine, ist auch für Westeuropa, vor allem aber für Mitteleuropa nicht ganz gleichgültig. Den chaotischen Verhältnissen, die in der Nachkriegszeit in allen Staaten, vor allem aber in den sogenannten „besiegten" Ländern in Er-

scheinung getreten sind, kann weder der westeuropäische Kapitalismus, noch die kommunistische Agitation ein Ende bereiten. Auch die bestorganisierte Demokratie erweist sich als zu schwach, um diesen immer bedrohlicheren Gefahren einer internationalen Kommerzialisierung oder Bolschewisierung Mitteleuropas die Stirn zu bieten.

Diesen Selbstschutz kann nur eine neue politische und soziale Ideologie schaffen. Der ukrainische „klassokratische" Gedanke, erneuert unter dem Druck der moskowitischen Ochlokratie, bildet einen vorgeschobenen Posten, der im Kampf um eine bessere Zukunft Europas nicht übersehen werden sollte. Er bildet einen Damm gegenüber der sarmatischen Gefahr, welche von Osten her nach der ganz richtigen Beobachtung Sokolowskys die Versandung Europas vorbereitet..

Umschau

Terror in Estland?

Das Attentat auf den Revaler Garnisonschef, General Unt, am 3. April, an dessen Folgen der General inzwischen gestorben ist, hat in Estland begreifliche Erregung ausgelöst. Man vermutet darin wohl mit Recht einen bolschewistischen Terrorakt, ja man glaubt annehmen zu müssen, daß es nicht der letzte dieser Art gewesen ist. Der „Revaler Bote" hat die Folgen der Aufnahme dieser Kampfmethode für die Urheber selbst mit aller Klarheit beleuchtet: sie muß notwendig zu einer Verschärfung auch des Abwehrkampfes führen; bei den Machtverhältnissen in Estland und beim Charakter des estnischen Volkes ist es keine Frage, daß die Bolschewisten sich damit ins eigene Fleisch schneiden werden. Der 1. Dezember 1924 ist noch unvergessen.

Wenn es in Estland auch gewiß nicht geringe unsichere und verbrecherische Elemente gibt, die den Nährboden für bolschewistische Propaganda abgeben, so ist die Bevölkerung im ganzen doch sehr wenig geneigt, sich auf östliche Experimente einzulassen. Darauf beruht die innerpolitische Festigkeit des estländischen Staates. Allerdings — die Folgen der Agrarrevolution sind noch nicht überwunden. Sehr viel Unsicherheit im Rechtsempfinden, eine gründliche Verwirrung der Rechtsbegriffe ist ein Ergebnis der Agrargesetzgebung, das gerade auch unter dem Gesichtspunkt der bolschewistischen Gefahr wieder schwer ins Gewicht fällt.

An der Einstellung des estländischen Deutschtums kann kein Zweifel bestehn. Daß es bewußt eine Stütze der bürgerlichen Rechtsordnung ist, erhöht gerade in Krisenzeiten seinen moralischen Kredit.

R. W.

Kulturbeziehungen im Spiegel des Drucksachenimports

Lettland

Nach vor kurzem veröffentlichten statistischen Angaben importierte Lettland im Jahr 1928 aus dem Ausland im ganzen für 689,200 Ls verschiedene Drucksachen. Von diesem Betrag entfallen auf Bücher 491.000 Ls (im Gewicht von 109.161 kg) und auf Zeitungen, Zeitschriften usw. 198.000 Ls. Außerdem wurden 1928 noch 2425 kg geographische Karten, Atlanten und Globen im Wert von 13.637 Ls eingeführt. Auf den Kopf der erwachsenen Bevölkerung (im Alter von 20—60 Jahren) umgerechnet, bedeuten die ange-

führten Zahlen, daß jeder lettländische Staatsbürger im erwähnten Alter etwa 0.70 Ls im Jahr für ausländische Bücher, Zeitschriften, Zeitungen usw. ausgibt.

Bemerkenswert ist die Verteilung der obigen Zahlen auf die einzelnen Länder, von denen Lettland allgemeine und Tagesliteratur bezieht. Bücher, Zeitschriften und Zeitungen zusammengenommen, wurden von Lettland im Jahr 1928 aus folgenden Staaten für nachstehend angegebenen Betrag bezogen:

Deutschland	478.000	Ls
Polen	46.000	„
SSSR	40.000	„
England	18.000	„
Schweiz	17.000	„
Frankreich	14.000	„
Österreich	9.000	„
Estland	7.200	„
Vereinigte Staaten	7.000	„
Alle übrigen „	53.000	„
Zusammen	689 200	Ls

Wenn man die Einfuhr von Drucksachen in zwei Hauptgruppen teilt und in die erste nur Bücher aufnimmt, in die zweite Zeitschriften, Zeitungen usw., so erhält man folgende Tabelle:

	Bücher Wert		in Prozenten
Deutschland	345.000	Ls	70,3%
Polen	42.000	„	8,6 „
SSSR	37.000	„	7,5 „
Schweiz	13.000	„	2,6 „
England.	9.000	„	1,8 „
Frankreich	8.000	„	1,6 „
Österreich	6.000	„	1,2 „
Vereinigte Staaten	3.000	„	0,6 „
Estland	7.000	„	1,4 „
Andere Staaten	21.000	„	4,4 „
Summa	491.000	Ls	

	Zeitschriften usw. Wert		in Prozenten
Deutschland	133.000	Ls	67,2%
Polen	4.000	„	2,0 „
SSSR	3.000	„	1,5 „
Schweiz.	4.000	„	2,0 „
England	9.000	„	4,5 „
Frankreich	6.000	„	3,0 „
Österreich	3.000	„	1,5 „
Vereinigte Staaten	4.000	„	2,0 „
Estland.	200	„	0,1 „
Andere Staaten	32.000	„	16,2 „
Summa	198.200	Ls	

Aus den angeführten Zahlen kann man den Schluß ziehen, daß Lettland in sehr reger kultureller Verbindung vor allem mit Deutschland steht; abgesehen von der sowohl absolut als auch relativ überwiegenden Einfuhr von deutschen Büchern, Zeitschriften, Zeitungen usw. aus Deutschland selbst muß hierzu noch der gesamte Import von Drucksachen aus Österreich hinzugerechnet werden und wohl zum mindesten auch 90% der aus der Schweiz bezogenen Bücher usw. Die deutsche Literatur, Wissenschaft und Presse deckt somit etwa 3/4 des Gesamtbedarfs Lettlands an ausländischen Geisteserzeugnissen. Ein recht bedeutender Teil dieses Imports wird andererseits für Rechnung der deutschen und zum Teil wohl auch der jüdischen Bevölkerung Lettlands gehen. Trotzdem aber wird der Schluß nicht irrig sein, daß Deutschland der Hauptlieferant von Geistesprodukten für Lettland ist.

Hervorgehoben zu werden verdient ferner die Tatsache, daß Deutschland annähernd dreimal soviel Bücher als Zeitschriften und Zeitungen nach Lettland liefert, während bei den anderen beiden großen Kulturstaaten — England und Frankreich — sich ein ganz anderes Bild ergibt. Aus England bezieht Lettland für den gleichen Betrag einerseits Bücher, andererseits Zeitschriften und

Zeitungen, was augenscheinlich als ein Plus für die englische Tagespresse gebucht werden muß. Der zweite große angelsächsische Kulturkomplex, die Vereinigten Staaten von Nordamerika, sendet sogar mehr Zeitschriften und Zeitungen als Bücher. Bei Frankreich herrschen dagegen Bücher vor, was wohl mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit auf die Nachfrage nach moderner französischer Romanliteratur zurückzuführen ist.

Was Rußland anbetrifft, so wird die unbedeutende Einfuhr von Büchern usw. in russischer Sprache, obgleich das Russische in Lettland noch stark verbreitet ist, wohl dadurch kompensiert, daß sowohl russische Bücher als auch russische Zeitschriften und Zeitungen in Lettland selbst gedruckt werden. Die polnische Bevölkerung Lettlands, deren Zahl nach der Zählung von 1925 51,143 Personen erreichte, scheint in Lettland kaum Bücher usw. in polnischer Sprache herauszugeben. Dadurch erklärt sich auch der relativ recht bedeutende Import von Büchern und Zeitschriften in polnischer Sprache. (Zum Vergleich sei erwähnt, daß nach derselben Volkszählung die deutsche Bevölkerung Lettlands einen Bestand von 70,964 Personen aufwies, die russische sich auf 231,658 Personen belief und die jüdische auf 95,675).

Die statistischen Zahlen in diesen Ausführungen sind einem Aufsatz von A. Zeichner im „Ekonomist" über die wirtschaftlichen Beziehungen Lettlands zu anderen Staaten entnommen.

J. Hahn

Estland

Im Jahre 1928 wurden nach Estland insgesamt 49,485 kg Drucksachen im Werte von 154,155 Kronen eingeführt. Hiervon entfallen auf Bilder und Postkarten 15,871 Kronen (davon 10,115 Kr. aus Deutschland), auf geographische Karten und Atlanten 1718 Kr. (davon 1546 Kr. aus Deutschland), auf Noten 9036 Kr. (davon 8301 Kr. aus Deutschland), auf Bücher in fremden Sprachen 35,741 kg für 106,591 Kr. und auf Bücher in estnischer Sprache 8789 kg für 20,937 Kr.

Der Import von Büchern in fremden Sprachen verteilt sich auf die Herkunftsländer wie folgt:

Deutschland	26,588 kg	82,580	Kronen
Lettland	3,465 „	7,306	„
Finnland	1,590 „	4,159	„
SSSR	1,375 „	4,157	„
England	710 „	2,174	„
Schweden	437 „	1,098	„
Frankreich	374 „	1,822	„

Zu bemerken wäre hierzu, daß verhältnismäßig viel russische Literatur aus Westeuropa (wahrscheinlich am meisten aus Lettland, von wo allerdings auch viel deutsche Bücher kommen) eingeführt wird.

H. v. S.

Lettische Zeitschriften

Die lettische Monatsschrift „Burtnieks" erscheint in ihrem vierten Jahrgang. Die Zeitschrift zeichnet sich durch Vielseitigkeit aus. Literarisches, Fragen der Volkshygiene und die Auseinandersetzung mit dem Sozialismus nehmen einen bevorzugten Platz ein. Eine Umschau berichtet ständig über die politischen Ereignisse in Lettland und Deutschland und bringt Referate aus dem Gebiete der Literatur und Kunst.

Ein besonderes Interesse beanspruchen die Hefte 2 und 3 dieses Jahrganges durch die Mitarbeit A. Needras, der literarhistorische Kommentare zu seinem Roman „Im Rauch der Rodung" (Līduma dūmos) veröffentlicht. Es handelt sich um die Schilderung dreier

Vertreter der baltischen Gesellschaft aus der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, die Needra zu Vorbildern einzelner Personen seines Romans geworden sind.

Bemerkenswert ist die Schilderung des Lebens auf einem kurländischen Gutshof in der Zeit des Ausklanges der Naturalwirtschaft, in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts.

Agrarpolitisch zeichnet Needra folgende Situation:

„Die baltischen Gutsbesitzer standen vor demselben Agrarproblem wie die Bauern: wie kommt die junge Generation zu Arbeit und Brot? Der Bauernsohn war dem Herrensohn mit der Antwort um zwei Generationen vorausgeeilt. Daher stand es außer Zweifel, daß im erwarteten Kampf um das Land der Bauer gewinnen würde."

„Den Kampf zwischen dem Gutsbesitzer und dem Bauern um das Land dachte ich mir als innere Kolonisation auf privatrechtlicher Grundlage, wobei der Gutsbesitzer nach dem Aufhören der Naturalwirtschaft gezwungen sein würde, sein Land und seine Wälder zu kapitalisieren und das Land zu verlassen, damit seine Kinder nicht im Kleingrundbesitz zu versinken hätten, wie das zum größten Teil mit dem polnischen Adel geschehen war. Dieses Land des Gutsbesitzers, glaubte ich, würden die Söhne der Bauern kaufen, so wie ihre Väter vom Gutsbesitzer das Bauerland gekauft hatten, hierdurch dank ihrer praktischen Bildung und ohne die Hemmungen der Standestraditionen ihren zurückgebliebenen Gegner überwindend. Das Leben hat diese Frage in anderer Weise gelöst, und dennoch scheint es mir, daß der von mir vorausgesehene Weg der natürlichere gewesen wäre."

Gewiß. Doch weiß man es nicht nur in baltischen Kreisen schon lange, daß die sogenannte Agrarreform keine wirtschaftliche Lösung der Frage, sondern eine politische Aktion der Vernichtung sein sollte.

Auch in der kurzen Bewertung der heutigen Situation erweist sich Needra nicht als gestaltender Politiker, sondern als gestaltender Dichter und Idealist:

„Die Hingabe an eine äußere Aktivität, das Einswerden mit dem Strome des Lebens lernte ich kennen und verstehen bei Westphahls (Pseudonym für einen Gutsbesitzer. Die Red.). Auch dieses hat seine Schönheit und seinen Wert — auch wenn es dich (den gewesenen Gutsbesitzer) in das Armenhaus des Gutes, oder in die Verbannung (Needra selbst) führen sollte.

*

Die lettische Monatsschrift „Daugava" („Düna") erscheint im dritten Jahrgang, herausgegeben von der A.-G. Walters und Rapa. Die Monatsschrift, mit einem sehr guten Vielfarbendruck und Textbildern geschmückt, hat ausgesprochen literarischen Charakter; sie öffnet ihre Spalten an erster Stelle den Vertretern des zeitgenössischen lettischen Schrifttums, und neben Übersetzungen einzelner Erscheinungen ausländischer Literatur bringt die Zeitschrift ausführliche und sehr interessante Besprechungen fremden literarischen Schaffens.

Aus dem engen Rahmen einer Zeitschrift ein Urteil über das heutige lettische Schrifttum zu fällen ist nicht möglich. Auch wäre es verfrüht, nach den wenigen Heften, die dem Verfasser vorgelegen haben, auf die ganze Zeitschrift zu schließen. Immerhin scheint eine dichterische Bearbeitung des täglichen Geschehens voranzustehen und zwar als Milieuschilderung – seit jeher die starke Seite der lettischen Literatur.

Während nun der Dichter der neuen Zeit mit nüchternem Blick und scharfer Kritik zu den Erscheinungen Stellung

nimmt, kann sich die heutige Darstellung der Vorkriegszeit offenbar nicht von einer sentimentalen schablonenhaften Vorstellungswelt befreien. Der brave Bauer ist ebenso unerläßlich wie der verachtenswerte Deutsche. Und doch klingt gerade in der heutigen Schilderung dieses Vorgestern beständig ein Ton der Erinnerung an sorgloses Wohlergehen mit an.

Bemerkenswert ist der Versuch einer Übersetzung einiger Prosastücke und Gedichte Stefan Georges. Die eigene Schönheit des Deutschen ist in einer Übersetzung doch nicht wiederzugeben. Lesenswert ist eine Schilderung der Persönlichkeit und des Werkes Friedrich Gundolfs durch eine begabte Philologin, S. Maurin, die im Verlaufe eines Semesters in Heidelberg Gundolfs, ihres Lehrers, persönliche Bekanntschaft machen konnte.

Wir werden Gelegenheit haben, auf einzelne Beiträge der Zeitschrift noch eingehender zu sprechen zu kommen.

—ll

Positive Kritik an der Kirche?

Eine solche zu bieten verhieß der letzte Vortrag des Dozenten Lic. G. Mensching vom 31. März d. J. im Schwarzhäuptersaal über „Idee und Aufgaben der Kirche" Insofern durfte er in gewissem Sinne als programmatisch für die vielseitige Vortragstätigkeit des in Riga geschätzten Redners gelten. In der Tat bot der Vortragende eine Reihe von Ausführungen, die in vielem beherzigenswert erschienen, wenn auch die Voraussetzung, als handle es sich hierbei um Dinge, die innerhalb der Kirche nie zur Erörterung gekommen seien, unzutreffend sein dürfte. Die große Mehrzahl der berührten Nöte, Fragen und Probleme sind im Gegenteil Gegenstand sorgfältigster Erörterung auf Synoden, Pastoralkonferenzen und kirchlichen Tagungen gewesen. Neu war vielleicht nur ihre Aufrollung vor breiterer Öffentlichkeit und einem begierig lauschenden Laienpublikum. Prinzipiell läßt sich gewiß nichts dagegen einwenden, daß die Dinge ohne Scheu vor der Öffentlichkeit zur Sprache kommen, was der Vortragende mit großer Energie forderte. Nur scheint mir, daß sich das auch ruhiger und objektiver tun läßt.

Es gibt eine sachliche Erörterung kirchlicher Fragen vor breiterem Publikum, die wirklich fördernd auf die Diskussion einwirken kann. Es gibt aber auch eine Alarmierung der Öffentlichkeit, die auf allerhand Sentiments der Hörerschaft eingeht.

Die Vermischung dieser beiden Möglichkeiten während des Vortrages gefährdete für mein Empfinden die eingangs in Aussicht gestellte positive Kritik nicht unwesentlich.

Zunächst blieb völlig unklar, gegen welch ein kirchliches Gebilde eigentlich die Ausführungen des Redners sich richten sollten. Anzunehmen war — der Vortragende, Doz. Mensching, ist protestantischer Theologe — daß die evangelische Kirche Gegenstand der Erörterung bilden sollte. Leider wurde aber nicht der leiseste Versuch unternommen, das Spezifische des protestantischen Kirchenbegriffes herauszuarbeiten, obwohl das Thema des Vortrages das eigentlich nahelegte. „Die Kirche" erschien vielmehr im Gegensatz zum enthusiastischen Urchristentum als leidige Notwendigkeit, als organisierte Religion, die stets ein Absinken von der ursprünglichen Höhe bedeute, als Hemmschuh für die Einbrüche unmittelbarer Lebens- und Geisteskräfte. Damit allein war eine positive Kritik an der Kirche unmöglich gemacht. Denn wie kann etwas positiv gewertet werden, was von vornherein als negative Größe erscheint? Eine sorgfältige Klarlegung etwa des lutherischen Kirchenbegriffes — und es gibt einen solchen von großer Tiefe! —

hätte hier zu wirklich positiven Ergebnissen geführt. So versandete alles in rein negativer Beurteilung, wobei bald von den Sünden der katholischen Kirche (Streben nach Gewalt, politische Machtgelüste), bald von den Mängeln des Protestantismus (Erstarrung zur toten Wortlehre) die Rede war. Die Einheitsfront fehlte. Man hatte den Eindruck des wahllosen Zusammentragens möglichst aller Fehler, die je den Kirchen als irdischen Gebilden zur Last gelegt werden konnten.

Eine positive Kritik hätte ferner das Eingehen auf die konkreten und nicht etwa imaginären kirchlichen Nöte und Verfehlungen der Hörerschaft erfordert, die der Vortragende vor sich hatte. Herr Lic. Mensching sprach zu Balten. Seine Hörer sollten seine Ausführungen auf die ihnen bekannten und vertrauten kirchlichen Verhältnisse beziehen. Das lag im Tenor des Vortrages. Das aber hätte ein sorgfältiges Studium und eine genaue Sachkenntnis der hiesigen konkreten kirchlichen Lage zur Voraussetzung gehabt.

Leider mußte sowohl das eine wie das andere fast völlig vermißt werden. Nur daraus läßt es sich erklären, daß „der" Kirche Dinge zur Last gelegt wurden (wie etwa die Glorifizierung des Krieges, das Staatskirchentum u. a. m.), die auf die hiesigen Verhältnisse paßten wie die Faust aufs Auge. Ähnliches gilt den Ausführungen über unlebendige Predigtweise und Zuschnitt des kirchlichen Interessenkreises auf den niederen Mittelstand, die unwillkürlich die Frage nahelegten, ob der Vortragende überhaupt aus eigener Anschauung etwas vom Wesen des baltischen Luthertums kennen gelernt habe, oder mit größter Selbstverständlichkeit Urteile über die kirchliche Lage im Reich schematisch auf die hiesigen Verhältnisse übertrage. Das ist gewiß ein vereinfachtes Verfahren, — aber ist es noch positive Kritik?

Im Verlauf seiner Ausführungen polemisierte Doz. Lic. Mensching gegen meine in dieser Zeitschrift geäußerten Gedanken über Religionsersatz, westöstliche Buntscheckigkeit und mystische Reklameartikel für Religion (vgl. „Baltische Monatsschrift" 1929 Heft 9 S. 510). Er schien sich durch die wörtlich zitierten Ausdrücke persönlich betroffen zu fühlen. Wenigstens ließ eine gewisse Erregung im Ton an dieser Stelle des Vortrages das vermuten. Nun braucht ja nicht alles Kritische, was in Riga verlautbart wird, unbedingt an *eine* Adresse gerichtet zu sein. Ich hatte beim inkriminierten Passus vorwiegend an amerikanische Reklameartikel gedacht, wie Schallplattenkonzerte und Sandwichtische zur Hebung der Kirchlichkeit (das wären die westlichen Einflüsse), und an die hier besonders akute Gefahr einer östlichen Stimmungsmystik, wie sie der griechisch-orthodoxe Kultus nahelegt, der erfahrungsgemäß auf viele unserer russisch orientierten Gemeindeglieder einen starken Einfluß ausübt. Freilich kann ich nach Anhören des Vortrages des Herrn Lic. Mensching mich des Eindruckes nicht erwehren, daß manche von seinen liturgischen Reformvorschlägen, in die gleiche, vom Boden des Luthertums aus bedenkliche Richtung zu weisen scheinen. Nicht liturgische Bewegungen mit ihrem Anhang an mystischen Stimmungswerten, sondern die lebendige Wahrheit des Evangeliums wird die Krisis der Kirche überwinden.

Am Ende seines Vortrages erhob Lic. Mensching die Anklage gegen „die" Kirche, sie verketzere die wahrhaft Heiligen, die zu ihr gesandt seien, und versäume so, die Kräfte und Personen an

sich zu fesseln, die ihr von Gott gegeben seien. Er ließ durchblicken, daß das auch in bezug auf seine Person eine Verfehlung der hiesigen Kirche darstelle, nicht ohne ganz zuletzt die Parallele zum Schicksal Christi inmitten seiner „Kirche" zu ziehen. Uns Balten berührte eine solche Parallele in bezug auf die eigene Person reichlich fremdartig. Rein sachlich aber möchte ich dazu bemerken: solange eine Kritik die konkrete Sachkenntnis unserer kirchlichen Lage fast gänzlich vermissen läßt, geschweige denn imstande ist, die positiven Werte unseres Kirchentums zum Anknüpfungspunkt weiterer Bemühungen zu machen, können wir sie nicht als positive Kritik unserer Kirche ansehen. Solange kann auch nicht wohl von Bundesgenossenschaft die Rede sein im Ringen um die Zukunft der Kirche. Es hat zu allen Zeiten ein Outsidertum kirchlicher Betätigung gegeben, das mehr Sache der Rhetorik als der praktischen Wirksamkeit blieb. Ich möchte die Hoffnung aussprechen, daß die so warme Aufnahme findende Vortragstätigkeit Doz. Menschings dieses Schicksal nicht zu teilen haben wird, wenn die Kritik, die er meint ausüben zu sollen, sich zu einer wirklich positiven ausgestaltet.

V. Grüner

Deutsches Schauspiel in Riga

Die großen theatralischen Ereignisse pflegen sich meist in der ersten Hälfte der Saison abzuspielen; nach Weihnachten flaut das Theaterleben immer merklich ab: das Publikum, von vielerlei gesellschaftlichen Verpflichtungen in Anspruch genommen, verhält sich bedeutend zurückhaltender. Demgemäß wird auch andererseits von der Leitung weniger geboten, was den literarisch gebildeten Besucher fesseln könnte. Von Weihnachten bis Fastnacht ist die Blütezeit der Zug- und Kassenstücke, mit denen man sich der vergnügungsfreudigen Stimmung dieser Zeit anzupassen versucht. Aufführungen ernsterer Stücke unterbleiben natürlich nicht, aber sie stehen nicht im Vordergrunde. Vielleicht ist das schade; aber es ist so, und bei unseren Theaterverhältnissen wird sich dagegen schwer etwas machen lassen.

In der Wahl der ernstzunehmenden Sachen hatte die Leitung unseres Schauspiels durchaus nicht immer eine glückliche Hand. (Von der sehr dankenswerten bereits besprochenen Aufführung von Shaws „Kaiser von Amerika" sehen wir hier ab.) Es begann mit Heibergs „Tragödie der Liebe" Heiberg steht unter Ibsenschem Einfluß. Von Ibsen und seiner Art psychologischer „Probleme" aber will man sich heutzutage noch immer etwas erholen. Wenn man aber doch etwas davon geben will, so sollte man einen echten Ibsen geben und nicht einen recht schwachen Abklatsch davon. Die „Tragödie der Liebe" mag seinerzeit als sozialethisches Problem gefesselt haben. Mit dem Verblassen des Problems schwindet jegliches Interesse dafür, denn rein künstlerisch und rein menschlich bietet sie herzlich wenig. Und wenn dann dazu noch der Dialog so wenig Interessantes bietet und so viel Plattheiten enthält wie hier, bleibt wirklich nichts nach.

Die Aufführung war durchaus nicht schlecht und die Hauptdarsteller (Herr Bäuerle und Frl. Dürath) gaben sich alle erdenkliche Mühe, doch noch etwas aus dem Stück zu machen. Es war aber nicht möglich.

*

Harlans „Jahrmarkt in Pulsnitz" — ein dionysischer Schwank — hat durchaus einen ernsteren Hinter-

grund, schildert nämlich die Unmöglichkeit der Durchführung einer rein dionysischen Weltanschauung, ihren unausbleiblichen Zusammenbruch bei dauernder Auswirkung und die Notwendigkeit der Abkehr vom Dionysischen zur schlichten Alltäglichkeit. Es ist aber dieser Gedanke dem Stück, das viel Heiteres und sehr viel Komik bietet, recht dezent und nicht aufdringlich unterlegt worden, es wird durchaus der Charakter des Schwankes eingehalten, so daß von einer störenden „Tendenz" keine Rede sein kann. Es ist Idee, aber nicht Tendenz, und dieses wird durchweg angenehm empfunden. Für die Bühnenwirksamkeit ist hier bestens gesorgt; etwas zuviel gesorgt, und manches für unser Empfinden selbst für einen „Schwank" zu stark und zu deutlich aufgetragen.

Herr Schubert gab den dionysischen Stadtrat Aßmann ganz mit jener gewaltsamen, nur auf sich selbst bedachten, welt- und menschenverachtenden Kraft, mit welcher diese Gestalt gezeichnet ist. Sonst wären noch Herr König und Frau Klein-Donath, erbschleichender Neffe nebst Frau, zu erwähnen, welche sehr erheiternd wirkten, vielleicht aber auch das Ihrige dazu taten, daß die Schwankszenen zu drastisch wirkten. Das übrige war im allgemeinen recht blaß.

*

Irgendwie fühlte man sich verpflichtet, wieder einmal einen Klassiker zu geben, und zwar sahen wir Grillparzers „Des Meeres und der Liebe Wellen" Das Bestreben, von Zeit zu Zeit klassische Stücke zu bringen, ist gewiß dankenswert. Aber es ist doch schon wiederholt darauf hingewiesen worden, daß gerade diese Stücke mit besonderer Vorsicht gewählt und behandelt sein wollen. Wenn man von der Notwendigkeit klassischer Aufführungen spricht, pflegt man auf die Jugend hinzuweisen, und die ist dabei auch immer recht zahlreich vertreten. Ich glaube, daß man mit schlechten Klassikeraufführungen weit mehr Jugendideale zerstören kann, als z. B. mit modernen Schwänken. Deshalb müssen besonders Klassikeraufführungen gut sein; kann man das nicht, so lasse man die Finger davon. Aber man biete nicht so etwas, wie diese Aufführung. Ich will mich über sie nicht näher verbreiten: sie war recht verheerend. Das möge genügen. (Zur Rehabilitierung der Qualitäten des Personals unseres Schauspiels mag gesagt sein, daß diese Aufführung in der Hauptsache das Produkt einer überaus oberflächlichen Einstudierung war, was sich vielleicht durch Zeitmangel erklären läßt; als Entschuldigung für die Aufführung indessen kann und darf es nicht dienen.)

*

Mit einiger Besorgnis sah man der Aufführung von Sudermanns „Stein unter Steinen" entgegen. Würde dieses doch recht stark unter dem Einfluß einer als überwunden geltenden naturalistischen Literaturperiode stehende Werk heute noch wirken? Aber es erwies sich wieder einmal, daß ein Talent, wie das Sudermanns, über die literarische Richtung, in welcher es sich vorzugsweise auswirkte, weit hinausragt und von ihr unabhängig wird. Es wird bei uns in literarischer und überhaupt künstlerischer Beziehung zu viel von Richtungen gesprochen und aus ihnen heraus geurteilt und dabei zu wenig die künstlerische Kraft gewertet, die einem Werke innewohnt, unabhängig davon, in welcher Epoche, welcher Richtung es entstand. Ich glaube, die Aufführung von Sudermanns „Stein unter Steinen" hat hier heilsam gewirkt. Jedenfalls hat sie ganz allgemein beeindruckt. Es mag wahr sein, daß dieser Eindruck ein sehr unmittelbarer war, daß bei näherem und tieferem Durchdenken vielleicht etwas davon abfiel. Aber es darf nicht vergessen werden, daß es sich hier um ein

Bühnenwert handelt, das ja in erster Linie auf einen theatralischen Erfolg berechnet sein muß. Daher muß hier gerade der unmittelbare Eindruck auf den Hörer als ausschlaggebend und wertbezeichnend angesprochen werden.

Das Stück ging als Ehrenabend für Wilhelm Schubert, welcher den schuldig-unschuldigen strafentlassenen Jakob Biegler gab. Seinerzeit ist dieses eine Glanzrolle von Bassermann gewesen; sie gibt in der Tat einem Charakterdarsteller unendliche Möglichkeiten, welche Herr Schubert mit seiner auch hier wiederholt anerkannten wirklich großen Darstellungskraft voll zur Geltung brachte. Von besonderer Wirkung war der eigentliche Höhepunkt des Stückes, die gewaltsame Auseinandersetzung mit dem brutalen Steinmetz Göttlingk (Herr Bäuerle), wo der vom Schicksal geschlagene „Verbrecher" sich zum ersten Mal mit all seiner Verzweiflungskraft gegen seine Bedrücker auflehnt. Der Schluß dagegen fiel etwas ab; er ist vielleicht auch das Schwächste am Stück, hier überwiegt die Berechnung auf theatralischen Erfolg doch zu stark, um überzeugend wirken zu können.

Auch sonst kann über diese Aufführung viel Gutes gesagt werden. Von den Einzelleistungen wären Herr Löser als Zarncke und vor allem Herr König als Struve zu nennen, der diese herrliche Gaunerfigur, welcher Sudermann so viel ursprüngliche Wahrheiten in den Mund legt, in ihrer ganzen Frische und Unkompliziertheit wiedergab. Der weiblichen Hauptfigur des Stückes dagegen — Ruth von der Ohe als Lore — mangelte es durchaus an Liebreiz und Ursprünglichkeit, was leider an manchen wirkungsvollen Stellen stark ins Gewicht fiel; einen entscheidenden Einfluß auf das recht gute Niveau dieser Aufführung konnte das indessen nicht ausüben, insbesondere, da auch die Nebenrollen im allgemeinen eine recht gute Wiedergabe fanden.

*

Unter den ernstzunehmenden Stücken der letzten Zeit wäre auch Marcel Pagnols Komödie „Das große ABC" zu nennen, trotz ihres unzweifelhaften Lustspielcharakters. An der durchaus lebendigen Aufführung konnte man sich freuen. Walter Bäuerle wußte die verschiedenen Stadien des Topaze – vom hungerleidenden Schulmeister zum Schieber großen Stils — überzeugend wiederzugeben, Wilhelm Schubert war vorzüglich in der heiter-zynischen Überlegenheit des Stadtrats Castel, ebenso erheiterte Rita Graun — Kurtisane Suzy — in ungebundener Natürlichkeit.

*

Mit den in diesem Jahr in Deutschland recht oft und erfolgreich aufgeführten „Zwei Kravatten" hoffte unser Schauspiel wohl mindestens einen Kassenerfolg zu erzielen. Aber sogar daraus wurde kaum etwas. Diese Revue kann nur durch große Aufmachung wirken, und unsere kleine Bühne sollte die Finger davon lassen. Hier läßt sich mit primitiven Mitteln, seien sie auch noch so nett gedacht, wie die hier inszenierte Drehbühne, nichts machen. Am Stück an und für sich ist nichts dran. Daß Georg Kayser sich zu einem solchen Schmarren hergeben konnte, bleibt unverständlich. Wahrscheinlich hatte der Erfolg der „Dreigroschenoper" der die „Kravatten" in der äußeren Aufmachung etwas ähneln, ihn dazu verleitet. Weder die Handlung, noch der Dialog, noch die Songs bieten etwas Interessantes oder Neues. Der Humor meist recht dürftig und die ernstgemeinten Szenen von einer katastrophalen negroiden Sentimentalität. — Auch die Musik von Mischa Spolianšky bietet nichts, was irgendwie fesseln könnte (ganz im Gegensatz zu seinen reizenden Improvisationen zu

Maughams Komödie „Victoria", die Reinhardt zurzeit in der „Komödie" in Berlin aufführt). Kein irgendwie durchschlagender Gedanke, recht dürftige Einfälle, und teilweise sentimentaler Kitsch. — Nur Stars und Riesenbühne können daraus etwas machen. Aber bei uns langt es nicht zu solch einer Revue (anders und höher können die „Zwei Kravatten" nicht bewertet werden).

Mehr Glück hatte das Theater schon mit Wallace's Kriminalstück „Der Hexer". Zugkräftig und spannend, hauptsächlich auf einer Überraschung aufgebaut. Hauptsache ist, daß das Publikum die ganze Zeit denkt: es ist der, und nachher ist es der andere. Man hat seine müheloſe Freude an der geschickten Technik. Die Aufführung war recht lebendig und brachte die Spannung zu gutem Eindruck.

Und dann gab es wieder einmal das liebe alte „Husarenfieber", hauptsächlich zur Freude unserer weiblichen Jugend, die sich so entrüstete, als man die darin enthaltenen Späße als abgetakelt bezeichnete. Es war gewiß nett von ihr, so für Althergebrachtes einzutreten. Aber ich fürchte, es wird nichts nützen.

Über die Benefize im nächsten Bericht.

W. Mueller

Berliner politischer Monatsbericht

Hindenburg regiert / Kabinett Brüning / Die neuen Männer / Hugenbergs Taktik / Warum ging Schacht? / Hellpachs Anklage / Die Außenpolitik tritt zurück / Der deutsch-polnische Handelsvertrag

Berlin, den 4. April 1930

Die Krise sei entspannt und nicht beendet, schrieben wir im Nachtrag unseres letzten Berichts, wo wir von der Annahme des Youngplans durch den Reichstag berichteten. Die letzten Ereignisse haben das bewiesen, denn ein äußerer Anlaß — das berühmt gewordene Viertel Prozent, um das die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung erhöht werden sollten — veranlaßte überraschenderweise die Sozialdemokraten, die Koalition aufzukündigen. Die taktischen Beweggründe sind offenkundig. Unter dem kommunistischen Druck wurde es den Sozialdemokraten immer unbehaglicher zu Mute. Die Wirtschafts- und Agrarkrise erfordert Maßnahmen, die man wohl einschränken, nicht aber völlig ausschalten konnte. Diese Maßnahmen werden bei der Arbeiterschaft nicht populär sein, und so hat die Sozialdemokratie die Flucht aus der Verantwortung vollzogen.

Der Frakionsvorsitzende des Zentrums, Dr. Brüning, begründete bei der dritten Lesung des Youngvertrages vor dem Reichstag die Zustimmung des Zentrums, die erfolgte, obgleich der Etat vorher nicht bereinigt worden war, damit, daß der Reichspräsident, Generalfeldmarschall von Hindenburg, ihm gegenüber zugesagt habe, daß notfalls mit dem Ausnahmeparagraphen der Verfassung (§ 48) der Etat Wirklichkeit werden würde. Nach der Ratifizierung der beiden Verträge, wobei der Reichspräsident zur Überprüfung der Sachlage das Liquidationsabkommen einige Tage zurückstellte, forderte Hindenburg in nicht mißzuverstehenden Worten eingreifende Maßnahmen zur Hilfe der Landwirtschaft und des deutschen Ostens. Das war und ist ein nicht wegzudeutender Teil der Kundgebung, in der der Reichspräsident die Unterschreibung der Verträge begründete. Es sei hier eingeschaltet, daß die Unterschrift des Reichspräsidenten, besonders auch auf dem Liquidationsabkommen, innerhalb der nationalen Front sehr verschieden beurteilt worden ist. Die Volkskonservativen, die gegen die Verträge gestimmt

haben, beeilten sich, dem Generalfeldmarschall ihr persönliches Vertrauen auszusprechen. Die bürgerliche Linke hat in ihrer Presse den Gegensatz zwischen Hindenburg und der nationalen Opposition in einer Weise parteipolitisch ausgeschlachtet, die auch nationalen Anhängern des Generalfeldmarschalls den Widersinn der Situation nicht erträglicher machen konnte. Zum offenen Angriff gingen die Nationalsozialisten über, während die D. N. V. P. und der Stahlhelm in Erklärungen zum Ausdruck brachten, daß sie trotz aller menschlichen Verbundenheit dem Generalfeldmarschall in der Sache nicht folgen könnten.

Das Vorhergesagte begründet unsere Feststellung, daß die politische Initiative in starkem Maße in die Hand des Reichspräsidenten übergegangen ist. Aufgaben, die gelöst werden müssen, wurden von ihm gekennzeichnet und als nächster Schritt dann die Männer seines Vertrauens zur Regierung berufen. Es hat diesmal nach dem Regierungssturz keine wochenlangen Verhandlungen zwischen den Fraktionen gegeben. Am Freitag mittag wurde Dr. Brüning, der Fraktionsvorsitzende des Zentrums, mit der Kabinettsbildung beauftragt, am Sonntag morgen das Kabinett dem Reichspräsidenten präsentiert und vereidigt, und am Donnerstag den 3. April umschiffte das Kabinett die erste parlementarische Klippe.

Man muß sich darüber klar sein, daß das Kabinett Brüning eine parlamentarische Regierung der Mitte ist, die ihre Ergänzung findet durch jene Rechtsgruppen, die glauben, daß die Lage mindestens eine parlamentarische Notstandsarbeit erfordere. Personell kommt das darin zum Ausdruck, daß der Führer der Volkskonservativen Treviranus und der Präsident des Reichslandbundes Schiele dem Kabinett angehören, ebenso wie Professor Bredt, der Vorsitzende der Wirtschaftspartei, die selber noch nie verantwortliche Regierungsarbeit geleistet hat. Die Urheberschaft für das Kabinett kommt in erster Linie Treviranus zu und dann Brüning, zwei Männern, die durch persönliche Freundschaft eng verbunden sind. Aber nicht alle Pläne von Treviranus sind Wirklichkeit geworden. Der Einspruch der Volkspartei sicherte Curtius weiterhin das Außenministerium, mit dem eigentlich Treviranus betraut werden sollte. Auch daß Wirth, dessen Wort „Der Feind steht rechts!“ noch nicht vergessen ist, dem Kabinett angehört, und zwar als Innenminister, dürfte nicht gerade den Wünschen von Treviranus nnd Schiele entsprechen.

Neue Männer sind mit dieser Regierung in den Vordergrund getreten, darum einige Worte. Auffallend ist einmal die Verjüngung. Die Frontgeneration rückt in die Verantwortung hinein. Treviranus zählt 39 Jahre, Brüning 44, Bredt 51 Jahre. Treviranus war aktiver Marineoffizier, wurde dann nach dem Kriege Direktor der Landwirtschaftskammer Lippe-Detmolds, seiner Heimat. 1924 rückte er als Deutschnationaler in den Reichstag ein. Er war besonderer Vertrauensmann Hugenbergs, trat dann als Taktiker der Fraktion hervor bei den Verhandlungen, die zum Regierungseintritt der Deutschnationalen führten. In gleichem Maße, wie seine Zusammenarbeit mit dem damaligen Führer Westarp und mit der Gruppe um Lindner-Wildau wuchs, entfremdete er sich Hugenberg. Sachliche wie persönliche Gründe müssen dafür verantwortlich gemacht werden. Persönlich sehr gewinnend, glänzender Taktiker, guter Redner, beweglich, aufnahmefähig für neue Gedanken, die die Jugend bewegen, — so kann andeutungsweise der neue Minister für die besetzten Gebiete, der noch vor kurzem der jüngste Abgeordnete der D. N. V. P. war, gekennzeichnet werden.

Die Heimat Brünings ist nicht weit von der von Treviranus entfernt: Brüning ist Westfale. Er trat 1915 als Kriegsfreiwilliger in das Heer ein, wurde nach dem Kriege Referendar im Wohlfahrtsministerium und übernahm 1921 die Geschäftsführung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, also der Christlichen Gewerkschaften. Die Dezemberwahlen 1924 brachten ihn in den Reichstag. Nur einem kleinen Teil der Öffentlichkeit wurde er als Finanzkenner bekannt. Selbst dann blieb dieser Gewerkschaftsführer für die Öffentlichkeit noch ein unbeschriebenes Blatt, als er vor einem Jahre die Fraktionsführung des Zentrums übernahm. Kurz sei noch erwähnt, daß Dr. Bredt, Professor für Staatsrecht in Marburg, schon 1911 als Freikonservativer in das preußische Abgeordnetenhaus einzog. 1921 übernahm er die Führung der neuen Wirtschaftspartei, die Mittelstandskreise sich zur Vertretung ihrer Interessen schufen, der aber ein klares staatspolitisches Programm fehlt. Der Reichsernährungsminister Schiele, ein Altmärker, Präsident des Reichslandbundes, Innenminister im Kabinett Luther, später dann Ernährungsminister, steuerte seit langem einen realpolitischen Kurs, der sich in der „Grünen Front" ein Mittel geschaffen hat. Auf besonderen Wunsch des Reichspräsidenten gehört er diesem Kabinett an, wobei er in Übereinstimmung mit dem Parteiführer Geheimrat Hugenberg sein Reichstagsmandat niedergelegt hat.

Handelt es sich bei diesem Kabinett Brüning um das Präsidial-Kabinett, das wir vor einigen Monaten für den Herbst prophezeiten? Wir müssen diese Frage mit Nein beantworten und zum Verständnis dieser Antwort auf jene Ereignisse zurückgreifen, die wir im letzten Brief schon streiften, also den Rücktritt Schachts und die Ernennung *Luthers* zum Reichsbankpräsidenten. Die Leser werden wissen, daß im Zusammenhang mit der Möglichkeit eines Präsidial-Kabinetts stets der Name des früheren Reichskanzlers Dr. Luther genannt wurde. Die Aufgaben und die Position eines solchen Kabinetts sind gerade auch in den Arbeiten des von ihm geführten Erneuerungsbundes teilweise gekennzeichnet worden. Also präsidentielles Kabinett heißt: nicht-parlamentarisch und fraktionsungebunden. Auf den Ruf des Reichspräsidenten hin verfassungsmäßig gebildet, müßte es seine Aufgabe sein, die nötige Reichs-, Verfassungs- und Finanzreform vorzunehmen als dringendste Aufgaben, ohne deren Lösung auf die Dauer eine wirksame Wirtschafts- und Agrarhilfe nicht möglich ist. Die Durchführung verlangt parteiungebundene Männer, die sich notgedrungen aller Mittel bedienen werden.

Im Verlaufe der letzten Wochen erwies es sich, daß die Bereitschaft der Mittelparteien, einen solchen Kurs zu steuern, noch nicht vorhanden ist. Die Bestätigung brachte auch der Parteitag der Deutschen Volkspartei und Äußerungen Brünings. Nur so kann es verstanden werden, daß sich Dr. Luther bereit erklärte, das ihm angebotene Reichsbankpräsidium zu übernehmen, wodurch er sich für die größere politische Kombination ausgeschaltet hat. Das jetzige Kabinett Brüning dünkt uns der letzte parlamentarische Versuch zu sein, auf parlamentarischem Wege mit Parteimännern die Krise zu meistern. Die offen angedrohte Anwendung des § 48 dann, wenn das Parlament Brüning Schwierigkeiten machen sollte, beweist nicht das Gegenteil. Die Gefahr besteht, daß dieses Kabinett, nachdem es die dringendste Notlage der Landwirtschaft beseitigt, die Finanzen stabilisiert, die allgemeine Krisenstimmung überwunden hat, von neuem einem Linkskabinett Platz machen muß, nachdem die Sozialdemokraten die Oppositions-

zeit benutzt haben, um ihren Kredit in der Arbeiterschaft zu verstärken. Daß es sich nicht um einen grundsätzlichen Wandel handelt, daß die gekennzeichnete Gefahr besteht, wird vor allen Dingen dadurch bewiesen, daß das Zentrum die Linkskoalition in Preußen nicht aufgekündigt hat und somit die Sozialdemokratie weiterhin in der entscheidenden Machtposition läßt. Die Deutschnationalen haben als eine der Voraussetzungen für eine Regierungsbeteiligung die Forderung erhoben, daß vom Zentrum gleichzeitig in Preußen die Konsequenzen gezogen würden. Das ist nicht geschehen und begründet die Opposition, die ja auf eine endgültige Beseitigung des Parlamentarismus hinarbeitet. Damit sind die Argumente Hugenbergs gekennzeichnet, aber noch nicht die Haltung der deutschnationalen Fraktion. Es ist ein offenes Geheimnis, daß Treviranus Dr. Brüning zugesagt hatte, daß 40 deutschnationale Abgeordnete das Kabinett unterstützen würden, eben wegen seines Agrarprogramms. Die Richtigkeit der Zusage hat sich zum Teil erwiesen. Der Landbund hat Schiele das Vertrauen ausgesprochen, und die dem Landbund nahestehenden Abgeordneten der D. N. V. P. wollten von einem Mißtrauensvotum nichts wissen. Die tagelangen Kämpfe in der D. N. V. P. haben mit einer Überraschung geschlossen: unter Vorantritt Hugenbergs hat die deutschnationale Fraktion sich gegen den sozialdemokratischen Mißtrauensantrag ausgesprochen, der daher mit 252 gegen 187 Stimmen abgelehnt wurde. Die Deutschnationalen haben also Brüning davor bewahrt, den Reichstag aufzulösen. Sie haben aber durch Hugenberg ihre Ablehnung des Kabinetts ihre Opposition in scharfen Worten zum Ausdruck gebracht, wobei sie gleichzeitig betonten, daß nur die Rücksicht auf die Landwirtschaft sie hindere, die Regierung zu stürzen.

Auf zwei Dinge muß in diesem Zusammenhang noch eingegangen werden. Wir meinen die weitere Stellungnahme der D. N. V. P. und die Entwicklung des Kabinetts Brüning. Ein demokratisches Blatt hat das Abstimmungsergebnis unter der Schlagzeile gebracht: „Hugenberg besiegt" Diese Behauptung ist irreführend. Zwar trifft es zu, daß Hugenberg sich innerhalb der deutschnationalen Fraktion nicht durchsetzen konnte. Denn nur 27 Abgeordnete folgten ihm, während 19 willens waren, gegen das Mißtrauensvotum zu stimmen, und 9 sich der Stimme enthielten. Da 12 Abgeordnete zum Ausdruck brachten, daß sie bei einem Fraktionszwang die deutschnationale Partei verlassen würden, schien eine weitere Spaltung der D. N. V. P. bevorzustehen. Dann hätte das Zentrum gesiegt und Hugenberg wäre als Besiegter auf der Strecke geblieben. Man darf keineswegs aus dem Auge verlieren, daß der Kampf von Hugenberg in diesem Jahre gegen das Zentrum geführt wurde, das sich aus seiner sozialistischen Bindung vor allem auch in Preußen lösen sollte. Brünings Gegenzug war die Kabinettsbildung, welche die D. N. V. P. zerschlagen sollte. Unter öffentlicher Klarstellung dieser Taktik hat darum Hugenberg das Mißtrauensvotum gegen die Regierung Brüning abgelehnt.

Wir sagten, das Kabinett Brüning sei eine parlamentarische Regierung der Mitte. Als solche kann sie wohl das Agrar- und Ostprogramm durchführen; dann aber wird ihr Schicksal als Minderheitsregierung besiegelt sein. Wir wollen kein Urteil darüber wagen, ob dieses Kabinett selbst nach ein- oder zweimaliger Reichstagsauflösung, wobei die Neuwahlen wohl eine Stärkung der radikalen Flügel, aber keine Verschiebung der parlamentarischen Gewichte mit sich bringen

würden, sang- und klanglos von der politischen Bühne abtreten wird, weil eine parlamentarische Mehrheit es gestürzt hat. So viel ist sicher: auch das Kabinett Brüning hat es in der Hand, sich zu einer Präsidialregierung, welche die entscheidenden Reformen vornimmt, zu entwickeln, wobei eine Auswechslung bestimmter Persönlichkeiten allerdings unvermeidbar wäre. Wenn Brüning das nicht tut, dann wird nach einem parlamentarischen Zwischenspiel eine Präsidialregierung kommen, nunmehr allerdings gebildet von anderen Männern. Kein Zweifel, daß die Entwicklung in dieser Richtung geht.

Da der plötzliche Rücktritt des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht kaum eine Erklärung gefunden hat, sollen hier darüber noch einige Worte gesagt werden. Wir haben früher auf das stärkere politische Hervortreten Schachts hingewiesen, das ihn nicht nur in Gegensatz zu den Reparationsmächten, sondern auch zu der deutschen Regierung, insbesondere zu den Sozialdemokraten, brachte. Es ist erstaunlich, in wie schneller Zeit Schacht seinen persönlichen Kredit, den er besonders in bestimmten Finanzkreisen der Vereinigten Staaten genoß (die Morgan-Gruppe), verbraucht hat. So gelang es ihm dann auch nicht, die Wahl des Franzosen Quesnai zum Präsidenten der Internationalen Tributbank zu verhindern. Alles das hätte noch keine Veranlassung für Schacht zu sein brauchen, den von ihm selbst gewählten Kampfplatz zu räumen. Hier gibt das Temperament und der Charakter des Mannes Schacht allein eine Erklärung. Der Reichsbankpräsident ist Niedersachse, vielleicht mit friesischem Einschlag. Und so findet sich in ihm in Überspitzung ein Wesenszug dieses Volksstammes: Schroffheit und Individualismus. Schacht hat auch als Reichsbankpräsident nie anders gehandelt, als ein niedersächsischer Bauer, der als ein kleiner König auf seinem Einzelhof sitzt, alle Entscheidungen selbst fällt, unbekümmert um die Umwelt. Man erzählte sich in politischen Kreisen von Schacht, er stünde immer in Opposition zu den Handlungen, die von der Regierung gefällt würden. Wie weit diese Behauptung zutrifft, kann schlecht beurteilt werden. Ihr Kern ist aber richtig. Auf diese Eigenschaften muß der Widerstand zurückgeführt werden, den Schacht schließlich überall fand, sie erklären auch, warum er aus plötzlichem Unwillen heraus sein Amt hinwarf. Wenn sich die anderen seinen Vorschlägen nicht fügen wollten, dann sollten sie ohne ihn arbeiten. So ungefähr muß der Gedankengang Schachts gewesen sein.

Der Nachfolger des Reichsbankpräsidenten, Dr. Hans Luther, zeigt ähnliche Züge wie Schacht. Auch er, der, ohne Mitglied einer Partei zu sein, verschiedenen Regierungen angehörte, noch als Ernährungsminister die Stabilisierung der Mark vorbereitete, für die er dann als Finanzminister verantwortlich zeichnete, liebt es, als eine nur sich selbst verantwortliche Persönlichkeit zu handeln. Die Übertragung seiner Arbeitsweise, die er als Oberbürgermeister mit Erfolg anwenden konnte, auf die parlamentarische Politik hat ihm dann auch den Hals gebrochen. Luther mußte feststellen, wie schwer es für ihn war, diesen unausgesprochenen Bannfluch der Parteipolitiker und Interessenvertreter zunichte zu machen. Seine politische Initiative tat das Ihre, damit die Öffentlichkeit ihn nicht vergaß. So ist es denn kein Zufall, daß in den letzten Monaten der kluge Taktiker, der persönlich gewinnend und sehr aufgeschlossen ist für neue Gedanken, immer wieder genannt wurde, wenn es sich um die Besetzung eines wichtigen Postens handelte. Sofort nach dem Rücktritt Schachts nannte ihn die Tagespresse an erster Stelle.

Wirklicher Widerstand auch in der Öffentlichkeit regte sich nirgends. War es der Wunsch, diesen nicht sehr bequemen Mann zum Reichsbankpräsidenten zu machen, damit er nicht zum Kanzler eines antiparlamentarischen Kabinetts würde?

Für die Entwicklung innerhalb der Mittelparteien und darüber hinaus aber auch kennzeichnend für das parlamentarische System ist der Brief, in dem Prof. Hellpach, früherer Staatspräsident Badens und Kandidat der Demokratischen Partei für das Amt des Reichspräsidenten, die Niederlegung seines Reichstagsmandats begründete. Diese Begründung, die durchaus nicht ideologischer Art ist, wurde von den demokratischen Zeitungen freundlich kommentiert, derart, daß man den früheren Reichspräsidenten-Kandidaten der Demokraten zu einem großen geistigen Menschen emporlobte, der deshalb in dem Parteigetriebe keinen Platz finde. Das „Berliner Tageblatt" stellte fest, daß die demokratische Fraktion den Nachfolger Hellpachs, den Handwerksvertreter Bartschat, als Zuwachs lebhaft begrüßte. Wenn diese Partei und mit ihr die anderen sich in der gleichen Richtung entwickeln, wie sie es jetzt noch freudig begrüßen, dann werden sie allerdings bald weder Zuwachs noch Nachwuchs bei sich sehen. Denn es sind ja wahrhaftig nicht nur Professoren, die die zunehmende „Arbeitsanarchie des Reichstages, die jedes berufliche Schaffen zerstört", bedauern. „Das Ausscheiden einer ganzen Reihe von Gelehrten und das Fernbleiben bedeutender Träger der Wirtschaft sind Anzeichen dafür, daß unser Parlament sich schließlich nur aus Einwohnern von Berlin, vertretbaren Beamten und in der Hauptsache aus Existenzpolitikern zusammensetzen wird, teils aus solchen, die als angestellte Interessenvertreter hineindelegiert sind, teils aus anderen, die überhaupt ihr materielles oder moralisches Dasein auf ein Mandat bauen. Damit aber hört das Parlament auf, echte Volksvertretung zu sein, und es würde reif dafür werden, anderen politischen Vertretungsformen zu weichen, in denen das wirkliche Volkstum des gesamten Reiches seinen Spiegel und Ausdruck findet." Geistespolitische Teilnahmlosigkeit, mangelnde Initiative bei den Reformen, die gerade heute außerhalb des Reichstages liege, zunehmende Passivität gegenüber der Parteierneuerung, wo das Gesetz des Handelns an die Rechte übergegangen sei, all das wirft Hellpach den Demokraten vor. Die Presse dieser Partei aber gibt keine Antwort oder beschäftigt sich mit dem „ideenreichen Gelehrten, vielseitigen und stets anregenden Denker".

Wenige Worte noch zuletzt über die Außenpolitik, von der nunmehr mit Ausnahme eines Akts nichts Wesentliches zu berichten ist. Nach dem Abschluß der Young-Verträge dürfte unserer Ansicht nach während mehrerer Jahre sich das gleiche Bild ergeben. Man muß sich einer entscheidenden Wandlung bewußt werden. Seit 1918 bis zu diesem Tage ist die Frontenbildung in mehr oder minder starkem Maße von außenpolitischen Parolen bestimmt worden. Im Zeichen außenpolitischer Forderungen kämpfte vor allem die nationale Opposition, deren stärkste Waffe der Kampf gegen die Erfüllungspolitik war. Nach der Ratifizierung des Young-Plans ergibt sich ein anderes Bild. Bekanntlich ist ja einer der wesentlichsten Unterschiede zwischen Young- und Dawes-Plan darin zu sehen, daß der jetzige Vertrag im Gegensatz zu seinem Vorläufer kaum noch Möglichkeiten für eine Revision offen läßt; soweit eine solche überhaupt in Frage kommt, liegt sie nicht im Bereich des Politischen, sondern des Wirtschaftlichen. Mit anderen Worten: die Revision kann nur gering willensmäßig hervorgerufen

werden. Daraus ergibt sich von selbst der Schluß, daß eine Opposition gegen die Erfüllungspolitik wohl ihre moralische, nicht aber ihre realpolitische Bedeutung behält. Weiterhin ist durch die tatsächlich vollzogene Wendung in der Politik gegenüber Polen eine Lage geschaffen worden, die uns ebenfalls zumindest für den Augenblick der Möglichkeiten beraubt, politische Ziele im Osten zu verwirklichen. So glauben wir denn, daß für einen bestimmten Zeitraum die Außenpolitik hinter der Innenpolitik zurücktreten wird. Der Posten des Außenministers dürfte in diesem Zeitabschnitt der undankbarste sein. Denn viele Erwartungen werden sich an neue Außenminister knüpfen, sehr wenige aber erfüllt werden. Jedenfalls bis zu dem Augenblick, wo ein Wandel der gesamteuropäischen Situation wieder eine aktive Außenpolitik möglich macht, in deren Verlauf die Reparationsfrage und die Revisionsforderungen von neuem und dann mit Erfolg aufgerollt werden können.

Der letzte Akt, über den der Reichstag in den nächsten Tagen zu entscheiden haben wird, ist der deutsch-polnische Handelsvertrag, der den fünfjährigen Zollkrieg beendet. Hoffnungen, die man in diesen Tagen hören konnte, es würde Treviranus und Schiele gelingen, hier noch eine wesentliche Änderung des Kurses zu erreichen, gehen leider irrig. Denn man sollte sich erinnern, daß dieser Zollkrieg nur deshalb mit einer so großen Leidenschaft von allen auch nicht interessenpolitisch interessierten Kreisen Deutschlands in all seinen Phasen verfolgt wurde, weil er politischer Natur war. Das politische Ringen ist aber von Deutschland verloren worden. Daran ist seit der Ratifizierung des Liquidationsabkommens nichts mehr zu ändern. Jedenfalls vorläufig nicht und auch nicht durch die Ablehnung oder Annahme des Handelsvertrages. Dieser Handelsvertrag, für den wir die Opfer in dem Liquidationsabkommen, die zur Konsolidierung Polens beitragen, bringen mußten, — der Handelsvertrag hat nur noch eine wirtschaftliche Bedeutung. Wir erzählen nichts Neues, wenn wir verraten, daß sich insbesondere die deutsche Fertigwarenindustrie seit langem für den Abschluß einsetzte, wobei sie dank der Unterstützung durch die politisch-pazifistische Politik der Sozialdemokratie nunmehr zum Ziel gelangt ist. Immerhin kann man die Frage noch offen lassen, ob eine wesentliche Ausfuhrsteigerung, die auch Gewinne brächte, vorläufig von Deutschland nach Polen möglich ist. Wir müssen erwähnen, daß der Vertrag keine Zollbindungen enthält, daß das Einfuhrverbot für eine ganze Reihe von Erzeugnissen bestehen bleibt und die gewährten kleinen Einfuhrkontingente für industrielle Luxusartikel und Genußmittel keine besondere Bedeutung haben. Jedenfalls sind diese gewährten Kontingente kein Äquivalent für die beiden großen Zugeständnisse, die von deutscher Seite gemacht wurden in der Schweine- und Kohlenfrage. Die Bedenken, die von der Landwirtschaft gegen den Handelsvertrag geltend gemacht werden, richten sich vor allem gegen das Schweinekontingent von zunächst jährlich 200,000 Stück, das sich vom 18. Monat auf 275,000 und nach weiteren 12 Monaten auf 350,000 Stück erhöht. Obgleich in dem Vertrag besondere Bedingungen für den Absatz vorgesehen sind, ist die Gefahr groß, daß das polnische Schwein den Preis drücken wird. Wir haben weiterhin Polen ein monatliches Kohleneinfuhrkontingent von 320,000 t gewährt, das sich noch um die Menge erhöht, die Deutschland nach dem polnischen Zollgebiet ausführt. Zweifellos wird diese polnische Kohleneinfuhr die Lage des schlesischen

Bergbaus und des schlesischen Arbeitsmarkts verschlechtern. Daß auch die Gefahr eines Preisdrucks besteht, zeigt die in den Vertrag aufgenommene Klausel, daß die deutsche Regierung den Vertrag vorzeitig kündigen kann, falls durch polnische Kohle eine Unterbietung der Preise auf dem deutschen Kohlenmarkt erfolgen sollte. Es scheint, daß die Versuche, die von Schiele zur Abänderung des Vertrages gemacht worden sind, keinen Erfolg haben. Dann dürfte mit der Annahme durch den Reichstag gerechnet werden. Jedenfalls dann, wenn die Sozialdemokraten dem Vertrag keine Schwierigkeiten machen, was aber wohl als ausgeschlossen gelten darf. Georg Schröder

Bücherbesprechungen

Junckerstorff, „Das Schulrecht der deutschen Minderheit in Polnisch-Oberschlesien nach dem Genfer Abkommen" (Band 1 der Sammlung: Rühlmann, „Das Schulrecht der europäischen Minderheiten"), 1930, bei Reimar Hobbing, Berlin.

Ein ganz vortreffliches Büchlein, das auf 184 Seiten den Text des Genfer Abkommens über Oberschlesien vom 15. Mai 1922 und vom 6. Mai 1929 in französischer und deutscher Sprache wiedergibt, wobei an den entsprechenden Stellen des Textes immer auch die darauf bezüglichen Resolutionen des Völkerbundrates und die Interpretationen und „Stellungnahmen" des „Präsidenten der Gemischten Kommission" zum Abdruck gekommen sind. Am Schluß haben einige historische Daten und einige Karten Aufnahme gefunden; der erste Abschnitt enthält eine sehr instruktive kurze Übersicht über die rechtliche Lage des deutschen Schulwesens in Polnisch-Oberschlesien auf Grund des Genfer Abkommens.

Eines sei gleich von vornherein festgestellt: es handelt sich in Oberschlesien weder um eine „Kulturselbstverwaltung", noch um ein „Schulautonomiegesetz", auf Grund dessen die Deutschen etwa einen besonderen Einfluß auf die Verwaltung ihres Schulwesens hätten. Die deutschen Schulen Polnisch-Oberschlesiens sind völlig in den polnischen Schulverwaltungsapparat eingegliedert und haben keine eigene Verwaltungsbehörde. Nur über ihre Privatschulen steht der deutschen Minderheit ein besonderes Aufsichtsrecht zu, wodurch „das Aufsichtsrecht der staatlichen Behörden aber nicht berührt wird"

An deutschen Privatschulen dürfen Ausländer als Lehrer tätig sein; reichsdeutsche Lehrerdiplome geben an ihnen dieselben Rechte, wie polnische; der Unterricht in der polnischen Staatssprache ist an ihnen nicht obligatorisch; finanzielle Unterstützungen vom Staat erhalten sie nach denselben Grundsätzen, wie sie den polnischen kommunalen und privaten Schulen gewährt werden, wobei „als einer der Maßstäbe für diese Unterstützung der durchschnittlich auf einen Schüler entfallende Betrag dieser Zuschüsse oder Aufwendungen dient". Die Abgangszeugnisse der Privatschulen verleihen dieselben Rechte, wie die der öffentlichen, wenn ihr Unterricht den Anforderungen genügt, die für die öffentlichen Schulen maßgebend sind.

Aus dem Gesagten ist ersichtlich, daß das Genfer Abkommen den Privatschulen durchaus Entgegenkommen zeigt. Für die öffentlichen Schulen gelten folgende Bestimmungen: „Eine öffentliche Minderheitenvolksschule ist einzurichten, wenn durch einen Staatsangehörigen ein entsprechender Antrag gestellt wird, der von

den Erziehungsberechtigten von wenigstens 40 staatsangehörigen Kindern einer sprachlichen Minderheit unterstützt wird. Diese Kinder müssen im schulpflichtigen Alter stehen, zum Besuch der Volksschule bestimmt sein und zu demselben Schulverbande gehören." Und: „An Orten, an denen eine höhere staatliche Schule besteht, soll eine höhere staatliche Minderheitsschule dann errichtet werden, wenn ein entsprechender Antrag gestellt wird, der von den Erziehungsberechtigten von mindestens 300 Schülern unterstützt wird. Eine höhere staatliche Schule soll Minderheitsklassen für jede der vier unteren Klassen auf einen von den Erziehungsberechtigten von mindestens 30, für jede der oberen Klassen von mindestens 20 Schülern unterstützten Antrag einrichten."

Außerordentlich weitherzig sind die Bestimmungen, die sich auf den Besuch der Minderheitenschulen beziehen. Die „Sprache" entscheidet. Der diesbezügliche Artikel 131 lautet: „Was die Sprache eines Kindes oder Schülers ist, bestimmt ausschließlich die mündlich oder schriftlich abgegebene Erklärung des Erziehungsberechtigten. Diese Erklärung darf von der Schulbehörde weder nachgeprüft noch bestritten werden." Hierzu hat der „Präsident der Gemischten Kommission" folgende Interpretation herausgegeben. „So wie jeder Staatsbürger frei bestimmen kann, ob er der Mehrheit oder der Minderheit angehören wolle, ebenso hat auf Grund des Art. 131 jeder Erziehungsberechtigte das Recht, für seine Kinder zwischen der Beschulung in der Mehrheits- und Minderheitsschule frei zu wählen" „Das Recht des Erziehungsberechtigten, souverän zu entscheiden, ob die Schulsprache des Kindes, für dessen Erziehung er verantwortlich ist, die deutsche oder die polnische sein soll, geht zweifellos so weit, daß es ihm freisteht, eines seiner Kinder in die Minderheitsschule und die anderen in die Mehrheitsschule zu schicken. Es ist dabei hervorzuheben, daß der Art. 131 unter „Sprache" nicht etwa die Muttersprache, sondern die Schulsprache, d. h. die Sprache, in welcher das Kind seinen Schulunterricht bekommen soll, versteht."

Abschließend ist jedoch zu bemerken, daß nach den Feststellungen Junckerstorffs alle obigen Bestimmungen in Deutsch-Oberschlesien zugunsten der polnischen Bevölkerung streng eingehalten werden, während die Behörden in Polnisch-Oberschlesien sich nur widerstrebend den minderheitenfreundlichen Vorschriften des Abkommens fügen und nur auf starken Druck ihren Verpflichtungen nachkommen.

W. Wachtsmuth

Zur Geschichte der Familie Schmidt und von Schmidt in Deutschland, Ösel, Livland, Estland und Rußland.

Von Arwed von Schmidt. — Dorpat, Kommissionsverlag J. G. Krüger, Akt.-Ges. 1929.

Die baltische genealogische Literatur ist in jüngster Zeit durch eine Reihe wertvoller Neuerscheinungen bereichert worden. Die Beschäftigung mit genealogischen Fragen, schon vor dem Kriege in weiten Kreisen rege, hat in dem letzten Jahrzehnt noch eine wesentliche Belebung erfahren, die wohl in erster Linie durch die Zeitumstände hervorgerufen worden ist. Das Schicksal, welches das Baltentum in seiner Gesamtheit in den Jahren 1918–20 erlitt: gesprengt und in Gruppen auseinandergerissen zu werden, traf auch die einzelnen bis dahin meist in enger Verbundenheit siedelnden Familien, die jetzt in alle Welt verstreut wurden. Angesichts dieses Auflösungsprozesses erwachte in vielen der Wunsch, durch die Schaffung einer Familiengeschichte und die damit verbundene Stärkung der Familientradition das Zusammengehörigkeitsgefühl

zu kräftigen und der durch die räumliche Trennung unvermeidlich werdenden Entfremdung entgegenzuwirken.

Ähnliche Gedanken haben den Verfasser des vorliegenden Werkes zu seiner Arbeit bewogen, die er in erster Linie für die Glieder seiner Familie bestimmt hat. Der Entschluß, die Ergebnisse seiner Forschung auch weiteren Kreisen der Heimat zugänglich zu machen, erscheint durch das, was das Buch zu bieten hat, voll gerechtfertigt. Mit Fleiß und Sorgfalt ist hier eine Fülle wertvollen Materials zusammengetragen und nach mogerner genealogischer Methode verarbeitet worden. Als Resultat dieser Arbeit ist ein wertvoller Beitrag zur Geschichte des baltischen Literatentums entstanden, der gegenwärtig besonders dankbar begrüßt werden wird, da sich allgemein das Interesse für ständegeschichtliche Probleme zu regen beginnt. — Der Weg der Familie Schmidt nach Livland führt wie der so mancher baltischen Pastorenfamilie über Ösel. Um die Mitte des 18. Jahrhunderts eingewandert, tritt sie hundert Jahre später in den Kreis der geistig führenden baltischen Literatenfamilien und vollzieht zugleich die Verbindung mit der Landesuniversität Dorpat, der sie zwei namhafte Gelehrte — den Juristen Oswald und den Mediziner Alexander Schmidt stellt. Gleichzeitig mit ihnen wirkt in Petersburg als Akademiker der berühmte Geologe Friedrich Schmidt. Der akademischen Tradition bleibt die Familie bis in die Gegenwart treu; der Mathematiker Erhard Schmidt bekleidet zurzeit den Posten eines Rektors der Berliner Universität. — Die Schmidt gehören neben den Oettingen, Engelhardt u. a. zu den Familien, welche dem Baltentum in einer Zeit hoher kultureller Blüte das geistige Gepräge gegeben haben; ihre Familiengeschichte bildet daher auch einen wertvollen Beitrag zur baltischen Geistesgeschichte des 19. Jahrhunderts.

Äußerlich gliedert sich das Werk in zwei Hauptteile: die Stammfolge mit ausführlichen Personalien und die Ahnentafel des Verfassers, welche sich an das Vorbild der bewährten Adelheimschen Veröffentlichungen hält. Ausführliche Namenverzeichnisse erleichtern die Benutzung des Werkes, dessen wissenschaftlicher Wert durch den eingehenden Abschnitt: Anmerkungen, Quellen und Zitate wesentlich erhöht wird. Den Schluß bilden einige gut ausgeführte Tafeln mit Familienbildern und Ortsansichten.

H. W.

Die Mitarbeiter dieses Hefts:

Dr. R. v. Engelhardt, Dorpat / Professor Lic. Dr. C. Schneider, Herderinstitut zu Riga / Universitätsdozent Dr. W. v. Zaloziecky, Lemberg — Berlin / Syndikus J. Hahn, deutscher Abgeordneter im lettländischen Parlament / Redakteur H. v. Schulmann, Reval / Lic. V. Grüner, Riga / W. Mueller, Riga / Schriftleiter G. Schröder, Berlin / Dr. h. c. W. Wachtsmuth, Chef des deutschen Bildungswesens in Lettland, Riga.

Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Reinhard Wittram

Die Entwicklung des Verhältnisses zwischen der Sovetunion und den baltischen Staaten

Von Axel de Vries

Die Tatsache, daß zwischen dem baltischen Gebiet und Rußland durch die Ereignisse der letzten 10 Jahre eine chinesische Mauer aufgerichtet worden ist, kann nicht abgestritten werden. Obgleich die Grenze der Sovetunion nur wenige hundert Kilometer von den Hauptstädten der baltischen Staaten verläuft, ist die Isolierung der baltischen Staaten von der Sovetunion eine völlige. Politisch wird die Sovetunion in den baltischen Staaten als ausgesprochen negativer Faktor empfunden. Wirtschaftlich bildet trotz aller Versuche der Wirtschaftsverkehr mit der Sovetunion nur einen Bruchteil des gesamten Wirtschaftsverkehrs der baltischen Staaten. Vielleicht am augenfälligsten ist jedoch die völlige Loslösung der baltischen Lande von Rußland auf geistig-kulturellem Gebiet. Das geistige Gesicht des heutigen Rußland ist uns völlig fremd geworden.

Die geistige Isolierung von Rußland hat heute in den baltischen Ländern zu einer psychologisch verständlichen, wenn man so sagen darf, Verdrängung des russischen Problems aus dem Bewußtsein der im baltischen Gebiet siedelnden Völker geführt. Umso nachhaltiger wirkt sich seine Bedeutung im Unterbewußtsein aus, und alle Versuche, auch auf politischem Gebiet den Faktor Rußland als unwesentlich hinzustellen, werden auf der anderen Seite durch die Vorherrschaft des instinktiven Furchtgefühls vor der Macht des roten Moskau völlig wettgemacht.

Diese uneinheitliche Einstellung zum Problem Rußland wird, so muß befürchtet werden, dazu führen, daß auf der einen Seite das Gefühl der Überlegenheit den Vorgängen in der Sovetunion gegenüber erheblich wachsen wird, auf der anderen Seite das Gefühl der Furcht und der Beklemmung vor dem Komplex Rußland desto stärker wachsen wird, je weniger ein wirkliches Bild der Lage in Rußland gewonnen werden kann. Eine Heilung dieser etwas krankhaften Betrachtungsweise im Hinblick auf unser Verhältnis zur Sovetunion

kann nur durch eine wirkliche Erkenntnis der Vorgänge in der Sovetunion erfolgen. Eine solche ist natürlich außerordentlich schwer zu vermitteln.

Der Versuch, der hier unternommen werden soll, die Beziehungen zwischen den baltischen Staaten und der Sovetunion seit der Machtergreifung durch die kommunistische Partei darzulegen, soll dazu dienen, wenigstens auf dem politischen Gebiet das Gefühl des unheimlichen Alpdruckes, der vom Problem Rußland ausgeht, durch eine ruhige Erkenntnis der realen Tatsachen der Gegenwart zu ersetzen.

I.

Als die bolschewistische Partei in Rußland die Macht ergriff, befand sich Rußland auf Seiten der Entente im Kriege mit den Mittelmächten. Die baltische Frage in ihrer Problemstellung zu Rußland stand damals unter dem Gesichtspunkt einer großen machtpolitischen Auseinandersetzung vor allem zwischen Rußland und Deutschland. Die Kräfte der baltischen Lande selbst mußten in diesem großen Kampf naturgemäß völlig zurücktreten. Sie haben auch in der ersten Zeit des Bestehens der kommunistischen Herrschaft in Rußland inbezug auf die baltische Frage nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Diese Tatsache ist insofern erwähnenswert, als man heute in der Politik der neuen baltischen Staaten oft genug zu vergessen scheint, wie sehr das Geschick der baltischen Lande noch in der jüngsten Geschichte von außerhalb des baltischen Gebiets gelagerten Kräften bestimmt worden ist.

Bis zur Machtergreifung der kommunistischen Partei wurde diese Auseinandersetzung um das baltische Gebiet zwischen Rußland und Deutschland mit den alten Waffen eines jeden Krieges geführt — den militärischen. Kurland und Riga waren von deutschen Truppen besetzt, und in Südlivland war ein kleines Aufmarschgebiet gegen Nordlivland und Estland fest in deutscher Hand. Die Besetzung der Inseln durch die deutschen Truppen gab der deutschen militärischen Führung die Möglichkeit, in einem kurzen Stoß auch die damalige Seefestung Reval zu bedrohen. Die strategischen Aufmarschwege auf Petersburg waren von Westen und Südwesten her durch die Deutschen schwer bedroht.

In dieser machtpolitischen Situation begann nun die Auseinandersetzung um das baltische Gebiet zwischen den Mittelmächten und der kommunistischen Partei.

Diese Auseinandersetzung wurde zuerst auf rein diplomatisch-politischem Gebiet geführt. Die alsbald von den Kommunisten begonnenen Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk führten zu einem großen geistigen Duell zwischen der politischen Führung der kommunistischen Partei und den Mittelmächten. Dieser erstmalige vor der gesamten Weltöffentlichkeit erfolgte Zusammenstoß zweier grundsätzlich feindlichen Weltanschauungen brachte es vor allem mit sich, daß von beiden Seiten mit völlig neuen Mitteln gekämpft wurde. Im Mittelpunkt der Verhandlungen standen die Debatten um die Anwendung des Prinzips der Selbstbestimmung der Völker.

Das Recht auf Selbstbestimmung ist von der kommunistischen Partei sofort bei ihrem Machtantritt proklamiert worden. Doch die Interpretation dieses Rechts durch Lenin selbst — und diese Interpretation ist von der kommunistischen Partei später immer als maßgebend angesehen worden — hat gezeigt, daß auch dieser Programmpunkt des kommunistischen Prinzips ausschließlich vom Klassenstandpunkt angesehen und angewandt werden darf. Als maßgebend hat im Hinblick auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker vom kommunistischen Standpunkt aus nicht das Votum eines Volkes als solchen zu gelten, so etwa der Majorität der Bevölkerung, sondern die Haltung seiner Arbeitermasse. Ein Standpunkt, der aus der kommunistischen Doktrin zwangsläufig erklärlich ist, da ja diese ein Volk als Volkspersönlichkeit nicht anerkennt, sondern als im geistigen Sinne existent nur die Klassen ansieht.

Während die Politik der Mittelmächte durch die Schaffung von ad hoc geschaffenen Vertretungen der von Deutschen besetzten Länder den Willen dieser Länder zum Anschluß an Deutschland resp. zur Loslösung von Rußland darzulegen versuchte, tat Trotzki, der als Leiter der Sovetdelegation die Verhandlungen von russischer Seite in Brest-Litowsk führte, alles dazu, um die Unhaltbarkeit dieser Bestrebungen von seinem Standpunkt aus darzulegen.

Rein militärisch gesehen, mußte die kommunistische Partei damit rechnen, daß die Mittelmächte die Macht hatten, den Frieden zu diktieren. Die russische Armee war völlig zerfallen und verließ infolge der monatelangen Antikriegspropaganda der kommunistischen Partei die Laufgräben. Ein Vormarsch der Deutschen konnte militärisch nicht aufgehalten werden.

Doch die Lage der Mittelmächte war auch keine glänzende. Österreich befand sich in außerordentlichen Ernährungsschwierigkeiten, die nur durch einen schnellen Frieden im Osten behoben werden

konnten. Deutschland brauchte ein möglichst schnelles Hinüberwerfen der Truppen vom Osten in den Westen. Die Entente tat alles, um etwaige Fehler der deutschen Diplomatie, die als Annexionswunsch ausgelegt werden konnten, zum Schaden Deutschlands in der Weltmeinung auszuschlachten. Auch im Hinblick auf die wachsende Kriegsmüdigkeit in den eigenen Staaten mußte die Leitung der Mittelmächte auf einen möglichst schnellen Frieden im Osten bedacht sein.

Diese Schwäche in der Position der Mittelmächte war der Leitung der kommunistischen Partei nur zu gut bekannt. Ihre militärische Unterlegenheit war ihr völlig klar. Das Problem für die kommunistische Partei bestand darin, die Friedensverhandlungen möglichst intensiv zu einer weitgehenden Propaganda für die Weltrevolution auszunutzen und ohne Prestigeverlust zu einer Atempause zu kommen. Denn in Moskau war man davon überzeugt, daß die Fortsetzung des Weltkrieges zu einer wesentlichen Erleichterung der Situation für die Sovetunion führen mußte, wenn nicht anders, so durch die Schwächung der beiden Gegner.

Trotzki mußte naturgemäß daran liegen, die Verhandlungen so lange hinzuziehen, wie es nur irgend möglich war. Er hat dies auch mit bestem Erfolg getan. Als es jedoch immer deutlicher wurde, daß die Geduld der Mittelmächte zu Ende ging, entstand in der Leitung der kommunistischen Partei die Frage, was man tun solle. Sollte man einen Zwangsfrieden unterzeichnen? Dadurch hätte fraglos das Prestige der kommunistischen Herrschaft in Rußland gelitten. Es gab jedoch noch einen Ausweg, den Trotzki auch schließlich vorgeschlagen und durchgekämpft hat. Man erklärte den Krieg für beendet, schloß aber keinen Frieden. Daß die Mittelmächte hierauf mit einem Einmarsch antworten würden, war nicht ausgeschlossen. Die kommunistische Partei nahm jedoch das Risiko dieses Einmarsches auf sich.

Um diese Lage verständlich zu machen, ist es notwendig, hier ganz kurz auf die damalige Einstellung der kommunistischen Partei zur Frage Krieg und Frieden einzugehen. Die überwältigende Mehrheit der Kommunisten war rein gefühlsmäßig gegen einen Frieden mit den „imperialistischen" Mittelmächten eingestellt.

Lenin, der die Unmöglichkeit eines militärischen Widerstandes einsah, war bereit, unter schwersten Bedingungen mit den Mittelmächten abzuschließen. Er hatte jedoch mit der heftigsten Opposition innerhalb des Zentralkomitees der Partei selbst zu kämpfen. Weiteste

Kreise der kommunistischen Partei verlangten die Entfesselung eines revolutionären Bürgerkrieges gegen die Mittelmächte, der zur Entfachung der Weltrevolution führen sollte.

Die Entscheidung über die Haltung der kommunistischen Partei in den Brest-Litowsker Friedensverhandlungen wurde in den Besprechungen zwischen Lenin und Trotzki gefunden. In seinen in diesem Jahr erschienenen Memoiren*) kommt Trotzki eingehend auf diese ganze Frage zu sprechen. Wie Trotzki darlegt, waren die erdrückende Mehrheit der Partei und sämtliche führenden Parteiorganisationen gegen den Friedensschluß eingenommen. Trotzki schreibt: „Auf den Vorschlag des Sovets der Volkskommissare, die lokalen Sovets möchten ihre Meinungen über Krieg und Frieden äußern, antworteten bis zum 15. März alle 200 Sovjets. Von ihnen waren nur 2 große Sovets, der Petrograder und der Sewastopoler — mit Vorbehalten — für den Frieden, während eine Reihe großer Arbeitszentren, Moskau, Jekaterinburg, Charkow, Jekaterinoslaw, Iwanowo-Wosnessensk usw., sich mit erdrückender Mehrheit für den Abbruch der Friedensverhandlungen erklärten. Dies war auch die Stimmung unserer Parteiorganisationen." Unter diesen Umständen erschien Lenin die berühmte Trotzkische Formel von dem „Nichtkrieg" und „Nichtfrieden" immerhin als ein Ausweg aus der Situation. Denn erstens zerstörte eine solche Erklärung die von der Entente ausgestreute Behauptung von dem Zusammenspiel zwischen den Mittelmächten und den Bolschewisten. Auf der anderen Seite mußte dieses Schlagwort von einer großen propagandistischen Wirkung auf die Arbeitermassen Europas sein. Der Charakter des Friedens als eines Diktats wurde endlich durch einen eventuellen weiteren Vormarsch der Mittelmächte aller Welt klargemacht. Trotzki hat hierbei, wohl aus Unkenntnis der damaligen Situation, sogar mit der Möglichkeit gerechnet, daß die Truppen der Mittelmächte infolge der Zersetzung durch die sozialistische Propaganda nicht mehr gegen Rußland marschieren würden.

Bei den entscheidenden Verhandlungen zwischen Lenin und Trotzki um diese Parole des „Nichtkrieges" und „Nichtfriedens" erklärte Trotzki sich bereit, Lenin in der Frage der Verhinderung eines revolutionären Krieges mit Deutschland zu unterstützen. Lenin seinerseits akzeptierte die Formel Trotzkis. Wir lassen hier die Darstellung der entscheidenden Besprechung zwischen Lenin und Trotzki

*) Leo Trotzki, Mein Leben, 1930, Verlag von S. Fischer — Berlin.

nach den Trotzkischen Memoiren folgen: „Nun gut, nehmen wir an, wir haben uns geweigert, den Frieden zu unterschreiben, und die Deutschen gehen zum Angriff über, was tun Sie nun?", verhörte mich Lenin. „Wir unterschreiben den Frieden unter den Bajonetten. Das Bild wird der ganzen Welt klar sein." „Und Sie werden dann nicht die Parole des revolutionären Krieges unterstützen?" „Unter keinen Umständen." „Bei dieser Sachlage kann das Experiment nicht gar zu gefährlich werden, wir riskieren, Estland oder Lettland zu verlieren."

Der vorausschauende Lenin hat auch hier Recht behalten. Die Trotzkische Formel von dem „Nichtfrieden" und „Nichtkrieg" hat für die Kommunisten tatsächlich den Verlust von Estland und Lettland mit sich gebracht.

II.

Wir haben die Episode der Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk hier etwas breiter behandelt, um zu zeigen, von welchen Zufälligkeiten damals unser Schicksal abgehangen hat. Wir dürfen nicht vergessen, daß die ersten Friedensbedingungen der Mittelmächte keinerlei Forderung auf Estland und Nordlivland enthielten. Wenn Trotzki den Frieden von Brest-Litowsk in dieser ersten Fassung unterzeichnet hätte, wären, menschlicher Voraussicht nach, Estland und Livland unter bolschewistischer Herrschaft geblieben. Erst durch Trotzkis Vorgehen in Brest-Litowsk kam es zum deutschen Vormarsch, der zur Vertreibung der bolschewistischen Truppen und zum Sturz der bolschewistischen Herrschaft im baltischen Gebiet führte. Es kann mit Fug und Recht bezweifelt werden, ob es später gelungen wäre, die bolschewistische Herrschaft im baltischen Gebiet zu brechen. Die eigene Kraft des baltischen Gebiets hätte hierzu sicher nicht gereicht. Dazu war die geistige Einwirkung der Bolschewisten auf die Bevölkerung noch zu stark, und den realen Machtmitteln der bolschewistischen Herrschaft hatten die Länder selbst nichts entgegenzusetzen, da die lettischen Regimenter alle zu den Bolschewisten übergegangen waren und die estnischen nationalen Truppen bis auf das 1. Hapsaler Regiment völlig verseucht waren.

Durch die deutsche Okkupation wurde der Tätigkeit der kommunistischen Partei in den baltischen Landen ein jähes Ende bereitet. Die Furcht vor den Okkupationsbehörden war eine so große, daß nur geringe Reste von Kommunisten im Lande blieben. Dieser Umstand führte dazu, daß es der kommunistischen Partei nicht gelang, nach Ausbruch der deutschen Revolution während des Abzugs der

deutschen Truppen durch einen Putsch in den baltischen Landen selbst die kommunistische Gewalt aufzurichten. Versuche sind hierzu, wenigstens in Estland, in den November- und Dezembertagen des Jahres 1918 gemacht worden. Doch infolge des Mangels an personalen Kräften und an Waffen mißlangen alle diese Versuche, obgleich nur sehr geringe Kräfte zu ihrer Durchführung notwendig waren.

Die größten Hoffnungen setzte man dagegen auf die kriegerische Eroberung der baltischen Lande, die von den roten Truppen in Gemeinsamkeit mit den lettischen und estnischen kommunistischen Abteilungen vorgenommen werden sollte. Der Vormarsch der roten Truppen gegen Estland und Lettland im November 1918 führte zum Freiheitskampf der baltischen Länder. In diesem Kampf wurden die militärischen Kräfte der lettischen und estnischen Kommunisten völlig vernichtet. Die lettischen Schützenbataillone, die noch während des Sommers 1918 die stärkste Stütze der Sovetregierung darstellten, wurden in diesem Kampf zerrieben. Die estnische kommunistische Division, die an der Pleskauer Front kämpfte, ging z. T. zu den estländischen Truppen über; z. T. zerfielen die estnischen kommunistischen Truppenteile völlig.

Die Leitung der kommunistischen Partei in Moskau hatte den Ausbruch der deutschen Revolution mit den größten Hoffnungen begrüßt. Man hoffte in Moskau auf den Ausbruch der proletarischen Revolution in Deutschland. Durch die Eroberung der baltischen Lande und Polens wollte man die direkte Grenze mit dem proletarischen Deutschland schaffen und einen großen europäischen weltrevolutionären Block ins Leben rufen.

Doch diese hochgespannten Ziele gingen bald in Scherben. Der Widerstand der Weißen in Rußland selbst wurde immer stärker. Die Unterstützung der Entente gab der weißen Bewegung neue Kraft. Schon zu Anfang des Sommers 1919 erkannte man in Moskau, daß alle verfügbaren militärischen Kräfte zur Niederwerfung der weißen Bewegung in der Sovetunion selbst notwendig seien. Man erkannte ferner, daß die in den Randstaaten wirksamen nationalen Kräfte unter den gegebenen Umständen militärisch nicht niedergerungen werden konnten, und suchte daher durch Anerkennung der Selbständigkeit der neuen Staaten alle Kräfte für den Endkampf mit der weißen Bewegung freizubekommen. Schon im Frühherbst 1919 erfolgten die ersten Friedensangebote an die baltischen Staaten, die jedoch erst im Winter 1919/20 zu den Friedensschlüssen führten.

Durch diese Friedensschlüsse erkannte die kommunistische Partei die Selbständigkeit der baltischen Staaten an. Die zweite Phase des kommunistischen Angriffes auf das baltische Gebiet war zugunsten der neuen baltischen Staaten entschieden.

III.

Die Kräfte der estnischen und lettischen Kommunisten waren durch die Freiheitskriege so stark dezimiert worden und die moralische Festigkeit der ihr noch verbleibenden Reste ihrer militärischen und politischen Kräfte so gering, daß die estnischen und lettischen Kommunisten in den ersten Jahren nach den Friedensschlüssen an keinerlei größere Aufgaben herantreten konnten.

In den baltischen Staaten selbst begannen dagegen die entsprechenden kommunistischen Organisationen ihre Tätigkeit allmählich wieder aufzubauen, die vor allen in der Schaffung neuer kommunistischer Einheiten zu Propaganda- und Spionagezwecken bestand. Auch durch die Wahl von kommunistischen oder halbkommunistischen Parlamentsvertretern versuchte man möglichst viel Propaganda in den baltischen Gebieten selbst zu treiben. Obgleich diese Tätigkeit von der kommunistischen Internationale in reichem Maße durch Geldmittel, Waffenlieferungen usw. unterstützt wurde, mußten die Führer der estnischen und lettischen Sektionen der 3. Internationale bald zur Überzeugung kommen, daß die staatliche Ordnung in den neuen baltischen Staaten doch so weit gefestigt war, daß ohne eine militärische Unterstützung seitens der Sovetunion ein militärischer Putsch wenig Aussichten auf Erfolg hatte.

Unter der Führung Sinovjevs, der während seiner Tätigkeit als Leiter der 3. Internationale die Initiative zu verschiedenen Experimenten revolutionären Charakters gab, machten die estnischen Kommunisten den Versuch, durch den Putsch vom 1. Dezember einen Umsturz in Estland herbeizuführen.

Leider gibt es eben noch keine umfassende politisch-militärische Darstellung des Revaler Putsches vom 1. Dezember 1924. Eine solche Darstellung würde das Schulbeispiel der Bürgerkriegsmethoden der kommunistischen Partei darstellen und würde sicherlich außerordentlich viel zur Aufklärung des wahren Charakters der Tätigkeit der 3. Internationale beitragen. Aus den bekannt gewordenen Materialien über diesen Putsch kann gefolgert werden, daß er von der estnischen Sektion der 3. Internationale in einem engen Kontakt mit der militärischen Leitung der Sovetunion vorgenommen worden

ist. Nicht umsonst haben Teile der russischen Flotte in der Nacht vom 1. Dezember auf der Höhe von Reval gekreuzt und nicht umsonst war der Mobilisationsbefehl für die Territorialdivisionen in Ostrow und Pleskau verfügt worden Die Vorbedingung für das Eingreifen sovetrussischer militärischer Kräfte war jedoch der Sturz der bestehenden Regierung unter Proklamierung der roten Herrschaft in Reval. Es kam darauf an, wenn auch nur für wenige Stunden, die Macht in die Hände zu bekommen, um durch das Radio der Welt verkünden zu können, daß der Umsturz stattgefunden habe.

Der Revaler Putsch wurde mit verschwindend geringen Kräften vorgenommen. Nach Schätzung autoritativer Quellen dürfte die Gesamtzahl der Aufständischen etwa 3—500 Mann betragen haben. Die meisten Führer der einzelnen Abteilungen waren in den letzten Tagen des November eigens aus Petersburg herbeigeeilt. Es waren alles Personen, die eine militärisch-politische Ausbildung in den Petersburger Militärschulen genossen hatten.

Der Revaler Putsch stellt den Höhepunkt der Versuche der estnischen und lettischen Kommunisten dar, durch eine innere Umwälzung mit Unterstützung militärischer Kräfte der Sovetunion die kommunistische Herrschaft im baltischen Gebiet wieder aufzurichten.

Die Agitations- und Spionagetätigkeit der kommunistischen estnischen und lettischen Kreise in den baltischen Staaten wird auch heute noch fortgesetzt. Doch der Widerstand, der dieser staatszerstörenden Arbeit heute entgegengesetzt wird, ist sehr viel stärker, als zu Beginn der staatlichen Selbständigkeit der baltischen Staaten. Nicht nur haben die Staaten einen weitreichenden Abwehrapparat geschaffen, sondern durch den Ausbau des Schutzkorps in Estland und Lettland wurde auch eine halbstaatlich-gesellschaftliche Organisation geschaffen, die menschlichem Ermessen nach bei richtiger Führung jedem Putschversuch von innen die Stirn bieten kann.

Neben der Betrachtung der Tätigkeit der estnischen und lettischen Kommunisten zur Wiedereinführung der kommunistischen Herrschaft im baltischen Gebiet muß ein Blick auf das offizielle Verhältnis zwischen der Sovetunion und den baltischen Staaten geworfen werden. Vom Gesichtspunkt der Moskauer Politik aus ist die Selbständigkeit der baltischen Staaten für die kommunistische Partei so lange als ein Aktivum anzusehen, als im baltischen Gebiet keine auswärtigen militärischen oder politischen Kräfte entscheidend Fuß fassen. Die militärische Besetzung des baltischen Gebiets würde für

die kommunistische Partei keinen entscheidenden Erfolg bedeuten, da man nur bis an das Meer durchstoßen würde, das eine unüberbrückbare Grenze zur weiteren Ausbreitung der Weltrevolution nach Westen darstellt. Andrerseits kann das baltische Gebiet bei dieser Gelegenheit als ein Aufmarschgebiet gegen die Sovetunion im Falle eines Angriffs von Westen auf das rote Moskau sehr gefährlich werden. In Moskau weiß man genau, daß die baltischen Staaten keinerlei Interesse daran haben, einen solchen Feldzug mitzumachen. Daher sieht man mit Recht in Moskau in der Existenz der baltischen Staaten ein Unterpfand zur Neutralisierung des baltischen Gestades. Bei der Spannung zwischen Moskau und den Westmächten ist eine solche Neutralisierung für Moskau nur günstig. Und ohne Zweifel würde eine Besetzung der baltischen Staaten durch die Rote Armee den Anlaß zu einer neuen großen antibolschewistischen Welle in Europa geben.

Diese Tatsachen lassen den sonst immer im Verhältnis zwischen Rußland und den baltischen Staaten bemerkbaren Drang Rußlands an das Meer als politischen Faktor so weit zurücktreten, daß heute mit solchen Aspirationen Rußlands als Gefahrenmoment von den baltischen Staaten aus kaum mehr zu rechnen ist. Hier liegt der Vorteil der Herrschaft der kommunistischen Partei in Moskau für die baltischen Staaten beschlossen.

Diese das Verhältnis zu den baltischen Staaten bestimmende Linie ist von Moskau bisher immer eingehalten worden. Doch auch in der kurzen Geschichte der Beziehungen der Sovetunion zu den baltischen Staaten seit den Friedensschlüssen erkennen wir immer wieder, wie das Verhältnis Moskaus zu den baltischen Staaten aufs stärkste von Faktoren mit bedingt werden kann, die außerhalb des baltischen Gebietes liegen. Es genügt, hier auf folgende Episode hinzuweisen. Im Jahre 1923 hoffte Moskau auf den Ausbruch und den Sieg einer deutschen proletarischen Revolution. Moskau wollte hierbei mit allen Mitteln eine direkte Verbindung mit Deutschland herstellen, auf der anderen Seite aber verhindern, daß etwa von Osten aus durch polnische Kräfte ein Eingreifen in den Bürgerkrieg in Deutschland stattfinde. Von diesen Gesichtspunkten aus begann eine diplomatische Aktion, die in den sogenannten Koppschen Garantievorschlägen gipfelte. Diese Aktion wurde u. a. im estländischen Parlament von politischen Machenschaften der kommunistischen Fraktion begleitet, die merkwürdig anmutende Resolutionen gegen weißgardistische Umtriebe einbrachte, die zum Teil

auch gegen das baltische Deutschtum gerichtet waren. Hier erkennt man das Zusammenspiel zwischen der Moskauer Leitung und örtlichen kommunistischen Kräften in den baltischen Staaten zwecks Durchführung einer gemeinsamen Linie, die aber nun schon nicht durch das Verhältnis zwischen der Sovetunion und den baltischen Staaten allein, sondern durch größere politische Faktoren bestimmt war.

IV

Vom politischen Standpunkt aus haben die baltischen Staaten mithin in ihrem Verhältnis zur kommunistischen Partei und zur Sovetunion mit zwei verschiedenen Faktoren zu rechnen. Die Sovetunion als Staat, als Ländermasse Rußland ist heute, und dies hat die bisherige Geschichte des Verhältnisses zwischen den baltischen Staaten und der Sovetunion bestätigt, an einer militärisch-politischen Eroberung der baltischen Staaten desinteressiert, solange die baltischen Staaten durch ihre Politik das baltische Gebiet als eine in gewissem Sinne neutrale Zone zwischen der bürgerlichen Welt und Moskau erscheinen lassen. Die große Gefahr, die im Drang Rußlands an das Meer beschlossen liegt, ist heute durch die Herrschaft der kommunistischen Partei in Rußland in starkem Maße gebannt. Der andere, nicht minder wichtige Faktor im Verhältnis der Sovetunion zu den baltischen Staaten ist das Zusammenspiel zwischen der estnischen und lettischen kommunistischen Bewegung auf der einen Seite und der 3. Internationale auf der anderen Seite. Nach wie vor muß damit als Tatsache gerechnet werden, daß im Fall eines inneren kommunistischen Putsches, der auch nur für kurze Zeit in einem der baltischen Staaten die Bolschewisten an die Macht brächte, automatisch der Einmarsch sovetrussischer militärischer Kräfte in diesen baltischen Staat erfolgen würde.

Die Gefahrenmomente im Verhältnis zwischen der Sovetunion und den baltischen Staaten sind daher vor allem in den baltischen Staaten selbst zu suchen, so paradox dieses auch klingen mag. Gelingt es den baltischen Staaten, die innere kommunistische Bewegung niederzuhalten und jeden kommunistischen Putsch unwirksam zu machen, so ist bei einer gleichbleibenden außenpolitischen Situation und bei einer klugen Neutralitätspolitik der baltischen Staaten kaum zu befürchten, daß die Sovetunion das baltische Gebiet militärisch erobern wird. Der schwere psychologische Druck, der auf dem baltischen Gebiet als Folge der nahen Nachbarschaft der Sovetunion lagert, kann zum Teil vielleicht dadurch behoben werden, daß man

in den baltischen Staaten deutlich erkennt, worin die eigentliche Gefahr für die Selbständigkeit der baltischen Staaten im Hinblick auf Moskau liegt. Würden heute die baltischen Lande durch das in der Ländermasse Rußland liegende Ausdehnungsgewicht in stärkerem Maße gefährdet, so wäre die außenpolitische Situation der baltischen Staaten als eine sehr gefährliche einzuschätzen, umsomehr, als eine solche Gefahr durch die Machtmittel der baltischen Staaten allein kaum abgewehrt werden könnte.

Liegen jedoch die wesentlichsten Gefahrenmomente, die im Verhältnis der baltischen Staaten zur Sovetunion zutage treten, auf dem Gebiet der Innenpolitik der baltischen Staaten, so hat der Vermeidung dieser Gefahren vor allem eine kluge Innenpolitik in den baltischen Staaten zu dienen. Diese Erkenntnis sollte in den baltischen Staaten dazu führen, daß man sich durch den roten Koloß im Osten in seinem Aufbauwillen nicht lähmen läßt, sondern alles dazu tut, um durch die Zusammenfassung aller aufbauenden Kräfte in den baltischen Staaten eine feste innere Ordnung zu schaffen, die der bolschewistischen Propaganda und allen kommunistischen Putschversuchen ruhig die Stirn bieten kann.

Wir haben in den vorstehenden Ausführungen die ganze Zeit von dem Verhältnis zwischen der Sovetunion einerseits und den baltischen Landen als einer Einheit andererseits gesprochen. Diese Darstellungsweise bedarf wohl kaum einer eingehenden Begründung, denn die Geschichte des Freiheitskampfes der baltischen Staaten hat deutlich gezeigt, daß die Schicksale Estlands und Lettlands im Hinblick auf den Osten so eng miteinander verknüpft sind, daß die Selbständigkeit des einen Staates ohne die Unabhängigkeit des anderen nicht gewahrt werden kann. Auch Moskau hat die Tatsache der engen Verbundenheit der beiden baltischen Staaten stillschweigend anerkannt, indem in Moskau keinerlei Protest gegen das enge militärisch-politische Bündnis zwischen Lettland und Estland erhoben worden ist, obgleich Moskau sonst jeden Versuch zur Bildung stärkerer Machtgruppen im baltischen Gebiet mit dem größten Argwohn betrachtet.

Die Schlußfolgerung aus der militärisch-politischen Schicksalsverbundenheit Estlands und Lettlands ist nicht nur in den baltischen Staaten, sondern auch in Moskau gezogen worden. Der Aufmarschplan der Roten Armee gegen das baltische Gebiet sieht deswegen auch für den Fall des Ausbruchs eines Krieges an der Nordwestgrenze der Sovetunion einen gemeinsam auf Estland und Lettland gerichteten

Vormarsch vor. Die Hauptstoßrichtung führt durch die alte historische Einbruchsstelle, über Pleskau und Walk nach Riga, wodurch vor allem die gemeinsame estländisch-lettländische Front durch die Fortnahme Walks, als des verbindenden Eisenbahnknotenpunktes, gesprengt werden soll.

Die bisherige Geschichte der Beziehungen zwischen den baltischen Landen und der Sovetunion hat dazu geführt, daß das baltische Gebiet, im großen gesehen, sich in seinen wechselvollen Beziehungen zum Osten als eine Einheit dargestellt hat. Die Gefahr, die heute dem baltischen Gebiet vom roten Osten aus droht, ist in erster Linie in einem Zusammenspiel kommunistischer Kräfte im baltischen Gebiet selbst mit der 3. Internationale zu sehen. Eine kluge Außen- und Innenpolitik Estlands und Lettlands kann die notwendigen Mittel und Wege finden, um diese Gefahr zu bannen.

Zur Lettlandpolitik der Sovets

Von Harald Frisch

Das erklärte letzte Ziel aller bolschewistischen Außenpolitik ist die Weltrevolution im Sinne Lenins. Der wechselnde Gang der weltpolitischen Ereignisse außerhalb und die jeweilige Lage innerhalb der Sovetunion rücken dieses Endziel bald näher an den Kreis der bolschewistischen Aktivität, bald schieben sie es hinter den jeweiligen Horizont der Dinge; damit erscheinen auch die Etappen auf dem Wege zu dem utopischen Ziel jeweilig verändert und verschoben. Nicht normale staatliche und nationale Belange sind ideologisch die treibende Kraft der Moskauer Politik. Der eigene Staat als solcher ist dem bolschewistischen Politiker ein sekundäres Ding, seine Existenz begründet lediglich durch sein natürliches Vorhandensein und gerechtfertigt nur als Mittel zu höherem Zweck. Der Dualismus von Staat und kommunistischer Internationale in der Sovetunion mag de facto bestehen; dem hundertprozentigen bolschewistischen Politiker ist er nur ein scheinbarer. Die wiederholten Versicherungen russischer Diplomaten dürfen uns auch darin nicht täuschen. Es ist selbstverständlich, daß nur der bolschewistische Staat Beziehungen politischer und wirtschaftlicher Art zu anderen staatlichen Gebilden pflegen kann. Der Komintern bezeichnet eine andere Sphäre. Gewiß; aber der Staat der Sovets gehört zum Bau der bolschewistischen Internationale. Er führt mit kennzeichnenden Unterbrechungen nur ein

bedingt autonomes Dasein. (Jede Politik dem Sovetbunde gegenüber, die sich dieser Bedingtheit nicht jederzeit vollkommen bewußt ist, geht unfehlbar in die Irre. Beispiele haben sich mittlerweile gehäuft, und die verantwortlichen und unverantwortlichen Urheber und Leiter so vieler politischer und wirtschaftlicher Unternehmungen und Unterfangen hätten sich ihre späteren Vorwürfe an die Adresse der Russen ruhig sparen können.)

Welche Bedeutung etwa die übliche Bezeichnung „Freundschaftlichkeit" russischerseits inbezug auf das Verhältnis der Sovetunion zu jedem nicht bolschewistischen Staate überhaupt haben kann, geht aus dem Gesagten zur Genüge hervor; desgleichen, welche wesentlichen Vorbehalte bei Anwendung aller Begriffe des internationalen Rechts zu machen sind bei allen Verhältnissen mit Sovetrußland als Partner. Es sollte eigentlich müßig sein, auf diese Dinge überhaupt hinzuweisen. Sie werden aber immer wieder in nun bald unbegreiflicher Weise entweder übersehen, oder entziehen sich schlechterdings der Kenntnis der betreffenden.

* * *

Die baltischen Staaten und Polen — Rumänien sei hier von den westlichen Grenzländern des Sovetreiches mit Absicht ausgenommen — haben im verschiebbaren System der Moskauer Außenpolitik eine besondere Stellung inne. Die Haltung des Komintern ihnen — und insbesondere den baltischen Staaten — gegenüber ist schon bestimmt durch die Tatsache, daß sie als bereits „ausgebrannter" und aus ersichtlichen Gründen nicht mehr revolutionierbarer Boden betrachtet werden müssen. Gelegentliche künstlich inszenierte demonstrative Unruhen und embryonale Putschs ändern daran nichts.

Die Geschichte der Entstehung der baltischen Staaten, beginnend mit dem Frieden von Brest-Litowsk und endend mit den Rigaer Verträgen, liegt noch nicht weit zurück. Sie ist ein Teil der Geschichte von Rußlands tiefstem Fall. Sie bedeutet zugleich eine blutige Niederlage des Bolschewismus und seines Gedankens der Weltrevolution.

Es ist nicht möglich, ganz über diese Dinge hinwegzusehen nach einem knappen Jahrzehnt. Ohne ihnen vielleicht für die Gegenwart eine allzu große Bedeutung beizumessen, sei hier der Ansicht Raum gegeben, daß sie ihr Vorhandensein als mitrichtendes Moment hinter der Westpolitik der Sovets nie ganz verleugnen werden. Hinter den Trägern und vollziehenden Organen der Moskauer Realpolitik

den baltischen Staaten gegenüber stehen in und neben der allgegenwärtigen, alles überwachenden Kampforganisation der kommunistischen Internationale die immer noch — z. T. an leitender Stelle — tätigen Gruppen der einstigen roten Machthaber in den baltischen Ländern. Wir sind nicht in der Lage zu beurteilen, in welchen Formen und wie weit sie an der Außenpolitik der Sovetregierung Anteil haben. Mit ihrem Vorhandensein aber ist zu rechnen: wie alle einzelnationalen Elemente des Komintern sind sie wichtige Instrumente der bolschewistischen Politik in den betreffenden Ländern.

* * *

Man mag die zahlreichen Unstimmigkeiten zwischen den baltischen Staaten höher oder niedriger bewerten; man mag sich auf einen rein formalen Standpunkt stellen und die Existenz eines Verbandes dieser Staaten überhaupt leugnen; man mag schließlich auch seine Möglichkeit in der Form eines sogenannten baltischen Blocks in Abrede stellen. Für die Russen b e s t e h t ein „baltischer Block" — zum mindesten selbstverständlich ein lettländisch-estländischer — und zwar mit Recht: kraft der geopolitischen Zusammengehörigkeit der betreffenden Staatsgebilde, kraft der zeitlichen und ideologischen Gemeinsamkeit ihres Ursprungs, kraft ihrer gleichen Stellung dem Sovetbunde gegenüber und kraft der naturnotwendig bedingten, stets vorhandenen und offiziell verkündeten Bestrebungen zur tatsächlichen Schaffung des Verbandes, der den Block bilden würde. Der Ausdruck selbst ist odiös und wird aus erklärlichen Gründen bekämpft, womit aber den Russen gegenüber eher das Gegenteil des Beabsichtigten erreicht werden dürfte. Die Moskauer Presse führt einen ununterbrochenen Feldzug gegen die Unwahrhaftigkeit der pompösen Sprache der westlichen Friedenspolitik. Je entschiedener imperialistische Ziele, Kabinettspolitik, militärische Bündnisse und Vereinbarungen u. a. m. in Abrede gestellt werden, desto lauter behauptet sie deren Vorhandensein. Bekanntlich stehen Dinge, die sich im Westen unter allerhand Verkleidungen und hinter verschiedenartigen, z. T. ad hoc geschaffenen Schleiern verbergen müssen, im Reiche des Bolschewismus nackt und bloß da —stehen im vergrößernden und verzerrenden Licht eines maßlos harten, nervösen Tages. Die Notwendigkeiten der bolschewistischen Propaganda erfordern es zudem, daß überhaupt garnicht oder noch garnicht vorhandene Tendenzen und Kombinationen als bereits vollendete Tatsachen hingestellt werden. Unleugbar hat auch das sein Gutes, und möglicher-

weise verdankt einst der erstrebte, von den Russen jetzt an die Wand gemalte baltische Block eben dieser Darstellung sein tatsächliches Vorhandensein.

* * *

Die Interessen der Sovets und des Komintern sind mit denjenigen der baltischen Staaten in den meisten wesentlichen Punkten kaum vereinbar und ihnen vielfach von vornherein feindlich. Den bisherigen wohl oder übel stets von neuem geflickten modus vivendi überdacht schützend das Wirtschaftliche. Die leeren Fenster der ausgebrannten und verfallenden Fabriken Rigas und anderer Industriemittelpunkte der baltischen Länder erinnern schmerzlich und mahnend an den verlorenen russischen Markt. Ein Aufbau unserer zerstörten Industrie, wenn auch in bescheidenen Grenzen, ist nicht denkbar ohne Wiedereröffnung von Absatzmöglichkeiten im Osten. Diese Erkenntnis ist die Grundlage des lettländisch-russischen Handelsvertrages. Seine Erfolge für den baltischen Partner sind unbestreitbar. Er schuf einen beträchtlichen Posten im Aktivum unserer Handelsbilanz, brachte zahlreiche oppositionelle Stimmen zum Schweigen und hat unsere Öffentlichkeit bis vor kurzem die zwischen beiden Vertragspartnern herrschenden chaotischen Zustände auf rechtlichem Gebiet vergessen lassen. Noch mehr: mit der Zeit wurde auch ein breites Interesse von den schwerwiegenden politischen Folgen des Vertrages abgelenkt, auf welche seine Gegner hinzuweisen nicht müde wurden.

* * *

Gerade in diesen Folgen aber lag, russischerseits betrachtet, der Schwerpunkt des Vertrages, was seinerzeit in Lettland von der sozialdemokratischen Regierung und ihrer parlamentarischen Mehrheit entweder nicht erkannt oder geflissentlich übersehen wurde.

Die „Ekonomitscheskaja Shisnj" veröffentlichte am 6. Februar d. J. einen längeren Artikel über den Vertrag, am 4. März eine Ergänzung dazu. Er zieht das Fazit aus den Ziffern des lettländisch-russischen Handels in den Jahren vor und nach dem Vertragsabschlusse und stellt die entschiedene Forderung einer grundlegenden Revision des Vertrages, der sich als für Rußland wirtschaftlich in höchstem Maße unvorteilhaft erwiesen habe. Erwiesen? Hier sei doch ein Zweifel erlaubt. Über die wirtschaftlichen Ergebnisse des Vertrages konnten sich die Russen schon bei seinem Abschlusse keinen

Illusionen hingeben. Daß erstens weder die Art der Lettland abzunehmenden Güter, noch auch die Verpflichtung, solche gerade aus Lettland zu beziehen, den russischen Industrialisierungsprogrammen irgend entsprach, konnten sich die Russen damals genau ebensogut sagen wie jetzt. Daß zweitens die vertraglich festgesetzte Menge dieser Güter eine beträchtliche Passivität der lettländisch-russischen Handelsbilanz zu Ungunsten Rußlands hervorrufen mußte, ergab schon damals eine verhältnismäßig einfache Rechnung. Mag eine solche russischerseits angestellt worden sein oder nicht, oder mag die Erfahrung die für Rußland erwarteten schlechten Ergebnisse noch übertroffen haben — das spielt hier offenbar keine Rolle. Daß der Vertrag für Rußland ungünstig ist, zeigte die Statistik bereits im zweiten Jahre, ohne daß sich bis Anfang 1930 auch nur eine einzige nennenswerte russische Stimme in der Öffentlichkeit dagegen erhoben hätte. Im Gegenteil, die Moskauer Presse sekundierte lebhaft den Verfechtern des Vertrages in Lettland und brandmarkte die Gegner aus dem rechten Lager als besoldete Handlanger der allgemeinen imperialistischen Hetze gegen Sovetrußland.

* * *

Woher der Umschwung?

Die treibende Kraft bei den Verhandlungen und dem Vertragsabschluß ging, von anderem abgesehen, nicht von der lettländischen, sondern von der Sovetregierung aus. Ihre Beweggründe waren nicht wirtschaftlicher, sondern politischer Natur. Vor den Augen der besorgten bolschewistischen Politiker stand das drohende Gespenst des baltischen Blocks. Der estländisch-lettländische Freundschaftsvertrag war die erste Etappe auf dem Wege zu seiner Verwirklichung, die Zollunion sollte die zweite sein. Davor lagen beiderseits bedenkliche Hindernisse. Beiderseits waren die Meinungen geteilt. An Reibungsflächen und Ärgerlichkeiten hat es zwischen den beiden geschichtlich und geopolitisch verbundenen Nachbarvölkern niemals gefehlt. Eine Divide-et-impera-Politik den Randstaaten gegenüber liegt für Rußland auf der Hand. Sie ist wie so mancher andere Bestandteil bolschewistischer Politik ein gutes Erbe aus den verhaßten Zeiten der vorrevolutionären Vergangenheit des russischen Imperiums. Ihr Instrument war im vorliegenden Fall der lettländisch-russische Handelsvertrag. Nur als solches konnte er für die Sovets von Bedeutung sein.

Der Vertrag hat seine politische Aufgabe für Moskau erfüllt. Er hat ein neues Hemmnis errichtet auf dem Wege zur wirtschaftlichen Einigung der baltischen Staaten. Seine wirtschaftlichen Lockungen haben ein Glied des baltischen Staatenkomplexes dazu verleitet, eine Sonderpolitik zu treiben, die den natürlichen nachbarlichen Verbündeten außer acht ließ, dem Gedanken des engen Verbandes der baltischen Staaten auf längere Zeit hinaus bedeutenden Abbruch tat und damit den Interessen der Sovets in hohem Maße dienlich war.

Einen Teil der entstandenen neuen Gegensätze — vor allem derjenigen imponderabler Natur — hat die Zeit ausgeglichen. Natürliche Notwendigkeiten und Interessenzusammenhänge treten wieder in ihre Rechte. Die Linie der Aktivität der lettländischen Außenpolitik verläuft wieder längs des Meridians. Damit hat der lettländisch-russische Handelsvertrag für die Sovets abgewirtschaftet. Nichts kann natürlicher sein als die Stimmen der Sovetpresse, die nunmehr auf seine Abschaffung dringen; keine Handhabe dazu ist selbstverständlicher als der nachdrückliche Hinweis auf seine Unwirtschaftlichkeit.

So wie die Dinge heute liegen, scheint es, daß Lettland nicht mehr im Mittelpunkt des Interesses der baltischen Politik der Sovetregierung steht. Konkrete Feststellungen sind zurzeit kaum möglich. Es kann jedoch nicht bezweifelt werden, daß Moskau an seiner oben als Divide-et-impera-Politik bezeichneten Taktik den baltischen Staaten gegenüber festhalten wird*). Gewisse Anzeichen deuten darauf hin, daß Finnland, anders als früher, ein Objekt verbindlicher Manöver der Sovetregierung geworden ist, wohl nicht

*) Dr. H. v. Rimscha unterscheidet in einem Aufsatz „Die Politik der Sowjetunion gegenüber den Baltischen Staaten" (Europäische Gespräche, April 1930) vier Etappen der Sovetpolitik gegenüber den baltischen Staaten. Die letzte nennt er (S. 218) „das Bestreben, unter möglichster Vermeidung des Zusammenschlusses dieser Gebiete unter polnischer Führung, sich durch Neutralitäts- und Nichtangriffsverträge Friedensgarantien zu verschaffen". Gewiß ist für Sovetrußland der Zusammenschluß der baltischen Staaten unter polnischer Führung die am wenigsten wünschenswerte Form eines solchen Zusammenschlusses. Die Moskauer Politik ist jedoch bestrebt, jeden Zusammenschluß dieser Staaten — auch ohne Polen — überhaupt zu hintertreiben. Für die Einstellung unserer Öffentlichkeit zu dieser Politik müßte eine solche Erkenntnis von ausschlaggebender Bedeutung sein. Sie ist in den baltischen Ländern insbesondere für diejenigen wichtig, die aus guten Gründen polnische Bindungen ablehnen, dabei aber, ohne es zu wollen, in das Fahrwasser sovetrussischer Bestrebungen hineingeraten.

zuletzt im Hinblick auf die Verschärfung der deutsch-finnischen wirtschaftlichen Gegensätze. Der letzthin Deutschland gegenüber angeschlagene Ton der finnischen Presse entbehrt vielleicht nicht bestimmter damit zusammenhängender Rückhalte.

* * *

Die äußeren Züge der Moskauer Außenpolitik haben sich in letzter Zeit, seit der Forcierung des Fünfjahrplanes, stark verwischt. Das Interesse der bolschewistischen Machthaber ist mehr denn je auf das eigene Reich gerichtet. Eine eindeutig aktive Periode der russischen Außenpolitik erscheint abgeschlossen mit der Vereinigung im Osten durch den Sieg Moskaus im mandschurischen Eisenbahnkonflikt. Die inhärenten Postulate der bolschewistischen Politik jedoch erlauben, wie eingangs festgestellt, keinen wenn auch nur vorläufigen Verzicht auf außenpolitische Ziele. Andererseits tragen auch die amtlichen innerpolitischen Maßnahmen der Sovets als Ausdruck der Aktivität der kommunistischen Internationale einen von der bolschewistischen Presse betonten universalen Charakter. Die Aufpeitschung der Agitation im Inneren zieht naturgemäß auch eine solche der Außenpropaganda nach sich, und der lärmende Rückhall, den die Stellungnahme des Auslandes zur bolschewistischen Gewaltpolitik in Moskau findet, erzeugt allenthalben spürbare Bewegungen der auswärtigen bolschewistischen Exponenten.

* * *

Die Hochburg der bolschewistischen Tätigkeit in Europa liegt in Deutschland, und dessen Verhältnis zu Rußland ist entschieden eine der wichtigsten Stützen der sovetrussischen Außenpolitik. Seit dem Vertrage von Rapallo hat Deutschland der Sovetunion gegenüber an einer Politik festgehalten, die im Sovetreich ein Land so mancher ausgesprochenen und wohl noch viel mehr unausgesprochener Hoffnungen sieht. Die Tatsache, daß es die einzige große Lücke ist, die der Versailler Ring um Deutschland übrigläßt, und die natürliche Gegnerschaft Sovetrußlands zum Versailler Vertragsbau und den siegreichen Westmächten liegen der deutschen Rußlandpolitik zugrunde. Bismarckische Tradition geht ihr zur Hand. Es ist hier nicht der Ort, darauf einzugehen, in wie weit bedenklicher Weise Deutschland dabei dem Moskauer Komintern gegenüber die Augen schließt und wie sich das innerpolitisch für Deutschland auswirkt.

Es muß aber darauf hingewiesen werden, welches Betätigungsfeld sich Deutschland in Rußland bietet, jenseits des Machtbereichs des Versailler Diktats.

Der Weg von Berlin nach Moskau führt über Riga, was sich in absehbarer Zeit kaum ändern dürfte. Es ist nun etwas ganz anderes, ob er über Lettland führt oder über einen baltischen Block mit dann schon viel schwerer wiegenden und viel mehr umfassenden, auch viel eigeneren politischen Bindungen. Die inoffizielle nachdrückliche Förderung des Abschlusses des lettländisch-russischen Handelsvertrages deutscherseits gehört hierher.

* * *

Das Vorhandensein der Randstaaten und der Möglichkeit eines engeren politischen Verbandes solcher Staaten bedeutet für die Sovetregierung und den Komintern angesichts der kritischen bolschewistischen Kampagne im Inneren mehr denn je eine unerfreuliche Tatsache. Ein tatsächliches Nachlassen der Aufmerksamkeit gegenüber den baltischen Staaten ist seitens der umsichtigen und tatkräftigen Leitung der Moskauer Außenpolitik nicht zu erwarten. Sie wird sich auch weiterhin die parlamentarische Labilität der anderen Seite, den vielfach zutage tretenden kurzsichtigen Eigennutz ihrer kleinen Komponenten für die russischen Zwecke nützlich zu machen wissen. Die im „Geiste der Zeit" liegende unbedingte Vornansetzung rein wirtschaftlicher Momente in der Außenpolitik, die gerade in der politisch außerordentlich exponierten Lage der baltischen Staaten so bedenklich erscheint, arbeitet den Russen seitens politisch wenig geschulter, parlamentarisch auch im Kleinen über alle Maßen gebundener Staatsleitungen in beträchtlichem Maße in die Hände.

Die Landwirtschaft Estlands

Von Adolph von Mickwitz

Die Landwirtschaft der ganzen Welt ist heute in bedrängter Lage. Die Überproduktion des Getreides in Übersee ist nur eine der Erscheinungen, welche heute das Leben des europäischen Landwirts sauer machen. Von Jahr zu Jahr wird der Absatz auch anderer Produkte schwieriger, und nur beste Qualität sichert noch die Abnahme. Hinzu kommen noch die Schwierigkeiten des Kredites, welche alle europäischen Landwirte mehr oder weniger durchmachen, die Verteuerung der Löhne, die höheren Steuern und sozialen Lasten, welche der Landwirt früher so gut wie garnicht kannte. Alles dieses bedingt einen gesteigerten Aufwand der Produktion, der sich nur dann rentieren kann, wenn die Preise der Produkte ebenfalls steigen. Dieses ist aber lange nicht immer der Fall, und meist steht es heute so, daß der Landwirt seine Produkte billiger abgeben muß, als die Produktionskosten es rechtfertigen.

Alle diese Umstände erschweren es, die Landwirtschaft eines so kleinen Landes, wie Estland, getrennt zu behandeln, denn letzten Endes ist Estland genau so vom Weltmarkte und seinen Preisen abhängig, wie jedes andere Land, ja noch mehr, da es als kleines Land im internationalen Verkehr kein Machtwort mitzureden hat, mithin mehr oder weniger die Weltmarktlage so hinnehmen muß, wie sie gegeben ist, ohne sie beeinflussen zu können.

Wir wollen im Folgenden erst die Lage der Landwirtschaft, wie sie sich eben gestaltet, schildern und dann im zweiten Teil die Gründe der estländischen landwirtschaftlichen Krise näher ins Auge fassen.

I.

Die Bedeutung der Landwirtschaft für den estländischen Staat wird wohl am klarsten, wenn man bedenkt, daß 58 % der Gesamtbevölkerung des Landes hauptberuflich in der Landwirtschaft tätig sind und 78 % der Gesamtbevölkerung auf dem Lande wohnen, mithin so oder anders mit dem Lande in Fühlung geblieben sind. Die übrigen 22 % der Bevölkerung leben in den Städten, sind aber natürlich nicht uninteressiert daran, daß es dem Landwirt gut gehe, denn das Land erhält sein Gepräge sicherlich in erster Linie vom Wohl und Weh der 78 % der auf dem Lande lebenden Bürger.

Durch die estnische Agrarreform wurden 58 % des gesamten landwirtschaftlich genutzten Bodens den früheren Besitzern enteignet und an landlose Ansiedler verteilt. Diese „Reform", die mehr den Namen einer Agrarrevolution verdient, hat natürlich die Struktur des Landes von Grund aus geändert. Aus einem Lande, in dem der Großgrundbesitzer die maßgebende Rolle spielte, ist Estland heute zu einem typisch bäuerlichen Lande geworden. Nur vereinzelt gibt es noch unverteilte größere Güter und Reste von Gütern, die vom Staate selbst oder durch Pächter bewirtschaftet werden; das Gros des Landes, soweit es nicht Wald ist, der vom Staate bewirtschaftet wird, ist unter die Ansiedler in kleinen Parzellen verteilt. Dieser bäuerliche Charakter des Landes gibt der Landwirtschaft sein Gepräge. Der einzelne Landwirt produziert nur wenig, er muß sich daher beim Verkauf seiner Waren und bereits bei der Produktion nach Hilfe umsehen, und so entstehen Molkereigenossenschaften, verschiedene Konsumgenossenschaften, Exportgenossenschaften usw.

Der typisch kleinbäuerliche Zuschnitt der estländischen Landwirtschaft verlegt den Schwerpunkt der Betriebseinnahmen auf die Viehzucht. An Korn produziert das flache Land nur so viel, wie es selbst verbraucht. Zum Unterhalt der Städte und zu einem Teil des flachen Landes muß das Korn von auswärts eingeführt werden. An Viehprodukten (Butter, Milch und Fleisch) produziert das Land bedeutend mehr, als es verbrauchen kann, und so bildet die Tierzucht und -haltung das Rückgrat der estländischen Landwirtschaft, aus der 75 % ihrer Einnahmen kommen. 75,6 % aller landwirtschaftlichen Ausfuhrartikel sind Produkte der Viehhaltung. Entsprechend dieser wichtigen Rolle, welche die Viehhaltung in Estland spielt, wird größeres Interesse der Verbesserung der Wiesen und Weiden entgegengebracht. Wenn auch schon vor dem Kriege, besonders nach 1905, in Estland auf den Gütern viel melioriert worden ist, so wird jetzt, wo die Bedeutung der Entwässerung und Bodenverbesserung breiteren Schichten der Bevölkerung klar geworden ist, der Staat zudem billige Kredite gewährt, um so eifriger an der Verbesserung der Wiesen und Weiden gearbeitet. In den Jahren 1926—1929 hat die Regierung im ganzen für 3,6 Millionen Kronen Meliorationsdarlehen verliehen, durch die eine Fläche von 121,158 ha verbessert bzw. urbar gemacht worden ist. Die Gesamtfläche der Landwirtschaft hat hierbei nicht zugenommen, indessen ist die Qualität der Wiesen und Weiden, an denen gearbeitet worden ist, gestiegen.

Bedenkt man, daß die Gesamtfläche der Wiesen und Weiden in Estland 1,796,020 ha ausmacht, daß außerdem 941,989 ha Acker vorhanden sind, und zieht man in Betracht, daß von den nicht meliorierten Wiesen und Weiden mindestens 90 % verbesserungsbedürftig sind, so ersieht man daraus, wieviel noch zu leisten ist, ehe man das Land wirklich gut entwässert und in hohe Kultur gebracht hat.

Im Zusammenhang mit dem Wachsen der Erträge auf den Wiesen und Weiden wächst auch die Zahl der Tiere, welche im Lande gehalten werden können. Setzt man die Zahl der Tiere, die es 1920 in Estland, gab = 100, so ergeben sich nach der offiziellen Statistik für das Jahr 1928 folgende Zahlen: Pferde 133,9, Kühe 148,6, Schweine 116,6, Schafe 116,2, im Durchschnitt 138,8 Tiere. Die Zahl des Geflügels ist 1925/28 um 19,5 % gestiegen.

Diese Zahlen sind keineswegs überraschend, denn es ist bekannt, daß der Großgrundbesitz in der Regel weit weniger Vieh je Flächeneinheit hält, als der Kleinbetrieb. Diese Zahlen bleiben vorläufig sogar sehr stark hinter den Zahlen zurück, die in der Theorie beim Übergange des Landes vom Großbetriebe zur Kleinwirtschaft angenommen werden. Trotzdem scheinen auch diese Zahlen auf einen gewissen Fortschritt der Landwirtschaft in Estland hinzudeuten.

Nimmt man die einzelnen Zweige der Tierzucht und -haltung genauer vor, so muß festgestellt werden, daß die Pferdezucht in Estland sich nur sehr langsam entwickeln kann Sie leidet unter Mangel an Absatz, da ein Export nach Rußland unter den jeweiligen politischen Verhältnissen äußerst erschwert, ja unmöglich, ist, der Export in andere Länder (außer Lettland) kaum in Frage kommt.

Die Rinderzucht hat mehr Erfolge zu verzeichnen. Der Krieg, die Revolution und die Agrarreform haben hier besonders tiefe Wunden geschlagen, die große Bedeutung des Butterexportes für die ganze Handelsbilanz des Staates bringt es aber mit sich, daß diesem Zweige der Landwirtschaft größte Aufmerksamkeit geschenkt wird. Es wird daher keine Mühe gescheut, um die Rinderzucht im Lande zu fördern. Wenn auch die Erträge der Kontrollvereine von heute (im Jahresdurchschnitt 2200 kg) den Vorkriegserträgen (2800 kg) nicht nachzukommen vermögen, steigen sie doch von Jahr zu Jahr, und es ist anzunehmen, daß dieses Steigen auch in Zukunft weiter anhalten wird. Vorläufig allerdings gelingt es immer noch nicht, eine irgend nennenswerte Zahl von Landwirten Kontrollvereinen anzuschließen, und es gehören heute nur 10 % aller Kühe

Kontrollvereinen an, während früher 60 % aller Kühe des Großgrundbesitzes kontrolliert wurden. Dieses erschwert den Vergleich von einst und jetzt insofern, als in früherer Zeit sowohl gute als schlechte Herden Kontrollvereinen angehörten und der oben erwähnte Durchschnitt von 2800 kg somit nicht die Leistung der besten 10 % aller Herden war, während es bei einer Beteiligung von nur 10 % sehr wohl möglich ist, daß nur fortgeschrittenere Landwirte sich den Kontrollvereinen angeschlossen haben und somit der Ertrag von 2200 kg Milch je Kuh im Jahr die Durchschnittsleistung der besseren Herden des Landes darstellt.

Wie gering diese Leistung ist, erhellt daraus, daß unter den genannten Herden eine Herde von 58 Kopf Vieh eine Durchschnittsleistung von 5164 kg je Kuh im Jahr nachzuweisen hat, also mehr als das Doppelte.

Die Schweinehaltung nimmt in Estland keine so feste Stellung ein, wie die Rinderhaltung. Die schwankenden Preise für das Schweinefleisch, die ungünstige Konjunktur auf dem Baconmarkte sind der Grund dafür, daß man im Lande immer wieder über die weniger gute Rentabilität der Schweinehaltung klagen hört. Gewisse Fortschritte sind auch hier nicht zu leugnen, insbesondere in der Art der Haltung und Fütterung der Schweine, wie auch in der Wahl leistungsfähigerer Rassen. Außerordentlich erschwerend ist der Umstand, daß es Estland nicht gelingt, einen ausländischen Markt für das produzierte Fleisch zu gewinnen. Wir sind dadurch gezwungen, unser Fleisch über Finnland auf den Markt zu bringen, wo es als finnländisches Fleisch Gnade vor den Augen derselben Abnehmer auf dem Weltmarkt findet, welche es von uns direkt nicht kaufen wollen.

Der Schafzucht fällt in Estland keine bedeutende Rolle zu, die Wolle der Schafe liefert die Kleidung der Bauern, das Fleisch wird in der Wirtschaft verbraucht, oder auf den Innenmarkt gebracht Dieser Zweig der Landwirtschaft hat auch keine Zukunft in Estland, und es ist anzunehmen, daß die Zahl der Schafe im Lande immer mehr und mehr abnehmen wird.

Einen sehr erfreulichen Fortschritt macht die Geflügelzucht sowohl inbezug auf die Zahl als auch inbezug auf die Leistung der Hühner. Der Eierexport spielt daher schon eine bedeutende Rolle im Leben unseres Staates. Es wurden 1925 13,5 Mill. Eier ausgeführt, 1929 bereits 22,3 Mill.

Die Auflösung des Großgrundbesitzes hatte das Bedürfnis nach geeigneten Beratern der Bauern in Fällen der Seuche und Krankheit

der Tiere wachgerufen. Insbesondere spielte hierbei auch die Geburtshilfe der landwirtschaftlichen Nutztiere eine Rolle, welche in alter Zeit von den Futtermeistern und Viehpflegern der Güter besorgt wurde. Neue Anforderungen traten an die Veterinärverwaltung auch dadurch heran, daß das russische Seuchengesetz und das ganze Veterinärwesen sehr viel zu wünschen übrig ließen. Man muß zugeben, daß hier sehr bedeutende Fortschritte zu verzeichnen sind. Früher gab es in jeder Kreisstadt in Estland einen beamteten Tierarzt, in Reval befanden sich zwei, so daß auf das ganze Land etwa 10 Tierärzte kamen. Heute breitet sich das Netz der Kreistierärzte über das ganze Land aus. Ihre Zahl ist eben 60 und könnte fast um das Doppelte steigen, wenn nur genügend vorgebildete Kräfte vorhanden wären.

Weitgehende Vergünstigungen in Fällen des Seuchenbefalles erleichtern dem Tierbesitzer die Meldepflicht. Das der Veterinärverwaltung unterstellte Serumlaboratorium in Dorpat ist bemüht, die Herstellung verschiedenster Arten von Serum im Lande selbst durchzuführen. Noch gibt es Stimmen, die über die Unzulänglichkeit einzelner Präparate klagen, doch ist anzunehmen, daß es auch darin einen Fortschritt geben wird.

Ein ganz besonders wichtiges Gebiet der Agrarpolitik unseres Staates ist das landwirtschaftliche Schulwesen. Die Regierung schenkt der Entwicklung der Schulen die größte Aufmerksamkeit.

Es bestehen eben in Estland 33 landwirtschaftliche Fachschulen mit 1- und 2-jährigem Kursus. Diese Zahl übersteigt im Verhältnis zur Anzahl der landwirtschaftlichen Wirtschaftseinheiten oder zur Bevölkerungszahl die Zahl der Schulen in Deutschland. Nach 15 Jahren hofft das Landwirtschaftsministerium so weit zu sein, daß es inbezug auf die Zahl der Schulen alle Länder Europas überflügelt hat. Ob mit der Zahl auch die Qualität zunimmt, ist eine andere Frage.

Es darf indessen nicht unerwähnt bleiben, daß es bei den in den Schulen durchgeführten praktischen Arbeiten gelungen ist, die Schüler so weit zu bekommen, daß sie die Erträge der heimatlichen Scholle im Vergleich zu den Erträgen, welche ihre Väter auf demselben Lande erhielten, um 250 % steigern konnten. Ein solcher Fortschritt muß und wird bestimmt seine Früchte tragen.

II.

Wir haben nun die verschiedensten Bilder des Fortschrittes der estländischen Landwirtschaft an uns vorübergehen lassen. Wie steht es nun mit der Rentabilität?

Trotz dieser Fortschritte kommt der estländische Landwirt nicht auf einen grünen Zweig. Die Krise, welche in der ganzen Welt herrscht, scheint auch er durchzumachen, obgleich die Verhältnisse hier in vielem anders liegen, als in anderen Ländern. Der Sturz der Kornpreise konnte sich bei uns, da wir so gut wie gar kein Korn zum Verkauf produzieren, nicht in derselben Weise auswirken, wie in Deutschland und Polen, das keinen Absatz für seine Produkte findet. Der Druck der Steuern, unter denen die meisten europäischen Landwirte klagen, besteht in Estland in geringerem Grade, ja so gut wie garnicht; die direkten landwirtschaftlichen Steuern sind außerordentlich gering. Soziale Lasten muß laut Gesetz auch unser Landwirt tragen, indessen trägt er sie nur selten, und dann auch nur, wenn er einen verhältnismäßig großen Grundbesitz hat; der gewöhnliche Ansiedler und Bauer denkt nicht daran, seinen Arbeiter zu versichern, oder für ihn an irgendwelche Kassen Beiträge zu entrichten. Auch kümmert sich das Gros der Landwirte sehr wenig darum, daß das Gesetz des Arbeiterschutzes ihnen Vorschriften über die Arbeitsdauer u. dgl. macht. Der Bauerwirt läßt seinen Arbeiter nicht schlafen, wenn er selbst bei Sonnenaufgang aufs Feld geht, sondern nimmt ihn einfach mit. Da die geringe Entwicklung der Industrie nur wenig Beschäftigungsmöglichkeiten bietet, hat der Arbeiter auch kein sonderliches Interesse daran, den Brotgeber an das Einhalten der Verordnung über die Arbeitsdauer zu erinnern, denn er weiß zu genau, daß es im Lande genug Leute gibt, die gerne seine Stellung einnehmen würden.

Trotz aller dieser im Vergleich zu Westeuropa für den estländischen Landwirt augenscheinlich günstigen Erscheinungen verzinst sich das ins Land investierte Kapital nach den Erhebungen der offiziellen Statistik (1925—1928) im Durchschnitt nur mit 2,4%, wobei der Bauerwirt je Tag nur 1,37 Kr. verdient, während er seinem Knecht im Durchschnitt 2,25 Kr. je Tag zahlen muß. Wir sehen somit, daß die Lage des estländischen Landwirts heute schlechter ist, als die Lage des landwirtschaftlichen Arbeiters, der dieses wohl auch ziemlich gut versteht: der Drang nach Land hat in Estland so gut wie aufgehört. Eine andere Bewegung macht sich dagegen geltend — das Angebot von Land übersteigt schon heute die Nachfrage, und das Land sinkt

im Preise. Noch werden hin und wieder Verkäufe gezeitigt, wobei ein Durchschnittspreis von 200 Kr. je ha erreicht wird; gegenüber dem Preise vor dem Kriege, wo je ha 140 Rbl. = etwa 260 Kr. gezahlt wurden, bedeutet es bereits einen Rückschritt. Als ziemlich sicher kann angenommen werden, daß die Preise für Land in Estland noch weiter sinken werden.

Berechnet man für das ins Land investierte Kapital den für Estland als sehr niedrig zu bezeichnenden Zinssatz von 7 % im Jahr, so arbeiten fast alle estländischen landwirtschaftlichen Betriebe heute mit Verlust, wobei die kleineren Betriebe je ha Nutzfläche größere Verluste aufzuweisen haben, während größere Betriebe mit kleinerem Verlust arbeiten. Die offizielle Statistik gibt an, daß der Verlust bei den Landstellen unter 20 ha im Jahre 1927 31,87 Kr. betrug, bei den mittleren Betrieben (von 20—30 ha) 29,98 Kr., bei den Vollbetrieben (30 – 60 ha) 19,95 Kr. und bei den großen Betrieben über 60 ha nur noch 16,30 Kr. Die Großbetriebe, welche von der offiziellen Statistik zum Vergleich herangezogen worden sind, mögen recht klein gewesen sein; daher gelang es der Statistik nicht, den Nachweis zu liefern, daß bei weiterer Steigerung der Betriebsgröße ein Gewinn zu errechnen wäre. Doch zeigen bereits diese Daten ganz deutlich, daß mit wachsender Größe der Verlust abnimmt und bei Betrieben von 200—500 ha sich wohl in einen Gewinn verwandeln muß. Eine nähere Untersuchung der Gründe dieser Erscheinung behalten wir uns zum Schluß dieses Artikels vor.

Wir müssen noch einen Blick auf die Verschuldung unserer Landwirtschaft werfen, ehe wir die Übersicht über den augenblicklichen Stand der Landwirtschaft in Estland verlassen. Noch kürzlich sind Erhebungen darüber angestellt worden, deren Ergebnisse viele interessante Einzelheiten zeigen, indessen genügt es für unsere Zwecke, wenn wir hier feststellen, daß nach den letzten Erhebungen die greifbare Verschuldung der Landwirtschaft in Estland im Landesdurchschnitt je ha Nutzland beim Ansiedler 42,83 Kr. und beim Altwirt 3,72 Kr. ausmacht.

Diese Verschuldung kann an sich nicht für hoch gehalten werden, da sie nur bei den Ansiedlern (denen das Land zudem eben noch nicht einmal gehört) etwa 25 % des augenblicklichen Wertes des Landes ausmacht. Indessen bringen die hohen Steuern, welche bei der Ausstellung von Hypotheken jetzt erhoben werden, es mit sich, daß ein bedeutender Teil des Landkredits statistisch nicht erfaßbar ist. Die Lage des Bauerwirts scheint nach diesen Daten besonders

durch Fremdbestäubung (bei Roggen) gute Saat in kurzer Zeit durch die schlechtere Saat des Nachbars verunreinigt wird. Die Bekämpfung des Unkrauts ist für den einzelnen auf seiner Parzelle oft unmöglich, wenn die Nachbarn nicht mitmachen, denn der Samen fliegt weit und verunreinigt so das bestgehackte Feld. Bedenkt man, daß zu all diesen Faktoren noch hinzukommt, daß das Inventar heute höher im Preise, der Bodenkredit aber geringer und teurer geworden ist, daß mithin der Landwirt bedeutend größere Ausgaben machen muß, um dieselbe Ernte zu gewinnen, so wird daraus klar, wie es kommt, daß die Landwirtschaft in Estland heute unrentabler ist, als früher.

Psychologische Momente, wie der Gedanke, nun freier Mann auf eigener Scholle zu sein, können den Ansiedler vorübergehend an seinen Besitz fesseln. Der Umstand, daß die Industrie nicht genügend Existenzmöglichkeiten bietet und der Ansiedler von heute garnicht weiß, wo er bleiben soll, wenn er das Land nicht bebaut, hält ihn vorläufig auf dem Lande fest. Auch spielt der Umstand, daß Rußland heute zur Auswanderung nicht geeignet ist, eine gewichtige Rolle. Wäre dem anders, böte Rußland heute noch die Möglichkeiten des Fortkommens, welche es vor dem Kriege geboten hat, so wäre die Einschränkung des Besitzrechtes auf 50 ha in Estland eins der besten Mittel, das Land zu entvölkern. Scharenweise würde die Auswanderung erfolgen und scharenweise wird sie erfolgen, wenn die Verhältnisse außerhalb der estländischen Grenzen erträglicher werden. Unter den Faktoren des ökonomischen Koeffizienten eines Landes gibt es solche, welche zu ändern der Mensch nicht in der Lage ist. Klima, Boden, Witterung u. dgl. kann er nicht zwingen. Es gibt aber andere, welche zu ändern wären, wenn mit dem Willen, eine Änderung vorzunehmen, wirklich Ernst gemacht würde.

Zu diesen Faktoren, welche die Menschen bei gutem Willen ändern könnten, gehört der Faktor der Einschränkung des Grundbesitzes bis zu 50 ha für Ansiedlerland, auf dem heute noch die meisten estnischen politischen Parteien bestehen. Offene Möglichkeiten dem Tüchtigen! müßte die Losung von heute werden, nicht aber die Unterstützung des Untüchtigen durch verschiedene künstliche Hilfsmittel.

Fähige Betriebsleiter sind heute gezwungen, ohne genügende Beschäftigung ihre Kräfte brach liegen zu lassen. Immer noch vorhandene Werte an Gebäuden gehen zugrunde, ohne der Volkswirtschaft Nutzen zu bringen. Obgleich die Gefahr des Wiederentstehens des frü-

heren Großgrundbesitzes in seiner alten Form nicht mehr besteht, obgleich es genügen würde, zur Erzielung einer vernünftigen Rente weit kleinere Betriebe als früher zu schaffen, wird am grünen Tisch immer noch an der Theorie festgehalten, die nur so lange gelten kann, bis das Leben wie ein starker Wasserstrom über sie hinwegeilt.

Theorien, welche nicht mit realen Tatsachen des Lebens rechnen wollen, bleiben nicht bestehen, daher bringt das Leben immer wieder teuer zu stehen kommende Korrekturen in das Wirken und Walten der Menschen, welche das nicht beachten. Die einsichtigeren Kreise der estnischen Heimatgenossen haben dieses bereits eingesehen, und es ist zu hoffen, daß es bald immer weitere Kreise tun werden.

Nicht zurück zum Alten kann und soll die Parole sein, denn das Rad der Geschichte läßt sich nicht rückwärtsdrehen; wohl aber müßte es möglich sein, ohne nationale Gegensätze, jedem das Seine lassend, am Aufbau der uns allen gleich teuren Heimat produktiv und erfolgreich mitzuwirken. Dazu müssen aber die Schranken fallen, die heute noch den Tüchtigen in der Entfaltung seiner vollen Kraft und Leistungsfähigkeit behindern.

Die internationale Lage Deutschlands

Von † †

Nachfolgender Aufsatz stammt von einem Mitarbeiter, der als Beobachter in bevorzugter Stellung eine nicht gewöhnliche Kompetenz zur Behandlung dieser Fragen besitzt. Wir werden in der Lage sein, von Zeit zu Zeit außenpolitische Beiträge von ihm zu bringen. Die Schriftleitung.

Genf, Ende April 1930

Die ursächliche Verbundenheit von äußerer Machtstellung und innerer Gestaltung tritt nirgends so offenkundig zutage wie in dem heutigen Deutschland der Nachkriegszeit. Nirgends in Europa sind die allgemeinen Lebensbedingungen so bis auf das tiefste aufgewühlt wie in Deutschland. Nachfolgende Darlegungen können daher nur einen bescheidenen Versuch darstellen, sich in großen Zügen Klarheit über die gegenwärtige Geltung und Stellung Deutschlands im internationalen, vor allem im intereuropäischen Leben zu verschaffen.

Die internationale Lage Deutschlands ist heute noch ausschließlich von den Ergebnissen des Weltkrieges bestimmt. Die Grenzregulierungen, die reparationspolitischen Entscheidungen, die Entwaffnung des Versailler Systems bilden die zwangsmäßig gegebene Grundlage,

die gegenwärtig für Deutschland schicksalbestimmende Geltung hat. Die jetzt abgeschlossene erste Epoche der Nachkriegszeit hat zunächst zu einer gewissen Stabilisierung im Westen Europas geführt. Die deutsch-französischen Beziehungen haben hierbei der Gesamtorientierung der deutschen Außenpolitik nach eine entscheidende Rolle gespielt. Auf der einen Seite stand die in Deutschland als zwangsmäßig empfundene Notwendigkeit, mit Frankreich so schnell als möglich zu einem modus vivendi zu gelangen. Andererseits übte französische Kultur und Geistesverfassung eine Anziehungskraft von außerordentlichem Ausmaß auf weite deutsche Kreise aus. Das Kapitel der deutsch-französischen Auseinandersetzungen scheint jetzt vor einem gewissen Abschluß zu stehen. Die so sehr angestrebte Annäherung und Verständigung auf politischem Gebiet ist ohne Zweifel nicht erreicht worden und wird wohl auch nie erreicht werden, wobei grundsätzlich die Möglichkeit einer dauernden Annäherung und Freundschaft zweier Nationen als höchst zweifelhaft erscheint. Der jahrhundertelange Kampf und die heute noch fast ausschließlich auf Deutschland eingestellte Blickrichtung Frankreichs hat zu tiefe Wurzeln geschlagen, hat zu lange und zu ausschließlich den psychologischen Mittelpunkt französischen Denkens und Handelns gebildet, als daß einige wenige Jahre diese Komplexe beseitigen könnten. Die französische Sicherheitsforderung, der Angelpunkt der gesamten französischen Außenpolitik, beruht heute noch auf der vielfach unbewußten, alle Volksschichten in Frankreich durchdringenden Überzeugung, daß französische Kultur gleichbedeutend sei mit europäischer Kultur und Gesittung. Eine derartig tief eingewurzelte Denkweise — das Anzeichen einer alternden Nation — läßt sich nicht in einer Generation überwinden. Aber neben der Unvereinbarkeit politischer Gegensätze steht die Verflechtung, die in wachsendem Maße zwischen Deutschland und Frankreich auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiete zu beobachten ist. Hier liegen Verbundenheiten vor, die schließlich auf der historischen Gemeinsamkeit gleicher europäischer Kultur und Zivilisation beruhen. Wann und ob die hierdurch ausgelösten Kräfte eine Entspannung und endgültige Beruhigung auch auf politischem Gebiete mit sich bringen werden, ist eine Frage der Zukunft. Der entscheidende Gegensatz, der heute Deutschland von Frankreich trennt, liegt weit weniger in den unmittelbaren Beziehungen der beiden Völker zu einander, als in dem kontinentalen Machtsystem, das Frankreich mit englischer und amerikanischer Hilfe in Europa errichtet hat, in dem der Völkerbund, osteuropäische Staatenbildung, inter-

nationale Finanz- und Wirtschaftspolitik nur Mittel zum Zweck sind. Heute steht Deutschland vor der Tatsache, daß Frankreich jede deutsche Machterweiterung, jedes deutsche Wachstum, jede neue Zielsetzung im Osten als eine unmittelbare Gefährdung und Bedrohung der Sicherheit Frankreichs ansieht. Die heute geltende Grundthese des Völkerbundes: Friedenswahrung vor allem in Europa, zeigt nur, wie sehr die französische Außenpolitik es verstanden hat, französische Interessen zu einer Weltangelegenheit zu machen. Entscheidend für die Zukunft scheint aber die Tatsache zu sein, daß Frankreich seiner neuesten wirtschaftlichen Entwicklung nach zu einem Verlassen des bisherigen mit unglaublichem Konservatismus aufrechterhaltenen Zustandes eines saturierten Rentner- und Bauernvolkes gezwungen wird. Dieses so tief konservative, auf beschauliche Lebensweise eingestellte Volk steht heute in der Zwangslage, infolge wachsender Industrialisierung, sinkender Bevölkerungsziffern, wachsender internationaler Konkurrenz den bisherigen Zustand aufgeben und in engere Beziehungen zu seinen europäischen Nachbarn treten zu müssen — eine Entwicklung, die auf die Dauer nicht ohne Rückwirkung auf die gesamte politische Orientierung Frankreichs bleiben kann. Das deutsch-französische Verhältnis scheint trotz aller gegenwärtigen Belastungen in eine neue Epoche einzutreten, die Deutschland vielleicht eines Tages Befreiung von der bisher ausschließlich nach Westen gerichteten Orientierung und ein Freiwerden der Kräfte nach Osten ermöglichen wird.

Wesentlich einfacher liegen die Dinge hinsichtlich des deutsch-englischen Verhältnisses. England ist auch heute noch trotz der sich anbahnenden Umgestaltung das gewaltige Weltreich, dessen europäisches Interesse nur einen kleinen Ausschnitt aus seinen imperialen Verpflichtungen und Bindungen darstellt. Die Erfahrungen der letzten Jahre lehren, daß Englands Interesse an Deutschland seit dem Zusammenbruch des Weltkrieges nur ein sehr bedingtes ist und bedingtes bleiben wird. Englands Haltung gegenüber Deutschland war daher in den letzten Jahren — man sehe Locarno, Genua, Genf, Haag — wohlwollendes Anhören und praktisches Nichtberücksichtigen vitaler deutscher Interessen. England rechnet heute und muß heute auf dem europäischen Kontinent rechnen in allererster Linie mit Frankreich. Die französische Wehrmacht, französische Kolonialentwicklung, französische Kapitalkonzentration, die sich die Londoner City vielfach abhängig gemacht hat, sind Faktoren, mit denen jede englische Regierung rechnen muß und rechnen wird. Das in London

ostentativ gezeigte Wohlwollen gegenüber Deutschland, das sicher ehrlich gemeint ist und der englischen ressentimentsfreien Gesamthaltung entspricht, darf nicht über den Tatbestand hinwegtäuschen, daß Englands Interesse am deutschen Wachstum nur ein sehr geringes ist. Praktische Erwägungen könnten zeitweilig gemeinsame Interessen schaffen, jedoch nur mit einem Deutschland, das an realer Macht und Weltgeltung anders aussieht als das heutige. Vorläufig ist Deutschland für England nur ein Konkurrent auf dem Weltmarkt, als Machtfaktor in Osteuropa gegen den Kommunismus noch viel zu unbedeutend, als daß die amtliche englische Außenpolitik Veranlassung hätte, sich mit Deutschland enger zu verbinden.

Die deutsch-italienischen Beziehungen sind heute noch ein offenes Feld. In den ersten Jahren des Faszismus hat es an Annäherungsversuchen von italienischer Seite nicht gefehlt. Man hoffte in Rom, in Abgrenzung der gegenseitigen Interessensphären zu einer engeren Zusammenarbeit mit der deutschen Regierung zu gelangen. Die Versuche scheiterten vollkommen. Die deutschen amtlichen Stellen, im wesentlichen durch innenpolitische Momente und die Furcht vor einem Übergreifen faszistischer Tendenzen bestimmt, lehnten grundsätzlich jede Annäherung Italiens ab. Entscheidend war die die gesamte deutsche Außenpolitik beherrschende Erwägung, eine Annäheruug an Italien könnte zu einer Trübung der deutsch-französischen Beziehungen führen. Seitdem hat sich die Lage wesentlich geändert. Das faszistische System hat sich gefestigt, ist heute eine Tatsache, eine Geistesverfassung, die alle Schichten der Bevölkerung, vor allem die gesamte Jugend ergriffen hat. Die italienische Expansionspolitik auf dem Balkan und im östlichen Mittelmeer hat zu neuen Methoden einer langsamen, zähen, planmäßig geführten Durchdringung und Ausdehnung der italienischen Macht geführt. Deutschland ist für Italien zunächst uninteressant geworden. Man ist sich in Rom hinlänglich über die innere Schwäche und Zielosigkeit der deutschen amtlichen Kreise im klaren, die deutsch-französische Spannung hält beide Staaten im Schach, Italien hat freies Spiel. So liegen die Dinge heute. Daß, potentiell gesehen, in der Zukunft Möglichkeiten einer praktischen Interessengemeinschaft zwischen Deutschland und Italien liegen, ist ohne jeden Zweifel. Beide Staaten sind an einer Umgestaltung des in Versailles geschaffenen europäischen Systems interessiert, beide Staaten drängen nach einer Befreiung von der französischen Hegemonialpolitik in Osteuropa, beide — junge aufstrebende Völker mit unausgeschöpften Entwicklungsmöglichkeiten — kämpfen

um neue Gestaltung, drängen nach Raum, Ausdehnung, Wachstum und Macht. Hier sind Gemeinsamkeiten tiefliegender Art, die unvermeidlich eines Tages Geltung gewinnen werden.

Die Rolle, die Deutschland seit seinem Eintritt (1927) im Völkerbund gespielt hat, ist keine glückliche gewesen. Der Eintritt vollzog sich unter wenig glücklichen Umständen. In Locarno war der deutschen Regierung von den beiden Vertragspartnern England und Frankreich vieles in vager Form versprochen worden, worauf man in Deutschland baute, was aber keineswegs erfüllt wurde. Den westeuropäischen Großmächten lag außerordentlich viel an einer Teilnahme Deutschlands am Völkerbund. Ohne Deutschland blieb der Völkerbund lückenhaft, zum mindesten ohne europäische Geltung. Es bestand ferner die Gefahr eines engeren Anschlusses Deutschlands an Sowjetrußland, des Anwachsens national-revolutionärer Strömungen, kurz einer Bedrohung des Versailler Systems. Deutschland wurde daher mit allen Mitteln veranlaßt, in den Völkerbund einzutreten, und erhielt zwar einen ständigen Ratssitz, ohne jedoch den hiermit verbundenen Einfluß auf die Völkerbundsmaschinerie zu gewinnen. Die Regie des Völkerbundes liegt heute fest in den Händen einer kleinen Gruppe außerordentlich gewiegter, alle Mittel der internationalen diplomatischen Technik beherrschender Vertreter der westeuropäischen Großmächte. Der Völkerbund, gegründet mit dem Ziel, das sog. Rechts- und Friedenssystem mit friedlichen Mitteln aufrechtzuerhalten, ist heute beherrscht von der Maxime: Quieta non movere. Alle etwaigen Beunruhigungs- und Störungsmomente, alle neuauftauchenden Fragen werden ausschließlich von dem Gesichtspunkt aus beurteilt, wieweit hierdurch die gegenwärtige europäische Ordnung gestört werden könnte. Die Minderheitenfrage wird als eine interne Angelegenheit der Mitgliedsstaaten angesehen, die Minderheiten für unbequeme Störenfriede der allgemeinen Ruhe und Sicherheit erklärt. In Deutschland ist der Völkerbund in den letzten Jahren fast allgemein falsch eingeschätzt worden. Die pazifistisch orientierte Demokratie glaubte anfangs, im Völkerbund eine Ideallösung fast metaphysischer Art gefunden zu haben. Auf der rechten Seite übersah man völlig die außerordentlichen realpolitischen Möglichkeiten, die die Völkerbundsmaschinerie auch heute noch bietet. Tatsächlich ist der Völkerbund ein neues machtpolitisches Instrument, eine neue Methode der Diplomatie, eine Organisation der zwangsmäßigen Zusammenarbeit der Völker auf den verschiedenartigsten Gebieten. Der Völkerbund ist weder gut noch schlecht, sondern kann nützlich und auswertbar

sein. Der Völkerbund bietet ohne Zweifel sehr weitgehende wertvolle Möglichkeiten, die internationale Lage, die Ziele und Methoden der einzelnen Regierungen zu beobachten, Einfluß zu gewinnen, Propaganda zu machen und eine einmal gewonnene Zielsetzung planmäßig durchzuführen. Es genügt hier der Hinweis auf die große nachrichtentechnische Organisation, die fortgesetzten Arbeiten auf finanz- und wirtschaftspolitischem Gebiet und an den verschiedensten juristischen, kulturellen, sozialen Fragen. Die vage Formulierung des Völkerbundpaktes, insbesondere der Art. 19 über die Revision internationaler Verträge, kann eines Tages Möglichkeiten bieten, deren Auswertung heute noch nicht zu übersehen ist. Voraussetzung ist jedoch, daß eine kraftvoll geführte Außenpolitik sich dieses Instrumentes zu bedienen weiß, wie dies England und Frankreich seit Jahren tun. Es muß leider festgestellt werden, daß dies auf deutscher Seite bisher in keiner Weise geschehen ist. Die bisherige deutsche Stellung im Völkerbund kann nur mit der eines verlorenen Sohnes verglichen werden, der nach einigen Abirrungen reumütig ins Vaterhaus zurückkehrt und seine Aufnahme in die Familie selbstredend nicht mit irgendwelchen Forderungen verbinden will. Ängstlich suchte die deutsche Völkerbundspolitik alle Steine des Anstoßes zu vermeiden und sich als ein willfähriges, friedliches, ja harmloses Mitglied der Völkergemeinschaft zu zeigen, das in keiner Weise beabsichtige, unerlaubte Wünsche zu hegen oder die Absichten seiner großen Freunde zu stören. Vieles wäre im einzelnen über die deutsche Arbeit beim Völkerbund zu sagen. Hier kann nur darauf hingewiesen werden, daß die oberflächlich versuchte und kaum ernsthaft in Angriff genommene Aktivierung des Minderheitenproblems im Rahmen des Völkerbundes völlig und vorläufig wohl endgültig gescheitert ist, daß die zweifellos vorhandene Möglichkeit, in der Abrüstungsfrage taktisch eine neue Lage für Deutschland herbeizuführen, nicht erreicht worden ist und daß der Einfluß Deutschlands im Völkerbund in keiner Weise der heutigen Geltung und Bedeutung Deutschlands als zentraleuropäischer Großmacht entspricht. Die deutsche Völkerbundspolitik kannte nur ein Ziel, das als Dogma fast ausschließliche Geltung hatte: Verständigung mit Frankreich um jeden Preis. Dem wurden alle übrigen Aufgaben, Minderheiten, Abrüstung, osteuropäische Fragen, die Beziehung zu Italien geopfert. Welches das weitere Schicksal des Völkerbundes sein wird, ist heute noch kaum zu sagen. Sicher ist nur, daß der Völkerbund, aus der mechanisch-demokratischen Denkweise des Präsidenten Wilson schablonenhaft geschaffen als ein

Zusammenschluß sämtlicher Völker der Welt, keine wirkliche Realität geworden ist. Wie sollte auch aus einer mechanischen Ansammlung verschiedenartigster Rassen, Kulturen, Kontinente eine Einheit, ein neuer Organismus entstehen, insbesondere da jede geistige Gemeinschaft, jede geistige Grundlage fehlte? Als Ersaß dafür gilt nur die mechanisch-doktrinäre These der Friedenserhaltung. Es liegen jedoch Anzeichen einer gewissen neuen Entwicklung vor. Die Umrisse einer Gemeinschaft der europäischen Völker, von der Gleichartigkeit der Kultur und Religion ausgehend, zeichnen sich ab, wenn auch noch undeutlich und verwischt. Das Problem einer kontinental-europäischen Gemeinschaft ist heute in allen Köpfen, ohne jedoch bisher irgendwie einen realpolitischen Niederschlag gefunden zu haben. Vielleicht wird erst äußere Not und Zwang, vielleicht die Entwicklung der Dinge in Sovet-Rußland und Asien diesen unausgereiften Ideen zu lebendiger Gestaltung verhelfen. Deutschland wird hierbei, darüber besteht nirgends der geringste Zweifel, die entscheidende Rolle zufallen. Je größer die Gefahren aus dem Osten, je unfähiger sich die führenden westeuropäischen Staatsmänner zeigen, die Gesundung und den Neuaufbau Europas herbeizuführen, umso dringender richten sich die Blicke auf das zukünftige Deutschland, von dem jeder heute die Lösung dieser Aufgabe erwartet.

Osteuropa ist heute das große ungelöste Kapitel der modernen europäischen Geschichte. Die erste deutsche Nachkriegsepoche ermangelte jeder weitschauenden Konzeption in den osteuropäischen Fragen. Man ging während der Regierungszeit Dr. Stresemanns von der Voraussetzung aus, daß Deutschland im Osten Zeit habe, daß der Weg nach dem Osten über Paris führe und daß ohne Vereinigung der westeuropäischen Fragen, ohne Rheinlandräumung und Regelung der Reparationen eine Inangriffnahme der deutschen Aufgaben im Osten nicht in Frage kommen könne. Eine Vorbereitung für eine aktive deutsche Außenpolitik fand nicht statt und ist bisher noch immer nicht erfolgt. Das Verständnis für die historischen deutschen Aufgaben im Osten fehlte vollkommen. Die deutsche Ostpolitik der Nachkriegszeit ist Händlerpolitik. Die Folge konnte nur eine außerordentliche Schwächung des deutschen Ansehens im Osten sein. Tatsächlich lag der parteipolitisch bestimmten deutschen Ostpolitik gelegentlich die stille Hoffnung zugrunde, das deutsche Volk werde sich mit der Zeit an alles gewöhnen, werde den Verlust der deutschen Gebiete im Osten verschmerzen lernen. Wichtiger erschien den amtlichen Kreisen die Erhaltung des Weltfriedens, die friedliche Zu-

sammenarbeit der Völker — ein Thema, das seit Locarno, Genf und Haag nur zu bekannt ist. Praktisch tat man alles, was die Aufrichtung aktiver deutscher Ziele und das Wachhalten nach Osten gerichteter nationaler Kräfte verhindern konnte. Die Haltung Deutschlands gegenüber Polen ist hinlänglich bezeichnend für die Einstellung der amtlichen Kreise in osteuropäischen Fragen. In der polnischen Öffentlichkeit wurden infolgedessen die in der deutschen Presse erhobenen Klagen und Forderungen nicht mehr ernst genommen. Man wußte, daß die deutsche Regierung nicht dahinter stand, daß vielmehr wirtschaftliche Beziehungen, Verständigungsbereitschaft, Aufgabe jeder grundsätzlichen Haltung die maßgebenden Gesichtspunkte der deutschen Ostpolitik waren. In Genf wurde daher auch das Eintreten Deutschlands für die deutschen Minderheiten im Osten nicht ernst genommen. Man rechnete stets mit großer Sicherheit auf ein Nachgeben, da von irgendwelchen deutschen Zielen im Osten nicht das geringste zu spüren war. Verständigungswille, Ideenlosigkeit und vollkommene Schwäche waren die Kennzeichen der deutschen Haltung in osteuropäischen Fragen. Noch heute fehlt eine Zentralstelle, von der aus im Rahmen der gesamten Außenpolitik die ostpolitischen Fragen vorbereitet, durchdacht und durchgearbeitet werden. Die Haltung Deutschlands gegenüber Sovet-Rußland war unklar und für das Ausland völlig unverständlich. Es hatte sich in kurzer Zeit erwiesen, daß die an den Rapallo-Vertrag geknüpften Hoffnungen taktischer Art sich in keiner Weise erfüllen konnten. Während man auf der einen Seite den Kommunismus ablehnte, trat man auf der andern Seite in engste Beziehungen zur Moskauer Regierung. Man suchte in Genf Hand in Hand mit den Moskauer Vertretern eine Front zu bilden, ohne daß hierdurch auch nur die geringsten Erfolge erzielt werden konnten. Das Schauspiel der deutsch-russischen Verbrüderung erweckte allgemein nur den Eindruck, daß die deutsche Regierung im höchsten Grade unzuverlässig sei, gegenüber dem Kommunismus eine zweideutige Haltung einnehme, somit nur größtes Mißtrauen verdiene. Der Versuch, mit sovetrussischer Hilfe Deutschlands verlorene Stellung wiederzugewinnen, war allzu formalistisch ersonnen, als daß man auf Seiten der Entente diesen Bestrebungen jemals irgendwelche praktische Bedeutung beigelegt hätte. Die Erkenntnis der großen kulturellen Aufgaben Deutschlands im Osten fehlte den amtlichen deutschen Kreisen vollkommen. Der deutsche Einfluß in Ost- und Südeuropa, der naturgemäß in hohem Grade vorhanden war, ging daher fast gänzlich verloren, französische Pro-

paganda, französischer Einfluß hatten freien Spielraum. — In der letzten Zeit freilich ist eine gewisse Wandlung in der öffentlichen Meinung Deutschlands zu beobachten. Das sovetrussische Problem ist, teilweise durch den Anstoß von katholischer Seite, zum ersten Mal als eine unmittelbar die europäischen Völker berührende Angelegenheit in Erscheinung getreten. Die Aktivität, die die katholische Kirche in der letzten Zeit entfaltet hat, trägt zunächst einen nur defensiven Charakter. Die in Genua versuchte Verständigung zwischen Moskau und dem Vatikan hat sich in den letzten Jahren als völlig aussichtslos und außerordentlich gefährlich erwiesen. Die vom Papst ergriffene Offensive war daher zunächst nur ein notwendiger Schritt, um den katholischen Einfluß vor der drohenden Untergrabung zu schützen, ohne daß daraus irgendwelche Schlüsse auf eine von päpstlicher Seite zu erwartende aktive Inangriffnahme des sovetrussischen Problems gezogen werden könnten. Doch ist ohne Zweifel in der öffentlichen Meinung ganz Europas die Erkenntnis im Wachsen, welche Gefahren die weitere Entwicklung der kommunistischen Herrschaft in Sovetrußland für die europäische christliche Kultur und für die sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen Europas in sich birgt, ohne daß jedoch diese Erkenntnis bisher zu Taten geführt hätte. Das sovetrussische Problem ist heute eine Frage der europäischen Gemeinschaft und Einheit, ein europäisches Problem allererster Ordnung. Nur durch einen geschlossenen europäischen Machtwillen, der bewußt die kommunistische Ideologie ablehnt und aus der bisherigen Lethargie zu geistiger Überwindung und aktiver Abwehr schreitet, kann die Gefahr, die heute die europäische Kultur bedroht, überwunden werden. Deutschland wird hierbei immer mehr als der eigentliche Träger der Überwindung des Kommunismus angesehen. Kein anderes Volk wird in der Zukunft dieser Aufgabe gewachsen sein, wenn es nicht das deutsche Volk ist. Von der Art, in der das deutsche Volk an diese Aufgabe herantritt, wird in hohem Maße das weitere Schicksal Deutschlands abhängen.

Das deutsche Volk steht heute mitten in einer Epoche tiefgehender geistiger und sozialer Umwälzungen. Die kurze Zeit seit dem Zusammenbruch von 1918 läßt noch nicht erkennen, welche neuen geistigen Kräfte der Zusammenbruch ausgelöst hat. Die deutsche Geltung im internationalen Leben steht heute noch in schroffem Gegensatz zu der Verworrenheit und inneren Schwäche, die das moderne deutsche Leben zeigt. In der Weltmeinung gilt Deutschland heute als der entscheidende Faktor der

künftigen europäischen Entwicklung. Das Vertrauen des Auslandes auf die immanenten geistigen Kräfte des deutschen Volkes ist trotz des Zusammenbruches noch außerordentlich groß. Es herrscht allgemein die Überzeugung, daß in Deutschland, wie kaum in einem anderen Lande, Kräfte einer jungen gesunden Nation, Möglichkeiten des Aufstieges von ungeahnter Art vorhanden sind. Immer wieder richten sich die Blicke auf die Vorgänge in Deutschland. Das potentielle Schwergewicht des deutschen Volkes in der Zukunft ist ein Faktor, mit dem heute das Ausland in hohem Maße rechnet. Man fühlt es, daß die Geschichte dieses Volkes am Anfang einer neuen Epoche steht, daß neue Kräfte einer neuen gesunden Generation nach dem Zusammenbruch des Weltkrieges langsam aufsteigen. Der Glaube an eine deutsche Zukunft ist, so sonderbar das erscheint, bei den anderen Völkern Europas weit stärker und tiefer, als im deutschen Volke selbst, das den Weg zu der Erkenntnis seiner eigenen Kraft und Stärke noch nicht gefunden hat. Je mehr aber die wirklich entscheidenden Probleme der Gegenwart in den Vordergrund treten, umso größer wird das Vertrauen, daß das deutsche Volk in sich die Kraft finden wird, die gegenwärtigen Gefahren zu überwinden und die Grundlagen einer neuen europäischen Kultur zu schaffen.

Die Nation im Empfinden der jungen Generation

Von Karl Erdmann

Mit diesen Zeilen ist nicht so sehr beabsichtigt, einen Querschnitt durch das nationale Denken der jungen Generation in Deutschland zu geben, als vielmehr die Wandlungen anzudeuten, die der Begriff Nation seit Umgestaltung des Reiches durchgemacht hat. Da sind es nun drei Erscheinungen, die, wo sie miteinander verbunden auftreten, uns ein durchaus verändertes Bild nationalen Denkens und Empfindens geben. Ich nenne sie kurz: Vertiefung, Erweiterung, Verbreiterung des Begriffs Nation.

Das Reich Bismarcks und die deutsche Nation seiner Zeit waren in erster Linie politische Begriffe; Österreich war der stammverwandte Nachbarstaat, dem man zwar sich gewöhnte nach und nach wärmere Gefühle entgegenzubringen, den man aber doch als etwas außerhalb Deutschlands empfand. Der Unterschied des Ver-

haltens zu Österreich und England, dem Vetter auf der Insel, war mehr graduell als grundsätzlich. Von den vielen Stammverwandten, die verstreut in Gruppen überall in Europa deutsche Kultur vertraten, wußte man, wenige Kreise ausgenommen, sehr wenig oder garnichts. Auch im Reich selber pflegte man die geeinte Nation in erster Linie als politischen, außenpolitischen Gegensatz gegen die anderen Nationen auszuspielen. Im Inneren verkörperte der Reichstag, der nur wenig zu sagen hatte, der Bundesrat, eine Diplomatenversammlung, der Monarch — mehr König von Preußen als Kaiser des Reichs — die Einheit der Nation nicht allzustark, wenn man diese Organe mit denen Englands und Frankreichs vergleicht, und auch nur im politischen Sinne. Kulturell dachte man nicht in deutschen, sondern in preußischen, bayrischen, badischen Kategorien, indem jeder dieser Stämme nicht nur sich nicht bemühte, seine Eigenart in den Dienst einer allgemeinen deutschen Entwicklung zu stellen, sondern sie weiter auszubilden, den anderen aufzuzwingen. Durch diese Tatsachen wird das Werk Bismarcks keineswegs geschmälert, im Gegenteil, nur er konnte mit seinem Genie und seinen Riesenkräften ein so vielgestaltiges, uneinheitliches Volk in einen Staat zusammenfassen, mit Blut und Eisen, wie er sagte, aber nicht mit Geist. Wie wenig dieser reif war, eine Einheit zu werden, zeigen die erschütternden Klagen Nietzsches, der die Reichsgründung als ein großes Unglück ansah. Er glaubte, daß durch diesen äußeren Erfolg befriedigt die Geister sich zu Ruhe setzen würden und nicht das schaffen, was dem Reich fehlte und doch seine Grundlage sein mußte: die geistige Einheit. Er hat recht behalten. Der ungeheure wirtschaftliche und politische Aufschwung täuschte fast alle darüber, daß man im Inneren der Reichsidee nicht näher kam. Dann kam Krieg und Zusammenbruch: wo nun die einzige einheitliche Form der Nation, die politische, in ihren Fugen schwankte, war es da nicht ein Wunder, daß das Reich noch zusammenhielt? Wenn wir heute noch ein geeintes Reich haben, so ist das ganz bestimmt nicht den Männern zu verdanken, die in Staat, Industrie, Kirche an der Spitze standen und mit nie ermüdendem Pathos von der herrlichen deutschen Nation zu sprechen pflegten, sondern einem Hindenburg mit wenigen seiner alten übriggebliebenen Offiziere und Soldaten, die schwiegen und ihre Pflicht taten, und — einem Ebert, mit einigen seiner Freunde, die den Radikalismus überwanden und allen Separatismus erstickten. Man liebt heute weder auf der Rechten noch auf der Linken die Tatsache der tiefen gegenseitigen Verehrung

und Achtung zwischen diesen Männern zu erwähnen, weil sie beide von den Parteien für sich in Anspruch genommen werden, sie besteht aber auf Grund eines Bündnisses beider, demzufolge Hindenburg im November 1918 nicht abtrat, sondern die Armee heimführte, und Ebert sich und damit die deutsche Einheit behaupten konnte. So sieht auch die junge Generation heute, soweit sie nicht sozialistisch oder nationalistisch ist, in diesen beiden Männern nicht die Führer einer Partei, sondern die Erretter der nationalen Einheit, und damit die Begründer eines neuen Begriffes Nation, in den Worten Osten — Hindenburg — Erweiterung des Begriffs, Arbeiterschaft — Ebert — Verbreiterung des Begriffs. Der Krieg und die inneren Kämpfe und Nöte der Aufbauzeit brachten die Anfänge des dritten Elementes, der Vertiefung des Begriffs.

Hier ist es notwendig, kurz der Jugendbewegung Erwähnung zu tun, denn in ihren Reihen wurden diese Wandlungen zum ersten Mal offenbar. Erstaunliches geschah hier: Schüler, Studenten, Handwerker, Arbeiter schlossen sich in Bünden zusammen, ohne Unterschied des Standes und, was zu der Zeit noch seltsamer wirkte, des Stammes. Hier gab es keine Rivalität: hie Bayer, hie Preuße; hier, wo aus dem Tiefsten gelebt und geschöpft wurde, erkannte man, daß im Innersten überall dasselbe Bild ruhte — der Deutsche des kommenden Reiches, des Reiches nicht nur politischer, sondern kultureller, religiöser Einheit; nicht Potsdam oder Weimar waren Symbole, sondern Naumburg und Bamberg, Denkmäler der Einheit des alten Römischen Reiches deutscher Nation. Wenn diese Bünde sich zu gemeinsamen Festen trafen, sangen sie nicht mehr: „Ich bin ein Preuße, kennt ihr meine Farben", sondern mit Schenkendorff: „Wollen predigen und sprechen vom heiligen deutschen Reich" Wie aber dieses Reich gedacht war, klingt aus der Sehnsucht eines anderen Dichterwortes: „Wo ist Dein Delos, wo Dein Olympia, daß wir uns alle finden am höchsten Fest" (Hölderlin). Griechenland, zerspalten in viele sich gegenseitig befehdende Stadtstaaten, hatte trotzdem *ein* Fest, an dem das Volk, vertreten durch alle Stämme, den größten hellenischen Wagenkämpfer neben dem größten hellenischen Dichter feierte, und nicht Größeres, höhere Bewunderung und tiefere Verehrung Erregendes konnte es geben, als in Olympia gesiegt zu haben. Mit Leidenschaft wandte sich diese junge Generation gegen alle Belebungsversuche partikularen Geistes — Jungpreußentum oder Jungbayerntum; ist es nicht Zeit, daß wir endlich den deutschen Menschen erstehen lassen? so fragten sie. Wie die

störenden Stammesunterschiede unter ihnen verschwanden, so auch die religiösen. Obwohl Katholiken und Protestanten, fühlten sich diese Menschen in gleicher Weise von den Lehren ihrer Kirchen unberührt, von der Glaubenswärme der Zeiten wirklicher Einheit angezogen, sei es des gotischen Mittelalters, sei es der Klassik der Antike*). Diese Vertiefung nationalen Empfindens griff alsbald um sich über die Grenzen der Jugendbewegung hinaus. Trotzdem aber wird man sagen müssen, daß nur ein zahlenmäßig sehr geringer Teil des heutigen jungen Deutschland diese Wandlung mitgemacht hat; eher sehen wir die beiden anderen Elemente des neuen Begriffes der Nation, die Erweiterung und Verbreiterung, um sich greifen; aber wie wir schon oben sagten, nur wo diese dreifache Wandlung geschehen ist, kann man von einem wirklich neuen Begriff sprechen.

Unter Erweiterung des Begriffes Nation soll die Ausdehnung nationalen Empfindens aller Deutschen auf alle Deutsche verstanden werden. Auch hier war es der Jugendbewegung beschieden, bahnbrechend zu wirken, oder, vielleicht besser gesagt, diejenigen der jungen Generation, die diese Wege beschritten, bekannten sich zur Jugendbewegung. Der Krieg hatte deutsche Soldaten durch fast alle Teile Europas gebracht. Staunend fanden sie unter den eroberten und verbündeten Gebieten wieder und wieder Menschen ihres Stammes, ihrer Sprache, nicht verstreut oder kürzlich übergesiedelt sondern in uralten, mit bäuerlicher, ritterlicher oder städtischer Kultur gefüllten Siedlungsgebieten, Menschen, die gleiche Sehnsucht hatten, gleiches Schicksal fühlten. Das hatte sich schon während des Krieges in der Jugend wie ein Lauffeuer verbreitet. Kaum war der Krieg beendet, die Grenzen fast überall noch unpassierbar und schwer bewacht, da ergossen sich Wandergruppen zu Hunderten wie eine Völkerwanderung über alle Gebiete, wo nur Deutsche zu finden waren. Weder Geldstrafen noch Gefängnis in fremden Ländern konnten etwas daran ändern. In Tirol sah man sie, in der Schweiz, an der Donau und in der Steiermark, in Kärnten, Krain, in Siebenbürgen, im Banat, in der Bachka, im Hultschiner Ländchen, in der Zips, in Rumänien und Polen, ja selbst in den fast unzugänglichen, kürzlich noch von Bolschewisten besetzten Gebieten

*) Damit soll nicht einem seelenlosen nivellierenden Zentralismus das Wort geredet werden. Unter voller Bejahung der Stammeskulturen soll ihre Entwicklung nur nicht mehr in einem Nebeneinander, sondern in einem Zu- und Ineinander betrieben werden, nicht Bayern und Reich, sondern Reich und Bayern in jeder Hinsicht soll die Parole heißen.

Litauens und der Ostseeprovinzen. Was hatte das zu bedeuten? War es Irredentabewegung oder eine neue Form deutschen Imperialismus, Kulturpropaganda oder Abenteurertum? Nichts von dem! Sie brachten kein Geld, keine heimlichen Schriften, keine Versprechungen nationalistischer Gruppen oder Regierungen, nein, nur sich selbst, mit ihren 13, 14, 15, 16 und mehr Jahren, mit einer neu entdeckten, ihnen selbst kaum verständlichen Liebe, mit ihren Volksliedern und Instrumenten, mit ihren Geschichten von Heimat und Freunden und mit der Sehnsucht, allen andern Deutschen, die sie fänden, etwas davon mitzuteilen. Nichts Schöneres, Ersehnteres konnten sie den Stammesbrüdern im Auslande bringen: die alte Heimat, das alte Deutschland lebt noch! ging es von Mund zu Mund, von Stadt zu Stadt, wohin die bald kleineren, bald größeren Scharen hindrangen. Auf ihren Fahnen trugen sie das schwarze Kreuz auf weißem Grunde: nach Ostland wollen wir reiten. Tannenberg war ihnen Symbol, der Osten ist von Schicksals wegen unsere Zukunft, von der Adria und den Karpathen bis an die Narva; Hindenburg war ihr Held. Diese Züge hatten etwas Erhebendes an sich, weil sie so ganz unreflektiert aus dem Irrationalen heraus geschahen. Eine Menge von Geschichts- und Siedlungsromantik spann sich herum, die bald wieder verschwand. Aber Ostpreußen blieb bedroht, geriet in immer verzweifeltere Lage; ihm zu helfen konzentrierten sich alle Kräfte: Ostpreußen wiedergewinnen und dann deutsche Kultur gen Osten vortragen, wie zu Zeiten des Ordens. Auch diese Erweiterung dessen, was zur Nation gehört, griff bald um sich, aber nur da, wo sie mit jener Vertiefung gepaart war, blieb sie rein und innerlich wirksam; in manchen Gegenden sind diese Jugendgruppen noch immer fast die einzigen, die bis in die kleinsten, entferntesten, unbekanntesten Dörfer vordringen und lebendiges Nationalgefühl vermitteln und deswegen — jedenfalls im Südosten — sogar lieber gesehen und mehr geschätzt sind, als Geldmittel und Bücherssendungen; hinter diesen Kinderaugen ist nur Absichtslosigkeit, unbestimmte Sehnsucht.

Von der Verbreiterung des Begriffes Nation wollten wir drittens sprechen, d. h. davon, daß heute ein viel breiterer Teil des deutschen Volkes an der Nation Anteil hat, national denkt. Es ist heute kaum bekannt, ein wie geringer Teil des deutschen Volkes die Befreiungskriege innerlich miterlebt hat, wieviel Tausende auf dem Lande und in den Städten den Ereignissen teilnahmlos zusahen;

war es ihnen doch gleich, welcher Duodezfürst sie bedrückte, gegen wen sie Kriegsdienste zu leisten gezwungen wurden. Der Adel war es und das erwachende Bürgertum der Städte und ihre Jugend in Universität und Offiziersdienst, die die Fahnen schwangen und für die Freiheit bluteten. Unter ihnen wurde die Nation wiedergeboren. Zwar hat der Krieg von 1870/71 und die Reichsgründung ganz andere Massen Deutschlands ergriffen, aber die wachsenden Millionen der Industriestädte standen diesem Reich zuerst gleichgültig, dann mit wachsender Verelendung der Gründerjahre haßerfüllt gegenüber. Weltkrieg und Neugestaltung des Reiches haben auch hier große Teile des deutschen Volkes der Nation gewonnen. Das ist die symbolische Bedeutung Friedrich Eberts, der eine Republik deutscher Nation einem internationalen Rätestaat vorzog, und mit ihm die Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft bis auf den heutigen Tag. In Preußen, wo Otto Braun seit Jahren ein strenges Regiment führt, hört man die Arbeiter oft mit Stolz von ihrem Staat, ihrem Preußen sprechen, sie fühlen sich heute als das staatserhaltende Element, wenn sie auch als Partei nicht besser sind, als die andern. Rein uud edel, wie das Nationalgefühl des Bürgertums in der Jugendbewegung fließt, fließt es in den Adern des Jungsozialismus. „Wir Sozialisten fühlen uns unlöslich mit dem Schicksal unserer Nation verbunden, in Niedergang und Aufstieg", sagte einer ihrer Führer, „ihr gilt unser Werk." So verschieden sie sich auch hinsichtlich ihrer Weltanschauung der bürgerlichen Jugendbewegung gegenüber empfinden, in ihrem Gefühl für die Nation sind beide eines Sinnes.

Es erhebt sich zum Schluß vielleicht noch die Frage, wie weit dieser neue gewandelte Begriff der Nation im Reich Gültigkeit hat. Da ist zu sagen, daß neben der großen Zahl der Anationalen (Gleichgültigen) und Antinationalen (Kommunisten) die Zahl derjenigen in der jungen Generation, die von dem Wissen ihrer Väter nichts vergessen, aber eine Menge in derselben Richtung zugelernt haben, nicht gering ist. Mit Recht nennt man dieses zur Karikatur verzerrte Nationalgefühl Nationalismus, der selbst seine eigenen Anhänger zum Lachen bringt, wenn er ihnen aus dem Munde ihres größten heutigen Vertreters, Mussolini, wie er über die Tugend des italienischen Volkes spricht, entgegenklingt. Er ist allzu bekannt aus Vergangenheit und Gegenwart, als daß man ihn noch deutlich zu schildern brauchte, mit seinem Pathos, seinen vielen Worten über

Ehre und Macht, Patriotismus und Bravour, seiner militärischen Spielerei, seiner Demagogie, seinem Absolutheitsanspruch*).

Wer heute die politischen Zustände des Reiches betrachtet, muß erkennen, daß eine durch Demokratismus und Nationalismus verzerrte Parteiwirtschaft regiert und zerstört, und daß nur ein neues verinnerlichtes Verhältnis zu Staat und Nation Wandlung schaffen kann und, so glaube ich, auch wird.

Umschau

Die heute gebotene Front

Die Kriegsgerüchte, von denen man einige Wochen lang von Bessarabien bis Hungerburg sprach, sind wieder verstummt. Die Lage im Osten ist ruhig, und allgemein wird angenommen, daß sie es in diesem Jahr bleiben wird. Was die nächsten Jahre bringen werden, ist ungewiß, an eine rein friedliche Lösung des Ostproblems glaubt niemand.

Allmählich aber bricht sich in Europa die Erkenntnis Bahn, daß mit einer militärischen Überwindung des Bolschewismus so lange nichts gewonnen ist, als seine Ideen noch immer bereitwillig aufgenommen werden und die Grundlagen der Kultur zu zersetzen fortfahren. Vor rund einem Jahr, im Maiheft 1929, anläßlich der Zehnjahrfeier des Rigaer Befreiungstages, brachte die „Baltische Monatsschrift" einen Aufsatz von Professor D. W. Gruehn Dorpat/Berlin über „Bolschewismus und Renaissance", der diese Lage mit Deutlichkeit und Schärfe kennzeichnete und die besondere Bedeutung der baltischen Position in dieser geistigen Auseinandersetzung hervorhob.

In diesem Frühling hat dann der große Aufruf gegen die Gefahren des Bolschewismus eingesetzt, zu dem der Papst die Parole gegeben hatte. Evangelische kirchliche Kreise schlossen sich allenthalben an. Man wurde sich auch in weiteren Kreisen mit einem Mal der Feuersgefahr bewußt, die von den bolschewistischen Brandherden in ganz Europa ausgeht. Unter den zahlreichen Kundgebungen und Artikeln, die im Zusammenhang mit dieser antibolschewistischen Bewegung erschienen sind, verdient besondere Beachtung ein Aprilheft der hervorragenden Berliner politischen Wochenschrift „Der Ring", auf die hinzuweisen wir schon wiederholt Gelegenheit hatten, mit je einem Aufsatz

*) Der verhältnismäßig große Anhang, den die nationalen Verbände haben, zeigt, daß besonders im Mittelstand starke Kräfte vorhanden sind, die nach nationalem Ausdruck ringen, denen jener neue vergeistigte Nationalbegriff zu abstrakt ist, die aber auch voll Unzufriedenheit über das nationale Pathos von vorgestern eine ädaquate Erfüllung z. B. im Nationalsozialismus erhoffen. Soweit also hinter dem Nationalismus echte Nationalkräfte stecken, die gärend nach neuen Formen suchen, ist er als ein notwendiger und wertvoller Teil gesunden Volkslebens positiv zu werten, in seinen bisher gefundenen Ausdrucksformen allerdings zu bekämpfen: er muß gezwungen werden, den Weg zu einem neuen, geläuterten Begriff von Nation zu finden.

des Bischofs von Berlin Dr. Chr. Schreiber („Gegen den Antichrist") und des Generalsuperintendenten von Berlin D. E. Karow („Christus oder Antichristus?"). In beiden Aufsätzen zeigt sich die in Deutschland auch heute immer noch seltene Einsicht in das wahre Wesen des Bolschewismus, die uns Balten durch einen harten geschichtlichen Anschauungsunterricht schon vor elf Jahren zuteilgeworden.

Auch unter uns vergißt man nur zu leicht, daß der geistige Kampf noch nicht zu Ende ist, ja eigentlich erst anfängt. In den verschiedensten Formen erscheinen Bolschewismus oder mit ihm verwandte Mächte auch unter uns, überall, wo die tragenden Pfeiler unseres Daseins angesägt, angefressen werden — Ehe, Familie, natürliche gesellschaftliche und gemeinschaftliche Ordnungen, Ehrbegriffe, Verantwortungsgefühl, Religion. Mögen wir darüber murren oder darüber klagen — wir können uns nicht drücken um das Gebot, das jeder 22. Mai an uns Balten ergehen läßt: der Tradition des Kampfes treu zu bleiben. R. W.

Die neunte Tagung der Schule der Weisheit in Darmstadt

Vom 7. bis 9. April des Jahres fand in Darmstadt die neunte Tagung der Gesellschaft für freie Philosophie (Schule der Weisheit) statt. Zum zweiten Male war ihr die Form einer Lehrtagung gegeben, die sich von der früheren Tagungsart hauptsächlich durch die folgenden Merkmale unterscheidet: statt der Vorträge eingeladener Gäste nur Vorträge von Mitgliedern oder näheren Freunden, beschränkte Öffentlichkeit statt allgemeiner, kürzere Dauer und im Verhältnis zu früher ein zwiefach freieres Programm: statt der Erschöpfung eines und desselben Themas durch sämtliche Vortragende die Behandlung verschiedener, wenn auch mit einander verwandter Themata und die Statthaftigkeit der Improvisation; so meldete sich einmal der Baden-Badener Arzt Dr. Grodeck zum Worte, so hielt Geheimrat Professor Leo Frobenius am letzten Tage überraschenderweise einen vollständigen Vortrag, der es dem Leiter der Schule, dem Grafen Keyserling ermöglichte, seinen angekündigten Schlußvortrag auf einige Worte und seinen Dank zu beschränken.

Trotz dieser freieren Gestaltung der Tagungsform standen die Vorträge mit einander in einem Zusammenhange. Ein jeder von ihnen verhalf zu Gesichtspunkten zu einem jeden anderen. Ihren Grundzug spräche ich am liebsten als eine bei allen Rednern sich äußernde „dualistische Lebensauffassung" an, womit ich zwar nichts Erschöpfendes, aber wohl auch nichts Falsches sage. Die wesentliche Verschiedenheit bei gleichzeitigem Ineinanderspielen und Aufeinanderwirken von Geist und Erde, Geist und Natur, Geist und Seele, ein alter, oft bearbeiteter Grundgedanke Keyserlings, erschien in allen seinen drei Vorträgen wieder, Scheidung und Zusammenwirken zweier Grundprinzipien bildeten den Urgrund der Vorträge auch der anderen Redner. Bemerkenswert war es, wie die drei Vorträge des letzten Tages, nachdem die der zwei ersten sich in einer gewissen alltagsnahen Schicht bewegt hatten, einen auf einmal in höchste Höhen emporrissen, die jedoch nicht hätten erreicht werden können, hätten jene ihnen nicht den Unterbau geliefert.

Doch beschränkten sich die sechs ersten Vorträge nicht darauf: Graf Keyserling, der zum Sinnbild der von ihm dargestellten Zweiheit den südamerikanischen Kontinent erwählte, den er jüngst besucht hatte, zeigte sich nicht nur als der Versteher, den wir in ihm kennen, sondern ließ diesmal auch ein volles, übergehendes Herz mitsprechen, ein Herz, das

der südamerikanischen Welt und Menschheit für allerschönstes Erleben dankbar ist. Nicht nur der „Logos" kam bei ihm zu Worte, sondern auch der Eros, der sonst von ihm so verschwiegene, den nur seine Vertrautesten bisher kennen, und das verlieh seinen Worten besonderen Schwung, Wärme und eine berückende Anschaulichkeit. Hier wurde von ihm nicht, wie bei der Behandlung Nordamerikas, der Versuch gemacht, eine ihm nicht genehme Welt zu verstehen, sondern diese, die südamerikanische Welt schilderte er unter dem Eindruck ihres Zaubers aus Liebe. Graf Keyserling hat, wie es einem Aristokraten natürlich ist, sehr rasch und gründlich das spanische Wesen erfassen können. Nun hörten wir zu, wie dieses von ihm als verwandt empfundene Wesen in einer übermächtigen und üppigen Natur, der auch er unterlag, sich zu etwas völlig Neuem gewandelt hat. Aus dem Vortrag des Herrn van Leeuw „Ost und West im Kampfe um Wirklichkeit" sprach tiefreichende Seelenkenntnis, aus dem des Solinger Studienrats Dr. O. Gmelin „Die Auflösung des Bildungsbegriffes" herzliche Sorge um die seelische Haltung und die Heilheit unserer deutschen Jugend; Graf Kuno Hardenberg trug bedeutsam zur Klärung der Frage nach Seele und Geist bei, und Oscar A. H. Schmitz kritisierte das heute so verkehrte Verhältnis der beiden Geschlechter und suchte Gesundungsmöglichkeiten zu zeigen.

Am dritten Tage vollendete zunächst Graf Keyserling das Bild des südamerikanischen Kontinents, des „Kontinents der Traurigkeit", wie er ihn nach dem Vorgang von Carlos Octavio Bunge benennt und womit er — der in dieses Land fast Verliebte, der ihm eine kommende Kultur von hellenischer Schönheit weissagt — keinen Tadel ausspricht, sondern nur den Zustand seiner heutigen Menschheit kennzeichnet: den Zustand des ersten Bewußtwerdens einer bisher ganz in die Natur gebetteten gewesenen Menschheit. Eben erst ist ihr Geist erwacht, aber der Geist ist ein Fremdling auf Erden, sieht sich in einer fremden Welt und ängstigt sich; die südamerikanische Menschheit hat gerade den paradiesischen Zustand verlassen, sie trauert wie Adam und Eva nach dem Sündenfalle. Mit diesem Vortrag ward zum ersten Mal im Verlaufe dieser Tagung der große Vorhang zurückgeschlagen und der Ausblick aus unserer Welt in die Heimat des Geistes, in übermenschliche Bereiche, aufgetan. Von nun ab blieb er offen, auch als Freifrau Leonie v. Ungern-Sternberg, Dr. phil. und Professor für abendländische Geschichte in Shanghai, dem südamerikanischen Bilde der Traurigkeit dasjenige abgeklärter Heiterkeit entgegensetzte, das das alte, jetzt untergehende China bot, und in die wunderbarsten kosmischen Zusammenhänge mußten wir Hörer versinken, als nun Leo Frobenius aufstand und von jahrtausendalten Opfermythen und Opferriten erzählte, von Menschen, die als Mikrokosmen völlig dem Makrokosmos nachlebten und die der Tod, auch der gewaltsame im Opfer, so wenig wie der Untergang von Mond und Sonne schreckte; ergreifend klangen seine Worte, fast wie ein Ruf aus dem Jenseits. So schloß die Tagung, die mit dem Gedenken an einen verstorbenen Freund begonnen hatte, an Richard Wilhelm, den Sinologen, der so oft auf den Darmstädter Tagungen gesprochen, wieder im Zeichen des Todes, den wir nach den Worten des Psalmisten bedenken müssen, „auf daß wir klug würden", und von dessen Hintergrund allein unser flüchtiges Erdendasein seinen Wert nehmen kann.

Otto Freiherr v. Taube

Querschnitte durch die baltische Publizistik

Wer den letzten Jahrgang der von Dr. R. von Engelhardt in Dorpat herausgegebenen kleinen Zeitschrift „Aus deutscher Geistesarbeit" durchblättert, wird gepackt sein von der Fülle geistiger Anregung, die hier geboten wird. Und nicht nur Anregung. Wem genügte heute Anregung! Das Blatt mit seinem einen Druckbogen monatlich will eine Richtung angeben, einen Weg zeigen aus dem Chaos der zeitgenössischen Weltanschauungskämpfe. – Einen breiten Raum nehmen Referate über Vorträge, Aufsätze, Bücher ein, immer klar, immer fesselnd; gelegentlich wird Bemerkenswertes aus anderen Blättern übernommen. Geistig getragen wird das Ganze von den Beiträgen des Herausgebers.

Es ist bekannt, wie wenig das Blatt gelesen wird. Zum Teil mag es daran liegen, daß der Kreis geistig lebendiger Menschen bei uns leider ein recht kleiner ist. Zum Teil gewiß daran, daß die Beiträge — was wir grundsätzlich keineswegs beklagen — ganz bewußt auf einem Niveau gehalten werden, das nicht jedermann zugänglich ist. Zum Teil aber vielleicht auch an der naturgemäßen Einseitigkeit, nicht im Interessenkreise — der ist bewunderungswürdig weit —, sondern in der weltanschaulichen Richtung.

Unter den vier Heften, die in diesem Jahr bisher erschienen sind, kommt dem ersten die größte Bedeutung zu. Es enthält sehr geistreiche Betrachtungen von R. von Engelhardt zu drei Büchern: Mereschkowskis Untergangsvision „Das zweite Atlantis", der zweiten Auflage von Jungs „Herrschaft der Minderwertigen", Kolbenheyers Zeitdrama „Die Brücke" ferner einen ausgezeichneten Aufsatz des Herausgebers: „Lebenskunde". Die Grundeinstellung des Verfassers ist jedem bekannt, der sein Buch „Organische Kultur" oder einen seiner zahlreichen Aufsätze gelesen hat. Es ist ein in großartiger Weise biologisch und künstlerisch unterbauter starker Idealismus, dessen ernstestes Anliegen vielleicht die Überwindung des Intellektualismus, die Wiedergewinnung des „Glaubens an die Seele" ist.

Was in der Zeitschrift vielleicht zu kurz kommt, ist eine Auseinandersetzung mi dem starken Anwachsen des modernen „Transzendentalismus". Wir empfinden — unsere Leser werden es gespürt haben — das Problem der Kirche (im weitesten Sinn) als eines der brennendsten der Gegenwart. Wir stehen darin nicht allein Die Anzeichen mehren sich, die darauf hindeuten, daß wir in eine Zeit stärkerer religiöser Bindungen eintreten. Idealistisch ist die Haltung der Engelhardtschen Zeitschrift auch im ungebrochenen Glauben an die Bedeutung des Kulturideals — an Goethe. Was uns fehlt, ist ein Kampf nicht nur gegen die in gewissem Sinn äußeren Feinde der Kultur (Amerikanismus, Bolschewismus), sondern um die unserem Empfinden nach weit ernstere innere Krisis des Kulturbegriffs. Im Kreise der Wissenschaften, die der Herausgeber zu Worte kommen läßt, scheint uns deshalb die moderne deutsche Theologie einen vielleicht doch zu kleinen Raum einzunehmen. Vielleicht gewinnt die Zeitschrift Mitarbeiter auch auf diesem Gebiet. Sie würde an Aktualität noch gewinnen.

*

Die „Baltischen Blätter" in Berlin, die bereits im 13. Jahrgang erscheinen, sind in erster Linie ein Informationsblatt, das durch Auszüge aus den heimatlichen Zeitungen das Baltentum in Deutschland über die Vorgänge in der Heimat auf dem laufenden erhalten will. Darüber hinaus wollen die Baltischen Blätter „im Rahmen der

gesamtbaltischen Interessen der Stimme der Balten im Reich Ausdruck verleihen". Immer wieder, namentlich in der letzten Zeit, bringen sie Aufsätze, die mit Recht auf das Interesse des ganzen Baltentums Anspruch erheben dürfen. Der größere Abstand von den Ereignissen in der Heimat, mag er auch oft genug zu einer falschen Perspektive führen, ermöglicht doch andererseits ein Urteil, das alle Vorzüge der Distanz aufweist und für die Heimat einen Wert besitzt, der bisher leider vielfach noch unterschätzt wird.

Von bleibendem Wert ist besonders ein größerer Aufsatz von Harald von Rautenfeld: „Das Baltentum im Deutschen Reich" (Heft 3, 1. Februar 1930). Er enthält sehr interessante, auf der vom Baltenverband veranstalteten Personalerhebung beruhende Angaben über Anzahl, Staatsangehörigkeit, wirtschaftliche Lage usw. der Landsleute und unternimmt zum Schluß den Versuch einer Zielsetzung für das Baltentum im Reich.

In den letzten beiden Heften wenden die Baltischen Blätter sich einer Frage zu, die immer mehr in die zentrale Stellung innerhalb des baltischen Führungsproblems rückt: der Frage nach dem Wesen des Persönlichkeitsbegriffs. Die Richtung der beiden bedeutenden Aufsätze von Gustav Steinbömer „Persönlichkeit" und Friedrich Gogarten „Individualisierung des Glaubens" ist die gleiche: gegen die Vereinzelung des Menschen, über die Bedeutung des Ganzen als des höheren Sinnes, von dem aus erst der einzelne seine Stellung erhält*). Die Diskussion dieser Frage ist in Deutschland an der Tagesordnung. Daß man bei uns noch wenig davon gemerkt hat, liegt in der Natur der Dinge: wir leben immer noch etliche Zeit hinter den Dingen her. Auf den Fragenkomplex kommen wir in unserem nächsten Heft in einer selbständigen Aussprache zurück.

*) Gogarten entwickelt dieselben Gedanken in seiner Schrift: „Die Schuld der Kirche gegen die Welt" 2. Aufl. 1930. Eugen Diederichs in Jena.

*

Einer der besten baltischen Kenner Sovetrußlands, der Chefredakteur des „Revaler Boten", Axel de Vries, hat seiner Zeitung durch seine Artikel über die russischen Fragen eine Sonderstellung unter den baltischen Tageszeitungen zu verleihen gewußt. Keine andere baltische Zeitung hat so oft, energisch und sachkundig in die Diskussion über den Kommunismus eingegriffen. Unter den Artikeln der letzten Zeit wollen wir besonders auf einen hinweisen: „Die dritte Welle" (15. März). Den Anlaß zu diesem Aufsatz gab die verstärkte Aktivität der estländischen Kommunisten. De Vries unterscheidet zwei Perioden, in denen die kommunistische Partei in größerem Maßstab versuchte in Europa die soziale Revolution zu entfesseln: 1919 und 1923/24. Die dritte Welle beginne allem Anscheine nach jetzt: „In jedem Fall wird man damit rechnen müssen, daß die Aktivität des kommunistischen Propaganda- und Revolutionsapparates außerhalb der Sovetunion in der näheren Zukunft wesentlich gesteigert werden wird. Die Brandung der dritten großen revolutionären Welle beginnt gegen das Ufer Europas anzulaufen."

*

Der Herausgeber der „Dorpater Zeitung", Heinrich Pantenius, einer der bedeutendsten baltischen Liberalen, hat in einem fesselnd geschriebenen Artikel im März das Thema „Die heutige Jugend, der Zeitgeist, die Technik und der Sport" behandelt. Der Artikel

schildert die heutige Lage: an die Stelle der Idee sei die „Magie der Zahl" getreten. Die Jugend sei gefangen vom Zauber der großen Zahl, des Rhythmus, der technischen Rekorde. „Bei ihrer viel größeren Eindrucksfähigkeit hat die Jugend die Magie des Rhythmus und der Zahl deutlicher erfühlt als wir." Das ist alles unbedingt zutreffend. Der Artikel schließt: „Wir älteren Leute aber können weder uns selbst noch der Jugend von einer höheren Warte aus eine sinnvolle Erklärung für all das Neue geben, das sich jetzt anbahnt. Die ganze Welt lebt ja in der Erwartung — in Erwartung dessen, der noch kommen muß, uns die Zeichen dieser Zeit zu deuten."

Eine Resignation, die einen wohl erschüttern kann. Sie steht nicht allein da, sie ist nicht ganz selten unter den Älteren, die den Zusammenbruch einer Welt erlebten. Wir haben Achtung vor dieser Haltung, aber wir bedauern sie. Sie ist geeignet, das Gefühl der Unsicherheit zu verstärken, mit dem junge Menschen heute der Welt gegenüberstehen. Es ist schade, wenn ältere Menschen mit ihrem erzieherischen Ethos sich in dieser Weise ausschalten, vor allem Neuen kapitulieren; es ist nicht ohne Tragik: vieles von dem, dessen Erschütterung sie erlebten, will und kann gerade heute wieder ergriffen und verteidigt werden. R. W.

Nochmals: Zur Frage der Kritik an der Kirche

Herr Doz. Lic. Mensching ersucht mich, in seinem Namen zu erklären, daß es ihm völlig ferngelegen habe, eine Parallele zwischen den gekreuzigten Heiligen und sich, resp. gar zwischen Christus und sich zu ziehen, und fügt hinzu, es müsse seiner Ansicht nach möglich sein, „die historisch unzweifelhafte Tatsache der Tragödie der lebendigen Geister in der Kirche zu erörtern, ohne Gefahr zu laufen, dahin mißverstanden zu werden, daß man sich selber meine". Wollte der Vortragende diese Gefahr meiden, dann hätte es sich für mein Empfinden freilich empfohlen, besonders deutlich zu unterstreichen, daß es sich in einem sonst hochaktuellen Vortrag über die Mängel der Kirche bei diesem Stück lediglich um eine historische Reminiszenz und nicht um eine persönliche Beziehung zum Schicksal der „lebendigen Geister" handele. Denn die eine der Zuschriften aus dem Hörerkreise an die Presse stellt ja ihrerseits diese Beziehung mit aller Deutlichkeit her.

Damit ist genau das eingetreten, was ich als Ergebnis einer von der konkreten Lage absehenden Kritik an der Kirche ausgeführt hatte: die breitere Öffentlichkeit hat sich geregt, ohne in den Kern der Sache einzudringen. In der Form zweier Meinungsäußerungen in der Tagespresse — oder sind es inzwischen noch mehr? – hat sie zwar nicht sachlich Stellung genommen, aber dafür in persönlicher Weise Partei ergriffen. Viel Verständnis für das Problem der Kirche ist dabei nicht zutage getreten. Viel Dankbarkeit für die angestammte Heimatkirche auch nicht. Die Kirche hat keinen Anlaß, weiter auf die Angelegenheit einzugehen, sondern wird unbeirrt ihre gottgewiesene Aufgabe erfüllen. Und die ist: unberührt von den Sensationen des Tages die ewige Wahrheit des Evangeliums zu verkündigen.

V. Grüner

Schluß der Theatersaison

Im Mittelpunkt der Berichtsperiode stand zweifellos die Aufführung von Ibsens „Peer Gynt“ Schon allein deshalb, weil es die einzige Aufführung in der jetzigen Nationaloper — dem ehemaligen deutschen Stadttheater — war; eine deutsche Aufführung in diesen Räumen hat unser deutsches Publikum bis jetzt immer in höchstem Maße angezogen. Und so konnte auch die Aufführung von „Peer Gynt“ ein volles Haus erzielen und ein nicht ermüdendes Publikum, das bis zum Schluß begeistert vorhielt, trotz der recht starken Anforderungen an den Zuschauer. Denn eine nur durch eine kleine Pause unterbrochene ernste Vorstellung von ca. 4 Stunden ist zu viel. — Es war Walter Bäuerles Ehrenabend, dessen Bestreben, bedeutende Bühnenwerke ohne größere Streichungen zu geben, wir wiederholt bemerkt haben: eine literarisch gewiß sehr anerkennenswerte Bestrebung, und oft auch wider Erwarten erfolgreich in die Tat umgesetzt. Hier aber wurde es doch zu ermüdend: man vermißte in der Regie die Herausschälung des Wesentlichen, — den großen Zug. Dieser Eindruck hätte durch einige Streichungen, sei es auch ganzer Szenen, vermieden werden können. — Sonst wurde auch in der Regie viel Bemerkenswertes und Eindrucksvolles geleistet. In den Bühnenbildern freilich war die Regie stark an die vorhandenen Möglichkeiten der Nationaloper gebunden, was sehr ins Gewicht fiel; und im Zusammenhang damit geriet manches an Bühnenbildern recht konventionell.

Walter Bäuerle gab den Peer Gynt selbst und hatte hier eine gute Gelegenheit, die Vielgestaltigkeit seiner Begabung zu erweisen. Wohl läßt sich in vielem der Auffassung dieser Gestalt, wie sie Herr Bäuerle gab, widerstreiten: so entsprach sie meiner Meinung nach, besonders anfangs, nicht jenem von Ibsen gewollten degeneriert-krankhaften Typus; sie war zu gesund, zu lebensbejahend, zu robust, um den ganzen später erfolgenden Zusammenbruch in sich zu tragen. Sonst war es eine gute Leistung, für die wir Herrn Bäuerle (der unsere Bühne verläßt) dankbar sein können. — Die übrigen Darsteller haben in „Peer Gynt“ bekanntlich nur episodenhafte Aufgaben. Die weiblichen Darstellerinnen waren im allgemeinen nicht an ihrem Platz; so wußten sowohl Luise Dürath als Solveig, wie auch Rita Graun als Anitra recht wenig mit ihren Rollen anzufangen. Das soll im allgemeinen kein Vorwurf gegen diese Schauspielerinnen sein. Wir können eben mit unseren bescheidenen Mitteln nicht alle „Fächer“ besetzen, und so muß es geschehen, daß Darsteller Rollen übernehmen, die ihnen einfach nicht liegen. Frau Klein-Donath als Åse hingegen war an ihrem Platz und wußte recht überzeugend zu wirken. Von den übrigen Darstellern ist insbesondere Herr Löser als Begriffenfeld zu erwähnen, ebenso Herr Schubert als Dovrealte (nicht aber als Knopfgießer, mit dem er merkwürdig wenig anzufangen wußte).

Das Werk wurde mit der Musik von Grieg gegeben (welche in weiten Kreisen noch viel bekannter ist, als das Ibsensche Werk). Ich glaube, es wäre besser ohne sie gegangen. Eine solche Zwischenakt- und Begleitmusik ist für unser heutiges Kunstverständnis zum mindesten entbehrlich, dürfte jedenfalls wohl kaum zur Vertiefung des Eindrucks vom Werk beitragen. Das Werk soll selbst sprechen, nicht in der Übersetzung durch eine mehr oder minder populäre Musik. Vielleicht vermag eine solche Gefühlsverstärkung auf weitere Kreise (und auf die An-

ziehungskraft der Aufführung) ihre Wirkung auszuüben, rein künstlerisch ist sie abzulehnen. — Die musikalische Ausführung an und für sich (Orchesterverein „Harmonie" unter Leitung von A. Kirschfeldt) war nicht schlecht.

*

Auch die übrigen Aufführungen waren meist Benefize.

Rita Graun hatte in Verneuils amüsantem und anspruchslosem Lustspiel „Hat Frau Vidal einen Geliebten?" rechte Gelegenheit, sich ordentlich auszutoben, und verkörperte in beinahe genialer Ursprünglichkeit die Gestalt der so entzückend bis zur Dämlichkeit naiven und liebenslustigen Weltdame. Über das Stück ist nichts weiter zu sagen. Wenn es aus ist, hat man das Gefühl, gut unterhalten und amüsiert zu sein. Nicht mehr und nicht weniger.

Herr Lundt wählte sich Max Mohrs „Improvisationen im Juni", ein Lustspiel, welches viel Witz, viel Situationskomik enthält und ein bühnenschriftstellerisches Talent verrät. Zu ernsten Auseinandersetzungen langt es indessen nicht, und die diesbezüglichen zweifellos vorhandenen Ansprüche des Autors sind als verfehlt zu bezeichnen: das gewollte Problem — Kampf des amerikanischen Großkapitals gegen europäische Kultur — ist schon oft und besser behandelt worden; die längeren ernsten Gespräche wirken ermüdend und einfach langweilig (man hätte von dem Zeug noch mehr wegstreichen sollen). Indessen versöhnen stellenweise guter Humor und recht glücklich gezeichnete Gestalten. — Herr Lundt hatte als verkappter Offizier Tomkinow eine gute Gelegenheit, sein liebenswürdiges natürliches Talent zu betätigen. Vorzüglich wieder einmal Herr Schubert als amerikanischer Milliardär Mill; Herr Bäuerle überaus ergötzend als famoser Improvisator Zappe; während Frau Klein-Donath die Fürstin Orloff mit Würde und Charme gab. Eine belebte, frische Aufführung.

Hans Walter König feierte seinen Ehrenabend und zugleich sein 15-jähriges Bühnenjubiläum mit Curt Götzens Lustspiel „Der Lampenschirm". Ein Stück ohne jeglichen Inhalt, „kein Stück", wie Curt Götz es auch selbst nennt. Wenn es mit dem Geist, dem Schwung und dem Charme gemacht wird, den Götz aufbringen kann (und er tut es hier), dann wirkt diese durchaus gewollte „Inhaltlosigkeit" zum mindesten durchaus erfrischend, wenn nicht gar schlechthin wohltuend. Ein Feuerwerk witziger, teilweise geistreicher Bemerkungen und Situationen, scharfumrissene Zeichnungen köstlicher Gestalten – mehr soll es nicht sein. Und was gewollt ist, ist voll erreicht. — Herr König als Schauspieler Erichsen war im ganzen ursprünglichen Raffinement dieser Rolle vortrefflich, voll Heiterkeit und Charme. Auch sonst war die Aufführung lebendig und frisch, manchmal etwas zu lebendig (Harald Baender tobte zu heftig und ließ leider einige köstliche Feinheiten verlorengehen).

Carl Löser hatte sich Wildgans' Schauspiel „Liebe" zu seinem Ehrenabend gewählt. Ein Ehedrama mit Konflikten, welche heute, trotz der geringen Zeitspanne seit dem Entstehen dieses Werkes, nicht mehr so gewichtig, nicht mehr so furchtbar ernst erscheinen. Unsere Zeit liebt keine Konflikte, geht ihnen gern aus dem Wege, oder sucht sie zum mindesten auf möglichst leichte Art zu klären, zu lösen. Oft zu leicht. Aber für gewaltsame Vertiefung seelischer Belastungen, insbesondere aus materiell relativ harmlosen Anlässen, hat sie verflucht wenig Verständnis. Und so erscheint jetzt dieses zweifellos gut geschriebene, durchaus nicht inhaltlose Werk bereits überholt, überlebt. Eine heutige Ehe würde aus dem seelischen und tatsächlichen „Material", welches dem Stück zugrunde liegt, nie ein Drama machen. — Die Aufführung rettete vieles und hob die

Lichtseiten des Stückes gut in den Vordergrund. Sehr ausdrucksvoll die beiden sich quälenden und durchringenden Eheleute — Herr Löser und Frl. Dürath —, sehr erfrischend und wohltuend hier und da die zerquälende Situation unterbrechend (bis auf den zu pathetischen Abgang) — Herr Bäuerle als amerikanischer Freund.

*

Gegen Schluß gab es dann noch ein „Ereignis", nämlich die Uraufführung eines Dramas unserer einheimischen Schriftstellerin Frau Anna Wallenburger, betitelt „Schicksal"; nicht mehr oder nicht weniger. Im kleinen Freundes- oder Verwandtenkreis mag die Novelle, aus der das Drama entstand, Beifall und Wirkung erzielt haben. Für eine öffentliche Aufführung war es nichts. Der Inhalt basiert auf einer recht abgebrauchten Situation: eine Dame, die ein Verhältnis (Entschuldigung für den Ausdruck) gehabt hat, will einen „Ehrenmann" heiraten; der frühere Liebhaber ist aber Freund des Bräutigams und auch „Ehrenmann" und teilt ihm die Vergangenheit seiner Braut mit. Resultat: ein Schuß, welcher den ehemaligen Liebhaber treffen soll und den Bräutigam trifft (!). Das alles ist „Schicksal" Und zu alledem noch eine so evident dilettantische Behandlung des dürftigen Stoffes, einige durch ihre Banalität einfach frappierende Aussprüche und Situationen; so insbesondere die Aktschlüsse. — Herr Lundt als Regisseur hatte sich des Stückes mit rührender Sorgfalt angenommen, die Darsteller bemühten sich und das zahlreiche Publikum dankte mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig gewesen wäre.

*

Damit hätte die diesjährige Theatersaison ihren Abschluß erreicht. Wir können im allgemeinen zufrieden sein. Einzelnes war natürlich nicht gut gewählt und mußte bald abgesetzt werden. Aber in der Hauptsache wurde das Theater dem Bestreben gerecht, uns möglichst viel von den Versuchen der neuesten deutschen und außerdeutschen Bühnendichtkunst zu geben. Ich halte dieses für die Hauptaufgabe unseres Theaters, eine Aufgabe, deren Erfüllung auch im Bereich des Möglichen liegt. Die Auswahl der aufzuführenden Werke wird sich wohl immer nach den Aufführungsmöglichkeiten an unserer bescheidenen Bühne richten müssen (was nicht immer erkannt wurde); auch die verhältnismäßige Geringfügigkeit und die jeweilige Eignung des Bühnenpersonals dürfte hier manchmal entscheidend ins Gewicht fallen. Im großen und ganzen aber läßt sich, wie wir gesehen haben, mit den Möglichkeiten unseres Schauspiels eine ganze Menge ausrichten, allerdings nur mit gutem Willen und viel Arbeit. Aber dieses beides haben wir in dieser Saison schon wiederholt anzuerkennen Gelegenheit gehabt.

W. Mueller

Berliner politischer Monatsbericht

Der Kampf um die Steuergesetze / Allgemeine Parteikrise / Auseinandersetzungen zwischen Hugenberg und Westarp / Radikalisierung der Nationalsozialisten / Der Zerfall der Demokratischen Partei / Kommt die große bürgerliche Partei der Mitte?

Berlin, den 5. Mai 1930

Die Politik des Monats April hat im Zeichen der allgemeinen Parteikrise gestanden, einer Parteikrise, die allerdings latent ja nunmehr

schon seit langer Zeit vorhanden ist und die akute Formen nur darum annahm, weil ein politischer Wille außerhalb der betreffenden Parteien zu Entscheidungen zwang. Dieser politische Wille geht von der Regierung Brüning aus, der man, ganz gleich wie man zu ihr stehen mag, jedenfalls das eine zuerkennen muß, daß sie den Namen „Regierung" nicht zu Unrecht trägt, in schroffem Gegensatz zu ihrer Vorgängerin, deren Politik des Gehenlassens als „Müllerismus" bezeichnet zu werden pflegte. Wir haben Brünings Kabinett nach der sachlichen und personellen Seite hin im vorigen Bericht ausführlich gekennzeichnet, wobei wir auch auf die Schönheitsflecke — wie sie jedenfalls von der Rechten empfunden werden — hingewiesen haben. Inzwischen wurde im Reichstag um die Steuer- und Agrargesetze gekämpft. Was sich in diesen 14 Tagen abspielte, war Parlamentarismus in Reinkultur, wenn auch schon Faktoren hineinspielten, die sich in Zukunft möglicherweise noch weit stärker auswirken werden. Denn die Parlamentarier, von deren Stimmzettel sicherlich ihr eigenes Geschick (Reichstagsauflösung), vielleicht auch das der Regierung abhängt, standen unter dem schärfsten Druck des klar bekundeten Willens des Reichspräsidenten, ferner der von Brüning für den Notfall angedrohten Anwendung des § 48 und endlich der Not der Landwirtschaft. Diesem letzteren Faktor haben sich die Parteien im Grunde auch dann nicht entziehen können, wenn ihre Stellung sonst keineswegs als landwirtschaftsfreundlich bezeichnet werden kann. Aber die Agrarkrisis, von deren Ausmaß wir früher des öfteren gesprochen haben, hat ein so bedrohliches Gesicht erhalten, ihre vielfachen Auswirkungen auf die nationalpolitische Lage des deutschen Ostens, auf Industrie, Handel und Arbeiterschaft, all dies zusammengenommen erzwang in der öffentlichen Meinung die Vorstellung, daß nun endlich einmal etwas Durchgreifendes für die Landwirtschaft geschehen müsse. Was zu tun sei, darüber herrschte und herrscht auch heute noch ziemliche Unklarheit. Obgleich man die Vorschläge, die von dem Präsidenten des Reichslandbundes, dem jetzigen Landwirtschaftsminister Schiele, gemacht wurden, nicht immer für sehr glücklich hielt, in ihnen teilweise den Ausdruck eines Denkens sah, das sich noch von Vorkriegsvorstellungen bestimmen läßt, obgleich man von verschiedenen Seiten aus dieses Schiele-Programm sachlich scharf kritisierte (so zum Beispiel der Präsident der Preußenkasse Klepper, der den Sozialdemokraten nahe steht), mußte man dieses Programm doch schlucken, wobei widerstrebende Elemente bei den Mittelparteien sicherlich von dem Gedanken ausgingen, daß man dieses Maximalprogramm der Landwirtschaft zum Beweis seines guten Willens unterstützen wolle, während die Fehler sich dann von selbst sichtbar machen würden. Im wesentlichen hat es sich ja bei dem Agrarprogramm um außerordentlich große Zollerhöhungen für alle Teile der Agrarproduktion gehandelt, wozu dann, so bei der Roggenfrage, noch Maßnahmen der inneren Gesetzgebung kamen. Das gleichzeitig angekündigte Ostprogramm, dessen Einzelheiten heute allerdings noch unbekannt sind, bringt eine Ergänzung dahingehend, daß eine Umschuldungsaktion vorgenommen werden soll, eine Herabsetzung der Zinsenlast, wodurch vor allem die Lage des ostelbischen Großgrundbesitzes fühlbar erleichtert würde.

Die Deutschnationale Volkspartei ihrerseits konnte sich den Wünschen der Landwirtschaft, auf der sie vor allem basiert, nicht verschließen. Das erklärt die Ablehnung des sozialdemokratischen Mißtrauensvotums, von dem wir schon im vorigen Bericht sprachen. Damit hatte die einheitliche Stellungnahme der Partei

aber auch ihr Ende. Über die nächsten taktischen Schritte war man innerhalb der Partei durchaus verschiedener Ansicht. Der Hugenberg-Flügel wollte wohl die Annahme des Notprogramms ermöglichen, dann aber seiner offen angekündigten Opposition gegen das Kabinett zum Siege verhelfen. Der nächste Anlaß und die beste Gelegenheit dazu wären die Steuervorlagen gewesen, die zur Deckung des Agrarprogramms nötig wurden. Biersteuer, Mineralwassersteuer, Tabak- und Zuckersteuer, Umsatz- und Warenhaussteuer — darin bestand im wesentlichen das Steuerbukett, das Brüning dem Reichstag präsentierte. Schon innerhalb der Regierungsparteien herrschte über diese Forderungen nicht etwa nur keine Freude — das ist leicht verständlich —, sondern teilweise offener Unwille. Vor allem die Bayerische Volkspartei wandte sich gegen die Biersteuererhöhung, wobei es ihr gelang, sie auf eine 40%ige Erhöhung herabzudrücken. Ihre Zustimmung reichte aber nicht aus, mindestens ein beträchtlicher Teil der D. N. V. P. mußte mit der Regierung gehen, um dieser zum Siege zu verhelfen. Über diese Fragen kam es zur Spaltung innerhalb der deutschnationalen Reichstagsfraktion, deren Mehrheit für die Regierung stimmte, während der Parteiführer Hugenberg nur eine Minderheit hinter sich gebracht hat. Mit größeren oder kleineren Mehrheiten — bei einer Steuer waren es nur drei Stimmen — konnte Brüning sämtliche Steuervorlagen verabschieden.

Wenn wir uns jetzt mit der eingangs erwähnten Krise der Parteien beschäftigen wollen, dann muß vor allem darauf hingewiesen werden, daß noch alles in Fluß ist, daß Strömungen wirr durcheinander gehen und daß geistig-politische und wirtschaftliche Momente sich bei allen Vorgängen kreuzen. Das Bild ist also keineswegs eindeutig, ebensowenig sind die Ursachen alle fein säuberlich herauszustellen, und ebensowenig weiß man mit voller Sicherheit, was nun werden wird. Man darf vor allem nicht übersehen, daß die tiefste Wurzel der sich an der politischen Oberfläche abspielenden Vorgänge in die weltanschauliche oder wenigstens geistig-politische Ebene hineinreicht. Das Geschehen der letzten 16 Jahre, ein politisches Geschehen außergewöhnlich großen Ausmaßes, das in alle Lebensbereiche jedes einzelnen Menschen hineingegriffen hat, das die Herrschaftsverhältnisse nach außen wie innen und auch das soziale Bild wandelte, hat ihnen selbst unbewußt die Menschen gewandelt. Sicherlich in verschiedener Stärke und auch mit wechselnden Nuancen. Die Menschen, die erst während des Krieges oder in der Nachkriegszeit ihre geistige und charakterliche Formung erhalten haben, wurden in weit stärkerem Maße beeindruckt, als der Vorkriegsmensch. Auch diese unsere Behauptung ist schon eine Verallgemeinerung, die alle Einseitigkeiten jeder Verallgemeinerung in sich trägt. Aber immerhin hat dieser Satz, der den Generationsgegensatz besonders auf der politischen Rechten, aber auch in der Mitte erklärt, weitgehend Gültigkeit. Die unbewußte schicksalhafte Wandlung sowohl der Substanz der Menschen, wie ihrer Auswirkung im Bereiche aller menschlichen Äußerungen hat nun in stärkerem Maße in den letzten beiden Jahren ihre bewußte Ausprägung auch auf der politischen Ebene erfahren. So mußten sich denn zwangsläufig in allen Parteien Risse, Brüche Gegensätze ergeben, und so erklärt sich das oft krampfhaft anmutende Bemühen um Parteiumbildung oder Parteineubildung.

Doppelt schwierig ist es für den Schreiber dieses Berichts, mit wenigen Worten über den Inhalt der geistigen Wandlungen zu berichten. Doppelt

schwierig, weil er selber ohne Abstand in dem sich vollziehenden Wandel steht und ein handelnder, kein betrachtender Mensch ist. Immerhin müssen einige Bemerkungen gewagt werden.

Viel diskutiert und allgemein bekannt ist der Niedergang des Liberalismus und damit der rationalistischen Betrachtungsweise. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die rationalistisch-liberale Gedankenwelt sich in der Vorkriegszeit so stark durchgesetzt hatte, daß sie auch im Politischen selbst die Gruppen stark beeinflußte, die sich als konservativ oder sozialistisch gaben. Daß eine solche fast unbeschränkt herrschende Geistesrichtung nicht von heute auf morgen irgend einer anderen Platz macht, daß der Wandel sich zuerst in der Oberschicht und hier vor allem in den geistig-schöpferischen Menschen vollzieht, während andererseits die geistigen Leistungen, die früher von dieser Schicht hervorgebracht wurden, nunmehr vulgarisiert in die Masse herabsinken, das ist der natürliche Prozeß, wie er sich zu allen Zeiten vollzogen hat. Wir sehen aber, daß die geistige Führung trotz aller immer noch lebenden Vertreter des Vorkriegsrationalismus vom Liberalismus zum Konservatismus hinübergewechselt ist. Oft kann man die allgemeinere Beobachtung machen — die gerade, weil sie allgemeiner ist, der Wahrheit noch näher kommt als unsere Feststellung — daß der Individualismus einem Kollektivismus hat Platz machen müssen. Mit dieser Formel kann man die kollektivistische Strömung innerhalb der bürgerlichen Linken in die Wandlung einbeziehen. Man darf aber bei dem Wort Kollektivismus nicht stehen bleiben, muß vielmehr unterscheiden zwischen einem konservativen Korporativismus, der persönliche Leistung und Verantwortung voraussetzt, und einem sozialistischem Massenkollektivismus, der diese Verantwortung ausschließt oder mindestens hemmt. Nach diesen beiden Polen drängen die Strömungen besonders unter den jüngeren Menschen. Die einzelnen Fragen, die den Jungkonservativismus von dem Vorkriegs-Nationalismus bzw. -Konservativismus unterscheiden — also die andere Einstellung zu Staat und Nation insbesondere — sollen hier nicht im einzelnen erörtert werden, so bedeutungsvoll sie auch sind.

Diese grundsätzlichen Bemerkungen reichen selbstverständlich nicht aus, um die Kämpfe innerhalb der Parteien zu erklären. Personelle und taktische Fragen treten zu ihnen in jedem Augenblick hinzu. Gerade auf der Rechten haben die aktischen Momente bis jetzt den Ausschlag gegeben und werden es auch bei den Entscheidungen, die in kurzem wieder fallen, tun. Über die Form der politischen Betätigung, also über die Fragen: Regierungsbeteiligung, positive oder negative Opposition, gingen die Ansichten innerhalb der D. N. V. P. weit auseinander, so weit, daß es im November vergangenen Jahres zu der Sezession der 12 Abgeordneten kam, die die Volkskonservative Vereinigung geschaffen haben und dann Regierungspartei geworden sind. Weil sich dieser Gruppe in starkem Maße gerade Vertreter der jüngeren Intelligenz, die also den gekennzeichneten unbewußten Wandel in das Bewußte gehoben hatten, anschlossen, betonte man auch die grundsätzlichen Fragen, die diese Gruppe von der „alldeutsch" erstarrten Deutschnationalen Partei trennten. Nicht gesagt werden kann das von der neuen Sezession, die allerdings noch nicht Wirklichkeit geworden ist, aber morgen schon vor sich gehen kann. Der Parteivorsitzende Hugenberg hatte zum 26. April den Parteivorstand zu einer Tagung einberufen, auf der man sich mit der Stellungnahme derjenigen deutschnationalen Abgeordneten beschäftigte, die im Gegensatz

zum Willen des Parteiführers für die Regierung gestimmt hatten. Der offene Bruch, der von vielen schon erwartet wurde, konnte dadurch vermieden werden, daß Hugenberg die angedrohten Konsequenzen (Ausschluß) nicht zog. Aber die Opposition, die geführt wird vom Grafen Westarp, dem früheren Führer der Fraktion und Partei, ließ sich nicht einschüchtern, verteidigte ihren Standpunkt und fügte sich auch nicht der Entschließung, die vom Parteivorstand gefaßt worden war. In dieser Entschließung hatte man den Oppositionsstandpunkt hervorgehoben, an Hugenberg den Wunsch gerichtet, die Führung der Partei vor Ablauf der Wahlzeit auf keinen Fall aufzugeben und denjenigen Abgeordneten, die für die Steuersätze gestimmt hatten, das Bedauern auszusprechen. Schließlich hatte man auch mittels eines Satzes versucht, die Herrschaft des Parteiführers über die renitenten Abgeordneten zu verstärken. Der Erfolg dieser Entschließung war nun, daß Graf Westarp die 34 Ja-Sager zu einer Sondersitzung einberief und daß nunmehr eine von 28 Abgeordneten, die vorwiegend dem Landbund nahestehen, zu denen aber auch die 5 Vertreter der Industrie gehören, unterzeichnete Erklärung herausgegeben wurde, in der sie ihren Standpunkt mit aller Deutlichkeit, wenn auch in konzilianter Form zum Ausdruck bringen. Man weist das Bedauern des Parteivorstandes zurück und behält sich die Wahrung der eigenen Verantwortung für die Freiheit des Handelns vor. Was bedeutet diese Entwicklung? Die saubere Trennung einer positiven Opposition von der negativen Opposition! Die Westarp-Gruppe hat gleichzeitig erklärt, daß sie nicht daran denke, Regierungspartei zu werden, daß aber ihre Opposition ihre Grenzen finde an einer ernsten Notlage der Nation. Die negative Opposition macht vor dieser Grenze nicht halt, sie treibt ihre Opposition um jeden Preis, weil sie glaubt, daß die Beseitigung des Systems und die Machtergreifung, die ja von beiden Flügeln der Opposition erstrebt wird, erst möglich ist, wenn die Krise sich zur Katastrophe wandelt. Ein angesehener Führer der deutschen Landwirtschaft, v. Flemming, hat in diesen Tagen zum Ausdruck gebracht, man müsse erwarten, daß der Führer der negativen Opposition, also Geheimrat Hugenberg, auch offen erklären werde, daß unter den Opfern einer solchen Katastrophe sich auch die deutsche Landwirtschaft befinden würde.

Theoretisch wäre es natürlich denkbar, daß beide Formen der Opposition gemeinsam in einer Partei zusammenspielen könnten. Wohlverstanden: theoretisch. Praktisch ist aber diese Möglichkeit schon zunichte gemacht worden. Der Aufspaltungsprozeß, der begonnen hatte, als man vor einer Reihe von Jahren die Völkischen aus der Deutschnationalen Partei ausschloß, der sich mit der Gründung der Christlich-nationalen Bauernpartei fortsetzte und dessen letzter Akt die Sezession der zwölf war, ist noch nicht zu Ende. Es dürfte wohl ausgeschlossen sein, daß die Westarp-Gruppe sich bei einer etwaigen Loslösung mit den Volkskonservativen vereinigt. Denn diese sind Regierungspartei, ohne, wie die Westarp-Gruppe, die grundsätzliche Ablehnung des jetzigen Systems als Leitgedanken voranzustellen. Eher ist ein Kartellverhältnis mit den Christlich-nationalen Bauern denkbar. Diese Fragen sind im Augenblick aber sekundärer Art. Wichtiger wäre es zu wissen, ob der Landbundpräsident Schiele seinen Plan einer eigenen Landbundpartei aufgegeben hat und sich nunmehr mit dem Landbund als organisatorischer Basis für die Gründung einer staatskonservativen Partei der positiven Opposition zur Verfügung stellt. Noch allerdings scheint bei den führenden Männern der Wille

zum Handeln nicht immer vorhanden zu sein, was die Gefahr in sich birgt, daß man sich eines Tages das Gesetz des Handelns von Hugenberg vorschreiben lassen muß.

Aus Erklärungen der beiden Stahlhelmführer Seldte und Düsterberg kann man ersehen, daß auch der Stahlhelm eine Position bezogen hat, die man als positive Opposition bezeichnen kann. Mit ähnlichen Argumenten, wie sie vom Grafen Westarp und von Schiele gebraucht werden, gibt man seine indirekte Unterstützung des Kabinetts Brüning zu erkennen, spricht von der Chance, die man dem Kabinett lassen müsse. Das hat dem Stahlhelm nunmehr offene und sehr schroffe Angriffe von den Verbündeten von gestern, den Nationalsozialisten, eingetragen, die sich übrigens auch immer stärker gegen die Deutschnationalen wenden, wobei sie auch Hugenberg nicht verschonen. Hier bei den Nationalsozialisten hat man es mit einer Gruppe zu tun, die im Gegensatz zum Stahlhelm nicht zu dem konservativen Korporativismus, sondern zu dem sozialistischen Massenkollektivismus, von dem wir sprachen, hinüberdrängt. Diese Richtung wird besonders von den beiden Reichstagsabgeordneten Dr. Goebbels und Gregor Strasser, die beide Berlin zu ihrer Aktionsbasis gemacht haben, vertreten, wobei der Unterschied, ja gelegentlich sogar Gegensatz zu dem offiziellen Parteiführer Hitler in der letzten Zeit stärker sichtbar geworden ist. Diese sozialistische Tendenz vereinigt sich mit einem schroffen Nationalismus der negativen Opposition, der auf Massenwirkung eingestellt ist und vor der Anwendung grober demagogischer Mittel nicht zurückschreckt. Es ist nicht ohne Interesse, daß diese Richtung, die doch, weil sie revolutionär ist, sich als das Neueste vom Neuesten empfindet, in ihrer geistigen Haltung das durchaus nicht erkennen läßt. Denn ihr kollektivistischer Sozialismus ist ja nur der Ausfluß der von ihr vertretenen Auffassung von der Staatsallmacht. Trotzdem gelingt es ihrer unbekümmerten Frische, besonders die heranwachsende Generation für sich zu gewinnen.

Daß die beiden wirtschafts- und staatspolitischen Anschauungen auch in den Mittelparteien als Scheidewasser wirken, hat sich in diesen Wochen stark gezeigt. Das Kabinett Brüning scheint ein Sprengpulver nicht nur für die Deutschnationalen, sondern auch für die Demokraten zu sein. Hier sind es ebenfalls jüngere Kreise, daneben die Angestelltenschaft und dann die ja in dieser Partei ihre politische Heimat besitzenden Juden, die sich gegen die Beteiligung der Demokraten an der jetzigen Regierung wenden. Die ablehnende Haltung besonders der letztgenannten Gruppe kommt sehr stark zum Ausdruck in den großen Blättern der Demokraten, also denen des Mosse- und Ullstein-Konzerns, aber auch in der „Frankfurter Zeitung", wo man eigentlich schon von Anfang an Opposition gegen die Regierung treibt, obgleich die eigene Partei für die Regierungspolitik mit verantwortlich ist. Die von diesen Blättern künstlich zu größerer Bedeutung aufgeblähten Entschließungen kleiner demokratischer Parteiorganisationen haben in die Partei starke Beunruhigung hineingetragen, so daß die Parteiführung sich jetzt mit der Frage auseinandersetzen muß. Wie die Entscheidung ausfallen mag, für oder gegen Regierungsbeteiligung — so viel ist sicher, die Demokratische Partei hat keine Existenzberechtigung mehr. Nach links und rechts strömen ihre Führer und Anhänger auseinander. Vor kurzem war es Hellpach, der mit einer Begründung, die wir im letzten Bericht wiedergaben, sein

Mandat niederlegte, jetzt ist es der Abgeordnete Tantzen, der das gleiche getan hat, nur aus dem umgekehrten Grunde.

Man kann heute von drei Gruppen bei den Demokraten sprechen: einer pazifistisch-kollektivistischen, die in praxi sich kaum noch von den Sozialdemokraten unterscheidet, dann auf der anderen Seite Elemente des alten Wirtschaftsindividualismus, ferner nationaldemokratische Gruppen, wie sie etwa aus der Tradition Süddeutschlands erwachsen. Es ist kennzeichnend, daß Hellpach sich für eine konservative Volkspartei einsetzt, wobei er bekennt, daß der geistige Liberalismus heute kein konstruktives Element mehr sei und daher im Grunde versage, wo es um staatsschaffende Dinge gehe. Von oben, also von den Parteiführungen her, versucht man bei der liberalen Mitte schon seit beträchtlicher Zeit die entflohene politische Kraft durch eine Vereinigung der Demokraten und Volksparteiler von neuem zu schaffen. Diese Vereinigung zweier liberaler Parteien ist der reale Kern aller auf die Bildung einer großen bürgerlichen Partei der Mitte, welchen Namen man ihr auch zudenken möge, hinauslaufenden Vorschläge, die von Führern der Volkspartei, besonders von Kardorff und Scholz, immer wieder gemacht wurden. Auch demokratische Parteiführer haben ihre Geneigtheit einem solchen Plan gegenüber gelegentlich erkennen lassen. Trotzdem ist es beim Reden geblieben. Warum? Weil auch eine Fusionierung den Verfall der liberalen Mittelparteien nicht aufhalten könnte und weil selbst zu einem solchen Entschluß die Flügelgruppen der beiden Parteien und der sich als Selbstzweck betrachtende Parteiapparat nicht bereit sind. Noch viel weniger sind das nun die Wirtschaftspartei, die gerade mit der Parole: Zuerst unsere wirtschaftlichen Interessen, dann die staatspolitischen Gesichtspunkte! die Opposition bezog, wobei sie den zuvorgenannten Parteien einen Großteil ihrer Wähler nahm, und die neuen Gruppen auf der Rechten, deren Mitvereinigung gelegentlich in den Wunschbildern volksparteilicher Blätter erscheint. Die konservativ-nationalen Gruppen trennt doch Erhebliches von Volksparteilern und Demokraten, was sich ja auch damit nicht aus der Welt schaffen läßt, daß man die z. T. zutreffende Feststellung macht, die Begriffe konservativ und liberal hätten gegenüber der Gefahr des Sozialismus, auch des Staatssozialismus, viel von ihrer Bedeutung verloren. Überlieferungen, Anschauungen trennen hier. Außerdem stoßen verschiedene Menschentypen auf einander, was auch nicht unwesentlich ist. (Wie man ja überhaupt die Farbenskala der Parteien einmal daraufhin untersuchen sollte, wieweit sie sich mit bestimmten Menschentypen deckt.)

Wenn wir versuchen, ein gewisses Fazit aus dieser Übersicht zu ziehen, kann es nur das sein, daß der Umbildungsprozeß der Parteien mindestens noch ein bis zwei Jahre in Fluß sein wird. Die Auseinandersetzungen innerhalb der Rechten brauchen Zeit, aber sie sind trotzdem nicht so hoffnungslos, wie innerhalb der Mittelparteien, bei denen jeder Elan fehlt, ebenso wie ein großes Fernziel. Was die nächste Zukunft anbetrifft, so muß man feststellen, daß das Schicksal der Regierung heute noch nicht viel sicherer erscheint als gestern, wo man jeden Tag wieder von neuem nicht wußte, ob die Regierung den Abend überstehen würde. Die Distanzierung der Demokratischen Partei von der Regierung unter dem Druck der nach links strebenden Kräfte zeigt sich unter anderem darin, daß die Partei nicht für die in den Etat eingesetzte erste Rate für den Panzerkreuzer B stimmen will, ebensowenig übrigens wie bestimmte Teile der Zentrumsfraktion.

— Sehr wenig hoffnungsvoll kann man jetzt die Dinge hinsichtlich Preußens ansehen. Denn Brüning scheint seinen Einfluß nicht dafür einsetzen zu wollen, daß in Preußen das Zentrum sich von der Sozialdemokratie loslöst. Damit bleiben zwei Drittel Deutschlands weiterhin der sozialdemokratischen Herrschaft unterstellt, wodurch die Maßnahmen der Reichsregierung zu einem Teil wirkungslos gemacht werden. Jedenfalls läßt sich von einer Beugung der Herrschaft des Sozialdemokratie nicht reden, solange Braun an der Spitze Preußens steht. Georg Schröder

Bücherbesprechungen

Die Rechte des Deutschen Reichspräsidenten nach der Reichsverfassung. Verlegt durch den Bund zur Erneuerung des Reiches, Berlin 1929

Die Denkschrift ist bemerkenswert und durchaus aktuell. Als Aufgabe der Veröffentlichung erachtet der Bund: mit allem Nachdruck darauf hinzuwirken, daß nach geltendem Verfassungsrecht, so wie es ist, es juridisch allein Sache des Reichspräsidenten und des von ihm zu ernennenden und zu entlassenden Reichskanzlers ist, die Regierung zu bilden (Art. 53 der Weimarer Verfassung). Zweck der Veröffentlichung ist, vor allem zu erreichen: daß die Volksüberzeugung von der hohen Stellung des Reichspräsidenten wächst. Der Bund will dazu beitragen, daß diese Volksüberzeugung in absehbarer Zeit stark genug wird, um die Anwendung der Rechte des Reichspräsidenten aus Art. 53 zu sichern und um das politische Zusammenspiel des Reichspräsidenten mit dem Reichstag in Bahnen zu gewährleisten, die von der Verfassung — die Reichspräsident und Reichstag als politisch gleichwertige Organe des deutschen Volkes betrachtet — gewollt wird.

Die Denkschrift ist kein staatsrechtliches Werk, sondern eine politische Arbeit. Sie will im Endziel keine Förderung der Erkenntnis der Rechtslage, vielmehr wird diese von ihr nur als Mittel zu politischen Zwecken angestrebt, zu dem politischen Zweck vor allem: das Gewicht des Reichspräsidenten — bei Geltung der Weimarer Verfassung — zu stärken, um damit nicht nur eine größere Stetigkeit im politischen Leben des Reiches zu erreichen, sondern vor allem, durch verfassungsmäßige Einschränkung der Macht des parteipolitisch maßgebend betonten Reichstages, eine Versachlichung der Reichspolitik, insonderheit aber der Reichsverwaltung zu erreichen. Das staatspolitische Gewicht des Reichspräsidenten soll dem parteienpolitisch geführten Reichstag die Wage halten, damit das Staatswohl und zugleich das Volkswohl gefördert werde. Zu diesem Zweck sollen die bisher nur unvollkommen ausgeübten Rechte des Reichspräsidenten der deutschen Öffentlichkeit zum Bewußtsein gebracht werden, um u. a. die öffentliche Meinung dahingehend aufzuklären, daß der Reichspräsident nicht nur Repräsentant des Volkes, sondern Hüter der Verfassung, ja mehr: Hüter des Volkswohles ist.

Von Interesse ist ferner ein der Denkschrift angeschlossener Exkurs über die Rechte des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, der in vielfacher Beziehung lehrreich ist; vor allem deshalb, weil er zeigt, ein wie verschiedenartiges Gewicht dem Präsidenten der U. S. A. — je nach Zeitalter und Zeit-

geist und je nach der Persönlichkeit — im Rahmen der Verfassung zugekommen ist. Noch wertvoller aber ist vielleicht die schließlich hervorgehobene allgemeine Erkenntnis, daß Demokratie und verantwortungsbereites, zielbewußtes Führertum sich nicht ausschließen, sondern sich eher bedingen. Es wäre viel erreicht, wenn diese Wahrheit sich im demokratischen Europa — und d. h. nicht nur in Deutschland — durchsetzen würde. Wir hoffen es, wenngleich uns scheint, daß hierzu die Persönlichkeit des Führers die Grundbedingung ist. Unabhängig von ihr läßt sich nur eines tun: den Boden für sein Wirken vorbereiten.

Die politische Bedeutung des Bundes zur Erneuerung des Deutschen Reiches liegt natürlich nicht nur in den von ihm veröffentlichten Schriften, sondern vielmehr in der Persönlichkeit seiner hauptsächlichsten Mitarbeiter, von denen wir nur den Reichsbankpräsidenten und Reichskanzler a. D. Luther, Oberbürgermeister Jarres, Staatsminister a. D. Graf Roedern, Professor D. Dr. Kahl, Reichswehrminister a. D. Geßler und den früheren badischen Staatspräsidenten Professor Hellpach nennen.

Dem angezeigten Büchlein sei weite Verbreitung gewünscht. Der Arbeit des Bundes aber, dessen realpolitischen Blick gerade auch die Ereignisse anläßlich der Bildung der gegenwärtigen Reichsregierung zeigten, sei voller Erfolg beschieden.

H. St.

A. Baron Heyking, Les principes et la pratique des services consulaires, Paris 1928, Librairie A. Rousseau

Besonderes Interesse verdient diese eingehende Darstellung des Konsularwesens durch die Tatsache, daß der jüngst verstorbene Verfasser über ein Vierteljahrhundert lang in russischen Konsulardiensten gestanden hat und also wohl befugt erscheint, ein Gemälde von Fleisch und Blut zu zeichnen. Am besten wird man in eine Materie bekanntlich von jemandem eingeführt, der ihr mit Leidenschaft bis zur Einseitigkeit zugetan ist, und dieser Ausdruck darf von der Einstellung des Verfassers zum Konsulatsdienst füglich gebraucht werden. Eine Leidenschaft, die bisweilen überspitzt erscheint, namentlich in dem Kapitel, wo von dem Verhältnis des Konsuls zum diplomatischen Vertreter die Rede ist und wo er nachdrücklich gegenüber dem Vorwurf in Schutz genommen wird, er sei nur eine „petite bière", ein abgeschwächter zweiter Aufguß des Diplomaten. Eine Auffassung, die, wie der Verfasser mit Recht bemerkt, aus dem Zeitalter der Hof- und Geheimdiplomatie stammt und sicherlich mehr und mehr verschwinden muß, weil die Bedeutung der konsularischen Tätigkeit mit der zunehmenden Rolle der wirtschaftlichen Beziehungen, der Verschärfung des Kampfes um die Auslandsmärkte in stetigem Steigen begriffen ist. Der Verfasser ist der Ansicht, daß dem Konsul auch als politischem Berichterstatter größere Bedeutung zukomme, als gemeinhin angenommen wird, weil der Diplomat durch die Eigenart seiner Stellung dahin komme, seinen Horizont auf die Berufspolitiker und oberen Zehntausend zu verengen und sozusagen über dem Parkett die Landstraße aus den Augen zu verlieren, wogegen der Konsul besonders geeignet erscheine, über die Ideenkreise des Volkes Bescheid zu wissen. Ein Gedankengang, der nicht ganz unberechtigt erscheint, wenn man sich die geradezu phantastische Unkenntnis vor Augen führt, die aus Berichten namhafter und langjähriger Diplomaten beispielsweise bei Kriegsausbruch zutage trat. Ob eine stärkere Akzentuierung des Konsularwesens hier Abhilfe zu schaffen

vermag, muß allerdings bezweifelt werden. Dagegen kann als sicher gelten, daß eine Reform des diplomatischen Aspirantenwesens, wie sie vielerorts geplant ist, ganz andere Aspekte eröffnet.

Eingehend kommt der Verfasser auf die einzelnen Funktionen des Konsuls zu sprechen. Große praktische Erfahrung verbindet sich mit umfassendem Wissen und viel Temperament zu einem so bluthaften Gebilde, wie es sich bei der Behandlung eines an sich trockenen Stoffes nicht erwarten läßt. Diese Vorzüge helfen dem Buche über einen nicht zu unterschlagenden Mangel hinweg: daß es in seinen juristischen Teilen stark veraltet ist. In einem 1928 erschienenen Werke hätte die wertvolle und umfangreiche völkerrechtliche Nachkriegsliteratur wenigstens zu einem Teil berücksichtigt werden müssen. Kr.

A. Baron Heyking, La conception de l'État et l'idée de la cohésion ethnique. Paris 1927, Librairie A. Rousseau

Es ist bekannt, daß die nichtdeutsche westeuropäische öffentliche Meinung sich über die Tatsache, daß ungezählte Millionen von Menschen in fremdnationalen Ländern leben, im allgemeinen immer noch in Unkenntnis befindet, woran nicht zuletzt die völlige Verworrenheit der Terminologie schuld ist. Ohne Zweifel hat Heykings Buch hier eine Aufgabe zu erfüllen, zu deren Klärung es durchaus geeignet erscheint. Mit großer Klarheit und unter Heranziehung umfangreichen geschichtlichen Materials und der einschlägigen Literatur wird das Problem in seiner ganzen Schärfe entrollt: Millionen von Menschen in fremdnationalen Staaten, ihre Unterdrückung durch das sogenannte Staatsvolk im Namen einer sogenannten nationalen Ideologie, zahllose schwere Rechtsbrüche (darunter besonders ausführlich die lettländische Agrarreform), Anhäufung politischen Zündstoffes. Ein weiterer Teil setzt sich ausführlich mit der Definition des Begriffes „Nationalität" auseinander. Einzelne Kriterien (Sprache, Territorium, Geschichte) als Wesensmerkmale werden abgelehnt, die Nationalität ist „ein Gebilde, das infolge gemeinsamen Ursprunges, gemeinsamer Sitten, Charakters, Sprache — mit einem Worte gemeinsamer Kultur – eine geistige Einheit bildet und als solche anerkannt werden muß" Nicht recht verständlich ist in diesem Zusammenhange das Kapitel, das von den Kollisionsnormen der Staatsangehörigkeitsgesetzgebung in verschiedenen Staaten handelt, die Frage der Staatenlosigkeit anschneidet und Reformvorschläge macht; gewiß handelt es sich bei diesem schmerzlichen Problem um einen europäischen Mißstand, aber es gehört in die Frage nach der Diskrepanz zwischen Staatsangehörigkeit und Nationalität durchaus nicht hinein.

Zum Schluß werden die Minderheitenschutzbestrebungen (Verträge, Verfahren vor dem Völkerbund) eingehend behandelt und als ungenügend bezeichnet. In der Tat ist das Völkerbundsverfahren heute natürlich völlig unbefriedigend. Heyking fordert für jede Minderheit das Recht, gegen ihren Heimatstaat vor dem internationalen Gerichtshof Klage erheben zu dürfen und kraft eigenen Rechtes als prozeßfähig zugelassen zu werden. Freilich ohne den dagegen erhobenen Einwand, es vertrage sich nicht mit dem Staatsprestige gegenüber den eigenen Staatsangehörigen im Auslande, als Beklagter auftreten zu müssen, durch wesentliche Argumente entkräften zu können. Solange man sich in der Sphäre des positiven Völkerrechtes befindet, ist das wohl auch kaum möglich. Mit einem Appell an die europäische öffentliche Meinung, das Minoritätenproblem zu bereinigen, das eines der

schwersten Hindernisse zur Befriedung Europas darstelle, schließt das Buch, das so eine treffliche Einführung für denjenigen darstellt, der sich mit dem Minderheitenproblem bekannt machen will.

Uns, die wir sozusagen Spezialisten dieses Gebietes geworden sind, müssen die Schlußfolgerungen unbefriedigt lassen. Es ist in der Tat unmöglich, einer Lösung dieser Frage ins Auge zu sehen, solange man sich auf der Ebene des formalen Völkerrechtes bewegt oder politische Rezepte empfiehlt. Durch veränderte Grenzziehung ist nichts zu erreichen; eine Ausgestaltung des Schutzverfahrens im Sinne einer Prozeßfähigkeit der Minderheit vor dem Haager Gerichtshof würde vielleicht manchen Rechtsbruch verhüten oder restituieren, aber eine Lösung des eigentlichen Problems kann sie nicht bringen, und mit einer Empfehlung an die sogenannten Staatsvölker, sich liberal zu verhalten, großmütig zu sein im Sinne eines „Vivre et laisser vivre" (S. 6), ist erst recht nichts anzufangen. Wir wissen, daß die Grundlinie der Angelegenheit in die Diskussion über das Wesen und die Aufgaben des Staates hineinmündet, eine Diskussion, die, man kann es wohl sagen, eben noch in den Anfängen steht und aus dem Bereich der Studierlampe nicht herausgerückt ist. Von dort her werden sich vielleicht neue Erkenntnisse bilden und den Nationalstaatsgedanken durchlöchern. Solange wir aber noch weit davon entfernt sind, wäre schon durch Verwirklichung der Heykingschen Vorschläge einiges erreicht. Kr.

Von der Schriftleitung

Dr. Karl Erdmann, der Verfasser des Aufsatzes „Die Nation im Empfinden der jungen Generation", seiner Herkunft nach Livländer, ist deutscher Stipendiat in Cambridge, Autor des französischen Reiseberichts, den wir im Februarheft besprachen. Wir gaben dort einen Satz aus dem Reisebericht wieder: „Es gilt die Wiederentdeckung der Nation" In der Bewertung der sog. nationalen Bewegung, wie Erdmann sie im Aufsatz dieses Hefts vornimmt, gehen wir einen Schritt weiter als er. Ein Volk mit einem so wenig selbstverständlichen, so unsicheren nationalen Empfinden wie das deutsche, dessen elementarste Lebensbedürfnisse an einer Flanke gerade eben auf das schwerste bedroht sind, scheint uns der in der nationalen Bewegung steckenden politischen Kraft so sehr zu bedürfen (mehr als manches andere), daß man in Deutschland die Frage nach den Äußerungsformen zurücktreten lassen wird: um der Männlichkeit des deutschen Nationalgefühls willen müssen heute auch seine Kindereien ertragen werden.

*

Zum Aufsatz über „Die Landwirtschaft Estlands" verweisen wir auf den entsprechenden Artikel über „Die Landwirtschaft Lettlands" in unserem Märzheft (1930, S. 145).

Die Mitarbeiter dieses Hefts:

A. de Vries, Chefredakteur des „Revaler Boten" / Dr. H. Frisch, Riga, Außenministerium / A. v. Mickwitz, Geschäftsführer des Estländischen Landwirtschaftlichen Vereins, Reval / Dr. K. Erdmann, Cambridge, Trinity College / Dr. O. Freiherr v. Taube, Gauting, Obb. / Lic. V. Grüner, Riga / W. Mueller, Riga / Schriftleiter G. Schröder, Berlin.

Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Reinhard Wittram

Kulturoptimismus

Von Paul von Sokolowski

Durch den großen Krieg ist die Welt um zwei verarmte Völker reicher geworden — die Deutschen und die Russen. Die Russen sind arm, weil sie es sein wollen, die Deutschen, weil sie es sein müssen. Der Russe sitzt auf einer mit Schätzen angefüllten Truhe, welche aufzuschließen er zu träge ist, der Deutsche sammelt mit großem Fleiß Güter, wirtschaftet und plagt sich, um nach kurzem Genuß das Erworbene anderen auszuliefern. Der Russe lebt in diesem Zustande, weil er keine Zivilisation besitzt, der Deutsche, weil er nicht wahr haben will, was echte Zivilisation bedeutet, und dasjenige, was er dafür hält, gering achtet. Die menschliche Zivilisation ist nicht dasselbe wie die Bedürfnisbefriedigung oder Wirtschaft, sie ist der Herrschaftskampf mit den Mächten der empirischen Natur, sie ist imperialistisch und amoralisch, sie hat aber trotzdem ihre Ideale, sie ist es, welche die Hand nach den Sternen ausstreckt. Der letzte große, eine neue Epoche begründende Vorstoß der Zivilisation liegt in den Entdeckungen und Erfindungen, welche die Vorherrschaft Europas über die Welt begründeten. Dahinter strahlt die Zivilisationsherrschaft Roms, der Triumph des hellenisch-römischen Geistes innerhalb seiner ihm bekannten Welt, und stolz verband die spätere Zivilisationsepoche ihre Erfolge mit der antiken Größe, sie nannte sich eine Zeit der Wiedergeburt — Renaissance. An diesem gewaltigen Unternehmen hat das deutsche Volk nur als stiller Teilnehmer mitgewirkt, seine offene Politik jener Tage kennzeichneten innere Zwistigkeiten und der Verlust einer durch frühere Geschlechter errungenen Vorherrschaft im Osten. Die Teilnahme an den großen Taten, die Europas Ruhm und Glanz schufen, hat das deutsche Volk nicht nur versäumt, sondern auch nachträglich durch den Mund seiner maßgebenden Denker verurteilt. „O möchte doch", schrieb Fichte, „den Deutschen sein günstiges Geschick ebenso vor dem mittelbaren Anteile an der Beute der anderen Welten bewahrt haben, wie es ihn vor dem unmittelbaren bewahrte" *). Darnach wären

*) Sämtliche Werke, B. 7, S. 466.

alle Beziehungen zu den unsittlichen Kolonisten Amerikas abzubrechen und eine Kontinentalsperre der Gipfel aller zivilisatorischen Weisheit. Auch Kant weist immer wieder auf das Unsittliche jeden Eingriffes in das Leben fremder, selbst wilder Menschenrassen hin und hofft auf den baldigen Zusammenbruch aller gewaltsamen kolonisatorischen Bestrebungen*). Nicht einmal die Verbreitung des Christentums sei zu rechtfertigen, soweit sie durch äußere Machtmittel unterstützt wurde**). Als dann nach Jahrhunderten Bismarck das ganze deutsche Volk versammelte, damit es im Zivilisationskampf seine volle Kraft entfalte, fand er keinen ungeteilten Anhang. Mit größter Vorsicht mußte er die mit der geschaffenen Macht verbundenen zivilisatorischen und imperialistischen Möglichkeiten vor dem eigenen Volke verbergen und immer wieder versichern, daß man völlig „saturiert" sei und weiter keine Ziele erstrebe. Das deutsche Volk wolle ja nur durch ehrliche Arbeit seinen Wohlstand begründen und der ganzen Menschheit bei dem gleichen Bestreben behilflich sein. Schon vordem hatte der Staatsphilosoph Hegel das Ziel der „bürgerlichen Gesellschaft" in der „Bedürfnisbefriedigung" gefunden, und an die Stelle des zivilisatorischen Herrschaftskampfes setzten seine Nachfolger die Wirtschaft und den Verkehr, d. h. diejenigen Funktionen der Zivilisation, an denen auch die Tierwelt teilnimmt. Diese Denkungsart fand ihren Gipfel in der materialistischen Geschichtsauffassung, und hiernach wäre die Menschheit in ihrer Entwicklung wesentlich nichts anderes als ein großer Ameisenhaufen.

Mit Erstaunen und voll Unruhe beobachteten die alten Zivilisationsvölker des Westens, die ihre Zeit besser genutzt hatten, den plötzlichen Aufstieg des deutschen Mitbewerbers. Zwei Dinge ließen sie vor allem für die eigenen Errungenschaften fürchten: die unermüdliche junge Arbeitskraft der deutschen Masse und ihre kriegerische Tüchtigkeit und Zucht. War vielleicht der große Tag erschienen, da sie, zu schwach, um die schwere Zivilisationsrüstung weiter zu tragen, dem jüngeren und stärkeren Kämpfer weichen mußten? Die einzigen, welche von dieser Bewegung und Unruhe in der Weltzivilisation nichts merken wollten, waren die Deutschen. Hatten doch ihre Denker überzeugend nachgewiesen, daß die Welt eine große Wirtschaftsgemeinschaft sei und auf dem Wege der Evolution zum Aus-

*) Derartige Äußerungen kommen bei Kant häufig vor; vgl. namentlich Rechtslehre § 42, ferner Zum ewigen Frieden, dritter Definitivartikel, ebenso Anhang I u. a. m.

**) Grundlinien der Philosophie des Rechts §§ 189 ff.

gleich aller Interessen gelangen müsse. Wenn man das deutsche Volk nur in seiner Arbeit und ehrlichem Wettbewerbe gewähren lasse, müsse an diesem Geiste allmählich die Welt gesunden. Wie das freilich ohne Zusammenstöße geschehen sollte, darüber konnten diese Geistesführer keine Auskunft geben. Jedenfalls, versicherte man, wolle das deutsche Volk nur arbeiten und verdienen, an neue politische Organisationen oder Machterweiterungen denke niemand, und auch die eigenen kriegerischen Rüstungen bezweckten nur den Schutz der Arbeit und die Erziehung des Volkes zu erhöhter Tüchtigkeit. Das war der Geist des heute so allgemein angegriffenen und hart verurteilten sog. Wilhelminischen Zeitalters der blühenden Wirtschaft, des wachsenden Reichtums, der schimmernden Wehr, des Dreizacks und schwülstiger, die Welt beunruhigender Reden. Nachdem die wiederholten Versuche, die Rüstungen und das Waffenspiel der furchtbarsten Kriegsmacht, welche die Erde jemals getragen hat, einzuschränken, gescheitert waren, beschlossen die alten Zivilisationsnationen, durch die stete über ihnen schwebende, in ihrer Arglosigkeit nur um so rätselhaftere Gefahr bis aufs äußerste ermüdet, in einer noch nie gesehenen Einmütigkeit, sei es auch mit Aufbietung der gesamten Menschheit, dem nicht mehr zu ertragenden Zustand ein Ende zu machen. So brach der Weltkrieg aus. Sein Ausgang beweist freilich, daß es den alten Zivilisationen nicht nur um die Vernichtung der deutschen Waffengewalt zu tun war, sondern auch um die Ausschaltung der deutschen Arbeitskraft als unerschöpfliche Quelle einer eigenen imperialistischen Zivilisation. Der Deutsche sollte wieder zu seiner früheren Abneigung gegen großzügiges Handeln zurückkehren, zu jener arglosen Menschenfreundlichkeit, die ihn seine früheren Denker gelehrt hatten. Mit ihnen sollte er denken und dichten. Wie dieser Anforderung fast siebenzig Millionen zu einer rüstigen und arbeitslustigen Masse vereinigte Menschen genügen sollten, das ist die große Frage, vor der heute die Welt steht.

In dieser Not und Bedrängnis erscheint zwar nicht als Retter, aber doch als Tröster der Kulturdenker. Es fällt ihm zunächst nicht schwer, die Ziellosigkeit der Wirtschaftsepoche in der Vorkriegszeit nachzuweisen. Meist freilich geschieht dies in der Weise, daß die gewaltige verbindende Kraft der Bismarckischen Zivilisationsära, weil sie sich nicht ausgewirkt hat, mit der Wilhelminischen Zeit als wesensgleich verurteilt wird. Man greift auf frühere Zeiten zurück, in denen das zersplitterte deutsche Volk nicht einmal in seiner Wirtschaft gedieh und dennoch dank der geistigen Größe einzelner Söhne

in der Welt Beachtung und Anerkennung gefunden habe. Der Kulturdenker wird vom richtigen Empfinden geleitet, daß eine fruchtbare Zivilisation ohne Verbindung mit starken kulturellen Strömungen als leitender Norm nicht bestehen und fortschreiten kann, daß der Kampf um die Herrschaft über die äußere Natur nicht geführt werden kann ohne die Beherrschung der eigenen Naturkräfte durch das Individuum, ohne die Entfaltung der sittlichen Persönlichkeit in der kulturellen Gemeinschaft. Er übersieht aber, daß die Zerstörung der das Volk verbindenden sittlichen Kräfte — die Verdrängung des alle Klassen vereinigenden religiösen Glaubens, die materielle Geschichtsauffassung, der materialistische Monismus mit seinen für Halb- oder Ungebildete abgefaßten popularisierten Exzerpten die Schöpfung des zivilisationslosen Geisteslebens ist, ein Erzeugnis der Philosophie und der Wissenschaft. Er übersieht, daß die siebenzig Millionen im Staate vereinigter Volksgenossen zu etwas anderem da sind, als seine Weisheit mißzuverstehen, und daß derjenige, welcher diese Masse führen will, vor der Welt eine große Verantwortung übernimmt. Eine echte, lebensstarke Kultur wird stets eine kraftvolle Zivilisation stützen und fördern, ja oft steht sie Naturmächten gegenüber, die eine Beschränkung auf die Pflege der sittlichen Persönlichkeit garnicht gestatten.

Der Kulturdenker hofft, daß dem weder durch kriegerische Rüstungen, noch durch irgendwelche Machtpolitik abgezogenen deutschen Volk eine Idee aufgehen müsse, die alle Welt in Glück und Eintracht vereinigt. Es ist aber doch sehr zweifelhaft, ob die Angelsachsen, Romanen, ja selbst die Slaven und andere kleinere Völkerschaften diese Art deutscher Überlegenheit ohne weiteres anerkennen werden. In der Demokratisierung der Wissenschaft und ihrer Verbreitung in den Massen stehen sie den Deutschen kaum nach, und ihre Hochschulen sind nicht weniger überfüllt als die deutschen. Man weist oft auf den Einfluß hin, den die politisch gleichfalls machtlosen Hellenen ausübten. Sie beherrschten aber die Welt und ihre Besieger — Mazedonier wie Römer — in erster Linie nicht durch ihre Wissenschaft, Philosophie und Kunst, von denen die großen Massen nicht allzuviel verstanden, sondern durch ihre auch zivilisatorisch gestützte Lebenskunst, die wir bis auf den heutigen Tag als unerreicht bewundern. Auf diesem Gebiet aber sind die Deutschen den Angelsachsen und Romanen gegenüber immer die Nehmenden, niemals die Gebenden gewesen.

Nicht nur auf den Einfluß seiner Idee hofft der Kulturdenker,

schon jetzt glaubt er berufen zu sein, trotz seiner Machtlosigkeit oder eben kraft ihrer, andern Nationen die richtigen Wege zu weisen. Unermüdlich verlangt er Beseitigung der Rüstungen und eine gerechte Behandlung aller Bürger, selbst fremden Rassen angehöriger, in den Staaten Europas. Die Deutschen sollen das Gewissen anderer Nationen werden. Das Gewissen verursacht Gewissensbisse und Unbehagen. Die alten Zivilisationsstaaten haben nach dem Kriege ihre imperialistischen Ziele weiter gesteckt, die Mittel zu deren Verfolgung werden sie sich nicht verkümmern lassen. Einst gab es eine Zeit, da das große und mächtige Deutsche Reich die Länder des europäischen Kontinents zu einem unauflöslichen Bunde zum Heile aller vereinigen konnte und, wenn es seine zivilisatorische Aufgabe richtig erfaßte, vereinigen mußte. Der deutsche Bundesstaat war dazu wie geschaffen, mit seiner zentralen Lage einen europäischen Staatenbund um sich zu versammeln, gerade er und nicht das abgelegene, zentralisierte Frankreich mit seinen einseitigen Hegemoniebestrebungen. Ist doch das neue Deutsche Reich selbst aus einem Zollverein hervorgegangen. In dieser Epoche der größten Möglichkeiten hat das deutsche Volk Wirtschafts- und Handelsgeschäfte betrieben und irgendwo nach einem Plätzchen unter der Sonne gesucht. Ob der paneuropäische Kulturdenker diesen Verband durch geistige und kulturelle Beeinflussung wird schaffen können, ist zweifelhaft. Selbst Kant verlangt für seinen ewigen Frieden „eine starke Republik" als Mittelpunkt der Völkervereinigung.

Diese Gedanken werden angeregt durch das wahrhaftigste und mutigste aller in der letzten Zeit erschienenen Kulturbücher, Edgar J. Jungs „Gegen die Herrschaft der Minderwertigen"*). Der Titel klingt überheblich, er ist es nicht nach des Verfassers eigener Erklärung. Man könnte ihn in „Die Herrschaft der Ratlosen" ändern. Regierung und herrschende Parteien sind gewiß völlig aufrichtig, wenn sie die Opposition immer wieder auffordern, doch ihrerseits Ratschläge zu geben, was zu tun sei. Diese Ratlosigkeit hat Anspruch auf Nachsicht. Sie ist ererbtes Gut. Ratlos war das deutsche Volk in der Verwertung seiner Kräfte vor dem Kriege, ratlos während des Krieges und als es, des ziellosen Kampfes müde, wie Jung sagt, die Waffen fortwarf, ohne sich Gedanken darüber zu machen, was hieraus entstehen könnte. Ratlos waren

*) Gegen die Herrschaft der Minderwertigen. 2. Aufl. 6.—10. Tausend. Berlin 1930. Verlag der Deutschen Rundschau G. m. b. H.

seine Fürsten, als sie sich in das Privatleben zurückzogen, ratlos die Versammlung in Weimar, als sie die Kriegsschuld anerkannte. Es ist ehrenwert und notwendig, alle Archive zu durchforschen, um den Nachweis zu erbringen, daß Deutschland allein die Schuld am Ausbruch des Krieges nicht trage. Jeder Versuch muß gemacht werden, um wenigstens das Gewissen des deutschen Volkes zu beruhigen und es darüber aufzuklären, daß seine Vertreter in Weimar etwas bestetigt haben, was nicht wahr ist. Wer aber einen gefälschten Schuldschein bewußt als echten anerkennt, muß Zahlung leisten. Die „Kriegsschuldlüge" mit ihren Folgen kann nicht durch wissenschaftliche Forschungen beseitigt werden. Den Gegnern gegenüber rennt man mit ihnen offne Türen ein, da sie ohnehin genau wissen, worum es sich handelt. Erst wenn der letzte Pfennig bezahlt ist, den die Gläubiger Deutschlands fordern, wird das Zugeständnis, welches die Versammlung in Weimar im Namen der deutschen Nation machte, nicht nur seine praktische Bedeutung verlieren, sondern auch keine die Ehre des Volkes kränkende Gerüchte mehr erzeugen. In den Schulbüchern vieler Staaten dürfte es vielleicht noch lange heißen, daß Deutschland das Unheil des großen Krieges verschuldet habe. Gegen solche Darstellungen ist die ernste Wissenschaft ohnmächtig.

Diese Fragen werden von Jung zwar alle berührt, das Beste aber hofft er für Deutschlands Zukunft, an die er fest glaubt, von der deutschen Jugend selbst. Er will „ein neues Reich", wer aber ein verunglücktes Unternehmen zu sanieren vorhat, muß zunächst eine Bilanz des gegebenen Zustandes aufstellen, und das tut Jung mit unerbittlicher Schärfe.

Zunächst wird die Frage aufgeworfen, ob nicht das Greisenalter des deutschen Volkes mit dem Niedergang seiner Fruchtbarkeit beginne. Ein Netz von Großstädten überspannt das Land, von denen jede in ihrem Umkreise die Landbevölkerung auffaugt und die Pflege des Bodens vernichtet. Die Stadt entzieht der Familie die Möglichkeit, sich räumlich auszubreiten. Mit ihrer Arbeit und Erholung individualisiert sie das menschliche Dasein. Auch die Ehe dient nicht mehr dem sozialen Zweck der Erhaltung und Mehrung der Nation, sondern der persönlichen Zerstreuung und Bequemlichkeit. Alle Geldmittel, die dem Volke zur Verfügung stehen, eigene und erborgte, strömen in den Städten zusammen und mehren ihren Glanz, ihre Anziehungskraft für die Jugend des Landes. Die Landwirtschaft krankt an Mittellosigkeit und Menschenmangel, während in den

Städten Millionen Arbeitsloser dem Staate zur Last fallen. Das „Volk ohne Raum" weiß selbst mit dem, was ihm geblieben ist, nichts mehr anzufangen. Die Befürchtung besteht, daß die nachdrängenden Slawen es besser verstehen werden. Auch im alten Rom sahen einst die Gracchen die Proletarisierung und den Untergang ihrer stolzen Rasse voraus. Sie wollten die in der einzigen Großstadt der Republik zusammengeballte Volksmasse durch Aufteilung des Großgrundbesitzes zur Breite und Fruchtbarkeit des Landlebens zurückführen. Die Geschichte lehrt, daß ihre Pläne am Widerstand der großen Grundherren scheiterten. Das ist keine hinreichende Erklärung für das Mißlingen jenes Versuches, das Mannesalter des römischen Volkes zu verlängern. Nicht der Widerstand der Gegner allein war hier entscheidend, sondern vor allem die Unentschlossenheit der Mitgänger. Der römische Proletarier war nicht geneigt, seine städtischen Gewohnheiten mit den Mühen der Landarbeit, selbst unter günstigen Bedingungen, zu vertauschen. Ähnliches könnte man in Deutschland erfahren. Wenn man dort heute den gesamten Großgrundbesitz zur Verteilung an das Volk bereitstellte mit dem Verbot der Veräußerung und der Verpflichtung zu eigener Bewirtschaftung des Landloses, würde wahrscheinlich das Angebot von Land die Nachfrage übersteigen.

Ein weiterer Grund der Unfruchtbarkeit wird in der „Überbildung" und Überproduktion einer unverwertbaren Intelligenz gefunden. Gerade aber in der Schulung des Volkes, in seiner „Erziehung zur Weisheit", erblickt der Kulturdenker die Gewähr neuer Blüte. Wenn erst jeder Bierträger das Abiturientenexamen bestanden habe und jede Volksschullehrerin Dr. phil. sei, könne man einen ungeahnten Aufschwung erwarten. Wer aber schafft den zivilisatorischen Unterbau für solche Ansprüche? Ohne Zweifel verwendet das arme deutsche Volk viel Zeit seines Lebens auf seine „geistige Muße" Die Erziehung und Heranbildung des Nachwuchses ist mit so großen Opfern für die Familie und den Staat verbunden, daß die Einschränkung dieser Nachkommenschaft zur Notwendigkeit wird. Die immer mehr anschwellende sog. gebildete Schicht muß während der Hälfte ihres Lebens von den Mitbürgern ohne jede Gegenleistung unterhalten werden. Bis zum fünfundzwanzigsten Lebensjahre sitzen die Glieder dieser bevorzugten Klasse hinter den Büchern, um mit 65 Jahren auf dem Höhepunkt ihrer Sachkenntnis und Erfahrung an den Biertisch und die Zeitung verwiesen zu werden.

So konnte es geschehen, daß die vor dem Kriege noch mannes-

starke deutsche Nation in unglaublich kurzer Zeit in ihrer Unfruchtbarkeit auf das Niveau des bewußt alternden französischen Volkes herabgesunken ist.

Ein weiterer von Jung besonders hervorgehobener schlimmer Bilanzposten ist die heutige Verfassung und Regierung des Deutschen Reichs. Der Parlamentarismus hat sich als solcher gewiß noch nicht überlebt, er ist vielen Nationen auch heute noch ohne Zweifel von Nutzen, was aber in Deutschland aus ihm geworden ist, wird der Nation zum schlimmsten Verhängnis. Er scheitert am deutschen Parteiwesen, welches mit dem Staate nicht das mindeste zu tun hat, sondern durchweg auf Weltanschauungen beruht. Eine deutsche Partei betrachtet sich erst dann als existenzberechtigt, wenn es ihr gelungen ist, ein von „jedem staatlichen Opportunismus" freies Weltanschauungsprogramm aufzustellen. Noch in letzter Zeit hat die alte, leidlich bodenständige konservative Partei sich in diesem Sinne reformiert, indem sie den Kampf mit dem Marxismus auf ihre Fahne schrieb. Die deutsche Partei ist exklusiv, sie will keine Proselyten, nur allenfalls Stimmzettel bei den Wahlen. Ängstlich wacht sie über der Reinheit der Gesinnung und darüber, daß nur ja keine andere Partei etwas von ihrem geistigen Gut sich aneigne. Jeder Annäherungsversuch, jede auch selbst zufällige Übereinstimmung fremder Parteiprogramme mit den eigenen Heiligtümern wird als „Gesinnungslumperei" verdächtigt. Mit welchem Unwillen nahmen viele gesinnungstüchtige Republikaner die Erklärung anderer Parteien entgegen, daß sie zurzeit die republikanische Verfassung als des Reiches Interessen entsprechend ansehen! Zwischen all diesen Weltanschauungen herrscht unversöhnliche Feindschaft, es fehlt des gemeinsame Ziel, und am wenigsten bildet der Staat ein vereinigendes Band, er ist allenfalls das Mittel zur Erreichung außerhalb seiner liegender Zwecke. Jeder dieser Parteien steht eine Kampfesorganisation zur Seite, den sog. nationalen Parteien — der Stahlhelm, den Demokraten aller Färbungen — des Reichsbanner, den Kommunisten — die rote Front. Nur das Zentrum bedarf keines brachium saeculare, sein Reich ist ohnehin nicht von dieser Welt. Zwei Dinge bilden das stärkste Bindemittel des heutigen Deutschen Reiches — die nach alten preußischen Verwaltungstraditionen organisierte Polizei und der Wille aller auswärtigen Gläubiger, deren Interesse die Schmälerung der Habe des Gesamtschuldners durch Unbefugte verbietet.

Dieser Zustand des souveränen Volkes bedingt die Art seiner Regierung. Während eines latenten Bürgerkrieges ist eine aufbauende Tätigkeit kaum möglich. Die vorbeugenden Maßnahmen erfordern unverhältnismäßige Aufmerksamkeit und Anstrengung. Sehr zutreffend bemerkt Jung, daß es einen ausgesprocheneren Polizeistaat noch nie gegeben habe als das heutige Deutschland. Das Wesen der Sache verlangt, daß diese Art zu regieren in den Händen der Sozialdemokratie liege. Das gebietet nicht nur die geschichtliche Gerechtigkeit, weil die Weltanschauung dieser Partei das meiste dazu beigetragen hat, den Zustand zu schaffen, aber auch praktisch lägen die Dinge weit schlimmer, wenn die Maßnahmen des Genossen Severing etwa vom Geheimrat X durchgeführt werden müßten. Der Widerstand und die Unbotmäßigkeit würden in das Ungemessene wachsen.

An die Bilanz schließt Jung seinen Operationsplan. Wenn der Graf Coudenhove ganz Europa umgestaltet, weshalb soll Jung es nicht versuchen, Deutschland in den Sattel zu heben! Aber auch er holt weit aus und gerät hierbei stark in das Fahrwasser der Kulturdenker mit ihrer organischen Kultur oder dem Hegelschen kulturellen Organismus. Das neue Deutsche Reich soll das kulturelle Vorbild des durch sein Beispiel erneuerten Europa werden. Was das mächtige Kaiserreich versäumte, sei mit geistigen Mitteln nachzuholen. Es scheint doch, als wenn Jung die Verhältnisse, welche Deutschland umgeben, verkennt und namentlich den Einfluß des deutschen Geistes. Es müßte zunächst noch im Deutschen Reiche vieles geschehen, damit die dort herrschenden Zustände anderen Nationen als vorbildlich erschienen. Jung selbst hat hierfür reiches Material gesammelt und es hell genug beleuchtet. Zwei Gebiete des deutschen Geisteslebens sind es, zu denen von jeher das Ausland sich mächtig hingezogen fühlte — die Wissenschaft und die Musik. Aber es muß hier doch darauf hingewiesen werden, daß die deutsche Wissenschaft zwar fachmännisch überall ausgenutzt worden ist, ohne aber entsprechende Sympathien für das Deutschtum als solches auszulösen. Die Slaven, Rumänen, Griechen, welche ihre Studien in Frankreich oder England machten, wurden ohne Ausnahme zu begeisterten Anhängern des französischen oder englischen Volkstums, seiner Staatlichkeit und Lebenskunst. Diese Anhänglichkeit hat alle Prüfungen überstanden und sich namentlich im Weltkriege in ihrer unwandelbaren Zuverlässigkeit bewährt. Nur wenige der zahlreichen Osteuropäer, die auf den deutschen Hochschulen die Grundlage ihrer

Tüchtigkeit legten, verbinden hiermit irgend welche Vorliebe für deutsches Wesen. Fast alle wurden zu Gegnern des deutschen Einflusses, und diese Abneigung artete nicht selten in offene Feindschaft aus. Zahllose Beispiele ließen sich hierfür anführen. Jung meint, daß die deutsche Intelligenz den gesamten Osten mit ihren Kräften versorgen könnte. Wird sich diese Hoffnung erfüllen? Die vorgelagerten Randstaaten rechnen mit ihrer eigenen gewaltigen Überproduktion selbst auf den russischen Markt. Vielleicht sind auch diese Erwartungen verfrüht und übertrieben. Dagegen ruft das uferlose Anschwellen einer proletarischen, arbeitslosen Intelligenz in Deutschland selbst ernste Befürchtungen für das Prestige der Geistigkeit hervor. Unter dem werktätigen Volk lassen sich immer mehr Stimmen vernehmen, die stark an dasjenige anklingen, was der russische Kommunist über das geistige Schmarotzertum seiner Intelligenz urteilt. Die deutschen Akademiker sollten sich näher mit dem bekannt machen, was man in den Gewerkschaften von ihnen denkt und redet. Der heimatliche Boden ist nicht so sicher, als daß von ihm aus im ohnehin widerstrebenden Auslande große Eroberungen gemacht werden könnten.

Wenn wir Jung recht verstehen, so will auch er, daß die Deutschen sich in ihrem „neuen Reich" zunächst mit ihren eigenen Angelegenheiten befassen und einen festen Zusammenschluß aller Klassen und Parteien erstreben. Die durch Bismarcks große Tat geschaffene Arbeits- und Zivilisationsgemeinschaft muß erhalten und weiter ausgebaut werden, damit sie ihre großen Aufgaben besser löse, als es vor dem Kriege geschehen ist. Dieser Arbeitsgemeinschaft ist es zu einem großen Teil zu verdanken, daß die deutsche Nation nach der großen Katastrophe nicht, wie früher so oft, auseinandergefallen ist, sondern zum ersten Mal in ihrer Geschichte sich als fester Block behauptet hat. In jenen heillosen Tagen sind die Namen Stinnes und Legien oft als zur Einheit strebende Macht genannt worden. Nicht auf kulturell-geistigem Gebiet liegt die anerkannte Überlegenheit der Deutschen über ihre Nachbarn, sondern in ihrer unverwüstlichen, auch körperlichen Arbeitskraft. Daß die deutsche Nation trotz Verlust vieler Rohstoffe und Naturkräfte, trotz ungeheurer Belastung mit Forderungen aller möglichen Gläubiger immer noch auf den Gebieten technischen Schaffens eine große Stellung einnimmt, das ist es, was die Bewunderung selbst ihrer Feinde hervorruft. Und wenn der Deutsche auch heute nur der Heimarbeiter fremder Kapitalisten ist, so wird er in diesem Daseinskampf erstarken und verjüngt dastehen,

wenn die Tributpflicht erlischt. Die Zukunft einer großen Nation liegt in ihrer Zivilisation, die Aufgabe weniger Auserwählter ist es, das geistige Band zu finden, welches die wuchtige Masse umschließt und wie einst der religiöse Glaube das gemeinsame Gut aller Berufe und Bildungsstufen ist. Heute gilt es diese neue Epoche vorzubereiten durch die Befolgung einer Reihe von Geboten, die sich aus der von Jung aufgestellten Bilanz ergeben:

Erstes Gebot: Das deutsche Volk soll lernen, mit Würde arm zu sein. Der Materialismus der Reichen führt zu falscher Einschätzung des eigenen Gewichtes, an dem der Reichtum hängt, der des Armen zur Käuflichkeit und zu würdelosem Knechtssinn. Der Deutsche soll bedürfnislos sein und sich nicht bemühen, seine Armut zu verstecken.

Zweites Gebot: Der Deutsche soll lernen, im Verkehr mit anderen Nationen zu schweigen und diesen Verkehr auf das kleinste, unumgängliche Maß zu beschränken. Es hat etwas Ehrfurchtgebietendes, ein großes Volk nach jahrelangem Heldenkampfe schweigen und schaffen zu sehen.

Drittes Gebot als notwendigste Folgerung aus Jungs Bilanz: Das deutsche Volk soll sich von seinem Parlamentarismus als einer staatsfeindlichen Weltanschauungsbühne befreien. Das große Staatsvolk der Römer wählte in ähnlichen Fällen einen Dictator rei publicae constituendae.

Viertes Gebot: Das deutsche Volk muß mit allen Mitteln die verfrühte Unfruchtbarkeit bekämpfen. Es soll durch rücksichtslose Maßnahmen dem Wachstum seiner großen Städte auf Kosten des flachen Landes entgegentreten. Es soll den ihm gelassenen Boden wirklich nutzen und seinen Kindern Raum schaffen zur Vermehrung.

Fünftes Gebot: Das deutsche Volk soll endlich alle Bedenken fallen lassen gegen die Einführung einer allgemeinen, sei es auch kurz befristeten, Arbeitspflicht für Männer und für Frauen. Die Jugend soll nicht nur in der Heimat umherwandern, sie soll auch für sie schaffen. Es gibt kein besseres Mittel, um alle Klassen des Volkes einander näher zu bringen, den Intellektuellen an die körperliche Arbeit zu gewöhnen und das werktätige Volk von der sehr verbreiteten Überschätzung physischer Leistungen und der geringen Bewertung geistiger Bildung abzubringen. Die so gewonnene Arbeitskraft soll keine Konkurrenz den Industriearbeitern hervorrufen, kein stets bereites Streikbrechertum, sie soll vorherrschend

auf dem flachen Lande verwendet werden, als den Arbeitern gesundheitlich zuträgliche Hilfe bei großen Meliorationen, Vorbereitungen neu zu gründender Wirtschaftseinheiten, Vorbeugung gegen die Heranziehung fremder Saisonarbeiter. Mit Sicherheit kann angenommen werden, daß viele, nachdem sie sich körperlich für die Landwirtschaft vorbereitet haben, dank dieser Dienstpflicht Freude am unabhängigen Leben auf eigener Scholle finden werden, anstatt das überzählige intelligente Proletariat zu vermehren.

Kirche und Gesellschaft

Von Victor Grüner

Nicht im exklusiven Sinne soll im folgenden von der Gesellschaft die Rede sein in ihrem Verhältnis zur Kirche, nicht von einer wirklichen oder vermeintlichen geistigen Elite also unseres Volksganzen. Es soll vielmehr die Gesamtheit der Schichten unserer Volksgemeinschaft ins Auge gefaßt werden, die bewußt oder unbewußt von einem Solidaritätsgefühl in Weltanschauung und Lebenshaltung durchdrungen sind und so eine verschieden geschichtete „Gesellschaft" darstellen. Welches ist das Verhältnis dieser zunächst unter profanen Gesichtspunkten zusammengeschlossenen Gesellschaft zur religiösen Gemeinschaft: der Kirche? Natürlich handelt es sich bei dieser Fragestellung um die konkrete, historisch gewordene Kirche, um unsere evangelisch-lutherische Heimatkirche.

Da ist zunächst zu sagen, daß die Vielgestaltigkeit unserer Gesellschaftsschichten selbstredend auch sehr verschiedene Stellungnahmen zur Kirche zuläßt. Gemeinsam ist allen Ständen und Schichten der Gesellschaft unserer baltischen Volksgruppe dieses: ein einheitliches „Kirchenvolk", wie es früher bestand, haben wir heute nicht mehr. Man kann das bedauern, aber man kann es nicht ändern. So liegt es. Die selbstverständlich kirchenfreundliche Stellung ist dahin. Bis in die tiefsten Schichten unserer Gesellschaft hinein ist zwar nicht die „Kirche" Problem — in die Problematik der Kirche einzudringen ist nämlich schwieriger, als die literarische Schulweisheit selbst unserer „Gebildeten" sich träumen läßt — aber die persönliche Stellung zur Kirche ist vielfach problematisch geworden. War man früher naiv und selbstverständlich kirchlich, so ist man heute ebenso naiver Weise kirchenfremd, ja gegen die Kirche eingenommen. Diese Stellungnahme ist ja keineswegs gesellschaftlich „unmöglich" — im Gegenteil:

es liegt eher umgekehrt. Es braucht nicht einmal eine gedankliche Klärung über das „Warum" dieser Ablehnung erfolgt zu sein; sie liegt einfach im Geist und Empfinden der Zeit. Man macht da genau so unbeschwert von gedanklichen Schwierigkeiten mit, wie man sich einstmals von einer kirchenfreundlichen Strömung tragen ließ.

Aber auch da, wo man sich Rechenschaft zu geben sucht über die veränderte Situation, ist im Vergleich zu früher eine schwerwiegende Wandlung vor sich gegangen. Einst galt die öffentliche Ablehnung der pietätvoll angesehenen Institution der Heimatkirche nur dann nicht als pöbelhaft, wenn sie wohl begründet, sachlich geklärt vorgebracht wurde. Heute gilt es keineswegs als Zeichen einer gewissen geistigen Minderwertigkeit, wenn in Presse und Gespräch, abseits und ungetrübt von jeglicher Sachkenntnis, an der Heimatkirche, ihrer Tätigkeit und ihren Trägern Kritik geübt wird. Die Tagespresse öffnet diesem Treiben bereitwillig ihre Spalten, und die „Öffentlichkeit" spitzt die Ohren. Es ist nicht auszudenken, was die deutsch-baltische Gesellschaft für einen Lärm schlagen würde, wenn es jemand einfallen würde, ihre Schule oder ihr Theaterwesen annähernd so heftig anzugreifen, wie es mit ihrer Kirche geschieht. An der Kirche kann man ruhig kein gutes Haar lassen — darüber regt sich niemand auf. Was ist da nicht alles an Vorwürfen bereitwillig angehört und unwidersprochen von der Gesellschaft geblieben: als sei die Heimatkirche unausstehlich erstarrt, geistig rückständig, fanatisch-unduldsam, lehrhaft-petrefakt. Das alles wird ohne nähere Nachprüfung, ob es denn wirklich so schlimm steht, einfach hingenommen und geglaubt. Das kann unmöglich nur Gedankenlosigkeit, Vorurteil oder Blindheit seitens der Gesellschaft sein — der Grund muß tiefer liegen.

Sehe ich recht, so ist er in der Interessenzersplitterung zu sehen, in der heutigen Unfähigkeit, sich geistig zu konzentrieren und so das Verständnis für das Wesen der Kirche zu gewinnen. Was ist denn heute überhaupt noch Gegenstand des Erlebens? Ein sportlicher Rekord, ein technischer Triumph, allenfalls eine künstlerische Spitzenleistung, jedenfalls nicht der geistig völlig in Anspruch nehmende Gehalt des ungeheuer einheitlichen kirchlichen Erlebnisses. Eine Zeit, in der keineswegs nur die Jugend — diese vielleicht garnicht einmal am intensivsten — für den Weltmeister im Boxkampf oder Dauertanz gleicherweise in Ekstase gerät, als sie sich für die Eckenerflüge begeistert und die Rekordleistung eines Bassinschwimmers mit der Kunst eines Caruso oder Schaljapin auf die gleiche Bewertungsstufe stellt, also aus allem immer nur die

Sensation herausdestilliert, eine solche Zeit ist nicht fähig, das spezifische Erlebnis der Kirche zu haben. Dieses ist absolut-einzigartig, während das sensationelle Erleben auf allen übrigen Gebieten relativ generell ist. Gerade das heute so beliebte Gerede und Gezänk über Absolutheit oder Nichtabsolutheit der christlichen Religion muß stutzig machen. Es ist das ungewollte Eingeständnis der Unfähigkeit, das Spezifische der Kirche richtig zu fassen und zu erleben. Absolutes wird erlebt und erlebnismäßig besessen. Wo man darüber zu diskutieren anfängt, offenbart man sein inneres Manko, den seelischen Bankrott an Fähigkeit zu „absoluten Stellungnahmen" Und über diese innerlich gebrochene, vielfach garnicht ins Bewußtsein der Gesellschaft tretende Stellung zur Kirche als der Trägerin absoluter Werte vollzieht sich zwangsläufig der Prozeß eines Absinkens in Religionslosigkeit, ja in krassen Atheismus und Materialismus. Ich glaube nicht, daß ich mit dem Gesagten in unberechtigtem Pessimismus die Dinge schwärzer dargestellt habe, als sie sind. Die Symptome unserer Entkirchlichung bestätigen diesen Tatsachenbefund.

1.

Da wäre als erstes die Flucht vor dem Dienst am Worte zu nennen. Ein in Deutschland die kirchliche Krisis beratender Kreis auf dem märkischen Rittergute Berneuchen kommt im zusammenfassenden Urteil seines Memorandums, des sog. „Berneuchener Buches" zum Schluß: „Die Kirche erlahmt in ihrer Sendung zu befreien" Die Predigt des Wortes — und unsere evangelische Kirche ist wortverkündigende Kirche — übt keine befreiende Wirkung aus, ist nicht durchschlagend genug. Sie sagt auch unserer baltischen Gesellschaft vielfach nichts mehr, jedenfalls scheinbar nicht das ihr jetzt Nötige. Die differentielle Psychologie des heutigen Predigttums zeigt das ohne weiteres. Ein ganz grobes Schema mag das verdeutlichen. Da ist der ästhetische Hörertyp von heute. Dem ist die Predigt zu trocken, zu unschön und nüchtern, der Predigtgottesdienst folglich zu unkünstlerisch, zu nichtssagend, ja, das ästhetische Feingefühl verletzend. Er verlangt nach Gemütsmomenten, nach Schönheit, Harmonie, Ideenreichtum. Da ist der emotionale Typus, der vermißt das Leben, den Aufschwung und Antrieb, die Gemütsbewegung. Dem ist alles zu starr, zu „dogmatisch", zu intellektuell. Da ist der kritische Typ, der beanstandet alles: vom unmusikalischen Gesang seines Nachbars

bis zum Predigtgehalt, der nicht auf seine seelische Einstellung eingegangen ist, vom unbequemen Kirchengestühl bis zur Formelhaftigkeit einer veralteten Liturgie. Dem ist nichts recht zu machen. Und da haben wir endlich den sensiblen Typus, der nichts Eckiges, Aufrichtiges, nichts Deutliches verträgt, der schaudernd den Rücken kehrt, wenn die Dinge beim rechten Namen genannt werden, statt ins Zwielicht des beschönigenden Urteils gerückt zu werden. Der leidet es nicht, daß das Böse als Sünde und nicht als Tragik, die versumpfte Ehemoral als Sünde gegen das 6. Gebot und nicht als erschwerte Problematik des modernen Menschen, die Antastung fremden Eigentums als Diebstahl bezeichnet wird, auch wenn parlamentarische Gesetzgebungsakte und Regierungsorgane dahinter stehen. Alles Unerbittliche im Urteil soll schwinden, die Kirche eine Hochburg auch des moralischen Pazifismus werden. „Ich will unablässig hören, daß Gott barmherzig ist; ich kann das ewige Schelten auf die menschliche Schlechtigkeit nicht ertragen", sagte mir ein zu diesem Typus gehöriges kirchlich entfremdetes Glied der Gesellschaft.

Und diesen Einstellungen steht das Heer der völlig Kritiklosen gegenüber, die sich durch irgend eine Zufälligkeit zu einer Ablehnung oder Zustimmung bewegen lassen. „Was war das heute für eine Predigt — nicht einmal ist der Name Christus vorgekommen!" Oder: „Eine wunderbare Rede — wie herrlich hat er das Wort „Mesopotamien" ausgesprochen!" Nicht ganz so grotesk, aber nicht weniger oberflächlich sind die unzähligen Geschmacksurteile über Predigten und Prediger, die meist da am leidenschaftlichsten ertönen, wo man sie nicht gehört hat, oder jedenfalls nicht regelmäßig. Die immer weiter greifende Entfremdung vom kirchlichen Kultus scheint innerhalb unserer heutigen Gesellschaft ein besonderer Freibrief für das Recht abfälliger Kritik zu sein; je ahnungsloser man ist inbezug darauf, was in Kirche und Gottesdienst tatsächlich vor sich geht, um so vernichtender wird die Beurteilung. Es ist vergeblich, hierbei die Schuldfrage einseitig zu stellen: ob die evangelisch-lutherische Kirche der Heimat wirklich erlahmt ist in ihrer Sendung zu befreien, wenn nicht auch die andere Möglichkeit erwogen wird: ob nicht die heutige Gesellschaft diese Freiheit und Erlösung, die die christliche Kirche predigt, als etwas ihr Wesensfremdes ablehnt. Und zwar ablehnt, ohne recht zu wissen, was sie damit tut, ja, ohne die abgedankte Größe jemals gründlich kennen gelernt zu haben.

Die christliche Verkündigung hat Wichtigeres zu tun, als über

die Schuldfrage zu debattieren, wie es so weit gekommen sei. Sie muß es sich zur Aufgabe machen, unermüdlich den ihr aufgetragenen Dienst des Wortes zu versehen und das unverkürzte Evangelium zu verkündigen, ungeachtet des Stimmengewirrs an beifälligen und ablehnenden Urteilen von rechts und links.

Und eine Anlage der Gemütsverfassung unserer heutigen Gesellschaft wenigstens kommt dieser „ewigen" Aufgabe entgegen: der unglaublich entwickelte Wirklichkeitssinn im Denken und Urteilen unserer Generation, der „Stil nüchterner Sachlichkeit", der das Spezifische einer echten Botschaft des Evangeliums mit seinen unveräußerlichen, „massiven" Gedanken von Sünde und Gnade, von der Torheit und Gotteskraft des Kreuzes, von dem Leben, das in Jesus Christus war, immer deutlicher herauszuhören beginnt. Mögen ältere Gesellschaftsschichten gelegentlich Wert legen auf schöngeistige, idealistische und philosophische Verbrämungen der herben Tatsachenwelt des Neuen Testaments, die Jugend hat vielfach schon heute den Spürsinn gewonnen für das Artechte einer schmucklosen Botschaft der ewigen Dinge. In ihr liegt viel mehr gesunde Reaktion gegen jede geistige und geistliche Pyrotechnik, als wir ahnen, und das jugendliche Empfinden wittert in der ganz schlichten Linienführung neutestamentlicher Gedanken eine eigene, am Wesen dieser Dinge gewonnene Sachlichkeit, die in Wahrheit wirksam wird. Das Fahnden nach den besonderen seelischen Bedürfnissen der nur intellektuellen oder geistig anspruchsvollen Schichten der Gesellschaft unter Preisgabe etwa spezifischer Gedanken des Christentums wäre ein denkbar ungünstiger Versuch, bei Entkirchlichten Boden zu gewinnen. Ich kann es mir nicht versagen, in diesem Zusammenhang ein Urteil Max Webers anzuführen, der es in seiner „Religionssoziologie" ausspricht, daß „die Chancen für die Entstehung einer ernsthaften Gemeindereligiosität, die von den Intellektuellen getragen würde, ganz ungünstig erscheinen" „Aus derartigen Bedürfnissen der Intellektuellen und ihrem Geplauder ist wohl niemals eine Religion entstanden." „Die Mode wird diesen Gegenstand der Konversation und Publizistik, den sie aufgebracht hat, auch wieder beseitigen" (a. a. O. S. 196).

Um etwas völlig anderes also handelt es sich bei der wirklich durchgreifenden Botschaft des Christentums an die heutige Gesellschaft, als um ein Eingehen auf ihre Geschmacksrichtungen und Tagesinteressen. Es geht um die prinzipielle Klarheit darüber, daß die Geheimnisse des Reiches Gottes, der Reichtum am Inhalt

christlichen Glaubens dem suchenden Menschen nicht als neutraler Gegenstand vorgehalten werden darf, über den er urteilt, zu dem er nach Belieben Stellung nehmen kann. Unsere heutige Gesellschaft nimmt so überhaupt nicht Stellung. Sie will in diesen letzten Dingen nicht gegenständlich, sondern „existenziell" denken, d. h. nicht neutral abseits stehend, sondern mit der ganzen Existenz beteiligt. Dies existenzielle Denken ist die besondere Form des modernen Tatsachensinnes, der neuzeitlichen Sachlichkeit, auf die auch unsere Gesellschaft, ob mit oder ohne ihr Wissen, eingeschworen ist. Demgemäß wird auch die christliche Predigt den Inhalt des Evangeliums nicht ausbreiten dürfen in einer Reihe objektiv-neutraler Gedanken, als bunte Musterkarten aus dem Warenbestand kirchlicher Schätze, sondern sie wird anpackend, werbend, evangelisatorisch vorgehen müssen, in der Form einer das religiöse Subjekt völlig in Anspruch nehmenden Wirklichkeit: dies geht dich an, damit bist du gemeint, um deine Seele und Sache geht es: tua res agitur! Wo das ehrlich, klar und kraftvoll geschieht, wird ein gut Teil seelischer Zurückhaltung unserer Gesellschaft schwinden und ein großes Verständnis für die Botschaft des Christentums erwachen. Hier gilt es einer Mission, nicht einem Fiasko ins Auge zu schauen.

2.

Eine zweite schwere Hemmung für das Hand-in-Hand-Gehen von Kirche und Gesellschaft liegt in dem offenbaren Mißtrauen, dem der kirchliche Beruf heute begegnet. Es lohnt sich nicht, die Tatsache zu verschleiern oder abzuleugnen. Auch darin ist es anders als früher. Die ehemalige baltische Gesellschaft sah im Pastorenstand etwas Ebenbürtiges vom Boden des weitverbreiteten und seiner führenden Stellung bewußten Literatentums aus, oder etwas Autoritatives, soweit die breitere Masse in Frage kam. Besonders das letzte ist heute kaum mehr der Fall. Die Zeit mit ihrer demokratischen Alarmierung des sog. „kleinen Mannes", die neue Verteilung von Besitz und Einfluß hat die einst selbstverständliche Autorität des Geistlichen aufs stärkste beeinträchtigt. Man wittert in ihm den „Kirchenherrn", dessen Zeit um sei, man wirft ihm vor, daß er in der Selbstsicherheit seiner traditionellen Position erstarrt sei, verargt ihm das Autoritative seines Urteils, besonders in sittlichen Fragen, das er doch kraft seines Amtes gelegentlich in die Wagschale werfen muß, sieht darin einen Übergriff und Angriff auf die Unantastbarkeit des „Laien", der gewissermaßen „auch ein Mensch" mit

seinem Urteil sei, vielleicht kein schlechterer, als der offizielle Amtsträger! — kurz, es besteht der Verdacht, hinter der überlieferten Würde des pastoralen Amtes stehe nichts Positives, sondern ständischer Berufsdünkel unberechtigtster Art. Auch wo die Macht der Sitte diese autoritative Stellung des geistlichen Standes noch schützt, diese noch respektiert wird, fehlt es nicht an Ausbrüchen ungebundener Empörung, die viel innere, in der Tiefe gärende Auflehnung, latente Unzufriedenheit und seelisches Ressentiment verrät.

Dazu kommt, daß unser illusionsloses Zeitalter nicht recht imstande ist, an das Ideale eines Berufes zu glauben. Man argwöhnt auch heute bei der pastoralen Berufswahl die Spekulation auf ein bequemes und behagliches Brotstudium und hat in der Gesellschaft oft wahrhaft phantastische Vorstellungen vom glänzenden Lebensstandard bei einem Minimum an Arbeit im kirchlichen Dienst. Dem Geschäftssinn und seinen überreizten Gefühlen beim Anblick einer anderswo sich zeigenden günstigen Konjunktur inmitten einer schwer um die Existenz ringenden Zeit ist das ärgerlich. Er sieht bei der Ausübung des scheinbar so müheloſen geistlichen Berufs („Das bißchen Reden kann doch nicht so schwierig sein, wozu hat der Mann denn studiert?" „Die Gewohnheit macht alles!") keine wirkliche Arbeitsleistung, auch nicht einmal eine geistige. Und wo ist es nicht nur das zweifelhafte Vorrecht bolschewistischer Denkweise im roten Osten, im „Diener des Kultus" den Schmarotzer der menschlichen Gesellschaft zu sehen, der für seine fragwürdige Tätigkeit am Volke noch Lohn erhält? Die Nichtachtung aller geistigen Arbeit, zumal der an der Seele ausgeübten, ist vielmehr das Symptom einer allgemeinen Bolschewisierung der öffentlichen Meinung überhaupt. Von daher rührt letztlich die negative Einschätzung des geistlichen Amtes und der Kirche in weiten Kreisen auch unter uns, und es wäre nützlich, diesen Zusammenhang einmal deutlicher ins Auge zu fassen, als es meist geschieht.

Noch anders sieht das Mißtrauen aus, das man dem Dienst und der Art des Geistlichen in den oberen Gesellschaftsschichten entgegenbringt. Hier gilt er weithin als befangen und gebunden, als genötigt, gewisse Dinge ex officio, von Amts wegen *so* sehen und beurteilen zu müssen, obwohl er persönlich anderer Ansicht sein mag. Mit einer oft skrupellosen Selbstverständlichkeit wird eine Diskussion über letzte Fragen des Glaubens und Gewissens zuweilen durch die Repräsentanten der gebildeten Gesellschaft abgebrochen: du in deinem Amt kannst ja nicht anders, du mußt so denken und

reden! Das wird mitunter abgemildert durch ein gewisses Maß an traditioneller Ehrfurcht oder persönlicher Achtung vor dem Amtsträger, das hier und da noch zum guten Ton gehört; die Regel ist auch das in unserer Gesellschaft kaum mehr. Auch hier kommt das schnell Aburteilende, ja bitter Ironische über die Art derer, die von der Kanzelperspektive her die Dinge so borniert und närrisch betrachten, oft sehr ungeniert zum Durchbruch. Man ist auch hierin erstaunlich hemmungslos geworden in der Schnelligkeit seines Urteils. Der Pastor ist offizielle Persönlichkeit — darum ist er gegenwartsfremd, unfrei, abseits stehend. Daß er am Ende nach sorgfältiger Überlegung, nach intensivem Ringen um eine Weltanschauung, ja, nach heißem inneren Kampf seine Position gefunden haben könnte — auf den Gedanken kommt einfach niemand. Wer hat nicht jenes peinliche Schweigen erlebt, das eintritt, wenn in der Gesellschaft ein religiöses Thema oder eine kirchliche Frage lebhaft erörtert worden ist, und dann der „Sachverständige", der Pastor, hinzukommt. Vor dem spricht man nicht weiter, der ist ja befangen, oder er könnte mit seiner abweichenden Ansicht unliebsam auffallen.

Diese Mentalität der Gesellschaft im engeren Sinne erschwert aufs äußerste eines der wichtigsten Stücke unserer kirchlichen Wirksamkeit: das Eingehen auf den Gebildeten und seine seelischen Nöte. Es ergibt sich die paradoxe Situation, daß man sich kirchlicherseits nicht imstande sieht, an die kirchlich Entfremdeten heranzukommen, weil sie mit ihrem verhängnisvollen Vorurteil jeden derartigen Versuch von vornherein illusorisch machen. Soll der Träger des geistlichen Amtes, dieser Situation Rechnung tragend, eingehen auf die Schwächen des durch Mißtrauen getrübten Urteils unserer Gesellschaft, durch Selbstironisierung etwa dem nicht immer sehr gebildeten, sondern oft recht billigen Witzeln über pastorale Borniertheit und Engstirnigkeit neuen Stoff zuführen? Soll er durch prononciertes Modernsein Entgegenkommen zeigen und so der Gesellschaft akzeptabel werden? Oder soll er durch Verharren in der zur Schau getragenen Ahnungslosigkeit dem Gerede von der Weltfremdheit des Pastorenberufes neuen Anlaß geben, obgleich der Gesellschaft selber nicht recht wohl ist bei der summarischen Einschätzung kirchlicher Amtsträger als nicht ernst zu nehmender Außenseiter des Lebens?

Ich halte es für einen der schwersten Irrtümer unserer Zeit, der offenbare Schäden des gesellschaftlichen Lebens zu heilen sucht durch Konzessionen an die Minderwertigkeit ihres Urteils. Retten kann hier immer nur eins: ein charaktervolles Stichhalten

auf der ganzen Linie kirchlichen Amtswirkens. Denn der Widerspruch weiter Kreise gegen die Autorität der Diener der Kirche hat zur Kehrseite eine tiefe Sehnsucht nach Führung. Und der kritiklos Spöttelnde achtet mit innerer Unruhe auf die Wirkung seines billigen Hohnes: ob nicht doch allem zum Trotz auf der Gegenseite das gewahrt bleibt, woran die Welt heute arm geworden ist: Haltung und Festigkeit, Charakter und Überzeugungstreue. Wir können der Kirche innerhalb unserer modernen Gesellschaft nicht mehr schaden, als indem wir auf ihre Oberflächlichkeit und Zerfahrenheit eingehen und uns von der Angst vor Gründlichkeit und Gewissenhaftigkeit anstecken lassen, angeblich, um es dem modernen Menschen „leichter" zu machen, seine Seelennöte, die oft weit über Gebühr literarisch aufgemacht sind, richtig einzuschätzen. Wir laufen dabei Gefahr, unser Bestes an die Halbbildung, die geistige Unreife oder die sittliche Erschlaffung zu verraten. Und an die besonders gravierende Problematik des modernen Menschen von heute, die, so robust sie sonst sein mag, hier plötzlich sorgsam wie ein rohes Ei behandelt sein will, glaubt man meist nur bis zum 40. Lebensjahr. Später führt man, weniger kompliziert, aber sachlich richtiger und klarer, alle Weltanschauungsschmerzen und sittlichen Trübungen der Gegenwart auf die eine wirkliche Grundnot, die allgemein menschlich ist, zurück, auf die Macht der Sünde, die die Bibel nicht der Menschen Problematik, sondern der Leute Verderben nennt. Dann aber ist klar, daß, je lauter die Gesellschaft von den Amtsträgern der Kirche und den Boten des Evangeliums verlangt, sie sollten laxer, vorsichtiger von Sünde und Sündennot reden, umso größer der Bärendienst ist, den sie sich selbst leistet. Eingehen auf ihr durch die Not der Zeit tief herabgesunkenes religiös-sittliches Durchschnittsniveau bedeutet nicht ernstlich Hilfe leisten, sondern weiterem Niedergang Vorschub leisten.

Ebensowenig wird es sich empfehlen, einer nivellierenden Zeitströmung zuliebe auf einen höheren Bildungs- und, falls er wirklich vorhanden ist, auch Lebensstandard der kirchlichen Amtsträger zu verzichten. Ein führender Theologe Deutschlands äußerte kürzlich: „Noch nie ist die Kirche gut gefahren, wenn sie sich auch in ihren höheren Würdenträgern der allgemeinen Miserabilität auf allen Gebieten angepaßt hat." Müssen wir die Bolschewisierung unserer Gesellschaft mit allen Mitteln zu bekämpfen suchen, dann gilt es auch gegen die Proletarisierung eines Standes Front zu machen, der laut Tradition und Geschichte unserer baltischen Heimat im Lauf der Jahrhunderte mit führend gewesen ist. Der Charakter dieser Führung wird

ein anderer sein müssen als einst; sie wird mehr auf den Ton der caritas als der potestas abgestimmt sein müssen, also mehr die rettende und bewahrende Liebe als die Machtausübung zur Schau zu tragen haben. Reden wir von der dringenden Notwendigkeit der kirchlichen Zuchtausübung, so sollte als Vorbedingung dazu der Geist der Liebe nicht fehlen, einer Liebe freilich, die nicht alle gesellschaftlichen Schwächen gutheißt, sondern sie zu beheben weiß. Ich bin der Überzeugung, daß wo diese Tendenz klar und zielbewußt in der Amtsführung hervortritt, ein Teil von dem gesellschaftlichen Mißtrauen schwinden wird, das heute noch besteht. Ist der Begriff und die Gefahr einer Pastorenkirche endgültig als erledigt anzusehen, dann gibt es ja folgerichtig auch kein Gegenüber von Geistlichkeit und Laientum mehr und also auch kein Mißtrauen. Es gilt der Gesellschaft gegenüber — gerade in unseren baltischen Verhältnissen — immer nur das eine betonen: versetzt die kirchlichen Amtsträger nicht immer von euch aus in die Zwangslage, eine Pastorenkirche zu bilden, indem ihr, wie das vielfach noch üblich ist, alle kirchliche Betätigung auf sie ladet, gleichsam als auf die offiziellen kirchlichen Berufsarbeiter „abschiebt" Die ganze Spannung zwischen Kirche und Gesellschaft wird in dem Augenblick hinfällig, wo diese sich selber als Trägerin des geistlichen Amtes ansieht. Und gerade das ist genuin lutherisch und neutestamentlich. Des Apostels großes Wort: „Der Tempel Gottes ist heilig, — der seid ihr!" (1 Kor. 3, 17) ist keineswegs an irgend einen Klerus gerichtet, sondern an die Gemeinde selber, die zugleich „Gesellschaft" war. Die bewußte kirchliche Selbstbetätigung einer zur Gemeinde sich konstituierenden Gesellschaft ist das Grab alles Mißtrauens zum kirchlichen Berufsdienst.

3.

Freilich stehen wir damit bei dem dritten Grundfaktor unserer kirchlichen Krisis: bei der äußeren Fragwürdigkeit der kirchlichen Betätigung. Das Berneuchener Buch vermerkt hierzu: „Die Kirche von heute erlahmt in ihrer Sendung zu gestalten." Eine praktische Durchdringung des Lebens mit kirchlichen religiös-sittlichen Gedanken läßt sich nicht durchsetzen, eine tätige Mitwirkung weiterer Gesellschaftskreise dabei nicht erzielen. Es gibt einige Sonderlinge unter der Laienschaft, die noch mitmachen bei der Pflege kirchlichen Lebens, aber das gilt im öffentlichen Urteil als Liebhaberei und Marotte, über die etwas mitleidig gelächelt wird, es gilt keineswegs als kirchliche Pflicht. Hier klafft

die Auffassung von Kirche und Gesellschaft vielleicht am weitesten auseinander. Die Kirche noch gut für Feiertage und Höhepunkte des Lebens, Christentum annehmbar als Sonntagschristentum, als „Extrakausalität" inmitten eines sonst anders organisierten Daseins, aber unbrauchbar für die Gestaltung des Alltagslebens. Dieses geht auf in rastloser, nützlicher Arbeit, das kirchliche Leben steht so oft unter dem Zeichen vergeblicher Liebesmühe; hier ist jeder Erfolg unsichtbar, während in Technik, Industrie und Gewerbe handgreifliche Leistungen vorliegen. Wie ist das je auszugleichen? Im irdischen Dasein ist der Zweck des Kampfes und der Mühe der Genuß, die möglichst hohe Stufe von Glückseligkeit, in der Kirche wird beides in seinem Werte geleugnet; hier herrscht die Atmosphäre des Verzichtes, der asketischen Entsagung, hier bestehen Veranstaltungen, bei denen einen leise das Gähnen überkommt. Der moderne Großstadtmensch mit seinem Arbeits- und Vergnügungstempo auf einen kleinbürgerlichen Missionstee oder einen spießbürgerlichen Gemeindeabend verpflanzt — man braucht sich das nur vorzustellen, um sofort die Kluft zwischen kirchlicher und gesellschaftlicher Empfindungswelt zu sehen. Im Profanleben gilt der irdische Lebenszweck, das Fortkommen im Diesseits als Ziel aller Mühen, in der Kirche wird man auf den Himmel vertröstet, und die entsprechende Lebensgestaltung wirkt als Fremdkörper inmitten des hochgesteigerten modernen Getriebes; wirklichkeitsfremd und isoliert steht sie da.

Auch wenn man diese Überlegungen nicht mit der bolschewistischen Gehässigkeit verbindet, die den ganzen Himmel preiszugeben bereit ist, um der Gesellschaft die Erde und ihre Glücksgüter zu reservieren, bleibt genug ernsthaft zu Überlegendes am Vorwurf: „Die Kirche erlahmt in ihrer Sendung zu gestalten." Hier liegen ohne Zweifel die gravierendsten Unterlassungsschäden kirchlichen Lebens am Tage. Das Geleistete läßt zu viel zu wünschen übrig, es stellt keine Qualitätsarbeit in der Gestaltung des kirchlichen Lebens, geschweige denn des Gesamtdaseins dar. Das Organisierte ist nicht großzügig, nicht schöpferisch, nicht lebendig genug. Und man gibt sich kirchlicherseits häufig damit zufrieden, daß überhaupt etwas getan wird. Kein Wunder, daß die Gesellschaft mit ihren stark kämpferischen und anspruchsvollen Impulsen ein gelindes Grauen erfaßt vor der Boudoir-Behaglichkeit und der Kinderstuben-Harmlosigkeit unserer kirchlichen Veranstaltungen. Man kann, wo die Welt eine Arena für entscheidende Kämpfe und Höchstleistungen darstellt, das Leben nicht auf den Zuschnitt eines christlichen Hospizes bringen wollen. Man kann dafür wirklich weder Interesse noch Gefolgschaft verlangen.

Unser evangelisch-lutherisches Kirchentum braucht neue Gestaltungskraft. Die wird nicht erzielt durch Amerikanisierung unserer kirchlichen Methoden, durch Rufe nach ästhetischer oder betriebsamer Steigerung der kirchlichen Praxis. Sie kann nur gewonnen werden, wenn klar wird, was Kirche im evangelischen Sinne ist: in ihrer sichtbaren Erscheinung ein *Gleichnis*, das über sich hinausweist zu ewiger Größe und Herrlichkeit. Dann steht alle kirchliche Betätigung unter doppeltem Gesetz. Das eine ist als *Selbstdarstellungspflicht* zu bezeichnen. Nicht um eingesponnen in den Dornröschenschlaf ungestörter Kirchlichkeit zu träumen sind wir da. Vielleicht hat das baltische Idyll von einst diesen Irrtum gelegentlich großgezogen. In unseren christlichen Gemeinschaftskreisen lebt es wohl noch immer fort: man bleibt unter sich in harmlos-idyllischer Selbstgenügsamkeit und geistiger Genußseligkeit und kümmert sich wenig oder garnicht um die böse Welt. Aber wir sind als Kirche nicht dazu da, uns *selbst* mit unserer Enge darzustellen, sondern Welt, Zeit und Menschen etwas ahnen zu lassen von der Energie des Willens Gottes zur Kirche, seiner ewigen Absicht mit ihr. Das vermögen wir nur in gewissenhafter Erfüllung unserer *Selbstläuterungspflicht*, dem anderen Gesetz kirchlicher Betätigung. Das zwingt uns, Veraltetes stets von neuem abzutun, Träges zu ermuntern, Müdes, schal Gewordenes aufzufrischen, es zwingt uns hinein in Unermüdlichkeit und Lebendigkeit. Anders läßt sich die Kirche Christi, die Geist und Leben ist, nicht zur Darstellung bringen. Der Wille zur Form muß ständig zur Neuprägung und Umformung bereit sein, wenn wirklich das lebendige Gebilde entstehen soll, das allein wirksam sein wird. Unser baltischer Konservativismus — diese Tendenz, Bestehendes nicht nur zu erhalten, sondern *so* zu erhalten, wie man es von altersher gewohnt ist, kann dabei ein Hemmschuh sein. Die schwere Krisis unseres Gesamtlebens hat uns eine Verengung auch des kirchlichen Horizontes gebracht. Wir sind nicht mehr Landeskirche im früheren Sinn, wir sind als deutsche Kirchengemeinschaft nur noch *Milieukirche*, Kirche eines Volkstums, einer Bevölkerungsschicht. Dem Empfinden des konservativen Balten bedeutet die Horizontverengerung einen schmerzlichen Bruch mit der Vergangenheit. Aber er hat hierbei darauf zu achten, daß er als Gesellschaft nicht engherziger, starrer sei als die Kirche. Die christliche Kirche weiß es, daß ihre extensive Einschränkung Hand in Hand gehen kann mit intensiver Vertiefung. Scheint es uns hart, daß wir keine umfassende Landeskirche mehr

bilden, daß wir ideell getrennt sind von den andersstämmigen Glaubensgenossen in der Heimat und kirchlich geschieden von unseren Stammesgenossen im Norden, so hebt das die Selbstdarstellungspflicht jedes dieser Teile kirchlicher Gemeinschaft keineswegs auf. Hier hat nur jeder Teil, jedes Einzelgebilde sein Sonderleben sachgemäß und gewissenhaft auszubauen und so das Ganze der christlichen Kirche zu bereichern und zu vertiefen.

So angesehen ist es ein Unding und ein Unrecht, wenn unsere baltische Gesellschaft für diese äußerlich reduzierte, innerlich vertiefte Aufgabe kirchlicher Selbstdarstellung nur ein mitleidiges Achselzucken hat. Auch die Gesellschaft unseres Volkstums sieht sich heute reduziert auf innere Werte des Lebens. Nach außen hin so führend zu sein wie einst, ist ihr versagt. Auch sie ist nicht mehr Selbstzweck in ständischer Verfassung und Bemeisterung des Lebensganzen, auch sie weist über sich hinaus auf größere Zusammenhänge. Auch sie ist Symbol geworden für eine geistige Einheit und Zusammengehörigkeit, die nur in ständiger Selbstläuterung der Volksgemeinschaft denkbar ist und wirksam wird. Die Analogien zwischen Kirche und Gesellschaft sind also, aufs Tiefste gesehen, viel größer, als die Spannungen und Unterschiede. Es gibt eine Größe, in der Kirche und Gesellschaft sich finden und zusammentreffen können: das ist die Gemeinde. Das Resultat kirchlicher Selbstdarstellung ist die lebendige Gemeinde. Und das Ergebnis gesellschaftlicher Selbstläuterung muß wiederum die Gemeinde sein. Denn die christliche Gemeinde ist kein Zweckverband und keine Interessengemeinschaft, in der die Spannungen auf Schritt und Tritt entstehen und das Mißvergnügen an den zahlreichen Mängeln der Organisation und der einzelnen Glieder emporwuchert. Sie ist vielmehr eine Gemeinschaft der Liebe, nach Gottes ewigem Rat entstanden und durchgeführt zu einem über alles Egoistische hinausgehenden geistigen Wert. Hier ist Weite und Milde in der Beurteilung zugleich möglich. Hier werden auch mangelhafte Glieder mit ihren Schwächen getragen, hier besteht die Möglichkeit, auf weite Sicht zu arbeiten und die Geduld nicht zu verlieren, hier ist die Freude am Kleinsten und die Duldsamkeit auch mit dem Verfehlten möglich. Hier ist es nicht nötig, daß alles vollkommen, exquisit, rekordmäßig geleistet wird, hier entscheidet das wirklich Lebendige, bei dem auch die heute bevorzugten ästhetischen Wertmaßstäbe zurücktreten zugunsten einer neuen Sachlichkeit, die auch auf das Geringste, was aus Liebe geschieht, einen Glanz ewigen Sinnes fallen sieht.

So gilt es, aufs Letzte gesehen, in Kirche und Gesellschaft eine große gemeinsame Schuld, nicht eine trennende Kluft ins Auge zu fassen. Die Kirche ist nicht kraftvoll genug in der Pflege der Gemeinde, die Gesellschaft hat nicht den Willen, sich zu einer solchen läutern zu lassen, zu einer Gemeinschaft also, die trotz der mangelhaften zeitlichen Formen über sich hinausweist auf ewige Bindungen. Es fehlt hüben und drüben an wirklichem Gemeindebewußtsein. Dieses treuer zu pflegen ist die große gemeinsame Aufgabe der Zukunft, die Kirche und Gesellschaft obliegt.

Man sage nicht: daran sei nur die Kirche wirklich interessiert. Denn die Gemeinde sichere ihr Führung, Einfluß, Beachtung. Ist nicht die Gesellschaft, zumal in unserer Heimat, zum mindesten ebenso interessiert an der Lebensfrage einer wirklichen Gemeinschaftsbindung der Glieder unseres zersplitterten Volkstums untereinander? Wir können doch nicht leugnen, daß der Atomisierungsprozeß unserer baltischen Gesellschaft fortschreitet. Man hat immer weniger Gemeinsames. Ein Stand rückt vom anderen ab, ein Beruf vom anderen, die Jugend vom Alter, eine soziale Schicht von der anderen. Die in ihrem Schoße reifenden Mittel des Zusammenhaltes hat die Gesellschaft bald verausgabt. Fehlen ihr die materiellen Mittel, geht ihr die Bindung der Sitte verloren, versagen die einst so gepflegten festen Lebensformen, kommt auch die gesellschaftliche Kultur ins Wanken, dann ist sie dekadent geworden. Dann steht der Untergang unserer Gesellschaft vor der Tür.

Retten kann sie nur die Bindung an die ewigen Kräfte, die die Kirche verwaltet, die aber auch gestaltet und mobilisiert sein wollen, um wirksam zu werden. Dieses nicht als abseits stehende Größe mißtrauisch zu beobachten, sondern als eigenste Sache selber zu betreiben ist die Lebensfrage unserer heutigen baltischen Gesellschaft. Daß sie selber Trägerin und Darstellerin der Kirche ist, muß ihr ganz anders als bisher in Fleisch und Blut übergehen. Durch das Medium lebendiger Gemeinden hindurch kann das geschehen und geschieht das auch heute, auch in unserer Mitte. Dieses Geschehen zu vertiefen, ein intensives Gemeindeleben zu pflegen und zu fördern — das ist die Mission der Kirche an der Gesellschaft von heute.

Russische Religionsphilosophie

Vl. Solovjev als Religionsphilosoph

Von Hermann Kestner

Man kann sagen, daß die Behandlung religionsphilosophischer Probleme den Stil des russischen philosophischen Denkens bildet. Ein selbständiges philosophisches System ist auf russischem Boden noch nicht entstanden. Abgesehen von den sozialpolitischen Fragen drehen sich die Spekulationen der russischen philosophischen Schriftsteller zumeist um die ethisch-religiöse Achse. Dazu kommt, daß die meisten russischen Religionsphilosophen mit ihren Spekulationen in dem Freihafen der Mystik der griechischen Kirche landen, nachdem sie unterwegs eine Gedankenodyssee in Auseinandersetzung mit dem westeuropäischen, mehr erkenntniskritisch gerichteten Denken durchgemacht haben. Russische Religionsphilosophie befindet sich in bedenklicher Nähe der Lehre der orthodoxen Kirche und vermag sich selten von ihr unabhängig zu machen. So hat denn ein gegenseitiges Befruchten zwischen griechisch-katholischen Theologen und russischen Philosophen des öfteren stattgefunden. Aus der orthodoxen Religion, der russischen Volksreligion, haben russische Denker und romantische Politiker, wie es die Slavophilen waren, Kräfte zur Stärkung ihres nationalen Bewußtseins geschöpft, aus ihr stammt der ans Fatalistische grenzende Glaube an die Heilssendung der einzigen „rechtgläubigen", griechischen Kirche und an die junge, unverbrauchte Kraft des russischen Volkes, als des berufenen Trägers des allein wahrhaften Glaubens, des Volkes, dem durch göttliche Vorsehung die Rolle eines Messias in der Welt beschieden sein soll.

Die russische Philosophie wächst nicht organisch aus sich selbst, wie etwa die griechische oder die deutsche Philosophie, sondern sie nimmt die Methoden der westeuropäischen, meistens der deutschen Denker an und gerät nach vollzogener Aneignung mit ihnen in Streit. Ihr Wachsen besteht in einem Dazutun fremder Methoden und Ergebnisse, die sie als etwas ihr Wesensfremdes, ja Feindliches mit heftiger Leidenschaft abzustoßen oder zum mindesten zu bestreiten sich abmüht. Die russische Philosophie beginnt erst da, wo sie ein westeuropäisches Gedankengebäude entdeckt. Hat der russische Denker sich mit einem solchen bekannt gemacht, so besinnt er sich auf seine nationale Eigenart, auf die verborgenen Kräfte, die in seinem Volke schlummern, auf seine rechtgläubige Kirche mit der Lehre von der

Gottmenschheit des Erlösers, „diesem Herzstück der ganzen griechischen Dogmatik“ (A. Harnack, Das Wesen des Christentums, Leipzig 1902, S. 143). Durch das Bekanntwerden mit der westeuropäischen Philosophie gerät das russische Denken in Streit nicht allein mit der geistigen Kultur des Westens, es kommt in Zwiespalt mit sich selbst. So tritt das geistige Leben Rußlands in den Gegensatz von Slavophilen- und Westlertum, der einerseits eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit Europa — *mit* Westeuropa oder *gegen* Westeuropa heißt die Losung —, andererseits einen Streit im eigenen Lager nach sich zieht.

Im Slavophilentum zeigt sich am besten die Wesenart der russischen Philosophie, zumal da die Slavophilen die ersten waren, die bewußt eine russische Philosophie zu schaffen bestrebt waren. Die deutschen Philosophen der Romantik, insbesondere Hegel und Schelling, leisteten dabei Patendienste. — Seine Wiedergeburt feiert das Slavophilentum in Vl. *Solovjev*. Trotz seines beständigen Hin- und Herschwankens zwischen Slavophilen- und Westlertum, zwischen Mystizismus und Intellektualismus, zwischen der griechisch-orthodoxen und der römisch-katholischen Kirche, zwischen Nationalismus und Kosmopolitismns gehört Solovjev als Religionsphilosoph — und all seine Philophie ist ein Philosophieren über religiöse Fragen — im Grunde doch zu den Slavophilen, insofern er ebenso wie seine Vorgänger das letzte Ziel der Philosophie in der Verschmelzung von Glauben und Wissen, Religion und Wissenschaft erblickt (vgl. E. Radlof, Abriß der Geschichte der russischen Philosophie, Petersburg 1921, S. 37, russische Ausgabe). Es geht nicht an, von einer „Geschichtsphilosophie“ Vl. Solovjevs da zu sprechen, wo Solovjev gleich den Slavophilen der älteren Generation sich in philosophische Spekulationen über den geschichtlichen Prozeß der Menschheit versenkt, als dessen letztes und höchstes Ziel er die Erreichung des Gottmenschtums, der Vereinigung des natürlichen Menschen mit der Gottheit ansieht. Das ist schon nicht mehr Geschichtsphilosophie, das ist eine religionsphilosophische Spekulation mit theosophischem Abschluß. Eine Verbindung zwischen dem Geist der Religion und dem geschichtlichen Leben kann gewiß als Sinndeutung der Geschichte angewandt werden, sie darf aber nie die Geschichte als einen nach bestimmten *Gesetzen* verlaufenden Prozeß des äußeren Geschehens aus dem Auge verlieren und sie darf nicht historisches Geschehen in einen Mythos umdichten. Die Geschichtsphilosophie will die historischen Phänomene in ihrer Gesetzmäßigkeit aufdecken und sie sinnvoll

analysieren, sie hat aber nicht die Aufgabe, eines der großen Probleme, wie das der Religion, aus dem Strome weltgeschichtlichen Geschehens erst aufzuwerfen und dann nach seinem Sinn als Problem zu suchen. Da, wo Solovjev über Geschichte philosophiert, ist er durchaus Religionsphilosoph, ähnlich wie der seinem Gedankenkreis nahestehende noch lebende russische Philosoph N. Berdjajev in seinem Buch: „Der Sinn der Geschichte, Versuch einer Philosophie des Menschengeschickes" (Darmstadt, 1928, Verlag O. Reichl).

Der Versuch Georg Sackes (V. S. Solovjevs Geschichtsphilosophie, im Ost-Europa-Verlag Berlin und Königsberg 1929), Solovjev als Geschichtsphilosophen hinzustellen, muß als verfehlt betrachtet werden.

Wir finden nirgends in den Schriften Solovjevs ein Selbstzeugnis von einer selbständigen Philosophie, geschweige denn einen Hinweis auf das Vorhandensein einer eigenen Geschichtsphilosophie. Über die philosophischen Bemühungen der Slavophilen der 50-er und 60-er Jahre des 19. Jahrhunderts fällt Solovjev das lapidare Urteil: „Alles, was an philosophischem Gehalt in jenen Arbeiten zu finden ist, ist nicht russisch, und was in ihnen russisch ist, das ist nichts weniger als Philosophie" (Gesammelte Werke, Bd. V, S. 94, Petersburg, russische Ausgabe.) Solovjev hat sich selbst augenscheinlich mit einbegriffen in dieses vernichtende Urteil über die russische Philosophie, denn er sagt von sich selbst, er habe keine eigene Philosophie, er bemühe sich bloß, den Glauben seiner Väter zu rechtfertigen, was besagen will, daß er die Wahrheit des christlichen Glaubens in der griechisch-orthodoxen Kirchenlehre verankert sieht. Alle Versuche einer künstlichen Geschichtskonstruktion sind bei Solovjev unter den religiösen Blickpunkt gestellt und werden mystisch-theosophisch gedeutet. Alles Endliche, Unvollkommene, der natürliche Mensch, die gesamte Welt der Erscheinungen hat nach Solovjev seinen Ursprung im Absoluten, an dem es teilhat und womit es schließlich sich vereinigt. Das Universum stellt sich ihm dar als eine Selbstentwicklung des Absoluten, der Gottheit aus sich selbst; die große Linie des stufenweisen Aufstieges — von einer Entwicklung kann hier nicht die Rede sein — führt vom Unvollkommenen zum Vollkommenen, vom Sinnlichen zum Geistigen, vom Sündhaft-Kreatürlichen zum Göttlichen. Den Anfangspunkt dieser aufsteigenden Linie bildet der Grund in Gott, der Urgrund, der Ungrund oder Abgrund, wie er auch von Schelling genannt wird.

Hier berührt sich Solovjevs Philosophie, die er selbst gelegentlich „Mystizismus" nennt und die wir als Theosophie ansehen können, mit der Philosophie Schellings, als diese ihre Wendung zur Theosophie erlebt hatte, und mit den theosophischen Gedankengängen Franz Baaders. Auf den ersten Blick will es scheinen, als ob die Ähnlichkeit zwischen der Philosophie Baaders und Schellings und derjenigen Wl. Solovjevs eine große wäre; sie besteht aber mehr der Form nach: die dialektische Methode, das Schematische der Begriffskonstruktion hat Solovjev zwar Schelling entlehnt; er hat aber der erborgten Form einen ganz anderen Inhalt gegeben.

Zunächst sei bemerkt, daß bei den deutschen Philosophen der Romantik, Fichte, Hegel und Schelling, der Aufstieg vom Unvollkommenen zum Vollkommenen eine Entwicklung bedeutet, daß deren Geschichtskonstruktionen, namentlich der großartige Wurf Hegels mit seinen „Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte", tatsächlich Versuche einer Geschichtsphilosophie sind, denn der Entwicklungsgedanke Hegels, mit dialektischer Methode vorgetragen, ist der Begriff eines gesetzmäßigen historischen Geschehens. Bei Solovjev hingegen ist von einer gesetzmäßigen historischen Entwicklung nicht die Rede; seine Aufstiegslinie der Menschheit im zeitlichen Geschehen wird gestützt durch das Dogma der griechischen Kirche und die heidnisch griechische Mystik der Neuplatoniker, sie wird mystisch geschaut und wird geglaubt mit einem unverkennbaren starren Festhalten an dem Glauben an die Heilssendung der „rechtgläubigen" Kirche, als der Universalkirche der Zukunft, und an die Heilssendung des russischen Volkes, das im Besitze des rechten Glaubens auf dem rechten Wege der Erkenntnis sei, dem Wege, der zum ersehnten Endziel — der Vergottung des Menschen und damit auch der gesamten Menschheit führe.

Bei den deutschen Denkern der Romantik finden wir Geschichtskonstruktionen mit dem Einschlag des wissenschaftlich fruchtbaren Begriffes der geschichtlichen Entwicklung, beim russischen Denker eine groß angelegte Theodizee und eine Rechtfertigung des Glaubens seiner Väter, die der gekünstelten Geschichtskonstruktion sich als eines Notbehelfes, als eines Arbeitsschemas, bedient. — Fichte, Schelling und Hegel betrachten die Vergangenheit als Vorstufe zur Gegenwart, als Gegensatz zu unserer Zeit, als ein Anderswerden, als Entwicklung schlechthin im Unterschied zu den Vertretern des Humanitätszeitalters, eines Herder, Schiller und Goethe, als deren letzter und glänzendster Exponent Jakob Burckhardt angesehen werden

kann. War für die Vertreter des Humanitätsgedankens die Geschichte ein Kunstwerk, ein Beharrendes, eine beständige Wiederholung des Typischen, in dem sie die Gesetzmäßigkeit historischen Geschehens sahen, so konstruierten die Romantiker ein begriffliches Schema von zeitlichen Entwicklungsstufen. Dort kulturgeschichtliche Querschnitte, die mit künstlerischem Auge betrachtet sein wollen, hier Längsschnitte der Geschichte, die nach gesetzmäßiger Entwicklung an dem Faden einer metaphysischen Idee ablaufen. Dort Statik, hier Dynamik. Für die Vertreter der Humanitätsidee ist die Geschichte Führerin zur Menschheitsbildung (Humanität), für die Romantiker ist sie Offenbarung des Absoluten auf dem Wege des Fortschritts, der Entwicklung. So macht die Weltgeschichte nach Hegel die Menschen von ihrem natürlichen Willen unabhängig und führt sie empor zum Absoluten und zur subjektiven Freiheit. „Die Weltgeschichte ist der Fortschritt im Bewußtsein der Freiheit, — ein Fortschritt, den wir in seiner Notwendigkeit zu erkennen haben", sagt Hegel in seiner „Philosophie der Geschichte" Für Hegel ist Freiheit das Wesen des Geistes. Der Orient — sagt er — wußte und weiß nur, daß *einer* frei ist; die griechische und römische Welt, daß *einige* frei sind; die germanische, daß *alle* frei sind. — Somit wird der Gedanke des Fortschritts, der Entwicklung in der Geschichte unter den Gesichtspunkt der Idee der Freiheit gerückt. Metaphysik fängt an, der Geschichte sich zu bemächtigen. „Nicht das Historische, das Metaphysische macht selig!" ruft Fichte aus. — Die Gedankenkonstruktionen eines Fichte, Schelling und Hegel haben trotz des Gekünstelten und des vagen Umhertreibens im weiten Meer der Metaphysik in nicht unerheblichem Maße dazu beigetragen, die Problematik der Geschichte zu vertiefen und zu erhellen.

Solovjev entlehnt die dialektische Methode z. T. Hegels, jedoch in weiterem Maße diejenige Schellings, er entlehnt deren Begriffsschema und spannt in diesen Rahmen das Gewebe des Glaubens seiner Väter. Das Muster dieses Gewebes ist bekannt, es stammt aus der Zeit zwischen dem 3. und 4. Jahrhundert, aus der Zeit der Mystiker der griechisch-orthodoxen Kirche; deren Lehre wiederum geht zurück auf die Schriften des sog. *Dionysios Areopagita*, die zum großen Teil ein Plagiat der Schriften des *Proklos* (5. Jahrhundert), eines Schülers *Plotins*, darstellen. Das mystische Schauen der Kirchenväter jener Zeit, die alle vom Neuplatonismus ihren Ausgangspunkt nehmen, bildet den Einschlag des Gewebes, das der russische Religionsphilosoph im Rahmen

der dialektischen Methode der deutschen Romantiker spinnt, nicht die Idee der Freiheit ist der Zettel dieses Gewebes, sondern der Glaube an das Gottmenschtum, dieses Kernstück der griechisch-katholischen Kirchenlehre. Solovjev wird nicht müde, den Glauben an das Gottmenschtum und den göttlichen Schöpfungsgedanken, wie sie in der Lehre der griechischen Kirche vorliegen, zu rechtfertigen. Somit ist die Rechtfertigung des Glaubens seiner Väter das Thema der „Gott-Welt-Philosophie" (A. Harnack) des russischen Religionsphilosophen. Religion ist für ihn die Wurzel aller Erkenntnis, hierin bleibt Solovjev trotz mancher nicht unwesentlichen Abweichungen in politischer Hinsicht in treuer Gefolgschaft des Slavophilentums. Man könnte ihn einen Vertreter des humanen und geläuterten Slavophilentums nennen. Wir suchen vergeblich bei Solovjev nach einer Geschichtsphilosophie; falls man Ansätze zu einer solchen zu entdecken glaubt, muß man bald einsehen, daß sie überwuchert und erstickt werden durch religionsphilosophische Spekulationen mit mystischem Einschlag. Selbst G. Sacke, der Solovjevs philosophische Spekulationen in das Prokrustesbett einer „Geschichtsphilosophie" einzwängen will, wobei es nicht ohne Gewaltsamkeiten und Irrtümer abgeht, muß gestehen: „Der Gegenstand der Geschichtsphilosophie Solovjevs ist weder die Geschichte eines Volkes noch diejenige der ganzen Menschheit. Es ist vielmehr das Schicksal des Universums, welches das Denken Solovjevs fast sein Lebenlang beschäftigt" (S. 15), und daß „die Geschichtsphilosophie bei Solovjev zugleich eine Theodizee" ist (daselbst). Nach S. Bulgakow würden „die Ideen der Geschichtsphilosophie bei Solovjev kaum berührt" — Der „historische" Prozeß ist nach Solovjev ein gottmenschlicher Prozeß. Der Gottmensch ist das Ziel der Geschichte. In diesem gottmenschlichen Prozeß ist Christus der Wendepunkt. „Das wirkende göttliche Prinzip wurde materiell" (Wl. Solovjevs gesammelte Werke III, § 202: „Vorlesungen über das Gottmenschtum"). Solovjev ist überzeugt, daß die abendländische Menschheit früher oder später zu der gottmenschlichen Wahrheit kommen muß; Träger dieser Wahrheit ist das russische Volk. Den Glauben daran teilt Solovjev mit den Slavophilen. Diese beschäftigt nicht so sehr die Frage nach der geschichtlichen Stellung des Menschen in der Welt, als vielmehr die ethisch-politische Stellung des russischen Menschen zur Umwelt „Solovjevs geschichtsphilosophische Anschauungen sind viel zu eng mit seinen religiösen Anschauungen verbunden und können deshalb selten logisch

zwingende Gedankenketten zustande bringen", bemerkt G. Sacke ganz richtig in seinem Vorwort S. XIII. Solovjevs Philosophie ist keine Philosophie im herkömmlichen Sinne, auch nicht in der traditionellen Form. Für ihn ist alle Philosophie eine theosophische Schau. Sein Verhältnis zur Klassik der Denker Westeuropas schwankt wie bei den Slavophilen zwischen enthusiastischer Bewunderung und geringschätzender Ablehnung, die aber nie in Gehässigkeit ausartet. Es kommt ihm nicht so sehr darauf an, dem geschichtlichen Entwicklungsprozeß der Menschheit nachzuspüren, als vielmehr darauf, die Situation des natürlichen Menschen, der Kreatur, in der Schöpfung festzustellen. Allenfalls könnte man eine derartige „Geschichtsphilosophie" nach dem Vorbilde von Otto Flake „Das Neuantike Weltbild" (Verlag von O. Reichl, Darmstadt 1922) eine „Situationslehre" nennen.

Nun bedeutet die Feststellung der Situation der Kreatur in der Schöpfung ein Suchen nach Identität, nach der Einerleiheit von Materie und Geist, von Denken und Sein, von Subjekt und Objekt. Solovjev hat sich das klassische Erbe der Identitätsphilosophie Schellings angeeignet, er macht ihre systematische Auflösung des Denkens in bloße Dialektik mit und gerät schließlich mit seinen ruhelos sich überstürzenden Ideen in das Reich des Mystischen. Das letzte Ziel, nach dem sich der russische Denker sehnt, ist die Synthese zwischen dem russischen und dem abendländischen Geist; diese beiden heterogenen Geistesrichtungen sollen ausgeglichen und verschmolzen werden. Für ihn ist die abendländische Geschichte die zweite Periode der Weltgeschichte, in der die Verschmolzenheit und Undifferenziertheit der Kulturelemente des Altertums, der ersten Periode, abgesondert und differenziert worden seien; man stehe vor einer „Atomisierung" im Leben, in der Wissenschaft und Kunst. Die Frage nach dem Sinn des Lebens werde in dieser geschichtlichen Situation vernachlässigt, das Ergebnis sei ein negatives; es komme nicht darauf an, neue Kulturformen zu schaffen, sondern die feindlichen und toten Elemente müßten durch ein höheres, versöhnendes Prinzip wieder lebendig gemacht und vergeistigt werden, sie müßten mit einem absoluten Inhalt angefüllt werden (Gesammelte Werke I, S. 283 [1877]: „Philosophische Grundlagen des einheitlichen Wissens", russische Ausgabe). Aus dieser trostlosen Lage kann nach Solovjev nur die Synthese zwischen den beiden Entwicklungsstufen retten; den absoluten Inhalt für das trostlose Nichts der abendländischen Kultur kann nur eine Offenbarung der Gottheit geben, und das Volk,

welches die Kraft hat, Träger dieser göttlichen Offenbarung und Vermittler zwischen der Menschheit und der göttlichen Wirklichkeit zu sein, das Volk, das sozusagen zum Werkzeug Gottes ausersehen ist, weil es Gleichgültigkeit gegenüber den Nichtigkeiten dieses Lebens an den Tag legt und den unbedingten Glauben an die positive Wirklichkeit der höheren Welt besitzt, dieses Volk, das alle diese Eigenschaften besitzt, — ist das russische, denn es sind die „Eigenschaften, die zweifellos in besonderem Maße dem Rassencharakter des Slaventums und zumal dem nationalen Charakter der Russen eignen" (das. S. 285). Die weltgeschichtliche Mission, die nach dem göttlichen Heilsplane das russische Volk zu erfüllen hat, besteht nach Solovjev in einer Synthese zwischen der Verschmolzenheit der Kulturelemente der alten Welt (These) und der Abgesondertheit und Differenziertheit dieser Elemente in der neuen westeuropäischen Zeitlage (Antithese). Diese Syntheſe hat den Charakter einer „freien Theologie", man kann auch ruhig sagen: einer Theosophie und Theokratie, zu tragen. Das letzte Entwicklungsstadium bezeichnet Solovjev als höchstes erstrebenswertes Gut, als ein „summum bonum". Utopie und Prophetie reichen sich hier brüderlich die Hand. Illusion und fatalistischer Glaube verschmelzen in eins.

War bisher das Denken durch die dialektische Methode der deutschen Identitätsphilosophie zerfasert worden, so ist es jetzt in eine Symphonie von nationalbewußten Wunschgedanken und kontemplativer griechisch-christlicher Mystik aufgelöst.

Die aus dem Schoße stolzen Nationalbewußtseins geborene Utopie ist eine für die Geschichte Europas historisch gewordene innere Angelegenheit Rußlands zur Zeit des Slavophilentums. Ein einschneidendes geschichtliches Ereignis, die bolschewistische Revolution, scheint sie gegenstandslos gemacht zu haben.

Die Mystik, die in die griechische Kirche eingebaut ist, verrät in ihren Grundzügen den griechisch-heidnischen Ursprung. A. Harnack hat in seinem „Wesen des Christentums" (Leipzig 1902, S. 137) über die christliche Religion im griechischen Katholizismus den Satz ausgesprochen: „Sie erscheint nicht als eine christliche Schöpfung mit einem griechischen Einschlag, sondern als eine griechische mit einem christlichen Einschlag." Die griechische Kirche ist nach Harnacks Ausführungen eine „natürliche Religion" in dem Sinne des „Endprodukts einer Religion, welches entstanden ist, nachdem die „natürlichen" Kräfte der Geschichte ihr Spiel an ihr beendigt haben" (das. S. 138).

Wozu diese Kirche zwischen dem 3. und 4. Jahrhundert geworden ist, das ist sie bis auf den heutigen Tag geblieben. Sie hat die Überlieferung aus jener Zeit getreulich aufbewahrt, hält sie zusammen in kristallisierter Form; die Kirchenväter des Ostens variieren nur das immer gleichbleibende Thema. Hesychios von Jerusalem (5. Jahrhundert) spricht von einem „gewissen wunderbaren Zustand, der da kommt von dem Vereintsein mit Jesu" Der Mensch lebt dann ein anderes Leben, das vergeistigte Leben, es offenbaren sich ihm „neue und geistige Gebote" (Isaak der Syrer, 6. Jahrhundert).

Allein vermag der Mensch nichts; sein inneres geistiges Leben hat im steten „inneren Aufstieg" zu Gott zu bestehen. Nach Nik. von Arseniew (Königsberg) ist der Höhepunkt der kultischen Mystik in der orthodoxen Kirche, der Mystik der kirchlichen Gemeinschaft, die Feier der Eucharistie. „Er (Jesus) kommt und gibt sich der Seele zur Nahrung und wird Prinzip des ewigen Lebens" — des Lebens der künftigen Auferstehung — auch für unsere Leiber: „Der König der Könige und der Herr der Herrschenden kommt, um sich hinschlachten zu lassen und sich zur Nahrung zu geben den Gläubigen" (aus der Liturgie des Karsamstages) [s. „Süddeutsch. Monatsh." 26. Jahrg., Okt. 1928, Heft 1, S. 38; vgl. hierzu „Die Kirche des Morgenlandes" von N. v. Arseniew, Samml. Göschen].

Man kann sich nicht der Einsicht verschließen, „daß in der griechischen Dogmatik die verhängnisvollste Verbindung geschlossen ist zwischen dem antiken Wunsche nach unsterblichem Leben und der christlichen Verkündigung" (A. Harnack, Das Wesen des Christentums, S. 147).

Kein Prophet, kein Reformator ist in der griechischen Kirche entstanden; alles, was an Erneuerung ihr zukam, betraf den kirchlichen Kult. Die russischen Religionsphilosophen unter den Slavophilen und Wl. Solovjev, einer der Ihren, knüpfen mit Inbrunst ihre Gedankenspekulationen an die Mystik der Kirchenväter der östlichen Kirche an. Aus dieser Situation heraus philosophieren sie. Solovjev hat sich liebevoll in die Schriften der Kirchenväter des Ostens und der Neuplatoniker versenkt. Man ist versucht, ihn einen Neuplatoniker im Sinne des Proklos zu nennen. Seine theosophische Erkenntnis ist eingetaucht in jene passive, kontemplative Mystik, die sich in spekulative Gespinste einspinnt. Es gilt für ihn wie für Plotin und Proklos, nicht nur Gott, das Absolute zu schauen, sondern auch es zu erkennen und den anderen davon Kunde zu

geben. Kein Wunder, daß Solovjev gerade bei den Theosophen des Abendlandes Anklang gefunden hat.

Rudolf Steiner hat richtig gesehen, wenn er in seiner Vorrede zum III. Bande der Werke Solovjevs (Der kommende Tag Verlag, Stuttgart) bemerkt: „In diesem (Solovjev) leben die ersten christlichen Jahrhunderte auf wie in einem Zeitgenossen, der philosophisch zugleich auf der Höhe des 19. Jahrhunderts steht: die Philosophie wirkt wie religiöse Betrachtung und die Religion wirkt wie in der Seele erlebte Philosophie." Solovjevs Bewußtsein bildete somit „eine zeitliche Brücke zwischen der Zeit der ersten Christen und der Gegenwart" (E. Keuchel im Nachwort seiner Übersetzung von Vl. Solovjevs „Der Sinn der Liebe", Riga 1930, S. 92). Was Solovjev als sein Streben zum Ganzen, zur „positiven All-Einheit" bezeichnet, wozu ein passives Verhalten, die Gabe der weiblichen „Empfänglichkeit" gehört, kann in Parallele gesetzt werden mit der „bejahenden Theologie" des Dionysios Areopagita, während seine analytische Methode sich mit dessen „verneinender Theologie" vergleichen läßt. Jene schaut das Absolute und steigt herab zur Mannigfaltigkeit der Dinge, diese erhebt sich über die breite Mannigfaltigkeit der Dinge zur mystischen Vereinigung mit Gott.

Die Blickrichtung ist in beiden Fällen eine andere, aber das Endziel bleibt für Solovjev, wie es ihm in seinen „Vorlesungen über das Gottmenschtum" vorgeschwebt hat, unverrückt das nämliche: es siegt das absolute, das geistige Prinzip; die ganze Welt wird vergeistigt, und es findet eine Verschmelzung (Synthese) von Gott und Welt statt.

Zwar ist nach Solovjevs Auffassung das rein verstandesmäßige Denken des Abendlandes sehr einseitig, einen gewissen Fortschritt sieht er jedoch in der durch E. von Hartmann gewonnenen Erkenntnis, daß die absolute Wahrheit in den Kirchenvätern der griechisch-katholischen Kirche intuitiv erfaßt sei. Diese Wahrheit besteht nach Solovjev in der Anerkennung des einigen Geistes, des Absoluten, als des Urgrunds alles Seins und Werdens („Krise der westlichen Philosophie", 1874, St. Petersburg).

Hiermit ist das theosophische Problem aufgerollt, wonach alles Endliche in der Welt des Werdens seinen Grund im Absoluten hat und selbst an dem Absoluten haftet. Vl. Solovjev dozierte diesen theosophischen Grundgedanken in seine Schriften hinein, unterbreitet den Lesern ein spekula-

tives Gedankengespinst, dessen Ansatz in der dialektischen Methode eines Schelling und Hegel zu suchen ist, erhebt sich in seiner mythologisierenden Deutung der Geschichte der Menschheit zum Propheten einer Heilssendung des russischen Volkes und endet schließlich mit apokalyptischen Visionen. Nirgends aber sucht er anschaulich denkend das Wesen und Tun vergangener Zeiten zu erkennen, worin gerade „die hohe Kunst des Historikers" besteht, wie es in einem Briefe Erwin Rohdes an Nietzsche heißt. Diese hohe Kunst des Historikers suchen wir bei Solovjev vergeblich, seine Stärke liegt in einem anderen Gebiete, — im Gebiete religionsphilosophischer Spekulation. Dieser beredte, humane und sittenreine Mensch tritt in seinen Schriften mannhaft gegen den unduldsamen Nationalismus auf und tritt in die Schranken für die Idee des allgemein Menschlichen. Der humane Einfluß, den seine Schriften auf die russischen Leser ausgeübt haben, kann nicht hoch genug angeschlagen werden. Für uns Westeuropäer — ich will von allem aktuellen Interesse und jeglicher Moderichtung hierbei absehen — ist Solovjev ein durch westeuropäische Kultur aufgeklärter, human denkender Russe, der den Einfluß des unverblaßten morgenländischen Christentums, das letztlich in griechisch-heidnischer Mystik verankert ist, nirgends in seinen Schriften verleugnen kann. Für den Russen kennzeichnend ist seine naive, schlechthinnige Hingabe an den Glauben einer göttlichen Vorsehung, die über der Welt waltet. Charakteristisch für den russischen Religionsphilosophen ist seine feste Überzeugung, daß es den Menschen einst gelingen werde, alle sozial-ökonomischen Gesetze der Gesellschaft über Bord zu werfen, und daß die Stunde solchen Glückes schlagen werde, sobald nur die Menschen ganz von diesem Wunsch beseelt sein werden. In seinem Aufsatz anläßlich des Todes Vl. Solovjevs (erschienen in der Zeitschrift „Schisnj" 1900, IX., S. 381) bemerkt Andréjewicz treffend: „Indem Solovjev die historischen Gesetze sozial-ökonomischer Entwicklung außer acht ließ und indem er fest daran glaubte, daß einst die Zeit heranbrechen werde, wo die Menschheit von einem reinen und guten Willen beseelt sein werde, bedurfte er nicht der Geschichte; sie hätte ihn jedoch gelehrt, daß der gute Wille nur dann in seine Rechte tritt, wenn er durch den harten Zwang der Notwendigkeit angetrieben wird."

Umschau

Völkerbundspolitik und das Paneuropa Briands

Genf, 12. Juni 1930

Das paneuropäische Memorandum Briands gehört ohne Zweifel zu den interessantesten und symptomatischsten Erscheinungen der heutigen europäischen Politik. Ideen, Vorschläge und Pläne, die schon seit langer Zeit in der Luft lagen, sind in der Denkschrift in ungemein geschickter Weise zusammengefaßt und bestimmten Zielen nutzbar gemacht worden. Über den eigentlichen Sinn und Zweck des französischen Vorschlages besteht heute schon im großen Klarheit. Das französische Sicherheitsbedürfnis, dies elementare Gesetz der französischen Außenpolitik, das die Haltung Frankreichs seit der Versailler Konferenz auf allen Konferenzen, zuletzt auch in London, bestimmt hat, ist in der Denkschrift zu einem großangelegten Plan geformt worden. Ohne diesen fortgesetzten, fast hysterischen Ruf Frankreichs nach immer neuen, immer stärkeren Garantien der Sicherheit verliert der Vorschlag Briands jeden Sinn und Zweck. Briand sieht die Vereinigung der europäischen Mächte als eine „politische Union", die mit der „Sicherheitsfrage aufs engste verknüpft sei". Das wirtschaftliche Bedürfnis der mitteleuropäischen Staaten ist höchst geschickt in dem Plan mit benutzt worden. Die wirtschaftliche Vereinigung Europas, ein Gedanke, dem Stresemann so sehr anhing, wird in dem Vorschlag nur als ein Mittel zum Zweck benutzt, ist in keiner Weise eigentliches Ziel und Sinn des Vorschlages. Was Briand wirklich will, ist eine große politische Union der europäischen Staaten, die auf der Grundlage der endgültigen moralischen und rechtlichen Anerkennung der Besitzverhältnisse und Gebietsveränderungen des Versailler Systems aufgebaut ist und jede Möglichkeit einer Wandlung oder Neugestaltung, selbst mit friedlichen Mitteln, ausschließt. Die Wandlungen in den europäischen und außereuropäischen Machtverhältnissen der letzten Jahre haben Frankreichs zähe und kluge Staatsmänner hinlänglich gelehrt, daß die allen historischen Gesetzen und nationalen Bindungen zuwiderlaufenden Methoden der Kriegsepoche heute schon aufs tiefste erschüttert sind. Der französische Plan gewinnt besonderes Interesse in der damit verbundenen unvermeidlichen Rückwirkung auf den Völkerbund.

In den zehn Jahren seines Bestehens hat die französische Politik es verstanden, den Völkerbund, der aus einer ganz andern ideologisch-demokratischen Denkungsweise entstanden war, zu einem rücksichtslos ausgenutzten Instrument seiner Außenpolitik zu machen, die Abrüstungsfrage und die Minderheitenfrage in französischem Sinn zu leiten, jedem Revisionsbestreben den ganzen Apparat der Völkerbundsmaschinerie brutal entgegenzusetzen. Heute ist es Frankreich, das mit einem Plan hervortritt, der in seinen Folgen den Völkerbund, wenn auch nicht zu zertrümmern, so doch endgültig jeder Bedeutung zu entkleiden sucht. Das Memorandum Briands gibt entgegen allem Erwarten sehr genaue Angaben über die Organisation und den Aufbau des neuen Europa. An der Spitze soll ein Rat stehen, natürlich nur aus Vertretern der Großmächte zusammengesetzt, die eigentliche politische Exekutive des Bundes, hier fallen die Entscheidungen, hier wird das europäische Schicksal bestimmt. Daneben steht die Konferenz der europäischen Mächte, die

einmal im Jahr zusammentritt und die Entscheidungen des Rates zu sanktionieren hat. Das Sekretariat des Bundes, als das einzige permanente Organ des Bundes, sichert die Kontinuität der Arbeit. Somit ein Aufbau, der völlig dem des Völkerbundes entspricht. Eine zehnjährige Erfahrung lehrt, daß der Völkerbund seine Tätigkeit trotz seines universalen Charakters und Aufbaus zum überwiegenden Teil den europäischen Fragen gewidmet hat. Fast 95% der vom Völkerbund bearbeiteten Fragen sind europäische Angelegenheiten gewesen. Der Einfluß und die Rolle der außereuropäischen Staaten im Völkerbund sind fast völlig bedeutungslos neben der Stellung, die die europäischen Großmächte in ihm heute einnehmen. Die fortgesetzten Versuche, diesen Tatbestand zu verschleiern, indem man den Vertreter von Uruguay oder Persien zum Berichterstatter für Minderheiten- und Sicherheitsfragen ernannte, können jedoch keinen Augenblick über die Tatsache hinwegtäuschen, daß der Völkerbund heute ein Instrument der europäischen Politik ist und nur in diesem Sinn heute Bedeutung und praktischen Wert besitzt. Man stelle sich die praktischen Folgen einer großen europäischen Organisation vor. Neben dem Völkerbund, der äußerlich unangetastet bleiben würde, würde ein europäischer Rat, eine jährliche europäische Konferenz, ein Sekretariat der europäischen Mächte bestehen. Im Rahmen dieser Organisation fallen dann die wirklichen Entscheidungen über die Abrüstungsfrage, und die Verhandlungen über die Revision von Verträgen, die großen Sicherheitsdebatten, die wirtschafts-, zoll- und finanzpolitischen Aussprachen finden dann naturgemäß erst innerhalb des europäischen Bundes statt. Der Völkerbund steht dann vor Tatsachen, vor Entscheidungen, die bereits getroffen sind, das eigentliche politische Leben, der Kampf um Macht und Einfluß, spielt sich dann außerhalb der Völkerbundsmaschinerie ab. Das Schwergewicht verlagert sich auf den neuen europäischen Organismus, der Völkerbund wird zu einem leeren Gehäuse, zu einem Forum, das lediglich dazu dient, den Schein aufrechtzuerhalten, als ob es einen die Völker der Welt verbindenden Organismus noch gäbe, während er tatsächlich zu einer Kulisse geworden ist, hinter der sich das politische Leben abspielt. Die fortgesetzten Versicherungen aus französischem Munde, die europäische Union sei als eine „Sektion" des Völkerbundes gedacht, sind nichts als leerer Schall. Die Wirklichkeit wird anders aussehen, darüber helfen alle Versicherungen und Erklärungen nicht hinweg.

Das Ziel, das die französische Regierung, die sich über die Folgen einer derartigen europäischen Union zweifellos im klaren sein dürfte, verfolgt, liegt auf der Hand. Die bisherige fast unangetastete Herrschaft Frankreichs im Völkerbund, auf der Zusammenarbeit mit England aufgebaut, ist in der letzten Zeit starken Erschütterungen ausgesetzt gewesen. Der italienische Einfluß auf die Balkanmächte droht Frankreich seiner besten Trabanten zu berauben. In Deutschland beginnt man die Bedeutung des Völkerbundes als Instrument der internationalen Politik zu begreifen. Der englische Bundesgenosse wird als unzuverlässig geworden empfunden, die amerikanische Hilfe fehlt völlig, die Grundlagen, auf denen Frankreich bisher seine Völkerbundspolitik mit so großem Erfolg aufgebaut hat, drohen zu schwinden. Frankreich sucht daher in kluger, weitschauender Voraussicht kommender Entwickelung rechtzeitig nach einer neuen Konstruktion, einem neuen Organismus, der die französische Sicherheit durch neue moralische Bindungen auf lange Zeit hinaus sichern könnte. Die Gefahren, die Frank-

reich heute im Völkerbund drohen, bestehen ohne Zweifel innerhalb einer europäischen Union nicht. Mit einer Teilnahme Englands an einer europäischen Union rechnet heute kein Mensch. England hat sich niemals im Verlauf seiner Geschichte an das europäische Schicksal gebunden und wird es auch in Zukunft nicht tun. Deutschland und Italien ständen so gut wie isoliert Frankreich und seinen Trabanten gegenüber. Heute kann Deutschland noch nicht der französischen Koalition eine an Macht und Schwergewicht ähnliche Gruppierung europäischer Mächte gegenüberstellen. Der Einfluß der skandinavischen Mächte auf die europäische Politik ist heute offensichtlich gering, Spanien ist seinen Interessen eng an Frankreich gebunden. Polen, die Kleine Entente sind durch langjährige Militärverträge an Frankreich gebunden, die Schweiz bleibt in ihrer Neutralität weiter gesichert und ist kein Aktivum auf der einen oder anderen Seite. Frankreich hat somit freien Spielraum, seine außerordentliche diplomatische, militärische und finanzielle Überlegenheit spielen zu lassen. Die Sicherung des gegenwärtigen europäischen Status auf längere Zeit hinaus ist damit gegeben.

Eine europäische Union auf der Grundlage der heutigen Machtverhältnisse ist eine Utopie oder, besser, eine Täuschung. Europa kann heute nur geeinigt werden, wenn wirkliche Gleichheit der Staaten besteht, wenn die Tür für die Revision der Verträge auch ohne kriegerische Mittel offen gelassen wird, wenn wirklich der Wille zu Aufbau und Gesundung der zertrümmerten europäischen Kultur ehrlich vorhanden ist. Europa muß und wird neu aufgebaut werden, wenn es nicht untergehen soll, aber nicht als eine politische Union im Sinne Frankreichs, sondern auf ganz anderen Grundlagen, die aufzuweisen und zu schaffen heute allein die Aufgabe Deutschlands ist. † †

Rückblicke eines estnischen Sozialisten

Der alte Führer der estnischen Sozialdemokratie, Mihkel Martna, hat im „Päewaleht" (einem rechtsstehenden Blatt!) eine Artikelreihe „Revaler Ereignisse vor 25 Jahren" veröffentlicht (Nr. 59—67, 1. 9. März), in der man manches Wissenswerte zu finden hofft. Diese Hoffnung wird aber stark enttäuscht.

„Am 25. Januar 1905 weckte das Geheul der Fabriksirenen das Volk in Reval: die Arbeiter hatten den Generalstreik beschlossen — als Antwort auf die Niederschießung der Arbeiter vor dem Winterpalais am 22. Januar 1905. Das heldenhafte russische 100-Millionen-Volk protestierte einhellig gegen die rohe Bluttat, die auf Befehl des Zaren geschehen war. Die estnischen Arbeiter fühlten und bekannten ihre Zusammengehörigkeit, ihre Solidarität mit ihren russischen Genossen." Bei den Demonstrationen wurden bei der Mayerschen Fabrik und beim Elevator an diesem Tage 3 Arbeiter getötet. „Das war für die Revaler Arbeiter und das estnische Volk ein Zeugnis, warum und wie die Petersburger Bluttat geschehen konnte. Und durch die Revaler Blutopfer wuchs die Arbeiterbewegung in Estland umso fester in die russische Arbeiterbewegung und die von ihr erhobenen Forderungen hinein. Das vergossene Blut verwandelte sich in ein unlösbares Bindemittel zwischen den Arbeitern Petersburgs und Revals." Die nächste Folge dieser Ereignisse war, daß die Organisation der Arbeiterschaft einen beträchtlichen Aufschwung nahm; der Gouverneur Bellegarde gestattete sogar die Wahl von Arbeiterältesten, die wöchentlich zu einem Rat der Arbeiterältesten zusammentraten. Die Arbeiterschaft jeder Fabrik besorgte sich eine schöne Fahne, unter Benutzung von Entwürfen

des bekannten Künstlers Ants Laipmann, um sie bei feierlichen Aufzügen sich vorantragen zu lassen, denn die Arbeiter fühlten das Bedürfnis, gemeinsam ins Grüne zu ziehen, um die schönen Sommertage zu genießen. Dort wurden allerdings auch Proklamationen verteilt und Reden gehalten, und auf dem Heimwege gab es Zusammenstöße mit Kosaken. Das war schon in der Amtszeit des Gouverneurs Lopuchin. Die Revaler Stadtverordnetenversammlung verurteilte das Vorgehen der Gewalten aufs schärfste und setzte sogar eine Untersuchungskommission ein: der Held des Tages war Jaan Teemant, den das Volk auf den Händen aus dem Rathaus trug (ein böser Stich gegen den heute auf der äußersten Rechten Sitzenden). Als Organ des Volkes, in dem durch Vermittlung von Martna selbst — hier tritt der Verfasser das einzige Mal selbst handelnd auf — die Beschlüsse des Rats der Arbeiterältesten veröffentlicht wurden, galt der „Teataja", damals herausgegeben von Konstantin Päts (ein zweiter Stich), weil es in der Redaktion Sozialisten gab.

Martna geht dann unvermittelt auf die Ereignisse im Oktober über: den mit wundervoller Einmütigkeit am 27. Oktober n. St. 12 Uhr mittags begonnenen Generalstreik, die Schließung der Monopolbuden, Requisitionen in den Waffenläden. Die vom Gouverneur Lopuchin ausgesandten Militärpatrouillen erregten das Volk so, daß auch einige andere Läden geplündert wurden; am Abend wurden die tolerierten Häuser demoliert und das deutsche Interimstheater in Brand gesteckt. „Von wem und warum, konnte nicht ermittelt werden. Wahrscheinlich von Elementen, die ihren Grimm und ihre Erregung auf diese Weise auslassen wollten. Die Feinde der Revolution wollten gerade an diesem Fall nachweisen, was für rohe und gefährliche Ziele die Sozialisten verfolgen, denn ihrer Ansicht nach konnte man nicht daran zweifeln, daß gerade die Sozialisten das Theater angezündet haben." Die nächste Folge dieses Tages war, daß der Gouverneur durch Vermittlung der Stadtverwaltung sich an die Arbeiterschaft mit dem Vorschlage wandte, den Schutz der Stadt zu übernehmen. „Den Arbeitern wurde die Situation vielleicht am wenigsten klar, denn ihnen fehlten die erfahrensten Führer: sie gingen daher auf den Vorschlag leicht ein und verlangten nur die Befreiung ihrer Freunde aus dem Gefängnis — eine Forderung die noch am selben Abend erfüllt wurde." Der Gouverneur versprach ferner, die Militärpatrouillen zurückzuziehen, und die Arbeitermiliz begann ihre Rundgänge, aber unbewaffnet. „Wie immer, ließen sich die Arbeiter mit schönen Worten aufs Glatteis führen und verlangten keine Waffen." Die aus dem Gefängnis befreiten Führer fragten sofort, ob nicht ihre Freiheit zu teuer erkauft sei. Die Ereignisse überstürzten sich jetzt. Da die Militärpatrouillen nicht zurückgezogen worden waren, gab es bereits in der Nacht Reibungen mit der Arbeitermiliz, so daß die Arbeiter der Stadtverwaltung bereits am Morgen mitteilten, daß sie weiterhin keine Verantwortung übernähmen. Während durch Vermittlung der Stadtverwaltung noch weiter verhandelt wurde, kam es zur Katastrophe: das Militär feuerte auf dem Neuen Markt und 60 Tote blieben auf dem Platz. Am folgenden Tage, am 30. Oktober n. St., wurde das Oktobermanifest bekannt — wiederum ein völliger Umschwung in der Stimmung, darauf am 2. November die feierliche Bestattung der Revolutionsopfer. — Jetzt begann die „Zeit der Freiheit". „Nachträglich muß man glauben, daß der Zar das Oktobermanifest nur erlassen hat, um hinter diesem Schirm die Reaktion auf die

Beine zu stellen." „Die Bedrücker aus der Oberschicht verbanden sich mit den Gewalthabern und beschlossen, die Revolution in Blut zu ersäufen." „Die Arbeiterschaft mußte schnell neue Schläge vorbereiten, um nicht die gewonnenen Positionen einzubüßen. Die Regierung attackierte die Arbeiter ununterbrochen, provozierte sie so geschickt, daß sie im ungeeignetsten Moment zu einem neuen Generalstreik gezwungen wurden." In dieser Zeit war von den freisinnigen Kreisen ein Kongreß der Gemeindebeamten nach Reval berufen worden, den der Vizegouverneur v. Giers benutzte, um über Reval und Harrien den Kriegszustand zu verhängen. „Die Kosaken, im Schnapsdelirium, wollten jetzt zeigen, was sie konnten, verprügelten alle Menschen mit Nagaiken, dazu kamen unzählige Verhaftungen auch aus der Intelligenz." „Dieses Toben der Gewaltherrschaft rief noch einmal einen stürmischen Widerstand hervor Es entstand eine maßlose Erbitterung, die Gelegenheit zur Rache suchte. Natürlich sah man den Hauptfeind im Adel, der gerade in Reval zum Landtag versammelt war. (Dieser Versammlung wurden nicht die geringsten Hindernisse in den Weg gelegt. Nicht einmal das zog die Regierung in Betracht, daß die Versammlung des Adels zum Landtage das Volk erregen konnte.) Die in Reval versammelten Abgeordneten der Gemeinden und die Streikenden vereinigten sich zu Scharen und beschlossen, sich an den Gutsbesitzern zu rächen. Auf dem Lande vereinigten sich mit ihnen in großer Anzahl wütende Bauern, Landarbeiter, Deputationen usw. und begannen die Zerstörung der Gutshäuser." „Der Vernichtung unterlagen auch die Häuser der Pastoren und anderer Herrschaften, die Brennereien und Monopolbuden. Die stolze Einrichtung der Gutsbesitzer wurde zerschlagen und oft zum Schluß in Brand gesteckt."

Es war ein planloses Zerstören und Brennen, hervorgerufen durch die Anwendung roher Gewalt seitens des Zarismus und seine Nachgiebigkeit gegen den Adel." Es folgt die Schilderung der Strafexpeditionen im üblichen Stil.

Diese Artikelreihe will mehr als ein Gedenkblatt, weniger als Erinnerungsschrift aufgefaßt sein: selbst unter dieser Einschränkung überrascht es aber doch, wie völlig dem greisen Führer der estnischen Sozialdemokratie, der im Parlament bewiesen hat, daß er einen offenen Blick für reale Tatsachen haben kann, der innere Abstand von den Ereignissen fehlt. Noch nach 25 Jahren derselbe prachtvolle Schwung der revolutionären Rhetorik, von der oben nur ein paar Proben wiedergegeben sind, aus der man im Original aber nur mit Mühe den Faden der Ereignisse herausfindet, soweit er nicht überhaupt fehlt. Gegen einzelne Stellen dieses Ergusses, der vor 25 Jahren von einem jugendlichen Brausekopf geschrieben sein könnte, zu polemisieren, hier und da zurechtzustellen usw. ist zwecklos: die Tatsachen lösen sich geradezu auf, etwas wirklich Neues bietet Martna an keiner Stelle, so daß man unwillkürlich annehmen muß, daß er selbst den eigentlich treibenden Kräften in der Arbeiterbewegung ferngestanden hat — nur die als Epilog angefügte Geschichte der Meuterei auf dem Kreuzer „Pamjatj Asova" am 31. August 1906 zeigt die Kenntnis von Einzelheiten, die von einem Eingeweihten stammen könnten, steht aber mit den estländischen Ereignissen von 1905 nur in einem losen Zusammenhang. Die in deutschen Kreisen vorherrschende Auffassung der Revolution von 1905 wird durch Martnas Darstellung in allen Punkten bestätigt, mehr vielleicht als sie eigentlich verdiente. Die völlige Abhängigkeit der estnischen Arbeiterbewegung von der russischen tritt in jedem Augenblick hervor. Ganz un-

klar bleiben die Verbindungen mit den bürgerlich radikalen und nationalen Gruppen, ihre Ziele und die Vereinbarkeit ihrer Bestrebungen mit denen der Arbeiterschaft. Am meisten fast fällt die Naivität auf, mit der die Gegenwirkung eingeschätzt wird. Daß in den staatlichen Behörden ständig völlige Planlosigkeit und Kopflosigkeit herrschte, ist genügend bekannt: aber so absolut von ihnen nie etwas anderes zu erwarten, als Nachgeben, stellt der politischen Einsicht der Volksführer von damals doch ein merkwürdiges Zeugnis aus. Allerdings, mit dem Wunderworte „Provokation" erklärt sich alles viel einfacher, und man entlastet die Führer. So ist es denn auch leicht begreiflich, daß nach dem errungenen Erfolge bei den Führern stets gänzliche Ratlosigkeit herrscht und endlose Beratungen stattfinden, was nun zu geschehen habe. Als die „Pamjatj Asowa" vor Reval ankert, um die Stadt zu bombardieren, beraten die Führer, bis es der Mannschaft langweilig wird und sie zum Essen geht. Inzwischen bemächtigen sich die Deckoffiziere der Waffen und überwältigen die Meuterer. So haben alle Ereignisse — wenigstens in Martnas Darstellung — etwas Ruckartiges, Impulsives, Planloses. So mögen sie in einer revolutionär erregten Zeit wohl erscheinen. 25 Jahre später könnte man doch wohl erwarten, daß auch tieferen Zusammenhängen nachgegangen wird. Besonders kraß tritt dies Mißverhältnis von Ursache und Wirkung hervor bei der Güterverwüstung: weil die Ritterschaft sich zum Landtag versammelt, beschließen die streikenden Arbeiter, sich zu rächen. Wofür und warum an den Gutsbesitzern, bleibt unerklärt. Daß die Güterzerstörung in Estland das Werk von aus Reval ausziehenden Banden, nicht der örtlichen Bauernschaft war, wird hier übrigens nochmals bestätigt.

Zusammenfassend: für die Geschichte von 1905 läßt sich aus Martnas Erinnerungen nichts von Belang entnehmen, und sogar als Selbstzeugnis aus den Kreisen der Sozialisten sind sie nur von sehr beschränktem Wert. H. Laakmann

Katholische Arbeit in Lettland

Im Herbst 1927 erwarben Nonnen von der Kongregation der Schwestern vom Armen Kinde Jesu (Mutterhaus: Simpelfeld in Holland, besonders verbreitet in deutsch-katholischen Ländern) das Zentrum des Gutes Kaminetz bei Dünaburg unweit von Aglon, dem vielbesuchten katholischen Wallfahrtsort. Hier wurde eine Volksschule begründet und bald entwickelte sich daraus ein Mädchengymnasium; im vorigen Sommer wurden hier schon ca. 40 Mädchen unterrichtet.

Auf fremde Sprachen, Deutsch, Französisch Latein, wird besonderes Gewicht gelegt; außerdem wird Hauswirtschaft, Kochen, Nähen usw. gelehrt.

Nicht nur aus Lettgallen, sondern auch von den Katholiken Kurlands und Rigas werden Mädchen gern ins Internat gegeben; die Schule genießt, besonders auch als Erziehungsanstalt, in katholischen Kreisen einen glänzenden Ruf.

Neben der Mittelschule gibt es in Kaminetz einen 2-jährigen Haushaltungskursus für Absolventinnen der Grundschule.

Viele Lettgallerinnen, die als Klosterkandidatinnen eintreten, werden in die ausländischen Klöster der Kongregation in Österreich. Deutschland und Holland geschickt. Dort empfangen sie ihre Ausbildung und kehren als Novizen oder Nonnen zurück.

Die Kongregation der Schwestern vom Armen Kinde Jesu verfügt über reiche Erfahrung, ein geschultes Nonnen- resp. Lehrerinnenpersonal und über namhafte materielle Hilfsquellen. So scheint sie in der Lage, ihrem Außenposten allen nötigen Rückhalt zu gewähren.

In Schönberg, Kreis Bauske, eröffneten Kapuziner im Herbst 1929 in den alten Gebäuden des früheren Jesuitenklosters eine Niederlassung. Drei Patres und zwei Fratres bedienen die Gemeinden des Umkreises und erteilen Religionsunterricht in den Schulen. Gemäß ihren Regeln haben die Kapuziner keinen Besitz; sie betreiben auch keine Landwirtschaft, sondern werden vom Volk durch Gaben erhalten.

Die Kapuziner stellen bildungsmäßig ein erstklassiges Seelsorgerelement, und die Bevölkerung kommt ihnen mit wachsendem Vertrauen entgegen. Die Aufnahme örtlicher Anwärter in den Orden ist für einen späteren Zeitpunkt vorgesehen.

C. H.

Zur Frage: Rußland und wir

In seinem Artikel über die Politik der USSR gegenüber den baltischen Staaten im letzten Heft der Baltischen Monatsschrift äußert Herr A. de Vries die Ansicht, die „Sovetunion als Staat, als Ländermasse Rußland" sei „desinteressiert an der militärisch-politischen Eroberung der baltischen Staaten". Dieser Ansicht schließt sich auch Herr von Rimscha in einem Leitartikel der Rigaschen Rundschau an; er stellt zugleich fest, auch ich sei in meinen Bemerkungen „Zur Lettlandpolitik der Sovets" die gleichzeitig mit Herrn de Vries' Aufsatz im Maiheft der Baltischen Monatsschrift erschienen, zu derselben Meinung gelangt. Dies ist soweit richtig, als ich unmittelbare militärisch-aggressive Absichten der Sovetregierung uns gegenüber gewiß in Abrede stelle. Ich glaube aber, daß man mit Formulierungen wie der von Herrn de Vries' gar nicht vorsichtig genug sein kann. „Desinteressiert" ist ein sehr diplomatischer Ausdruck, — er hat in aller Welt eine lange und lehrreiche Geschichte. Im vorliegenden Fall gibt er in Verbindung mit der sehr theoretischen „Sovetunion als Staat, als Ländermasse Rußland" vielleicht nicht zu besonderen Bedenken Anlaß, man horcht jedoch unwillkürlich mißtrauisch auf, wird er stattdessen an „Sovetrußland" oder gar an „Sovetregierung" geknüpft. Es unterliegt keinem Zweifel, daß ein erfolgreicher kommunistischer Putsch oder mit anderen Worten Sovetputsch in einem der baltischen Staaten diesen Staat der Sovetunion angliedern würde, — was jedenfalls gleichbedeutend wäre mit einer politischen Eroberung. Niemand wird in Abrede stellen, daß sich die Moskauer Leitung mit der Organisation und Vorbereitung solcher Putschs im Prinzip ständig und in gegebenen Fällen (Reval) auch tatsächlich befaßt, weshalb ich in Herrn de Vries' Wendung „militärisch-politisch" den zweiten Teil entschieden streichen möchte. — Des weiteren erinnert aber Herr de Vries sehr mit Recht daran, daß zum betreffenden Zeitpunkt nicht umsonst Einheiten der Roten Flotte in der Höhe von Reval kreuzten. Wäre nun der Putsch auch nur von einem vorläufigen Erfolg gekrönt gewesen, hätten infolgedessen diese Einheiten eingegriffen, hätten sie womöglich Mannschaften gelandet, die sich — jedenfalls führend — an den Kämpfen beteiligt hätten — wäre das nicht auch ein militärischer Eingriff gewesen, selbst wenn an der Grenze alles ruhig geblieben wäre und man von einer kriegerischen Eroberung nicht eigentlich hätte sprechen können bei einer bloßen zahlenmäßig unbedeutenden Beteiligung oder auch nur „moralischen" Unterstützung seitens der sovetrussischen Kriegsmacht?

Man sieht: wir müssen schon um Worte streiten, um zu immer noch hinkenden Wortfassungen im neutralen Sinne zu gelangen. Es liegt uns völlig fern, die in letzter Zeit fast in jeder Nummer der „Iswestija" zu findenden Alarmrufe

über westliche, besonders polnische Vorbereitungen eines Angriffskrieges gegen die USSR mit Gleichem zu beantworten. Ich glaube, wie gesagt, nicht, daß ernste aggressive Absichten der Union gegen die baltischen Staaten zurzeit zur Diskussion stehen; ich glaube aber, daß Wendungen wie „Desinteressiertheit der Sovets an der militärisch-politischen Eroberung der baltischen Staaten" eine breite Öffentlichkeit unter Umständen zu schwerwiegenden politischen Gedankenlosigkeiten führen können.

Dr. H. Frisch

Beleidigungsprozeß Dr. Edgar Jung

Der bekannte Verfasser des Buches „Gegen die Herrschaft der Minderwertigen" Edgar J. Jung hat kürzlich zwei Münchener Zeitungen wegen Verleumdung belangen müssen, weil diese ihm einer Entschädigung wegen, welche die bayerische Regierung Dr. Jung im Zusammenhang mit seinem Kampfe in dem besetzten Teil der Pfalz und seiner Ausweisung aus ihr bewilligt hatte, den Vorwurf machten, er habe sich seine patriotische Gesinnung teuer bezahlen lassen und sei in Gegensatz zu den Tendenzen seines eigenen Buches getreten. Durch das am 10. d. M. verkündete Urteil sind, wie wie wir den „Münchener Neuesten Nachrichten" entnehmen, die betreffenden verantwortlichen Schriftleiter wegen übler Nachrede zu je einer Geldstrafe von Rm. 1000.— verurteilt worden. In der Begründung des Urteils werden alle Vorwürfe der genannten Blätter entkräftet und die formelle und sachliche Berechtigung der von der Regierung zugebilligten Betreuungsbeihilfe an Dr. Jung nachgewiesen. Von den größeren deutschen Blättern — mit Ausnahme des „Berliner Tageblattes" — ist der häßliche Angriff der genannten Zeitungen nicht aufgenommen worden. Bedauerlich und unverständlich ist es, daß die „Rigasche Rundschau" in ihrer Nummer vom 2. Mai 1930 es für möglich befand, unter der tendenziösen Überschrift „Theorie und Praxis" sich in berichterstattender Form an dem Anwurf des gerade im baltischen Deutschtum als volkspolitischer Führer und Wegweiser verehrten Dr. Edgar Jung zu beteiligen. Wir vermuten, daß diese Handlungsweise in einer Linie mit dem Kampf der „Rundschau" gegen Jungs Forderung der Überwindung des Individualismus zugunsten des Gemeinschaftsdenkens zu suchen ist. Das Verhalten der „Rundschau" hat in den Kreisen der für das Grenz- und Auslanddeutschtum arbeitenden volkspolitisch führenden Persönlichkeiten einen verständlichen und berechtigten Unwillen erregt.

Berliner politischer Monatsbericht

Maischauer — Die dringend nötige Steuerreform — Neue Arbeitsgemeinschaft zwischen Industrie und Gewerkschaften — Sammlung der Mitte gescheitert — Radikalisierte Nationalsozialisten — Deutsch-polnischer Grenzzwischenfall — Paneuropa — Curtius über das Auslandsdeutschtum

Berlin, Anfang Juni 1930

Der politische Sommer scheint früh einzusetzen. Scheint — denn in Wahrheit liegt Arbeits- und Spannungsstoff genug vor. Aber nach den sich überstürzenden Ereignissen des Frühjahrs, wo außen- und innenpolitische Entscheidungen großen Ausmaßes gefällt wurden, ist das Interesse an den politischen Fragen abgeflaut. Und das umsomehr, als ja die innenpolitischen Probleme,

um die es tatsächlich nur noch geht, sich seit Jahren gleichgeblieben sind, weil immer dieselben Forderungen von der Opposition und die gleichen Versprechungen von der Regierung gegeben werden. Und weil auch eine Hoffnung, die nicht nur von politischen Kreisen, sondern draußen im Lande gehegt wurde, allmählich verfliegt, einer pessimistischen Stimmung Platz macht. Diese Hoffnung war das Kabinett Brüning, das wir in unseren Berichten allerdings schon nüchterner beurteilt haben, als es bei der Bildung dieser Regierung weite Kreise Deutschlands taten. „Maischauer" hat Dr. Fritz Klein, der Chefredakteur der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" also eines Organs, das der Regierung Brüning sehr sympathisch gegenüber stand und auch noch steht, einen ausgezeichneten Leitartikel überschrieben, der ein Symptom des Stimmungswandels ist. Klein spricht von den steuer- und wirtschaftspolitischen Fragen, die von dem Kabinett nicht gelöst würden. Und fügen wir gleich noch hinzu, daß auch das große Plus, das diese Regierung schon bei ihrem Beginn für sich in die Wagschale werfen konnte, die Agrarhilfe, sich, je mehr Zeit verstreicht, als nicht ausreichend erweist. Roggenfrage und Unrentabilität der Landwirtschaft, um nur diese beiden Probleme herauszugreifen, bleiben weiterhin ungelöst, drücken auf die Landwirtschaft, lassen landwirtschaftliche Betriebe zusammenbrechen. Dazu kommt dann noch, daß man die vorwiegend zollpolitischen Maßnahmen der Regierung besonders in den Industrie- und Handelskreisen als nicht wirksam und teilweise auch nicht als tragbar ansieht. Ein Agrarprogramm, das der Reichsverband der Deutschen Industrie ausgearbeitet hat, deutet an, um was es geht. Deutschland hat auf der einen Seite eine Überproduktion an nicht absetzbaren Agrargütern (dazu gehören Roggen, Kartoffeln, Hafer) und auf der anderen Seite eine Unterproduktion, vor allem von Milch- und Milchprodukten, Geflügel, Eiern, Gemüse und Obst. Bei diesen letzteren Produkten handelt es sich um sehr rentable Erzeugnisse und zum anderen um eine außerordentliche Belastung unserer Handelsbilanz. Das Ziel der Agrarpolitik muß daher sein, so wird in der Denkschrift argumentiert, die Überproduktion durch einen verminderten Anbau zu verringern — ein sehr schwieriges Problem, da sich die natürlichen Voraussetzungen ja nicht wandeln lassen — und sie ganz zu beseitigen durch einen stärkeren Verbrauch, etwa des Roggens für menschliche und der Kartoffel für tierische Nahrung. Auf der anderen Seite muß die Unterproduktion behoben werden. Zollpolitik wie innere Maßnahmen der Regierung müssen diesem Ziel dienen. Selbstverständlich sind diese Feststellungen richtig, offen bleibt nur die Frage, wie man die Landwirtschaft heute schon vor dem finanziellen Zusammenbruch rettet.

Damit kommt man auf die Steuer- und Sozialpolitik, die insbesondere den Großgrundbesitz unerträglich belastet. Man muß sich vor Augen halten, daß die Landwirtschaft in praxi nur eine feststehende Grundvermögenssteuer bezahlt und keine Einkommensteuer, weil ja kein Einkommen vorhanden ist. Die Steuer bleibt also gleich, ob auch der Betrieb Zuschüsse verlangt. Unter den Steuern leiden aber die anderen Zweige der deutschen Wirtschaft, also Industrie, Gewerbe und Handel nicht minder als die Landwirtschaft. Wenn man bedenkt, daß nicht nur die Forderung nach Steuerverminderung, sondern die nach einem grundsätzlichen Steuerumbau im letzten Jahr allgemein erhoben worden ist, und wenn man bedenkt, daß man allgemein die Verwirklichung dieser Forderung von dem jetzigen Kabinett erwartete, dann wird man den sich

bildenden Mißmut verstehen. „Mit fassungslosem Erstaunen hat nun die Öffentlichkeit dieser Tage vernehmen müssen, daß zu den für den Etat 1930 bewilligten rund 3/4 Milliarden Mark neuer Lasten in wenigen Wochen ein frischer „echter" Fehlbetrag annähernd in der gleichen Höhe getreten ist. Eine Maibotschaft, die das allergrößte Mißtrauen wachrufen und geradezu alarmierend wirken muß. Die neuen 3/4 Milliarden setzen sich zu einem kleinen Teil aus Mindereinnahmen aus Steuern und Zöllen zusammen. Ja, hat man denn nicht der ganzen Welt erzählt, der Etat 1930 beruhe auf besonders pessimistischen Einnahmeschätzungen und gerade das sei ein großer Vorzug gegenüber den hemmungslosen Schönfärbereien des Herrn Hilferding? Im wesentlichen stammt das neue Defizit aus der auf „gesetzlicher" Grundlage beruhenden Mißwirtschaft der Anstalt für Arbeitslosenversicherung. Die dort herrschenden verzweifelten Zustände waren aber doch jedermann seit vielen Monaten bekannt. Wie ist es möglich, daß die verantwortlichen Reichsstellen sehenden Auges den Zusammenbruch des ganzen, eben erst stabilisierten Etatsgebäudes an sich herankommen lassen konnten, ohne die längst versprochene Reform eines völlig unbrauchbar gewordenen verhängnisvollen Gesetzes einzuleiten? Wie konnte es geschehen, daß das Gesamtkabinett seinen Ruf und seine Zukunft kompromittierte?" So Fritz Klein.

Noch deutlicher hat ein Demokrat, Dr. Stolper, der Herausgeber des „Deutschen Volkswirts" dieses finanzpolitische Fiasko charakterisiert. Er kennzeichnet ebenso wie Fritz Klein den jetzigen Zustand und wirft die Frage auf, ob es sich um ein Fatum handele, dem Menschen blind unterworfen seien.

„Fatum? Ja, ist es denn phantastisches Gefasel gewesen, was noch vor einem halben Jahr fast ganz Deutschland zu der Überzeugung brachte, daß seine Finanzen und seine Wirtschaft nur durch eine große radikale Reform zu retten wären? Die Regierung hat seither das Glück einer Geldmarkterleichterung genossen, die in solchem Ausmaß noch vor einem halben Jahr niemand auch nur ahnen konnte. Sie ist die Sorge um die kurzfristige Schuld losgeworden, sie kann heute Anleihen bekommen, wieviel sie will, sie kann kurzfristige Schulden nach Belieben prolongieren. Und trotzdem gleiten wir immer tiefer in die Krise hinein, trotzdem — es hat nicht an aufmunternden Worten gefehlt — sind nirgends Ansätze zu einer Besserung zu sehen. Aber ist denn die Politik wirklich ohnmächtig? Muß sie sich denn darauf beschränken, Krisentatsachen einfach festzustellen und mit den primitivsten Mitteln dafür zu sorgen, daß der öffentliche Verwaltungsapparat in Gang erhalten bleibt? Ist allein die Technik des Regierens in diesem Zeitalter der technischen Triumphe soweit zurückgeblieben, daß man an die planmäßige Bekämpfung sozialer und wirtschaftlicher Nöte überhaupt nicht denken kann? — So geht es nicht. Die große Finanzreform ist unaufschiebbar geworden. Die Regierung mag in den nächsten Wochen vom Reichstag neue Notstandsmaßnahmen fordern. Der Reichstag wäre pflichtvergessen, wenn er sie bewilligte, ohne daß die Regierung im gleichen Zuge ein großes verpflichtendes, konkretes, auf kurze Sicht durchführbares umfassendes Reformprogramm vorlegt. Es ist in Deutschland üblich geworden, starke Regierungen mit Sympathie gegen einen widerstrebenden Reichstag zu unterstützen. Aber eine Regierung erweist sich noch nicht als stark dadurch, daß sie starke Worte gebraucht und mit Rechtsbruch droht. Eine Regierung muß sich als stark erweisen durch die Kraft der gedanklichen Führung, durch die Kraft der Überzeugung, die von ihr ausstrahlt

durch die Kraft der Heilungsmethoden, mit denen sie den Kampf gegen die politischen Übel ihrer Zeit aufnimmt. Nichts von all dem hat die Regierung Brüning-Moldenhauer bis zur Stunde verraten, wie gut und rein ihre Absichten sonst sein mögen. Die Krise, in der die deutsche Wirtschaft schwebt, ist furchtbar ernst. Sie kann nicht länger noch Versuchsobjekt eines phantasie- und kraftlosen finanzpolitischen Dilettantismus bleiben."

Wir haben diese Stimmen wiedergegeben, weil die Krise der deutschen Wirtschaft, wie Stolper sagt, furchtbar ernst ist und weil es sich somit hier um das entscheidende Problem der deutschen Innenpolitik handelt. Jedenfalls im Augenblick. Naturgemäß kann eine radikale Steuerreform, die den Umbau von direkten auf indirekte Steuern vornimmt und damit die Kapitalflucht beendet und die Kapitalbildung ermöglicht, allein die Krise nicht wenden. Der Abbau des Staatssozialismus ist ebenso nötig; dafür allerdings ist die Meinung in weiten Kreisen noch sehr gering.

Das Reichskabinett hat sich selbstverständlich in Dauerberatungen mit der finanzpolitischen Lage beschäftigt. Das Deckungsprogramm des Kabinetts sieht neue Steuern vor, und zwar soll eine Ledigensteuer in der Höhe von 10 % der Einkommensteuer eingeführt werden, eine Steuerart, der man aus volkspolitischen Gründen grundsätzlich zustimmen muß; die Arbeitslosenversicherung soll durch eine Beitragserhöhung von 3½ auf 4½ % saniert werden. Die außerordentlich große Arbeitslosigkeit vor allem, die nicht im erwarteten Maße zurückgegangen ist, hat ja das Loch in den Etat gerissen, da die Versicherung durch ihre eigenen Beiträge die ihr aufgelegten gesetzlichen Leistungen nicht erfüllen konnte. Aber auch der Arbeitslosigkeit will die Reichsregierung zu Leibe gehen durch ein Arbeitsschaffungsprogramm, d. h. Reichspost und Reichsbahn sollen umfangreiche Aufträge geben, und auch der Kleinwohnungsbau soll durch öffentliche Mittel noch stärker gefördert werden. Schließlich soll auch der Straßenbau der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dienen. Selbstverständlich handelt es sich dabei nur um kleine Mittelchen, die unserer Ansicht nach nicht die erhoffte Ankurbelung der Wirtschaft bringen werden. Neue Ausgaben beseitigen nicht die Arbeitslosigkeit. Dazu ist Sparsamkeit und damit Entlastung der Wirtschaft nötig.

Industrie wie Gewerkschaften scheinen die Ansicht, wie wir sie eben äußerten, zu teilen. Jedenfalls lassen Verhandlungen, die vor wenigen Tagen aufgenommen worden sind, darauf schließen. Der Reichsverband der Deutschen Industrie und die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hatten vor kurzem beschlossen, eine Kommission einzusetzen, die untersuchen sollte, auf welche Weise eine allgemeine Preissenkung ermöglicht, wie der Reichshaushalt entlastet werden könnte und welche Regelung der Arbeitslosenversicherung für die Wirtschaft tragbar sei. Noch während der vorbereitenden Beratungen wandten sich die Führer der freien Gewerkschaften, also der sozialdemokratischen, an die Industrie mit dem Vorschlage, Verhandlungen über eine Verständigung zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmern über diese Fragen herbeizuführen. Die Verhandlungen, die augenblicklich noch schweben, beschäftigen sich mit dem Vorschlag eines gleichzeitig durchzuführenden allgemeinen Lohn- und Preisabbaus. Grundsätzliche Bereitwilligkeit scheint auf beiden Seiten vorhanden zu sein. Vorläufig hat man einen engeren Ausschuß eingesetzt, dem vier Industrievertreter, zwei Vertreter der freien Gewerkschaften und je einer der christlichen und demokratischen Ge-

werkschaften angehören. „Ein Schrei der Empörung muß durch die Massen des deutschen Proletariats gehen bei der Nachricht von diesem neuen, schamlosen, ungeheuerlichen Verrat der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie. Die Gewerkschaftsführer, ausgehalten von Arbeitergroschen, laufen zu den Führern der Unternehmen, betteln um Verhandlungen, bieten sich freiwillig dazu an, die neue Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschaften mit dem Unternehmertum gegen die Arbeiterschaft abzuschließen," so schreibt das kommunistische Zentralorgan „Die Rote Fahne". Für die Entwicklung der Nationalsozialisten kennzeichnend ist es, daß ihre Entrüstungstöne den kommunistischen nicht nachstehen. Politischer Radikalismus scheint im jetzigen Augenblick den kürzeren zu ziehen, während die an Realitäten geschulte Einsicht der Führer der Unternehmer und Arbeiter sich durchsetzt, um durch gemeinsame Schritte Arbeitslosigkeit und Produktionsrückgang beseitigen zu können.

Wenn diese Entwicklung, wie wir sie eben andeuteten, im positiven Sinne weiter verlaufen wird, dann dürfte den Wirtschaftsverbänden gelingen, was den politischen Parteien bisher mißlungen ist. Auch die bürgerlichen Mittelparteien, die mehr oder minder liberal sind, haben den Absprung zu wirklich durchgreifendem Handeln nicht gefunden. Die eingangs skizzierte Politik des Kabinetts einerseits und das Scheitern der Zusammenschlußpläne der liberalen Parteien andererseits liefern den Beweis dafür. Wir haben in unserem letzten Bericht, wo wir über die Krise der deutschen Parteien sprachen, keinen Zweifel daran gelassen, daß wir die krampfhaften Versuche der liberalen Mittelparteien negativ beurteilten. Inzwischen ist das Fiasko dieser Versuche offenbar geworden. Der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr Scholz, hatte sich mit den Demokraten, Wirtschaftsparteilern, den Volkskonservativen und der vom Jungdeutschen Orden gegründeten Volksnationalen Reichsvereinigung in Verbindung gesetzt, wobei sein Ziel anscheinend vorerst eine parlamentarische Arbeitsgemeinschaft, Wahlverbindungen und wohl auch ein langsames Zusammenschweißen der genannten Gruppen war. Diese Bemühungen sind restlos gescheitert, und zwar haben sich eigentlich sämtliche Gruppen dagegen gewandt. Es ist natürlich paradox, daß man hier Konservative und Liberale, unter ihnen solche wie den demokratischen Abgeordneten Lemmer, der in Wahrheit nur ein gemilderter Sozialdemokrat ist, in einer Gruppe zusammenfassen wollte. Auch die Volksnationalen, die übrigens bei dem jetzigen Wahlkampf zum Landtag in Sachsen zum ersten Mal mit einer eigenen Liste aufgetreten sind, versagten sich allen Anträgen. Der Begründung ihres Nein kann man sich nicht verschließen. In ihrem Organ, dem „Jungdeutschen", wurde darauf hingewiesen, daß der Versuch gemacht würde, auf rein mechanischem Wege Parteiorganisationen, Parteikassen und Mandatträger zusammenzuaddieren, weil man sich davon eine politische Stärkung verspreche. Der „Jungdeutsche" forderte eine Neugeburt der Ideen, der Menschen und der Organisationen von unten her. Dieser Forderung wird man sich anschließen müssen aus dem Gesichtspunkt heraus, daß eine politische Schlagkraft der Mittelparteien nicht durch Additionen, sondern nur durch ein Kampfprogramm, durch gemeinsame Ziele kommen kann. Ein solches Ziel wäre z. B. die grundsätzliche Finanzreform, Reichsreform und damit Lösung der Preußenfrage. Es scheint aber, daß die liberalen Parteien nicht mehr die Kraft zu einem solchen Schritt aufbringen.

Einige Worte seien wieder einmal über die Nationalsozialisten gesagt, über deren Vordringen wir früher schon berichteten. Die propagandistische Aktivität dieser Partei ist außerordentlich groß, ihre Anhängerschaft wächst ständig, und zwar gewinnt sie vor allem jüngere Menschen aus allen Schichten der Bevölkerung, wobei man allerdings nicht verkennen darf, daß sie trotz ihres Namens „Arbeiterpartei" vorwiegend Menschen des Bürgertums bei sich vereint. Die N. S. D. A. P. ist nun in wirtschaftlicher Hinsicht immer radikaler geworden, worauf wir ja weiter oben schon hinwiesen. Man muß aber einschränkend sagen, daß sich zwei Flügel gebildet haben, deren Führer einerseits der Parteivorsitzende Hitler und andererseits Goebbels und Strasser sind, die sich Berlin zu ihrem Kampffeld gewählt haben. Die Berliner Richtung ist die radikalere und setzt sich immer stärker durch. Sowohl in ihren Forderungen wie in ihren Kampfmethoden beginnt sie allmählich der kommunistischen Partei sich anzugleichen, so daß sie ihr wie ein Ei dem anderen ähnelt, jedenfalls dann wenn man den Nationalismus der N. S. D. A. P. außer acht läßt. Enteignungen von Großgrundbesitz wie von Industrieunternehmungen, Verstaatlichungen, Planwirtschaft, das sind Forderungen der Nationalsozialisten. Dauernde Angriffe gegen Bürgertum und Unternehmertum, demagogische Aufputschung der Massen durch solche Angriffe und durch unrealisierbare wirtschaftliche Versprechungen sind gang und gäbe geworden. Die radikalisierte Gefolgschaft, von der ein Teil in den Sturmabteilungen nach dem Vorbild des Stahlhelms soldatisch zusammengefaßt ist, diese S. A. muß beschäftigt werden, da man ihren Tatendurst ja nicht durch die geforderte Revolution befriedigen kann. So sind denn Zusammenstöße mit den Kommunisten, bei denen der Fall ja ganz genau so liegt, an der Tagesordnung, Zusammenstöße, bei denen es nicht ohne Tote und Verletzte abgeht.

Im Punkte Tatendurst gleichen die Nationalsozialisten unserem polnischen Nachbarn, der in diesen Tagen wieder durch einen Grenzzwischenfall, bei dem es ebenfalls nicht ohne Tote abging, von sich reden machte. Diesmal war es ein Grenzzwischenfall zu Lande, nachdem die Reichsregierung erst vor kurzem in Warschau Protest gegen die ständigen Grenzverletzungen durch polnische Militärflugzeuge hatte einlegen müssen. Der Ort des Zwischenfalls war jener schmale Streifen von sechs Dörfern, den die Polen sich am rechten Weichselufer angeeignet hatten, obgleich diese Dörfer zum westpreußischen Abstimmungsgebiet gehörten, das sich ja seinerzeit bekanntlich mit überwältigender Mehrheit für den Verbleib beim Deutschen Reiche entschieden hat. Aber Polen wollte ein Aufmarschgebiet gegenüber Ostpreußen in seiner Hand haben und verschaffte es sich mit Hilfe seines französischen Freundes. Wenn dieser Grenzzwischenfall einen Nutzen hat, so ist es der, daß die Öffentlichkeit wieder einmal auf die unsinnige Grenzziehung an der Weichsel hingewiesen wird.

Diese durch den Versailler Vertrag geschaffenen Grenzen sind ja vor allem das entscheidende Hindernis, das sich Briands Paneuropa-Plan entgegenstellt, wie er nunmehr den europäischen Regierungen zugestellt worden ist. Man kann noch hoffen, daß nunmehr bald im Westen die Saarfrage, über die ja noch in Paris verhandelt wird, aus der Welt geschafft wird, dadurch, daß das Saargebiet schon jetzt, und nicht erst 1935, sowohl in wirtschaftlicher wie in politischer Hinsicht ohne Vorbehalte an das Deutsche Reich zurückkehrt. Die

französischen Bemühungen gehen allerdings darauf hinaus, sich solche Vorbehalte und damit Einbruchsstellen in Westdeutschland zu verschaffen, eine Gefahr, die nicht unterschätzt werden darf. Auch das Rheinland wird am 30. Juni frei von der Besatzung sein. Reichspräsident von Hindenburg rüstet sich, in das befreite Gebiet eine Reise anzutreten, zur Bekundung dessen, daß der Rhein wieder deutsch ist. Mag man also im Westen die Grenzfragen im wesentlichen für bereinigt halten. Aber es bleibt der Osten, bleibt die Weichsel und die oberschlesische Frage. Es bleibt auch der Anschluß und ferner bleibt die einseitige Entwaffnung Deutschlands.

Der Deutsche hat seine natürliche übernationale Einstellung, sein Bekenntnis zur Schicksalsverbundenheit der Nationen und Staaten des Abendlandes im Verlaufe der abendländischen Geschichte immer wieder zum Ausdruck gebracht. Darum lehnt man jetzt auch von nationaler und konservativer Seite her den Europa-Gedanken keineswegs ab, ohne ihn allerdings demokratisch oder wirtschaftsimperialistisch aufzufassen. Aber Briands Europa-Plan ist auf eine sehr kühle Aufnahme gestoßen; trotz aller schönen Worte spürt man hinter dem Projekt einen geschickten Schachzug der französischen Politik, die sich nunmehr paneuropäischer Ideen bedienen will, um ihre Hegemonie und den status quo zu sichern. Was rein macht- und bündnispolitisch auf die Dauer ja nicht mehr möglich ist, umsoweniger, als der italienische Gegenspieler immer stärker wird. Daß es Frankreich auf die Sicherung des heutigen Zustands, welcher der Tod für Deutschland ist, letztlich ankommt, das hat ja auch Tardieu in einer seiner letzten Reden sehr deutlich zum Ausdruck gebracht. Für Deutschland dürfte also nur eine Antwort auf Briands Frage möglich sein. Und diese Antwort kann sich auf einen Satz in Briands Memorandum stützen. Dort heißt es: „Die Verständigung zwischen europäischen Staaten muß auf dem Boden unbedingter Souveränität und völliger politischer Unabhängigkeit erfolgen." Infolge des Versailler Diktats ermangelt Deutschland der unbedingten Souveränität und der völligen politischen Unabhängigkeit. Um diese dem Deutschen Reich wieder zu verleihen, wäre die Anerkennung der deutschen Wehrfreiheit, die Beseitigung der entmilitarisierten Zone im Westen Deutschlands und die Grenzrevision im Osten nötig. Das wären die deutschen Forderungen, deren Verwirklichung uns erst den Beitritt zu einem Paneuropa gestattet.

Zum Schluß sei auf eine Rede des Außenministers Curtius hingewiesen, die dieser auf der Jahresversammlung des Deutschen Auslandsinstituts in Stuttgart hielt. In dieser Rede äußerte Curtius unter anderem: „Ich glaube, daß dem Volkstumsgedanken die Zukunft gehört. Wir Deutschen dürfen ihn mit gutem Gewissen auch anderen Nationen gegenüber vertreten. Denn der echte Volkstumsgedanke schließt fremdes Volkstum keineswegs aus, sondern fordert es geradezu. Erst aus dem Neben- und Miteinander verschiedener Volkstümer ergibt sich die übergeordnete Idee des Menschentums. Die Erkenntnis, daß eine Zusammenarbeit des Volkstums verschiedener Prägung möglich ist, und die Durchdringung der politischen Praxis mit dieser Erkenntnis ist eine der Voraussetzungen für eine wirkliche Befriedung und gedeihliche Entwicklung Europas. Inzwischen freilich dürfen und wollen wir gegenüber den harten Gegebenheiten der Umwelt nicht vergessen, daß der Begriff „Deutschtum im Auslande" zwar im gewöhnlichen Sprachgebrauch und für die praktische Arbeit Ihres Instituts eine Einheit

bedeutet, leider aber keineswegs in politischem Sinne. Kein deutscher Außenminister wird die Tatsache übersehen können, daß in Europa außerhalb der Grenzen des Deutschen Reichs etwa 9 bis 10 Millionen Angehörige des deutschen Sprach- und Volkskörpers als nationale Minderheiten unter fremden Staatsvölkern leben. Alle Einsichtigen wissen, daß der Kampf der Minderheiten nicht gegen den Staat als solchen gerichtet ist. Sie wehren sich lediglich gegen den überspitzten Souveränitätsbegiff, der in seiner schroffen Auswirkung die Quelle harter Bedrückung und mannigfacher Ungerechtigkeiten des herrschenden Volkes gegenüber den Minderheiten ist. Die Minderheiten werden die festeste Brücke der Völkerverständigung bilden. Jeder Schritt auf dem Wege zu diesem Ziel bedeutet demnach einen wertvollen Beitrag zur Befriedung Europas."

Georg Schröder

Politische Übersichten

Lettland

In der Berichtsperiode haben sich zwei bekannte Letten zur außenpolitischen Lage geäußert.

Aus den Ausführungen A. Bergs im Kopenhagener Konservativen Klub klingt viel Ruhe und Sicherheit. Die Anliegestaaten der Ostsee seien an der vollen Freiheit des Baltischen Meeres interessiert, und es fehlten die Voraussetzungen dafür, daß irgendeiner von ihnen das dominium maris baltici erringe. Deutschland hätte keine Aussicht dazu. Von einem nach Macht strebenden nachkommunistischen Rußland sei man besonders weit entfernt; England hätte zwar die Machtmittel, aber nicht das Interesse an der Herrschaft. Rußland tendiere weder geschichtlich noch geographisch oder wirtschaftlich zur Ostsee.

Unterstrichen wird die Gefahr des kommunistischen Rußland und die gemeinsamen Interessen der skandinavischen Staaten mit den Randstaaten.

Viel Staub hat der Vorwärts-Artikel des früheren Außenministers Zeelens aufgewirbelt. Zeelens betont die Gefahr eines Krieges zwischen dem „aggressiven" Polen und Sovetrußland. Er besteht darauf, daß Lettland auch in diesem Falle strikt neutral bleiben müsse. Eine international garantierte Neutralität soll das erstrebenswerteste Ziel der lettländischen Außenpolitik sein. In einer Zeitungspolemik erwiderte A. Berg hierauf, von allen Mächten, die als Garanten in Frage kämen, sei wohl nur Rußland in der Lage oder gewillt, den Worten die Tat folgen zu lassen! Die Außenpolitik der Sozialdemokraten sei von Gefühlsmomenten, Liebe zu Sovetrußland und blindem Haß gegen Polen bestimmt. Gefühl sei in der Politik aber ein schlechter Berater.

Ein Schlaglicht auf die Stimmung einiger lettischer Kreise wirft auch das von lettischer Seite so vielfach ausgebeutete Interview des Generals Radsin, der an die Möglichkeit der Lokalisierung eines Krieges zwischen Sovetrußland einerseits, Polen und Rumänien andererseits unter Ausschaltung der nördlicheren Randstaaten nicht glaubt.

Die vielfache Erwähnung von Kriegsmöglichkeiten schaffte zuzeiten eine etwas nervöse Stimmung. Sie flaute aber bald wieder ab. Das Gefühl

der Stabilität der jetzigen Verhältnisse ist immerhin recht stark, wenn auch etwa die neuerlichen Ereignisse in Rumänien vielleicht zeigen können, wie labil letzten Endes doch die Lage im Osten ist.

*

Die kritische Lage unserer Landwirtschaft, die nunmehr Gegenstand von Diskussionen im Parlament ist, ist in einem der früheren Hefte grundsätzlich behandelt worden. Für den Herbst sind endlich Schutzmaßnahmen vorgesehen, Stabilisierung der Bacon- und Getreidepreise Es bleibt abzuwarten, ob die ins Auge gefaßten Maßnahmen das Richtige treffen. Deutscherseits ist schon während der Budgetberatung darauf hingewiesen worden, daß alle Stützungsversuche solange keine durchgreifende Hilfe bedeuten, als man nicht darauf ausgeht, den Zerstückelungsprozeß der landwirtschaftlichen Besitze aufzuhalten, und durch Aufhebung der Maximalnorm von 50 ha eine Gesundung der Landwirtschaft ermöglicht (Rede von Baron Fircks in der Parlamentssitzung vom 15. April).

Die Sozialdemokraten versuchten wieder einmal, nicht ohne Erfolg, den Parlamentarismus ad absurdum zu führen, indem sie auf der außerordentlichen Parlamentssession am 17. und 18. Juni das Krankenkassengesetz in der dritten Lesung sabotierten, so daß es von der Tagesordnung abgesetzt werden mußte. Ein Hinweis der bürgerlichen Rechten auf mögliche Konsequenzen, Analogien zu Estland und Finnland riefen auf der Linken eine Wut hervor, die uns symptomatisch scheint. Der Beschluß der Regierung, das Krankenkassengesetz nun in den Parlamentsferien auf dem Wege des Ermächtigungsparagraphen 81 dnrchzuführen, hat das Zentralkomitee der sozialdemokratischen Partei veranlaßt, am 27. Juni die Einberufung einer zweiten außerordentlichen Parlamentssession zu beschließen. Das Parlament soll der Regierung die Durchführung des Krankenkassengesetzes verbieten. Die Koalition wird sich vor Zusammentritt des Parlaments mit dem Vorschlage des Nationalen Blocks zu beschäftigen haben, der das Zustandekommen der Session durch Sprengung des Quorums vereiteln will. — Bei der Aussprache über das Gesetz zur Kreditierung des landischen Bauwesens wies Baron Fircks wieder auf die Devastation der Wälder hin und forderte die Festsetzung eines Termins, bis zu dem mit der Verschleuderung des Holzes Schluß gemacht werden müsse. Trotzdem wurde die Gültigkeitsdauer des Gesetzes auf drei Jahre verlängert. — Die Herbstsession beginnt am 14. Oktober.

Ob in Ermangelung besseren Agitationsstoffes von den Linken nunmehr wieder das Pensionsgesetz hervorgeholt werden wird, wird der Sommer lehren. Man sollte denken, es gäbe keine undankbarere Agitation für eine sozialistische Partei als die Polemik gegen ein Gesetz, das den darbenden Vorkriegsbeamten eine höchst bescheidene Pension gewährt. Das A und O der Politik der sozialdemokratischen Partei ist das Bestreben, die recht starke bürgerliche Regierung zu stürzen, und die demagogischen Fähigkeiten und die absolute Skrupellosigkeit der Sozialdemokratie sind uns vom vorigen Sommer her (Landeswehrhetze) noch in Erinnerung.

In Rositten fanden Feiern statt anläßlich der vor zehn Jahren erfolgten Befreiung Lettgallens. In der lettischen Presse aller Richtungen fanden sich historische Rückblicke und Betrachtungen. Daß es die Baltische Landeswehr war, die Rositten eroberte, wurde u. W. nirgends erwähnt.

*

Am 22. Mai fand am neuaufgerichteten Landeswehrdenkmal auf dem Waldfriedhof die Jahresfeier der Befreiung Rigas statt. Nach einiger Mühe — hiesige Gesellschaften lehnten das Risiko ab - ist es gelungen, das Denkmal gegen nochmalige Zerstörung zu versichern. Die Kosten für Versicherung und Bewachung belaufen sich auf ca. Ls 1600.— für ein Jahr. Außer unseren Gutsfriedhöfen, die ja fast durchweg zerstört oder geschändet worden sind, wissen wir von keinem Falle außerhalb Rußlands, wo ein Friedhofsdenkmal eines besonderen Schutzes benötigt.

Mit bemerkenswerter Zähigkeit sucht Dr. P. Schiemann den lettländischen Staat in den Vordergrund unseres politischen Empfindens zu rücken. Er soll den Platz in unserem Herzen einnehmen, den bisher der Heimatbegriff allein innehatte *). Unser Empfinden sträubt sich dagegen. Haben wir so Unrecht damit?

Staat und Heimat sind für uns keine identischen Begriffe. Schon räumlich nicht. Oder sollten wir Estland und Litauen ausschalten?

Doch nicht allein dieses. Unser Heimatgefühl ist älter als der Staat Lettland. Historische Betrachtungsweise macht für uns eine relative Wertung des Staates zur Selbstverständlichkeit. Ist das Wohl der Heimat als absoluter Wert für uns nicht das naturgemäße und auch beste Kriterium zur Beurteilung politischer Angelegenheiten? Der Staat ist für uns eine politische, nicht eine sentimentale Angelegenheit.

Daß unsere lettischen Heimatgenossen anders stehen, verwundert keineswegs: der Staat verkörpert für sie ja auch ganz andere gefühlsmäßige und reale Werte. Wenn sie verlangen, daß wir ebenso empfinden sollen wie sie (tun das nachdenkende Menschen?), so haben sie Unrecht. Unsere Verantwortung ist älter, unsere Gefühle erprobt. Daß wir zur Mitarbeit am Staate bereit sind, ist bekannt. Bei voller Bereitschaft zur Gegenseitigkeit sollten wir nötigenfalls keine Zweifel darüber lassen, daß es — unbeschadet aller etwaigen sachlichen Differenzen oder parteipolitischer Kämpfe — Dinge gibt, die nicht diskutiert werden, denen gegenüber Achtung am Platz ist.

Riga, Juni 1930. * * *

Estland

Das verflossene Vierteljahr - März, April, Mai — ist in Estland im ganzen recht still verlaufen.

Das wichtigste außenpolitische Ereignis war wohl die Fahrt einer Gruppe von estländischen Parlamentariern nach Berlin, die im Mai unter Führung des Präsidenten der Staatsversammlung Abg. Einbund stattfand. Diese Fahrt bedeutete eine offizielle Erwiderung des Besuches, den der deutsche Reichstagspräsident Loebe im vergangenen Jahre dem estländischen Parlament abgestattet hat. Der Verlauf dieser Besuchsfahrt kann aber wohl nicht als sehr glücklich bezeichnet werden. Schon vor ihrem eigentlichen Beginn ereignete sich ein peinlicher Zwischenfall. Es handelte sich hierbei um folgendes. Kurz vor der

*) Vgl. den Leitartikel „Loyalität, Staatsbejahung und Patriotismus" am Pfingstsonnabend, Rigasche Rundschau Nr. 127 vom 7. Juni 1930.

Reise der estländischen Parlamentarier nach Berlin hatten in Reval zwischen Vertretern der enteigneten Gutsbesitzer, die nach dem Erlaß des estnischen Agrargesetzes die deutsche Reichsangehörigkeit erworben haben, und dem estländischen Landwirtschaftsministerium Verhandlungen wegen der Entschädigungszahlung stattgefunden, die aber wegen der Unnachgiebigkeit der Esten wiederum ergebnislos abgebrochen werden mußten In diesem Zusammenhang waren in der reichsdeutschen Presse vielfach Artikel erschienen, die hinsichtlich der vom estnischen sog. Entschädigungsgesetz vorgesehenen unwahrscheinlich geringen und in keinerlei Verhältnis zum Werte der durch die Agrarrevolution enteigneten Objekte stehenden Entschädigungszahlung recht heftige Angriffe gegen den estnischen Staat enthielten. In einem derartigen Artikel der „Vossischen Zeitung" waren zudem noch einige Redewendungen enthalten, welche die estnischen Journalisten als für sie beleidigend empfinden mußten. Der Vorstand des estnischen Journalistenverbandes beschloß daher, daß die geplante Teilnahme von Vertretern der Redaktionen der größeren estnischen Tageszeitungen an der Fahrt der Parlamentarier nach Berlin zu unterbleiben habe, besonders wo der Chefredakteur der „Vossischen Zeitung" Präses des deutschen Journalistenverbandes ist. Das gab natürlich eine gewaltige Aufregung, und in der estnischen Presse wurden schon Stimmen laut, die da meinten, daß infolge dieses Zwischenfalles die Reise der estländischen Parlamentarier nach Berlin vorläufig ganz aufgegeben werden sollte. Den Bemühungen des deutschen Auswärtigen Amtes und des estländischen Außenministeriums gelang es dann aber doch, im letzten Moment den unangenehmen Zwischenfall in der Form beizulegen, daß der Chefredakteur der „Vossischen Zeitung" beim estländischen Gesandten in Berlin und telegraphisch beim Vorstande des estnischen Journalistenverbandes in Reval seine Entschuldigung machte und erklärte, daß die beleidigenden Äußerungen ohne sein Wissen in die Zeitung geraten seien. Mit dieser Erklärung gab man sich estnischerseits mehr oder weniger zufrieden, und die estländischen Pressevertreter fuhren nun doch mit nach Berlin, unter ihnen auch der Chefredakteur des „Revaler Boten".

Die Fahrt selbst verlief nun ohne weiteren Zwischenfall. Als Vertreter der deutsch-schwedischen Fraktion der Staatsversammlung beteiligte sich an ihr der Abgeordnete Hasselblatt. Präsident Einbund wurde in Berlin u. a. auch vom Reichspräsidenten von Hindenburg in persönlicher Audienz empfangen, wobei sehr herzlich gehaltene Begrüßungsansprachen ausgetauscht wurden. Nach seiner Rückkehr nach Reval hat denn auch Herr Einbund Pressevertretern gegenüber erklärt, daß er mit dem Verlauf seiner Reise sehr zufrieden sei und daß sie viel zur Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Estland und Deutschland beigetragen habe. Irgendwelche politischen Verhandlungen hat Präsident Einbund in Berlin nicht geführt, seine Reise war eben nur eine Erwiderung auf den vorigjährigen Besuch des Reichstagspräsidenten in Reval und beschränkte sich ganz auf diesen Akt internationaler Höflichkeit.

Ob nun dieser Besuch in Berlin die Beziehungen zwischen Deutschland und Estland wirklich gefördert hat, ist schwer zu beurteilen. Fast möchte es aber so scheinen, als ob dieser Zweck nicht erreicht worden sei, als seien vielmehr die zwischen beiden Ländern bestehenden Gegensätze durch die Begleiterscheinungen dieser Besuchsfahrt nur noch deutlicher in Erscheinung getreten. In diesem Sinne muß wohl der oben erwähnte Zwischenfall mit der „Vossischen Zeitung"

gewertet werden, dafür spricht aber auch überhaupt die Art, wie die Presse beider Länder auf diese Fahrt der estländischen Parlamentarier nach Berlin reagiert hat. Viele reichsdeutsche Blätter haben ihre Abneigung dem estnischen Staate gegenüber offen geäußert, und die Begrüßungsartikel vieler anderer deutschen Blätter klangen nicht ganz aufrichtig, wobei in den meisten (und das sogar im „Vorwärts"). auch auf die ungelöste Güterentschädigungsfrage irgendwie hingewiesen wurde Das scharf ausgeprägte Rechtsempfinden des Deutschen kann eben unabhängig von der Parteizugehörigkeit eine derartige Ungerechtigkeit, wie sie durch die estnische Agrarrevolution den enteigneten Gutsbesitzern zugefügt worden ist, nicht verstehen, geschweige denn billigen.

Wenn man aber die Berichte der estnischen Presse über diese Fahrt nach Berlin mit denjenigen über die vor einigen Monaten stattgehabte Reise des estländischen Staatsältesten nach Warschau verglich, fiel es einem sofort auf, wieviel zurückhaltender und kühler die estnische Presse sich Berlin gegenüber verhielt. Das kam nicht nur daher, daß diese Reise nach Berlin an und für sich in viel schlichterer und bedeutungsloserer Aufmachung erfolgte, wie die Reise des Staatsältesten nach Warschau; vielmehr äußerte sich in dieser Zurückhaltung der estnischen Presse fraglos auch mehr oder weniger die kühle Reserve, welche die amtliche estnische Politik wie auch der größere Teil des estnischen Volkes heute noch Deutschland gegenüber hegt, eine Reserve, die sowohl historisch als auch aus der heutigen politischen Lage verstanden werden kann, die aber vom Gesichtspunkt der wahren Interessen des estnischen Volkes aus kaum berechtigt sein dürfte.

Eine neue Belastung haben die deutsch-estnischen Beziehungen dadurch erfahren, daß, wie oben bereits erwähnt, ein im Mai stattgehabter erneuter Versuch der enteigneten Gutsbesitzer deutscher Reichsangehörigkeit, mit dem estnischen Staate zu einer Vereinbarung über die für die enteigneten Güter zu zahlende Entschädigung zu gelangen, abermals gescheitert ist. Dieses Mal führte auf deutscher Seite der demokratische Reichstagsabgeordnete Koch-Weser die Verhandlungen, der eigens zu diesem Zwecke nach Reval gekommen war. Über die Stellungnahme der estnischen Regierung bei diesen Verhandlungen wollen wir an dieser Stelle nicht urteilen, da über den Gang der Verhandlungen zu wenig authentische Nachrichten an die Öffentlichkeit gelangt sind. Wohl aber muß hier darauf hingewiesen werden, daß die estnische Presse noch immer fortfährt, die ganze Angelegenheit nur von der finanziellen Seite aus zu betrachten, und sich gegen jegliche Konzessionen an die deutschen Gutsbesitzer sträubt, weil dem estnischen Staat dadurch Mehrausgaben entstehen müßten. Daß die ganze Angelegenheit aber auch noch eine andere Seite hat, die viel wichtiger ist als die finanzielle, daß nämlich der estnische Staat es als seine Ehrenpflicht betrachten müßte, die Rechtsverletzungen wieder gutzumachen, die durch das im Trubel der Revolution und des Krieges entstandene äußerst radikale Agrargesetz den ehemaligen Gutseigentümern zugefügt worden sind, davon war auch dieses Mal in der estnischen Presse überhaupt nicht die Rede. Und doch wird der estnische Staat über kurz oder lang an die Lösung dieser Frage herantreten müssen, die aber um so schwieriger werden dürfte, je länger sie hinausgeschoben wird.

In den Beziehungen zu Rußland sind im Laufe der letzten Zeit keine wesentlichen Veränderungen eingetreten. Wie erinnerlich, sollte bereits im Februar eine estländische Wirtschaftsdelegation zwecks Belebung der gegenseitigen Handels-

beziehungen nach Moskau fahren. Damals unterblieb aber die Reise, weil, wohl im Zusammenhang mit dem Besuch des estländischen Staatsältesten in Warschau, plötzlich aus Moskau abgewinkt wurde. In den letzten Tagen des Mai ist nun diese Delegation unter Führung des ehemaligen Außenministers Rebane doch nach Moskau gefahren. Ob diese Reise irgendwelche nennenswerte Resultate zeitigen wird, bleibt abzuwarten, doch dürfte allzu großer Optimismus hier jedenfalls nicht am Platze sein. Starke Empörung löste in der estnischen Presse der am 20. April stattgehabte Austausch des von den estländischen Gerichten zu vieljähriger Gefängnishaft verurteilten Kommunisten David Pärn gegen 4 in Rußland angeblich wegen Spionage inhaftierte estländische Staatsbürger aus. Die estnische Presse verurteilte fast einmütig diesen Schritt der Regierung und wohl nicht ohne eine gewisse Berechtigung. Derartige Austausche von Strafgefangenen mit Rußland sind insofern entschieden sehr gefährlich, als Rußland auf diese Weise ein sehr wirksames Mittel in die Hände erhält, die staatsfeindliche Tätigkeit der Kommunisten in Estland zu unterstützen. Denn sobald ein kommunistischer Agitator in Estland festgenommen wird, könnte Rußland jedesmal unter beliebigen Vorwänden eine Anzahl in Rußland weilender estländischer Staatsangehöriger verhaften lassen und sie nur im Austausch gegen den in Estland inhaftierten Kommunisten wieder freigeben. Derartige Austausche werden daher estländischerseits nicht allzu häufig vorgenommen werden dürfen.

Mit Finnland dauern die Verhandlungen betreffs einer Revision des estländisch-finnländischen Handelsvertrages noch immer fort, und es ist noch garnicht abzusehen, wann sie zu einem Abschluß gelangen werden. Auf einzelnen Teilgebieten ist allerdings eine Einigung bereits erzielt worden, die in einem am 16. März unterzeichneten Handelsabkommen festgelegt worden und bereits in Kraft getreten ist.

Großes Aufsehen erregte in der estnischen Presse eine Rede, die der frühere lettländische Außenminister Abg. Zeelens am 2. April im lettländischen Parlament gehalten hat. Diese Rede enthielt ein deutliches Abrücken von Estland hinsichtlich der Beziehungen zu Polen. „Für Lettland", sagte Zeelens, „sei die Unabhängigkeit Litauens und Estlands von größter Bedeutung, die Unabhängigkeit Litauens vielleicht noch mehr, als die Estlands." — „In Polen seien Bestrebungen am Werke, die aus Polen ein Pulverfaß machen wollen, Lettland aber müsse sich hüten, in die politischen Streitigkeiten seiner großen Nachbarn hineingezogen zu werden. Leider seien aber die außenpolitischen Richtlinien Estlands hier nicht genügend klar. Mit der Haltung Estlands zu den polnisch-russischen Streitfragen könne man sich in Lettland keineswegs einverstanden erklären. Denn diese Richtlinien zeigen den Wunsch Estlands, im Fahrwasser Polens zu segeln."

*

Im innerpolitischen Leben Estlands ist das wichtigste Ereignis der letzten drei Monate wohl fraglos die von der Regierung verfügte Auflösung der kommunistischen „Arbeiterpartei Estlands" (sog. Kaawer-Sozialisten) gewesen. Die Auflösung erfolgte als Gegenschlag gegen die von den Gliedern dieser Partei in letzter Zeit wieder in verstärktem Maße betriebene kommunistische Wühlarbeit. Mehrfache erfolgreiche Haussuchungen ergaben derart belastendes Material, daß die Regierung genügend Unterlagen erhielt, um die Partei auf Grundlage der bestehenden Gesetze schließen zu können. Die Führer

der Partei Kaawer und Käär sind nach Rußland geflüchtet. Die Fraktionen der geschlossenen Partei in der Staatsversammlung und in den Stadtparlamenten wurden aufgelöst und die Mandate der betreffenden Abgeordneten annulliert. Die auf diese Weise freigewordenen Plätze wurden proportional ihrer Stärke auf die anderen Fraktionen verteilt.

Allgemeine Empörung und tiefe Trauer löste im ganzen Lande das ruchlose Attentat aus, dem der Kommandant der Revaler Garnison General Unt am 4. April zum Opfer fiel. Auf den General wurde um 1/29 Uhr abends in der Nähe seiner Wohnung auf offener Straße von einem Unbekannten aus nächster Nähe von rückwärts ein Revolverschuß abgegeben. Die Kugel verletzte das Rückgrat und drang in die Lunge. Der tödlich Verletzte wurde sofort in das Militärhospital übergeführt, wo er nach einigen Tagen verschied. Dem Täter gelang es leider, in der Dunkelheit zu entkommen. Dieser Vorfall zeigt wiederum mit erschreckender Deutlichkeit, wie die kommunistischen Terroristen bei der Verfolgung ihrer Ziele vor keinem Mittel zurückschrecken.

Auf dem Gebiet der Gesetzgebung sei hier erwähnt, daß das Gesetz betreffend die provisorische Ermäßigung der Einkommensteuer um 10% vom Parlament in 3. Lesung angenommen worden ist.

Der Entwurf für die Neufassung des Gesetzes betreffend die Vergebung der Ansiedlerstellen zu Eigentum oder Erbpacht ist nach langen und heftigen Debatten von der Staatsversammlung angenommen und auch bereits im Staatsanzeiger publiziert worden. Damit ist die Neufassung des Gesetzes in Kraft getreten. Der viel umstrittene Paragraph, der ein Vorkaufsrecht des Staates bei Weiterveräußerungen von Ansiedlerstellen vorsah, ist schließlich doch fallen gelassen worden. Dafür wurde aber bei der 3. Lesung des Entwurfes von der Staatsversammlung ein Paragraph eingefügt, laut welchem in den Fällen, wo mehr als 50 Hektar vom Fondsland (d. h. von dem durch das Agrargesetz enteigneten und dem Landfonds zugeteilten Lande) faktisch in einer Hand vereinigt werden, auch dann Zwangsverkauf einzutreten hat, wenn das betreffende Land nicht ganz auf den Namen ein und derselben Person, sondern in einzelnen Stücken auf verschiedene Namen in das Grundbuch eingetragen ist. Durch diese Vorschrift soll verhindert werden, daß das gesetzliche Verbot, mehr als 50 Hektar vom Fondslande zusammenzukaufen, in der Weise umgangen wird, daß das zusammengekaufte und faktisch in einer Hand vereinigte Land im Grundbuch auf verschiedene Namen eingetragen wird, wodurch es ja formal-rechtlich verschiedenen Eigentümern gehören würde Was die viel umstrittene Frage betrifft, ob es gestattet werden soll, daß Ansiedlerparzellen weiterveräußert werden dürfen, bevor auf ihnen die notwendigen Gebäude errichtet worden sind, so ist diese im neuen Gesetz dahin entschieden worden, daß solches im Prinzip nicht gestattet, im Einzelfall aber wohl zulässig ist, wenn das Landwirtschaftsministerium hierzu die Genehmigung erteilt.

Auch das Gesetz über die Zusammenlegung der landwirtschaftlichen Darlehen ist inzwischen von der Staatsversammlung angenommen worden. Hierbei wäre zu bemerken, daß in der 3. Lesung des Gesetzes auf Antrag des Abgeordneten Baron C. Schilling in das Gesetz die Bestimmung aufgenommen worden ist, daß diese Darlehen auch mit den Entschädigungs-Pfand-

briefen (mit denen der Staat den enteigneten Gutsbesitzern die Entschädigung für das enteignete Land zahlt) zurückgezahlt werden können.

Die Vorarbeiten für eine Finanzreform sind in vollem Gange. Der österreichische Finanzsachverständige, der eigens zu diesem Zwecke von der estländischen Regierung nach Reval berufen worden war, hat ein umfangreiches diesbezügliches Gutachten ausgearbeitet, das viele interessante Einzelheiten enthält, auf die an dieser Stelle aus Raummangel leider nicht eingegangen werden kann.

Um die Einnahmen des Staates zu erhöhen, plant die Regierung u. a. die Einführung des Tabakmonopols. Zu dem gleichen Zweck ist ab 1. Mai der Eisenbahntarif für die Personenbeförderung um 15% erhöht worden.

Dorpat, Juni 1930. L. v. M.

Bücherbesprechungen

Genealogisches Handbuch der Livländischen Ritterschaft
Eine Selbstanzeige

Im folgenden sollen selbstverständlich keine Werturteile gefällt werden; die Selbstanzeige soll lediglich eine Erläuterung des der ersten Lieferung des Handbuchs vorausgeschickten Begleitworts und ein Appell an die Mitarbeit der Leser sein. Veranlassung dazu bot die immer wieder zutage tretende irrtümliche Auffassung von Wesen und Zweck dieses von den baltischen Adelsverbänden ins Werk gesetzten Unternehmens. Der Verfasser hatte geglaubt, in dem kurzen Begleitwort das Notwendigste hierüber gesagt oder zum mindesten angedeutet zu haben, doch scheint er sich darin geirrt zu haben, oder aber das Begleitwort ist, wie es das Schicksal aller Begleit-, Vor- und Nachworte zu sein pflegt, nur flüchtig oder gar nicht gelesen worden. Wie dem nun sei, es erscheint notwendig, die Hauptgesichtspunkte nochmals hervorzuheben. Vor allem muß betont werden, daß das Handbuch kein Nachschlagebuch im Sinne der Gothaischen Genealogischen Taschenbücher sein soll, mit denen es immer wieder in Parallele gestellt wird; schon deswegen nicht, weil das Handbuch keine fortlaufend in regelmäßigen Abständen erscheinende, sondern eine einmalige in sich abgeschlossene Veröffentlichung ist. Das Handbuch gibt den Querschnitt des Familienbestandes zur Zeit seines Erscheinens. Ob diese Eigenschaft des Handbuchs, die dadurch bedingt ist, daß an periodisch erscheinende Neuauflagen aus materiellen Gründen nicht gedacht werden kann, ein Mangel ist oder nicht, ist eine Frage für sich. Jedenfalls mußte mit dieser Tatsache gerechnet werden. Im Zusammenhang damit erhob sich die Frage, bis zu welchem Zeitpunkt die biographischen Bemerkungen zu reichen hätten. Da es aus den oben dargelegten Gründen ausgeschlossen war, die Schicksale der Einzelpersonen in der Gegenwart dauernd zu verfolgen, d. h. also den Familienbestand sozusagen „au jour" zu erhalten, mußte ein Zeitpunkt von einschneidender Bedeutung gewählt werden, gewissermaßen ein Stichtag, durch den der Querschnitt des sozialen Zustandes der Familie gezogen werden konnte. Es lag auf der Hand, daß der Zeitpunkt gewählt wurde, welcher seit den schwedischen Reduktionen das verhängnisvollste Ereignis im Dasein der Ritterschaft gewesen ist, nämlich der Zeitraum von 1919—1920. Es heißt hierzu im Begleitwort: „Die Schicksale der einzelnen Glieder der Ritterschaft nach ihrer

Entrechtung durch die Republiken Latvija und Eesti tragen naturgemäß den Charakter des Vorübergehenden, des Notbehelfs, dazwischen sogar des Abenteuerlichen. Es erschien daher richtiger, auf die ohnehin doch nur lückenhafte Angabe der wechselnden Beschäftigungen, Berufe und Wohnorte der nach der Katastrophe von 1919 in alle Welt Zerstreuten oder in der alten Heimat um ihr Dasein Kämpfenden zu verzichten und dafür ein geschlossenes Bild der sozialen Stellung der Ritterschaft im Vollbesitz ihres wirtschaftlichen und politischen Einflusses zu bieten." Merkwürdigerweise hat gerade diese, wie uns scheinen will, auch aus künstlerischen Gründen gebotene Beschränkung des Stoffes vielfach Angriffe erfahren, nicht nur weil die Analogie der Gothaischen Taschenbücher das Urteil beeinflußte, sondern auch aus prinzipiellen Erwägungen, die sich in einer in der „Dorpater Zeitung" erschienenen Kritik zu dem Urteil verdichteten, daß diese Beschränkung „der bedauerlichste Mangel sei, geradezu ein schweres Versäumnis" und daß man „das geschlossene Bild der sozialen Stellung der Ritterschaft im Vollbesitz ihres wirtschaftlichen und politischen Einflusses — sich mühelos hätte rekonstruieren können", so sei es „schlechterdings wertlos". Eine Auseinandersetzung akademischer Natur über die Richtigkeit des im Handbuch verfolgten Planes ist zwecklos, da man über Eindruck und Wirkungen eines Buches natürlich verschiedener Meinung sein kann; es soll an dieser Stelle nur betont werden, daß die Forderungen der Gegner auch praktisch nicht hätten erfüllt werden können, weil es meist aussichtslos gewesen wäre, Stellung, Beruf und Wohnort zu fixieren, ganz abgesehen davon, daß es wertlos erscheint, festzustellen, daß XY 1927 Angestellter einer Hühnerfarm war, 1928 Zigaretten drehte und 1929 Chauffeur wurde, mit der Aussicht, 1930 eine Anstellung als Jagdgehilfe zu bekommen, und daß er in diesem Zeitraum seinen Wohnort fünfmal gewechselt hat. Wem wäre mit diesem kaleidoskopischen Bild „der sozialen Umstellung eines Standes" gedient? Sicherlich nicht der jungen Generation, die in der Umstellung begriffen ist und der man Zeit lassen muß, sich zu akklimatisieren; noch weniger der älteren Generation, da es nicht baltische Art ist, sein Unglück vor aller Welt zu enthüllen und Mitleid hervorzurufen.

Doch nicht nur auf alljährlich oder wenigstens periodisch erscheinende Neuausgaben mußte aus pekuniären Gründen verzichtet werden, sondern leider auch auf ausführliche biographische Bemerkungen, da die Raumfrage dieses verbot. Es galt die Genealogien, darunter sehr umfangreiche von gegen 120 Geschlechtern, in höchstens 12 Lieferungen unterzubringen, wobei kurze Angaben über die noch zahlreicheren ausgestorbenen, ausgewanderten, verschollenen oder nur der Form nach zur Ritterschaft gehörigen Geschlechter, ferner Register und ein Anhang, auf den wir noch zu sprechen kommen werden, inbegriffen sind. So mußte man sich darauf beschränken, den Familienbestand zu registrieren und nur diejenigen biographischen Notizen beizufügen, welche erforderlich waren, Besitz Ämter und Würden des einzelnen aufzuzeigen. Ein besonderes Gewicht mußte auf Feststellung der Eltern der eingeheirateten Frauen gelegt werden, um die Blutmischung der Nachkommen wiederzugeben, da Ahnentafeln gleichfalls aus Raummangel und weil ihre Aufstellung zu viel Zeit in Anspruch genommen hätte, nicht gebracht werden konnten. Ferner wurden nach Möglichkeit sämtliche Kinder eines Ehepaars registriert, auch solche, die in früher Jugend verstorben waren, um Grundlagen für biologische und demographische Untersuchungen zu schaffen, wie sie der Schwede

Fahlbeck in so mustergültiger Weise für den schwedischen Adel angestellt hat*).

Bei alledem kam es hauptsächlich darauf an, die „Stammfolge", wie die ausführliche Genealogie der jüngsten Generation etwa von 1800 ab bezeichnet worden ist, möglichst klar und übersichtlich zu gliedern im Gegensatz zu der in den Gothaischen Taschenbüchern befolgten Methode, die an Zeit und Geduld übermäßige Ansprüche stellt. Es wurde die Anordnung nach Generationen gewählt und innerhalb dieser nach Kleinfamilien, so zwar, daß nur Ehepaare mit Nachkommen als generationsbildend zu betrachtend sind, während unverheiratete Kinder oder verheiratete, aber kinderlose Söhne noch unter der Generation des Vaters zu suchen sind. Diese Anordnung hat sich durchaus bewährt, wie allenthalben anerkannt worden ist, besonders da bei Geschlechtern mit großer Personenzahl nach Möglichkeit Linien, Zweige und Äste gesondert behandelt und diese nur in einer Übersicht zusammengefaßt worden sind.

Die Grundlagen für diese Stammfolgen bildeten die vom Livländischen Landratskollegium geführten Geschlechtsregister der Ritterschaft, denen ein offizieller standesamtlicher Charakter beigelegt worden war. Diese Geschlechtsregister waren in ihren älteren Teilen in den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts von Baron Moritz Wrangell mit Benutzung der vom bekannten Konrektor Brotze 1805 für die Ritterschaft verfaßten Genealogien zusammengestellt worden und sollten sich von diesem Zeitpunkt ab durch regelmäßige Eintragungen der heranwachsenden Generationen ergänzen. Leider waren diese Eintragungen nicht obligatorisch, sondern hingen vom guten Willen und der Einsicht der Interessenten ab. Man rechnete offenbar damit, daß als Beweis für die Zugehörigkeit zum Stammadel der Ostseeprovinzen, besonders beim Eintritt in den Staatsdienst, nach Art. 26 ff. des Ständerechts ritterschaftliche Standeszeugnisse vorgewiesen werden mußten, die eine Eintragung in die Geschlechtsregister zur notwendigen Voraussetzung hatten. Dieser fakultative Charakter der Eintragung hatte zur Folge, daß in den Geschlechtsregistern zahlreiche Lücken entstanden, besonders seitdem der Eintritt in die Armee und in den Staatsdienst abzunehmen begann. Es kam hinzu, daß die Führung der Geschlechtsregister meist in die Hände solcher Beamten gelegt wurde, die weder ein besonderes Interesse noch auch Verständnis für die genealogische Seite ihrer Tätigkeit hatten. Bei der Fülle lebenswichtiger Aufgaben, die der Ritterschaft auf politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Gebieten gestellt wurden, ist es nur zu verständlich, daß die standesamtliche Tätigkeit des Landratskollegiums in ein bürokratisches Fahrwasser geriet und „das Geschäft etwa so wie in einem Paßbüro geführt wurde"*). Auch der Bearbeiter des Genealogischen Handbuchs kann sich von dem Vorwurf nicht freisprechen, in den 16 Jahren (1902 1918), in denen er dieses Gebiet verwaltete, nicht mehr dafür getan zu haben, auch wenn er zur Entschuldigung anführen darf, daß seine Zeit und Arbeitskraft in dieser für die Geschichte Livlands so schicksalsschweren Epoche — der Zeit zwischen zwei Revolutionen — durch andere Aufgaben voll in Anspruch genommen waren. Immerhin konnten in dieser Zeit die unter Leitung Hermann v. Bruiningks besorgten Kirchenbuchaus-

*) s. Pontus Fahlbeck, Der Adel Schwedens (und Finnlands). (Deutsch) Jena 1903.

*) Vgl. H. v. Bruiningk, in Archival. Zeitschrift 3. Folge, 2. Bd. München 1927, S. 129.

züge in die Geschlechtsregister hineingearbeitet werden, die allerdings bloß bis 1885 reichten und auch keineswegs vollständig waren.

So war das Material beschaffen, das die Hauptgrundlage für die Stammfolgen des Handbuchs bilden sollte. Ganz schlimm stand es natürlich mit den Ergänzungen für die Zeit nach dem Zusammenbruch 1918. Diese mußten durch Umfragen oder durch Vermittelung gefälliger und interessierter Familienglieder beschafft werden — meist in der Form einfacher Mitteilungen, die sich nur zu oft als falsch erwiesen; Familienanzeigen in den Zeitungen, Totenlisten u. dgl. mußten zur Ausfüllung der Lücken dienen — keineswegs einwandfreie Quellen! Jeder Unbefangene wird einsehen, daß mit so unvollkommenem Material nichts Vollkommenes geschaffen werden konnte. Bei den vielen Fehlerquellen waren an und für sich zahlreiche Fehler unvermeidlich. Dazu kommen die Schreib- und Druckfehler. Wer sich jemals mit statistischen oder arithmetischen Arbeiten befaßt hat oder überhaupt mit Arbeiten, in denen Tausende von Zahlen oder Daten aneinandergereiht werden, wird wissen, was das Korrekturlesen einer solchen Arbeit bedeutet, und wird auch solche Fehler nachsichtig beurteilen, obgleich sie in thesi gewiß unerlaubt sind. Wenn nun nach Lage der Dinge Fehler nicht vermieden werden konnten und auch in Zukunft nicht vermieden werden können, muß ein Korrektiv geschaffen werden, um diesen Teil des Genealogischen Handbuchs wissenschaftlichen Forderungen möglichst anzupassen. Dieses Korrektiv hätte darin zu bestehen, daß in einem Nachtrag die Fehler und Irrtümer zurechtgestellt und Ergänzungen (etwa inzwischen eingetretene Familienereignisse) gebracht werden. Zu diesem Behuf richtet der Bearbeiter des Handbuchs an alle seine Leser die dringende Bitte, an diesem Nachtrag mitzuarbeiten durch Mitteilung der Fehler und Irrtümer, die ihnen aufgefallen sind, und von Ergänzungen, die ihnen notwendig erscheinen.

Es ist oben die Raumfrage berührt worden, die wegen der mit ihr zusammenhängenden Kostenfrage ausschlaggebend für die Kürzung des Stoffes in den Stammfolgen wurde. Um Raum zu sparen, wurde für die ältere Zeit bis etwa 1800 die gedrängte Form der Stammtafeln gewählt, wo auf kleinem Raum viel untergebracht werden konnte. Es stellte sich aber nach Erscheinen der 1. Lieferung heraus, daß die Stammtafeln eingeschränkt werden mußten, weil sie mit der Hand gesetzt werden und daher Extrakosten verursachen. Aus diesem Grunde mußte in der Folge auf die Anbringung so zahlreicher Stammtafeln, wie sie z. B. bei der Genealogie der Anrep angewandt worden sind, verzichtet werden. Man mußte sich darauf beschränken, in wenigen Stammtafeln den Zusammenhang der Generationen übersichtlich darzustellen und solche Familienglieder, die für die Genealogien anderer Geschlechter oder auch sonst von Interesse waren, in Anmerkungen unterzubringen. Auch gab es Fälle, wo man auf Stammtafeln ganz verzichten und dafür einfache Stammreihen bringen konnte; besonders bei Geschlechtern, die erst spät Indigenat erlangt hatten, bei denen also die älteren Generationen in ihren Nebenlinien genealogisch mit den ritterschaftlichen Geschlechtern nicht zusammenhängen.

Alles in allem spürt man auch in diesem Werk den Einfluß der schweren Zeiten. Und wie bekanntlich das Bessere der Feind des Guten ist, sind gerade diese notwendigen Beschränkungen in ihren Wirkungen empfunden und als Mängel gerügt worden.

Soviel sei über den rein genealogischen Teil, die Generationsfolge, gesagt; einen größeren Nachdruck glaubt der Verfasser

auf den historischen Teil, die „Naturgeschichte" des Geschlechtes legen zu müssen, wo Heimat, Ursprung, Einwanderung, Entwicklung und Wirksamkeit untersucht und in großen Zügen dargestellt werden, also gewissermaßen eine Bilanz der Vergangenheit des Geschlechts gezogen wird. Diese Aufgabe, so interessant und anziehend sie an und für sich sein mußte, war mit nicht geringen Schwierigkeiten verbunden, da auf diesem Gebiet meist völlig Neues geschaffen werden mußte. Die in den Geschlechtsregistern niedergelegten Ansichten hielten in den meisten Fällen der kritischen Prüfung nicht stand; es war daher erforderlich, in jedem einzelnen Falle auf die Quellen zurückzugehen und diese auf ihren Wert zu untersuchen und je nachdem zu verwenden oder auszuscheiden. Da seit Zusammenstellung des historischen Teils der Geschlechtsregister 100 Jahre verflossen sind und inzwischen in den Urkundenbüchern eine große Zahl neuer Quellen aufgedeckt worden ist, ergab sich für die ältere Zeit ein reichhaltiges Material, das neu zu bearbeiten war. Dazu kamen die sonstigen inzwischen erschlossenen Quellen, wie die von Hermann v. Bruiningk in so musterhafte Ordnung gebrachten Gerichts- und Verwaltungsakten des ehemaligen Livländischen Ritterschaftsarchivs, die Akten des Estländischen Oberlandgerichtsarchivs in Dorpat und viele andere. Diese in Riga und Dorpat ruhenden Archivalien konnten nur durch Vermittelung hilfsbereiter Personen genutzt werden, was nicht nur mit Zeitverlust verbunden war, sondern auch nicht selten ergebnislos verlief, da es für den Bearbeiter oft unmöglich war anzugeben, wo die Forschung einzusetzen habe. Immerhin konnte durch die dankenswerte Unterstützung verschiedener Herren und Damen in Riga, Dorpat, Reval und Pernau viel wertvolles Material aus den Archiven und Kirchenbüchern beschafft werden.

Abgesehen von diesen Schwierigkeiten der Materialbeschaffung mußte auch hier mit der Raumfrage gerechnet werden. Es galt, aus der Fülle des Stoffs das Wesentliche herauszuschälen und zu einem möglichst anschaulichen Bilde zu gestalten. Es verband sich also mit der Forderung wissenschaftlich einwandfreier Behandlung die Forderung künstlerischer Gestaltung. Daß der Bearbeiter diesen Forderungen nicht immer gerecht geworden ist, liegt nicht nur an ihm, sondern auch an dem bisweilen undankbaren Stoff, was den schon einmal erwähnten Kritiker der „Dorpater Zeitung" veranlaßt, dem Bearbeiter vorzuwerfen, daß er „gelegentlich in den Stil der alten Adelslexika verfalle und Charakteristika der Gesamtfamilie gebe, die aus naheliegenden Gründen sehr einförmig und nichtssagend ausfallen müssen."

Das Hauptgewicht in diesen historischen Übersichten wurde natürlich auf die streng wissenschaftliche quellenkritische Behandlung des Stoffes gelegt.

Auch in dieser Hinsicht ist der Bearbeiter, wie zu erwarten war, vielfach auf Widerspruch gestoßen. Die Beseitigung eingewurzelter irrtümlicher Ansichten ist wohl auf keinem wissenschaftlichen Gebiete so schwierig, wie auf dem der Genealogie, diesem Stiefkind der Geschichtsforschung. Die Mitauer Genealogische Gesellschaft hat unter ihrem unvergeßlichen Vorsitzenden Alexander von Rahden fast ein Vierteljahrhundert dahin zu wirken gesucht, die baltische Familienforschung „von allen jenen Vertuschungen und Eitelkeitszutaten" zu reinigen, „durch welche viele Schriftsteller der familiengeschichtlichen Literatur das Andenken der Vorfahren zu ehren vermeinen, während sie gerade dadurch das Gegenteil erreichen" Es ist ihr doch nur unvollkommen gelungen, „die in argen Mißkredit geratene Genealogie auf

streng wissenschaftlichen Boden zu stellen"*).

Es ist eine merkwürdige, wenn auch psychologisch verständliche Erscheinung, daß auf dem Gebiet der eigenen Familiengeschichte bei vielen verständigen, an sich einsichtsvollen und gebildeten Menschen das objektive Urteil versagt, daß sie hartnäckig an sog. Familientraditionen festhalten, obgleich diese durch nichts belegt, nicht selten phantastisch und oft durch den Tatbestand direkt widerlegt sind. Es stört sie auch nicht der doch auffallende Umstand, daß die sog. Familientraditionen ausnahmslos die Vornehmheit des Geschlechts — die alten Genealogen sagten: splendor familiae — zu erhöhen suchen, dagegen niemals eine niedrigere Herkunft als die erwiesene behaupten. Es ist die immer wiederkehrende Erfahrung: bürgerliche Geschlechter wollen von adeligen Vorfahren, die den Adel „abgelegt" haben, geadelte Geschlechter wollen vom Uradel, uradelige von Dynasten abstammen! So ist es verständlich, daß die nüchterne, streng wissenschaftliche Forschung, wie sie dem Genealogischen Handbuch zugrunde liegt, von vielen nicht gerade mit Wohlwollen begrüßt, von einzelnen sogar als unberechtigt, weil den Familientraditionen widersprechend, betrachtet wird. Es gibt eben außerordentlich wenig Familienforscher von der wunderbaren abgeklärten Objektivität Hermann v. Bruiningks, dessen Familiengeschichte nicht genug zur Nachahmung empfohlen werden kann. Man lese z. B. darüber nach, was dort über den Handel mit römisch-deutschen Adelsdiplomen im 18. Jahrhundert und die sog. Verdienste der Geadelten gesagt wird**).

Außer den sog. Familientraditionen spielen natürlich auch bisher erschienene Druckwerke über das betreffende Geschlecht eine Rolle bei den Einwänden, die bisweilen gegen die Methode des Genealogischen Handbuchs erhoben werden. Demgegenüber muß ausdrücklich betont werden, daß sowohl Familientraditionen als auch bisherige Darstellungen selbstverständlich sorgfältig nachgeprüft werden müssen. Das liegt ja eben im Wesen der quellenkritischen Methode. Für abweichende Resultate trägt der Bearbeiter allein die wissenschaftliche Verantwortung; seine Beweisführung kann vermittelst der angeführten Belege leicht nachgeprüft werden; kontroverse Fragen können zwar erwähnt, aber aus Raummangel nicht eingehend behandelt werden. Eingliederung der Geschlechter nach bestimmten standesrechtlichen Begriffen, wie es die GothaischenTaschenbücher tun, also Unterscheidung von Uradel, altem Adel und Briefadel findet nicht statt, schon weil diese Begriffe nicht fest umrissen sind. Die Gothaischen Taschenbücher haben sich damit geholfen, daß sie Stichjahre für den Beweis der einzelnen Kategorien festgesetzt haben; ein mechanischer Notbehelf, der das Wesen der Sache nicht trifft. Wenn z. B. alle nach 1350 erwähnten ritterlichen Geschlechter unbarmherzig des Anspruchs auf uradelige Abstammung entkleidet werden, weil 1350 die bisher nachgewiesene erste Nobilitierung stattgefunden hat, so wird offenbar von der unhaltbaren Voraussetzung ausgegangen, daß ein 1351 erwähntes ritterliches Geschlecht auch geadelt sein könnte, wobei davon abgesehen wird, daß das Fehlen früherer Erwähnung auf einem Zufall — etwa der Vernichtung von Urkunden — beruhen könnte. Ebensowenig richtig ist

*) Vgl. H. v. Bruiningk, „Das Geschlecht v. Bruiningk in Livland" 1913 S. 9 und Archival. Zeitschr. 1927 l. c. S. 129. An beiden Stellen ein Urteil über die Tätigkeit der Ges. f. Genealogie ꝛc.

**) l. c. S. 18 Anm. 4 u. S. 131. Das Adelsdiplom für Axel Heinr. Bruiningk, d. d. Wien 1737 VIII 14, das dessen Schwiegervater Dietrich v. Zimmermann als Teil des Brautschatzes bezahlte, kostete „bahr ohne porto" 653 Rthlr.

die in A. v. Klingspors Baltischem Wappenbuch befolgte Gewohnheit, allen Geschlechtern, die kein Adelsdiplom erhalten oder durch ein solches ihren Adel bewiesen haben, das Prädikat Uradel beizulegen. Es ist hierbei vollständig übersehen worden, daß zahlreiche Geschlechter sicherlich nichtritterlichen Ursprungs, den Adel sozusagen ersessen haben, d. h. durch Beruf und Lebensführung in ihn hineingewachsen sind. Hierfür haben wir im 16. und auch noch im 17. Jahrhundert genügend Beispiele. Es hat sich eben hier derselbe Vorgang wiederholt, der sich bei den unfreien Ministerialen im 13. und 14. Jahrhundert abspielte: eine soziale Evolution. Keinesfalls dürfen aber solche Geschlechter dem Uradel zugezählt werden, unter dem wir die teils freien, teils unfreien Geschlechter „von Rittersart" verstehen, die auf Grund ihrer ritterlichen Lebensführung im 13. Jahrhundert zu einem Stande, dem niedern Adel, zusammenschmolzen.

Auch von einer Sonderung der Geschlechter nach Epochen, wie sie auf den Ritterbanken von 1742 und 1745 vorgenommen wurde, ist im livländischen Handbuch ganz bewußt abgesehen worden, weil diese Klassen der Adelsmatrikel im Grunde nichts anderes bedeuten, als die bürokratische Fixierung der damaligen Kenntnis des frühesten Grundbesitzes der adligen Geschlechter, die sich um Anerkennung ihres Indigenates bewarben. Wie nicht anders zu erwarten, haben Unkenntnis der Verhältnisse und Zufall (wie z. B. Abwesenheit oder Versäumnis der Vertreter eines Geschlechts) dabei eine nicht geringe Rolle gespielt, so daß die Matrikel tatsächlich dem historischen Tatbestand nicht entspricht und schon deswegen wenig geeignet ist, die Grundlage einer wissenschaftlichen Arbeit abzugeben.

Schließlich sei noch ein Wort über die Wappendarstellung gesagt, deren Anbringung der Initiative der Damen der Livländischen Ritterschaft zu verdanken ist. Sie sollten nach der Absicht des Bearbeiters sowohl heraldischen als auch künstlerischen Ansprüchen genügen In unserem Landsmann Ernst Tode, dessen schöner Wappenkalender von 1903 noch manchem im Gedächtnis sein wird, fand sich die geeignete Kraft für diese Aufgabe. Geschult an den Vorbildern der großen deutschen Künstler der Renaissance, wie Dürer, Holbein, Schäuffelen, Burgmair, Peter Vischer, Bartel Schön u. a., die heraldische Motive in so wunderbarer Weise verwandt haben, hat Tode mustergültige Zeichnungen geliefert, die in ihrer individuellen Auffassung und schwungvollen Durchführung jedem Heraldiker und Kunstfreund Anerkennung abnötigen müßten. Natürlich hat der Umstand, daß die Darstellung von dem üblichen Schema stark abweicht, auch hier und da Widerspruch hervorgerufen; kein Wunder, wenn man bedenkt, wie sehr das Auge sich an die heraldischen Mißgeburten gewöhnt hat, die auf den Siegelringen unserer Väter und Großväter verewigt sind und die so vielen meist die einzige Kenntnis heraldischer Darstellung vermitteln.

Diese „Selbstanzeige" ist länger geworden als beabsichtigt war, was im Interesse der Leser zu bedauern ist. Andererseits hofft der Unterzeichnete durch eine ausführliche Darlegung seines Arbeitsplanes und der Schwierigkeiten, die dessen Durchführung im Wege stehen, die Unterstützung der Leser durch Rat und Tat zu gewinnen. Für jeden Hinweis nicht nur auf Irrtümer, Fehler und Lücken in den bereits erschienenen Genealogien, sondern auch auf benutzbares Material für die folgenden wird der Unterzeichnete sehr dankbar sein, denn nur mit tatkräftiger Mitarbeit der Interessenten kann er hoffen, etwas Brauchbares zustande zu bringen.

Astaf v. Transehe

Verantwortlicher Schri

Momente der Moskauer Politik

Zum 16. Kongreß der Kommunistischen Partei der Sovetunion

Von Harald Frisch

Nach einer Pause von etwas über zweieinhalb Jahren seit dem 15. Kongreß ist am 26. Juni dieses Jahres der 16. Kongreß der Bolschewisten im Großen Theater in Moskau zusammengetreten. Er tagte bis zur Schlußsitzung am 13. Juli.

Dem Zusammentritt des Kongresses ging eine Monate währende vorbereitende Arbeit nicht nur der Parteiorgane, sondern des gesamten politischen und wirtschaftlichen (was bei den Bolschewisten eins ist), staatlichen und kommunalen Apparats der Sovetunion voraus. Die Bedeutung dieser ganzen Arbeit ist uns — abgesehen von ihrem rein technischen und allgemein-propagandistischen Teil — von vorneherein bekannt gewesen. Die emigrantische und ein gut Teil der nationalen Presse aller an der Entwicklung der Sovetunion interessierten Länder hat der Kongreß als Prüfstein für den jüngsten Kurs der bolschewistischen Politik und insbesondere für die Diktatur Stalins hinzustellen versucht. Vom Ergebnis der Kongreßverhandlungen sollte, nach einer ganz allgemeinen Auffassung der Presse, das Schicksal der gegenwärtigen Form des bolschewistischen Regimes, die gesamte Zielsetzung seiner inneren Politik, die Frage, ob die Führung der Partei und des Sovetstaates in den Händen der herrschenden Gruppe und Richtung verbleiben sollte, abhängen. Uns scheint, wäre diese Gruppe und Richtung mit Stalin an der Spitze ihrer Sache nicht vollkommen sicher gewesen, so wäre der Kongreß gar nicht zusammengekommen. Die gesamte Aufmachung des Kongresses und vor allem sein Bild in der bolschewistischen Presse sprechen zur Genüge für eine solche Auffassung. Die zurzeit in Rußland auf der Tagesordnung stehenden Fragen, vor allem auf dem Gebiete der Bauernpolitik, sind solcher Natur, daß sie auf jedem freien Kongreß im großen und im kleinen, im allgemeinen und im besonderen geteilte Meinungen hervorrufen mußten. Dementsprechend erwartete man denn auch allenthalben einen scharfen Meinungsstreit, ein schicksalsschweres Aufeinanderprallen angeblich vorhandener Machtgruppen auf dem Kongreß selbst. Nichts dergleichen ist eingetreten. Alles, aber auch alles, was auf dem Kongreß gesprochen worden ist,

unterscheidet sich nicht im geringsten von dem, was Stalin und seine Männer der Welt, Rußland und der kommunistischen Partei zwei Jahre lang, seit dem Beginn des neuen Kurses, verkündet haben. Und doch, was hat sich in dieser kurzen Zeitspanne in Rußland ereignet! Vor den Augen des politischen Betrachters jenseits der Sovetgrenzen stehen zwar nur ihrem theoretischen Wesen nach recht doktrinäre Tatsachen als Verwirklichung von Losungen: Beginn und Fortschritt der Kollektivisierung der Landwirtschaft, Inauguration und Beginn der Verwirklichung des Fünfjahrplanes; aber auch Maßnahmen von großer unmittelbarer weltwirtschaftlicher Rückwirkung, wie die Forcierung des sovetrussischen Rohwarenexports und anderes mehr. Wir müssen jedoch tiefer greifen, um die innere Bedeutung der jüngsten Entwicklung in Rußland wirklich zu erfassen: wir müssen uns das soziale und menschliche Bild eindringlich vor Augen führen, welches die der Kollektivisierung unterworfene Bauernschaft Rußlands heute bietet. Wir müssen einmal auf die bewundernde Betrachtung der Tatsache des unerschöpflichen natürlichen Reichtums des russischen Riesenreiches bewußt verzichten und uns vor die Frage stellen nach der Umsetzung dieser Reichtümer in flüssige Marktwerte; vor die Frage, in welchem Verhältnis diese gewonnenen oder noch zu gewinnenden Werte zur tatsächlichen Leistungsfähigkeit der Bevölkerung stehen, einer Bevölkerung, der jedes spornende Motiv privatwirtschaftlicher Betätigung genommen ist und die nunmehr, wirtschaftlich nie besonders leistungsfähig, in den Jahren der Zerrüttung 1917 bis 1921 aufs äußerste erschöpft, in grauer Fron ein Werk schaffen soll, dessen Ziffern allein auch jedem abendländischen Wirtschaftsoptimisten alle Achtung abnötigen. Andererseits ist die Doktrin der kommunistischen Internationale lange keine Wirtschaftstheorie mehr, wie es seinerzeit Marx' Lehre war. Sie ist längst ein schlichtes Dogma geworden, das zu seinem Bestehen nicht nur Anhänger, sondern Gläubige braucht. Uns fehlen leider alle Anhaltspunkte, um beurteilen zu können, wie groß die Zahl solcher Gläubigen im Sovetrußland von heute ist; daß sie tatsächlich beträchtlich ist, daran scheint uns, aus vielerlei Gründen, kaum ein Zweifel erlaubt. Es hat jedoch innerhalb der kommunistischen Partei selbst, unter ihren Führern, niemals an Männern gefehlt, die nicht zu diesen Gläubigen gehörten. Lenins NEP brachte ihre Stimmen zur Geltung, und sie haben auch nach dem Ende des NEP nie ganz geschwiegen bis zum Eingreifen Stalins. Sie sprachen nicht aus Menschenfreundlichkeit und nicht aus etwaiger Gegnerschaft zum erklärten letzten Ziel der

kommunistischen Mehrheit; sie sprachen aus rein vernunftgemäßen Überlegungen ökonomischer Natur heraus, als Vertreter einer wirtschaftlichen Logik, nicht als solche von Parteien und Schichten der Bevölkerung. Sie entbehrten somit eines wirksamen politischen Hintergrundes, was ihre Entfernung von der Macht wesentlich erleichterte.

Solche Leute könnten heute anders sprechen. Das stumme Leiden einer ungeheuren Volksmenge verlangte heute nach Ausdruck wie nie zuvor, es sei denn, daß alles elementar-menschliche Empfinden in den weiten, vom neuen Kurse tatsächlich und unmittelbar betroffenen Ländern der Union wirklich im Erlöschen wäre. Entbehrung und Hunger haben bisher auch teilnahmlose Massen selbst um verzweifelte Losungen und zerfetzte Fahnen geschart.

Auch diese sind verschwunden im Reich der Sovets. Wo wir hundert Millionen Menschen atmen hören, wo wir ihren Herzschlag verspüren wollen, nimmt das Ohr des Suchenden heute nichts wahr als das Ticken einer Uhr im leeren Raum, durch den hundertfach widerhallend die dröhnenden Losungen des herrschenden Ordens schallen. Die lebendigen Träger dieser Losungen zu sammeln, ihre vereinten Stimmen von einem Ort durch eine Membran tönen zu lassen, daß sie sich ihrer Verbundenheit, ihrer Zugehörigkeit zu einem Organ von neuem bewußt würden in kritischen Stunden eines schweren Kampfes, wie es die Parole will, um Sein oder Nichtsein — das ist der Sinn dieser Zusammenkunft.

* * *

In einer von solchen kritischen Stunden findet sie ohne Zweifel statt — in einer von vielen; von vielen, die da waren und die noch kommen werden. Die Wahl des Zeitpunktes des Zusammentritts des kommunistischen Kongresses entsprang einer inneren und einer äußeren Notwendigkeit. Zwei in der Praxis neue Elemente in der Entwicklung der bolschewistischen Herrschaft in Rußland nehmen die gesamte Energie der kommunistischen Führung in Anspruch: die Kollektivisierung der Landwirtschaft und der Fünfjahrplan der Industrie und der Finanzen. Die erste nimmt die Aufmerksamkeit des Auslandes weniger in Anspruch als der zweite. Das erscheint nur zu verständlich, ist jedoch kennzeichnend für die Schiefheit der Stellungnahme der bürgerlichen Welt zum Bolschewismus. Der Fünfjahrplan ist, genau betrachtet, nichts als eine theoretische Konstruktion, wie sie jeder mit Phantasie genügend begabte Wirtschaftstheoretiker ebensogut aufbauen konnte. Dieser

Konstruktion als solcher fehlt jede Größe im geistigen Sinn: nur die Zahlen sind gewaltig. Als Werk groß, und natürlich ungeheuer groß, wäre ihre Umsetzung in die Tat. Hier stehen wir, am Anfang des gewaltigen Unterfangens, wiederum vor der Notwendigkeit des Glaubens und vor der Unmöglichkeit, zu beurteilen, wieweit dieser Glaube in Wirklichkeit vorhanden ist. Diese Unmöglichkeit macht jede Spekulation über die Ausführbarkeit des Planes von vornherein zu einer eitlen. Die Bemühungen zahlreicher deutscher und anderer Wirtschaftstheoretiker und -praktiker, Politiker und Schriftsteller, den Fünfjahrplan wissenschaftlich zu untersuchen und ihm danach womöglich eine Prognose zu stellen, erscheinen uns zwecklos und gegenstandslos. Um die Sache handelt es sich hier in keiner Weise. Die Konstruktion ist da und ist ein Instrument, nichts weiter. Kein wirtschafts-, sondern ein machtpolitisches, ein, wenn man so will, ideologisches Instrument der bolschewistischen Herrschaft. Nur von diesem Gesichtspunkt aus ist das Ganze überhaupt zu werten, wie alle von den Bolschewisten getroffenen und noch zu treffenden Maßnahmen. Es sei noch einmal hervorgehoben: jede wirtschaftliche Wertung der Dinge heute in Rußland ist von vornherein falsch oder zum mindesten bedeutungslos. Politisch gewertet aber bedeutet der Fünfjahrplan vorläufig noch eine tabula rasa. Was in seiner Folge tatsächlich geschaffen worden ist, erscheint verschwindend gering gegenüber den Massen, welche die Kollektivisierung der Landwirtschaft in Bewegung zu setzen beabsichtigt und zum Teil bereits in Bewegung gesetzt hat.

Die Werte — politische und wirtschaftliche — nämlich, um die es hier geht, sind in ungeheurer Menge bereits vorhanden. Grund und Boden, Bauten, Inventar und die stets zwangsläufig tätige Arbeitskraft der Bauern. Was geschaffen wird, sind Verschiebungen, durch die, wie wir annehmen, große Teile dieser Werte zerstört werden müssen. Hier haben wir den Kernpunkt des Widerstandes zu suchen, dessen Niederringung in der bolschewistischen „Linie" liegt. Der Linie, zu deren größerem Ruhme der Kongreß der bolschewistischen Partei veranstaltet worden ist. Nicht das Gelingen oder Mißlingen des Fünfjahrplanes kann entscheidend für das Bestehen der Bolschewistenherrschaft in Rußland sein, — denn schlägt das Unternehmen fehl, so wird kaum jemand unter den Moskauer Führern um neue Losungen verlegen sein. Wohl aber birgt das Experiment der Kollektivisierung Explosivstoffe in sich, die der roten Gewalt verhängnisvoll werden können, nicht zuletzt darum, daß es hier um das dem Volke verbliebene letzte Stückchen Brot geht; hier

ist der „Belastungsprobe“ eindeutig eine obere Grenze gesetzt. Der heute in Rußland durch die ländliche Kampagne erreichte Punkt wird nun durch die Exekution des Fünfjahrplanes dieser oberen Grenze fortlaufend näher gerückt, und darin liegt das kritische Moment des gegenwärtigen Augenblicks.

Erscheinen die innerpolitischen Aufgaben der Bolschewistenherrschaft durch eine solche Lage hinreichend bestimmt im Sinne der Notwendigkeit einer angespannten Aktivität, einer verschärften Anwendung aller zu Gebote stehenden Mittel, wie wir eine solche in letzter Zeit auch tatsächlich beobachten können, so schreibt der Verlauf der Dinge in der außerrussischen Welt den Moskauer Machthabern eine abwartende Haltung vor. Wohl niemals seit der Konsolidierung der Sovets ist die Weltlage der bolschewistischen Propaganda so günstig gewesen wie heute. Obenan stehen die Schwierigkeiten der Engländer, in deren Reich es an allen Enden nicht zum besten bestellt ist. China scheint sich wieder dem Zustande eines völligen Chaos zu nähern, und die französische Kolonialmacht hat allerorts mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Das Ganze umfaßt die allgemeine Wirtschaftskrisis, die besonders in Deutschland einen für die kommunistische Arbeit immer mehr geeigneten Boden schafft. Das Gespenst eines drohenden allgemeinen Zollkrieges scheint schwer zu bannen, und mit der Landwirtschaft ist es soweit gekommen, daß die Dürrekatastrophe in Amerika in weiten Kreisen mit unverhohlener Erleichterung begrüßt wird. An jeder Art wirtschaftlicher und politischer Unruhe findet die Moskauer Zentrale Anknüpfungspunkte, ohne viel zu suchen, und Stalin konnte in seiner großen Rede mit einem gewissen Recht fragen, was denn der russische Bolschewismus damit zu schaffen hätte, wenn die revolutionäre Bewegung in allen Ländern mit Naturwendigkeit von innen heraus wachse? („Pravda“ 117, 29. 6. 1930.)

Setzen wir im obigen an die Stelle unserer Ausführungen über die russische Krisis eine farbenprächtige Schilderung der wirtschaftlichen und kulturellen Errungenschaften des Bolschewismus, ungeheurer Fortschritte auf allen Gebieten, des Gegensatzes zwischen der aufsteigenden bolschewistischen und der sinkenden bürgerlichen Welt, so haben wir eine wesentliche Inhaltsangabe des großen Rechenschaftsberichts des Generalsekretärs der bolschewistischen Partei und tatsächlichen Diktators der Sovetunion Stalin, vorgetragen vor dem Kongreß am 27 Juni. Der Bericht ist in jeder Hinsicht das Kernstück des Kongresses. Für alles Folgende flaute das Interesse auch in Ruß-

land sichtlich ab, wie das in Anbetracht der Tagesordnung nicht anders sein konnte. Sämtliche übrigen großen Reden, auch der Bericht des Vorsitzenden des Obersten Wirtschaftsrates, Kuibyschev, des Präsidialmitgliedes des Zentralexekutivkomitees Molotov, der Parteisekretäre Kaganovitsch und Jenukidse, um nur die inhaltsreichsten der zahlreichen Reden zu nennen, waren im wesentlichen nichts als Wiederholungen und Ausführungen der Sätze Stalins. Den größten Teil der zur Verfügung stehenden Zeit füllten die bekannten Reihen schlagwortähnlicher Losungen, deren ständige Praxis eine eigene bolschewistische Sprache und Terminologie geschaffen hat, an deren Unübersetzbarkeit in der Hauptsache der Umstand Schuld trägt, daß ihre ausschließliche Anwendung auf nur in Programmen existierende Dinge sie allen Inhalts berauben mußte. Sie geben der — um einen solchen Terminus zu gebrauchen — bolschewistischen „Selbstkritik" ihr eigenes Gepräge und nehmen nicht nur aller positiven oder negativen Stellungnahme auch der einzelnen Delegierten zur Lage in der Union und den von ihnen vertretenen Gebieten, sondern auch den eigentlichen sachlichen Berichten jegliche Bedeutung. Die ganze, ihrer Herkunft nach bunt zusammengewürfelte, ihrem Habitus nach fast vollkommen gleichförmige Menge der Delegierten sprach nahezu fehlerfrei die Sprache der Moskauer Gebieter in allen Registern ihrer hetzenden Idiomatik; die wenigen Abirrungen, die vorgekommen sein mögen, sind jedenfalls von der Redaktionskommission des Kongresses ausgemerzt worden, ohne deren Genehmigung kein auf dem Kongreß gesprochenes Wort der Presse übergeben werden durfte. Diese Redaktion hat zweifellos auch die unvermeidlichen Unebenheiten und Sinnwidrigkeiten übermalt, die eine Folge der Diskrepanz zwischen der auch in zehn Jahren bolschewistischer Diktatur nicht ganz zu eliminierenden natürlichen Auffassungsweise eines Teiles der Delegierten und dem starren Schema des bolschewistischen Programms sein mußten.

* * *

Zieht man somit die ganze innere Lage im heutigen Sowetrußland in Betracht, denkt man daran, wie groß in der Masse der Bevölkerung die potentielle Reaktion gegen den bolschewistischen Druck nach dem natürlichen Gesetz sein muß, hält man sich das Bild vor Augen, welches das der Kollektivisierung unterworfene flache Land heute bietet in seiner trostlosen Verwahrlosung, vergißt man nicht, mit welchen Ausmaßen von Korruption die bolschewistische

Orthodoxie allenthalben zu kämpfen hat, — dann erscheint der Kongreß als ein schwer zu übertreffendes Meisterwerk in seiner Art.

Es wird lehrreich sein, in einem zweiten Aufsatz die einzelnen Etappen der Schaffung dieses Werkes durchzugehen; ihre Betrachtung wird uns Aufschlüsse geben über die Methoden der russischen Diktatur; ihre Untersuchung wird uns Anhaltspunkte geben, von denen allein aus uns eine Wertung der Dinge in Rußland angebracht und möglich erscheint, ohne mit gegenstandslosen wirtschaftlichen Spekulationen Gefahr zu laufen, am eigentlichen Problem mit geschlossenen Augen vorüberzugehen.

Dichtung und Nation

Von Paul Fechter

Die Stellung, die die deutsche Dichtung im Reigen der europäischen Literaturen einnimmt, ist trotz allem, was man ihr namentlich im Westen vorwirft, immer noch erheblich geachteter, erheblich größer als die Stellung, die die deutsche Nation selbst, namentlich heute innerhalb des neu geordneten Europa besitzt. Die deutsche Dichtung zum wenigsten der Vergangenheit ist etwas, was noch in den feindlichsten Bezirken des europäischen Kontinents als Wert und Qualität Klang hat — selbst noch da, wo man der deutschen Nation gegenüber im allgemeinen nur sehr wenig Wohlwollen und Bejahung aufzubringen bereit ist. Der Ruf der deutschen Dichtung ist weiter gedrungen als der gute Ruf der Deutschen selber; ja es gibt sogar freundliche Leute, die noch heute geneigt sind, die Deutschen bereitwillig wieder auf ihre Tätigkeit als Verfertiger deutscher Dichtung und sonstiger deutscher Geistesarbeit zurückzuführen, wofern sie dafür nur die Beschäftigung mit der Arbeit an der deutschen Wirklichkeit, an der deutschen Nation aufgeben und zurückstellen.

Schon hier wird eine der Merkwürdigkeiten sichtbar, von denen ich vorhin sprach. Der Weltruf der deutschen Dichtung beruht zum großen Teil darauf, daß diese deutsche Dichtung im Grunde mit der deutschen Wirklichkeit, mit der Wirklichkeit der Nation sehr wenig zu tun hat. Eine ungeheure Fülle von Werken höchster geistiger Qualität, ein endloser Zug von Dichtungen, wie sie wenig andere Völker der Erde aufzuweisen haben — und in alledem nur ganz wenige, die unmittelbar ein Stück unseres deutschen Daseins, unserer deutschen Wirklichkeit in der Welt, unseres Lebens und Wesens ge-

staltet haben. Wir erleben Werke von höchster Genialität, vom Faust bis zur Penthesilea, von der Braut von Messina bis zur Prinzeß Brambilla, vom Gyges bis zu Leonce und Lena. In all diesen Werken lebt Deutschland, aber ein Deutschland jenseits des Wirklichen, ein fast möchte man sagen transzendentales, ein übergeistiges, durch keine nationalen Besonderheiten mehr gebundenes Deutschland. Man erlebt, wenn man die große Dichtung der jüngsten Vergangenheit und der Gegenwart einmal durchgeht, die merkwürdige Tatsache, daß wir eine Fülle der höchsten Herrlichkeiten an Dichtung und Geist vor allem aus den Jahren um 1800 besitzen, daß wir aber nur ganz wenige haben, in denen ein Stück von unserer Welt, ein Stück vom Leben der Nation, ein Stück von unserer deutschen Wirklichkeit eingefangen ist.

Ich hatte vor dem Kriege oft Gelegenheit, mit Engländern, englischen Lehrern, Offizieren, Studenten zusammenzukommen, die nach Deutschland kamen, um Sprache, Land und Leute kennen zu lernen. Eine der ersten Bitten fast aller, sobald sich die erste nähere Beziehung ergeben hatte, war diese: „Können Sie mir ein paar deutsche Bücher sagen, Romane oder Theaterstücke, aus denen ich etwas von Ihrer Art, von Ihrem Lande und Ihrem Leben erfahren kann?“ Als der erste kam, habe ich leichtsinnig, ohne Bedenken „Gewiß, ja“ gesagt — und habe dann erlebt, daß die Bitte fast unerfüllbar ist. Es gibt fast gar keine Darstellungen dieser Art; es gehört fast zur Besonderheit der deutschen Dichtung, soweit sie diesen Namen verdient, daß sie zur Wirklichkeit der Nation keine Beziehungen hat. Ich sehe, daß einige sichtlich innerlich protestieren; ich höre im Geist sogar die Namen, die mir entgegengehalten werden — und muß, so leid es mir tut, doch bei meiner Behauptung bleiben. Es gibt selbstverständlich eine ganze Menge dichterischer Gestaltungen und Schilderungen aus der deutschen Welt; aber all diese Darstellungen sind immer gebunden an irgendeinen besonderen Winkel. Gewiß, bei Anzengruber findet man die österreichischen Bergbauern, bei Ludwig Thoma einiges aus dem Leben der Oberbayern. Sudermann und Ernst Wiechert haben in Litauischen Geschichten den Winkel zwischen Memel und Kurischem Haff und seine Menschen gestaltet; Niedersächsisches findet sich bei Fritz Reuter, Fränkisches bei Wilhelm Weigand. Im Drama Hauptmanns ist hier und da etwas von der schlesischen Welt und den schlesischen Menschen der 70-er, 80-er und 90-er Jahre, bei Theodor Fontane einstiges Berliner Bürgertum, märkischer Adel und

einstiges Offizierswesen eingefangen. Die allgemeine deutsche Wirklichkeit aber, das, was alle, was die Nation als Ganzes trägt, unser deutsches Leben, das ist fast nirgends auch nur in Ausschnitten erfaßt. Man steht vor der merkwürdigen Tatsache, daß man den fragenden Fremden zur Erweiterung ihrer Kenntnis deutschen Wesens und deutscher Wirklichkeit am besten immer noch die alten, überwirklichen, lediglich vom Seelisch-Geistigen aus aufgestiegenen Dichtungen in die Hand drückt.

Man kann einwenden, daß das bei anderen Nationen genau so wäre. Wie den Bayern und den Schleswig-Holsteiner müßte man in England den Walliser und den Schotten, in Frankreich den Südfranzosen und den Mann aus der Bretagne unterscheiden, und eine Gestaltung der allgemeinen nationalen Wirklichkeit gäbe es überhaupt nicht. Ich glaube, es gibt sie doch, gibt sie im Sinn einer großen, repräsentativen Dichtung, die vom Einzelwirklichen aus aufsteigt bis zum großen, überpersönlichen Wesensbild des Ganzen. Wir sehen den Unterschied sofort, wenn wir einmal den Versuch machen, fremde Literaturen auf solche Darstellungen des nationalen Wesens und der nationalen Wirklichkeit durchzugehen. Wir finden dort ohne weiteres eine Menge repräsentativer Darstellungen der nationalen Totalität, wie wir sie immer noch nicht haben. Denken wir an Frankreich: da sind Balzac und Flaubert, Daudet und Murger, Zola und Maupassant. Nehmen wir England: von Fielding und Sterne, Dickens und Thackeray bis zu Meredith und Hardy, Kipling und Galsworthy geht eine große Reihe von Schilderern des englischen Daseins, und selbst bei den Russen findet man schon eine Menge von Büchern, aus denen man ihr Wesen und Leben wenigstens im Umriß kennen lernen kann. Die seelisch-geistig reichste Dichtung der Welt aber, die deutsche, steht der Wirklichkeit der eigenen Nation am fremdesten und fernsten gegenüber. Wer aus der deutschen Dichtung und Literatur etwas über deutsche Art und die Besonderheit dieser Nation erfahren will, muß sich schon an die Dinge halten, in denen sich das unmittelbar Wirkliche bis zur Ungreifbarkeit verflüchtigt hat, muß sich das Deutsche erst auf dem Umweg über diese Welt heranholen.

Erst heute scheint es, als ob langsam ein Vorstoß auch in die Bezirke unserer deutschen Wirklichkeit beginnen soll. Es bleibt das Verdienst Gerhart Hauptmanns, im Drama mit Ausschnitten dieser Realität begonnen zu haben; heute mehren sich die Anzeichen, daß allmählich auch anderswo das bisher Versäumte nachgeholt werden

soll. Wir leben ja heute in einer Zeit, die überhaupt auf allen Gebieten der Wissenschaft wie der Kunst dabei ist, die Grenzen der Wirklichkeit weiter und weiter vorzutreiben und die geistige Tätigkeit ins Beschreiben zurückzuziehen. Da wäre es merkwürdig, wenn unsere Wirklichkeit als Nation von diesem Vorgang ausgeschlossen sein sollte Wir stecken erst in den Anfängen. In den Roman ist unsere Wirklichkeit zunächst in der kriegerischen Form in all den zahllosen Kriegsromanen und Kriegsdarstellungen eingebrochen. Man mag über diese Mode denken, wie man will; nimmt man sie als allgemeines Symptom für den Durchbruch zum Wirklichen der Nation, so kann man nur Ja zu diesen Dingen sagen, selbst wenn man zugeben muß, daß sie die Nation nur in einem Sonder-, in einem Ausnahmezustand darstellen, der sie wiederum den andern annähert. Man darf von hier aus um so mehr für die weitere Zukunft erwarten, als gleichzeitig auf dem Gebiet des Dramas die Wirklichkeit, wenn auch nicht der Nation, in der krudesten, primitivsten Form eingebrochen ist. Das Zeitdrama, in dem irgendein Stückchen gegenwärtiger Wirklichkeit oder eben vorübergezogener Vergangenheit möglichst gegenständlich und ohne Distanzierung auf die Szene gebaut wird, ist an sich zwar kein Wert, ist etwas, das in den meisten Fällen schon vergessen ist, wenn es eben vorüberzog, ist mehr ein Zeitungs- als ein Zeittheater. Sobald man es aber als Symptom nimmt, kann man es vielleicht bejahen, zumal wenn es sich entschließen sollte, von der Primitivität der . bloßen Strafgesetzbuchparagraphen-Dichtung oder der potenzierten Arme Leut-Literatur sich abzuwenden und etwas anspruchsvollere Wirklichkeiten zum Thema zu machen.

Man könnte die Frage aufwerfen: wenn man einmal von der unmittelbaren Realität des deutschen Lebens absieht, wie es etwa Hans Grimm in seinem großen Roman „Volk ohne Raum" zu gestalten versucht hat, was man dann darüber hinaus unter dem Begriff deutsch verstehen könnte. Man könnte fragen, warum auch jenseits der Lebenswirklichkeit eine allgemeinverbindliche, gemeinsame Deutschheit wie in der Politik, so auch in der Dichtung bis heute nicht entstanden sei. Man würde antworten müssen, daß es wohl daran liegen wird, daß wir durch die Jahrhunderte hindurch fast ebensoviel Umschreibungsversuche des deutschen Wesens haben, wie es deutsche Menschen gegeben hat, die sich der Frage annahmen. Ich werde mich infolgedessen hüten, hier zu den unzähligen alten Feststellungen über das Wesen des Deutschen eine neue zu fügen;

sie würde ebensowenig Kraft haben, alle auf sich zu verpflichten, und würde nur helfen, den Wirrwarr zu vermehren. Ich möchte vielmehr versuchen, hinter all diesen Umschreibungen etwas zu ergreifen, das zuletzt allen Deutungsversuchen unseres Wesens unausgesprochen gemeinsam zugrunde liegt. Etwas, das alle die gegnerischen Meinungen nicht nur gemeinsam trägt, sondern vielleicht sogar alle veranlaßt hat und bedingt.

Ursache all der Meinungsverschiedenheiten über unsere deutsche Art ist ja im Grunde wie bei all unsern tausend Meinungsverschiedenheiten vom Religiösen bis zum Politischen, vom Künstlerischen bis zum Wirtschaftlichen eine schöne und sehr ordentliche Eigenschaft unseres Volkes, nämlich die Fähigkeit, Dinge und Fragen, die die andern leicht nehmen und gewissermaßen nebenbei erledigen, nur mit dem letzten persönlichen Ernst auffassen zu können und bis zum Schädeleinschlagen wichtig zu nehmen. Die Deutschen haben sich nicht umsonst dreißig Jahre lang wegen religiöser Fragen miteinander und mit fast allen Völkern Europas herumgeschlagen; was sich da auswirkte, war genau das gleiche, was heute unser politisches Leben so erfreulich lebendig, wenn auch wenig erfreulich einheitlich macht. Der Deutsche, jeder Deutsche nimmt noch heute wie früher im Grunde *seine* Auffassung der Dinge, *sein* Erlebnis der Welt und *seine* Stellung zu ihr als die einzig mögliche und allein richtige und wichtige; er nimmt das, was *er* tut und macht, so ernst, daß es für ihn das einzig Bedeutsame ist; seine Weltbetrachtung wie sein Wirken ist ihm im Grunde heute noch wie ehedem nicht Berufs-, sondern Lebenssache. Indem er sich mit seinem ganzen Wesen, mit der ganzen Intensität seines Lebens in seine besondere Wirklichkeit und sein Verhältnis zu ihr verbeißt, sondert er sich vom Nachbar wie vom Gegenüber, vermag die Wichtigkeit ihrer Betrachtung und Tätigkeit kaum noch aufzufassen, wofür sich der andere mit der gleichen Absonderung, dem gleichen Wichtignehmen nur des eigenen Bereiches ausgleichend revanchiert. Die Folge dieser Eigenschaft ist die Zersplitterung, die wir immer noch erleben, sobald wir die rein äußeren Gebiete verlassen und in die Regionen menschlicher Betätigung und menschlichen Lebens hineingehen, in denen Seelisches, wahrhaft Lebendiges zu sprechen beginnt. Auf ihr ruht aber zugleich das beste Teil unserer besonderen Kraft, und von ihr aus kann sich, richtig verstanden, eine einende Formel, eine mehr oder weniger alle verpflichtende Umschreibung unserer Art ergeben, die um so stärker binden könnte, als sie jenseits dieser einenden Verpflichtung das

Besondere, das Wesentliche, das Unterscheidende ruhig bestehen läßt, im Grunde noch betont und den einzelnen in der Hinwendung auf dieses sein eigenstes Reich noch bestärkt und kräftigt.

Was nämlich jenseits von allem Trennenden gemeinsames Merkmal und im Grunde das Besondere unserer deutschen Art zu sein scheint, ist dieses: daß diese Hingabe an den besonderen persönlichen Bezirk als Grundlage in ihrem Kern eine höchste Verpflichtung, Verpflichtung zur Leistung im höchsten Sinne enthält. Wenn jeder seinen besonderen Winkel für die ganze Welt nimmt, in seiner Partei oder in seinem Dorf, in seinem Stamm und in seiner Arbeit und Weltbetrachtung das einzig Mögliche und Menschenwürdige erblickt, so übernimmt er damit die Verpflichtung, in seinen Leistungen für diese seine Weltanschauung oder seinen Stamm, sein Dorf oder seine Partei das absolut Höchste, das irgend nur Erreichbare zu leisten. Über dem deutschen Partikularismus und Individualismus, über dem inneren Drang zur Selbstisolierung wächst bei dieser Betrachtung von selbst und ohne Zwang eine Verpflichtung zur Höchstleistung, zum höchsten Niveau, zu den letzten Ansprüchen an sich und an die eigene Arbeit. Da aber diese Forderung unabhängig ist vom Inhalt der jeweiligen Gesinnung, vom Materiellen, wenn man so sagen darf, des Meinens, Fühlens, Wollens, so ist sie vielleicht zuletzt das einzige einende Band, die alle verpflichtende Umschreibung deutscher Nation, die Formel, auf der sich all die vielen feindlichen deutschen Brüder, in der deutschen Dichtung am Ende sogar die Gegner im Flaggenstreit einmal einigen könnten.

Wesen der deutschen Nation wie ihrer Dichtung wird, von hier aus gesehen, Verpflichtung zum Niveau, zur höchsten Leistung! Eine Sache um ihrer selbst willen treiben, tun andere Nationen in gleicher Weise. Da sie aber nicht das schwere Schicksal über sich haben, den Kampf mit der Welt jeweils isoliert, jeder einzeln für sich auf seine einzelne und besondere Weise ausfechten zu müssen, sondern diesen Kampf gewissermaßen verbandsmäßig auf Grund gemeinsamer tragender seelischer Konventionen allgemein verbindlicher Art erledigen können, so können sie auch die Verpflichtung und ihr Niveau ebenfalls auf einer gemäßigteren und von da her allgemeinverbindlichen Niveaufläche festlegen. Die deutsche Art, das isolierende Ernstnehmen nur des eigenen Weltwinkels, zwang und zwingt den einzelnen wie alle zur Selbstrechtfertigung dieser Sonderstellung durch die Höchstleistung. Das mittlere Klima ist das Glück und der Verzicht der anderen. Die großen Gipfel, getrennt von Nachbarn durch tiefe

Schluchten, sind das Schicksal dieser seltsamen Nation der Deutschen.

Die Aufgabe, die dieser Sachverhalt der Erkenntnis wie ihren tätigen Konsequenzen stellt, ist nicht leicht zu lösen. Es liegt sehr nahe, aus dem isolierten Wichtig- und allein für richtig Nehmen nur der eigenen Weltbetrachtung die Konsequenz herzuleiten, daß das Entscheidende nicht die Bestätigung dieser Weltbetrachtung durch das Niveau der Leistung ist, sondern schon die Gesinnung. Daß es darauf ankommt, daß die andern ebenfalls dieses einzig richtige Gefühl, diese einzig richtige Meinung vor der Welt haben. Damit aber bleibt man auf der Vorstufe stehen, sieht schon die volksmäßig gegebenen Voraussetzungen als das Entscheidende an und verzichtet auf die tätigen und ethischen Konsequenzen, die sich aus ihnen ergeben. Hier liegt gerade der Punkt, von dem aus die Vorwürfe gegen das deutsche Laster der Zersplitterung berechtigt werden. Die Konzentration nur auf die eigene Welt und ihre Wichtigkeit ist, sobald der Weg mit Konsequenz und den letzten Anforderungen an sich selbst bis zu Ende gegangen wird, die Voraussetzung für die spezifisch deutschen ganz großen Leistungen, die Luther und Hegel, Grünewald und Stifter, Bach und Bismarck heißen. Sie führt aber ebenso zum Engen, Beschränkten und Zerstörenden, sobald aus der Konzentration diese letzten Folgerungen nicht gezogen werden, sobald nicht die Leistung, sondern nur ihre Vorstufen, die Gesinnung, die Meinung als das Entscheidende und als die allgemeine Forderung angesehen werden. Wer den Weg zu Ende geht bis zur höchsten Leistung auf seinem Platz, verpflichtet durch eben diese Leistung den Nebenmann zur Anerkennung und damit von selbst zum Mitgehen. Wer das nicht tut und seine Forderung der Anerkennung schon bei den Voraussetzungen erhebt, bei der Gesinnung, der Meinung, der Weltbetrachtung, bleibt auf halbem Wege stehen und verzichtet so auf die Allgemeinverbindlichkeit, die der andere erringt. Er fordert nur und bleibt abhängig vom guten Willen oder der Schwäche des Nachbarn; er kann nicht verpflichten; er hat keine Argumente der Leistung, die, wofern sie wirklich höchste Leistung, unausweichbar sind, hat bestenfalls Überredung, nicht Überzeugung; er bindet nicht alle einzelnen Teilchen, sondern schafft lediglich etwas vergrößerte Zentren erneuter Isolierung. Gesinnung versteht sich im Grunde immer von selbst, ist Voraussetzung, aber nicht Ergebnis. Deutschsein heißt von dieser Voraussetzung aus erst mit zähester Arbeit zur Leistung, zum höchstmöglichen Niveau für die Tat wie für den Täter kommen. Von der Gesinnung aus gilt es erst sich selbst, den

Menschen, so zu formen, daß er vor den eigenen höchsten Ansprüchen wie vor denen der andern bestehen kann; es gilt zugleich, von ihr aus das Werk, die Tat, die Leistung bis zu dem Gipfel zu steigern, auf dem das letzte Mögliche erreicht, der höchste Grad der Verwirklichung erzielt worden ist.

Die Frage ist, was sich von dieser Auffassung unserer nationalen Eigenart für die deutsche Dichtung ergibt, wobei der Ton in gleicher Weise auf dem Worte deutsch wie auf dem Worte Dichtung ruht. Die Antwort ist einfach: die deutschen Schriftsteller vom größten bis zum kleinsten haben eben, weil sie Deutsche sind und soweit sie deutsches Wesen gestalten wollen, die Verpflichtung, bei ihrer Arbeit von sich wie vom Werk, das sie schaffen wollen, das Höchste an Vollendung zu verlangen. Sie haben, eben weil sie deutsche Dichter sind und sich infolgedessen im Äußeren wie im Inneren ungeheuerlich voneinander unterscheiden, die Aufgabe, jeder an seinem besonderen Platz, auf den er sich gestellt hat, mit seinen besonderen Mitteln, die er für die allein möglichen hält, an seiner besonderen Aufgabe, die ihm als die allein sinnvolle und wichtige erscheint, so zu arbeiten, daß das Resultat ganz von selbst durch eben seine Vollendung aus dem persönlichen Bereich in den sachlichen und damit allgemeinverbindlichen hinübergreift.

De facto aber wird, mit wenigen Ausnahmen wie Stehr, Barlach, George, heute überall das Gegenteil sichtbar. Anspruchslosigkeit im weitesten Sinne ist die wesentlichste Schwäche unserer Literatur, Anspruchslosigkeit, Verzicht auf das höchste erreichbare Niveau der Leistung ist Kennzeichen zur Rechten wie zur Linken, in den Bezirken der Literatur hüben wie drüben, in denen für irgendeinen kleinen Kreis Gesinnungsgleicher weniger gearbeitet als das jeweilige Stichwort gegeben wird. Das stolze Wort Hans v. Marées' als man ihm die fertiggemalten Bilder seiner Nebenmänner als Muster vorhielt: „Die fertigen Werke der anderen sind ja noch garnicht angefangen", — dies stolze Wort müßte man einem großen Teil der literarisch arbeitenden Menschen immer wieder vorhalten. Gerade heute. Im Lauf dieses letzten Jahrhunderts hat sich der Geist so sehr aus der freien Beschäftigung mit sich selbst, aus der Kunst, der Dichtung, der Philosophie zurückgezogen und ist bescheiden in die Rolle des Dieners, in die Praxis eingegangen, aus dem freien ein angewandter Geist, Technik, Naturwissenschaft, Organisation geworden, so daß für seine alten eigentlichen Gebiete von seiner Kraft nicht mehr viel übriggeblieben ist. Er ist anspruchsvoll geblieben überall da,

wo das Angewandte in Frage kommt. Seine anderen Gebiete aber sind unter diesem Zeitzwang im Niveau immer mehr abgesunken. Würde die Summe von Ansprüchen, die die Hersteller an ein gutgebautes Automobil, an eine Maschine, ein physikalisches Instrument, eine große Ingenieurarbeit ganz selbstverständlich stellen, auch nur zu einem Bruchteil ebenso an jedes Werk künstlerisch-literarischer Art gestellt werden, würde das Fertig, das Vollendet hier ebenso wie dort erst dann gesprochen werden, wenn das Ganze ebenso funktioniert wie dort die Maschine, wie das Auto, wie die Brücke, so würde die deutsche Dichtung ganz von selbst wieder die Stellung in der Welt bekommen, die sie früher einmal, sagen wir bis zum Jahre 1832, bis zum Tode Goethes und Hegels, eingenommen hat. Und unser nationales Wesen würde in einem solchen anspruchsvollen, bis ins Äußerste und Kleinste vollendeten Schrifttum und seinen Werken mit einer Klarheit und Allgemeinverbindlichkeit sich darstellen, daß vielleicht auch einmal die fremde feindliche Welt draußen wieder wissen würde, wie wir eigentlich sind und was im Grunde der positive Sinn all dessen ist, was ihnen an uns so fremd, so unverständlich, so im tiefsten unbegreiflich ist.

Man verstehe dies alles nicht falsch. Es liegt mir völlig fern, von jedem Mann und jeder Frau, die eine Feder oder eine Schreibmaschine zur Hand nehmen, zu verlangen, daß sie nun ihre Darlegungen etwa auf dem Niveau Hegelscher Geschichtsphilosophie oder mit der Tiefe Eckhartscher Mystik ansetzen. Davon ist keine Rede. Worum es sich handelt, ist dieses, daß jeder bei jedem, was er vornimmt, bewußt die Mühe auf sich nimmt, bis dahin vorzustoßen, wo er nur noch mit seinem Material, mit seinem eigenen inneren Besitz an Worten, mit seiner inneren Wahrheit arbeitet. Wir leben heute im grausigsten Zeitalter der Worte, das je über die Welt dahingegangen ist. Ein Verschleiß an Sprachgut geht rings um uns vor sich, wie ihn die Welt bisher noch nicht gesehen hat. Die meisten von uns empfangen ihr Besitztum an Sprache nicht mehr durch lebendiges Wachstum aus sich selbst; sie kaufen es fertig von der Stange, übernehmen es von der Konfektion der Redenden wie der Druckenden und vergessen, daß das Wort am Anfang des Lebens steht. Ansprüche stellen, Niveau haben, heißt nicht Zwang und Selbstzwang zum Geist um jeden Preis; es heißt vielmehr etwas viel Schwereres; es heißt, im Kleinen wie im Großen durchstoßen bis zu den Schichten des Lebens, in denen jeweils die Wirklichkeit des Kleinen wie des Großen nun tatsächlich daheim ist. In einem

Vers von Eichendorff, einer Anekdote Hebels, einer kleinen Geschichte Gotthelfs steckt ebensoviel Vollendung wie in einem ganzen geschlossenen, fünfaktigen Drama, sagen wir Hebbels oder Grillparzers. Niveau und Höhe des Geistigen wird nicht dadurch erwiesen, daß man Ahasver oder Judas Ischarioth, den Demiurgen oder zum wenigsten Plato oder Giordano Bruno bedichtet; es ergibt sich, wenn der Gegenstand mit den reinsten und echtesten, lebendigsten Mitteln des Sprachlichen zu seiner ihm adäquatesten, reinsten und vollendetsten Wirklichkeit, zu einem Dasein gebracht ist, über das hinaus es keine Steigerung mehr gibt.

Dieses aber ist zugleich die wesentliche Voraussetzung dafür, daß die deutsche Literatur sich endlich die Beziehung zum Ganzen der Nation erobert, die sie braucht und die sie eigentlich — seien wir aufrichtig — immer noch nicht hat und nie gehabt hat. Die deutsche Dichtung mit wenigen Ausnahmen, wie etwa Johann Peter Hebel, wie der Riese Jeremias Gotthelf, dessen ganze Größe noch immer nicht begriffen ist, oder wie Matthias Claudius, ist im wesentlichen Bildungsdichtung. Literatur für eine Oberschicht, nicht Dichtung für das Ganze. Das größte Problem, mit dem die deutsche Literatur in den kommenden Jahren zu ringen haben wird, wird dieses sein: einen Weg zu finden, der die Ergebnisse der Arbeit der deutschen Dichter und Schriftsteller weit mehr an die Nation heranbringt, als das bis jetzt der Fall gewesen ist. Wir haben eine große und reiche, eine Weite der Welt umspannende Dichtung, wie sie wenige Völker ihr eigen nennen können. Diese Dichtung ist zum großen Teil nur zugänglich auf dem Weg der Bildung. Man nehme, um nur ein paar Beispiele zu nennen, Goethes Tasso, die Iphigenie, die Braut von Messina oder den Wilhelm Meister, Hölderlins Lyrik und Hebbels Dramen, ein Wunderwerk wie Kleists Penthesilea oder selbst den ersten Teil des Faust. In all diesen Dingen ist etwas, das nur von bestimmten Wissensvoraussetzungen, von bestimmten Bedingungen der Bildung aus auffaßbar wird und zwar nicht nur in Einzelheiten, was durchaus legitim wäre, sondern im Grunde bereits in der Idee des Ganzen. Die ganze Romantik vom Kater Murr bis zu Immermanns Münchhausen, vom Heinrich von Ofterdingen bis zum Godwi ist entstanden auf der Voraussetzung eines Leserkreises, der nicht nur die allen gemeinsamen Erfahrungen des Lebens, sondern einen bestimmten Besitz an übermitteltem Bildungsmaterial mitbringt. All diese Werke wenden sich nicht an das Ganze; sie wenden sich an eine schon gehöhte, durch Bildung im Sinne von Wissen gehöhte Schicht, die über dem Volk sich gesammelt

hat, an einen Kreis von wenigen, die zwischen sich und dem Ganzen bereits eine Trennung vollzogen haben. Das kann an sich durchaus gerechtfertigt sein wie im Fall Stefan George, der mit seiner Arbeit bewußt darauf ausgegangen ist, ein Vorbild für die wenigen zu schaffen, aus denen einmal die Führer, die leitenden Menschen für das Ganze hervorgehen sollen. Es scheint mir aber heute angesichts der Aufgaben, vor denen das Reich in dieser seiner schwersten Zeit steht, als allgemeines Prinzip nicht mehr haltbar. Man hat in diesen Jahren mehr und mehr das Gefühl bekommen, daß die wichtigste Aufgabe der deutschen Dichtung die sein wird, Arbeit für das Ganze zu leisten, sich nicht mehr an einen kleinen geschlossenen Kreis, sondern an die Gesamtheit der Nation zu wenden.

Ich darf hier vielleicht eine persönliche Erfahrung einschalten, die besser verständlich macht, was ich meine. Im besetzten Lille gab es im Jahre 1915 eine Aufführung der Minna von Barnhelm. Eine Gruppe deutscher Schauspieler veranstaltete ein Gastspiel im alten Theater von Lille, Agnes Sorma spielte die Minna, Eduard von Winterstein den Tellheim. Im Parkett saßen lediglich Männer. Deutsche Soldaten, Unteroffiziere, Feldwebel, wenig Offiziere; nur ganz selten zwischen ihnen eine Schwester. Oben kreisten die englischen Flieger, unten ging dies graziöseste Werk der deutschen Literatur in Szene – vor einem Publikum, das Volk mit einer Reinheit repräsentierte wie kaum je ein anderes wieder. Von all diesen Männern, die da saßen und zuhörten, hatte ein ganz kleiner Prozentsatz das Stück gelesen; ein ganz wenig größerer Prozentsatz den Namen des Dichters gehört, die große Mehrzahl wußte weder von Lessing noch von Minna von Barnhelm etwas, bevor sie das Haus betrat. Und nun war es sehr merkwürdig zu erleben, wie diese grauen Männer auf das Stück reagierten. Man fühlte, sie waren glücklich, wenn der Wirt kam, wenn Just erschien, oder wenn der Feldwebel Werner seinem Zorn Luft machte. Man fühlte, sie sahen mit leichtem Befremden und ein bischen Scheu zu, wenn der Major von Tellheim und das Fräulein von Barnhelm auftraten und sich zu unterhalten begannen. Da setzte deutlich spürbar der Kontakt aus. Das war Vorgesetztenangelegenheit oder aus dem Militärischen ins Bürgerliche übertragen: Bildungsangelegenheit Das war nicht mehr Leben vom Leben aller und also auch der grauen Männer, die hier im Parkett saßen, wie die Szenen zwischen Just und Werner und Franziska; das war aus einer andern Welt, aus der Bildungswelt, aus einer abgeleiteten, zu der sie ohne Wissen nur mit ihren

ungetrübten Instinkten keinen Zugang hatten. Das Seltsamste an dem Erlebnis aber war nun, daß unsereiner, der da mit all seinem Literaturwissen zwischen diesen Menschen ohne alle Literatur saß und zu ihnen gehörte, genau dasselbe empfand. Daß man sich beinahe ein ganz klein wenig geniert fühlte, wenn da oben die ganz leise isolierten, nicht mehr nur unmittelbaren, sondern doch schon von Bildungsvoraussetzungen überschatteten Angelegenheiten des Majors und des Fräuleins verhandelt wurden.

Man verstehe dieses nicht falsch. Ich bin der letzte, der nun einer billigen Volkstümlichkeit und der Rücksicht auf die Verständnismöglichkeiten des kleinen Mannes das Wort reden will. Das liegt mir sehr ferne. Ich habe aber das Gefühl, daß hier eine Stelle in unserem geistig kulturellen Dasein ist, die wir gerade heute unbedingt heller beleuchten, deren Problematik wir uns einmal klarmachen müssen Es scheint mir das eine der dringendsten Aufgaben, weil im Grunde hier wieder die Hauptaufgabe unseres ganzen heutigen Daseins sichtbar wird, nämlich die Arbeit am Einswerden der Nation. Ich bin der letzte, der für Volkstümlichkeit im Sinn von Herablassung, sozusagen für literarischen Babyslang für Erwachsene der minderbemittelten Schichten plädieren will; das führt zu gar nichts, höchstens zu grauenhaften Mißverständnissen und zu jener Entfremdung zwischen den Menschen der verschiedenen Schichten, die wir nach Jahrzehnten zum ersten Mal im Kriege wenigstens für ein paar Monate überwunden hatten. Was ich meine, ist vielmehr dies: Aufgabe der deutschen Dichtung ist nicht Herablassung zum Volk, sondern ein Wirken aus den wesentlichen Bezirken der gemeinsamen Volkheit heraus, ein Arbeiten nicht aus den bloßen Bereichen der Bildung und des Wissens, sondern aus dem gemeinsam Vitalen des gelebten Lebens. Ein Gestalten aus Erfahrung, nicht aus Wissen. Die großen Werke der Dichtung trägt immer die Weisheit des Lebens, nicht das Wissen der Bildung. Weisheit aber ist zuletzt jedem lebendig gebliebenen Menschen, ob mit oder ohne Bildung, zugänglich und verständlich. Und ebenso alles, was aus dem Leben von innen her, aus der inneren Wahrheit gespeist ist. Sobald die Worte sich verdünnen und das Spiel der bloßen Intelligenz beginnt, zerreißt das Band, das den einzelnen an das Ganze knüpft. Solange er aber sein Blut sprechen läßt und sein Gefühl, sein wirkliches inneres Leben jenseits aller Literatur und Bildung, steht er in lebendiger Beziehung zu allen. Diese allen gemeinsame Erfahrung des Lebens und diese Weisheit von der Welt kann sich im kleinsten wie im

größten auswirken. Sie klingt in Versen Goethes, in den Erzählungen des alten Fontane wie in den Gedichten Klaus Groths; sie trägt den Grimmelshausen wie die Erzählungen Stifters, Sudermanns Litauische Geschichten wie Georg Büchners Wozzek, sie leuchtet mit dem großen weltgeschichtlichen Blick über Schillers Wallenstein-Trilogie und schimmert über Mörikes herrlichem Mozartkapitel. Sie ist recht eigentlich in allem wirklich Vollendeten, spricht überall da, wo ein Mensch mit höchsten Ansprüchen gegen sich selbst die Idee seines Werkes und in diesem seinem Werk die Summe seines eigenen Gelebthabens, seiner Stellung im riesigen Reigen des gemeinsam Lebendigen der Nation wirklich verwirklicht und damit den Sinn des eigentlich Deutschen soweit wie möglich realisiert hat.

Mit dieser Forderung, im Werk der Dichtung die Beziehung zum Ganzen der Nation zu wahren, soll nun nicht verlangt werden, jede einzelne Leistung auf Verständlichkeit für alle abzustimmen. In dem Augenblick, in dem sich der Bereich des Dichterischen erweitert über das rein Gestaltende hinaus ins Deutende, in dem Augenblick, in dem ein Mensch die Summe nicht nur seiner gelebten Erfahrung, sondern seines gesamten Wissens von der Welt ziehen will, wie etwa Goethe im zweiten Teil des Faust, da hört selbstverständlich die Möglichkeit dieser unmittelbaren Beziehung und Verbindung mit allen auf. Hegels Phänomenologie und Lessings Freimaurergespräche, Schellings Bruno oder Schlegels Lucinde, der Siebente Ring Stefan Georges oder Jacob Böhmes Morgenröte leben in Regionen, die selbstverständlich nicht auf der bloßen Voraussetzung der Lebendigkeit und gelebten Erfahrung zugänglich werden, sondern auf dem langen, langsamen, mühevollen Wege des Geistes. Die letzten, höchsten Dinge, in denen Seele und Geist gemeinsam den Aufstieg vom Irdischen zum Göttlichen vollziehen, entfernen sich naturgemäß von den Grundlagen des allgemeinen Lebens. Sie steigen auf zu Höhen, die nur noch den Seelen zugänglich sind, die die gesamte Summe ihrer Kraft an den Aufstieg in diese Welt gesetzt haben, die Wissen und Bildung, Erfahrung der Seele und alle Steigerung und Sublimierung des Geistes zu einem einheitlichen Ineinander zusammenfassen. Diese letzten, höchsten Dinge bleiben den Führern vorbehalten und bleiben nur durch sie wiederum im Zusammenhang mit dem Ganzen. Die Einsamkeit, die um diese letzten, höchsten Leistungen des menschlichen Geistes ist, würde sie isolieren, wenn nicht immer von neuem aus den breiten, das Ganze tragenden Schichten sich Menschen mit zäher Kraft zu ihnen hinaufarbeiten würden, um eben

die Verbindung zwischen der Allgemeinheit und dem Höchstmöglichen der Nation nicht abreißen zu lassen.

Damit aber sind wir bei der letzten Verpflichtung der deutschen Dichtung gegenüber der Nation, die zugleich wieder an die erste anschließt. Die Menschen, denen ein Gott gab zu sagen, was sie leiden und was sie freut, die die Möglichkeit haben, in Wort und Schrift zu dem Leben rings um sie Stellung zu nehmen und auf dies Leben zu wirken, die haben neben der Aufgabe, das, was sie selbst schaffen, bis zum Höchsten vorzutreiben, eine zweite, gerade heute mindestens ebenso große und wichtige, nämlich die Verbindung aufrechtzuerhalten zwischen der Nation und dem Höchsten, was diese Nation im Lauf der Jahrhunderte über sich hinaus geworfen hat. Aufgabe der deutschen Literatur gegenüber der Nation ist es gerade heute, Mittler zu sein zwischen den letzten Dokumenten der großen deutschen Geistigkeit und der Allgemeinheit. Wir leben jetzt in der Zeit der Mittelmäßigkeit, die der alte Goethe prophetisch heraufkommen sah, als er sagte: „W i r werden mit vielleicht noch wenigen die letzten sein einer Epoche, die so bald nicht wiederkehrt." Es gilt heute, wenigstens die Verbindung mit jener Epoche, die so bald nicht wiederkehrt, nicht abreißen zu lassen. Jene Geistigkeit, die um die Wende vom achtzehnten zum neunzehnten Jahrhundert in Deutschland die ungeheuren Gipfel aufwachsen ließ, die die Namen Hegel und Goethe, Kant und Schiller, Novalis und Schlegel, Kleist und Hölderlein tragen, — jene Geistigkeit lebendig zu erhalten, dafür zu sorgen, daß die Zugänge zu dieser Welt nicht verschüttet werden, daß das Bild jener wirklichsten deutschen Wirklichkeit nicht durch die billigen Surrogate heutigen sogenannten geistigen Lebens in den Schatten gestellt wird: das ist die zweite, nicht minder bedeutsame Aufgabe, die die deutsche Literatur der Gegenwart vor sich hat. Die Ansprüche, die der einzelne an sich zu stellen hat, werden von hier aus verdoppelt. Er hat nicht nur sein Deutschsein darin zu erweisen, daß er jedes Stück seiner Arbeit bis zur letzten möglichen Vollendung steigert: er hat zugleich sich selber, seinen geistig seelischen Bereich vorzutreiben bis dahin, wo die großen führenden Gestalten schon einmal gewesen sind. Er hat die F ü h r e r stellung, die ihm seine Arbeit als schreibender Mensch von selber gibt, mit den höchsten Ansprüchen an sich selbst aufzufassen; denn er trägt die Verantwortung nicht nur für sich und sein eigenes Arbeiten; ihm ist ein Stück der Verantwortung für das Ganze der Nation mit auferlegt. Gerade heute gilt es, dieses Ganze mit allen Kräften des Geistes

wie der Seele hochhalten, auf daß es über die Not dieser Zeit hinweggetragen werde in kommende, bessere Tage, in denen Dichtung und Nation endlich ein lebendiges und natürliches Verhältnis zu einander ohne Krampf und ohne Künstlichkeit errungen haben.

Das Erlebnis der sittlichen Weltordnung

Von Paul Kraunhals

Weltanschauung im eigentlichen Sinne begnügt sich nicht mit einem Teilausschnitt aus der bunten Fülle der Daseinswirklichkeit. Ihr liegt jene Vermessenheit des trennenden Verstandes fern, welche das Wesen des Ganzen vom Teil aus ermessen zu können wähnt. Denn der immer nur auf Teile gehende Verstand ist der Anwalt einer atomhaft mechanischen Zerstückelung der Welteinheit und als solcher der Feind aller eigentlichen Weltanschauung. Wer zu ihr vordringen will, muß die ewige Grenzsetzung der immer nur an Einzelerscheinungen haftenden, die Einheit des Kosmos prismatisch zerlegenden Sinne und Verstandeskräfte in sich überwinden. Er muß von dem Bewußtsein durchdrungen sein, daß er das Ganze der Welt nur mit der Grenzenlosigkeit seiner ganzen Seele zu erfassen vermöchte. In diesem Hinwegräumen der vom spezialisierenden Verstande künstlich errichteten Schranken durch die Erlebniskraft der Seele überwindet er die gelehrte Vielfältigkeit in der Einfalt, die alles innerste Erleben auszeichnet. Hier kehrt er zurück zur Wurzel, zum Kern seines Wesens, zu jener kosmischen Verbundenheit, die noch das vorwissenschaftliche Weltbild charakterisierte, die in der Einfalt des Kindes immer wieder die Erinnerung an unser urzeitliches Ahnentum anklingen läßt.

Wenn das nach außen gerichtete revolutionäre männliche Prinzip des Verstandes die Einheit der Welt wie durch ein Prisma in zahllose Strahlen zerlegt, die sich nach allen Richtungen hin zerstreuen, so sammelt das nach innen gekehrte konservative weibliche Prinzip des Gefühls die gebrochenen, zerstreuten Strahlen im Brennpunkt des seelischen Erlebens und offenbart uns wieder die ursprüngliche innere Einheit aller kosmischen Mannigfaltigkeit. Aber erst das harmonische Zusammenwirken von Verstand und Gefühl, Geist und Seele, männlichem und weiblichem Prinzip kündet die Persönlichkeit als Einheit in aller Mannigfaltigkeit. Ja, im Sinne der Erhaltung des Lebens ist das männliche Prinzip Mittel, Werkzeug neuer Lebensgestaltung

durch das weibliche Prinzip. Der männliche Verstand löst die alten Bindungen, sammelt die Bausteine zu neuen Ordnungen, aber erst das gefühlverwurzelte, wertende Erleben, das auf die Einheit des Mannigfaltigen dringende weibliche Prinzip schafft und erhält die lebendige Ordnung der Bausteine neuer Lebensformen.

Alle eigentliche Weltanschauung ist als Offenbarung des weiblichen Prinzips im Menschen die Überwindung der Zwiespältigkeit, der Polarität in der höheren Einheit der Gegensätze Wie der physische Mensch aus der Vereinigung der Polaritäten Mann und Weib hervorgeht, so kündet sich auch das innerste Wesen seiner geistigen Persönlichkeit in der weltanschaulichen Vereinigung der Polaritäten, an denen die Struktur des Daseins durchgängig orientiert ist. Das gefühlverwurzelte Erlebnis dieser Vereinigung alles polar Entzweiten in der Einheit des Kosmos liegt daher auch jenseits aller verstandesmäßigen wissenschaftlichen Erfahrung. Muß doch diese gerade umgekehrt das Subjekt vom Objekt trennen, Einheit in Mannigfaltigkeit auflösen, das Unbegrenzte zeiträumlich begrenzen, um Erkenntnisse zu sammeln. Ist alle wissenschaftliche Problematik sonderlich an der Polarität von Subjekt und Objekt, Innenwelt und Außenwelt, Seele und Leib, Geist und Materie, Leben und Unleben orientiert, so erscheint die Überwindung dieser wissenschaftlichen Problematik im wertenden Erleben gerade als das Charakteristikum wahrer Weltanschauung. Eine Überwindung, die sich wohl der Stufen wissenschaftlicher Naturerkenntnis im weitesten Sinne als Mittel bedienen kann, die aber ihren Sinn immer im Erlebnis der all-einen Wesenheit sieht, die sich in allem Mannigfaltigen, in allem von Sinnen oder Verstand Unterschiedenen offenbart. Aus diesem Erleben heraus betrachtete noch ein Leibniz, ja ein Kant die Naturerkenntnis als Gotteserkenntnis, wie umgekehrt wieder das religiöse Erleben von der Erhabenheit der kosmischen Ordnung angeregt und vertieft wird.

In solcher Gemütsstimmung verschwindet der Gegensatz von Natur und Freiheit, sinnlicher und übersinnlicher Welt, erscheinen die zwei Dinge Kants, der bestirnte Himmel über uns und das moralische Gesetz in uns, als die polaren Seiten ein und derselben Wesenheit, in ihr zur Einheit verbunden. Hier kündet sich die Natur als der sichtbare Geist und der Geist als die unsichtbare Natur, der Leib als die Erscheinungsform der Seele, die Seele als der Sinn des Leibes. In der erhabenen kosmischen Ordnung, die uns der Blick auf den gestirnten Himmel enthüllt, ist das Sittengesetz, das Reich Gottes in uns, ebenso praktisch versinnlicht wie im planmäßigen Zusammen-

wirken der Milliarden Zellen zum Mikrokosmos unseres leiblichen Organismus. Hier wie dort erweist sich die Natur als Vorbild und Wegweiser einer vom religiösen Erlebnis getragenen und darum auch sittlich fundierten Kulturgestaltung. Denn das Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung, das wir im Beweggrunde unseres Handelns zum Ausdruck bringen sollen, kündet sich uns auch überall in der Planmäßigkeit der kosmischen Ordnung. Was im Verhältnis zwischen der seienden Naturordnung und der seinsollenden Kulturordnung wechselt, ist nicht die allgemein verbindliche, sittliche Form, die in einem weit umfassenderen als dem biologischen Sinne die organische Einheit des Mannigfaltigen kündet, sondern sind die Inhalte, welche diese Form erfüllen.

Das Erlebnis der sittlichen Weltordnung erscheint einer althergebrachten Vorstellungsweise um so ungewohnter, je mehr der immer nur auf Teile gehende, trennende Geist der Wissenschaft unsere Seelenkräfte an ihrer freien Entfaltung zur Weltanschauung hemmt. Denn hier herrscht die Losung: Entweder — Oder, nicht das Sowohl - Als auch der lebendigen Einheitsschau des gefühlverwurzelten, wertenden Erlebens, das unsere großen Mystiker auszeichnete. Und doch tut uns gerade in der heutigen Zeit das Erlebnis der sittlichen Weltordnung wie kein anderes not, denn nur von hier aus vermöchte das deutsche Seelentum zu seiner religiösen Erneuerung und damit zu neuer Kulturgestaltung zu gelangen. Widerspricht es doch dem ureigensten Wesen des gottsuchenden Deutschen, seinen Gott auf dem Wege der Abkehr von der Natur suchen zu müssen, da sich ihm in der Natur derselbe Geist offenbart, der das Reich Gottes inwendig in ihm gestaltet. Wir müssen die Kraft haben, in den weltgegebenen Gegensätzen zu leben, die Polaritäten Innenwelt und Außenwelt, Geist und Materie im schöpferisch wertenden Erleben in ihrer höheren Einheit zu erfassen. Hierin liegt unsere weltgeschichtliche Sendung, nicht in dem Entweder — Oder, das uns zwischen dem Diesseits und Jenseits, zwischen Materialismus und einem weltabgewandten naturverleugnenden Spiritualismus hin und her pendeln läßt. „Die deutsche Nation", sagt Schelling, „strebt mit ihrem ganzen Wesen nach Religion, aber ihrer Eigentümlichkeit gemäß nach Religion, die mit Erkenntnis verbunden und auf Wissenschaft gegründet ist Wiedergeburt der Religion durch die höchste Wissenschaft, dieses ist die Aufgabe des deutschen Geistes, das bestimmte Ziel aller seiner Bestrebungen."

Nicht im Wissen um die Natur, sondern in der Bewertung der Naturerkenntnis scheiden sich die Geister. Wer die Naturerkenntnis als Selbsterkenntnis, die Selbsterkenntnis als Gotteserkenntnis erlebt, wem überall in der ungeheueren Mannigfaltigkeit der Naturerscheinungen dasselbe Licht erscheint, das auch seine Innenwelt, das Reich Gottes in uns, erleuchtet — nur daß es dort in unzählige Einzelstrahlen zerlegt ist, die sich wieder im Brennpunkt unserer metaphysischen Wesenheit sammeln — der bewertet die Naturerkenntnis in dem göttlichen Sinne, den die geistige Planmäßigkeit im Aufbau der kosmischen Ordnung von uns fordert. Hier bricht sich die ewiggültige Erkenntnis Bahn, daß es sinnlos wäre, vom Geiste zu sprechen, wenn er sich seiner selbst nicht an den Erscheinungen bewußt würde, wenn er sich nicht selbst erschiene. Alles Naturwissen ist ein Wissen um den Geist, der sich in der Struktur des Kosmos materialisiert, ein Wissen um die Ideen, nach denen sich der Kosmos planmäßig, zielstrebig gestaltet und umgestaltet. Natur begreifen heißt, das Wesen des Geistes in seinen sinnlich wahrnehmbaren Formen erfassen, sei es in der Vernunft des Leibes oder in der planmäßigen Ordnung der Gestirne, im Bau der Atome und Zellen, in der Organisation natürlicher Lebensgemeinschaften oder im zielstrebigen Mittel — Zweckverhältnis zwischen Mechanismus und Organismus usw.

Es liegt eine ungeheuere Überheblichkeit, zugleich ein kulturzerstörender Irrtum darin, daß der Mensch seinen Geist, sein übersinnliches Wesen so oft in einen Gegensatz zur Natur stellt, die gleichsam nur als Kulisse erscheint, an der er auf seiner Wanderschaft ins Jenseits notwendig vorbei muß. Er gewahrt es nicht, daß der fortschreitende Sieg des Geistes über die Materie in der Steigerung der Naturgestalten schon von Urbeginn die Materialisation des Weltgeistes zur Grundlage hat. Er gewahrt es nicht, daß der unbewußte Geist der erscheinenden Naturform die Voraussetzung seines bewußten Seins im Menschen ist. Und er gewahrt es nicht, daß die unendlich komplizierte Arbeitsteilung und Arbeitseinheit seines physischen Organismus ungleich mehr Vernunft verrät, als der menschliche Durchschnitt in seinen bewußten Handlungen.

Angesichts der Überheblichkeit des menschlichen Geistes lehrt uns gerade die Geisteswissenschaft der menschlichen Kulturgeschichte den Verfall aller Kulturen, die der Stimme des Geistes der Natur widersprechen zu dürfen wähnen. Und sie lehrt uns zugleich, daß Natur und sittliche Freiheit nur verschiedene Ausdrucksformen derselben planmäßigen metaphysischen Ordnung sind, die wir als göttlich

verehren. Daß die Natur sittlich handelt und der Mensch unsittlich, wenn er den planvollen Ideen bewußt widerspricht, die sich in der Organisation und Funktionsweise des Kosmos offenbaren. Der freie menschliche Wille, sagt ihr, sei doch etwas ganz anderes als der Mechanismus der Naturgesetzlichkeit. Und zum andern: das sittliche Bewußtsein bewähre sich gerade in seiner Gegenstellung zur individuellen Natur des Menschen. Hier, meint ihr, sei die Neigung und Willkür, dort aber die Pflicht, das göttliche Gebot. Aber ist euer Pflichtbegriff letzten Endes nicht nur ein anderer Name für den Lebenssinn, der sich im Mechanismus der Naturgesetzlichkeit offenbart? Und euer freier Wille ein anderer Name für das planmäßig sinnvoll schöpferische Prinzip, das sich überall im Gestalten und Umgestalten der Natur verkündet? Was ist denn der Pflichtbegriff letzten Endes anderes als das Bewußtsein, daß sich der Teil nach der Ordnung des Ganzen zu richten hat, weil er nur vom Ganzen her seinen Lebenssinn erhält? Aller Widerstreit zwischen Pflicht und Neigung beruht im Grunde darauf, daß der einzelne Mensch sowohl ein Ganzes (als Individuum) wie auch den gliedhaften Teil überindividueller Ganzheiten darstellt. Das Naturrecht des Individuums hat sich im Falle des Widerstreites mit dem Naturrecht überindividueller Wesenheiten, wie etwa der Volksgemeinschaft, diesem unterzuordnen.

Diese sittliche Forderung der menschlichen Vernunft wurzelt aber ursprungsgemäß in der planmäßig vernünftigen kosmischen Ordnung überhaupt. Sie bestand auch schon vor dem Erwachen des Menschen zu sich selbst, zu seinem vernünftigen Selbstbewußtsein immer „zu Recht", weil sie eben Ausdruck der kosmischen Ordnung selbst ist, des planmäßig waltenden Weltgeistes, der sich in ihr sinnlich manifestiert.

Wie im Mikrokosmos der Lebensform das Zellindividuum ein Ganzes und doch zugleich nur ein Teil des Gewebes ist, das Gewebe wieder dem Organ, das Organ dem Organsystem, dieses wieder dem Lebensganzen des Organismus als Teil untergeordnet ist, so kündet auch die Struktur des Makrokosmos durchgängig die gleiche Bauidee. Was hier als Ganzes erscheint, ist andererseits gliedhafter Teil eines umfassenderen Ganzen und zeigt so sein individuelles Gesetz dem allgemeineren des höheren Ganzen untergeordnet. Wie Pflanze, Tier und Mensch in ihren Stufen der Lebensgemeinschaft, so zeigt auch die Struktur der anorganischen Welt durchgängig dieses Gesetz der Über- und Unterordnung: das Ganze, das Individuum erscheint um so mehr als Teil, um so unselbständiger, je umfassender die Zusammen-

hänge sind, in die es gliedhaft eingeordnet ist. Die einheitliche Planmäßigkeit der kosmischen Ordnung überhaupt begreift schließlich alle Erscheinungen als Teil ihres Wesens in sich. Mag eine Erscheinung an und für sich andere noch so gewaltig überragen, wie in materieller Hinsicht die Sonne das von ihrem Strahl getroffene Staubkörnchen oder in geistiger Hinsicht der Mensch die einzelligen Lebewesen.

Gerade weil wir alle Mannigfaltigkeit der Erscheinungen als Manifestation ein und derselben Wesenheit, des all-einen Weltgeistes, erleben, der in der kosmischen Ordnung sinnliche Gestalt angenommen hat, müssen wir diese kosmische Ordnung als das umfassendste Lebensganze, als den Universalorganismus betrachten, dessen Bauidee sich in jedem kleinsten Teil seines Wesens ausprägt, dessen Teile sich ebenso als organische Ausgliederungen seiner Wesenheit darstellen wie die Teile des Mikrokosmos, der sich uns in jedem Organismus enthüllt. Wenn aus dem Reiche Gottes inwendig in uns der Weltgeist als Stimme unseres Gewissens spricht, so erleben wir darin dieselbe Stimme, welche auch die einheitliche Planmäßigkeit des Kosmos überhaupt ausspricht. Gesetz und Freiheit sind so Manifestationen derselben Wesenheit, die hier von innen, dort von außen, hier vom übersinnlichen Geist, dort von den sinnlich wahrnehmbaren Erscheinungen her erlebt wird.

Die Befolgung des selbstauferlegten Sittengesetzes ist so ein freiwilliges Jasagen zur kosmischen Ordnung, der wir als Naturwesen eingegliedert sind, die wir zugleich, kraft der in uns bewußt gewordenen Weltvernunft, in unserer metaphysischen Wesenheit begreifen. Die höchste Freiheit kündet sich dort, wo das Leben im allumfassenden Sinne der einheitlichen kosmischen Ordnung, in der sich der Weltgeist manifestiert, bewußt freiwillig gelebt wird. Und alle Unfreiheit ist im Grunde immer bewußter oder unbewußter Widerspruch des sich als Ganzes betrachtenden Teiles gegenüber einem höheren Ganzen oder gegenüber der Totalität der kosmischen Ordnung überhaupt. Wenn die Einzelzelle als Ganzes, als Individuum dem Gewebe, dem es organisch eingegliedert ist, widersprechen würde, das Gewebe dem ihm übergeordneten Organ usw., so gäbe es kein Leben.

Der unbewußt vernünftig wirkenden Einzelzelle fehlt aber, sagen wir, die dem menschlichen Bewußtsein gegebene Wahlmöglichkeit zwischen Pflicht und Neigung, fehlt die Möglichkeit, sich als ein isoliertes Ganzes, als Individuum, unabhängig von ihrer organischen Gliedhaftigkeit auszuwirken. Die Zelle, sagen wir, erfüllt gesetzmäßig

ihre individuelle Funktion im Sinne der Bauidee des Ganzen. Und ähnlich, erklären wir, handeln alle Lebensformen — der Mensch ausgenommen — immer ihrer Natur gemäß und darum nicht unsittlich. Der Begriff des Sittlichen sei nur auf den Menschen anwendbar, der allein Recht und Unrecht, Pflicht und Neigung bewußt voneinander unterscheide. Diese bewußte Wahlmöglichkeit ist freilich das Auszeichnende des Menschen. Allein das Wesen, der Sinn seines sittlichen Handelns ist ihm in der kosmischen Ordnung vorgezeichnet. Das in ihr waltende unbewußt vernünftige Handeln wird in der sittlichen Freiheit des Menschen bewußt. Das Sittengesetz ist die vom Geiste, von der bewußten Vernunft aus erfaßte Innenansicht der äußeren Erscheinungsform der einheitlichen kosmischen Ordnung. Oder umgekehrt: die kosmische Ordnung ist die Erscheinungsform des Weltgeistes, der sich uns im Sittengesetz unmittelbar, ohne das Medium der Sinne, offenbart. Wenn der Leib die Erscheinungsform unserer Seele ist, die Seele aber der Sinn des Leibes, so enthüllt sich uns der Sinn der planmäßigen Welt als eines erscheinenden Organismus im Erlebnis des Weltgeistes. Dieser erwacht im vernünftigen Selbstbewußtsein des Menschen, dessen Ausdruck das Sittengesetz ist, aus der unbewußten Vernunft seines Leibes, die sich in der sinnlich wahrnehmbaren Ordnung des Kosmos darstellt, zum Bewußtsein seiner selbst. So wirkt aus unserem sittlichen Handeln der Weltenbaumeister selbst im Sinne des einheitlichen Planes, der seiner Verkörperung, der Welt als Organismus, zugrunde liegt.

Hier wird uns auch gleichsam anschaulich, warum sich das Gotteserleben und das Bewußtsein von „Gut und Böse" gegenseitig fordert, warum die Gottheit, der Weltgeist, in der Stimme des Gewissens zu uns spricht. Wie das Erlebnis der Einheit des Weltorganismus, so dient auch das dem „Gitter der Sinne" und dem trennenden Verstande sich darbietende Bewußtsein seiner ungeheueren Mannigfaltigkeit der sinnlichen und geistigen Offenbarung seines in ihm verkörperten geistigen Urhebers, der Gottheit. Das unendliche und ewige, über Zeit und Raum erhabene Eine, die heilige Einfalt und ihre Auseinanderfaltung in Zeit und Raum, in die unheilige Vielfältigkeit der sinnlich wahrnehmbaren Erscheinungen sind die zwei Pole, die auch das „Wissen um Gut und Böse" in sich fassen. Gut ist die innere Einheit des unendlich Mannigfaltigen, das einheitliche Ganze, in dem sich die Gottheit verkörpert, böse aber der Widerstreit des unendlich geteilten Mannigfaltigen in sich, der Teile untereinander und damit auch mit der notwendigen Einheit des Mannigfaltigen,

mit der Gottheit. Aber dieser sich im menschlichen Bewußtsein auftuende Widerstreit der Polaritäten Gut und Böse, dieser Gegensatz zwischen dem Ganzen und seinen sich als Ganzes (Individuen) betrachtenden Teilen ist lebensnotwendig, liegt im Sinne der kosmischen Ordnung, da sich das Bewußtsein des Sinnes nur am Gegensinn offenbart. Bevor der Mensch aus seiner unbewußten kosmischen Verbundenheit, aus dem „Paradiese", zu sich selbst erwachte, bevor er vom „Baume der Erkenntnis aß", gab es für ihn ebensowenig ein „Gut und Böse" wie für die Milliarden von Zellindividuen, die in ihrem mannigfaltigen unbewußt vernünftigen Wirken doch immer die Einheit des Ganzen verkünden. Ebensowenig auch wie für alle anderen Naturwesen, welche in ihrem Widerstreit doch die Einheit des Ganzen ausprägen. Erst als Gilgamesch sich von der Erde abhob, Adam und Eva aus dem „Paradiese" vertrieben wurden, wurden sie auch die von den übrigen Geschöpfen abgesonderten und sich kraft ihres trennenden Verstandes absondernden Menschen, in denen der Zwiespalt des bewußten Daseins erwachte: der Gegensatz von Gut und Böse, von dem Leben im Ganzen, in Gott, und vom Leben im Teile, der sich selbst als ein isoliertes Ganzes betrachtet.

In der Spannung zwischen Gut und Böse erwächst nun unter den mannigfaltigen Gliedern der kosmischen Ordnung allein dem Menschen die Aufgabe, in der planmäßig schöpferischen Gestaltung der Kultur eine neue künstliche Ordnung heraufzuführen, welche in ihren Bau- und Funktionsgedanken dem im Kosmos verwirklichten göttlichen Weltplane entspricht. Allein unter dieser Bedingung, der Offenbarung Gottes in der menschlichen Kultur, hat die unbewußt vernünftig wirkende Natur einen über ihr erscheinendes Wesen hinausgehenden Sinn und Zweck. Allein auf diesem Wege entfaltet sich die Gottheit aus ihrem unbewußten Sein zum Selbstbewußtsein, denn, wie Ekkehard ausruft: „Gott mag nicht gewerden ohne die Seele."

Autorität und Jugend

Bei der gegenwärtigen Auseinandersetzung über Tradition und Autorität in der baltischen Tagespresse und auch in der Baltischen Monatsschrift ist wohl Klarheit darüber notwendig, was eigentlich unter Autorität verstanden wird. Danach wird auch die Frage verschieden ausfallen, wieweit unsere Jugend wirklich autoritätslos ist und inwiefern dies zu bedauern ist.

Als äußere Autorität möchte ich im folgenden die unmittelbare Verbindlichkeit eines fremden Willens bezeichnen. Sie ist auf dem Gebiet rechtlicher Ordnung praktisch notwendig. Der militärische Befehl, das Urteil eines Gerichts, die Entscheidung eines Vorgesetzten müssen nötigenfalls eben auch gegen die Überzeugung des Andersdenkenden erzwungen werden. Aber es handelt sich hier immer um das Erzwingen von Handlungen, das Verhindern des unrechtmäßigen Geschehens. Die Gesinnung ist moralische Pflicht, kann aber nicht erzwungen werden, sondern muß durch eigene Überzeugung zu eigen gemacht werden. Soll und kann man auch nur etwas auf eine solche Autorität hin annehmen, kann man etwas überhaupt bloß deswegen für richtig halten, weil eine Autorität es für richtig erklärt hat? Muß sich nicht jeder Wahrheitsanspruch durch etwas anderes ausweisen als bloß durch seinen Ursprung? Müssen wir nicht selber überzeugt werden? Freilich braucht das nicht gerade durch Einsicht des Verstandes zu geschehen, es kann ebensogut durch ein Wahrheitsgefühl sein (meist mit „Intuition" bezeichnet). Wesentlich ist aber, daß die Seele selber die Wahrheit mit den ihr gegebenen Wahrheitsorganen erfaßt oder, von innen aus gesehen, von der Wahrheit ergriffen wird. Auf dieses lebendige, organische Erfassen und Ergriffenwerden kommt es an. Nur so ist wirkliche Überzeugung möglich, und nur diese Überzeugung ist wirklich lebendig weiterwirkend. Die äußere Autorität kann wohl ein äußeres Verhalten erzwingen, sie kann vielleicht durch Einschüchterung jemandem eine Ansicht soweit aufzwingen, daß er sich einreden läßt und sich selber einredet, er hätte sich diese Ansicht zu eigen gemacht: tief und fest verwurzelt wird sie nicht sein.

Damit ist nichts gegen die innere Autorität gesagt, die noch deutlicher als Führerschaft bezeichnet ist. So wie schon in der leblosen Natur jede Kristallisation immer nur an einzelnen Punkten beginnt, von da aus aber die ganze Masse in der Form des ersten winzigen Kristallkeims kristallisieren läßt, so leuchtet auch jede Wahrheit zuerst im Geiste eines schöpferischen Großen auf, so wird sie von dem Führer vorbildhaft verkörpert. Soweit aber andre ihm, wenn auch noch so entfernt, verwandt sind, regt sich in ihnen die gleiche Anlage, sie werden von den Schwingungen erfaßt, die vom Führer ausgehn, und haben so das, wenn auch nicht schöpferische, so doch eigene Erlebnis. Daß man durch fremde Führung etwas selber ergreifen kann, ist nur scheinbar paradox. Es ist möglich durch die lebendige Verbundenheit der Seelen, die dem Verstande ein geheimnisvolles Wunder und dem Gefühl die ursprünglichste Lebenswirklichkeit ist. Sie allein macht geistige Befruchtung und Zeugung möglich.

Dieses lebendige Verhältnis von Führertum und Gefolgschaft ist für das allgemeine Bewußtsein wiederentdeckt worden durch die große deutsche Er-

neuerungsbewegung, die nach Nietzsches bahnbrechender Tat seit dem Anfang dieses Jahrhunderts weitere Kreise zu ziehen begann. Insbesondere hat ein Teil dieses Geistesstromes, die Jugendbewegung, seit etwa einem Jahrzehnt vor dem Kriege lebendige Führerschaft stark erlebt. Von dieser organischen Bindung lebt im Grunde alle menschliche Gemeinschaft und mittelbar auch alle bloß äußerlich zweckhafte Gesellschaft*), die ja nur durch die Reste von Gemeinschaft zusammengehalten wird. So hat es natürlich immer Führertum gegeben. Aber das 19. Jahrhundert in seiner mechanistischen und auf den Erfolg eingestellten Denkweise hatte doch über dem Drill und der überall hineingetragenen Denkschablone des Vorgesetztenverhältnisses das lebendige Urbild außer acht gelassen. Führung, mechanisiert, wird zur äußeren Autorität. Diese Mechanisierung ist natürlich bequemer und wird als Ersatz eingestellt, wo das lebendige Führerverhältnis fehlt.

Die Jugend aber hat einen feinen Spürsinn. Sie drängt sich zu Menschen, die ihr wirklich Führer sein können. Soll man ihr aber, wo es um Überzeugungsfragen geht, das Recht absprechen, alle äußeren Autoritätsansprüche auf ihr inneres Recht hin nachzuprüfen, daraufhin, wieweit die Autorität wirklich die Wahrheit hat, aber nicht nur als äußeren Besitz, sondern auch als lebendige innere Kraft? Ist es nicht sogar die Pflicht jeder Jugend ihrem Volkstum gegenüber, so auf die Lebendigkeit des Gehalts der überkommenen Form zu dringen? Und selbst, wenn sie dabei irrt, so können wir die Jugend, auf die es ankommt, niemals durch äußere Autorität gewinnen, sondern nur durch echtes Führertum.

Was wäre denn von einer Jugend zu halten, wenn das Bild allgemein wäre, das V. Grüner auf Seite 516 (Heft 9) des vorigen Jahrgangs der Baltischen Monatsschrift entwirft? Ich greife die Führung auf religiösem Gebiet heraus, weil hier das Führungsproblem besonders typisch zutage tritt, besonders wichtig ist und in der letzten Zeit in der Baltischen Monatsschrift bereits durch zwei Aufsätze behandelt worden ist (von Lic. V Grüner und P Schabert). Lic. Grüner schreibt:

„Ein ernster, selbständig denkender Konfirmand schreibt zum Thema: „Inhalt meines Gottesglaubens": „Ich finde es nicht richtig, daß ich mir als unerfahrener junger Mensch viel Gedanken darüber mache, ob es einen Gott gibt oder welche Religion mir am meisten zusagen würde. Ich glaube das, was mir von älteren Menschen gesagt worden ist, denn sie müssen ja durch reichliche Lebenserfahrungen überzeugt worden sein, daß das, was sie uns lehrten, das unbedingt Richtige und Wahre sei!" Gewiß schreit hier alles nach klärender Vertiefung, damit aus der Bindung an die menschliche die an die göttliche Autorität werde. Aber doch halte ich dafür, daß diese Antwort auf der rechten Spur ist."

Gewiß kann man im Vertrauen darauf, daß die älteren Menschen schon das Richtige treffen werden, äußere Entscheidungen fällen, so wie man sich auf die Erfahrung seines Arztes oder Rechtsanwalts verläßt. Aber ein innerliches Ergriffensein, eine verwurzelte Überzeugung, die Leben ist und dem Leben stand-

*) Das ist die inzwischen klassisch gewordene Unterscheidung von Ferd. Tönnies.

hält, entsteht nur durch eigenes Wachstum. Von früher Kindheit an durch die Atmosphäre des Elternhauses — die stärkste Erziehungsmacht — fast unbewußt und in selbstverständlicher Natürlichkeit, wächst eine solche Gesinnung, die vom angeführten logischen Schluß ja grundverschieden ist. Oder der zündende Funke springt von einer Führerpersönlichkeit zum suchenden jungen Menschen über. Wer aber diese Überzeugung will, wird ehrliches Suchen höher schätzen, als eine so äußerliche Zustimmung, wie sie vorhin geschildert wurde. Er wird freilich auch versuchen müssen, für das Suchen und das religiöse Leben außerhalb der streng kirchlichen Formen Verständnis aufzubringen, statt andere Überzeugungen als „Ersatzreligion, deren westöstliche Buntscheckigkeit, Zusammenhanglosigkeit und Ungereimtheit wir täglich zu beobachten Gelegenheit haben", zu bezeichnen (S. 510 des erwähnten Aufsatzes).

Gewiß können, wo es sich um Wahrheitsfragen und nicht bloß Erlebnisformen handelt, nicht alle gleichzeitig recht haben, und in unserer Zeit der Relativierung der Wahrheit muß dies immer wieder betont werden. Kann aber auch die Überzeugung des Gegners für inhaltlich irrig gehalten werden, so muß doch auch der Ernst und die Ehrlichkeit der Überzeugung auf Achtung Anspruch erheben, die außerhalb des streng kirchlichen Rahmens zu finden sind; ob nicht in vielen Fällen noch reiner und stärker, möge jeder nach seiner Lebenserfahrung entscheiden. Es geht nicht an, den Ernst und die Echtheit dieses Lebens mit Bezeichnungen wie „Ersatzreligion" und „mystische Reklameartikel" abzutun. Es wird auch der Kirche selber und erst recht der Religion kein Dienst damit erwiesen.

Das unverkennbar starke religiöse Suchen unserer Zeit und die zahlreiche leidenschaftliche Anhängerschaft, die die verschiedensten Lehren finden, bezeugen doch gerade das starke Bedürfnis nach Führern. Sollte man nicht die Ursachen der „Autoritäts- und Traditionslosigkeit" nicht nur bei der Jugend suchen, sondern auch bei den Autoritäten selber? Hat nicht vielleicht jede Generation die Jugend, die sie verdient — wenn man überhaupt annehmen will, daß eine Zeit schlechter ist als die andere, und daß das Schlechte nicht nur in anderer Weise, auf anderen Gebieten und heutzutage vielleicht offener zutage tritt als früher.

Auch im Aufsatz von P. A. Schabert (Balt. Monatsschrift 1930 S. 33 ff.) findet sich eine herabsetzende Art des Aburteilens, im besonderen auch über den „Rundbrief baltischer Wandervögel". Da der Verfasser selber seine Ausdrücke (S. 36 unten) im nächsten Heft berichtigt (S. 143 unten), führe ich die zuletzt gegebene Fassung hier an:

„Ein drittes Merkmal der religiösen Lage unserer Jugend ist der Dilettantismus und die Eigenbrödelei auf religiösem Gebiet. Man sucht aus den jeweilig modernen religiösen Strömungen oder aus aufgeschnappten Meinungen das Konvenierende heraus, zimmert sich, so gut es geht, seine eigene Ansicht zurecht und übt von hier aus Kritik am Bestehenden. Natürlich so viel Köpfe, so viel Meinungen, und oft in schneller Aufeinanderfolge mehrere Meinungen in einem Kopf. Als Beleg für das zuletzt Gesagte lese man die im „Rundbrief baltischer Wandervögel" erschienenen Aufsätze zu den Fragen Christentum, Volkstum, Jugendbewegung nach."

Daß die Äußerung den Geist und Inhalt des Rundbriefs nicht richtig charakterisiert, geht nicht nur daraus hervor, daß die Schriftleitung in den

Händen eines Theologen liegt, sondern auch aus dem Ernst und der Lebendigkeit der Aufsätze selbst, die wiederholt von nicht dazugehörigen Kreisen, die Einblick erhalten haben, anerkannt worden sind. Der nicht öffentliche Charakter verhindert ein eingehendes Referat der gemeinten Aufsätze. Ich will hier aber einen Freund der Jugendbewegung, Burchard v. Schrenck, zu Worte kommen lassen. Ich gebe zum Schluß einige bisher im „Rundbrief" abgedruckte Stellen aus Briefen an den Herausgeber des „Rundbriefs" mit dessen Einverständnis hier wieder, um so eine Vorstellung vom Inhalt des „Rundbriefs" zu geben. Mögen die angeführten Worte für den religiösen Ernst dieser Kreise sprechen und auch zeigen, warum diese Jugend sich gegen manche äußere Autorität kritisch verhält.

„(9. Januar 1927.) Sie berühren die Frage: Jugendbewegung und Religion. Ich habe die reichsdeutsche Jugendbewegung vom B. D. J. aus kennen gelernt, wo mir der starke und gute religiöse Einschlag oder sogar Grundton sofort, und zwar in sehr wohltuender Weise, entgegentrat. Mir steht es außer allem Zweifel, daß zur „Offenbarung" und zur „Sendung" die das Wesen der Jugendbewegung ausmachen, das neue, unmittelbare Naturgefühl, Gottesahnen und Gemeinschaftsempfinden gehören. Nur sträubt sich die Jugendbewegung instinktiv gegen jede feste Formulierung. Dieser Instinkt ist richtig. Denn es ist der Sinn der Jugendbewegung, erstarrte, d. h. seelenlos gewordene Formen zu verlassen, sie muß daher eine Zeit der Formlosigkeit durchschreiten, in welcher sich ein neuer Seeleninhalt bildet, der dann seine Form — als etwas Sekundäres — schon finden wird. Hier darf eine neue Bindung in Formen nicht zu früh einsetzen, freilich auch nicht zu spät.

Mir scheint ein eigentümlicher Erweckungsruf sogar durch die Melodien, die die Jugendbewegung bevorzugt, zu gehen. Das Alte ist vergangen, siehe, ich mache alles neu. Ohne Auflösung und Lockerung aller nicht mehr als sinnvoll empfundenen Formen kann dies neue Herzensgut nicht seinen Einzug halten. So halte ich meinerseits den Wandervogel für viel verheißungvoller im Sinne religiöser Neubeseelung als alle evangelischen Jünglingsvereine, christlichen Studentenvereinigungen und Bibellesekreise zusammengenommen."

„(8. November 1927.) Ich sehe den Weg, den wir zu gehen haben, klar vorgezeichnet und kann dem Himmel nicht genug danken, daß mir im Alter noch solch klarer und wunderbarer Frühling einer ganz neuen Hoffnung, ja Zuversicht auf das Kommende zuteil wird. Frage ich mich, wodurch mir diese Klarheit gekommen, so möchte ich antworten: Christentum, Naturschau, Goethe und Jugendbewegung haben mir in so merkwürdigem Zusammenwirken dazu verholfen, daß ich weder untersuchen kann noch will, welcher von diesen gottgeschenkten Mächten der Hauptteil gebührt. Es ist wichtiger, dankbar das Leben zu erfassen und es als ein tätig schaffendes zu führen, als es zu analysieren "

„(12. November 1926.) Es gibt im wesentlichen zwei Arten von Religion. Die eine fußt ganz und gar auf absoluten, konstanten Offenbarungen Gottes. Die andere meint, daß die letzte Wahrheit den Menschen immer nur andeutungsweise, in Symbol und Gleichnis erscheint, dies aber hundert- und tausendfältig, nicht nur in der Bibel (deren Inhalt ja auch durch menschliche Media gegangen ist), sondern allenthalben in der Natur und im Menschenherzen, sonderlich in den vielen Männern höheren Geistes- und Seelenranges. Auf alle diese göttlichen Offenbarungen gilt es zu lauschen, sie alle in ihrer Art zu werten, und überall

bescheiden zu lernen. „Für die lernende Seele" so lautet ein herrliches Wort Kants, „hat das Leben auch in seinen dunkelsten Stunden einen unendlichen Wert." Es gilt, alle Organe, die dem Menschen verliehen, auszubilden: Schauen und Denken, Fühlen und Erahnen, Wollen und Tun, und so mit dem ganzen Komplex der Seelenkräfte dem unaussprechlich tiefen Gehalt und Geheimnis des Lebens entgegenzudringen: der Transzendenz über und im Empirischen. Dann wird, wie Goethe sagt, „jeder Schritt Unermeßlichkeit". Für diese Art Religion ist „alles Vergängliche nur ein Gleichnis", sie bleibt sich des unendlichen Abstandes zwischen Weltvernunft und Menschenverstand immer bewußt. Sie will, mit neuem und strengem Wahrheits- und Wertungssinn, jeden Strahl göttlichen Lichtes auffangen, der in unser armes dunkles Leben und in unser armes dunkles Herz fällt. Daß diese Religion, zu der auch ich mich als Strebender bekenne, es eben aus Religion nicht ertragen und dulden darf, wenn man alles, was nicht in den Briefen Pauli steht, für eitel, unwahr und falsch erklärt, liegt auf der Hand."

Meinhard Hasselblatt

Autonomie und Autorität

Die Ausführungen von M. Hasselblatt im vorliegenden Heft der „Baltischen Monatsschrift" berühren das Problem der Autorität, um das in unserer Zeit in seiner ganzen Schwere gerungen wird. Eine beinah allseitige Ratlosigkeit in Fragen der Weltanschauung und der Sitte veranlaßt uns heute immer unabweisbarer, uns auf letzte Normen des Denkens und Handelns zu besinnen. Bei all dieser Besinnung darf aber eines nicht übersehen werden: nämlich, daß wir Erben sind, denen bestimmte Denkkategorien, die sie überkommen haben, so sehr in Fleisch und Blut übergegangen sind, daß sie nur schwer von ihnen loskommen können. Es wäre verhängnisvoll, wenn diese bewußt oder unbewußt gemachten Prämissen unsere Überlegungen von vornherein zur Ergebnislosigkeit verurteilen würden, eben weil wir schon im Ansatzpunkt einem Irrtum zum Opfer fallen; und es wäre geradezu tragisch, wenn jene Voraussetzungen, die wir machen, so beschaffen wären, daß sie uns, je ernster wir uns mühen, desto tiefer ins Chaos führen.

Überlegungen, wie sie Hasselblatt anstellt, sind auf der Voraussetzung aufgebaut, daß es ein freies, autonomes Ich gibt, das in sich selbst, und zwar nur in sich selbst, den Maßstab aller Dinge hat, das von sich aus den Menschen und die Welt deuten kann. Auf dieser Idee des freien Ich fußend, muß man ganz folgerichtig jede Unterwerfung unter einen von außen, vom Nicht-Ich kommenden Willen als Zwang empfinden und jede Kritik, die der autonomen Persönlichkeit die Berechtigung abspricht, allein von sich aus und aus sich heraus eine Welt der Werte aufzubauen, als Geringschätzung und Mißachtung der Persönlichkeit auffassen. Die logische Geschlossenheit dieser Gedanken ist über jeden Zweifel erhaben.

Allein an einem Punkt besteht die Gefahr, daß dieses Gedankengefüge ins Wanken gerät, und zwar geschieht das dann, wenn die Wahrheitsfrage aufgerollt wird. Und die Wahrheitsfrage muß heute ganz ernst gestellt werden, denn die Zeiten, wo man sich verhältnismäßig unverbindlich über Autorität und ähn-

liche Dinge unterhalten konnte, sind heute vorbei. Denn heute besteht weithin nicht mehr die Welt verbindlicher Normen, die so mächtig wären, daß man sich ihnen fügt, ob man auch gegen sie anläuft. Wo heute die Autoritätsfrage auch aufgerollt wird, geschieht es auf dem Hintergrunde einer furchtbaren gedanklich-sittlichen Ratlosigkeit und im Ringen um neue tragfähige Normen. Deshalb *muß* die Wahrheitsfrage gestellt werden. Leider bleiben aber Überlegungen, die von dem absolut gesetzten autonomen Ich ausgehen, die Antwort auf die Wahrheitsfrage schuldig, und sie *müssen* sie schuldig bleiben, weil die Wahrheit in einer Welt souveräner Meinungen nur formal bestimmt werden kann (Ehrlichkeit der Überzeugung usw.). Das bedeutet aber eine Alterierung der Wahrheit; denn diese heischt nach einer inhaltlichen Bestimmung, durch die sie sich den Menschen unterwirft. Wir müssen uns darüber klar werden, daß es uns, wenn wir der Wahrheitsfrage ausweichen bezw. uns mit einer formalen Bestimmung begnügen, immer tiefer ins Chaos hineintreibt und den Prozeß der inneren Bolschewisierung ständig und stetig fortschreiten läßt.

Angesichts dieses Tatbestandes dürfen wir uns nicht mehr mit einer Besinnung begnügen, die nicht auch den Ausgangspunkt der meisten heute angestellten Überlegungen — die Idee des autonomen Ich — einer Prüfung unterzieht.

Es ist das Verdienst des Jenenser Theologen und thüringischen Pfarrers Friedrich Gogarten, uns hier einen Schritt weiter geholfen und u. E. gangbare Wege gewiesen zu haben. In seinen Schriften, zuletzt in seiner Schrift: „Die Schuld der Kirche gegen die Welt" (2. Aufl. 1930, Eugen Diederichs in Jena), von der auch diese Ausführungen abhängig sind, bringt er seinen Lesern die lutherische Lehre vom *Stande* in Erinnerung und stellt sie der idealistischen Verabsolutierung des Individuums entgegen. Die Idee der autonomen Persönlichkeit ist an sich schon ein verhängnisvoller Irrtum, der unser ganzes Denken auf Irrwege führt, weil sie die außerhalb unseres eigenen Ich uns *gesetzten Ordnungen* nicht genügend ernst nimmt. Ja, das autonome Ich tastet die Souveränität der letzteren an, indem es sie nur insofern gelten läßt, als es sie von sich aus mit einem Wertgehalt zu erfüllen vermag. Diese durch nichts gerechtfertigte Hybris der autonomen Persönlichkeit bleibt nicht ungestraft: die Auflösung einer Welt verbindlicher Normen in eine kaleidoskopische Fülle privater Meinungen ist das Ergebnis. Nach der im Evangelium begründeten Anschauung der Reformatoren ist die Idee der autonomen Persönlichkeit ein Mythos, dem keine Wirklichkeit entspricht, und eine sündhafte menschliche Hybris. Luther kennt kein autonomes Ich im Sinne des Idealismus, sondern nur eine in ihrem *Sein* (und nicht erst in ihrem Tun) an das Du gebundene Persönlichkeit. Für Luther gibt es kein Individuum im modernen Sinn, sondern: Vater, Mutter, Mann, Weib, Knecht, Magd, Nachbar, Fürst usw., d. h. der Mensch wird garnicht anders als in der Urgegebenheit seines „Standes", in eine bestimmte Ordnung hineingestellt *gedacht*. Erst im Gehorsam gegen diese Ordnungen oder, besser gesagt, *nur* im Gehorsam gegen diese Ordnungen — auf die Gefahr hin, mißverstanden zu werden, sei es idealistisch gesagt: gelangt er zu einem sinnvollen Sein als Persönlichkeit, weil ihm hier absolut verbindliche Autorität begegnet und weil er hier über die diesseitigen Ordnungen hinaus dem *Willen* Gottes begegnet. Und erst das verantwortliche Stehen in diesen Ordnungen gibt die Voraussetzung für das Verständnis des Evangeliums, aber, wohlgemerkt, als

einer Gegebenheit von Gott her, wie das Evangelium allein verstanden werden kann, und nicht als eine vom autonomen Ich her gedeutete Sache, wie das Evangelium nimmermehr verstanden werden kann. Oder anders ausgedrückt: der Respekt vor den vom Du her gegebenen Ordnungen führt zur Unterordnung unter die höchste Gottesordnung, die im Evangelium gegeben ist. Die auf die Spitze getriebene Autonomie kennt aber diese Unterordnung nicht.

Wenn ich nun in meinem Aufsatz „Sammlung und Bindung" („Baltische Monatsschrift" 1930 S. 33 ff.) gewissen Teilen der baltischen Jugend Eigenbrödelei und Dilettantismus auf religiösem Gebiet nachzusagen mich veranlaßt sah, so tat ich es, weil m. E. in zahlreichen Äußerungen dieser Jugend die Anerkennung der in der christlichen Botschaft verkündeten Gottgegebenheiten, eben als Gegebenheiten, die unabhängig von uns da sind, vermißt werden darf und weil stattdessen die Bedeutung des mehr oder weniger vorbehaltlos gegebenen Einverständnisses der autonomen Persönlichkeit überschätzt wird.

Ich glaube allerdings, daß man nicht über die Eigenbrödelei hinauskommen wird und somit auch nicht zur befreienden Erfahrung wahrer Autorität gelangen kann, solange die Autonomie der Persönlichkeit absolut gesetzt wird. Letzteres geschieht aber, wenn unsere Jugend nicht mit ihrem Bedingtsein und Beschränktsein eben als Jugend Ernst macht. Arnold Schabert

Aus den Erinnerungen eines Revaler Justizbeamten

an die Reform- und Russifizierungsära

Herausgegeben von Otto Greiffenhagen

Vorwort

Die nachstehenden Blätter enthalten einen Teil der Lebenserinnerungen des weil. Syndikus und Stadthaupt von Reval Mag. jur. Wilhelm Greiffenhagen.

Einer Königsberger Familie entstammend, die sich in der Ahnenreihe nach Danzig und zu Ende des 18. Jahrhunderts nach Rußland ausbreitete, ist Wilhelm Greiffenhagen am 19. November (1. Dezember) 1821 in Archangelsk geboren. Als sein dort als Bankbeamter und Organist wirkender Vater noch in jungen Jahren 1828 gestorben war, kehrte seine aus Schleswig stammende Mutter Dorothea v. Brincken mit ihren Kindern nach Deutschland zurück. In Hadersleben verlebte W. Greiffenhagen seine Schuljahre. Zum Apothekerberuf bestimmt, konnte er dann doch das Studium der Jurisprudenz ergreifen. Dem alten Drang seiner Familie folgend, wandte er sich nach dem vielverheißenden Rußland, lernte St. Petersburg kennen und bezog die Universität Dorpat — nur für kurze Zeit, da er wegen Teilnahme an einer studentischen Demonstration das consilium abeundi erhielt. Eine kleine Erbschaft setzte ihn in den Stand, sein Studium an den deutschen Universitäten Bonn, Heidelberg und Berlin fortzusetzen, wo er als Burschenschafter deutsch-national empfinden lernte. Praktische Rücksichten bewogen ihn dann doch, sein Studium in Dorpat wieder aufzunehmen und als Mag. jur. zu beschließen.

Das ersehnte Ziel, eine Anstellung im russischen Staatsdienst zu erhalten, wurde erst nach einigen Jahren des Wartens erreicht; in dieser Zeit lernte mein Vater - als Hauslehrer in Wattel bei v. Wahls, in Faehna bei Baron Stackelberg — Estland kennen. Er begann seinen Dienst in der estländischen Gouvernementsverwaltung in Reval. Doch brachte ihm das unbesoldete Amt nicht das Erwünschte. Nachdem er in Riga das nach dem Tode Nikolais I. zu größerer Selbständigkeit und Regsamkeit gediehene deutsche Bürgertum kennen gelernt hatte, glaubte er auch in Reval die Chancen größerer Freiheit am besten dadurch ausnutzen zu können, daß er Mitbegründer, Inland- und Auslandredakteur der 1860 ins Leben getretenen „Revalschen Zeitung", des ersten deutschen Tageblatts in Estland, wurde. In dieser Tätigkeit wurde er — nachdem er in der Verbindung mit einer Gattin aus deutschbaltischer Familie auch persönlichen festen Anschluß gefunden hatte — mit den lokalen Verhältnissen in Reval und Estland soweit vertraut, daß er in den städtischen Dienst, zunächst (1866) als Obersekretär überging. Damals erlebte Reval wirtschaftlich, durch die Bahnverbindung mit St. Petersburg (1870), Begründung des Börsenkomitees und zu Anfang der achtziger Jahre durch die ersten Anfänge einer bedeutenderen Industrie, einen kräftigen Aufschwung. Neuerungen brachte 1878 die neue russische Städteordnung. Seine wissenschaftlichen, namentlich historischen Interessen betätigte mein Vater namentlich in der Estländischen Literärischen Gesellschaft. Im städtischen Dienst rückte er zum Syndikus vor und wurde 1883 Stadthaupt (Oberbürgermeister) von Reval

Die Russifizierungstendenzen, die seit dem Regierungsantritt Alexanders III. (1881) in Estland immer deutlicher wahrnehmbar wurden, brachten auch meinem Vater den persönlichen Kampf. Der 1885 zum estländischen Gouverneur ernannte Fürst S. M. Schachovskoi glaubte durch ungesetzliche Maßnahmen — Anwendung der russischen Sprache im Geschäftsverkehr der Stadt Reval — die Russifikation beschleunigen zu müssen. Dem widersetzte sich mannhaft mein Vater — mit dem Erfolge, daß er auf administrativem Wege vom Amt als Stadthaupt und später auch als Syndikus entfernt und damit wirtschaftlich in seiner Existenz vernichtet wurde. In dem Disziplinarverfahren sprach das estländische Oberlandgericht ihn frei, der Senat in Petersburg dagegen bestätigte das Absetzungsurteil. Unerschüttert, wenn auch von Sorgen bedroht, in wissenschaftlicher Arbeit und als bewußter Christ seinen Gleichmut bewahrend, verbrachte mein Vater seine letzten Lebensjahre in Reval, wo er am 28. Dezember 1890 einer Lungenentzündung erlag, tief betrauert von seinen Volks- und Arbeitsgenossen.

Die Lebenserinnerungen Wilhelm Greiffenhagens sind in den Jahren unfreiwilliger Muße, 1886–1890, in ländlicher Stille (Rocca al mare bei Reval, Pastorat Hanehl) niedergeschrieben worden. Aus der reichen Fülle dieser Aufzeichnungen werden hier die Abschnitte wiedergegeben, die der Tätigkeit meines Vaters im öffentlichen Leben gewidmet sind.

Die „Revalsche Zeitung"

Die größere Freiheit, deren sich die Presse seit dem Regierungsantritt Alexanders II. in Rußland zu erfreuen hatte, wurde allmählich auch im alten Estland empfunden, und das Bestreben, sie

auszunutzen, wurde rege. Gab es doch damals in Estland noch keine Tageszeitung, sondern nur die historisch-antiquarische Wochenschrift „Das Inland"! Unter Ausnutzung des Umstandes, daß damals eine Revaler Druckerei die Konzession für ein Annoncenblatt erworben hatte, wurde von tatkräftigen jüngeren Männern die Umwandlung dieser Konzession in eine solche für eine politische Tageszeitung erwirkt. Nachdem von dem Geschäftsführer der Druckerei Lindfors' Erben der Kameralhof-Sekretär Fr. Russow als Hauptredakteur gewonnen worden war, ersuchte dieser seinerseits meinen Vater — im Sommer 1860 — die Redaktion des ausländischen Teils zu übernehmen. Nach einigen Bedenken willigte mein Vater ein. Zu dem Inlandredakteur Russow und dem Auslandredakteur Greiffenhagen trat dann noch als Theater- und Musikreferent der Rechtsanwalt Oskar Riesemann.

„Wie Minerva aus dem Haupte des Zeus", so erschien ohne Ankündigung, ohne Programm am 1. Juli 1860 die „Revalsche Zeitung", die Revalenser vor eine vollzogene Tatsache stellend.

Von dem Betriebe dieses jugendlichen Presseorgans geben die folgenden, von Selbstironie geradezu strotzenden Schilderungen ein Bild:

„Die Quellen, aus denen wir unsere politische Weisheit schöpfen konnten, waren äußerst spärlich. Dreimal wöchentlich kamen die Posten aus Petersburg und Riga; kein Mensch durfte daran denken, telegraphische Nachrichten zu beziehen. Daraus folgte, daß wir nur veraltete Dinge bringen konnten.

Die Zensur war ein wahres Kuriosum. Eigentlich lag sie in den Händen des Generalgouvernements. Bei einer täglich erscheinenden Zeitung ließ sich aber das Imprimatur nicht aus Riga beschaffen. Daher wurde sie durch eine Delegation besorgt, und der dafür ausersehene Mann war der Regierungsrat Gyldenstubbe, mein alter Bekannter. Der wohnte aber im Sommer nicht in Reval, sondern auf dem Gute Jälgimäggi, etwa 14 Werst von hier entfernt. Was also machen? Was anders, als, je nachdem der Jälgimäggische Milchkerl in die Stadt kam, durch ihn das Imprimatur einholen, d. h. recht oft erst nach Erscheinen der Zeitung oder, mit anderen Worten, ohne Präventivzensur. Gyldenstubbe erklärte uns zu seiner Beruhigung, er vertraue ganz unserem Takte."

Zum 1. Juli 1860 erschien die erste Nummer der „Revalschen Zeitung". Was war nun der Inhalt der neuen Tageszeitung? Inwieweit wurden Fragen der inneren Politik berührt?

In einer der ersten Nummern wurden Verkehrsfragen besprochen, so z. B. — durch meinen Vater — der unmögliche Zustand der Hafenstraße, oder die damals eingeführte „Holzsperre" Es waren also zunächst rein örtliche und verhältnismäßig unwichtige Angelegenheiten, die öffentlich besprochen wurden. Immerhin — der Begriff der öffentlichen Diskussion fand Eingang.

Für meinen Vater hatte diese Tätigkeit den Vorteil, daß er mit den lokalen und provinziellen Fragen vertraut wurde. Allerdings betätigte er sich in der Zeitung zunächst auf diesem Gebiet nur selten. Es war ja der ausländische Teil, den er speziell zu vertreten hatte. Da gab es freilich viel zu berichten. Die Ereignisse in Italien, Garibaldi, Cavour; der Kaiserhof Napoleons III.; die Franzosen in China; Preußens „Neue Ära" und seine Stellung zu Österreich im Deutschen Bunde; bald auch die ersten Schritte Bismarcks, dessen gewaltige Größe von meinem Vater frühzeitig erkannt wurde: das alles waren Dinge, über die mein Vater in der neuen Zeitung an der Hand meist deutscher Zeitungen sehr eingehend, wenn auch nur rein referierend berichtete. Nahm doch die Rubrik „Ausland" weitaus den größten Raum in der Zeitung ein.

„Der schon erwähnte Fr. Russow sorgte für reichliche Nachrichten aus dem weiteren Inlande durch fleißige Auszüge aus der russischen Presse – ein bisher unseren baltischen Blättern ziemlich unbekannter Modus — und brachte zum 29. September und zu der Feier des 150. Jahrestages der Kapitulation Revals sogar ein politisches Gedicht, das zwar zum Festhalten am Deutschtum, zugleich aber auch an Beseitigung veralteten Wesens und an ein Erwachen aus tatenlosem Schlummerleben mahnte. Nach wenig Monaten ihres Bestehens war die Zeitung nicht nur lebensfähig, sondern auch außerhalb von Stadt und Provinz ein Gegenstand allgemeinerer Aufmerksamkeit geworden. Das zeigte sich auch namentlich beim Abonnement für das neue Jahr. Es ermutigte das zu einem größeren Format und zu einem bewußteren Auftreten der Redaktion. Dies zeigte sich besonders in einem an der Spitze der Nr. 1 dieses Jahres (1861) abgedruckten Artikel, betitelt „An unsere Leser" Derselbe enthielt das — verspätet erscheinende — Programm.

Die Menge der in der Zeitung zur Besprechung gelangenden Fragen und Materien wuchs jetzt lawinenartig. Die Eisenbahnfrage — nicht Reval-Petersburg, sondern Baltischport-Petersburg, an Reval wagte damals niemand zu denken, sondern nur von ersterem Orte als Vorhafen Revals war die Rede — tauchte schüchtern ihr Haupt

aus dem Nebel der verschiedenen Wünsche, welche die Luft erfüllten, das Gerichts- und Unterrichtswesen und hundert lokale Bedürfnisse, welche seit langer Zeit aufgespeichert lagen, suchten in Besprechungen der Redaktion und in eingesandten Artikeln den Weg an die Öffentlichkeit. Es schien, als sei jetzt jedermann die Losung geworden, das, was er auf dem Herzen habe, lobend oder tadelnd, meistens freilich in letzterer Richtung, referierend oder kritisierend vor dem Forum der öffentlichen Meinung zur Sprache zu bringen. Das setzte aber allmählich an mehr als einer Stelle Verstimmung, und die Folge davon war, daß man dem armen Zensor zu Dach stieg "

v. Gyldenstubbe gab das Zensoramt bald auf. Sein Nachfolger wurde der bisherige Musikreferent des Blattes, Oskar Riesemann, der die Zensur mitunter recht streng handhabte.

„Eine richtige Krise brachte das zu Ende gehende Jahr 1861. Damals war das Buch „Der Este und sein Herr" anonym erschienen; man erfuhr später, daß sein Verfasser der russische Sprachlehrer und spätere Revaler Zensor Blagoveschtschenski sei. „Es war dieses Buch — bei gemäßigter und schonender Form — im Grunde doch eine Geißelung der hiesigen bäuerlichen Zustände. Als es erschien und ich seinen Inhalt kennen lernte, trug ich die schwersten Bedenken, es in der Zeitung zu besprechen; denn das mußte ich mir sagen: im großen und ganzen konnte ich seinem Verfasser nicht Unrecht geben, und das mußte mir resp. der Zeitung beim Adel mehr als Animosität, mußte mir Feindschaft und Groll eintragen. Daher sagte ich auch einmal Russow: möchte es uns erspart sein, das Buch zu besprechen. Es wurde uns aber nicht erspart. Es ging ein abfällig gehaltener Artikel ein, der nicht ohne abweichende Randbemerkung der Redaktion abgedruckt werden konnte. Diese rief eine Entgegnung hervor, welche wiederum in längerer Motivierung zurückgewiesen werden mußte. — Damit begann ein heftiger Federkrieg, der einerseits von Vertretern des Adels (meistenteils anonym), andererseits meist von der Redaktion geführt wurde. Zu meinem Leidwesen mußte ich fast ausschließlich für diese eintreten. Fast täglich hatte ich während dieser Zeit - Anfang des Jahres 1862 — Unterredungen mit diesem oder jenem Herrn des Adels, die alles daran setzten, mich zum Rückzuge zu bewegen. Sowohl in diesen Unterredungen, als in der Zeitung selbst verwies ich auf einen ausführlicheren Artikel, der die bisher meist zusammenhangslos und unvollständig gegebenen Re- und Dupliken in mehr systematischer Entwicklung und Begründung bringen sollte. Dieser Artikel erschien in dem Extrablatt zu Nr. 40 der

Zeitung (Jahrgang 1862) unter dem Titel „Über die mangelnden Rechtsgarantien unseres Bauernstandes“ Ich kann wohl sagen, daß er eine gewisse Sensation hervorrief. Auch gingen mir von verschiedenen Seiten — zu meinem Leidwesen auch aus jung-estnischen und jung-lettischen Lagern, z. B. von Waldemar — zustimmende Schreiben zu. Für den Augenblick klärte der Artikel in etwas die Situation. Die ruhige, ganz sachliche Besprechung, die sich kaum in irgend einem Punkte gut widerlegen ließ, setzte dem Federkriege ein vorläufiges Ziel. Der Antagonismus wider die Zeitung in Adelskreisen nahm damit aber nicht ab. Ja es kam, wenn ich nicht irre, bald darauf zu einer Art Krisis. Der Ritterschaftshauptmann v. d. Pahlen veranlaßte eine Konferenz zwischen ihm und einigen Begleitern (unter ihnen der Prokureur, jetzige Senator Fr. Baron Stackelberg, Landrat A. v. z. Mühlen, Baron Ungern von Dagö-Kertel, Ritterschaftssekretär A. v. Gernet) einer- und Russow und mir als Vertretern der Redaktion andererseits. Sie machten uns Propositionen, daß sie uns reichliches Material zur Besprechung wirtschaftlicher und bäuerlicher Fragen aus der Ritterschaftskanzlei, zum Teil in druckfertiger Form, liefern wollten und wir dagegen uns verpflichten müßten, unsere eigenen Artikel der Beurteilung einer Art Redaktionskomitee vorzulegen. Die sehr schwüle Besprechung endete mit einem Kompromiß mehr im Sinne der ritterschaftlichen Vorschläge. Russow, der anfangs zugestimmt hatte, erklärte mir tags darauf, daß er unter dieser Bedingung nicht länger in der Redaktion bleiben könne. Beschwichtigende Worte meinerseits und der Mangel eines förmlichen Abkommens in bindender Form verhinderten für den Augenblick seinen Rücktritt. Er erfolgte aber dennoch nach kurzer Zeit, als Russow seine hiesige Stelle aufgab und nach Petersburg fortzog, wo er zuerst im Berg-Departement und später in der Verwaltung der Odessa-Krementschuger Bahn (von Constant Ungern erbaut) Anstellung und Beschäftigung fand.

Mit dem Jahre 1862 war wohl so ziemlich der Höhepunkt der Zeitung gekommen. Größere Formate, die später folgten, ein reicheres Material an telegraphischen Depeschen, die allmählich bezogen wurden, ein besonderes tägliches Feuilleton, das die Extrablätter ersetzte, und sonstige Bereicherungen und Verbesserungen, welche hie und da eintraten, ersetzten doch in keiner Weise die jugendliche Frische und Neuheit, mit der die Zeitung, darin genuin und einzigartig in der baltischen Tagespresse (die Baltische Monatsschrift gehörte eben zu dieser nicht), eine neue Bahn eingeschlagen hatte.“

Daß die redaktionelle Tätigkeit meines Vaters ihm manche Anfeindung, namentlich seitens der Hochkonservativen, eintrug, muß begreiflich erscheinen. Schlimmer schon war es, daß der Syndikus und Obersekretär Schütz seinem quasi-Untergebenen die freimütige Kritik auch städtischer Mängel und Gebrechen derart verübelte, daß es meinem Vater geraten erschien, seine unmittelbare Nähe auch im Dienst zu meiden. Als Ende 1861 der Posten des Archivars im Rate durch die Wahl des bisherigen Inhabers Leopold Krich zum Ratsherrn vakant wurde, erhielt mein Vater diesen Posten, während O. Riesemann Gehilfe des Obersekretärs wurde.

Vereinsleben

In diese Zeit fällt die Bekanntschaft mit O. Riesemann, die sich später zu einem Freundschaftsverhältnis entwickelte. Gemeinsame Interessen für die politische Entwicklung der Ostseeprovinzen und für das Kommunalleben Revals führten die beiden zusammen. Zwei Kreise waren es vor allem, in denen sie sich trafen: die Estländische Literärische Gesellschaft, 1842 begründet, und ein Juristenabend. Von der ersteren, deren Mitglied mein Vater schon bald nach seiner Niederlassung in Reval geworden war, und deren primitivem Betriebe gibt er folgende Schilderung:

„Damals befand sich ihr Lokal sowie die Bibliothek und die ihr gehörigen Schränke mit Altertümern im Kloster, in einem Stadthause, welches jetzt zwei Elementarschulen nebst Lehrerwohnungen beherbergt. Die ganze Einrichtung sowie die Art des wissenschaftlichen Austausches entsprachen den damaligen anspruchslosen Bedürfnissen der Zeit. Man kam jeden Mittwoch nachmittag sektionsweise in dem dürftig ausgestatteten Versammlungszimmer zusammen, gruppierte sich um einen Tisch, an dem die vortragende oder referierende Person des Abends den Mittelpunkt bildete. Das Hauptkontingent dieser Versammlung stellte die Lehrerwelt, besonders des Gymnasiums. Pädagogische Fragen sowie Themata aus der einheimischen Geschichte waren die vorherrschenden Gegenstände der Unterhaltung, nachdem der bez. Vortrag und noch häufiger das Referat beendet waren. Eigentliche, schriftlich abgefaßte Vorträge kamen seltener vor, gewöhnlich begnügte man sich mit irgendeinem kürzeren Referat. Dafür wurde die sich daran knüpfende Unterhaltung, bei einer Tasse Tee geführt, um so länger und lebhafter. Es kam nicht selten vor, daß man bis zum späten Abend beisammenblieb. Als ich die Gesellschaft kennen lernte, gehörten ihr noch mehrere ihrer Gründer und regsamen

Führer an, so der Oberlehrer Wiedemann, der alte Bunge und der Gouv.-Prokureur Paucker. Nach ihrem Weggange resp. Tode, also etwa nach dem Krimkriege, war es besonders Pabst, der das historische Fach vortrug; neben ihm mußten wir häufig recht langweilige Dinge über römische Topographie und römischen Kultus vom Oberlehrer Zeyß (Domschule) und über deutsche Grammatik vom Oberlehrer Hausmann (Gymnasium) hören. Die Zeit literarischer Jungfräulichkeit, die eine Fülle unbesprochener Materien in sich barg, hatte in den ersten 10 Jahren des Bestehens der Gesellschaft (sie wurde 1845 gegründet) allgemach ihr Ende erreicht. Dazu kam die neue Ära nach dem Tode Nikolais mit ihren neuen Anschauungen und mehr praktischen Bedürfnissen, und so begann denn allmählich eine Zeit des Überganges zu den Zeit- und Tagesfragen. Diese Zeit brachte auch mich mehr in den Vordergrund. Dann und wann wagte ich mich in die Reihe der Vortragenden, meist mit Referaten über neuerschienene Werke über juristische oder soziale Fragen. Nach Schütz's Tode (1869) wurde ich zum Direktor der juristischen Sektion gewählt. In dasselbe Jahr fiel die Übersiedelung der Gesellschaft in das Haus der Kanuti-Gilde. — Von unserem Juristenabend habe ich nicht die besten Erinnerungen. Ergiebig und fruchtbar für geistige Anregung und wissenschaftlichen Austausch war für mich der Augustiner-Abend geworden. Mit die begabtesten und anregendsten Persönlichkeiten der Stadt aus verschiedenen Stellungen und Berufskreisen — das größte Kontingent stellte auch hier die Lehrerwelt — wurden Glieder dieses Abends. Zu der Lektüre der Augustinischen Konfessionen traten allmählich ihre Lektüre und Besprechung unterbrechende interessante, neuerschienene Bücher und Broschüren. Religiöse und kirchliche Fragen hatten nach dem Charakter des Abends den Vorzug, doch waren politische und historische nicht grundsätzlich ausgeschlossen.

Eine Umgestaltung mit Rücksicht auf seine Mitglieder erlebte der Abend infolge einer Katastrophe, welche im Jahre 1859 die Domschule betraf. Kirchner war Direktor derselben und sah sich im genannten Jahre — oder war es etwa 1860? — infolge eines Konflikts mit den Kuratoren veranlaßt, die Schule zu verlassen. Da der Konflikt für die Stellung des ganzen Lehrerkollegiums zum Kuratorium von prinzipieller Bedeutung war und letzteres auf die Seite des Schülers trat (es handelte sich um ein Disziplinarvergehen eines jungen Grafen Manteuffel), so schlossen sich dem Direktor auch die meisten und namentlich die tüchtigsten Lehrer an. Es traten

damals mit Kirchner die Oberlehrer Ottho (später Prediger in Petersburg), Getz (Geschichtslehrer, ging später nach Arensburg und noch später nach Petersburg, wo er gestorben ist), Gottfried (Mathematiker, später in Riga) und Maczewsky (Geschichtslehrer, ging nach Mitau, wo er gestorben ist) aus Kirchner, Ottho und Gottfried waren auch Mitglieder des Augustiner-Abends, und dieser erlitt durch ihren Fortgang einen empfindlichen Verlust.

Doch wurden diese Lücken später durch den Zuzug neuer Lehrkräfte an die Domschule reichlich ersetzt. An Kirchners Stelle kam Crößmann als Direktor und mit ihm Winckelmann (Historiker, später Prof. in Heidelberg), Sallmann (später in Kassel), Spitta (später Prof. der Musikwissenschaft in Berlin) und teils mit, teils nach ihnen andere meist sehr tüchtige junge Männer, an denen nicht nur die Schule, sondern auch das wissenschaftliche Leben unserer Stadt, wenn auch erst allmählich, trefflichen Ersatz für die erlittenen Einbußen fand."

Um die baltische Justizreform

In den Jahren seit dem Eintritt in die Redaktion der „Revalschen Zeitung" war mein Vater in Reval endgültig heimisch geworden. Daß er den bodenständigen Kreisen nicht durch Geburt angehörte, hatte ihm das Wurzelfassen im Lande vielfach erschwert; daß er durch enge und mühselige Verhältnisse hindurch in zähem Ringen sich durchgesetzt, Stadt und Land von der Peripherie her kennen gelernt hatte, ließ ihn vielfach den Dingen unbefangener und vorurteilsfreier entgegentreten, als es dem indigenen baltischen Deutschen möglich gewesen wäre.

Eine ganz eigenartige Arbeit, die ihm 1864 zufiel, hat ihm indirekten Gewinn gebracht: die Teilnahme an der „Baltischen Justizkommission" in Dorpat. Sie ist an sich so gut wie resultatlos geblieben: aber sie bot doch Vertretern des „Ostseegebiets" Gelegenheit — vielleicht die beste, die es damals geben konnte —, mit maßgebenden Vertretern russischer Staatlichkeit in persönliche Berührung zu treten. Das Resultat muß für meinen Vater eine neue und eigenartige Auffassung des alten juristischen Grundsatzes: „Summum jus — summa injuria" gewesen sein. Wie große Hoffnungen hatte er mit so manchem andern auf die „neue Ära" in Rußland gesetzt, und wie herbe Enttäuschungen gab es auch hier!

Zur Vorgeschichte der Justizkommission berichtet mein Vater:

„Im Jahre 1862 nahm die Justizreform ihren Anfang. Ein Allerhöchst bestätigtes Reichsratsgutachten vom 29. September jenes Jahres stellte die Fundamentalgrundsätze dieser Reform fest. In Punkt 8 des genannten Gutachtens war ausgesprochen, daß die Reform den Justizeinrichtungen Kaukasiens, Sibiriens, des Landes der Donschen Kosaken und überhaupt der nicht nach den allgemeinen Gesetzen verwalteten Gouvernements und Gebiete anzupassen sei. Auf Grund dieses Punktes erhielt der damalige Generalgouverneur Baron Lieven den Auftrag, diese Anpassung auch in seinem Verwaltungsgebiete einzuleiten. Er bestimmte infolgedessen, daß eine baltische Zentral-Justizkommission niederzusetzen sei, welche aus einem von der Staatsregierung aus der Zahl der drei provinziellen Obergerichtspräsidenten ernannten Präsidenten, zwei von diesem aus der Zahl jüngerer inländischer Juristen ernannten Sekretären, je zwei Delegierten der Estländischen, Livländischen und Kurländischen, einem der Öselschen Ritterschaft, je einem Delegierten der Städte Riga, Reval, Mitau und Narva, zwei sämtlicher übrigen Städte und zwei Vertretern der juristischen Wissenschaft (anfangs zwei Professoren, später zwei Rigaschen Advokaten) bestehen sollte. Ihren Sitz sollte diese Kommission in Dorpat haben. Die Einberufung zu derselben erfolgte im Sommer 1864. Seiner Stellung und Bedeutung nach mußte die Wahl für Reval unbedingt auf den Syndikus Schütz fallen. Derselbe war aber um diese Zeit an einem langjährigen Magenleiden so schwer erkrankt, daß er behufs seiner Heilung in die Schweiz reisen mußte, wo er nicht lange nachher verstorben ist. Nun fiel die Wahl auf den mit Schütz eng befreundeten Ratsherrn Leopold Krich, der sich im September auch nach Dorpat begab. Indes dauerte es nicht lange, so kam von ihm die Nachricht, er fühle sich so krank und angegriffen, daß er unbedingt um seine Rückberufung bitten müsse. Die erfolgte denn auch. Nun hätte eigentlich Riesemann eintreten müssen, da er im Syndikate Nachfolger von Schütz wurde. Das geschah aber nicht, sondern ich wurde dazu ausersehen. Diese mir ganz unerwartete Mission hing aber, soviel ich mich jetzt erinnere, wohl mit zwei Dingen zusammen. Einmal glaubte Riesemann klüger zu handeln, wenn er, wollte er in die Machtstellung des verstorbenen Schütz treten, für den Augenblick Reval nicht verlasse. Dann aber war er den verschiedenen Phasen der russischen Justizreform, wie sie durch die Presse bekannt geworden waren, nicht genügend gefolgt, um sofort in Dorpat eine maßgebende Rolle zu spielen. In letzterer Beziehung war ich ihm durch meine

Zeitungsredaktion überlegen. Eine Reihe von Artikeln in den Jahrgängen 1862 und 1863 der „Rev. Zeitung", die von mir stammten, legten Zeugnis davon ab, daß ich auf diesem Gebiete einigermaßen orientiert war. Auch war ich schon zu einer seitens der Ritterschaft im Interesse der Justizreform niedergesetzten Kommission — in welcher der schon längst verstorbene Ritterschaftssekretär Georg v. Peetz die Hauptrolle eines Gegners jeder Reform spielte — hinzugezogen worden; kurz, ich hatte „schon einen Fuß im Steigbügel" Daher meine Wahl. Bei dem hohen Interesse, das eine die drei Ostseeprovinzen in einer so wichtigen Angelegenheit repräsentierende Versammlung haben mußte, konnte es mir nur große Befriedigung gewähren, die Wahl anzunehmen.

Am 17. September begab ich mich auf die Reise, nachdem ich in Leopold Pezold, dem hochbegabten Sohne des Malers Pezold, einen Stellvertreter für die Zeitungsredaktion gefunden hatte.

Bevor ich an eine Darstellung meiner Erlebnisse während meiner Teilnahme an den Verhandlungen der Justizkommission schreite, werde ich in möglichst engem Rahmen die Persönlichkeiten vorführen müssen, aus denen sie bestand, um an sie und ihre politische Parteistellung eine kurze Charakteristik der Ziele und Wünsche jener Tage zu knüpfen.

Präsident der Kommission war der Präsident des kurländischen Oberhofgerichts Baron Howen. Obschon nicht mehr jung — er mochte damals ein guter Sechziger gewesen sein — und die Spuren des Alters im Haupt- und Barthaar unverkennbar aufweisend, erwies er sich in straffer, kräftiger Haltung, in seinem lebhaften, ja feurigen Auge und seiner volltönenden Stimme als im ungeschwächten Besitz seiner Körper- und Geisteskräfte. Letztere bewährten sich mir gegenüber schon bald als weit über das Mittelmaß hinausgehend. Schärfe des Denkens neben der Fähigkeit eines raschen Überblicks, ein glückliches Gedächtnis unter der Herrschaft der Unterscheidungsgabe für Haupt- und Nebensächlichkeit, wozu noch die Gabe der Rede kam, waren die Geisteskräfte, welche ihn vor vielen anderen und vielleicht vor allen in den Provinzen, welche dazu berufen werden konnten, als zum Vorsitze in der Justizkommission befähigt erscheinen ließen. Dazu kam seine tüchtige juristische Bildung und seine langjährige Schulung im Justizdienste. Der geistigen Befähigung entsprach die moralische, oder genauer politische nicht, wie man es wünschen mußte. Es steckte, wie es mir schien, etwas von dem Blute des aus der Geschichte Kurlands in der Zeit der Unter-

werfung unter das russische Szepter berüchtigten Howen in ihm. Die Aussicht, durch seine Tätigkeit in der Justizkommission dereinst in den Besitz hoher Auszeichnung seitens der Staatsregierung zu gelangen, trat nicht selten recht deutlich zutage, und das Bestreben, es mit keiner Partei zu verderben, war ganz unverkennbar: bald wurde man inne, daß es ihm an einer festen, unverbrüchlichen politischen Gesinnung fehle. Ich füge schließlich noch zur Charakteristik dieses mit ungewöhnlichen Gaben ausgestatteten Mannes hinzu, daß er im Vollbesitze weltmännischer Umgangsformen war.

Das Vizepräsidium lag in den Händen eines der Vertreter der livländischen Ritterschaft und zwar des damaligen Präsidenten des livländischen Hofgerichts v. Sivers. Dieser, ein alter Hagestolz, hohen Wuchses, etwas vertrocknet und von markierten Gesichtszügen, war der echte Vertreter der konservativen Partei seines Standes, speziell auch auf dem Gebiete der Rechtspflege. Wo es diese zu vertreten galt, wich er nie auch um eines Haares Breite. Im ganzen wortkarg, fehlte es ihm gelegentlich nicht an beißendem Sarkasmus, um seinen Gegner zu stigmatisieren. Solchergestalt zum Leiter einer Versammlung von sehr auseinandergehenden Elementen wenig geeignet, ist er, soviel ich weiß, auch nie in die Lage eines Leiters der Verhandlungen der Justizkommission gekommen.

Neben ihm stand sein Kollege in der Vertretung der livländischen Ritterschaft, der bekannte politische Schriftsteller Woldemar v. Bock. Daß dieser hochbegabte Mann dereinst in religiöse Verirrungen geraten und endlich in geistiger Umnachtung enden*) würde, hätte damals wohl niemand voraussehen können, so entschieden trat er, wo es galt, für die livländische Landeskirche und wider jedes Proselytentum seitens der griechischen Kirche ein. Denke ich aber jetzt zurück an die Zeit der Justizkommission und begleite ihn dann an der Hand der „Livländischen Beiträge", so werden mir doch jene Wandlungen klar. In seiner Lebhaftigkeit und seinem Redebedürfnis lag etwas Ruheloses, und in dem starren Festhalten an politischen Gebilden, denen in unserer bez. damaliger Zeit alle Existenzfähigkeit abgesprochen werden mußte, die Gefahr jähen Umschlages in ein Glaubensbekenntnis, wie das der römischen Kirche — er trat später zum Katholizismus über —, das nach allen Seiten hin Erstarrung predigt

*) Hier liegt ein Irrtum vor. Ich habe noch 1893 W. v. Bock in Quedlinburg aufgesucht; er war, wie eine sehr eingehende Unterhaltung über die verschiedensten Dinge bewies, durchaus geistig normal. D. Hrsg.

und verlangt. Daß Bock in der Justizkommission ein Vertreter der konservativen Partei war, braucht kaum bemerkt zu werden. Darin stimmte er mit seinem livländischen Mitdelegierten v. Sivers vollkommen überein; er unterschied sich aber von ihm durch sein stetes Bedürfnis, das Wort zu ergreifen. Es war dies nicht immer geeignet, Klarheit zu fördern, und so kam es denn schließlich dahin, daß der Präsident sowohl als die Versammlung meist wenig davon erbaut war, wenn v. Bock das Wort erteilt werden mußte.

Die kurländische Ritterschaft war durch das damalige Mitglied (jetzt ist er Präsident) des Oberhofgerichts Ed. v. d. Brüggen und den Baron Hahn-Asuppen vertreten. Ersterer war noch ein Studiengenosse von mir; nach zwanzig Jahren sahen wir uns in der alten Musenstadt wieder. Hohe Begabung, reiches Wissen und nicht minder reiche Erfahrung auf dem Gebiet der Rechtspflege, das Vermögen, klare Gedanken nicht minder klar ausdrücken zu können, ernste Auffassung im Gewande schmuckloser, bescheidener und niemals persönlich werdender Rede machten Brüggen bald zu einem der ausschlaggebenden Glieder der Justizkommission. Sein Kollege Baron Hahn war ein ganz anders gearteter Mensch. Auch ihm fehlte es an hohen geistigen Gaben nicht, wohl aber sowohl an der entsprechenden juristischen Bildung als an jeder Nüchternheit der Auffassung. In letzterer Beziehung ähnelte er v. Bock. Die allerextremsten Gesichtspunkte und Motive in der Beurteilung der politischen Lage des Landes waren ihm die liebsten und geläufigsten. Große Rednergabe war auch ihm eigen. Sein Lebensgang war insofern ein ungewöhnlicher, als er zur Zeit der russisch-ungarischen Kampagne 1849 sein Studium unterbrach, als Freiwilliger den Feldzug mitmachte und, nachdem er als Georgsritter zu seinen Studien wieder zurückgekehrt war, sie mit einem glänzenden Magister-Examen beendigte.

Delegierte der estländischen Ritterschaft waren der bekannte Fickelsche Majoratsherr Bernhard Baron Uexküll und zuerst der damalige Prokureur F. Baron Stackelberg, nachher der damalige Oberlandgerichts-Translateur und spätere Manngerichts-Sekretär Graf Peter Igelström. Einer ausführlicheren Charakterisierung dieser Männer glaube ich überhoben zu sein, da sie als engere Landsleute zu bekannt sind. Von dem ersten derselben möchte ich aber nicht ungesagt lassen, daß ihm ein bedeutenderer Einfluß im Schoße der Kommission trotz seiner bedeutenden Geistesgaben und seines weiten politischen Blicks doch versagt bleiben

mußte, weil ihm die Rechtspflege fernlag. Auch von den anderen Vertretern der estländischen Ritterschaft muß es gelten, daß sie eine verhältnismäßig unbedeutende Rolle in der Justizkommission gespielt haben.

Von den städtischen Delegierten waren die der Städte Riga und Mitau die hervorragendsten; erstere hatte den Ratsherrn Faltin und letztere den Bürgermeister Kupffer nach Dorpat geschickt. Beide waren mir von früher her bekannt. Faltin hatte ich in Riga — wenn auch flüchtig — kennen gelernt, und Kupffer war mein alter Studienkamerad gewesen. Sich beide darin ergänzend, daß ersterer ein höheres Maß politischer Bildung besaß, während letzterer juristischer Fachmann par excellence war, unterschieden sie sich wesentlich darin, daß Faltin bei aller Bitterkeit im Herzen seine Sache, d. h. die Sache des Liberalismus, stets mit freundlicher Miene und glatten Worten vertrat, während Kupffer, meist leidenschaftlich erregt, seiner polternden Rede nur schwer Zaum und Zügel anzulegen verstand. Die kleinen livländischen Städte waren durch den Pernauschen Bürgermeister Rambach, die kurländischen durch den Grobinschen Stadtsekretär Sörensen, Narva durch den Professor O. Schmidt vertreten. Die Universität hatte die Professoren Meykow und Rummel delegiert. Auch die Herren Professoren gehörten dem liberalen Lager an. Die öselsche Ritterschaft hatte einen Herrn v. Poll abdelegiert. Sekretäre waren der spätere Präsident des livländischen Hofgerichts v Sivers und der Sohn des Präsidenten Baron Howen, der mir ziemlich aus dem Gedächtnis geschwunden ist."

„Die Kommission tagte in dem Krüdenerschen Hause am Markt, neben dem Hause der Dorpater Bank. Die Sitzungen des Plenums begannen täglich um 10 oder 11 und dauerten bis 2 oder 3; auch kamen Nachmittags- und Abendsitzungen vor. Die Ausschüsse versammelten sich in den Wohnungen ihrer resp. Vorsitzenden. Als ich hinkam, war schon die Geschäftsordnung angenommen und ein Traktandenregister, das aus 39 Punkten bestand und von dem Punkte „Trennung der Justiz von der Administration und Polizei" beginnend und mit dem Punkte „Gerichts- und Advokaten-Gebühren-Taxe" abschließend alle die Justizreform angehenden Materien enthielt, entworfen und genehmigt. Die Art der Verhandlung war eine streng parlamentarische, wofür das Hauptverdienst der vortrefflichen Leitung des Präsidenten Howen gebührte.

Bevor ich noch die erste Sitzung mitzumachen in der Lage war, wurde mir vieles in der ganzen Situation durch einen Besuch bei den ein gemeinsames Quartier bewohnenden Vertretern von Riga und Mitau klar. Alter Tradition zufolge hatte ich nämlich von Reval aus die Instruktion erhalten, mich möglichst dem Vorgehen Rigas anzuschließen; mein erster Gang war daher zu Faltin. Ich fand dort — es war am Abend — eine Gesellschaft von mehreren gleichgesinnten Gliedern der Justizkommission vor. Man begrüßte mich als einen selbstverständlich ebenso gesinnten Nachfolger Krichs. Alsbald wurde ich in die Lage der Sache eingeführt. Was ich bei dieser Gelegenheit erfuhr, war nicht sehr erfreulich. Es wurde mir bald klar, daß die Vertreter der Städte und der Universität in recht schroffer Opposition zu denen der Ritterschaften ständen, diese das konservative, jene das liberale Lager vertretend. Dabei fehlte es nicht an persönlichen Beargwöhnungen und dergl. Von dieser ersten Begegnung mit Teilen der Justizkommission konnte ich nicht sonderlich erbaut sein. — Am nächsten Tage machte ich Howen meine Visite und gleich darauf die erste Sitzung mit. Die belehrte mich alsbald, daß die Eindrücke des vorigen Abends treue Reflexe der wirklichen Sachlage gewesen waren. Wie sich diese im weiteren Verlauf der Verhandlungen gestaltete, werde ich für ein die Resultate derselben zusammenfassendes Schlußwort mir vorbehalten müssen und will hier zunächst nur ein paar Worte über das Leben und die Beziehungen der Kommissionsglieder außerhalb der Sitzungen einfließen lassen. — Hauptzusammenkunftsort vieler derselben war der sog. Kommerzklub; ich glaube, er hieß so, jedenfalls war er, neben der akademischen Musse, das erste Lokal der Art. Dort speisten wir zu Mittag und waren auch, namentlich an Klubabenden, dort zum Tee und Nachtmahl versammelt. Am Mittagstisch fehlte es nicht an anregender Unterhaltung, und wenn alle schweigsam oder wortkarg wurden, so sorgte v. Bock dafür, daß die Konversation nicht ins Stocken geriet. Sein Vorrat an Erzählungen und Anekdoten war unerschöpflich. Fernere gesellschaftliche Vereinigungspunkte waren die Salons des Präsidenten und des Kurators Grafen Keyserling, die ihre jours fixes hatten. Bei letzterem kam ich u. a. auch mit Schirren zusammen, mit dem ich als Redakteur des „Dorpater Tagesblatt" manchen publizistischen Strauß in der „Revalschen Zeitung" ausgekämpft hatte. Der Astronom Mädler war auch ein oft gesehener Gast bei Keyserling. Überhaupt fand man dort viele Vertreter des Professorenpublikums. In solcher Gesellschaft konnte es an Anregung und Belehrung nicht

fehlen. Zierden des Teetisches oder der Abendtafel waren die Wirtin des Hauses und ihre damals in ihrer ersten Blütezeit stehende einzige Tochter, welche später Baron Taube geheiratet hat. Ein dem kuratorischen prinzipiell gegenüber, wenn nicht gar feindlich gegenüberstehender Kreis des akademischen Publikums war der der Theologen und ihrer Anhänger. Auch in den fand ich Eingang. Da lernte ich A. v. Oettingen, M. v. Engelhardt und J. Lütkens kennen. Hier und da verbrachte ich auch einen Abend bei meinem alten Prinzipal Wahl von ci-devant-Wattel. Er hatte sein letztes Gut in Livland verkauft und sich in Dorpat niedergelassen. Von einer Nilreise zurückgekehrt, wußte er viel davon zu erzählen. Gab es in der akademischen Muße irgend etwas Außergewöhnliches, so benutzte ich solche Gelegenheit, um der akademischen Jugend wieder einmal näher zu treten. An Einladungen zu derartigen Festivitäten fehlte es nicht, denn ein Glied der Justizkommission in seiner Mitte zu haben, galt für halbwegs ehrenvoll, so hoch bewertete man — und sicherlich mit Recht — auch in Dorpat ihre Aufgabe und Bedeutung. Demselben Umstande hatte ich es auch wohl zuzuschreiben, daß ich von der „Curonia" zu ihrem Abschieds-Kommerse in Novum eingeladen und auf demselben als früherer Zugehöriger fetiert wurde. Man hatte nämlich erfahren, daß ich einst sog. „Fechtbodist" dieser Verbindung gewesen.

Bei herannahender Weihnachtszeit wurden die Sitzungen vertagt, und die meisten Glieder begaben sich nach Hause. So auch ich nach Reval. Als ich im Januar 1865 nach Dorpat zurückkehrte, war inzwischen eine wichtige Veränderung auf dem höchsten Verwaltungs- und Repräsentationsposten der Ostseeprovinzen eingetreten. Vermutlich wohl im Zusammenhang mit dem durch den deutsch-dänischen Krieg geförderten Erstarken Deutschlands, wurde der letzte deutsche Generalgouverneur Baron Lieven trotz seines intimen Verhältnisses zum Kaiser plötzlich seines Amtes entlassen und Mitte Dezember 1864 Graf Peter Schuvalov zu seinem Nachfolger ernannt. Das war mehr als ein Amts-, es war eine Art von Systemwechsel, wie sich später auch in der Justizreform-Angelegenheit zeigte. Nicht lange nachdem man sich wieder am grünen Tisch versammelt hatte, traf auf seiner Rundreise Schuvalov auch in Dorpat ein. Er war u. a. auch von August v. Oettingen, dem damaligen livländischen Gouverneur, begleitet. Bei der Cour sah ich ihn seit unserem Beisammensein vor zwanzig Jahren in Heidelberg zum ersten Mal wieder. In seiner nonchalanten Manier nahm er bei der Cour mit irgend einer

humoristischen Reminiszenz Notiz davon. Es ging nun wieder scharf an die Arbeit, so daß man sich allmählich dem Ziele genähert sah; gleichzeitig gingen aber auch die divergierenden Bahnen immer weiter auseinander. Ob neben einem Kriminal- und Zivilprozeßentwurf auch eine Gerichtsbehördenverfassung auszuarbeiten sei, ob Schwurgerichte oder nicht, wie weit im Zivilprozeß das hannöversche mündliche Verfahren zu adoptieren, waren Streitpunkte, um derentwillen immer wieder diskutiert, paktiert und wohl auch intrigiert wurde. Das Endresultat war das wenig erfreuliche, daß für den Kriminalprozeß zwei Entwürfe — mit und ohne Geschworene — angenommen und dem Generalgouverneur vorgestellt wurden. Zuguterletzt hatten die städtischen im Verein mit den Universitätsvertretern den Entwurf einer baltischen, die Delegierten der estländischen Ritterschaft den einer estländischen Gerichtsbehördenverfassung eingebracht, und obgleich sie in der Kommission garnicht zur Beratung gekommen waren, hatte sie der Präsident doch dem Generalgouverneur vorgestellt und dieser sie als Elaborate der Justizkommission angenommen. Im Mai 1865 wurden die Sitzungen in Dorpat geschlossen, worauf in der Zeit vom 12. Juli 1865 bis zum 12. Mai 1866 in Riga unter den Augen des Generalgouverneurs eine zweite Sitzungsperiode folgte, die ich nicht mitgemacht habe, sondern zu der Riesemann von Zeit zu Zeit nach Riga fuhr, bis dort eine Stellvertretung eintrat.

Aus der ganzen Arbeit beider Sitzungsperioden ist schließlich, wie bekannt, nichts geworden. Der in Dorpat erzählte und damals ziemlich ungläubig aufgenommene Ausspruch des Staatssekretärs Butkow: „Die Herren in Dorpat beschäftigen sich mit Wassertreten" sollte, wie es noch vor Ende der 60-er Jahre klar wurde, in Erfüllung gehen. — Vielfach hat man diese Erfolglosigkeit der baltischen Uneinigkeit in die Schuhe geschoben und gemeint, daß die Sache gelungen wäre, wenn man einmütig zusammengestanden hätte. Welche Torheit! Das Schicksal der baltischen Justizreform als einer eigenartigen war mehr und mehr besiegelt, als seit 1866 die Einheit Deutschlands immer deutlicher am politischen Himmel sichtbar wurde. Die Erwartung, ja das Anverlangen aber, es sollten die Stände der Ostseeprovinzen, mit ihren Interessen und ihren politischen Anschauungen in dem Boden langjähriger Verschiedenheit wurzelnd, urplötzlich einmütig werden, weil die abstrakte Theorie ein solches Anverlangen aufstellte, kann man nur als unberechtigte, weil der Geschichte widersprechende, zurückweisen."

Kommunales Wirken und politische Sorgen

Um die Mitte der 60-er Jahre war mein Vater außer durch die Dorpater Justizkommission mit allerlei wichtigen Angelegenheiten im öffentlichen Leben Revals beschäftigt.

In der Zeitung gab es Weltereignisse von überragender Bedeutung zu verfolgen: das Ministerium Bismarck, den Konflikt mit dem preußischen Abgeordnetenhause, vor allem aber den deutsch-dänischen Krieg. Die Nachricht von der Räumung des Dannewirke durch die Dänen und von dem Übergange des Prinzen Friedrich Karl über die Schlei bei Missunde wurde als erstes Extrablatt der „Revalschen Zeitung" den Abonnenten übermittelt.

Von wesentlichem Werte ist meinem Vater eine Reise nach Riga im Juni 1864 geworden. Er lernte hier die Symptome des Aufschwungs kennen, den Riga seit Abtragung der Festungswälle vor allem in außerordentlich gesteigerter Baulust, aber auch sonst in wirtschaftlicher wie in geistiger Beziehung genommen hatte. Es war schon lange der Wunsch meines Vaters gewesen, den „Vorort" der Ostseeprovinzen kennen zu lernen. Der Wunsch wurde ihm erfüllt, als ihm 1864 die Chefredaktion der „Revalschen Zeitung" übertragen wurde. Jetzt wurde es notwendig, auch mit den Rigaer Kommunalpolitikern, sowie den sonstigen Männern von Bedeutung persönlich bekannt zu werden. Im Hause von Georg Berkholz fand mein Vater Unterkunft. Während des eine Woche dauernden Aufenthalts schloß er Bekanntschaften, die vielfach zu bleibenden Beziehungen und Freundschaften führten: so lernte er Julius Eckardt und dessen Redaktionskollegen von der „Rigaschen Zeitung" John Baerens, Faltin und Böttcher von der 1859 begründeten „Baltischen Monatsschrift", Otto Müller und Ed. Hollander kennen. „So konnte ich denn Riga mit dem Bewußtsein verlassen, viel gesehen und gelernt und mannigfache persönliche Beziehungen angeknüpft zu haben, die mir für meine öffentliche, ich möchte sagen baltische Stellung von hoher Bedeutung wurden." Es scheint sogar, daß mein Vater damals sich mit dem Gedanken getragen hat, ganz nach Riga überzusiedeln, um dort in die Redaktion der „Rigaschen Zeitung" einzutreten. Der Plan ist jedenfalls nicht zur Ausführung gelangt.

Im Jahre 1866 war der Schwager meines Vaters, Obersekretär des Rats Ferdinand Lampe, nach schwerem Leiden auf einer Reise nach dem Süden in Würzburg gestorben. Zu seinem Nachfolger wurde sofort mein Vater gewählt.

Die Jahre 1867 und 1868 hatten nacheinander Nässe und Dürre gebracht; man sah in letzterem Jahr einer Hungersnot entgegen. Auf Vorschlag meines Vaters wurde ein provisorisches Komitee eingesetzt, bestehend aus Vertretern sowohl des Landadels als der Stadt, das eine Hilfsaktion in die Wege leitete. Es wurden weitere lokale Komitees begründet, namentlich in der Wiek und Dagden, so daß dem Bauernstande in Gestalt von Gelddarlehen sowie von Konsumtions- und Saatkorn erhebliche Hilfe geleistet werden konnte. Über 2 Jahre erstreckte sich die Hilfsaktion, an der der Staat keinen Anteil nahm. Es konnte sogar ein Provinzial-Hilfsfonds begründet werden, der 1880 auf 50,000 Rbl. angewachsen war. —

Zu anderweitigen Sorgen gesellten sich alsbald ernste politische. Die großen Hoffnungen, die man im baltischen Lande auf die „neue Ära" Alexanders II. gesetzt hatte, zerrannen nur allzubald, als man wahrnehmen mußte, daß seit der Gründung des Norddeutschen Bundes durch die russische Politik ein scharf deutschfeindlicher Zug wehte. Ein deutliches Symptom dafür war gelegentlich des Besuches Kaiser Alexanders in Riga im Herbst 1867 wahrzunehmen, als er im livländischen Ritterhaus eine Ansprache an den livländischen Adel hielt, in welcher er die Notwendigkeit eines „engen Anschlusses" der Ostseeprovinzen an „die russische Familie" betonte. Bald nach dieser Allerhöchsten Kundgebung erließ der Generalgouverneur Albedinsky ein Zirkular an alle baltischen Gouverneure, in welchem die russische Korrespondenz mit allen Regierungsbehörden vorgeschrieben wurde.

Zum ersten Mal drohte hier die Gefahr, die 18 Jahre später zum harten Konflikt führen sollte. Mein Vater erkannte sie in ihrer ganzen Tragweite und schritt auch sofort zur Gegenwehr. Der Revaler Rat entsandte an Generalgouverneur Albedinsky ein von meinem Vater verfaßtes Schreiben, in dem, unter Berufung auf die Kapitulation von 1710 und den Nystädter Frieden, gegen das erste Schreiben eines Generalgouverneurs an den Revaler Rat in russischer Sprache Protest erhoben wurde. Diese mutige Tat fand sofort die gebührende Anerkennung darin, daß die Livländische Ritterschaft zwei Herren an meinen Vater abdelegierte, die ihm ihre Anerkennung für seine aufrechte Haltung aussprachen. Das Schreiben wurde dann in v. Bocks „Livländischen Beiträgen" zum Abdruck gebracht und wurde hierdurch zu einer politischen Aktion gestempelt. — Der Revaler Rat hatte zu diesem Schritte erst sehr energisch durch meinen Vater überredet werden müssen.

Einstweilen brachte das neue Amt meinem Vater die Mitarbeit an wichtigen städtischen Unternehmungen.

Für meinen Vater hatte die gesteigerte Tätigkeit im Dienste der Stadt zur Folge, daß er auf die weitere Leitung der „Revalschen Zeitung" verzichten mußte. Mit dem 1. Januar 1867 übernahm der Historiker und Maler Leopold v. Pezold die Leitung der Zeitung. Er hat sie nur bis 1869 innegehabt, da er in diesem Jahr nach Riga als Redakteur der „Rigaschen Zeitung" übersiedelte. Sein Nachfolger wurde Oberlehrer F. Bienemann (bis 1871), dessen Gehilfe der spätere Chefredakteur der „St. Petersburger Zeitung" Paul v. Kügelgen war. Bienemann wurde durch Th. Heubel abgelöst, der 1879 ein eigenes Blatt — das zweite deutsche in Reval — den „Revaler Beobachter" ins Leben rief. Heubels Nachfolger wurde Christoph Mickwitz, der seine journalistische Laufbahn an der „St. Petersburger Zeitung" begonnen hatte; er blieb Leiter des Blattes bis zu dessen Schließung 1915.

* * *

Als gewichtiges Symptom des neuen Kursus der Russifikationspolitik der Regierung erfolgte 1869 die gänzlich unmotivierte Entlassung des bisherigen — deutschen — Gouverneurs von Estland, Ulrich, und die Ernennung des ersten russischen Gouverneurs in Estland, des noch jungen Galkin-Wrasskoi (später oberster Chef des russischen Gefängniswesens).

„Bei der ersten Cour hielt er eine Ansprache, in welcher schon Andeutungen der nun zu beobachtenden Russifizierungspolitik vorkamen. Im Laufe seines ersten — und letzten — Amtsjahres zeigten sich so deutliche Spuren dieser Politik, daß sich alle Einflüsse, namentlich im Schoße der Ritterschaft, in der Residenz seiner Entfernung von hier zuwandten. Nur bei seinen Beamten, deren Interessen er überall förderte und die ihn als tüchtigen und gerechten Chef gern hatten, war er beliebt. Im Sommer des Jahres 1870, als dem nach Versetzung Albedinskys auf den Statthalterposten in Polen folgenden — letzten! — Generalgouverneur Fürst Bagration bei seinem ersten Besuch in Reval im Badesalon in Katharinenthal ein Diner gegeben wurde, kam die Abneigung gegen Galkin in demonstrativer Weise zum Ausdruck. Als man nämlich zum Schluß des Diners noch beisammensaß, spielte die Musikkapelle u. a. auch Piecen aus der damals sehr beliebten Operette „Orpheus in der Unterwelt". In dieser kommt auch ein Musikstück vor, welchem die Worte „Fort

nach Kreta" angehören. Galkin, dem es wohl schon in der Gesellschaft etwas schwül geworden sein mochte, erhob sich als einer der ersten, um auf die Veranda zu gehen. Während er den Saal verließ, wurde, nachdem die besagte Melodie auf Verlangen wiederholt worden war, von einem Teil der Gesellschaft die Musik mit den Worten „Fort nach Kreta" gesangsweise begleitet. Dieser Wink war — wenn überhaupt nötig — sehr deutlich. Fast aber so überraschend wie sein Kommen, war sein Gehen. Eines schönen Tages — 25. September 1870 — war Galkin verschwunden. Die unangenehmen Erinnerungen, welche er von hier mitgenommen, mögen mit dazu beigetragen haben, daß er später Präsident der orthodoxen baltischen Bratstwo wurde und als solcher eifrigst für die griechisch-orthodoxe Propaganda tätig geblieben ist.

Folgender Vorgang fällt in seine Regierungszeit. Wenn ich nicht irre, war es früher nicht Sitte, daß man zu hohen Kronsfeiertagen die Spitzen der Landes- und Stadtinstitutionen seitens des Gouverneurs schriftlich zur Teilnahme an dem Gottesdienst in der griechischen Kirche einlud. In Veranlassung der Ankunft des Großfürsten Konstantin in Reval erging nun eine solche Einladung. Der Umstand, daß man darin einen neuen Russifizierungsversuch erblickte, und andererseits das durch Aufhebung des „Reverses" im Jahre 1865 zuversichtlicher gewordene konfessionelle Selbstbewußtsein riefen den Entschluß des Rats herbei, dieser Einladung *nicht* zu folgen. Darin erblickte man seitens der Regierung eine politische Demonstration, weil ein Glied der Kaiserlichen Familie die Veranlassung des Dankgebets gewesen war. Es wurde darüber dem Generalgouverneur (damals noch Albedinsky) berichtet, worauf seinerseits an den Ritterschaftshauptmann Baron Dellingshausen-Kattentack, Pahlens Nachfolger, und den wortführenden Bürgermeister Bätge die telegraphische Aufforderung erging, sich sofort nach Riga zu begeben. Auf Bitte Bätges wurde ich vom Rate beauftragt, ihn nach Riga zu begleiten. Die gleich gehegte Vermutung, daß das Ausbleiben in der griechischen Kirche die Veranlassung der Reise gewesen, bewahrheitete sich. Bätge und Dellingshausen wurde vom Generalgouverneur eine mißbilligende Bemerkung darüber zuteil. Weitere Folgen hatte die Sache übrigens nicht. Der Rat blieb von dann an konsequent dabei, von Amts wegen nie in die griechische Kirche zu gehen (leider befolgte die Ritterschaft eine andere Politik!), bis kurz vor seinem im Mai 1886 erfolgten Tode der sonst in diesen Dingen so feste und mutige Bürgermeister Weiße — durch Einschüchterungen des Revaler

Polizeimeisters dazu gedrängt — schwach genug war, die ehrenwerte Abstinenzpolitik aufzugeben und hinzugehen. Schmachvoll genug geschah es seitdem ohne Ausnahme."

* * *

„Die Einführung der russischen Städteordnung und die baltische Justizreform schien längere Zeit hindurch zu schlummern, nachdem, wie schon früher erwähnt, vom Generalgouverneur nach beiden Richtungen hin ausführliche Entwürfe nach Petersburg vorgestellt worden waren. Letztere Reform ganz einzuführen gab man an maßgebender Stelle bald auf und beschränkte sich auf eine Anpassung der strafprozessualischen Bestimmungen und der betr. Behördenveränderung, soweit sie von dem sog. Friedensrichter-Reglement bedingt war. Umfangreiche Vorarbeiten in Gestalt von Gutachten waren von den baltischen Ritterschaften und größeren Städten einverlangt worden und harrten der Erledigung der Residenz. Dorthin wurden zum Dezember 1870 Delegierte abgeschickt, und zwar zwei von jeder dieser Körperschaften. Seitens des Revalschen Rats waren Bürgermeister Weiße und ich die Vertreter. In einem besonderen, dazu gemieteten Saale fanden täglich längere Sitzungen statt. Der Generalgouverneur Bagration präsidierte denselben. Ein durch seine freimütige, in witzigen gegen den Fürsten und seine Kanzlei, zum Teil auch gegen das ganze Regierungssystem gerichteten Pointen und Bemerkungen sich ergehende Sprache hervorragendes Mitglied dieser Kommission war August v. Oettingen. Der Generalgouverneur, sonst kein dummer und als Grusinier schlauer Mann, war diesen Angriffen nicht gewachsen, was nicht selten recht peinliche Szenen setzte. Vor vollendeter Arbeit wurden die Glieder zu Weihnachten nach Hause entlassen und kehrten dann im Januar 1871 wieder auf einige Wochen zurück. Es war das ja die Zeit der Belagerung von Paris, von der wir in Petersburg durch Spezialdepeschen, welche die Zeitungsverkäufer auf den Straßen feilboten, täglich spannende Nachrichten erhielten. Als die Kommission auseinanderging, glaubte man allgemein, es werde nun bald die Einführung der friedensrichterlichen Institutionen in den Ostseeprovinzen erfolgen. Stattdessen dauerte es runde 10 Jahre, bevor der Einführungsukas erfolgte; dann blieb die Sache noch drei Jahre liegen, bevor die hiesige Stadtverordnetenversammlung die Einführungs-

beschlüsse für Reval faßte. Auch diese blieben vorläufig auf dem Papier" *).

„Schneller ging es dagegen mit der neuen Städteordnung. Auch für sie lagen die Entwürfe, welche wesentlich verschieden von der russischen Städteordnung waren, über ein Jahrzehnt in den Ministerien. Ziemlich unerwartet hieß es im Sommer 1875, die Städte hätten Vertreter nach Petersburg zu schicken. Bätge und ich wurden deshalb abdelegiert. In der Residenz wurden die anwesenden Bürgermeister der drei Gouvernementsstädte in Sachen der neuen Städteordnung zu Sitzungen im Ministerium eingeladen. An denselben nahmen außer dem Generalgouverneur einige Minister und hohe Würdenträger teil. Als wir nach Beendigung der ersten Sitzung mit den Herren aus Riga, Bürgermeister Hollander und Sekretär Alt, im Hotel zusammenkamen, mußte ich einen äußerst niederschlagenden Bericht anhören. Alle Reformvorschläge der baltischen Städte waren von den hohen Herren einfach in den Papierkorb geworfen; man verlangte mit nur geringen Abänderungen die Einführung der russischen Städteordnung, und als unsere Delegierten dagegen einwandten, sie passe nicht für uns, berief man sich auf Narva und das (auch bereitwilligst in der Kommission abgegebene) Zeugnis des ersten Stadthaupts von Narva, des aus Weißenstein oder Wesenberg stammenden Renegaten Hahn. Etwa ein Jahr später kam auch der Einführungsukas ans Tageslicht, und Ende 1877 fand die Einführung in Reval statt.

Bevor noch das Jahr 1876 zu Ende ging, wurde O. Riesemann wieder von einem heftigen Anfall seiner Nerven dergestalt gepackt, daß er, obschon die nächste Veranlassung in verschiedenen Mißhelligkeiten und kleinen Nörgeleien mit einigen seiner Ratskollegen zu suchen war, trotz aller Vorstellungen und Bitten des Rats, in der schwierigen Zeit noch auszuharren, definitiv aus demselben ausschied.

Am 16. Dezember 1876 wurde ich zu seinem Nachfolger gewählt."

Um die neue Städteordnung

Fast nur als flüchtige Episode erscheint in dieser Zeit der Vorbereitung auf ernste Reformen im kommunalen Leben der russisch-türkische Krieg in seinen ersten Anfängen.

---

*) Bekanntlich erfolgte die Durchführung der Justizreform im Jahre 1889. Mein Vater hat sie also noch erlebt, indessen sind obige Worte im August 1888 niedergeschrieben. — D. Hrsg.

„Bisher unbekannte Pferdezählungen wurden vorgenommen, die Reserven wurden einberufen; es konstituierte sich ein Damenkomitee, das für die Verwundeten und die zurückgelassenen Frauen und Kinder der ins Feld Rückenden zu sorgen übernahm und zu dem Zwecke schon im Sommer 1877 Volksfeste in Katharinental und Bazars veranstaltete. Im August desselben Jahres rückten die hier garnisonierenden Regimenter Omsk und Krasnojarsk ins Feld. Die Stadt und der Dom bewirteten sie vor ihrem Auszuge mit Weißbrot, Schnaps und Tabak. Zu dem Zweck waren die Mannschaften auf den Promenaden zwischen Lehm- und Schmiedepforte in ihrer feldmäßigen Ausrüstung — neu waren die für den Süden und seine Sonnenwirkung bestimmten Käppis aus weiß-grauer Leinwand — aufgestellt und war das Publikum in Massen herbeigestürmt, um dem ganz ungewohnten Schauspiel in den Krieg ziehender Truppen beizuwohnen.

Mitten in diesen Kriegstrubel fielen nun die Vorbereitungen für die Stadtverordnetenwahlen. Sie gingen zunächst vom Rate aus. Derselbe machte durch die Zeitung bekannt, wer die aktive und passive Wahlberechtigung habe, ordnete den Wahlmodus an und forderte die Wahlberechtigten dazu auf, nach Entrichtung der städtischen Steuern sich Wahlkarten zu lösen. Bis zu den Wahltagen gegen Ende des Jahres waren die Wahlen so ziemlich das Tagesgespräch. Es gab schon damals eine Oppositionspartei, aus Leuten bestehend welche aus den verschiedensten Gründen unzufrieden waren. Zu dieser Partei gehörten beispielsweise Czumikow, der für die Russen agitierte, weil man diese bisher bedrückt habe, Thomas Jacobson, der, obschon des Estnischen garnicht mächtig, eine estnische Partei bilden wollte, und andere Einzelpersonen. Allmählich wurde es einem klar, daß man Wahlpolitik treiben müsse. Zu dem Zweck fanden ziemlich dicht vor den Wahlen in der Literärischen Gesellschaft besondere Zusammenkünfte solcher Wähler statt, auf die man sich seitens der „Wohlgesinnten" resp. der „Ratspartei" verlassen zu können glaubte. Ein besonderes Wahlkomitee existierte, glaube ich, damals noch nicht; unter der Hand teilte man aber den vermeintlich Zuverlässigen mit, sie möchten sich zur Vorbesprechung einfinden. In dieser wurden dann die Wählerlisten vorgenommen und jeder einzelne Wähler daraufhin geprüft, ob er „gut" oder „schlecht" oder gar als verloren anzusehen sei. Je nach den Bekanntschaften und dem Einfluß, die man voraussetzen konnte, wurden die Unzuverlässigen solchen Personen zur Befragung resp. Überredung zugewiesen, die der

besagten Voraussetzung zu entsprechen schienen. Auch die Vollmachtfrage spielte schon damals eine große Rolle. Es galt, für alleinstehende Frauenzimmer, Unmündige und Gesellschaften, die keinen Vertreter hatten oder Anstand nahmen, von ihrem Wahlrecht persönlich Gebrauch zu machen, Vollmachten zu bekommen. Die 86 Literaten, die beim ersten Male Wähler waren, eigneten sich besonders zu solchen Vollmachtsträgern. Und nun gingen die Wahlumtriebe vor sich — Reval erlebte zum ersten Mal seit seiner Existenz Wahlumtriebe im Sinne der modernen Zeit. Freilich waren sie im Jahre 1877 im Vergleich zu später noch recht harmlos, dennoch brachten sie die träge Masse nach einer gewissen Richtung hin in Fluß.

Neben der Wahlbewegung waren es die Vorgänge auf dem Kriegsschauplatz welche im Hochsommer und Herbst desselben Jahres 1877 die Gemüter aufs lebhafteste in Anspruch nahmen. Die schlechten Erfolge auf dem europäischen und die sehr langsamen Fortschritte auf dem asiatischen Kriegsschauplatz beschäftigten alle Welt; man fing schon an, den allendlichen Sieg der russischen Waffen zu bezweifeln. Da traf zuerst am 8. November die Nachricht von der Erstürmung der Festung Kars und am 29. die von der Einnahme Plevnas hier ein. Der Jubel war groß — die Stadt legte beide Male Flaggenschmuck an, und die Illumination überstrahlte die üblichen um ein Bedeutendes. Besonders war es die Siegesnachricht von Plevna, welche besondere Anstrengungen hervorrief. Eines der Fenster der Großen Gilde war mit dem Bilde des Kaisers, hellerleuchtet durch Gaslicht, geschmückt und Scharen von Menschen blieben vor demselben stehen und gaben ihre Freude über die Freudenbotschaft durch stürmisches Hurrarufen zu erkennen.

Inzwischen kamen die Wahltage heran. Der 24. November war der für die dritte Wählerklasse Um 9 Uhr abends begann der Wahlakt im Lokal der Großen Gilde. Im konservativen Lager rechnete man darauf, daß die von demselben aufgestellte Kandidatenliste — man hatte populäre Männer wie Riesemann oder Unzufriedene wie Maydell, Ed. Koch und Grynreich neben Russen und Esten wie Czumikov, Th. Jacobson und Dr. Rosenthal placiert — durchgehen werde, und war mit diesem Bewußtsein schlafen gegangen. Wie bestürzt war man aber, als man am nächsten Morgen erfuhr, die Sache sei anders gekommen! Der erste Wahlgang hatte nämlich mehrere Stichwahlen zur Folge, und das Resultat derselben, das erst um 2 Uhr nachts vorlag, war, daß die Esten eine nicht unerhebliche Zahl deutscher Kandidaten verdrängt hatten. Der Schreck war kein

geringer; zum ersten Mal wurde man sich dessen bewußt, daß auch in städtischen Angelegenheiten der Nationalitätenkampf begonnen hatte. Am 30. November resp. 5. Dezember erfolgten die Wahlen der zweiten resp. ersten Wählerklasse; in diesen beiden wurden je 24 Stadtverordnete im ersten Wahlgange mit absoluter Majorität gewählt.

Am 22. Dezember fand die Vereidigung der neuen Stadtverordneten im Rathause statt. Es war ein ganz fremdartiger Akt, den vielleicht niemand der Anwesenden und jedenfalls der Ratssaal früher nicht gesehen hatte. Superintendent Girgensohn, der katholische Priester und der griechische Pope versammelten ihre Konfessionsverwandten — der Plural paßt übrigens für die Katholiken nicht, da ihrer nur einer, der Schmied und spätere Brotfabrikant Langner, war — um ihnen den Eid abzunehmen.

Der Vereidigung folgte die Wahl des zukünftigen Stadthauptes auf dem Fuße. Erbe als derjenige, welcher in der ersten Klasse die meisten Stimmen erhalten hatte, leitete den Wahlakt. Was man schon vorher wußte, trat ein. Riesemann wurde von 53 von 66 erschienenen Stadtverordneten zum Stadthaupt erwählt. Mit dieser Wahl war die Einführung der Städteordnung beendigt; in Funktion konnte sie erst treten, nachdem die höhere Bestätigung der Stadthauptswahl eingetroffen, worauf man auffallenderweise bis zum Februar zu warten hatte.

Im Zusammenhang mit den neuen Verhältnissen stand eine Reise, die ich am 11. Dezember nach Petersburg zu machen hatte. Sie betraf den Gotteskasten. Der Rat hatte nämlich in Anbetracht dessen, daß die gesamte Verwaltung und das ganze städtische Vermögen fortan seiner Disposition entzogen, die kirchlichen Angelegenheiten und das Kirchenvermögen aber in seinen Händen verbleiben sollten, in Übereinstimmung mit den Gilden nach zehnjährigem Durchschnitt eine Berechnung der Ausgaben und eine diesen entsprechende Aufstellung der Einnahmen aus den vorhandenen Kapitalien und Kirchengütern gemacht und ein dementsprechendes Teilungsprojekt entworfen. Um diesem Plane eine legale Grundlage zu verschaffen, beschloß man, die Genehmigung desselben seitens des Generalkonsistoriums einzuholen, und zu dem Ende erhielt ich den Auftrag, mich nach Petersburg zu begeben. Alsbald nach meiner Ankunft erfuhr ich, daß der Präsident des Generalkonsistoriums, der Generaladjutant Baron Meyendorff, krank und bettlägerig sei, und begab mich daher zu ihm ins Haus. Ich kannte ihn noch aus meiner Fähnaschen Zeit, während deren ich ihn wiederholt bei Stackelbergs

gesehen hatte; auch mich erkannte der alte liebenswürdige Herr noch. Er war mit dem Gotteskastenplan ganz einverstanden, und da die übrigen Glieder des Generalkonsistoriums ihrem Präses darin beistimmten, konnte ich in wenigen Tagen wieder zu Hause sein.

Wer von uns mochte damals ahnen, daß die Gotteskasten-Angelegenheit zu einer politischen Frage werden würde, die auf lange Jahre hinaus noch ungelöst sein werde!"*).

„Nachdem Riesemanns Bestätigung im Amt des Stadthaupts Ende Januar 1878 hier eingetroffen war, fand am 9. Februar die erste Sitzung der Stadtverordneten im Ratssaale statt. Charakteristisch war es, daß die Oppositionspartei schon damals wie später gerade dem Präsidium gegenüber auf der Bank an der Wand und den Stühlen davor Platz nahm. Da fand man nicht nur die Esten und Russen — Th. Jacobson, Dr. Rosenthal und Czumikov — sondern auch Ed. Koch, Victor v. Maydell, J. v. Gernet, Grynreich und Nottbeck. Die konservative Partei, zu der aus Adelskreisen u. a. A. Baron Uexküll, Ferd. v. zur Mühlen, G. Baron Wrangell-Tois und Baron Toll gehörten, placierte sich rechts und links vom Präsidium. Die Stühle am Tische des Stadtamts standen noch leer, weil die Glieder des letzteren noch nicht gewählt waren. Riesemann eröffnete die Sitzung mit einer ausgezeichneten Rede (sie findet sich in der „Revalschen Zeitung" wörtlich abgedruckt), in welcher er den tiefen Einschnitt in die Geschichte Revals, wie er sich durch die Einführung der neuen Städteordnung vollziehe, mit schmerzlichem Rückblick auf die Vergangenheit, aber auch mit hoffnungsvollem Hinblick auf eine Zukunft, die mehr oder weniger in den Händen der städtischen Vertreter selbst liege, treffend charakterisierte.

Bald darauf — am 11. Februar — wurden die Glieder des Stadtamts und der Stadtsekretär gewählt. Die Sache war auch nicht ganz leicht, denn diese Ämter waren mit Gehalt, Einfluß und Ehre verbunden, und mancher spitzte sich darauf — ich nenne nur den auf seine Tüchtigkeit und seinen Einfluß sich viel einbildenden wortführenden Altermann der Canuti-Gilde F. Kühne —, bei der Wahl berücksichtigt zu werden, ohne daß etwas daraus wurde. Es galt auch allerlei Rücksichten zu nehmen, so auf den Dom, der jetzt in Verwaltungssachen mit der Stadt vereinigt war, und so kam es denn

*) Streng genommen, ist bis zum heutigen Tage (1930) die Frage noch nicht ganz geklärt; in Einzelheiten wenigstens sind immer noch neue Entscheidungen seitens des heutigen Stadtamts erforderlich. D. Hrsg.

zu einer Art von Kompromiß. Aus der Wahl gingen hervor: ich, als stellvertretendes Stadthaupt, die Ratsherren Al. Elfenbein und Berting und der bisherige Dom-Schloßvogt Huhn. Stadtsekretär wurde Benecke, der schon im Herbst 1877 aus dem Rate geschieden war und an dessen Stelle Wold. Gebauer Obersekretär des Rats wurde. Die Gehälter aller dieser Personen waren schon früher bestimmt: das Stadthaupt bekam 5000, sein Stellvertreter 1500, jedes Glied des Stadtamts 1000 und der Stadtsekretär 3500 Rbl. So war denn in dieser Sitzung der städtische Verwaltungskörper, was seine Spitzen betrifft, vollständig konstituiert.

Alsbald nach Konstituierung des Stadtamts begann eine fast fieberhafte Tätigkeit desselben. Es galt zunächst, eine Kanzlei- und Geschäftsordnung fürs Stadtamt und die Stadtverordnetenversammlung zu entwerfen und einzuführen, dann aber die Sichtung und Prüfung der vielen eingelaufenen Gesuche und Beschwerden vorzunehmen. Das Stadtamt residierte damals in einem der oberen Kanzlistenzimmer, wo Riesemann, Benecke und ich täglich angestrengt arbeiten mußten, um des Stoffes Herr zu werden. Zu letzterem gehörte auch die Übergabe alles städtischen Eigentums an Immobilien, Kapitalien und Archivstücken an die neue Verwaltung. Bei Gelegenheit der Verhandlung der Stadtverordneten über diesen Übergang des städtischen Vermögens lernte man A. Czumikov sofort als Hauptsprecher und Oppositionsmann kennen. Er wollte durchaus nicht gelten lassen, daß dem Gotteskasten soviel vom bisherigen Gesamtvermögen zukomme, als der Rat vorgeschlagen und die Empfangskommission gebilligt hatte. Zwar blieb er mit wenig anderen in verschwindender Minorität, allein seine Opposition war doch der Anfang und Grund aller der Kalamitäten, unter denen die hiesigen städtischen Kirchen von da an so schwer zu leiden hatten.

Zu den Bitten und Beschwerden, mit denen sich Stadtamt und Stadtverordnete in den ersten Wochen zu beschäftigen hatten, kam eine wahre Flut von Anträgen, welche aus dem Schoße der Stadtverordneten selbst herstammten. Die Vertreter des Domes beantragten Wasser und Gas für letzteren, die Vorstädter wollten, soweit sie es nicht schon hatten, Wasser haben. Der Stadtverordnete Dr. Berg plädierte für Verlegung des Marktes in die Vorstadt, der Stadtverordnete J. v. Gernet schwärmte für ein Blumenverkaufs-Glashaus auf dem sog. Grünmarkt; kurz, es regnete förmlich an Projekten, so daß der Stadtverordnete Ploschkus, einer der besten Redner der Versammlung, davor warnte, sich in allerlei Plänen zu überstürzen."

* * *

„Mit Ende des Jahres 1881 schloß das Quadriennium der ersten Stadtverordnetenversammlung; es mußte also zu Neuwahlen geschritten werden. Durch die ersten Wahlen war man gewitzigt, zum zweiten Male wollte man sich nicht überrumpeln lassen. Es fanden deshalb vielfach Versammlungen und Beratungen von Gruppen oder einzelnen statt Heubel war ein Hauptagitator gegen die konservative Partei; er wollte selbst gewählt werden. So kam auch mal Bienemann (der bekannte Historiker, damals Oberlehrer in Reval. D. Hrsg.) — der als Stadtverordneter niemals was Rechtes geleistet hatte und auch nicht gewählt werden wollte — zu mir, um über die Wahlen zu beratschlagen. Unter welcher Fahne und Bannung sollte die konservative Partei in den Wahlkampf ziehen? hieß es. Liberal oder konservativ waren nicht zutreffende Ausdrücke; Esten oder Russen durfte man erst recht nicht sagen. Da kam ich auf die einzig passende Bezeichnung: wollen wir doch, sagte ich Bienemann, Fortsetzungs- oder Kontinuitäts-Partei sagen. Es lag darin ausgedrückt, daß diese Partei, mochte man nun auf die verflossenen vier Jahre oder auf die Zeit vor der Einführung der neuen Städteordnung zurückblicken, den Faden der historischen Verbindung festhalten wolle. Die von mir gewählte Bezeichnung fand bei den Anhängern unserer Partei allgemeinen Beifall, ja auch auswärts in Riga und Dorpat folgte man dem Beispiele Revals. Am 30. November begannen die Wahlen in der dritten Wählerklasse; die Kandidaten derselben — unter ihnen außer Heubel Dr. Rosenthal, Tisik und Iljin — hatten die Majorität. Am 7. und 11. Dezember trugen in den beiden ersten Wahlklassen die Kandidaten des Kontinuitäts-Wahlkomitees den Sieg davon. Bald darauf trat die Versammlung zur Stadthauptswahl zusammen; am 21. Dezember wurde Baron A. Uexküll (der im Frühjahr 1878 auf Riesemann gefolgt war. D. Hrsg.) wiedergewählt."

„1882. Das neue Jahr beglückte uns mit einer neuen Zeitung. Es war das die in deutscher Sprache erscheinende „Heimat" Redakteur derselben war Harry Jannsen, ein Sohn des alten Redakteurs des „Postimees" Jannsen. Das Blatt hatte, wie sich sofort erwies, die Aufgabe, den Deutschen in ihrer Sprache ein Licht darüber aufzustecken, daß sie ihre Stärke im Lager der Esten zu suchen hätten. Soweit es sich dabei um Aufhetzung des Bürger- wider den Adelsstand handeln konnte, hatte Jannsen die Sympathie Heubels, den Esten in ihm liebte er aber nicht. Das Blatt hielt sich in Reval nur kurze Zeit und siedelte dann nach Riga über."

„Im Januar traf die Bestätigung der Stadthauptswahl ein, und alsbald darauf fanden die Wahlen fürs Stadtamt statt. Husen, der bisher Mitglied desselben gewesen, und Th. Jacobson, den man absichtlich zum Stadtrat gewählt hatte, weil ihm Gelegenheit gegeben werden sollte, sich persönlich von der städtischen Verwaltung zu überzeugen, wurden nicht wiedergewählt; ersterer schon deshalb nicht, weil er sich in seinem Wankelmute nicht einmal zum Stadtverordneten hatte wählen lassen. Statt ihrer wurden Eduard Bätge und P. Wellberg Glieder des Stadtamts. Uexküll, der in sein Haus auf dem Dom gezogen war, litt immer bedenklicher an seinem Herzen; infolgedessen hatte ich ihn in einem fort zu vertreten. Bei der Leitung der Verhandlungen in der Stadtverordnetenversammlung machten die neuen Stadtverordneten Heubel, Tisik und Iljin neben den alten Opponenten Czumikow und Th. Jacobson einem das Leben sauer, und auch sonst gab es für mich in städtischen Angelegenheiten genug zu tun."

Am 15. Juni 1883 wurde W. Greiffenhagen anstelle des krankheitshalber zurücktretenden Baron A. Uexküll mit 44 von 66 abgegebenen Stimmen zum Stadthaupt gewählt.

Die Amtsenthebung

„Schon zu Anfang des Jahres 1885 drangen Gerüchte hierher, daß ein Gouverneurswechsel uns bevorstehe. Das eigentliche Ziel eines solchen war damals noch nicht bekannt; man hörte wohl davon, daß es zugleich ein Systemwechsel sein werde, doch ahnte man nicht, daß der so rasch und so radikal eintreten werde. Verschiedene Namen wurden genannt, bis man schließlich etwa im April offiziell die Entlassung Polivanovs und die auf eigenes Ansuchen stattgehabte Ernennung Schachovskois erfuhr. Wes Geistes Kind er sei, erfuhr man nach und nach. Er sei nicht mal so schlimm, hieß es, aber seine Frau, eine Tochter des früheren Kriegsministers Miljutin, sei eine fanatische Orthodoxe."

„Schon vor seiner Ankunft war ein Herr Rogovitsch hier Regierungsrat geworden; derselbe trat aber so tolerant und entgegenkommend auf, daß man sich den besten Hoffnungen hingab. Nun kam auch ein Kammerdiener mit Kuh und Kutscher hier an, welcher sich mit der Neueinrichtung der Gouverneurswohnung, die Polivanov inzwischen geräumt hatte, zu befassen hatte. Endlich hieß es, am 20. Mai werde Schachovskoi eintreffen und zwar mit dem Morgenzuge. Rechtzeitig begab ich mich in Uniform auf den Bahnhof.

Unterwegs traf ich Nottbeck und fragte ihn, mehr scherzend als ernst, wie ich den Gouverneur russisch begrüßen sollte. Im Bahnhofsgebäude versammelten sich allmählich verschiedene Vertreter, unter ihnen der Gendarmerieoberst Merklin, der neue Regierungsrat Rogovitsch u. a. Der Vizegouverneur Tillo war dem Gouverneur bis zur ersten Station entgegengefahren. Endlich langte der Zug an. Es entstiegen ihm Schachovskoi und Gemahlin. Nachdem ihn die Vertreter der Regierungsinstitutionen begrüßt, brannte auch ich mit meinen eingelernten Brocken vor. Schachovskoi schien sehr angenehm dadurch berührt zu sein, daß die Stadt ihn empfing (von der Ritterschaft war niemand da), und sagte mir einige Liebenswürdigkeiten; wenn ich recht gehört habe, kam darunter auch so etwas wie ein Gruß seitens des Zaren vor. Dann begab sich Schachovskoi mit seiner Gemahlin am Arm durch den Wartesaal hinaus. Eine eigene Equipage hatte er nicht, sondern ein Mietskupee von Wagner. Es hatten sich einige Stadtverordnete, namentlich v. Antropoff, v. Hueck und Martin Schmidt beim Bahnhof eingefunden, um zu erfahren, ob Schachovskoi gekommen und was er gesagt. Mit ihnen zusammen ging ich dann auf einem Umweg auf der Dompromenade nach Hause. Als ich nach mehreren Stunden, die ich in amtlichen Geschäften außerhalb des Hauses zugebracht, zurückkehrte, fand ich schon eine Karte von Schachovskoi vor."

„Am selben Tage brachte ihm die russische Kaufmannschaft Salz und Brot und abends die estnischen Gesangvereine ein Ständchen*). Am Tage darauf — 21. Mai — fand die große Cour im Schloß statt. Nun machte ich — im Vizefrack — meine Gegenvisite. Ich trat rechts in seine Privatwohnung und wartete dort. Bald kam Schachovskoi und nötigte mich in den Empfangssalon rechts. Er entschuldigte sich, daß noch alles so unfertig sei; seine Möbel 2c. seien zum Teil noch unterwegs. Wir setzten uns an einen kleinen Tisch, auf dem Rauchwerk stand, das er mir sofort anbot. Darauf begann er mit allerlei Expektorationen. Er erzählte, daß er in Moskau Naturwissenschaften und Mathematik studiert habe, darauf die Beamtenkarriere eingeschlagen, hie und da gewesen, bis er Gouverneur von Tschernigov geworden. Leider habe er wenig Unterricht im Deutschen gehabt und so wenig Übung in dieser Sprache, daß er sich ihrer im

*) Am 25. Mai großes Ständchen der deutschen Gesangvereine. Fackelzug der Freiwilligen Feuerwehr; die Vorstände zum Tee beim Gouverneur. (Am Rande beigefügt.)

Gespräch nicht bedienen könne. Ich wieder hob hervor, daß ich des Russischen nur wenig mächtig sei. Ab und zu bediente ich mich auch im Gespräch mit Schachovskoi des Französischen. Der Ton, in dem wir uns unterhielten, war seinerseits ein durchaus liebenswürdiger, wie denn auch seine ganze Erscheinung eine sympathische war: blond mit klugen, offen dreinschauenden Augen, gutgebaute Stirn, keine hervorstehenden Backenknochen, wie denn überhaupt nichts von russischem Typus, sondern wie ein Germane. In fließendster Sprache entwickelte er alsbald ein Stück von Programm, in dem er wiederholt betonte, er sei ohne jegliches Vorurteil hergekommen. Daß es auch hier Parteien gebe — wo gebe es die nicht! — habe er wohl erfahren, an ihm werde keine von ihnen eine Stütze finden. In welchem Zusammenhange mit den verschiedenen Gesprächsgegenständen, erinnere ich mich nicht mehr, sprach der Gouverneur die Ansicht aus, daß das Stadthaupt ihm auch russisch zu schreiben habe. (Die Schreiben, welche noch wie früher vom Stadtamt an „Seine Exzellenz" adressiert waren, schickte Schachowskoi uneröffnet mit der Weisung zurück, sie an „Seine Erlaucht" zu adressieren.) Auf meine Erwiderung, daß solches doch vom Gesetz nicht vorgesehen sei, berief er sich auf die Senatsentscheidung vom Jahre 1880, welche vorschreibe, daß die Stadthäupter von den Gouverneuren russische Schreiben zu empfangen hätten. Als ich meinte, das sei doch etwas anderes, berief sich Schachovskoi auf die Motive dieser Entscheidung. Zugleich stand er auf mit den Worten, er werde sie gleich holen, und ging fort. Bald darauf kam er zurück, in seiner Begleitung Tillo, in der Hand ein Papier; es war der Senatsukas. Nun fing er an, die Materie durchzugehen. Von Zeit zu Zeit wandte er sich an Tillo, der stehen blieb, bis er entlassen wurde. Dann fuhr er fort in seinen Deutungsbemühungen, wobei ich ihm schon aus sprachlichen Gründen nicht gewachsen war. Der Besuch hatte nun ein Ende. Die Verabschiedung war äußerlich wieder eine charmante. Sofort begab ich mich ins Stadtamt und teilte den Kollegen meine Erlebnisse mit. Diese meinten, es wäre doch gut, wenn ich nach einigen Tagen wieder hinaufginge und dem Gouverneur mitteilte, daß ich — in Berücksichtigung seiner Unkenntnis der deutschen Sprache — bereit sei, jedem Schreiben eine russische Übersetzung beizufügen. Das geschah denn auch. Wieder wartete ich – jetzt im zweiten Zimmer, Empfangssalon, der schon recht hübsch möbliert und in Ordnung gebracht war. Nur eine Katze (die später vom Büchsenmacher Benedikt erschossen wurde!) war meine Gesellschaft. Endlich kam Schachovskoi. Ich

trug ihm meine Sache vor. Nein, sagte er, das gehe nicht an; er müsse durchaus auf ausschließlich russischen Schreiben bestehen. Dabei stand er auf, holte den Entwurf seiner Zirkulärvorschrift an die Stadthäupter vom 7. Juni und las ihn mir vor. Ich vermochte kaum mein Erstaunen zu verbergen. Die Unterredung hatte bald ein Ende, und wieder ging ich ins Stadtamt, um dort zu berichten, was ich soeben erfahren hatte.

Inzwischen hatte — am 21. Mai — auf dem Schlosse die Vorstellung aller Zivilbeamten gelegentlich der großen Cour stattgefunden. Der große Saal füllte sich bald. An der Spitze standen die Beamten der Gouvernementsregierung, dann kam das Oberlandgericht, die Mann- und Kreisgerichte, dann das Stadtamt, der Rat, der Zoll 2c., alle in großer Uniform. Der Gouverneur, damals ohne großes Ordensband, ließ recht lange auf sich warten. Man erwartete eine Ansprache, eine Art Thronrede wie bei Galkin. Die blieb aber aus; die Vorstellung begann sofort. Als der Gouverneur zu den städtischen Beamten kam, die ich vorzustellen hatte, und er mich erkannte, wurde er ganz charmant. Später hörte ich von verschiedenen Seiten: „Nun, mit Ihnen hatte er viel zu sprechen, er war gegen Sie besonders liebenswürdig." Die Zeremonie ging allmählich zu Ende; beim Weggehen sprachen sich Keyserling und andere vom Landratskollegium sehr mißbilligend darüber aus, daß Schachovskoi die Versammelten nicht in einer Anrede begrüßt habe. — Am 5. Juni fand eine Stadtverordnetenversammlung statt. Ich hatte Schachovskoi schon früher gefragt, wie er es mit der Veröffentlichung in der Zeitung halten wolle. Er meinte, die Zensur stehe nur ihm zu. Da ich aber, wie früher, den Korrekturabzug unterschrieben hatte, bat er mich vor der Sitzung in ein Kanzleizimmer und machte mir wegen meiner Unterschrift Vorwürfe. Ich erwiderte ihm, daß ich mich wie früher verhalten, die Zensurvorschriften kennte ich nicht.

Am 7. Juni fand eine Sitzung des Gouvernements-Gefängniskomitees statt, und zwar im Sessionszimmer der Gouvernementsregierung. Bevor sie begann, teilte mir der als Schatzmeister fungierende Baron Schilling im Vorzimmer geheimnisvoll flüsternd mit, es erwarte uns eine Überraschung. Die Sitzung wurde vom Gouverneur eröffnet. An einem langen Tisch nahmen die Glieder des Komitees, d. h. von Amts wegen dazu berufene sog. Direktoren an der einen Seite und die Beamten des Komitees auf der anderen Seite Platz. Neben dem Gouverneur der Vizegouverneur Tillo, dann ich, dann Gloy und andere bis zum Protokollführer Doljanski; links

vom Gouverneur der verabschiedete Admiral v. Wistinghausen als Hauptadministrator der Gefängnisse, der Schatzmeister Baron Schilling, der russische Pope, Demin von der russischen Kaufmannschaft und andere. Der Gouverneur eröffnete die Sitzung mit einer höheren Ansprache, in welcher er die Stellung der Staatsregierung und ihrer Organe als für das Gefängniswesen maßgebend bezeichnete. Darauf wurden die einzelnen Verhandlungsgegenstände besprochen. Schilling stattete einen Bericht darüber ab, wie leider die Mittel des Komitees nicht dazu reichten, verschiedene Verbesserungen, namentlich Wasserleitung einzuführen. Schachovskoi wandte sich an mich mit dem Bemerken, ob die Stadt sie nicht gratis bewilligen könne. Ich meinte, das Wasserwerk koste der Stadt viel, sie habe sich ja gern dazu bereit erklärt, die Kosten zu vermindern, umsonst könne sie aber das Wasser zum Dom-Schloß-Gefängnis nicht liefern. Halb spöttisch fragte Schachovskoi dann den Popen, ob die heilige Schrift nicht sage, man solle den Durstigen tränken, was der Pope bejahte. Ich sprach darauf mein Bedauern aus, daß die Ritterschaft, welche doch den größten Teil der Unterhaltungskosten trage, heute garnicht vertreten sei; wohl infolgedessen, daß diesmal garkeine Tagesordnung mitgeteilt sei. Schachovskoi meinte, daß er zu letzterer nicht verpflichtet sei. Es wäre aber doch nur loyal gehandelt, wenn man das täte. Darauf wurde die Frage weiter erörtert, wie man dem Komitee mehr Mittel schaffen könne. Auf mein Bemerken, wie das geschehen könne, meinte Tillo: durch Konzerte, Volksfeste in Katharinenthal und dergl. Vielleicht könnte man die Gesangvereine dazu bewegen, meinte ich. Oder noch besser und sofort, entgegnete Tillo, wenn man die Anwesenheit einer Sängerin zu einem geistlichen Konzert in der Olaikirche benutzte; ob ich das nicht arrangieren könnte. Ich entgegnete, ich wohne auf dem Lande und habe schon genug zu tun. Er, Tillo, sei ja als Stadtbewohner viel leichter imstande, sowohl das Konzert als die von ihm in Vorschlag gebrachten Belustigungen in Katharinental zu veranstalten. In Anlaß der Frage, wie man dem Gefängniskomitee reichlichere Mittel verschaffen könne, überraschte Schachovskoi die Versammlung mit der Bemerkung, es könne eine nicht zu verachtende Einnahmequelle dergestalt eröffnet werden, daß die Zahl der Gefängniskomiteeglieder (Direktoren), wie es gesetzlich gestattet sei, durch solche Personen vergrößert werde, welche 50 Rbl. zum Fonds des Komitees einzahlten. Bevor dieser Gegenstand, welcher offenbar der Versammlung neu war, zu einer weiteren Besprechung kommen konnte, erklärte Schachovskoi, er wisse von einigen Herren, daß sie

zur Übernahme der Direktorpflichten geneigt und zur Zahlung von je 50 Rbl. bereit seien. Gleichzeitig ließ er fünf in der Kanzlei schon versammelten Herren — sie gehörten, glaube ich, alle zur Suite neuer russischer Beamter, welche man damals hier „Rjurikovitschi" nannte, einer von ihnen war ein Fürst Schirinski-Schichmatov (der bekannte Bärenjäger. D. Hrsg.), ein zweiter war ein Verwandter des Gouverneurs, ich glaube gleichen Namens, der dritte ein Beamter Polivanov, ein weiterer K. und der neue Regierungsrat Rogovitsch — sagen, sie möchten in das Sitzungszimmer kommen. Und so geschah es. Die Herren wurden vom Gouverneur mit Namen genannt, aufgefordert, ihre Beiträge einzuzahlen und dann als Glieder des Komitees Platz zu nehmen. Das taten sie denn auch, nachdem sie um einen Teil des Tisches herumgegangen waren und jedem einzelnen die Hand gereicht hatten. Sie machten den Eindruck von gesellschaftlich gebildeten jungen Männern; sie setzten sich am unteren Teil des Tisches hin. Dies war denn die Überraschung, von der Schilling mir gesagt hatte. Es wurden nun noch einige der wichtigeren Dinge verhandelt, und darauf verlas Doljanski das russisch abgefaßte Protokoll. Als es zur Unterschrift herumging, erklärten Gloy und ich, daß wir es nicht unterschreiben würden, da es russisch sei; wir bäten uns ein deutsches Exemplar aus. Auch darüber wurden einige Worte gewechselt, worauf die Sitzung aufgehoben wurde. Sie hinterließ den Eindruck eines Staatsstreichs. Ich schrieb darauf sofort Tiesenhausen (Graf Wold. Tiesenhausen-Malla, damals estländischer Ritterschaftshauptmann), meldete ihm, was vorgefallen, und bat ihn, seinerseits das Erforderliche in dieser Sache zu tun. In einem Brief vom 13. Juni aus Malla teilte er mir mit, er werde bald in die Stadt kommen und seines Amtes walten."

* * *

Das war das erste „Sturmzeichen" Schon aus diesem Vorgang ist zu ersehen, wie der neue Gouverneur von vornherein den von ihm selbst gelegentlich formulierten Grundsatz befolgte: „Man muß gegen die Deutschen starke betäubende Schläge führen." Willkürliche Interpretation des Gesetzes bot dazu ein zweckdienliches Hilfsmittel. — In dem geschilderten Vorgang taucht also auch schon zum ersten Mal die Sprachenfrage auf, die der Ausgangspunkt des Konflikts werden sollte.

Um diesen letzteren selbst in seiner Bedeutung darzustellen, müssen wir ein wenig in der Darlegung der politischen Verhältnisse zurück-

gehen. Hierbei bieten mir die Verteidigungsschrift meines Vaters und anderes von ihm stammendes Material authentische Daten.

Seit Einführung der russischen Städteordnung in den Ostseeprovinzen, die, wie wir wissen, 1878 erfolgt war, hatten die Stadtverwaltungen, also 7½ Jahre lang, unbehindert den schriftlichen Verkehr mit den Regierungsbehörden in deutscher Sprache geführt. Aber noch mehr: der Art. 9 der Bestimmungen über die Ausdehnung der Städteordnung auf die Städte der baltischen Gouvernements erklärte ausdrücklich, daß sowohl in der Gemeindeversammlung als in der Geschäftsführung der Organe der städtischen Kommunalverwaltung die deutsche Sprache zulässig sei. — Wenn diese Bestimmung auch den Charakter einer nur vorläufig geltenden trug, so war sie doch nicht minder für die Zeit der Einführung der neuen Städteordnung eine strikte und positive; bis zur Emanierung eines sie verändernden neuen Gesetzes mußte sie als Norm gelten, und zwar eben als Norm sowohl für die Verhandlungen in der Gemeindeversammlung als auch für die Geschäftsführung der kommunalen Organe. Zur Geschäftsführung gehörte aber in erster Linie die Korrespondenz und natürlich auch die des Stadthaupts. Somit war die Praxis der 7½ Jahre durchaus theoretisch begründet. Eine Senatserläuterung vom 20. Juni 1880 hatte lediglich für die Schreiben der Gouverneure an die Stadtverwaltungen, nicht aber für das umgekehrte Verhältnis den Verkehr in russischer Sprache gefordert.

Nun hatte Fürst Schachovskoi bald nach seinem Amtsantritt, wie wir gesehen haben, gesprächsweise geäußert, daß er der deutschen Sprache nicht recht mächtig sei. Mein Vater hatte daraufhin unter Zustimmung des Stadtamts beschlossen, jedem Schreiben der Stadtverwaltung an den Gouverneur eine russische Übersetzung beizufügen. Bei einem weiteren Besuche meines Vaters beim Gouverneur, im Juni, erklärte letzterer, er verlange Schreiben in ausschließlich russischer Sprache; gleichzeitig wies er einen Entwurf seiner Zirkularverfügung vom 7. Juni 1885 vor, welche bald darauf in der Estländischen Gouvernementszeitung abgedruckt wurde. Dieses Novum mußte der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt werden. Mein Vater setzte diesen Gegenstand auf die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung vom 20. Juni; in dem jetzt ausschließlich russisch abgefaßten Begleitschreiben bemerkte das Stadthaupt, daß es, gewissermaßen um für seine Person das Zirkular zu respektieren, ausschließlich russisch schreibe, für die Zukunft aber sich nach den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung werde richten müssen.

Darauf wurde nun auf Antrag des Gouverneurs von der Gouvernementssession für Städteangelegenheiten, die in diesem ganzen Kampf das gefährliche, weil absolut willfährige Werkzeug des Gouverneurs war, der betr. Punkt von der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung abgesetzt und dem Stadthaupt speziell zur Pflicht gemacht, keine Debatte über die Zirkularvorschrift zuzulassen.

Damit war — diese Auffassung, der man unter allen Umständen wird beipflichten müssen, bildete die Basis für das ganze fernere Verhalten meines Vaters — das Gesetz durch eine administrative Maßnahme zurückgedrängt worden. Die Stadtverordnetenversammlung verlief, wie zu erwarten war, sehr stürmisch.

Der nächste Schritt war eine von meinem Vater als Stadthaupt beim Gouverneur eingereichte Beschwerde an den Dirigierenden Senat über den Beschluß der Session für Städteangelegenheiten. Die Beschwerde war konsequenterweise auf deutsch abgefaßt und mit russischer Übersetzung versehen. Sie wurde zurückgesandt mit der Motivierung, daß sie ungesetzlicher Weise in deutscher Sprache abgefaßt worden sei. Mein Vater sandte nun eine Beschwerde in deutscher und russischer Sprache direkt an den Senat, wo sie entgegengenommen wurde, jedoch längere Zeit ohne Beantwortung blieb. — Inzwischen gebrauchte das Stadthaupt nach wie vor im Verkehr mit dem Gouverneur die deutsche Sprache unter Beifügung russischer Translate.

Am 8. August erfolgte nun urplötzlich der „starke betäubende Schlag" Auf Allerhöchsten Befehl wurde mein Vater von seinem Amt als Stadthaupt entfernt und seine Gerichtsübergabe der Gouvernementssession für städtische Angelegenheiten anheimgegeben.

Dieser Schlag fiel geradezu vernichtend in unser Habersches Sommeridyll. Ich als Jüngster, eigentlich noch Kind, hatte sehr deutlich den Eindruck einer häuslichen Katastrophe. Unser Vater, der pflichtgetreue Beamte und unermüdliche Arbeiter, vor Gericht! Wie groß war damals überhaupt die Scheu vor dem Gericht in unseren Kreisen! — Das lebhafteste Empfinden, es handle sich hier um ein Unrecht, machte sich sehr bald geltend, und aus den Kreisen der Revaler deutschen Gesellschaft tönte dieses sehr bald so stark, daß auch wir Kinder nun das erhebende Empfinden hatten: unser Vater ist Märtyrer einer guten und gerechten Sache geworden! Hatte er doch auch, als die ganze gegen ihn persönlich gerichtete Schärfe der gegnerischen Aktion klar wurde, geäußert: „Mein Gewissen ist rein."

Es bedarf nicht des Beweises dafür, daß die Amtsentsetzung des Stadthaupts von Reval in der Heimat wie im Auslande ungeheures

Aufsehen machte. In Riga erfolgte unter sehr ähnlichen Verhältnissen die Amtsentsetzung des Stadthaupts Rob. Büngner, mit dem mein Vater in regem Briefwechsel gestanden hatte. In Deutschland nahmen die führenden Zeitungen Anlaß, angesichts dieses Falles die neue Ära in der nach dem Panslavismus hin gravitierenden Regierung Alexanders III. scharf zu beleuchten. — Eine Anzahl von Ausschnitten deutscher Zeitungen hat sich noch, von meinem Vater gesammelt, erhalten. Da heißt es z. B. in der „Nationalzeitung" vom 29. August n. St. nach einer kurzen Schilderung des Vorfalls: „Auf wessen Seite sich das gute Recht befindet, dürfte niemandem zweifelhaft sein. Es leuchtet ein, daß durch derartige, von höheren Beamten angestiftete beklagenswerte Rechtsverletzungen und Vergewaltigungen dem Ansehen der russischen Staatsregierung im In- wie im Auslande in gleicher Weise geschadet wird" Besonders gut über den Rigaer Fall orientiert, äußerte sich die „Nationalzeitung" dann noch einmal. Auch die „Frankfurter Zeitung" empfand national genug, um sich voll und ganz auf die Seite des angegriffenen Deutschtums in Rußland zu stellen. — Die „Kreuzzeitung" kritisierte die Amtsentsetzung der beiden Stadthäupter als einen neuen Beweis dafür, daß man in Petersburg entschlossen sei, „jede fernere Rücksicht auf die geschichtlich entwickelte und gesetzlich geordnete Sonderstellung der baltischen Provinzen zurücktreten zu lassen" — Für einen Augenblick war damit das Interesse weiter Kreise einsichtiger deutscher Politiker nach den Ostseeprovinzen gelenkt, in gerechtfertigter Sorge, dieser äußerste deutsche Vorposten sei durch Brutalität und mangelnden Rechtssinn des Stärkeren bedroht. Aber auch später und von anderer Seite ist dem Vorfall Beachtung geschenkt worden. Der französische Historiker Seignobos hat in seiner Geschichte Europas in der Neuzeit, allerdings ohne Namensnennung, von zwei baltischen „Munizipalräten" gesprochen, die im Zusammenhang mit der Russifizierung gemaßregelt wurden.

Zum Nachfolger Greiffenhagens im Amt des Stadthaupts wurde stellvertretend Baron Maydell-Wiems gewählt. In der Stadtverordnetenversammlung vom 18. (30.) September machte dieser der Versammlung die Mitteilung, daß er infolge der Amtsenthebung seines Vorgängers die Leitung der Versammlung übernommen habe. Im Verlauf der Sitzung stellte Baron Wrangell-Tois den Antrag, dem früheren Stadthaupt Greiffenhagen für seine langjährigen Dienste einen Beweis der Anerkennung zu bringen. Gegen die Stimmen der estnischen Oppositionspartei wurde dieser Antrag von der Majorität

der Versammlung angenommen. Hierauf erklärte der Stadtverordnete Dr. Rosenthal (der Verfasser der „Kulturbestrebungen des estnischen Volkes"), daß er die Verdienste Greiffenhagens wohl anerkenne, daß jedoch ein offizielles, an eine vom Amt entfernte Persönlichkeit adressiertes Dankvotum seine und seiner Genossen Zustimmung nicht erhalten könne; er erkläre den Antrag des Baron Wrangell daher für taktlos und unpassend und verlange die Protokollierung seines Protestes. Die anwesenden Mitglieder der russisch-estnischen Oppositionspartei schlossen sich diesem ihrem Führer an. — Leuten, wie Dr. Rosenthal, war also noch nicht klar geworden, daß Schachovskoi gleichmäßig gegen Deutsche und Esten vorging!

Die folgenden Monate standen für unseren Vater und unser ganzes Haus unter dem Druck der Frage: Was wird die Gerichtsübergabe bringen? Als richterliche Instanz kam das estländische Oberlandgericht in Betracht. Die Wartezeit dehnte sich schließlich über zwei Jahre aus. — Das Urteil ist am 24. Mai 1888 gefällt worden, nachdem die Angelegenheit am 19. Februar im Harrischen Manngericht verhandelt worden war. Das von O. v. Lilienfeldt, Graf Keyserling, F. v. Samson und dem Sekretär B. Mechmershausen abgefaßte Urteil, das sehr eingehend begründet war, wies nach, daß der Angeklagte auf Grund keines einzigen ihm zur Last gelegten Gesetzespunktes verurteilt werden könne, und sprach somit den Angeklagten f r e i. — Welch eine moralische Kräftigung des Verfolgten! Ganz übereinstimmend erkannte man in weitesten Kreisen den moralischen Mut dieses wahrhaft unabhängigen Gerichts an. Es gab noch Richter in Reval! Natürlich erhob der Prokureur sofort Protest, und über den tatsächlichen Ausgang der Sache konnte man nicht im Zweifel sein: ein Senatsukas verwarf tatsächlich das Urteil, und die Amtssuspension wurde zur dauernden Amtsenthebung.

Um den Schutz der lettländischen Landwirtschaft

Von Woldemar Rudolph

1. Die Lage der Landwirtschaft in den letzten Jahren

Die Lage der lettländischen Landwirtschaft gestaltet sich von Jahr zu Jahr schwieriger: sie kommt allmählich auch denen zum Bewußtsein, die sonst diesem Berufsstande ferner stehen. Durch ihre dominierende Stellung in der lettländischen Volkswirtschaft wirkt sie sich auch auf die anderen Berufsstände aus, denen allmählich klar wird, daß eine Volkswirtschaft nur dann gedeiht, wenn alle ihre Zweige prosperieren. Deshalb gewinnt auch die Frage nach der Ursache der Sachlage und ihren Abänderungsmöglichkeiten weitestes Interesse.

Die geringe Rentabitität der lettländischen Landwirtschaft ist auf zwei Wurzeln zurückzuführen: auf eine produktionstechnische und auf die Schwierigkeit des Absatzes, d. h. sie findet ihren Ausdruck in den hohen Gestehungskosten einerseits und im Gegensatz hierzu in den sehr niedrigen Preisen andrerseits. Betrachten wir zuerst die produktionstechnische Seite.

Die lettländische Landwirtschaft hat mit einem verhältnismäßig ungünstigen Klima zu rechnen: die kurze Vegetationsdauer, harte Winter, die ein hohes unproduktives Gebäudekapital verlangen, Extreme der Witterung belasten die lettländische Landwirtschaft weit mehr als die westeuropäische. Noch größer wird der Gegensatz, wenn wir die überseeischen Getreideexportländer zum Vergleich heranziehen: große, ebene Flächen, ein gleichmäßiges Klima, trockene Ernteperioden gestatten in weit höherem Maße als bei uns die Verwendung von Maschinen. Ein Einführen des Getreides in Scheunen erweist sich als überflüssig; das Getreide wird entweder in einem Arbeitsgang gemäht und gedroschen, oder aber der Drusch kann auf dem Felde erfolgen. Neben den klimatisch-technischen Schwierigkeiten stellen sich der gleich umfassenden Verwendung von Maschinen in Lettland wirtschaftliche entgegen. In den Übersee- und speziell in den nordamerikanischen Ländern sind Industrieprodukte und Kapital billig. Die Preisspanne zwischen agrarischen und industriellen Artikeln ist erheblich kleiner als bei uns, wo die Preise für industrielle Erzeugnisse in weit höherem Grade als für agrarische gestiegen sind. Die Beschränkungen in der Verwendung der Maschinen werden verschärft

durch die im Lande herrschende Kapitalnot: konnte vor dem Kriege der Landwirt seine Maschinen von freiem Kapital oder bei Kreditbeanspruchung bei niedrigem Zinssatze zu verhältnismäßig niedrigen Preisen kaufen, so muß er heute für dieselbe Maschine erheblich mehr zahlen und zudem mit einem Zinssatze rechnen, der 2—3 mal den Vorkriegssatz übertrifft. Schließlich, aber nicht zuletzt wirken sich auch hier die revolutionären Agrargesetze in großem Stil verhängnisvoll aus: vor allem durch die völlig unwirtschaftliche Beschränkung der Besitzgröße auf 50 ha. Hierdurch wird eine Vergrößerung der Einzelbetriebe auf eine den örtlichen Verhältnissen angepaßte Optimalgröße unmöglich gemacht.

Mit am schwersten wird unsere Landwirtschaft heute durch die hohen Löhne belastet: sie sind im Verhältnis zur Vorkriegszeit auf das Mehrfache gestiegen. In der gleichen Richtung wirkt im Gegensatz zur Lohnhöhe die geringe Produktivität der Arbeitskräfte. Eine Einsparung von Arbeitskräften durch größere Verwendung von Maschinen ist — wie wir gesehen haben — nur bedingt möglich.

Dieses große Minus auf der produktionstechnischen Seite müßte nun durch ein entsprechendes Plus in den Erträgen ausgeglichen werden. Wenn wir jedoch die Statistik verfolgen, so sehen wir, daß sowohl die Erträge des Pflanzenbaues als auch der Tierzucht und -haltung unverhältnismäßig niedrige sind. Das Mißverhältnis von hohen Produktionskosten und geringen Erträgen muß zu einem schweren Dilemma führen. Es kann eine gewisse Milderung und sogar ein Ausgleich eintreten, wenn die Preise für agrarische Produkte hoch und sogar sehr hoch sind. Die Lage muß aber zu einer Katastrophe führen, wenn die Preise für die landwirtschaftlichen Artikel nicht nur niedrig sind, sondern infolge außenpolitischer Konstellation unter den Preis der zudem billiger produzierenden Getreideexportländer sinken.

Damit kommen wir nun zur Absatzfrage. Von den Absatzschwierigkeiten wird nun nicht nur Lettland, sondern werden sämtliche Agrarstaaten betroffen: es liegt für die Gesamtheit der im Weltwirtschaftsverkehr stehenden Staaten eine Überproduktion an Getreide vor, die die Preise drücken muß. Für Lettland mutet aber der außerordentlich niedrige Getreidepreisstand deshalb so sonderbar an, weil es trotz seines ausgesprochen agrarischen Charakters und trotz Vorherrschens des Getreidebaues infolge der geringen Flächenerträge kein Export-, sondern ein Getreideimportland ist. Der anormal niedrige Preis, der weit unter den Gestehungskosten liegt und auch

bei zweckmäßigerer Organisation der Landwirtschaft liegen müßte, findet seine Erklärung im Dumping der Auslandsware. Durch Exportprämien sind die ausländischen Lieferanten in der Lage, ihr überschüssiges Getreide unter den Erzeugungskosten zu verkaufen. Da bisher für inländischen Weizen nur ein geringer Schutz und für Roggen gar kein Schutz durch die Zollgesetzgebung bestand, so mußte sich dieses in Angleichung an die schon vorhandenen ungünstigen Zustände in verheerendster Weise auswirken.

Hatte man nun versucht, durch eine Einschränkung des Getreidebaues und eine Bevorzugung der Vieh- und im speziellen der Milchwirtschaft diesen Schwierigkeiten teilweise zu entgehen, so erwies sich im letzten Jahr auch dieser Weg als nicht sicher genug.

Eine weitere Verschlimmerung erfährt die Lage durch die rapid zunehmende Verschuldung und den verhältnismäßig hohen Zinsfuß: da die Zinsenlast nicht aufgebracht werden kann, muß sie automatisch zu weiterer Verschuldung führen.

2. Selbsthilfe der Landwirtschaft

Welches sind nun die Maßnahmen, die ergriffen werden können, um der lettländischen Landwirtschaft zu einer gedeihlichen Entwicklung zu verhelfen?

Der durchgreifendste und auf die Dauer wirksamste Weg der Besserung ist stets der Weg der Selbsthilfe: ihn zu beschreiten — soweit irgend möglich — muß daher das Hauptbestreben der Landwirtschaft sein. Führt dieser Weg nicht zum Ziele, dann ist es unbedingte Pflicht des Staates, einzugreifen, um seinen Hauptberufsstand nicht durch Vorgänge des internationalen Marktes zugrunde richten zu lassen.

Wir beginnen mit den Selbsthilfemaßnahmen der Landwirtschaft. Betriebswirtschaftlich im engeren Sinne gesprochen, stehen im einzelnen Landwirtschaftshaushalt dem Arbeitsaufwand der Arbeitsertrag oder den Produktionskosten die noch nicht verkauften Erträge gegenüber. Zur Besserung der Lage muß nun das Bestreben dahin gehen, mit möglichst geringem Arbeitsaufwand gleiche Erträge oder m. a. W. mit gleichem Arbeitsaufwand höhere Erträge zu erzielen. Betrachten wir zuerst die Ausgabenseite, so erfährt sie die stärkste Belastung durch das Lohnkonto. Die menschliche Arbeitskraft ist in Lettland auf dem Lande sehr teuer. An Arbeitskräften zu sparen ist bei der an und für sich extensiven Betriebsweise nur in sehr beschränktem Maße möglich. Einer weitgehenderen Mechanisierung, die erhebliche

Arbeitskräfte entbehrlich machen würde, stehen — wie wir schon erwähnt haben — die hohen Preise der Maschinen, der hohe Zinssatz und die geringe Ausnutzbarkeit entgegen. Trotz alledem wird schon heute einer gewissen stärkeren Verwendung von Maschinen das Wort geredet werden müssen, will man nicht Gefahr laufen, daß infolge Verspätung der Arbeiten große Verluste entstehen. Bei dem hohen Zinssatze und der auch unter besseren Verhältnissen geringen Verzinsung der Landwirtschaft — heute kann wohl von einer Verzinsung in Lettland nur in seltenen Fällen die Rede sein — muß sich jede starke Verschuldung als verderblich auswirken. Aus diesem Grunde sind neue Schulden nur dort gerechtfertigt, wo sie für schnell umsetzende Produktionsmittel — Kunstdünger, Saatgut, Kraftfutter usw. — angewandt werden. Die Neuanschaffung von Maschinen mit teurem fremden Gelde wird man daher auf das Notwendigste einschränken. Beträgt z. B die Verzinsung der Landwirtschaft 1 bis 2 % und der Zinsfuß 12 %, so ergibt sich für je 100 Lat aufgenommenen Geldes ein Zinsverlust von 10—11 %; beträgt dagegen wie in normalen Zeiten die Verzinsung der Landwirtschaft 5—6 % und der Zinsfuß 4 %, so ergibt sich ein Zins- oder Unternehmergewinn von 1—2 Lat für jede geborgten 100 Lat.

Der verstärkten Anwendung von Kunstdünger wird man ebenfalls nur unter starkem Vorbehalt das Wort reden können, da auch sie in sehr hohem Maße von der Preisspanne der Ernteprodukte und der Düngemittel abhängt. Nehmen wir an, daß durch einen Düngungsversuch durch 1 dz schwefelsaures Ammoniak eine Mehrerzeugung von 2,5 dz Korn festgestellt worden ist. Kostet nun 1 dz Getreide Ls 18 (Ls 3 pro Pud) und 1 dz schwefelsaures Ammoniak Ls 30, so erzielen wir durch Anwendung dieses 1 dz Kunstdünger einen Bruttomehrertrag von Ls 15, bei einem Preise von Ls 15 pro dz Getreide (Ls 2,50 pro Pud) nur einen Mehrertrag von Ls 7,50, während bei einem Preise von Ls 12 pro dz (Ls 2 pro Pud) eine gleich große Anwendung von Kunstdünger schon einen Verlust bringt, da die Ertragssteigerung gleich Null ist, während die Unkosten gestiegen sind. Bei noch weiterem Sinken muß die gleiche Anwendung zu immer größeren Verlusten führen. Bei fallenden Getreidepreisen ergibt sich demnach eine Einschränkung der Kunstdüngerverwendung. Umgekehrt ist es dagegen, wenn die Düngemittelpreise fallen: in diesem Falle wird die Verwendungsmöglichkeit bei gleichbleibenden Getreidepreisen erweitert. Es soll damit nicht gesagt werden, daß unter heutigen Verhältnissen eine Kunstdüngerverwendung sich verbietet: sie muß

nur sehr genau dosiert werden; ein Kranker verträgt nicht die gleiche Belastung wie ein Gesunder. In Fällen einseitigen Nährstoffbedarfes kann sogar von der richtigen Anwendung der Düngemittel die ganze Rente abhängen; in solchen Fällen kann nicht nur, sondern muß der Landwirt auch selbst bei noch höherem Zinssatze Düngemittel verwenden. Dasselbe gilt für die Anwendung von Futtermitteln.

Kommen wir nun nach dieser Abschweifung zur Senkung des Lohnkontos zurück, so wird es sich direkterweise nur verhältnismäßig wenig senken lassen, wenn der Staat nicht gewillt ist, durch Import ausländischer Wanderarbeiter das Verhältnis von Angebot und Nachfrage von menschlichen Arbeitskräften zugunsten des Angebotes zu verändern. Auf die Tätigkeit des Staates kommen wir jedoch an anderer Stelle zurück. Anders steht es mit der Senkung des Lohnkontos auf indirektem Wege und zwar vermittels erhöhter Arbeitsleistung pro menschliche Arbeitskraft bei zwar gesteigerter Entlohnung, aber in höherem Grade gestiegener Arbeitsleistung. Dies ist nur möglich auf dem Wege des Akkords. Gewiß stellen sich in der Landwirtschaft der Akkordarbeit erhebliche Schwierigkeiten entgegen und läßt sie sich nur auf bestimmte Arbeitsverrichtungen ausdehnen, die in erster Linie ohne tierische Beihilfe vorgenommen werden; aber sie kann doch eine gewisse Entlastung bringen. Es kann eingewandt werden, daß die Ersparnis nicht sehr groß ist und die leidige Arbeiterfrage nicht aus der Welt schaffen wird. Dies ist gewiß wahr; es ist aber töricht, von einer Maßnahme alles zu erwarten: so müssen bei der Vielgestaltigkeit des landwirtschaftlichen Betriebes viele Faktoren mitwirken, um ein durchgreifendes Resultat zustandezubringen.

Als weitere Maßnahme kommt eine zweckmäßige Arbeitsdisposition in Betracht: das unproduktive Hin- und Hergehen und wenig produktive zeitfüllende Arbeiten müssen tunlichst eingeschränkt werden, wenn sie sich bei der Abhängigkeit vom Witterungswechsel auch nicht ganz vermeiden lassen. Als wichtigste Maßnahme ist aber die Ausführung der Arbeiten zur rechten Zeit zu nennen. Es ist für den Arbeitsaufwand wie auch für den Ertrag von ausschlaggebender Bedeutung, daß jede Arbeit dann ausgeführt wird, wenn sie vom acker- und pflanzenbautechnischen Gesichtspunkte aus zweckmäßigerweise ausgeführt werden sollte. Das Pflügen einer hartgewordenen Ackerweide z. B. erfordert unverhältnismäßig viel Arbeitskraft, wenn es bei schwerem Boden nicht überhaupt unmöglich ist. Bei richtigem Tiefpflügen der Brache im Herbst oder — falls nicht ausführbar — bei günstigerem physikalischen Zustande des Bodens im Frühjahr

wird der Arbeitsaufwand erheblich geringer sein; der Ernteertrag dagegen ist bei zeitentsprechender Durchführung der Arbeit erheblich größer. Durch eine zweckentsprechende Arbeitsdisposition wird demnach zweierlei erreicht: geringerer Arbeitsaufwand und größerer Ernteertrag.

Dieses Beispiel weist uns nun schon darauf hin, worauf es im landwirtschaftlichen Betriebe in erster Linie ankommt: auf das Wissen und Können des Betriebsleiters. Durch fachmännische Ausbildung können bei gleichbleibendem Aufwande die Erträge erheblich gesteigert werden. Ein Beispiel führten wir eben an. Hier noch einige. Wenden wir Kunstdünger auf zu nassem oder zu trockenem Boden an, so wird er sich entschieden nicht bezahlt machen; beim Boden in gutem physikalischen Zustande dagegen kann er eine gute Rentabilität bringen. Wird derselbe Kunstdünger bei gutem physikalischen Zustande des Bodens aber zu einseitig angewandt, so wird er sich wiederum nicht als lohnend erweisen; bei einem zweckentsprechenden Verhältnis der einzelnen Nährstoffe kann er dagegen — er muß es nicht — zu einem erheblichen Reingewinn führen: derselbe Aufwand, jedoch verschiedene Resultate. Dasselbe gilt für die Anwendung ertragreicher, angepaßter Sorten, rechtzeitige Vornahme der Pflege- und Erntearbeiten, Auswahl der Zuchttiere, Fütterung nach Leistung u. v. a. m. Um aber die Dispositionen zweckentsprechend treffen zu können, ist eine gute Fachausbildung des Betriebsleiters erforderlich. Mit ihr ist es aber in Lettland sehr traurig bestellt: hier und — wie wir später sehen werden — in der Regulierung des Marktes ist der Haupthebel zur Besserung der Verhältnisse anzulegen.

Eine Fachausbildung der älteren Generation läßt sich nun nicht von heute auf morgen durchführen. Es muß anerkannt werden, daß der Staat erhebliche Mittel anwendet, um durch Beispiel, Wort und Schrift hier eine Besserung anzubahnen; es sind gewiß auch erhebliche Erfolge zu verzeichnen — besonders in der Milchwirtschaft durch das Kontrollwesen. Eine durchgreifende Änderung könnte aber nur eine gutgeschulte junge Generation bringen. Leider sind aber die Aussichten für die Fachausbildung des landwirtschaftlichen Nachwuchses nicht gerade glänzende. Die Statistik lehrt, daß der Prozentsatz der eine Fachausbildung genießenden Landwirte sehr gering ist. Hier durch Wort und Schrift auf die ältere Generation einzuwirken, daß sie dem Nachwuchs eine gründliche Fachausbildung gewährt, und sie selbst zu fördern ist vornehmste Aufgabe des Staates und der landwirtschaftlichen Organisationen.

Jedoch selbst wenn es gelingt, durch zweckentsprechende Maßnahmen die Produktionskosten zu senken und die Hektarerträge zu heben, so kann bei dem jetzigen Preisniveau doch von einer zufriedenstellenden Rentabilität nicht die Rede sein. Man kann sich zu einer Schutzzollpolitik stellen wie man will, man kann der Ansicht sein, daß jeder lebensfähige Volkswirtschaftszweig auch die Weltmarktkonkurrenz muß bestehen können, man kann aber vernünftigerweise unmöglich dafür plädieren, den wichtigsten einheimischen Berufszweig einer künstlichen Konkurrenz preiszugeben und untergehen zu lassen. Wenn deutscher Roggen in Berlin 21—22 Ls pro dz kostet und in Riga 11—12 Ls, wenn für jeden exportierten dz Brotgetreide die polnische Regierung 6 Zloty zuzahlt (Apsits: Eiropas laukſaimnieziba un Latwija, „Jaunakàs Sinas" vom 22. 7. 30), so ist das eine Konkurrenz, gegen die der Staat Stellung nehmen muß. Diese Konkurrenz hat die Preise für Getreide auf ein Niveau heruntergedrückt, das weit unter den Herstellungskosten liegt.

Obwohl der Preis für Getreide so außerordentlich niedrig ist, kann man das vom Brot nicht behaupten. Das Brot hat zwar eine geringe Preissenkung erfahren, die aber in keinem Verhältnis zum Preissturz des Getreides steht. Es besteht somit eine erhebliche Preisspanne zwischen dem Verkaufspreis des Produzenten und dem Einkaufspreis des Konsumenten. Diese Preisdifferenz fällt der Mühlenindustrie und dem Zwischenhandel zu. Dem hohen Gewinn der Zwischenträger leistet der bisherige Zolltarif in außerordentlicher Weise Vorschub. Während z. B. der Zollschutz für ungemahlenen Weizen 7 Ls pro dz beträgt, beläuft er sich für gebeuteltes Weizenmehl auf 25 Ls pro dz. Dasselbe gilt vom Roggen: während er in Form von Korn zollfrei ist, ist der grobgemahlene Roggen mit 5 Ls pro dz, der gebeutelte mit 15 Ls pro dz belegt.

Am bisherigen Zolltarif wird also der Produzent Kritik üben. Ganz besonders gilt das für Roggen. Die Wirtschaften mit leichten Bodenarten, die von Natur aus schon schlechter gestellt sind, geraten dabei besonders ins Hintertreffen. Es gibt zwar jetzt schon Weizenzüchtungen, die auch auf leichteren Bodenarten befriedigende Erträge gewähren, die Domäne des leichten Bodens mit niedrigem Grundwasserstande bleiben aber doch der Roggen und die Kartoffel. Da die Kartoffel aber erheblich mehr Arbeitskräfte pro Flächeneinheit erfordert, so sind ihrer Ausdehnung in Lettland nicht allzu weite Grenzen gesetzt.

Um die landwirtschaftliche Katastrophe zu einer vollständigen zu machen, gesellte sich in diesen Jahren zum Preissturz des Getreides ein Preissturz der Molkereiprodukte. Er hat nun die Landwirte vollends kopfscheu gemacht. Auf einen niedrigen Preisstand des Getreides für längere Zeit hatte man sich wegen der internationalen Getreideüberproduktion und vor allem wegen der überseeischen Konkurrenz infolge zunehmender Frachtverbilligung eingestellt, man hatte aber erhebliche Opfer zum Ausbau der Viehzucht und -haltung gebracht, in der Annahme, daß wenigstens hier mit einigermaßen stabilen Preisen gerechnet werden könne. Das letzte Jahr scheint auch diese Berechnungen über den Haufen geworfen zu haben. Wollen wir nun eine einigermaßen begründete Prognose für die Zukunft geben, müssen wir der Ursache dieser Preisänderung nachforschen.

Hier liegen die Ursachen ganz anders. Während beim Getreidebau letzten Endes die Überproduktion der überseeischen Länder sich so verderblich auswirkt, liegt die Ursache bei den Molkereiprodukten vorwiegend bei der Unterkonsumtion der verarmten europäischen Bevölkerung. Die Lasten des Krieges, verbunden mit allgemeiner Verschuldung und zunehmender Arbeitslosigkeit in Mittel- und Westeuropa, gestatten den Arbeitermassen nicht, die verhältnismäßig teure Butter zu kaufen, sondern drängen sie zu billigeren Ersatzfetten. Dazu kommt noch der schon lange angekündigte Zollschutz des deutschen Buttermarkts, der seine Schatten vorauswirft. Bei einer Besserung des Lebensstandards wird der Konsum der Butter und damit auch die Nachfrage nach Molkereiprodukten wieder steigen. Die Krise auf dem Buttermarkt wird zwar nicht so bald behoben, dürfte aber doch gemildert werden. Im Winterhalbjahr werden wohl die Butterpreise immer erheblich teurer sein. Es ist Aufgabe des Landwirtes, sich diesen veränderten Verhältnissen anzupassen. Durch planmäßige Verlegung der Kalbtermine, durch Erzeugung guten und billigen Futters auf zweckmäßig angelegten und unterhaltenen Grünlandflächen, durch gute Haltung und Fütterung nach Leistung müssen die Produktionskosten gesenkt oder bei gleichen Kosten die Erträge gesteigert werden. Damit wird dann die Möglichkeit gegeben, auch bei größeren Preisschwankungen konkurrenzfähig zu bleiben, selbst wenn zeitweilig eine geringere Rente herausspringt.

Wenn man die Tagesliteratur verfolgt, so trifft man immer wieder auf den Vorwurf, der der Landwirtschaft gemacht wird, daß sie sich nicht ganz auf die Viehzucht umstelle. Dieser Vorwurf ist

nur zum Teil berechtigt. Gewiß drängen sowohl die klimatischen als auch die Absatzverhältnisse zu einem Übergang vom reinen Getreidebau zur verstärkten Viehhaltung, es zeugt aber von einer Unkenntnis der Sachlage, wenn man den Landwirten zum Extrem rät. In der Landwirtschaft rächt sich jede Einseitigkeit um so mehr, je weniger der Einzelbetrieb über frei zu verwendendes Kapital und Arbeitskraft verfügt. Ergibt sich durch irgend welche Witterungsverhältnisse in einem schlechten Jahre eine geringe Ernte an Rauhfutter, so kann ein gewisser Ausgleich durch Getreide- und Hackfrüchte geschaffen werden. Auch die Arbeitsverteilung spielt eine entscheidende Rolle. Nehmen wir an, daß es unter günstigen Verhältnissen gelungen wäre, den größten Teil der Fläche eines Betriebes in ertragreiches Grünland zu verwandeln, von dem ein großer Teil zu Rauhfutter gewonnen werden soll. Will man nicht Gefahr laufen, daß das Grünfutter überständig und damit minderwertig wird, so muß im Laufe von 2—3 Wochen eine gewaltige Beanspruchung von Arbeitskräften stattfinden, die bei einer allgemeineren Durchführung garnicht verfügbar gemacht werden könnten. Dazu kommt noch ein sehr erheblicher Risikofaktor. Fällt in die Werbungszeit eine Regenperiode mit zeitweiliger kurzer Aufklärung, so muß es für den Landwirtschaftsbetrieb zu einer Katastrophe führen, wenn der Landwirt alles auf eine Karte setzt. Die mißglückte Heuwerbung zwingt ihn zum Verkauf wertvollen Zuchtviehs und wirft den Landwirt auf Jahre zurück. Eine erweiterte Viehwirtschaft führt zu einer Milderung des Arbeitermangels, während ein einseitiger Futterbau mit Viehwirtschaft infolge zeitweilig anormal starker Beanspruchung zu einer untragbaren Verschärfung führt. Dazu kommt noch, daß auch pflanzenbautechnisch sich nicht überall ein Anbau von Futterpflanzen mit Erfolg durchführen läßt.

Ähnlich steht es mit der oft angeführten Forderung nach Intensivierung. Sie ist erstrebenswert, wenn man darunter nicht nur einen vermehrten Aufwand an Arbeit und Kapital versteht, sondern wenn mit diesem vermehrten Produktionsaufwand eine über ihn hinausgehende Ertragsteigerung Hand in Hand geht. Tritt durch die Intensivierung keine Hebung des Reinertrages ein, so ist sie unbedingt zu verwerfen. Der Grad der Intensivierung hängt neben anderem auch in hohem Maße von der Preisspanne zwischen Arbeitslöhnen und Industrieprodukten einerseits und Agrarprodukten andererseits ab. Mit sinkenden Preisen der Landwirtschaftsartikel wird der Produktionsaufwand eingeschränkt, bei steigenden Preisen

kann er erweitert werden.“ Das Umgekehrte gilt von den Industrieerzeugnissen. Bei dem heutigen Tiefstand der Preise der landwirtschaftlichen Artikel und dem hohen Zinsfuß muß der Produktionsaufwand tunlichst eingeschränkt werden, d. h. nicht die Intensivierung im Sinne einer verstärkten Anwendung von Arbeit und Kapital ist das Richtige, sondern eine Extensivierung. Die Betriebe, die viel Geld aufgenommen und dieses Geld in nicht direkt Erträge bringendem Gebäudekapital und Inventar festgelegt haben, kommen am ehesten unter den Hammer. Sie können bei dem hohen Zinsfuß die wachsende Zinsenlast nicht mehr tragen Diejenigen Betriebe dagegen, die ohne weitere größere Beanspruchung von Krediten die schwere Zeit hindurch vegetiert und trotzdem eine gewisse Produktionssteigerung erzielt haben, werden am leichtesten die Krise überstehen.

3. Die Hilfsmaßnahmen des Staates

Wie wir gesehen, kann eine Überwindung der jetzigen landwirtschaftlichen Kalamität nicht nur von Selbsthilfemaßnahmen der Landwirtschaft erwartet werden; die Situation ist im Augenblick so verfahren, daß eine Stützungsaktion des Staates sich als unbedingt erforderlich erweist. Obgleich nun die Erkenntnis allgemein durchgedrungen ist, daß eine Unterstützung der Landwirtschaft dringend vonnöten ist, ließ sich in den letzten Parlamentssessionen für keines der ausgearbeiteten Projekte eine Majorität zustandebringen. Die starke Parteizersplitterung, der Gegensatz des Produzenten- und des Konsumentenstandpunktes ließ sich auf keinen Generalnenner bringen.

Da diese Gesetzprojekte durch die neuen Verordnungen überholt sind, wollen wir sie nur kurz behandeln.

Es sind in der Hauptsache von zwei Seiten Gesetzprojekte eingereicht worden: vom Bauernbund und vom Demokratischen Zentrum. Das Bauernbundprojekt, das sich in drei Teile gliedert (Gesetz zum Baconexport, zur Stabilisierung der Brotgetreide- und Butterpreise), ist im wesentlichen von der Regierung im Wege des Art. 81 angenommen worden.

Im Bacongesetz sollte den Landwirten ein Preis von 1,5 Ls pro kg Schlachtgewicht = 1,2 Ls pro kg Lebendgewicht für die drei ersten Kategorien des Exportbacons garantiert werden. Die unter ungünstigen Verhältnissen vom Staat zu machende Zuzahlung gibt der deutsche Abgeordnete Baron Fircks mit rund 200,000 Ls an. Die Zuzahlung ist demnach als Prämie für erstklassige Exportware aufzufassen.

Beim zweiten Gesetz sollte der Staat im Gegensatz zu der nachher erlassenen Verordnung nicht eine Lombardierung, sondern einen Ankauf von den Selbstproduzenten vornehmen. Um zu vermeiden, daß billiger Roggen importiert und als teurer inländischer dem Staate angeboten wird, ist ein temporärer Schutzzoll von 7 Sant. pro kg vorgesehen. Nach Abnahme eines entsprechenden Teiles inländischen Getreides wird die getätigte Zollzahlung rückvergütet. „Durch dieses Gesetz sollen die niedrigen Preise des Auslandroggens für unsere konsumierende Bevölkerung ausgenutzt werden, und zu gleicher Zeit soll der einheimische Landmann einen Preis erhalten, der ihm zum mindesten seine Arbeit bezahlt macht." (W. v. Fircks, „Rigasche Rundschau" v. 13. 6. 30.)

Im Buttergesetz sollte den Butterproduzenten ein Mindestpreis von Ls 3,60 pro kg garantiert werden. Den Tiefstand erreichte die Butter mit einem Preise von 2,90 Ls, während in den Jahren 1924—1929 der Butterpreis sich durchweg über 3,70 Ls bewegt hatte. Der Staat gewährt demnach nur in Zeiten äußersten Tiefstandes eine Beihilfe. Sowohl bei der Butter als auch beim Bacon sollte nach diesem Gesetzprojekt der Staat den Transport der Exportware bis zu den Häfen auf seine Rechnung vornehmen.

Das Projekt des Demokratischen Zentrums fordert Monopolisierung des Weizen- und Roggenhandels selbst bis zur Enteignung der Mühlenbetriebe.

Da die neue Parlamentssession erst im Oktober wieder beginnt und da andererseits doch wiederum für eine Hilfsaktion Sorge getragen werden mußte, hat sich die Regierung entschlossen, auf dem Wege des Art. 81 verbindliche Verordnungen zu erlassen, die mit Tage der Veröffentlichung rechtskräftig werden.

Im folgenden geben wir die Bestimmungen auszugsweise wieder (Staatsanzeiger v. 8. 8. 30 Nr. 176).

1) Auf Vorschlag des Landwirtschaftsministeriums kann das Ministerkabinett Bestimmungen erlassen über den Umfang, in welchem in- und ausländisches Brotgetreide (Roggen und Weizen) zu vermahlen ist, wie auch über den Mehlausmahlungsgrad. (Nach einer andern Instruktion beträgt die Beimahlung 50—60%.)
2) Das Landwirtschaftsministerium nimmt selbstgeerntetes Brotgetreide in Verwahrung und zur Lombardierung in der Lettlandbank in Empfang. Die Landwirte dürfen hierbei nur den den Eigen- und Saatbedarf überschreitenden Teil geben.
3) Das Ministerkabinett bestimmt die Mindestpreise für den zu lombardierenden Roggen und Weizen, wobei es von der Höhe des Selbst-

kostenpreises und anderen Erwägungen geleitet wird. Die Vorschüsse für das lombardierte Getreide dürfen die Marktpreise nicht überschreiten. Auf dem Wege der Einigung mit der Lettlandbank und den Getreideproduzenten kann das Landwirtschaftsministerium das lombardierte Getreide verkaufen.

4) Den Unterschied im Vorschuß- und Verkaufspreise zahlt das Landwirtschaftsministerium den Besitzern des lombardierten Getreides.
5) Auf dem Wege der Einigung mit den Getreideerzeugern reicht das Landwirtschaftsministerium im Laufe von 6 Monaten gegen Zurückzahlung des Vorschusses die gleiche Menge von Getreide aus.
6) Roggen, Weizen und deren verarbeitete Produkte dürfen nur diejenigen Personen und Firmen importieren, die eine entsprechende Menge vom Staat lombardiertes Getreide gekauft haben. Für gekauftes — in staatlicher Verwahrung befindliches — Getreide wird vom Landwirtschaftsministerium eine Bescheinigung ausgestellt, die der Zollbehörde vorzuweisen ist.
7) Sämtliche in Lettland vorhandenen Brotgetreidevorräte — mit Ausnahme der selbsterzeugten — unterliegen, soweit sie 10 to überschreiten, einer Registrationspflicht beim Landwirtschaftsministerium innerhalb dreier Tage. Die Ausnutzung der Vorräte unterliegt gleichfalls diesen Bestimmungen.
8) Für Übertretung der Verordnungen wird eine Strafe bis zu 5000 Ls angedroht.

Zur Förderung des Butterexportes wird nachträglich eine Prämienzahlung von 20 Sant. pro kg (für Lettgallen von 30 Sant. pro kg) rückwirkend vom 1. April gewährt. („Jaunakàs Sinas" vom 25. 7.)

Um den Baconexport zu beleben, wird für die an die Exportschlächtereien abgelieferten Baconschweine 1.—3. Güte eine Zuzahlung von 15 Ls pro Schwein gewährt, falls der Preis für lettländischen Bacon auf dem Londoner Markt unter 86 sh. sinkt, jedoch 82 sh. pro Zentner überschreitet, von Ls 20, wenn er unter 82 sh. sinkt. (Staatsanzeiger Nr. 172.)

Die Durchführung dieses Gesetzes erfordert erhebliche Mittel: nach der Rechnung des Landwirtschaftsministeriums handelt es sich beim Getreidegesetz, dem ja wohl die weitaus größte Bedeutung zuzumessen ist, um einen Ankauf von 60,000 t Roggen und 20,000 t Weizen, zu deren Realisierung rund 20 Mill. Ls erforderlich wären. Welches sind nun die Ergebnisse, die von diesen mit erheblichen Mitteln zu erkaufenden Verbesserungen zu erwarten sind?

4. Kritik der Schutzgesetze

Die Hauptpunkte sind der Beimahlungszwang und die Lombardierungsmöglichkeit. Durch den Beimahlungszwang werden die Importeure gezwungen, neben dem ausländischen Brotgetreide einen ebenso großen Teil inländischen Getreides zu beziehen. Die Nachfrage nach inländischem Getreide wird steigen und damit eine gewisse Festigung der Preise nach sich ziehen.

Durch das Gesetz wird der eigentliche Endzweck — die Erzielung genügender Preise — nur dann in befriedigender Weise erreicht, wenn das Landwirtschaftsministerium für das weiterzuverkaufende lombardierte Getreide genügend hohe Preise verlangt. Dann ist der Importeur gezwungen, sein billig gekauftes ausländisches Getreide im Preise so festzusetzen, daß er bei einem Verhältnis von 1 : 1 sich in der Mitte zwischen Import- und einheimischem Preis bewegt. Durch die Anpassung an fallende ausländische Getreidepreise kann die Regierung durch Erhöhung ihres zu verkaufenden Teiles eine gewisse Stabilität des Marktes erzielen. Es ist aber dann dringend erforderlich, daß sie die Schwankungen des Auslandmarktes scharf beobachtet und danach ihre Preise festsetzt. Die Preisregulierung durch das Landwirtschaftsministerium wirkt daher in Art einer gemilderten gleitenden Zollskala. Dem von Vertretern der Mühlen- und Backindustrie (Rigasche Rundschau v. 21. 8. 30) erhobener Einwand, daß das Verhältnis von 1 : 1 zu hoch sei, da die im Inlande erzeugten Brotgetreidemengen zu gering seien, um auf die Dauer dieses Verhältnis zu ermöglichen, ist entgegenzuhalten, daß bisher ein sehr großer Teil des inländischen Brotgetreides infolge der niedrigen Preise nicht auf den Markt kam, sondern verfüttert wurde, und daß andererseits Lettland in diesem Jahre eine Rekordernte an Wintergetreide aufweist. Aus diesen Gründen scheinen uns die ausgesprochene Befürchtung und die daraus gezogenen Schlußfolgerungen nicht gerechtfertigt.

Sollte der Staat sich aus Rücksicht auf die Konsumenten nicht dazu entschließen können, die Preise für das lombardierte Getreide so hoch festzusetzen, daß der Landwirt auf seine Erzeugungskosten kommt, so wäre es dann seine Pflicht, durch Import ausländischer Wanderarbeiter dafür Sorge zu tragen, daß die Produktionskosten auf ein Niveau gesenkt werden, das in einem befriedigenden Verhältnis zu den erzielbaren Preisen steht.

Als weiterer Mangel der Bestimmung ist die Lombardierung des Getreides anzusehen. Das Landwirtschaftsministerium ist in der Lage, nur einen verhältnismäßig kleinen Teil des Getreides zu lom-

bardieren. Es liegt nun die Gefahr vor, daß nicht alle Landwirte, sondern infolge von Vetternwirtschaft nur privilegierte den Vorzug der Lombardierung genießen werden, während den anderen nur die indirekten Folgen des Gesetzes zugute kommen. Diejenigen, die ihr Getreide lombardieren können, verfügen gleich über freies Geld und können dann warten, bis die Regierung ihr Getreide zu einem vorteilhaften Preise weiterverkauft, während die anderen bei dem noch nicht stabilisierten Markt zu erheblich niedrigeren Preisen verkaufen müssen.

Eine einigermaßen gerechte Lombardierung ist nur dann durchführbar, wenn sie nach einem bestimmten Schlüssel (z. B. dz pro ha der besäten Fläche) vorgenommen wird. Der Schlüssel muß so berechnet sein, daß der Staat auch in der Lage ist, das berechnete Quantum von jedem einzelnen Landwirt abzunehmen. Nur in diesem Falle kann die Lombardierung sich voll auswirken, auch in Bezug auf den Ausgleich der Herbst- und Frühjahrspreise, um wenigstens den Getreidepreisen den Saisoncharakter zu nehmen.

Abgesehen von den Unkosten der Lombardierung liegt ferner die Gefahr vor, daß nicht genügend trockenes Getreide angenommen wird, das dann bei dichter Lagerung eine Verschlechterung erfährt. Hier werden strenge Bestimmungen erlassen werden müssen, um den Staat und den Landwirt vor unnützen Verlusten zu schützen.

In dem Gesetz wirkt das Wort „Lombardierung" leicht irreführend. Bei einer Lombardierung wird die Ware zeitweilig an einem neutralen Ort deponiert und nur der Besitzer hat das Recht, seine Ware weiter zu veräußern. Der eigentliche Zweck dieser Lombardierung ist dagegen, daß der Staat mit seinen Machtmitteln als Verkäufer auftritt. Die Lombardierung ist also nur ein verkappter Kommissionshandel, wobei der Staat eine Anzahlung macht, die Endsumme nach Verkauf erstattet und nur bei Nichtverkauf die Ware wieder zurückgibt.

Die eigentliche Lombardierung hatte nur dann ihren vollen Wert, als bei höherem Preisstande des Getreides infolge von Kapitalarmut große Preisschwankungen zwischen Frühjahr und Herbst stattfanden. Im letzten Jahre hatten aber infolge der Einwirkung des internationalen Marktes die Preise im Frühjahr keine Festigung erfahren, aus welchem Grunde eine Lombardierung bis zum Frühjahr dem einzelnen Landwirt keinerlei Nutzen gebracht hätte.

Fassen wir das Gesagte kurz zusammen, so ist zu sagen, daß eine gewisse sofortige Besserung nur bei einem gerechten Verteilungs-

modus zu erwarten ist, im übrigen aber eine Festigung der Brotgetreidepreise natürlich nur sehr allmählich eintreten wird. Zu begrüßen wäre es vom Standpunkt des Produzenten und Konsumenten aus, wenn die anormal große Spanne zwischen ungemahlenem und gemahlenem Brotgetreide verringert würde. Wünschenswert wäre endlich ein gewisser Zollschutz auch für Roggen, da sonst eine bestimmte Gruppe von Landwirten — die Besitzer der leichteren Bodenarten — ungerechterweise benachteiligt wird. Ist der Zollschutz für Roggen aus politischen Gründen nicht möglich, so sollte diesen Landwirten wenigstens eine gewisse Steuerermäßigung gewährt werden.

Eine durchgreifende Änderung wird demnach der gewährte Schutz den Landwirten nicht bringen; eine gewisse Besserung der Lage jedoch wird er entschieden nach sich ziehen. Dies um so mehr, je schneller und besser die Regierung sich den einzelnen Konjunkturschwankungen anpassen wird.

Was die anderen Stützungsmaßnahmen anbelangt, so erübrigt sich hier eine nähere Besprechung: eine gewisse Belebung und Besserung werden sie wohl bringen, vorwiegend beim Bacon. Wenn es auch im allgemeinen verfehlt ist, allzuviel Heil von staatlichen Subventionen zu erwarten, sondern der Schwerpunkt auf Selbsthilfe zu legen ist, so gibt es doch Situationen, wo Eigenhilfe versagt: hier ist es dann Pflicht des Staates, einzugreifen und über die kritischsten Perioden hinwegzuhelfen. Eine durchgreifende Besserung aber ist erst von einer Änderung der wirtschaftlichen Lage in Mittel-Westeuropa zu erwarten.

Umschau

Rapallo sans rêves

In einem sehr bemerkenswerten Aufsatz in der DAZ (1 August) behandelt unser Landsmann Richard Bahr unter obiger Überschrift das Problem der deutschen Rußlandpolitik. Er geht von dem Brief eines anonymen Moskauer Gesinnungsgenossen von Bessedovski aus, der am 13. Juni in der „Borjba" erschien und in dem es über die letzten deutsch-russischen Verhandlungen u. a. heißt:

„Das Spiel Litwinows beruht hauptsächlich darauf, daß Deutschland auf Grund unserer verlockenden Zugeständnisse, die übrigens niemand wirklich zu halten beabsichtigt, uns noch einmal Kredite geben und so uns noch einmal vor dem unvermeidlichen und vorbeschlossenen Krach retten wird. Außerdem werden sie unter dem Einfluß ihrer „wirtschaftlichen Erfolge" auf die Erörterung verschiedener politischer Fragen über die Komintern, die deutschen Kolonisten usw.

verzichten und feierlich die Unerschütterlichkeit von Rapallo bestätigen, wodurch sie mit einem Schlag die ganze Arbeit Stresemanns zunichte machen und von neuem auf lange vom Westen sich isolieren werden, was für uns unumgänglich notwendig ist. Dieses Projekt ist von Litwinow selbst ausgearbeitet und zusammen mit der bessarabischen Kombination vom Politbüro bestätigt worden. Bei uns hatte niemand darauf gerechnet, daß die Deutschen in den ersten Stadien der Verhandlungen eine derartige Entschlossenheit und Festigkeit zeigen würden. Manchmal war Litwinow aufrichtig empört, besonders über die Kominternfragen. Das ist verständlich, denn von der glücklichen Lösung dieser Fragen hängt seine Ernennung zum Volkskommissar des Äußern ab. Die Verschiebung der Verhandlungen in die gemischte Kommission und die tiefe Verbeugung Berlins im Zusammenhang mit der gemeinsamen Deklaration entscheidet schon, nach der Meinung unserer Spitzen, den günstigen Ausgang und damit den Erfolg unserer Diplomatie im voraus. Für den Moment der Realisierung unserer diplomatischen Erfolge bereitet sich die Westabteilung der JKKJ energisch und sehr geschickt vor. Das westeuropäische Büro ist jetzt praktisch eine Fiktion geworden. Die wichtigste Rolle in den vergangenen zwei bis drei Monaten hat die „Organisations- und Operationskommission" in Danzig gespielt, in der die ganze Arbeit über Deutschland, Polen und die Randstaaten konzentriert ist, und das „Wiener Büro", das zurzeit übrigens in der Tschechoslowakei arbeitet. In diese beiden Kommissionen strömen nicht Millionen, sondern Zehner von Millionen in Rohstoffen, Valuta, Steinen und Bildern. Es wird gewiß nicht wenig gestohlen, aber das, was übrigbleibt, genügt zweifellos, um eine Reihe durchaus ernsthafter „Überraschungen" zu organisieren. Um was es sich handelt, weiß wahrscheinlich nur Molotow und natürlich Stalin. Wir können nur raten und verzweifeln, wenn wir sehen, wie diese Ströme russischen Geldes in die Taschen internationaler Abenteurer und Wahnsinniger fließen "

Zum Schluß seines Aufsatzes sagt Bahr:

„Es wird also alles bleiben, wie es war. Alles. In einem russischen Emigrantenblatt fand ich dieser Tage eine lehrreiche, übrigens jederzeit nachkontrollierbare Aufzählung des Rüstzeugs, über das die Sowjetunion in Deutschland verfügt. 45 über alle Gaue des Reichs verstreute gemischte deutsch-sowjetistische Aktiengesellschaften. 15 sogenannte Kulturgesellschaften (unter ihnen die Gesellschaft der Freunde des neuen Rußlands, die Gesellschaft für die Verbreitung von Sowjetfilmen, die Buchpropagandastelle „Kniga", die „Wostwag", jene friedenatmende West-Osteuropäische Waren-Austausch-A.-G., in deren Mauern, wie Bessedowski erzählt, der ruchlose Anschlag auf die Alexander Newski-Kirche in Sofia ausgeheckt wurde). Die „Garantie- und Kreditbank für den Osten", die bei Licht besehen nur eine Finanzabteilung der Komintern ist. Die Abordnungen der GPU bei der Botschaft und den Konsulaten. Und schließlich die sympathischen Handelsvertretungen mit ihrem tausendköpfigen Heer von Spionen, Agenten, Provokateuren, „Sekfoten" (aus dem bolschewistischen Rotwelsch ins Gemeinverständliche übertragen: der geheimen Mitarbeiter), die durch verschwenderisch über sie ausgestreute Diplomatenpässe vor jedem Zugriff der bisweilen durchaus helläugigen Polizei bewahrt werden. Das alles lebt bei uns wie zu Hause. Hetzt, schürt, terrorisiert, besticht, was irgend sich bestechen läßt. Täuscht und verführt die Tumben, die Snobs, die vom sozialen Komplex befallenen Lite-

wonnenen, die Moskauhörigen, in Todhaß und Angriffsrausch wider Volk und Staat.

Mit diesem feindlichen Heer aber in unserer Mitte schicken wir uns an, in einen Winter zu gehen, der leicht der schwerste werden kann, der seit Zusammenbruch und Staatsumwälzung uns beschieden ward. Wir schreien Gewalt über den Kommunismus und wärmen gleichzeitig, die ihn mit Geld und nicht immer guten Worten befeuern, an unserem Busen. Kann man es der Welt da draußen wirklich verübeln, wenn sie uns nachgerade, uns und unsere Politik, ein wenig unverständlich findet?"

Das Gewissen Finnlands

Ein Jägermajor aus dem finnländischen Freiheitskriege — erzählt Dr. C. G. Ströhm in der „Revalschen Zeitung" — nannte die Lappobewegung „das Gewissen Finnlands". Alle Augenzeugen sind sich darin einig, wie außerordentlich eindrucksvoll die Demonstration des finnischen Bauerntums gegen den Kommunismus verlaufen ist Es kamen darin zweifellos die gesündesten Kräfte Finnlands zum Ausdruck. Sie richteten sich nicht nur gegen den Kommunismus, sondern machten auch Front gegen die Verschiebung des Schwergewichts und der geistigen Prägekraft vom Lande in die Stadt Zum Schluß seines Aufsatzes bemerkt Dr. Ströhm: „Die bäuerliche Lappobewegung zieht ihren geistigen Impuls aus den unsichtbaren Kräften der Erde, sie wird, so lange sie auf diesem Grunde steht, gleich dem sagenhaften Proteus immer wieder neue Kräfte erhalten, um ihre Sendung: das Gewissen Finnlands zu sein, erfüllen zu können. Löst sich diese Bewegung vom Lande, wird sie durch politische Condottieri zu einer programmatisch gebundenen Partei irgendwelcher Groß-, Klein- oder Mittellandwirte, die, um ein Wort des Propstes Kares zu brauchen, den Kuhhandel im Reichstag aufnimmt, oder wird sie zu einer national finnischen Partei des Chauvinismus (diese Gefahr besteht durchaus), dann wird die Lappobewegung ebenso versanden, wie schon manche Bauernbewegung versandet ist."

Man kann sich wohl zur Frage veranlaßt fühlen, und lettische und estnische Patrioten mögen sie sich schon gestellt haben, ob nicht auch in Lettland oder Estland eine Bauernbewegung denkbar wäre, die wie in Finnland das Gewissen des Landes zum Ausdruck brächte. Man muß diese Frage wohl verneinen, wenn auch in Estland und Lettland aus teilweise verschiedenen Gründen.

Es ist nicht zu erwarten, daß hier in der Landbevölkerung eine große Bewegung entsteht, die sich mit demselben elementaren Ernst gegen die Zerstörer des Rechts, der Moral und der Religion wendet. Dazu haben Krieg und Revolution hier zu tiefe Spuren hinterlassen. Eine starke religiöse Stimmung würde wohl in jedem Fall ausbleiben. Unvermeidlich wäre bei uns ein ausgesprochen chauvinistisches Ressentiment: kein Wunder dort, wo die traditionelle Lüge von der 700-jährigen Sklaverei immer noch in die Köpfe gehämmert wird, wo die Ungerechtigkeit der Konfiskationsgesetze fortgesetzt künstlich zugedeckt wird. Die Gefahr, daß Stimmungen in der Bauernschaft im Interesse einer Partei demagogisch ausgenutzt werden ist nicht von der Hand zu weisen. Und die Vertretung eines noch so berechtigten landwirtschaftlichen Interessen- oder politischen Reformprogramms ist noch keine Lappobewegung

Es wäre alles in allem nicht mehr als eine Imitation. Zu viele unverschuldete und verschuldete Erschütterungen des Rechtsbewußtseins, der Billigkeit und der Wahrheit. Erhöbe sich hier im Lande raten. Und peitscht die ohnehin Ge-

das „Gewissen" des Volkes, dann müßte es sich gegen vielerlei wenden, wovon nur noch eine unbestimmte Ahnung in den Köpfen dämmert und was eine gewissenlose Presse seit Jahren mit Erfolg zu vertuschen bestrebt ist. R. W.

Scharfe Augen

Es ist gewiß kein Wunder, wenn Reisende bei einem mehr oder weniger flüchtigen Besuch in den eigenartigen Charakter der ethnographischen, historischen und sozialen Verhältnisse der baltischen Staaten nicht einzudringen vermögen und die eigenartige Stellung, die besonderen Aufgaben des baltischen Deutschtums erst recht nicht verstehen können. Oft genug begegnet man schiefen, nicht selten auch doktrinär oder parteipolitisch befangenen Urteilen. Immerhin sind die baltischen Staaten und ihre Bewohner in den letzten Jahren auch in Deutschland bekannter geworden. Aber auch da, wo man den Dingen näher steht, ist ein zugleich so freier, vorurteilsloser und verständnisvoller Blick selten, wie er sich in den kurzen Betrachtungen über „Estnisches und Deutsches" von Dr. Wilhelm Stapel im Augustheft seines „Deutschen Volkstums" offenbart. Es sind im wesentlichen Reiseeindrücke, die er wiedergibt Was Stapel über das estnische Volk sagt, berührt sich z. T. mit ähnlichen Beobachtungen, die Siegmund Klau im Novemberheft des vorigen Jahrgangs der „Baltischen Monatsschrift" (Zur politischen Ideologie des Estentums) entwickelte. Das estnische Volk habe seine biologische Kraft überspannt, seinen Lebensstil zu rasch gewandelt. Treffend auch die Bemerkungen über das Ressentiment gegen alles Deutsche. Über das Deutschbaltentum finden wir in der Hauptsache folgende Sätze: „Darum ist es wichtig, daß die Deutschen in Estland nicht nur einen gewissen deutschen Bildungsstand im Rahmen der Kulturautonomie schulisch behaupten, sondern daß sie den hohen Rang ihrer Bildung, ihr Gelehrten- und Künstlertum behaupten. Das deutsche Gesamtvolk hat ein Interesse daran. Und auch die Esten, die über die Leidenschaften des Tages hinaus denken, sollten an einer hochqualifizierten deutschen Bildung — die ihnen wiederum zugute kommt — Interesse haben." „Es gibt für die Deutschen in den baltischen Ländern kaum Wichtigeres als den Willen zur geistigen Qualität." Dies Urteil eines Schriftstellers vom Range Stapels verdient um so mehr Beachtung, als bekanntlich auch unter uns nicht selten die erstaunlich kurzsichtige Auffassung vertreten wird, es sei eine weitgehende Umstellung des Baltentums auf niedere Bildungsstufen geboten. R. W.

Zerfall des Baltentums in Deutschland?

Seit geraumer Zeit gärt es unter unseren Landsleuten in Deutschland. Im Zusammenhang mit der Begründung der „Baltischen Brüderschaft", die von einer kleinen baltischen Minderheit als unzweckmäßig, ja gefährlich, in jedem Fall als unerwünscht angesehen wird, hat sich eine Anzahl Balten zu einem Sonderverein zusammengeschlossen. Jetzt soll das Baltische Rote Kreuz aus der Baltischen Arbeitsgemeinschaft losgelöst werden: eine Mitgliederversammlung wird darüber im Herbst in Berlin entscheiden. Kommt es dazu, so ist die Einheit der Balten im Reich gesprengt, das Werk der Zusammenfassung aller baltischen Organisationen zerstört. E. Seraphim schreibt dazu in den „Baltischen Blättern" (Nr. 15 vom 1. August): „Daß ein solches uns seelisch immer wieder zu einer Einheit verknüpfende Organ eine absolute Notwendigkeit ist, braucht nicht erst gesagt zu werden.

Denn die Baltische Arbeitsgemeinschaft, die alle einzelnen baltischen Zweckorganisationen umfaßt, ist und soll weit mehr sein als eine Wohltätigkeitsanstalt, mehr als allein das Baltische Rote Kreuz, dessen Notwendigkeit kein Verständiger anzweifeln kann, mehr als eine Vertretung unserer Interessen den Reichs- und Staateninstanzen gegenüber, sie soll in ihrer Mannigfaltigkeit ein Abbild des baltischen Lebens im Reich sein, nicht einseitig und zentralistisch, sondern reich und mannigfaltig, ein wahrer Ausdruck unserer Art. Und nun haben sich in tief erschütternder Weise Tendenzen bemerkbar gemacht, die die Axt an das mühsam geschaffene und mit Aufgebot der Kräfte der Besten erhaltene Gebäude baltischer Gesamtheit legen wollen. Und zwar gerade in dem Augenblick, wo die straffere Zusammenfassung der auseinanderstrebenden Landsleute gelungen ist, wo ihre steuerliche Erfassung zu Nutz und Frommen der baltischen Gesamtgenossenschaft erfreuliche Resultate ergeben hat und neue, noch bessere verspricht. Keiner wird die Einzelformen, die heute geschaffen sind, für sakrosankt halten: sie sind selbstverständlich wandelbar. Aber der Weg dazu ist klar vorgeschrieben: der Baltische Delegiertentag, auf dem alle Gaue vertreten sind, ist die Instanz, die entscheidet. Wenn dessen Beschlüssen gegenüber Minderheiten den Weg des Austritts aus der Gesamtorganisation beschreiten, wenn — es sind erfreulicherweise verschwindende Gruppen — diese Unzufriedenen Sondervereinigungen begründen, eine Selbstbesteuerung auf Grund der einstimmig beschlossenen Staffel verweigern, das Baltische Rote Kreuz als das einzig Erhaltenswerte bezeichnen und bei Nichtanerkennung dieses Gedankens die Einheitsfront zerstören, so ist das ein Beginnen, das auf das schärfste zurückgewiesen werden muß. Denn so handeln zerstört alles!"

Es liegt uns fern, uns in diese bedauerlichen Streitigkeiten einmischen oder gar den Schiedsrichter spielen zu wollen. Wohl aber glauben wir das Recht und die Pflicht zu haben, es mit allem Nachdruck auszusprechen, daß eine Zerstörung der Baltischen Arbeitsgemeinschaft und damit der Geschlossenheit aller Balten im Reich für uns Balten in der Heimat von weittragendster Bedeutung wäre. Denn wir brauchen einen baltischen Gesamtkörper in Deutschland: aus den Beziehungen hinüber und herüber — mögen sie bisweilen auch Spannungen sein — erwachsen uns neue Kräfte; wir erblicken in einem geschlossenen Gesamtbaltentum in Deutschland sozusagen das Reservoir, dem wir manchen geistigen Gewinn, manche wertvolle Kritik zu verdanken haben. Es ist wahrlich nicht so, daß wir Balten in der Heimat daran interessiert sind, im Reich ein passives, auf die Befriedigung charitativer Bedürfnisse eingestelltes Baltentum zu haben; uns ist auch nicht damit gedient, daß der eine oder der andere Balte draußen von einer beliebigen Stelle „die Vollmacht der Heimat" erhält Wir brauchen ein gesammeltes, lebendiges Baltentum in Deutschland, das gemeinsam mit uns an der Lösung der Aufgaben arbeitet, die uns allen gestellt sind. Vielleicht denken diejenigen, die heute unter der Parole Baltentum und Heimatdienst gegen die Baltische Arbeitsgemeinschaft Sturm laufen, im letzten Augenblick doch daran, daß die Heimat und das Baltentum von dieser Zerstörungsarbeit keinen Nutzen haben.

W. W.

„Der Ring"

Politische Wochenschrift

Herausgeber Heinrich v. Gleichen

In der Nachkriegszeit ist in Deutschland eine große Anzahl politischer Zeitschriften entstanden. Und das ist verständlich. Nach-

dem „die vom Weltkrieg gerichtete Ära der Epigonen Bismarcks" zu Ende gegangen, war das deutsche Volk vor eine neue politische Aufgabe gestellt, von einem Ausmaße, nicht kleiner als vor einem Jahrhundert. Und, wie damals, wenn auch auf breiterer und gänzlich veränderter Basis, begann das Ringen um die geistige Wiedergeburt. Damals wie heute galt es neue Wege suchen, damals wie heute stand aber auch die Richtung zur Diskussion, in der das gelobte Land — jetzt das dritte Reich — gesucht und gefunden werden mußte.

Gewiß, Zeitschriften können staatliche Fragen nicht lösen, literarisch kann einer Zeit nur das Horoskop gestellt werden, und dennoch, soviel bleibt: die Aufgabe politischer Richtungsweisung ist auch heute nur literarisch lösbar, und auch der handelnde Staatsmann darf auf literarische Wirkung nicht verzichten.

Unter den Blättern, die an Deutschlands Erneuerung arbeiten, steht der „Ring" nicht an letzter Stelle. Heinrich von Gleichens Verdienst bleibt es, nachdem die Reichsfahne dem preußischen Königtum entfallen war und ein verzweifelndes Volk, von allerlei Parteiungen hin- und hergerissen, den Staat über den Parteien zu vergessen drohte, — mit ein Sammler und Führer derjenigen geworden zu sein, die aus dem Chaos politischer Zerklüftung hinausstreben, die Reichsfahne suchen.

Vielleicht kann man es in aller Kürze so ausdrücken, wie der „Ring" das politische Ziel der deutschen Zukunft sieht: Aufgabe ist nicht die Eroberung des Staates durch und für eine Partei (heiße sie sozialistisch, national oder demokratisch), sondern in der Beherrschung der auseinanderstrebenden Parteien und Interessengruppen durch den Staat, in der Führung des geistig erneuerten, körperschaftlich sich ordnenden Volkes durch dienstbewußte, fest zusammengeschlossene Volksgenossen.

Das 31. Heft des 3. Jahrgangs des „Ring" vom 3. August d. J. ist insofern bedeutungsvoll, als es staatsrechtlich-konstruktive Probleme in den Mittelpunkt stellt. Heinz Brauweiler — dessen Werk über Berufsstand und Staat wohl eine der wertvollsten Schriften zum Problem der Neuordnung des Volkes ist — bringt Bemerkungen zum organischen Staatsgedanken, in denen er sich vor allem mit Othmar Spann und seiner Schule auseinandersetzt. Hans Kelsens neuester, polemischer Schrift „Der Staat als Integration" widmet B. Eichfeld eine temperamentvolle Kritik. Eine Reihe bemerkenswerter Schriften, wie z. B. Carl Schmitt: „Hugo Preuß, sein Staatsbegriff und seine Stellung in der deutschen Staatslehre" werden besprochen. Im Aufsatz „Politische Theologie" handelt Martin Grimm, an Gedanken des Theologen Gogarten anknüpfend, von der Abwegigkeit „humanistischer" Staatslehre, die Notwendigkeit autoritärer Staatlichkeit und souveräner, von Partei und Wirtschaft unabhängiger Regierung betonend. M. Merk erörtert die Frage der Gesetzmäßigkeit der Anwendung des Art. 48 der Weimarer Verfassung bei dem jüngst erfolgten Erlaß von Steuerverordnungen durch den Reichspräsidenten. M. Wild nimmt zur verfassungsrechtlichen Frage der Repräsentation Stellung und schließt seinen Aufsatz mit den Sätzen: „Die Krisis des Parlamentarismus, die darin ihren tiefsten Grund hat, daß das Parlament seine repräsentative Funktion verlor, wird nicht etwa durch die Übernahme der gesamten Repräsentation durch den Reichspräsidenten behoben werden können Entscheidend wird sein, ob es dem Parlament gelingt, sich durch eine freie geistige Leistung aus dem Sumpf der Interessenwirtschaft zur Würde eines Repräsentanten der Nation zu erheben." Fürwahr, das ist die entscheidende Frage, vor die die Parlamente

— und nicht allein im Deutschen Reiche — gestellt sind. Und sie hängt eng mit einer anderen zusammen, die A. Wyß in seinem Aufsatz „Kritik an der schweizerischen Demokratie" in die Worte faßt: „Die Schweiz muß sich vorsehen, daß sie in lebendiger Fortentwickelung ihrer Prinzipien, insbesondere mit der Bildung einer großdenkenden Führerschicht, die neuen, schweren Stürme, die sich über Europa zusammenziehen, ehrenhaft besteht. Einmal ist sie verschont worden. Wunder wiederholen sich nicht."

H. St.

Augustin als Erzieher

Gedenkblatt zur Gedächtnisfeier des 1500-jährigen Todestages des größten christlichen Denkers am 28. August 1930

Es war noch vor dem Weltkriege, als ich in einer mitteldeutschen Stadt einmal im Kreise von „Freunden der Christlichen Welt" das Glück hatte, bei dem zwanglosen Mittagessen, das die illustre Gesellschaft vereinigte, neben Adolf Harnack sitzen zu können, mit dem ich bald in eine lebhafte und natürlich sehr interessante Unterhaltung kam. Der berühmte Kirchenhistoriker rief mit seinem abgespannten und übermüdeten Gesichtsausdruck mir die Vorstellung starker Überarbeitung hervor, die im Verlauf des Gesprächs bald zu weichen begann, namentlich als ich meine Gedanken Augustin zuwandte, indem ich auf Harnacks geistvollen Vortrag über die „Konfessionen" einging, den ich wiederholt mit besonderem Interesse gelesen hatte. Ich betonte ihm gegenüber mit besonderer Wärme, daß es ihm in bemerkenswerter Weise gelungen sei, Augustin als wahrheitsuchenden Menschen und tiefgegründeten Herzenschristen, als den christlichen Faust dem modernen Leser nahe zu bringen, der als Verfasser der „Selbstbekenntnisse" mit diesem so oft übersetzten und vielgelesenen Erbauungsbuche der Christenheit aller Konfessionen bis in die Gegenwart hinein nach wie vor auf die wahrheitsuchende Menschheit eine so große Wirkung ausübt. Er gab mir darin Recht, daß gerade dem großen Psychologen und Herzenserforscher unter den Kirchenvätern noch eine Zukunftsmission innerhalb der Christenheit bevorstehe und er darin gewiß noch ganz modern werden könne. Mir sind die Einzelheiten, wie sich Harnack diese Augustin-Renaissance der Zukunft denken mochte, nicht mehr erinnerlich. Soviel ich weiß, ist bisher die kongenial umfassende Biographie des bedeutendsten christlichen Denkers des Abendlandes, die allen Anforderungen der Gegenwart entspräche, noch nicht geschrieben worden, obgleich ja immer wieder kleinere Arbeiten erscheinen, die beweisen, daß er noch eine lebendige Größe auch für unsere Zeit geblieben ist. Es schien den Verfasser des lesenswerten Vortrags über „Augustins Konfessionen" wohltuend zu berühren, daß ich, an die Hauptgedanken anknüpfend, mit Harnack das Geheimnis dieser lang andauernden Wirkung darin sehe, daß Augustin eine große Persönlichkeit gewesen sei. Das habe er besonders schön und treffend in seinem Vortrag nachgewiesen Eine Person tritt uns schon in dieser großartig originalen und einheitlichen Sprache entgegen, und wir fühlen es allenthalben: diese Person ist viel reicher als ihr Wort. Leben entzündet sich nur an Leben, ein Liebender redet die Sprache, die die trägen Herzen entflammt, die noch nicht lieben wollen, aber vielleicht schon die Wahrheit suchen, wie er, um darum auch wie er einst lieben zu können Und

an der Kraft dieser Persönlichkeit, die nicht nur gedachte, sondern erlebte Wahrheit mitzuteilen vermochte, haben sich immer wieder die großen Zeugen der späteren christlichen Jahrhunderte orientierend aufgerichtet, vor allem Luther, zu der großen Erkenntnis des Vorgängers auf demselben Wege der Erfahrung vordringend, daß auf dem gesamten Gebiete des höheren Lebens der Satz gilt: „Was hast du, das du nicht empfangen hättest?", und daß die christliche Religion die Religion der Erlösung aus Gnade sei, die einen guten Willen und gute Werke erst schaffe.

Diese Gedanken beschäftigten uns damals, ohne daß der neben mir Sitzende es auch nur mit einem Worte verriet, daß vielleicht schon damals der Plan zu der vorliegenden Blütenlese aus der Gedankenarbeit Augustins*) ihm vorschweben mochte, die – wie das Vorwort es uns sagt – seiner über ein halbes Jahrhundert sich erstreckenden Beschäftigung mit den Schriften des Bischofs von Hippo Regius entsprungen ist und die uns dieses Werk Harnacks als reife Frucht seiner großen Gelehrsamkeit in vorzüglich präziser und meisterhaft klarer Übersetzung bietet. Auch der umfassende, so wenig gekannte Briefwechsel Augustins ist herangezogen worden, in dem uns naturgemäß auch wieder der Mensch näher tritt.

Das psychologische Genie unter den Kirchenvätern, dessen bildhafte Gegenständlichkeit in der Behandlung der tiefsten Denkprobleme ihn vom abstrakten Philosophen zugunsten des Dichters so vorteilhaft unterscheidet, hat es zum ersten Mal gewagt in der Geschichte des Geistes, das Innenleben des wiedergeborenen Menschen zum Ausgangspunkte des Denkens über die Welt zu machen. Und weil seine tiefe Denkkraft im Dienst einer unendlich reichen und tiefen Seele stand, die nach vierzehnjährigem Kämpfen und Ringen endlich ihren Gott gefunden hatte, wurde er zum Reformator der christlichen Frömmigkeit, die auf Jahrhunderte hinaus bis zu unseren Tagen unsere Lieder, Gebete und Erbauungsbücher geprägt hat, daß wir noch jetzt, wenn wir uns zur mystischen Innigkeit seiner Gebetserfahrungen erheben, Worte brauchen müssen, die das bestimmende Siegel seines Geistes tragen, weil er zuerst der Sprache des wiedergeborenen Gemüts jene Klassizität des lapidaren Ausdrucks verliehen hat, über deren himmlischer Schönheit und Wahrheit nur noch die Sprache der heiligen Schrift steht.

Die „Reflexionen und Maximen", lose aneinandergereihte Aussprüche und Gedanken, Aphorismen von mäßigem Umfange, setzen die Kenntnisse der „Konfessionen" voraus und wollen vielleicht ein Gegenstück zu ihnen einem idealen Publikum vorlegen, das keineswegs als ein spezifisch theologisches gedacht ist. Gerade darin liegt die Stärke dieser Auswahlsammlung, wodurch es ein Buch für unsere fragende und suchende Zeit werden kann, die an Gott irre zu werden Gefahr läuft. Das Genie des Aperçus, dessen Stärke die psychologisch-religiöse Anschauung ist, muß befruchtend auf unsere Zeit wirken. Was die „Reflexionen und Maximen" aber besonders zeitgemäß macht, faßt Harnack in seinen einführenden Worten kurz und treffend zusammen:

---

*) Adolf von Harnack, Augustin. Reflexionen und Maximen. Aus seinen Werken gesammelt und übersetzt. Tübingen, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), 1. Aufl. 1922 und ff.

„Es ist der Sinn für das Wirkliche, ohne jenen Realismus moderner naturalistischer Verirrung, der tiefe Drang nach Wahrheit, der mehr ist als die Photographie der Wirklichkeit, die Liebe zum Nächsten, die Energie in der Gestaltung des gemeinschaftlichen Lebens, die Zartheit des Gewissens, die uns in der Gegenwart so häufig fehlt, die Wärme des Herzens, die bei der modernen einseitigen Überschätzung des Intellekts oft ins Hintertreffen geraten ist, und die Feinheit der Sprache sowie der Formen des geistigen Verkehrs, die ja oft ohne Wahrheit zum oberflächlichen Zerrbilde ihrer ursprünglichen Idee geworden sind."

Der Herausgeber schließt seine feinsinnige Einleitung mit der bedeutsamen Bemerkung, „daß es heute nur anders werden kann, wenn in demselben Umfange, in welchem heute die Zivilisation herrscht, ein neuer Augustinismus zur Herrschaft gelangt, in welchem die Ehrfurcht vor Gott als der Quelle aller hohen Güter die Erkenntnis und die Gesinnungen der Menschen durchdringt, die wahre Freiheit begründet und einen Bund der Gerechtigkeit und des Friedens schafft"

Es ist nicht leicht, aus der Fülle des in 7 Abschnitten Gebotenen etwas herauszugreifen, das uns eine Vorstellung von dem Reichtum bedeutender erzieherischer Gedanken geben könnte, die uns das Gedenkbuch vermittelt. Trotzdem soll es in folgendem versucht werden. c—h

Gott und die Seele begehre ich zu erkennen! Sonst nichts? Nichts anderes!

In meinen Erlebnissen hat mir Gott – mich selbst zeigen wollen!

Nicht der Mann wird mit Recht gut genannt, der weiß, was gut ist, sondern der, welcher es liebt.

Die Sprache ist uns nicht gegeben, damit wir uns gegenseitig täuschen, sondern damit wir unsere Gedanken anderen mitteilen können.

Wer so glaubt, wie er spricht, spricht wahrhaftig, auch wenn das unwahr ist, was er spricht. Wer aber nicht glaubt, was er spricht, spricht, auch wenn er Wahres sagt, unwahrhaftig.

Man kann daher zu ihm, der überall gegenwärtig und überall ganz ist, nicht mit den Füßen gehen, sondern nur mit dem sittlichen Wesen. Dieses aber wird nicht nach dem beurteilt, was jemand weiß, sondern nach dem, was er liebt.

Wir werden vielmehr Gott in dem Maße sehen, als wir ihm ähnlich sein werden, da wir ihn ja jetzt in dem Maße nicht sehen, als wir ihm unähnlich sind. Im inneren Menschen aber liegt die Ähnlichkeit.

Wer alles, was erlaubt ist, tut, ist nicht mehr fern von dem Unerlaubten.

Als Künstler bedient sich Gott sogar des Teufels und als großer Künstler. Wüßte er nicht sich seiner zu bedienen, so ließe er ihn überhaupt nicht existieren.

Was du unfreudig tust, das geschieht nur durch dich. Du selbst tust es nicht!

Ein Vierfaches ist es, was zu lieben ist: eines, was über uns ist, eines, was wir selbst sind, eines, was neben uns ist, und eines, was unter uns ist.

So soll man Diener sein, daß die Herren zu befehlen sich schämen. So soll man Herr sein, daß das Dienen eine Freude wird.

Mögen sie sich alle mit dem Zeichen des Kreuzes Christi bezeichnen, mögen alle das „Amen" sprechen und das „Hallelujah" singen, mögen alle getauft sein, die Kirchen besuchen und Basiliken erbauen — durch nichts unterscheiden sich die Kinder Gottes vor den Kindern des Teufels, als allein durch die Liebe.

Glaube an den Christus, der im Fleisch geboren ist, so wirst du zu dem Christus gelangen, der aus Gott geboren ist.

So hoch steht der Mensch im Vergleich mit dem Tier, daß das, was beim Menschen „Sünde" ist, beim Tier „Natur" ist. Und doch verwandelt sich durch die Sünde die Natur des Menschen nicht in die des Tieres.

Die Liebe ist die Schönheit der Seele.

Der Kelter der Leiden willst du entfliehen? Aber es ist zu besorgen, daß die Traube, welche die Kelter fürchtet, ein Fraß der Vögel und allerlei Getiers wird.

Die Worte Gottes sollen in unserem Herzen nisten. Sie sollen nicht kommen und gehn, sondern sich niederlassen und bleiben und sie sollen etwas in uns hervorbringen.

Harnack und wir

Anknüpfend an den Nachruf von Prof. D. Heinrich Weinel-Jena („Münchener Neueste Nachrichten" Nr. 162) und an seinen eigenen Aufsatz über die Rigaer Harnacktage im Herbst 1911 in der „Baltischen Monatsschrift" (1911 S. 206) widmet Dr. Roderich von Engelhardt Adolf von Harnack in den „Baltischen Blättern" (Nr. 13/14) folgende Worte des Gedächtnisses.

An dieser Stelle und zu der Stunde, da uns einer der Unseren genommen wurde, der — wie selten einer — hoch über dem Durchschnitt stand und seinem geistigen Mutterlande Deutschland mit freigebiger Hand den Ertrag einer Ernte

darbrachte, die im Baltenlande gesät und gepflegt ward, geziemt es uns, dessen zu gedenken, was wir Balten dem Landsmann zu danken haben.

Es war im Herbst 1911, als Harnack wieder einmal seine alte Heimat, Livland, besuchte und bei dieser Gelegenheit in Riga zwei Vorträge hielt über „Geschichten und Geschichte" und „Eine Hauptfrage des Lebens Jesu"

Es waren Tage höchsten Glanzes, die wir mit Harnack und durch ihn erlebten, und nicht mit Unrecht verglich man seine Person, seine geistige Gestalt mit den vornehmsten Trägern des deutschen Idealismus, den umfassenden Geistern der Gebrüder Humboldt, eines Fichte u. a.

In einem zwiefachen Zug seiner Persönlichkeit lag das Geheimnis ihrer Wirkung: in der Fähigkeit der vollen Hingabe an den andern, in einem wahrhaft intuitiven Verstehen und Verstehenwollen der fremden Geistigkeit, eine im wahrsten Sinn des Wortes erzieherische Gabe allerersten Ranges, und in der ungewöhnlich schlichten und eindrucksvollen Fassung tiefster Gedanken von weitestem Wirkungsbereich.

Harnack hatte in hohem Maße die Fähigkeit, seine Gedanken „evident" zu machen, sie wurden schlechthin einleuchtend durch die Form, in der sie geboten wurden, sie war und wirkte künstlerisch in ihrer großzügigen Schlichtheit und durchsichtigen Klarheit.

Jene Tage aber brachten noch eine Anregung von seiten Harnacks, die ihm unvergessen bleiben soll, von deren Auswirkung und Ausstrahlung unser eingeengtes geistiges Dasein noch heute zehrt.

In einem Kreise führender Männer Rigas - ich nenne bloß die Namen derer, die uns der Tod entrissen hat, des residierenden Landrats Wilh. Baron Staël von Holstein, der Landräte A. v. Strandmann und Th. v. Richter, des Oberpastors Th. Girgensohn, Aug. v. Klots, Al. v. Tobiens, Burch. v. Schrencks — regte Harnack die Frage an, wie für die durch die verschärfte Russifizierung entdeutschte Universität Dorpat Ersatz zu schaffen sei, und entwarf auch sofort mit seinem ungewöhnlichen organisatorischen Talent das Programm für alljährlich zu wiederholende Fortbildungskurse — nicht in Dorpat, um nicht mit der Universität in Kollision zu geraten, sondern in oder bei Riga.

Und dieser Gedanke Harnacks sollte bereits im Sommer 1913 zur Tat werden. Durch seine Vermittlung gelang es, den bedeutendsten Geschichtsphilosophen Deutschlands Prof. E. Troeltsch für diesen Hochschulkursus zu gewinnen. Unserem Rufe folgten ferner Leop. v. Schroeder (Wien), Aloys Fischer (München), Deubner (Königsberg), B. Harms (Kiel), K. Girgensohn (Dorpat), Rausch von Traubenberg (Göttingen), Andr. v. Antropoff (Riga).

Ad. Harnack eröffnete die Tagung am Rigaschen Strande — Dubbeln — mit einem glänzenden Vortrag über „Aufgaben und Grenzen der Wissenschaft", dem 500 Teilnehmer, die aus allen Teilen Rußlands und des Baltikums herbeigeströmt waren, ehrfurchtsvoll und begeistert lauschten. Es lag wie Festglanz über diesen Tagen, die sich, wie es in einem vom Münchener Pädagogen Prof. Aloys Fischer verfaßten Bericht über den Vortragszyklus hieß, die doppelte Aufgabe gestellt hatten, „einen politisch von Deutschland getrennten Teil des deutschen Volkes vor Isolierung zu bewahren" und „der geistigen Bewegung der Zeit zur Selbstbesinnung und zum Zusammenschluß einen Boden zu bereiten" Richtig

hatte Al. Fischer erkannt, daß das Programm, das zur Ausführung kam, „deutlich die Zuspitzung auf die Weltanschauungsbewegung erkennen" ließ.

„Es ist überraschend", hieß es weiter, „wie treffend unsere baltischen Landsleute den Punkt gefunden haben, von dem aus Deutschland der modernen Kulturbewegung einen einzigartigen Dienst leisten kann, wie leidenschaftlich sie an dem Berufe Deutschlands festhalten, die „Gedankenschmiede der Welt" zu sein, wie F. Naumann einmal sagte, an ihrer Verpflichtung, den Geist zu retten vor der Materie, Wirtschaft, Natur und Zivilisation", d. h. unsere geistige Kultur vor dem Naturalismus und der Überwucherung durch die ökonomische Idee.

Der kühne Versuch, geisteswissenschaftliche und naturwissenschaftliche Themen gewissermaßen in vertiefter Fragestellung auf einen gemeinsamen Generalnenner zu bringen, war gelungen — er war gelungen durch die Wahl der Vortragenden, die nicht nur die eigenen engen wissenschaftlichen Fragen behandelten, sondern deren Grenzgebiete, an denen erst die Einzelwissenschaft Leben und Sinn erhält und so die Fühlung mit dem Leben in allen seinen Bezügen wiedergewinnen kann, die ihr durch die Spezialisierung verlorenzugehen droht. Es war ein ganz wesentliches Verdienst Harnacks, diesem vom Schreiber dieser Zeilen entworfenen Programm seine bedeutsame Zustimmung und Unterstützung gegeben zu haben und dem Unternehmen dadurch zu vollem Erfolg verholfen zu haben.

Auch hier zeigte sich Harnacks umfassender Geist, den er in so hervorragendem Maße als Direktor der Königl. preuß. Bibliothek und erster Präsident der von ihm ins Leben gerufenen Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Berlin zu betätigen vermochte.

Der so oft geschmähte baltische Dilettantismus, das über die enggezogene Schranke des Berufes hinausgehende Streben nach einem umfassenden Weltbild — allerdings bei vielen mit höchst unzureichenden Mitteln —, er fand in Harnack einen der vornehmsten Repräsentanten, eine geistige Vollnatur, wie sie uns im Zeitalter wissenschaftlicher Spezialisierung und Arbeitsteilung nur in seltenen Ausnahmefällen entgegentritt.

Man durfte wohl in jenen Zeiten, die den Gipfel seiner geistigen Entwicklung bedeuteten, auf ihn den Ehrentitel anwenden, den Goethe in seiner Pyramide des Wissens denen beilegt, die die höchste Stufe erklommen: er nennt sie „die Umfassenden".

Es mag ihn, der fast restlos während seines langen Lebens die Früchte eigener Saat hat ernten dürfen, der seine selbständigen Forscherwege bis zum Ende gegangen war und für sie die Anerkennung – man kann getrost sagen — der wissenschaftlichen Welt und seines kaiserlichen Herrn hatte erringen können – es mag ihn jener ausgeprägt humane Liberalismus, der Zeichen des Forschers von Gottes Gnaden ist, ähnlich wie Troeltsch, auch zur Anerkennung und Förderung des politischen Liberalismus geführt haben, wie er nach der großen Katastrophe in der Weimarer Verfassung zum Ausdruck kam.

Vielleicht hat Harnack auch an sich die schmerzliche Wahrheit des Wortes seines Freundes Troeltsch erfahren, daß der Historismus als relativisierende Kritik das klare, eindeutige Welturteil zerbröckelt?

Wir haben unserem Landsmann auf diesem Wege nicht folgen können, aber wie viele sind es, die nicht an einem Teil ihrer Seele Schaden gelitten hätten

durch diesen gewaltigen Sturz Deutschlands von der Höhe seiner geistigen Werte?

Auch Harnack ist davon nicht verschont geblieben, aber wir wollen hierbei nicht stehen bleiben: was er uns auf dem Gipfel seines wissenschaftlichen Ruhmes war, nicht als ein Unnahbarer, sondern als stets hilfsbereiter Freund und Geber, als ein Schenkender, ohne den Beschenkten zu erniedrigen — das dürfen wir ihm nie vergessen.

Wenn heute das bescheidene Häuflein der Balten sich in Riga, Reval und Dorpat um die deutschen Gelehrten schart, die uns als Gäste Kunde bringen vom Geistesleben in Deutschland, so ist es der Geist Adolf Harnacks, der in diesen Zeugen eines über die Grenzen des Reiches weit hinausgehenden, „umfassenden" deutschen Gedankens widerklingt, und es ist zugleich der Widerhall aus der Blütezeit baltischen Geistes.

Berliner politischer Monatsbericht

Der Sturz Moldenhauers – Auflösung des Reichstags — Ergebnis der Sachsenwahlen – Spaltung der Nationalsozialisten — Neugruppierung auf der Rechten — „Deutsche Staatspartei" — Das Rheinland frei — Die deutsche Antwort auf Briands Fragen

Berlin, den 8. August 1930

Wir haben uns in unserem letzten (Anfang Juni geschriebenen) Monatsbericht mit der prekären Lage der Reichsregierung, dem neu aufgetauchten Defizit und dem Deckungsprogramm beschäftigt. In diesem Deckungsprogramm war auch das sogenannte Notopfer der Festbesoldeten, also insbesondere der Beamten, aber auch der höheren Angestellten, vorgesehen. Der Sturm der Entrüstung, der aus leicht zu erklärenden Gründen gerade durch dieses Notopfer ausgelöst wurde, brachte das Kabinett Brüning zum Schwanken. Die Deutsche Volkspartei, die gerade unter ihren Wählern vorwiegend die von den neuen Steuern Betroffenen zählt, wurde unsicher. Soll man an der Koalition festhalten, soll man sich von der undankbaren Regierungsarbeit zurückziehen, die nur neue Steuern bringt, während gerade wir den Steuerabbau herbeiführen wollten? So fragte man sich in den Reihen der Deutschen Volkspartei, um dann aber zu erkennen, daß eine Flucht aus der Verantwortung nicht möglich sei. So wurde dann der eine der beiden volksparteilichen Minister Moldenhauer als Sündenbock in die Wüste geschickt. Professor Moldenhauer hatte sich von seinem rheinischen Optimismus verleiten lassen, die finanzielle Lage stets rosenrot zu malen, so daß man es ihm doppelt übel nahm, als sich das peinliche Defizit mit allen seinen Folgen zeigte. Vorläufig scheint Moldenhauers politische Laufbahn beendet zu sein. Denn es ist nichts davon bekannt, daß irgendein volksparteilicher Landesverband ihn bei dieser Reichstagswahl wieder aufzustellen gedenkt.

Daß etwas geschehen müsse, und zwar bald, war klar. Aber an durchgreifende Maßnahmen, an eine wirkliche Finanzreform konnte wieder einmal nicht herangegangen werden, eben weil es galt, wenn auch notdürftig, zuerst einmal das Loch im Etat zu stopfen. An den preußischen Finanzminister Höpker-Aschoff, ebenfalls einen Demokraten, wandte sich Brüning zuerst, holte sich aber einen Korb. Der Demokrat Dietrich, ein Süddeutscher, dem es an Energie nicht

fehlt, sprang dann ein. Landwirtschaftsminister, dann Wirtschaftsminister, heute Finanzminister, also an Erfahrung fehlt es Dietrich nicht. Aber auch er konnte dem Reichstag im Grunde nur die Moldenhauerschen Finanzpläne wiederholen, die nur unwesentlich abgeändert wurden. Notopfer der Festbesoldeten, Ledigensteuer, Erhöhung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung um 1%, eine kleine Reform der Arbeitslosen- und der Krankenversicherung, durch welche die Ausgaben vermindert werden, fernerhin Abstriche am Etat, die 100 Millionen übersteigen, das waren die Vorschläge der Regierung. Der Artikel 1 der Regierungsvorlage wurde im Reichstag infolge der Stimmenthaltung der Sozialdemokraten gegen die Stimmen der Deutschnationalen, Nationalsozialisten und Kommunisten angenommen. Alle Oppositionsparteien, also auch die Sozialdemokraten, stimmten aber dann gegen den Artikel 2. Brüning, der in seiner Reichstagsrede noch einmal die Abgeordneten beschworen hatte, in der schweren Finanzkrise der Regierung nicht die Mittel zu verweigern, mit deren Hilfe allein sie das Agrarprogramm und die Osthilfe durchführen könne, der schon mit dem Paragraphen 48 gedroht hatte, verzichtete nunmehr auf die weitere Beratung der Vorlage und setzte die Steuervorlage mittels des Paragraphen 48 als Notverordnung in Kraft. Zum ersten Mal war damit der Paragraph 48 angewendet worden bei einem tagenden Reichstag. Die Sozialdemokraten brachten sofort den Antrag auf Aufhebung der Notverordnung ein, und dieser Antrag ging am Freitag, den 18. Juli mit einer knappen Mehrheit von 236 gegen 221 Stimmen durch. Die Deutschnationalen hatten sich wieder halbiert, die Landbundabgeordneten und die Westarpgruppe stimmten mit den Regierungsparteien, während dem Parteiführer Geheimrat Hugenberg die kleinere Hälfte der deutschnationalen Abgeordneten folgte. Auflösung des Reichstages, Ausschreibung der Neuwahlen für den 14. September, Umgruppierung der Parteien, das waren die unmittelbaren Folgen.

Die Entscheidung kam sehr überraschend. Der nunmehr fast zwei Jahre zu früh einsetzende Wahlkampf – nebenbei gesagt, alle Reichstage nach der Revolution sind vorzeitig aufgelöst worden – kommt in einem Augenblick der schwersten Wirtschaftskrise, der ansteigenden Arbeitslosigkeit, die insbesondere jetzt auch die Angestellten trifft, kommt daher auch zu einem Zeitpunkt, wo infolge der wirtschaftlichen Lage die Radikalisierung der breiten Massen Fortschritte gemacht hat. Und wenn man sich noch vor Augen hält, daß die Rechte ebenso wie die Mitte noch in parteipolitischen Auseinandersetzungen steht, die Umgruppierung erst eingesetzt und noch keine neuen Formen angenommen hatte, dann wird die Schwierigkeit der Situation vollends klar. Die Regierungsparteien hatten kein Interesse an der Auflösung. Denn konnten sie erwarten, daß durch die Neuwahl ihre zahlenmäßige Position im Reichstag verbessert würde? Auch die Sozialdemokraten können eher mit einem kleinen Verlust zugunsten der Kommunisten, als mit Gewinnen rechnen. Trotzdem hat die Sozialdemokratie sich wohl gesagt, daß der jetzige Zeitpunkt besser sein würde, als ein späterer, wo die Regierung womöglich mit großen Reformen vor das Volk treten könnte. Wenn man sich der schwierigen Abschätzung des Wahlausganges unterzieht, dann wird man damit rechnen können, daß die Mitte, und zwar insbesondere die Volkspartei, starke Einbuße erleiden wird. Ebenso werden die Gruppen der positiven Opposition, die hinter der Regierung standen und die bei der Auflösung über 55 Mandate verfügten, wahr-

scheinlich um 10 Mandate vermindert in den Reichstag zurückkehren. Wer also gewinnt? Das sozialdemokratische Lager nicht, wenn man Kommunisten und Sozialdemokraten zusammenzählt. Beide Gruppen zusammen werden ihren Bestand erhalten. Dagegen aber wird die negative Opposition gewinnen. Die Deutschnationale Volkspartei wird allerdings nicht wie im letzten Reichstag über 78 Mandate verfügen. Vielleicht werden es 45 sein, die aber stehen dann hinter Hugenberg, der sich bei seiner Taktik fernerhin auf die Nationalsozialisten stützen kann, mit deren Verdreifachung — also anstelle der 12 etwa 35 Abgeordnete — man rechnet.

Was kann der Sinn dieser Wahl sein? Wenn man sich vor Augen hält, daß der absolute Parlamentarismus sich gerade durch die letzten Ereignisse immer stärker diskreditiert hat, daß das Regieren einer Minderheitsregierung der Mitte mit dem Paragraph 48 nötig wurde, dann ergibt sich die Folgerung, daß der Ausgang der Wahl die Mitte zwingen wird, wenn auch widerwillig, außerparlamentarisch zu regieren. Denn aus dem Vorhergesagten dürfte zu ersehen sein, daß sie sich morgen auf eine noch knappere Minderheit als heute stützen wird. Eine Einbeziehung Hugenbergs ist theoretisch, aber nicht praktisch politisch möglich. Denn Hugenberg hat sich auf die Forderung festgelegt, daß seine Regierungsbeteiligung von der Aufkündigung der Preußenkoalition durch das Zentrum abhängig ist. Das Zentrum aber unternimmt diesen Schritt nicht, weil es damit seine parteipolitische Position verschlechtern würde. Aus eben diesen Gründen ist die Lösung der Preußenfrage ja nur durch eine Reichsreform möglich, etwa so wie sie Luther vorgeschlagen hat. Theoretisch bleibt für eine Mehrheitsbildung im Reichstag also nur die große Koalition, die Einbeziehung der Sozialdemokraten, da die Weimarer Koalition — Sozialdemokraten, Zentrum, Bayerische Volkspartei, Demokraten — wohl auch keine Mehrheit haben wird. Die große Koalition aber dürfte bei der Deutschen Volkspartei auf keine Gegenliebe stoßen, und selbst wenn die Volkspartei oder das Zentrum dazu bereit wären, dann wird der Wille des Reichspräsidenten, der ja den Kanzler mit der Regierungsbildung zu beauftragen hat, sie vereiteln. Wir werden also im neuen Parlament ebenso wie heute eine Minderheitsregierung der Mitte sehen, und ebenfalls werden wir mit einer zweiten Auflösung des Reichstags, vielleicht ein halbes Jahr nach seinem Zusammentreten, rechnen müssen. Brüning will im Herbst die große Finanzreform dem Reichstag vorlegen. Das ist erst ein Schritt. Nötig ist es, darüber hinaus vor allem auch die Reichsreform in Angriff zu nehmen und stärkste Initiative von der Regierung auszulösen. Erst dann wird man davon sprechen können, daß die jetzige Entwicklung zu positiven Ergebnissen geführt hat.

Für unsere Prognose über den Ausgang der bevorstehenden Reichstagswahl sprechen die Ergebnisse der sächsischen Landtagswahl, die am Sonntag den 22. Juni stattgefunden hat. Bei ihr verdreifachten die Nationalsozialisten ihre Sitze, und zwar, was das Ausschlaggebende dabei ist, fast nur auf Kosten der bürgerlichen Parteien. Die berufsständischen Parteien — Landvolk und Wirtschaftspartei — behaupteten sich knapp, die Demokraten schrumpften wie üblich weiter zusammen, die Volkspartei und die Deutschnationalen wurden fast auf die Hälfte zusammengeschlagen. Die neuauftretenden Gruppen — Volksnationale und Christlichsoziale — konnten nur einen schwachen Erfolg verzeichnen. Das marxistische Lager blieb gleich stark, obgleich der Wahlkampf unter der

Parole „Gegen den Marxismus" von der Rechten geführt wurde. Die Sozialdemokraten hatten nur einen Abgeordneten an die Kommunisten abgegeben, das war alles.

Gerade anläßlich dieses Ergebnisses der Sachsenwahl hat sich die Tagespresse aller Richtungen ausgiebig mit dem Nationalsozialismus beschäftigt. Worauf wir im vorigen Monatsbericht hinwiesen, daß die NSDAP vorwiegend Menschen des Bürgertums bei sich vereinige, zeigte sich bei der Wahl in voller Schärfe, da man, wie gesagt, das taktische Ziel, das die Partei sich gestellt hat — Einbruch in die Arbeitermassen — nicht erreichte, sondern nur auf Kosten der anderen bürgerlichen Parteien einen Erfolg davontrug. Wenn man eine Beurteilung der NSDAP. vornehmen will, dann muß darauf hingewiesen werden, daß die Partei gerade in diesen Monaten eine taktische Wendung vorgenommen hat. Sie gab sich revolutionär, lehnte jede Mitarbeit innerhalb des Systems ab, bekämpfte etwa den Stahlhelm, weil er vor Jahren die Parole „Hinein in den Staat" ausgab, bezeichnete die Deutschnationalen als schlapp. Jetzt nach den Sachsenwahlen legten die Führer der NSDAP ein grundsätzliches Bekenntnis zur Koalitionspolitik ab. Am Tage der Sachsenwahl hat der Reichspropagandaleiter Dr. Goebbels im „Angriff" die Beteiligung an den Regierungen indirekt als den einzigen Weg bezeichnet, um an die Macht zu kommen, und Adolf Hitler, der gleichermaßen ein Bekenntnis zur Koalitionspolitik ablegte, schrieb in einem bemerkenswerten Artikel im „Völkischen Beobachter" daß die sächsischen Nationalsozialisten bereit seien, mit den bürgerlichen Parteien eine Regierung zu bilden. Dabei kehrte in seinen Ausführungen das Wort „legale Mittel" mit denen die Nationalsozialisten allein die politische Macht erringen wollten, immer wieder, und dabei sprach er auch davon – was ein indirektes Zugeständnis ist —, daß es sich nur um reformatorische Ideen handle, die die NSDAP. verwirklichen würde. Diesem Bekenntnis entspricht ja auch die Tätigkeit des ersten nationalsozialistischen Ministers Dr. Frick in Thüringen. Es ist übrigens nicht uninteressant, daß entgegen Fricks Antrag das thüringische Kabinett beschloß, sein Reichsratsmitglied anzuweisen, sich bei dem deutsch-polnischen Liquidationsabkommen nur der Stimme zu enthalten. Dr. Frick hat hieraus keine Kabinettsfrage gemacht.

Man kann die Nationalsozialisten als diejenigen bezeichnen, die jetzt vielleicht zum letzten Mal den Versuch machen, durch eine Bewegung der Massen eine Änderung des Systems herbeizuführen. Im demokratischen Zeitalter, in dem Augenblick, wo die unbeschränkte Massenherrschaft ihren Höhepunkt überschritten hat, hat der Nationalsozialismus sich seine Kampfmethode vom Gegner geholt. Und um die Massen zu gewinnen, taufte man sich Nationalsozialismus, führte etwa den sächsischen Wahlkampf mit Forderungen wie Ausbau der Erwerbslosenfürsorge, umfassendes Wohnungsbauprogramm, die sich mit einem Wort dahin bezeichnen lassen: Ausbau des Wohlfahrtsstaates, neue Ausgaben. Die Tendenz zum Massenkollektivismus und zum Staatsabsolutismus ist bei den Nationalsozialisten sehr stark vorhanden. Allerdings darf man die sozialistischen Programmpunkte in ihrer Bedeutung nicht überschätzen, nachdem bei internen Auseinandersetzungen innerhalb der Partei Goebbels den Sozialismus, den die Partei vertritt, selbst nur als ein Mittel zum Zweck bezeichnet hat. Wichtiger als die Programmpunkte, in denen die Verstaatlichung schon vergesellschaftlichter Be-

triebe, die Abschaffung des Zinses, die Enteignung von Land, womit man den Eigentumsstandpunkt ja aufgegeben hat, verlangt wird, wichtiger als diese Programmpunkte waren die Angriffe gegen das Bürgertum und die Unternehmerschaft, wie sie sich in den Blättern der norddeutschen Richtung, und zwar ebenso in den Goebbels' wie in den Strassers fanden. Inzwischen ist auch hier ja eine Wendung eingetreten. Strasser ist ausgeschlossen worden — worauf wir noch zurückkommen werden —, und die Organe der NSDAP selber halten sich jetzt überall zurück. Daß die enge Zusammenarbeit zwischen Hitler und Hugenberg sich hierin auswirkt, ist kaum zu bestreiten. Ebenso darf das Zurückstellen des Sozialismus wohl als eine Folge der koalitionspolitischen Bemühungen, die in Sachsen allerdings erfolglos geblieben sind, bezeichnet werden.

Heute gibt es also zwei nationalsozialistische Parteien. Denn nachdem es Hitler nicht gelungen war, Otto Strasser durch das Angebot des Amtes eines Reichspropagandaleiters zu gewinnen und von der Befolgung seines revolutionären und sozialistischen Programms abzuhalten, wurde der Ausschluß Otto Strassers, des Leiters des Kampfverlages, veranlaßt. Gregor Strasser und Graf Reventlow, die in ihrer Arbeit mit Otto Strasser jahrelang konform gegangen waren, distanzierten sich von ihm und entgingen so dem Ausschluß. Die neu gebildete „Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten", zu deren Leiter neben Otto Strasser Major Buchrucker, der durch den Küstriner Putsch bekannt ist, ferner eine ganze Anzahl von Nationalsozialisten, die bisher in der Partei mittlere Funktionen bekleidet haben, gehören, dürfte allerdings zahlenmäßig kaum eine Bedeutung erlangen. Diese Gruppe ist grundsätzlich antiparlamentarisch, gegen jede Beteiligung an Regierungen, ferner radikal-sozialistisch. So wird die Enteignung von 40% aller Aktien zugunsten des Staates gefordert, was als Beispiel hier genügen möge.

So wie die Nationalsozialisten von der allgemeinen Parteizersetzung nicht verschont geblieben sind, so auch nicht die konservativen und liberalen Parteien mit Ausnahme des Zentrums. Die Vorgänge bei der Auflösung des Reichstags beschleunigten die Auseinandersetzung innerhalb der DNVP. Auf die Sezession der 12 Abgeordneten im vergangenen Herbst — die Treviranus-Gruppe — folgte nun der Austritt der Westarp-Gruppe und der Landbund-Abgeordneten, und zwar in einer Zahl von annähernd 35. Der Austritt war nötig geworden, weil der Parteivorsitzende Hugenberg erklärt hatte, daß keine Abgeordneten wieder aufgestellt würden, die für die Regierung Brüning gestimmt hätten. Heute ist also die reinliche Scheidung zwischen negativer und positiver Opposition, die wir seit langem voraussagten, erfolgt. Organisatorisch sieht das Bild so aus, daß einerseits Hugenberg und Hitler zusammenarbeiten, wenn auch in loser Form, und daß diesem Block der negativen Opposition die Gruppe der positiven Opposition gegenübersteht, die gebildet wird aus der Konservativen Volkspartei einerseits und der Landvolkspartei andererseits. Die Konservative Volkspartei ist der Zusammenschluß der Volkskonservativen, die geführt wurden von Treviranus, und der neuerdings ausgeschiedenen Westarp-Gruppe, zu der Männer wie Lettow-Vorbeck, Dryander, industrielle Abgeordnete wie Leopold, Rademacher, Reichert u. a. gehören. Die Konservative Volkspartei ist eine städtische Gruppe, der auf dem Lande die Landvolkspartei entspricht. Durch eine gemeinsame Reichsliste und später wohl eine gemeinsame Reichstagsfraktion bringen die beiden

Gruppen ihre Zusammengehörigkeit zum Ausdruck. Ebenso wie bei der städtischen Gruppe die organisatorische Lage anfänglich nicht klar war, so auch bei der ländlichen. Seit Jahren schon bestand die christlichnationale Bauern- und Landvolkspartei, deren parlamentarischer Führer der frühere volksparteiliche Abgeordnete und zweite Vorsitzende des Reichslandbundes Hepp ist und zu deren fähigsten Köpfen der junge Vorsitzende des Landgemeindetages und frühere deutschnationale Abgeordnete Gereke gehört. Diese Partei ist in Mitteldeutschland entstanden und hat ihre stärkste Gefolgschaft in Hessen und Thüringen. Der Reichslandbund, dessen Führer Schiele sein Reichstagsmandat, das er bei der Deutschnationalen Volkspartei innehatte, niederlegte, als er das Reichsernährungsministerium übernahm, beschloß nun, bei dieser Wahl mit eigenen Listen vorzugehen und nicht mehr wie bisher seine Vertreter bei verschiedenen Parteien zu präsentieren. Dadurch, daß Schiele zur Landvolkspartei übergetreten ist, wird es nur einheitliche Landvolklisten geben.

Die von uns früher gekennzeichneten Bemühungen auf der Mitte sind unter dem Druck der bevorstehenden Wahlen auch einen Schritt weitergekommen. Allerdings hat der volksparteiliche Führer Dr. Scholz bei seinen Bestrebungen, ein Zusammengehen der Demokraten, Volksparteiler, Wirtschaftsparteiler, Konservativen und Landvolkpartei herbeizuführen, Schiffbruch erlitten. Einmal kamen ihm die Demokraten dadurch zuvor, daß deren Führer ohne Befragung ihrer Organisation sich für die Öffentlichkeit völlig überraschend mit der vom Jungdeutschen Orden gegründeten Volksnationalen Vereinigung zur Deutschen Staatspartei zusammenschlossen. Einen Anschluß an diese Partei hat die Volkspartei nicht herbeizuführen vermocht; einem großen Teil ihrer Abgeordneten war er ja wohl auch nicht erwünscht, da sie stärker nach rechts tendieren. Andererseits lehnten aber die konservativen Gruppen eine Verschmelzung mit den Liberalen ab. Dr. Scholz und mit ihm die Deutsche Volkspartei sitzt also zwischen zwei Stühlen, und man kann damit rechnen, daß sie heute, wo ihr Vorhandensein kaum noch eine innere Berechtigung hat, allmählich zwischen den Konservativen und der Staatspartei zerrieben wird. Die Deutsche Staatspartei, in die die demokratische Organisation restlos aufgegangen ist, ist ja immerhin etwas mehr als eine geschickte Tarnung der Demokraten aus wahltaktischen Gesichtspunkten. Mit der Umtaufe hat man sich gleichzeitig etwas — dem Zuge der Zeit folgend — nach rechts begeben. In dem Gründungsaufruf fordert man Finanz-, Wahl- und Reichsreform, Revisionspolitik, Wehrhaftigkeit Dieser Verlagerung entsprechend sind denn auch schon Abgeordnete des linken Flügels, darunter der Reichstagsabgeordnete Erkelenz, zur Sozialdemokratie übergetreten Ferner haben radikalpazifistische Demokraten Professor Quidde, Helmut von Gerlach –. denen zahlenmäßig oder personell aber keine Bedeutung beigemessen werden kann, die Vereinigung unabhängiger Demokraten gegründet.

Zum Schluß unseres Berichtes seien die außenpolitischen Ereignisse der vergangenen beiden Monate mit wenigen Worten gestreift. Am 30. Juni ist das Rheinland äußerlich frei geworden, dadurch, daß der letzte französische Soldat den deutschen Boden verlassen hat. Über dem berechtigten Jubel der Bevölkerung darf man aber nicht vergessen, daß die Kontrollmaßnahmen und einseitigen Entwaffnungsbestimmungen als Einschränkung der deutschen Souveränität weiterbestehen. Die durch das Koblenzer Brückenunglück so tragisch beendete Reise des

Reichspräsidenten brachte noch ein innerpolitisches Zwischenspiel mit sich, das ebenfalls verzeichnet werden soll. Bekanntlich ist vom preußischen Innenminister im vergangenen Jahre der Stahlhelm im Rheinland und in Westfalen verboten worden mit einer nicht haltbaren Begründung: angeblich sollte der Stahlhelm durch Abhaltung von militärischen Übungen gegen die Versailler Bestimmungen verstoßen haben. Vom Generalfeldmarschall von Hindenburg, der der Ehrenpräsident des Stahlhelms ist, wurde auf die preußische Regierung mehrfach ein Druck dahingehend ausgeübt, daß das Verbot aufgehoben würde. Die Verhandlungen hatten sich infolge der Animosität des Reichsinnenministers Wirth schon einmal zerschlagen und kamen jetzt nicht vom Fleck. Da erklärte der Reichspräsident, daß er auf den Besuch des preußischen Gebiets anläßlich seiner Rheinlandreise verzichten müsse, weil das Stahlhelmverbot in diesen Gebieten noch nicht aufgehoben worden sei. Dieser außerordentlich beachtete Schritt des Reichspräsidenten hatte dann auch sofort die Aufhebung des Verbots herbeigeführt.

Die Rheinlandräumung ist in der deutschen Presse allgemein als ein Wendepunkt in der deutschen Außenpolitik bezeichnet worden. Besonders beachtlich war ein Aufsatz des Zentrumsführers Kaas in dem dieser die Revision der bestehenden Verträge als das nunmehrige Ziel der deutschen Außenpolitik bezeichnet. Verschiedene französische Rechtsblätter, darunter auch der „Matin" in dem Jules Sauerwein das Wort ergriff, haben sich in diesem Zusammenhang mit der Frage beschäftigt, ob eine engere deutsch-französische Zusammenarbeit, die einem Bündnis gleichen würde, herbeigeführt werden könnte, wenn Frankreich uns die Angleichung der Rüstungen und die Bereinigung der Korridorfrage zugestände. Man darf aber wohl mit Recht den Verdacht hegen, daß diese verlockenden Angebote nur gemacht wurden, um die deutsche Antwortnote auf Briands Paneuropa-Vorschlag zu beeinflussen. Frankreich hat Körbe sammeln müssen, Italien hat den Revisionsstandpunkt als Voraussetzung einer europäischen Zusammenarbeit in seiner Antwort deutlich formuliert, England hat sogar mit ziemlich schroffen Worten jede Mitarbeit abgelehnt. Außer den französischen Trabanten, den Mächten der kleinen Entente und Polen, erklärte niemand seine völlige Zustimmung. Doppelt wichtig war also die Antwort Deutschlands. In ihr ist leider das Wort „Revision" nicht gebraucht worden. Immerhin ist indirekt die Rüstungsangleichung und die Revision der Ostgrenzen als Voraussetzung der deutschen Zustimmung zu einem Paneuropa bezeichnet worden. Da kurz vorher die Saarverhandlungen ergebnislos abgebrochen werden mußten, weil Frankreich sich auf die unhaltbare Forderung nach französischem Mitbesitz an den Saargruben versteifte, kann man nicht gerade von einer positiveren Gestaltung der deutsch-französischen Beziehungen sprechen.

Georg Schröder

Bücherbesprechungen

Hermann Stegemann: Erinnerungen aus meinem Leben und aus meiner Zeit. Deutsche Verlagsanstalt; Stuttgart, Berlin und Leipzig; 1930; 509 Seiten.

In seinem sechzigsten Lebensjahr hat der Chronist des Großen Krieges für das deutsche Volk seine Lebenserinnerungen geschrieben, ein Buch, wie es sonst wohl kaum eins in unserem Schrifttum gibt. Das Leben Stegemanns fällt aus der Schablone, und das Buch auch. — Als Sohn eines reichsdeutschen Beamten in Kolmar im Elsaß geboren, wird er zum Volksdeutschen. Wanderungen durch Vogesen und Schwarzwald, rheinaufwärts und -abwärts öffnen ihm schon früh die Augen für die Tragik des Elsaß, die Problematik des wilhelminischen Kleindeutschland, geopolitische und strategische Zusammenhänge. Wandernd wird er zum Politiker, wandernd wird er zum Strategen.

Als Gymnasiast aus der Laufbahn geworfen, weil ein erfolgreich über die Rampen gehendes Theaterstück des Frühreifen Schule und Zensur zum Einschreiten veranlaßt, macht er sein Abitur in Altkirch. Als Student in München, vom Grafen Schack und Georg Ebers gefördert, von Paul Heyse und Hermann Lingg nicht übersehen, widmet er sich weniger dem Fachstudium von Geschichte und Literatur, als Journalistik und Dichtung. Aber auch von München wandert er weiter, nach Zürich, wo er, der Literat, nichts so eifrig treibt, wie das Studium der Kriegsgeschichte. Es ist Clausewitz, von dem er sich führen läßt, es ist preußisches Gedankengut, das die Basis der militärwissenschaftlichen Bildung Stegemanns darstellt, wie es preußisches Soldatenblut ist, das seitens beider Großväter (und zwar im ganz direkten Sinne des Wortes) in seinen Adern pulst. Strategie und Taktik am Studiertisch und auf der Wanderung! Den militärischen Beruf versagte ihm, wie einst dem Vater, der schwache Körper.

Aber daneben geht es tiefer in das Getriebe der Journalistik und näher den ruhigeren Gestaden der Literatur: Feuilletonredakteur in Zürich und Basel und (nach kurzem Zwischenspiel an der „Gartenlaube" in Berlin) wiederum in Basel. Das Hochschulstudium ist vom Beruf verschlungen worden. Aber während dieser Zeit des Wachsens geht die Dichtung nicht unter und verzichtet der aufmerksame Beobachter seiner Zeit auch nicht darauf, in politischen Leitartikeln liberaler Färbung zu den Ereignissen des Völkerlebens Stellung zu nehmen.

Dann kommt eine neue, unerwartete Wendung: 1906 wird Stegemann Kurkommissar in Badenweiler. Seine Stellung bringt ihn in nähere Berührung mit dem großherzoglich-badischen Hause, ihn, der schon in Basel sich aus dem reichsdeutschen Untertanenverbande gelöst, um Schweizer Bürger zu werden. Aber auch nach dieser dreijährigen Rast wandert er weiter, rheinaufwärts: in Konstanz redigiert er eine demokratische Zeitung, verbündet sich der süddeutschen Volkspartei und arbeitet in stilleren Stunden an seinen Romanen.

Und im Jahre 1912 folgt die Berufung an den „Bund" in Bern, in Nachfolge Joseph Widmanns, dessen literarisches Urteil lange Jahre in der Schweiz maßgebend war. Aber der Feuilletonredakteur Hermann Stegemann läßt es sich auch hier nicht nehmen, die Außenpolitik mit zu bearbeiten, und gilt bereits als Autorität in der gerade damals in ein neues Stadium tretenden elsaß-lothringischen Frage. Zabern, die Autonomie des Rheinlandes, der Statt-

halter Graf Wedel und andere reichsländische Persönlichkeiten mehr, all das tritt uns jetzt entgegen, und wir folgen mit wachsender Anteilnahme der Darstellung sich steigernder Besorgnis des Verfassers um das Schicksal seines Volkes, denn daß der nahende Große Krieg mehr bedeutet als einen Krieg, wie viele andere auch, vielmehr die Schicksalsstunde des deutschen Volkes, das hat der Autor der Erinnerungen vorausgesehen, und mit einer Klarheit, wie wenige andere.

Aber das konnte wohl auch nur ein Deutscher, der, nicht in das Schicksal Reichsdeutschlands verstrickt, von neutraler, gleichsam höherer Warte das Weltgeschehen übersah, mit bebendem Herzen, aber mit freiem Kopf. Einer, der weder im Lager der Entente, noch in dem Mitteleuropas Parteimann war, mehr als in einem Sinn.

Dann kam der Krieg, und aus dem Feuilletonredakteur des Berner „Bund" wurde der Chronist des Krieges, ja mehr, sein erster deutscher Historiograph. Wie Hermann Stegemann diese Aufgaben aufgefaßt und gelöst hat, haben wir selbst erlebt. Daß er, der Deutsche, sich zu ruhiger Objektivität erst durcharbeiten mußte, und wie ihn diese Aufgabe gepackt, ja zu eigen gemacht hat, wie groß, sachlich und schwer er seine Pflicht nahm, — das spricht aus jeder Seite seiner Schilderung persönlichen Erlebens des Weltkrieges.

In diese Zeit fällt dann auch eine Reihe von politisch wichtigen Missionen, die der Verfasser in Fühlungnahme mit der schweizerischen Bundesregierung auf sich nimmt. Und es erscheint erstaunlich, wie die Stimme dieses schlichten deutschen Mannes dank seinem durchdringenden und klärenden Blick, dank seiner lauteren Persönlichkeit dauernd an Einfluß gewinnt, dauernd an Gewicht zunimmt. Was war er denn schließlich, dieser nicht unbedeutende Romancier, dieser Kriegsberichterstatter vom grünen Tisch aus, der nie einen Schützengraben betreten, nie ein Hauptquartier besucht, nie einen Kampf mitgemacht, nie eine Schlacht gesehen hat? Er war mehr als Dichter und Berichterstatter. Er war Seher und Verkünder. Er sah über die Gegenwart hinaus, das Morgen aus dem Gestern werden. Und er verkündete die Wahrheit, die Wahrheit von Schuld und Größe, von der ewigen Tragik des unterliegenden Helden.

Ein Heldengesang ist seine „Geschichte des Krieges", und sie wird dauern über die Zeiten hinaus, denn sie atmet nicht den Staub der Studierstube, sie atmet Leben

Aber ein Stück heldischen Seins, ein Stück Überwindertum liegt auch im Leben dieses Sängers, der zur Leier griff, weil ihm das Schwert versagt war, und der nimmer vergaß, daß seinem Volke nur dient, wer der Wahrheit dient. Wahrlich, über diesem Leben steht das Wort: Pro veritate, und über diesem letzten, vielleicht reifsten seiner Werke steht es auch. Und wohl auch gerade darin fällt es aus der Schablone all der vielen, ach all zu vielen Memoiren aus dem „Jahrmarkt der Eitelkeit" H. St.

Ethnopolitischer Almanach. Ein Führer durch die europäische Nationalitätenbewegung. Im Auftrage des „Institut für Grenz- und Auslandstudien" herausgegeben von O. Junghann und M. H. Boehm. 1930. W. Braumüller, Wien und Leipzig. VIII, 182 S.

Seit dem Weltkrieg ist das Interesse an den Fragen, die sich aus dem Zusammenleben von Mehrheits- und Minderheitsnationen in demselben Staatsraum ergeben, erst eigentlich erwacht. Doch fehlte es bisher an einem handlichen Hilfsmittel, das sowohl dem Sachkenner als dem interessierten Laien dokumentarische Unterlagen und übersichtliche In-

formationen auf dem weitverzweigten Gebiet der europäischen Ethnopolitik geboten hätte. Diesem Mangel abgeholfen zu haben, ist das Verdienst des „Ethnopolitischen Almanachs". Kurze Abhandlungen aus sachkundiger Feder unterrichten den Leser über eine Reihe der wichtigsten ethnopolitischen Fragen der Gegenwart. So schreibt W. Hasselblatt über Kulturautonomie, M. H. Boehm zur Geschichte der internationalitären Bewegung, R. Brandsch über die Zusammenarbeit der deutschen Volksgruppen in Europa, O. Junghann über internationale Minderheitenarbeit im Jahre 1929. Besonders lehrreich ist die Untersuchung von Truhart: „Der Völkerbund und die Minderheitenpetitionen 1920–1930." Das für den Völkerbund beschämende Ergebnis lautet: „In keinem Fall hat der Rat von sich aus der beschwerdeführenden Minderheit zu ihrem vollen Recht verholfen." Diese Tatsache beweist die völlige Unzulänglichkeit des Völkerbundes als Garanten des Minderheitenschutzes. Das kann nur anders werden, wenn, wie Truhart sagt, „ein neuer Geist, der Geist positiver Einstellung zu den Nöten der Minderheiten in die dumpfe minderheitenfeindliche Atmosphäre des Völkerbundes einzieht, der sich die Erkenntnis zu eigen macht, daß ohne wirksamen Schutz der Minderheiten und ohne die damit verbundene befriedigende Lösung des Nationalitätenproblems eine Gesundung Europas undurchführbar ist". — Sehr brauchbar ist die „ethnopolitische Länderchronik des Jahres 1929" und die ethnopolitische Bibliographie für dasselbe Jahr. — Die beiden letzten Abschnitte des Almanachs enthalten Dokumente und, nach (20) Ländern geordnet, Materialien zur ethnopolitischen Länderkunde Europas.

Man kann den Herausgebern für ihre wertvolle Arbeit nur aufrichtig dankbar sein und wünschen, daß dem ersten Jahrgang des „Ethnopolitischen Almanachs" noch viele weitere folgen möchten. W. W.

Adalbert Volck. Verklingende Zeiten? Bilder aus altbaltischem Leben und Kampf. 1930. Hammer-Verlag in Leipzig. 311 S.

Historisch-politische und Memoirenliteratur ist bei uns stets geschätzt worden. Die vielen baltischen Erinnerungsbücher haben immer zahlreiche Leser gefunden, und besonders in unseren Tagen, wo wieder einmal, wie man zu sagen pflegt, eine Periode unserer Geschichte „abgeschlossen" hinter uns liegt, freuen wir uns, wenn Balten uns aus ihrem mit der Geschichte des Landes verbundenen persönlichen Erleben erzählen. So greift man auch voller Erwartung zum Volckschen Buch, um es dann – das sei gleich hier gesagt — nicht bloß enttäuscht, sondern mit dem Gefühl, seine Zeit an einen unwürdigen Gegenstand verschwendet zu haben, aus der Hand zu legen.

Hätte der Verfasser sich auf seine persönlichen Lebenserinnerungen beschränkt, so hätten wir ein baltisches Erinnerungsbuch mehr, an dem viele sich erfreuten. Wer uns von Dorpat zu erzählen weiß, greift uns ans Herz. Das Kapitel über den „alten Volck" und manche andere Seiten des Buches wird man, wenn auch der Inhalt meist bekannt ist, gewiß gern lesen, besonders gern werden es alle diejenigen tun, die die charakteristische Erscheinung Professor Volcks und andere Vertreter des alten Dorpat noch persönlich gekannt haben. Dasselbe gilt von der Schilderung des Lebens auf einem baltischen Landgut. Aber Volck fühlt sich zu mehr, als bloß autobiographischer Darstellung berufen. Seine Erinnerungen werden eingerahmt von zwei Kapiteln, die die sprachlich anfechtbare Überschrift tragen: „Was war es um die Heimat?" und: „Was ist es um die Heimat?" Der Verfasser wendet sich an Reichsdeutsche und an Balten. Jene sollen „aus der Geschichte der alten Heimat, aus ihren Gestalten den Wunsch" schöpfen, „auch hart zu werden" (man fragt sich

unwillkürlich, ob es wirklich von viel Geschmack und politischem Sinn zeugt, wenn Balten sich selbst Reichsdeutschen als nachahmenswertes Vorbild hinstellen?); diesen wirft Volck nicht mehr und nicht weniger als Verrat an der Heimat vor. Was berechtigt ihn zu diesem vernichtenden Urteil? Die seiner Ansicht nach unentschuldbare Auffassung der in der Heimat lebenden Balten, daß das Recht auf die Heimat die Verpflichtung in sich schließt, in dieser Heimat für sie zu leben und zu arbeiten, gemeinsam mit den uns schicksalverbundenen Letten und Esten. Daß in dieser Auffassung und in dem von ihr getragenen Handeln oft ein gutes Stück Selbstaufopferung liegt; daß der Begriff der Heimat für uns das Primäre, die Frage nach der jeweiligen Staatsform das Sekundäre ist, das kann oder will Volck nicht begreifen. An anderer Stelle geht er so weit, den heute in der Heimat wirkenden Balten das Recht auf diesen Namen abzusprechen—sie seien Neu-Balten!

S. 16—52 werden die „wichtigsten Daten aus der Geschichte der Heimat" angeführt; in einer Fußnote zitiert der Verfasser die von ihm benutzte Literatur. In dieser Zusammenstellung liest man manches Ergötzliche. Nur einiges daraus sei hier angeführt. S. 19: „Der Orden erwirbt Estland für 13,000 M. S. von König Waldemar IV Die neue Herrschaft wird durch den Estenaufstand des Jahres 1343 nicht erschüttert." Bekanntlich kaufte der Orden Estland 1346.— S. 22: „1632 wird die spätere Dorpater Universität als Academia Gustaviana gegründet." Zwischen der schwedischen Universität Dorpat und der 1802 gegründeten Dorpater Universität besteht bekanntlich nicht der geringste Zusammenhang. S. 23: „Nec timide, nec temere" ist von E. von Mengden einer Denkschrift über das Verhältnis der schwedischen königlichen Gewalt zu Livland vorangestellt worden. Die Worte sind nie Patkuls Wahlspruch gewesen. Die weiter geschilderte Szene auf einem Fest in Stockholm mag sehr dramatisch sein, leider nur nicht historisch begründet. Patkul scheint es dem Verfasser überhaupt angetan zu haben, leider ist die Liebe größer als die Kenntnisse, die einem Zitat S. 24 zufolge einem Roman der Handel-Mazetti zu entstammen scheinen. S. 26: wer zitiert, soll richtig zitieren. In der Einleitung zur Kapitulation der livländischen Ritterschaft heißt es: „. die christliche intention der ersten in diesem Lande einkommenden Teutschen " „Intuition" ist ebenso falsch wie sinnlos. — S. 30: der Großfürst Konstantin, der bekannte Baltenfeind, war ein Sohn Nikolaus I., nicht ein Bruder. S. 34: Schirren „mußte" nicht fliehen; er floh auch nicht, sondern verließ in aller Ruhe und Öffentlichkeit Dorpat. — S. 38: die zitierten Worte des Grafen Tiesenhausen lauten: „Lieber ein Ende ohne Schande als Schande ohne Ende" (nicht: lieber ein Ende in Ehren als eine Schande ohne Ende). In der Zusammenstellung der wichtigsten Daten unserer Geschichte findet sich S. 46 folgender Satz: „Im April 1918 entfernt der Verfasser das Wahrzeichen der verblichenen russischen Herrschaft, das griechische Doppelkreuz, vom Giebel der deutschen Universität Dorpat." Nun wissen wir es: Albert — Plettenberg — Patkul Adalbert Volck! Dafür heißt es auch S. 7: „Werden diese anspruchslosen (sic!) Aufzeichnungen Teilnahme erwecken?"

Wer will mit dem Verfasser wegen seiner Unkenntnis an sich rechten? Wir gewiß nicht. Unkenntnis ist ureigenste Privatsache eines jeden. Verlangen aber darf man, daß niemand über Dinge, von denen er nichts weiß, rede oder schreibe.

Es liegt uns fern, uns mit Volck in eine Polemik einlassen zu wollen — ihn zu widerlegen, uns zu verteidigen. Es gibt literarische Erzeugnisse, über die man gut tut zur Tagesordnung überzugehen. Nur sollte Herr Volck sich nicht einbilden,

mit solchen Waffen der Heimat einen Dienst zu erweisen. Wer so schreiben, wer auf entstellten Tatsachen seine Urteile so leichtfertig aufbauen kann, der bringt, trotz seiner oft betonten Liebe zur Heimat, an der wir nicht zweifeln wollen, dieser Heimat und seinen Landsleuten nur Schaden. W. W.

H. Weiß und P. Johansen: Bruchstücke eines niederdeutsch-estnischen Katechismus vom Jahre 1535 (mit 8 Tafeln). [Beiträge zur Kunde Estlands, hrsg. von der Estländischen Literärischen Gesellschaft in Reval, Bd. XV H. 4, März 1930.]

Es handelt sich um einen Katechismus, der, vom Pastor zu St. Nikolai in Reval Simon Wanradt in niederdeutscher Sprache verfaßt und von seinem Kollegen am Heiligen Geist Johann Köll in das Estnische übertragen, bei Hans Lufft in Wittenberg 1535 im Druck erschien, jedoch auf Grund einer Verfügung des Revaler Rates nicht zum Verkauf gelangte und als Makulatur seine Verwendung fand, unter anderem auch bei einem Revaler Buchbinder, der um die Mitte des 16. Jahrhunderts einzelne der in seine Hände gelangten Bogen zur Herstellung des Einbandes für einen heute der Bibliothek der Estländischen Literärischen Gesellschaft gehörenden Sammelkodex benutzt hat. Hier wurden die voraussichtlich einzigen — Überbleibsel des Wanradt-Köllschen Buches vom Bibliothekar Dr H. Weiß entdeckt und mit Mühe und Sorgfalt aus ihrer Verbindung mit dem Buchdeckel gelöst. Um die Wiedergabe des Textes aus den kreuz und quer zerschnittenen, durch Feuchtigkeit stark beschädigten Blättern hat sich Dr. P. Johansen vom Revaler Stadtarchiv verdient gemacht. Auch am Kommentar sind beide Herausgeber beteiligt: Weiß als Bibliograph und Historiker, Johansen als Philolog.

Die Wiedergabe des Textes entspricht den Anforderungen, die man an eine wissenschaftliche Edition zu stellen hat. Auf Grund genauer Berechnung von Zeilenlänge und Buchstabenbreite hat Johansen den Wortlaut — wo das möglich war — rekonstruiert, indem er zur Füllung der Lücken des estnischen Teils den eigenen Wortschatz Kölls und, wo dieser versagte, estnische Texte des 17. Jahrhunderts (Georg Müller, Stahl und Rossihnius) heranzog, die deutsche Fassung aber aus dem 1533 in Wittenberg bei Rhaw gedruckten niederdeutschen Katechismus ergänzte und dort, wo sie ganz fehlte, durch Rückübersetzung aus der estnischen Vorlage gewann. So lange nicht weitere Bruchstücke des Buches durch neuen Zufall ans Tageslicht gefördert werden (was, wie bemerkt, leider nicht wahrscheinlich ist) oder die kirchenhistorische Forschung die Quelle von Wanradts deutschem Text findet, so lange wird die uns vorliegende Rekonstruktion als genügend betrachtet werden dürfen, d. h. als eine solche, die mit dem Original die meiste Ähnlichkeit hat. Durch Verwendung verschiedener Schriftarten für die Vorlage und die Ergänzungen des Herausgebers, durch die ausführliche und genaue Beschreibung des Originals in der Einleitung, wie auch durch die beigegebenen 8 Bildtafeln ist dafür gesorgt, daß der Text Wanradts und Kölls in seinem heutigen Zustand dem Leser kenntlich bleibt. Die Zuverlässigkeit des von Johansen, einem guten Kenner der niederdeutschen und estnischen Sprache, gebotenen Wortlautes steht außer Frage. An einer Stelle indes scheint mir ein Versehen vorzuliegen. Im Nachwort über die Dialekte und die Orthographie (S. 133) liest der Herausgeber auf Zeile 9 und 12: „ oben" bzw. „ obe". Da das b im Niederdeutschen nur im Wortanlaut, im Anlaut starktoniger Silben und in der Gemination vorkommt, in unserem Text jedoch offenbar keiner der drei Fälle vorliegt, so dürfte der einem o ähnliche Kreis an

den genannten Stellen eher als die untere Rundung eines b, dem der Vertikalstrich verloren ging, angesehen werden (der Ansatz zur Vertikale scheint mir in Zeile 12 noch erkennbar zu sein). Man dürfte daher mit mehr Recht „[heb]ben" lesen, was auf Zeile 9 ein durchaus sinngemäßes „hebben gehat" ergeben würde.

In der Betrachtung von Weiß über die Geschichte des Katechismus, seine Entstehung und seine Vernichtung durch das Urteil des Revaler Rates darf als ein abschließendes Ergebnis die Antwort auf die Frage nach dem Urheber des Buches angesehen werden: die erschöpfende Zusammenstellung der im Revaler Stadtarchiv vorhandenen Aufzeichnungen über Simon Wanradt und Johann Köll liefert den unanfechtbaren Beweis, daß sie und niemand anderes der Verfasser und der Übersetzer gewesen sind. Auf das Gebiet der Vermutungen dagegen begibt sich Weiß, indem er die Frage anschneidet, welche Gründe den Magistrat veranlaßt haben könnten, die Verbreitung des Buches zu verbieten. Einen Anhaltspunkt zur Beantwortung dieser Frage besitzen wir im Rechtsentscheid des Rates vom Juli 1537 im Prozeß des durch das Verkaufsverbot geschädigten Buchhändlers gegen den Übersetzer Köll, wo bemerkt wird, daß der Vertrieb des Katechismus wegen der in ihm enthaltenen „nicht geringen Fehler" inhibiert worden sei (S. 97). Wo aber hatte man diese Fehler gefunden? Enthielt sie die estnische Übersetzung, die daher ihrem Zweck nicht entsprechen konnte, oder war es der deutsche Text Wanradts, der dem Rat mangelhaft erschienen war? War das letztere der Fall, so mußte Wanradt gegen Form oder Inhalt der Lehre Wittenbergs verstoßen haben, und die Frage gewinnt dann ein historisches Interesse: sie führt uns zu den Kämpfen um die Lehre, die in jener Zeit die Neugläubigen in den Städten Livlands bewegten.

Eine Eigenheit des estnischen Textes indes scheint eher dafür zu sprechen, daß nicht Wanradt, sondern Köll der Sünder war. Es sind das die Randbemerkungen, die nach Johansen (der sie S. 108 ff. ausführlich bespricht) wohl zum größeren Teile mundartliche Varianten darstellen, unter denen sich jedoch auch Sprachkorrekturen (darunter eine, die vielleicht einen sehr groben, sinnstörenden Fehler zurechtstellen sollte, S. 108 Anm. 2), ferner inhaltliche Verbesserungen und Zusätze finden. Es kommt hinzu, daß, nach Johansen S. 110, die Übersetzung durchweg äußerst ungelenk ist und der estnischen Sprache Gewalt antut. Die Arbeit Kölls ist somit in der Tat mangelhaft und daher wohl geeignet, der von Johansen (S. 111) geäußerten Meinung, Köll, nicht aber Wanradt trage die Schuld am traurigen Schicksal des Buches, eine Stütze zu verleihen.

Weiß dagegen (S. 101) glaubt „von vornherein" feststellen zu können, daß die (wie auch er zugibt) mangelhafte Übersetzung das Verkaufsverbot nicht veranlaßt habe, und richtet seinen Verdacht gegen Wanradt. Weiß' Argumente klingen hier nicht überzeugend. „Allein der Freispruch Kölls" in dem obenerwähnten Prozeß von 1537 spreche, wie er meint, für seine Auffassung. M. E. könnte dieser Prozeß eher das genaue Gegenteil vermuten lassen. Denn wenn der Buchhändler seine Klage auf Schadenersatz nicht gegen seinen Kontrahenten, den „Prinzipal" Wanradt, der sich damals noch in Reval aufhielt, anstrengte, sondern gegen den am Kontrakt unbeteiligten Köll, den „Diener", so tat er das vielleicht aus dem Grunde, weil er diesen, den Übersetzer, und zwar auf Grund sicherer Kenntnis der Sachlage, als den Schuldigen betrachtete. Das Gericht wies ihn freilich ab, doch nicht etwa, um Kölls Reputation als Übersetzer zu verteidigen, sondern weil rechtlich allein der Prinzipal Wanradt für den

Schaden verantwortlich gemacht werden durfte. Köll mußte freigesprochen werden, auch wenn er durch seine mangelhafte Arbeit das Unglück allein verschuldet hatte. Es ließe sich ferner auch — gegen Weiß — annehmen, daß der Rat in der Frage, ob die Übersetzung genüge oder nicht, ein abfälliges Urteil von sachverständiger Seite erhalten und daraufhin aus Gründen weniger sachlicher als persönlicher Art die schlechte Arbeit Kölls zum Vorwand genommen habe, um dem Wanradt eine Unannehmlichkeit zu bereiten. Weiß hebt selbst (S. 102) hervor, daß derlei Gründe eine Rolle gespielt haben können. — Meine Einwände richten sich indes nur gegen die Argumentation von Weiß. Seiner Auffassung, daß der deutsche Text die Bedenken erregt habe, schließe ich mich lieber an, als der Meinung Johansens, obgleich diese, wie gezeigt, sicher vieles für sich anzuführen hat. Entscheidend scheint mir hier das durch den Komtur von Fellin 1542 (nicht 1532, wie es der Druckfehler auf S. 100 haben will) nach Reval übermittelte Versprechen Wanradts, „sich zu bessern und seinen Misglauben zu einem rechten und bestendigen Glauben führen zu lassen". Weiß ist freilich geneigt, Wanradt gegen den Vorwurf der Ketzerei zu verteidigen, und vermutet, daß der Rat lediglich die von den Lutherschen Katechismen von 1529 abweichende Fassung des Wanradtschen Textes als nicht erwünscht betrachtet habe. Ich fühle mich in dieser Frage nicht kompetent genug, um zuzustimmen oder abzulehnen, glaube jedoch auch, daß der uns zur Verfügung stehende Text eine eindeutige Lösung des Problems nicht gestattet. Mit Recht verzichtet auch Weiß darauf, mehr als Vermutungen zu äußern. Wir können nur die Hoffnung hegen, daß eine Untersuchung der Vorlagen des Wanradtschen Textes zu reicheren und sicheren Ergebnissen führen wird.

Den Schluß der Ausführungen von Dr. Weiß bildet eine Zusammenstellung der Entstehungsdaten des gedruckten Katechismus der Letten, Preußen, Litauer, Finnen, Schweden und Dänen, mit dem Zweck, das estnische Werk dem Zusammenhang der Geschichte des volkssprachlichen Katechismus in den Ostseeländern einzugliedern und als eine am Anfang dieser Geschichte stehende Leistung zu werten. Kurz und knapp gehalten, ist der Überblick instruktiv und durchaus geeignet, das Verdienst der beiden Revaler Pastoren, denen das estnische Volk sein erstes Druckwerk verdankt, in gebührender Weise hervorzuheben. Nachzutragen wäre hier ein nicht erhaltener (vielleicht auf Veranlassung des Bischofs Speratus in Wittenberg gedruckter) polnischer Katechismus, dessen Vorhandensein am 3. April 1531 zuerst erwähnt wird (Tschackert, Urkundenbuch der Reformationsgeschichte des Herzogtums Preußen II Nr. 774, 902, III Nr. 1757).

Dr. Albert Bauer

F. Amelung und Baron Georges Wrangell: Geschichte der Revaler Schwarzenhäupter. Reval 1930. F. Waßermann

„Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Kaufmanns im Osten" lautet der Untertitel dieses kürzlich erschienenen Werks, welches die Geschichte der Revaler Schwarzenhäupter von ihren Anfängen bis zum Jahre 1886 umfaßt. Den ersten Teil bildet ein Neudruck der bereits 1885 erstmalig erschienenen Geschichte der Schwarzenhäupter von Fr. Amelung, die bis zum Jahre 1557 reicht; ihr folgt als weitaus umfangreicherer zweiter Teil die Geschichte der Jahre 1558—1886, die letzte größere Arbeit des verstorbenen Baron Georges Wrangell.

Keine der ständischen Korporationen Estlands ist bisher Gegenstand einer so ausführlichen monographischen Würdigung

geworden, wie sie im vorliegenden Werk den Revaler Schwarzenhäuptern zuteil wird. Einen stattlichen Band füllt die Darstellung der wechselvollen Schicksale dieser eigenartigen kaufmännischen Verbindung, die, obgleich ihrer Entstehung nach von rein altlivländischem Gepräge, doch mehr als die übrigen städtischen Korporationen mit dem gesamten Hanseatentum verknüpft war. Gerade auf diesen Umstand will auch der Untertitel hinweisen.

Für die älteste Zeit ist — ob mit vollem Recht, muß dahingestellt bleiben — die Amelungsche Darstellung ohne Änderungen beibehalten worden. Ergänzungen, welche die Ergebnisse der neueren Forschung berücksichtigen, gibt Baron Wrangell zu Beginn des von ihm behandelten Abschnitts. Der Kernpunkt des Werks liegt ohne Zweifel in der Wrangellschen Darstellung der für die Schwarzenhäupter besonders ereignis- und ruhmreichen Zeit des Russenkrieges von 1558 1583. Mit Recht werden die militärischen Verdienste der Bruderschaft ausführlich gewürdigt, da auf ihnen zum größten Teil die geachtete Stellung beruhte, welche die Schwarzenhäupter durch Jahrhunderte im städtischen Gemeinwesen Revals innehatten. Daneben ist jedoch von besonderem Interesse das neue Material, welches der Verfasser zur Klärung der politischen Stellung der Bruderschaft im Reval des 16. Jahrhunderts beigebracht hat. Im großen und ganzen findet die Ansicht Fr. Bienemanns Bestätigung, daß die Revaler Schwarzenhäupter, ebenso wie ihre Genossen in den übrigen livländischen Städten, obgleich sie in einer Stadt, die selbst dem Hansebunde angehörte, ansässig waren, doch eine Art auswärtiges Kontor der Hanse bildeten. Sie waren die Repräsentanten der Gesamtheit hansischer Kaufleute, der gegenüber sie sich auch zu Rechenschaft verpflichtet fühlten. Es ist interessant zu verfolgen, wie sich aus dieser politischen Doppelstellung in den Kriegsjahren Konflikte ergeben, denen jedoch die Schwarzenhäupter in geschickter und würdiger Weise aus dem Wege zu gehn verstehn.

Die Jahre des Zusammenbruchs der livländischen Staatenkonföderation, welche in der Geschichte der Schwarzenhäupter in mancher Hinsicht einen Höhepunkt bedeuten, brachten auch die verfassungsmäßige Entwicklung der Bruderschaft zum Abschluß. 1558 fand das Amt der Erkorenen Ältesten erstmalig Erwähnung, damit war die noch heute geltende Gliederung in Jüngste, Älteste und Erkorene Älteste gegeben.

Auf den Höhepunkt folgte ein rasches Absinken. Das Erlöschen des hansischen Handels zog eine grundlegende Veränderung der inneren Struktur der Bruderschaft nach sich, die Ausländer traten immer mehr zurück, die Führung ging in die Hände der ortsansässigen unverheirateten Kaufleute und Kaufgesellen über. Längere Friedensperioden gaben keine Gelegenheit zu kriegerischem Hervortreten; so erschöpften sich die Aufgaben der Bruderschaft in korporativer Geselligkeit und Repräsentation.

Was das Buch über das 17. und 18. Jahrhundert bringt, sind wertvolle Beiträge zur Kultur- und Personengeschichte Revals, die nur selten den Rahmen der Ortsgeschichte durchbrechen Der Lokalhistoriker wird jedoch gerade dieses mit großer Sorgfalt zusammengetragene Material mit besonderer Dankbarkeit begrüßen und für seine Zwecke verwerten.

Es ist ein schönes Denkmal, das die Revaler Schwarzenhäupter sich und ihren Vorgängern durch die Herausgabe dieses auch äußerlich gut ausgestatteten Werks gesetzt haben. Möge es die verdienten Leser finden!

H. W.

Johannes Gahlnbäck: Zinn und Zinngießer in Liv-, Est- und Kurland. Quellen und Darstellungen zur Hansischen Geschichte herausgegeben vom Hansischen Geschichtsverein. Neue Folge Bd. VII. Lübeck 1929. VIII + 296 Seiten. 34 Abb. auf IX Tafeln.

In seinem Werk über die Zinngießer und ihre Tätigkeit in den früheren russischen Ostseeprovinzen hat unser verdienter Landsmann Johannes Gahlnbäck das Ergebnis eingehender Studien und Forschungen niedergelegt, die er in den Jahren 1909—1917 in den Archiven und Museen unseres Landes angestellt hat. Der Verlauf des Welttrieges und seine Folgen haben den Verfasser, der schon vor dem Kriege in Petersburg wirkte, wo er auch heute noch als ordentliches Mitglied des Instituts für archäologische Technologie tätig ist, daran gehindert, seine Arbeiten in der baltischen Heimat zu Ende zu führen. Das Material, das er vorlegt, ist daher in mancher Beziehung noch nicht vollständig. In der Einleitung und in einem Schlußwort weist Gahlnbäck selbst auf diese Lücken in seiner Arbeit hin, wie das vom Standpunkt des gewissenhaften Forschers aus erforderlich und auch für den Benutzer von Wert ist, dem der bisher kaum bearbeitete Stoff in vielen Einzelheiten noch fremd und dem der Hinweis darauf willkommen ist, an welchen Stellen hier noch eine Nachlese zu halten wäre. Indes ist schon die Tatsache einer Veröffentlichung wie dieser so bemerkenswert und die Fülle des in dem Buch dargebotenen und im wesentlichen neuen Materials so groß, daß die Frage nach etwa noch Fehlendem einstweilen völlig zurückzutreten hat. So, wie sie vorliegt, ist die Arbeit eine der wertvollsten Veröffentlichungen, die wir zur Geschichte des baltischen Kunsthandwerks besitzen, und in der Literatur der Nachkriegszeit in unserem Lande einzig in ihrer Art.

Dem nach Landschaften und Städten geordneten alphabetischen Verzeichnis der Zinngießer, das den Hauptteil der Arbeit bildet, ist ein umfangreiches einleitendes Kapitel vorausgeschickt, in dem allgemein darüber gehandelt wird, „wie in Liv-, Est- und Kurland Zinn gegossen wurde". Man erfährt jedoch erheblich mehr, als diese Kapitelüberschrift verspricht. Die sorgfältig gesammelten Nachrichten über die Organisation der Kannengießerämter und ihre geschichtliche Entwicklung in den großen Städten des Landes vom 14. bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts — der letzte Zinngießer in Riga starb 1905 — sowie ihr Verhältnis zu anderen Ämtern, die Ausführungen über die Rechte und Pflichten der zünftigen Zinngießermeister und der Freimeister in den Städten, über die Tätigkeit der Zinngießerwerkstätten auf dem Lande, sowie der lettischen bezw. estnischen Dorfschmiede, über Zinnmischung, Proben und Merkzeichen werden ergänzt durch wertvolle Mitteilungen über Zinn und Zinnwaren als Handelsartikel der Hanse, der als Transitgut von England, Holland, Brabant, Deutschland über Riga, Reval und Narva ins Moskowitische Reich ging, häufig jedoch dabei auch im Durchfuhrlande blieb und hier dem einheimischen Zinngewerbe schweren Abbruch tat, sowie über die Regelung des Verhältnisses von Arbeit und Absatz auf dem inneren Markt, für die als wesentliche, aber nicht streng durchgeführte Grundthese von jeher der Satz gegolten hat, daß Handel und Handwerk getrennt sind. Auch der an den kunstgewerblichen Objekten selbst weniger interessierte Kulturhistoriker wird aus diesem Kapitel vielfache Anregungen gewinnen, während der Fachmann hier noch besonders den Abschnitt über die Gegenstände des Zinngusses begrüßen

wird, der für die Bestimmung gewisser in ihrer Bedeutung fraglicher Objekte wertvolle Hinweise gibt, übrigens auch manchen beachtenswerten Hinweis zur Sittengeschichte enthält.

Grundlegend dann die erwähnten Kapitel II—V, die nach Städten geordnet und anschließend in Form eines kurzen alphabetischen Gesamtregisters die Daten über alle Zinngießer Liv-, Est- und Kurlands enthalten, die sich bisher haben feststellen lassen. Das sorgfältig gearbeitete Verzeichnis enthält 435 Namen mit biographischen Angaben und den Abbildungen der Meisterzeichen, soweit solche bekannt sind, und vermittelt das nötige, bisher aber fehlende Rüstzeug für jede weitere Beschäftigung mit einem der interessantesten Kapitel der Geschichte des baltischen Kunstgewerbes. Auf das ausführliche Sachregister, das in mancher Beziehung beträchtlich über den Rahmen eines bloßen Stichwortverzeichnisses hinausgeht, sei noch besonders hingewiesen. Alles in allem eine Arbeit, die eine große Lücke in unserer einheimischen Literatur ausfüllt und für die wir dem Verfasser Dank wissen.

Heinz Loeffler

Von der Schriftleitung

Wir bringen in diesem Heft zwei kurze Aufsätze über das Problem der Autorität, mit deren erstem wir vielfach nicht übereinstimmen. Wenn wir den Aufsatz trotzdem veröffentlichen, so geschieht es, weil Dr. Meinhard Hasselblatt besonders ausgesprochen einer Auffassung Ausdruck verleiht, die unter uns nicht selten ist und u. E. einer Klärung bedarf.

Zu seiner Wendung gegen den Aufsatz unseres Mitarbeiters Lic. Grüner „Zum Niedergang unserer kirchlichen Frömmigkeit" müssen wir hervorheben, daß hier u. E. insofern ein Mißverständnis vorliegt, als Lic. Grüner die scharfen Ausdrücke „Ersatzreligion" und „mystische Reklameartikel" nicht auf ehrliches Suchen und echtes religiöses Leben anwendet, sondern auf eine subjektivistische Pseudoreligiosität, die heute den Sinn für die Religion zu verwirren droht.

*

Zum Aufsatz von Dr. Rudolph „Um den Schutz der lettländischen Landwirtschaft" der die Agrarkrisis in Lettland vom Standpunkt der landwirtschaftlichen Interessen aus beleuchtet, verweisen wir auf die Ausführungen von Dipl.-Agr. M. von Blaese in Heft 3 der Baltischen Monatsschrift über „Die Landwirtschaft Lettlands", die sich eingehend mit dem kürzlich in Mitau erschienenen Buch von Dr. Rudolph „Die Landwirtschaft in Lettland" beschäftigen.

Die Mitarbeiter dieses Hefts:

Dr. H. Frisch, Riga, Außenministerium / P. Fechter, Berlin / P. Krannhals, München / Dr. M. Hasselblatt, Reval / P. A. Schabert, Riga / Stadtarchivar O. Greiffenhagen, Reval / Dipl.-Agr. Dr. W. Rudolph, Mitau / Schriftleiter G. Schröder, Berlin / Dozent Dr. A. Bauer, Riga / Dr. H. Weiß, Reval / Dozent Dr. H. Löffler, Riga.

Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Reinhard Wittram

Ausschnitte aus der estnischen Politik 1918—1920

Von Baron Wilhelm Wrangell

Vor einigen Jahren habe ich den Versuch gemacht, die Politik der Esten vom Ausbruche der russischen Revolution bis zum Beginne der deutschen Okkupation im Februar 1918 zu schildern*). Als Material diente mir damals eine vom Estländischen Journalistenverband herausgegebene Sammlung von persönlichen Erinnerungen aus jener Zeit. Nunmehr ist der 2. und letzte Band dieser Sammlung**) erschienen, welcher den Zeitraum des Freiheitskrieges 1918—1920 umfaßt, und es bietet sich dadurch die Möglichkeit, die erwähnte Betrachtung fortzusetzen. Leider ist die Ausbeute dieses Bandes für unser Thema wesentlich geringer, als die des 1. Bandes, und zwar aus einem sehr natürlichen Grunde: in den Jahren 1917 und 1918 führten die Esten ihren Kampf ausschließlich mit politischen Mitteln, Erinnerungen aus diesen Jahren müssen also, soweit sie über die Schilderung rein persönlicher Erlebnisse hinausgehen, mehr oder weniger politischer Natur sein; im Zeitraum von 1918—1920 trat zu den Kampfmitteln der Esten der Krieg hinzu. Wenn auch selbst im Brennpunkte des Krieges die politische Führung stets die Oberhand behielt, so daß der Krieg immer nur ein Mittel der Politik in Clausewitz'schem Sinne blieb, so stehen im Vordergrunde nicht nur des damaligen öffentlichen Interesses, sondern auch der heutigen historischen Schilderung die militärischen Ereignisse. Sie sind — im Gegensatze zur stilleren Arbeit der reinen Politik — leicht erkennbar in ihrem dramatischen Verlauf, an ihnen ist ein großer Teil der Bevölkerung unmittelbar beteiligt, und sie stellen, vor allem, das Heroische in der Geschichte jeden Volkes dar, das noch stets die größte und nachhaltigste psychologische Wirkung auf das Nationalbe-

*) „Die Politik der Esten 1917—1918"; Baltische Monatsschrift, Jahrgang 59 (1928), S. 63 ff., 202 ff.

**) Mälestused iseseisvuse võitluspäevilt; 2. köide: vabadussõda 1918—1920. (Erinnerungen aus den Tagen des Kampfes um die Selbständigkeit; 2. Band: der Freiheitskrieg 1918—1920). Verlag der Verlagsgesellschaft „Rahvaülikool", Reval 1930.

wußtsein gehabt hat. So ist es denn nicht verwunderlich, daß etwa 2/3 des uns vorliegenden Bandes militärischen Ereignissen gewidmet sind, die aus dem Rahmen dieses Aufsatzes fallen; die verbleibenden politischen Aufzeichnungen behandeln meist außenpolitische Probleme oder solche, die mehr oder weniger mit dem Kriege in Verbindung stehen. Ganz übergangen sind die wichtigsten innerpolitischen Fragen der Agrarreform und der Ausarbeitung der Verfassung, von denen die erste ganz und die zweite zum Teil in diesen Zeitraum fällt. Hinzu kommt, daß infolge des knappen Raumes politische Ereignisse auch erster Wichtigkeit fast ausnahmslos nur von einer Person geschildert sind, so daß das im 1. Bande so klärend wirkende Korrektiv der mehrseitigen, oft gegensätzlichen Behandlung derselben Frage hier fortfällt. Subjektiver Auffassung ist daher weitester Spielraum gegeben.

Somit bietet sich hier noch nicht das Material zu einer annähernd vollständigen Schilderung der estnischen Politik von 1918 bis 1920 auch nur in allgemeinen Umrissen, sondern nur zu einer Beleuchtung einzelner Züge dieser Politik. Angesichts unserer mangelhaften Kenntnis auf dem Gebiete dieser jüngsten Geschichte halte ich trotzdem auch eine fragmentarische Vervollständigung unseres Wissens um diese Dinge nicht für wertlos, denn so manche Einzelheit mag das im großen geschaute Bild plastischer, greifbarer gestalten, wohl auch Irrtümer berichtigen. Eine sichere Erkenntnis der in unserer Heimat wirkenden politischen Kräfte, die nur durch scharfe und nüchterne Betrachtung gewonnen werden kann, ist aber Vorbedingung für jede baltische Politik.

I

Als Estland im Februar 1918 von den deutschen Truppen okkupiert wurde, war der Ausgang des Weltkrieges noch nicht vorauszusehen. Man wird also nicht voraussetzen können, daß die negative oder doch zum mindesten abwartende Einstellung der meisten estnischen Führer zu dieser Okkupation von politischer Voraussicht diktiert worden wäre. Sie war zunächst dadurch bedingt, daß das eingetretene straffe militärische Regime der politischen Ungebundenheit ein Ende machte, an die man sich im Jahre der russischen Revolution gewöhnt und an die man den Begriff der Freiheit geknüpft hatte; sie wurde vertieft durch die bittere Erkenntnis, daß die hochfliegenden politischen Pläne, mit denen man sich noch vor wenigen Wochen getragen hatte, ihrer Verwirklichung ferner gerückt schienen

denn je, und diese Enttäuschung wurde nicht gemildert durch die Einsicht, daß man der größten nicht nur körperlichen, sondern auch nationalen Gefahr mit knapper Not entronnen war, denn die Gefahr des Bolschewismus war in ihrer ganzen Größe nicht erkannt worden; nach den ersten Wochen der Okkupation wurde sie wenigstens unter den Führern der Esten allgemein, weil sich jede Hoffnung, an der Bestimmung über das weitere Schicksal des Landes mitzuwirken, als illusorisch erwies. Die psychologische Kluft zwischen der zentralistischen und bürokratischen deutschen Militärverwaltung, der selbstverständlich der Krieg das ausschlaggebende Moment sein mußte, vor dem alle anderen Rücksichten als kleinlich und unwichtig erschienen, die also im wesentlichen bestrebt sein mußte, Ruhe im Lande zu halten und komplizierende politische Experimente bis nach Friedensschluß zurückzustellen, und den nicht nur an revolutionäre Vorstellungen, sondern auch an ein revolutionäres Tempo gewohnten estnischen Führern war so groß, daß sie sich nicht überbrücken ließ. Beiderseits hatte man kein Verständnis für einander*).

Ein Teil der estnischen Führer befand sich in politischer Mission im Auslande, ein weiterer war vor den Deutschen nach Rußland geflohen, ein anderer wurde als Zivilgefangene in Konzentrationslagern interniert, so z. B. K. Päts, weil er einen Protest entworfen hatte, „in welchem gesagt war, daß die deutschen Okkupationsbehörden nicht versuchen sollten, den Estnischen Landtag (maapäew) zu übergehen, sondern wenn das Schicksal des Landes entschieden werden sollte, so müßte das durch den Estnischen Landtag geschehen. Dieser Protest sollte auf einer geplanten Sitzung der Kreisversammlung der Wiek angenommen werden, doch wurde die Versammlung nicht gestattet". Unter solchen Umständen konnte von Politik im eigentlichen Sinne des Wortes im Lande nicht die Rede sein. „Vor dem 9. November war die Tätigkeit der auf staatlichem Boden stehenden Parteien durch den deutschen Druck eingeschränkt. Das Hauptziel war lediglich, die Verbindung aufrechtzuerhalten. Obgleich von den deutschen Behörden mehrere wichtige Persönlichkeiten verhaftet

*) Bezeichnend ist folgendes Zeugnis der Enttäuschung aus den ersten Tagen der Okkupation, das Al. Hellat erzählt: „Strandmann und Wilms hatten während des Krieges ein besonderes Wohlwollen den Deutschen gegenüber gezeigt und die Hoffnung geäußert, man werde mit den Deutschen schon auskommen. Sie sind ein Kulturvolk, und schlechter als die Russen können sie nicht sein. Desto überraschender war jetzt Strandmanns lakonisches Urteil: " (es folgt ein unparlamentarischer, aber drastischer Ausdruck der Verachtung).

oder andere zur Flucht gezwungen worden waren, so blieb die Mehrzahl doch zu Hause beim Volke." Deren Aufgabe, das Volk in der Hand zu behalten und ein Abgleiten in deutsches Fahrwasser zu verhindern, wurde weniger durch politische, als hauptsächlich durch Verwaltungsmaßnahmen der Besatzungsbehörden erleichtert, die schematisch nach Anschauungen des Kriegsrechts und mititärischen Bedürfnissen oder Notwendigkeiten gemäß handelten, für die das estnische Volk kein Verständnis haben konnte. Und doch ruhten selbst in dieser Zeit parteipolitische Auseinandersetzungen unter den Esten nicht. Es kam sogar zu einer Krisis der illegalen und jeder Betätigungsmöglichkeit beraubten Regierung, indem die Sozialdemokraten (5 Mann hoch!) die Frage erörterten, ob sie länger mit den Bürgerlichen zusammengehen könnten. „W. Maasik erinnerte sich gerne daran, wie er noch am vorigen Tage als Minister auf dem Domberge herumspaziert war und Ehrfurcht erregt hatte, aber der gegenwärtige Augenblick erfordere den Austritt der Sozialisten aus der Regierung O. machte einen Kompromißvorschlag, man könne vor endgültiger Stellungnahme vielleicht noch mit den Bürgerlichen verhandeln, erhielt aber von seiner Frau von oben herab die Bemerkung: Dummheit. — Die Revolutionstaktik siegte. Eine besondere Frage ist, ob die Revaler Arbeitermassen und die deutschen Okkupationsbehörden die Wichtigkeit dieses von 5 Menschen im Gebäude der Kreditbank gefaßten Beschlusses begriffen haben. Von ihrem Standpunkt aus war er weder klug, noch dumm, sondern belanglos."

Belanglos war zwar diese Regierungskrisis, nicht aber die parteipolitische Zerrissenheit der estnischen Führer, die sich wie ein roter Faden durch das wenige hindurchzieht, was uns die Aufzeichnungen über innenpolitische Dinge melden. Schon die Bildung der temporären Regierung, die in schicksalsschwerer Stunde im November 1918 die Führung übernehmen sollte, stieß auf Schwierigkeiten. Selbst jetzt, wo die Größe und die Schwierigkeit der gemeinsamen Aufgabe jedem klar sein mußte, wo nur die Zusammenfassung aller nationalen Kräfte Aussicht auf Erfolg bieten konnte, gab es keine Einigkeit. K. Päts, damals Haupt der (illegalen) temporären Regierung, erzählt: Am Abend des 21. November, unmittelbar nach seiner Rückkehr aus der Gefangenschaft, fand die erste Sitzung des wieder zusammengetretenen Landtages (maapäew) statt. „Dort berichtete J. Tönisson über seine Arbeit im Auslande, wohl auch J. Poska. Auch ich sprach einige Worte. Damit endigte die Festversammlung des Landtages, und die Regierungsbildung begann. Zu

mir kamen die Männer des Landbundes (die Partei, der K. Päts angehörte; ihr wurde Deutschfreundlichkeit vorgeworfen), um mich über die Verhältnisse zu informieren. Die Stimmung kochte über. Die Menschen waren haßerfüllt und böse. Ich mußte eine Zeitlang schweigen, bis man überhaupt sprechen konnte. Sie hatten mit J. Tönisson einen scharfen Zusammenstoß gehabt. Einige, wie J. Temant, bedauerten, daß das in solch einem Momente geschehen sei. Man wollte Klarheit haben, wie alles gewesen sei. Es wurde gesagt, daß sie nichts getan hätten und ebenso wie alle anderen sich nach den Verfügungen der deutschen Behörden hätten richten müssen. Erst jetzt erfuhr ich, daß Dr. Raamot (ein anderer Führer des Landbundes) illegal hatte leben müssen. Es wurde Rat gepflogen, was zu tun sei.

Es wurde gewünscht, daß J. Poska (ein Parteifreund J. Tönissons, der sich schon 1917 als kluger Führer bewährt hatte) an die Spitze der Regierung trete. Die Stimmung war ganz dafür. Ich sagte, wenn die Sache so stehe, dann lohne es sich nicht, bei Gestaltung der Beziehungen Schwierigkeiten zu machen. Wenn man den Landbund nicht wolle, so sei das auch nicht nötig. Ich versuchte zu beruhigen, der Landbund möge außerhalb der Regierung bleiben, wenn die Stimmung scharf gegen ihn sei. Es wurde ein Beschluß angenommen, daß der Regierungsbildung keine Hindernisse in den Weg gelegt werden, aber der Landbund angesichts des zugespitzten Verhältnisses an der Regierung nicht teilnehmen werde."

Waren so die parteipolitischen Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt, so folgten persönliche. Poska weigerte sich. Schließlich übernahm K. Päts ohne Wissen seiner Partei die Regierungsbildung; es gelang ihm auch, die Sozialdemokraten heranzuziehen. Doch schickte er J. Tönisson mit der Delegation, die Estland auf der Friedenskonferenz vertreten sollte, ins Ausland. „J. Tönisson schrieb aus Finnland einen Brief, in welchem er Vorwürfe erhob, daß man ihn in diesem schweren Moment nicht an der Arbeit in der Heimat teilnehmen lassen wolle Das Beiseitelassen J. Tönissons geschah nur, um die bestehenden Schärfen nicht noch zuzuspitzen."

Aber auch während des Krieges ruhten die parteipolitischen Auseinandersetzungen nicht, hat doch das Kabinett im Laufe eines Jahres dreimal gewechselt. Nicht zu Unrecht hat der Oberkommandierende General Laidoner die Zeit der Wahlen in die Konstituante und kurz nach dem Zusammentritt als die gefährlichste des ganzen Krieges bezeichnet.

Eine weitere innerpolitische Schwierigkeit war die durch die Revolution von 1917 bedingte Disziplinlosigkeit, die Freiheit mit Ungebundenheit gleichsetzte. War aus diesem Revolutionstaumel heraus die straffe Ordnung der Okkupationszeit, ganz abgesehen von politischer Einstellung, als unleidlicher Zwang empfunden worden, so war eine solche Auffassung durch die politische Agitation, die alle behördlichen Maßnahmen unterschiedslos als durch das Joch der Fremdherrschaft bedingt darzustellen beliebte, natürlich noch verstärkt worden. Infolgedessen wurde einerseits nach Ausschaltung der deutschen Verwaltung eine Rückkehr zu den Idealzuständen von 1917 erwartet und jede, auch die notwendigste Zwangsmaßnahme der Regierung als reaktionär verschrieen, andererseits stieß die Durchführung solcher Maßnahmen auch auf Widerstand bei den liberalen, ja oft radikalen Beauftragten. Das geschah z. B. auch bei so ernsten Dingen wie bei Anordnungen zur Unterdrückung des erwarteten Aufstandes am 17 Dezember 1918. „Sowohl von einigen Truppenführern als auch in der Kommandantur wurde auch versucht diese Anordnungen zu sabotieren, denn man fand sie zu scharf für diese Zeit Dabei mußte mancher durch Drohungen mit den schweren Folgen einer Nichtausführung der Anordnungen gewarnt werden." Die schlimmste Folge dieser Mentalität war jedoch, daß man sich aus Furcht vor einer starken Führung sogar vor der Einsetzung eines militärischen Oberbefehlshabers scheute. Zu solch wunderlichem Auswuchs hatte doktrinäre Demokratie geführt: „Die Verantwortung für die Operationen fiel auf den Minister (den zivilen Kriegsminister K. Päts), dieser als politischer Führer konnte die Operationen nicht leiten. Der tatsächliche Leiter, der Chef des Hauptstabes, war wiederum für die Operationen nicht verantwortlich. Beide Befugnisse waren aber so beschränkt, daß noch kleinere Dinge als die Veränderungen im Bestande irgendeines Truppenteils von der temporären Regierung entschieden werden mußten Ein solcher Zustand entsprach augenscheinlich der damaligen Stimmung, wo eine Gewalt überhaupt nicht geduldet wurde und jeder, der kategorische Befehle erteilte, wie das der Chef des Innenschutzes General-Pödder tat, „Seckendorff"*) genannt wurde." Erst der Fall von Dorpat, das durch einen Aufstand bolschewistischer Soldaten des 2. Regiments den Roten in die Hände gespielt wurde, ernüchterte die Gemüter.

*) General Frhr. v. Seckendorff war während der Okkupation Chef der Militärverwaltung in Estland und für die Esten daher Symbol einer verständnislosen Satrapie.

Am 23. Dezember, d. h. fast einen Monat nach Beginn des Feldzuges, wurde das Institut des Oberbefehlshabers eingerichtet.

Natürlich machte sich dieser unkonsolidierte Gemütszustand auch bei der politischen Einstellung der Parteien geltend. „In aufregenderen Zeiten wechselte leicht auch die Stellungnahme der politischen Parteien, oft in Abhängigkeit vom Verlauf der äußeren Ereignisse. Gegen Ende Dezember 1918, als die Lage besonders bedrohlich erschien, entstand eine Strömung, die in einem englischen Protektorat das einzig wirksame Mittel sah. Einige Wochen später aber, als unser Vormarsch gute Resultate zeitigte, stieg in den Parteien die Kriegslust, man begann die temporäre Regierung anzugreifen, weil sie Mittel anwende, welche die unbeschränkte persönliche Freiheit nicht genügend gewährleisteten, machte ihr die Einsetzung von Kommissaren und Feldgerichten zum Vorwurf und beschuldigte sie, die Wahlen zur Konstituante absichtlich zu verzögern. Dabei vergaß man, daß Narva kaum wiedererobert, Südestland aber vom Feinde noch nicht gesäubert war. Gegen den Willen der temporären Regierung wurde der Zusammentritt des Landtages verlangt, der eine Krisis und den Sturz der Regierung herbeiführen sollte. Schließlich wurde vereinbart, daß der Landtag nur auf begrenzte Zeit und nur zur Beratung einzelner spezieller Fragen zusammentreten solle. Besondere Veränderungen oder Ergebnisse hat diese Session des Landtages nicht hervorgebracht, und die Vorwürfe und Beschuldigungen gegen die temporäre Regierung fielen in sich zusammen."

Diese Ausführungen genügen, um die innerpolitischen Strömungen zu charakterisieren, welche die Arbeit der Führung erschwerten. Es ist klar, daß nur starke Charaktere ihrer Herr werden konnten. Den Kampf gegen die Bolschewiken im Inneren wollen wir hier nicht berühren, da er aufs engste mit dem Kriege in Zusammenhang steht; wir hoffen in gegebenem Anlaß hierauf zurückzukommen. Hier genügt die Feststellung, daß, obgleich sämtliche Parteien die Kommunisten prinzipiell als Feinde ansahen, der Kampf gegen sie durch die oben geschilderte Mentalität behindert und zeitweilig sehr wesentlich erschwert wurde.

II

Wir gehen zur Betrachtung der estnischen Außenpolitik über. Während der deutschen Okkupation wurde diese von Delegierten geführt, die sich an den wichtigsten politischen Zentren aufhielten und wohl auch hin- und herreisten. An erster Stelle sind K. Pusta, A. Piip, M. Martna, J. Tönisson und J. Seljamaa zu nennen. Ihre

Aufgabe war, die Anerkennung Estlands als selbständiger Staat auf der zukünftigen Friedenskonferenz vorzubereiten. Dieses Problem hing natürlich aufs engste mit der Rußlandpolitik der Großmächte zusammen. 1918 wurde mit einem Fortbestehen der bolschewistischen Herrschaft in Rußland nicht gerechnet, und so wäre eine Auseinandersetzung mit den antibolschewistischen russischen Regierungen und Organisationen die einfachste Lösung gewesen. Die Verhandlungen wurden zumeist in Paris durch K. Pusta geführt. Die Initiative hatte W. A. Maklakov im April 1918 ergriffen, der von der russischen temporären Regierung zum Botschafter in Paris ernannt worden, aber infolge des Bolschewistenumsturzes nicht zur Überreichung seiner Akkreditive gekommen war. „Ich bin erfreut, begann Maklakov, daß die estnischen Delegierten hergekommen sind. Wir haben denselben Feind, Ihre Selbständigkeitsbestrebungen sind mir sehr verständlich. Was die zukünftigen estnisch-russischen Beziehungen betrifft, so werden Sie mit dem zukünftigen demokratischen Rußland diese immer regeln können." Er bat um Informationen über die Bestrebungen der Esten, die ihm Pusta bereitwilligst gab. „Im Begleitschreiben betonte ich, daß, obgleich das estnische Volk unter der früheren und jetzigen russischen Regierung viel gelitten habe, es jedoch keinen Haß gegen Rußland empfinde, mit dem es auch in Zukunft in gutnachbarlichen und freundschaftlichen Beziehungen zu stehen hofft. Von jeder Fremdherrschaft befreit, hofft es frei und selbständig seine Beziehungen zu anderen freien Völkern und dem zukünftigen Russischen Reich regeln zu können." Im August, als Pusta in der französischen Presse für Anerkennung der Selbständigkeit Estlands seitens der französischen Regierung eingetreten war, erhielt er von Maklakov einen Brief, „in welchem dieser betonte, daß die von Rußland eben zeitweilig abgetrennten Völker nicht von ihren Trennungsbestrebungen reden sollten, sondern den Weg zeigen, wie die Synthese des künftigen Rußland erreicht werden könne, die einmal so wie so kommen müsse" Eine anschließende Unterredung erwies den prinzipiellen Gegensatz. Pusta vertrat den Standpunkt, seine Aufgabe sei, für das estnische Volk „vollkommene Freiheit zu fordern, die von den anderen Großmächten, vor allem den Alliierten, garantiert werde;" daher müsse er „vor der französischen Regierung und vor den maßgebenden Persönlichkeiten freimütig aussprechen, was wir gegen Rußland haben. Wir wollen die Angelegenheit vor das Schiedsgericht Europas und Amerikas bringen, und da ist es immerhin notwendig, daß die Schiedsrichter wissen, worum es sich handelt Wir können niemals einfach die Vereinigung mit

Rußland verlangen, sondern die Möglichkeit, frei und als Gleiche mit Gleichen mit Ihnen zu verhandeln und abzuschließen, wobei unser Vertrag sowohl Ihnen als auch uns von den Großmächten garantiert werden müßte Die Hauptschwierigkeit besteht meiner Ansicht nach darin, daß Sie immer noch das ehemalige Gouvernement Estland sehen, das Ihnen mit Waffengewalt abgenommen sei Kerenski hat auf eine Frage meines Kollegen in London geantwortet, die Frage der Selbständigkeit Estlands sei „eine belanglose Angelegenheit" Wenn ich nun mit irgend einem Projekt über unsere Föderation herauskäme und sozusagen als erster die Hand böte, wer gewährleistet mir, daß diese Hand nicht in der Luft hängen bleibt?" Maklakov dagegen war der Ansicht, daß die Äußerung des Gedankens der Föderation seitens der Esten notwendig sei. „Das würde unsere zukünftigen Verhandlungen sehr erleichtern, und ich könnte der französischen Regierung nach wie vor bestätigen, daß ich in freundschaftlichen Beziehungen zu Ihnen stehe. Andernfalls muß ich, wie Sie verstehen werden, irgendwie zu Ihren Deklarationen Stellung nehmen, wenn sie auch noch nicht vor das große Publikum getragen sind. Sie wissen auch, daß mit unserer, der Russen, Meinung am Quai d'Orsay jetzt mehr gerechnet wird, wie vor einigen Monaten Wenn Sie von einer Vereinigung zwischen Selbständigen und Gleichen sprechen, so stelle ich mir diese als ein Bündnis (wie z. B. zwischen Rußland und Frankreich), nicht aber als Föderation vor Ich verstehe wohl, daß Sie ihre eigene Regierung, Ihr Parlament, vielleicht Ihre eigene Territorialarmee haben, aber Sie dürften Rußland nicht verbieten, auf estländischem Boden Befestigungen zum Schutze Petersburgs zu bauen .. Daß Ihre Vertreter an der künftigen Friedenskonferenz teilnehmen, dagegen habe ich nichts einzuwenden." Daß eine ausgestreckte Hand in der Luft hängen bleibe, sei nicht zu befürchten, er wolle Pusta Besprechungen mit Vertretern verschiedener russischer Gruppen, die in Paris anwesend seien, vermitteln. Diese Besprechungen sind aber nicht zustandegekommen.

Augenscheinlich war im Sommer 1918, wo die ungeklärte Lage Raum zu den verschiedensten Möglichkeiten und Hoffnungen ließ, der Boden für ernste Verhandlungen noch nicht reif.

Aus dem Tagebuch von M. Martna erfahren wir, daß 1918 die Esten auch in Berlin tätig gewesen sind, und zwar war ihr dortiger Agent Friedrich Karlson. „Karlson ist hier in Sachen Estlands mit achtungswertem Eifer tätig gewesen: er hat alles verfügbare Material klug ausgenutzt. Z. B. hat er schon den Gemeinde-

ältesten Ottas, als dieser Herr hier als Abgesandter den „künftigen Herzog" begrüßte, soweit gekriegt, daß Herr Ottas hier dem Reichskanzler Hertling eine Denkschrift gleichen Inhalts übergeben hat, wie die anderen Gemeindeältesten in Riga, und dabei auch seinerseits den Rigaer Protest unterstrichen. Das Schreiben Ottas' wurde durch Karlson unter den Reichstagsmitgliedern verbreitet und erregte dort große Überraschung und Erregung. Ebenso hat Karlson durch meinen Parteifreund Rumor erhaltene Nachrichten — auf Grund eines deutschen Soldatenbriefes — auf Verantwortung und im Namen eines Reichstagsmitglieds vervielfältigen und verbreiten lassen, was große Beachtung fand. Auf Grund von Nachrichten, die er zu Beginn der Okkupation erhielt, hat Karlson Scheidemann und Ebert bearbeitet und sie veranlaßt, bei der Regierung gegen den deutschen Militärterror zu protestieren, was auch nicht ohne Wirkung blieb. Er hat seine gute Bekanntschaft mit den sozialdemokratischen Reichstagsmitgliedern stets benutzt, um sie im Interesse Estlands zu beeinflussen. Interessant ist, daß die bekannte Broschüre über den Bericht des Fürsten Lichnowski an die deutsche Regierung, die während des Krieges im Auslande und auch in Deutschland große Beachtung fand, auf Initiative und mit Hilfe Karlsons gedruckt und verbreitet worden ist."

Das ist alles, was wir über die Auslandarbeit der Esten vor dem Zusammenbruch Deutschlands erfahren. Dieser Zusammenbruch veränderte die Situation vollkommen. Jetzt galt es, einerseits alle Hebel in Bewegung zu setzen, um auf der Friedenskonferenz die Anerkennung Estlands zu erreichen, andrerseits aber die Hilfe der Sieger im Kampf gegen Rußland sicherzustellen. Hierfür kam in erster Linie die englische Flotte in Betracht, da nur diese in der Lage war, genügend schnell eingreifen zu können. Auch hierüber berichtet Martna: „Am 17. November waren wir bei Lord Robert Cecil. Dort waren auch Admiral Freemantle und Oberst Kish. Es wurde über die Hilfeleistung an unser Land gesprochen. Wir mußten Erklärungen abgeben. Die Frage der Hilfeleistung ist äußerst schwierig. Es ist schon uns selbst klar, daß die englischen Krieger vom langen Kriege ermüdet sind, und daß die Arbeiterpartei gegen jede sogenannte Intervention ist. Den Verteidigungskampf unseres Landes hält man ja auch für irgendeine Intervention, obgleich die Russen uns angegriffen haben und wir uns nicht unterkriegen lassen wollen. Waffen wurden uns versprochen, aber man will sich zuerst überzeugen, ob die Regierung Estlands genügend stark und vertrauenerweckend ist, um unter-

stützt zu werden. Man hört sogar Warnungsstimmen, daß das Kriegsmaterial in Estland in die Hände der Deutschen fallen könnte, und da der endgültige Frieden noch nicht sicher ist, will man vorsichtig sein. In Betreff der Lebensmittel und Waren erster Notwendigkeit wurde anfangs gesagt, daß diese vielleicht als Tauschwaren geliefert werden könnten, d. h. gegen Flachs, Leinsaat, Holz usw. Dabei scheint Grundsatz zu sein, daß die Schiffe, welche Waren nach Estland führen, nicht leer von dort zurückkommen dürften, sondern dort eine Ladung erhalten müßten, denn der Frachtraum ist eben teuer."

Die englische Flotte lief aus, da aber der Kreuzer „Cassandra" westlich von Ösel am 6. Dezember auf eine Mine lief und unterging, kehrte sie um und blieb in Libau liegen. Erst als General Laidoner mit Lotsen nach Libau entgegenkam und seinerseits Erklärungen über die estländischen Verhältnisse abgab, entschloß sich Admiral Sinclair zur Weiterfahrt nach Reval, wo die Flotte bekanntlich gerade rechtzeitig eintraf, um großes Unheil zu verhüten.

Sehr aufschlußreich sind die Aufzeichnungen Martnas hinsichtlich der Ausnutzung seiner Beziehungen zur II. Internationale. Schon am 13. November wird er ins Foreign Office gebeten, um Mr. George Saunders Aufklärungen über die Verhältnisse in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu geben. Dabei kam das Gespräch auch auf Estland, und zwar „fragte Mr. Saunders, was wohl jetzt in Estland mit den deutschen Junkern und Großbürgern geschehen könnte. Namentlich klang aus seiner Frage die Befürchtung heraus, daß sie ein vernichtendes Blutbad treffen könnte Ich sagte, daß wir sie jetzt auf die eine oder die andere Weise loswerden wollten; meiner Ansicht nach müsse man unseren Großgrundbesitz liquidieren. — Wie könnte man das am besten machen? — Am friedlichsten und für die Junker wohl auch am annehmbarsten wäre natürlich eine Entschädigungszahlung für das Land. Aber das ist, wie Sie verstehen werden, für ein armes Land und ein armes Volk sehr schwer. Uns wäre ein anderer Ausweg lieber. Ich habe gehört, daß fast alle unsere Junker auf die eine oder andere Art gegen die Interessen des Landes politisch gesündigt hätten, und daß erwogen wird, ob man sie nicht des Landesverrats anklagen sollte. — So gedenken Sie das Land entschädigungslos zu enteignen? — Das ist meine persönliche Meinung aber dieser Gedankengang ist in unserem Lande schon von meinen Genossen erwogen worden Gleichzeitig erlaube ich mir, Ihnen gegenüber den Wunsch zu äußern, daß die englische Regierung uns besonders in dieser Sache möglichst

unterstützen wolle. Wenn es uns gelingt, unsere Agrarreform glücklich durchzuführen, so würde Europa von einem sehr gefährlichen Nest des Pangermanismus befreit werden. Die baltischen Junker sind immer Objekt und Subjekt des Pangermanismus gewesen. Wir haben nicht viel über 1½% Deutsche. Die Herrschaft dieser kleinen, aber mächtigen Schicht müssen wir jetzt loswerden, sonst ist die freie Entwickelung Estlands unmöglich Befürchtungen wegen einer Bluthochzeit in unserem Lande sind überflüssig. Während der ersten Revolution von 1905 ist zwar tatsächlich eine ganze Reihe von Schlössern der Junker niedergebrannt worden, jedoch sind Menschenleben nicht berührt worden. Die jetzige Periode der Revolution hat schon ein ruhigeres Tempo, obgleich infolge der deutschen Okkupation der Haß des Volkes gegen die Deutschen merklich gestiegen ist." Ähnlich verläuft ein Gespräch zwischen Martna und Camille Huysmans. „Wir haben mit der Erstrebung der Selbständigkeit noch eine zweite große Sache zu erledigen. Das ist unser Feudal-Großgrundbesitz, der unseres Volkes Entwickelung in Schranken hält und dem man nun ein Ende setzen will. Wie würde die sozialistische Internationale darauf sehen, wenn wir dem Großgrundbesitz jetzt ein Ende machten? — Es kommt darauf an, wie man das macht. Wenn das mit Gewalt, vielleicht mit blutiger Gewalt getan würde, so wäre die ganze zivilisierte Welt und auch die sozialistische Internationale dagegen. Aber wenn Ihre Volksvertretung das beschließt und menschliche Leben dabei unverletzt bleiben, so wird die Internationale sie dabei moralisch unterstützen, denn das ist ja nichts anderes, als Erfüllung des Programms der Internationale. Ich glaube, daß auch der allerkonservativste englische Lord in solch einem Falle nicht versuchen würde, seine Hand zum Schutze des Feudalismus zu erheben, wenn Ihre Volksvertretung das beschließt — Unser Volk hat weder 1905 noch 1917 Blut vergossen, aber denken Sie daran, was seit Februar dieses Jahres geschehen ist. Die deutsche Militärgewalt sitzt als Peiniger auf unserem Volk. Was dort in kurzer Zeit an Schlechtem geschehen ist — und das ist sehr viel —, alles das geschah auf Wunsch und nach Fingerzeigen unserer Gutsbesitzer Sie verstehen, daß bei einer so erregten Stimmung nicht immer die nüchterne Überlegung ausschlaggebend sein kann. — Nicht darin besteht die Angelegenheit, daß es dabei dem einen oder anderen Junker auch physisch mehr oder weniger schlecht geht, sondern darin, ob Ihre Volksvertretung das Land wie Lenin auf dem Wege der Diktatur enteignet, oder auf andere Weise."

Man sieht aus diesen Beispielen, daß Martna neben seiner direkten Aufgabe noch ein weiteres Ziel verfolgt hat, und zwar die Sondierung und Vorbereitung des Bodens für eine radikale und entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes in Estland. Hierin handelte er nicht als Vertreter der temporären Regierung, denn diese hatte zu der Agrarfrage, soweit wir wissen, noch nicht Stellung genommen, die bürgerlichen Parteien haben sie sich aber jedenfalls nicht in der von Martna vorgeschlagenen Form gedacht; Martna handelte eindeutig als Parteimann, als Sozialist. Das war, wenn auch nicht korrekt, so doch verständlich und vielleicht sogar typisch für einen Politiker, der sein ganzes Leben der Revolution gewidmet hatte und der infolge einer langen Emigration einerseits von der unverfälschten Doktrin stärker beeinflußt sein mußte, als seine in der praktischen Politik stehenden Zeitgenossen in der Heimat, und andrerseits gerade in Grundlage dieser Doktrin weitverzweigte internationale Beziehungen zu Parteigenossen gewonnen hatte.

Diese guten Beziehungen Martnas wollte der kluge Außenminister Poska ausnutzen, als er ihn als Mitglied der Delegation mitnahm, die Estland auf der Friedenskonferenz vertreten sollte. Zu dieser Delegation gehörten außer den beiden Genannten u. a. noch K. Pusta, A. Piip und J. Tönisson. Anfang Januar 1919 traf diese in Paris ein. Die ganze Schwierigkeit ihrer Aufgabe wird vielleicht durch die Worte Albert Thomas' charakterisiert, die Martna aufgezeichnet hat: „Warum sollten die Franzosen Interesse für die Selbständigkeit Estlands haben, das sie so wenig kennen wie das Land irgendeines arabischen Eingeborenenstammes?" Es war zu hören, „daß verschiedene maßgebende Personen und Sellen gegen die Selbständigkeit Estlands, Lettlands und Litauens seien, daß die französischen „Friedensmacher" England schon sehr fürchten und als Gegengewicht ein einiges Rußland in den alten Grenzen, mit Ausschluß von Polen, wünschen. Sie sollen sogar eine baltische Liga fürchten, denn eine solche sei gefährlich, wenigstens aber nicht wünschenswert, weil sie zu leicht unter den Einfluß einer anderen seebeherrschenden Macht geraten könnte. Daher unterstützen sie ein zentralisiertes Rußland und halten es für möglich, den nichtrussischen Völkern allenfalls eine gewisse Autonomie oder — allerhöchstens — eine gewisse politische Selbständigkeit, jedoch wirtschaftlich in Zollunion mit Rußland zu gewähren." Gegen diese Gedanken sollte die Delegation ankämpfen. Ein Mittel hierzu war der Kongreß der II. Internationale in Bern (3.—10. Februar 1919), zu dem Martna entsandt wurde,

obgleich Pusta das wegen der Teilnahme der Deutschen an diesem Kongreß nicht für wünschenswert hielt. Überhaupt war die prinzipielle Einstellung der Mitglieder der Delegation zur großen Politik eine grundverschiedene. Martna notiert:

„Wir hatten einen intimen Gedankenaustausch über die Friedensbedingungen. Ich lenkte die Aufmerksamkeit darauf, daß durch zu schwere Friedensbedingungen bei den Deutschen ein bitterer Nationalhaß übrigbleiben würde und daß die dortigen Anhänger der Revancheidee darin ein gutes Material finden und einen unnachgiebigen Haß aufpeitschen würden, wenn ihnen ihrer Meinung nach Unrecht geschähe. Die Folge wäre genau dieselbe, wie bei der Abtrennung Elsaß-Lothringens von Frankreich 1871. Auch Herr Tönisson war dieser Ansicht. Für einen dauernden Frieden wäre es vorteilhaft, wenn die diesbezüglichen Gedanken Wilsons als Grundlage genommen und kein Volk durch schwere Friedensbedingungen auf den Weg der Revanche getrieben werden würde. Die Herren Pusta und Piip sind der Meinung, daß Deutschland eine strenge Strafe verdient habe und gerade dadurch die Verhütung eines neuen Krieges ermöglicht würde. Die Vernichtung der Flotte Deutschlands, die Fortnahme seiner Kolonien, die Schließung der Märkte für seine Waren usw. seien weder zu schwere, noch solche Bedingungen, die es nicht verdient habe. Wir brauchten nicht für sie zu seufzen. Ich antworte: ich seufze nicht wegen Deutschland, sondern wegen des Weltfriedens in der Überzeugung, daß eine derartige Unterdrückung eines lebenskräftigen Volkes nur schlechte Folgen haben kann. Wenn die Beziehungen der Völker so bittere bleiben, worauf sollen wir denn unsere eigene Existenz begründen? Wie sollen wir unsere Selbständigkeit gegen die Gelüste großer Völker verteidigen? Herr Pusta meint, wir könnten uns auf unsere „guten Freunde" stützen. Die Politik wird aber nicht durch Freundschaft, sondern durch Realinteressen bestimmt." Ein die handelnden Personen gut charakterisierendes Gespräch!

Die von Martna in Bern vorgeschlagene Resolution wurde zwar verhandelt, die Beschlußfassung aber um einige Monate verschoben. Sie lautete:

„Die internationale sozialistische Konferenz in Bern beschließt:

1. Die Selbständigkeitserklärung des estnischen Volkes befindet sich in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen sozialistischen Kongresse, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker behandeln.

2. Die Berner Konferenz empfiehlt der Pariser Friedenskonferenz, die Selbständigkeitserklärung des estnischen Volkes und den Freistaat Estland als selbständigen Staat anzuerkennen.

3. Die Berner Konferenz ist mit der Neutralisierung des Freistaates Estland einverstanden und unterstützt eine internationale Garantie der Neutralität Estlands; die Konferenz unterstützt gleichfalls den Gedanken einer Neutralisierung der Ostsee.

4. Die Konferenz heißt die Liquidation des Feudalismus und des feudalen Großgrundbesitzes in Estland gut und ist bereit, sie auf alle Weise zu unterstützen.

5. Die Konferenz verurteilt aufs schärfste den Beginn eines blutigen Krieges gegen Estland und drückt dem estnischen Volke, dem dieser Krieg leichtsinnig aufgezwungen worden ist, ihr wärmstes Mitgefühl aus."

Die ersten beiden Absätze dieser Resolution wurden mit geringfügigen Abänderungen auf der Amsterdamer Konferenz Ende April angenommen.

In dieser Zeit fanden auch weitere Besprechungen zwischen Pusta und Piip einerseits und linken russischen Politikern, wie Fürst Lvov, General Lebedev, Boris Savinkov und Tschaikovski, statt. Zu einem Resultat konnte man jedoch nicht gelangen, da die Esten als Vorbedingung jeglicher weiteren Verhandlung die Anerkennung der Unabhängigkeit Estlands verlangten, die Russen jedoch diese Frage erst nach gemeinsamer Niederwerfung der Bolschewiken bereinigen wollten. Es zeigte sich von neuem, daß auch die linken russischen Parteien durchaus zentralistisch dachten. Übrigens scheint von keiner Seite besonderes Gewicht auf diese Verhandlungen gelegt worden zu sein: die Esten hofften auf die Friedenskonferenz, die Russen auf den Waffenerfolg Denikins und die Intervention der Entente. Letzten Endes waren beide Teile sich darüber klar, daß auch in dieser Frage der Wille der Siegermächte ausschlaggebend war, und konnten sich zu Konzessionen nicht verstehen, solange noch die Hoffnung bestand, diesen Willen sich ganz geneigt zu machen. Eine kleine Episode ist vielleicht von Interesse, weil sie sich auf eine in dieser Zeitschrift bereits behandelte Angelegenheit*) bezieht; Pusta schreibt:

„(Auf eine Bemerkung antwortete General) Lebedev: „In Ufa hatten wir aber einige Delegierte des estnischen Landtages, die eine Deklaration unterschrieben, daß sie für Estland nur eine Autonomie

*) „Die Esten auf der Reichskonferenz in Ufa." Baltische Monatsschrift, Jahrgang 60 (1929) S. 655 und Jahrg. 61 (1930) S. 120.

innerhalb der großen russischen Föderation verlangten." Ich fragte, wer diese „Delegierten" gewesen seien. Lebedev suchte sich zu erinnern, dann sagte er, einer sei ein alter Mann mit langem Bart gewesen, der mit zwei Stöcken ging (Nõo?). Hatten sie Vollmachten? Lebedev erinnerte sich, daß er selbst an ihren Vollmachten gezweifelt und sogar angeregt habe, sie nicht unterzeichnen zu lassen. Die anderen hätten aber gesagt: „Mögen sie unterschreiben; je mehr Unterschriften, desto besser." "

Je geringer die Hoffnung auf eine Anerkennung der Unabhängigkeit Estlands durch die weißen Russen wurde, die der Lage nach eine wesentliche Vorbedingung für einen Erfolg auf der Friedenskonferenz zu sein schien, und je länger der Krieg dauerte, desto naheliegender mußte ein Friedensschluß mit den Bolschewiken erscheinen, der, wenn auch keinen dauernden sicheren Frieden, so doch wenigstens eine Atempause herbeiführen konnte. Schon Mitte April wurde Prof. Piip von Vertretern linker Parteien gebeten, „zu sondieren, wie die Alliierten, besonders die Engländer, einen Separatfrieden ansehen würden und wie ein solcher unsere zukünftigen Beziehungen zu den Alliierten beeinflussen würde. Die Engländer meinten, daß die Alliierten kein Recht hätten, uns zum Kriege zu zwingen, und daß wir diese Sache selbst entscheiden müßten. Natürlich sei es auch vom Standpunkte der Alliierten besser, wenn wir Frieden machten und selbständig blieben, als wenn wir den Krieg fortführten und zusammenbrechend den Bolschewiken zum Opfer fielen. „Sie dürfen Ihre Kräfte nicht überschätzen." Die Blockade würde über uns infolge des Friedens nicht verhängt werden, aber die Unterstützung müßte natürlich fortfallen. Die moralische Blockade sei unabwendbar mit allen Folgen der Isolierung, was einer Auslieferung an das Wohlwollen der Bolschewiken gleichkäme. Verständlicherweise konnten unsere Friedensforderer sich eine solche Lösung nicht zu eigen machen."

Allmählich klärte sich jedoch die Situation auch in Paris, d. h. es wurde klar, daß auf eine baldige Stellungnahme der Alliierten zur baltischen Frage nicht zu rechnen sei.

„Die am 26. Mai abgehaltene Sitzung der Baltischen Kommission der Pariser Friedenskonferenz brachte keine Klärung, noch trug sie dazu bei, unseren Standpunkt und den der weißen Russen einander zu nähern. Ungeachtet eines Protestmemorandums, das wir frühmorgens Lloyd George einreichten, wurde einige Tage später Koltschak als Oberhaupt Rußlands anerkannt. Es begann klar zu werden, daß

wir selbständig mit den Bolschewiken zu einem Vertrage kommen mußten."

Piip ist der Meinung, das Poska erst nach seiner Rückkehr aus Reval im Sommer 1919 „an der Kriegführung coute que coute zu zweifeln begann" In diesem Zweifel wurde er merklich durch ein Interview bestärkt, das wir beide Anfang Juni mit Balfour hatten, der uns in Gegenwart von Sir Esme Howard, dem Vorsitzenden der Baltischen Kommission der Friedenskonferenz, sagte, sie könnten die Verantwortung für das zukünftige Rußland nicht auf sich nehmen und sie könnten nicht mehr tun, als sie bereits täten.

„Wir machten einen letzten Versuch, mit russischen „demokratischen Kreisen" einen Kontakt zu gewinnen und ihre Ansicht über einen Frieden mit den Bolschewiken zu erfahren." Es folgten die Besprechungen Pustas und eine vollkommen resultatlose Zusammenkunft mit Kerenski in England. Am 29. Juni wurde der Friede unterzeichnet, ohne daß die russische und damit auch die baltische Frage entschieden worden wäre.

Damit war die Hoffnung gescheitert, durch die Siegerstaaten die Anerkennung Estlands zu erreichen.

„So war im Juli 1919 unsere Lage:

a) auf unsere Anerkennung ist so bald nicht zu rechnen — wegen Widerstandes der Russen;

b) auf unsere Unterstützung im Freiheitskriege ist nur soweit zu rechnen, als sie Teil der russischen Intervention ist;

c) auf finanzielle Unterstützung haben wir nicht zu rechnen (bis auf einen gewissen Warenkredit — der Kredit der amerikanischen Liquidationskommission war rein zufällig);

d) der Sieg der russischen Weißen ist nicht sicher (denn Koltschak war ja schon kaum mehr vorhanden)."

In dieser Lage gab es nur zwei Möglichkeiten: eine Fortsetzung des Krieges mit möglichster Annäherung an die weißen Russen, in der Hoffnung, daß diese nach Niederwerfung des Bolschewismus dem Bundesgenossen Zugeständnisse machen würden; nach allem Vorgefallenen war diese Hoffnung zum mindesten sehr schwach begründet. Oder aber ein Vertrag mit den Bolschewiken, der die Anerkennung der Unabhängigkeit Estlands enthielt; diesen Standpunkt vertrat Poska vor der Regierung:

„Bei seinen Zusammenkünften mit führenden Politikern in London und Paris hatte er den Eindruck gewonnen, daß unsere Lage sie eigentlich wenig interessiert und daß wir hauptsächlich mit eigenen

Kräften zu rechnen hätten. Daher müßten wir unsere Kräfte sparen. Wenn es möglich ist, mit den Bolschewiken Frieden zu machen, so sollte man das tun. Niemand weiß, wie lange ein solcher Frieden dauern kann, aber wie lange er auch dauerte, eine große Erleichterung bedeutet er für uns jedenfalls. Wir können aufatmen Poska behauptete, daß er die Möglichkeit habe, ohne Aufsehen die Meinung der Bolschewiken zu sondieren. Die Arbeitspartei war mit Poskas Vorschlag einverstanden, die Volkspartei dagegen Es wurde beschlossen, daß der Vorschlag von Poska den Regierungsmitgliedern allein bekannt bleiben dürfte. Dieser Beschluß wurde so strikt eingehalten, daß der Landbund (NB. der in der Regierung nicht vertreten war) wie vom Himmel fiel, als die Angelegenheit nach einiger Zeit den Mitgliedern der Konstituante mitgeteilt wurde." Wie wir sehen werden, war auch Prof. Piip hierüber nicht orientiert, wohl aber wurde der Oberbefehlshaber vom Premierminister Strandmann benachrichtigt. „Laidoner wollte anfangs davon sogar nichts hören und brachte alle wirksamen Gründe vor, die einen solchen Schritt gefährlich machen. Nach einer mehrstündigen Unterredung hat er seine Zustimmung gegeben."

Die Sondierung Poskas zeitigte positive Resultate, und ein Friedensangebot Tschitscherins wurde nicht mehr abgelehnt.

Es würde zu weit führen, alle Stadien der Friedensverhandlungen bis ins einzelne zu verfolgen; es sollen nur die politischen Gesichtspunkte berührt werden, wie sie der Führer der estnischen Friedensdelegation, Piip, schilderte.

„Es ist verständlich, daß nach allem Vorgefallenen den Bolschewiken nicht vertraut werden konnte. Mit größter Vorsicht wurde bei uns der russische Vorschlag angenommen, umsomehr als um diese Zeit die Nordwest-Regierung in Reval gerade unsere Selbständigkeit anerkannt und Spezialabgesandte nach Paris geschickt hatte, um auf Koltschak — Savinkov — Sasonov einzuwirken, daß auch sie uns anerkennen. Man darf auch die traditionelle Ansicht nicht vergessen, daß die baltischen Staaten zusammen stehen und fallen. Poska erschien die Schaffung des Baltischen Bundes sogar wichtiger als der Friede mit den russischen Bolschewiken, denn ein starker Bund führe allendlich auch zum Frieden — und zwar zu einem dauernden, während ein schwacher Separatfriede uns eine gefährliche Klippe sein könnte. Die Stimmung im Militär und in der Mehrheit des Volkes, sowie die Gleichgültigkeit der Alliierten zwangen Poska, dennoch die Friedensunterhandlungen anzunehmen, doch gab er gleichzeitig seinen Dele-

gierten die Weisung, Verhandlungen ad materiam so lange aufzuschieben, bis der Baltische Bund in den Sattel gehoben sei. Dabei ist es nicht Zufall, daß gleichzeitig mit der Friedenskonferenz in Pleskau der erste Kongreß der baltischen Premier- und Außenminister in Reval tagte. In Pleskau wurde verlangt, daß das Friedensangebot an alle baltischen Staaten gemacht werde, und in Reval wurde beschlossen, die Friedensverhandlungen gemeinsam zu führen."

Auf der Rückreise hatte Piip in London nochmals die Einstellung der Engländer zur Frage des Separatfriedens sondiert. Amtlich wurde geantwortet: „Das haben Sie selbst zu entscheiden." Halbamtlich aber äußerte Mr. Gregory, der die baltischen Angelegenheiten im Foreign Office bearbeitete, sich wesentlich ausführlicher. „Er sagte kurz heraus, daß wir einen endlosen Krieg nicht führen könnten und jegliche Hoffnung auf eine aktive Unterstützung durch die Alliierten fallen lassen müßten. Daher müßten wir die Friedensangelegenheit aktiv und entschieden in die Hand nehmen und bei der ersten Gelegenheit Frieden schließen. Eine Fortführung des Krieges könne uns nur zum Verhängnis werden. Selbstverständlich überließe England unter solchen Umständen den Friedensschluß ganz uns — Sie können besser darüber urteilen —, der Friede würde jedoch keine Vorwürfe oder Verschlechterung der Beziehungen zu England nach sich ziehen. Gleich mir sei er der Meinung, daß auf einen Sieg der weißen Russen zu hoffen sich nicht lohne, aber man solle sie nicht unnütz reizen, was auch einen Teil der öffentlichen Meinung Europas gegen uns aufbringen würde. Da nach seiner Kalkulation die weiße russische Bewegung noch besondere Kraftanstrengungen machen würde, was aber nicht vor einem bis anderthalb Monaten geschehen werde, so empfehle er uns, wenn wir irgend durchhalten könnten, den endgültigen Frieden nicht vor dem 1. November abzuschließen. Einen Waffenstillstand oder eine zeitweilige Waffenruhe könnten wir aber gleich vereinbaren, ohne daß uns jemand einen Vorwurf machen könnte, denn warum helfen jene, die den Vorwurf erheben könnten, uns nicht selber."

Die Militärvertreter der Alliierten in Estland waren jedoch ausgesprochen gegen den Friedensschluß, besonders die französischen, hauptsächlich wohl angesichts der bevorstehenden Offensive Judenitschs auf St. Petersburg. Auch die übrigen baltischen Staaten verhielten sich reserviert, Lettland hatte sich noch nicht Lettgallens, Finnland sich noch nicht Kareliens bemächtigt; Litauen führte tatsächlich überhaupt nicht Krieg und war daher weniger interessiert. Endlich ver-

hielten sich auch die rechten estnischen Parteien zurückhaltend zum Frieden, besonders nachdem Judenitsch Ende September seine Operation erfolgreich begonnen hatte. Nach langen Verhandlungen beschloß eine neue Konferenz der baltischen Premier- und Außenminister am 1. Oktober: „1) den Bolschewiken mitzuteilen, daß Estland, Lettland und Litauen bereit seien, die Friedenspräliminarien spätestens am 25. Oktober 1919 zu beginnen; 2) daß Finnland die Friedensfrage seinem Parlament vorlegen und spätestens am 23. Oktober seine Antwort geben werde; bis dahin bleibt aber der endgültige Termin der Friedensverhandlungen unbestimmt; 3) die vier Staaten erkennen als gemeinsame Forderungen an: a) keiner dieser Staaten schließt vor gemeinsamen Friedensverhandlungen einen Separatfrieden ab, unter Voraussetzung einer Militärkonvention (augenscheinlich befürchtete man einen Friedensschluß unsererseits, hielt aber unser Recht dazu für natürlich, wenn niemand einen Militärvertrag abschließen wolle), b) Sovetrußland muß das Selbstbestimmungsrecht der Völker und damit die Unabhängigkeit Estlands, Lettlands und Litauens anerkennen (die Unabhängigkeit Finnlands hatte die russische Bolschewikenregierung schon früher anerkannt). c) Rußland verpflichtet sich, die direkte und indirekte Propaganda in den baltischen Staaten aufzugeben, d) zwischen Rußland und den vier Staaten, deren Grenzen auf ethnographischer Grundlage festgesetzt werden, wird auf der russischen Seite der Grenze eine neutrale Zone errichtet, e) Spezialforderungen der einzelnen Staaten, auch in finanziellen und wirtschaftlichen Fragen, die von den anderen Staaten gutgeheißen worden sind, müssen auch von den anderen Staaten unterstützt werden."

Dementsprechend wurde Tschitscherin am 4. Oktober telegraphiert, daß Estland, Lettland und Litauen zu Friedensverhandlungen bereit seien, und Dorpat als Verhandlungsort vorgeschlagen. Das Abkommen wurde allerdings später nur von Estland und Lettland ratifiziert.

Dieser Schritt bedeutete politisch den Bruch mit den weißen Russen, speziell auch mit der Nordwestarmee, die im Begriff war, ihren Vormarsch auf St. Petersburg anzutreten. Andererseits war es politisch richtig, wenn man wirklich zu einem Frieden kommen wollte, die Bereitschaft dazu in dem Augenblick zu erklären, wo man militärisch am stärksten dastand und der Gegner sich in schwerer, ja bedrohlicher Situation befand. Als Druckmittel auf den Gegner war es auch zweckmäßig, an der Offensive teilzunehmen. Das geschah auch, aber in einem Maße und in einer Richtung, die den Feind eben nur

bedrängen, nicht aber vernichten konnte; denn falls er vernichtet wurde, so trat an Stelle dieses Verhandlungspartners ein sehr viel unbequemerer, die siegreichen weißen Russen. Die ungenügende, halbe Unterstützung des Vormarsches der Nordwestarmee war also politisch reiflich überlegt.

Den Bolschewiken kam sehr viel darauf an, die Verhandlungen zu beginnen, bevor der entscheidende Vormarsch Judenitschs begann. Sie schlugen den 12. Oktober als Termin vor, was den Esten angesichts der öffentlichen Meinung in Europa und teilweise auch im eigenen Lager unbequem sein mußte. Da kam ihnen der Beginn der Offensive Bermondts auf Riga (8. Oktober) zu Hilfe. Den Bolschewiken wurde geantwortet, daß diese Verwickelungen eine sofortige Aufnahme der Verhandlungen unmöglich gemacht hätten, daß aber sofort nach deren Liquidierung ein neuer Termin genannt werden würde.

Um den 20. Oktober war die größte Gefahr der Bermondtaffaire vorüber, Judenitsch stand auf dem Höhepunkt seines Erfolges, jedoch besagten Privatnachrichten aus Moskau, daß die Bolschewiken weder den Kopf verloren hätten, noch am Ende ihrer Kräfte seien.

In diesem Moment wurde die Durchreise eines englischen Journalisten nach Moskau benutzt, um den Bolschewiken den Vorschlag zu machen, unter dem Vorwande von Verhandlungen über Gefangenenaustausch in einen Meinungsaustausch über Friedensmöglichkeiten zu treten. Die Bolschewiken waren einverstanden und der Termin wurde auf Mitte November und zwar in Dorpat vereinbart. Gleichzeitig tagte dort eine neue Konferenz der baltischen Staaten, diesmal ohne Finnland. Bald erwies sich, daß zurzeit nur ein estnisch-russischer Separatfrieden in Frage kam. Auch vor diesem Schritt scheute sich die estnische Regierung nicht, durch den Zusammenbruch der Nordwestarmee war ja die Lage durchaus eindeutig geworden. Die Verhandlungen begannen am 4. Dezember und führten zum Abschluß des bekannten Dorpater Friedens.

Wir sind am Schluß unserer Übersicht, die nur das Wesentlichste herausgreifen konnte. Es ließen sich noch manche interessante Einzelheiten anführen, doch würden sie das auch so schon vielfältige Bild noch weiter komplizieren. Letzten Endes lassen sich aber die verworrenen Pfade der estnischen Politik auf wenige Grundsätze zurückführen, die augenscheinlich für jede Politik zu jeder Zeit gültig sind. Da ist zunächst der vielumstrittene Wert von Imponderabilien in der

Politik; die Erfahrung hat, wie stets, so auch hier gelehrt, daß es irrtümlich ist, auf Gefühlsmomente, auf ethische Beweggründe in der Politik zu rechnen — Pustas Rechnung mit den „guten Freunden" war falsch, die Friedenskonferenz und die Großmächte haben sich an die feierlich anerkannten Wilsonschen Grundsätze nicht gehalten, als sie ihnen nicht paßten; wohl aber ist es politisch klug, die öffentliche Meinung nicht zu verstimmen, und diese hält sich an Schlagworte, die Imponderabilien vortäuschen, — Martnas Vorbereitung der Agrarreform, der kluge Rat von Mr. Gregory; wesentlich aber und die Grundlage des politischen Erfolges ist das Imponderabile der moralischen Kraft im eignen Volke und des festen Willens seiner Führer, — der Prüfstein für die Esten war, ob es gelang, die demoralisierende Wirkung der Revolution zu paralysieren, oder nicht: in Beziehung auf nationale Disziplin, auf die entscheidende Fähigkeit, Opfer zu bringen, hat es die Prüfung damals bestanden; in Beziehung auf die sittliche Disziplin, die Fähigkeit, primitive Instinkte strengen Rechtsgrundsätzen unterzuordnen, hat es sich zu der Zeit von der Aufpeitschung dieser Instinkte durch die Revolution noch nicht befreien können; — ob es diese wahre Freiheit erringt, ist nach Erreichung der nationalen Freiheit die eigentliche Zukunftsfrage.

Dann tritt deutlich der Grundsatz hervor, den schon Clausewitz erkannte, nämlich daß Verteidigung stärker ist als Angriff; daher die große Bedeutung des fait accompli — ein noch so kleines und schwaches Estland konnte sich durchsetzen, weil es einmal da war, während sein Gegenspieler, das große einige Rußland, nur als Idee existierte; es kam also alles darauf an, in den wenigen Wochen zwischen dem Zusammenbruch Deutschlands und der möglichen Überflutung durch die Roten ein solches fait accompli zu schaffen; daß das gelang, ist ausschließliches Verdienst einiger weniger Männer.

Und damit kommen wir zum dritten Punkt: der ausschlaggebenden Bedeutung starker Persönlichkeiten. Die äußeren Verhältnisse, das auf- und abwogende Spiel der vielfältigen, die politische Konjunktur schaffenden Kräfte geben die Möglichkeit zur Verwirklichung des einen oder anderen politischen Zieles; die Möglichkeit verstreicht aber ungenutzt, wenn sie nicht von nüchternem Verstande erkannt, mit sicherem Instinkt abgetastet, mit mutigem Entschluß ergriffen und mit festem Willen zäh verwirklicht wird.

Methoden der Moskauer Diktatur

Organisation und Programm des 16. Parteikongresses*)

Von Harald Frisch

Wenn in den folgenden Zeilen die Organisaton des 16. Kongresses der russischen Kommunistischen Partei als allsovetrussische, nicht allein kommunistische Angelegenheit behandelt wird, so geschieht dies aus gewichtigen Gründen. Auch ein allrussischer**) Sovetkongreß behandelt alles außerhalb der bolschewistischen Partei Stehende als Objekt ohne eigenes Recht, vor allem ohne das Recht einer unabhängigen Willensmeinung oder gar Willensäußerung in der Tat; auch ein solcher staatspolitischer Kongreß steht in keinem Zusammenhang mit den breiten außerhalb der Partei befindlichen Massen, es sei denn dem eines europäischen Kolonisators mit der Masse der unzivilisierten Urbevölkerung der Kolonie um die Mitte der zweiten Hälfte den vorigen Jahrhunderts — im besten Falle. Und doch spricht man außerhalb Rußlands — besonders in Deutschland — bei solchen Anlässen unentwegt von den russischen Massen, von Volkswillen und Massenpsychologie, ohne zu merken, wie völlig man dabei in die Gebiete westlich-demokratischer Ideen hineingerät, die in krassem Gegensatz selbst zum Wortlaut des bolschewistischen Programms stehen. Zwischen allrussischen Sovet- und Parteikongressen besteht heute nur noch dem Namen nach ein Unterschied. Alles übrige ist seit der Konsolidierung der föderalen Ordnung des Reiches und der Verwaltung seiner „autonomen" Teile, abgesehen von dem Wechsel einiger weniger Personennamen, wesentlich identisch.

Ein hervorstechendes Merkmal des russischen Partei- und Staatsregimes ist seine außerordentliche straffe Zentralisation. Aus längst vergessenen Gründen heißt sie in der offiziellen Terminologie „demokratische Zentralisation" Einen Zentralisationsprozeß stellt auch die

*) Vgl. den Aufsatz „Momente der Moskauer Politik" Baltische Monatsschrift Heft 7/8 (S. 405).

**) Всесоюзный. Seit Gründung der USSR ist dieser mit einem deutschen Ausdruck nicht zu übersetzende Terminus anstelle des früheren всероссийский getreten, den hier aus Bequemlichkeitsgründen beizubehalten erlaubt sei.

gesamte propagandistische und organisatorische Vorarbeit zum Julikongreß dar. Von den Parteikonferenzen der kleinsten administrativen Einheiten geht es über die область und den край bis zum Moskauer Mittelpunkt auf dem Wege zusammenziehender und eliminierender Organisation, zwischen predigthafter Propaganda auf der einen und nackter Gewalt auf der anderen Seite.

Die Zentralisation ist für das ganze bolschewistische System unbedingt wesentlich und unzweifelhaft eine Voraussetzung für sein Bestehen. Andererseits ist sie in dem staatsrechtlich auf föderalistischer Grundlage umgebauten Riesenreich nur möglich dank der tatsächlichen Einheit des Staates mit der ganz unföderalen, vollkommen einheitlichen, ideell gleichartigen (bolschewistisch: „monolithischen") Partei. Die Partei deckt den Föderalismus des Reichsbaues überall zu, wo das angebracht oder nötig erscheint. Sie ist mit ihm organisch in gleicher Weise verknüpft, wie alle die zahllosen Spitzenbehörden des Staates und der Partei untereinander: nämlich vor allem dadurch, daß eine Reihe der wichtigsten Ämter in der Staatsregierung und Parteiorganisation mit denselben Personen besetzt ist. Dieses System hat den Vorzug, keiner besonderen Überbauten zu bedürfen und den Staats- und Parteiorganen ein anscheinend freies, unabhängiges Auftreten nach außen hin zu sichern: bald ist es ein Staat, bald eine Partei, die keine Grenzen zwischen den Ländern kennt, — bald eine föderative Union, ein Staatenbund, in ihren einzelnen Teilen, bald ein gewaltiges Reich. In beachtenswertem Maße haben die Bolschewisten es verstanden, diese Möglichkeiten innen- und außenpolitisch auszuwerten. Sie haben gedruckte Rechtsformeln als einzig gültig, als einzig den Tatsachen entsprechend hinzustellen gewußt, ohne daß das Ausland sich dessen bewußt geworden wäre, daß eine jede solche Formel jederzeit nach Bedarf durch eine ganz andere, vielleicht entgegengesetzt lautende ersetzt werden konnte. Trat dieses ein, so meinte man etwas anderes, sogar neues vor sich zu haben. Damit ist in die „antikommunistisch, aber nicht antirussisch" gerichtete Politik der bürgerlichen Staaten eine solche Verwirrung getragen worden, daß heute, angesichts der kritischen Wirtschaftslage, eine vernünftige Vereinigung der Verhältnisse in absehbarer Zeit ausgeschlossen erscheint.

Wiederum eine bemerkenswerte Analogie. Betrachten wir die organisatorische Propaganda und Agitation vor unserem Kongreß: an die Stelle der in der Außenpolitik herrschenden Formelfülle, des beweglichen Apparats aus zweierlei Sphären angehörigen, zwei verschiedenen Arsenalen entnommenen Satzungen tritt hier die Propaganda

jedes faktischen Inhalts barer Dogmen. Wechselt dort die gute Moskauer Sache mit erstaunlicher Behendigkeit und Kaltblütigkeit, aber auch ohne viel Sorgfalt oder Rücksicht auf immerhin bekannte Tatsächlichkeiten alle Augenblicke ihr Buchstabenkleid, so wird in gleicher Weise auch hier der Parteizuhörerschaft und der stumpfen Masse das Unmöglichste und Unglaublichste bis zum schlechthin Phantastischen neben rein Realem und nackten harten Tatsachen in buntem Durcheinander vorgetragen; angesichts der fortschreitenden psychischen Zerrüttung der russischen Massen braucht hier auch wirklich keine Rücksicht auf Glaubwürdigkeit genommen zu werden*). Versagt dort der diplomatische Formelapparat, hier die Schlagkraft der Propaganda (das erste ist bezeichnenderweise viel seltener als das letztere), so tritt an die Stelle der wirtschaftlichen Lockung oder des Druckes dort hier der Terror, tatkräftig gestützt von einer in ihrer Art bisher einzig dastehenden Gendarmerie. Ist alles vorbei, so verschwindet das Geschehene mit der barmherzigen Zeit, hinter verschlossenen Grenzen, in sicherer Entfernung, im versöhnenden Licht „sachlicher" ausländischer Betrachtung, und wir sehen, interessiert und bewundernd, das Bild einer elementaren, imposanten „Bewegung"

Seiner ganzen Geschichte nach ist der Bolschewismus von Anbeginn an, seit dem Minsker „Kongreß" von 1898**), ein negatives Produkt. Er wuchs an der Größe des Niederzureißenden und nachher des Niedergerissenen. Er war klein 1917 — denn was für ihn noch übrigblieb an Zerstörungsarbeit (ich spreche hier nicht von wirtschaftlichen Gütern), war herzlich gering. Er wurde größer in den Jahren des Kriegskommunismus, denn die Angreifer und Widerstände, gegen die er in dieser Zeit zu kämpfen hatte, waren gewaltig. Er wurde wieder kleiner während der letzten Jahre Lenins, als zur Zeit der NEP jene Widerstände fast gänzlich zerschmolzen. Er ist wieder gewachsen im Vernichtungsfeldzuge Stalins. Er bestand nur am wechselnden Objekt: Ancien Régime — Liberalismus — weiße Bewegung — neue Ansätze bürgerlicher Ordnung und Wirtschaft und bäuerlicher

*) In keinem Lande der Welt ist je so viel geglaubt worden wie in Rußland; nichts scheint hier ungeheuerlich genug. Keine Betrachtung über die Verwurzelung bolschewistischer Ideen im russischen Volke darf dieses Moment außer Acht lassen.

**) Vom 1.—3. März dieses Jahres tagte in Minsk eine Versammlung von 9 sechs verschiedenen Organisationen angehörigen Revolutionären, von denen allenfalls 4 Russen waren. Diese Tagung gilt offiziell als der erste bolschewistische Kongreß.

Individualismus. Lenin war in seinen letzten Jahren über den Bolschewismus hinausgewachsen: ihn träfe heute, stünde er wieder auf, der Moskauer Bann. Als Mumie aber ist er ein Heiliger geworden mit der Zeit, hinter verschlossenen Türen Die ganze Welt sprach vor seinem Tode von der anbrechenden Evolution, als der natürlichen, ersehnten Lösung der russischen Frage. Jede solche Evolution aber wäre das Ende des Bolschewismus. Das war Stalin und seinen Gesinnungsgenossen zur Genüge klar. Bolschewisten nicht nur der Weltanschauung und Meinung, sondern auch den Trieben und dem Temperament nach, putzten sie die rostenden Gewehre und zogen in einen neuen Kampf: eben nicht um des bolschewistischen Programms (das Lenin, vielleicht sogar gläubig, bis zum Schluß im Auge behalten hatte), sondern um des Bolschewismus selbst, um seiner Herrschaft willen. Um dieser Herrschaft willen begann der Kampf gegen den individuellen Bauern, wurde die Losung von der Kollektivisierung der Bauernwirtschaft ausgegeben; zur Speisung der nötigen Maschine, der Organisation und des Programms schuf man den Fünfjahrplan. Daneben die politische und militärische Verteidigungsorganisation (Rote Armee, Osoaviachim usw.) — diese drei Elemente: Kollektivisierung, Fünfjahrplan, Ertüchtigung der Verteidigung, bilden, in die Programme eingezwängt, den wesentlichen Inhalt der großen Propagandawelle, die seit dem Einsetzen des neuen Stalinschen Kurses das Land überzog.

Der Kongreß war eine Etappe, ein Rückblick, ein Sichversichern, ein Nachholen einiges Versäumten, ein Sammeln von Nachzüglern und Versprengten, sollte eine drohende Geste sein nach rechts und ein feldherrnhafter Fingerzeig in die Zukunft zum Licht. Er sollte schließlich ein Bekenntnis bringen, in vielem manch einem kirchlichen ähnlich, vor allem darin, daß es einem jeden Wort für Wort vorgeschrieben war. Es konnte nicht anders sein: war doch das, wozu der Gläubige sich bekennen sollte, vollzogene Tatsache. Immerhin durfte selbst Stalin den Bogen nicht überspannen; daher wurde auf dem flachen Lande drei Monate vor dem Kongreß abgeblasen, und das wüste Werk der Kollektivisierung setzte für diese Zeit aus.

Das umfangreiche Material, welches die Bolschewisten der Öffentlichkeit durch ihre Zeitungen und sonstigen gedruckten Ausgaben zur Einsichtnahme und Verfügung stellen, läßt keine Differenzierung der Rede- und Schreibweisen der Propagandaorganisation zum Kongreß in den verschiedenen Teilen des Reiches erkennen. Dementsprechend klingt auch der Widerhall, den — wiederum nach dem vorliegenden

Material — die Agitationstätigkeit der Parteifunktionäre auf den Parteikonferenzen in den verschiedenen Ländern fand in Gestalt von Begrüßungen, Entschließungen, Kollektivgesuchen und etwa den charakteristischen „Geschenken an den Parteikongreß" (eine schneller als planmäßig vorgesehen unter Dach gebrachte Fabrik, fertige Arbeiten, die das planmäßige Tempo oder Quantum um so und so viel Prozent übersteigen, die Anschaffung eines Traktors, einer kombinierten Erntemaschine u. a., — klingt dieser Widerhall überall so gut wie gleich. Um es gleich vorwegzunehmen: um eigentliche Äußerungen eines Volkswillens — die entsprechend der völkischen Verschiedenheit der einzelnen Teilstaaten und -gebiete der Union ja selbst im für den Bolschewismus günstigsten Falle ganz verschieden ausfallen müßten — konnte und sollte es sich garnicht handeln. Nur mit den Wünschen und Bedürfnissen eines kleinen Teiles der Bevölkerung, des „Proletariats", „rechnet" ja der Bolschewismus überhaupt, und vollends ein verschwindend kleiner Teil — die Partei — sollte auf dem Kongreß vertreten sein, etwas mehr als ein Prozent, die Bevölkerung der Union mit 150 und die Mitgliederzahl der Partei mit 2 Millionen angenommen. Betrachten wir schließlich das Endergebnis des Kongresses, so finden wir, daß dabei noch alle irgendwie selbständigen Elemente ausgeschaltet wurden, deren Äußerungen auch nur Spuren eigener Kritik aufwiesen. Dieser Prozeß wurde im ganzen zwar erst auf dem Kongreß selbst zum Abschluß gebracht, spielte sich aber im kleineren und einzelnen in allen seinen charakteristischen Phasen schon auf den großen Parteikonferenzen in Leningrad und Moskau ab. In den weiten nichtrussischen Ländern der Union, wo eine bolschewistische Orthodoxie unter der Bevölkerung natürlicherweise undenkbar ist, repräsentierte der Moskauer Funktionär allein die von ihm einberufene Versammlung; er und seine Gehilfen redigierten und faßten die Resolution: so Kalinin auf der Konferenz des Unteren Wolgagebietes, Eiche auf der sibirischen in Novosibirsk, Andrejev auf der nordkaukasischen, Kuljkov auf der kirgisischen, Koroštelev in Uzbekistan usw. War alles sicher unter Dach, so siebte er noch einige besonders geeignete Äußerungen durch und staffierte damit das oben umrissene dreifaltige Schema entsprechend aus, wobei man ohne viel Federlesens so weit ging, etwa von turkestanischen Nomaden „Resolutionen" über die bäuerliche Kollektivisierung fassen zu lassen.

Das alles ist in diesen Gebieten des geringsten Widerstandes recht glatt und reibungslos verlaufen, während es anläßlich der großen Konferenzen in der Ukraine, in Moskau und besondes in Le-

ningrad doch zu einem Aufeinanderprallen von Meinungen gekommen ist. Unter den Massen der seit einem Jahrzehnt ununterbrochen politisch bearbeiteten und in einem gewissen Sinne, wenn auch ganz einseitig, erzogenen Bevölkerung dieser mit großen industriellen Enklaven durchsetzten Gebiete war die Zusammensetzung der Gliederpuppe, welche diese Gebiete auf dem Kongreß vertreten sollte, dementsprechend weniger leicht, und es scheint tatsächlich, daß es hier aller bolschewistischen Mittel bedurft hat, um das Gewünschte zu erreichen.

Was zunächst das erste Element des neuen Programms, die landische Kollektivisierung, betrifft, so hatte es den offenbaren Nachteil, daß natürlicherweise nur die ärmsten, d. h. untüchtigsten und verkommensten Bauern, die „Bednjaki", für die Kollektivisierung zu haben waren, d. h. soweit man überhaupt auch nur scheinbar an eine eigene Meinung appellierte. Schon der „Serednjak", der mittelbesitzliche Bauer, machte Schwierigkeiten, und gerade der „Serednjak" fällt als mehr oder weniger neutrales, leistungsfähiges Element für das nötige Minimum an aufbauender Arbeit am meisten ins Gewicht. Angesichts der Tatsache, daß auf eine bewußte Mitarbeit des Serednjak am bolschewistischen Werk, wenigstens in nennenswertem Umfange, verzichtet werden mußte, daß es andererseits gefährlich erschien, ihn geradezu in die passive Resistenz abzudrängen, galt es eine „leninsche" Vertretung des Serednjak künstlich zu schaffen, was denn auch durch die Einschiebung zuverlässiger halbstädtischer „Zellen", die wiederum, nach bolschewistischer Ordnung, die einzig stimmberechtigten Elemente sammelten, im Verlauf einer längeren Entwickelung gelungen ist. Die 2. und 3. Leningrader und die 2. Moskauer Gebietskonferenz haben dann die Früchte dieser Politik geerntet, während der Terror der Zellen und der bolschewistischen Vollzugs- und Schutzorgane, vor allem die GPU dafür sorgte, daß die große Masse zu keiner eigenen Führung kam.

Den Übergang zum zweiten Hauptteil des Programms, dem Fünfjahrplan, der Industrialisierung des Landes, bildet, nach der Moskauer Lehre, die Hand in Hand mit der Kollektivisierung gehende Mechanisierung der Landwirtschaft. „Der Traktor und die kombinierte Erntemaschine reißen die Grenzen des bäuerlichen Besitzes nieder, denn zwischen diesen engen Grenzen können sie nicht arbeiten. Andererseits ist die notwendige Hebung der landwirtschaftlichen Produktion nur durch Mechanisierung der Landwirtschaft möglich. So arbeiten hier beide Programme Hand in Hand auf das gemeinsame Ziel hin,

denn nur eine hochentwickelte Industrie vermag die Voraussetzungen für eine Mechanisierung der Landwirtschaft zu schaffen." In dieser Formulierung liegt der Sinn der bolschewistischen Apotheose des Traktors, der zwei höchste Prinzipien des Bolschewismus in sich verkörpert.

Das zweite Element, die Industrialisierungspropaganda, wendet sich als solche an viel engere Kreise der Bevölkerung — die Arbeiterschaft. Von einer geschlossenen passiven Opposition kann hier die Rede nicht sein. Im Gegenteil muß die von den Führern immer wieder verkündete Sicherheit, einzig auf dem vom Fünfjahrplan gewiesenen, wohl dornenvollen und harten, aber lichten und erhabenen Wege dem herrschenden Elend entrinnen zu können, tatsächlich breitere Massen an das Werk des industriellen Aufbaues heranziehen. Hier hat denn auch die Propaganda wirklich große Erfolge erzielen können; hier soll nicht niedergerissen, soll geschaffen werden; hier wendet sich der Appell der Partei an die Besten unter den Beherrschten; hier bietet sich Gelegenheit, die bolschewistischen Reihen aus der Zahl dieser Besten zu ergänzen zum großen Gewinn des Gesamtprogramms, ohne Rücksicht darauf, daß der Plan als wirtschaftliches Programm schon angesichts des Fehlens aller auf Technik und Menschenmaterial, auf Transportorganisation und Finanzen und nicht zuletzt auf sachkundiger Führung beruhenden Voraussetzungen von vornherein zum Scheitern verurteilt erscheinen muß.

Auch das dritte Element — die Organisation der Landesverteidigung mit dem Zwecke des Schutzes der bolschewistischen Diktatur, aber auch der Einheit und Unantastbarkeit des Reiches — birgt starke positive Faktoren. Auch hier wendet sich die Propaganda, nun vollkommen bewußt, an ganz unkommunistische nationale Instinkte; rein national anmutende Losungen sind an der Tagesordnung. Das Zurücktreten des politischen Parteimannes Woroschilow gegenüber dem Militär Blücher, dem Kommandeur der Besonderen Roten Armee des Fernen Ostens (особая краснознаменная дальневосточная), auf dem Kongreß ist bezeichnend dafür. Ein recht dünnes „kominternationales" Amalgam bedeckt dieses Bild als notwendige Abschreibung zum Schaden der militärischen Sache. Beide, die weiße und die rote Kriegspropaganda, die Heeres- und Kriegswerbung in den Militärstaaten vor dem und während des Weltkrieges und die Propaganda für die Rote Armee und den Osoaviachim, die zivile Verteidigung, in Sowetrußland appellieren an dieselben Teile des nationalen Komplexes der Volkspsyche.

Anschließend ist hier auf einen besonderen, z. Z. sehr wichtigen Teil der inneren und äußeren Propaganda des Bolschewismus hinzuweisen, der die bestehenden ernsten wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der bürgerlichen Welt, die „Krisis des Weltkapitalismus", und die Lage in Asien, die „Krisis des Weltimperialismus", zum Ausgangspunkt nimmt.*) Die Presse nährt hier mit ihrem Auslandsdienst eifrig die Verteidigungspropaganda, und kaum bemerkt schiebt sich ein aggressives Element in Rede und Schrift. Wir können bis auf weiteres darüber hinwegsehen: kann doch, nach den Worten der Propaganda, Sovetrußland vor allem jeden Augenblick vor der Notwendigkeit bewaffneter Verteidigung gegen einen „imperialistischen" Angriffskrieg stehen, der „allein den Weltkapitalismus und Weltimperialismus vor dem Zusammenbruch gegenüber der kommunistischen Macht retten könnte", und der deshalb „seit Jahren auf der Tagesordnung der bürgerlichen Mächte und in den Plänen ihrer Generalstäbe steht" Der Wert einer solchen Losung für die bolschewistische Sache ist nicht zu unterschätzen.

Mit diesen Dingen hat die „rechte" und die „linke" Opposition, der im Auslande, besonders in Emigrantenkreisen, so viel Beachtung geschenkt wird, nichts zu schaffen. Wie wenig wirkliche Bedeutung dem, was die bolschewistische Terminologie mit den genannten Ausdrücken bezeichnet, auch sonst zuzuschreiben ist, erhellt aus einer einfachen Überlegung. Die „rechte Opposition" ist im Grunde genommen nichts als die innerhalb der Partei nie ganz zu unterdrückende Kritik am herrschenden Kurse. Es handelt sich also lediglich um einzelne skeptische Gruppen innerhalb der Partei. Behaupten diese Leute von sich, sie stünden noch weiter links als die Orthodoxen, so gilt die betreffende Gruppe als „linke Opposition", wobei das „links" von der offiziellen Presse selbst in Anführungsstriche gesetzt wird. Die eigentliche Opposition, die große Masse der Bevölkerung, schläft, halb erstickt, einen ohnmächtigen Schlaf, in einem Dunkel, wohl undurchdringlich auch für das schärfste beobachtende Auge.

*) Vgl. Stalins großen Rechenschaftsbericht über die Politik des Zentralkomitees vom 27. Juni und „Baltische Monatsschrift", August.

Geist und Seele als Problem der Großstadt

Von Kurt Seesemann

1.

Die Großstadt als Mittel zur Macht

Vor wieviel Jahresäonen der Einbruch des Geistes in das Leben geschah, wird sich heute nicht mehr aufhellen lassen, sicher jedoch ist, daß sich der Einbruch weit jenseits der frühgeschichtlichen Zeit vollzogen haben muß. Seit den Zeiten haben sich im Menschen anstelle der natürlichen Triebbewegungen allmählich zweckbezogene Bewegungen herausgebildet, die in ihrer weiteren Entwicklung uns als Handfertigkeiten entgegentreten und Handwerk und Arbeitsteilung erschufen. Man kann von hier aus den Weg zur Großstadtbildung in der üblichen Weise der Volkswirtschaftslehre verfolgen und zeigen, daß mit der Entwicklung einzelner Werkzeuge, verschiedener Handfertigkeiten und der sich daraus bildenden Arbeitsteilung eine Mehrung des menschlichen Machtbereichs in der Natur einhergeht. Doch war noch nicht einmal die Einführung der modernen Maschine nötig, um das Großstadtgebilde des weltbeherrschenden Rom der Antike zu schaffen. Es genügte die Häufung politischer Macht, um alle nach Macht strebenden Menschen, ja darüber hinaus noch eine breite Masse auf einem Fleck zu versammeln, bedeutete doch das Stimmrecht des civis romanus gleichfalls ein Machtmittel, mit dessen Hilfe sich seine Inhaber ein wenn auch bescheidenes und durch die Schlagworte „panem et circenses" gekennzeichnetes Parasitendasein sichern konnte.

Vergleichen wir das alternde Rom mit der neuzeitlichen Entwicklung, so wird die Parallele zur Macht- und Menschenanhäufung von New-York, London, Paris, Berlin und Moskau unschwer ersichtlich. Sicherlich hat auch die Entwicklung der Maschine, die Entwicklung, die von der Manufaktur zum industriellen Riesenbetriebe führte, zur Großstadtbildung getrieben, doch auch hier war immer und stets das treibende Mittel der Wille zur Erweiterung des persönlichen Machtbereichs, der auf der einen Seite das Recht (Gesetz) zu seiner Machterweiterung und -erhaltung, auf der anderen die Hüter des Rechts, Gericht, Polizei, Heer und Flotte, erschuf. Die Er-

weiterung des persönlichen Machtbereichs der jüngsten Zeit ist aber nicht mehr an die Zentralen politischer Macht gebunden, sondern hat sich teilweise von ihnen gelöst, wie uns das der erdbeherrschende Dollarimperialismus der Wallstreet mit vollster Deutlichkeit zeigt.

Nehmen wir ein beliebiges technisches oder wirtschaftliches Lehrbuch zur Hand, so werden wir stets den Satz wiederfinden, daß der letzte Sinn der technischen Entwicklung der Gewinn an Zeit sei, denn der Mensch lasse ja die Natur für sich arbeiten. Die Zusammenballung der Geschäftszentren, die Entstehung von Hochhäusern usw. wurzle gleichfalls im Zeitgewinn. Sehen wir aber näher zu, wo denn eigentlich dieser Zeitgewinn bleibt, so wird uns die immer toller und toller werdende Hetze des Großstadtbetriebes eines anderen belehren müssen. Im fortwährenden Anwachsen des Willens zur Macht steigt einerseits der Arbeitstakt in einem Ausmaße, daß die rhythmisch pulsenden Lebenszusammenhänge zerrieben werden, weil sich der Lebensrhythmus des Menschen dem beschleunigten Takt nicht mehr anzupassen vermag, während andererseits der Wille, den eigenen Machtbereich auf die Verlockungen und Genüsse der Großstadt auszudehnen, den Zeitgewinn zur nimmer rastenden Hetze wandelt. Daß in einer solchen Atmosphäre hastenden Tatens sich die Abspaltung der Bildseite der Gefühle des Menschen beschleunigt vollziehen und daß seine Seele in beschleunigtem Maße bildarm werden muß, versteht sich nach dem Vorausgeschickten von selbst*).

2.

Die Spielarten der Spaltungserscheinungen im Großstadtmenschen

In einem jeden Menschen steckt ein Äußerungstrieb, den wir schon beim Säugling beobachten können und der sich beim Kinde als Spieltrieb entwickelt. Beim Erwachsenen finden wir ihn als Form- oder Gestaltungstrieb wieder. Andererseits hat ein jeder Mensch sein bestimmtes Maß an Äußerungsvermögen, das vom Reichtum seiner Seele abhängig ist. (Näheres ersehe man aus dem Klagesschen Werk „Ausdruckslehre und Gestaltungskraft" 1923. Barth – Leipzig.) Unter Seelenreichtum hat man aber immer den Bildgehalt der Seele zu verstehen, und nur die bildreiche Seele vermag den rhythmischen Gehalt der Bilder der Natur mitzuschwingen, d. h. ihn zu erleben und ferner auch zum Bewußtsein kommen zu lassen. Mit Abnahme

*) Der Verfasser folgt in diesem Aufsatz Gedankengängen von Ludwig Klages.

des Bildgehalts verringert sich auch der rhythmische Gehalt der Bewegungen des Menschen, um immer mehr berechenbaren und zweckbezogenen Bewegungen und Störungserscheinungen im noch verbliebenen rhythmischen Rest Platz zu machen. Hand in Hand damit geht aber auch verloren die irrationale Fülle der Bewegungsmöglichkeiten oder des Äußerungsvermögens. Man kann die Abnahme an rhythmischem Gehalt der Bewegungen ohne weiteres feststellen, wenn man das Laufen eines zweijährigen Landkindes, bei dem noch jede Fiber in einer anderen Richtung zuckt, mit den Bewegungen eines 100 m-Läufers oder des zum Geschäft eilenden Kaufmanns vergleicht. Äußerungstrieb und Äußerungsfähigkeit stehen in jedem Menschen in einem bestimmten Verhältnis zueinander. Den günstigsten Fall des Gleichgewichts beider und den Fall, in welchem der Äußerungstrieb geringer als die Äußerungsfähigkeit ist, können wir hier übergehen, fassen aber den entgegengesetzten Fall des Zusammentreffens von heftigem Äußerungsbedürfnis mit schwacher Äußerungsfähigkeit ins Auge. Hier müßte auf die Dauer ein unerträglicher Konflikt im Menschen entstehen, wenn er nicht die Möglichkeit hätte, den Äußerungstrieb durch Vortäuschung von Gefühlszuständen, an die er selbst glaubt, zu befriedigen. Auf diese Weise entstehen jene hysterischen Erscheinungen des Exaltiertseins, der Überspanntheit, die in schwereren Fällen zu Selbstverletzungen, von denen der Hysteriker selbst nicht einmal weiß, führen können. Entscheidend ist bei allen solchen Erscheinungen immer das Bezogensein des Darstellers auf den Zuschauer, was u. a. zu solchen Verbrechen führen kann, wie das des Herostrat, das dann bereits bei vollem Bewußtsein ausgeführt wird.

Der Mangel an Qualität — am Bildgehalt der Gefühle, der ja der eigentliche Grund zur Herabminderung der Gestaltungskraft ist — kann auf zweierlei Arten ersetzt werden.

3.

Der Ersatz durch die leibliche Komponente der Intensität

An seine Stelle kann die Intensität, d. h. die Antriebsseite der Gefühle treten, die, wie Klages nachweist, qualitätslos ist. Daraus ergeben sich eine Fülle von Spielarten des menschlichen Charakters, deren wichtigste hier kurz erwähnt seien. Eine der allgemeinsten Äußerungsformen der Antriebsseite ist das Vermögen des Menschen zur Fortbewegung, die, falls sie übersteigert wird, ihrerseits das Äußerungsvermögen des Menschen herabsetzt und ihn zur hysterischen Willensmaschine macht, wie sie uns entgegentritt in Gestalt des

modernen Rekordlers. Für diesen gilt nur noch die höchste Leistung, die größte Zahl. Und hat er den Weltrekord gebrochen, so steht ihm seine eigene Höchstleistung im Wege, die er, seine Nerven mit Giften hochpeitschend, immer von neuem zu überbieten trachtet. Der Rekordwahnsinn ist eine typische Großstadterscheinung, die uns ihre vielleicht tiefste Bedeutung im Zuschauer offenbart. Ohne den Zuschauer, sei es nun unmittelbar oder am Radio oder der Zeitung, gäbe es keine Rekordler. Im Zuschauer offenbart sich gleicherweise der Mangel an seelischem Bildgehalt, da auch für ihn nur noch die größte Zahl und die höchste Leistung, also nur noch die Intensität, gilt. Die Zuschauermasse, die sich zu den seelenlosen 6-Tage-Rennen, den Boxkämpfen und Fußballwettspielen drängt, konnte nur aus dem Boden der Großstadt erwachsen. — Aus der Klagesschen Willensmetaphysik wird ersichtlich, daß die Willensbetätigung aus dem vitalen, jedoch abgespaltenen Triebleben stammt, also auch aus einer vitalen Quelle gespeist wird. Sie wütet aber so lange gegen die eigene Vitalität, sie durch immer weiter gehende Bildabspaltung vom Allgemeinleben des Kosmos ausschließend, bis der Körper im Dienste des Willens einmal versagt und der rasende Chauffeur sein Hirn an einem Baumstamm zerspritzt oder bis er in der Nervenheilanstalt und im Irrenhause landet. Wenn auch die hysterische Großstadtblüte modernen Rekordlertums zweifelsohne nur als Folge weitgehender Bildabspaltung der Gefühle angesehen werden darf, so wird man doch noch ein gewisses Maß genereller Gefühle beim Rekordler ansetzen müssen, die, falls sie gleichfalls in Verlust geraten, zum Typus des Verbrechers hinüberführen. Der Charakter des Verbrechers ist dadurch gekennzeichnet, daß ihm die generellen Gefühle seelischer Hingebungskraft fehlen bei verhältnismäßig noch ungebrochenen Trieben von übergewöhnlicher Intensität. Erst der Mangel an seelischem Hingebungsvermögen macht das kaltblütige Abschlachten des Opfers durch den Mörder erklärlich. Wie weitgehend sich heute bereits der Schwund genereller Gefühle der Hingebung auf dem Boden der Großstadt entwickelt hat, zeigt uns die Mordziffer im Lande des Rekordwahnsinns, den U. S. A., mit 12,000 Morden jährlich.

In vieler Beziehung dem vorgenannten Typus ähnlich ist der Typus des modernen Geschäftsmannes und Unternehmers, der, vielfach die generellen Gefühle der Hingebung einbüßend, sich mit allen gesetzlich erlaubten und öfters noch unerlaubten Mitteln durchzusetzen trachtet und heute einen gewichtigen Faktor, der zur Macht-

und Menschenanhäufung in der Großstadt treibt, darstellt. Nur das Fehlen der generellen Gefühle macht es begreiflich, daß einem schwarzen Tag an der Börse zahlreiche Selbstmorde von Bankiers und Börsenhändlern folgen, die erhebliche Einbußen ihrer Machtposition durch das Fehlschlagen einer Spekulation nicht verschmerzen zu können glauben. Hier sieht man mit erschreckender Deutlichkeit, daß der Wille zur Macht alle generellen Gefühle des Menschen in einem Ausmaße zu löschen vermag, das genügt, um bei der ersten ernstlichen Störung des Machtbereichs den Willensträger selbst zu vernichten.

Die der Willensbetätigung zugrunde liegende Polarität von erscheinendem Bilde und erlebender Seele ist letzten Endes auch die Grundlage aller sogenannten Gesinnungshandlungen des Menschen oder schlechthin seiner Ideale, in deren Dienst er sich stellt. Bei einem großen Bildgehalt der Gefühle (bei starken seelischen Qualitäten) haben wir den Pathiker vor uns, der, getrieben von seinen Idealen, die auf dem Boden echter Gefühle erwuchsen, — um mit Goethe zu sprechen — „immer strebend sich bemüht" Bei einem Mangel an seelischem Bildgehalt treten aber an die Stelle echter Gefühle Scheingefühle und dementsprechend auch Scheinideale, die zum ersten Male entlarvt zu haben das unbestreitbare Verdienst Friedrich Nietzsches ist. (Man vergleiche hierzu: „Die psychologischen Errungenschaften Nietzsches" von Klages. Barth 1926.) Das systematische Rüstzeug zur Entlarvung schuf jedoch erst die Klagessche Charakterologie. Die ganze Selbsttäuschungstechnik, mit der die Scheinideale geschaffen werden, kann in diesem Zusammenhang nicht erörtert werden. Zwei kurze Hinweise mögen genügen. Das Scheinideal der Gleichheit entspringt allemal dem Neide, — daß ein anderer es besser hat, als man selbst. Ein einziger Blick auf die Natur würde genügen, um zu zeigen, daß es nichts Gleiches geben kann und daß alles in der Natur verschieden ist. Trotz des Rousseauschen „Zurück zur Natur" brachte die französische Revolution das aus dem Neide des dritten Standes entsprossene Ideal der Gleichheit. Wie aber steht es mit der in der christlichen Forderung „Liebe Deinen Nächsten als Dich selbst" enthaltenen Gleichsetzung? Den Aufschluß kann uns nur das Wort Liebe bringen, das da heißt: „Stirb und werde!" woraus ersichtlich wird, daß es sich garnicht um eine Gleichsetzung handelt, da die Liebe, in der Bildfülle der Seele wurzelnd, stets irrational und unmeßbar, folglich auch unvergleichbar ist. Erst der in der dumpfen Großstadtluft von Paris und

London entstandene Marxismus brachte es fertig, den teilweise durch die Ideologien der christlichen Kirche vorgebildeten Begriff der Gleichheit aller Menschen im Kommunismus zu vollenden. Wer, von Gleichheit schwärmend, behauptet, sie entspränge dem Gefühl, es nicht besser haben zu wollen, als andere, sich aber dennoch weigert, sein Leben für den anderen hinzugeben, der kann sicher sein, daß sein Ideal der Gleichheit in den Schichten des Neides wurzelt. Und diente das Wort Freiheit nicht je und je dazu, um eine fremde Macht zu brechen und die eigene an ihre Stelle zu setzen? Diese kurzen Hinweise mögen genügen, um nachfolgende Sätze von Klages verständlich zu machen: „Manche Nihilistin war nur eine Hysterika, die das politische Parteileben nötig hatte, um ihren „Haß aus Ohnmacht" generalisieren zu können. Allein ob sie schon nur durch Selbsttäuschung zum Ziele kommt, sie bedarf eben dieser Täuschung doch und findet den Weg zur Tat offen, nachdem sie sich eingeredet, daß ihn ein Menschheitsinteresse erheische!" (Aus: „Zur Ausdruckslehre und Charakterkunde", Kampmann-Verlag, 1927.) Politische Attentate und Verbrechen wachsen nur auf dem Boden der Großstadt, wo Macht und Machtlosigkeit, Armut und Reichtum, Luxus und Bettlertum, dicht beieinander wohnend, erst den Boden zu gesteigertem Neid und Ressentiment abgeben und zu jenem wechselvollen Spiel der Kräfte in Vereinen, Parteien und zwischen Hütern und Verächtern der Gesetze führen.

Besondere Spielarten erwachsen aus dem Kampf zwischen Geist und Seele auf dem Boden der Großstadt dem Charakter des Weibes. Teils handelt es sich um das eiserne Muß, das die Frau in einen Beruf hineinzwängt, zum großen Teil ist es aber auch die Schwächung der Bildseite der Seele, also des Äußerungs- und Bildnervermögens, das durch Intensitäten, durch den Willen zur Macht, ersetzt wird. Die Frauenrechtlerin ist eine typische Erscheinung der Großstadt, und nur auf einem solchen Boden konnte sich die „Emanzipierung der Frau" vollziehen. Im engen Zusammenhang damit steht ferner die Angleichung der Geschlechter unserer Tage durch die Vermännlichung der Frau, in welcher sich jedoch weit weniger die Geistigkeit als der Tatwille des Mannes entwickelte, gleichsam die erkennende (prometheische) Phase des menschlichen Geistes überspringend.

Das Überspringen der prometheischen Phase kann aber heute wohl ebensogut in der Entwicklung sogenannter junger Völker beobachtet werden, da sich bei ihnen infolge der vom Machtwillen vorwärtsgepeitschten weltwirtschaftlichen Entwicklung die Zivilisation

in einem viel zu schnellen Tempo durchsetzt, solcherweise die Bildung einer tieferwurzelnden Geistigkeit verhindernd und den Boden zu Revolutionen bereitend. Das Überspringen der prometheischen Phase beim „vierten Stande" stellt triebstarke Intensitäten dem bereits geschwächten Willen der herrschenden Schichten gegenüber, der nur noch aus einer durch bereits längere Geistesentwicklung geschwächten Vitalität gespeist wird. Die triebstarken und bildschwachen Intensitäten der zur Macht drängenden Schichten entladen sich aber schließlich in Revolutionen, deren Kämpfe sich überwiegend auf dem Boden der Großstadt abspielen müssen, weil sich dort die Abspaltung der Qualitätsseite der Gefühle am raschesten vollzieht und die massenpsychologischen Vorbedingungen zur Revoltenentstehung schafft. Die schier unglaublichen Roheiten und Grausamkeiten, unter denen sich Revolutionen abspielen, finden gleichfalls ihre Erklärung im Fehlen genereller Gefühle der Hingabe, weshalb auch die Intensitäten vervielfacht grausam in Erscheinung treten müssen. Charakteristisch aber ist das Auftreten grausamer Frauen, in denen der Tatwillen zum Durchbruch gekommen ist aus einem Mangel an Bildnertum, dessen leiblicher Seite wir uns jetzt zuwenden müssen.

4.
Der Ersatz durch leibliche Verbildung

Es hieße das Wesen der Frau verkennen, wollte man an ihrer eigentlichen Bestimmung, die ihr im Rhythmus des Werdens und Vergehens zufällt, vorübergehen, d. h. an der Weitergabe der Bilder oder, um den naturwissenschaftlichen Ausdruck zu gebrauchen, an der Fortpflanzung. Der Vorgang der Entstehung, besser noch Weitergabe des Lebens ist ja für den messenden Verstand am unfaßlichsten, weil hier noch die Fülle aller Irrationalität, mit denen die Bildseite aller Erscheinungen behaftet ist, nahe vor ihm steht. So unbegreiflich es ist, daß ein winziger Kristallkeim von einem Millionstel Gramm und noch weniger Gewicht eine gesättigte Lösung plötzlich in ein Geschiebe von Kristallen zu wandeln vermag, und so unberechenbar im voraus Zahl und Form der einzelnen Kristalle ist, so unberechenbar ist die Weitergabe jeglichen Lebens. Da, wie wir eingangs sahen, alles Irrationale sich in der Bildhaftigkeit gründet, werden wir schwerlich den Vorgang des Gebärens besser bezeichnen können, als in der Klagesschen Fassung der Weitergabe von Bildern. Zum tieferen Verständnis sei es mir gestattet, das Beispiel der experimentellen Hypnose einzuschalten.

Vom hypnotisierenden Arzt, der dem Medium eine Brandblase auf der Hand suggeriert, überträgt sich das von ihm erwartete Bild der Brandblase auf das Medium, bei dem es körperlich in Erscheinung tritt. Wird die so hervorgerufene Brandblase exzidiert und histologisch untersucht, so weist sie alle Merkmale echter Verbrennung auf. Man kann hier selbstverständlich auch eine mechanistische Erklärung geben und unter Zugrundelegung des psychogalvanischen Reflexphänomens von einer Wellenausstrahlung sprechen, die von den Nervenbahnen des Arztes ausgehend auf das vegetative Nervensystem des Mediums trifft und dort ähnliche Nervenprozesse induziert. Doch hätte man damit das Geheimnis des Lebensvorgangs nicht entschleiert, das einerseits in der unmeßbaren und nicht wahrnehmbaren Bildhaftigkeit der Nervenprozesse beim Arzte und andererseits in der merkwürdigen Tatsache beruht, daß die Bildhaftigkeit im vegetativen Nervensystem des Mediums nicht verborgen bleibt, sondern es dazu veranlaßt, die Zerstörungsprozesse in den Zellen der Haut auf der Hand des Mediums zu vollziehen. Das zeigt uns das Wesen der Polarität von Leib und Seele in seinem ganzen Umfange und seiner Bedeutung, daß nämlich die Einwirkung auf den einen Pol (die Seele) beim andern Pol (Leib) in Erscheinung tritt, daß ferner im Bildhaften oder Qualitativen die nicht zu berechnende Irrationalität liegt und daß schließlich das Wesen der Seele sich in Bildern gründet. Erst bei voller Würdigung der Bildhaftigkeit der Seele wird man auch zum vollen Verständnis des früheren Gottesgerichts durchdringen können und verstehen, daß das Bild des Unversehrtbleibens beim Unschuldigen die leiblichen Abwehrkräfte schuf, die z. B. eine Verbrennung durch ein glühendes Stück Eisen verhinderten. Man wird es ferner verstehen, daß der wirkliche Täter nicht durch irrationale Kräfte der Seele geschützt wurde, um so mehr, als in ihm mit einer weitgehenden seelischen Qualitätsabspaltung durch wollendes Handeln zu rechnen ist. Hätte jede Feuerprobe zu einer Verbrennung geführt, so wäre das Gottesgericht wohl kaum entstanden. Wahrscheinlich aber wurde der Täter damals sicherer ermittelt, als heute von der Kriminalpolizei der Großstadt. Man wird jetzt auch den Klagesschen Satz verstehen, daß die Seele im Bilde des Leibes erscheine und dasjenige sei, was dem Leibe den Sinn verleiht. („Der Leib ist die Erscheinung der Seele, die Seele aber der Sinn des Leibes!")

Nach dem Vorausgeschickten wird es nun eher verständlich sein, daß die Fortpflanzung tatsächlich einen rhythmischen Vorgang der

Weitergabe von Bildern bedeutet, dessen tiefen Sinn bereits Plutarch in die Worte gekleidet hatte: „Keiner bleibt, keiner ist ein einziger, sondern wir werden viele, indem nur die Materie sich um ein einziges Bild herumtreibt und wieder entschlüpft."

Mit fortschreitender Abspaltung der seelischen Qualitäten oder der Bilder von der Seele durch die Einwirkungen des Geistes (Willens) muß man deshalb damit rechnen, daß die Abspaltung sich auch körperlich auswirkt, wofern sie nicht durch die leibliche Komponente der Intensitäten ersetzt werden kann, was, wie bereits gesagt, nur bei einer verhältnismäßigen Ungebrochenheit eines bildschwachen Trieblebens möglich ist.

Weil die bildarm gewordene Vitalität infolge ihrer Armut fremden Bildern der Außenwelt keine eigenen Bilder entgegenzusetzen vermag, ist sie ihnen auch um so mehr preisgegeben, als ihr die Gabe zur eigenen Gestaltung aus Mangel an Rhythmus versagt ist. Klages urteilt hierzu im VIII. Kapitel seiner Grundlagen der Charakterkunde: „Nehmen wir an, es streite mit der Gestaltungsunkraft aus Gründen der Selbstbewertung der auf Gestaltung gerichtete Trieb, so erscheint die vitale Empfänglichkeit für verhältnismäßig beliebige Einbildungsangriffe im Lichte einer Schutzanpassung des Eigenwesens an die Hauptbedingungen seiner Selbstbejahung durch organische Nachahmung von Bildungsvorgängen." — Die organische Nachahmung findet man in der Natur häufig genug. Sie ist als Schutzanpassung der Lebewesen an Form und Farbe der Umgebung, d. h. als Mimikry bekannt. Wir müssen deshalb die Großstadt als Umgebung des Menschen etwas näher ins Auge fassen.

Das Naturkind ist in ganz überwiegendem Maße umgeben von einer Außenwelt, die ihm in rhythmischen Bildern erscheint, handle es sich nun um Rhythmus im Bilde eines Ahornblattes, einer Tanne, eines Urwalds, des brandenden Meeres oder der Eiswüste Grönlands. Das Naturkind wächst mithin in einer Umgebung auf, deren rhythmische Fülle mit allen Fasern seiner Seele mitschwingt. Das Kind der Großstadt jedoch ist umgeben mit Bildern von überwiegender Linearität. Schnurgerade Straßen und Bürgersteige, mit dem Lineal gezogene Häuserfronten, parallele Straßenbahnschienen, die sich umeinander nicht zu kümmern scheinen, quadratische Häuserblocks, moderne Kastenbauten, an denen auch nicht eine einzige geschwungene Linie mehr zu erkennen ist, lassen hier und da noch einen verstaubten oder rußgeschwärzten Baum mit von Menschenhand verstümmelten

Asten ein kümmerliches Dasein fristen und die rhythmischen Schwingungen der Seele eines Großstadtkindes in geraden Linien erstarren, woran die manche Großstadt durchziehenden Grüngürtel mit geschorenem Rasen, gekappten Bäumen und Sträuchern und schnurgeraden oder zirkelgenauen Beeten, in denen die Blumen, gleichsam zur Parade gereiht, nicht mehr im wilden Urrhythmus einer Wald- oder Bergwiese sich zeigen, nur wenig zu ändern vermögen. Wo die Seele statt in die freie Natur in deren Larve gespannt wird, muß sie verkümmern unter entsprechenden körperlichen Verbildungserscheinungen, wie sie der menschliche Wille in die Natur hineintrug. — Die außerordentliche Mannigfaltigkeit der körperlichen Auswirkungen, die durch den Bildersatz durch körperliche Verbildung entstehen, läßt es geboten erscheinen, nur das Allerwichtigste hervorzuheben. Hierhör gehören Migräne und Menstruationsbeschwerden der Frau, ihre vielfach sich in der Großstadt häufende Unfähigkeit zum Lebendgebären und ihre zunehmende Unfruchtbarkeit besonders auf dem Boden einer Millionenstadt. Allerdings läßt sich das Unfruchtbarwerden nicht statistisch erfassen und zahlenmäßig beweisen, hinwieder ist es aber einzig und allein der Wille, der die Befruchtung verhindert oder keimendes Leben zerstört, solcherweise das Leben verlöschend; denn Leben ist ja die rhythmische Wechselfolge der Generationen, in der die Minderung des Bildgehalts sich um so schneller vollziehen muß, als das durch die Jahrhunderte seeleerhaltende Element des spezifisch Weiblichen unter der Angleichung der Geschlechter dem Mordschlag des Willens erliegt. Zu den körperlichen Verbildungserscheinungen gehören ferner verschiedene Beschwerden, wie z. B. Atmungsstörungen (Asthma), Störungen des Kreislaufs und des Stoffwechsels, Hautveränderungen usw. Näheres ersehe man aus der insbesondere für den Arzt lesenswerten Schrift von Heyer über: „Das körperlich-seelische Zusammenwirken in den Lebensvorgängen" Die Auswirkungen auf den Körper können so stark sein, daß das Leben an der Einbildung erlischt, oder daß man wieder gesundet von schwerer Krankheit. Zu den körperlichen Verbildungen gehören ferner die angeblichen Wunder der Stigmatisation, wenngleich auch bei der gründlichen Irreligiosität der Großstadt die Einbildungsanlässe (d. h. die Bilder) der Außenwelt nur noch höchst selten zur Stigmatisation, dagegen um so häufiger zu anderen körperlichen Verbildungen führen. Immerhin läßt sich gerade an der Stigmatisation die Wirkung der Bilder auf den Körper besonders deutlich beobachten, denn hier tritt die körperliche Imitation der

Bilder klar zutage, während man die Einbildungsanlässe der Großstadt wegen ihrer großen Mannigfaltigkeit längst nicht immer aufzudecken imstande ist.

Nach den bisherigen Ausführungen wird der Leser unschwer auch jene Zusammenhänge erkennen, die zwischen der Großstadt und der Prostitution bestehen. Wo die zur polaren (Liebes-) Vereinigung — ein jedes Streben zweier Pole zu einander ist letzten Endes Liebe*) — treibenden Gefühle bildschwach geworden sind, bleiben nur noch Intensitäten zurück, und anstelle einer rhythmischen Wechselfolge des Eros tritt solcherart eine nach immerwährendem Kitzel hungrige Sexualität. Mit dem Schwund des Bildgehalts der Gefühle stirbt der Eros und hinterläßt die Intensitäten einer nackten Geschlechtlichkeit, die bei genügender Triebstärke zu solchen Taten wie den Düsseldorfer Morden und ähnlichen Sexualverbrechen führen. Der Schwund genereller Gefühle der Hingabe, die wir vielleicht am schönsten im Goethewort „Wenn ich Dich liebe, was geht das Dich an?" wiedergegeben finden, führt zu dem bekannten sexuellen Bemächtigungswillen, sei es, daß er sich real im immer neuen Brechen der Widerstände der erkürten Opfer äußert, sei es, daß er die sublimere Form der bloßen Gedankentat annimmt, die in modernen Romanen und der Tagespresse ihren Niederschlag findet und sich dabei über die sittliche Verwilderung entrüstet, oder, was heute noch häufiger ist, sie als etwas Selbstverständliches hinstellt und Angriffe lächerlich zu machen versucht. Dieselbe Presse sollte sich aber dann nicht wundern über solche Erscheinungen, wie sie uns in den sexuell bedingten Grausamkeiten der revolutionären Frau entgegentreten. Man denke nur an die überwiegend aus der Prostitution hervorgegangenen Flintenweiber!

Es kann einen schließlich auch nicht wundernehmen, daß die Auswirkungen einer stets nach Kitzel lüsternen Sexualität heute bis in die Spitzen einer Pseudowissenschaft hineinreichen. Die Psychoanalyse (Seelenauflösung!) ist ein typisches Produkt bildschwacher und phantasieloser Großstadthirne, denen es versagt geblieben ist, zum Wesensunterschied von bewußtlosem Leben und den Bewußtheit erzeugenden Willensakten durchzudringen, und die sich, infolge ihrer Bildarmut, auf den ihnen unfaßlichen kümmerlichen Rest polarer Bildwirkung stürzen, um auch hier noch den letzten Bildgehalt zu

*) Man vergleiche hierzu das Klagessche Werk: Vom kosmogonischen Eros. Verlag Eugen Diederichs, Jena, 2. Auflage 1926.

zersetzen. Es ist nicht weiter verwunderlich, daß dort, wo die sich mit der Lehre von der Seele befassende Wissenschaft selbst die Seele in Vorstellungs- und Verdrängungsatome und Intensitäten auflöst, der der Seele des Großstadtmenschen noch verbliebene Rest an rhythmischem Gehalt in beschleunigtem Maße erstarren muß, und zwar um so eher, als die Jünger jener Wissenschaft, Rhythmus und Takt verwechselnd, den Rest unter dem Leben nicht angemessenen Zwecksetzungen zerreiben.

Lettland — Politische Übersichten

Die Lapuaner haben — erweist es sich — bei uns keine Nachahmer gefunden. Es mag z. T. daran liegen, daß die demoralisierende Wirkung der Zuteilung fremden Eigentums in unserer Bauernschaft das Gefühl stolzer und verantwortungsbewußter Schollenverbundenheit, das die Grundlage der finnischen Bauernbewegung ist, nicht aufkommen läßt; z. T. wird es auch daran liegen, daß unsere politische Polizei stets mit großer Energie gegen Kommunisten vorgegangen ist, daß somit weniger Grund zur Mißstimmung vorlag.

Die Kommentare der lettischen Presse waren recht eingehend. Im rechtsstehenden „Latvis" behandelte A. Berg die Lappobewegung mit Sympathie und Zustimmung. Die Lappobewegung wird als der Protest des Volkes gegen den Götzen der Gegenwart, die Auswüchse des Parlamentarismus, bezeichnet. Bayern, Ungarn, Italien, Spanien, Polen, Litauen, Jugoslavien, neuerdings auch Finnland — überall hat man gegen die Auswüchse der Demokratie Front gemacht. Das ist eine allgemeine, keine vereinzelte Erscheinung. Es ist eine bei allen örtlichen Besonderheiten gemeinsame, europäische Bewegung; und sie ist im Wachsen begriffen. — In den linksdemokratischen „Jaunakàs Sìnas", dem verbreitetsten lettischen Tageblatt, wurde unter Hinweis auf die in Finnland vorgekommenen einzelnen Gewalttaten der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die Lappobewegung den legalen Weg nicht eingehalten habe und daß die Verletzung der persönlichen Sicherheit eine Erschütterung des bürgerlichen Rechtsbewußtseins zur Folge haben müsse. Aus den finnländischen Ereignissen auf die Untauglichkeit des Parlamentarismus und der Demokratie zu schließen, sei verfehlt. Der Artikel schließt mit einem Hinweis auf die „jahrtausendealte Geschichte der Demokratie", die „einige Dörfer der finnländischen Grenzgebiete" kaum in neue Bahnen weisen dürften. — Im „Socialdemokrats" sieht Rudewiz, einer der Parteiführer, die Lappobewegung hauptsächlich als eine Folge der „Fehler der Kommunisten" an. Der Aufsatz hat den pädagogischen Zweck, in den Augen der Arbeiter die kommunistische Konkurrenz herabzusetzen und am finnländischen Beispiel darzutun, daß die Kommunisten den Kampf gegen die Irrlehren der Religion mit falschen Mitteln führten und die Bevölkerung nur fester an die „Kirchenherren" und die kapitalistische Weltordnung ketteten.

*

Die Warschauer Agrarkonferenz hat auch in der hiesigen Presse viel von sich reden gemacht. Alle beteiligten Staaten sprachen der Konferenz ge-

flissentlich jeden politischen Zweck ab. Trotzdem hat sie zweifellos eine hochpolitische Bedeutung. Sie mag gewiß auch dazu beigetragen haben, in den Anliegestaaten die Gemeinsamkeit ihrer schon durch die Existenz Sowetrußlands stets bedrohten Interessen klarer zum Bewußtsein zu bringen. Die wirtschaftlichen Pläne der Urheber der Konferenz scheinen jedoch darauf auszugehn, eine Art Kartell der Agrarprodukte exportierenden Staaten gegen Deutschland zusammenzubekommen, um als Gegenwert gegen die Zulassung des Imports deutscher Industrieprodukte vermehrte Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte nach Deutschland zu besseren Preisen verlangen zu können.

In Genf zeigt es sich jetzt, daß Frankreich die gute Gelegenheit nicht außeracht läßt, etwas einem antideutschen Block Ähnliches zu fördern. Polen wird die Gelegenheit wohl nicht versäumen, in Genf als Führer der Oststaaten auftreten zu können.

Deutschland gegenüber sollte hier bei uns nicht vergessen werden, daß wir in diesem Lande den besten Kunden unserer heimischen Landwirtschaft sehen müssen. Auf die Passivseite der von Warschau gewünschten Politik muß ferner gebucht werden, daß eine Verständigung in wirtschaftlichen Fragen mit einem unserer nächsten Nachbarn, mit Litauen, wieder empfindlich erschwert scheint. Die offenbar recht starke propolnische Stimmung in lettischen Kreisen sollte jedenfalls zu denken geben, wenn auch die verantwortliche Leitung der lettländischen Außenpolitik von einem Anschluß an ein polnisches politisches System immerhin gewiß noch weit entfernt ist.

*

Die Agrarschutzgesetze der Regierung sind in dieser Zeitschrift in einem besonderen Artikel behandelt worden*). Die Instruktionen zur Durchführung der Gesetze sind lückenhaft und korrekturbedürftig, unter den Landwirten ist man aber namentlich mit dem Kornschutz- und dem Bacongesetz durchaus zufrieden. Die Notwendigkeit eines Schutzes der heimischen Landwirtschaft liegt so offensichtlich auf der Hand, daß die Koalition auch bei der Verteidigung des im Wege des § 81 erlassenen Gesetzes zusammenhielt und der sozialdemokratische Versuch, mit Hilfe der außerordentlichen Parlamentssession am 16. September das Getreidegesetz zu Fall zu bringen, scheiterte. Die Sozialdemokraten versuchten ferner den Beginn der ordentlichen Parlamentssession um 14 Tage früher ansetzen zu lassen, blieben aber mit diesem Antrage mit 36 gegen 52 Stimmen ebenfalls in der Minderheit. Es bleibt also beim 14. Oktober. —

Die Klage über die Korruption in der Verwaltung ist so alt wie der lettländische Staat. Immerhin ungewöhnlich scheint aber manches zu sein, was man über Protektionismus bei der Durchführung des Getreideschutzgesetzes zu hören bekommt. Die Klage verstärkt sich, daß auch hier der Parteistandpunkt mit offenster Selbstverständlichkeit vorangestellt wird.

*

Unter dem fortgesetzten systematischen Dumping Sowetrußlands beginnt auch die lettländische Wirtschaft in verschiedenen Branchen, namentlich

*) Dipl.-Agr. Dr. W. Rudolph; Um den Schutz der lettländischen Landwirtschaft. Baltische Monatsschrift S. 478 (Heft 7/8).

im Holzhandel, immer schwerer zu leiden. In einer Versammlung der Holzhändler und Holzindustriellen in Riga am 18. September war die geradezu katastrophale Lage des Holzhandels und der Holzindustrie Gegenstand eingehender Beratung. Die Holzhändler sehen sich gezwungen, die Regierung um eine Annullierung der zu den vorigjährigen Preisen abgeschlossenen Waldkontrakte zu bitten.

*

Am 16. September jährte sich zum zehnten Male der Tag der Konfiskation der Güter. Die lettische Presse sprach von den Errungenschaften und dem Gelingen der Agrarreform, die „Sevodjna" blies ins selbe Horn, erwähnte nur nebenbei, die Maßnahmen hätten einige Härten gezeitigt, die aber unvermeidlich gewesen seien; die „Rigasche Rundschau" schwieg ganz. — Es drängt sich die Frage auf, ob es nicht verkehrt ist, das den Geschädigten und unserem Volkstum angetane Unrecht in weiten Kreisen unserer Volks- und Heimatgenossen vergessen zu lassen; ob es nicht Pflicht der verantwortlichen Führer ist, das Gewissen des Volks wachzuhalten und die Bereitschaft innerhalb unseres Volkstums zu stärken zu einem Eintreten für Interessen, von deren Durchsetzung die kulturell-politische Stellung des Baltentums auf die Dauer abhängig ist.

*

Benjamin, der Chefredakteur der „Jaunakàs Sinas" (des Boulevardblatts, das mit einer Auflage von 160,000 die größte Tageszeitung Lettlands ist und sich bei seiner Deutschenhetze stets durch besondere Skrupellosigkeit ausgezeichnet hat) feierte im Juli seinen 70. Geburtstag und wurde aus diesem Anlaß von der „Rigaschen Rundschau" als „Patriarch der lettländischen Journalistik" gefeiert. Die „Jaunakàs Sinas" — schrieb die „Rigasche Rundschau" — seien sich der Verantwortung für die kulturelle Entwicklung des lettischen Volkstums immer bewußt gewesen. Politisch nicht selten in Gegnerschaft zu uns, habe man in den „Jaunakàs Sinas" doch immer mit fairen Mitteln gekämpft und auf die unsaubere Methode der Verleumdung verzichtet.

Die „Rigasche Rundschau" vom 23. Januar 1926 (P. Schiemann in seinem Leitartikel „Mit eigenen Waffen") charakterisierte die „Jaunakàs Sinas" wie folgt: „Während alle anderen lettischen Blätter doch mehr oder weniger eine gewisse Richtung festzuhalten bemüht sind, stellt sich Herr Benjamin seit Jahren völlig widerstandslos in den Dienst der Straße. Was heute in den Himmel erhoben wird, wird nach sechs Monaten in den Kot getreten, und wovon heute nicht gesprochen werden darf, wird nächstens in den Mittelpunkt der Politik gestellt."

Die „Jaunakàs Sinas" und Herr Benjamin sind dieselben geblieben. Für die Sympathiekundgebung der „Rigaschen Rundschau" fehlt uns politisch und menschlich jedes Verständnis.

Riga, Mitte September 1930.

* * *

Estland

Wegen Erkrankung unseres Mitarbeiters Dr. L. von Middendorff erscheint der fällige politische Bericht aus Estland erst im nächsten Heft.

Die Schriftleitung

Umschau

Spiel um den Staat in Estland

Charakter und Bedeutung der sog. „Felliner Verschwörung" sind in der Öffentlichkeit genugsam erörtert worden. Im Zusammenhang kommen die Dinge in unserer estländischen politischen Übersicht noch einmal zur Sprache. Die Angelegenheit hat inzwischen die Wendung genommen, daß von den beteiligten, wegen eines Vergehens gegen die geltenden Polizeibestimmungen auf administrativem Wege mit einer hohen Geldstrafe belegten Felliner Bürgern das Gericht angerufen worden ist. Die sog. „Verschwörung" ist von verschiedenen Seiten sehr aufgebauscht worden, aus einer Bagatellsache ist ein politisches Problem gemacht worden, wobei die Parteien in verschiedener Weise ihren Vorteil verfolgt haben.

In außergewöhnlich scharfer Form nimmt der innerpolitische Redakteur der „Revalschen Zeitung", Siegmund Klau, zu der durch die Umtriebe der Parteien geschaffenen Lage Stellung. Der „Hohes Spiel" betitelte Aufsatz (R. Z. Nr. 64, 12. Sept. 1930) hat auch in der estnischen Presse Beachtung gefunden, wobei der „Päewaleht" seiner Auffassung der Lage im ganzen zustimmte. Wir geben aus dem Artikel nachstehendes wieder:

„Der Umstand, daß sich unter den angeblichen Verschwörern auch Mitglieder des Schutzkorps befanden, hat der sozialistischen und auch einem Teil der bürgerlichen Presse leider Anlaß gegeben, eine Agitation zu entfalten, die sich unmittelbar gegen das Schutzkorps als solches richtet, die seine Staatstreue und politische Unparteilichkeit in Zweifel zieht, und die nur den Erfolg haben kann, zwischen die Regierung und das Schutzkorps einen Keil zu treiben und dieses letztere in den Augen der Bevölkerung zu diskreditieren. Wenn man den Sozialisten bei diesem Vorgehen sozusagen vielleicht noch mildernde Umstände zubilligen kann — denn sie haben sich ja das Vorrecht, jede bewaffnete Macht nach Kräften schlecht zu machen, im Laufe langer Jahrzehnte redlich „ersessen" —, so muß das Verhalten der beteiligten bürgerlichen Parteien — vor allem der Ansiedler — schlechterdings als unverzeihlich bezeichnet werden. Denn noch sind nicht so lange Jahre darüber vergangen, daß wir nicht noch alle genau wüßten, wann und warum das Schutzkorps geschaffen worden ist. Daß die Gefahr, um derentwillen es geschah, noch nicht beseitigt ist, das beweisen ja u. a. auch die Prozesse, die eben vor unseren Augen und Ohren verhandelt werden. In unvorsichtiger Weise an die Daseinsgrundlagen des Schutzkorps rühren, bedeutet also nichts anderes, als an dem Ast sägen, auf dem wir sitzen. Um so mehr, wenn rein parteimäßige Gedanken dabei eine große, ja vielleicht die Hauptrolle spielen, und das ist leider unverkennbar hier der Fall. Ob es der Wunsch ist, ein bequemes und bei der eigenen Wählerschaft zugkräftiges Agitationsmittel zur Stärkung der eigenen Parteiposition auszuschlachten, ob die Eifersucht, daß man nicht allein das entscheidende Wort im Schutzkorps zu sprechen hat, sondern auch andere Parteien dort Einfluß, ja vielleicht sogar größeren Einfluß haben, das bleibt sich gleich. Staatliche Erwägungen spielen bei den Fällen hier keine Rolle, und es bleibt in jedem Fall ein leichtfertiges Spiel um einen zu hohen Einsatz.

Nicht minder bedenklich sind die Konsequenzen, die sich aus der entstandenen Sach-

lage für die Frage unserer Verfassung ergeben. Die Erkenntnis, daß es für die gesunde Entwicklung unseres Staatswesens unbedingt notwendig sei, die Möglichkeit einer stabilen Politik auf lange Sicht zu schaffen, den willkürlichen Parlamentsabsolutismus zu brechen und das Parlament auf das im zustehende Gebiet der Gesetzgebung und Kontrolle zurückzudrängen, die Regierung, den Wähler und den Volksvertreter selber von der drückenden Vormundschaft der Parteibüros zu befreien, begann sich in der Wählerschaft mehr und mehr Bahn zu brechen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist eine Abänderung der bestehenden Verfassung nicht zu vermeiden. Es ist klar, daß ein so schwerwiegender Schritt auf eine starke Gegnerschaft stoßen mußte, sowohl vonseiten jener, die unsere bestehende Verfassung als ein abgerundetes juridisches Kunstwerk bewundern, als auch — noch stärker vielleicht — vonseiten aller derjenigen, die am bestehenden System interessiert sind und von einer Änderung desselben — z. T. mit Recht — Nachteile für sich selber und für ihre Partei oder Vorteile für gegnerische Parteien befürchten. Diesen Kreisen mußte die „Felliner Verschwörung" und ihre aufbauschende Behandlung seitens der behördlichen Stellen wie ein ihnen unverdient in den Schoß gefallenes Geschenk des Himmels erscheinen. Wir wollen damit nicht sagen, daß die behördlichen Stellen bewußt im Parteiinteresse gehandelt hätten. Aber hier bot sich in jedem Fall für die interessierten Parteikreise eine außerordentlich bequeme Gelegenheit, sämtliche Bestrebungen zu einer Änderung der bestehenden Verfassung — auch auf völlig gesetzlichem Wege — zu diskreditieren, indem man sie eines Zusammenhangs mit angeblich äußerst dunklen und staatsfeindlichen Umtrieben verdächtigte. Und dieses Ziel dürfte in der Tat in einem gewisse Maße erreicht worden sein. Semper aliquid haeret.

Beachtenswert ist dabei noch ein Umstand. Mit der Schaffung des Präsidentschaftsinstituts ist ja die von uns oben näher bezeichnete notwendige Umgestaltung unserer Staatsordnung durchaus noch nicht abgeschlossen. Es gehört dazu noch ein zweites, nämlich die Reform unseres Wahlrechts. Das politische Wahlrecht hat zwei notwendige Aufgaben zu erfüllen: es soll der politischen Willensäußerung des Volkes, zugleich aber auch der Führerwahl dienen. Unser bestehendes starres Listen-Wahlrecht vermag — was mit Ausnahme der in diesem Punkt stark konservativen Sozialisten so gut wie allgemein zugegeben wird —, keinen von diesen beiden Zwecken in nötigem Maße zu genügen. Eine Änderung dieses Wahlrechts in dem Sinne, daß unter Beibehaltung des proportionalen Prinzips an Stelle der Listenwahl eine stärkere Betonung der Personalwahl tritt, ist bereits von allen bürgerlichen Parteien als notwendig zugegeben und bei der letzten Parlamentswahl auch dem Wähler feierlich zugesichert worden. Während die Einführung des Präsidentschaftsinstituts eine Änderung der Verfassung erfordert, die sich nur äußerst schwierig durchführen läßt, bedarf es zur Änderung des bestehenden Wahlrechts nur eines bloßen Parlamentsbeschlusses. Um so bemerkenswerter ist es, daß dieser Teil der Reform, zu dessen Durchführung es nur des guten Willens der parlamentarischen Parteien bedarf, mehr und mehr in den Hintergrund gerückt wird. Um die schwer lösbare und strittige Präsidentschaftsfrage erhitzen sich nach wie vor die Gemüter, die leicht durchführbare Wahlreform aber findet von Tag zu Tag weniger und weniger Beachtung. Die Erklärung ist nicht schwer: vom Präsidentschaftsinstitut erhofft immerhin noch die eine oder die andere Partei einen Gewinn für sich; diese Reform würde die politische Herrschaft aller Parteien erschüttern; wer aber

legt — trotz aller feierlichen Zusicherungen — gern Hand an, um seine eigene Macht zu beschneiden? Der Staub, der um die „Felliner Verschwörer" aufgewirbelt worden ist, bietet eine nur allzu gute Deckung, um diese Frage endgültig und stillschweigend zu bestatten.

Es ist in der Tat ein hohes Spiel, das anscheinend gespielt wird — auf Kosten der Wählerschaft. Wenn der Chef des Binnenschutzes in jener Versammlung der Felliner Bierbankpolitiker im „Goldenen Löwen" eine den Staat gefährdende Verschwörung erblickt hat, wie soll der Wähler dann erst das bezeichnen, was sich zwischen den Parteien in den sakrosankten Räumen auf dem Dom abspielt? Leider gibt es hier keinen Innenminister und keinen Chef des Binnenschutzes, der berechtigt wäre, in dieses Spiel einzugreifen. Die bestehende Verfassung gestattet das nicht. Es bleibt dem Wähler also nichts übrig, als wehrlos dem Hasardieren der hohen Herren zuzusehen, die alles, die Sicherheit des Staates, die Aussichten seiner Entwicklung und seine Zukunft, auf die eine Karte ihrer Parteivorteile gesetzt haben."

Lettische Pressestimmen zum Ergebnis der deutschen Reichstagswahlen

Aus dem „Latvis" vom 16. 9. 30:

„Was beweisen diese Wahlen? Sie sprechen eine unmißverständliche Sprache, daß viele Millionen deutscher Wähler von der bisherigen „demokratischen Verfassung" genug haben und daß diese Deutschland auf dem Wege zur Diktatur sehen wollen. Das ist klarer denn klar. Und das ist eine gute Lektion für alle diejenigen Parlamentarier, auch unsere, die da denken, daß nur sie die wahren Herren und Gewalthaber seien, daß ohne ihre Erlaubnis nichts geschehen dürfe und daß ohne ihr Empfehlungsschreiben nicht einmal ein Schweizer angestellt oder entlassen werden dürfe. Das ist eine gute Lektion für alle diejenigen, die der Korruption erlauben sehr üppige Blüten zu treiben, sogar in den Couloirs des Parlaments, und die sich auf dem Gebiet politischer Fragen nicht nach denjenigen idealen Elementen richten, nach denen jeder einzelne sich in seinem Leben und in seiner Arbeit zu richten hat. Das ist eine Lektion für diejenigen, die die berühmten Worte Gladstones vergessen haben: „Was moralisch falsch ist, kann garnicht politisch richtig sein".

Wir wissen nicht, mit welchem Ernst und welchem Eifer die Hitlerleute sich an die Staatsarbeit machen werden und welches die Folgen dieser Arbeit sein werden. Wir wissen jedoch, daß ca. 10 Millionen deutscher Staatsbürger nicht mehr an die belebende Kraft des allmächtigen Parlaments glauben. Und das bedeutet doch immerhin etwas.

(Felikss Kruša)."

Aus dem „Socialdemokrats" vom 17. 9. 30:

„Was wird weiter geschehen? Welche Aussichten eröffnen sich dem politischen Leben Deutschlands? Ist das zu überstehende Sumpffieber eine Krankheit des vorübergehenden Moments, oder droht es schleppend zu werden und die Atmosphäre so zu verdicken, daß Deutschland sich zu zerreißen beginnt in Fieberkrämpfen blutiger innerer Kämpfe? Noch ist es schwer, irgendwas zu prophezeien. Viel, wenn nicht alles wird davon abhängen, wie es gelingen wird, die große Wirtschaftskrise zu überwinden. Wenn in diesem Winter die Arbeitslosigkeit noch anwachsen wird, so werden sich auch die politischen Beziehungen noch weiter verschärfen und die Sumpffieberatmosphäre wird sich nicht zerstreuen, sondern noch weiter verdicken. Mit neuer aktiver Kraft werden Faschisten und Kommunisten, gehoben von ihren bisherigen Erfolgen, die Arbeit des neuen Reichstags desorganisieren, um

ihren Anhängern zu beweisen, daß es mit dem Parlamentarismus „nicht geht" und daß die einzige Rettung im Barrikadenkampf der Straße und im Erringen der Diktatur zu suchen ist. Und in dieser Zerstörung des Parlamentarismus und der Provozierung von Straßenkämpfen konkurrieren Faschisten und Kommunisten und werden, wenn auch sich untereinander schlagend, dennoch im ersten Teil ihrer Arbeit, in der Zerstörungsarbeit, sich vollkommen verstehen und sich sogar gegenseitig unterstützen. Wenn die Faschisten mit einer ihrer größeren Kampfaktionen beginnen würden, so würden die Kommunisten sich nur die Hände reiben, denn, seht, dann wird nach ihrer Ansicht die rechte Stunde für ihre Barrikadenaktion schlagen. Schwere innere Erschütterungen sind gegenwärtig während des zu durchlebenden Sumpffiebers in Deutschland nicht ausgeschlossen.

Das legt der Sozialdemokratie große, schwere, gewichtige und verantwortungsvolle Aufgaben auf. Keinerlei innerpolitische Unruhen oder außenpolitische Abenteuren können die Lage der Arbeiterschaft Deutschlands verbessern. Diese können das Chaos nur vertiefen und im Resultat zur Diktatur der Reaktion führen.

Doch die Lösung dieser schweren Aufgaben auf dem Wege der parlamentarischen Demokratie steht nicht in der Macht allein der Sozialdemokratie. Welche Wege die Entwicklung der Politik Deutschlands gehen wird, ob sie schwere innere Erschütterungen durchleben wird, oder aber ob sie aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten einen Ausweg finden wird auf dem Wege friedlicher Entwicklung, das wird in bedeutendem Maß vom politischen Verständnis und der Weitsichtigkeit der bürgerlichen Mitte und der gemäßigten Parteien abhängen

F. Zeelens."

Aus dem „Latvis" vom 21. 9. 30:

„Was können wir aus den letzten Wahlen in Deutschland lernen? Beim Vergleich des Dornenweges des deutschen nationalen Erwachens mit den Schicksalen unserer nationalen Bewegung fällt eine sehr bemerkenswerte Ähnlichkeit auf. Auch bei uns hat es nicht an mutigen Nationalisten gefehlt, die offen verkündet haben, daß es mit dem Parlamentarismus „nicht geht" und dafür systematisch „gefressen" wurden. Auch bei unserem Volk herrscht eine tiefe Unzufriedenheit mit der Bereicherungssucht der Sozialdemokraten und der dunklen Geschäftemacherei der Demzentristen. Wohl haben Organisationen gearbeitet, die im Volk tief Wurzel gefaßt und doch das bestimmende Wort nicht erhalten haben — die „bürgerliche" Presse hat sie niedergeschrien, denn in weiten Kreisen wird der Gedanke von der Zweckmäßigkeit des Parlamentarismus noch künstlich aufrechterhalten. Das deutsche Beispiel legt uns daher jetzt folgende Pflichten auf: unsere einzige nationale politische Organisation — das nationale Zentrum — ist zum schöpferischen Kern für die aktive nationale Bewegung auszugestalten. Zu diesem Zweck sind die Forderungen über die wünschenswerten Abänderungen der Verfassung zu formulieren, ist eine unabänderliche Linie der inneren und äußeren Politik und des Wirtschaftslebens festzulegen. Man muß der jungen Intelligenz, insbesondere der akademischen, die Möglichkeit gewähren, aktiv mitzuarbeiten, und planmäßige Disposition und strenge Disziplin einführen. Und ebenso wie Deutschland hat man zur Erkenntnis zu gelangen, daß nur Arbeit, ohne Unterlaß, zielbewußt und ausdauernd, das gewünschte Ergebnis zum Wohl der lettischen Nation haben wird.

Wir wissen gut, daß die Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Verfassung in sehr weiten Kreisen sowohl in den Städten,

als auch auf dem Lande tiefgehend und verbreitet ist. Aber wir wissen auch, daß sehr viele nationale Staatsbürger noch in Untätigkeit verharren und sich dem Kleinmut ergeben. Möge das Resultat der Wahlen in Deutschland uns in diesem Sinne als Weckruf zur Befreiung von Feigheit und leerem Räsonieren dienen. Lettische Studenten, junge Intelligenz, Schutzwehrleute (aissargi), Lehrer — der Anfang Eurer Arbeit beginnt! Glaubt nicht, daß Ihr allein und unbedeutend seid. Wollen wir unser Denken und unsere Arbeit vereinen und Lettland national und kraftvoll ausgestalten.

T. Gromalts."

August Winnigs Bekenntnis zur konservativen Idee

Nach seinem Buch „Das Reich als Republik" konnte über August Winnigs politische Einstellung kein Zweifel mehr bestehn. Nun hat er vor der Reichstagswahl in den „Münchener Neuesten Nachrichten" (Nr. 240, 4. September 1930) unter der Überschrift „Wiedergeburt des konservativen Gedankens" erneut seiner politischen Überzeugung Ausdruck verliehen. Wir geben den Artikel vollständig wieder, da diese Meinungsäußerung des einstigen Reichskommissars im Baltikum unter uns zweifellos auf Interesse stoßen wird.

„Wer sich vor zwanzig oder dreißig Jahren konservativ nannte, galt als reaktionär. Konservativ sein hieß einer notwendigen Entwicklung im Wege stehen und ihr Widerstand leisten. Die konservative Gesinnung ließ sich nur im geschlossenen Kreise verfechten, und wer sich zu ihr bekannte, wußte, daß er in der Verteidigung zu kämpfen hatte, und daß dieser Kampf, wenn auch eine Ehrenpflicht, so doch eine hoffnungslose Sache war. Der konservative Gedanke war nicht zeitgemäß. Konservativ war der ländliche Grundbesitz, war der Offizier und der Staatsbeamte. Hier war es eine Standespflicht, konservativ zu sein. Aber außerhalb dieser Kreise gab es den Konservativen nur als seltenen Sonderling, der hinter seiner Zeit zurückgeblieben war. Der deutsche „Geistige", ob er nun Gelehrter oder Künstler war, ob er im Reichtum oder in der Entbehrung lebte, hatte für die Gesinnung des Konservativen nur lächelnde Geringschätzung übrig. Der konservative Mensch war der ungeistige Mensch, er war ein Überbleibsel abgelebter Zeiten, mit dem eine ernsthafte Auseinandersetzung überhaupt nicht möglich war. Mit den Konservativen braucht man nicht zu debattieren — die läßt man aussterben: das war die Verhaltungsweise jener Zeit.

Fortschritt war die übermächtige Losung! Sie war so stark, daß auch Menschen, die konservativ sein wollten, sich ihr nicht zu widersetzen wagten, sondern ihr manches Zugeständnis machten; die Parteibezeichnung „freikonservativ" enthält noch eine Spur dieser inneren Unsicherheit konservativer Kreise. Im Zusammenbruch verschwand die Kanservative Partei aus dem politischen Leben.

Es gehört zu den bemerkenswertesten Erscheinungen der Gegenwart, daß sich diese Lage des konservativen Gedankens ganz unverkennbar geändert hat. Augenfällig ist es dadurch geworden, daß die Parteibezeichnung „konservativ" heute wieder aufgegriffen worden ist und der konservative Gedanke höher als früher bewertet wird. Es ist aber nicht nur diese Namenswahl einer neuen Partei — der „Konservativen Volkspartei" —, die für den eingetretenen Wandel Zeugnis ablegt, wir erleben vielmehr eine stete Ausbreitung konservativer Gesinnung schon seit mehreren Jahren. Und sicher erfährt der konservative Gedanke nicht nur eine Wiederbelebung in jenen Kreisen, die ihm früher anhingen, sondern er ergreift weit darüber hinaus Menschen der verschieden-

sten Berufe, die sich vor zwanzig Jahren noch Liberale nannten. Die konservative Geisteshaltung, die sich vor zwanzig Jahren kaum noch öffentlich zu begründen wagte, hat heute ein Schrifttum geschaffen, dessen Fruchtbarkeit der Gegner nur noch gegen eigenes besseres Wissen leugnen kann. Wer unser ernstes politisches Schrifttum kennt, muß heute zugeben, daß Gedanken von wirklicher Bedeutung, Gedanken über Staat und Volk, über Kultur und Wirtschaft nur noch aus konservativen Kreisen kommen. Hier hat sich ein gründlicher Wandel vollzogen. Lag die geistig-politische Führung noch vor zwanzig Jahren durchaus beim liberalen Menschen, so ist sie heute, trotz einer gewissen demokratischen Asphaltpresse, an den konservativen übergegangen.

Die großen Wenden im Leben der Völker bereiten sich immer in der Stille vor. So hat sich auch diese Wende, die man eine Wiedergeburt des konservativen Gedankens nennen kann, in der Stille vorbereitet und will jetzt in politisch wirkungskräftiger Gestaltung zutage treten. Dieser Lage müssen wir uns bewußt werden. Kein ehrlicher Deutscher kann heute der Hoffnungsseligkeit das Wort reden. Aber man muß wissen daß sich in unserem Volke eine neue geistige Haltung bildet, von der wir heilende Taten erwarten dürfen. Der konservative Gedanke ist im Begriff, wieder eine politisch wirksame Macht zu werden, weil wir Freiheit und Fortschritt als Blendwerk erkannt haben.

Die Wiedergeburt des konservativen Gedankens ist die Antwort des volkhaften Lebenswillens auf die nun deutlich gewordene Gefahr. Konservativ sein heißt nicht die einmal gegebene Form verteidigen, sondern heißt Form an sich wollen. Raum für ihre lebendige Entwicklung, aber immer Entwicklung zu neuer Form. Raum für neue Gestaltung der Gemeinschaft, aber immer Neugestaltung und nicht Zerstörung. Das ist der Grund dieser Wiedergeburt: Wir sehen die Auflösung und werfen uns ihr entgegen; wir sehen die Irrwege der deutschen Politik und wollen ihr Halt gebieten.

Aber der konservative Gedanke ist heute etwas anderes als vor zwanzig, dreißig, fünfzig Jahren. Damals war er die Verteidigungsstellung einer kleinen Minderheit. Heute ist er die Ausfallsstellung einer beträchtlichen und sich durch diese Auslese stetig vergrößernden Zahl der wertvollsten Deutschen. Heute ist er nicht das Bekenntnis einer abgeschlossenen Kaste, sondern eine volkhafte Geistesmacht. Früher hieß ihm die Ruhe die erste Bürgerpflicht. Heute ist er notwendig aufrufend, aufrüttelnd, anklagend — er ist notwendig kämpferisch. Nur in dieser erneuerten Gestalt kann er die Sendung erfüllen, zu der er berufen ist. Dem volkhaften Leben in seiner ganzen Breite und Tiefe zugewandt, muß er um die Neugestaltung der gefährdeten Gemeinschaft ringen. Es ist ihm eine gewaltige Aufgabe gesetzt, und es ist wohl verständlich, wenn nicht alle, die sich zu ihm bekennen, sie sogleich übersehen Aber diese Klärung muß kommen, und wir werden sie um so schneller erringen, je mehr wir uns von den kleinen Dingen, von Verstimmungen und Verärgerungen freimachen und auf das Ganze blicken."

Oskar Stavenhagen

In memoriam

Am 8. Juli d. J. wurde Oskar Stavenhagen in Rostock durch einen sanften Tod von einem tückischen Leiden erlöst, das den fast Achtzigjährigen unerwartet ergriffen hatte. Sein Tod bedeutet für die baltische Geschichtsforschung einen unersetzlichen Verlust: mit ihm ist der zweifellos beste Kenner der mittelalterlichen Geschichte des Baltenlandes dahingegangen. Der Trauer um den aufrechten, vornehmen Menschen und gütigen Freund gesellt sich die Erkenntnis, daß sein Tod eine Lücke in die kleine Schar baltischer Historiker gerissen hat, die nicht mehr gefüllt werden kann.

Oskar Stavenhagen ist am 26. November 1850 in Sutten in Kurland geboren als Sohn des Arztes Karl Stavenhagen und als Ältester von 14 Geschwistern. Er entstammt einem pommerschen Geschlecht aus Anklam, das seit 200 Jahren in Kurland Wurzel gefaßt und seiner zweiten Heimat eine Reihe tüchtiger und angesehener Männer geliefert hat. Seine Kindheit verbrachte er auf seinem väterlichen Gute Strandhof an der Westküste Kurlands, das schon seinem Großvater Benjamin Stavenhagen gehört hatte. Noch in seinen letzten Jahren erzählte er gerne von seiner abgelegenen, sturmdurchwehten Kinderheimat am ewigen Meer, von seinem energischen Vater, der einen Aufruhr seiner aufgehetzten Bauern „eigenhändig" in einer halben Stunde dämpfte, von dem englischen Kriegsschiff, das während des Krimkrieges die harmlose Düne bombardierte.

Oskar Stavenhagen besuchte zunächst die Privatschule des Pastors Büttner in Kabillen und bezog mit 14 Jahren das Gymnasium in Reval, sodann das in Riga, wo er 1869 das Abitur bestand. Nachdem er ein Jahr lang als Hauslehrer tätig gewesen, bezog er 1870 die Universität Dorpat, wo er der Landsmannschaft Curonia angehörte. Damit begannen die Lehr- und Wanderjahre, die den ungewöhnlich begabten, von Lebenslust und Kraft überschäumenden jungen Mann auf eine Reihe von Universitäten: Göttingen, Leipzig, Königsberg und dann wieder Dorpat führten, unterbrochen von der notwendigen Fron als Hauslehrer. Im Jahre 1885 bestand er sein Kandidatenexamen und das als Oberlehrer der Geschichte und Geographie. Mit reichem Wissen ausgestattet trat der gereifte Mann ins öffentliche Leben.

Von größtem Einfluß auf die wissenschaftliche Entwicklung Stavenhagens war sein Studium an der Georgia Augusta in Göttingen, wo er 1871—1875 zu den Schülern Georg Waitz gehörte. Hier legte er den Grund zu seiner wissenschaftlichen Arbeitsmethode, die strengste kritische Quellenanalyse mit genetischer Geschichtsauffassung verband. Zu dem Kreise der Waitz-Schüler gehörten die Balten Georg Dehio, Hermann Hildebrand, Konstantin Höhlbaum, Theodor Schiemann, Philipp Schwartz und Leonid Arbusow, deren Namen — zum Teil von europäischem Klang — den Beweis liefern, wie fruchtbar der Einfluß der Ranke-Waitzschen Schule auf die baltische Geschichtsforschung gewesen ist. Mit vielen von ihnen verband Stavenhagen innige Freundschaft, die über das Leben hinaus gedauert und u. a. ihren Ausdruck in den Nachrufen gefunden hat, die er Th. Schiemann und Leonid Arbusow gewidmet hat. Es ist ein hoher Genuß, den Arbusow gewidmeten Abschnitt über die Göttinger Zeit und die Bedeutung der Waitzschen Schule zu lesen, ein Abschnitt, der neben der hohen Würdigung des zu früh

dahingegangenen Freundes eine in ihrer Kürze meisterhafte Zusammenfassung seiner Geschichtsauffassung enthält. Auch von dieser und der folgenden Leipziger Zeit pflegte der Verewigte im Freundeskreise gerne zu erzählen und konnte dann herzlich lachen in Erinnerung an die wilden Studentenstreiche, an denen er, der ja keineswegs ein Duckmäuser, sondern ein echter Sohn seiner lebensvollen Heimat war, beteiligt gewesen.

Stavenhagen war, wie wir sahen, bereis ein Mann in reifen Jahren, als die Berufung nach Reval als Oberlehrer der Geschichte 1885 seinen Lehr- und Wanderjahren ein Ende setzte. Hier an der ehrwürdigen Ritter- und Domschule wirkte er 7 Jahre. Reval, die mauerumgürtete alte Hansestadt mit dem Domberg, auf dem die Häuser der alten Geschlechter, der Nachkommen der harrisch-wierischen Ritterschaft, in aristokratischer Abgeschlossenheit lagen, und wo auch er dicht neben der alten Domkirche ein Unterkommen fand, muß auf den historischen Sinn Stavenhagens von starker Wirkung gewesen sein. Hier sprach die Vergangenheit lebensvoll zu ihm, hier wurden ihm Geist und Wesen der Geschichte Livlands eindringlich offenbart, hier reifte in ihm der Plan, die Quellen der Geschichte der altlivländischen Stände zu sammeln und herauszugeben, als der Faktoren, die bis in die jüngste Zeit hinein ausschlaggebend für die Gestaltung des öffentlichen und privaten Lebens der Heimat waren. Als Stavenhagen 1892 infolge des immer unerträglicher lastenden Druckes der russifikatorischen Maßnahmen sein Amt an der Domschule niederlegte, konnte er sich mit Leib und Seele seiner Aufgabe widmen, die Bausteine für ein Urkundenbuch der livländischen Ständetage, dessen Herausgabe inzwischen von der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde in Riga beschlossen worden war, zusammenzutragen. Über zehn Jahre hat der wenig Bemittelte dieser Aufgabe gewidmet. Neben den heimischen Archiven in Reval, Riga und Mitau wurden die Archive in Königsberg, Danzig und Berlin reiche Fundgruben für seine unermüdlich schürfende Arbeit, über die er seit 1894 in regelmäßigen Zwischenräumen eingehenden Bericht erstattete.

Gleichzeitig mit dieser Forschertätigkeit begann Stavenhagen immer mehr in dem Kreise heimischer Historiker, die in den wissenschaftlichen Gesellschaften ihren Sammelpunkt fanden, hervorzutreten; insbesondere galt sein Interesse der von Baron Alexander v. Rahden in Mitau ins Leben gerufenen Sektion (später Gesellschaft) für Genealogie, Heraldik und Sphragistik, deren eifriger Mitarbeiter er wurde. Galt ihm doch die Personen- und Familiengeschichte, in der die Wurzeln der ständischen Bildung zu suchen sind, als eins der wichtigsten, ja notwendigsten Hilfsmittel für die Erkenntnis der heimischen Geschichte. Diese Einsicht und die gemeinsame Arbeit waren ein weiteres Band, das ihn mit seinen Freunden Arbusow, Rahden und Eduard v. Fircks auf das engste verknüpfte. Der Verfasser dieser Zeilen hatte das Glück, diesem Freundeskreise beizutreten, der sich an den Abenden nach den Mitauer Sitzungen in Rahdens gastfreiem Hause zu unvergeßlich schönen Stunden zusammenfand; leider fehlte nur allzuoft der 1894 von Mitau nach Sassenhof übergesiedelte Arbusow. Ernste Gespräche wechselten mit heiteren, alle möglichen Probleme wurden erörtert, meist jedoch waren es wissenschaftliche Themata, die die Freunde bis spät in die Nacht beschäftigten, wobei die reichhaltige Bibliothek Rahdens bei Meinungsverschiedenheiten herangezogen werden konnte. Immer wieder überraschten bei solchen Gelegenheiten die Fülle des Wissens und das erstaunliche Gedächtnis Stavenhagens.

Es erschien fast als selbstverständlich, daß die kurländische Ritterschaft im Jahre 1903 Oskar Stavenhagen zum Direktor des von ihr gemäß Landtagsschluß vom 6. März 1903 begründeten Landesarchivs erwählte. Es gab sicherlich damals keinen geeigneteren Mann für dieses Amt, das Stavenhagen über 27 Jahre hindurch bis an sein Lebensende verwaltet hat. Aus dieser Tätigkeit erwuchs ihm ein überaus starkes Gefühl der dankbaren Verbundenheit mit der kurländischen Ritterschaft, in der er – wie in den baltischen Ritterschaften überhaupt — das starke Rückgrat des Deutschtums in der Heimat sah. Noch auf seinem letzten Krankenbett gab er diesem Gefühl seinem jüngsten Bruder gegenüber in Worten Ausdruck, die bezeichnend für seine wahrhaft adelige Gesinnung und große Bescheidenheit sind: „Der kurländischen Ritterschaft bleibe ich in Dankbarkeit und Treue bis an mein Lebensende verbunden und bedaure nur, nicht mehr geleistet zu haben."

Als der Weltkrieg ausbrach, sah Stavenhagen die Morgenröte einer glücklichen Zukunft heraufziehen. Nach der Besetzung Kurlands durch die deutschen Truppen stellte er sich ganz in den Dienst des Gedankens der dauernden Einverleibung des Gottesländchens und später, nachdem auch Riga und alles Land bis Narva erobert worden waren, der baltischen Lande in das große deutsche Vaterland. Die Katastrophe 1918 traf ihn bis ins Innerste. Nicht so sehr der Zusammenbruch aller Hoffnungen, des fast verwirklichten Traumes vieler Generationen treudeutscher baltischer Herzen, als die bittere, qualvolle Enttäuschung. Nicht die Macht feindlicher Waffen, sondern schmählicher feiger Verrat am eigenen Vaterland hatte Deutschland zu Boden geworfen. Über diese Enttäuschung ist er wie so viele Landsleute nie hinweggekommen; sie brannte wie eine offene Wunde und erhielt immer wieder neue Nahrung durch die Ereignisse der Folgezeit, den Schmachfrieden von Versailles und die jeder Würde und jeden Anstandes bare Haltung der neuen Machthaber. Noch in letzter Zeit konnte er, wenn die Zeitungen einen neuen Fall der Demütigung oder demokratischer Krippenpolitik verzeichneten, seiner Empörung und Verachtung den stärksten Ausdruck verleihen.

Im Herbst 1919 verließ Stavenhagen die Heimat, um sie nicht wiederzusehen. Er hat versucht, bis zum äußersten auszuharren. Die schreckensvolle Bolschewikenzeit verlebte er in Mitau, persönlich unangefochten gleich seinem Amtsgenossen in Riga, Hermann v. Bruiningk, aber aufs tiefste erschüttert durch die Leiden, die den meisten zurückgebliebenen Landsleuten nicht erspart blieben: Hunger, Gefängnis und Tod durch Mörderhand. Der Heldenkampf der baltischen Landeswehr, die Befreiung Kurlands, die Eroberung Rigas am 22. Mai 1919 waren Lichtblicke für ihn, der als Historiker ein besonders offenes Verständnis für diese an die Heroenzeit Livlands gemahnenden Vorgänge hatte. Umso stärker trafen ihn die folgenden Ereignisse: die Preisgabe der kleinen deutschen Heldenschar durch die deutschlandfeindlichen Mächte, der Zusammenbruch aller Hoffnungen auf einen gütlichen Ausgleich mit den Letten. Im Herbst 1919 brachte Stavenhagen sein Archiv auf Anordnung des kurländischen Landesbevollmächtigten Baron Alexander Rahden nach Lübeck in Sicherheit; 1923 siedelte er nach Rostock über, wo er die letzten Jahre seines arbeitsreichen Lebens unter der treuen Fürsorge seiner Schwester verbrachte.

Der Verstorbene war ein Mensch von ausgeprägter Eigenart, ein echtes Kind seiner engeren Heimat, mit der er mit allen Fasern des Seins verwachsen war, ein knorriger Niedersachse und aufrechter Mann von vornehmster Gesinnung, bei aller Versenkung in wissenschaftliche Arbeit keineswegs ein weltabgewandter Stubengelehrter, sondern temperamentvoll und von starken politischen Instinkten. Geradezu leidenschaftlich verfolgte er in den Zeitungen den Gang der politischen Ereignisse. Aus Anlage, Tradition und historischer Erkenntnis konservativ bis auf die Knochen, durch und durch deutsch, erschien ihm jeder Opportunismus in der heimischen Politik, der gegen seine Auffassung der geschichtlichen Mission des deutschen Elements in der Heimat verstieß, als eine Gesinnungslosigkeit, die er in Wort und Schrift bekämpfte. Charakteristisch hierfür ist sein 1897 in der Baltischen Monatsschrift (Bd. 44) erschienener Artikel „Die Semstwofrage in Kurland" Dem entsprechend war auch seine Einstellung zu der Haltung so mancher Landsleute nach der Katastrophe von 1919; nur mit unverhohlener Verachtung pflegte er von den Elementen zu sprechen, die eine gewisse hämische Schadenfreude bei der Vernichtung des Standes, den er als das Rückgrat des Deutschtums wertete, nicht verbergen konnten und die schnell bereit waren, sich „auf den Boden der Tatsachen zu stellen" und mit den neuen Herren zu gehen.

Als Historiker stand Stavenhagen in der ersten Reihe baltischer Geschichtsforscher. In seinem langen Leben hatte er sich, unterstützt von einem ungewöhnlichen Gedächtnis, ein großes und tiefes Wissen zu eigen gemacht; er beherrschte die schwierige und nicht selten verworrene Geschichte des livländischen Mittelalters in demselben Maße wie die Geschichte seiner engeren Heimat Kurland. Auf beiden Gebieten galt er mit Recht als Autorität. Seine Arbeiten zeigen nicht nur die vortreffliche Schulung, sondern auch die souveräne Beherrschung des Stoffes und zugleich eine vollendet künstlerische Fassung. Er war außerordentlich gewissenhaft, überlegte jede Kleinigkeit, feilte an jedem Satz. Aus diesem Grunde blieb vieles, was er begonnen hatte, leider unvollendet liegen; er konnte — von neuen Problemen gepackt — sich dann nicht mehr entschließen, das vorläufig bei Seite Gelegte wieder aufzunehmen; was er jedoch vollendete, war allerersten Ranges. Es sei hier an seine Monographie des Ordensmeisters Johann Wolthuß von Herse (1897) und die in der Baltischen Monatsschrift (1901 u. 1902) erschienenen Abhandlungen „Die Anfänge des livländischen Städtebundes" „Der Kampf des Deutschordens in Livland um den Einheitsstaat" und „Livland und die Schlacht bei Tannenberg" erinnert, kleine Meisterwerke historischer Darstellung, die nicht nur neues Licht in die behandelte Epoche bringen und daher von bleibendem historischen Wert sind, sondern auch von jedem Laien mit wahrem Genuß gelesen werden können.

Ein besonderes Verdienst hat Stavenhagen sich um die Sammlung der Akten und Rezesse der livländischen Ständetage erworben, mit der er, wie wir gesehen haben, schon 1892 begann und deren erste 1907 erschienene Lieferung, die den Zeitraum von 1304—1404 umfaßte, er selbst bearbeitete. Die Fortführung dieser großangelegten, von den Ritterschaften und Städten finanzierten Edition mußte er, durch seine Pflichten als Archivdirektor behindert, anderen bewährten Kräften überlassen, doch ist der unvergleichlich größte Teil aller Urkunden bis zum Schlußjahr 1561 seinem Sammlerfleiß zu verdanken.

Bis kurz vor seinem Tode hat der Unermüdliche den größten Teil des Tages mit wissenschaftlichen Arbeiten an seinem Schreibtisch verbracht. Wie rege sein Geist, wie ungebrochen seine Arbeitskraft bis zuletzt waren, beweisen seine Beiträge zu den Gütergeschichten in H. Pirangs „Das baltische Herrenhaus" 1926 und 1928 und die meisterhaften historischen Einleitungen zu den Genealogien in der in diesem Jahr erschienenen ersten Lieferung des Genealogischen Handbuchs der kurländischen Ritterschaft, die in unübertroffener Weise alle Vorzüge seiner Feder zeigen: klare plastische Darstellung in prägnantester Form, wie sie nur bei vollständiger Beherrschung des Stoffes und der intuitiven Fähigkeit, das Wesentliche vom Unwesentlichen zu trennen, möglich ist.

Der Schreiber dieser Zeilen kann dieses Gedenkblatt nicht schließen, ohne dem Dahingegangenen ein Wort innigsten Dankes nachzurufen für die stets gleichbleibende Güte und Freundschaft, die er in den letzten Jahren von ihm erfahren hat und die ihm die Schwere des Exils erleichtert haben. Die Stunden im stillen Arbeitszimmer des Gelehrten, die Gespräche, in denen sein erstaunliches Wissen und untrügliches Gedächtnis immer wieder zutage traten, die selbstlose, wahrhaft kollegiale Hilfsbereitschaft, wenn es sich um Lösung schwieriger wissenschaftlicher Probleme handelte, der ganze Verkehr mit diesem klugen, gütigen, feingebildeten und wahrhaft vornehmen Manne werden dem Schreiber dieses unvergeßlich bleiben. Sein Hinscheiden hinterläßt eine Lücke, die nicht zu schließen ist; durch seinen Tod verlieren alle, die ihn verehrt und geliebt haben, einen Freund von seltener Treue, die Geschichtsforschung einen hervorragenden Vertreter, die Heimat einen ihrer besten Söhne.

Astaf von Transehe

Anhang:

Oskar Stavenhagens wichtigste Schriften

1. Monographien

1897 Johann Wolthuß von Herse. (Mitteil. a. d. livl. Gesch. Bd. 17.)
1901 Die Anfänge des Livländischen Städtebundes. (Baltische Monatsschrift 52.)
1902 Der Kampf des Deutschordens in Livland um den livländischen Einheitsstaat. (Baltische Monatsschrift 54.)
1902 Livland und die Schlacht bei Tannenberg. (Baltische Monatsschrift 54.)
1902 In memoriam (des Sieges Plettenbergs über die Russen am 13. September 1502). (Baltische Monatsschrift 54.)

2. Ständegeschichte

1890 Freibauern und Landfreie in Livland während der Ordenszeit. (Beitr. z. Kunde Est-, Liv- u. Kurl. IV.)
1896 Über die Organisation der Schwarzhäupter auf den livländischen Schlössern. (Sitzungsberichte Riga 1895.)
1905, 1910, 1912 Zur Frage der Ministerialen. (Genealogisches Jahrbuch 1905/06, 1907/08, 1911/13.)
1914 Lehnstreitigkeiten in Kurland unter Herzog Gotthard ꝛc (Gen. Jb. 1911/13.)

3. Zur Geschichte des Deutschordens

1896 Der letzte Rheinländer unter den obersten Gebietigern des Deutschordens in Livland und die Verhältnisse der Abstammung bei den livländischen Ritterbrüdern. (Gen. Jb. 1894.)

1896 Die Mitbrüder des Deutschordens in Livland. (Sitzungsber. Riga, 1895.)

1898 Zur Abstammung des Johann Wolthuß v. Herse. (Gen. Jb. 1896.)

1902 Über L. Arbusows Deutschordens-Geschlechter. (Sitzungsber. Mitau 1901.)

1908 Über Herkunft ꝛc. des Hochmeisters Konrad v. Jungingen. (Gen. Jb. 1905/06.)

4. Orts- und Personengeschichte

1906 Erlaß des Herzogs Albrecht v. Preußen betr. das Pfandgebiet Grobin. (Sitzungsber. Mitau 1905.)

1906 Protokoll der Kirchenvisitation im preußischen Pfandgebiet Grobin (1560.) (Sitzungsber. Mitau 1905.)

1906 Materialien zur kurländischen Genealogie aus den ältesten Kirchenvisitationsrezessen von Grobin. (Gen. Jb. 1904.)

1906/1910 Über Abstammung ꝛc der v. Rönne. (Gen Jb. 1904 u. 1907/08.)

1910 Die v. Kerssenbrock in Kurland. (Gen. Jb. 1907/08.)

1910/1913 Die v. Kettler und v. Aschеberg gen. Kettler in Kurland. (Gen. Jb. 1907/08 u. 1909/10.)

1913 Die v. Bagge in Kurland. (Gen. Jb. 1911/13).

1913 Bürgerliste und Ratslinie von Goldingen. (zusammen mit W. Raeder) (Gen. Jb. 1911/13.)

1926/28 Geschichte der Rittergüter in „Das baltische Herrenhaus".

1930 Einleitung der Genealogien in Lief. I des Genealogischen Handbuchs der Kurländischen Ritterschaft.

5. Urkundenforschung

1907 Akten und Rezesse der Livl. Ständetage Bd. I Lief. I.

1894/1895/1897 Die Arbeiten für die Herausgabe der altlivländischen Ständetagsakten. (Berichte in: Schwartz u. Arbusow, Die Arbeiten für das Livl. Urk.-Buch).

6. Archivarbeit

1906 Bericht des Direktors des Kurl. Landesarchivs an den Kurl. Landtag. (Gen. Jb. 1904.)

1909 Das Kurländische Landesarchiv in Mitau (Arb. d. balt. Hist.-Tages 1908.)

1910 Bericht des Direktors ꝛc. an den Landtag 1908/09. (Gen. Jb. 1907/08.)

1910 Über Archivalien der kurländischen Städte Libau, Grobin, Goldingen und Windau (Gen. Jb. 1907/08.)

1913 Bericht des Direktors ꝛc. an den Landtag 1911/12. (Gen. Jb. 1909/10.)

7. Politik

1896 Die Semstwofrage in Kurland. (Baltische Monatsschrift 44.)

1905 Die Vorschläge des kurländischen Großgrundbesitzes zur Reorganisation der Prästandenverwaltung. (Düna-Ztg. Riga 1905.)

8. Besprechungen

1901 E. v. Fircks, Kurl. Güterchroniken. (Gen. Jb. 1899.)
1902 L. Arbusows Deutschordensgeschlechter. (Sitzungsber. Mitau 1901.)
1903 Das Ministerkomitee und die Ostseeprovinzen. (Balt. Mon. 55, 56.)
1904 Inventar der nichtstaatl. Archive Westpolens. (Gen. Jb. 1902.)
1904 Kurnatowski, Georg Friedrich v. Brandenburg und die Eroberung des Bistums Kurland. (Sitzungsber. Mitau 1903.)
1914 J. Durckmeyer, Korbs diarium itineris in Moscoviam. (Gen. Jb. 1911/13.)

9. Nekrologe

1914 Nachruf auf Leonid Arbusow. (Gen. Jb. 1911/13.)
1915 Nachruf auf Heinrich Diederichs. (Sitzungsber. Mitau 1914.)
1927 Nachruf auf Theodor Schiemann. (Deutsches biogr. Jahrb. 1921.)
1930 Nachruf auf Alexander Freiherr v. Rahden. (Gen. Jb. 1914.)

Berliner politischer Monatsbericht

Radikalisierung der Wähler — Nationalsozialistische Überraschung — Die Zusammensetzung des Reichstags — Neue Köpfe — Arbeitsunfähiger Reichstag — Keine Mehrheitsregierung — Brüning kämpft weiter — Der Abschied Heyes — Wahlreform — Trevirranus zur Ostrevision.

Berlin, den 16. September 1930

Auch dieser Wahlkampf ist vorüber. Man atmet auf, denn in dieser Wahl, die staatspolitisch gesehen sinnlos war, sind nicht nur die Leidenschaften und Gegensätze außerordentlich heftig aufeinander geplatzt, auch der ganze Ton, der in der Propaganda eingerissen war, hatte eine Schärfe angenommen, die allen Menschen, denen der Lärm, die Verhetzung, die geistlose Niederknüppelung Andersdenkender, die persönliche Verleumdung zuwider ist, mehr als nur auf die Nerven ging. Wir werden später auf diese als Symptom zu wertenden Erscheinungen zurückgreifen.

Fassen wir zuerst das Ergebnis des Wahlkampfes zusammen: staatspolitisch gesehen entspricht es der Voraussage, die wir im letzten Monatsbericht gegeben haben, wenn man sich auch heute zwei Tage nach der Wahl noch Überraschungen vergegenwärtigen muß. Wir haben bei der Niederschrift dieses Berichts unsere vor fünf Wochen abgefaßte Darstellung vor Augen. Der von uns vorausgesagte Verlust der Sozialdemokraten zugunsten der Kommunisten ist eingetreten, ebenso wie die Verminderung der Gruppen der positiven Opposition um etwa 10 Mandate. Man erwartete einen geringen Erfolg der beiden katholischen Parteien — Zentrum und Bayrische Volkspartei —, der auch eingetreten ist, ebenso wie der vorausgesagte Verlust der beiden liberalen Parteien – Deutsche Volkspartei und Staatspartei. Daß Hitler, und damit indirekt Hugenberg, die Sieger des Wahlkampfes sein würden, wurde allgemein angenommen. Wenn man auch schon im Verlauf des Wahlkampfes, in dem man die Intensität und Anzugskraft der nationalsozialistischen Propaganda kennenlernte, sich darauf einrichtete, daß die Nationalsozialisten mit etwa 50 bis 60 Mandaten in den Reichstag zurückkehren würden, so bildete dann die am Montag bekannt gewordene Zahl doch eine Sensation, die

im Lager der Nationalsozialisten selber verblüffte Freude und in dem der Linken tiefste Bestürzung hervorrief.

Ehe wir auf die Verschiebungen innerhalb der Parteien eingehen, soll versucht werden, das Fazit dieser Wahl zu ziehen. Ins Auge springt die Radikalisierung, die der gleicht, die bei der Inflationswahl im Mai 1924 zum Ausdruck kam. Die Bedeutung der Parteiapparate für den Wahlkampf haben die unvorbereitet auftretenden neuen Gruppen erfahren müssen. An ihrer in diesem Umfange allgemein nicht erwarteten Niederlage — das gilt ebenso von der Staatspartei wie vor allem von den Konservativen — ist der nicht vorhandene Apparat, was übrigens nur für die Konservativen zutrifft, nicht die Hauptursache. In dieser Zeit der allgemeinen wirtschaftlichen Not, der Arbeitslosigkeit von drei Millionen Menschen, in dieser Zeit, wo das Mißvergnügen nicht etwa nur über das finanzpolitische Trauerspiel im Reichstag, sondern vor allem über die mangelnde Entschlußkraft der Regierung, über die Ängstlichkeit gegenüber dem Auslande weiteste Kreise erfaßt hat, in dieser Zeit hatte nur der Radikalismus eine Zugkraft. Wer für Hitler oder die K. P. D. gestimmt hat, die beide gemeinsam gegen den Young-Plan, gegen die Wirtschaftsnot, gegen die Regierung redeten und agitierten, der hat damit weniger diesen beiden Gruppen ein Vertrauensvotum, als den Regierungsparteien ein Mißtrauensvotum abgeben wollen. Dieses Mißtrauenvotum ist denn auch sehr deutlich zum Ausdruck gekommen. Gegen die Robustheit der nationalsozialistischen Argumente, die im Negativen steckenblieben und dann, wenn sie positiv wurden, wenig Anklang finden konnten bei denen, die hinter dem Wort den klaren Sinn und die Durchführungsmöglichkeiten suchen, gegen diese Propaganda konnte die konservative Parole keine Zugkraft ausüben. Der Standpunkt der positiven Opposition, also diese rein taktische Frage, ist den Massen gleichgültig geblieben. Er ist eine Angelegenheit der Intelligenzschicht, die sich mit den politischen Fragen eingehender beschäftigt und nicht nur dem Gefühl oder dem Mißvergnügen Ausdruck geben will, sondern auch den Kopf nicht vergißt. Und was die konservative Ideologie anbetrifft, so kann man nur wiederholen, daß sie als eine nicht primitive und nicht schlagwortartige Angelegenheit zum Massenfang nicht geeignet war und wohl auch später nicht ist. Der konservative Standpunkt, sowohl was die Idee wie die Taktik anbetrifft, konnte nur durch die konservativen Führer und ihre Leistungen den Wählern nahegebracht werden. Es ist charakteristisch, daß der Reichsminister Treviranus sich in sehr schneller Zeit eine große Beliebtheit im Lande errungen hat. Sein Name bedeutete eben verantwortungsbewußtes Handeln und den Mut, solche Dinge wie die Notwendigkeit der Ostrevision von verantwortlicher Stelle aus unmißverständlich auszusprechen. Ähnlich wie der positiven Rechten ist es den liberalen Parteien ergangen. Die liberale Ideologie, soweit sie überhaupt noch aufrechterhalten wurde, bedeutete für den Großteil der Wähler nichts, war kein Hinderungsgrund für die Flucht von der Mitte zu den Nationalsozialisten. Die Volkspartei, die im Gegensatz zu den umgetauften Demokraten sehr stark den Kampf gegen die Sozialdemokratie in ihrer Agitation hervorhob, hatte das Vertrauen der Wähler verloren. Man braucht ja auch nur daran zu denken, daß dieselbe Volkspartei 1920 ihren Wahlkampf unter dem Schlagwort „Von roten Ketten macht euch frei allein die Deutsche Volkspartei" führte, um dann jahrelang mit den Sozialdemokraten zusammen zu regieren. So konnte man auch die Volkspartei als mitverantwortlich

für die sozialdemokratische Mißwirtschaft und als Stütze des parlamentarischen Systems und der unbeschränkten Herrschaft der Parteien ansehen. Die Beteuerungen der volksparteilichen Redner, die auf das Gegenteil hinausliefen, fruchteten nichts. Wenn wir noch hinzufügen, daß es der starken Agitation, die besonders von gemäßigten bürgerlichen Blättern ausging und sich gegen die Wahlenthaltung richtete, gelang, von den 10 Millionen Nichtwählern 4 Millionen an die Wahlurne zu bringen, wo sie allerdings nicht für die gemäßigten bürgerlichen Parteien, sondern für die Nationalsozialisten stimmten, und wenn wir noch darauf hinweisen, daß der Nachwuchs rechts wie links radikal gewählt hat, daß es nur dem Zentrum gelungen ist, den katholischen Nachwuchs an die Partei zu binden, dann dürfen alle allgemeinen Momente, die bei dieser Wahl von Wichtigkeit waren, erörtert sein.

Wie setzt sich nun zahlenmäßig der neue Reichstag zusammen? Auf der Linken finden wir die Sozialdemokraten mit 143 Mandaten gegenüber 153, die sie 1928 erringen konnten. Dieser Verlust wird durch die Gewinne der Kommunisten, die jetzt nicht mehr 54, sondern 76 Sitze innehaben, wettgemacht. Die Mitte hat weiterhin an Boden im Reichstag verloren. Die Staatspartei hat trotz der Fusionierung mit dem Jungdeutschen Orden nur noch 20 anstelle von 25 Sitzen, die Volkspartei sogar nur noch 30 anstelle von 45; dagegen hat die Wirtschaftspartei ihren Besitzstand mit 23 Mandaten behaupten können. Die beiden katholischen Parteien haben, wie gesagt, als einzige bürgerliche Parteien Gewinne davongetragen, und zwar hat das Zentrum jetzt 78 anstelle von 71 und die Bayerische Volkspartei 19 statt 16 Sitze inne. Die positive Opposition, die, wie die Leser aus den letzten Monatsberichten wissen, zum ersten Mal als eigene Parteiorganisation — wenn man von kleinen Ansätzen absieht — vor die Wähler trat, hat alles in allem 43 Mandate inne, von denen 21 auf das Landvolk, 14 auf den Christlich-sozialen Volksdienst, 3 auf die Deutsch-Hannoveraner und nur 5 auf die Konservative Volkspartei entfallen. Die Deutschnationale Volkspartei, die gemeinsam mit den Nationalsozialisten gefochten hat, konnte 1928 noch 73 Mandate, nunmehr aber nur noch 41 erringen, während die Nationalsozialisten von 12 auf 107 angestiegen sind. Es ergibt sich also der Tatbestand, daß 4½ Millionen Menschen dieses Mal für die Kommunisten und auf der anderen Seite 6,4 Millionen für die NSDAP. und 2,5 Millionen für die mit ihr gemeinsam fechtende Hugenberg-Partei gestimmt haben. Die Gesamtmandatzahl ist von weniger als 500 im letzten Reichstag jetzt auf 576 angestiegen, dadurch, daß, wie gesagt, 4 Millionen Stimmen mehr abgegeben wurden. Durch diesen Einsatz der Nichtwähler zugunsten der radikalen Rechten ist prozentual der Anteil der beiden marxistischen Parteien von 42,2% auf 38,2% zurückgegangen, eine Tatsache, die ebenfalls hervorgehoben werden muß.

Ähnlich wie im Mai 1924, wo ja Deutschnationale und Nationalsozialisten (die damals einen Teil des völkisch-sozialen Blocks bildeten) zusammen fast ebenso stark waren, wie heute die beiden Gruppen sind, hat diese Parteiumschichtung eine Reihe bekannter Parlamentarier aus dem Reichstag entfernt, während andererseits neue Männer, die der weiteren Öffentlichkeit noch völlig unbekannt sind, in das deutsche Parlament einziehen. Man kann im jetzigen Augenblick die Besetzung der Mandate noch nicht eindeutig benennen; immerhin dürfte feststehen, daß zu den bekannten Männern, die nicht zurückkehren, Reichsminister von Keudell

(Landvolk), Dr. von Tryander, Dr. Hoetzsch, General von Lettow-Vorbeck (konservativ), Reichsminister a. D. v. Raumer (Volkspartei), der ostpreußische Oberpräsident Siehr (Staatspartei) gehören. Die Industrievertreter sind von den Mandatsverlusten besonders schwer betroffen worden, was in den Kreisen der Industrie nicht gerade Freude hervorgerufen hat. In den Reichstag ziehen neu ein u. a. der alte Führer der Vorkriegskonservativen von Oldenburg-Januschau (deutschnational), General von Seeckt (Deutsche Volkspartei), bei der Staatspartei Dr. Stolper, der Herausgeber des „Deutschen Volkswirts" und einige Führer des Jungdo. Die nationalsozialistischen Führer, die allerdings nur durch ihre Parteiagitation vor die Öffentlichkeit getreten sind, sind jetzt selbstverständlich alle im Reichstag vertreten, mit Ausnahme von Hitler, der ja österreichischer Staatsangehöriger ist. Es ist anzunehmen, daß durch das Anwachsen der beiden radikalen Parteien rechts und links nun auch die *Verjüngung des Parlaments*, wenn auch etwas anders, als man es sich gedacht hatte, vor sich gegangen ist.

Über die eben von uns mitgeteilten Zahlen hat nun je nach der Einstellung der Wähler große Freude oder tiefe Bestürzung geherrscht. Wir wissen allerdings nicht, ob diese sehr demokratisch-parlamentarische Siegesfreude etwa der Nationalsozialisten oder auch der Kommunisten wirklich berechtigt ist, umso mehr, weil es sich ja um Parteien handelt, die ihrer antiparlamentarischen und antidemokratischen Einstellung wegen sich eigentlich weniger mit dem Rechenstift betätigen sollten. Allerdings, wenn man noch an Mehrheitsverhältnisse glaubt, wenn man noch der Überzeugung ist, daß Deutschlands Schicksal, ja selbst nur die Zusammensetzung der Reichsregierung von eroberten Mandaten abhängt, dann hat man in verschiedenen Lagern Grund zur Freude. Die Zusammenzählung der Mandate ergibt ganz deutlich, daß die Regierung Brüning jetzt nicht mehr über eine knappe, sondern über eine hoffnungslose Minderheit verfügt. Sie zeigt auch weiterhin, daß eine Rechtsregierung wiederum nur mit Unterstützung des Zentrums möglich und daher politisch schon unmöglich ist, da das Zentrum zum mindesten nicht mit den Nazi in der Regierung sitzen kann. Ebensowenig können die Marxisten allein regieren, ebensowenig kann die Weimarer Koalition sich auf eine Mehrheit stützen. Das könnte allein die ganz große Koalition, die neben der Staatspartei, dem Zentrum, der Bayerischen Volkspartei, der Wirtschaftspartei und der Volkspartei auch die Sozialdemokraten umfaßt, Es ist kein Wunder, daß am Tage nach der Wahl nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch die sehr links eingestellten Presseorgane des Ullstein- und Mossehauses nach der großen Koalition als dem einzigen Ausweg aus der „Faschistengefahr" gerufen haben. Wir haben in unserem letzten Monatsbericht diesen Fall, eben daß rechnerisch allein die große Koalition über eine Mehrheit verfügt, unserer Prognose zugrunde gelegt und damals geschrieben, daß die große Koalition bei der Deutschen Volkspartei auf keine Gegenliebe stoßen würde. Dafür liegen heute ganz klare Äußerungen vor. Und ebenso weiß man heute, daß auch die Wirtschaftspartei sich nicht an einer großen Koalition beteiligt. Entscheidend bleiben aber nicht diese Zahlen, sondern ganz einfach die politische Tatsache, das die Regierung mit den Sozialdemokraten heute eine Unmöglichkeit ist, weil man damit wohl die Verlegenheitsregiererei fortsetzen, nicht aber die entscheidenden Aufgaben bewältigen kann.

Diese Aufgaben sind heute nach der Wahl genau dieselben wie in den letzten Monaten. Und auch der Weg bleibt derselbe: *Minderheitsregierung*,

die sich immer mehr unabhängig von den Parteien macht, die sich nicht vom Parlament führen läßt, sondern ohne Rücksicht auf die Sonderinteressen der Parteien sachliche Arbeit leistet. Diese Arbeit allerdings — dazu gehören Finanzreform, Reichsreform, also Lösung der Preußenfrage, Sozialreform, Verfassungsreform – muß mit Nachdruck, Konsequenz und Mut durchgeführt werden; dann allein auch wird sie die Autorität der Regierung im Lande begründen und den Männern der Regierung willige Gefolgschaft im Volke schaffen. Dürften wir noch hinzufügen, daß ein bestimmterer Ton in der Außenpolitik, das klare Bekenntnis zur Revisionspolitik ebenfalls nötig sind, um dieses Vertrauen herzustellen. Ob Brüning diesen Weg gehen will, das kann man heute nicht voraussagen. Wir glauben nur nach wie vor, daß es der einzige mögliche Weg ist. Und wir haben immerhin gelesen, daß Brüning nicht daran denkt, auf Grund des Wahlergebnisses zurückzutreten, sondern daß er vielmehr bereit ist, den Kampf vor dem Reichstag aufzunehmen. Das Zentrumsorgan, die „Germania" hat die Wahlziffern sehr kühl aufgenommen und in dem Kommentar die so viel erörterte Frage nach der parlamentarischen Gestaltung der künftigen Regierungspolitik wohl als wichtig und interessant bezeichnet, dabei aber betont, daß viel wichtiger und ganz unabhängig von der Frage einer wie auch immer gearteten Koalition die Frage nach der Durchführung der vom Kabinett Brüning in Angriff genommenen Arbeiten und Reformen sei. „Ihre Notwendigkeit und Unaufschiebbarkeit ist ganz eindeutig bestimmt. Diese Arbeiten sind bereits begonnen und müssen fortgesetzt werden. Und es ist im Hinblick auf die durch den Wahlausgang geschaffenen sehr schwierigen parlamentarischen Verhältnisse vielleicht recht gut, auch den Fall ins Auge zu fassen, daß dieses Werk von einer Regierung fortgeführt werden muß, die über keine koalitionsmäßigen Bindungen verfügt." Diese Ausführungen der „Germania" deuten darauf hin, daß das Zentrum willens ist, den Weg zu gehen, den wir angedeutet haben, wobei es heute noch nicht vorauszusagen ist, welche Steine man bei dem Marschieren auf diesem Wege forträumen muß.

Wir haben das Ergebnis dieser Reichstagswahl und die Beurteilung der sich daraus ergebenden politischen Lage hier mit aller Ausführlichkeit behandelt, weil die Wahl das politische Leben Deutschlands in den letzten vier Wochen ausgefüllt hat und weil diese Wahl schließlich nicht ohne Bedeutung ist, wenn auch nur, um zu zeigen, daß die unumschränkte Parteienherrschaft keine Bedeutung mehr hat. Wir wiesen eingangs darauf hin, daß die Form, in der der Wahlkampf geführt wurde, schlechter war, als man es immerhin schon gewöhnt ist. Insbesondere war die persönliche Gehässigkeit zwischen den einzelnen Rechtsgruppen ein Novum, das nicht dazu angetan ist, das Parteileben als wertvoll für die Bewahrung konservativer Bindungen im Lande draußen anzusehen. Daß solche Bindungen weiter zerstört worden sind, daß in den Kleinstädten und auf dem flachen Lande die Wählerschaft zum großen Teil den Worten hergelaufener Agitatoren vor den Ratschlägen der Männer, die eigentlich Autorität in ihren Kreisen genießen sollten, den Vorzug gegeben hat, ist ein ernstes Symptom.

Die politischen Ereignisse, die man sonst noch erwähnen könnte, sind mehr oder minder alle vom Wahlkampf beeinflußt worden. Das gilt z. B. selbst von der Erklärung des Chefs der Heeresleitung, General Heye, über seinen bevorstehenden Rücktritt. Man hat das mit innerpolitischen und mit außenpolitischen

Gründen in der verschiedensten Weise motivieren zu müssen geglaubt, in einer Weise, die entweder von Parteidemagogie oder von Sensationslust diktiert war. Wir sind der Ansicht, daß General Heye außenpolitisch sich durchaus nicht betätigte und daß ihm innerpolitisch keinerlei Bedeutung zukam; er suchte sie selber nicht. Es ist auch nicht anzunehmen, daß man Heye etwa, wie das „Berliner Tageblatt" es andeutet, verabschiedete, weil man an seine Stelle den General von Hammerstein setzen wollte, nur um für innerpolitische Kämpfe gerüstet zu sein. Die Erklärung Heyes, daß keinerlei politische Motive bei seinem Rücktritt mitspielten, daß er vielmehr nur aus Altersgründen seinen Abschied eingereicht habe, dürfte den Tatsachen entsprechen.

Eine weitere Frage, die von der Regierung angeschnittene Wahlreform, stand auch im Zeichen des Wahlkampfes. Der Sturm gegen die Entpersönlichung des Wahlrechts, gegen die Entfremdung der Kandidaten von ihren Wählern durch die großen Wahlkreise bläst schon seit Jahren. Die Regierung Brüning hat nun ein Reformprojekt ausarbeiten lassen, von dem man wohl annehmen kann, daß es dem Reichstag sehr bald nach dessen Zusammentritt am 14. Oktober vorgelegt werden wird. Diese Wahlreform schafft das Proportionalwahlrecht keineswegs ab, geht also nicht auf das alte deutsche Beispiel der Stichwahlen zurück, imitiert auch nicht die englische Wahlordnung. Zur Abänderung des Proportionalwahlrechts, durch das die Parteizersplitterung ja weitgehend herbeigeführt ist, würde eine verfassungsändernde Mehrheit nötig sein, auf die die Regierung nicht hoffen kann; darum hat sie sorgfältig alles vermieden, was verfassungsändernd sein könnte. Der Unterschied wird nur der sein, daß man anstelle der bestehenden 35 Riesenwahlkreise 162 Wahlkreise einrichtet, die in 31 Verbänden und 12 Ländergruppen zusammengefaßt sind. Die Stimmenzahl, die zur Erringung eines Mandats nötig ist, soll ferner von 60,000 auf 70,000 heraufgesetzt werden. Die Reichsliste wird abgeschafft. Man wird also in Zukunft kleine Wahlkreise haben, in denen durchschnittlich 4 Mandate zu erringen sind. Für ein Mandat nicht ausreichende Stimmen werden dann in der Ländergruppe, in die der Kreis eingegliedert ist, verrechnet. Was dort nicht zur Erringung des Mandats ausreicht, geht nicht wie heute auf die Reichsliste, sondern ist ungültig. Man wird also mit der Wahlreform erreichen: einmal, daß die Kandidaten ihren Wählern vertrauter sein werden, dem Wahlkreis verbundener, und ferner, daß den Splitterparteien das Leben genommen wird. Ein Zwang zum Zusammenschluß, der sehr heilsam ist, wird sich auswirken.

Zuletzt sei von uns nur noch mit wenigen Worten auf die Rede des Reichsministers Treviranus über die Notwendigkeit der Revision der Ostgrenzen hingewiesen. Diese Rede, die eine Selbstverständlichkeit zum Ausdruck bringt, die das sagt, was heute ganz Deutschland glaubt, hat sowohl in Deutschland wie im Auslande große Beachtung gefunden, ja sogar einen Sturm hervorgerufen. Die deutschen Angriffe, die von demokratischen Blättern kamen und sich dagegen richteten, daß ein verantwortlicher Minister in dem Gebiet seines Kollegen, des Außenministers, sich betätige, und zwar in so entschiedener Weise, — diese Angriffe sind außerordentlich bedauerlich, brauchen aber zum Glück nicht überschätzt zu werden. Der große Sturm im Ausland, die Entrüstung in Warschau und Paris spricht nicht gegen, sondern für die Rede von Treviranus. Kein Ein-

sichtiger, und Treviranus am wenigsten, erwartet, daß man mit Reden die Revision herbeizwingen kann, da es ja in der Außenpolitik weniger auf papierne Proteste und schöne Worte, als auf Realitäten, die nicht immer gleich Kanonen zu sein brauchen, ankommt. Wenn Deutschland aber jemals die Revision erringen will, dann darf es die Frage nicht zur Ruhe kommen lassen. Dann muß vor allem von der Reichsregierung der Anspruch immer wieder in unmißverständlichen Worten angemeldet werden.

Georg Schröder

Bücherbesprechungen

Die moderne Kunstphilosophie und Broder Christiansens Buch „Das Gesicht unserer Zeit"

Eine Kunstphilosophie im modernen Sinne war vor einigen Jahrzehnten noch nicht möglich, denn sie paßte nicht so recht in das rein rationale Gebäude der Geisteswissenschaften des 19. Jahrhunderts: in dieses Gebäude gehörte nicht, was nicht rational faßbar war, und gerade die Kunst ist durchsetzt und letzten Endes bestimmt von Irrationalem.

Anders liegt es heute: das Gebiet der modernen Philosophie ist die mit rätselhaften Erscheinungen erfüllte Welt, und diese Erscheinungen, Phänomene und deren Wechselbeziehungen zu deuten ist die Aufgabe der Philosophie. Die Erscheinungen sind oft so geheimnisvoll, daß nicht sie selbst, sondern nur ihre Beziehungen zueinander rational erkennbar sind. Es geht hier vielleicht ähnlich wie zum Beispiel in der Physik mit der Elektrizität: man weiß, es gibt zwei mit rätselhaften Kräften erfüllte Pole, die nur erkennbar werden durch die Spannung zwischen ihnen, die rational deutbare Wirkungen hervorruft.

Auffallend ist es, daß die zu betrachtenden Erscheinungen der Umwelt sich für unser heutiges Empfinden fast durchweg zu Erscheinungspaaren gruppieren, zwischen denen eine Spannung besteht, die ein zu behandelndes Problem ausmacht. Ich möchte nur auf Erscheinungspaare hinweisen wie: Dasein und Wachsein, Geist und Leben, Mensch und Tier.

Ein Paar einander polar zugeordneter Phänomene sind auch die Begriffe Persönlichkeit und Welt: die Spannung zwischen diesen beiden Polen ruft all die vielen großen, kleinen und kleinsten Erscheinungen hervor, die der Zeit ihr Gepräge geben, das wir Stil nennen, mögen diese Erscheinungen nun ganz flüchtiger Art sein wie eine Geste, das Gebaren eines Menschen, oder mögen sie den bewußten Ausdruck von Erlebtem, ein Werk der Kunst darstellen.

Dies ist das Gebiet, in dem sich der Kunstphilosoph Broder Christiansen in seinem neuesten, im Felsen-Verlag Buchenbach in Baden 1930 erschienenen Werk bewegt. „Das Gesicht unserer Zeit" ist der Titel dieses Büchleins: im Gesicht liest man Züge, deren Ursprung in weiterer Vergangenheit zu suchen ist, solche, deren Veranlassung nicht ferne zurück liegt, Züge, die das augenblickliche Erleben widerspiegeln, und eine guter Psychologe wird sogar Züge finden, die auf ein zukünftiges Schicksal deuten. Ein solch feinsinniger Psychologe ist Christiansen: auf analogen Erscheinungen früherer Epochen basierend, verknüpft er den Stil des Vorgestern, den Impressionismus, mit dem Stil von gestern, dem Expressionismus, der heutigen „modernen

Sachlichkeit" und dem Stil von morgen zu einem System, das in der Folge der vier Sätze einer Symphonie ähnlich ist. Aus den ersten drei Sätzen ist zwangsläufig der vierte, der Schlußsatz abzuleiten: das gibt die Möglichkeit, von einem kommenden Stil, von einem „Morgen" recht viel Bestimmtes auszusagen, ohne sich in phantastischen Spekulationen zu verlieren.

Es mag vielleicht anmaßend erscheinen, eine Betrachtung über die Gegenwart zu schreiben, die den Zusammenhang zwischen dem Heute, Gestern und Morgen deuten will: man könnte einwenden, daß einem die nötige Distanz zu solch einer Betrachtung fehle. Darauf ließe sich erwidern, daß man als Betrachter der Gegenwart einen andern sehr großen Vorteil hat: man steht mitten drin in der Spannung, deren Auswirkung der Stil der Zeit ist. Natürlich muß man Organe haben, diese Spannung genügend fein zu empfinden, man muß mehr Künstler als Gelehrter sein, und das ist Christiansen.

Eine starke Lebensbejahung durchströmt das Büchlein. Es führt einen von der Negation des Impressionismus über das junge überschäumende Wollen des Expressionismus und das nüchterne Können des Heute zu einem Morgen, das Wollen und Vollbringen sinnvoll verbindet.

In seiner Zielstrebigkeit, seinem dynamischen Schwung ist das Werkchen selbst schon ein Kunstwerk im Stil des kommenden Morgen, das es verkündet. Diese bewußte Zielstrebigkeit führt einen in angenehmer heiterer Leichtigkeit von der ersten bis zur letzten Seite des Büchleins.

Max von Briskorn

Die Mitarbeiter dieses Hefts:

Baron W. Wrangell, Vizepräsident der Estländischen deutschen Kulturselbstverwaltung, Reval / Dr. H. Frisch, Riga, Außenministerium / Dr. K. Seesemann, Mülheim-Ruhr-Heißen / Dr. A. v. Transehe-Roseneck, Doberan, Meckl. / Schriftleiter G. Schröder, Berlin / M. v. Briskorn, Riga.

Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Reinhard Wittram

Die heutige Lage des Sozialismus

Prolegomena zu einer ideologischen Kritik

Von Siegmund Klau

Wer sich erst einmal darüber klar geworden ist, wieviel Geschick und Mühe die sozialistischen Parteien des europäischen Festlandes — besonders aber Mitteleuropas und der Nachfolgestaaten — heute aufwenden müssen, um sich notdürftig auf dem straffen Seil im Gleichgewicht zu behaupten, das die Abgründe zwischen der Doktrin des kollektivistischen Marxismus und dem erzindividualistischen humanitären Liberalismus, zwischen dem militanten Kommunismus, dem nicht minder kriegerischem Faszismus und der profithungrigen plutokratischen Pseudodemokratie überspannt, — der wird zugeben müssen, daß es nicht leicht sein kann, sich ein klares Bild von der Ideologie dieser sozialistischen Parteien zu machen — wenigstens soweit die Rede nicht von jener theoretischen Paradeideologie, wie wir sie in den Schriften eines Marx, Kautsky oder Renner studieren können, sondern von der praktischen Ideologie des politischen Alltags, die das politische Handeln jener Parteien tatsächlich bestimmt.

Hierzu kommt ein zweites: der Sozialismus — seine vielfach bewunderungswürdige äußere Geschlossenheit in allen Ehren — ist doch nicht eine völlig eindeutige Größe, die man etwa einer einzelnen bürgerlichen Partei und ihrer Ideologie zum Vergleich gegenüberstellen könnte, sondern eine ganze Welt für sich; eine Welt- und Lebensauffassung, innerhalb deren kaum weniger Abstufungen und Schattierungen persönlicher und örtlicher Natur möglich sind, als im Rahmen der bürgerlich-kapitalistischen Weltanschauung, und die imstande gewesen ist, zwei einander so weltenferne und sich doch kraft ihrer gemeinsamen Herkunft in vielem so nahe berührende Bewegungen aus ihrem Schoß zu gebären, wie den Kommunismus und den Faszismus. Solange aber der Kern der sozialistischen Parteien, wie das heute der Fall ist, seine äußere Geschlossenheit bewahrt, ist es für den Außenstehenden, nicht in die Mysterien der Partei Eingeweihten nahezu unmöglich, sich ein völlig klares und genaues Bild von all seinen ideologischen Abstufungen, Nuancen und Sonderwegen — geschweige denn von ihrer Entstehung — zu machen.

Endlich wäre noch ein drittes zu berücksichtigen: wenigstens in jenen Ländern, über die die eiserne Egge des Krieges am härtesten hinweggegangen ist, ist der Sozialismus mancherorts die einzige, mancherorts eine der wenigen Parteien, die auf eine längere Geschichte zurückblicken können, sich die ungetrübte Kontinuität ihrer geschichtlichen Entwicklung bewahrt haben und darum lebendige Parteitraditionen besitzen. Hier liegt übrigens — nebenbei bemerkt — der Schlüssel dafür, warum uns heute die sozialistischen Parteien in ihrem Gebaren so oft als die eigentlich konservativen Parteien des Zeitalters erscheinen; denn konservativ sein bedeutet ja in gewissem Sinne nichts anderes, als sich in seinem Handeln vorwiegend und maßgebend von überlieferten Traditionen bestimmen lassen. Die durch lange und in ihrem Zeitgeist sehr verschiedenartig bestimmte Jahrzehnte reichende Entwicklungsgeschichte des Sozialismus hat natürlich auch in seiner Ideologie ihre Spuren in Gestalt zeitlich aufeinanderfolgender Ablagerungen oder Schichten hinterlassen. Wer darum der Ideologie einer sozialistischen Partei nachgehen will, wird sich nicht mit einer Paraphrase ihres offiziellen Programms begnügen oder sich einfach der beschreibenden Methode bedienen können, sondern wird nach der Art eines Archäologen oder Folkloristen suchen müssen, Schicht für Schicht einzeln und säuberlich abzutragen, in ihrer Enstehung und Bedeutung zu erklären, und zu bestimmen, inwieweit jeder der ausgesonderten Faktoren auch heute noch bestimmend auf die politische Praxis der betreffenden Partei einwirkt.

Mit diesen Vorbehalten sei es gestattet, im weiteren einige flüchtige und mehr andeutende Randbemerkungen zur praktischen Ideologie des Sozialismus zu machen — nicht wie sie dem im Allerheiligsten der Partei amtierenden Mystagogen erscheint, sondern wie sie sich dem außerhalb der Partei Stehenden nach ihren öffentlichen Kundgebungen und ihrem Handeln darstellen muß.

1.

Das ideologische Fundament des Sozialismus bildet natürlich die Theorie des *Marxismus*, die von den Parteigenossen auch heute noch andächtig und gläubig als das unbezweifelbarste Ergebnis exaktester Wissenschaft aufgenommen wird, während der unbefangene Kritiker darin kaum etwas anderes wird erblicken können, als einen „geoffenbarten Glauben", eine Art *diesseitiger* Religion, gleich jeder Religion ebenso unbeweisbar, wie unwiderleglich. Soweit sich die

Lehrsätze dieses Glaubens auf Vorgänge und Entwicklungen, die sich nach Ansicht der Stifter gleich einem Naturgesetz unentrinnbar und selbsttätig verwirklichen, oder auf den Aufbau der kommenden sozialistischen Gesellschaftsordnung beziehen, kann ihre Einwirkung auf die alltägliche praktische Politik wenigstens bei denjenigen sozialistischen Parteien, die im Gegensatz zum Kommunismus nicht auf einen gewaltsamen Umsturz des Bestehenden hinarbeiten und die infolgedessen heute und wohl noch auf lange hinaus darauf angewiesen sind, im Rahmen einer bürgerlich-kapitalistischen Umgebung mit deren Mitteln und Methoden zu arbeiten, nur recht gering sein. Praktisch-politische Aktualität wird darum heute nur ein Teil der Lehrsätze des marxistischen Dogmas besitzen. Zu diesen „aktuellen" Teilen der marxistischen Lehre gehört in einem gewissen Maße die Anschauungsweise des historischen Materialismus, der das treibende Motiv aller Umgestaltungen des sozialen Lebens ausschließlich oder doch ganz überwiegend in dem Spiel der wirtschaftlichen Interessen erblickt (eine Auffassung, die übrigens für die geschichtliche Übergangszeit, in der wir heute leben, jedenfalls in weit stärkerem Maße zutreffen mag, als für jede andere Epoche). Im Zusammenhang hiermit steht ferner die ablehnende Einstellung zur Religion, diesem „Opium fürs Volk", das nach jener Auffassung nur dazu beitragen kann, die soziale Entwicklung auf unnatürliche Abwege zu führen und die Aufmerksamkeit von den allein wichtigen diesseitigen Werten auf ein erträumtes Jenseitiges, von dem Ponderablen auf die Imponderabilien abzulenken. In der Religion, besonders in der christlichen Religion muß der Sozialismus unvermeidlich bewußt oder unterbewußt einen gefährlichen Konkurrenten seines eigenen Glaubenssystems spüren, an dessen Spitze ja unausgesprochen ebenfalls der Satz steht: „Du sollst keine anderen Götter haben neben mir!" Nicht umsonst sind vor zweitausend Jahren die Worte gesprochen worden: „Niemand kann zweien Herren dienen; entweder er wird den einen hassen und den anderen lieben; oder er wird dem einen anhangen und den anderen verachten. Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon." Der Sozialismus hat sich nun einmal von vornherein grundsätzlich und unwiderruflich zum Dienst des „Mammon", d. h. der materiellen und „ponderablen" Werte des Daseins bekannt, die für ihn das in allererster Reihe zu erstrebende Ziel und die einzige treibende und bewegende Kraft darstellen. Zwischen ihm und einer Religion, die den Leitsatz aufgestellt hat: „Sorget nicht für euer Leben, was ihr essen und trinken werdet, auch nicht für euren Leib,

was ihr anziehen werdet Trachtet am ersten nach der Herrschaft Gottes und seiner Gerechtigkeit, so wird euch solches alles zufallen!" — zwischen zwei so von Grund auf verschieden orientierten Weltanschauungen kann es in der Tat keinen Kompromiß geben. Ein „christlicher Sozialismus" ist darum eine contradictio in adiecto, und eine wirkliche innerliche Neutralität des Sozialismus der Religion und der Kirche gegenüber ist auf die Dauer logisch undenkbar, so wenig wir auch an der Aufrichtigkeit seines Bekenntnisses zum Grundsatz äußerer religiöser Duldung zweifeln wollen. Hier klafft, schwach verdeckt, eine der tiefsten Klüfte, die den Sozialismus von jeder auf dem Boden der christlichen Kultur Europas stehenden geistigen Bewegung grundsätzlich scheidet. Dagegen scheint zwischen der Einstellung des Sozialismus zur Religion und dem antireligiösen Kampf des Kommunismus nicht ein qualitativer, sondern nur ein quantitativer Unterschied zu bestehen, insofern der Kommunismus auch hier wie in so manchen anderen Punkten dieselben Prämissen starrköpfig-konsequenter und brutal-rücksichtsloser bis in ihre letzten Konsequenzen zu verfolgen entschlossen ist.

Weit stärker als durch die bisher berührten Ideen, die mehr die Einstellungen des einzelnen zum Leben und Weltgeschehen bestimmen, wird die praktische Politik der sozialistischen Parteien durch eine Reihe anderer Sätze der marxistischen Lehre beeinflußt, die allgemein bekannt genug sind, um einer eingehenderen Behandlung zu entraten. Hierher gehört die bekannte feindselige Einstellung zum Kapital als dem Zwingherrn, der kraft der ihm innewohnenden natürlichen Tendenz und dank dem Alleinbesitz der Produktionsmittel unabwendbar die fortschreitende Versklavung, Ausbeutung und Entrechtung des arbeitenden und Werte schaffenden Menschen herbeiführen muß. Diese Einstellung verbindet sich praktisch mit einem merkwürdigen naiven Glauben an die unbegrenzte Lebenskraft und unerschöpfliche Leistungsfähigkeit eben dieses selben Kapitals, dem der Sozialismus die öffentlichen Lasten in unbeschränktem Umfang glaubt aufbürden und doch gleichzeitig durch Beförderung des Staatskapitalismus und des Übergreifens der öffentlichen Hand auf das Wirtschaftsgebiet — einen folgerichtigen Schritt zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel — ungestraft das Wasser abgraben zu können. Da das Kapital im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung aber fast der einzige und jedenfalls der weitaus wichtigste Schöpfer von Produktions- und Arbeitsmöglichkeiten ist, so bedeutet ein solches Verfahren im Rahmen der bestehenden Gesellschafts-

ordnung nichts anderes, als der Henne das Futter mehr und mehr zu entziehen und doch die goldenen Eier von ihr zu verlangen. Nicht minder feindselig ist bekanntlich auch die sozialistische Einstellung zum „Imperialismus", dessen Wirksamkeit im Leben der Völker etwa dieselben Auswirkungen zugeschrieben werden, wie derjenigen des Kapitals im Leben des einzelnen. Neben der „Solidarität des Proletariats", die man praktisch richtiger als die internationale Solidarität der sozialistischen Parteien bezeichnen könnte, bildet diese Gegnerschaft gegen den Imperialismus bekanntlich einen der Ecksteine der sozialistischen Außenpolitik.

Weitgehende praktisch-politische Folgerungen ergeben sich auch aus der — heute allerdings mehr auf Doktrin und Tradition, als auf den realen Verhältnissen beruhenden — Überzeugung, die den eigentlichen Träger des sozialistischen Gedankens und zukünftigen Verwirklicher der sozialistischen Gesellschaftsordnung in dem industriellen Proletariat erblickt. Schon der Wunsch allein, diesen Stoßtrupp des Sozialismus möglichst stark zu sehen, muß — ganz abgesehen von allen Wirtschaftsdoktrinen — die sozialistischen Parteien veranlassen, in wirtschaftlicher Hinsicht in erster Reihe die Interessen der Industrie zu vertreten.

Am nachhaltigsten und häufigsten wird die praktische Politik der sozialistischen Parteien aber wohl durch jenen Teil des marxistischen Dogmas beeinflußt, der die klassenmäßige Gliederung der kapitalistischen Gesellschaft, den unversöhnlichen Gegensatz der Klasseninteressen und den Klassenkampf betrifft. Hier liegt zugleich auch der Grund, weshalb sozialistisches Denken und sozialistische Politik für jede geistige Richtung, für die die sozialen Begriffe „Volk" und „Staat" Dinge von Wesen und Wert sind, in der Tat als eine tödliche Gefahr und als ein Hemmnis für jede gesunde Fortentwicklung zu den sich anbahnenden neuen Ausdrucksformen jener Begriffe erscheinen muß. Denn der vom marxistischen Sozialismus gepflegte und großgezogene Klassen- und Gewerkschaftsgeist muß nicht nur den gesamten bestehenden Aufbau des Staats und der Volksgemeinschaft unvermeidlich von innen heraus erschüttern, auflösen und schließlich sprengen, sondern durch die unübersteigbare marxistische Mauer, die er um das industrielle Proletariat gezogen hat und die dieses für jede außerhalb dieses Mauerrings entstandene geistige Bewegung so gut wie unzugänglich macht, wird zugleich auch die Lösung der dringendsten politischen Aufgabe des kommenden Tages — der feste Einbau des Proletariats in Volk und Staat, ohne den kein weiterer

Schritt möglich ist — nahezu unmöglich. Darum wird eine jede nicht-sozialistische geistige Bewegung, die an der Zukunft von Volk und Staat mitbauen will, notwendigerweise ausgesprochen oder unausgesprochen die Überwindung des Marxismus auf ihre Fahnen setzen müssen. Es widerspricht dem keineswegs, daß ein Teil der marxistischen Lehre auch das bürgerliche Lager stark beeinflußt hat. Wir sind heute Zeugen dessen, wie der Klassen- und Gewerkschaftsgeist, der Geist rein wirtschaftlichen Interessenzusammenschlusses und rein wirtschaftlicher Interessenpolitik einzelner Schichten und Klassen auch die bürgerlichen Parteien mehr und mehr durchsetzt, und es wird eines starken geistigen Anstoßes, einer starken geistigen Bewegung bedürfen, um dieser fortschreitenden Entwicklung Einhalt zu tun und sie wieder zurückzudrängen.

Logisch aufs engste mit der Lehre des Klassenkampfs verknüpft ist der Internationalismus der sozialistischen Parteien, der in einer doppelten Weise zum Ausdruck gelangt: negativ als die Verneinung der Bindung des Proletariers an sein Volk und an seinen Staat, die ihm, dem „Entrechteten" und wirtschaftlich an diesen kapitalistischen Gebilden nicht Interessierten, dauernd fremd bleiben; positiv als die Lehre von der Solidarität des Proletariats über die Länder- und Völkergrenzen hinweg. Es handelt sich also bei *diesem* Internationalismus um den Versuch, die bisherige, sozusagen vertikale Gliederung der menschlichen Gesellschaft in Volks- und Staatsgemeinschaften durch eine horizontale in Klassen abzulösen und die unvermeidlichen Gegensätze von der politischen und nationalen Front an die wirtschaftliche und soziale zu verschieben, den Völkerkrieg durch den Klassen- und Bürgerkrieg zu ersetzen. Von irgendeinem Pazifismus sehen wir hier keine Spur; allenfalls findet er als das unbestimmte Ideal einer fernen Zukunft nach vollendeter Errichtung der sozialistischen Gesellschaft ein bescheidenes Plätzchen. Am folgerichtigsten und instruktivsten ist diese Tendenz bisher vom Kommunismus verwirklicht worden, der sich auch hier nicht gescheut hat, mit eiserner Stirn die allerletzten Konsequenzen zu ziehen. Beim evolutionären Sozialismus sind diese Lehren vom Klassenkampf in den Umwälzungen der Weltkriegs- und Revolutionszeit arg zerzaust und zersetzt worden, wenn auch die Theorie noch aufrechterhalten wird.

2.

Aber nicht nur die letztberührten Lehren, sondern das gesamte Erbgut des Marxismus hat in der weiteren Entwicklung eine merkwürdige und folgenschwere Veränderung und „Umbiegung" durch-

gemacht. Daß eine geistige Bewegung im Zeitalter der Epigonen und Erben durch das Eindringen und die Überflutung mit fremden Einflüssen und Elementen eine von den Stiftern nicht gewollte, für den ganzen weiteren Verlauf der Entwicklung aber entscheidende „Umknickung" erleiden kann, ist eine in der Geschichte keineswegs vereinzelte Erscheinung. Denselben Vorgang beobachten wir auch beim Sozialismus, und durch ihn wird jene innere Zwiespältigkeit in sein Wollen und Handeln hineingetragen, die heute vielleicht am charakteristischsten für ihn ist.

Als der Sozialismus erstmalig daran denken konnte, praktische Politik zu machen, sah er, dessen Wesen in der Verneinung des ganzen Kapitalismus bestand, da er nicht die Kraft oder den Willen zu einem gewaltsamen Umsturz in sich fühlte, sich darauf angewiesen, auf lange Sicht im Rahmen einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung mit den politischen Mitteln und Methoden des kapitalistischen Staats und der kapitalistischen Politik an der Verwirklichung seiner Ideale zu arbeiten. Seine Unerfahrenheit in diesen ihm ideologisch fremden Methoden und seine anfängliche Schwäche mußten ihn veranlassen, sich nach Bundesgenossen und Schrittmachern bei dieser Arbeit umzusehen, deren Unterstützung ihm am raschesten zu einer gesicherten Machtposition und zu Einfluß verhelfen konnte. Da er sich damals in radikaler Opposition zum bestehenden Staat befand, so schienen sich ihm als „natürliche" Bundesgenossen diejenigen Strömungen im bürgerlichen Lager darzubieten, die in einer ähnlich schroffen Oppositionsstellung zur herrschenden Staatsgewalt verharrten. So kam es zum Waffenbündnis zwischen dem aufstrebenden Sozialismus und dem bürgerlichen liberal-humanitären Radikalismus. Daß auch dieser in seiner Ideologie, gleich dem Sozialismus, im wesentlichen „diesseitig" eingestellt war, daß auch er die materiellen und „ponderablen" Werte, die materielle „Zivilisation" als das Ziel und Maß des politischen Strebens betrachtete und daß auch er darauf ausging, den Schwachen gegen den Starken zu fördern und die soziale und geistige Ungleichheit durch eine Nivellierung nach unten auszugleichen, konnte dieses Verhältnis nur festigen.

Die Waffengemeinschaft zwischen dem Sozialismus und dem radikalen Liberalismus, die z. T. auch heute noch fortdauert, ist seitens des Sozialismus natürlich nur als ein zeitweiliges Zusammengehen für eine zwar nicht kurze, aber zeitlich immerhin begrenzte Spanne gedacht. Dennoch muß dieses Bündnis als die widersinnigste und widernatürlichste politische Vereinigung bezeichnet werden, die

sich denken läßt. Denn hier suchen sich ein schroffer Kollektivismus, für den nicht der einzelne von Belang ist, sondern nur das Schicksal der Gesamtklasse Wert und Wichtigkeit hat und der das Individuum ohne Rücksicht auf sein Wünschen und Wollen in eine „Zwangsassoziation", eine von ihm weder gewollte noch gewählte, sondern schicksalsmäßig über ihn verhängte Gemeinschaft hineinzwängt und ihr bedingungslos unterordnet, und der radikalste Individualismus, der den einzelnen, seine vermeintlichen Rechte, seine Wohlfahrt und individuelle Glückseligkeit zum Maß und Ziel aller Dinge macht und aus ängstlicher Sorge um die Unabhängigkeit und Autonomie des Individuums alle Bindungen und Gemeinschaften, in die es gestellt ist, aufzulösen sucht — zwei Weltanschauungen, zwischen denen es weder Weg noch Brücke gibt — einander die Hand zu reichen; und das stahlharte Denken des Marxismus nimmt sich in der Vergesellschaftung mit der verschwommenen humanitären Empfindelei des bürgerlichen Liberalismus merkwürdig genug aus. Ginge es in der Politik und in der politischen Ideologie stets streng nach dem Gesetzen der Logik zu, so dürfte sich der evolutionäre Sozialismus seine natürlichen Bundesgenossen — freilich auch nur für eine gemessene Wegspanne — allenfalls unter gewissen kollektivistischen Strömungen des bürgerlichen Konservatismus suchen; und daß hier in der Tat eine fast restlose ideologische Synthese möglich ist, hat der Faszismus bewiesen.

Es war unausbleiblich, daß in dieser merkwürdigen Kameradschaftsehe zwischen dem Sozialismus und dem radikalen Liberalismus auch ein geistiger Austausch stattfinden mußte. Es ist aber bezeichnend, daß der Liberalismus, der auf eine jahrhundertealte Tradition zurückblicken konnte, meist der gebende, der an geschichtlichen Maßstäben gemessen noch jugendliche Sozialismus — der empfangende Teil war. Auf diese Weise wurde die Ideoloie des Sozialismus allmählich durch eine Menge von Gedanken und Einstellungen bereichert, die seinem ursprünglichen Denken fremd waren und eigentlich nur in der Gedankenwelt des Liberalismus ihre logische Begründung und ihren natürlichen Platz haben. Neben das marxistische Erbgut trat die liberale Mitgift. Und da die Ideologie des Marxismus auf einen fern in der Zukunft belegenen Zustand der Gesellschaft, die liberalisierenden Ideen aber auf die heute bereits — oder noch? — bestehende hochkapitalistische Gesellschafts- und pseudodemokratische Staatsordnung zugeschnitten waren, so konnte es nicht ausbleiben, daß der Liberalismus in der praktischen Politik der sozialistischen

Parteien den Marxismus allmählich zu überwuchern begann. (Diese Darstellung ist natürlich nur als eine vereinfachte schematisierende Hypothese über in Wirklichkeit viel kompliziertere Vorgänge aufzufassen; ein Teil der liberalisierenden Ideen ist in den Marxismus zweifellos schon bei seiner Entstehung aus der Zeitatmosphäre eingedrungen.)

Es erscheint darum für unseren Zweck von Wichtigkeit, die bedeutsamsten Elemente herauszuheben, die aus dem Gedankengut des Liberalismus der sozialistischen Ideologie zugewachsen sind.

3.

Für den radikalen bürgerlichen Liberalismus ist seit jeher sein extremer Rationalismus und Intellektualismus am bezeichnendsten gewesen, d. h. sein fast maßloser Glaube an die Vortrefflichkeit und Allmacht der menschlichen Vernunft, für die er keine Schranken gesetzt sieht, und seine Blindheit für das Wesen und den Wert der irrationalen Kräfte der Einzel- und Kollektivseele. Von hier aus begreift man, warum der Liberalismus jenen fast naiven Glauben an das Wort und seine erlösende und bezwingende Kraft besitzt, wie er in der Kerenskiperiode der russischen Revolution in einer fast tragikomischen Weise zutage trat. Dem Marxismus und dem Liberalismus gemeinsam ist auch der Glaube an einen unendlichen, geradlinig aufsteigenden, „natürlichen" Fortschritt. Lassen sich aber alle Beziehungen des sozialen und staatlichen Lebens durch das Wort — sei es das geschriebene Wort der Verträge und Dekrete, sei es das gesprochene Wort der Rede — regeln und ist der stete naturgesetzliche „Fortschritt zum Besseren" ohnehin in jedem Fall gesichert, so ist die Anwendung aller brutaleren und summarischeren Methoden überflüssig und vom Übel. Der radikale Liberalismus ist darum konsequenterweise ein grundsätzlicher Feind jeglicher Gewaltanwendung — auch dort, wo die Gewalt nur das Recht begleitet und stützt: er ist pazifistisch. Von hier gelangt auch er zum Internationalismus, aber zu einem Internationalismus ideologisch völlig anderer Art, als der eigentlich marxistische Internationalismus. Während dieser den Kampf zwischen den geschlossenen menschlichen Gemeinschaften von der staatlichen und nationalen Front an die wirtschaftliche und soziale zu verlegen sucht, will der Internationalismus pazifistischer Prägung den Kampf überhaupt aus der Welt schaffen und einen Zustand ewigen Friedens und ungetrübter Glückseligkeit herbeiführen. Er hofft dieses Ziel im Völkerleben zu erreichen, indem er nur von

einer „Menschheit" und von gleichgearteten einzelnen menschlichen Individuen etwas wissen will, nicht aber von Völkern, d. h. er sucht die bestehenden Volksgemeinschaften zu atomisieren und den chaotischen und formlosen Brei dieser gleichartigen Einzelatome unter die Einheitsbegriffe der „Menschheit" und einer farblosen „Menschheitskultur" zu bringen, wie er auch im innerstaatlichen Leben alle organischen Gemeinschaften zu atomisieren und unter den einen uniformen Begriff des „Staatsbürgertums" zu stellen bemüht gewesen ist, derart, daß zwischen der „Menschheit" und dem Individuum ebensowenig irgendein Zwischenglied mehr steht, wie zwischen dem allmächtigen Staat und seinem wehrlosen „Bürger" Es ist klar, daß die Überlagerung der Klassenkampflehre durch den Pazifismus, des marxistischen Internationalismus durch den liberalen bei der Unvereinbarkeit dieser Elemente dazu führen mußte, daß diese Ideen einander gegenseitig zu zersetzen und aufzulösen begannen und die praktische Politik des Sozialismus einen merkwürdig schwankenden und inkonsequenten Charakter erhielt. So hält es z. B. der Sozialismus anscheinend für seine heiligste Ehrenpflicht, bei jedem energischeren Zugriff der Staatsgewalt selbst gegen notorisch staatsfeindliche und landesverräterische Elemente, wie etwa gegen die kommunistischen Geheimbündler, die die Sozialisten selber unverhohlen als Schädlinge nicht nur des Staates, sondern auch des Arbeiterproletariats brandmarken, nachdrücklichen Protest und Verwahrung einzulegen, während er gleichzeitig das gewalttätige Vorgehen gegen einen Streikbrecher, der sein Recht auf Arbeit und auf die Freiheit seiner Überzeugung geltend macht, ohne weiteres moralisch zu rechtfertigen sucht. Freilich werden im letztgenannten Fall auch die Grundfesten seines marxistischen Erbguts in Mitleidschaft gezogen, während in seinem Verhalten dem Kommunismus gegenüber zweifellos auch das eingewurzelte Gefühl der Solidarität mit allen Sozialisten — selbst einer anderen, als ketzerisch betrachteten Observanz — der bürgerlichen Welt gegenüber mitspricht, so wie etwa von den orthodoxen Christen früherer Zeiten auch der gehaßte und verfolgte Ketzer und Schismatiker den Heiden gegenüber als ein — wenn auch verirrter und strafbarer — Bruder erschien. Noch deutlicher tritt diese Zwiespältigkeit des sozialistischen Denkens in der Einstellung der sozialistischen Parteien zur Landesverteidigung zutage. Keinem Jünger des Marxismus kann es endlich einfallen zu bestreiten, daß der „Imperialismus" andauernd Zündstoff für neue kriegerische Verwickelungen anhäuft, und daß er, wo seine Interessen ihm ein resolutes Zugreifen empfehlen, keines-

wegs Rücksichten üben, noch auch sich durch die harmlose Entwaffnung des bedrohten Objekts beim Zuschnappen stören lassen wird. Dennoch aber gefällt sich der Sozialismus — sei es, weil er es für nötig hält, sei es, weil er es nicht lassen kann — in einer stetigen Fronde gegen das ganze System der Landesverteidigung und die Wehrverfassung und empfiehlt — wenigstens in Worten — den völligen Abbau der Wehrmacht. Diese zweideutige, laue und inkonsequente Politik — nicht weil die äußeren Widerstände zu groß sind, sondern weil die inneren Widerstände jede Aktionsfähigkeit lähmten, — hat ihnen von ihren Gegnern wiederholt den Vorwurf der Doppelzüngigkeit eingetragen, während sie in Wahrheit nur ein Ausdruck der inneren Zwiespältigkeit der zwei in der Brust des Sozialismus lebenden Seelen ist.

Mit dem Gedankenkomplex des inneren und äußeren Pazifismns ist die liberale Mitgift des Sozialismus aber noch keineswegs erschöpft. Es ist nur das augenfälligste Stück.

Bei dem Intellektualismus der liberalen Ideologie ist ihre fast abergläubische Wertschätzung der allgemeinen Bildung im Sinn verstandesmäßig angeeigneten Schulwissens — welch letzteres hier mit geistiger Kultur gleichgesetzt wird — leicht verständlich. Auch diese aus den marxistischen Grundsätzen kaum abzuleitende Einstellung ist als Lehngut in die Ideologie der sozialistischen Parteien des europäischen Festlandes übergegangen. Es erscheint nach dieser Auffassung notwendig, möglichst einem jeden den Zutritt zu den „Kulturgütern", d. h. hier zur Schulbildung von der Grundschule bis hinauf zur Hochschule, ungehindert zu gewährleisten, ohne Rücksicht auf die Möglichkeit einer späteren nutzbringenden Verwertung der erworbenen Kenntnisse, auf den Bedarf des Landes an gebildeten Kräften und auch auf die Befähigung des einzelnen zur Aufnahme des ihm gebotenen geistigen Guts. Jeder Gedanke einer Einschränkung dieses „freien Bildungsaufstiegs" durch eine Auslese der zur höheren Schule Zuzulassenden — sei es auch nach ihrer Begabung und Leistungsfähigkeit — wird fast als eine Sünde wider den heiligen Geist empfunden.

Daß der radikale Liberalismus in erster Reihe um die Sicherung der Rechte und Freiheiten des Einzelindividuums und um seine die Gesellschaft atomisierende Loslösung und Emanzipierung aus allen stärker gebundenen Gemeinschaften bemüht ist, die er dort, wo ein Zusammenwirken vieler schlechterdings unvermeidlich ist, allenfalls durch lockere Zweckverbände (z. B. die politischen Parteien) ersetzt,

ergibt sich unmittelbar aus seinen leitenden Grundsätzen. Bei weiterer folgerichtiger Durchführung eben dieser selben Grundsätze muß er logischerweise zum Schutz des einzelnen gegen behördliche Willkür zur unbedingten Bevorzugung kollegialer Wahlbehörden in der Verwaltung und zur kommunalen Dezentralisierung gelangen. (Mit der Entstehung der örtlichen Selbstverwaltungen als einer geschichtlichen Notwendigkeit hat er sich nolens volens abfinden müssen; er sucht sie aber durch ihre Degradierung aus sich selbst verwaltenden Gemeinschaften zu bloßen örtlichen Organen der Zentralgewalt unschädlich zu machen. Gegen die Autonomie andersartiger Gemeinschaften scheint er zum mindesten sehr mißtrauisch zu sein, und es soll auch nicht geleugnet werden, daß einzelne radikal-liberale Strömungen, denen das Prinzip der staatlichen Allmacht wichtiger erscheint, als der Schutz der Autonomie des Einzelindividuums, einem folgerichtigeren Zentralismus huldigen.) Der Sozialismus, der seinem ureigenen Wesen nach, wie das Beispiel des Kommunismus lehrt, zentralistisch eingestellt und dem Gedanken einer Amtsermächtigung einzelner Machtträger und sogar einer diktatorischen Gewalt keineswegs ganz abhold ist, vor allem aber das Einzelindividuum willenlos einer geschlossenen Gesamtgemeinschaft ein- und unterordnet, hat auch diesen Gedankenkomplex, der zwar auf der natürlichen Entwickelungslinie des radikalen Liberalismus, jedoch durchaus nicht auf der des Sozialismus liegt, in sich aufgenommen, was wiederum eine stete Quelle innerer ideologischer Unstimmigkeiten und Widersprüche bildet.

Während die soziale Fürsorge darauf abzielt, den sozial Schwächeren und Hilflosen, zur Teilnahme am Produktionsprozeß nicht oder minder Befähigten, einen minimalen Anteil an den Gütern des sozialen Lebens als Benefizium zu sichern, verficht der Marxismus das Recht der Gesamtheit aller derjenigen, die an der Produktion dieser Güter teilnehmen, auf den vollen Gegenwert ihres Arbeitsprodukts. Es mag angesichts dieses Tatbestandes strittig erscheinen, ob die nachdrückliche Betonung der sozialen Fürsorge, die — mit einer stärkeren Abschattierung des Benefiziums oder des Rechtsanspruchs — heute in ziemlich gleicher Weise sowohl für den bürgerlichen radikalen Liberalismus, wie für den Sozialismus bezeichnend ist, mehr auf der ideologischen Linie dieses oder jenes liegt. Mit ziemlicher Bestimmtheit wird man jedenfalls den Gedankenkomplex des Arbeitsschutzes, des verkürzten Arbeitstages, der Bekämpfung der (auch der höher entlohnten) Überstundenarbeit, der Sozialversicherung, der Kollektivverträge usw. der Gedankenlinie des Marxismus zuweisen, da in ihm

die Momente des Rechtsanspruchs und des Klassenkampfs deutlich überwiegen. In sehr bezeichnender Weise tritt in diesen Gedankengängen nicht selten die für den Marxismus charakteristische rücksichtslose Preisgabe des Interesses des einzelnen Individuums gegenüber den Interessen der Gesamtklasse sowie die Neigung zu einer Nivellierung nach unten zutage, für die es immer ein Dorn im Auge bleibt, daß der Fähige und Fleißige mehr arbeitet und leistet und darum auch mehr erwirbt und sich leisten kann, als der Untüchtige und Faule, dessen Arbeitsleistung und Erwerb für alle den Maßstab bilden soll — wohl aus dem durchaus kollektivistisch gedachten, aber falsch angewandten Gedanken der Klassensolidarität heraus. Auch der sozialistische Kampf für die Arbeitslosenversicherung, d. h. für die durch keine Gegenleistung vergütete Unterstützung des (wegen Mangel an Arbeit oder an Arbeitslust) nicht Arbeitenden, anstelle der Arbeitsversicherung, d. h. der Sicherstellung von Arbeit für den, der arbeiten will, gehört in diesen Zusammenhang.

Unzweifelhaft der ideologischen Linie des Liberalismus entstammt dagegen die heute auch fast allen sozialistischen Parteien eigene blinde, abgöttische und buchstabengläubige Verehrung der „Demokratie", d. h. der heute das europäische Festland beherrschenden atomistischen und formalen parteiparlamentarischen Pseudodemokratie. Dem marxistischen Stammgut kann man dieses Element aus zwei Gründen nicht gut zuweisen. Denn einerseits kann der Marxismus, der die mit jeglicher Demokratie schlechterdings unvereinbare „Diktatur des Proletariats" — also eine Klassenherrschaft — als eine unabwendbare und erstrebte Etappe auf dem Wege zu seinem Zukunftsideal ansieht, nicht gleichzeitig auch die bürgerliche parteiparlamentarische Formaldemokratie aufrichtig wollen und für das vollendete System einer Staatsordnung halten; daß der Sozialismus diese Demokratie aber bloß zeitweilig und vorübergehend als ein ihm bequemes Kampfmittel und einen ihm günstigen Kampfboden ausnutzt und sie nur scheinheilig als das Ideal einer Staatsform preist, möchten wir nicht voraussetzen. Andererseits müßte es gerade für das Denken des Marxismus, für den die politischen Staatsformen nur Funktionen und Exponenten wirtschaftlicher Zustände und Verhältnisse sind, ein leichtes sein, festzustellen, daß die parteiparlamentarische Pseudodemokratie die politische Ausdrucksform der hochkapitalistischen Gesellschaftsordnung des heutigen Tages darstellt, die der Marxismus jedenfalls nicht wollen kann. „Sozialdemokratie" im Sinn einer sozialistischen Demokratie ist darum jedenfalls eine contradictio in adiecto. Man kann nur

entweder das eine o d e r das andere ernstlich wollen, oder man liegt im Zwiespalt mit sich selber. Dennoch ist es eine Tatsache, daß der vom bürgerlichen radikalen Liberalismus durchsetzte Sozialismus der Gegenwart mit Zähigkeit das Dogma der parteiparlamentarischen Demokratie bis auf das letzte Jota verteidigt und sich damit ein übriges Mal als die eigentlich konservative Partei der Gegenwart erweist.

Um diesen Abschritt abzuschließen, sei noch kurz bemerkt, daß die Tendenz zum Staatskapitalismus und zum Übergreifen der öffentlichen Hand auf das wirtschaftliche Gebiet — beides ein wesentlicher Schritt vorwärts auf dem Wege zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel — wohl zweifellos dem Marxismus ureigen und von diesem auch in die Gedankenwelt auch des bürgerlichen radikalen Liberalismus eingedrungen ist — ein bedenklicher Gegenwert für die zahlreichen Danaergeschenke, die dieser dem Sozialismus mit auf den Weg gegeben hat.

4.

Die Entwicklung der sozialistischen Ideologie ist mit dieser „Invasion der liberalen Ideen" natürlich noch nicht erschöpft. Vielmehr haben gerade die letzten Jahrzehnte der Kriegs- und Revolutions-, sowie der Nachkriegszeit den Sozialismus hart an eine neue Wendung herangeführt. Da diese Zeiten uns noch allen frisch im Gedächtnis sind und da jeder politisch Denkende die Entwicklungen, die sie gebracht haben, wohl mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt hat, können wir uns in der Schilderung dieser letzten Etappen sehr viel kürzer fassen, ohne daß damit auch nur angedeutet sein sollte, daß diese Dinge von einer geringeren Bedeutung wären, als die bisher behandelten. Gerade diese letzte Epoche dürfte vielmehr so oder anders zu einem entscheidenden Wendepunkt in der Geschichte des Sozialismus werden.

Wie für die gesamte geistige Kultur Europas, so ist diese Zeit auch für den Sozialismus zu einer Zeit der Krise geworden. Die unleugbare, schon in den ersten Kriegswochen zutage getretene Tatsache, daß die seit Jahrzehnten proklamierte Solidarität des Proletariats und die Loslösung des Proletariers von Staat und Volk zur alleinigen Einordnung in seine Klassengemeinschaft der ersten ernsten Belastungsprobe ebensowenig standgehalten hat, wie der pazifistische Internationalismus liberaler Prägung, hat die Stützpfeiler des Marxismus in ihren Fundamenten erschüttert und die Gedankenverankerungen des Radikalismus gelockert. Es erwies sich, daß nicht nur das Proleta-

riat, sondern auch die sozialistischen Parteien z. T. bis in ihre Spitzen hinauf nicht nur für den Staatspatriotismus und für das Nationalgefühl, sondern sogar für die Kriegspsychose und die Kriegshetze nach wie vor durchaus zugänglich waren und blieben. Was bisher als unumstößliche Wahrheit gegolten hatte, rückte damit in die verfängliche und zweideutige Beleuchtung einer ideologischen Fiktion und Arbeitshypothese.

Der Kriegsausgang und die Welle der Revolution erhoben hierauf den Sozialismus in einer Reihe von Ländern, wo er z. T. vor kurzem noch in einem harten Abwehrkampf für sein Dasein gestanden hatte, unerwartet und mit einem einzigen Schlage zu entscheidendem Einfluß und zur Fülle der Macht. Einen folgenschwangeren geschichtlichen Augenblick lang ruhte das Schicksal der Staaten und Völker Mittel- und Osteuropas in der Hand des Sozialismus. Dieser sah sich zugleich aber vor seine eigene Schicksalsfrage gestellt — was er wollen solle: den Umsturz und die Neugestaltung der sozialen Ordnung, oder die Erhaltung des Staats, in den er gestellt war. Diese Frage ist für den Sozialismus zu einem verhängnisvollen Wendepunkt geworden. Einem Keil gleich sprengte sie die innere und äußere Einheit, die er sich bisher im ganzen erfolgreich gewahrt hatte. Der Bruch war endgültig und anscheinend unheilbar; der Parteiwahlspruch des Sozialismus erhielt seine letzte Vervollständigung, und auf seinen roten Fahnen prangt heute die Losung: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" Der Flügel des Sozialismus, der sich unter dem Namen des Kommunismus für die soziale Revolution entschied, brach endgültig mit dem bürgerlichen Staat, der bürgerlichen Kultur, der ganzen bürgerlichen Welt, er brach auch mit der Gemeinschaft seiner weniger entschiedenen sozialistischen Genossen, die seinen — und nicht nur seinen — Augen als mit bürgerlicher Denkart durchseucht erschienen; er säuberte mit Entrüstung den Sozialismus, den er aus ihren Händen übernommen hatte, von den wesensfremden sozialistischen Elementen, — den „bourgeoisen Vorurteilen", mit denen er durchsetzt war, und entwickelte unter Verfluchung dieser sozialistischen „Sünde wider den Geist" seine Ideologie, ausgehend vom Erbgut des Marxismus mit einer fanatischen Geradlinigkeit, deren eiserne Starrköpfigkeit sich in jeden Gedanken bis in seine äußersten und letzten Konsequenzen vorbohrte, ohne vor den verwegensten logischen Schlußfolgerungen haltzumachen. — Der andere und größere Teil der Sozialisten entschied sich in jenem schicksalhaften Augenblick — für den Staat. Der Sozialismus dieser Ob-

servanz wurde dadurch mit einem jähen Schlage aus einer grundsätzlich revolutionären zu einer grundsätzlich staatserhaltenden Partei, aber zu einer staatserhaltenden Partei in einem kapitalistischen Staat und in einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die ihre Erhaltung zu einem großen Teil gerade seinem Verdienst zu verdanken hatten. Von dem Augenblick dieser Entscheidung an sah sich der revolutionäre Sozialismus wiederum auf lange Zeiträume darauf angewiesen, mit Mitteln, Methoden und auch Ideologien zu arbeiten, die dieſem Staat und dieſer Gesellschaft angepaßt waren. Die radikal-liberale Komponente seiner Ideologie mußte dadurch einen mächtigen Auftrieb erhalten. Mit wachsendem Unbehagen mußte der Sozialismus es zugleich verspüren, daß er, der bisher als die extreme Partei der Linken seinen Kampf mit gesicherter Flankendeckung hatte führen können, nunmehr seit der Abſplitterung seines sozialrevolutionären Flügels nicht nur von rechts, sondern auch von links von eifrigen und tätigen Gegnern bedrängt wurde, die den Kampf zudem mit seinen eigenen Waffen, seinem eigenen Rüstzeug führten. Nicht minder gefährlich mußte ihm aus eben diesem letztgenannten Grunde jene aus seiner eigenen Mitte entsprungene geistige Strömung erscheinen, die unter Beibehaltung der sozialen Denkweise und der sozialistischen Methoden den vom evolutionären Sozialismus eingeschlagenen Weg der Bejahung des bürgerlichen Staats mit radikaler Konsequenz bis zu Ende ging und deren Gedankengänge schließlich in der Ideologie des Faszismus ausmündeten. Aus seiner taktisch gesicherten Position sah sich der Sozialismus plötzlich in einen Kampf nach drei Fronten verstrickt, von denen die zersplitterte bürgerliche Front ihm immerhin noch als die am wenigsten gefährliche erscheinen mußte. Der ideologische Weg des Sozialismus wurde eng und enger und führte schließlich fast über des Messers Schneide. Parallel damit vollzog sich eine folgenschwere Verschiebung auch in dem Bestande der die sozialistischen Parteien tragenden menschlichen Massen. Während ihm das eigentliche Arbeiterproletariat, die Garde des Marxismus, zu einem großen Teil entglitt und an den Kommunismus (stellenweise auch an rechtsradikale Strömungen) verloren ging, strömten ihm seit seiner Machterhebung in Massen neue Elemente „kleinbürgerlicher" Art (aber auch aus dem Literatentum) zu, die nicht die soziale Umwertung der Dinge, sondern vor allem den Staat, die wirtschaftliche Sicherstellung und den politischen Radikalismus bürgerlicher Prägung wollten, die ihrem ganzen Wesen und ihrer Art nach nie marxistisch, nicht einmal proletarisch, sondern nur „kleinbürgerlich" zu denken vermögen.

5.

So drohen dem Sozialismus infolge der Absplitterung des kommunistischen Flügels heute nicht nur seine ideologischen Fundamente und seine taktische Position, sondern auch seine menschliche Grundlage, die Massen, auf die er zugeschnitten und für die er bestimmt war, von Stunde zu Stunde mehr zu entgleiten. Neben das marxistische Erbgut und die liberale Mitgift tritt als dritter, für die heutige Lage und Gestaltung des Sozialismus bestimmender Faktor die ihm aufgenötigte Abwehrstellung gegen den Kommunismus; und gerade dieser Faktor gewinnt heute mehr und mehr an Bedeutung für die Wesensgestaltung des Sozialismus; so sehr, daß viele von dessen Lebensäußerungen überhaupt nur aus dieser Zwangslage heraus verstanden werden können. Die unausgesetzte propagandistische Wühlarbeit des Kommunismus bedroht nicht nur den Staat, den der Sozialismus bejaht hat und dessen Preisgabe alle die vielen Opfer materieller und ideologischer Art, die er für die Erhaltung eben dieses Staats gebracht hat, illusorisch machen würde; sondern sie zückt das Schwert auch unmittelbar gegen das Dasein der sozialistischen Parteien selber, die vom Kommunismus bekanntlich fast noch bitterer gehaßt werden, als das Bürgertum, und deren bürgerlich-liberale Gedankenelemente, welche wohl in erster Reihe beim Kommunismus den bekannten haßbestimmten Gedankenkomplex von den „bourgeoisen Vorurteilen" ausgelöst haben, dem gegen den Sozialismus gerichteten Vorwurf des „Sozialverrätertums" einen Schein der Berechtigung geben. Dieser Angriff wird um so bedrohlicher, als der Kommunismus die Ideologie des Sozialismus durch eine wesensverwandte, jedoch mit brutalerer Einseitigkeit und Konsequenz durchgeführte Ideologie schlägt, seinen Methoden mit den gleichen, nur skrupelloser angewandten Methoden begegnet und ihm zugleich seinen natürlichen Wurzelboden entzieht.

Die Notwehr zwingt darum den Sozialismus immer wieder, seine Kräfte in der Verteidigung seiner Einflußsphäre gegen den Einbruch des Kommunismus zu erschöpfen, und hindert ihn dadurch an der Ausnutzung seiner Erfolge gegen das Bürgertum. Da er jedoch kraft seines liberal-humanitären „Pazifismus" jede Anwendung repressiver Maßnahmen, so wohlbegründet diese auch angesichts der skrupellosen Gewaltpredigt des Kommunismus und seines permanenten Hoch- und Landesverrats als berechtigte Notwehr der Demokratie sein mögen, mit Abscheu ablehnt (zumal es sich ja immerhin um sozialistische Genossen handelt, die freilich ihrerseits von Skrupeln

dieser Art völlig frei sind!), so bleibt ihm als einzige Waffe in diesem Abwehrkampf nur das Wort, die Propaganda.

Dieser Abwehrkampf gegen den Kommunismus mußte unvermeidlich auch auf die ideologische Stellung des Sozialismus in stärkster Weise zurückwirken. In der Tat ist dieses in einer dreifachen Weise geschehen. Zunächst mußte jenes wiederholte Entgleiten des den eigentlichen Nährboden des Sozialismus bildenden städtischen Proletariats und der zahlenmäßig mehr als reichliche Ersatz dieses Ausfalls durch den Zustrom von Elementen des Kleinbürgertums und des Literatentums, die — wie bereits erwähnt — nicht den Marxismus, sondern den Schutz ihrer wirtschaftlichen Interessen und den politischen Radikalismus wollen, die bürgerlich-radikale Komponente der sozialistischen Ideologie auf Kosten der marxistischen verstärken. Zu demselben Ergebnis mußte der Kampf gegen den Kommunismus aber auch unmittelbar führen. Denn da der Sozialismus den Kommunismus natürlich nicht auf seinen Marxismus hin — den er ja selber, wenn auch nicht in einer so schroffen und verwegenen Art, teilt — sondern nur auf seine antidemokratische und unfreiheitliche Einstellung hin angreifen kann, so sah er sich in die Zwangslage gedrängt, dem Kommunismus gegenüber als Vorkämpfer des bürgerlichen Staats und der bürgerlichen Demokratie aufzutreten. Die Ideologie und damit auch die praktische Politik des Sozialismus erlitten dadurch einen starken Stoß nach rechts, ins Bürgerlich-radikale.

Wollte der Sozialismus aber auf diesem Wege nicht unwiederbringlich dazu gedrängt werden, vollends zu einer bürgerlichen Partei zu werden, so durfte er sich seine natürliche Wählerschaft, das städtische und industrielle Proletariat, nicht endgültig nehmen lassen, sondern mußte darauf bedacht sein, sie zu erhalten, bzw. zurückzugewinnen. Das war nur denkbar, wenn es ihm gelang, die Propaganda des Kommunismus zu überbieten. Und da er inhaltlich infolge der Wesensgleichheit der ideologischen Grundlagen nicht viel anderes und Neues zu bieten hatte, so mußte er streben, an Radikalismus der Propaganda nicht hinter dem Kommunismus zurückzubleiben und eine Taktik zu wählen, die dem Kommunismus keine Angriffspunkte bot. So kam es dazu, daß die sozialistischen Parteien einen Propagandaradikalismus zu entwickeln begannen, der vielfach in seiner Form einen geradezu zynischen Charakter trägt und mit der recht zahm gewordenen Ideologie und Politik eben dieser selben Parteien in einem seltsamen Mißverhältnis steht, der aber das einzige Mittel zu sein scheint, dem drohenden endgültigen Abgleiten der

Massen in den Kommunismus entgegenzuwirken. Propaganda und Taktik des Sozialismus erhielten also einen starken Stoß nach links, ins Marxistische und Halbkommunistische. Zwischen der Politik und der Propaganda des Sozialismus tat sich damit eine Kluft auf, die den inneren Zwiespalt seines Wesens erneut in augenfälligster Weise enthüllte und auf die der Kommunismus nicht verfehlte triumphierend hinzuweisen.

Immer zwingender sieht sich der Sozialismus darum dazu gedrängt, sich endgültig für einen der zwei Wege zu entscheiden: ob er die Verantwortung für den Staat oder für die Klasse auf sich nehmen, ob er unter Verzicht auf seinen Klassencharakter eine Staatspartei werden oder unter Verzicht auf seine überragende politische Machtstellung eine Klassenpartei der Arbeiterschaft bleiben will. Entweder kehrt der Sozialismus zum reinen Marxismus zurück, säubert seine Ideologie resolut und konsequent von allen wesensfremden Elementen und begnügt sich unter Verzicht auf alle größeren staatspolitischen Ziele und Aufgaben mit der Rolle einer Klassenpartei des Arbeiterproletariats; oder aber er bewahrt die Lehren des Marxismus als die teuren Reliquien einer nicht unrühmlichen Vergangenheit und die Ideale einer fernen Zukunft und beschreitet mit seiner praktischen Ideologie und seiner praktischen Politik rückhaltlos und entschlossen die ihm von der Entwicklung geöffnete Bahn einer radikal-sozialen Partei im Gefüge des bürgerlich-demokratischen Staats. Es ist begreiflich, daß der Sozialismus der Antwort auf diese entscheidende Frage so lange als irgend möglich aus dem Wege zu gehen sucht. Denn fällt die Entscheidung auch diesesmal für den Staat — und dahin treibt ihn vieles —, so kann der Sozialismus sich nur allzuleicht auf einen Weg gedrängt sehen, auf dem die marxistische Komponente seiner Ideologie noch mehr verblaßt und der schließlich mit der Übernahme der Erbschaft des unmarxistischen bürgerlich-liberalen Radikalismus endet, dessen Positionen vom Bürgertum mehr und mehr geräumt werden. Dieses ist der Stand, in dem die Dinge sich heute befinden.

Vereinheitlichung der Wirtschaftspolitik in den baltischen Staaten

Von Walter Held

In der richtigen Erkenntnis, daß die drei Nachbarstaaten Lettland, Estland und Litauen nicht nur durch ihre Geschichte eng verbunden sind, sondern auch, nachdem sie ihre Selbständigkeit erlangt haben, in wirtschaftlicher Beziehung große Ähnlichkeit und dementsprechend viele gemeinsame Interessen haben, zu deren Förderung eine gegenseitige Verständigung viel beitragen kann, hatten die wirtschaftlichen Kreise dieser Länder schon im Jahre 1927 den Plan gefaßt, periodische Konferenzen abzuhalten, auf denen die jeweiligen akuten Fragen, die für die Wirtschaft der Länder Interesse und Bedeutung haben, durchberaten und Beschlüsse über eventuelle gemeinsame Maßnahmen gefaßt werden könnten. Unter großer Zustimmung der beteiligten wirtschaftlichen Organisationen fand dieser Plan seine Verwirklichung. Am 21. und 22. April 1928 fand in Riga die erste derartige Konferenz statt, die allerdings noch nicht zu irgendwelchen positiven Resultaten führte, aber immerhin den Anstoß dazu gab, einzelne besonders wichtige Fragen in den drei Landesgruppen näher zu behandeln. Auf der zweiten Konferenz am 7. und 8. Dezember 1929 in Reval und auf der dritten Konferenz in Kowno am 16. und 17 Juni 1930 sind dann eine Reihe von wichtigen Entschließungen und Empfehlungen angenommen worden, die alle zusammengenommen ein umfassendes Programm des Ausbaus der wirtschaftlichen Beziehungen der drei Staaten darstellen und im Falle ihrer Verwirklichung zu einer engen wirtschaftlichen Annäherung, die ein Lebensbedürfnis für die gedeihliche wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder ist, führen müssen.

Nachdem nun mit der Konferenz in Kowno der erste Ring dieser Konferenzen, die der Reihe nach in den drei Ländern abgehalten werden sollten, geschlossen ist, dürfte es von Interesse sein, eine Übersicht darüber zu geben, inwieweit die Resolutionen der Konferenzen schon zu praktischen Resultaten geführt haben und was noch zu ihrer Verwirklichung zu geschehen hat.

Ein großer Teil der auf diesen Konferenzen zur Verlesung gelangten Referate und der darauf bezüglichen Resolutionen war dem Ausbau

des Netzes der Handelsverträge gewidmet. Auf allen drei Konferenzen wurde von seiten der Vertreter aller drei Länder wiederholt darauf hingewiesen, daß in erster Linie möglichst bald endgültige Handelsverträge zwischen diesen Ländern untereinander abgeschlossen werden müssen, da nur dann die Grundlage für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit geschaffen wird. Lettland hat weder mit Estland einen solchen Vertrag, noch mit Litauen, ebenso besteht noch kein solcher zwischen Estland und Litauen. Da die diesbezüglichen Resolutionen von Riga und Reval noch immer nicht gegenstandslos geworden waren, wurde zuletzt in Kowno von mehreren Rednern nochmals eingehend dargelegt, welch ein Hindernis zur gedeihlichen Entwicklung der gegenseitigen Handelsbeziehungen das Fehlen solcher Handelsverträge bildet. Unterdessen ist nun endlich in die Verhandlungen wenigstens, die zwischen der Regierung Lettlands und den Regierungen der beiden anderen Länder geführt werden, ein frischerer Zug gekommen. Die Verhandlungen über einen lettländisch-litauischen Handelsvertrag sind noch im verflossenen Sommer in Kowno wiederaufgenommen und kürzlich in Riga fortgeführt worden und sollen im Oktober wieder in Kowno möglicherweise schon zum Abschluß kommen. Der Umstand, daß die Regierungen die Arbeiten der baltischen Wirtschaftskonferenzen aufmerksam verfolgen und daß an der Spitze der litauischen Delegation für den Handelsvertrag gerade der Präses der litauischen Gruppe dieser Konferenzen und Vorsitzende speziell der Konferenz in Kowno steht, läßt hoffen, daß die Wünsche der Wirtschaftler bei diesen Verhandlungen nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Wenn das bisher noch nicht der Fall war, so liegt das, wie in Kowno aus Äußerungen von Vertretern der dortigen Regierung zu schließen war, vorwiegend daran, daß am Abschluß von Verträgen nicht nur Handel und Industrie interessiert sind, sondern auch die Interessen der Landwirtschaft stark in Betracht gezogen werden müssen. Ebenso ist noch kürzlich eine lettländische Regierungsdelegation in Reval gewesen, um die Verhandlungen wegen Abschlusses eines endgültigen lettländisch estländischen Wirtschaftsvertrages, die längere Zeit eingeschlafen waren, wieder in Bewegung zu bringen. Es ist zu wünschen, daß auch zwischen Estland und Litauen Verhandlungen über einen Handelsvertrag geführt werden.

In engem Zusammenhang damit stehen auch die Resolutionen über die einheitliche Zolltarifpolitik der drei Länder. Eine völlige Vereinheitlichung der Zolltarife, was den Weg zu einer Zollunion bedeuten würde, läßt sich allerdings, wie die Praxis gezeigt hat,

nicht erreichen. Die Idee der Zollunion, die übrigens auf den Konferenzen nur flüchtig gestreift wurde, ist allmählich auch inbezug auf Estland aufgegeben worden und hat jetzt Platz gemacht dem Plane des Abschlusses von Handelsverträgen mit besonderer Berücksichtigung der baltischen Klausel, auf deren Verwirklichung unter anderem auch eine der Resolutionen der Konferenz zu Kowno hinzielt, und mit Festlegung von gegenseitigen Zollnachlässen für bestimmte Kategorien von Waren. Die gegenseitigen Vorschläge inbezug auf solche Warenverzeichnisse sind allerdings nicht immer leicht in Einklang zu bringen. Jedenfalls hat die Konferenz in Kowno in dieser Beziehung nochmals betont, daß im allgemeinen eine Stabilität auf dem Gebiete der Zölle anzustreben und im speziellen darauf hinzuwirken ist, daß die eigenen Industrieerzeugnisse der drei beteiligten Staaten, die im eigenen Lande garnicht oder nicht in ausreichender Menge hergestellt werden, auf der Grundlage der Gegenseitigkeit aus den beiden anderen Staaten zollfrei oder gegen minimale Zölle hereingelassen werden, was einen natürlichen Fortschritt der Industrien begünstigen würde.

Den industriellen Zollschutz in den baltischen Staaten behandeln übrigens noch einige andere Resolutionen der Konferenzen in Reval und Kowno. In diesen haben die Konferenzen anerkannt, daß der industrielle Zollschutz seine Berechtigung hat, nur wenn er eine Maßnahme zwecks Förderung der Produktion schon bestehender und lebensfähiger Industrien darstellt. Was dagegen den Schutz der Industrien im Falle der Überschwemmung des Markts mit ausländischen Waren zu Schleuderpreisen, der sogenannten Dumpingerscheinung, anbetrifft, so war sich die Konferenz in Kowno darüber klar, daß die wirksamsten Mittel zur Bekämpfung dieser schädlichen Erscheinung die Rationalisierung und der Zusammenschluß der dadurch bedrohten einheimischen Industrien zwecks Verbilligung von deren eigener Produktion sind, und nur solange dies nicht erreicht werden kann, die bedrohte Industrie vorläufig durch Erhöhung der Zölle resp. Einführung besonderer Antidumpingzölle geschützt werden könnte. Nur in diesem Zusammenhang können gegen eventuelle Verstärkungen der Zollschranken, wie sie auch in Lettland noch zuletzt zu Beginn dieses Jahres von den wirtschaftlichen Organisationen angeregt wurden, keine Einwendungen erhoben werden. Auch dies muß bei den Verhandlungen über die Handelsverträge berücksichtigt werden.

Neben den zolltarifarischen gibt es noch eine Reihe anderer Hemmnisse im Handelsverkehr der drei Staaten, deren Beseitigung auf den Konferenzen angestrebt wurde. Hierzu gehört z. B. die Abschaffung der Auslandpässe und die Aufhebung des Visenzwangs im Verkehr zwischen Lettland und Litauen. Es ist anzunehmen, daß beim Abschluß der Handelsverträge solche Handelshemmnisse nach Möglichkeit schwinden oder auf ein Minimum reduziert werden.

Neben der Abschaffung der Handelshemmnisse gehört nach Ansicht der Konferenzen die Vereinheitlichung der Gesetzgebung und Regierungsmaßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet zu den notwendigen Voraussetzungen eines engeren wirtschaftlichen Zusammenschlusses der drei Länder. Als besonders wichtig wurde z. B. die Vereinheitlichung der Steuerpolitik nebst Bestrebungen zur Verminderung der auf Handel und Industrie ruhenden Steuerlast anerkannt. In dieser Beziehung sind in der Praxis einige Anfänge zu verzeichnen gewesen. In Lettland und Estland waren besondere Kommissionen zur Reorganisation des Steuersystems eingesetzt worden unter Beteiligung von Vertretern der wirtschaftlichen Organisationen. Allerdings sind in Lettland wenigstens die Arbeiten dieser Steuerreformkommissionen, die auf Erleichterung der Steuerlast hinzielten, zum Stillstand gekommen, und in letzter Zeit ist im Gegenteil im Zusammenhang mit der zu erwartenden Vergrößerung des Defizits des Staatsbudgets eher von einer Verstärkung der Steuerlast die Rede. Dementsprechend müssen die Bestrebungen auf diesem Gebiet fortgesetzt werden und schleunig Schritte getan werden, um den darauf bezüglichen Beschluß der Revaler Konferenz zu verwirklichen, nämlich den Standpunkt der einzelnen Landesgruppen in der Frage der Reorganisation der Steuern zu klären und die Gutachten dieser Gruppen in einer gemeinsamen Deklaration zusammenzufassen, die dann als Steuerreformprogramm der Wirtschaftskreise der drei Staaten zu betrachten ist.

Die Vereinheitlichung der Gesetzgebung auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes und der Sozialversicherung hat die Konferenzen ebenfalls vielfach beschäftigt. Die Resolutionen auf diesem Gebiet können nur den Regierungen bei dem Ausbau der entsprechenden Gesetze zur Beachtung empfohlen werden. In Lettland sind ja erst vor nicht langer Zeit recht einschneidende Änderungen des Krankenkassengesetzes und des Unfallversicherungsgesetzes eingeführt worden, wobei einige auf den Konferenzen verlautbarte Wünsche, so z. B. inbezug auf die Beteiligung der Arbeitgeber an der Verwaltung der Krankenkassen, verwirklicht sind.

Die auf der Revaler Konferenz als wünschenswert anerkannte Vereinheitlichung der Wirtschaftsstatistik wird in der Praxis, soweit Lettland und Estland in Frage kommen, seit mehreren Jahren bereits durchgeführt.

In der Richtung der Rechtsangleichung der baltischen Staaten überhaupt, von der speziell in einer Resolution der Revaler Konferenz die Rede war, wird bereits eifrig gearbeitet. So arbeitet in Lettland bereits unter Beteiligung der wirtschaftlichen Kreise eine Juristenkommission an der Ausarbeitung eines Handelsgesetzbuches, das dann für alle drei Länder zu gelten hätte. Ebenso soll die auf der Konferenz in Kowno beschlossene Ausarbeitung eines gemeinsamen Konkursrechtes, wozu umfangreiche Vorarbeiten in allen drei Ländern bereits vorliegen, demnächst in Angriff genommen werden durch Bildung einer gemischten Juristenkommission der drei Staaten. Endlich ist in Reval die Notwendigkeit auch der Vereinheitlichung des Seerechts ins Auge gefaßt worden.

In sonstigen auf die Schiffahrt bezüglichen Fragen ist auf den Konferenzen eine Übereinstimmung der Bestrebungen der beteiligten Kreise speziell Lettlands und Estlands konstatiert worden, was sich auch darin äußert, daß die Vertreter beider Länder auf internationalen Schiffahrtskonferenzen meistens geschlossen vorgehen. Die verschiedenen auf der Konferenz in Kowno angenommenen Wünsche: Schaffung einer gemeinsamen Interessenvertretung der Reeder der drei Staaten, Gründung einer gemeinsamen gegenseitigen Schiffsversicherungsgesellschaft mit einem Konsultationsbüro, Ausbau der Schiffsremontenwerkstätten und dergl. — sind noch nicht verwirklicht, und es wird Sache der Schiffahrtskreise sein, die nötigen Schritte in dieser Richtung zu tun.

Als roter Faden geht durch alle Resolutionen und Referate der Konferenzen die Anerkennung der Bedeutung der kapitalistischen Wirtschaft für eine gesunde Entwicklung der wirtschaftlichen Kräfte der drei Staaten. In diesem Zusammenhange sind die Konferenzen auch gegen die Verstaatlichung kommerzieller und industrieller Unternehmungen, die in allen drei Ländern zu beobachten ist, energisch aufgetreten. In Lettland hat sich in dieser Beziehung in der Praxis aber noch nichts geändert, und trotz vielfacher Deklarationen der Regierungen ist eher eine Erweiterung solcher Verstaatlichungstendenzen zu beobachten. Die Bestrebungen der wirtschaftlichen Organisationen zwecks Abbau auf diesem Gebiete müssen daher fortgesetzt werden.

Auf der letzten Konferenz in Kowno sind noch auf einigen besonderen Gebieten Wünsche geäußert worden, die ihrer Verwirklichung harren. Die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs ist auf jede Weise zu fördern, weshalb die entsprechende Gesetzgebung in den drei Ländern revidiert werden muß; ebenso wird Estland und Litauen empfohlen, nach dem Muster der Kommission der Rigaer wirtschaftlichen Organisationen bei sich solche aus Vertretern der Wirtschaft bestehende Institutionen zu schaffen, die sich für Gesundung der Geschäftsmoral einsetzen. Es ist ferner die Notwendigkeit der Einführung von Firmenregistergesetzen anerkannt worden. In Estland besteht ein solches schon lange, während in Lettland ein entsprechendes Projekt wohl ausgearbeitet, aber noch nicht erlassen ist. Die Regierung muß daher gebeten werden, für den baldigen Erlaß eines solchen Gesetzes zu sorgen.

Zu erwähnen ist noch eine Gruppe von Fragen, deren weitere Behandlung in den Landesgruppen angeregt worden ist. Hierzu gehören: Schaffung einer wirksamen Kreditkontrolle, d. h. einer Kontrolle vor Erteilung des Kredits, Sammlung der örtlichen Rechtsquellen und Rechtsprechung inbezug auf den Patent- und Musterschutz, systematische Erforschung der wirtschaftlichen Konjunktur, Ausbildung der Jugend im Handwerk und ihre Vorbereitung zu selbständiger qualifizierter Arbeit, Austausch der für die Industrie erforderlichen technischen Spezialisten der drei Länder. Eisenbahntariffragen sind nur flüchtig gestreift worden. Ihre Behandlung muß den folgenden Konferenzen überlassen werden.

Endlich ist der allgemeine Wunsch ausgesprochen worden, daß die Gesetze auf wirtschaftlichem Gebiet nicht ohne Verständigung mit den wirtschaftlichen Kreisen erlassen werden. Leider ist aber noch immer häufig ein übertriebener Staatszentralismus zu beobachten, der die Wirtschaftsfragen allein von politischen Instanzen aus zwangsregelt, weshalb den drei staatlichen Gruppen der Konferenzen das zielbewußte Zusammenarbeiten in der Richtung der Entpolitisierung der volkswirtschaftlichen Fragen, wie dieses der estländische Abgeordnete W. Hasselblatt auf der Konferenz in Kowno treffend ausführte, auf das dringendste nahegelegt werden muß.

Zusammenfassend kann somit gesagt werden, daß die bisher stattgehabten Konferenzen in hervorragendem Maße dazu beigetragen haben, die akuten baltischen Wirtschaftsprobleme zu klären und gemeinsame Richtlinien zu deren Lösung zu finden, und daß schon

vielfach daran gearbeitet wird, die angenommenen Wünsche in die Tat umzusetzen, während auf vielen anderen Gebieten der Anstoß zu weiterem Studium der vorliegenden Probleme gegeben ist.

Die Protokolle und Referate der Konferenzen in Riga und Reval liegen gedruckt vor, die Materialien der Konferenz in Kowno werden demnächst im Druck erscheinen.

Um die Erneuerung des Reiches

Die deutschen Reichstagswahlen haben deutlich gezeigt, daß der gegenwärtige politische Zustand von sehr weiten Kreisen des deutschen Volkes für unerträglich und für nur radikal heilbar gehalten wird. Ob Hitler im Wahlgang siegen will oder durch Putsch, ist schließlich gleich. Im Endeffekt will er Verfassungsumbruch, ist er Revolutionär, und mit ihm sind es Millionen Deutscher.

Was lehrt uns diese Tatsache? Doch wohl vor allem eins, daß neue Wege gegangen werden müssen, daß die Parteienherrschaft überwunden werden muß, soll das Volk nicht untergehen.

Gewiß, Paris und London, Washington, Prag und Warschau sind nicht daran interessiert, daß irgendetwas im Deutschen Reich anders werde — so lange sie ihres Tributs und d. h. deutscher politischer Ohnmacht sicher sind.

Aber es gibt noch eine andere deutsche Bestimmung, als die des Friedens von Versailles, es gibt nationalen Lebenswillen und nationale Lebenspflicht, und diese Naturgegebenheiten sind stärker als alle Versklavungsverträge.

Aber die nationale Kraft reicht heute und lange noch nicht dazu aus, die außenpolitischen Probleme tatkräftig aufzurollen. Wohl aber ist es Zeit, höchste Zeit, die Erneuerung deutschen Volkstums zu pflegen, Deutschlands Verfassung zu revidieren — will man nicht, ehe man sich's träumt, von der von revolutionärem Schwung begeisterten Jugend zu einer radikalen Lösung getrieben werden, die über den Aufstand nicht nur zur Diktatur, sondern auch ins Chaos führen kann.

Was folgt daraus? Die Pflicht, über allen Wirtschafts- und Gemeinschaftsproblemen die Verfassungsfrage erneut zu stellen, denn schließlich ist doch die Politik entscheidend und nicht die Wirtschaft, sind es nicht die Gemeinschaften, sondern der Staat.

*

Vor uns liegt eine neue Veröffentlichung des Bundes zur Erneuerung des Reiches: Das Problem des Reichsrats, Leitsätze, Gesetzentwürfe, Vergleiche mit anderen Staaten. Und dieses Werk ist sehr ernst zu nehmen. Es geht mit großer Nüchternheit und großem Verantwortungsbewußtsein seiner Aufgabe nach. Da wird keinen Illusionen gehuldigt, werden keine geistreichen Sentenzen produziert und keine begrifflich reinen Konstruktionen gesucht. Es handelt sich um Arbeit, rechtsschöpferische Arbeit, und wir gelangen in medias res, wenn wir gleich zu Anfang lesen: Daß die Schaffung einer einheitlichen Führungsgewalt für Deutschland dasjenige ist, worauf es bei der Reform deutschen Staatswesens letztlich ankommt, — bedarf einer Begründung nicht. Und weiter: Es ist Aufgabe der allgemeinen Politik, dafür zu sorgen, daß dem nationalen Führungswillen ein gleichgerichteter Strom politischer Gesinnung aus der Bevölkerung entgegenkommt.

Das Reich einheitlich zu führen, ist Aufgabe der Reichsregierung. Die deutsche Reichsregierung aber ist nach der Verfassung nicht etwa ein regierender Ausschuß des Reichstages. Vom Reichspräsidenten berufen, bedarf sie zu ihrer Tätigkeit keines Vertrauensvotums des Reichstags, wohl aber des Fehlens eines Mißtrauensvotums seitens des Parlaments. Der Gegensatz ist bedeutsam: wenn Reichspräsident und Reichsregierung zusammenstehen, kann der jeweilige Reichstag nichts ausrichten, denn die Entscheidung liegt letztlich beim Volk. Und wie die Dinge heute liegen, so können wir wohl kaum daran zweifeln, daß das Volk eher einem Regenten Gefolgschaft leisten wird, als dem Parlament der Parteiungen. Denn das bedeutet ja schließlich das Ergebnis der letzten Wahlen: wir haben genug von all der Rederei, wir wollen regiert werden.

Und nun die Rolle des Reichsrats nach der heutigen Verfassung: Er besteht aus Vertretern der deutschen Staaten und preußischen Provinzen und ist nicht nur Organ der Reichsverwaltung, sondern auch der Reichsgesetzgebung. Die Einbringung von Gesetzesvorlagen seitens des Kabinetts bedarf der Zustimmung des Reichsrats; er hat das Recht der Gesetzesinitiative, und er hat gegen jedes vom Reichstag beschlossene Gesetz ein Einspruchsrecht; wiederholt der Reichstag seinen Beschluß mit $^2/_3$ Mehrheit, so fällt das Veto des Reichsrats fort; kommt die $^2/_3$ Mehrheit nicht zustande, so bleibt es beim Veto, es sei denn, daß sich ein vom Reichspräsidenten angeordneter Volksentscheid doch dafür ausspricht. Man sieht, die Rechte des Reichsrats sind nicht so unbedeutend, — aber sein politisches

Gewicht ist heute nur gering, zumal er sich nur aus Regierungs- und Provinzialvertretern zusammensetzt, die ihrerseits ja doch wiederum von denselben Parteien abhängen, die im Reichstage herrschen.

Worum es geht, ist für den Bund nun nicht die Aufteilung der Gesetzgebungsgewalt zwischen Reichstag und Reichsrat. Vielmehr erachtet es der Bund für notwendig, dem Reichstag für die maßgebenden Entscheidungen die grundsätzliche und alleinige Verantwortung zu belassen. Es geht für ihn um die „Lebendigmachung eines Organs (des Reichsrats), das durch seine Zusammensetzung den in der Gesamtheit des Volkes enthaltenen Staatswillen in einer anderen Schattierung ohne unmittelbare Abhängigkeit von den Wählermassen zum Ausdruck bringt", oder, anders gesagt, es handelt sich darum, neben den Reichstag, als zweite Volkswillensquelle, den Reichsrat zu setzen, nicht damit er dem Reichstag einen Teil seiner Macht nehme, sondern (letztlich) um den Reichstag aus einem Organ der Parteien zu einem Organ des Volkes werden zu lassen durch das Gewicht der Stimme und die Kontrollmacht des Reichsrats.

Da gilt es denn, den Reichsrat so auszugestalten, daß in ihm Persönlichkeiten zu Wort und Geltung kommen; nicht die Parteien, sondern Männer, nicht Funktionäre, sondern Patrioten, nicht Interessenverfechter, sondern Staatsmänner.

Gewiß, Persönlichkeit ist letzten Endes etwas Naturgegebenes, und doch gibt es Zustände und doch gibt es Verfassungen, die Persönlichkeiten nicht zur Entwicklung gelangen lassen, ja ohnmächtig machen, und die Parteienmaschinerie der parlamentarisch-demokratischen Monokratie ist dazu wie geschaffen.

Der Bund kommt nicht mit einer endgültigen Lösung, sondern er kommt mit Vorschlägen, die, in ihren Grundlagen feststehend, Varianten zulassen, und es dürfte vom politischen Moment abhängen, welche Variante durchführbar ist.

Mit grundlegend ist die Erkenntnis, daß in einem Länderstaat wie dem Reich der Reichsrat die Aufgabe hat und auch weiter haben soll, die Länder zu einen, und daher sieht der Entwurf im Rahmen des Reichsrats einen Länderrat vor, dessen Zusammensetzung dem heutigen Bestande des Reichsrats im allgemeinen entsprechen, dessen Tätigkeit jedoch auf Verwaltungsaufgaben beschränkt werden soll.

Der Reichsrat aber soll hinfort außer aus Länderregierungs- und Provinzialvertretern vor allem aus berufsständischen Gliedern bestehen und soll nicht Walstatt von Interessenkämpfen sein, sondern ist als

ein Gremium höchster Verantwortung gedacht, in dem solche Persönlichkeiten zu gemeinsamem gesetzgeberischen Wirken zusammenberufen werden, die gerade durch die Vielseitigkeit ihres Ursprungs in ihrer Gesamtheit eine Repräsentation des Wirtschafts-, Sozial- und Kulturlebens der deutschen Nation darstellen.

Zum Länderrat soll daher eine seiner Mitgliederzahl entsprechende Zahl von Reichsratsgliedern treten, die vom Reichswirtschaftsrat gewählt wird. Da nun aber durch diese Lösung das Ziel der Vertretung des gesamten deutschen Sozial- und Kulturlebens nicht erreicht werden könnte, so geht der Bund noch einen Schritt vorwärts und proponiert, eine weitere mit dem Länderrat gleich große Anzahl von Reichsratsgliedern je zur Hälfte vom Reichspräsidenten berufen und vom Reichstag wählen zu lassen. Aufgabe des Reichspräsidenten wird es sein, für eine Vertretung namentlich der kulturell führenden Persönlichkeiten Sorge zu tragen, während der Reichstag wohl in erster Linie besonders erfahrene und allgemeines Vertrauen genießende Politiker aus seiner Mitte wählen wird; die vom Parlament gewählten Reichsratsglieder bildeten die Gewähr der Zusammenarbeit beider Staatsinstitutionen und böten wohl auch beste Gelegenheit, dem Reichsrat die Note eines „Rates der Alten" zu geben.

Es erscheint selbstverständlich, daß die Mandatsdauer der zum Länderrat nicht gehörenden Reichsratsglieder eine langfristigere sein muß, als die der Reichstagsmitglieder. Acht Jahre scheinen hier wohl begründet und die Zulässigkeit nur einer Wiederwahl durchaus geboten. Es wird der Objektivität und Unabhängigkeit der Reichsratsarbeit -- auch hierin folgen wir den Darlegungen des Bundes — sehr dienen, daß (allerdings erst nach Ablauf der ersten acht Jahre) sich eine große Anzahl von Mitgliedern im Reichsrat befinden wird, die mit einer Wiederkehr nach Ablauf weiterer acht Jahre nicht rechnen kann.

Während ferner eine Doppelzugehörigkeit zu Reichstag und Reichsrat natürlicherweise nicht statthaben soll, sieht der Bund in der Zugehörigkeit zur Reichsregierung kein Hindernis zur Innehabung von Reichsratsmandaten, und auch darin äußert sich das grundlegende Prinzip der Vorschläge des Bundes: einheitliche Führungsgewalt zu gewährleisten. Gestützt auf die Autorität des Reichspräsidenten, ist die vom Reichskanzler geführte Reichsregierung der Regent, die Entscheidung aber liegt in den Händen des Reichstags und des mit zu seiner Kontrolle berufenen Reichsrats. Beide jedoch repräsentieren das Staatsvolk: der Reichstag — das Staatsvolk in

seiner parteipolitischen Gliederung, der Reichsrat dagegen als Repräsentation von Heimat (Länderrat) und Berufsständen, ja des gesamten deutschen Wirtschafts-, Sozial- und Kulturlebens — wiederum das Volk.

In diesem Zusammenhang wird nun die Frage nach den Funktionen des erweiterten Reichsrats wichtig. Im Reichstag hat sich bisher „eine Übung entwickelt, die einen Einspruch des Reichsrats nicht als die sehr beachtliche abweichende Willensmeinung des anderen gesetzgebenden Körpers bewertet, sondern weit eher als eine in einem höheren Sinne kaum zulässige, jedenfalls schwer tragbare Behinderung für die politische Willensbildung im Reichstag, die eigentlich als allein legitim empfunden wird. In dieser Bewertung dessen, was der Reichsrat tut, zeigt sich noch klarer, als in der durch die Handhabung eingetretenen Herabminderung der Rechte des Reichspräsidenten, wie sehr die von der Verfassung gewollte konstitutionelle Demokratie in eine Alleinherrschaft des Reichstages oder richtiger der politischen Parteien umgewandelt worden ist. Jede Staatsreform muß an diesem Punkt ansetzen, jede Staatsreform muß, so unangetastet sie die verfassungsmäßigen Rechte des Reichstages lassen will, doch dafür sorgen, daß die in der Verfassung selbst vorgesehenen Rechte anderer Reichsorgane auch dem Reichstag gegenüber zur vollen Geltung kommen"

Der Bund zur Erneuerung des Deutschen Reichs will nun, von dieser politischen und nicht formalrechtlichen Auffassung ausgehend, nicht etwa die heute bestehende Zuständigkeitsordnung wesentlich abändern, sondern, im Vertrauen darauf, daß das politische Gewicht des Reichsrats dank der projektierten neuen Zusammensetzung ganz bedeutend erhöht werden wird, von einer Erweiterung seiner Funktionen absehen, hält es jedoch für notwendig, die geltende Gesetzgebung dahin abzuändern, daß der Reichstag erst nach Ablauf von 2 Wochen nach Eingang des motivierten Vetos des Reichsrats einen neuen Beschluß fassen kann, und erst nachdem der in Frage stehende Gegenstand der Gesetzgebung in einem besonderen Reichstagsausschuß erneut durchberaten worden ist. So wäre die Möglichkeit gegeben, der öffentlichen Meinung zur Stellungnahme bei sachlichen Differenzen zwischen Reichstag und Reichsrat genügend Zeit zu geben, und die Gefahr behoben, daß der Reichstag über das Votum des Reichsrats einfach zur Tagesordnung überginge. Und nur so wäre es möglich, daß der eine andere Ausdrucksform des Volkswillens darstellende Reichsrat seine Aufgabe der Kontrolle und eines Gegengewichtes

gegenüber dem Reichstage erfüllt, die Ausreifung der gesetzgeberischen Gedanken im Reichstag fördert.

Wir sehen, dieses großkonzipierte, von uns möglichst genau wiedergegebene Programm ist keine staatsrechtliche Spielerei, sondern schöpferische rechtspolitische Arbeit. Nicht die Lösung einer juristischen Konstruktion ist das Ziel, sondern Wiederflottmachung des Reichsschiffes, das zwischen der Scylla der Diktatur und der Charybdis der Versklavung an die international geführte Wirtschaft hindurchgeführt werden muß. Vorerst gilt es Ordnung zu schaffen, gilt es dafür Sorge zu tragen, daß einheitliches Kommando durchgeführt wird, daß dem einen großen Ziel der nationalen Freiheit wiederum alles andere untertan wird. Dazu aber kann das deutsche Volk keinerlei Revolten brauchen, sondern Autorität und Disziplin, und die Tragik der heutigen Lage ist wohl hauptsächlich darin beschlossen, daß die Parteiführer (und d. h. in der Regel die Führer in der *höchsten* gesetzgebenden Körperschaft des Reiches) gerade diejenigen sind, denen gegenüber die Staatsautorität wohl mit am meisten durchzusetzen ist. Aus der Anarchie des Parteikampfes – auch er ein böses Erbe schrankenfreien Liberalismus — heißt es hinausfinden in den Reichsfrieden eines wieder autoritativ regierten Staates.

„Mussolinis Zug nach Rom wurde zu einem Siegeszug, weil der Parlamentarismus das gesamte Staatsleben lahmgelegt hat." Gewiß, allein dann ist Diktatur (wenn auch zeitlich) zu rechtfertigen, wenn sie Rettung aus drohender Anarchie bedeutet. Man stelle Staatsordnung wieder her und weise die Parteien in die Schranken, — oder es kommt die Diktatur: das ist die Lehre der Gegenwart. Und darum ist die Arbeit des Bundes zur Erneuerung des Reiches wichtiger als so manches andere, was in der deutschen Öffentlichkeit Gehör und Beachtung verlangt. Sie ist Arbeit an deutscher Zukunftsgestaltung, sie ist ernstes Ringen um einen Weg zu deutscher Freiheit.

H. Stegman

Ein Kapitel aus den baltischen Pastorenprozessen

Nachstehend werden die Erinnerungen des weil. P. emer. Friedrich Meyer (seit 1848 Prediger zu Allendorf in Livland) veröffentlicht, verfaßt vom 13.—24. März 1899 unter dem Titel „Meine Kämpfe und Leiden in den Amtsjahren 1887 bis 1896", zur Veröffentlichung bestimmt von seinem Sohn, P. Reinhold Meyer zu Burtneck.

Auf den ersten Seiten schildert P. Meyer in kurzen Zügen die Zeit der Konversionen und Rekonversionen, die Zeit der Toleranz, die im Jahre 1865 mit der Aufhebung des Reversalzwangs bei gemischtkonfessionellen Ehen begann, und den Umschwung, der mit dem Jahre 1885 eintrat. In den etwa zwanzig Jahren der Toleranz wurden die Leute nach ihrem Wunsch lutherisch konfirmiert, getraut, beerdigt, unabhängig davon, ob sie seinerzeit auf Grund des erzwungenen Reverses der Eltern orthodox getauft worden waren, und ohne daß die Pastoren oder die Rezipierten deswegen gerichtlich belangt wurden.

Als 1885 der Reversalzwang wieder eingeführt wurde, begannen auch wieder die Maßregelungen der Pastoren für ihre Amtshandlungen an den in der Zeit der Toleranz in die lutherische Kirche Rezipierten, die von den Behörden auf Grund der erzwungenen Taufe oder des Reverses der Eltern als Glieder der orthodoxen Kirche angesehen wurden.

Im Rahmen persönlicher Erlebnisse enthalten die Erinnerungen von P. Meyer ein Stück Zeitgeschichte. Die Schriftleitung.

Bald traf es auch mich. Am 13. Mai 1887 hatte ich mich wegen zweier Trauungen vor dem Wolmarschen Ordnungsgericht zu verantworten, am 13. Oktober vor dem Landgericht in Riga. Denselben Gang hatte ich 1888 wieder wegen Trauung eines sog. gemischten Paares zu machen. Das Resultat war, daß ich, wie auch andere mit mir in gleicher Lage befindliche Pastoren, freigesprochen wurde, auf Grund dessen, daß die getrauten Personen lutherisch konfirmirt waren, ihnen mithin die Trauung nicht verweigert werden konnte. Eine Anklage aber darüber, daß sie konfirmiert worden waren, fand nicht statt. Anders aber wurden die Urteilssprüche, als an die Stelle der alten, aus unserem Adel zusammengesetzten Behörden die neuen traten: Kreischef, Untersuchungsrichter, Bezirksgericht (1890). Und so wurde ich für die zwei (sog. gemischten) Trauungen, bei welchen das Landgericht mich schon freigesprochen hatte, bei nochmals aufgenommener Untersuchung vom Bezirksgericht zur Suspension vom Amt auf 6 Monate verurteilt.

Fragt man hier nun, warum denn die Behörden, oder eigentlich die Regierung selbst, nach deren Instruktionen sie verfuhren, nur die Trauungen bestraften, warum sie nicht konsequenterweise schon die

Konfirmation, auf die wir uns stets beriefen und deren notwendige Konsequenz die Trauungen waren, strafrechtlich verfolgten, so hat das seinen Grund und war recht klug bedacht. Denn hätte die Regierung vollen Ernst gemacht mit der sofortigen Zurückführung aller der Personen, welche sie als der Staatskirche angehörig ansah, so hätte sie etwa so verfahren müssen, daß in jedes Kirchspiel eine Kommission entsendet wurde, die nach den Kirchenbüchern, den lutherischen und griechischen, diejenigen Personen heraussuchte, und ebenso ihre Kinder, auf welche die Staatskirche ihr Eigentumsrecht geltend machte, es hätte eine förmliche Inquisition etabliert werden müssen. Das hat man aber nicht gewollt, man hat nur die Trauungen überwacht, sich die zukünftige Generation sichern wollen, eine allgemeine Zurückforderung aller lutherisch getauften Kinder und lutherisch Konfirmierten, dieser nach Tausenden zählenden Menge, hätte doch zuviel Rumor gemacht, hätte wohl auch Märtyrer erzeugt, und das wollte man doch vermeiden. Also begnügte man sich fürs erste damit, die Pastoren einzuschrecken und vom Trauen solcher Personen abzuhalten.

Nachdem ich nun durch das Rigasche Bezirksgericht zur Suspension verurteilt war, appellierte ich — da kein gesetzlich gestatteter Schritt unterlassen werden durfte — an den Senat. Meine Sache wurde durch die Petersburger Advokaten (erst Jsakievitsch, dann Mironov) geführt. Sie, wie auch die hiesigen Advokaten, die uns zuerst hier vor der Behörde vertraten (Moritz und v. Broecker) wurden von der livländischen Ritterschaft, als Patronin unserer Kirche, honoriert (bis Ende 1894 betrug diese Ausgabe 43,478 Rbl. 38 Kop.). Aber wie vorauszusehen, waren alle diese Bemühungen vergeblich, und so mußte auch ich, nachdem das vom Bezirksgericht gefällte Urteil vom Senat bestätigt worden war, die Suspension abbüßen, vom 20. Januar bis zum 20. Juli 1891. Jn Allendorf wurde während dieses halben Jahres von den Sprengelsbrüdern vikariert, und leider fielen von diesen während dieser Zeit wieder fünf in Anklagestand und Strafe (v. Sengbusch, Krüger, Neuland, Kügler und Girgensohn. Allendorf hieß damals die Mausefalle).

Jm ganzen Lande kamen trotz der Strafen immer neue Gesetzesübertretungen vor, und verschiedene Pastoren wurden nicht nur mit Suspension bestraft, sondern auch mit Absetzung (P Treu und P. Krause) und Verbannung (P Vogel), einige aus dem Gouvernement, andere ganz aus dem Reich. Und nachdem das Senatspräjudikat vom 12. März 1891 herausgekommen war, nach

welchem alle Unterbehörden sich zu richten hatten, nämlich, daß die von lutherischen Pastoren vollzogenen Trauungen sog. gemischter oder rein orthodoxer Paare gesetzwidrig und null und nichtig seien, traten auch unsere Advokaten, die uns vor dem Bezirksgericht vertreten sollten, zurück, indem sie erklärten, daß ihnen durch jenes Senatspräjudikat der Boden jür jedwede Verteidigung entzogen worden sei. Daß durch diese Null- und Nichtigerklärung böse Zustände eintraten (Allendorf—St. Matthiae: Lihsmans Bigamie, später noch weitere), mag hier nur nebenbei erwähnt werden. (Griechische Priester trauten Männer, die ihre lutherischen Frauen verließen, sobald die Männer zum orthodoxen Glauben übertraten, mit griechischen Bräuten.) Wir Pastoren hätten nun auch auf eigene Verteidigung als nutzlos verzichten können, fühlten uns aber durch 1. Petri 3, 15 doch verpflichtet, uns zu verantworten (wie schwer es uns in der fremden Sprache auch sein mochte), wenn wir auch wußten, daß es vergeblich war, unser Urteilsspruch schon besiegelt war. Und ganz vergeblich, wenn auch nicht auf den Urteilsspruch, so doch auf die Herzen derer, die uns richteten (wie auch auf die Zuhörer) wird unser Reden auch nicht gewesen sein. Jene sahen doch, daß wir für unsere Überzeugung und für unseren Glauben zu leiden bereit waren, und haben uns mit Achtung behandelt. Die neue Verordnung des Senats war auch für die, welche als der griechischen Kirche Angehörige angesehen wurden, im Fall ihrer Weigerung sich zu fügen außerordentlich hart. Die Verordnung bestimmte, daß den ungehorsamen Gemeindegliedern der orthodoxen Kirche ihre Kinder weggenommen und „zuverlässigen" orthodoxen Personen auf Kosten der Eltern zur Erziehung in der Orthodoxie übergeben werden sollten, daß ferner solchen Personen auch das freie Dispositionsrecht über ihr Vermögen abgesprochen wurde, daß also, wenn sie Grundbesitzer waren, ihr Haus und Hof durch die Behörde an andere für sie verpachtet werden sollte; ebenso verloren auch die Kinder aus solchen für ungesetzlich und ungültig erklärten Ehen das Erbschaftsrecht, so daß also der Nachlaß ihrer Eltern auf andere weitere Verwandte übergeben sollte. Zum Glück ist es aber zur Ausführung dieser Bestimmungen nirgends gekommen, es war nur ein Schreckschuß. Doch traten manche Mißhelligkeiten ein durch den Befehl an die Gemeindeverwaltungen, diejenigen, welche der Priester ihnen als Orthodoxe bezeichnete, nicht mit dem lutherischen Namen, sondern mit dem griechischen in die Gemeinderolle einzutragen und sie für die griechische Kirche und Schule in Betreff der Repartition heranzuziehen. Dadurch haben manche Bauern doppelte

Abgaben gezahlt, freiwillig für die lutherische Kirche, um sich als Lutheraner zu dokumentieren, und gezwungen für die griechische, um nicht gepfändet zu werden. Wir Pastoren aber hatten nicht nur vor den Gerichten einen schweren Stand, sondern auch gegen manche unserer eigenen Gemeindeglieder, nämlich gegen solche, die es mit unserer Person gut meinten, aber unsere Amtspflicht und unsere Gewissensnot nicht verstanden. Sie warfen uns Ungehorsam und Trotz gegen die Obrigkeit, Leichtsinn und Rücksichtslosigkeit gegen die eigene Familie vor, man soll uns sogar Nihilisten gescholten haben; lettische Gemeindeglieder beschuldigten uns, wir opferten uns nutzlos auf für die, deren Väter dem Glauben unserer Kirche untreu gewesen waren, und ließen sie selbst, die treuen Gemeindeglieder, „ordentliche Leute" (im Fall von Suspension und Absetzung) für längere Zeit hirtenlos; sie unterstützten ihre Vorwürfe auch damit, daß sie solche Fälle anführten, wo Rezipierte, für die wir ins Feuer gegangen waren, wieder rückfällig geworden waren. Ein sonst christlich frommer und gebildeter Mann, lettischer Grundbesitzer, riet dringend dazu, die Pastoren sollten sich nicht vor die Leute stellen, sondern diesen sagen, daß sie selber für sich einstehen müßten. Er konnte es nicht begreifen, daß, wenn wir von ihnen Treue erwarteten, wir sie in unserem Amt auch selbst zuerst beweisen müßten. Auch ein Teil der deutschen Gemeindeglieder, der ebenso dachte und sprach, wurde erst allmählich still, sie sahen, daß viele Pastoren mit Strafen gemaßregelt wurden; und fingen da doch an einzusehen, daß nicht tadelnswerter Vorwitz und Hartnäckigkeit uns beseelte, sie fingen an etwas zu verstehen von dem Unterschied eines guten Hirten und eines Mietlings. Und wie würden diese selben Leute über uns geredet haben im umgekehrten Fall, wenn wir nur auf unser eigenes materielles Wohl bedacht gewesen wären und darnach gehandelt hätten? Ja, als ich meine Suspension abgebüßt hatte und voraussah, daß ich in kurzer Zeit wieder verklagt werden würde und daß noch schwerere Strafen mich treffen würden, da ist mir wohl auch selbst der Gedanke gekommen, jetzt mein Amt niederzulegen. Man hätte mir, einem 68 Jahre alten Mann, den Abschied auch nicht verweigern können, und ich hätte mir dann mein gesetzliches Drittel Pfarrintraden gesichert und die mir in meinem Alter erwünschte Ruhe, wenn auch in ärmlichen Umständen, verschafft. Ich mußte diesen Gedanken aber als eine feige Flucht aus der Gefahr verwerfen und auf meinem Posten ausharren.

Das zu Befürchtende trat dann auch bald ein, ich bekam ein

sog. rein orthodoxes Paar zu trauen und wurde dafür am 24. März 1892 wieder zur Verantwortung gezogen. Eine solche Trauung wird nun schärfer geahndet. Wenn der Pastor ein Paar traut, bei welchem der eine Teil lutherisch, der andere griechisch ist, so wird dafür nur auf Suspension, eine mildere Strafe, erkannt. Denn da wird es von der Behörde so angesehen, daß der Pastor nur dem Priester vorgegriffen habe (ganz unrichtig wird da Trauung und vom Kirchengesetz gestattete Einsegnung durch den Pastor, nachdem der Priester getraut hat, als ein und dasselbe angesehen). Wenn aber beide Teile Rezipierte — nach Anschauung der Richter Orthodoxe — sind, so wird eine solche Trauung durch den Pastor als schwer zu ahndender Eingriff in die Staatskirche angesehen und viel schärfer bestraft, nämlich mit der schweren und schimpflichen Strafe der Kassation, d. h. nicht nur Absetzung vom Amt von der jeweiligen Stelle, sondern auch Beraubung der geistlichen Würde. Für uns Pastoren mußten ja freilich beide Fälle, die Trauung eines sog. gemischten und eines sog. rein orthodoxen Paares, ganz gleich sein, da wir die Rezipierten immer als Lutheraner anzusehen und zu behandeln hatten, wie das auf der Provinzialsynode 1890 einstimmig ausgesprochen wurde. Nebenbei erhob der Eichenangernsche Priester Graßmann noch andere Klagen gegen mich für Amtshandlungen von nicht so schwerwiegender Art. Auch diese Klagen verursachten mir manche Beschwerden und Kosten. Ich hatte gleich nach der Suspension in demselben Jahr (1891) Fahrten zu machen, eine nach Rujen, eine nach Riga, eine nach Wolmar, dazu viel Schreiberei mit den Behörden, und außerdem war der Untersuchungsrichter auch dreimal bei mir im Hause.

Recht angreifend war auch das Erscheinen vor dem Bezirksgericht. War man zu 10 Uhr zitiert, so mußte man präzise da sein, aber da wurden dann oft andere Rechtsfälle zuerst vorgenommen, vielleicht darum, damit die große Zuschauermenge (denn die Verhandlungen fanden damals noch bei offenen Türen statt) sich allmählich erst verlaufen möchte. Das Zuhören des in russischer Sprache Verhandelten, das stundenlange Warten, das Verbot, den Gerichtssaal zu verlassen (außer für die Weile, wo sich die Richter zur Beratung zurückzogen), die eigene Erregtheit, endlich die Selbstverteidigung in einer fremden, uns schwierigen Sprache war eine wahre Qual und griff die Nerven so an, daß man fast dem Umfallen nahe war. So kam z. B. an diesem 24. März erst eine Rechtsprechung vor über Arrestanten, die unter militärischer Bedeckung hereingeführt wurden; dann eine Anklage über Fälschung, bei welcher der Ange-

klagte (ein frecher Kerl), der ganz überwiesen zu sein schien, für diesmal doch, weil noch ein Zeuge fehlte, entlassen wurde; ein anderer, weil nicht überführt, freigesprochen wurde, und noch andere Urteile, endlich auch das über ein Mädchen und ihren Verführer wegen Tötung ihres Kindes. Dabei wurden der Kreischefsgehilfe und der Kreisarzt vereidigt, vorher war schon bei jedem einzelnen Rechtsfall der Dolmetscher vom Priester in Eid genommen worden. Dann erst kamen wir Pastoren an die Reihe. Nachdem ich mein Urteil empfangen, unterhielt ich mich in einer Zwischenpause mit dem Dolmetscher. Ich drückte meine Verwunderung darüber aus, daß die beiden jungen Leute, die der Tötung ihres Kindes überwiesen und auch eingeständig waren, nur zu 3 Tagen Gefängnishaft, ich aber wegen einer kirchlichen Amtshandlung so viel schwerer, zur Kassation verurteilt worden sei; er antwortete mit schlauer Miene: „А Ваше дѣло политика“ (Ja, Ihr Fall ist Politik).

Wenn man fragt, warum wir denn, wenn es uns schwer war, uns russisch geläufig zu verteidigen, nicht den Dolmetscher zu Hilfe nahmen, so ist zu erwidern, daß das unvorteilhaft gewesen wäre, denn er übersetzte nicht, wie er hätte tun sollen, wörtlich und Satz für Satz, sondern faßte das Gesagte kurz zusammen, nach seiner Willkür, zuweilen auch ungenau und unrichtig (woher einer unserer Brüder einmal scherzweise bemerkte: „Dieser Mann hat heute bei 7 Fällen 7 mal falsch geschworen“). Auch nötigte der Präsident uns dazu, daß wir selbst russisch sprechen möchten. Wäre das Urteil nicht schon vorher fertig gewesen, so hätte die mangelhafte Kenntnis des Russischen uns auch geschadet. Z. B. auf die Frage: „Знали ли Вы, что онъ былъ православный?“ (Wußten Sie, daß er rechtgläubig war?) antwortete jeder vor uns: „Зналъ“ (Ich wußte es). Ganz falsch! Denn der Richter meinte das Imperfekt, er wollte wissen, als was der betreffende Mensch, an dem wir die Amtshandlung vollzogen, von uns in jenem Moment angesehen worden sei, und da hätten wir antworten müssen: „Nein, im Gegenteil, ich wußte, daß er lutherisch war“; wir hätten das „былъ“ als Plusquamperfekt nehmen müssen, aber durch die Auffassung als Imperfekt gaben wir uns einfach dessen schuldig, die Amtshandlung an einem Orthodoxen vollzogen zu haben.

Nach dem 24. März hatte ich noch 3 solche Trauungen (am 12. April, 10. Mai und 7. Juni 1892). Noch während des Aufgebots des zweiten Paares wandte sich Graßmann (ob unmittelbar oder durch seinen Bischof, weiß ich nicht), um sie zu verhindern, an

den Gouverneur, Sinovjev, selbst. Und so kam am 9. Mai, Sonnabend nachmittag, erstlich vom Wolmarschen Kreischef ein Schreiben, enthaltend ein Telegramm vom Gouverneur, welches mir nur anzeigte, der Bräutigam (Klimpman) sei orthodox. Dieses Schreiben war von Wolmar durch Eilboten von Gebiet zu Gebiet an mich geschickt; den Empfang hatte ich zu quittieren. Sodann kam eine Stunde später von der Schloß Pürkelnschen Gemeindeverwaltung eine gleiche Anzeige, welche ihr durch die Post zugegangen war zur Übergabe an mich. Ich ließ nun noch am selben Abend das Brautpaar (er rezipiert, sie lutherisch) zu mir kommen und teilte ihm das Geschehene mit, zugleich fragend, ob sie unter diesen Umständen noch bei dem Verlangen, von mir getraut zu werden, verharrten, oder sich vom Priester trauen lassen wollten. Da sie das erste bejahten, vollzog ich am folgenden Tage die Trauung in der Kirche. So hatte ich es ihnen versprochen, mit der Klausel nur, daß nicht etwa ein Gendarm mich an der Handlung verhinderte (was nicht geschah). Überlegend, was nun zu tun sei, hielt ich es für das Beste, nicht etwa darauf zu warten, daß ich nach Riga geführt wurde, sondern fuhr sogleich selbst hin, mich persönlich zu stellen, denn ein Schreiben schien nicht so rätlich. In Riga ging ich nun zuerst zum Generalsuperintendenten Hollmann, darauf auch zu dem residierenden Landrat Tiesenhausen, und von beiden wurde meine Absicht, zum Gouverneur zu gehen, gebilligt; sie äußerten sich aber auch dahin, daß nach dem, was man aus Petersburg höre, jetzt noch schärfere Maßregeln, als bisher, zu erwarten seien.

So fand ich mich denn am folgenden Tage (12. Mai) präzise 12 Uhr im Schloß in vollem Ornat ein, traf dort im Vorsaal wohl eine große Menge Klienten vor, wurde aber, als ich meine Karte hineinschickte, vom Gouverneur sogleich vorgelassen. Ich redete ihn zuerst russisch an, bat aber dabei um die Erlaubnis, deutsch zu sprechen, was er auch gestattete. Ich erklärte nun, sein Telegramm wohl erhalten zu haben, daß ich die Trauung aber nicht habe unterlassen können, indem die ihm gewordene Mitteilung auf einem Mißverständnis beruhe, denn der Bräutigam (Klimpman) sei nicht orthodox, sondern lutherisch. Im Jahre 1879 sei er von mir konfirmiert worden, habe sich bei mir regelmäßig ad sacra gehalten, ebenso auch später als Soldat im Innern des Reiches, wie er auch in seinem Billet und in seiner „записная книжка“ als Lutheraner verzeichnet stehe. Er erwiderte darauf, es walte durchaus kein Mißverständnis ob, denn Klimpman sei nach orthodoxem Ritus getauft,

und das sei eine heilige Handlung, welche ihre Geltung für immer behalte, demnach sei Klimpman nicht Lutheraner, sondern orthodox. Ich sagte darauf, ich hätte, als ich Klimpman konfirmierte, das wohl gewußt, daß er orthodox getauft sei, aber Exzellenz möchte daran denken, wie und wann diese Menge von Rezipierten entstanden sei, nämlich in einer Zeit, wo es ohne Behinderung oder nachfolgende Beahndung seitens der höchsten Staatsgewalt geschehen durfte. Der Gouverneur fiel mir hier ins Wort und sagte, indem er nicht gleich den deutschen Ausdruck fand (den er nachher französisch wiedergab): ja, das sei so geschehen zur Zeit des „допускъ“ (der Zulassung). Eben darum, sagte ich, das Wort ergreifend, sollten die Gerichte nicht so schwere Strafen über uns verhängen, wenn wir Pastoren die, welche in jener Zeit lutherisch wurden, als solche auch behandelten. Darauf erwiderte er, und das wiederholte er nachher noch öfter, es sei Gesetz, und das sei vom Kaiser und der sei von Gott. Und — fuhr er fort — der Staat sei einer Maschine gleich, bei welcher, damit sie richtig arbeiten könne, alle Räder regelmäßig ineinander greifen müßten. Ich erbat mir nun die Erlaubnis, ihm den Fall Klimpman noch genauer vorstellen zu dürfen; ich sagte, daß ich ihn schon bei der ersten Anmeldung zum Aufgebot darauf aufmerksam gemacht hätte, es würde vom Priester gewiß Einsprache getan und Klage erhoben werden und er wie ich würden unfehlbar unter Gericht kommen, daß er aber doch bei seinem Vorsatz, in diese Ehe zu treten, und bei dem Verlangen, daß ich ihn aufböte und traue, geblieben sei; ferner, daß ich nach Erhalt des Telegramms ihn und auch die Braut sogleich wieder zu mir gerufen hätte, beiden nochmals die Gefahr vorgestellt, ihnen sogar angeboten hätte, von mir einen Dreimalaufgebotschein anzunehmen, auf welchen hin der Priester sie wahrscheinlich morgen gleich trauen würde; doch hätten beide das entschieden zurückgewiesen und endlich ausgesprochen, sie würden — falls ich ihnen die Trauung durchaus verweigerte — ohne dieselbe Hochzeit halten; die Festigkeit ihres Verlangens hieraus erkennend, ließ ich es dazu nicht kommen, versprach ihnen die Trauung und vollzog sie am anderen Tage. Nach dieser Auseinandersetzung kam vom Gouverneur wieder das Wort, es sei gegen das Gesetz. Nach einer kleinen Pause fing ich wieder an: „Ich bin nicht nur gekommen, eine Erklärung über meine Handlung zu geben, sondern vielmehr zugleich, um Exzellenz meiner vollkommensten Ergebenheit zu versichern und von Herzen zu bitten, mich ja nicht für einen widerspenstigen Menschen zu halten, sondern — wie ich es hiermit feierlich vor Gott

bezeuge — für einen loyalen Untertan, und daß es mir deshalb um so schmerzlicher ist, in einer so schwierigen Lage zu sein, dem Gesetz nicht nachkommen zu können. Ich bin auch nicht hier in der Absicht, eine Abwendung der zu erwartenden Untersuchung und Bestrafung zu erlangen, ich will es leiden, wenn es so sein muß. „Ja" — sagte er so für sich hin — „ich muß auch leiden, habe ein schweres Amt, es ist mir aufgelegt, ich muß auch viel leiden." Wie er es meinte, ob auch in Betreff unserer Lage, konnte ich nicht fragen. Ich fuhr also fort zu schildern, wie betrübend und drückend unsere Lage sei, speziell auch für mich, da solche Fälle von Trauungen immer wieder vorkommen würden. Was dann machen? Und was antwortete er darauf? Er wiederholte ganz still dieselben Worte: „Was dann machen?" ohne etwas hinzuzufügen. Ich wartete nun auf Verabschiedung, und da er nichts sagte, erhob ich mich und bedankte mich, daß er mich gütig angehört hätte. Wie schon während der Unterredung reichte er mir wieder die Hand und begleitete mich aus seinem Kabinett in den vorderen Saal; da blieb er am Fenster mit mir stehen, so daß ich sah, er wolle noch etwas sagen. Er fing mit der Frage an: „Sie haben Theologie studiert?" Als ich darauf nichts antwortete, sagte er: „Also ja, nun dann wissen Sie, daß wir alle Eine christliche Kirche sind?" „Gewiß", sagte ich. „Nun" — fuhr er fort — „wir alle sind Eine christliche Kirche, und unsere ist die rechtgläubige." Da war es nun schwer, im selben Moment die rechte Antwort zu geben, ich antwortete nur: „Doch, Exzellenz, ist jedem das teuer und heilig, was seine Seele befriedigt und womit er sein Herz trösten kann." Er reichte mir nochmals die Hand, die Audienz war zu Ende. Es war das einzige und letzte Mal, daß wir uns gesehen haben; es geschah nicht lange danach, daß er auf der Eisenbahn bei Petersburg so plötzlich aus diesem Leben gerufen wurde.

Mit dem, wie diese Audienz ausgefallen war, mußte ich mich schon zufriedengeben, etwas Reelles konnte ich ja nicht zu erlangen hoffen, es mußte mir ja genug sein, in seinen Augen einen bösen Schein von mir abzuwenden, mich selbst davor zu bewahren, von Hause als ein strikt gegen seine Anzeige gehandelt Habender geholt zu werden, vielmehr womöglich einen guten Eindruck auf ihn zu machen und unsere gute Sache ins rechte Licht zu stellen. Ich habe den Eindruck empfangen, daß Sinovjev, wie es seine Stellung mit sich bringt, sich strikt an das Gesetz, an die ihm gewordenen Instruktionen hielt, ein fanatisch gegen uns eingenommener Verfolger aber nicht war. Vor mir ist, einige Wochen früher, der Gudmanns-

bachsche Carlblom bei ihm gewesen, welcher zur Verbannung aus den baltischen Landen verurteilt war, um sich eine Verlängerung des Termins für seinen Abzug auf einen Monat, seiner kranken Mutter wegen, zu erbitten. Der Gouverneur hat ihm das ohne weiteres bewilligt und ihm auch von sich aus entgegenkommend gestattet, die alte Mutter fernerhin noch zu besuchen, nur mit dem Hinzufügen: „Aber nicht ohne meine Erlaubnis!" — Was ich in obigem über meine Audienz geschrieben habe, ist fast wörtlich genau, da ich, ins Hotel zurückgekehrt, mir alles aus frischer Erinnerung sogleich aufschrieb. Hollmann hatte mich zum Nachmittag, nach der Sitzung im Konsistorium, zu sich in seine Wohnung bestellt, weil er, wie auch praeses consistorii v. Stryk, gespannt war, zu erfahren, wie es mir beim Gouverneur gegangen sei, und war, als ich es ihm erzählte, damit auch zufrieden. In Riga war ich an demselben Tage auch noch bei der sich dort gerade aufhaltenden Gräfin M. Sievers, welche sich für unsere kirchliche Sache lebhaft interessierte und hoffte, durch ihren Onkel Stackelberg und durch den Senateur Baron Uexküll meinem Prozeß eine günstige Wendung geben zu können, ich sollte dazu nur eine ausführliche Darstellung der Dinge aufsetzen. Ich habe es getan, obgleich ich nichts davon hoffte.

(Schluß folgt).

Politische Übersichten

Estland

I.

Am 10. August hat der polnische Staatspräsident Estland seinen lange vorher angekündigten Besuch abgestattet, in Erwiderung der Besuchsfahrt, die der estländische Staatsälteste im Frühjahr dieses Jahres nach Warschau unternommen hatte. Wenn auch polnischerseits mehrfach amtlich erklärt wurde, daß mit diesem Besuch des Präsidenten Moscicki in Reval keinerlei politische Zwecke verfolgt würden, so liegt doch auf der Hand, daß ihm eine politische Bedeutung unbedingt zugesprochen werden muß und auch von Polen beigelegt worden ist. Das erhellt schon allein aus der Tatsache, daß der polnische Staatspräsident auf dieser Reise nach Reval von dem Leiter der polnischen Außenpolitik Außenminister Zaleski, ferner vom Chef der Ostabteilung im polnischen Außenministerium Holowko, dem Chef des Militärkabinetts des Marschalls Pilsudski, Glogowski, und anderen hervorragenden Persönlichkeiten begleitet wurde. Estnischerseits wurde erfreulicherweise bei Beachtung aller bei solchen Gelegenheiten üblichen Zeremonien und Freundschaftsbezeigungen doch mehr Zurückhaltung geübt, als nach den bei dem Besuch des estländischen Staatsältesten in Warschau gemachten Erfahrungen erwartet werden konnte. Augenscheinlich hat die Kritik, welche seinerzeit seitens

verschiedener Kreise der estnischen Öffentlichkeit an der Reise des Staatsältesten nach Warschau geübt worden war, doch auch auf die ausgesprochen polenfreundliche Regierung Strandmann einen gewissen Eindruck gemacht. Was die militärischen Fragen betrifft, so wurde allerdings die Freundschaft mit Polen sehr stark betont, was unter anderem darin zum Ausdruck kam, daß die zu Ehren des polnischen Präsidenten in Reval abgehaltene Militärparade in größerem Umfange stattfand, als jemals früher seit Bestehen des estländischen Staates. In diesem Zusammenhang wäre auch zu vermerken, daß Präsident Moscicki mit seinem Gefolge dem ehemaligen Oberkommandierenden der estländischen Armee, General Laidoner, einen Besuch in dessen Privatwohnung abstattete und einige Stunden dort verweilte. Gegen eine enge militärische Zusammenarbeit zwischen Estland und Polen läßt sich aber wohl auch nichts einwenden, sind diese beiden Staaten doch natürliche Verbündete, falls von Osten eine Gefahr drohen sollte. Diese Tatsache liegt so klar auf der Hand, eine militärische Zusammenarbeit zwischen Estland und Polen ist daher so natürlich, daß sie von keinem einzigen Nachbarn als ein Abweichen Estlands von einer Politik der Neutralität aufgefaßt werden dürfte, wie das der Fall sein müßte, falls Estland sich politisch zu eng mit Polen verbände.

Im Vergleich zu der Begeisterung, mit welcher die ganze Bevölkerung den König von Schweden bei seinem letzten Besuch in Reval empfangen hatte, war das Verhalten des Publikums während des Besuchs des polnischen Staatspräsidenten viel kühler. Vielfach hörte man auch Äußerungen, die eine direkte Ablehnung einer zu engen Freundschaft mit Polen enthielten. Bei dem Fackelzug in Katharinenthal kam es sogar zu einem peinlichen Zwischenfall, indem während des Hochs auf Polen auch laute Pfiffe ertönten. Man sieht, daß weite Kreise des besonnenen und ruhigen estnischen Volkes dem übertrieben polenfreundlichen Kurs der derzeitigen Regierung mit einem gewissen Mißtrauen gegenüberstehen, aus dem richtigen Empfinden heraus, daß eine derartige ausgesprochene Bindung an Polen für einen Kleinstaat wie Estland auch unliebsame Folgen haben könnte, da sie von den übrigen Mächten als eine Aufgabe der Neutralitätspolitik gewertet werden kann, mit allen daraus folgenden Konsequenzen. Auch die lettische Presse nahm bei ihren Berichten über die Empfangsfeierlichkeiten in Reval wieder die Gelegenheit wahr, von der Polenpolitik Estlands abzurücken, indem sie betonte, daß Lettland im Gegensatz zu Estland Polen gegenüber eine Politik der vollen Neutralität einhalte.

Abgesehen von dem Besuch des polnischen Präsidenten hat sich in der Berichtsperiode — Juni bis Oktober — auf dem Gebiete der estländischen Außenpolitik wenig Bemerkenswertes ereignet. Die Verhandlungen mit Finnland über die Neufassung des Handelsvertrages zwischen beiden Staaten dauern noch an und werden voraussichtlich noch eine längere Zeit beanspruchen. Auch mit Lettland wird wieder über eine Erweiterung des Handelsvertrages verhandelt, mit welchem Erfolg, bleibt abzuwarten. Von der ursprünglich geplanten Zollunion, derentwegen unzählige Verhandlungen und Konferenzen in Riga und Reval stattgefunden haben, wird zunächst nicht mehr gesprochen. Auf einer am 2. September in Bilderlingshof stattgehabten Konferenz der Außenminister Estlands und Lettlands wurde u. a. beschlossen, daß an der Rigaer Universität ein Lehrstuhl für estnische Sprache und an der Dorpater Universität ein Lehrstuhl für lettische Sprache errichtet werden soll. Ferner wurde beschlossen, daß in Fragen

der lettischen Schulen in Estland und der estnischen Schulen in Lettland in Zukunft Mißverständnisse durch periodische Zusammenkünfte von Vertretern der Bildungsministerien beider Länder vermieden werden sollen. Auch die Notwendigkeit der Wahrung eines engen Zusammengehens in der Zollpolitik der beiden Staaten wurde wieder einmal in einer programmatischen Entschließung festgelegt.

Die in den letzten Tagen des Mai nach Rußland entsandte estländische Wirtschaftsdelegation hat in Moskau und Petersburg eingehende Verhandlungen geführt, welche die Belebung der Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern zum Gegenstand hatten, wobei estländischerseits speziell eine Erweiterung der estländischen Ausfuhr nach Rußland angestrebt wird. Denn diese ist stark zurückgegangen (sie besteht zurzeit hauptsächlich in der Ausfuhr von Papier), während die Einfuhr aus Rußland nach Estland eine steigende Tendenz aufweist. Nach der Rückkehr der Delegation nach Reval hat der Vizevorsitzende der Revaler estländisch-russischen Handelskammer Renning, der auch zur Delegation gehörte, über die in Rußland geführten Verhandlungen berichtet und sich dahin geäußert, daß eine Erweiterung der estländischen Ausfuhr nach Rußland eventuell möglich sei, namentlich auf dem Gebiete der Papier-, Textil- und Lederindustrie. Auch über die Lieferung von Erzeugnissen der estländischen Landwirtschaft und Viehzucht nach Rußland ist in Petersburg verhandelt worden, wobei russischerseits auch in dieser Frage Entgegenkommen und Interesse gezeigt worden sein soll. Ob aber alle diese von der Delegation ins Auge gefaßten Pläne, über welche weitere Verhandlungen mit russischen Sachverständigen geführt werden sollen, auch positive Resultate zeitigen werden, ist noch völlig ungewiß. Im Zusammenhang mit der Frage der Verwertung der Wasserkraft des Narova-Falles ist von der Delegation in Moskau auch über den Bezug von Holzmaterial aus Rußland verhandelt worden, wobei diese Frage grundsätzlich bejahend entschieden worden sein soll.

II.

Auf innerpolitischem Gebiet stand die Frage des Schutzes der Landwirtschaft gegen das Sinken der Getreidepreise im Mittelpunkt des Interesses. Bekanntlich wird ausländischer, namentlich deutscher Roggen so billig auf den Revaler Markt geworfen, daß die einheimischen Landwirte, wenn sie ihren Roggen zu den gleichen Preisen verkaufen müßten, nicht mehr auf ihre Kosten kämen. Daß daher Schutzmaßnahmen nötig geworden waren, wurde ziemlich allgemein anerkannt. Auch in den nichtlandwirtschaftlichen Kreisen sieht man ein, daß es nicht angeht, unsere bodenständige, ackerbautreibende Bevölkerung dem Untergang preiszugeben, nur damit der Konsument, die Überproduktion auf dem Weltmarkt ausnutzend, aus ausländischem Getreide hergestelltes Brot zu unnormal niedrigen Preisen kaufen kann. Sehr stark auseinander gingen aber die Meinungen darüber, welcher Art diese Schutzmaßnahmen sein sollten. Von den in Vorschlag gebrachten Projekten kamen in erster Linie drei in Frage: 1) Monopolisierung des Getreidehandels in der Hand des Staates, 2) Belegung ausländischen Getreides mit einem Einfuhrzoll und 3) Kontingentierung der Einfuhr ausländischen Getreides. Nach langen Beratungen und Verhandlungen entschied sich die Regierung für die Konzentrierung des Roggenankaufes in der Hand des Staates, während von der Erhebung von Einfuhrzöllen inbezug auf Roggenkorn abge-

sehen wurde. Ein entsprechendes Gesetzprojekt, das von der Regierung in die Staatsversammlung eingebracht wurde, ist nach einigen Umarbeitungen am 12. Juli vom Parlament angenommen worden und hat bereits Gesetzeskraft erlangt. Nach diesem Gesetz übernimmt der Staat den Ankauf des im Inlande produzierten Roggens von den Landwirten oder deren genossenschaftlichen Organisationen und verkauft ihn dann weiter an die Händler. Statt selbst den Roggen von den Produzenten anzukaufen, kann der Staat den Ankauf des inländischen Roggens auch Privatpersonen oder Unternehmungen übertragen, wobei er mit ihnen entsprechende Verträge abschließen muß, in welchen die betreffenden Unternehmer zur Einhaltung der für den staatlichen Roggeneinkauf vorgesehenen Bedingungen verpflichtet werden. Der Preis, welcher den inländischen Produzenten für ihren Roggen zu zahlen ist, wird alljährlich von der Staatsregierung spätestens im September festgesetzt, wobei der Berechnung des Preises die Produktionskosten des Roggens zugrunde gelegt werden müssen. Auf diese Art soll den inländischen Roggenproduzenten die Möglichkeit gegeben werden, ihren Roggen zu einem angemessenen Preise verkaufen zu können, unabhängig von den Roggenpreisen auf dem Weltmarkt.

Die Einfuhr ausländischen Roggens ist durch das genannte Gesetz zum Staatsmonopol erklärt worden, wobei der Staat, statt die Einfuhr selbst zu besorgen, Einfuhrlizenzen an Privatpersonen und Unternehmungen erteilen darf. Die Menge des ausländischen Roggens, die eingeführt werden darf, bestimmt alljährlich die Staatsregierung nach Maßgabe des Bedürfnisses, nachdem der Umfang der einheimischen Roggenernte festgestellt worden ist.

Die näheren Bestimmungen über die Organisation des Ankaufes des einheimischen Roggens sind in einer Ausführungsverordnung der Regierung enthalten.

Für dieses Jahr ist der Preis für den inländischen Roggen mittlerer Qualität von der Regierung auf 17,5 Cent pro kg festgesetzt worden. Bei besserer oder schlechterer Qualität des Roggens erhöht resp. erniedrigt sich der Preis ein wenig. Es bleibt abzuwarten, wie sich das neue Gesetz, das fraglos auch seine bedenklichen Seiten hat, auswirken wird. In Konsumentenkreisen wird vielfach befürchtet, daß dieses Gesetz ein starkes Steigen der Brotpreise zur Folge haben wird. Die Regierung hofft jedoch das dadurch verhindern zu können, daß der verhältnismäßig hohe Preis, der für den inländischen Roggen gezahlt wird, durch den sehr niedrigen Preis des ausländischen Roggens ausgeglichen werden soll. Für das laufende Jahr hat das Ministerium auf Grund der von den Landwirten angeforderten Daten über den Umfang der diesjährigen Roggenernte ausgerechnet, daß die Menge des vorhandenen einheimischen Roggens (abzüglich der Roggenmengen, die für den Eigenbedarf der Produzenten nötig sind) und des aus dem Auslande einzuführenden Roggens sich wie 2 : 1 verhalten wird. Unter Zugrundelegung der für ausländischen Roggen in der letzten Zeit gezahlten Preise hofft die Regierung bei dem genannten Verhältnis von 2 : 1 den Durchschnittspreis für 1 kg gemischten Roggens auf etwa 15,5 Cent im laufenden Jahre halten zu können. Das wäre aber nicht mehr, als der Roggen bei uns zulande in den letzten Jahren gekostet hat, mit Ausnahme des laufenden Jahres, wo der deutsche Roggen infolge der vom Reiche gezahlten Ausfuhrprämie bei uns zu Schleuderpreisen auf den Markt kam. (Im Juli 1930 war in Reval im Großhandel deutscher Roggen schon für

9,5 Cent pro kg erhältlich.) Ob aber diese Kalkulationen des Ministeriums sich einhalten lassen werden, wird erst die Zukunft zeigen. Auch will die Regierung stets Reservevorräte an Roggenkorn auf Lager halten, um sie zu dem errechneten Preise auf den Markt werfen zu können, falls die Brotpreise unberechtigterweise in die Höhe getrieben werden sollten.

Auf eines aber kann jedenfalls nicht genug hingewiesen werden: daß nämlich dieses Roggenschutzgesetz keinesfalls genügt, um unsere Landwirtschaft zu sanieren und wieder rentabel zu machen, sondern daß in dieser Richtung noch verschiedene andere Maßnahmen werden folgen müssen. Die Regierung hat dann auch von sich aus einen weiteren Schritt getan und, gleich nachdem das Parlament in die Ferien gegangen war, einen Zoll auf ausländische Gerste eingeführt, obgleich die zuständige Parlamentskommission einen entsprechenden Antrag abgelehnt hatte. Aber nicht nur Preisschutzmaßnahmen sind zur Sanierung unserer Landwirtschaft erforderlich, sondern auch andere Maßnahmen der verschiedensten Art, die alle zu einem großzügigen einheitlichen agrarpolitischen Programm zusammengefaßt werden müßten. Zu diesen Maßnahmen, die dringend notwendig sind, würde auch gehören, daß die durch die Agrarrevolution geschaffene viel zu große Zersplitterung der Ackerfläche unseres Landes in vielfach wegen ihrer Kleinheit völlig lebensunfähige Zwergwirtschaften allmählich wieder beseitigt wird. Hierzu würde genügen, daß alle diejenigen Bestimmungen der Agrargesetzgebung der letzten Jahre wieder fallen gelassen würden, welche die Vereinigung mehrerer Parzellen zu einer Wirtschaftseinheit verhindern oder erschweren. Dann würden im freien Spiel der wirtschaftlichen Kräfte die lebensunfähigen Zwergwirtschaften bald wieder verschwinden und Wirtschaftseinheiten entstehen, die, ihrer Größe nach den heutigen Verhältnissen angepaßt, die größtmögliche Ertragsfähigkeit gewährleisten würden.

Daß im Zusammenhang mit der finnländischen Lappo-Bewegung sich auch bei uns eine gewisse Nervosität bemerkbar machte, zeigte die Aufregung, welche durch eine an und für sich recht harmlose Angelegenheit hervorgerufen wurde. Es handelte sich hierbei um folgendes. Bauernversammlungen in Karkus und Klein-Johannis hatten verschiedene politische Forderungen aufgestellt. Die Beschlüsse der Versammlung in Karkus wurden darauf durch eine Abordnung in Form einer Denkschrift zur Kenntnis des Staatsältesten gebracht. In dieser Denkschrift wurden verschiedene Schutzmaßnahmen für die Landwirtschaft, ferner größere Sparsamkeit bei der Staatsverwaltung, Änderung der Verfassung (Einsetzung eines Staatspräsidenten, Verringerung der Zahl der Abgeordneten der Staatsversammlung, Entziehung des Wahlrechts denjenigen Personen, die keine staatlichen und kommunalen Steuern zahlen) und anderes mehr verlangt. Wenn diese Forderungen auch ziemlich kraus durcheinandergeworfen und zum Teil sehr ungeschickt und naiv abgefaßt waren, so enthielten sie doch vieles durchaus Vernünftige und Beachtenswerte. In gewissen Kreisen der Ansiedler und Arbeiter rief die Aktion der Karkusschen Bauern aber Beunruhigung hervor. So fand z. B. am 10. August in Klein-Marien eine Versammlung von Ansiedlern und ehemaligen Gutsarbeitern statt, auf welcher gegen die „die demokratische Staatsordnung untergrabenden Machenschaften" der Karkusschen Bauern protestiert wurde. Die Versammlung stellte ihrerseits Forderungen auf, welche auch die Lage der Landwirte bessern, gleichzeitig aber die „demokratische Ordnung verteidigen"

sollten. Besonders empört waren die Teilnehmer der Versammlung in Klein-Marien über den Antrag der Karkus-Leute, daß einem Teil der Staatsbürger — denjenigen, die keine Steuern zahlen — das Wahlrecht entzogen werden solle. Die Erregung wuchs, als bekannt wurde, daß unter dem Eindruck der Versammlungen in Karkus und Klein-Johannis einige Einwohner von Fellin den Plan gefaßt hatten, für die auf den genannten Versammlungen aufgestellten Forderungen in weiteren Kreisen der Bevölkerung Propaganda zu machen. Sie gründeten zu diesem Zwecke ein Komitee, das in Fellin und später auch in Reval Versammlungen abhielt. Die Versammlung in Reval wurde von der Polizei ausgehoben und ihre Veranstalter mit Administrativstrafen belegt, weil die Versammlung nicht der Polizei angezeigt worden war. Von „Verschwörungen" konnte hierbei eigentlich nicht die Rede sein. Trotzdem entstand in der estnischen Presse über diese Angelegenheit eine große Aufregung, wobei die amtlichen Stellen zum Teil mit daran schuld waren, weil sie anfangs selbst die Angelegenheit höchst geheimnisvoll behandelten und die einzelnen Amtsstellen Erklärungen abgaben, die einander widersprachen. In der Presse tauchten jetzt Bezeichnungen auf wie „Felliner Verschwörung", „Estnische Lappo-Bewegung" usw. Die Aufregung dauerte recht lange und hatte das betrübliche Ergebnis, daß das Schutzkorps, zu dem einige der „Verschwörer" gehörten, in die Sache hineingezogen wurde. Dem Schutzkorps wurde nämlich in diesem Zusammenhang von verschiedenen Seiten der Vorwurf gemacht, daß es sich mit Politik befasse und seine Führer angeblich eine Staatsumwälzung planten, was natürlich gar nicht der Fall war. Zum mindesten haben Haussuchungen, die von der politischen Polizei bei den betreffenden Personen vorgenommen wurden, nichts Belastendes zutage gefördert. Daß aber eine derartige Polemik auf das Ansehen des Schutzkorps in weiten Kreisen der Bevölkerung nicht gerade günstig gewirkt hat, liegt auf der Hand. Zum Glück haben sich jetzt die erhitzten Gemüter wieder mehr oder weniger beruhigt, ob endgültig, bleibt allerdings abzuwarten.

Auf dem Gebiet der Gesetzgebung sei noch vermerkt, daß das Gesetz über die Freizügigkeit, das die Abschaffung des Paßzwanges enthält, von der Staatsversammlung in 3. Lesung angenommen wurde. Hiernach ist der Personalausweis (Inlandpaß) für die estländischen Staatsbürger nicht mehr obligatorisch, doch kann sich jeder Staatsbürger, wenn er es wünscht, auch weiterhin einen Personalausweis ausstellen lassen. Auf den neuen nichtobligatorischen Personalausweisen fehlt jedoch der Vermerk über den Beruf und das Volkstum (Nationalität) des Ausweisinhabers.

Was für Blüten übertriebener Nationalismus treiben kann, zeigt die recht absonderlich anmutende Idee, die altestnische heidnische Taara-Religion wieder ins Leben zu rufen. Daß die Verfechter dieser Idee es ernst meinen, zeigt der Umstand, daß sie das Statut einer Taara-Kirche zur Bestätigung vorgestellt haben. Zunächst ist aber die Registrierung dieser Religionsgemeinschaft vom Innenministerium verweigert worden, weil das eingereichte Statut den für die Registrierung von Religionsgemeinschaften vom Gesetz vorgeschriebenen Bedingungen nicht entsprach. Es ist aber wohl zu erwarten, daß die Anhänger des Taara-Kultes in nächster Zeit ein den gesetzlichen Vorschriften entsprechend umgearbeitetes Statut von neuem zur Registrierung einreichen werden.

Dorpat, Anfang Oktober 1930 L. v. M.

Umschau

„Sieben Jahre Sovetunion"*)

Über Rußland und den Bolschewismus ist in den letzten Jahren fast ebensoviel geschrieben worden wie über Rom und den Fascismus. Während aber die Beziehungen zwischen Europa und Italien sehr lebendige geblieben sind und Italien dem europäischen Menschen naturgemäß auch in seiner neuen Staatsform geistig immer viel näher stehen wird, als die Sovetunion, senkt sich von Jahr zu Jahr ein immer dichter werdender Vorhang zwischen Europa und alldem nieder, was sich auf dem Gebiet der Sovetunion abspielt. Der Fascismus ist, schon durch die Entstehung verschiedener Abarten im übrigen Europa, dem Bewußtsein des europäischen Menschen viel näher gerückt, als der Kommunismus. Er ist — von allem anderen abgesehn — lebendiger, erkennbarer. Der Bolschewismus dagegen, im großen gesehen, stellt nicht nur etwas Unverstandenes und Unerkanntes für das europäische Bewußtsein dar, sondern er ist für europäische Menschen überhaupt nur schwer, auch bei eingehender Schilderung, in seiner inneren Gestalt erkenntlich zu machen. Das Buch Paul Scheffers, des langjährigen Korrespondenten des „Berliner Tageblatt" in Moskau, verdient von diesem Gesichtspunkt aus eine besondere Beachtung. Paul Scheffer ist heute wohl der bekannteste deutsche Auslandjournalist. Ein Vertreter der ganz großen Klasse der Berichterstatter, dem die Gabe des Schauens ebenso gegeben ist, wie das Vermögen, das Geschaute in einer Form wiederzugeben, die, immer auf das Wesentliche gerichtet, zu einer schöpferischen Darstellung sozial-wirtschaftlicher, psychologisch-politischer und staatlicher Zustände führt. Die englische Presse ist die erste gewesen, die diesen Typus des Journalisten entwickelt hat. Der moderne Zeitungsbetrieb mit seiner Sensationshascherei bedroht diesen Typus mit dem Untergang. Die ganz großen Vertreter dieser vornehmsten Richtung journalistischer Arbeit sind von einem Einfluß gewesen, der die Bedeutung selbst beamteter und bevollmächtigter Vertreter von Staaten weit in den Schatten gestellt hat.

Paul Scheffer ist, um auch dies hier hervorzuheben, nach siebenjähriger Tätigkeit in der Sovetunion von der bolschewistischen Regierung nicht mehr nach Rußland hineingelassen worden. Ein Grund mehr, sein Werk ernst zu nehmen, da die kommunistische Regierung sich wohl nicht umsonst vor seiner Beobachtungsgabe fürchtet.

Es kommt jedoch noch ein Umstand hinzu, der das Buch von Paul Scheffer besonders wertvoll erscheinen läßt. Paul Scheffer ist vor sieben Jahren mit der festen Absicht nach Moskau gegangen, alles von ihm Abhängige zu tun, um das zwischen Deutschland und der Sovetunion sich anbahnende Verhältnis weiter auszubauen, soweit dieses von ihm abhing. Er ist nach Moskau gegangen als überzeugter Anhänger der Politik des Grafen Rantzau; in der Hoffnung, daß die Staatsräson des Staates Rußland die weltrevolutionären Pläne der kommunistischen Partei in den Hintergrund drängen und zu einer gedeihlichen Zusammenarbeit der politischen und Wirtschaftskörper Deutschland und Rußland führen würde.

*) „Sieben Jahre Sowjetunion" von Paul Scheffer. Bibliographisches Institut A/G., Leipzig, 1930.

Es ist geradezu erschütternd zu sehen, wie von diesem Glauben an eine erfolgreiche Arbeit in der Sowjetunion aber auch nichts, garnichts übriggeblieben ist. Schreiber dieser Zeilen hat zweimal Gelegenheit gehabt, sich mit Paul Scheffer über Verhältnisse in der Sowjetunion unterhalten zu können. Das eine Mal 1921 oder 1922 und das andere Mal 1924 in Moskau selbst. Ich erinner mich wie heute, daß trotz der überaus vorsichtigen und bedachten Art von Paul Scheffer der Gegensatz unserer Ansichten doch überaus deutlich hervortrat und daß Paul Scheffer die von mir damals vertretenen Ansichten über die Präponderanz der weltrevolutionären Tendenzen in der kommunistischen Idee nicht recht wahr haben wollte.

Und nun, nach 7 schweren Jahren, die Paul Scheffer in der Sowjetunion zugebracht hat, nach einem nervenzehrenden Kampf für die Ausgestaltung der deutsch-russischen Beziehungen, verläßt Paul Scheffer die Sowjetunion in der Erkenntnis der völligen Ergebnislosigkeit und Hoffnungslosigkeit der von ihm übernommenen Mission. Paul Scheffer hat in den Moskauer Jahren dem verstorbenen deutschen Botschafter Graf Rantzau auch persönlich sehr nahe gestanden. Seine Würdigung dieses letzten überragenden Vertreters des ancien régime in der deutschen Diplomatie, dieses Grandseigneurs und überaus geistigen Menschen gehört mit zu dem Eindruckvollsten und Treffendsten, was überhaupt über der Grafen Rantzau geschrieben worden ist. Die Tragödie des Grafen Rantzau, der in den letzten Jahren seines Lebens immer deutlicher erkennen mußte, daß seine wahrlich nicht mit schwachem Willen und schwacher Geisteskraft geführte Politik in Moskau immer mehr zuschanden wurde, hat Scheffer aus nächster Nähe miterleben und beobachten können. Dieselben Umstände, die zur Tragödie der letzten Jahre des Grafen Rantzau geführt haben, sind in ihrer Grundlage auch bestimmend für die Entwicklung Paul Scheffers gewesen. Auch er hat Moskau als ein Enttäuschter verlassen müssen, der vor den harten Tatsachen der Wirklichkeit den guten Willen, den er nach Moskau mitgebracht hatte, zerbrechen sah, wie einen Strohhalm, der eine rollende Lawine aufhalten soll.

Wenn man sich diese Tatsachen aus dem persönlichen Erleben Paul Scheffers deutlich macht, so wird man jede Zeile seines Buches mit noch größerer Aufmerksamkeit lesen, um so mehr, als er ja unendlich viel in seinen Berichten zwischen den Zeilen hat sagen müssen. Der Eindruck, den sein Buch hinterläßt, wird deshalb besonders stark, weil Paul Scheffer die Form gewählt hat, daß er in seinem Buch, beginnend von seinem ersten Aufenthalt in Moskau an, die Berichte ohne Veränderungen und ohne Retouche wiedergegeben hat, die er aus Moskau an seine Zeitung schickte. Wir finden daher in seinem Buch nicht von vornherein feste Ansichten, denen ein Beobachter Ausdruck gibt, nachdem er die Zustände eines Landes studiert hat und nun zu einem klaren Ergebnis gekommen ist, sondern wir erleben es, wie Paul Scheffer immer tiefer und tiefer in die wirkliche Natur der Dinge in der Sowjetunion eindringt, wie vor seinem aufmerksamen Auge und seinem tiefschürfenden Verstand ein Vorhang nach dem anderen vor der sowjetrussischen Wirklichkeit zu Boden sinkt und wie immer furchtbarer und eindrucksvoller vor ihm das ersteht, was wir Bolschewismus nennen.

Es würde hier zu weit führen, auf die einzelnen Kapitel des Buches einzugehen, jedes dieser Kapitel für sich würde eine besondere Besprechung notwendig machen. Es sei hier erwähnt, daß alle Seiten des heutigen Lebens in der Sowjetunion einen Spiegel in seinen Berichten finden. Politik, Wirtschaft, Kunst, Kommunistische Partei, die kommunistische Jugend, der russische

Mensch — alle diese Fragen der russischen Wirklichkeit und Zukunft ziehen an unserem Auge vorüber.

In den Berichten der letzten Jahre, besonders nach dem Beginn der neuen sowjetrussischen Agrarpolitik, wird der Ton der Berichte immer ernster. Die dauernde Disharmonie zwischen Wollen und Vollenden, zwischen dem Erstrebten und dem Erreichten, die fast übermenschliche Willensanstrengung der Kommunistischen Partei, Rußland vorwärts zu reißen, Stalin — diese Faktoren der heutigen sowjetrussischen Wirklichkeit scheinen lebendig vor unseren Augen zu erstehen, wenn wir die Schefferschen Berichte lesen.

Ein kluger, tiefempfindender Mensch hat dieses Buch geschrieben. Ein Mensch, der im Hinblick auf politische und wirtschaftliche Zustände mit der Gabe des Schauens im Goetheschen Sinne von der reichen Natur beschenkt worden ist. Wie selten einer ist Paul Scheffer dazu befähigt gewesen, das Phänomen des Bolschewismus in siebenjähriger langer Arbeit zu prüfen, und es entbehrt gewiß nicht einer tragischen Note, daß diese lange Arbeit in seinem Sinne umsonst verrichtet worden ist, daß Paul Scheffer dieselbe Tragödie erleben mußte wie der kluge General von Schweinitz, der als deutscher Botschafter zu Zeiten Alexanders III. Petersburg verließ und seinem Tagebuch anvertrauen mußte, daß Jahre angestrengter Tätigkeit umsonst vergangen seien und er nichts für die Besserung der Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland habe tun können.

Der Leser aber, der das Scheffersche Buch vor sich hat, wird sich Paul Scheffer vielleicht gerade deshalb zu besonderem Dank verpflichtet fühlen. Denn vor ihm liegen Berichte eines aufmerksamen, immer das Wesentliche erfassenden Beobachters, der das Geschaute aus der Perspektive eines festen Willens, seinem Lande zu helfen und das Land, in dem er lebt, zu verstehen, geschrieben hat. Und so sind die Berichte von Paul Scheffer das Beispiel einer vollendet zu nennenden Berichterstattung, ein Dokument menschlichen Wollens und Handelns zugleich, dem wir unser Verständnis und Mitgefühl nicht entziehen können und das um so fester und ernster fesselt.

A. de Vries

Deutsches Schauspiel zu Riga

Schillers in dieses Jahr fallender 125-jähriger Todestag und die Notwendigkeit, durch eine klassische Eröffnungsvorstellung zu beweisen, daß man sich durchaus ernsten Aufgaben zuzuwenden gewillt ist, ergaben die „Jungfrau von Orléans" als Eröffnungsvorstellung der diesjährigen Spielzeit.

Es ist nicht nötig, Schiller durch moderne Regiegedanken und -einfälle aufzufrischen. In dieser Hinsicht ist viel Gräßliches geschehen (man denke an die berühmte Piscator-Aufführung der „Räuber" mit Spiegelberg als Haupthelden in der Maske von Trotzki). Direktor Mark hat uns mit prononcierten Regiegedanken verschont und nur versucht, durch Unterstreichung des Wesentlichen den Geist des Stückes klar wirken zu lassen. Die vorgenommenen Streichungen waren demgemäß berechtigt und am Platz, denn eine ungekürzte Wiedergabe hätte den heutigen Zuschauer nur ermüdet und dadurch viel von der Unmittelbarkeit der Wirkung genommen. — Auch inbezug auf die einzelnen Darsteller merkte man das Bestreben der Regie, möglichst schonend zu walten und das Eigene der Schauspieler nicht zu unterdrücken. Das führte mitunter zu Mißhelligkeiten. Denn es geht z. B. nicht, daß Löser als König Karl das Gedankliche so in den Vordergrund stellt, daß einem unbefangenen Hörer kaum der Gedanke kommen kann, daß wir es hier mit Versen, und zwar mit klanglich sehr

schönen, zu tun haben, während gleichzeitig mit ihm Herr Warndorf als Graf Dunois in Klang schwelgt. Man kann es so oder so machen (wenn man es nur gut macht), aber eine solche Uneinheitlichkeit, wie sie hier entstand, muß vermieden werden.

Als Johanna präsentierte sich die neuengagierte noch recht jugendliche Doris Dietz. Talent ist zweifellos vorhanden, aber ein noch sehr unausgeglichenes. Der Anfang war recht zaghaft und wenig glücklich: die überwältigende Vision der Jungfrau zu Anfang wurde wiedergegeben etwa als Schilderung eines recht erfreulichen heiteren Ereignisses. Aber später gewann Frl. Dietz viel an Sicherheit und konnte, besonders an hochdramatischen Stellen, überzeugend wirken. Zu loben ist ihre Sprache und Sprachtechnik, und auch sonst sind durchaus Voraussetzungen da. Aber fürs erste nur Voraussetzungen. — Die übrigen Hauptdarsteller — Löser als König Karl, Rita Graun als Agnes Sorel, Eva Klein-Donath als Isabeau — waren an ihrem Platz, Fr. Maurer überraschte angenehm in der sehr eindrucksvollen Erzählung des Raoul (keiner dachte, daß ihm das liegen würde). In den kleinen Rollen gab es viel Schwächen, die den Gesamteindruck beeinträchtigen mußten. Massenaufgebote können nun einmal nicht die Stärke unseres Theaters sein.

*

Als nächste Premiere sahen wir Harry Segals Komödie „Doris löst die Ehefrage" Und zwar macht Doris das so: sie willigt ihrem treulosen, anderwärts liierten Gemahl nur unter der Bedingung in die Scheidung, daß er ihr ein annehmbares Äquivalent schafft; das Äquivalent -- in Gestalt des Amerikaners (natürlich) King — wird so annehmbar, daß sie jedes Interesse an ihrem Ehegespons verliert und letzthin diesen, welcher von seiner Angebeteten sehr schnöde im Stich gelassen wird, einfach sitzen läßt und mit ihrer Eroberung loszieht. So einfach hätte man sich die Lösung der Ehefrage kaum gedacht. Also von irgend einem gedanklichen Hintergrund keine Spur; dazwischen im Dialog sind einige diesbezüglichen Ansprüche herauszufühlen: sie sind ganz kategorisch zurückzuweisen. Es ist sonst ein ganz nettes, unterhaltendes Stück, in keinem Falle mehr. Und auch als solches hat es durchaus Mängel: wenn die Gestalten rührend und edel werden (und sie werden es recht oft), kommt es fast immer zu Plattheiten. — Das Beste sind die Episoden — das Drum und Dran.

Die Aufführung war recht frisch und belebt. Einige entzückende Bilder. Luise Dürath als Doris wußte durchaus überzeugend zu fesseln, Walter Warndorf gab den schönen „siegenden" Amerikaner mit so viel Edelmut und Kraft, wie man sich dieses herrliche Exemplar überhaupt nur denken kann. Auch Eugen Lundt wußte aus der ziemlich traurigen Figur des betrügerischen und zum Schluß betrogenen Ehemanns (so wird das Laster bestraft) alles Wesentliche hervorzuholen, während Rita Graun alle zur Genüge bekannten Eigenschaften der von ihr verkörperten obligaten Varietédame wie immer, überzeugungstreu spielen ließ.

*

Auf Hasenclevers „Napoleon greift ein" freute man sich, denn, wenn man hier auch im allgemeinen mit seinen Ideen wenig sympathisiert, so war er doch zum mindesten als wirklich witziger Bühnenschriftsteller bekannt, und von Berliner Erfolgen dieses Stückes war allerlei durchgedrungen. Die Aufführung täuschte diese Erwartungen keineswegs. Es ist wirklich eine witzige Idee, Napoleon in die jetzige Geschäftsführung

der Staats- und Weltpolitik eingreifen zu lassen, und es wirkt auch vollkommen überzeugend, daß dabei nichts, aber auch wirklich garnichts herauskommt, — in einer Zeit, die einerseits nach Persönlichkeiten schreit, andererseits sie aber nicht verdauen kann. Und so muß denn Napoleon, welcher trotz lebhaftester Warnung seines Kollegen vom Paroptikum Landru (eine reizende Gegenüberstellung) einen Standplatz dort verläßt, um wieder einmal aktiv zu werden, ein ganz klägliches Fiasko erleiden, wird aus dem Völkerbund hinausgeschmissen, erscheint als Dämlack, welcher im Badezimmer seiner wiedergefundenen Josephine das Kristall zerteppert, wird zum Verbrecher und schließlich zum Verrückten und ist froh, als er wieder auf seinem Ausgangspunkt landet. Sehr schlecht weg kommen die Leute, welche im Völkerbund (und auch sonstwo) die große Politik machen. Die Völkerbundszene, welche in der Tat geistreich ist, gewinnt natürlich an Wirkung dadurch, daß zweifelsohne konkrete Persönlichkeiten gemeint sind oder zum mindesten als Vorbild vorschwebten, was auch bei der Berliner Aufführung starke Wirkungen ausübte, hier aber naturgemäß nicht so fühlbar wurde. Aber auch so, als solche, ist die Schilderung der politischen Geschäftemacher mit ihrer ganzen moralischen Aufmachung, welche durch einen Finanztrick des Amerikaners in nichts zerfällt, vorzüglich. Die folgenden Szenen haben dann keine tiefere Bedeutung mehr, sind aber in Dialog und Aufbau immer unterhaltend und witzig.

Es sind Vergleiche mit Shaw gemacht worden, dem Hasenclever in der Aufmachung tatsächlich etwas ähnelt. Nun, es muß wohl festgestellt werden, daß Hasenclever den nicht erreicht, vielleicht manchmal seinen Witz, nie aber seinen Geist. Während bei Shaw zwischendurch immer unerwartete Bemerkungen auftauchen, die dem Ganzen einen sehr ernsten Sinn zu geben imstande sind, wirken solche ernstgemeinte Aussprüche bei Hasenclever als Schwäche, geben keinen wirklich neuen Gedanken. Von dem letzten philosophisch gemeinten Raisonnement über die Unsterblichkeit hätte uns z. B. ein milder Rotstift der Regie bewahren sollen; solch einen schwachen Abschluß hat die wirklich witzige Angelegenheit gar nicht verdient.

Die Aufführung war nicht ganz einheitlich: aus einigen Szenen hätte viel mehr gemacht werden können, wie z. B. der Angelegenheit beim Völkerbund, die gar nicht recht zur Geltung kommen wollte. Einige Gestalten waren ganz farblos, andere wieder outriert und im Schwankstil gegeben. Auch die Szene im Filmatelier hätte viel eindrucksvoller sein können. Reizend dagegen und wirklich vorbildlich — dezent und natürlich, was sehr selten vorkommt — waren die Szenen im Schlafzimmer des Filmstars Josephine, welcher durch Luise Dürath geradezu vollendet gegeben wurde. Auch Willy Stephan als Napoleon war durchweg gut in Maske, Haltung und Spiel: ganz furchtbar energisch und doch hilflos der ihm fremden Sachlage gegenüber.

*

Warum Felix Langers Schauspiel „Die Verführung des Heiligen" in den diesjährigen Spielplan aufgenommen wurde, hat kein Mensch begriffen. Bestimmt hat es ihm Feuchtwanger angetan, insbesondere sein „Kalkutta, den 4. Mai". Im Aufbau ähnelt es ihm sehr, mit seinem — hier gandhische Züge aufweisenden — edlen Indier, seinem stolzen und geriebenen englischen Gouverneur und dem dazu gehörigen intrigierenden weiblichen Wesen. Bei Langer ist alles noch aktuell gemacht. Der ganze Unterschied aber läßt sich sehr kurz sagen: Feuchtwangers Werk ist gut und Langers

schlecht; einfach schlecht geschrieben und schwach in jeder Beziehung. Sein einziges Verdienst ist, daß es zwei dankbare „Rollen" gibt — der Gouverneur und die intrigante Spionin — die von Herrn Warndorf und Frl. Dietz gegeben wurden. Ersterer wußte seine Chancen auch voll auszunutzen, letztere nicht: „Gesellschaftsdamen" liegen ihr nun einmal nicht. Herrn Löser war bei der Wiedergabe des indischen „Heiligen" nichts Besonderes eingefallen, wie überhaupt diese Aufführung keine großen Meriten für sich anzuführen hatte. Es schien, als hätte man sich nicht sehr angestrengt, und es war wenigstens gut, daß eine solche Erholung gerade bei diesem Werk in Erscheinung trat.

*

Die nächste Premiere brachte das Zugstück der diesjährigen Spielzeit, Joachimsons „Kursus: Wie werde ich reich und glücklich?" Eine recht heitere und anspruchslose, recht unwahrscheinliche, aber sehr nette Sache. Die Handlung ist ganz Nebensache, alles sind Situationen und szenische Einfälle. Mischa Spolianski hat dazu eine sprudelnde, manchmal geistreiche, im allgemeinen sehr gefällige, aber doch, obwohl durchaus im Schlagerton, diesseits der Kitschgrenze bleibende Musik geschrieben, die für das Ganze sehr wesentlich ist. Es ist eine Erfindung neueren Datums — das Stück mit Musik, welches noch keinen Gattungsnamen gefunden hat; es ist weder Operette noch Posse. Angenehm und erfrischend wirkt das Fehlen des bei jenen immer doch wieder bemerkbaren, offenbar nicht zu durchbrechenden Schemas. Hier geht alles zwanglos durcheinander, man freut sich an neuen Einfällen und Überraschungen. Es wird viel gesungen, ein wenig getanzt und viel Unsinn getrieben. Das alles kam zu glänzender Wirkung (wobei auffällt, daß die besten Aufführungen dieser Saison durchaus heiteren Sachen zuteil wurden; sollte das nicht vielleicht eine leise Warnung sein?). Auf die einzelnen Darsteller hier näher einzugehen erübrigt sich wohl, sie waren durchweg gut, besonders vorzüglich Lundt als unverwüstlicher Gelegenheitsmann Kibis und Direktor Mark als jovialer Schwiegerpapa; auch König als fader Geschäftsmann F. D. Lorenz erheiterte unendlich. Anzuerkennen waren die gesanglichen Leistungen (besonders niedlich war da wieder Rita Graun), wenn in Betracht gezogen wird, daß wir es doch in der Regel mit Nichtsängern zu tun haben. Überhaupt war dieses Mal, im Gegensatz zu früher, dem musikalischen Teil der Sache größere Aufmerksamkeit gewidmet, was dem Ganzen sehr zugute kam.

Ach so, da hätten wir noch „Die Kleine vom Varieté" vergessen! Ich glaube, der Name sagt alles.

W. Mueller

Berliner politischer Monatsbericht

Rückwirkung des Wahlergebnisses auf die Parteien — Zerfall der Staatspartei — Rechtswendung — Der Fall Curtius — Reichswehrprozeß — Börsenpanik — Budgetdefizit — Finanzprogramm — Die Taktik Brünings — Zusammenarbeit zwischen Zentrum und Sozialdemokraten?

Berlin, den 14. Oktober 1930

Unser letzter Bericht war unmittelbar nach den Wahlen abgefaßt, als die Ergebnisse eben vorlagen. Inzwischen läßt sich die Auswirkung der Wahl besser übersehen. Allerdings nur zu einem Teil. Denn was in dem vergangenen Monat über die Möglichkeiten und Aussichten der Regierungspolitik gesagt wurde, bleibt auch heute noch unverändert bestehen. Hier hat sich das Bild fast noch nicht gewandelt, wobei es ohne wesentliche Bedeutung zu sein braucht, wie sich der Reichstag in den nächsten Tagen entscheiden wird.

Um auf das Wahlergebnis und seine Beurteilung zurückzugreifen: von sozialdemokratischer Seite liegen inzwischen Eingeständnisse der schweren Niederlage vor. Selbstverständlich hat die sozialistische Tagespresse für eine solche Bekundung nicht ihre Spalten geöffnet, aber wenn man das Septemberheft der „Sozialistischen Monatshefte" aufmerksam durchsieht, dann nimmt man wahr, eine wie starke Wirkung die Niederlage der S.P.D., die erfolgte, obgleich diese Partei in der Opposition war, auf die sozialdemokratischen Führer hat. Äußerlich gesehen hat die S. P. D. ja nur zehn Mandate verloren, in Wahrheit sind es aber 37, da die größere Wahlbeteiligung und infolgedessen größere Anzahl von Abgeordneten ihr ja den Gewinn von 27 Abgeordneten hätte einbringen müssen, wenn sie ihren Besitzstand behaupten wollte. Stattdessen ist sie von 32% auf 24,8% zurückgegangen. Dieses Zusammenschrumpfen der Sozialdemokratie, die zusehen muß, wie ihr Nachwuchs zu den Kommunisten oder Nationalsozialisten läuft, ist eine der bedeutungsvollsten Tatsachen dieser Wahl. Nicht weniger bedeutungsvoll ist die Feststellung, daß 56, 6% der Reichstagsabgeordneten auf Grund antikapitalistischer Wahlparolen gewählt ist: den Nationalsozialisten, Kommunisten und Sozialdemokraten sind insgesamt 326 Mandate zugefallen.

Am bedeutungsvollsten ist aber auf jeden Fall die zweite nationale Hochflut, die jetzt festzustellen ist; die erste gab es bei den Wahlen 1924. Sicherlich kommt die Wirtschaftsnot, der Protest gegen diese Not in dem Wahlergebnis zum Ausdruck. Aber der Protest hat sich ebenso unvermittelt gegen eine Regierung ohne Autorität, gegen das parlamentarische System und gegen Nachgiebigkeit gegenüber den ehemaligen Feindmächten gerichtet.

Aus diesem Tatbestand haben weite politische Kreise inzwischen die Folgerung gezogen. Da sich die Volksstimmung in so ausgesprochener Weise für einen entschiedenen Nationalismus äußerte, ist die Rückwirkung auf die übrigen Parteien nicht ausgeblieben, was vom nationalen Standpunkt aus ja nur zu begrüßen ist. Wir müssen heute feststellen, daß in den vier Wochen, die auf den Wahltag gefolgt sind, der Landbund, die Landvolkpartei, die Wirtschaftspartei und die Deutsche Volkspartei zu einem großen Teil nationalistische Parolen aufgegriffen haben. Auch die Tagespresse aller Richtungen rechts von den Demokraten greift die schärfere Kampfansage gegen den Youngplan, gegen die Sozial-

demokratie und gegen den Parlamentarismus auf. Ja, selbst das sozialdemokratische Reichsbanner muß der Stimmung folgen und erklärt sich ebenso wie einige sozialdemokratische Gewerkschaften gegen den Youngplan. Die Kommunisten hatten bereits den Wahlkampf mit einem nationalbolschewistischen Programm geführt, das aus taktischen Gründen sich vor allem gegen den Youngplan richtete, in einer Tonart, die in ihrer Schärfe noch die der Nationalsozialisten überbietet.

Um auf die Einzelheiten einzugehen: Die Nationalsozialisten waren durch das Wahlergebnis überrascht worden, weil der Sieg in diesem Ausmaße eine nicht vorausgesehene Verantwortung in sich schließt. Nach der Beurteilung parlamentarischer Führer der Hugenberg-Partei, wie sie in persönlichen Gesprächen geäußert wird, ist bei den Nationalsozialisten keine Neigung zur Regierungsbeteiligung vorhanden. Das ist verständlich, wenn man sich vor Augen hält, daß in der großen Fraktion sehr wenig sachlich geeignete Persönlichkeiten vorhanden sind und daß die schwere Wirtschaftskrise Maßnahmen erfordert, die im Gegensatz zu den sozialistischen Forderungen der NSDAP. stehen. Wie die NSDAP. sich aus taktischen Gründen zur Regierungsbeteiligung bereit erklärte, so forderten auch die Führer der rechten Gruppen innerhalb der Regierung — Konservative, Landvolk, Wirtschaftspartei — aus taktischen Gründen den Eintritt der Nationalsozialisten, wobei diese Gruppen von der Unfähigkeit der NSDAP. zu sachlicher Arbeit überzeugt sind und hoffen, daß eine Regierungsbeteiligung die Abwirtschaftung der Partei bedeutet. Mit der Ankündigung eines Volksbegehrens zur Auflösung des preußischen Landtags und mit der Forderung des im Youngplan vorgesehenen Moratoriums haben sich die Nationalsozialisten bisher begnügt. Zu verzeichnen sind noch die Interviews, die Hitler ausländischen, insbesondere angelsächsischen Blättern gegeben hat und in denen er ausdrücklich erklärt, daß die NSDAP. den Youngplan nicht zerreißen, sondern auf diplomatischem Wege revidieren wolle.

Der Reichslandbund, also die Organisation des Großteils der deutschen Landwirtschaft, hat die von uns schon gekennzeichnete stärkere Wendung zur nationalen Opposition hin mitgemacht. Gleich nach den Wahlen stellte er eine Reihe von Forderungen auf, die einmal mit unzweideutiger Klarheit erklären, daß er die Rettung Deutschlands „nicht von Parteiorganisationen und Parteiarithmetik, sondern von der Berufung unabhängiger, willensstarker, tatbereiter nationaler Führer durch den Reichspräsidenten" erwartet. Es wurde ferner zum Ausdruck gebracht, daß man diese Führung nicht in dem Kabinett Brüning sehe, wobei der Landbundpräsident Bethge sich in einer späteren Interpretation besonders gegen Curtius wendet. Die Revision des Youngvertrags, die sofortige Erklärung des Moratoriums, ferner die Bildung einer zweiten Kammer und die Beseitigung der starren Lohnpolitik werden gefordert. Wenn man sich die engen Verbindungen des Landbundes mit der Landvolkpartei vor Augen hält, dann kann es nicht wundernehmen, daß diese Partei sich auf den Boden der genannten Forderungen stellte. Als Vertreter der Landvolkpartei ist aber Landwirtschaftsminister Schiele in den Reichstag gewählt worden. Die Folge dieses inneren Zwiespalts war, daß Schiele zuerst sein Reichstagsmandat und später auch das Präsidium im Reichslandbund niederlegte, so daß er jetzt als ungebundene Persönlichkeit dem Kabinett angehört.

Gegen den Youngplan, gegen ein Regieren auch nur mit indirekter Unterstützung der Sozialdemokraten wandte sich auch die Wirtschaftspartei. Dann faßte die Wirtschaftspartei am Tage des Reichstagszusammentritts den Beschluß, den Reichsjustizminister Dr. Bredt, also ihren Führer, zu ersuchen, sein Portefeuille zur Verfügung zu stellen, da dem Ergebnis der Wahl durch Umbildung bezw. Neubildung des Kabinetts Rechnung getragen werden müsse. Wir werden im Zusammenhang mit der Frage des weiteren Regierungskurses hierauf zurückkommen.

Die Deutsche Volkspartei, die sich seit dem Tode Stresemanns, wenn nicht schon länger, in einem inneren Zwiespalt befindet, ist nunmehr stärker in die Parteikrise hineingeraten. Der rechte Flügel dieser Partei kämpft ebenfalls gegen das System und infolgedessen gegen das Zusammengehen mit den Sozialdemokraten. Die augenblickliche Politik dieses Flügels unterscheidet sich also höchstens durch Nuancen von der der Wirtschaftspartei. Es ist deshalb charakteristisch, daß die Fraktion vor wenigen Tagen, allerdings ergebnislos, darüber beraten hat, ob sie sich in der gleichen Weise, also durch Zurückziehung ihres Ministers, von der Regierung Brüning distanzieren sollte. Zu einer Klärung innerhalb der Volkspartei ist es noch nicht gekommen, aber sie kann nicht mehr lange ausbleiben. Denn — um eine Prognose zu wagen — wir glauben nicht, daß die Deutsche Volkspartei sich in ihrer jetzigen Gestalt lange aufrechterhalten lassen wird. Die inneren Gegensätze sind so stark, daß die Partei nach zwei Seiten auseinandergetrieben wird, so daß als Ergebnis wahrscheinlich über kurz oder lang eine liberale Partei, die dem parlamentarischen System anhängt, durch Zusammenschluß mit den Demokraten entstehen dürfte, während der rechte Flügel der Volkspartei sich den Gruppen der positiven Opposition anschließt.

Überraschend in dieser an sich schon durch Überraschungen ausgezeichneten Zeit ist der Zerfall der kurz vor den Wahlen gebildeten Deutschen Staatspartei, die bekanntlich durch den Zusammenschluß der Demokraten — wobei diese einen Teil ihres linken Flügels an die Sozialdemokraten verloren — mit dem Jungdeutschen Orden entstand. Die Ehe zwischen Koch-Weser und Mahraun war sehr kurzlebig. Beide Teile sind wohl durch den Mißerfolg bei den Wahlen enttäuscht, aber entscheidend ist doch wohl der innere Gegensatz zwischen den beiden Gruppen gewesen, von denen die eine in kulturellen Dingen liberal, die andere konservativ ist und die eine sich als Sammelbecken aller jener bezeichnet, die entschieden für die Demokratie und den Parlamentarismus einzutreten beabsichtigen, während die andere zweifellos von diesem Zustand fortwill. Mahraun kündigte deshalb das Bündnis auf, mit dem Erfolg, daß Koch-Weser, dessen Politik ja dadurch ein Fiasko erlebt, den Parteivorsitz niederlegte. Im übrigen hat Mahraun ein gutes Geschäft gemacht, da jetzt 6 Jungdeutsche im Reichstag vertreten sind gegenüber 14 Demokraten, die allein also nicht einmal mehr eine Fraktion bilden können.

Wenn wir bis jetzt die Situation innerhalb der Parteien, die sich unter dem Eindruck des Wahlausgangs ergeben hat, kennzeichneten, so müssen wir nun die Lage der Reichsregierung und das außenpolitische Bild betrachten. Um mit der Außenpolitik zu beginnen: wir erwähnten, daß innerhalb der Volkspartei Strömungen zum Ausdruck kamen, die auf eine Abberufung von Dr. Curtius hindrängten. Man verrät kein Geheimnis damit, daß es sich

hierbei nicht nur um den Versuch einer Distanzierung vom Reichskabinett handelte, sondern auch darum, Dr. Curtius zu stürzen. Die Opposition gegen Curtius, und zwar eine Opposition, die bis in die Reihen des Zentrums und der Volkspartei selber hineingeht, besteht seit dem unglücklichen Debüt in Gestalt des deutsch-polnischen Liquidationsvertrages. Diese Opposition ist nicht parteipolitischer, sondern sachlicher Art, was man ja am besten dadurch kennzeichnet, daß man auf die Oppositon gegen Curtius innerhalb der Volkspartei hinweist. Es sind nun zwei Ereignisse zusammengekommen, die diesen Gegensatz verschärft haben, so daß unserer Ansicht nach Curtius nicht mehr allzu lange im Amte bleiben wird. Das Wahlergebnis, in dem eine aktivere Außenpolitik, eine Sprache, die eine bewußtere Tonart gegenüber dem Ausland anschlägt, gefordert wurde, traf mit dem Auftreten des Reichsaußenministers in Genf zusammen, das nur von den Demokraten und Sozialdemokraten nicht kritisiert wurde; wie übrigens die Person des Reichsaußenministers überhaupt gerade gelegentlich der jetzigen Opposition gegen ihn nur noch bei der Presse dieser beiden Parteien Unterstützung gefunden hat.

Am Tage nach der Reichstagswahl trat Curtius mit seiner ersten großen programmatischen Rede vor den Völkerbund. Selbstverständlich erwartete man nicht nur in Deutschland, sondern auch im Auslande, daß er das Wahlergebnis außenpolitisch ausnutzen würde. Die Chance, das Anschwellen des Radikalismus, den Sieg der Anti-Youngparteien mit dem Versailler Vertrag und den Reparationslasten zu begründen, diese Chance ist von Curtius nicht ausgenutzt worden. Das ist selbst von volksparteilichen Blättern stark kritisiert worden. Ferner stand die von Stresemann seinerzeit in Lugano so wirkungsvoll eingeleitete Minderheitenaktion auch jetzt wieder in Genf zur Debatte. Man bemängelt vor allem in den Kreisen der am Auslanddeutschtum Interessierten das Fehlen einer Initiative auf diesem Gebiet. So sind z. B. bei den Genfer Verhandlungen die Prager Vorkommnisse nicht von Curtius ausgenutzt worden, um den deutschen Forderungen einen neuen Nachdruck zu geben. In der Kommission wurde der deutsche Standpunkt von dem demokratischen Reichstagsabgeordneten Koch-Weser vertreten, der sich der wohlgerüsteten Phalanx der Minderheitenfeinde gegenübersah, während gleichzeitig der Reichsaußenminister tatsächlich nicht aufzufinden war, da er spazieren ging. Das ist selbstverständlich ein unglücklicher Zufall, der aber von der Opposition gegen Curtius sehr ausgenutzt wurde. Wenn man diesem Bilde noch hinzufügt, daß in der Mitteleuropapolitik keinerlei Schritte unternommen wurden, so daß sich inzwischen die Gegenseite zusammenfinden kann, um ein Mitteleuropa gegen, jedenfalls ohne Dentschland auf wirtschaftlicher Basis aufzubauen, wenn man bedenkt, daß Deutschland auf den wichtigen Konferenzen von Sinaja und Warschau nicht einmal vertreten war, daß auch keinerlei Anhaltspunkt für eine Politik der Wilhelmstraße gegeben ist, die daranf hinausliefe, die Führung in unsere Hand zu bekommen, — dann versteht man das Anschwellen der Opposition. In den nächsten Tagen wird die Landvolkpartei, die das Kabinett Brüning bisher jedenfalls unterstützte, ihren gesonderten Mißtrauensantrag gegen Curtius im Reichstag zur Abstimmung bringen. Dieses Mißtrauensvotum wird wahrscheinlich abgelehnt sein, wenn unser Bericht in den Händen der Leser ist. Trotzdem läßt manches darauf schließen, daß die Tage des Reichsaußenministers Curtius gezählt sind. Man erörtert in den verschiedensten

Kreisen die Frage der Nachfolgeschaft. Und es ist kennzeichnend für den Mangel an außenpolitisch befähigten Persönlichkeiten in Deutschland, daß als ernsthafter Kandidat selbst von sehr rechtsstehenden Männern immer wieder der Zentrumsführer Prälat Kaas genannt wird, dessen Bereitschaft zur Übernahme des Amts allerdings wegen schlechter Gesundheit fraglich ist. Genannt wird außerdem noch der frühere Reichswehrminister Geßler, von dem wir jedenfalls wissen, daß seine Ambitionen in dieser Richtung laufen.

Wie hier auf außenpolitischem Gebiet durch bestimmte Vorkommnisse eine personelle Krisis entstanden ist, so gilt das in abgeschwächter Form auch vom Reichswehrministerium. Die Auslandspresse hat, soweit wir unterrichtet sind, sehr ausgiebig über den Leipziger Prozeß gegen die drei Ulmer Offiziere berichtet. Wir brauchen also den Tatbestand einer nationalsozialistischen Propaganda innerhalb der Reichswehr, den Verlauf der Gerichtsverhandlungen und das wegen Hochverrat gefällte Urteil nur anzudeuten. Dieses Urteil ist selbst innerhalb der rechtsstehenden Kreisen verschieden aufgenommen worden. Aber auch der Stahlhelm hat seinerzeit klar zum Ausdruck gebracht, daß eine parteipolitische Zersetzung oder auch nur Zersetzungsversuche in der Reichswehr untragbar seien, da das Heer auf dem Gedanken der unbedingten Disziplin beruhe. Zerstöre man diesen Gedanken, dann zerstöre man auch die Reichswehr. In diesem Punkte weicht also die Stellungnahme der rechtsgerichteten Öffentlichkeit keineswegs von der des Reichswehrministeriums und der Regierung überhaupt ab. Die gleichen Kreise, die wir erwähnten, richten aber eine scharfe Kritik gegen den Reichswehrminister Groener und den Chef des Ministeramts, General von Schleicher. Diese Kritik wurde etwa in einer Zuschrift des erst vor kurzem verabschiedeten Generalleutnants von Metzsch im „Ring" zum Ausdruck gebracht, der bemängelt, daß die genannten verantwortlichen Persönlichkeiten wegen ihrer starken Nachgiebigkeit gegenüber sozialdemokratischen oder, anders ausgedrückt, taktischen Anforderungen innerhalb des parlamentarischen Systems nicht mehr das genügende Vertrauen innerhalb des Offizierskorps genössen, was zu Zeiten des Reichswehrministers Geßler und des Generals von Seeckt anders war. Die Tatsache mangelnden Vertrauens wird von allen objektiven Beobachtern hervorgehoben. Daß durch diesen Übelstand die Schlagkraft der Reichswehr in entscheidenden Augenblicken geschwächt werden könnte, liegt auf der Hand.

Ehe wir auf die Stellung der Reichsregierung eingehen, sollen wenige Worte zur Wirtschafts- und Finanzlage gesagt sein, da diese im jetzigen Augenblick die Politik jedenfalls vor allem bestimmt. Als Folge des Wahlausfalls und unverantwortlicher Manöver, die vom Ullstein-Konzern ausgingen und dann auf das Ausland übergriffen, mußte eine starke Abwanderung deutschen Kapitals in das Ausland, eine Kündigung kurzfristiger Kredite, besonders soweit sie von französischer Seite gegeben waren, und als Folge von alledem ein starkes Absinken der deutschen Werte an den ausländischen Börsen — vor allem der Younganleihe — ein Börsensturz in Deutschland und infolgedessen eine Erhöhung des Reichsbankdiskonts festgestellt werden. Die Reichsregierung sah sich genötigt, den Gerüchten über einen nationalsozialistischen Putsch energisch entgegenzutreten, wobei sie auch nicht von dem Straßenmob widerlegt sind, der in Berlin einige Fensterscheiben einschmiß. Inzwischen ist das Vertrauen des Auslands weit-

gehend zurückgekehrt, und auch die deutschen Finanzkreise haben einen kühleren Kopf bekommen. Damit ist die Krise aber nur in einem Punkt abgemildert, da die Arbeitslosenzahl inzwischen die Dreimillionengrenze überschritten hat und die einsetzende Lohnabbau-Aktion auf den Widerstand der Gewerkschaften gestoßen ist, so daß in Berlin gegenwärtig etwa 120,000 Metallarbeiter streiken.

Wie vorauszusehen war, hat diese wirtschaftliche Entwicklung das Budget des Reichs schon wieder über den Haufen geworfen, so daß die Reichsregierung sich um die Deckung eines Defizits von fast einer Milliarde bemühen mußte. Das Finanzprogramm der Reichsregierung, das kurz nach den Wahlen veröffentlicht wurde, begnügt sich aber nicht nur mit der Defizitdeckung, sondern beginnt mit der Reformarbeit. Man ist dabei von dem Gedanken ausgegangen, daß Deutschland den Anschluß an die Entwicklung auf dem Weltmarkt verloren hat. Der Reichsarbeitsminister Stegerwald, der aus den christlichen Gewerkschaften hervorgegangen ist, hat den Mut gehabt, das Problem in scharfen Formulierungen zu umreißen. Wir haben in Deutschland über unsere Verhältnisse gelebt; die Gestehungskosten der deutschen Wirtschaft müssen herabgedrückt werden; ein Abbau der Löhne und Gehälter um 5 bis 10% ist infolgedessen nötig, damit die Arbeitslosigkeit nicht weiter um sich greift. So kann man den Standpunkt Stegerwalds formulieren. Die Reichsregierung hat ihm in ihrem Programm dadurch Rechnung getragen, daß von neuen Steuern, abgesehen von der Tabaksteuer, Abstand genommen wurde; dagegen sollen die Bezüge aller Beamten ab 1. April um 6% gesenkt werden. Ferner werden die Überweisungen an Länder und Gemeinden gekürzt und an dem Etat Abstriche in Höhe von 300 Millionen Mark vorgenommen; vorgesehen ist eine schärfere Überprüfung der Haushalte der Gemeinden; einige Realsteuern sind gesenkt und eine Vereinfachung der Steuern eingeleitet worden. Gleichzeitig hat die Regierung auch noch eine Reform der Sozialversicherung angekündigt, über die man sich aber erst auslassen kann, wenn näheres bekannt wird. Dieses Finanzprogramm ist von der Wirtschaft sehr freundlich aufgenommen worden. Die Opposition, einschließlich des Landbundes, hat aber, abgesehen von der Forderung, daß gleichzeitig mit der Durchführung dieser Sparmaßnahmen ein Moratorium für die Youngzahlungen verlangt werden müsse, auch die Beibehaltung der starren Lohnregelung (Lohnregelung durch staatliche Schiedssprüche) bemängelt.

Mit diesem Programm und den alten Notverordnungen, die sich, wie man sich erinnern wird, auf Steuererhöhungen, Agrargesetze und Osthilfe beziehen, tritt die Regierung Brüning augenblicklich vor den Reichstag. Die parlamentarische Situation des Kabinetts ist rein zahlenmäßig gesehen außerordentlich schlecht. Am heutigen Tage schon eine Prophezeiung darüber zu wagen, ob die Mißtrauensanträge, die sowohl von den Kommunisten, als von den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen eingebracht sind, angenommen werden, ist sehr gewagt. Man rechnet anscheinend im Lager der Regierung damit, daß die Sozialdemokraten zum größten Teil gegen diese Mißtrauensanträge und damit also für Brüning stimmen werden. Dann wäre die parlamentarische Stellung des Kabinetts vorläufig gesichert. In der gestrigen Wiederwahl des Sozialdemokraten Löbe mit Hilfe der Zentrumsstimmen kommt die indirekte Zusammenarbeit zwischen Zentrum und Sozialdemokraten zum Ausdruck, die in direkter Form ja nach wie vor in

Preußen besteht, wo weder Sozialdemokraten noch Zentrum daran denken, die Konsequenzen aus der Wahl zu ziehen. Gestern wurde der Versuch gemacht, mit dem parlamentarischen Brauch, der der stärksten Fraktion das Reichstagspräsidium zuspricht, zu brechen. In der Stichwahl unterlag dann aber der als Gegenkandidat aufgestellte Vorsitzende der Deutschen Volkspartei Dr. Scholz, und Löbe wurde, wenn auch mit einer Minderheit, wiedergewählt. Zum ersten Vizepräsidenten wurde der Nationalsozialist Stöhr, zum zweiten der Zentrumsabgeordnete Esser und als letzter der deutschnationale Abgeordnete Graefe gewählt. Man faßt den Ausgang dieser Wahl allgemein als symptomatisch für den Willen des Zentrums und der Sozialdemokraten auf, zusammen zu regieren, wenn auch in indirekter Form. Die Sozialdemokraten sind durch den Ausgang der Reichstagswahl in ihrer Position so stark erschüttert worden, daß sie wohl bereit sein dürften, Dinge zu schlucken, gegen die sie sich noch vor einem Jahr gesträubt haben.

Die Taktik Brünings kann aber von einer anderen Seite her vereitelt werden. Wir meinen von dem rechten Flügel der Regierung selber. In diesem Zusammenhang erinnern wir an die Distanzierung, die sowohl die Wirtschaftspartei wie die Landvolkpartei vollzogen haben. Wir erinnern ferner an die kritische Stimmung innerhalb der Deutschen Volkspartei. Nun hat zwar der Reichspräsident den Justizminister Bredt gebeten, weiterhin im Amte zu bleiben, da die jetzige Regierung nicht auf Grund von Fraktionsbeschlüssen gebildet und daher der Abberufungsbeschluß der Wirtschaftspartei ohne Bedeutung sei. Es kann aber kein Zweifel darüber bestehen, daß sich hier eine Entwicklung anbahnt, deren Ausmaß und Erfolg heute noch keineswegs abzuschätzen ist, die dann aber doch eine Umbildung des Kabinetts erzwingen könnte, die dem Wahlergebnis Rechnung trägt. Ob das in parlamentarischer oder in weniger parlamentarischer Art vor sich gehen wird, ob Persönlichkeiten, die den Parteien angehören, oder Persönlichkeiten, die außerhalb der Parteien stehen, dieses Kabinett ergänzen werden, ob Brüning selber nach einem halben Jahr für sich die Konsequenzen ziehen wird, — all das sind zwar die entscheidenden Fragen. Aber das sind Fragen, die man heute nicht beantworten kann und die die Parteien selbst noch nicht in dieser Schärfe aufrollen.

Georg Schröder

Bücherbesprechungen

Die Letten.

Aufsätze über Geschichte, Sprache und Kultur der alten Letten von Lekt. Fr. Adamovičs, Prof. L. Adamovičs, Prof. Fr. Balodis, Prof. E. Blesse, Prof. J. Endzelīns, Prof. J. Plakis, Prof. A. Spekke, Prof. K. Straubergs, Prof. P. Schmidt, Prof. A. Teutelis, Prof. R. Wipper. Herausgegeben vom Verlag der A.-G. Walters und Rapa. Riga 1930, 473 S.

Jede ernste wissenschaftliche Veröffentlichung zur Geschichte unserer Heimat wird stets dankbar aufgenommen werden. So auch der vorliegende Versuch der auf dem Titelblatt genannten Professoren der lettländischen Universität, auf Grund feststehender, alter und neugewonnener, Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung ein Bild vom Werdegang des lettischen Volkes zu zeichnen. Besonders wertvoll ist es, daß das lettische Original des Buches in deutscher Übersetzung vorliegt, die, zwar nicht überall einwandfrei, weiteren wissenschaftlichen Kreisen die Möglichkeit bietet, sich mit dem Buch bekannt zu machen. Leider entspricht die äußere Ausstattung nicht dem Wert des Buches: der Satz läßt zu wünschen übrig; es finden sich allzu viele Druckfehler; die zahlreichen Illustrationen entsprechen kaum heutigen Anforderungen. Das Bild S. 15 („Badesaison am Rigaschen Strande") hätte in einem wissenschaftlichen Werk keinen Platz finden dürfen; es ist geschmacklos. Schlimmer ist ein anderes. Mit ganz geringen Ausnahmen sind die alten gewohnten Ortsnamen durch lettische Bezeichnungen ersetzt; nur hie und da findet sich in Klammern die deutsche Bezeichnung. Es mutet zum mindesten sonderbar an, wenn man S. 142 liest: „Die Formulierung des livonischen Chronisten (gemeint ist Heinrich von Lettland) scheint berechtigt zu sein: „Die deutschen Kaufleute, die mit den Liven in freundschaftlicher Beziehung standen, pflegten oft auf der Daugava zu Schiff Livonia zu besuchen" " Über Livonia, livonisch ließe sich vielleicht noch streiten; Daugava ist geschichtlich falsch. Dasselbe gilt von Vidzeme, Kurzeme, Jelgava, Kuldīga usw. Es ist bedauerlich, daß ernsthafte Gelehrte anscheinend chauvinistischer Versuchung unterlegen sind. Denn wie soll man sich dieses Vorgehen, das nur als wissenschaftliche Vernebelung zu bezeichnen ist, sonst erklären? Dem westeuropäischen Leser bleiben alle diese Namen unverständlich. Wohin diese Methode führt, mag an zwei Beispielen gezeigt sein. Während der Archäologentagung in Riga im August dieses Jahres sprach ein reichsdeutscher Gast sein Bedauern darüber aus, daß die Kürze der Zeit ihn um einen Besuch der alten Herzogsstadt Mitau bringe; auf den Hinweis, daß für den nächsten Tag eine Besichtigung Mitaus vorgesehen sei, erfolgte die Antwort: „Sie irren, morgen fahren wir nach Jelgava" Einige angereiste Archäologen bedauerten, nicht in Ronneburg gewesen zu sein; woher sollten sie auch wissen, daß das bekannte Ronneburg durch das unbekannte Rauna ersetzt worden war?

Für den Wert der einzelnen Arbeiten bürgen die Namen der Verfasser: so behandelt Plakis die baltischen Völker und Stämme; Endzelīns — die Letten und ihre Sprache; Balodis — die lettische Vorgeschichte; Schmidt — die Mythologie der Letten und ihr Volkslied; Spekke —

die Kultur Altlivlands (Livoniens!) nach den Zeugnissen ausländischer Chroniken, Reisebeschreibungen, Gedichte u. a. Werke, usw. Gegenüber vielfachen andersartigen Arbeiten zur Geschichte der Letten, die uns die letzten Jahre beschert haben, berührt hier die sachliche, rein wissenschaftliche Art der Darstellung sehr wohltuend. Eine bedauerliche Entgleisung findet sich im Aufsatz von T. Zeiferts über die lettische nationale Literatur. Bei der Schilderung der Tätigkeit der „Pēterburgas Avīzes" heißt es S. 385/86: „Der Gegenangriff blieb nicht aus: der deutsche Adel (im Landtag) und die Pastoren (auf der Synode) brachten einen kollektiven Protest gegen die Richtung dieser Zeitung zum Ausdruck und wandten sich durch den Generalgouverneur mit einer Klage an das Innenministerium. Daraufhin schritt die russische Zensur schärfer vor, das Blatt wurde eine Zeitlang verboten und mußte schon im Jahre 1865 sein Erscheinen einstellen." In den von Lina Baron herausgegebenen Erinnerungen Christian Barons*) findet sich S. 184—186 ein Auszug aus dem Protokoll der Kurländischen Synode 1862. Pastor Schulz-Mitau referierte über die Tendenz der „Pēterburgas Avīzes" Dann heißt es wörtlich: „In der über diesen Gegenstand gepflogenen Beratung stellten sich die Synodalen zur Ansicht des Propstes Conradi aus Mesothen, daß die Unterdrückung des Blattes nicht zu befürworten sei, da dasselbe, falls es seine verderbliche Richtung verließe, ja noch immer einen Segen stiften könne. Pastor Bielenstein aus Neu-Autz wies darauf hin, daß in geistigen Angelegenheiten durch das Wort und nicht durch die Polizei gewirkt werden müsse; es frage sich nur, auf welche Weise dies geschehen solle, und in dieser Beziehung trete er dem zweiten Vorschlage Pastor Schulz' bei: in unserer lettischen Zeitung alle diejenigen Fragen eingehend zu beantworten, die in der „Pēterb. Av." auf verderbliche Weise behandelt würden, da der Inhalt der letzteren bereits mehr oder weniger in das Volk gelangt sei. Pastor Löfewitz aus Riga schlug als nächsten Weg vor, auf freundliche, aber entschiedene Weise an die Redaktion zu schreiben und diese womöglich zum Aufgeben ihrer verderblichen Tendenz zu veranlassen, und praes. syn. befürwortete diesen Vorschlag als den vom Worte Gottes direkt vorgezeichneten." Sollte dem Literarhistoriker Zeiferts das Buch Lina Barons unbekannt gewesen sein? Von einem „gewissen Wohlwollen" das die russische Regierung den Letten entgegenbrachte (S. 384), wird nur reden können, wer die Geschichte der Russifizierung nicht kennt. Sehr eigentümlich klingt folgende Zusammenstellung (a. a. O.): „In den russischen Journalisten (Samarin, Katkow, Aksakow) finden Biezbārdis, Valdemars und Brīvzemnieks starke Beschützer. Desgleichen (sic!) sind einige religiöse Bewegungen (wie der Übertritt zur Rechtgläubigkeit) von russischer Seite angeregt worden." Also, die Konversionen eine religiöse Bewegung zum Schutz der Letten?! Und offenbar dem entsprechend die Rekonversionen die Abkehr der undankbaren Letten von ihren wohlwollenden Beschützern?! Das wußte man bisher nicht. Merkels „Letten" sind übrigens nicht 1826 (S. 384), sondern 1796 erschienen.

Der lettischen Geschichte im eigentlichen Sinn sind zwei Aufsätze gewidmet: Tentelis behandelt „Die Letten in der Ordenszeit"; Wippers Arbeit führt den Titel: „Von (sic!) XV. bis zum XVIII. Jahrhundert (Die Zeit der Leibeigenschaft)." Eine Frage drängt sich auf.

*) Krišjāņa Barona atmiņas sakopojusi Lina Baron, Riga 1924, 214 S.

Warum bricht die Geschichte der Letten mit dem 18. Jahrhundert ab? Ist denn der Leibeigene des 18. Jahrhunderts unmittelbar zum Herrn des 20. geworden? Führt der Weg von der Leibeigenschaft ohne Übergang zum eigenen Staat? Ohne eingehende Darstellung des 19 Jahrhunderts — des Jahrhunderts der Befreiung — mußte das Gebotene ein Torso bleiben. Oder durfte von der großen Tat des 19. Jahrhunderts, der Agrarreform, nicht gesprochen werden, weil — es eine Tat der Deutschen war? Angesichts der Namen der Herausgeber des Buches möchte man es nicht glauben.

Völlig aus dem Rahmen des Ganzen fällt der Wipperschе Aufsatz. Herr Wipper ist bekannt als Verfasser eines guten Lehrbuches der Geschichte, brauchbar freilich nur für die Hand des Lehrers; womit er sich sonst in Moskau beschäftigt hat, ist mir nicht bekannt. Seit seiner Übersiedlung nach Riga und Habilitierung an der lettländischen Universität hat er sich auf die livländische Agrargeschichte geworfen, nicht um sie zu studieren, sondern um über sie zu dozieren und zu schreiben.

Im Vorwort (S. 6) sagt Professor Schmidt: „Andererseits wurde es einigen wieder zur Leidenschaft, die alten Forschungsergebnisse nur zu zerstören und um jeden Preis etwas Neues darlegen zu wollen." Herr Wipper gehört fraglos zu diesen einigen, nur daß das von ihm dargelegte vermeintlich Neue meist weniger neu als falsch ist. Wer die Ausführungen Herrn Wippers aufmerksam liest, spürt deutlich die Tendenz: der adlige Gutsbesitzer soll schlecht gemacht werden. Nach Herrn Wipper hat der Adel das Institut der Leibeigenschaft im 15. Jahrhundert geschaffen (S. 166) und hernach kein anderes Bestreben gekannt, als seine bevorrechtete Stellung den Bauern gegenüber sich von den jeweiligen neuen Herrschern (Polen, Schweden, Rußland) immer wieder neu bestätigen zu lassen. „Im Jahre 1601 kommt es zu neuen Umtrieben unter den Livländern, und zwar mit derselben Berechnung, wie in der Kapitulation von 1561: die herrschende Klasse versucht ihre soziale Lage durch eine Veränderung ihrer politischen Front zu retten" (S. 172). „Der für Schweden so verderbliche Verband dreier Reiche — Dänemarks, Polens (sic!) und Rußlands — war das Werk Patkuls, der Schweden aus ausschließlich sozialen Gründen verraten hatte" (S. 184). Die Melodie ist bekannt, sie rührt noch aus den Tagen Samarins her. Daß Herr Wipper die Ursache für den sogenannten doppelten Verrat der Livländer (1601 und 1710) in dem Verlangen nach materiellen Vorteilen sehen möchte, ist vielleicht nicht so unverständlich. Nicht jeder vermag es zu begreifen, daß Rechtsbruch und Vergewaltigung die Bindungen zwischen Herrscher und Volk, zwischen Staat und Provinz soweit zersetzen können, daß ein „Abfall" erfolgen muß. Die Geschichte kennt zum Glück noch Moral. Herr Wipper geht aber noch weiter in dem Bestreben, seine These zu beweisen. S. 184/85 heißt es: „Der Stand, dessen Interessen er (d. h. Patkul) verteidigte, verriet in corpore Schweden im Jahre 1710 und ergab sich dem russischen Kaiser. Bei der Übergabe Rigas standen in der Kapitulation die Forderungen des Adelsstandes mit an erster Stelle. § 4 handelt von der Wiederherstellung der Privilegien Sigismundi II. Augusti." Nebenbei bemerkt: es ist unerfindlich, was die Kapitulation Rigas mit den Forderungen des Adels gemeinsam hat! Auch „die Privilegien Sigismundi II. Augusti" klingt hübsch. Wenn in der Kapitulation auch von Privilegien gesprochen wird, gemeint sind Landesrechte. Hier ist nun Herrn Wipper ein böses Mißgeschick widerfahren: der § 4 der Kapitulation der livländischen Ritterschaft vom 4. Juli 1710 handelt

nämlich von der Wiedererrichtung der Universität Dorpat. Da man doch nicht glauben kann, daß Herr Professor Wipper den Wortlaut der Kapitulation nicht gekannt hat, so bleibt nur übrig anzunehmen, daß er gefälscht hat. Das allein genügt für die Beurteilung seiner Forschungsmethode und seiner Forschungsergebnisse.

Herrn Wippers Darstellung der Entstehung der Leibeigenschaft krankt vor allem daran, daß er offenbar vergessen oder nie gewußt hat, daß alle dahin gehörigen Fragen nicht sozialer, sondern wirtschaftlicher Art sind, oder daß, wie Transehe es formuliert hat, „jede rechtsgeschichtliche Entwicklung ein wirtschaftsgeschichtlicher Vorgang ist"*). Von falschen Voraussetzungen ausgehend — oder, richtiger gesagt, im Bestreben, eine vorgefaßte Meinung als richtig zu beweisen — schreitet Herr Wipper von einer falschen Folgerung zur anderen. Es verrät einen erstaunlichen Mangel an geschichtlicher Einsicht, wenn er über Karl XI. urteilt, daß er der erste war, „der in der Epoche der größten Entwicklung der Leibeigenschaft von einer Erleichterung des Schicksals der Bauern gesprochen hat" (S. 180). Nie hat Karl XI. bauernfreundliche Absichten gehabt; seine agraren Projekte und Maßnahmen waren rein fiskalisch gedacht; auf dem zu 5/6 enteigneten Gutsland in Livland blieb der Bauer auch als Domänenbauer derselbe Hörige wie vor der Reduktion. Und was letztere anlangt, so sei Herr Wipper an das Urteil erinnert, das der schwedische Forscher Carlson (Geschichte Schwedens Bd. 5 S. 518) über die Reduktion in Livland gefällt hat: „Hier prägte aber die Zukunft mit blutiger Schrift dem Gedächtnis der Staatsmänner die Lehre ein, daß es einen Verlust gibt, der größer als aller materieller Gewinn ist: der Verlust der Anhänglichkeit eines Volkes."

Was Herr Wipper über den Budberg-Schraderschen Landrechtsentwurf und die Rosensche Deklaration sagt (S. 186 ff.), verträgt keine Kritik. Der Landrechtsentwurf wollte kein neues Recht schaffen, sondern nur das geltende systematisch aufzeichnen. Die Bauern werden als „adscripti seu glebae addicti et proprii" bezeichnet, also als Schollenpflichtige, nicht als „servi" Sie haben, wie bisher, ein Besitzrecht an selbsterworbenen Mobilien und selbsterzeugten Feldfrüchten, ein bedingtes Erbrecht am ihnen übergebenen Hof und dürfen gegen Mißbrauch der gutsherrlichen Hauszucht bis zum Hofgericht Klage führen*). Die Rosensche Deklaration charakterisiert freilich den livländischen Bauern als „servus". Diese Unstimmigkeit zwischen den beiden gleichzeitigen Dokumenten ist dadurch zu erklären, daß die Ritterschaft 1710 unter eine osteuropäische Willkürherrschaft geraten war. Der Landrechtsentwurf enthielt alles das, was in Livland als Landrecht angesehen wurde. Leider war die russische Regierung nicht dazu zu bewegen, ihm Gesetzeskraft zu verleihen. Dagegen verfolgte die Rosensche Deklaration politische Ziele**). Durch die Erklärung, daß den Gutsherren Livlands die unbeschränkte Gewalt über die Bauern zustehe, sollte verhütet werden, daß die

*) A. von Transehe-Roseneck. Die Entstehung der Schollenpflichtigkeit in Livland. Mitteilungen aus der livländischen Geschichte Bd. 23 S. 572, Riga 1924–26.

*) Neben der älteren Literatur vgl. A. von Tobien, Die livländische Ritterschaft in ihrem Verhältnis zum Zarismus und russischen Nationalismus. Bd. 2 S. 21. Berlin 1930.

**) Tobien a. a. O. S. 23 f.

russische Regierung die bäuerliche Arbeitskraft, die Quelle der Landeswohlfahrt, fiskalisch ausbeute. Seine Ausführungen über den Landrechtsentwurf und die Rosensche Deklaration schließt Herr Wipper mit den rätselhaften Worten: „Diese Erklärungen haben das Justizkollegium scheinbar nicht befriedigt. Jedenfalls (sic!) fand der Entwurf Budbergs, der bald nach der Rosenschen Deklaration dem Senat zur Durchsicht eingereicht wurde, daselbst keine Anerkennung" (S. 187).

Dem Buche über „Die Letten", das als ernste wissenschaftliche Arbeit anzuerkennen ist, gereicht die Mitarbeit Herrn Wippers nicht zur Ehre. In einem Aufsatz in einem P. Miljukov gewidmeten Sammelbande erdreistet Herr Wipper sich zu behaupten, daß die baltischen Gelehrten unter dem Druck des Adels zu Apologeten der Leibeigenschaft geworden seien*). Die baltische Geschichtsforschung kann über dieses verleumderische Urteil ruhig zur Tagesordnung übergehen. Herrn Wippers üble Nachrede erreicht sie nicht. Was will aber Herr Wipper mit seiner Pseudowissenschaft? Einst suchte die russische Regierung Unfrieden zwischen Balten und Letten zu säen; Herr Wipper wirft sich zum Schiedsrichter in wissenschaftlichen Streitfragen auf und treibt dasselbe Spiel wie einst Petersburg, nur mit anderen Mitteln. Es wäre gut, wenn die lettischen Gelehrten, die es ernst mit ihrer Wissenschaft meinen, Herrn Wipper endgültig von sich abschüttelten.

Wulffius

*) Ich folge einem Referat in der rigaschen russischen Zeitung „Segodnja" vom 9. August 1930 Nr. 218.

Die Mitarbeiter dieses Hefts:

Schriftleiter E. Klau, Reval / Syndikus W. Held, Riga / Syndikus H. Stegman, Riga / Dr. L. von Middendorff, Dorpat / Hauptschriftleiter A. de Vries, Reval / W. Mueller, Riga, / Schriftleiter G. Schröder, Berlin.

Verantwortlicher Schriftleiter Dr. Reinhard Wittram

Die Wilnafrage

Von Herbert Schröder

Mit dem Wort Wilna verbindet sich heute nicht mehr in dem Maße wie bisher die Vorstellung der brennenden Lunte am Pulverfaß Osteuropas. Seit der Völkerbundsentschließung vom 10. Dezember 1927 ist der polnisch-litauische Streit in ruhigere Bahnen gelenkt worden. Trotzdem ist Wilna auch heute noch ein „Problem", ohne dessen Lösung eine Konsolidierung Osteuropas undenkbar ist, obwohl zugegeben werden muß, daß die Wilnafrage Elemente in sich schließt, die es zweifelhaft machen, ob eine allseitig befriedigende Regelung der Frage gefunden werden kann, und es zum mindesten verständlich erscheinen lassen, wenn von mancher Seite weniger eine „natürliche" als eine opportunistische Lösung angestrebt wird. Wir müssen unterscheiden zwischen dem latenten oder potentiellen Wilnakonflikt, als dem eigentlichen Wilnaproblem, und dem aktuellen Wilnakonflikt. Das Wilnaproblem ist die Summe einer außerordentlich verwickelten Reihe geschichtlicher, ethnographischer und wirtschaftlicher Tatsachen, die fortwährend Konfliktstoff in sich bargen und vermutlich auch in Zukunft bergen werden. Der aktuelle Wilnakonflikt ist die praktisch-politische Gestalt, in der sich, durch den Ausgang des Weltkrieges, das Wilnaproblem heute präsentiert. Es sei dabei vorweggenommen, daß im Laufe der letzten Jahre dieser Wilnakonflikt, ursprünglich eine hochpolitische Angelegenheit, immer mehr in ein formal-juristisches Fahrwasser geraten ist. Der heutige Wilnakonflikt ist im wesentlichen ein Rechtsstreit, — da einem der Beteiligten, Litauen, jegliche Mittel fehlen, seinem Anspruch machtpolitischen Nachdruck zu verleihen. Wenn festgestellt wurde, daß die Lösung des Wilna*problems* eine fast hoffnungslose Angelegenheit ist, so scheint die Lösung des Wilna*konflikts* durchaus im Bereich des Möglichen zu liegen, und es kann kein Zweifel bestehen, daß sie im Sinne der litauischen Forderung auf Rückerstattung des von Polen annektierten Gebietes erfolgen müßte.

Das Studium der Wilnafrage ist nicht nur deshalb interessant, weil es sich dabei um eine der politischen Lebensfragen Osteuropas handelt, sondern auch weil sich an diesem Objekt mit seltener Präg-

nanz die Methoden der europäischen Nachkriegsdiplomatie und die Arbeit der Völkerbundsmaschinerie verfolgen lassen. Es darf dabei zunächst die Tatsachenreihe der militärisch-diplomatischen Vorgänge, die den Wilnakonflikt ausmachen, kurz rekapituliert werden.

1.

Nach dem Zusammenbruch Rußlands erlangen Polen sowohl als Litauen, letzteres am 16. Februar 1918, mit deutscher Unterstützung ihre staatliche Selbständigkeit. Wilna wird von den Litauern zur Landeshauptstadt erhoben, und polnische Anträge auf Wiederherstellung der Lubliner Union zwischen den beiden Nachbarstaaten werden zurückgewiesen. Die litauische Regierung kann sich jedoch nicht lange des Besitzes der alten historischen Landeshauptstadt erfreuen. Als die deutschen Truppen auf Grund des Versailler Vertrages das Baltikum räumen, muß die litauische Regierung Wilna der nachrückenden roten Armee überlassen und nach Kowno flüchten. Die litauischen und polnischen Streitkräfte raffen sich jedoch bald zu einem Gegenstoß auf und drängen die Roten wieder zurück. Die Polen kommen dabei den Litauern zuvor und besetzen am 20. April 1919 Wilna. Sofort ausbrechenden Kämpfen zwischen Polen und Litauern wird durch das Eingreifen der Alliierten und die Festsetzung der Foch-Linie als Demarkationslinie Einhalt getan. Die inzwischen zusammengetretene Versailler Friedenskonferenz sieht sich jedoch nicht in der Lage, den Streit endgültig zu schlichten, und behält im Artikel 87 des Vertrages die Entscheidung einem späteren Zeitpunkt vor. Gleichzeitig setzte sie als neue Demarkationslinie die sogenannte Curzon-Linie fest, die das Wilnagebiet Litauen überläßt. Der erneut einsetzende siegreiche Vormarsch der roten Armee bis vor die Tore Warschaus vertrieb jedoch die litauische Regierung wiederum aus Wilna und zwang sie schließlich am 12. Juli 1920 zum Abschluß eines Friedensvertrages, des Moskauer Vertrages, mit den Sovets. In diesem Moskauer Frieden tritt Rußland Litauen — für dessen Neutralität im russisch-polnischen Krieg — nicht nur das Wilnagebiet, sondern auch Teile der früheren russischen Gouvernements Suwalki und Grodno ab. Artikel 2 enthält außerdem die wichtige Bestimmung, daß die polnisch-litauische Grenze ausschließlich von den beiden beteiligten Regierungen festgesetzt werden soll. Das „Wunder an der Weichsel" schafft jedoch bald wieder eine neue Lage. Mit Hilfe der Alliierten gelingt es den Polen, die Russen erneut zu vertreiben. Obwohl diese Hilfe den Polen nur gegen das Versprechen, die Curzon-Linie anzuerkennen, gewährt wurde, besetzten

die Polen bei der Verfolgung der Roten abermals Wilna, und die litauische Regierung muß zum dritten Mal die Stadt räumen. Nach einigem Blutvergießen appellieren beide Parteien an den Völkerbund, der eine Kommission entsendet, unter deren Mitwirkung am 7. Oktober 1920 das Suwalki-Abkommen geschlossen wird, in dem Wilna erneut, diesmal unter Sanktion des Völkerbundes, Litauen zugesprochen wird. Es folgt der berühmte Putsch des polnischen Generals Zeligowski, der am 9. Oktober, angeblich auf eigene Faust, tatsächlich in vollstem Einvernehmen mit der polnischen Regierung, Wilna erobert und dort eine Regierung einsetzt, die sich bezeichnenderweise Regierung von „Zentral-Litauen" nennt. Zum vierten Mal muß die litauische Regierung Wilna verlassen und sich nach Kowno zurückziehen, das, verglichen mit der alten Landeshauptstadt, ein besseres Dorf ist. Der Völkerbund ließ sich diese Verletzung des Suwalki-Abkommens unter schwachen Protesten gefallen und beschränkte sich darauf, statt gegen Polen den Sanktionsartikel 16 in Anwendung zu bringen, nachdem ein Plebiszitvorschlag erfolglos geblieben war, direkte Verhandlungen zu empfehlen. Diese Verhandlungen, die im Herbst 1921 in Brüssel stattfanden, hatten ebensowenig Erfolg, wie das der zweiten Völkerbundsversammlung vorgelegte Hymans-Projekt, das Wilna den Litauern zusprach, dafür aber eine polnisch-litauische Union vorsah. Inzwischen schalteten die Polen im Wilnagebiet nach Gutdünken. Unter dem Schutze polnischer Bajonette vorgenommene Wahlen ergaben naturgemäß eine rein polnische „Konstituierende Versammlung Zentral-Litauens", die am 21. Februar 1922 den Anschluß an Polen beschloß. Der Völkerbund reagierte auf die erneuten litauischen Proteste lediglich damit, daß er ein Auge zudrückte, als die Litauer durch einen dem Zeligowski-Putsch ähnlichen Gewaltstreich das Memelland besetzten, um so auf Kosten Deutschlands Kowno etwas zu beschwichtigen. Er beendete aber im übrigen seine Intervention in der Wilnafrage zunächst damit, daß er am 3. Februar 1923 eine provisorische Demarkationslinie vorschrieb, die, im Gegensatz zu den früheren Entscheidungen des Völkerbundes, das Wilnagebiet den Polen überließ. Die Angelegenheit ruhte damit seitens des Völkerbundes bis zum Jahre 1927. Dafür trat aber eine andere Interventionsmacht auf den Plan: die Botschafterkonferenz, die durch Artikel 87 des Versailler Vertrages damit betraut war, die Ostgrenze Polens endgültig festzusetzen. Am 15. März 1923 beschloß diese Körperschaft, daß als russisch-polnische Grenze die im Rigaer Friedensvertrag

zwischen Polen und Rußland festgesetzte Grenze gelten solle (auch in diesem Vertrage hatten die Sovets, wie im Moskauer Vertrag, festgelegt, daß die polnisch-litauische Grenze nur von den beiden direkt beteiligten Mächten bestimmt werden solle) und als polnisch-litauische Grenze die provisorische Demarkationslinie des Völkerbundes vom 3. Februar 1923. Das bedeutete die endgültige Zuerkennung Wilnas an Polen. Litauische Proteste und der Antrag, die Streitfrage dem ständigen Weltgerichtshof im Haag zu unterbreiten, hatten keinen Erfolg. Litauen befand sich von da ab bis zum 10. Dezember 1927 zwar in latentem Kriegszustand mit Polen, war aber ohne Unterstützung von außen zu schwach, um seinen Anspruch auf Wilna durchzusetzen. Es schloß zwar am 28. September 1926 einen Nichtangriffspakt mit Rußland, in dem ihm seitens Rußlands erneut das Recht auf Wilna verbrieft wurde, aber eine materielle Hilfestellung erhielt es nicht. Da kaum anzunehmen ist, daß diese Machtverhältnisse im Osten sich in absehbarer Zeit wesentlich ändern werden, so hat der Wilnaer Konflikt mit der Besitzergreifung Wilnas durch Polen und die Sanktionierung dieses Gewaltaktes durch die Botschafterkonferenz und die Passivität des Völkerbundes politisch wohl seine Lösung gefunden. Als Rechtsfrage dagegen besteht der Konflikt weiter. Es ist nämlich unzweifelhaft, daß die Entscheidung der Botschafterkonferenz rechtsungültig war. Die Botschafterkonferenz war durch Artikel 87 des Versailler Vertrages zwar befugt, die polnisch-russische Grenze zu fixieren, sie durfte jedoch dabei nicht die Rechte anderer Staaten, die wie Litauen nicht zu den Signatarmächten des Versailler Vertrages gehören, verletzen. Allerdings hatte Litauen die Botschafterkonferenz freiwillig aufgefordert, auch in der polnisch-litauischen Grenzfrage eine Entscheidung zu treffen, dabei jedoch ausdrücklich betont, daß die „feierlichen Verpflichtungen Polens gegenüber Litauen" (Suwalki-Abkommen) und die „lebenswichtigen Interessen Litauens" berücksichtigt werden müßten. Da die Entscheidung beides außer acht läßt, ist sie für Litauen natürlich nicht verbindlich. Es kommt hinzu, daß eine Fixierung auch der polnisch-litauischen Grenze durch die Botschafterkonferenz dem Moskauer Friedensvertrag zwischen Rußland und Litauen, dem Nichtangriffspakt zwischen diesen beiden Staaten und schließlich auch dem Rigaer Friedensvertrag zwischen Rußland und Polen widerspricht, denn in allen diesen Verträgen ist ausdrücklich festgelegt, daß die Festsetzung der litauisch-polnischen Grenzen ohne die Beteiligung dritter Mächte erfolgen soll. Litauen hat daher auch mit Recht gegen diese Ent-

scheidung Einspruch erhoben und versucht, die Angelegenheit vor dem Forum des Völkerbundes weiterzubehandeln, mit dem die Entscheidung der Botschafterkonferenz ja nichts zu tun hat.

Nichtsdestoweniger bestimmt diese Entscheidung bisher de facto die Lage. Der Völkerbund hat dagegen einstweilen eine Definitivregelung noch nicht getroffen. Er hatte im Suwalki-Abkommen grundsätzlich den Anspruch Litauens auf Wilna anerkannt, dann aber angesichts des Zeligowski-Gewaltstreiches eine provisorische Demarkationslinie festgesetzt und sich geweigert, weitere Schritte zu unternehmen. Die Zuspitzung der Lage im Wilnagebiet und die ständige Möglichkeit eines Krieges zwischen Polen und Litauen, der im Herbst 1927 insbesondere von Pilsudski vorbereitet wurde, veranlaßten den Völkerbund jedoch, die Frage auf Grund des Artikel 11 (drohende Kriegsgefahr) wieder aufzunehmen. Auch hieraus geht hervor, daß der Völkerbund sich mit der Entscheidung der Botschafterkonferenz nicht identifiziert. Am 10. Dezember 1927 kam eine sowohl von Polen als von Litauen akzeptierte Entschließung des Völkerbundsrates zustande, die eine wesentliche Entspannung der Lage brachte und den Ausgangspunkt weiterer Verhandlungen bildete. Polen verpflichtet sich dabei, die territoriale Integrität und Unabhängigkeit Litauens zu wahren, während Litauen den Kriegszustand mit Polen für beendet erklärt. Gleichzeitig verpflichten sich beide Regierungen, in direkte Verhandlungen über die Schaffung gut-nachbarlicher Beziehungen einzutreten. Das Bemerkenswerteste ist jedoch, daß die Entschließung ausdrücklich feststellt, daß die Wilnafrage ungelöst bleibt, und daß Polen sich damit einverstanden erklärt. Die beiden Königsberger Konferenzen vom 30. März und 3. November 1928, an denen der Verfasser teilzunehmen Gelegenheit hatte, und die dazwischen liegenden Kommissionsverhandlungen, die zum ersten Mal seit 1920 polnische Vertreter nach Kowno und litauische nach Warschau führten, haben bisher lediglich in der Frage des kleinen Grenzverkehrs zu einem Ergebnis geführt. Das Wesentliche an der am 7 November 1928 abgeschlossenen Konvention ist, abgesehen von dem Nutzen für die Grenzbewohner, die Tatsache, daß das Wort „Grenze" streng vermieden und stattdessen die Bezeichnung „Administrativ-Linie" gebraucht wird, und zwar mit Zustimmung der Polen, die in der Rolle der beati possidentes in Formsachen überhaupt gern zu Zugeständnissen bereit sind. Litauen stellt damit noch einmal fest, daß die Entscheidung der Botschafterkonferenz unverbindlich ist und einstweilen zwischen beiden Staaten noch keine Grenze

besteht. Die zur Regelung der Wirtschafts-, Verkehrs- und Transitfragen (Holzflößung auf dem Njemen) eingesetzte Kommission hat ebensowenig zu einem Ergebnis geführt, wie die Kommission für Sicherheit, Arbitrage und Kriegsschäden, da es bei der geplanten Regelung der Verkehrsfragen nicht gelang, das noli me tangere Wilnas zu wahren. Die Wirtschaftsbeziehungen und der direkte Verkehr zwischen beiden Ländern bleiben also einstweilen ebenso unterbrochen, wie die diplomatischen und konsularischen Beziehungen. Dieser Zustand ist naturgemäß nicht nur den beiden Parteien unzuträglich, sondern schädigt auch dritte Staaten. So haben insbesondere Vertreter Lettlands im Völkerbund wiederholt auf das infolge dieser Sabotage sterbende Libau hingewiesen und um Abhilfemaßnahmen ersucht. Der Völkerbundsrat hat denn auch Ende Dezember 1928 in Lugano die Verkehrs- und Transitkommission des Völkerbundes um den Vorschlag praktischer Abhilfemaßnahmen ersucht. Diese Kommission und ihre Unterausschüsse sollten ihren Bericht am 30. März 1930 vorlegen, der dann auf der Septembertagung des Völkerbundes behandelt werden sollte. Die Angelegenheit ist jedoch inzwischen bis zur Januartagung 1931 des Völkerbundsrates vertagt worden. Das ist die augenblickliche Lage. De facto besitzt Polen das Wilnagebiet, und es gibt wohl kaum eine Macht, die es ihm streitig machen kann. De jure ist das Wilnagebiet durch die allerdings rechtsungültige Entscheidung der Botschafterkonferenz ebenso Polen zugesprochen. Der Völkerbund, die eigentlich kompetente Stelle, hat dagegen noch keine Entscheidung getroffen und die Regelung direkten Verhandlungen zwischen beiden Parteien vorbehalten, die noch im Fluß sind. Darin liegt ein gewisser Fortschritt, doch ist die Aussicht, daß auf dem Wege dieses Rechtsstreites eine Lösung des Konfliktes gefunden wird, sehr gering, da freiwillig keine der Parteien zu einem Kompromiß geneigt ist. Der Zustand zwischen Krieg und Frieden bleibt also weiter bestehen. Litauischerseits ist man dabei der Ansicht, daß die Beendung des Kriegszustandes mit Polen Litauen keineswegs des Rechts beraubt, sich mit Waffengewalt wieder in den Besitz Wilnas zu setzen. Da es das Wilnagebiet als unter seiner Souveränität stehend betrachtet, würde es sich dabei nach litauischer Auffassung nicht um einen Krieg, sondern um eine bloße Polizeimaßnahme handeln.

Der Wilnakonflikt ist also noch ungelöst.

2.

Ungelöst bleibt im Hintergrunde ebenso das Wilnaproblem, das die Gesamtproblematik der ost-mitteleuropäischen Randzone wie in einem Brennpunkt vereinigt. Gibt es die Möglichkeit, von hier aus die Basis für eine eindeutige und natürliche Lösung des Konfliktes zu finden? Auch das ist wohl sehr schwer möglich, wenn man berücksichtigt, daß allein fünf verschiedene Konzeptionen dessen, was den heutigen litauischen Staat bilden sollte, denkbar sind. 1) Ur-Litauen, d. h. das Gebiet, das in Urzeiten von litauischen Stämmen besiedelt war und etwa die früheren russischen Gouvernements Kowno, Wilna und Suwalki umfaßt. 2) Kern-Litauen, d. h. Ur-Litauen zusätzlich einiger weißrussischer Gebiete in den Gouvernements Minsk und Grodno, die frühzeitig von litauischen Stämmen erobert wurden und zusammen den Kern des einstigen litauischen Reichs bildeten. 3) Das geschichtliche litauische Reich, d. h. das Gebiet des alten Großfürstentums Litauen, das vielfachen Wandlungen unterlag, aber in der Zeit von 1569—1772 das Gebiet der Gouvernements Wilna, Kowno, Suwalki, Grodno, Minsk, Witebsk und Mohilew umfaßte. Zu Zeiten der größten Machtentfaltung Litauens reichte es im Süden bis ans Schwarze Meer, und der Speer eines litauischen Fürsten hat einst an die Tore Moskaus gepocht. Die dynastische Union mit Polen richtete die litauische Großmacht jedoch bald zugrunde, und bei der letzten Teilung Polens 1795 fiel Litauen an Rußland. 4) Sprach-Litauen, d. h. das litauische Sprachgebiet, in dem von der Mehrheit der Bevölkerung litauisch gesprochen wird. Es umfaßt lediglich die Gouvernements Kowno, Nord-Suwalki und einen schmalen Streifen an der Nord- und Westseite des Gouvernements Wilna. Das erklärt sich durch die Polonisierung eines großen Teils von Litauen während der Union mit Polen, das dank seiner älteren Kultur das damals dreimal so große Litauen seinem Einfluß unterwarf. Es ist bezeichnend, daß eine Reihe der bedeutendsten Polen (Kosciusko, Mickiewicz, Pilsudski) ihrer Abstammung nach Litauer sind. Den Todesstoß erhielt das Litauische schließlich durch die Russenherrschaft — insbesondere durch das Zarendekret von 1864, das den Druck litauischer Bücher und Zeitungen und den Gebrauch der lateinischen Schrift verbot. Ein ganzes Volk war damit während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts seiner Schriftsprache beraubt. Da der Gebrauch des Polnischen nicht untersagt wurde, so war eine weitere Polonisierung Litauens die Folge. 5) National-

Litauen, d. h. das ethnographische Gebiet, in dem die Bevölkerung, obwohl heute vielfach ent- oder anationalisiert doch im wesentlichen litauischer Abstammung ist und einem litauischen Nationalbewußtsein und Nationalstaat zurückgewonnen werden könnte. Dieses Gebiet deckt sich ungefähr mit dem Ur-Litauens und schließt auf jeden Fall Wilna mit ein. Wie groß der Unterschied zwischen diesen verschiedenen Ansatzmöglichkeiten des heutigen Litauen ist, geht aus der Tatsache hervor, daß das geschichtliche litauische Reich die Größe Italiens oder Norwegens (mit einer Vorkriegsbevölkerung von 12,5 Millionen) hatte, während National-Litauen, worauf die litauische Regierung Anspruch erhebt, nur etwa 4 Millionen Einwohner beanspruchen kann und das litauische Sprachgebiet, das ungefähr dem entspricht, was die litauische Regierung heute besitzt, eine Bevölkerung von nur 2 Millionen zählt. Im litauischen Sprachgebiet sprechen etwa 80 % der Bevölkerung litauisch, im litauischen Nationalgebiet etwa 50 % und im geschichtlichen litauischen Reichsgebiet nur 16 %. Worauf sollte also Neu-Litauen sich gründen? Die Litauer haben von vornherein auf die historischen Grenzen verzichtet und lediglich National-Litauen zur Grundlage genommen, ihren neuen Staat damit auf dem modernen Nationalitätenprinzip basierend.

Für Wilna selbst ergibt sich aus den erwähnten Tatsachen, daß es eine rein litauische Stadt war, im 14. Jahrhundert vom Großfürsten Gedimin auf ur-litauischem Boden gegründet und seitdem Hauptstadt des litauischen Großfürstentums, nicht nur zur Zeit seiner Selbständigkeit, sondern auch während der Union mit Polen und der Russenherrschaft. Historisch und politisch hat es also stets zu Litauen gehört. Ethnographisch dagegen hat sich im Laufe der geschichtlichen Ereignisse im Wilnagebiet ein buntes Völkergemisch ergeben, dessen Hauptbestandteile Litauer, Polen, Weißrussen, Russen und nicht zuletzt Juden bilden. Die keineswegs zuverlässigen Volkszählungen, von denen die Erhebung der deutschen Militärverwaltung die objektivste sein dürfte, ergeben für die Bevölkerung des Wilnagebiets folgendes sehr interessante Zahlenbild:

Zensus	erhoben durch	% Litauer	% Polen
1860	Rußland	74	16
1897	"	23	10
1909	"	13	15
1916	Ober-Ost	20	30
1919	Polen	10	63

Das überwiegende Bevölkerungselement bilden dabei tatsächlich auf dem Lande vielfach die Weißrussen und in den Städten die Juden. In Wilna vollends sind 40 % der Bevölkerung Juden, sodaß zur Zeit der deutschen Okkupation der launige Vorschlag gemacht werden konnte, das Problem mit der Erhebung Wilnas zur „Freien und Jüdischen Stadt" zu lösen. Es soll im Wilnagebiet Dörfer geben, in denen die Kinder polnisch sprechen, die Erwachsenen weißrussisch und die Alten litauisch. Die Sprache kann also in diesem Mischgebiet keineswegs als Kriterium der nationalen Zugehörigkeit gewertet werden. Die Verhältnisse werden durch konfessionelle Dinge noch mehr verwirrt. Litauer sowohl als Polen sind katholischer Konfession; doch hat der vorwiegend polnisch orientierte Klerus es verstanden, die Begriffe polnisch und katholisch zu identifizieren, sodaß man auf die Frage nach der Nationalität von Bewohnern des Wilnagebietes vielfach die Antwort erhält: „Ich bin Katholik", oder „ich gehöre zur polnischen Religion." Man kann von der Bevölkerung des Wilnagebietes zusammenfassend also etwa folgendes sagen: ihrer Abstammung nach ist sie zumeist litauisch, ihrer Sprache nach ist sie eine Mischung von litauisch-polnisch-weißrussisch und jiddisch, und was ihr Nationalbewußtsein anlangt, so kann von einem solchen eigentlich nicht die Rede sein.

Mit dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen ist eine Lösung der Wilnafrage also kaum zu erzielen. Die Entscheidung kann nur unter Berücksichtigung der Gesamtverhältnisse erfolgen. Hierbei spielen auch die Wirtschaftsfragen zweifellos eine bedeutsame Rolle. Das von der litauischen Regierung beanspruchte Staatsgebiet deckt sich etwa mit dem Njemen-Becken, das eine wirtschaftliche Einheit bildet, dessen natürlicher Mittelpunkt Wilna ist. Dieser Tatsache ist früher sowohl von der russischen Verwaltung als auch von der deutschen Okkupationsverwaltung Rechnung getragen worden, die beide Wilna innerhalb des einheitlichen litauischen Verwaltungsgebiets beließen. Wilna ist nicht nur die größte Stadt jenes Gebietes, sondern auch der Knotenpunkt des litauischen Eisenbahnsystems. Ohne Wilna ist Litauen ein wirtschaftlicher Torso, während umgekehrt Wilna ohne das litauische Vorland und im Verband mit Polen eine unbedeutende Provinzstadt weit von den Brennpunkten der polnischen Wirtschaft ist. Die heutige politische Lage macht Wilna zu einer toten Stadt.

Alle diese Tatsachen zeigen, daß das Wilnagebiet ein typisches Übergangsgebiet ist, in dem das Spiel der geschichtlichen Kräfte noch

längst nicht zu einem Abschluß gekommen ist, das eine noch durchaus amorphe Struktur aufweist. Es teilt dieses Schicksal mit der gesamten Randstaatenzone. In größerem Maßstab wiederholen sich die Spannungen und der Kampf zwischen Polen und Litauen um das Wilnagebiet in dem Kampf Osteuropas und Mitteleuropas um die Randstaatenzone. Wie Wilna die strategische Schlüsselstellung in dem Kampf zwischen Polen und Litauen ist, so ist Litauen der Schlüsselstaat in dem Kampf um das Randstaatengebiet. Litauen ist der strategische Mittelpunkt in der Kette dieser Staaten, die von Finnland bis Rumänien reicht, und das Bindeglied zwischen ihrem nördlichen, baltischen Flügel und dem südlichen, polnisch-rumänischen Flügel. Wer Litauen beherrscht, beherrscht die Lage im nahen Osten. Hat Rußland Litauen in der Hand, so trennt es damit die nördlichen Randstaaten von dem machtpolitischen Schwerpunkt der Kette, umklammert Polen von der Flanke und hat einen Durchbruch nach Ostpreußen. Gewinnt umgekehrt eine west- oder mitteleuropäische Macht die Vorherrschaft in Litauen, so ist Polens Flanke gesichert und die Kette der Randstaaten geschlossen, sei es zu einem „cordon sanitaire" gegen Rußland, sei es zu einer Barriere zwischen Deutschland und Rußland. Man kann ohne allzuviel Phantasie das Randstaatengebiet als einen der Kriegsschauplätze des grandiosen weltpolitischen Duells zwischen England und Rußland auffassen, wobei England im Hinblick auf die unvermeidliche Auseinandersetzung mit Rußland in Asien bestrebt ist, die Antisovetfront in Ostmitteleuropa möglichst auszubauen und zu sichern. England weiß, daß das Schicksal Indiens mit an der Ostsee entschieden wird. Zu seinem Kontinentaldegen hat es dabei Polen ausersehen, während Rußland Litauen zu benutzen versucht, um die Bildung eines Randstaatenblockes unter westlicher Führung zu vereiteln (s. den Nicht-Angriffspakt mit Litauen). Von einer aktiven deutschen Randstaatenpolitik ist bisher sehr wenig zu spüren gewesen, da Deutschland in Anbetracht seiner Schaukelpolitik zwischen Rußland und den Westmächten darauf verzichtete, in der Randstaatenpolitik eine entschiedene Linie zu verfolgen. Wie sehr von seiten der Westmächte versucht wird, Polen als den Eckpfeiler der Randstaatenposition zu stärken, ergibt der gesamte Verlauf des Wilnakonfliktes. Man hat Polen nicht nur den Danziger Korridor zugestanden, sondern auch geduldet, daß Polen sich außerdem den Wilnakorridor geschaffen hat, der Litauen von Rußland trennt, und auf einen zweiten Zugang ans Meer, der wohl bei Libau münden dürfte, hinzielt. Beide Korridore

nehmen, wie ein Blick auf die Karte zeigt, Litauen und Ostpreußen in eine Zange und liefern sie den Polen aus. Sowohl beim Pilsudski-Staatsstreich in Polen, als auch beim Staatsreich Smetonas in Litauen, Ende 1926, hatte England seine Hand im Spiel. Es gelang ihm, in Pilsudski einen glühenden Gegner Rußlands in Polen ans Ruder zu bringen, während der Tautininkai-Umsturz in Litauen einem Sovet-Putsch zuvorkam, der nach dem Muster des Revaler Putsches geplant war und Moskau den Einbruch in die Randstaatenfront gesichert hätte. Welche Bedeutung man in England Polen beimißt, zeigt auch schon die Tatsache, daß die englische diplomatische Vertretung dort zu einer Botschaft erhoben worden ist. Der Wilnakonflikt bedeutete und bedeutet eine sehr empfindliche Störung der westmächtlichen Randstaatenpolitik, und es ist daher damit zu rechnen, daß England seinen Einfluß auch weiterhin dahin geltend machen wird, diesen Konflikt zu beseitigen und eine Art Ost-Locarno zu schaffen. Es ist in diesem Zusammenhang von einem Kompromißvorschlag die Rede gewesen, der die de jure-Rechte Litauens auf Wilna anerkennt, die de facto-Übereignung des Gebietes an Litauen aber bis zu einem politisch geeigneten Zeitpunkt zurückstellt und Polen zunächst den de facto-Besitz weiter beläßt. Ein Kompromiß also, der der heutigen Sachlage ungefähr entspricht, die litauische Rechtsposition aber noch weiter stärkt. Es sind auch Vorschläge gemacht worden, den litauischen Staat, der durch die Einverleibung des autonomen Memellandes ja gewisse Ansätze zu föderativer Gliederung zeigt, in dieser Richtung weiter auszubauen und ihm auch das Wilnagebiet als autonomes Gebiet föderativ anzugliedern, was eine Umstellung des Litauischen Staates auf kantonale Grundlagen bedeuten würde. Dieser Gedanke verdient in einer Zeit, in der allerorts, bis hinauf zu dem Paneuropaprojekt Briands, Pläne regionaler Zusammenschlüsse reifen, zweifellos ernste Beachtung. Es liegt, nachdem das Nationalitätenprinzip im Nachkriegseuropa der 40 Millionen Minderheiten ad absurdum geführt worden ist, etwas Gesundes in diesen Bestrebungen, vorausgesetzt, daß sie in richtigen Grenzen bleiben. Für Mittel- und Ostmitteleuropa kann der Föderativgedanke, anknüpfend an die Tradition des Heiligen Römischen Reiches, jedenfalls von außerordentlicher Fruchtbarkeit werden.

Wilna steht, wie diese flüchtigen Andeutungen gezeigt haben, nicht nur im Brennpunkt der Randstaatenpolitik, sondern es laufen dort auch weltpolitische und ideenpolitische Fäden allererster Bedeutung zusammen. Die Wilnafrage ist damit in die Reihe der

klassischen „Fragen" der großen Politik zu rechnen und dürfte wohl auch nach einer Lösung des aktuellen Konfliktes ihre Rolle in Ostmitteleuropa beibehalten. Denn sie ist ein Teil der uralten Ostseeproblematik, des Ringens um das Dominium Maris Baltici, dessen weltgeschichtlicher Rhythmus sich auch heute noch dem Wellenschlag der Ostsee verbindet.

Otto Freiherr von Taube

Eine literarische Gegenwartsstudie

Von Otto von Petersen

„Die Fensterläden waren seit Morgen geschlossen, im Hause umfing die Kühle der verdunkelten Flucht; und konnte doch nicht die Empfindung der Hitze beheben, wenn man, wo irgend durch Spalten ein Strahl einfiel, sein aufreizendes Flimmern und das Geleucht der getroffenen Stellen sah."

So beginnt Taubes 1921 erschienener Roman „Die Löwenprankes", in dem er unserer Zeit das Bild aristokratischer Geisteshaltung scharf herausmeißelt, in dem er die über bürgerlich gesetzte Schranken hoch hinausgreifende Sinnesart mit ihren schönen und gefährlichen Wertakzenten beleuchtet, in dem er aber auch jenen Willen zum Außerordentlichen und Schweren, den er als spezifisch aristokratisches Erbteil empfindet, als letzthin tragende Macht hervorhebt, in dem er die Geschichte einer Familie gibt, die von sich sagt: „. wären wir einer unserer Nachbarn auf „itz" und „ow", wir dürften idyllisch hausen. Aber wir haben das nie getan!"

Gleiten die Blicke des Lesenden über die eben zitierten Anfangszeilen des Romans, und folgt der sich Vertiefende weiter, Seite um Seite blätternd, dem gleichmäßig fortschreitenden Fluß der Darstellung, so mag sich ihm der Eindruck einer objektiven Sachlichkeit ergeben, die auf trockene Aufzeichnung des Tatsachenbestandes, die präzise Fixierung des Geschehens hinarbeitet, wie es in Betrachtungsweise und Stil des Realismus liegt, wie es u. a. Flaubert anstrebte, dem für seine Kunst das sachliche Verhalten eines Arztes vorschwebte, und den Taube in gewisser Beziehung als sein Musterbild bezeichnet.

Der Eindruck einer realistischen Kunst mag sich verstärken, wenn man die Worte Taubes liest, die sich an eine Skizzierung der für

sein Wirken bedeutungsvollen Faktoren schließen: „Und was ich an den Romanen schätze, ist ebenfalls die Präzision“*).

Dieser Eindruck wächst unter der Wirkung des von Taube gezeichneten Lebensbildes „Rasputin“, in dem der Verfasser die seltsame Erscheinung dieses Menschen psychologisch zergliedert, Tatsache an Tatsache reiht, Unglaubwürdiges bezweifelt, Gerüchte ausschaltet.

Hierzu nun der Schluß des Romans: „Die Löwenprankes.“

Ungeheures, abenteuerliches, aufwühlendes Geschehen liegt hinter dem jungen Löwenpranke. Ob er sein Tun als Schuld empfindet? Leid hat es ihm gebracht. Leid um Leid hatte sich immer neu auf den Schmerzgeprüften gehäuft. Er irrt im „rauch- und dunstverstärkten Dunkel“ umher. Maste ragen. Es ist der Hamburger Hafen. Arbeiter. Das Los der „Sehnengeschwellten, der Schwerarbeitenden, der Vielklagenden und Vielbeklagten“ scheint ihm leicht und unbeschwert. Jenen wollte er sein Los nicht wünschen. „Einem von euch den Tausch mit mir — mit uns — anzubieten, ich wagte solche Menschenunfreundlichkeit nicht.“

Indem das Schiff, das ihn exotischen Fernen zutrug, vom festen Lande abwich, hob sich dem rückgewandten Blick über das Gewirr von Masten, Rahen, Stangen, Schornsteinen, Kränen, Dockgittern und Maschinen das Riesenbild des Hamburger Roland, der wie steingewordener Wille dastand.

Und indem auf freiem Meere der Einsame in ungemessene Weiten dahinfuhr, schlossen die sinkenden Lider den Blick in die Bezirke der Tatsächlichkeit und öffneten das Traumauge, das eine Welt fremdartiger Pracht und großen Ausmaßes schaute, irgendwie geheimnisvoll verwandt dem Sinnen der Kindernächte: „Er ritt, den Blick von breiter Krämpe beschattet, durch sonnenpralle Wüste; war es die Hochebene der Tierra fria? Ihn trug das Tier zwischen leuchterartig steigenden Wolfsmilchpflanzen und stacheligen Kakteen; maßlos war die Fläche; Berge, die sie da und dort beschlossen, entstiegen jenseits des unabsehbaren Kreises, so fern, daß ihr Fuß, verdeckt von der Wölbung des Erdballs, sich im Unsichtbaren gründete, und allein der Gipfel, von Luftklarheit greifbar nahe vorgetäuscht, ein Rätsel

*) Grundriß einer Geschichte der baltischen Dichtung. Hrsg. v. Arthur Behrsing, unter Mitwirkung von André Favre, Otto Greiffenhagen und Arthur Knüpffer. Institut für Auslandkunde, Grenz- und Auslanddeutschtum. Leipzig 1928. S. 120.

am Blickrande stand. Er stieß auf ein Feld, wo gekämpft worden war; Geier flogen auf über Toten. Er sah nicht auf die Antlitze der Gefallenen, die da lagen. Er fragte sich auch nicht, ob er da läge oder nicht "

Hier handelt es sich nicht mehr um einen Tatsächlichkeiten summierenden Realismus. Hier zeigt sich bereits die Landschaft in einer neuen Ebene gesehen. Die Bilder sind aus einer neuen Anschauungskraft geboren. Ein neuer Stilwille ist am Werk.

Man wende sich Taubes Roman „Der verborgene Herbst" (1913) zu.

Der Anfang lautet: „Daß Adalbert in unser Korps eintreten werde, wußten wir schon im Wintersemester. — Es war das erste Semester gewesen, daß ich bei den Altenburgern in L ., der kleinen norddeutschen Universitätsstadt, aktiv war."

Wieder fällt dem Lesenden der äußerst sachliche Ton der Darstellung auf. Stilistische Glätte wird — so scheint es — nicht ausdrücklich gesucht. Unbedenklich wird das gleiche Wort zweimal hintereinander gebraucht, da es sachlicher Klarheit dienlich ist. Nüchtern werden die Gründe auseinandergesetzt, die den Erzählenden bewogen, sich dem Korps zu verpflichten. Jener realistische Zug herrscht in den folgenden Schilderungen, in den Einzelbildern aus dem Korpsleben, auch in den Probleme aufrollenden Gesprächen.

Im Mittelpunkt des Romans steht Adalbert von Buchau, der Kommilitone und Freund des Erzählers. Dieser sieht in ihm das Bild eigentümlicher Vollkommenheit, eigentümlichen Zusammenklanges zu einer Harmonie. Beschränkt er seinen Blick auf die äußere Erscheinung, so faßt er sein Urteil dahin zusammen: „Beschränkte — heißt es an der entsprechenden Stelle — ich mein Urteil auf Äußeres, so faßte ich es dahin zusammen, daß in seinem ganzen Gesicht zwar nur ein einziger Zug als vollkommener entzückte, alles aber zusammenstimmte und alles deutlich war. Das Vollkommene war der Mund Er glich dem eines einst von mir gesehenen griechischen Bildes; ich wußte damals nicht, wo ich Abguß oder Wiedergabe gesehen hatte, ich wußte auch nicht, was es für ein Bildnis war. Viel später erst erkannte ich es; ich fand den Mund am Apoll des Giebels von Olympia."

Adalbert von Buchau liebt den Herbst: „Das Jahr nimmt zwar weiter ab; — sagt er seinem Freunde — doch eine große Freudigkeit liegt auch im absterbenden Jahre und wird sich bald nach den

nächsten Wochen zeigen: das Reifen. Innere Fortschritte habe ich nur gegen Herbst gemacht."

Der Freund jagt auf galoppierendem Renner heran. Er ist zur Stelle. An der Lage, an Spuren in Gras und Boden erkennt er sogleich, wie der Sturz sich vollzogen. Er muß es sehen, wie Adalbert von Buchau unbeweglich daliegt. „Er lag ruhig, das unverletzte Antlitz dem Lichte zugewendet, das Leuchten auf seiner Stirn und seinem Blond; hinter ihnen der brennende Busch, in dem der Herbst verlohte."

Unter den Papieren des aus dem Leben Geschiedenen findet sich ein Gedicht, dessen erste Verse lauten:

Die Sonnenwendefeuer sind verglüht.
Bald flammt die Waldung wie die Feuerscheiter
Vom Herbst, der heimlich schon im Laube blüht,
Und niedergleitend gehn die Tage weiter,
Bis eine Reife ihren Zug umfängt
Mit weichem Blauen, abgeklärt und heiter

Das Bild der menschlichen Vollkommenheit und das Bild des schwellenden Herbstes schließen sich hier zu einer dichterisch geschauten Einheit zusammen. Der verborgene Herbst wohnt in dem seiner Bestimmung zureifenden Menschen. Der reifende Mensch fühlt sich dem werdenden Herbst innig verwandt. In beiden ist eine tiefe Sehnsucht nach letzter Vollendung. Diese kann ihnen nicht in der Welt des Diesseits werden. Sie sterben.

So baut sich hier auf der Grundlage realistisch dargestellter Vorgänge ein Bild gleichnishaften Sinnes auf, ein in symbolische Sphären hineinragendes Bild, das aus Naturgemälde und Menschengestaltung in eins zusammenklingt.

Der Herbst!

In stets sich wandelnden Formen steht der Herbst vor dem Dichter. Voller Herbstgedanken sind seine Gedichte, die gesammelt sind in den Bänden „Verse" (1907), „Gedichte und Szenen" (1908), „Neue Gedichte" (1911).

Der Herbst liegt mit seinem „blonden Gold" auf Wäldern und Fluren. Er ist in dem Reifen der Trauben, in dem Fest der Kelter. Er ist in dem seligen Rausch, den der Gott „mit Purpurlaub und Purpurbinden" um die Stirn, mit dem „starken Stab" in der Hand den Sterblichen schenkt. Er ist in dem Rascheln des fallenden Laubes, raunt in Alleen. Er ist aber auch in jenem Knaben

Antinous, der in sich die Welt hellenischer Schönheit verkörpert, der den Inbegriff seines Daseins so ausspricht:

Es war, wie heute: Herbst. Schon gor der Most
Von jungem Rausche nach der Traubenernte,
Und jene Zeit war, die ich meine Zeit
Am liebsten nenne, wo das Welken anhebt
Und dennoch Höhestand und Reife blühn.

In Antinous brennt eine Sehnsucht nach der Insel, die in rotem Abendschein flammt, der Züge von Vögeln zufliegen, Flamingozüge, „weiße Pelikane" und kleine singende Vögel — „mit reinen Schwingen" fliegen sie der Insel zu, wo die Tempel der Trösterinnen sind.

Ein Kahn gleitet über den Strom. Ein Silberseil schleppt nach. Eine Brücke reicht über den Strom. Antinous steht auf dem Wartturm:

Werd ich ein Toter an der Insel Strand
Zum Leben wieder auf die Augen schlagen?
Es spannt sich eine Brücke überm Strom,
Und aus dem Kahne schleppt ein Silberseil

Voll Verlangen nach jener Welt stürzt sich Antinous in die Flut.

Erreicht Antinous die selige Insel?

Eigen klingt und Klärung bringend ein andersartiges Gedicht mit diesem dramatischen zusammen:

Und stirbt der Wald, so sterben auch Menschen, wir,
Die eng mit Flur und Wäldern verschwistert sind; —
In Städten rast indes das Leben
Unnatürlichen Ganges weiter.
Dort laß sie rasen, bis sie der Lenz so müd
Betrifft: sie werden unserer Amseln Schlag
Nicht hören, wenn den Schlaf wir selig
Schütteln werden von unseren Lidern.

Der Herbst bringt den Tod. Der Mensch stirbt mit ihm. Aber die Reife des Herbstes ist nicht eine Untergangsreife allein. Zu neuem Leben erwacht der Sterbende im Lenz.

Der Kreislauf der Betrachtung führt zurück zu dem Roman „Der verborgene Herbst" Zum Ende des vorhin zitierten Gedichts, in das der Roman austönt, heißt es:

Wie aber gleicht dies Sterben dem Gebet!
Nun, da mit so gelassener Gebärde
Das Leben willig aus dem Leben geht.
Auch fallen Frucht und Blätter auf die Erde
Mitnichten eitel. Ist doch einem Teil
Gesetzt, daß es zu neuem Leben werde.
Das andere aber reicht ans letzte Heil:
Und geht nach seinem reichsten Abenteuer
Herrlich ins Ewige verglühend, weil
Rings aller Herbst zergeht im lauteren Feuer.

Aller Herbst zergeht im lauteren Feuer. Der Herbst in seinem letzten Reifen strebt höchster Vollendung zu, dem Ewigen.

Der Abend!

Durch das Unterholz scheint der Abendhimmel. Die Drossel singt ihr süßes Lied. Ein „wehmutsvoller Klang vom Leben und vom Tode der vergangenen Zeit" geht durch die „weiche Müdigkeit des Frühlingsabends" In das Meer sinkt die Sonne. Abend. Schwanengesang ertönt. Im „sagenheiligen Wasser netzt die Flügel" der „rosige Abend" Der Bergeswipfel glüht im Abendschein. Abend senkt sich auf Syrakus.

Man halte sich das Gedicht „Abendlied" gegenwärtig.

Die Fahrt geht „fern verdampfenden Küsten" zu,
Nach dem Lande hin, wo im Leuchten
Die strahlende Sonne versinkt. —
Wie sie ruft — mein Freund — und aus feuchten
Nebeln herüberwinkt! —
Es führt eine goldene Straße
Dorthin, eine grade Bahn.
Im Meere die funkelnde Gasse,
Die flimmernde, fahr ich hinan:
Ich werde durch Flammen gleiten
— Sie sind mild und brennen nicht —,
Die sich rötenden Segel breiten
Zum letzten verscheidenden Licht.
Da liegen ersehnte Räume,
Da wallen und walten weit
Die alten verlorenen Träume,
Da schläft unsre Kinderzeit
Und spielt bei dem Lied unsrer Wiege
Die erste Liebe am Hang,
Da blühn unsre Mühn, unsre Siege,
Unser Weh, unser Schwanengesang.

Dieses Abendlied ist ein schwermutvoller Gesang, dennoch aber ein Lied neuen Lebens. Das Segelschiff geht die funkelnde Gasse hinan zur Sonne, die ruft, gleitet in die Meere des Jenseitigen, Unrealen. In unreale Ebene verschimmert das Land, „wo im Leuchten die strahlende Sonne versinkt."

Auch der Abend also neigt sich einem Ewigen zu.

Die Höhen!

Der Heidehügel. Heideland. Heidekraut. Eine Wacholderreihe zieht sich zum Gipfel hinan. Sie erscheint über dem Hange „unerreichbar fern"

Oder der erste Vers der „Scala Graeca":

O blaue Bucht, auf der die Sage schwebt!
O Straße, weithin weisend ohne Ende!
O Berg, der aus dem Meere sich erhebt
Bis in den Schnee, o felsiges Gelände!

Ein leiser Akzent der Ferne oder Höhe liegt auf diesem eine unerreichbar weit scheinende Wachholderreihe tragenden Hügel, auf dem bis in den Schnee emporragenden Berge, ein Akzent, der unspürbar sachte die Perspektive in das Unendliche öffnet.

Eine unverkennbar stärker betonte sinnbildliche Note zeigt sich in dem Gedicht „Sehnsucht" Die wandernde Sehnsucht zieht der Höhe nach und will auf ihr Hütten bauen. Die Höhen selbst aber, vom aus dem Meere aufsteigenden Morgen angeglüht, leuchten.

Denn ich zog jung hinaus und sah die Welt,
War ohne Rast, bis ich euch durfte schauen,
Einst, frühen Tags, vom ersten Glast erhellt!
Da wars mir gut! Da wollt ich Hütten bauen!

Der Wanderer!

Zu diesem Motiv des Irrens, Schweifens, Wanderns kehrt der Dichter immer wieder zurück. „Der Wanderer", so ist eine Gedichtreihe der Sammlung „Neue Gedichte" überschrieben. „Vagans", „Der Pilger" sind Gedichtüberschriften aus der Sammlung „Gedichte und Szenen"

Der Wanderer durchmißt das Land der Erkenntnis, das All. Er steht erschauernd in Ehrfurcht vor der massiven Wucht des Berges, „klar von des Ewigen Hand geprägt" Er steht staunend vor dem unergründlichen Meer. Und wird immer wieder staunend davor stehn.

Denn unerschöpflich sind die Reihn,
Seit ich vor tausend Jahren stand
Und — tastend — meine ersten Weihn
In meinem ersten Staunen fand.

Der Wanderer betrachtet sinnend die Denkmäler alter hellenischer Schönheit, schreitet dem Morgen entgegen, zwingt ihn mit seiner Sehnsucht auf die Erde herab, wandert durch Gassen, in denen das Elend wohnt. Er sucht nach der Heimat. Die Heimat ist das Land unserer Sehnsucht.

Denn, wenn wir an Klippen zerschellen
Und hilflos treiben durchs wüste
Gewoge, so tragen die Wellen
Und betten uns doch an die Küste,
Uns doch in die duftenden Buchten
Der Sehnsucht, am Land, das wir suchten.

Der Wanderer, der „von Berg zu Berg, von Meer zu Meeren und weiter, Unermeßliches zu fassen, dahingezogen", kehrt heim zur Scholle:

Und am Strande
Sind wir; und wallen nieder von dem Lande;
Und schiffen sicher in den stillen Booten
Heim auf den kühlen, glatten, weißen Meeren,
Weil, so wie allen, es auch uns geboten,
Gesetzt, nach unserer Scholle heimzukehren.

Wieder werden durch den Stil die realen Umrisse sachte gelöst und gewinnen unreale Züge, hinüberschimmernd in das Ewige.

So zeigt sich, wie die Motivreihen des Herbstes, des Abends, der Höhenzüge, des Wanderns einem gemeinsamen Kulminationspunkte zustreben, eine innere Einheit bilden, daß diese Motive zu Bildern, zu Symbolen werden, die in gewandelter Form immer das Gleiche aussprechen, immer das Gleiche zu verdeutlichen, zu umschreiben suchen, gefühlstief aufklingen lassen: den Gedanken des Ewigen.

Daß Taube sich im ganzen der Art seines symbolischen Schaffens bewußt ist, geht unter anderem daraus hervor, daß er in seinen „Gedichten und Szenen" eine Gedichtreihe ausdrücklich „Symbole und Bilder" benennt. E. T. A. Hoffmann, dem alten Romantiker, weiß sich Taube zu Dank verpflichtet. Mit Hugo von Hofmannsthal, dem neuen Romantiker, stand er in Briefwechsel. Der romantische Zug des Symbolismus ist ihm eigen. Romantisch ist auch der

Zug des Traumhaften, aus dem die Bilder und Symbole aufsteigen, wie er in seinem Nachkriegsroman „Das Osterfest" ein Bild des deutschen Träumers entwirft.

O Traum, o über jegliches Verlangen
Berückendes, beglückend weiches Lied,
Wär ich von Dir gewiegt und ganz befangen,
Wenn meine Seele gegen Abend zieht!
O wieder solltest Du dann summend singen,
Indes die Augen wieder Süden sehn
Und meinen Purpur, da die Adern springen,
In Meer und Himmel leuchtend übergehn!

Wiederum mit dem Bild des Abends verbindet sich der Traum:

Und will der Tag sich gegen Abend neigen,
Und ist der Himmel purpurn aufgeloht,
Sing mir zuletzt aus den Orangenzweigen
Dein summend Lied voll Träumerein und Tod.

Auch mit dem Motiv des Herbstes verbindet sich der Traum: Des „Herbstes holde Bahn" geht es durch die „lang dahingestreckten Grachten" Man landet am Ufer.

Dort suche dir in gelblichen Alleen
Den allerreichsten noch belaubten Baum,
Daran zu lehnen und hinabzusehen
Ins dunkle Wasser und in deinen Traum.

Die romantischen Züge indessen wachsen, wenigstens im Roman, z. T. auch in den Gedichten, wie dargetan wurde, auf dem Grunde einer sachlich-realistischen Darstellungsweise empor.

Wie aber die geschilderten Motive allgemach der Versinnbildlichung des Ewigen zustreben, so erwacht auch die Sehnsucht und das große Fragen nach Gott, wie dieser Zug ja vielfach sich durch die moderne deutsche Literatur bewegt.

Sein Gedicht „Der Göttervernichter" schließt Taube mit den Worten:

Ja, du bist ganz allein,
Wenn du um dich schaust;
Und du bist klein,
Schaust du in dich,
Göttervernichter!
Suche Gott, Mensch, suche Gott!

Der estnische Sozialismus am Scheidewege

Von Siegmund Klau

1.

Vor nicht allzulanger Zeit erschien im „Waba Maa", dem Organ der auf dem linken Flügel der estnischen bürgerlichen Parteien stehenden Arbeitspartei, nach einem in der Staatsversammlung stattgehabten heftigen Zusammenstoß zwischen dem derselben Partei angehörenden derzeitigen Staatsältesten Otto Strandmann und den Sozialisten ein bissiger, mit recht giftigen Spitzen gegen den estnischen Sozialismus ausgestatteter Artikel, in dem u. a. die Behauptung aufgestellt wurde, man könne die estnischen Sozialisten in zwei Kategorien einteilen: in solche, die ihrer innersten Überzeugung nach eigentlich Kommunisten seien, aber nur nicht den Mut besäßen, sich als solche zu bekennen, und in solche, die im Grunde bürgerlich gesinnt seien, ohne jedoch zu wagen, dieses sich selber und anderen einzugestehen. Was diese letzten Endes völlig heterogenen Elemente dennoch in einer Partei zusammenhalte, sei die „Diktatur der Phrase"

Auch wenn man nicht geneigt ist, derlei polemisch-rhetorische Fechterkunststücke allzu tragisch zu nehmen, wird man doch auch bei Betrachtung der Dinge von einer höheren Warte aus nicht ableugnen können, daß ein kleines Körnchen Wahrheit auch in diesen galligen Ausführungen steckt. Der Autor hat jedenfalls in treffender Weise jene drei Faktoren angedeutet, die heute in der Tat die Entwicklung und das Schicksal nicht nur des estnischen Sozialismus, sondern mehr oder weniger auch aller anderen sozialistischen Parteien maßgebend bestimmen: den Kommunismus, den bürgerlichen Radikalismus und als drittes „die Phrase", d. h. die sozialistische Doktrin. Vollkommen richtig hat der Autor auch den inneren Zwiespalt erfühlt, der sich als Ergebnis des Gegeneinanderwirkens jener drei Faktoren heute durch das Wesen und das Denken des staatsbejahenden Sozialismus zieht.

Wir haben unlängst Gelegenheit gehabt, an dieser Stelle ausführlicher auf diese Schicksalsgestaltung des heutigen Sozialismus einzugehen*). Neben das marxistische Stammgut der sozialistischen

*) Vgl. S. Klau: Die heutige Lage des Sozialismus, Baltische Monatsschrift 1930. S. 585.

Ideologie sind im praktischen Denken des Sozialismus schon frühzeitig aus der Gedankenwelt des individualistisch-humanitären bürgerlichen Liberalismus entlehnte ideologische Elemente gestellt worden, die mit jenem in keinem inneren Zusammenhang, ja z. T. in einem unverkennbaren Gegensatz standen. Schon das mußte einen inneren Zwiespalt, eine innere Zersetzung des politischen Denkens zur Folge haben. Die Entwicklung drängte die sozialistischen Parteien dann aber mehr und mehr auch in eine Doppelstellung hinein: Sie wollten einerseits Klassenparteien des Arbeiterproletariats und in dessen Namen Wegbahner einer neuen Gesellschaftsordnung sein, und hierzu war die marxistische Weltanschauung das gegebene und geeignete ideologische Instrument; sie sahen sich zugleich aber gezwungen, sich zu allgemein politischen Staatsparteien in einem auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung beruhenden und mit dieser verwachsenen Staat zu entwickeln; und es lag nur allzu nahe, sich für diese Rolle der ihnen im ganzen handgerechten und gerade für diesen Zweck ausgebildeten Gedankengänge und Methoden des bürgerlichen Liberalismus zu bedienen.

Es liegt klar auf der Hand, daß diese Doppelrolle auf die Dauer unhaltbar ist. Die Folge war, daß die praktische Politik des Sozialismus etwas Unstetes, Schwankendes und Zweideutiges erhielt, was die Gegner gern als „Phrase", „Demagogie" und Doppelzüngigkeit hinstellen, was aber in Wahrheit nur der äußere Ausdruck einer inneren Zwiespältigkeit sowohl in der Grundlegung, wie in der Zielsetzung ist.

Dieser Zwiespalt konnte noch einigermaßen überbrückt — oder richtiger: maskiert werden, solange die sozialistischen Parteien sich noch in die Stellung grundsätzlicher Oppositionsparteien gedrängt sahen und nicht in die Zwangslage kamen, die Verantwortung für das Staatsganze mitzutragen. Seitdem aber jene Mehrheit der sozialistischen Parteien, die sich im entscheidenden Augenblick der Revolutionsperiode für die Erhaltung des bürgerlichen Staats und gegen den gewaltsamen sozialen Umsturz entschieden hatte, durch den Ablauf der Dinge gezwungen worden ist, die Verantwortung für das Staatsganze und das Gesamtwohl in sehr starkem Maße mit zu übernehmen, ja vielfach als stärkste und bestorganisierte staatserhaltende Partei in allererster Reihe vor allen anderen zu übernehmen; seitdem durch den Einbruch des Kollektivismus auch in das bürgerliche politische Denken das alte Parteischema gesprengt und über den Haufen geworfen worden ist und neue Parteibildungen

entstanden sind, die sich in dieses Schema überhaupt nicht mehr einfügen lassen; seitdem endlich im weiteren Verlauf dieser Entwicklung die marxistische Mauer um das Arbeiterproletariat durchbrochen worden ist und der Sozialismus sein bisheriges Monopol auf die alleinige Vertretung der Arbeiterschaft, ihrer Interessen und Standpunkte eingebüßt, sich dafür jedoch durch ein starkes Vordringen auf bisher nur dem Einfluß bürgerlicher Parteien ausgesetzte Gebiete mehr als reichlich entschädigt hat; — seitdem all dieses sich in einer solchen Weise gestaltet hat, läßt sich jener Zwiespalt in keiner Weise mehr verhüllen und tritt je länger, desto greller und augenfälliger hervor. Der Zeitpunkt kann nicht mehr fern sein, in dem der Sozialismus sich endgültig vor das entscheidende Dilemma gestellt sieht: „Klasse oder Staat?"; in dem er sich endgültig wird entscheiden müssen, welchen Weg er hinfort einschlagen soll: den einer Interessenvertretung des Arbeiterproletariats, oder den einer staatspolitischen Gesinnungsgemeinschaft? Welchen Weg er auch wählt, die Entscheidung wird in jedem Fall — wenn auch nur vorübergehend — zugleich eine Einbuße an Anhang und Machtpositionen für ihn mit sich bringen müssen. Es ist darum verständlich, daß die Taktik der sozialistischen Parteien darauf gerichtet ist, dieses Dilemma so lange als irgend möglich hinauszuschieben und die Dinge möglichst lange in der Schwebe zu halten. Soviel Kunst und Geschick aber auch für diesen Zweck aufgewandt werden mag, es kann sich jedenfalls hier nur um verhältnismäßig kurze, begrenzte Zeiträume handeln.

Dies ist der heutige Stand der Dinge. Diesem Ablauf ist in allen wesentlichen Punkten auch die Entwicklung des estnischen Sozialismus gefolgt. Doch lassen sich hier immerhin einige Besonderheiten des Entwicklungsganges feststellen, die teils durch die besonderen Faktoren, deren Einwirkung der estnische Sozialismus ausgesetzt gewesen ist, teils durch die allgemeine Entwicklung des estnischen Parteiwesens bedingt sind und letzten Endes dazu geführt haben, daß jener obenerwähnte Zwiespalt hier vielleicht stärker hervortritt und das entscheidende Dilemma rascher und schroffer hervorzurufen droht, als sonst.

2.

Es ist für die Entwicklung des estnischen Sozialismus sehr bedeutsam geworden, daß die Staatsgewalt, gegen die er sich seit seiner Entstehung in Opposition und Kampfstellung befand, gerade diejenige des zarischen Despotismus und seiner willkürlichen und korrupten Beamtenschaft war, gegen die sich sowohl die marxistische,

wie die liberale Komponente in der Brust des Sozialismus mit besonderem Ingrimm aufbäumen mußte. Dieser Groll scheint sich so tief in das Denken und Empfinden des estnischen Sozialismus eingefressen zu haben, daß sich ihm schließlich unterbewußt und instinktiv nicht nur diese Regierung, sondern jegliche Administrativgewalt an sich — wenigstens solange sie sich in bürgerlichen Händen befindet — als etwas Feindseliges und Verabscheuenswürdiges darzustellen scheint. Jedenfalls klingen bis auf den heutigen Tag in der parlamentarischen Opposition des estnischen Sozialismus nicht selten Untertöne dieser Art an, die den Eindruck erwecken, als ob die sozialistische Partei im tiefsten Grunde ihres Herzens selbst der nach allen Regeln der vom Sozalismus doch selbst kanonisierten und bis aufs Jota verteidigten Demokratie kreierten Administrativgewalt mit demselben unüberwindlichen Mißtrauen und demselben Abscheu gegenübertritt, wie der zarischen Administration. Für den unbeteiligten Zuschauer ergibt sich dadurch in der Tat leicht das Bild einer weitgehenden Ähnlichkeit in der Art des Auftretens des Sozialismus und des Kommunismus der ausführenden Staatsgewalt gegenüber.

Der Sozialismus im absolutistisch regierten Rußland mußte eben das, was derjenige des Westens bereits fertig als seinen gegebenen Ausgangspunkt vorfand, in langer und mühsamer Arbeit als sein erstes und dringendstes Arbeitsziel erst schaffen helfen. Das gemeinsame Wegstück mit dem bürgerlichen Radikalismus war also hier viel länger als dort; die bürgerlich-radikale Komponente in der Ideologie des estnischen (ähnlich wie in der des russischen) Sozialismus erhielt so von vornherein einen starken Auftrieb. Dafür durfte sich aber der Sozialismus des Ostens mit der Hoffnung trösten — die durch den weiteren Verlauf der Dinge auch bestätigt worden ist —, daß es weit leichter möglich sei, ein neuentstandenes Staatswesen von vornherein sozialistisch zu beeinflussen, als ein altes, das auf eine lange Geschichte zurückblicken kann und durch den Reichtum an staatlichen Traditionen gegen einseitige Einflüsse stärker gepanzert ist.

Aber auch noch in einer zweiten Richtung hat die zarische Periode den estnischen Sozialismus maßgebend beeinflußt, und zwar wiederum in einer Weise, die den ideologischen Abstand zwischen dem Sozialismus und den bürgerlichen estnischen Parteien verringern mußte. Die zarische Regierung war in Estland land- und volksfremd und hat das Land stets — am augenfälligsten aber gerade in den letzten 40 Jahren seiner Herrschaft, also gerade in der Epoche der Entstehung des estnischen Sozialismus — als eine mit Waffen-

gewalt unterworfene, wesensfremde Kolonie behandelt. Andrerseits mußte die Struktur und das geistige Gesicht Rußlands einem seit Jahrhunderten in den mitteleuropäischen Kulturkreis eingeordneten Lande und Volk stets wesensfremd-asiatisch erscheinen, nicht zum wenigsten auch dem Sozialismus, einer doch auf dem Kulturboden Mitteleuropas erwachsenen geistigen Bewegung. Das Erbe des Zarismus aber trat in Rußland der in seinen Methoden nicht minder asiatische und dem Sozialismus nicht minder verhaßte Kommunismus an. Zugleich trugen in dem vorwiegend agrarischen Estland die sozialen Spannungen ebenfalls einen vorwiegend agrarischen Charakter, und die Grenzen der sozialen Schichtungen fielen hier fast durchweg mit einer nationalen Grenze zusammen.

Aus alledem ergibt es sich, daß der estnische Sozialismus schon in der ersten Zeit seiner Entwicklung in mehrfacher Hinsicht eine besondere Färbung erhalten mußte, die dem Sozialismus anderer Länder (sofern dort nicht die gleichen Verhältnisse obgewaltet haben, wie z. B. in Lettland) eigentlich fremd ist.

Der estnische Sozialismus hat sich unter dem Einfluß der oben geschilderten Tatsachen dem Gedanken einer staatlichen Verselbständigung des Landes, die realpolitisch natürlich nur in der Form eines bürgerlich-kapitalistischen Staatswesens denkbar war, zustimmend gegenübergestellt und an seiner Verwirklichung (wenn auch nicht ohne einiges Schwanken) tätigen Anteil genommen, also den bürgerlichen Staat in einer weit innerlicheren und kräftigeren und darum auch verpflichtenderen Weise bejaht, als irgend eine der sozialistischen Parteien Mittel- und Westeuropas. Zugleich hat aber der estnische Sozialismus aus dieser seiner Jugendperiode nicht nur eine starke agrarsozialistische, sondern auch eine starke nationale Note mit auf den Weg bekommen. Dadurch erklärt sich die merkwürdige Tatsache, daß dieselbe sozialistische Partei, in deren Reihen die völkischen Minderheiten Estlands mit dankbarer Anerkennung — wie übrigens auch in den Reihen mancher bürgerlichen Partei — mehr als einen Verteidiger des Anrechts der völkischen Minderheiten auf ein nationales und kulturelles Eigendasein namhaft machen können, uns doch von Zeit zu Zeit durch Töne eines unverkennbaren nationalen Chauvinismus in Erstaunen versetzt, freilich bezeichnenderweise fast stets in agrarischen Angelegenheiten, also dort, wo die sozialen Gegensätze der Vergangenheit in irgendeiner Weise hineinspielen. Dem Wert und der Bedeutung der deutschen Kultur und

der deutschen Sprache für den Osten bringt der Sozialismus Estlands jedenfalls weit mehr Verständnis entgegen, als irgendeine andere der estnischen Parteien.

Es ist klar, daß diese entschieden staatsbejahende Einstellung des estnischen Sozialismus, aber auch sein agrarischer und nationaler Charakter ihn den bürgerlichen estnischen Parteien stark annähern mußte. Es ist aber nicht minder klar, daß alle diese Besonderheiten in einem unverkennbaren Gegensatz zur marxistischen Doktrin standen, die die Partei keineswegs aufgegeben hat, die vielmehr — insbesondere von ihren Theoretikern — mit orthodoxer Treugläubigkeit festgehalten wird, und daß infolgedessen der innere Zwiespalt im politischen Denken und die äußere Zweideutigkeit im politischen Handeln des Sozialismus sich gerade in Estland stark vertiefen mußten.

3.

Mit der Errichtung der Selbständigkeit des Freistaats Estland tritt eine neue Reihe von Faktoren in Erscheinung, die die Entwicklung des estnischen Sozialismus maßgebend bestimmen.

Als die erste für die Entwicklung des Sozialismus in dieser Zeit bestimmende Tatsache erscheint uns die eigenartige Umbiegung, die ihr „Agrarsozialismus", ihre Einstellung zur agraren Frage in dieser Periode erlitten hat. Während der ersten Zeit der „Agrarreform" — oder richtiger: Agrarrevolution — war die sozialistische Partei geneigt, ihrer Doktrin gemäß auch in der Landwirtschaft die Beibehaltung der Großbetriebe zu befürworten, was sowohl ihrer Neigung zur Zentralisation, als auch ihrem taktischen Interesse an die Proletarisierung möglichst weiter Bevölkerungsschichten zweifellos am meisten entsprach. Die agrare Umwälzung hätte sich nach diesem Schema auf die einfache Konzentrierung des Großgrundbesitzes in der Hand des Staats beschränkt, die den Sozialismus mit einem Schlage zweier seiner marxistischen Ziele — der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und der Proletarisierung der Landbevölkerung — um einen mächtigen Schritt näher gebracht hätte. Der Durchbruch des elementaren Willens zum bäuerlichen Eigenbesitz — wohl auch in den Massen der sozialistischen Wählerschaft selber — zwang jedoch den Sozialismus, gleich den bürgerlichen Mittelparteien seine Agrarpolitik von Grund auf umzustellen, und zwar im Sinn einer Anerkennung des privaten Kleingrundbesitzes — eine äußerst schwerwiegende und folgenreiche Konzession an das bürgerliche (oder genauer: kleinbürgerliche) wirtschaftliche Denken. Im Gegensatz zur

Stadt, wo er noch immer seiner Doktrin getreu den industriellen Großbetrieb gegenüber dem Kleinbetrieb bevorzugt und fördert, vertritt er nunmehr auf dem Lande eine möglichst radikale und weitgehende Zerstückelung und Aufteilung des Grundbesitzes, und sein besonderer Schutz erstreckt sich nicht nur auf die landlose Landarbeiterschaft, das eigentliche agrarische Proletariat, sondern auch auf die landarmen Elemente und die landischen Zwergwirtschaften der ehemaligen Gutsarbeiter, Badstüber, Ackerbürger der Flecken und die kleinsten der Kleinbauern. Dank dieser radikalen Umstellung ist es den Sozialisten gelungen, sich als einzige nicht rein-agrarische Partei neben den Parteien der Landwirte und der Ansiedler auf dem flachen Lande zu behaupten und sich einen ansehnlichen Anhang zu erhalten. Mit Recht können sich die Sozialisten heute rühmen, daß sie heute in Estland die einzige Partei sind, die auf dem Lande wie in der Stadt gleich stark verwurzelt ist und städtische wie landische Interessen in gleicher Weise umfaßt. Diese einzigartige Position gibt ihnen nicht nur eine starke äußere Machtstellung, sondern auch ein sehr ernstes politisches Schwergewicht. Diese Position ist aber um einen Preis erkauft, der nicht billig ist; denn um ihretwillen hat der Sozialismus zum ersten Mal mit eigener Hand in seiner marxistischen Burgmauer ein Pförtchen geöffnet, durch das kleinbürgerliches Denken bis ins Innere seiner Ideologie vordringt. So willkommen und wichtig dieser ländliche Anhang für die Machtentfaltung der Partei ist, ein so zweifelhaftes Geschenk ist er für ihre Ideologie, da diese Massen ihrer ganzen Art und ihrem Wesen nach nie proletarisch oder gar marxistisch, ja nicht einmal bürgerlich-radikal, sondern stets nur „agrarisch-kleinbürgerlich" zu denken und sich nur agrarisch-kleinbürgerliche Ideale zu setzen vermögen.

Dieser Umstand gewinnt eine besondere Bedeutung durch eine zweite Tatsache: die Abwehrstellung, in die der Sozialismus durch das Auftreten des Kommunismus gedrängt worden ist. Zum ersten Mal sieht der Sozialismus sich nicht nur von rechts, sondern auch von links durch einen ernsten Gegner bedroht. Die unausgesetzte Wühlarbeit des Kommunismus bedroht andauernd nicht nur die Unabhängigkeit und das Dasein des Staats und damit auch das Dasein der sozialistischen Partei, die diesen Staat, wie wir wissen, mit besonderer Entschiedenheit bejaht hat und vom Kommunismus bekanntlich fast noch bitterer gehaßt wird, als das Bürgertum, sondern entzieht dem Sozialismus auch immer wieder seinen natürlichen Wurzelboden. Immer wieder entgleitet das industrielle Proletariat

der größeren Städte infolge der Entstehung kommunistischer oder halbkommunistischer linksradikaler Gruppierungen dem orthodoxen Sozialismus.

Diese Sachlage macht den Kampf gegen den Kommunismus zu einer der wichtigsten Aufgaben des Sozialismus. Da dieser jedoch kraft seines liberal-humanitären „Pazifismus" und der „Solidarität des sozialistischen Proletariats" jede Anwendung repressiver Maßnahmen gegen den Kommunismus — bei dem es sich doch letzten Endes auch um „sozialistische Genossen" handelt! — mit Entschiedenheit ablehnt, so bleibt ihm nur die Möglichkeit, diesen Kampf mit den Mitteln des Wortes und der Propaganda zu führen. Es muß unumwunden zugegeben werden, daß die sozialistische Partei diesen Kampf bisher mit einem solchen Geschick und einem so bedeutenden Erfolge zu führen verstanden hat, daß ihre Mitwirkung bei der Bekämpfung des Kommunismus in Estland schlechterdings unentbehrlich geworden ist. Es ist ihr bisher gelungen, wenn auch nicht die Massen des städtischen Proletariats, so doch alle Zentren seiner Organisation im ganzen fest in der Hand zu behalten und bereits zu wiederholten Malen halbkommunistische und links-radikale Gruppen, die links von ihr entstanden waren — in der Regel freilich erst dann, wenn deren Festigkeit bereits durch die strafrechtlichen Pressionsmaßnahmen des Staats erschüttert und gelockert war — aufzusaugen und so gründlich und restlos zu „verdauen" und sich einzuordnen, daß die ehemaligen Führer dieser Gruppen heute innerhalb der sozialistischen Gesamtpartei nicht einmal ihrem linken Flügel zuzurechnen sind. Zweimal hat dieser Aufsaugungsprozeß, durch den kommunistisch beeinflußte und verseuchte Elemente für staatspolitisches und staatserhaltendes Denken zurückgewonnen worden sind, sich bereits vollzogen, und die sozialistische Partei rüstet sich eben zum dritten Mal, ihn zu wiederholen. Derartiger Erfolge auf diesem Gebiet dürfte sich wohl keine andere Partei Europas rühmen können. Aber der kommunistischen Hydra wachsen die Köpfe stets von neuem nach, und der Kampf muß stets erneut wieder begonnen werden.

Dieser dauernde Abwehrkampf gegen den Kommunismus mußte unvermeidlich auch auf die praktische Ideologie des Sozialismus zurückwirken. Der Wunsch, die kommunistischen legalen Deckgruppen aufzusaugen und die radikalen und mißvergnügten Wählermassen des Kommunismus wieder zu gewinnen, mußte den Sozialismus veranlassen, in seinen Kundgebungen und in seiner Taktik, wenn auch nicht im Kern seiner Politik, möglichst radikale Töne anzu-

schlagen. Die fortschreitende Radikalisierung der sozialistischen Propaganda jedoch muß in ihren Auswirkungen dazu beitragen, die ihr ausgesetzten Wählermassen andauernd zu radikalisieren und aufzuputschen und sie damit doch wieder, wenn die Aufmerksamkeit der sozialistischen Parteiorganisation auch nur für einen Augenblick erschlafft, der kommunistischen Agitation, die den radikalsten Radikalismus der Sozialisten jederzeit mühelos zu überbieten imstande ist, leicht zugänglich zu machen.

Während aber die Propaganda des Sozialismus diesem Prozeß der Radikalisierung ausgesetzt ist, mußte seine Ideologie den umgekehrten Weg gehen. Jenes wiederholte Entgleiten des städtischen Proletariats und der an Zahl mehr als reichliche Ersatz dieses Ausfalls durch den Zustrom von Elementen des Literatenstandes und Kleinbürgertums mußte die bürgerlich-radikale Komponente der sozialistischen Ideologie auf Kosten der marxistischen verstärken. Zu demselben Ergebnis mußte aber der Kampf gegen den Kommunismus auch unmittelbar führen: denn der Angriff des Sozialismus konnte sich natürlich nicht gegen die extrem-marxistischen Elemente des Kommunismus richten, sondern nur gegen die antidemokratische Einstellung des Kommunismus. Der Sozialismus sah sich nun plötzlich genötigt, dem Kommunismus gegenüber als der erklärte Vorkämpfer der bürgerlichen Staats- und Gesellschaftsordnung aufzutreten. Und da der Kommunismus ja bekanntlich ohnehin bereits gern mit der Behauptung am Platz ist, der „sozialverräterische" Sozialismus — oder, um ihn noch grauenvoller zu brandmarken, der „Sozialfaszismus" — habe sich zum gedungenen Söldner und Leibwächter des bürgerlichen Kapitalismus herabgewürdigt, war es taktisch am günstigsten, sich zum Glauben zu zwingen, oder sich doch wenigstens den Anschein zu geben, als sei die Demokratie gerade von rechts her, durch die bürgerlichen Parteien, ernstlich bedroht und gefährdet und als stände allein der Sozialismus ritterlich auf der Wacht dieser für die Erreichung seiner Zwecke unentbehrlichen Staatsordnung. In Wirklichkeit dürfte es natürlich gerade dem Sozialismus nicht schwer fallen festzustellen, daß die heute vorherrschende, auf dem Staats- und Parlamentsabsolutismus begründete atomistische parlamentarische Pseudodemokratie der politische Exponent des Hochkapitalismus ist.

4.

Die blinde Einschwörung des Sozialismus auf die bürgerliche „Demokratie" droht in der estländischen Verfassungsfrage zu sehr ernsten politischen Konsequenzen zu führen.

Die estländische konstituierende Versammlung hat unter eifriger Mitwirkung des Sozialismus seinerzeit dem Lande eine Verfassung beschert, die selbst im Rahmen des „modernen" Parteiparlamentarismus Anspruch darauf erheben kann, der ultramodernste und ultraradikale dernier cri zu sein, der jeden Gedanken bis auf seine letzte Spitze treibt. Zwölf Jahre lang hat das Land die Segnungen einer Verfassung genossen, die jeden stabilen Punktes entbehrt, alles in einen steten und unablässigen kaleidoskopischen Fluß bringt, jede stetige und konsequente Politik auf lange Sicht unmöglich macht und das Land der unbeschränkten Willkür einer parlamentarischen Parteioligarchie ausliefert, der gegenüber der Staat und der Bürger gleich schutzlos sind. Mit der wachsenden Ernüchterung aus dem ersten Freiheitsrausch hat die Erkenntnis mehr und mehr an Boden gewonnen, daß zur Sicherung des Daseins und der gesunden Fortentwicklung des estländischen Freistaats eine grundlegende Reform der Verfassung unerläßlich ist, die die Möglichkeit einer stabilen und konsequenten Politik auf lange Sicht sicherstellt und die Regierung, den Wähler und den gewählten Volksvertreter vom unerträglichen Druck der Vorherrschaft der Parteileitungen, der Parteitaktik und des Parteiinteresses befreit. Die Verfassungsreform ist heute in Estland wohl die wichtigste und dringendste staatspolitische Aufgabe des Tages; um so bedauerlicher ist es, daß eine so große und so ernst zu nehmende Partei, wie die sozialistische, sich anzuschicken scheint, die bestehende Verfassung, deren Lücken und Mängel durch die Erfahrungen eines Jahrzehnts bloßgelegt worden sind, bis aufs Jota zu verteidigen.

Sollte die Verfassungsreform, die nicht um ein Zollbreit vom Boden wahrer Demokratie abzuweichen braucht, am Widerstande der sozialistischen Partei scheitern, so würde diese sich dadurch mit einer schweren und verhängnisvollen Verantwortung für die Zukunft des Landes belasten

Die Spannung innerhalb des Sozialismus zwischen der nach rechts neigenden Ideologie und der nach links blickenden Propaganda kann natürlich nicht ins Unendliche ausgedehnt werden. Früher oder später muß der Augenblick eintreten, in dem die überspannte Feder bricht und die ganze Masse nach der einen oder nach der

anderen Seite zurückschnellt. Für die weitere Entwicklung wird es entscheidend sein, was in diesem Augenblick stärker ist: das parteitaktische Interesse und der proletarische Klassengeist oder das staatspolitische Verantwortungsgefühl.

Auch eine Reihe anderer Zwiespältigkeiten ähnlicher Art, die zwar ihre Entstehung nicht unmittelbar dem Abwehrkampf gegen den Kommunismus verdanken, erhalten durch das Dasein und die bedrohlich überschattende Stellung des Kommunismus eine besondere Beleuchtung und Bedeutung.

Das gilt insbesondere von der ablehnenden Einstellung des Sozialismus zur äußeren und inneren Landesverteidigung. Die hierfür vorgebrachten Argumentationen zeichnen sich durch eine so unschuldige Naivität aus, daß es schwer fällt, sie ganz ernst zu nehmen, und noch schwerer zu glauben, daß der Sozialismus sie ganz ernst nimmt, zumal sie einander fein säuberlich gegenseitig aufheben. „Das Land ist viel zu klein und seine Wehrmacht viel zu schwach, um einem ernstlichen Angriff dauernden Widerstand zu leisten", so heißt es, „darum beruhen seine Hoffnungen für die Erhaltung seiner politischen Unabhängigkeit einzig und allein auf einer aktiven Außenpolitik, die ihm für den Augenblick der Gefahr den Schutz Stärkerer sichert" Nun wird also ernstlich mit der Möglichkeit eines Angriffs gerechnet; übersehen wird nur, daß auch bei diesem System das Land sich gegen einen Angriff wenigstens solange aus eigener Kraft muß behaupten können, bis die erhoffte auswärtige Hilfe in Wirkung treten kann. „Außerdem", heißt es aber weiter, „hat nur der einen Angriff zu befürchten, der selber aggressive Dinge im Schilde führt. Den Wehrlosen und Friedlichen greift niemand an. Darum ist eine eigene Wehrmacht nicht nur überflüssig, sondern sogar schädlich, da sie den präsumptiven Angreifer nur reizen und bei ihm den Eindruck hervorrufen kann, als führe man selber Böses im Schilde. Der Abbau der Wehrmacht aber würde es möglich machen, die für sie aufgewandten, sehr beträchtlichen Mittel produktiven Zwecken zuzuführen" (als wenn es etwas auch im wirtschaftlichen Sinn Rentableres gibt, als äußere Sicherheit und innere Stabilität der politischen Verhältnisse). Eine Perle pazifistischer Deduktion — leider nur auf irrigen Voraussetzungen beruhend! Da aber die estnische Sozialisten selber trotz aller Deklamationen viel zu real denken, um sich über die Gefahren einer einseitigen Abrüstung eines kleinen, an einer uralten Völkerstraße sitzenden Völkchens inmitten einer waffenstarrenden Welt irgendwelche

Illusionen zu machen, so haben sie bisher — auch als die Führung der Regierung in ihrer eigenen Hand lag — keinerlei ernstliche Aktion in der Richtung einer auch nur teilweisen Entwaffnung zu unternehmen gewagt, sondern sich auf ein kraftloses und unfruchtbares, aber keineswegs ungefährliches Murren und Frondieren gegen das Heeresbudget und die Wehrverfassung beschränkt. Nicht viel anders ist ihr Standpunkt auch der inneren Landesverteidigung gegenüber. Ohne zu leugnen, daß das staatliche Eigendasein und die innere Ordnung des Landes auch von innen heraus ständig gefährdet sind, halten die Sozialisten es für ihre Ehrenpflicht, von Zeit zu Zeit mit feierlichen Protesten gegen die Fortdauer des Kriegszustandes, der in der Landeshauptstadt und in einigen Grenzbezirken, wie Erfahrungen übelster Art beweisen, vorläufig noch aufrechterhalten werden muß, sowie gegen die staatliche Unterstützung des zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung bestimmten Schutzkorps hervorzutreten, welch letzteres ihnen übrigens schon als eine bewaffnete Organisation des Bürgertums und eventuelle Waffe eines eventuellen „Faszismus" sehr verdächtig ist. Dennoch sind die Sozialisten bisher in keiner der beiden Richtungen über bloße Deklamationen hinausgegangen, ja sie haben es sogar in der Zeitspanne, während deren die Leitung der Regierung Estlands in ihren Händen ruhte, mit ihrer Überzeugung nicht für unvereinbar gehalten, sowohl die Verlängerung des Kriegszustandes, als die Bewilligung der fälligen Jahressubvention des Schutzkorps vom Regierungstisch aus zu beantragen, und, nachdem sie von der Rednertribüne selber gegen diesen ihren Antrag opponiert hatten, ihn auf den Bänken der Fraktion anzunehmen.

Es ist klar, daß der Sozialismus sich auch hier in unvereinbare Widersprüche verwickelt, die nicht dauernd in dieser Weise aufrechterhalten werden können, und um erhoffter parteitaktischer und parteipropagandistischer Zwecke willen — indem er glaubt, dem Kommunismus dadurch das Wasser abgraben zu können — in Wirklichkeit diesem die Wege ebnen hilft, ja sogar direkt die Geschäfte des Kommunismus besorgt. Denn die Vorteile dieser Haltung erntet letzten Endes natürlich nur der Kommunismus.

Inwieweit die Entwicklung des estnischen Sozialismus durch die allgemeine Entwicklung des estnischen Parteiwesens mitbestimmt worden ist, muß einer besonderen Darstellung der charakteristischen Entwicklungsmomente des estnischen Parteiwesens vorbehalten werden.

Ein Kapitel aus den baltischen Pastorenprozessen

(Erinnerungen von weil. P emer. Friedrich Meyer)

(Schluß*)

Statt auf die oben genannte Darstellung und durch im Senat sitzende Personen etwas zu hoffen, ward mir nun von anderer maßgebender Seite gesagt: Jetzt, nachdem ich beim Gouverneur nichts erlangt hätte (wo ich ja auch nichts erlangen konnte), sei der rechte Moment gekommen, den letzten Schritt zu tun — mich an den Kaiser selbst zu wenden; die Wege seien mir dahin geebnet, daß meine Immediateingabe nicht an die Bittschriftenkommission gehe (wo sie doch unterdrückt werden würde), sondern daß sie unmittelbar in Se. Majestät Hände gegeben würde, nämlich durch den Vertrauten des Kaisers, den Generaladjutanten Richter. Nicht leicht entschloß ich mich dazu, tat es aber doch, um mich weiserem Rat folgsam zu zeigen. So ging denn am 26. Oktober 1892 die Bittschrift an Alexander III. ab, in folgendem Wortlaut:

Großmächtigster,

Eurer Kaiserlichen Majestät naht sich ein schwer bedrängter Untertan. Ich bin ein zu empfindlicher Strafe verurteilter luth. Pastor. Im vorigen Jahr habe ich bereits eine halbjährige Suspension abgebüßt für Amtshandlungen an Personen, die von der orthodoxen Kirche zwar als Glieder in Anspruch genommen werden, selbst sich nicht als Glieder dieser Kirche bekannten und jahrelang unbehelligt zu meiner Gemeinde gehörten. Ich war, gleich ihnen selbst, der Überzeugung, sie vor Gott und den Menschen zu meiner Gemeinde zählen zu dürfen. In diesem Jahre bin ich hierfür zur Kassation mit dreimonatlicher Gefängnishaft und in die Gerichtskosten verurteilt worden, habe aber gegen dieses Urteil appelliert. Während ich nun noch im Amte blieb, hat es sich ereignet, daß ich seit dem 24. März d. J. wieder drei Paare zu trauen hatte, von denen je ein Teil von der orthodoxen Kirche in derselben Weise für sich beansprucht worden ist, ohne daß dieselben innerlich zu ihr gehören oder auch nur äußerlich zu ihr gehören wollen. Sie sind durch das Sakrament der luth. Kirche beigetreten zu einer Zeit, als die höchste Staatsgewalt dem kein Hindernis in den Weg legte, und sind in dieser Kirche seitdem unbehelligt mit Gotteswort und Sakrament bedient worden. Unter solchen Umständen verbietet mir mein Gewissen, ihnen die verlangte kirchliche Trauung zu

*) Vgl. oben S. 616 (Heft 10).

verweigern, und dafür steht mir zweifellos wieder schwere Strafe bevor. — In meiner Not habe ich bei Seiner Exzellenz, dem Herrn Livländischen Gouverneur, Rat und Hilfe gesucht, aber keine gefunden. Ich wurde auf den Buchstaben des weltlichen Gesetzes verwiesen. Auf eben dieses Gesetz hatte ich selbst die betreffenden Personen aufmerksam gemacht und hatte sie an die betreffenden orthodoxen Geistlichen verwiesen. Aber sie haben, als Lutheraner, die bei ihrem Bekenntnis und ihrer Kirche bleiben wollen, es von mir als ihr Recht gefordert, daß ich sie bedienen soll. Die Strafe die mir droht, ist mir nicht so schmerzlich, wie der böse Schein, als wollte ich meiner Obrigkeit ungehorsam sein, für welche ich seit 44 Jahren als evangelischer Pastor in Kirche und Haus gebetet habe, das Wohl meines Herrn und Kaisers auf dem Herzen tragend. Denn der Schein ist da, als ob ich mutwillig gegen Recht und Gesetz handelte und der Gemeinde damit ein verwerfliches Beispiel gäbe, während ich doch nur gewissenhaft meiner Amtspflicht nachgelebt zu haben fest überzeugt bin.

In dieser Bedrängnis meines Herzens nehme ich meine Zuflucht zu Ew. Majestät landesväterlichem Herzen. Ich bitte vor Gott, daß Ew. Majestät Abhilfe schaffen wollen in dieser Not des Herzens und des Gewissens, in die ich mit so vielen meiner Amtsbrüder und mit Tausenden getreuer Untertanen geraten bin."

Ein Bescheid auf diese Immediateingabe ist mir nicht geworden (wie auch nicht zu erwarten war), nur privatim habe ich soviel erfahren, daß der Kaiser, nachdem er sich von dem Minister habe Vortrag halten lassen, nach einem stillen Nachdenken unter die Bittschrift geschrieben habe: облегчить (erleichtern). Eine Folge dieses Wortes mag es gewesen sein, daß es zur Vollstreckung des auf Kassation lautenden Urteils nicht kam.

Im übrigen nahmen die Anklagen, die Untersuchungen und die Zitationen vor dem Bezirksgericht ihren weiteren Lauf. Und so wurde ich am 2. Dezember 1892 für den Fall Klimpman, dessen oben schon beim Gouverneur gedacht wurde, vom Bezirksgericht zu 7 Monaten Suspension verurteilt, gegen welches Urteil meinerseits durch den Rechtsanwalt v. Broecker wieder Appellation an den Senat angemeldet wurde, wodurch die Vollstreckung des Urteils wieder aufgehalten wurde. Aber mit der Zeit erhoben sich immer neue Anklagen. Zum 25. Februar 1893 wurde ich wieder vor das Bezirksgericht zitiert wegen dreier Trauungen (Saulite, luth., und Strokſch, rez. — Zelm, rez., und Sneiles, luth. — Kruhkle (?) und Kaſchok). Wegen der Trauung des Klimpman hatte ich mich damit verteidigt, daß ich ihn in der Zeit der Zulassung (wie dieser Ausdruck допускъ auch in den gerichtlichen Akten steht) konfirmiert hätte, was aber nicht berücksichtigt wurde. Von den drei am 25. Februar 1893

zur Verhandlung kommenden Trauungen waren die zwei ersten nicht so gefährlicher Art, da es sich da um sog. gemischte Paare handelte, für deren Trauung nur auf Suspension erkannt werden konnte, denn die Wiederholung der Gesetzesübertretung zog keine Verschärfung der Strafe nach sich, es wurde nur jeder einzelne Fall für sich allein beurteilt. Viel gefährlicher war aber der dritte Fall (Kruhkle-Kaschok), da hier beide Personen als griechisch angesehen wurden. Diese Gefahr suchte ich in einer längeren Verteidigung von mir abzuwenden. In der Anklageakte — sagte ich — sei der Kruhkle (oder Kraukle) als seiner Geburt nach (по рождению) Orthoxer angegeben. Ich bat, diesen Fall näher erklären zu dürfen. Kruhkle ist geboren am 12. Februar 1866 von einem griechischen Vater und einer lutherischen Mutter.

„Ich bitte die Herren Richter achten zu wollen auf die Zeit, in welcher die Taufe des K. geschah. Unser allergnädigster, nun im Frieden Gottes ruhender Herr und Kaiser Alexander II. geruhte im Mai 1865 den bis dahin üblichen Revers bei der Trauung gemischter Paare aufzuheben, so daß die Eltern ihre Kinder nach eigenem Wunsche griechisch oder lutherisch taufen lassen durften, wie solches durch den Grafen Schuwalow dem Konsistorium und von diesem uns ihm unterstellten Pastoren angezeigt wurde. Als nun am 12. Februar 1866 dem Ehepaar K. ein Sohn geboren wurde, ließen sie denselben, nicht durch mich, sondern gänzlich ohne mein Vorwissen, durch die Wirtin des Gesindes, in welchem sie lebten (die unterdes gestorben ist), lutherisch taufen und brachten mir am 17. April ej. a. das Kind zur Taufbestätigung in die Kirche. Diese Taufbestätigung, welche durch das Kirchengesetz vorgeschrieben ist in dem Fall, daß die Taufe nicht von dem Prediger selbst, sondern als Nottaufe durch eine andere Person unseres Glaubens geschehen ist, besteht bei uns darin, daß der Prediger den Paten, der das Kind ihm vorstellt, amtlich befragt, ob dasselbe genau nach der göttlichen Einsetzung im Namen der h. Dreieinigkeit unter dreimaliger Begießung mit Wasser geschehen und ob ihm dabei ein Name, und welcher, gegeben worden sei. Wenn dies bejaht wird, so erklärt der Prediger, mit Handauflegung und Gebet, daß das Kind die christliche Taufe richtig erhalten hat. So ist es von mir geschehen. Und hätte die orthodoxe Kirche sogleich das Kind als ein ihr zugehöriges reklamiert, und es wäre dem Priester zugebracht worden, so hätte er ebenso die geschehene Taufe als giltig anerkannt, da eine Wiederholung derselben unter christlichen Konfessionen nicht statt hat. Daß ich die geschehene Taufe und die Bestätigung derselben auch ins Kirchenbuch, eben als reines Faktum, eingetragen habe, wird man mir nicht zum Vorwurf machen können, vielmehr das Gegenteil, denn — wie auch der Generalgouverneur Suworow gesagt hat — wie könnte man nachher, nach Jahren, erfahren, wann das Kind geboren und ob es überhaupt

getauft sei, wenn darüber kein amtlicher Nachweis zu beschaffen wäre. Möglich ist es, daß ich mich bei der Meldung und Anschreibung des Kindes damals nicht dessen vergewissert habe, ob die Eltern bei ihrer Trauung nicht schon den Revers unterzeichnet hätten, und daß ich mich im Jahre 66 eben daran hielt, daß der Revers aufgehoben war, aber dessen kann ich mich nach 26 Jahren nicht mehr erinnern. Sollte ich da mich eines Versehens schuldig gemacht haben, so wollen meine Herren Richter dabei doch einen anderen sehr realen Umstand in Betracht ziehen. Obgleich der Wohnort des K.schen Ehepaares nur eine Werst von der griechischen Kirche entfernt ist, so hat doch von den 4 Priestern, die daselbst im Lauf dieser 26 Jahre amtiert haben, keiner derselben den K. für seine Kirche reklamiert. So wuchs das Kind auf, lernte in der lutherischen Schule unsern Glauben und wurde im Jahre 1884 konfirmiert. Auch wenn das Kind schon gleich nach der Taufbestätigung reklamiert worden wäre, hätte es in meiner Macht doch nicht gestanden, es zu nehmen und ihm zuzuführen. Erst jetzt, als K. von mir getraut worden ist — welcher Handlung ich mich nach dem Vorhergegangenen doch unmöglich entziehen konnte — werde ich dafür belangt, einen Orthodoxen getraut zu haben. Ich bitte daher, Ein Kaiserliches Gericht wolle den K. als Lutheraner anerkennen und billiger Weise diese Trauung den beiden anderen (s. g. gemischten Paaren) ganz gleichstellen."

Diese Verteidigung wurde aber als nichtig erkannt, indem der K. seiner Geburt nach (по рожденію) orthodox sei, ich in diesem Fall also zwei orthodoxe Personen getraut hätte. So lautete denn das Urteil hierfür zusammen mit den andern Fällen auf Kassation, d. h. nicht nur Absetzung vom Amt, sondern auch Beraubung der geistlichen Würde, und 4 Monate Gefängnishaft.

Während nun die Vollstreckung dieses Urteils wieder durch Appellation an den Senat aufgehalten wurde und ich unterdes wegen neuer Fälle mehrmals nach Wolmar zum Untersuchungsrichter hatte hinfahren müssen (am 14. Juni 1893 war ich schon 17 mal bei ihm gewesen), wurde gegen mich — ohne Berücksichtigung dessen, daß ich schon zur Kassation verurteilt war — auf Remotion (Amtsentsetzung, отдаленіе отъ мѣста) erkannt. Dies war für Trauungen sog. gemischter Paare, einige Kommunionen und drei Beerdigungen, wogegen eine Konfirmation vom Jahre 1876 als schon verjährt mir nicht angerechnet wurde. Nachdem das vom Rigaschen Bezirksgericht über mich gefällte Urteil auf Kassation am 21. Oktober 1894 vom Senat bestätigt worden (wie mir der rigasche Rechtsanwalt Moritz per Telegramm am 28. November 1894 meldete), wurde ich vom Senat nach Petersburg zum 7. Dezember zur Anhörung des Urteils zitiert. Dieser

Zitation zu folgen, war natürlich unnötig; es hatte mein Rechtsbeistand Mironow das Urteil für mich anzuhören.

Jetzt war, um der Sache eine neue, bessere Wendung zu geben, nur noch eins denkbar — wieder an Se. Kaiserliche Majestät zu gehen und die ganze Sachlage vorzustellen. Denn der Vorschlag, welchen meine Gönnerin, die Gräfin, machte, es solle sich jetzt meine Frau mit einem Gnadengesuch an den Kaiser wenden, mußte ich entschieden zurückweisen, da das ein Eingeständnis meiner Schuld gewesen wäre, auch ganz in Widerspruch zu der Immediateingabe an den Kaiser Alexander III. gestanden hätte, in welcher ich um keine Freisprechung von Strafe gebeten, sondern ausdrücklich betont hatte, daß nur die prekäre Lage der lutherischen Geistlichkeit in Livland durch meine Darstellung zur Kenntnis Sr. Majestät kommen sollte. Meine Immediateingabe an den neuen Kaiser Nikolai II. ging nun ihren Weg an den Thron durch die Vermittlung des Livl. Landmarschalls Baron Meyendorff. Sie wurde in Riga aus meinem deutsch verfaßten Entwurf russisch übersetzt, wie gehörig ausgestattet und mir nach Allendorf zugeschickt. So unterzeichnete ich sie am 13. Juli 1895. Sie hatte folgenden Wortlaut:

P. P.

Wenn Endesunterzeichneter, ein schlichter Landpastor, es wagt, sich den Stufen des Kaiserlichen Thrones zu nahen, um für die Kirche, der er angehört und dient, eine Bitte vorzubringen, — so möge er dadurch entschuldigt werden, daß an der Bedrängnis, in welcher er sich befindet, sich der gegenwärtige schwere Notstand der ganzen lutherischen Kirche in den baltischen Provinzen zeigt; wie auch darin, daß nach evangelischer Glaubensregel Ew. Majestät als Landesherr auch der unter Hochdero erlauchtem Szepter im Reiche befindlichen lutherischen Kirche oberster Bischof und Schutzherr ist, zu welchem der in der Ausübung seines Glaubens Bedrängte vertrauensvoll seine Zuflucht nehmen darf.

Für nichts anderes als rein kirchliche Handlungen — Taufe, Trauung, Abendmahlsspendung — wurde ich zu den härtesten Strafen verurteilt, zu Kassation, Gefängnishaft und in die Gerichtskosten.

Ich war aber so glücklich, in meiner Not eine treuuntertänige Supplik an Ew. Majestät hochseligen Vater bringen zu können (d. d. 26. Oktober 1892), in welcher dargelegt war, wodurch wir lutherischen Pastoren der baltischen Provinzen in die betrübende Lage eines Konflikts mit der Handhabung der Staatsgesetze gerathen sind. Wer sich in unsere Lage versetzt, erkennt leicht, daß es gegen unser Gewissen, und uns darum ganz unmöglich ist, solche Personen, die während einer 20-jährigen Periode, in welcher es von der Staatsgewalt stillschweigend geduldet wurde — der Ausdruck допускъ steht in den gerichtlichen

Akten — daß sie, die lutherisch getauft und darnach zur Staatskirche übergetreten waren, wieder in ihre ursprüngliche Kirchengemeinschaft zurückkehrten; daß auch ihre nach orthodoxem Ritus getauften Kinder lutherisch wurden — solche Personen, nachdem sie jahrelang und unangefochten Glieder der lutherischen Kirche gewesen, plötzlich auszustoßen, ihnen das heil. Abendmahl, die Trauung, event. das Begräbnis zu verweigern. Das war mit der Bitte um gnädigste Befreiung aus der Bedrängnis der Inhalt meiner im Jahre 1892 eingereichten allerunterthänigsten Supplik.

Ein schriftlicher Bescheid ist mir nicht zu Teil geworden, aber ich habe es mit der tiefsten Dankbarkeit empfunden, als, nach geduldigem Abwarten, in der Senatssitzung am 24. September 1893 (Kopie Nr. 13193) das auf Kassation und 4 Monate Gefängnishaft lautende bezirksgerichtliche Urteil kassiert und über mich nur eine 7-monatliche Suspension verhängt wurde. Indes, der kirchliche Notstand blieb derselbe, und ich, wie viele meiner Amtsbrüder, war unterdes — wie es unvermeidlich war — wieder unter Anklage gekommen, und wurde ich durch bezirksgerichtliches Urteil mit Bestätigung seitens Eines Hohen Senats an demselben 24. September 1893 (Kopie Nr. 13195) wieder zu einer 7-monatlichen Suspension und darnach abermals zur Kassation und 3 Monaten Gefängnishaft verurteilt.

Wenn ich nun, nachdem der allmächtige Gott Ew. Majestät unvergeßlichen Vater aus dem Leid dieser Welt in Seinen himmlischen Frieden aufgenommen hat, mich nicht mehr an ihn wenden kann, so bin ich doch voller Zuversicht, daß des Sohnes Herz dieselben Gefühle der Gerechtigkeit, Milde und Großmut besitzt, welche das väterliche Herz besaß, und wende mich daher an Ew. Majestät mit diesem Ruf aus meines Herzens Grund:

Mein Herr und Kaiser! Wenn auch der Verlust der geistlichen Würde, die Schmach der Gefängnishaft und die Absetzung vom Amt nach 47 Dienstjahren an der hiesigen Gemeinde nicht nur mir, einem 72-jährigen Greise, der Gott dem Herrn und vier Kaisern gedient, auch immer Junge und Alte gelehrt hat, für Thron und Vaterland, wie auch um Heil und Segen, nicht nur für die eigene, sondern auch für jede andere christliche Kirche zu beten, — wenn die Ausführung der genannten Verurteilung nicht nur mir, sondern auch meinen Eingepfarrten und allen mitfühlenden Glaubensgenossen sehr niederdrückend sein müßte, auch meinen Kindern und Kindeskindern eine beständige bittere Erinnerung bleiben müßte, — so würde ich doch Ew. Majestät nicht mit meinen Klagen beschwerlich fallen, sondern wollte mein Schicksal gottergeben, still und in gebührender Achtung gegen meine Hohe Obrigkeit auf mich nehmen, — wenn ich mich nicht durch den Hinblick auf die baldige Verantwortung vor dem Gerichtsstuhl Gottes gedrungen fühlte, in der Treue, die ich meiner Kirche und auch Ew. Majestät geschworen habe, das Leiden derselben in den baltischen Landen an das landesväterliche Herz zu legen. Ew. Majestät für-

sorglich auf alle Untertanen blickendes Auge wird es gewiß als einen schweren Notstand und ganz anormalen Zustand erkennen, daß im Laufe von zehn Jahren etwa 200 gerichtliche Untersuchungen und Verurteilungen über uns dem Thron und Vaterland doch stets getreuen livländischen Prediger ergangen sind; daß einige von ihnen Verbannung, andere — wie auch orthodox gebliebene Leute, die aber ihre lutherisch getauften Kinder nicht auslieferten — Gefängnishaft erlitten haben, und so manche Gemeinde zeitweilig ohne ihren Hirten gewesen ist. So sind auch alle christliche Zucht und staatliche Ordnung untergrabende und lose Leute zur Nachahmung reizende Bigamien wiederholt vorgekommen, indem orthodoxe Geistliche, von lutherischen Pastoren eingesegnete Ehen, aus welchen auch schon Kinder entsprossen, als Nullitäten ansehend, mit dem von seinem Gemahl sich lossagenden Teil eine neue Trauung mit einer anderen Person vorgenommen haben, wobei nicht einmal so viel beobachtet worden ist, daß erst das erste Eheband gerichtlich getrennt wurde. Dies alles ist in den letzten 10 Jahren geschehen und dieser Notstand dauert immer noch fort. — Daher ist es die flehentliche Bitte in des Herrn Jesu Christi unser aller Heilandes Namen, die ich hiermit zu Ew. Majestät Füßen niederlege, Ew. Majestät wolle es nach Hochdero edlem und weisem Herzen nicht zulassen, daß die Personen — meines Wissens alle bäuerlichen Standes — welche nach der von ihnen seinerzeit inständigst erbetenen Konfirmation und gemäß ihrer feierlich bekannten Herzensüberzeugung sich fest als Lutheraner bekannt haben und in dieser Kirche durch eine Reihe von Jahren die Segnungen des Evangeliums und der heil. Sakramente empfangen haben — gezwungen werden, zum offenbaren Schaden ihrer Seelen und gegen das göttliche Gebot (Röm. 14, 23) einen anderen Glauben, den ihr Herz nicht hat, anzunehmen, was doch auch dem Staat und der Staatskirche gewiß kein Gewinn ist; und Ew. Majestät wolle kraft Hochdero Selbstherrlicher Gewalt es dem entsprechend auch nicht zulassen, daß wir lutherische Pastoren für an genannten Personen vollzogene Amtshandlungen kriminell verklagt werden. Des christlichen Gewissens wahre Kraft und höchster Trost ist doch das göttliche Wort, welches aus jener denkwürdigen und für das ganze Rußland ruhmvollen Zeit auf unserem Krimkreuz geschrieben steht:

Тя, Господи, уповахомъ, да не постыдимся во вѣки"

Das Schicksal dieser Supplik blieb lange ganz im Dunkeln. Es scheint da ein Fehler gewesen zu sein (oder konnte der nicht vermieden werden?), daß diese Schrift nicht (wie die erste an Alexander III.) dem Kaiser unmittelbar durch eine bei Hofe persona grata übergeben worden ist, sondern in die Bittschriftenkommission gekommen ist, wenn auch dafür gesorgt worden ist, daß sie daselbst nicht unterdrückt wurde. Der öfters in Petersburg gegenwärtige Landmarschall (Meyendorff) hat sich vielfach um die Beförderung derselben bemüht, und doch erfuhr ich, daß meine Supplik noch im

Januar 1896 noch erst in dem Ministerium des Innern liege. Andrerseits drängte aber der Prokureur das Konsistorium, welches die Ausführung der Kassation möglichst hinausschob, zur Tat. Ich erhielt da den Rat, daß — wenn es nun doch mit der Einhändigung der Supplik beim Kaiser nicht gehen sollte — ich beim Konsistorium um die Emeritur einkommen könnte, welche mir sofort bewilligt worden wäre und durch welche ich mir auch jetzt noch — wenn erst nach der Emeritierung die Absetzung erfolgt wäre — das gesetzliche Drittel von der Pfarre retten konnte. Da erhielt ich am 8. Februar 1896 die Nachricht, nun sei die Supplik aus dem Ministerium des Innern in das der Justiz gewandert, und Murawjew (der Justizminister) werde darüber Sr. Majestät Vortrag zu halten haben, nachdem der Landmarschall auch persönlich mit ihm konferiert hatte, wobei 52 Klagesachen gegen mich zur Sprache gekommen seien. Und am 29. Februar 1896 erhielt ich die Nachricht, daß am 21. Februar die Allerhöchste Entscheidung stattgefunden habe. Diese lautete dahin, daß die Urteile des Rigaschen Bezirksgerichts d. d. 24. März 1892, 25. Februar und 24. September 1893 (7 Monat Suspension, 4 Monat Gefängnishaft, Absetzung und Beraubung der geistlichen Würde — für 1 Trauung von Orthodoxen, 15 Trauungen gemischter Paare, 51 Abendmahlsspendungen an Orthodoxe, 1 Taufe eines Sohnes orthodoxer Eltern), welche Urteile, nach erhobener Appellation, vom Dirigierenden Senat am 22. Dezember 1894, 22. April 1895 und 18. Mai 1895 bestätigt worden waren, durch Kaiserliche Gnade und auf Grund des Manifestes vom 14. November 1894 aufzuheben seien, mit Ausnahme der Absetzung. Solche Anzeige wurde mir dann auch offiziell vom Livl. Gouverneur d. d. 8. März 1896 mitgeteilt (Kaiserliche Majestät hat geruht zu befehlen: „замѣнить назначенное по закону Фридриху Мейеру наказаніе удаленіемъ его отъ настоящей проповѣднической должности, съ воспрещеніемъ ему впредь занимать таковыя", was das Konsistorium in meiner Dienstliste so wiedergibt: „Die Strafe der Kassation wurde durch Allerhöchsten Befehl vom 21. Februar 1896 in Entfernung vom Amte mit dem Verbot, in Zukunft ein Predigeramt zu bekleiden, umgewandelt").

Mit der Nachsuchung der Emeritur war es nun nach dieser Kaiserlichen Entscheidung (welche weniger gibt als die Alexanders III.) zu spät, das Drittel der Pfarrintraden stand mir nun gesetzlich nicht zu, und ob ich, da mir doch die geistliche Würde gelassen worden, nach meiner Absetzung gelegentlich eine Amtshandlung für einen

Amtsbruder stellvertretend verrichten darf, das blieb eine offene Frage. Alsbald, nachdem ich die obige Anzeige vom Gouverneur (Surowzew) erhalten, kam an mich ein Schreiben der Wolmarschen Kreispolizei, daß ich vom Tage des Empfanges dieses Schreibens aller und jeder Amtshandlungen mich zu enthalten hätte. Dieses mir durch den Urjädnik zugebrachte Schreiben sollte ich unterschreiben, was soviel bedeutet haben würde, daß ich dieses Versprechen gäbe. Natürlich verweigerte ich das, da mein Amt mir nicht von der Kreispolizei gegeben worden, sondern vom Konsistorium, also auch nur durch dieses mir wieder abgenommen werden konnte. Sogleich am 20. April kam aber wieder von der Kreispolizei ein Schreiben mit dem Verlangen, daß ich es unterschreiben solle, ich hätte jenes erste Schreiben vom 18. April erhalten. Das unterschrieb ich sofort. Um weiteren Weitläufigkeiten und Unannehmlichkeiten zu entgehen, hatte ich schon in der Woche vorher den Propst Schlau, Salis, gebeten, sobald als möglich zur Abnahme der Pfarre nach Allendorf zu kommen, und er hatte, obgleich es ihm schwer war abzukommen, sein Erscheinen zu Montag den 21. April auch zugesagt und erließ ein Zirkulär an den Kirchenvorsteher und die Kirchenvormünder, daß sie sich zum Konvent am 21. April versammeln sollten. Vorher hatte ich den Generalsuperintendenten Hollmann gebeten, er möchte selbst zu meiner Abschiedspredigt und Ausführung der Absetzung zum 20. April nach Allendorf kommen, allein das hatte er mir abgeschlagen, weil er unmöglich abkommen könne und weil überhaupt es besser sei, die Sache so still als möglich abzumachen. So blieb ich allein, nur daß mein Nachbar Pastor Ernst Moltrecht auf meine Bitte kam, weil ich für diesen letzten Sonntag sehr viel Kommunikanten zu erwarten hatte, auch selbst mit meiner Familie zum letzten Mal mit meiner Gemeinde das heil. Abendmahl genießen wollte. So hielt ich nun am Sonntag den 20. April 1896 die Abschiedspredigt über 1. Kor. 13, 13: „Nun aber bleibet Glaube, Hoffnung Liebe, diese drei; aber die Liebe ist die größeste unter ihnen." Die deutschen Eingepfarrten waren auch zu diesem lettischen Gottesdienst gekommen. Nach 47½ Amtsjahren in dieser Gemeinde hatte ich viel zu danken, viel zu bitten, besonders tat ich mein mögliches, alle zum Festhalten an diesen drei christlichen Kardinaltugenden zu ermahnen. Nach dem Gottesdienst hatte ich noch — das war also meine letzte Amtshandlung — ein sog. gemischtes Paar zu trauen, ein richtiger Schluß. Am 21. April fand durch den Propst mit einer kurzen kräftigen Rede die Abnahme der Pfarre,

in der Konventssitzung im Pastorat, statt, und nach derselben gab Baron Oelsen im Schloß Pürkeln ein Abschiedsdiner.

Am 21. April zog ich, wie ein Knecht, der zu Georgi aus dem Dienst entlassen ist, nachdem ich noch einige Worte in die Chronik geschrieben, meine Straße. Im Pastorat hatten sich viele Gemeindeglieder eingefunden, die Gutsbesitzer und einige Wirte hatten auch die Fuhren für meine Habseligkeiten gestellt, und bei der Kirche war eine Menge Leute, so daß ich, während die Glocken läuteten, ihnen meinen Abschiedsgruß bieten mußte. Eine Reihe von Wagen begleiteten mich und meine Frau auch noch 7 Werst weit bis an die Grenze des Kirchspiels, wo noch ein Abschiedslied gesungen wurde

Ganz von allen Vexationen sollte ich aber auch [später] noch nicht [verschont] bleiben, denn am 10. Juni erschien der Urjädnik mit der Anfrage des Walkschen Kreischefs bei mir, (veranlaßt durch dir Denunziation des Priesters Graßmann und durch Requition seitens der Wolmarschen Kreispolizei), ob ich noch am 21. April amtiert und dabei auch einen Orthodoxen getraut hätte. Ich ließ den Urjädnik zu Protokoll schreiben: Пасторъ М. отказался дать отвѣтъ (Pastor M. verweigert die Antwort). Und dabei ist es auch geblieben, wenngleich ich das livl. Konsistorium, an welches ich mich mit der Bitte wendete, mich von jetzt ab vor solchen Vexationen zu bewahren, mir antwortete, meine Handlungsweise gegen die Kreispolizei sei korrekt gewesen, aber schützen könne es mich nicht. Für meine Lebensbedürfnisse erklärte mir der Kirchenvorsteher R. v. Klot auf dem Konvent am 21. April, daß — da ich keinen gesetzlichen Anspruch auf das Drittel hätte — die H. H. Eingepfarrten beschlossen hätten, mir dasselbe von sich aus mit 500 Rbl. jährlich zu geben. Am 9. Juli 1896 berief der Generalsuperintendent Hollmann, der amtlich in der Nähe (Trikaten) zu tun hatte, mich dorthin und teilte mir mit, daß ich (auf den Antrag des Landmarschalls Meyendorff) zum Umzug nach Libau aus der Ritterschaftskanzlei 300 Rbl. erhalten solle, ferner daß ich aus Konsistorialmitteln 200 Rbl. haben werde, später sendete er mir von den Amtsbrüdern nach Libau auch noch 200 Rbl. nach.

Umschau

Memelwirren

Es klingt wie ein Witz der Weltgeschichte, wenn wir lesen, daß seitens der litauischen Regierung an die Memelländer die Forderung nach Rückerstattung der Kosten des Memelputsches zugunsten von dessen Veranstaltern erhoben wird, während dieselbe litauische Regierung bekanntlich jede Verantwortung für jenen Putsch ablehnt. Und es ist erstaunlich, wie unbekümmert sogar dasjenige kleine Volk, welches am meisten auf die Freundschaft seines großen deutschen Nachbars angewiesen ist, mit dessen Sympathien umspringt. So haben sich zur Freude der Polen in diesem Jahre immer fühlbarere Reibungsflächen zwischen dem Deutschen Reiche und Litauen geltend gemacht.

Den Auftakt gab die Ausweisung einer Anzahl reichsdeutscher Lehrer aus dem Memelland. Bald folgten Eingriffe in die im Memelstatut festgelegte Autonomie der Rechtsprechung. Der Memeler Oberstaatsanwalt Merk sollte gezwungen werden, Beschlüsse des Obersten Tribunals in Kowno durchzuführen, die gegen die Bestimmungen des Statuts verstoßen. Und nun treten zwölf Gesetze auf den Plan, durch die die etwaigen Kollisionen des Memelstatuts mit den innerlitauischen Gesetzen beigelegt werden sollten. In Wirklichkeit handelt es sich um eine litauische Interpretation des Statuts, das dieses in praxi aufhebt. Bald nach dem Auftauchen dieses Zwölf-Gesetze-Projekts wird dann vom Gouverneur Merkys, wiederum unter Bruch der Bestimmungen des Statuts, das großlitauische Direktorium Reisgys – Dugnus – Czeskleba ernannt, nachdem alle vom Landtage präsentierten Kandidaten konsequent von ihm abgelehnt worden waren. Im „Memeler Dampfboot" finden wir um diese Zeit besonders häufig Rezepte für „Wiener Kirschstrudel" u. dergl. an Stellen, wo man sonst den Leitartikel vermutet. Der Landtag wird sofort aufgelöst, nachdem er sein Mißtrauen gegenüber dem Direktorium Reisgys ausgesprochen hatte (mit 25 Stimmen und 4 Stimmenthaltungen).

Alle Hoffnungen der Litauer richten sich jetzt auf die Neuwahl. Unter Führung des Herrn Nathan Nafthal und zweier mit irdischen Gütern reich gesegneten Herren, Rechtsanwalt Dr. Meyer und Konsul Falk, wird eine neue deutsche Partei aufgezogen unter der durchsichtigen Parole: „Wirtschaft geht vor Politik." Es werden neue Wahlgesetze herausgebracht, wonach alle diejenigen stimmberechtigt sind, die den Antrag auf Einbürgerung im Memelgebiet bis zu den Wahlen gestellt haben werden. Auch die Wahlkommissionen werden entsprechend zusammengestellt, die Zensur verschärft und die Versammlungsfreiheit eingeschränkt.

Nunmehr wird von ehemaligen Mitgliedern des Landtages eine Petition an den Völkerbund eingereicht, die von der deutschen Delegation aufgegriffen wird. Der Reichsaußenminister Dr. Curtius beantragt vor dem Rat des Völkerbundes, die Petition auf die Tagesordnung zu setzen. Der litauische Außenminister macht formale Einwände, sodaß erst eine ad hoc eingesetzte Kommission beschließen muß, daß Deutschland berechtigt sei, die Beschwerde auf die Tagesordnung zu bringen. Zu einer Besprechung kommt es aber schließlich nicht. Dr. Curtius erklärt am festgesetzten Tage, daß er sich unterdessen mit Dr. Zaunius geeinigt habe unter folgenden Bedingungen: An die Stelle der bisherigen Direktoren treten zwei Vertreter der Mehrheitsparteien; Rücktritt des

Direktoriums nach den Wahlen; das neue Direktorium wird dann vom Gouverneur im Einvernehmen mit den Parteien ernannt werden; paritätische Zusammensetzung der Wahlkommissionen; stimmberechtigt sind nur Personen memelländischen Bürgerrechts; Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit; der Rest der Fragen soll auf der Ratstagung im Januar 1931 geklärt werden.

Darauf berichtet Dr. Zaunius in Kowno; wird heftig angegriffen und reicht sein Rücktrittsgesuch ein. Es scheint, als wolle man die von ihm eingegangenen Verpflichtungen nicht erfüllen. Um einen entsprechenden Druck auf Deutschland auszuüben, wird auch mit dem Gedanken einer Neuorientierung, d. h. einer Annäherung an Polen geliebäugelt, wobei gewisse klerikale Kreise eine Rolle spielen. Die versprochenen Maßnahmen im Memelland lassen unterdessen auf sich warten, sodaß auf Anstoß der deutschen Regierung ein Mahntelegramm des Völkerbundssekretärs an Litauen abgeht. Unmittelbar vor den Wahlen werden schließlich als neue Direktoren neben dem Präsidenten Reisgys Schulz und Sziegaud ernannt, die Wahlgesetze und die Zusammensetzung der Wahlkommissionen revidiert.

Die Wahlergebnisse zeigen fast genau das alte Verhältnis. Die litauischen Parteien haben einen Sitz gewonnen (5 Sitze gegenüber früheren 4, bei insgesamt 29 Sitzen). Die neue „Wirtschaftspartei" hat nicht ein einziges Mandat erhalten. Das Direktorium Reisgys tritt nach den Wahlen zurück, führt die Geschäfte aber vorerst weiter. Die litauischen Hoffnungen haben sich also nicht erfüllt. Das Rücktrittsgesuch des Dr. Zaunius *) wird nach Bekanntwerden der Wahlergebnisse vom Präsidenten Smetona nicht angenommen.

Die Reizungen und Verstimmungen, die sich bei der ganzen Angelegenheit zeigten, haben sich zum Schaden beider Teile — Deutschlands und Litauens — ausgewirkt. Sie wären zu vermeiden gewesen Es spricht dafür die Tatsache, daß über der ganzen Episode das Odium der Zwecklosigkeit geschwebt hat, und das hieße eigentlich auch der Lächerlichkeit, wenn sie nicht an größere und sehr ernste Dinge, wie das litauische Spiel mit dem polnischen Feuer, rühren würden. Wir können aus den letzten Memelwirren mittelbar sehr bedenkliche Warnungszeichen heraushören. Die Ursachen, die zu solchen bedauerlichen und unnötigen Reibungen geführt haben und noch immer führen können, müssen ausgeschaltet werden, damit die für beide Teile peinlichen Vorfälle sich nicht mehr wiederholen können. W. v. Harpe

*) Dr. Zaunius ist Protestant und hat das Gymnasium in Tilsit besucht, auf den Universitäten München, Berlin und Königsberg Jurisprudenz studiert und als preußischer Assessor abgeschlossen.

Enttäuschung an Rußland

Die Stimmen derer mehren sich, die dem Gefühl tiefer Enttäuschung Ausdruck verleihen, das ihnen die nähere Bekanntschaft mit dem heutigen Rußland in Bezug auf den politischen Nutzen einer deutsch-russischen Freundschaft vermittelt. Einer der Gewichtigsten war Paul Scheffer, dessen Buch bei uns kürzlich zur Besprechung gelangte. Heute sei seiner bündigen Klarheit wegen ein neues Urteil registriert. Im Novemberheft der „Deutschen Rundschau" schildert Jörg Werdenfels unter dem Titel „Sowjetrußland 1930" Reiseeindrücke, die sich vor andern durch den Scharfblick der Beobachtung und die kluge Besonnenheit des Urteils auszeichnen. Zum Schluß nimmt der Verfasser zur Frage der deutsch-russischen Beziehungen Stellung. Vor der Reise habe er die Frage nach dem Nutzen des Moskauer Drahts

bedingt bejaht; heute verneine er sie unbedingt. „Qui mange du pape en meurt." Man möge die Beziehungen zu Moskau weiter pflegen, aber man hüte sich vor Illusionen.

Bläst man zum Angriff?

Die lettischen Boulevardblätter überbieten sich seit einiger Zeit wieder in der Hetze gegen das Deutschtum. Nach dem Lande die Stadt: es geht jetzt um die letzten Reste deutschen Gemeindebesitzes in Riga. Man fordert die Fortnahme der Domkirche, der Gildenhäuser, des Schützengartens, ja neuerdings eines alten Armenasyls (des „Konvents zum Heiligen Geist"); man zetert über die „Besudelung" des Theaters durch deutsche Gastvorstellungen.

Ein bereits eingetretenes Faktum erscheint dem gegenüber geringfügig, mag es auch in deutschen Kreisen die bittersten Empfindungen geweckt haben. Das Eigentumsrecht an der in den 80-er Jahren des vorigen Jahrhunderts ausschließlich von Deutschen erbauten Waldkapelle in Bilderlingshof bei Riga ist der lettischen Gemeinde in Dubbeln zugesprochen und, was wesentlicher ist, von dieser, einer christlichen Gemeinde, ohne Gewissensskrupel geltend gemacht worden.

Bisher waren es Zeitungen wie die „Pehdeja Brihdi" und die „Jaunakâs Sinas" (das größte lettische Tageblatt), die sich in dreisten Forderungen nicht genug tun konnten. Vor einigen Tagen ist das Blatt des lettischen Bauernbundes, „Brihwà Seme", das dem Ministerpräsidenten nahesteht, in den Chor eingefallen und erklärt es für unvereinbar mit der Selbstachtung des lettischen Volkes, daß der Rigaer Dom nicht von Letten verwaltet wird.

Wir haben bisher geschwiegen und die Hetze für eines der bekannten Manöver der lettischen Sensationsblätter halten wollen. Der Appetit auf den Dom ist ja schon lange da, die Dinge werden seit Jahren als akut behandelt. Will man nun aber ernst machen und den Stein ins Rollen bringen? Sollte es wirklich nur noch wenige, Einsame unter den Letten geben, denen das Gefühl für Recht noch nicht bolschewisiert ist? Sollen wir die Hoffnung auf eine Verständigung mit dem lettischen Bürgertum nun doch zum Gerümpel werfen?

Ein Franzose über Lettland

Daß die politischen Verhältnisse in Lettland für die Franzosen besondere Aktualität besitzen, hat man bisher nicht angenommen. In neuester Zeit scheint das französische Interesse an Lettland zuzunehmen: das bereits so großzügig finanzierte französische Institut in Riga hat soeben anläßlich der Einweihung seines neuen Gebäudes vom französischen Außenministerium die außerordentliche Zuwendung von 100,000 Francs erhalten. Der Direktor dieses französischen Instituts in Riga, M. Marcel Segreste, hat es kürzlich unternommen, seine Landsleute durch ein Buch „La Lettonie" über Geschichte, Bodenbeschaffenheit, Bevölkerung, Einrichtungen, Wirtschaft und Kultur Lettlands zu unterrichten*). Das Buch ist interessant vor allem als ein Zeugnis dafür, wie ein Franzose, der in der Kulturpropaganda seines Volkes eine nicht unbedeutende Rolle spielt, seinen Landsleuten Lettland zu zeigen wünscht. Gleich im Vorwort wird ein charakteristischer Ton angeschlagen: das lettische Volk habe niemals aufgehört, gegen „le germanisme" zu kämpfen. Damit ist die Aufmerksamkeit der französischen Leser von vornherein gewonnen, die Sympathie gesichert.

Im Literaturverzeichnis am Schluß

*) Les états contemporains: Marcel Segreste, La Lettonie, Paris. Les éditions Rieder, 1930. 142 S.

des Buches ist die französisch erschienene Literatur über Lettland zusammengestellt. Da finden sich alle wohlbekannten Titel, es fehlt weder Du Parquets „L'aventure allemande en Lettonie", noch Dr. A. Bihlmans „La Lettonie d'aujourd'hui", weder die „Histoire agraire de la Lettonie" von A. Schwabe, noch des Dr. M. Walters „Le Peuple letton". Man ist gespannt, wie das Buch, auf solche Gewährsmänner gestützt, im einzelnen verfährt

Im historischen Teil — auf die Irrtümer gehen wir nicht ein, es sind die alten, oft widerlegten — sind Licht und Schatten klar verteilt: die Bischöfe im mittelalterlichen Livland waren human, die Schwertritter — „rudes et cruels"; die Lettenfreundlichkeit der katholischen Gegenreformation hebt sich günstig ab vom Eigennutz des Adels; das schwedische Regiment enteignet den Adel, der für die Menschenwürde der Unterworfenen und die Vorschriften der christlichen Religion kein Verständnis hat; im Herzogtum Kurland gibt es nur wenige Kirchen, und die Pastoren, welche kein Lettisch verstehen, beschäftigen sich vorzugsweise mit Jagd. Von den Agrarreformen des 19. Jahrhunderts wird die Fölkersahmsche verschwiegen und folgerichtig der Erwerb des bäuerlichen Landeigentums ausschließlich auf die Selbsthilfe des Lettentums zurückgeführt. Verzeichnet, entstellt das meiste Folgende, die Revolution von 1905, der Anteil der Letten am Kampf gegen die Deutschen im Weltkrieg*), die Vertreibung der Bolschewisten.

*) Folgende Stelle im Wortlaut anzuführen kann ich mir nicht versagen. S. 36 heißt es: „Au début des hostilités, ils étaient 180,000 environ dans les rangs de l'armée russe et ils constituaient presque entièrement les effectifs du 20-e corps qui envahit la Prusse orientale. La retraite précipitée du général Rennenkampf, un baron balte, ne diminue pas l'héroïsme dont les soldats firent preuve dans cette campagne et les services qu 'ils vendirent aux alliés en culbutant les troupes allemandes à Gumbinnen."

Im Abschnitt über das politische Leben wird die Minderheitenfrage in der Weise gestreift, daß festgestellt wird, die Letten ließen sich trotz der „irritation", die sie bei den Klagen der Deutschen über angebliche lettische Undankbarkeit empfinden, nicht von der Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber allen Minderheiten abbringen.

Die entschädigungslose Agrarenteignung wird (S. 94) als ein „juste retour des choses et la revanche légitime d'une oppression de sept siècles" bezeichnet. Was will man mehr? — Zum Schluß noch ein Zitat, das eine geradezu verblüffende Unkenntnis offenbart: „L'histoire locale n'avait guère été cultivée avant la proclamation de l'indépendance que par des pasteurs, des instituteurs, des avocats, que leur ignorance des méthodes scientifiques condamnait à des productions sans valeur véritable" (S. 138).

Gelegentlich tritt die katholische Tendenz des Verfassers ganz unverhüllt zutage, so z. B. wenn er den Einzug der Reformation in Livland schildert, wenn er (S. 87) behauptet, „Les Lettons, convertis en même temps que les Allemands, n'ont jamais manifesté un très grand attachement à l'église luthérienne. Les pasteurs étaient étrangers et ne s'occupaient guère de leurs ouailles", wenn er dagegen (S. 88) bemerkt, beim Eintritt in eines der katholischen Gotteshäuser in Riga „on a l'impression d'une foi profonde."

Im übrigen ist die Lage klar: der Verfasser ist seinem Schicksal nicht entgangen, er ist das bedauernswürdige Opfer der

lettischen Tendenzliteratur, deren Klischee bis in die rührendsten Einzelheiten hinein wiederzufinden ist. Ein redendes Beispiel für die Folgen der gewissenlosen Verschleierungs- und Verdrehungstaktik, die von der lettischen Publizistik seit Jahren beliebt wird. Herrn Segreste dürfte diese Entdeckung, wenn anders es ihm überhaupt um Objektivität und Sachkenntnis zu tun ist, nicht angenehm sein.

Angesichts dieser Sachlage berührt es einen seltsam genug, im Vorwort die Behauptung zu finden, Prof. Spekke von der lettländischen Universität habe das Manuskript gelesen. Wir hoffen, daß Herr Prof. Spekke dazu nicht die Zeit gefunden hat. R. W.

Berliner politischer Monatsbericht

Brüning siegt im Reichstag — Polizeiminister Severing — Nationalsozialistische Wirtschaftsanträge — Bekämpfung der Arbeitslosigkeit — Lohnabbau-Aktion — Schacht in USA — Abrüstung oder Aufrüstung? — Die Aktion Hervés

Berlin, den 10. November 1930

Wir sprachen in unserem letzten Bericht von der indirekten Zusammenarbeit zwischen Zentrum und Sozialdemokraten, die schon in der Wiederwahl des Sozialdemokraten Löbe zum Reichstagspräsidenten zum Ausdruck kam. Durch dieses Zusammenspiel hat die Regierung Brüning ihre parlamentarische Position im neuen Reichstag vorläufig behaupten können. Wenn man auch vor den entscheidenden Abstimmungen allgemein erwartete, daß die Sozialdemokratie sich für Brüning einsetzen werde, so war man denn doch durch die Reibungslosigkeit des taktischen Manövers überrascht. Wohl um die gefährlichen Mißtrauensanträge gegen einzelne Personen auszuschalten — besonders gegen Dr. Curtius —, aber wohl auch, um den Sozialdemokraten die leichteste Form zu bieten, brachten die Regierungsparteien einen Antrag ein, über alle eingebrachten Mißtrauensanträge zur Tagesordnung überzugehen. Dieser Antrag wurde mit Hilfe der Sozialdemokraten angenommen, worauf der Reichstag vertagt wurde. Nicht ohne Interesse ist die Tatsache, die man erst sehr viel später erfahren hat, daß der linke Flügel der S. P. D., etwa 30 Abgeordnete, nur durch starken Zwang bewogen werden konnte, diese Taktik mitzumachen.

Die gefährliche Klippe hat Brüning also umschifft. Es ist verständlich, daß diese Reichstagsentscheidung überall außerordentlich große Beachtung gefunden hat. Die „Germania", das Zentrumsorgan, spricht von einem einwandfreien Sieg Brünings. „Die Vertagung des Reichstages ist durchgesetzt. Die Regierung hat damit die Möglichkeit, in Ruhe und ohne die Störungsversuche eines auf Agitation eingestellten Parlaments die Arbeiten zu beenden, die für die wirtschaftliche und finanzielle Sanierung der innerdeutschen Verhältnisse notwendig sind." Der frühere demokratische Finanzminister Reinhold hat in der „Vossischen Zeitung" dem Reichstag bescheinigt, daß er doch vielleicht besser sei als sein Ruf, da er dem Kabinett freie Bahn für praktische Arbeit geschaffen habe: „Ein guter Auftakt für die große Aufgabe, die deutsche Vertrauenskrise für immer zu beenden und durch die Sanierung der Finanzen der Wirtschaft wieder ein so festes Fundament zu schaffen, daß kein Radikalismus es zerstören kann." Auch die der Volkspartei nahestehende „Deutsche Allgemeine Zeitung" hebt

hervor, daß die Regierung einen ersten bedeutenden Erfolg erzielt habe: „Ihre Autorität ist erfreulich gestärkt." Der „Sozialdemokratische Pressedienst" interpretiert die Stellung der angeblichen Oppositionspartei. Die Sozialdemokraten hätten weder der Regierung Brüning das Vertrauen ausgesprochen, noch dem in Aussicht genommenen Finanzprogramm ihre Zustimmung gegeben. Es hätte sich nur darum gehandelt, den ersten Stoß der Nationalsozialisten abzufangen. Der Führer der Landvolkspartei Hepp weist in der „Deutschen Tageszeitung" darauf hin, daß die Reichsregierung gezwungen werden müßte, die Basis zu betreten, die ihr die Wahlen des 14. September böten. Auf die Dauer könne kein Vertagungsmanöver helfen. Schärfer ablehnend sind naturgemäß die Äußerungen der deutschnationalen und nationalsozialistischen Presse. So schreibt die „Deutsche Zeitung", alle früheren Versuche, diese Regierung als eine Rechtsregierung hinzustellen, seien nunmehr endgültig als das erwiesen, als was dieses Blatt sie von vornherein bezeichnet habe: als Täuschungsmanöver: „Das Kabinett Brüning lebt von der Duldung und Unterstützung durch die Sozialdemokratie, und nur solange es dieser gefällt, wird es am Leben bleiben. An dieser offenen Wunde wird es weiter dahinsiechen, bis ihm die nationale Opposition endgültig den Todesstoß versetzt."

Die zuerst zitierte Pressestimme und die letzterwähnte stehen sich schroff gegenüber. Welche von den beiden zu Recht besteht, kann nicht logisch bewiesen, sondern nur durch Tatsachen erhärtet werden. Durch Taten der Reichsregierung, wie sie in der genannten Zentrumsstimme selbst erwähnt werden: Sanierung der Finanzen und der Wirtschaft. Ehe wir aber zu diesem Punkte übergehen, müssen wir noch einige Worte auf die Vorgänge in Preußen verwenden, die wenige Tage auf den Sieg Brünings gefolgt sind. Wie man weiß, sind die Sozialdemokraten in Preußen seit 1918 ununterbrochen in der Regierung. Ihre Herrschaft, die hier weit stärker ist, als sie es je im Reich war, wird durch das Zentrum und die Demokraten gestützt, während selbst die Volkspartei in der Opposition steht, — was sie allerdings zeitweise mehr notgedrungen tat, weil die Sozialdemokraten den Volksparteilern nicht genügenden Raum in der Regierung gewähren wollten. Wenn man bedenkt, daß Preußen zwei Drittel des Reichs umfaßt, wenn man ferner bedenkt, daß die Ausführung der Gesetze, die Verwaltung, der Unterbau der Behörden vorwiegend Ländersache ist, dann wird es verständlich, warum gerade die nationale Oppsition Preußen immer wieder zum entscheidenden Punkt bei ihrem Vorgehen macht. Wenn man das Reichstagswahlergebnis zu Grunde legt, verfügt das Kabinett Braun nicht mehr über eine Mehrheit. Denn heute schon hat diese sozialdemokratische Regierung nur 6 bis 10 Stimmen mehr auf ihrer Seite als die Opposition. Mitte Oktober wurde daher der Sturmangriff gegen Braun schärfer als je eröffnet, endete aber mit dem Mißerfolg, den er bisher immer gehabt hat. Im Landtag wurden alle Mißtrauensanträge abgelehnt und der Landtag fast gleichzeitig mit dem Reichstag vertagt.

Damit aber nicht genug, zeigten die Sozialdemokraten durch die Umbesetzung einiger Posten ihre Entschlossenheit, die Machtposition Preußen, ihre große und einzige Machtposition, da der Einfluß der Gewerkschaften in dieser Wirtschaftskrise zusammenschmilzt, mit allen Mitteln zu behaupten. Als der sozial-

demokratische Innenminister Grzesinski sich der Angriffe wegen, die sich gegen sein Zusammenleben mit einer Schauspielerin richteten — eine Blöße, die inzwischen durch die Heirat verdeckt ist —, unmöglich gemacht hatte, ersetzte ihn Braun durch Professor Waentig, einen Sozialdemokraten, der aus einer guten Bürgerfamilie stammt. Für diesen kritischen Winter erschien aber Waentig wohl als nicht hart genug, außerdem glaubte wohl Braun, daß unangenehme Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft schwerer zu ertragen sein würden, wenn sie von einem Akademiker angeordnet würden. Waentig wurde darum über Nacht verabschiedet und Severing, der alte Kämpe, aus der Reservestellung wieder in die Front vorgeschickt. Wenige Tage später besetzte man auch das wichtige Berliner Polizeipräsidium um, indem man Herrn Grzesinski dieses Amt, das er schon früher einmal innegehabt hat, übergab.

Wie gesagt, diese Umbesetzungen sind der Öffentlichkeit völlig überraschend gekommen, aber nicht nur der Öffentlichkeit, sondern auch den politischen Kreisen, einschließlich der Reichsregierung und des Professor Waentig, der wenige Stunden vorher selbst noch nicht wußte, daß er „sein Rücktrittsgesuch überreichen würde" Allgemein ist die Wiederberufung Severings als eine Kampfansage der Sozialdemokraten gegen die Rechte aufgefaßt worden. Und so hat der „Vorwärts" sie selber kommentiert: „Wenn Waentig heute einem anderen seinen Posten einräumt, so geschieht dies nicht, weil auch nur der leiseste Vorwurf gegen seine Amtsführung zu erheben wäre. Aber die Situation erfordert, um es einmal grobschlächtig auszuführen, heute mehr den Polizeiminister als den Verwaltungsminister an der Spitze des preußischen Innenministeriums. Es ist nicht die Situation, in der sich das Verwaltungstalent ruhig entfalten kann, es ist die Situation entschlossener Abwehr gewalttätiger Bestrebungen. Für diesen Zweck eignet sich aber kaum ein zweiter wie Karl Severing, der im eigentlichen Sinne des Wortes als Schöpfer einer republikanischen Polizeigewalt und eines zuverlässigen Verwaltungsapparates, kurzum als der Schöpfer des republikanischen Preußens bezeichnet werden darf." Mit vorsichtigen Worten warnt die „Germania" die Sozialdemokraten davor, ihren Einfluß in Preußen zu verstärken, während die „Voß" und das „Berliner Tageblatt" die Berufung Severings begrüßen. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" nennt diese Ernennung eine öffentliche Kampfansage in dem Sinne, daß die Sozialdemokraten von ihrem Platz nur weichen würden, wenn ihnen eine größere Macht entgegengestellt würde.

Inzwischen greift das schleichende Fieber, das die Wirtschaft lähmt, immer weiter um sich und wird in seiner Gefährlichkeit an Symptomen wie der Arbeitslosigkeit, den Finanzsorgen des Reichs, der Länder und Gemeinden so offenkundig, daß die wirtschaftlichen Fragen heute noch mehr als vor einem halben Jahre das A und O aller Staatspolitik bilden. Die Regierungen fast aller Staaten — wenn man einmal von Frankreich absieht, das sich in einer besonderen Lage befindet — genießen heute die stärkste Unpopularität, da von ihnen eine Besserung der wirtschaftlichen Lage erwartet wird, Regierungen allein aber eine solch schwere Weltwirtschaftskrise wie die jetzige höchstens mildern, nicht aber beseitigen können. Bei allen Nachwahlen erleidet die englische Arbeiterregierung eine Niederlage, und die mittelparteiliche Regierung Deutschlands und die republikanische Regierung

Amerikas hat dasselbe Schicksal erlebt. Man braucht keine Worte mehr darüber zu verschwenden, daß die Weltwirtschaftskrise unglücklicherweise in Deutschland noch mit einer spezifisch deutschen Krise zusammenfällt, die aus dem Weltkrieg und seinen Folgen einerseits und den staatssozialistischen Experimenten andererseits herrührt. Im Augenblick wird der Kampf zwischen zwei Richtungen geführt, von denen die eine eine Verstärkung dieses Staatssozialismus zur Abhilfe fordert, während die andere meint, nur durch eine Wiederbesinnung auf die wirtschaftlichen Gesichtspunkte sei eine allmähliche Gesundung möglich. Selbstverständlich liegt die Front nicht so klar, wie wir sie hier angedeutet haben. Trotzdem sollte man sich den genannten Unterschied vor Augen halten, weil im Prinzip alle entweder nach der einen oder nach der anderen Richtung tendieren.

Die Nationalsozialisten haben die kurze Zeit, in der der Reichstag tagte, benutzt, um ihren sozialistischen Charakter unter Beweis zu stellen. Und zwar gleich in doppelter Weise. Einmal dadurch, daß sie gemeinsam mit Sozialdemokraten und Kommunisten einem Antrage zur Annahme verholfen haben, der die Regierung auffordert, den für die Berliner Metallindustrie gefällten Schiedsspruch nicht für verbindlich zu erklären. Und zum anderen dadurch, daß sie eine Reihe von entsprechenden Anträgen im Reichstage eigebracht haben. In diesen Anträgen wurde unter anderem die enschädigungslose Enteignung der Banken, der eingewanderten Ostjuden, die Beschlagnahme der Kriegs- uud Inflationsgewinne, ferner die zwangsweise Festsetzung des Zinses auf 5 v. H., wobei ein Prozent der Amortisierung dienen soll, gefordert. Der Erfolg dieser Stellungnahme, die den Beweis für die Behauptung liefert, die wir vor vier Wochen machten — daß die Nationalsozialisten nicht beabsichtigen, in die Regierung zu gehen —, der Erfolg ist ein Verlust der Sympathie, die nach den Wahlen auch in Wirtschaftskreisen den Nationalsozialisten entgegengebracht wurde. So schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung", daß sich die Nationalsozialisten mit ihren Anträgen eine völlige Verkennung der von der sozialdemokratischen Führerschicht bereits richtig erkannten Zeitnotwendigkeit leisteten. Die „Bergwerks-Zeitung" erklärte, daß man aus den Anträgen entweder entnehmen müßte, daß die Nationalsozialisten dadurch ernsthaft beabsichtigten, in die Regierung zu gehen, oder daß sie sich wirtschaftsbolschewistischen Ideen verschrieben hätten. Natürlich ist diese Alternative übertrieben, aber gerade im Vorschlag der zwangsweisen Festsetzung des Zinssatzes kommt es deutlich zum Ausdruck, daß auch die Nationalsozialisten sich der für die Staatssozialisten typischen Verkennung der Eigengestaltung der Wirtschaft schuldig machen. Bedeutungsvoll ist eine kritische Bemerkung des „Ring": „Noch ernsthafter ist wohl das agitatorische Wettrennen zu beurteilen, in das sich die Nationalsozialisten mit den Kommunisten eingelassen haben, wodurch sie sich selbst mit einer Hypothek belasten, nämlich mit der staatssozialistischen, besitz- und unternehmerfeindlichen Massenstimmung. Hieraus ergibt sich die Gefahr, daß sie zu Gefangenen der eigenen Demagogie geworden sein werden, wenn sie in den Besitz der Macht gelangen sollten. Die Nationalsozialisten müßten sich dann entweder den notwendigen Aufgaben zur Rettung der Wirtschaft und der Nation verschließen, was ihren Schiffbruch sehr bald nach sich ziehen würde, oder aber sie handeln in Gegensatz zu der von ihnen mit großgezüchteten Massenstimmung, wodurch sie selbst diese Massen enttäuschen und sie zum Teil in die Arme der Kommunisten treiben werden, die sich mit ihrer nationa-

listischen Propaganda darauf wohl auch bewußt einstellen. Es brauchen weiter keine Worte darüber verloren zu werden, daß ein solches Abwirtschaften der Nationalsozialisten nicht nur für sie selber, sondern für das gesamte nationale Lager eine große Gefahr bedeutet. Man wird daher die Frage aufwerfen müssen, ob Hitler, der nicht davor zurückscheute, Otto Strasser samt seinen wirtschaftsdemokratischen Ideologien auszuschließen, rechtzeitig diese Gefahr sieht und ihr Rechnung trägt."

Zahllos sind die Artikel, die sich in allen Blättern, gleichgültig welcher Richtung, mit der Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beschäftigen. Da diese Arbeitslosigkeit ja nur als eine Äußerung der allgemeinen Wirtschaftskrisis zu werten ist, von Woche zu Woche weiter steigt und jetzt schon drei und eine viertel Million Menschen erreicht hat, ist es verständlich, daß man in einer Zeit, wo die weitesten Kreise stets vom Sozialpolitischen ausgehen, diese Frage in den Vordergrund rückt. Wieder teilt sich die Front in zwei Gruppen, von denen die eine staatssozialistische Mittel vorschlägt, durch welche die wirtschaftlichen Ursachen der Arbeitslosigkeit garnicht gewandelt werden, während die andere die Ursachen dadurch beseitigen will, daß sie verlangt, daß den wirtschaftlichen Gesetzen Rechnung getragen werde, was in praxi auf den Lohnabbau hinausläuft. Wir haben im vorigen Bericht mit wenigen Worten den Standpunkt des Reichsarbeitsministers Stegerwald skizziert. Diesen Standpunkt scheint die Reichsregierung durchhalten zu wollen, wobei man ihr Mut zuerkennen muß, — den Mut zur Unpopularität. Während durch das Finanzprogramm zum ersten April die Beamtenbezüge um 6 v. H. gekürzt werden sollen — man erörtert augenblicklich, ob dieses nicht schon zum 1. Januar geschehen soll —, hat die Reichsregierung durch das Schlichtungswesen ein Mittel in der Hand, um die Lohnsenkungsaktion selbst zu bestimmen.

In diesem ganzen Zusammenhange ist der Schiedsspruch für die Berliner Metallindustrie nur der erste Schritt, der als solcher und nicht als Einzelaktion die größe Bedeutung hat. Wir erwähnten vor vier Wochen, daß der Schlichter sich für eine Lohnsenkung um 8 v. H ausgesprochen habe, worauf die Berliner Metallarbeiter mit einem Streik antworteten, der inzwischen beendet ist, da beide Parteien sich bereit erklärten, sich bedingungslos einem neuen Schiedsspruch zu unterwerfen. Dieser Schiedsspruch ist nunmehr gefällt. Wegen seiner Wichtigkeit sei angeführt, daß das Schiedsrichterkollegium gebildet wurde vom früheren Reichsarbeitsminister Brauns, einem Zentrumsmann, dem sozialistischen Professor Sinsheimer und dem Oberbürgermeister Jarres, der der Volkspartei und der Industrie nahesteht. Der neue Schiedsspruch, und damit indirekt auch der Streik, bringt den Gewerkschaften wohl eine Abmilderung der Lohnsenkung, mehr aber auch nicht. Die Lohnsenkung wird in zwei Etappen vorgenommen werden, und zwar um 3 Prozent Mitte November und um insgesamt 8 Prozent Mitte Januar. In der Begründung des Schiedsspruchs wird darauf hingewiesen, daß die Berliner Metallindustrie wie die gesamte Wirtschaft sich in einer schweren Krise befände, daß die Zahl der Arbeitslosen auf drei Millionen angewachsen sei und daß es zur Besserung einer wirksamen Preissenkung auf allen Gebieten bedürfe. „Wenn diese auch nicht allein von der Lohnseite her entstehen darf, so ist das Lohnkonto doch ein so wichtiger

Bestandteil der Gestehungskosten, daß an ihm nicht vorbeigegangen werden kann." Gleichzeitig wird dann zum Ausdruck gebracht, daß die Herabsetzung der Preise von allen verantwortlichen Stellen mit größter Energie auch weiter verfolgt wird. „Die Schlichter sind sich bewußt, daß ihr Schiedsspruch eine über die Beilegung des vorliegenden Streitfalles hinausgehende grundsätzliche Bedeutung hat."

Wegen dieser Bedeutung der Entscheidung seien noch die Pressestimmen dazu wiedergegeben. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" vergleicht den Schiedsspruch mit der Einführung der Rentenmark im Jahre 1923. Für so bedeutungsvoll hält sie das Ereignis: „Die Entscheidung des Schiedsgerichts, der sich die Parteien vorher bedingungslos zu beugen versprochen haben, muß verstanden werden im Rahmen der Gesamtpolitik der Regierung des Reichskanzlers Brüning, der in dieser Frage abermals gezeigt hat, daß er zur Führung entschlossen ist. Diese Gesamtpolitik ist darauf gerichtet, durch Lohn-, Gehalt- und Preisabbau die deutsche Wirtschaft gegenüber dem Auslande wieder wettbewerbsfähig zu machen, die Arbeitslosigkeit entscheidend zu bekämpfen, und endlich die Revision der Kriegstribute vorzubereiten." Ähnlich äußern sich die Organe aller bürgerlichen Parteien. Dagegen schreibt der „Sozialdemokratische Pressedienst", die Entscheidung würde in der gesamten deutschen Arbeiterschaft Empörung hervorrufen. Ihr Vertrauen zur Schiedsstelle sei nicht gerechtfertigt worden. Die Lohnsenkung sei nun ein Faktum, dagegen würde die Preissenkung nur versprochen: „Werden die Berliner Metallarbeiter getäuscht, wird ihr Reallohn tatsächlich ab Januar gesenkt, tritt die versprochene Preissenkung nicht ein, dann wird die Metallarbeiterschaft sofort und sechs Monate lang rüsten, um Abrechnung zu halten." — Wieweit es sich bei diesen Worten nur um Theaterdonner handelt, der der eigenen Gefolgschaft mit Rücksicht auf die kommunistische Konkurrenz vorgemacht wird, ist allerdings eine andere Frage. Es hat jedenfalls den Anschein, als ob die Gewerkschaftsführer und auch die verantwortlichen Sozialdemokraten sich im eigenen Kreise darüber einig sind, daß ihre Vorschläge, die auch von der preußischen Regierung aufgegriffen worden sind, — einer Arbeitszeitverkürzung und der Einführung eines neunten Schuljahres — wohl geeignet sind für Wahlagitation, nicht aber zur Behebung der Wirtschaftskrise.

Die „D. A. Z." nennt im Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Reichsregierung, die ja von allen Schichten der Bevölkerung Opfer verlangt, die Revision des Youngplanes, die durch eben diese Maßnahmen vorbereitet werden soll. Darüber ist naturgemäß kein Zweifel, daß alle Kreise der deutschen Nation diese Revision wünschen. Nur in der Taktik geht man auseinander. Die Regierung will erst ihre Maßnahmen durchführen, um den Gläubigern vorhalten zu können: „Wir haben das Unsere getan, nun ist es an euch" Die Opposition dagegen sagt, daß alle solche Maßnahmen nur zur weiteren Verelendung führen werden und daß die Revision darum sofort herbeizuführen sei. Ob damit die taktische Situation der deutschen Unterhändler nicht wieder von vornherein so schlecht sein würde, wie bei den Pariser Verhandlungen, aus denen dann der Youngplan hervorging, sei hier offen gelassen. Jedenfalls haben der Wahlausgang, die Krise in Deutschland und auch die sehr geschickte Propagandareise Schachts in den Vereinigten Staaten schon das Ihrige getan, um die Stimmung für eine Revision günstiger zu gestalten.

Man kann es bedauern, daß im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags alle Anträge gegen den Youngplan aus innerpolitischen Gründen verworfen worden sind. Dagegen wurde ein Antrag zur Abrüstungsfrage angenommen, der in einer Sprache gehalten ist, die in Genf und Paris erkennen lassen wird, wie sehr sich die Dinge in Deutschland gewandelt haben. Es heißt in dieser Entschließung: „Der Auswärtige Ausschuß erwartet von der Reichsregierung, daß sie mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln auf die schleunige Änderung der gefahrvollen Lage hinwirkt, und daß sie mit äußerstem Nachdruck darauf besteht, eine Abrüstung der anderen Staaten zu fordern, die nach Umfang und Art der Abrüstung Deutschlands und dem Grundsatz paritätischer Sicherheiten entspricht, und daß sie Klarheit darüber herbeiführt, ob die auswärtigen Mächte gewillt sind, diese Forderung entsprechend den im Versailler Vertrag festgelegten Verpflichtungen zu erfüllen". In Wahrheit hat in Deutschland niemand mehr Zweifel daran, daß die Landabrüstung in einem wirklich befriedigenden Ausmaße nicht herbeigeführt werden wird. Das Neue an der Entschließung ist nur der Schlußsatz, der nun endlich einmal Klarheit verlangt. Diese Klarheit dürfte schon durch die Ablehnung der deutschen Forderungen auf Einbeziehung der Reserven in die Berechnungsgrundlage der Abrüstung herbeigeführt sein. Die Frage bleibt nun offen, ob die deutsche Außenpolitik sich in der Rüstungsfrage jetzt so umstellt, wie es schon vor einigen Wochen vom General von Seeckt im Reichstagsausschuß verlangt worden ist, d. h., daß Deutschland nunmehr das Recht auf Aufrüstung anmeldet. In den Rechtskreisen, und zwar nicht nur in denen der Opposition, sondern auch in denen, die an der Regierung beteiligt sind, hält man diesen Weg für erfolgversprechender.

In diesem Zusammenhang muß auch noch die sogenannte Hervé-Aktion erwähnt werden, welche die Tagespresse in den letzten Wochen beschäftigt hat. Gustave Hervé, der Herausgeber einer Pariser nationalistischen Zeitung, „La Victoire", hat seinerseits die bekannten Gedankengänge Arnold Rechbergs entwickelt. Also auch er glaubt, daß die französische Sicherheit auf die Dauer nicht gegen, sondern nur mit Deutschland gewährleistet werden kann. Zum Beweis führt er die Bedrohung durch Italien und Sovetrußland einerseits und das Anwachsen der nationalistischen Welle in Deutschland andererseits an. Er fordert nun, daß ein deutsch-französisches Militärbündnis abgeschlossen wird, wofür Deutschland das Recht erhält, eine Armee in der Stärke der im französischen Mutterland stehenden Truppen zu haben; ferner will Frankreich Togo und Kamerun, das Saargebiet ohne Abstimmung zurückgeben, weiterhin den Einspruch gegen den Anschluß Österreichs aufgeben und bei Polen freundschaftlich für die Rückgabe des Korridors intervenieren. Hervé hat sich in einem Telegramm an Geheimrat Hugenberg, Adolf Hitler und Franz Seldte gewandt und die Stellungnahme dieser nationalen Führer erbeten.

Um das Ergebnis dieser Aktion gleich vorwegzunehmen: alle drei nationalen Führer haben die Vorschläge Hervés abgelehnt; aus den Begründungen seien nur einige Punkte hervorgehoben: Hervé als ein Mann ohne Einfluß sei nicht geeignet für Verhandlungen; Frankreich wolle die nationale Opposition in Deutschland durch die Erlangung einer grundsätzlichen Zustimmung zur Zusammenarbeit nur bloßstellen; und schließlich hat Hitler die italienische Karte ausgespielt, wobei er von der bekannten Rede Mussolinis unterstützt wurde, in der

dieser die Faschisierung Europas forderte und damit deutlich auf die Nationalsozialisten in Deutschland und die französischen Briefe andererseits anspielte. Hat nun Hervé tatsächlich im Auftrage des Quai d'Orsay bewußt oder unbewußt die Absicht verfolgt, die deutsche Opposition bloßzustellen? Oder ist er nur ein Werkzeug des französischen Finanzministers Paul Reynaud, der sich vor einiger Zeit, als er noch nicht Minister war, zu einer gleichen Politik wie Hervé bekannt hat? Kann man also annehmen, daß wirklich ernsthafte Kräfte des nationalen Frankreich glauben, eine Zusammenarbeit mit dem nationalen Deutschland auf wehrpolitischer Basis sei im Interesse Frankreichs nötig? Wir können diese Fragen hier nur aufwerfen, sie aber noch nicht beantworten. Die Antwort wird durch die Zukunft erteilt werden. Georg Schröder

Bücherbesprechungen

J. Daniloff. Großfürst Nikolai Nikolajewitsch. Sein Leben und Wirken. Berlin 1930. Verlegt bei R. Schröder W. 62. Die Übersetzung des Werkes aus der russischen Handschrift besorgte R. Freiherr von Campenhausen. IX, 321 S.

Man wird es verstehen, daß der ehemalige Generalquartiermeister der russischen Armee seinem unmittelbaren Vorgesetzten ein ehrendes Denkmal zu setzen bestrebt ist. Leider ist nun aber General Daniloff in diesem Bestreben offensichtlich zu weit gegangen und hat ein Idealbild des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch gezeichnet, das nach allem, was wir sonst über diesen wissen, kaum der Wirklichkeit entspricht. Der Wunsch, den Charakter und die Handlungsweise des Großfürsten bei jeder Gelegenheit zu verherrlichen, verleitet den Verfasser zu Übertreibungen wie z. B. der Schilderung der Szene im Speisewagen S. 91/92: wenn der Großfürst einen Offizier wegen eines dienstlichen Vergehens hart anließ, nach einer Weile, gleichsam als Pflaster auf die geschlagene Wunde, ihm eine Zigarre anbot, so gibt das kaum Veranlassung, vom „hohen Edelmut" des Großfürsten zu sprechen, vor dem sich alle „in Ehrfurcht" beugten.

Militärisch bietet das Buch manches Interessante. So die Betrachtungen des Verfassers über die russische Strategie: es hatte sich „die törichte, demoralisierende Manie herausgebildet, die Front „auszugleichen", wie man damals sagte. Es genügte schon, daß der Gegner unsere Truppen an einer einzigen Stelle zurückdrängte, um die benachbarten Kontingente zu veranlassen, ebenfalls zurückzugehen, wobei es dann hieß, ihr Flügel wäre in Gefahr gewesen, umgangen zu werden. Diesen Leichtsinn, angegriffene oder bedrohte Abschnitte ohne Sinn und Verstand zu räumen, hatte man anfänglich nicht mit der nötigen Energie bekämpft, und das Übel hatte nach und nach kaum ausrottbare Wurzeln geschlagen". Im Herbst 1915 drang Daniloff in den Großfürsten, jeden weiteren Rückzug einstellen zu lassen; der Großfürst hörte ihn geduldig an und schwieg. Dieses passive Verhalten des Höchstkommandierenden vermag Daniloff sich nicht zu erklären — hatte der Großfürst den Glauben an seine Truppen verloren? wußte er, daß seine Tage gezählt waren, und wollte er seinem Nachfolger nicht vorgreifen? Aus der Darstellung Daniloffs ersieht man die erstaunliche Tatsache, daß man in Petersburger Hofkreisen befürchtete, der Großfürst werde sich seiner Amtsenthebung widersetzen. Dem Kriegsminister, der dem Großfürsten

den Willen des Zaren, den Oberbefehl über die Armee zu übernehmen, persönlich mitgeteilt hatte, dankte der Zar für die Erledigung des ihm gewordenen „schwierigen" Auftrages; das Mißtrauen gegenüber der Loyalität des Großfürsten war in der Umgebung des Kaisers so stark, daß man dort erst beruhigt aufatmete, als der Großfürst das Hauptquartier verlassen hatte. Die Popularität des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch ließ den übrigen Großfürsten keine Ruhe; der Großfürst Nikolai Michailowitsch warnte den Kaiser sogar vor dieser Volkstümlichkeit, die besonders nach den Erfolgen im Kaukasus von neuem anwuchs: „Diese Volkstümlichkeit ist durchaus nicht im Interesse des Thrones oder des Prestiges der kaiserlichen Familie. Angesichts der Möglichkeit von allerart Aufständen nach dem Kriege gilt es auf dem Posten zu sein und auf alle Machenschaften, die auf die Aufrechterhaltung jener Volkstümlichkeit gerichtet sind, sorgfältig achtzuhaben." Auch Daniloff unterstreicht mit Recht den großen Umfang der Hilfe, die die russischen Truppen den Verbündeten während der ersten Jahre des Krieges erwiesen haben. Der deutschen Heeresleitung und den Leistungen der deutschen Truppen läßt Daniloff volle Gerechtigkeit widerfahren — so z. B. sein Urteil über die deutsche Strategie S. 124/25, die Bemerkung über den deutschen Durchbruch bei Bresiny S. 128/29.

Mit allergrößter Vorsicht zu benutzen ist das Daniloffsche Buch, wo der Verfasser das Gebiet der Politik betritt. Auf S. 312 heißt es: „Auf der einen Seite stand das deutsche 70-Millionen-Volk, stark durch den Überfluß wehrhafter Männer, den sie beseelenden Geist, seine Kultur, seinen Fleiß. Dieses Volk fühlte sich in seinen Grenzen eingeengt und bekundete, einig und stark bewaffnet, den festen Willen, auf die weltpolitische Arena hinauszutreten Die neue deutsche Weltpolitik bedrohte zweifellos jeden von ihnen (d. h. England, Frankreich, Rußland) mit ernsten Folgen, die sie natürlich zwangen, ihre politische und wirtschaftliche Position zu verteidigen Im einzelnen barg der von Deutschland ausgeführte Bau der Eisenbahnlinie Berlin—Bagdad den Keim eines zukünftigen Zusammenstoßes mit Rußland, infolge des mit jenem Schritt verbundenen Bestrebens Deutschlands, die Slaven des Balkans auf dem Wege über Österreich unter deutschen Einfluß zu bringen, sowie im Gebiet von Konstantinopel und der Meerengen festen Fuß zu fassen Rußland, das bereits für die Befreiung seiner Blutsbrüder im Westen und Süden ungeheure Opfer gebracht hatte, konnte auf Grund seiner historischen und politischen Traditionen dem allmählichen Aufsaugen jener Slaven seitens des Reichs der Habsburger, das hierbei offensichtlich auf Unterstützung Deutschlands rechnete, nicht schweigend zusehen." Wer heute, angesichts der Fülle des veröffentlichten Aktenmaterials, noch so schreiben kann, darf nicht verlangen, ernst genommen zu werden. Dasselbe gilt von den Ausführungen des Verfassers S. 314 f. über die Bedeutung der russischen allgemeinen Mobilmachung für den Ausbruch des Weltkrieges: Mobilmachung war gleichbedeutend mit Krieg, das wissen wir (vgl. dazu u. a. den Aufsatz von G. Frantz in den Berliner Monatsheften für internationale Aufklärung, Juli 1930): jeder Versuch, diese Dinge anders darzustellen, ist Mohrenwäsche. Durchmustert man übrigens das dem Buch vorangestellte Literaturverzeichnis, so wird man sich über die, milde gesagt, primitive Auffassung des Verfassers nicht wundern; die neuen Publikationen scheinen ihm entgangen zu sein. Was die Kriegsziele Rußlands anlangt, ist die Ansicht des Großfürsten Nikolai Michailowitsch aus dem Januar 1916 nicht ohne Interesse.

Von einer Zerstückelung Österreichs wollte er nichts wissen. „Es ist vorteilhafter", schrieb er dem Kaiser, „im Mittelpunkt Europas ein aus verschiedenen Nationen zusammengesetztes und schwaches Österreich zu haben, als ein starkes Deutschland. Daher ist es notwendig, im Fall eines vollen Sieges alles daran zu setzen, daß Deutschland erniedrigt und zerstückelt wird. Schleswig-Holstein soll Dänemark erhalten; Elsaß-Lothringen — Frankreich; Luxemburg — Belgien; die Rheinmündung — Holland; Posen hat an Polen zu fallen, ein Teil Schlesiens und ein Teil Bayerns — an Österreich; außerdem ist Deutschland zu veranlassen, daß es seine Flotte auf ein Minimum reduziert; keinesfalls aber darf man sich in seine inneren Verhältnisse einmischen, da alle diese Prinzen und Fürsten sich sowieso in die Haare geraten werden, ebenso wie auch die Bürger und Sozialisten, die Gelehrten und Schriftsteller."

Leider ist die deutsche Übersetzung nicht immer einwandfrei, es finden sich mehrfach sprachliche Härten und Fehler. Ich führe nur einiges an. S. 8: ein „vom örtlichen Glockenturm umrissener Horizont"; S. 12: „der Großfürst wandte dem ihm angetragenen Kreuz nicht den Rücken"; S. 13: er begann, „sich zu einer bestimmten Größe auszuwachsen"; S. 50: „besonders lehrreich war der Übergang der einen Partei über diesen Fluß, welche eine ganze Division über die in der Dunkelheit geschlagene Brücke auf das andere Ufer warf"; S. 85: der „Davonritt"; S. 86: „Als Generalquartiermeister des Generatstabes traf es sich schon öfter, daß ich mich unterhielt." Und was soll man schließlich dazu sagen, wenn auf S. 15 als Charakterzug des Großfürsten seine „Stroptivität" angeführt wird? Ohne Kenntnis des Russischen wird der Sinn des Wortes kaum klar: stroptivy bedeutet widerspenstig, widerhaarig. Bedarf die deutsche Sprache wirklich derartiger Neubildungen? W. W.

E. Mühlmann. Deutschland und die Türkei 1913—1914. Die Berufung der deutschen Militärmission nach der Türkei 1913, das deutsch-türkische Bündnis 1914 und der Eintritt der Türkei in den Weltkrieg (Politische Wissenschaft, Schriftenreihe der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin und des Instituts für Auswärtige Politik in Hamburg, Heft 7). Berlin-Grunewald, Dr. W. Rothschild 1929. VIII, 104. S.

Das vorliegende Buch ist die erste aktenmäßige Darstellung eines bisher wenig beachteten Problems aus der Vorgeschichte des Weltkrieges. Als Adjutant des Chefs der deutschen Militärmission, des Generals Liman von Sanders, hat der Verfasser die von ihm dargestellten Ereignisse seit dem Dezember 1913 miterlebt; seine Arbeit fußt auf gedrucktem und ungedrucktem archivalischem Material; einige bisher unveröffentlichte Aktenstücke sind im Anhang abgedruckt (so, z. B. der „Vertrag betreffend Schaffung einer Deutschen Militär-Mission behufs Reorganisation der Kaiserlich-Ottomanischen Armee vom 15./28. Oktober 1913 und der deutsch-türkische Bündnisvertrag vom 11. Januar 1914 nebst Zusatzvertrag vom 28. September 1916)

Die Entsendung der deutschen Militärmission nach Konstantinopel entsprang türkischen Wünschen und Zweckmäßigkeitserwägungen und erfolgte deutscherseits unter rein militärischen, nicht politischen Gesichtspunkten. Aber wenn man auch in Berlin die Frage der Militärmission als eine unpolitische betrachtete, so handelte es sich doch nicht darum, wie die deutsche Politik diese Frage aufzufassen wünschte, sondern wie das Ausland sie bewertete. Vor allem in Rußland machte sich, als die ersten Nachrichten über Aufgaben und Organisation der Militärmission in die Öffentlichkeit drangen, eine starke Erregung bemerkbar. Gegen eine der traditionellen Arbeit Deutschlands in der türkischen Armee (Maltke,

v. d. Goltz) entsprechende Tätigkeit an sich hatte man russischerseits nichts einzuwenden. Die neuen Abmachungen aber ließen eine militärische Erstarkung der Türkei und eine Steigerung des deutschen politischen Einflusses in Konstantinopel befürchten: beides wollte man in Petersburg nicht dulden. Am gefährlichsten erschien den Russen der Paragraph des Vertrages, der dem deutschen General die Kommandogewalt in Konstantinopel übertrug; Sasonov bezeichnete die Angelegenheit als eine Frage von „eminent politischer Bedeutung". „Der deutsch-russische Gegensatz in dieser Frage drehte sich also nicht um die Fortsetzung der deutschen Reformarbeit im türkischen Heer an sich, sondern um die von der bisherigen wesentlich abweichende Art ihrer Durchführung."

Rußlands Bemühungen, die beiden anderen Ententemächte zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen Deutschland und die Türkei zu bewegen, scheiterten am Widerstande Englands: die englische Politik wünschte alles vermieden zu sehen, was die ohnehin starke Spannung verschärfen konnte; von Vorstellungen in Berlin, wie Rußland es wünschte, wollte man in London nichts wissen. Auch in Frankreich erkannte man das Gefährliche der russischen Taktik und war im Grunde gegen ein Vorgehen, das auf die Forderung von Kompensationen hinauslief. Aber der leitende Gedanke der französischen Außenpolitik blieb doch immer, keine russische Verstimmung gegen Frankreich aufkommen zu lassen. So konnte Sasonov auf einer geheimen Konferenz im Januar 1914 die Mitteilung machen, daß Rußland auf eine tatkräftige Unterstützung Frankreichs bis aufs äußerste rechne; Delcassé habe ihm im Namen seines Ministers versichert, daß Frankreich so weit gehen werde, wie Rußland es wünsche. Die deutsche Regierung blieb fest; da der Sultan General Liman zum Marschall beförderte, kam ein Korpskommando in Konstantinopel von selbst in Fortfall. Wenn damit auch Rußland ein gewisses Entgegenkommen bewiesen worden war, so blieb in Petersburg das Mißtrauen gegen Deutschland bestehen. Die rein militärisch gedachte Mission wirkte sich politisch aus: die in Rußland zurückgebliebene Verstimmung erschwerte das Zusammenarbeiten mit dem östlichen Nachbarn auch auf anderen Gebieten und begünstigte die Strömungen, die an einer deutsch-russischen Entfremdung, an einem Ausbau der Entente und an einer Isolierung der Mittelmächte arbeiteten. Andererseits war die Militärmission der Wegbereiter für den Abschluß des deutsch-türkischen Bündnisses und den Eintritt der Türkei in den Weltkrieg an der Seite der Mittelmächte.

Mühlmann weist nach, daß das Bündnis mit der Türkei von Deutschland nicht von langer Hand vorbereitet, sondern im Gegenteil, trotz des türkischen Werbens, abgelehnt worden war, weil man deutscherseits die Türkei nicht für bündnisfähig hielt. Unter dem Eindruck der Berichte der Militärmission schrieb der Generalstabschef Moltke am 18. Mai 1914: „Mit der Türkei in absehbarer Zeit zugunsten des Dreibundes oder Deutschlands rechnen zu wollen, muß als ganz verfehlt bezeichnet werden." Und zwei Monate später äußerte sich der deutsche Botschafter im gleichen Sinn: „Die Türkei ist zweifellos heute noch vollkommen bündnisunfähig. Sie würde ihren Verbündeten nur Lasten auferlegen, ohne ihnen die geringsten Vorteile bieten zu können." Erst der militärische Druck des beginnenden Weltkrieges führte am 2. August 1914 einen ziemlich improvisierten Vertragsabschluß herbei. Der Eintritt der Türkei in den Krieg ergab sich mit Naturnotwendigkeit, da eine türkische Neutralität auf die Dauer unmöglich war, der Neutralitätspartei im türkischen Ka-

binett aber lediglich eine deutschfreundliche, aber keine entschlossen ententefreundliche Gruppe gegenüberstand.

Wenn auch die Parteinahme der Türkei für die Mittelmächte den Ausgang des Krieges nicht hat ändern können, so darf doch die Bedeutung dieser Tatsache nicht unterschätzt werden. Vor allem war es der Riegel an den Dardanellen, der die feindliche Kriegführung empfindlich störte. Auf den Ausgang des Krieges mit Rußland hat die Sperrung der Dardanellen entscheidenden Einfluß gehabt; hierin liegt nach Ansicht des Verfassers die weltgeschichtliche Bedeutung des Eintritts der Türkei in den Weltkrieg.

W. W.

Ernst Volkmann, Chodowiecki und Goethe. Sonderdruck. Den Teilnehmern der Danziger Goethewoche im Oktober 1930 vom Deutschen Heimatbunde Danzig überreicht. Verlag und Druck von A. W. Kasemann G. m. b. H., Danzig. 43 S.

In dieser Schrift geht der Verfasser, wie es bereits die Reihenfolge der Namen im Titel andeutet, ausdrücklich von Danzigs bedeutendem Künstler aus. Über Goethes Stellung zu Chodowiecki handelt er zusammenfassend lediglich im Schlußkapitel, in dem er aus Briefen, Tagebüchern, Gesprächen bezügliche Äußerungen Goethes zusammenstellt und so ein anschauliches Bild der sich wandelnden Beziehungen der beiden Künstler zu einander gewinnt. Um so ausführlicher geht der Verfasser, nachdem er über Chodowieckis Goethe-Porträts gesprochen, auf dessen Illustrationen zu Goethes Werken ein. Hier betritt Dr. Volkmann noch zu erobertes Neuland, denn, wie im 18. Jahrhundert der deutschen Buchillustration verhältnismäßig geringere Sorgfalt zugewandt wurde, so schenkte man ihr auch im 19. und 20. Jahrhundert nicht die ihr gebührende Beachtung. Selbst Chodowieckis bedeutende Arbeit in dieser Richtung hat noch keine eingehende Behandlung erfahren. Fehlt doch bis jetzt eine ausreichende Bibliographie der von Chodowiecki und nach Chodowieckis Entwürfen illustrierten Bücher. Eine von den Stichen ausgehende, nicht also ausdrücklich auf die Buchkunde abzielende Zusammenstellung zeigt sich in mancher Beziehung veraltet. Desgleichen ist die Frage der Goethe-Illustration bislang weder von der Goetheforschung noch von der Kunstwissenschaft als umfassende Aufgabe angegriffen worden. Hier nun setzt Dr. Volkmann ein. Er stützt sich in seiner Arbeit im wesentlichen auf das in weitem Umfange ihm vorliegende Buchmaterial wie auf die gezeichneten Blätter Chodowieckis. Auch zieht er Tagebücher, Briefe und Gespräche heran. Interessante Resultate enthalten die Ausführungen über die Illustrationen zu Lavaters Physiognomischen Fragmenten, den Freuden des jungen Werther, Goethes Schriften bei Himburg. 1.—3. Aufl. 1775—1779, Deyverduns Übersetzung des Werther, Heinrich Stillings Jugend, Goethes Werken (Erstausgabe bei Göschen), zu Hermann und Dorothea. Mit Feinheit umreißt der Verfasser die Grenzen der intimen Kunst Chodowieckis, die so ganz in dem kulturhistorischen Milieu der Zeit wurzelt, dieses mit all dem Duft, „Anmut und Zartheit" schildert, gegenüber Stoffen wie Faust, Iphigenie oder Tasso aber versagt hätte.

Otto v. Petersen

Heinz Kindermann, Lenz und Goethe. Ein Wort zum „Pandaemonium Germanicum" (Ostdeutsche Monatshefte, Blätter des „Deutschen Heimatbundes Danzig" und der „Deutschen Gesellschaften für Kunst und Wissenschaft in Polen" hrsg. von Carl Lange. Verlag von Georg Stilke. Berlin-Danzig. Heft 7. Sonderheft Goethe und der Osten. Oktober 1930).

Aus Anlaß der Danziger Goethe-Woche (Oktober 1930) veranstaltete der Herausgeber der Ostdeutschen Monatshefte eine Sonderausgabe „Goethe und der Osten", die eine Reihe aufschlußreicher Beiträge, Notizen und manche Veröffentlichung aus der Sammlung des Professor Kippenberg bringt. Dieses Sonderheft enthält u. a. einen bemerkenswerten Aufsatz des Prof. Heinz Kindermann „Lenz und Goethe. Ein Wort zum Pandaemonium Germanicum" Zu Beginn weist der Verfasser wie bereits in seinem Werk „Lenz und die deutsche Romantik" mit Nachdruck darauf hin, daß beide Dichter trotz der Gemeinsamkeit ihres Sturm- und Dranggärens zwei im Grunde unvergleichbare Größen darstellen, da sie von im wesentlichen andersartigen Voraussetzungen ausgehen und verschiedenen Zielen zustreben. „Keine literarische Äußerung — schreibt Kindermann — vermag diese seltsame Spannung, die uns symptomatisch erscheinen muß, für den geistigen Klärungsprozeß im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts stärker zu vergegenwärtigen, als Lenzens Literatursatire „Pandaemonium Germanicum"..." Und auf Grund der genannten Literatursatire, in der Lenz auch sich und Goethe einführt, zeichnet der Verfasser ein Bild des geistigen und zeitgeschichtlichen Verhältnisses beider Dichter zueinander. Im Lichte dieser feinsinnigen Darlegung Kindermanns zeigt es sich, mit welch sensiblem Spürsinn und zugleich gedanklicher Schärfe Lenz bei all dem Gefühl gemeinsamen Strebens — sagt doch Lenz im „Pandaemonium": „Goethe, es ist mir, als ob ich meine ganze Reise gemacht, um dich zu finden" — die „Begabungs- und Entwicklungsdifferenz" zwischen sich und Goethe erkannte, wie er bereits damals in Goethe den „Vertreter einer organischen, individualisierenden Darstellungskunst" und zugleich einen solchen der „typisierenden, nach Vollendung strebenden Kreislauf-Geschichtsbetrachtung" witterte, während er sich selbst als „Vertreter einer ewig sich weiterentwickelnden historischen Unendlichkeitsreihe" und damit in sich die Keimkräfte der werdenden Romantik empfand. Kindermann führt aus, wie Lenz, der die Ansätze der zur Romantik führenden Schaffenskurve in sich barg, seine Entwicklung im Gegensatz zu der klassischer Vollendung zustrebenden Energie Goethes erfaßte. Kindermann macht ferner deutlich, wie Lenz die Realisierung dessen, was Goethe erstrebte, wohl als in nächster Zeit sich vollziehend ahnte, während er die Erfüllung seines Wollens in weitere Zukunft entrückt glaubte. So steht Lenz vor uns als feinnerviger Vorausempfinder des Kommenden. O. v. Petersen

Johannes H. Müller. J. M. R. Lenz' Coriolan. Frommannsche Buchhandlung, W. Biedermann, Jena 1930.

Im Anhang dieser Arbeit findet sich eine neue mit Titelbild versehene Textausgabe der Übersetzung von Shakespeares Coriolan: „Seiner Durchlaucht dem Herzoge untertänigst gewidmet von Lenzen." Die Berechtigung einer solchen Ausgabe tritt plastisch hervor aus der vom Verfasser gegebenen Übersicht über die bisherigen Veröffentlichungen. Zunächst geht der Verfasser auf die Zitate ein. Er gelangt zu folgendem Resultat. Allein Erich Schmidt, der durchweg nach der Originallesart zitiert, wahrt textkritische Treue in Orthographie, Abkürzungen, Schreibfehlern. Nur in der Interpunktion zeigen sich Änderungen. Hingegen läßt sich bei Hermann Rauch, Karl H. Clarke, Rosanow geringe Sorgfalt konstatieren, die zu üblen Entstellungen des Textes führt. Darauf betrachtet der Verfasser den einzigen bisherigen Gesamtabdruck der Coriolanübersetzung, in der Bleischen Ausgabe von Lenz' Werken, die zufolge einer umfangreicheren Ausdehnung und

des beigefügten Anmerkungsapparates einem größeren Leserkreise die Möglichkeit gibt, sich mit dem Dichter eingehender bekannt zu machen, wie auch für den Forscher einen Wert besitzt. Aus einer Gegenüberstellung von Coriolantextstellen Bleischer Redaktion und solchen des Coriolanmanuskripts (im Besitz der ehem. Großherzoglichen Bibliothek, der jetzigen Thüringischen Landesbibliothek) ergibt sich dem Verfasser das Bild einer von Blei zwar unternommenen, aber nicht folgerichtig durchgeführten Modernisierung des Textes, einer versuchten Angleichung an die gegenwärtige Orthographie, wodurch — so betont Johannes H. Müller — die Sprache vielfach ihrer Plastik beraubt wird, Lenz' Eigenart verloren geht. Demgegenüber strebt der Verfasser eine textkritischen Erfordernissen genügende Ausgabe an. Ferner beschäftigt sich der Verfasser mit der genaueren Datierung der Coriolanübersetzung, sucht Lenz' Verhältnis zum Stoff aufzuhellen und stellt in diesem Zusammenhang fest, daß Lenz hier in erster Linie den Gedanken seiner Dramaturgie: tragoedia est una, si circa unum sit im Auge hat. Lenz arbeitet in starker Betonung die Charakterzüge Coriolans heraus, während er in dieser Beziehung weniger bedeutsame Szenen in verbindendem Zwischentext gibt, sie seinem Hauptzweck unterordnet. Zum Schluß untersucht Müller die sprachlichen und stilistischen Eigentümlichkeiten des Sturmes und Dranges, wie sie sich in Lenz' Coriolanübersetzung spiegeln.

O. v. Petersen

Zur Vorbereitung der Gesamtausgabe von Hamanns Werken

Die Preußische Akademie der Wissenschaften und die Königsberger Gelehrte Gesellschaft bereiten in gemeinsamer Arbeit eine kritische Gesamtausgabe von Johann Georg Hamanns Briefen und Werken vor.

Dieser Königsberger Schriftsteller und Philosoph, dessen Leben zwischen 1730 und 1788 in die politisch wie geistig so entscheidende Epoche seines Vaterlandes fällt, stand als Freund Kants, Scheffners, Hippels, wie mancher ostpreußischer und baltischer Edelleute und Pfarrer, als Lehrer Herders und des Staatswissenschaftlers Kraus, im Mittelpunkt des geistigen Lebens seiner Vaterstadt. Er hat durch Herder und Goethe, durch persönlichen Verkehr, Briefe und Schriften als einer der stärksten Anreger auf die Wandlung des deutschen Lebens seiner Zeit eingewirkt.

In den öffentlichen und privaten Bibliotheken und Archiven sowohl der Provinz wie der Randstaaten, im Privatbesitz aller Art, ist noch manches zu vermuten, das für die Ausgabe wichtig ist. Wir suchen und bitten uns entweder käuflich oder leihweise zu überlassen: Bilder Hamanns, Originalbriefe, Handschriften, alte Abschriften, Drucke von Hamanns Werken, zumal wenn letztere handschriftliche Randbemerkungen haben; ferner bisher ungedruckte Nachrichten über Hamann, Briefe und Aufzeichnungen aller Art aus jener Zeit zwischen 1730 und 1830, in denen Hamanns Name vorkommt. Insbesondere suchen wir den ehemaligen Nachlaß von Wilhelm Dorow. Wertvoll ist uns jede Nachricht.

Portoauslagen werden ersetzt. Sorgfältige Behandlung, rasche und zuverlässige Rücksendung des Entliehenen wird zugesichert.

Zusendungen und Anfragen werden erbeten an:

Univ.-Prof. Dr. Nadler,
Königsberg i. P., Cäcilienallee 11.

Verantwortlicher Schriftleiter Dr. Reinhard Wittram

An unsere Leser

Einem in baltischen Kreisen häufig geäußerten Wunsche entsprechend, der starken Widerhall gefunden hat, erfolgt mit dem Beginn des neuen Jahres eine Verschmelzung der bisher in Berlin halbmonatlich erscheinenden „Baltischen Blätter" mit der „Baltischen Monatsschrift"

Bei den bisherigen Bemühungen, der „Baltischen Monatsschrift" namentlich auch außerhalb der Heimat einen größeren Bezieherkreis zu verschaffen, erwies sich das Nebeneinanderbestehen beider Zeitschriften als eine unleugbare Schwierigkeit. Angesichts der materiellen Notlage, die auf breiten Kreisen unserer Landsleute im Ausland lastet, war der gleichzeitige Bezug beider Zeitschriften in den meisten Fällen ein Ding der Unmöglichkeit. Dieser Zwiespalt und Wettbewerb ist nunmehr aus der Welt geschafft: alle Kräfte können im Sinn der Reorganisation, die wir 1928 durch die Erweiterung des Herausgeberstabes durchführten, auf die endgültige Stabilierung der „Baltischen Monatsschrift" konzentriert werden. In enger Zusammenarbeit mit unserm Revaler und unserm Berliner Herausgeber übernehmen die Vertretung unserer Zeitschrift in Reval Dr. Hellmuth Weiß, in Berlin Harald von Rautenfeld.

In der Richtung und Einstellung unserer Zeitschrift, deren Redaktionssitz und Erscheinungsort Riga bleibt, wird sich keine Veränderung vollziehen. Mit Rücksicht auf unsere neuen Bezieher außerhalb der Heimat werden wir bestrebt sein, die Berichterstattung aus den baltischen Staaten noch weiter auszubauen. Wir müssen jetzt mit einem erheblichen Leserkreis rechnen, der die laufenden Ereignisse in den baltischen Staaten nicht durch tägliche Zeitungslektüre verfolgt und trotzdem das begreifliche und erfreuliche Bedürfnis hat, den Überblick über die wichtigsten Geschehnisse in der Heimat nicht zu verlieren. Auch für nichtbaltische Leser wird die Zeitschrift durch

eine Bereicherung ihres chronikalischen Nachrichtendienstes an Wert gewinnen. Andrerseits erfüllten die „Baltischen Blätter“ bisher auch die Aufgabe, durch Personalnachrichten, Familienanzeigen, Totenlisten usw. unsere weit verstreuten Landsleute in einer gewissen persönlichen Verbindung zu halten. Diesem Zweck wird in Zukunft ein beigelegtes Nachrichtenblatt dienen, das zugleich kurze Mitteilungen aus dem Leben der baltischen Verbände aufnehmen soll.

Trotz der Erhöhung des Umfanges und der erhofften Bereicherung des Inhalts unserer Zeitschrift glaubten Verlag und Herausgeberschaft eine Erhöhung des Bezugspreises vermeiden zu sollen. Wir wenden uns auch heute wieder an unsere Leser und Freunde mit der Bitte, für die Zeitschrift zu werben, deren Bestand auch durch die vollständige Zusammenlegung beider Leserkreise nur knapp gesichert sein wird und erst durch eine wesentliche Erhöhung der Gesamtbezieherzahl auf eine dauerhafte Grundlage gestellt werden kann.

Die Herausgeber

Goethe-Woche in Danzig

von Otto von Petersen

Die Erinnerung an die Goethe-Woche in Bochum, die im Oktober 1928 stattfand, ist noch lebendig. Zu einem Unternehmen großen Stils vereinigte sich unlängst der Deutsche Heimatbund Danzig mit der Weimarer Goethe-Gesellschaft, zu der im Oktober 1930 veranstalteten Goethe-Woche in Danzig.

Für den diese Erscheinungen des kulturellen Lebens in ihrer Stoßkraft und Auswirkung eingehender Betrachtenden kann kein Zweifel darüber herrschen, daß es sich hier nicht lediglich um eine Gedächtnisfeier in üblichem Sinne handelt, vielmehr in ihnen eine für unsere Zeit in hohem Maße symptomatische Bedeutung liegt.

Die aus der Zerrissenheit und Hoffnungsarmut unserer Tage einen Weg suchen, die Geschick und alpbelastetes Dasein des deutschen Volkes unter biologischem Gesichtswinkel zu ergründen streben, treiben immer eindeutiger der Erkenntnis zu, daß nichts die Spannkraft eines Volkes mehr zu beleben, seinen Lebenswillen mehr zu stählen imstande ist, als der Aufblick zu großen Persönlichkeiten.

Welche Gestalt vermag es mehr, kulturelle Energien zu entfesseln, als Goethe, den H. St. Chamberlain eine „Kulturgewalt ohnegleichen" nennt?

Dieser Gedanke wohnte auch der Danziger Veranstaltung inne. Senator Dr. Strunk, deren Anreger und Urheber, sagte in seiner Eröffnungsrede die von eindringendem Verständnis unserer Zeit zeugenden Worte: „Es ist falsch, die Verehrung eines großen Menschen zu bemängeln, gerade in unserer Zeit wächst im Stillen die Sehnsucht nach der stark ausgeprägten Persönlichkeit. Und weil das Bewundernswerte an Goethe ist, daß das rein Menschliche bestimmend für seine Schöpfungen war, darum kann Goethe als Grundlage der Bildung eine ganze Kultur ersetzen."

Mit den letzten Worten klingt eine Mahnung eigenartig zusammen, die während des Weltkrieges aus dem fernen Osten herüberdrang. Ein chinesischer Gelehrter schrieb die Worte: „Europa wird an diesem Kriege zugrunde gehen, wenn es sich nicht auf den Weisesten besinnt, den ihm das verflossene Jahrhundert geschenkt hat, auf Goethe!"

Der Gedanke jener schöpferisch aufquellenden Universalität, die in sich birgt Grundlage und Anstoß zu stets erneut emporwachsender geistiger Struktur, trat auch im Festvortrag „Goethe und die deutsche Sprache", gehalten vom Präsidenten der Goethe-Gesellschaft Prof. Dr. J. Petersen-Berlin, plastisch hervor. Prof. Dr. Petersen führte aus, wie Goethe über den individualisierenden Jugendstil, den typisierenden der mittleren Zeit zu einer Universalität und Totalität des Stils gelangte, in deren Zeichen die Sprache, mit Wilh. von Humboldt zu reden, ein „Vehikel" werde, in dem, der zu sprechen und zu hören weiß, alle Höhen und Tiefen und die ganze Mannigfaltigkeit der bunt bewegten Welt durchfahre.

Was aber neben der Anschauung einer großen universellen Kulturenergie bedeutungsvoll erschien, der Danziger Goethe-Woche ein durchaus neuartiges Gepräge, eine Fülle bisher unerschlossener Perspektiven gab, das war der Gesichtspunkt der von Goethe ausgehenden Wirkungsbewegung nach den östlichen Kulturgebieten.

Dieser Gesichtspunkt wurde anschaulich durch die der Goethe-Woche als deren Rückgrat eingegliederte Goethe-Ausstellung in dem Stadtmuseum, den Räumen des alten Franziskanerklosters. Diese war das Werk des Chodowiecki- und Goethesammlers Geheimrat Dr. Ernst Volkmann, der aus seiner eigenen Sammlung manches wertvolle Stück zugänglich machte. Auch die berühmte Sammlung Kippenberg-Leipzig und die Sammlung Ernst Behre-Zoppot bereicherten das Ausstellungsmaterial. Vor allem das Goethe-Nationalmuseum, das Goethe-Schiller-Archiv in Weimar, auch viele andere Institutionen nahmen regen Anteil an der Veranstaltung.

Bei weitem der reichste Teil der Ausstellung war den Beziehungen Goethes zu Danzig gewidmet. Hier stand im Vordergrunde Danzigs bedeutender Sohn Daniel Chodowiecki. Das große Selbstporträt des Künstlers, das Schellenberg als Vorlage für dessen Stich in Lavaters Physiognomischen Fragmenten gedient hatte, schlug zunächst durch seinen beherrschenden Eindruck den Betrachter in Bann, der nur allmählich in die Detailfülle einzudringen vermochte. Da fand er gemalte Porträts, Rötelzeichnungen, Schattenrisse, Stiche. Ein gegenwärtig im Besitz des Prof. Dr. Anton Kippenberg befindlicher Schattenriß, Chodowiecki darstellend, aus der Sammlung des Berliner Aufklärers Nicolai, der auf seinen Reisen eine ansehnliche Silhouettensammlung zusammenbrachte, u. a. auch ein Silhouettenbildnis Goethes besaß. Nicolai, der die Leiden des jungen Werther persiflierte, hatte doch ausreichendes Empfinden für Maßverhältnisse,

um Goethes Werke in der „Allgemeinen deutschen Bibliothek“ nicht stillschweigend zu übergehen. So bildet das Porträt Goethes den Titelkupfer des 29. Bandes der „Allgemeinen deutschen Bibliothek“ So schuf Chodowiecki die Titelvignette zu den Freuden des jungen Werther, wie er auch jenes Porträt Goethes zu dem 29. Bande der „Allgemeinen Bibliothek“ stach. Interessant waren die Illustrationen Chodowieckis zu Goethes Werken, zu D. Goethens Schriften. Erster bis dritter Theil, Berlin 1775 bis 1776 Himburg, zu Erwin und Elmire, Hermann und Dorothea u. a., vor allem aber zu den Leiden des jungen Werther. Die Situation, Lotte dem Diener die Pistole überreichend, zeigte sich in mannigfacher Ausführung. Eine lavierte Federzeichnung (bez.: Daniel Chodowiecki del 1776) tritt besonders durch künstlerische Feinheit hervor. Lotte und der Diener sind in Rötel angelegt, später überarbeitet; der Hintergrund mit der Figur Alberts ist hinzugefügt worden. Der verzweifelte Gesichtsausdruck Lottes, die graziöse Haltung fallen auf. Die Bilder zeigen fast ausnahmslos jenen intimen Ton der Milieubehandlung, die den ganzen Duft und die Feinheit der Kunst Chodowieckis ausmacht, häufig eine bezaubernde Grazie in Situation und einzelner Gestalt aufweist. Es ist das Verdienst Geheimrat Dr. Volkmanns, sich der Buchillustration Chodowieckis eingehender zugewandt zu haben, der bisher viel zu geringe Beachtung geschenkt worden ist. In diesem Raum befand sich u. a. auch ein eigenhändiges Tagebuch Goethes aus dem Jahre 1778, das Notizen über Goethes Besuch bei Chodowiecki in Berlin enthält.

Erinnerungsstücke an den Philosophen Arthur Schopenhauer, dessen Mutter Johanna, dessen Schwester Adele boten illustrative Einzelheiten. Aus dem Besitz Arthur Schopenhauers, den mit Goethe bekanntlich die Stellung zu Newton verbindet, und dessen darüber hinausgehende Beziehungen zu Goethe sich in dem Ausgestellten spiegelten, zeigte sich u. a. eine Goetheausgabe letzter Hand mit interessanten Randbemerkungen des Philosophen. Eine Bleistiftskizze (Verkündigung Mariä) von der Hand Johanna Schopenhauers mit Ergänzungen Goethes verdeutlicht, wie dieser auch die künstlerischen Versuche der Vielseitigen förderte. Ein Brief Goethes nimmt auf diese Skizze Bezug: „Hierbey folgt, wertheste Freundin, ein Vorschlag, wie der irdische Raum zwischen den beiden himmlischen Figuren auszufüllen und ihre Umgebung zu beziehen seyn möchte. Sie werden die zarten Strichlein lesen und ihnen durch eine kräftige und geschmackvolle Ausführung erst den rechten Werth geben.“

Daran schließen sich weitere Vorschläge für die Kolorierung des „irdischen Raumes"

Aus der Menge der Beziehungen seien genannt der Dichter Johannes Daniel Falk, der Naturforscher Forster, Goethes früher Biograph Heinrich Döring u. a., Ottilie v. Pogwisch, spätere Ottilie v. Goethe, die zwar nicht Danzigerin von Abstammung, jedoch, wie bekannt, in Danzig geboren ist.

In der Abteilung: Goethe und Ostpreußen begegnen Namen wie Kant, Hamann, Hippel, Zacharias Werner, Herder, Eichendorff, der sein Trauerspiel „Der letzte Held von Marienburg" mit einem Huldigungsschreiben an Goethe sandte. Wie dieser sich vielfach mit dem Werk des großen Königsberger Philosophen beschäftigte, wurde dem Betrachtenden unmittelbar anschaulich, indem sein Blick auf einem aus Goethes Handbibliothek stammenden Exemplar der „Kritik der reinen Vernunft" ruhte, das deutliche Spuren der Lektüre aufweist. „Zum ewigen Frieden" in einem von Kant eigenhändig durchkorrigierten Druckmanuskript befand sich in Goethes Autographensammlung. Ferner waren vertreten Eduard v. Simson, der nachmalige erste Präsident der Goethegesellschaft, die Dichterin Fanny Lewald, die Familie Nicolovius, der Theologe Ludwig J. Rhesa, dessen „Dainos oder Litauische Volkslieder" (Vergl. Jenisch, Ostdeutsche Monatshefte, Heft 7, 1930) ausgestellt waren, Karl Friedrich Burdach u. a.

Goethe und Polen. Hier traten die Beziehungen Goethes zu dem polnischen Dichter Mickiewicz, zu der Pianistin Maria Szymanowska, dem Schriftsteller und Staatsmann Chartorysski u. a., die Dokumente zu der Radziwillschen Faustkomposition hervor.

Fand sich der Besucher in dem Goethes Beziehungen zu den baltischen Ostseeländern gewidmeten Ausstellungsraum, und ließ er seinen Blick zunächst an der Wandung entlanggleiten, so gewahrte er u. a. eine Kohlezeichnung, mit Weiß getönt, auf grauem Grunde — ein Brustbild im Profil. Es ist dies ein Bild von Anton Graff und stellt die baltische Dichterin Elisa von der Recke dar, in deren Fächeralbum Goethe einst die Worte eintrug: „Zur Erinnerung des 13. Juli 1785. Goethe", der er aber auch seine Erzeugnisse schickte, mit der Bitte, ihm „ein treues Wort" darüber zu sagen. Es begegnen u. a. die Namen Hedwig Dorothea v. Berg, geb. v. Siewers, in deren Stammbuch Goethe Verse und die Worte eintrug: „Zum Andenken schöner Tage in Karlsbad 1808 der verehrten Besitzerin sich angelegentlichst empfehlend" — das Stammbuch gilt als ver-

schollen —, die von Zelter als muntere „Dorpatina“ bezeichnete Frau v. Wahl, die Goethe im August 1829 in Weimar besuchte, der Zelter zum Andenken ein ihm von Goethe übermachtes Geschenk, eine Tasse mit Goethes Bildnis, überreichte, ein Andenken, das 1907 jedenfalls noch im Besitz der Familie gewesen ist. Es zeigten sich ferner Bildnisse und Handschriften des Sturm- und Drangdichters J. M. R. Lenz, dem Goethe einst im Gefühl gemeinsam überschäumenden Jugendmutes die Verse in das Stammbuch schrieb:

Zur Erinnrung guter Stunden,
Aller Freuden, aller Wunden,
Aller Sorgen, aller Schmerzen
In zwei tollen Dichter Herzen,
Noch im lezten Augenblick,
Lass ich Lenzgen dies zurück —

Eine Bildniszeichnung in Kreide, ein Porträtstich, Lenz darstellend, Briefe Lenz' an Herder, ein Exemplar des durch Goethes Vermittlung gedruckten Werkes „Der neue Menoza“, auf dessen Titelblatt (das Werk ist anonym erschienen) Lenz' Hand „Lenz, Verf.“ eintrug, endlich das handschriftliche Exemplar der Coriolanübersetzung Lenz' (im Besitz der ehemal. Großherzoglichen Bibliothek) aus dem Goethe-Schiller-Archiv: „Seiner Durchlaucht dem Herzoge unterthänigst gewiedmet von Lenzen.“ Klinger, der bekanntlich Kurator der neubegründeten Universität Dorpat war, Herder, der Dorpater Prof. Karl Morgenstern, der früh bereits Goethes Werke geistesgeschichtlich zu interpretieren suchte, der Künstler und Gelehrte Otto Magnus v. Stackelberg u. a. hatten in der Ausstellung ihren Platz gefunden. Aus seiner Sammlung machte Dr. Volkmann ein Stammbuch des baltischen Pastors Thomas Hippius zum erstenmal einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich. Dieses Tagebuch enthält Eintragungen von Herder, Lichtenberg, Wieland, Gleim, u. a. auch von Goethe und Christiane Vulpius. Bei der erstaunlichen Fülle der Beziehungen Goethes zu dem Baltenlande war es nicht möglich, alle Fäden aufzunehmen und zu verfolgen.

Neben der Ausstellung wurde eine Reihe Vorträge geboten: von Prof. Dr. H. Kindermann-Danzig, der in seinem Vortrag „Goethes Menschengestaltung“ eine neue literarhistorisch-anthropologische Betrachtungsweise bekundete, von Geheimrat Dr. Volkmann, Prof. Dr. Kippenberg-Leipzig, der über den Wandel der Faustgestalt sprach, von Prof. Dr. Eugen Kühnemann-Breslau über den zweiten Teil des „Faust“

Über die Breite kultureller Möglichkeiten hin erstreckte sich die Veranstaltung. Theater, Musik — Goethes Dichtung in der Vertonung ihrer Zeit, gespielt auf altertümlichem Flügel, Goethes Dichtung in der Vertonung lebender Komponisten — bildeten einen reizvollen und in vieler Beziehung aufschlußreichen Kontrast.

Aus Anlaß der Goethe-Woche erschienen: Ernst Volkmann, Chodowiecki und Goethe, eine Schrift, in der der Verfasser inbezug auf die Buchillustration Neuland betritt, Sp. Wukadinowic, Goethe und Polen. Hier weist der Verfasser darauf hin, daß vor allem der Dichter des „Götz" und des „Werther" es war, der auf die polnischen Zeitgenossen wirkte, während der reifende Goethe einen geringen Resonanzboden fand. Indessen beeindruckte der „Faust"*), wenn auch später, dafür um so intensiver die polnische Psyche. Der Herausgeber der Ostdeutschen Monatshefte Carl Lange gab ein Sonderheft: Goethe und der Osten heraus, in dem sich eine Reihe instruktiver Aufsätze findet.

Was aber der Danziger Goethe-Woche ihre spezielle Bedeutung verleiht, das ist neben dem Hinweis auf die Universalität Goethes die Blickrichtung nach dem Osten, durch die eine Fülle ungeahnter Perspektiven sich auftut. Neue Probleme wirkungsgeschichtlicher Art tauchen vor dem Forscher auf.

Die Goethe-Woche in Danzig kann ein Unternehmen von starkem kulturellem Impuls genannt werden.

---

*) Sternbach (Ostdeutsche Monatshefte, Heft 7, 1930, S. 464) gibt an, daß der „Faust" in nicht vollen neun Jahrzehnten nicht weniger als 12 polnische Übersetzer fand, von denen 5 nach dem Weltkriege (seit 1923) hervortraten.

Der russische Staatskapitalismus und der Arbeiter

von Georg Baron Wrangel

Die russische Sozialpolitik und die neue Zwangsarbeit / Der kommunistische Machtapparat und die Wirtschaft / Interessenvertretung der Arbeiterschaft? Aufstiegsmöglichkeiten? / Die Gewerkschaften / Der Betrieb / „Alle Befehlsgewalt dem Direktor!" / Diktatur des Proletariats = Staatskapitalismus / Westeuropäische Schlußfolgerungen

Die russische Sozialpolitik und die neue Zwangsarbeit

Dem Interessierten bietet das Gebiet der sowjetrussischen Sozialpolitik wenig. Lüftet man den ebenso kunstvoll als skrupellos ausgebreiteten Schleier der kommunistischen Propaganda, so erkennt man die Dürftigkeit der sozialpolitischen Errungenschaften im „einzigen Arbeiterstaate der Welt." Zwar hat man der Arbeiterschaft — allerdings nur im Rahmen der kommunistischen Diktatur — ein wenn auch sehr bedingtes Koalitionsrecht gewährt. Man hat den Arbeiterschutz ausgebaut, ein Schiedswesen mit mehreren Instanzen eingerichtet, einige Fundamente für die Sozialversicherung gelegt und die noch immer unbeschreiblichen Wohnungsverhältnisse zu bessern gesucht. Mit unendlicher Energie und Zähigkeit hat schließlich der Gewerkschafts- und Staatsapparat an der Hebung des kulturellen Niveaus der Arbeitermassen zu arbeiten begonnen.

Wie weit ist aber die Wirklichkeit von den Normen der staatssozialistischen Gesetzgebung entfernt! Nur ein flüchtiger Blick auf die russische Sozialpolitik beweist dies. Die Klagen über den mangelnden Arbeiterschutz wollen nach 13 Jahren kommunistischer Herrschaft durchaus nicht verstummen, und die Fülle des täglich in der Presse vorgebrachten Beschwerdematerials ist geradezu erdrückend. Die Leistungen der Sozialversicherung sind minimal. Die Altersversicherung ist erst für einige wenige Arbeiterkategorien eingeführt worden. Neuerdings hat man sogar die Aufhebung der kärglichen Arbeiterunterstützung (Höchstsatz — 15 Rubel im Monat) — verfügt. Dieser Bestimmung waren die Einengung des Kreises der Unterstützungsberechtigten, der Abbau der Invalidenrenten und die Kürzung des Krankengeldes vorangegangen. Offiziell wird sie mit dem Nicht-

vorhandensein von Arbeitslosigkeit, die man ausschließlich als „Geißel des kapitalistischen Wirtschaftssystems" hinzustellen beliebt, motiviert. — In merkwürdigem Gegensatz steht dazu die erst eine Woche vor Inkraftsetzung der Verordnung durch die Sovetpresse (Isvestija 6.10.30) gegangene Mitteilung, daß die Zahl der an der Arbeitsbörse registrierten Arbeitslosen — trotz forcierter Industrialisierung und Arbeitszeitkürzung — 600,000 betrage. (Dabei wird die Zahl der nicht registrierten Arbeitslosen von sachverständiger Seite noch immer auf 1 Million geschätzt.) Tatsächlich sind die wachsenden Finanzschwierigkeiten der Sovetregierung dafür maßgebend, was aus der telegraphischen Inkraftsetzung des Art. 1 der Verordnung hervorgeht, der die sofortige Sperrung der Auszahlungen verfügt.

Die Ergebnisse der kommunistischen Lohnpolitik sind sehr dürftig und entsprechen keineswegs den Behauptungen der offiziösen Propaganda. Die gegenüber der Vorkriegszeit vorgenommene Erhöhung der Nominallöhne — einschließlich der sozialen Vergünstigungen — wird durch die enorme Preissteigerung auf allen Gebieten wieder wett gemacht. (Gesamtindex gegenwärtig ca. 230, 1913 = 100 gesetzt.) Der Arbeiter muß zudem, nach den neuesten Schätzungen des gewerkschaftlichen Zentralblattes „Trud" mindestens $^1/_3$ seines Bedarfs beim Privathändler decken, dessen Preise gegenüber der Vorkriegszeit um 4—500 % gestiegen und erheblich höher (um 1—200 %) als die des sozialistischen Handels sind. Ermöglicht werden diese aber im Vergleich zur Vorkriegszeit (wo genaue und umfassende Lohnstatistiken fehlten) höheren Nominallöhne erst durch die rücksichtslose Ausbeutung der Bauernschaft. Bekanntlich besteht in Rußland eine gewaltige Preisdifferenz zwischen Industrie- und Agrarprodukten; die Preise der letzteren werden von der Sovetregierung absichtlich niedrig gehalten, um höhere Reallöhne zahlen zu können und gleichzeitig die Gestehungskosten der Industrie durch niedrige Nominallöhne herabzusetzen.

Die gesunde wirtschaftliche Wirklichkeit hat sich den kommunistischen Gleichheitsprinzipien zuwider in der weitgehenden Differenzierung der Löhne und Gehälter durchgesetzt. In ihr kommen der Unterschied zwischen Gelernten, Ungelernten, Kopf- und Handarbeitern, die Verschiedenheiten der Akkordzuschläge, die lokalen tariflichen für die einzelnen Gebiete der Union festgelegten Besonderheiten zum Ausdruck. Seit dem März 1929 sind in der Staatsindustrie keine nennenswerten Lohnerhöhungen zu verzeichnen gewesen. Daher kann die noch für die Gegenwart geltende (der Zeitschrift des Arbeits-

kommissariats „Woprosy Truda" entnommene) Statistik der Lohn- und Gehaltsgruppen der Arbeiter und Angestellten der staatlichen Industrie für die Märzmonate 1927 und 1929 zur teilweisen Illustration des soeben Gesagten angeführt werden:

	Jahre	Durchschn. Monatsverdienst in Rubeln	In Prozenten zur Gesamtzahl der Arbeiter bezw. Angestellten bis 40 Rbl.	40-60 Rbl.	60-80 Rbl.	80-100 Rbl.	100-150 Rbl.	über 150 R.
1. Angestellte	1927	108,12	4,4	14,3	22,4	16,7	33,3	19,9
	1929	122,83	1,8	8,6	17,6	18,1	26,9	27,0
2. Arbeiter	1927	62,58	21,3	31,4	22,2	12,7	10,6	1,8
	1929	74,11	11,1	25,6	24,8	16,8	17,2	4,5
3. Jüng. Hilfspersonal:	1927	41,42	51,5	34,8	10,5	2,4	0,8	0,0
	1929	52,02	29,9	42,3	17,1	7,0	3,3	0,4

Man sieht, daß, z. B. an deutschem Gelde gemessen, der durchschnittliche Monatsverdienst des Sovetarbeiters von 74,11 Rubeln (ca. 74 Mark) ein äußerst geringer ist. Gewiß marschieren einzelne Arbeiterkategorien (nach Angaben der gleichen Zeitschrift für dieselben Monate), wie die Konfektionsarbeiter mit 94,72 Rbl., die Metallarbeiter mit 93,98 Rbl., die Buchdrucker mit 92,95 Rbl. und die Lederarbeiter mit 91,96 Rbl. mit monatlichen Spitzenlöhnen auf. Die anderen Arbeiterkategorien folgen ihnen aber erst in weitem Abstande, so z. B. die Bergarbeiter mit nur 67,13 Rbl. *)

Die große Unzufriedenheit der Arbeiterschaft findet in dem offiziell sogenannten „Fluktuieren der Arbeitskräfte" ihren Ausdruck, das seit Jahren als brennendes Problem die leitenden Stellen be-

*) Der Reallohn dürfte in Rußland zurzeit bestenfalls das Vorkriegsniveau erreicht haben. Im Vergleich zur Vorkriegszeit, wo z. B. im Petersburger Industrierevier die durchschnittlichen Nominallöhne 30–35 Rbl. betrugen, ist der heutige monatliche durchschnittliche Nominallohn mit 74,11 Rbl. doppelt so hoch. Nach einer Statistik des „Trud" betrug gleichzeitig der Index für 33 Gegenstände des Arbeiterhaushaltes im April 1930 226,6 % im Vergleich zu 1913. Die dem Arbeiter zustehenden sozialen Vergünstigungen erhöhen aber den Reallohn — nach einer sehr optimistischen offiziösen Schätzung des Vorsitzenden des Zentralrates der Gewerkschaften — um 28 %. Ihre Wirkung wird also durch die Preissteigerung aufgehoben. Die verbleibenden 1,4 % werden durch die verschiedenen Lohnabzüge für militärische und politische Zwecke, die mindestens 3 %, oft aber 5, 8, 10 und mehr % der Lohnsumme ausmachen, zudem reichlich wettgemacht. Die Behauptung des gleichen Funktionärs, der Reallohn betrage ohne soziale Vergünstigung 139 % der Vorkriegszeit, wird durch die gesamte Preisstatistik — nicht nur die des „Trud" — als propagandistisches Märchen widerlegt.

schäftigt. Der Wechsel des Arbeiterbestandes auf den Fabriken ist ein so häufiger, wie ihn die Industrie kapitalistischer Staaten gar nicht kennt. Von einem stabilen Verhältnis des Arbeiters zu seinem Betrieb ist keine Rede. Es ist keine Seltenheit, daß z. B. die großen Metallwerke des Südens im Laufe eines Jahres, ja sogar in kürzeren Zeitabständen, den Bestand ihrer Belegschaft nicht nur einmal, sondern manchmal sogar öfters wechseln. Ähnliche Verhältnisse herrschen in den übrigen Industriezweigen. Nach den Gründen braucht man nicht lange zu suchen, die Sovetpresse deutet sie selbst mehr oder weniger offen an. Es sind meist die geringen Löhne, die unerquicklichen Wohnungsverhältnisse und die schlechten Arbeitsbedingungen. Der abnorm häufige Wechsel der Belegschaften hat selbstredend außerordentlich ungünstige Folgen für die Arbeitsdisziplin und die Produktivität der Arbeit.

Gekrönt wird das Werk der kommunistischen Sozialpolitik durch die kürzlich erfolgte Einführung einer Art von Zwangsarbeit, die Beseitigung der freien Berufswahl und der Freizügigkeit der russischen Arbeiter. Jeder Arbeitslose ist nunmehr verpflichtet, die ihm zugewiesene Arbeit ohne Rücksicht auf seine berufliche Eignung und den bisherigen Ort seiner Tätigkeit anzunehmen. Weigerungen sind nur im Falle ernsthafter Krankheit zulässig und haben andernfalls den sofortigen Verlust des Rechtes auf Arbeitsbeschaffung und auf (rationierte) Lebensmittelversorgung zur Folge, da den Delinquenten ihre „Bezugsbücher" entzogen werden. Die Arbeitsämter haben alle verfügbaren Arbeitskräfte nebst Familienangehörigen, sogar die Invaliden zu registrieren und an die ihnen geeignet scheinenden Stellen der Wirtschaftsfront zu entsenden. „Deserteure der Arbeit", d. h. Arbeiter und Angestellte, die ihre Arbeitsstätten willkürlich verlassen, und „fliegende" (d. h. ihre Arbeitsstätten ständig wechselnde) Arbeiter werden mit der Entziehung der Arbeitsberechtigung und der Bezugsbücher auf 6 Monate bestraft. Angeblich verpflichten sich jetzt im ganzen Lande die Arbeiter „freiwillig", ihre Arbeitsstätten bis zum Ablauf des Fünfjahrplanes nicht zu verlassen. Tatsächlich bleibt aber den Opfern der Zwangsarbeit und einer Art von neuer die Freizügigkeit aufhebender Leibeigenschaft kein anderer Ausweg, als diese traurige Freiwilligkeit übrig. Offiziell werden alle diese Maßnahmen mit dem großen Mangel an Arbeitskräften jeglicher Art motiviert. Dieser Begründung fehlt aber jede Stichhaltigkeit, da der Mangel an Arbeitskräften (von den technisch qualifizierten Angestellten abgesehen) fast ausschließlich durch die

ständige Flucht der Arbeiterschaft aus den Sovetbetrieben infolge der geschilderten unzureichenden Lebens- und Arbeitsbedingungen hervorgerufen wird.

Die zwischen dem Arbeitgeber Staat und der Arbeitnehmerschaft bestehenden starken sozialen Spannungen erklären die zahlreichen Streiks der Belegschaften, — obgleich der Streik in den Staatsbetrieben gesetzlich verboten ist und bestraft wird. Das kommunistische Dogma will konsequenterweise von Arbeitskämpfen im Proletarierstaat nichts wissen, denn das wäre ja ein Widerspruch in sich. In Wirklichkeit marschieren sogar die Staatsbetriebe, was die Zahl der Streiks anbetrifft, an der Spitze der gesamten Industrie. Die Privatbetriebe, in denen der Streik zugelassen ist, folgen ihnen erst in ziemlich weitem Abstande. Nach einer offiziellen Statistik waren z. B. im Jahre 1926 insgesamt 337 Streiks zu verzeichnen, davon 114 in Privatbetrieben, 14 in genossenschaftlichen und 202 in Staatsbetrieben. Im ersten Halbjahr 1927 gab es 122 Streiks, davon 74 in staatlichen und genossenschaftlichen Betrieben. Für die beiden letzten Jahre fehlen bezeichnenderweise zahlenmäßige Angaben. Es will nichts besagen, daß die Zahl der an den Streiks beteiligten Personen in den Staatsbetrieben geringer ist als in den privaten Unternehmungen des Handels, der Kleinindustrie und in den Konzessionen. Dies erklärt sich ohne weiteres aus der großen Furcht vor den strengen Strafen der Gerichte und unter Umständen auch der OGPU. Man muß sich überhaupt wundern, daß kleine Arbeitergruppen trotz des Terrors den Mut zur Arbeitseinstellung finden. Diese explosiven Äußerungen erst geben eine Vorstellung von der vorhandenen Unzufriedenheit der großen Arbeitermassen.

Sind nicht aber die geschilderten dürftigen Ergebnisse der 12-jährigen kommunistischen Sozialpolitik nur die erste Etappe auf dem schwierigen Wege der Liquidierung des „verfluchten kapitalistischen Erbes", wie die offizielle bolschewistische Lesart es behauptet? Sind sie überhaupt nicht schon durch die Armut des Landes und seinen niedrigen Kulturstand zu erklären und zu entschuldigen? Gewissermaßen nur vorübergehende und Oberflächenerscheinungen — wird die Arbeiterschaft nicht reichlich für die in der Gegenwart zu tragenden Entbehrungen durch die volle Entfaltung ihrer Herrschaft in Staat und Wirtschaft mittels ihrer legitimen Vertretungen, der Gewerkschaften, entschädigt?

Der kommunistische Machtapparat und die Wirtschaft

Die verstaatlichte Großindustrie ist in den Machtapparat des kommunistischen Staates eingebettet. Sie ist das einzige Objekt, an dem sich die Wirkung der Sozialisierung in vollem Ausmaße erkennen läßt. Denn die Sozialisierung des Handels ist noch immer ein Problem, noch mehr die der Landwirtschaft.

Dieser kommunistische Staat beruht bekanntlich auf der Diktatur einer Partei von nicht ganz 2 Millionen über ein 150 Millionen-Volk. Der Aufbau des Staates ist zentralistisch. Die höchste Gewalt liegt in den Händen des Zentralkomitees der kommunistischen Partei, richtiger in den Händen des Politischen Büros und des Generalsekretärs der Partei, des heutigen Diktators Stalin. Sämtliche Verwaltungsorgane und die „parlamentarischen Körperschaften" des Bundesstaates und der einzelnen Gliedstaaten sind nur Kulisse für die Herrschaft der WKP. In den verschiedenen Arten der Parlamente oder Sovets, angefangen vom Dorf- und Stadtsovet bis zu den zentralen Sovets der Gliedstaaten und dem Bundeskongreß, herrschen die Exekutivkomitees. Sie oder ihre Präsidien erlassen die meisten Gesetze und Verordnungen, (wobei zwischen Gesetz und Verordnung nicht streng geschieden wird, ebenso wie die parlamentarischen Körperschaften zum Teil die allgemein staatlichen Verwaltungsfunktionen ausüben). Und in diesen Exekutivkomitees und in ihren Präsidien dominiert, wenn sie nicht schon durch entsprechende Siebung rein kommunistisch sind, in Gestalt der Zellen der Einfluß der kommunistischen Partei. Es ist gleichgültig, ob das Präsidium des Zentralexekutivkomitees der Sovetunion mit dem vom ZEK gewählten Rat der Volkskommissare der Union eine konkurrierende Kompetenz hat und beide auf dem Papier dem ZEK des Sovetkongresses als dem „Parlament" verantwortlich sind. Alle diese Körperschaften sind doch nur Werkzeuge des allmächtigen Zentralkomitees der Partei, seines Politbüros und des Diktators.

Die Verwaltung der staatlichen Industrie ist im Obersten Volkswirtschaftsrat der Union, dem die Obersten Volkswirtschaftsräte der einzelnen Gliedstaaten und Gebiete unterstellt sind, zentralisiert. Die Unterstellung der in besonderen Trusts und Aktiengesellschaften organisierten Industrie mit den ihnen angegliederten Verkaufssyndikaten unter die Verwaltung der Volkswirtschaftsräte erfolgt unter dem Gesichtspunkt ihrer Bedeutung für die gesamte Union, den Gliedstaat oder das einzelne Gebiet. Die für den inneren Markt

und den Export wichtigsten Industriezweige fallen also unter die Kompetenz der Union.

Der Oberste Volkswirtschaftsrat (WSNCh) nimmt die laufenden Geschäfte der ihm unterstellten Industrien wahr. Er bestimmt ihre Wirtschaftspolitik, stellt auf Grund des eingereichten Materials ihre Wirtschaftspläne und den Gesamtplan auf. Er legt die Pläne dem „Rat für Arbeit und Landesverteidigung" (STO) und der von diesem ernannten „Staatsplankommission" (Gosplan), den beiden ihm übergeordneten zentralen Planierungsbehörden, und dem Rat der Volkskommissare zur koordinierten Ausarbeitung resp. Bestätigung vor. Der STO (Gosplan) und der WSNCh sind ebenso wie der Rat der Volkskommissare formell dem Zentralexekutivausschuß und seinem Präsidium verantwortlich. Tatsächlich gilt aber diese Verantwortlichkeit gegenüber dem ZK der Partei und dem Politbüro. Die Partei hat sich auch in diesen Organen sichere kommunistische Mehrheiten geschaffen oder übt durch ihre Zellen eine strenge Kontrolle aus, was angesichts der vielen parteilosen Spezialisten von besonderer Wichtigkeit ist.

In welcher Form nehmen nun die Arbeiterschaft und ihre Vertretung, die Gewerkschaften, an der zentralen Verwaltung der Industrie, ihrer einzelnen Zweige und Betriebe und an der ganzen planwirtschaftlichen Politik teil? Hat die Arbeiterklasse als solche in diesem gänzlich undemokratischen, zentralistischen Wirtschaftsapparat sich maßgebende Einflußmöglichkeiten erhalten und sichern können?

Interessenvertretung der Arbeiterschaft? Aufstiegsmöglichkeiten?

Theoretisch kann vom kommunistischen Standpunkt diese Frage überhaupt nicht gestellt werden. Denn die WKP ist die „Avantgarde" des Proletariats, ihre Partei-, Staats- und Wirtschaftsorgane sind Organe der Arbeiterklasse. Daher ist eine besondere geschlossene Vertretung der Arbeiterschaft in den planmäßigen Organen der Sovetrepublik nicht vorhanden.

Die allgemeine Interessenvertretung der Arbeiterschaft geschieht auf Grund persönlicher Mitgliedschaft führender Gewerkschaftler im Obersten Volkswirtschaftsrat, der Staatsplankommission, dem Rat für Arbeit und Landesverteidigung und vor allen Dingen in der Partei selbst.

Außerdem bemüht man sich seit Jahren, für begabte Arbeiter Aufstiegsmöglichkeiten in führende Stellungen der Industrie zu

schaffen. Beim Obersten Volkswirtschaftsrat besteht seit kurzer Zeit eine „Industrieakademie", in der befähigte Proletarier im abgekürzten Hochschulverfahren für die wirtschaftstechnische Praxis ausgebildet werden. Dem gleichen Zweck dienen als tiefere Stufe die sog. „Arbeiterfakultäten" an den Universitäten und Technischen Hochschulen, die Personen ohne Mittelschulbildung das Hochschulstudium ermöglichen sollen. So sucht man die höchsten und höheren Verwaltungsposten der Industrie, die Direktorenstellen der Trusts, Syndikate und Werke allmählich ausschließlich mit gut ausgebildeten Arbeitern zu besetzen. Die qualitativen Resultate dieser Bemühungen sind aber vorläufig höchst bescheiden. Und die „roten Direktoren" der Werke sind in zahllosen Fällen aus mangelnder Sachkenntnis auf Gnade und Ungnade ihren „Spezialisten" ausgeliefert, wobei dann nach außen wenigstens das Dekorum der proletarischen Industrieverwaltung gewahrt wird. Die zahllosen Klagen der Gewerkschaftskreise über mangelnde Aufstiegsmöglichkeiten für begabte Arbeiter wollen nicht verstummen.

Besonders lebhaften Ausdruck fanden sie auf dem letzten, VIII. Gewerkschaftskongreß (Dezember 1928). Obgleich in den seither verflossenen zwei Jahren der Terror und die Zensur wesentlich verschärft worden sind, sind sie auch jetzt noch zu vernehmen. Sie haben sogar in den Thesen des neuernannten Vorsitzenden des Zentralrates der Gewerkschaften Schwernik zum XVI. diesjährigen Parteikongreß ihren Niederschlag gefunden. In energischen Sätzen wendet er sich gegen die bürokratische Unterdrückung der Arbeiterschaft und empfiehlt, besonders tüchtige Arbeiter, wie z. B. die Vorsitzenden der Produktionsausschüsse der Betriebsräte, zu Gehilfen der Werksdirektoren zu befördern.

Die kommunistische Wirtschaft kommt ebensowenig wie die kapitalistische um das Problem des Großbetriebes herum, und die Masse der Belegschaft bleibt daher dem einfachen Produktionsprozeß verhaftet. Daher kann nur ein ganz kleiner Prozentsatz in mittlere, höhere und höchste technisch-wirtschaftliche Stellungen aufsteigen.

Außer der persönlichen Zugehörigkeit zu den Zentralen des Wirtschaftslebens und der Partei besteht also keine direkte Interessenvertretung der Arbeiterschaft in der Leitung des planwirtschaftlichen Apparates. Sogar die höchste Spitze des sowjetrussischen Gewerkschaftswesens, der Zentralrat der Gewerkschaften (WZSPS.), ist nicht direkt vertreten. Er kann an die Planierungsbehörden und

den WSNCh mit Vorschlägen während der Ausarbeitung der Wirtschaftspläne herantreten, die aber für diese durchaus nicht verbindlich sind. Die Wirtschaftsorgane arbeiten die Pläne aus und lassen sie von der Regierung in Kraft setzen, wobei unter Umständen Vorschläge der Gewerkschaften berücksichtigt werden können.

Der Zentralrat der Gewerkschaften besitzt eine Gesetzesinitiative beim Arbeitskommissariat der Sovetunion und ein gewisses Vetorecht gegenüber den Maßnahmen dieser Körperschaft. Es ist aber ohne weiteres klar, daß dieses Vetorecht wie auch die Gesetzesinitiative nur sehr bedingter Natur sind, und, wie alle gesetzlich verbrieften Rechte und Pflichten der staats- und wirtschaftspolitischen Körperschaften im heutigen Rußland, nicht überschätzt werden dürfen. Im Ernstfall hat sie der Zentralrat lediglich nach den Wünschen der leitenden Parteiinstanzen auszuüben. Besonders plastisch trat die Einflußlosigkeit der Gewerkschaften erst kürzlich in Erscheinung, als die Aufhebung der Freizügigkeit und die ebenfalls erwähnte Einführung einer Art von Zwangsarbeit von der Partei über ihre Köpfe hinweg kurzerhand verfügt wurden.

Die Gewerkschaften

Die Gewerkschaften der Sovetunion sind im Gegensatz zu zahlreichen Gewerkschaften in den kapitalistischen Ländern nach dem Prinzip der Industrieverbände, nicht der Berufsverbände aufgebaut. (Das Berufsprinzip sucht man einigermaßen durch Schaffung einer großen Anzahl von Fachsektionen innerhalb der Verbände zu wahren.) — In die gewerkschaftliche Organisation werden nicht nur die Industrie-, Verkehrs-, Kommunal- und Landarbeiter, sondern auch die technischen und kaufmännischen Angestellten und Beamten der betreffenden Gewerkschaftszweige, ebenso alle Angestellten und Beamten der staatlichen Behörden mit einbezogen. So kommt es, daß die Zahl der Gewerkschaftsverbände verhältnismäßig gering (24) ist, während die Zahl der gewerkschaftlich Organisierten 11 Millionen übersteigt und die organisatorische Erfassung nahezu vollständig ist (94 %). Zur Zeit des Kriegskommunismus war die Mitgliedschaft und der Beitrag, im Falle eines vorliegenden Belegschaftsbeschlusses, für alle Neueintretenden obligatorisch; es bestand der Organisationszwang für alle Glieder der Belegschaft. Die NEP hob zwar den Organisationszwang auf und proklamierte die freie Mitgliedschaft, tatsächlich blieb er aber bestehen, denn jeder Nichtorganisierte findet nur außerordentlich schwer Arbeit

und kann jederzeit gewärtig sein, auf die Straße zu fliegen. Der Nichtorganisierte schaltet sich also gewissermaßen aus dem Wirtschaftsleben aus, er kommt außerdem leicht in den Verdacht, ein „klassenfremdes" oder „gegenrevolutionäres" Element zu sein. Schließlich findet seine Rechtlosigkeit in der Tatsache ihren Ausdruck, daß er beim Bezug von Lebensmitteln stets der Benachteiligte ist. Die billigen genossenschaftlichen Konsumläden stehen ihm nicht zur Verfügung, ebenso nicht die verschiedenen Lebensmittelkarten, sodaß er auf den teuren, vielfach wucherischen Privathandel angewiesen ist. Daher wird die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft in Zeiten großer Teuerung und Lebensmittelknappheit, wie sie gegenwärtig in der Sovetunion herrschen, geradezu zu einer Lebensfrage. Es ist im höchsten Grade bezeichnend, daß seit Beginn der NEP-Politik die Mitgliederzahl der Gewerkschaften von 8½ Mill. am 1. Juli 1921 auf 4½ Mill. am 1. Okt. 1922 gesunken und erst mit der zunehmenden Teuerung und Ausschaltung des Privathandels in den letzten Jahren allmählich wieder gestiegen ist, um zum 1. Okt. 1928 11 Mill. zu übersteigen.

Die zentralistische Organisation des gesamten Verbandswesens ist auf die Geltendmachung des Parteieinflusses berechnet. Die einzelnen Verbände haben ihre Bezirks-, Kreis- und Gebietsorganisationen, die in dem Unionsverband gipfeln. Jeder dieser Stufen entspricht ein alle Verbände zusammenfassender Zentralrat, der im Zentralrat der Union, dem bereits erwähnten WZSPS, seine höchste Spitze hat. Es ist klar, daß die gesamte Organisation die Einzelverbände in absoluter Abhängigkeit zu halten bestrebt ist und, wie es offiziell heißt, „das Aufkommen allzu enger beruflicher Stimmungen und Sonderinteressen" zu verhindern weiß. Obschon sämtliche Betriebsräte der vielstufigen Verbandsorganisationen aus Wahlen der Arbeiter hervorgehen, gilt für sie außer der Verantwortung gegenüber dem Wähler doch vor allen Dingen die Verantwortung nach oben, d. h. gegenüber der höheren Verbandsorganisation und in erster Linie gegenüber dem die verschiedenen Verbände zusammenfassenden Rahmen. Eine skrupellose Wahlbeeinflussung in den verschiedenen Stufen des Verbandsapparates stellt das kommunistische Übergewicht in den entscheidenden Instanzen sicher. Es ist außerordentlich lehrreich, das Verhältnis zwischen Kommunisten und Parteilosen in der vertikalen Richtung zu betrachten. So hatten die Betriebsräte nach Angaben in dem vor zwei Jahren erschienenen Gewerkschaftsbuche von Resnik 71,3 % Parteilose, die Zweigstellenvorstände der Gewerkschaften 57,2 % Parteilose und die Abteilungsvorstände 40,5 % Parteilose;

auf dem XIII. Gewerkschaftskongreß waren dagegen nur 27,5 % Parteilose vorhanden, während der VII. Gewerkschaftskongreß nur 14 % Parteilose aufwies.

Diese Zahlen bedürfen keiner weiteren Kommentare. Sie wirken besonders anschaulich, wenn man sich überlegt, daß die Partei nach einer offiziellen Aufstellung am 1. April 1930 1,852,090 Mitglieder einschließlich der Kommunisten in der „Roten Armee" zählte. Ohne Rotarmisten setzte sich der Mitgliederbestand im gleichen Zeitpunkt wie folgt zusammen: 68,2 % Arbeiter, 18,7 % Bauern, 12,1 % Angestellte und 1 % sonstige. Die Zunahme des Mitgliederbestandes seit dem 1. Oktober 1928 betrug rund 550,000, davon zum größten Teil Arbeiter. Gegenwärtig zählt die kommunistische Partei annähernd 1 Million Arbeiter und dies bei einer Industriearbeiterschaft von ca. 7 Millionen und einem Gewerkschaftsbestande von über 11 Millionen. Die Gewerkschaften werden — obschon sie es offiziell noch immer nicht in dem tatsächlich vorhandenen Maße sind — zu Exekutivorganen der Staats- und Parteigewalt gestempelt. Wie ein siderisches Pendel haben sie auf alle staatlichen „Kampagnen" in der Wirtschaft und in der Politik zu reagieren, ob es sich nun um Unterbringung von Staatsanleihen, Verbesserung der Produktionsergebnisse und der Lebensmittelversorgung, Senkung der Selbstkosten oder militärische Propaganda und „gesetzmäßige Handhabung des Wahlrechts" handelt.

Bleibt aber den Gewerkschaften nicht eine letzte Domäne der proletarischen Wirtschaftsdemokratie — der Betrieb? Kann die Arbeiterschaft nicht in dieser untersten Zelle des Produktionsapparats uneingeschränkt herrschen, von hier aus an der planwirtschaftlichen Verwaltung und Gestaltung der Wirtschaft mitwirken?

Der Betrieb

Die Urzelle der Gewerkschaftsorganisation ist in Sovetrußland der Betriebsrat. Das aktive Wahlrecht zum Betriebsrat besitzt die gesamte Belegschaft, das passive dagegen nur die gewerkschaftlich organisierte. Der Betriebsrat hat in erster Linie sozialpolitische Funktionen. Er wacht über die Durchführung des vom Verbande mit der Trustleitung abgeschlossenen Tarifvertrages. Er stellt aus seiner Mitte eine Lohn- und Schiedskommission, eine Arbeitsschutz- und Kulturkommission auf. Der Teilnahme der Arbeiterschaft an der maßgebenden Gestaltung des Produktionsprozesses dient die aus Mitgliedern des Betriebsrates gebildete Produktionskommission.

Diese tritt mit den führenden technischen und kaufmännischen Beamten des Werkes regelmäßig zu Produktionsberatungen zusammen. Sie bestehen in der Aussprache zwischen den Arbeitervertretern und Spezialisten. Die Spezialisten und der Werksdirektor sind verpflichtet, über den Gang der Produktion, über technische und wirtschaftliche Maßnahmen Rechenschaft abzulegen, Reformvorschläge der Arbeiter entgegenzunehmen und auf ihre Durchführbarkeit zu prüfen. Sie sollen mit den Arbeitervertretern die von ihnen aufgestellten Wirtschaftspläne prüfen.

Schließlich wirken die Betriebsräte an der Aufstellung der sog. zeitweiligen aus Arbeitern bestehenden Kontrollkommissionen für ihr Werk oder den ganzen Trust mit. Diese sollen der Belegschaft fortlaufend die Kontrolle der allgemeinen planwirtschaftlichen und betriebstechnischen Dispositionstätigkeit der beamteten Techniker und Wirtschaftler ermöglichen. Die großen Werke besitzen noch besondere, den Betriebsräten entsprechende gewählte Abteilungs- resp. Schichtbüros, vielfach mit analogen Unterkommissionen. Der Kontakt mit der großen Masse der Belegschaft wird durch allgemeine Fabrikversammlungen aufrecht erhalten. Da aber diese technisch bei größeren Werken kaum durchzuführen und von geringem praktischen Nutzen sind, beruft man besondere Delegiertenversammlungen und -konferenzen, in denen vom Betriebsrat über seine Tätigkeit Rechenschaft abgelegt und Vorschläge der Belegschaftsmasse entgegengenommen werden.

Von einem bestimmenden Einfluß der gesamten Belegschaft auf den Gang und die Gestaltung des Produktionsprozesses und der Betriebspolitik ist keine Rede. Sehr deutlich trat die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft über den „Mangel an Demokratie", der sich schon in der Praxis des Betriebsräteweſens zeigt, auf dem VIII. Gewerkschaftskongreß zutage.

Zahlreiche Delegierte wiesen darauf hin, daß das uneingeschränkte Wahlrecht zu den Betriebsräten insofern auf dem Papier stünde, als Angehörige der kommunistischen Partei und einzelne Gewerkschaftsfunktionäre auf die Arbeiter einen terroristischen Druck ausübten und z. B. oft die Wiederwahl nichtgenehmer Betriebsräte erzwängen. Aus diesem Grunde seien schon an verschiedenen Orten Streiks zu verzeichnen gewesen und sei das Interesse der Arbeiterschaft für die Betriebsräte in den Werken, wo dieses Regime geübt würde, gleich Null. Die Delegierten beklagten sich auch darüber, daß für die Belegschaften die Möglichkeit der Kritik an der Gewerkschaft, der Wirt-

schaftsführung und der Partei außerordentlich gering sei, obgleich jeder Funktionär ständig das auf höheren Befehl geprägte Schlagwort von der „demokratischen Selbstkritik" im Munde führe.

Der geringe Einfluß der Betriebsräte auf den Gang und die Gestaltung der Planwirtschaft hat aber — außer der Unterdrückung und Bevormundung seitens der kommunistischen Partei — noch andere Ursachen. Einmal ist es die „Sabotage" all dieser Bestrebungen seitens der Techniker und Wirtschaftler, dann aber auch die große Interesselosigkeit der Arbeiterschaft für die neugeschaffenen Einrichtungen infolge ihres niedrigen Kulturniveaus. Beides wurde ebenfalls auf dem VIII. Gewerkschaftskongreß ausführlich zur Sprache gebracht.

Die Techniker und Wirtschaftler — so stellte Tomski, der damalige erste Vorsitzende des Zentralrats der Gewerkschaften, es dar — „sabotieren" die Produktionsberatungen in jeder Weise. Sie lassen beispielsweise den Gewerkschaften das Material über die Gestaltung der Wirtschafts- und Produktionspläne mit so großen Verspätungen zugehen, daß eine ernsthafte Durcharbeitung dieser Pläne vollkommen an Bedeutung verliert, da die Regierung sie inzwischen in Kraft gesetzt hat.

Die Interesselosigkeit der Arbeiterschaft für die neuen Einrichtungen fand nach übereinstimmenden Berichten beispielsweise in der Vernachlässigung der zeitweiligen Kontrollkommissionen ihren Ausdruck. Tomski führte an, daß die Begeisterung für diese Institutionen im ersten Jahre ihrer Einführung so groß gewesen sei, daß die Regierung sich entschloß, 2000 Kommissionen für die gesamte Industrie zuzulassen; nachher seien aber nicht einmal 1000 von den Gewerkschaften gebildet worden.

Es ist typisch, daß in den Thesen Schverniks zum XVI. Parteikongreß lediglich fromme Wünsche inbezug auf die Beteiligung der Gewerkschaften an der Aufstellung der Wirtschaftspläne ausgesprochen sind und gar keine konkreten Vorschläge gemacht werden. Er empfiehlt die „Liquidierung" der formal-bürokratischen Einstellung der Gewerkschaften und der staatlichen Wirtschaftsorgane bei der Aufstellung der Pläne. Die Gewerkschaften „sollen" mit konkreten Vorschlägen, — die „sämtliche Ausstellungen und Wünsche der Arbeitermassen für die einzelnen Industriezweige und die Gesamtwirtschaft berücksichtigen" — an die planwirtschaftlichen Organe herantreten. Ebenso „sollen" die aus den tüchtigsten Arbeitern

bestehenden sog. „Stoßtrupps" die Produktionsberatungen entscheidend aktivieren und umgestalten.

Der dritte Grund für die geringe Einflußnahme der Arbeiterschaft auf die Industrieleitung liegt in der kurzsichtigen Lohn- und Interessenpolitik der Gewerkschaften. So sehr auch Tomski sich mit den Klagen und Wünschen des VIII. Gewerkschafskongresses solidarisierte, so mußte er doch immer wieder gegen die Gewerkschaften den Vorwurf der verantwortungslosen Durchführung der Tarifverträge, der absoluten Vernachlässigung der Arbeitsdisziplin und der engstirnigen Lohnpolitik erheben

Auf diesen Gebieten hat sich dann, im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Rechtsopposition, in den seit dem Kongreß verstrichenen zwei Jahren die entscheidende Auseinandersetzung des Staatskapitalismus mit den Gewerkschaften abgespielt. Sie hat zur restlosen Unterordnung der Gewerkschaften unter den wirtschaftlichen Machtapparat des Staates geführt.

Ehe aber dieses Thema behandelt wird, soll eine einschneidende in der Durchführung begriffene Maßnahme geschildert werden, die dem zentralistischen Staatskapitalismus eine absolut maßgebende und beherrschende Stellung im Betrieb einräumt und die Arbeiterschaft noch mehr, als dies bisher schon der Fall war, aus der Leitung der Betriebspolitik ausschaltet.

„Alle Befehlsgewalt dem Direktor"!

Bis vor kurzem war die Stellung der Direktoren der staatlichen Industriewerke sehr schwach. Betriebsrat, Parteizelle und Gewerkschaften konnten ihre Anordnungen kontrollieren, deren Durchführung sogar hemmen oder unmöglich machen. Die Direktoren konnten die Betriebe nicht frei und unter eigener Verantwortlichkeit leiten. Sie konnten jederzeit durch ein Mißtrauensvotum der genannten Organisationen zum Abgang gezwungen werden oder mußten wertvolle Spezialisten auf deren Wunsch entlassen. Diese Schwäche der Direktoren wirkte sich natürlich sehr nachteilig auf die Arbeitsdisziplin, Produktionssteigerung und die Durchführung von Rationalisierungsmaßnahmen aus. Dieser Zustand einer mehrfachen Betriebsleitung war von den führenden Stellen schon seit geraumer Zeit als unhaltbar erkannt worden. Daher sprach sich der Vorsitzende des Obersten Volkswirtschaftsrates Kuibyschev bereits vor zwei Jahren öffentlich mit denkbar größter Schärfe gegen die übertriebenen demokratischen Wirtschaftsforderungen aus. Er wies auf die Unmög-

lichkeit hin, die Werks- oder Abteilungsdirektoren von den Belegschaften wählen zu lassen. Er setzte sich mit größter Entschiedenheit für das Ernennungsprinzip der Werksdirektoren und Abteilungsleiter durch die übergeordneten Wirtschaftsorgane ein. Andernfalls, so betonte er, müßte jede geordnete Wirtschaftsführung dem Spiel der persönlichen Sympathien und Antipathien und dem „unzuverlässigen Urteil der öffentlichen Meinung" geopfert werden. Die gesamte Industrie und die einzelnen Trusts, Syndikate und Werke müßten von den dazu ernannten verantwortlichen Persönlichkeiten geleitet werden und die Arbeiter könnten nichts Besseres tun, als in diesem Rahmen unter Führung der wirtschaftlich Tüchtigsten mitzuarbeiten.

Die praktischen Konsequenzen aus diesen Einsichten zog aber unter dem Druck der wirtschaftlichen Notwendigkeiten das Zentralkomitee der kommunistischen Partei erst im Spätherbst vorigen Jahres. Die Verordnung über die einheitliche Befehlsgewalt in der Industrie machte den Direktor zum alleinigen Leiter des Werkes. Seine Abberufung resp. Versetzung hat nur durch die ihm übergeordneten Wirtschaftsinstanzen zu erfolgen; Mißtrauenskundgebungen der Gewerkschaftsorgane und Parteizellen können ihn nicht zum Rücktritt zwingen, Gewerkschaften und Parteizellen müssen sich mit etwaigen Beschwerden an die ihnen jeweils übergeordneten Glieder ihrer Organisation wenden, die sich wiederum mit den höheren Wirtschaftsinstanzen ins Benehmen zu setzen hat. Alle Anordnungen des Direktors sind für das ihm unterstellte technische und kaufmännische Verwaltungspersonal und die gesamte Belegschaft unbedingt verbindlich, ganz gleichgültig, welche Stellung die einzelnen Personen im Partei- oder Gewerkschaftsapparat einnehmen. Über die Einstellung oder Entlassung des höheren Verwaltungspersonals hat der Direktor allein zu entscheiden, jedoch steht den Gewerkschafts- und Parteiorganen der Beschwerdeweg an die ihnen übergeordneten Instanzen offen. Ähnlich verhält es sich bei der Einstellung und Entlassung von Arbeitern.

Die Verordnung untersagt den Gewerkschaften aufs allerstrengste, sich unmittelbar in die Leitung des Betriebes einzumischen, oder zu versuchen, den Direktor aus seinen Funktionen zu verdrängen. Das gleiche gilt für die Parteizellen, die ebenso wie die Gewerkschaften den Direktor bei der Handhabung der einheitlichen Befehlsgewalt zu unterstützen, kleinliche Kritik zu vermeiden und sich mit ganzer Kraft für die Arbeitsdisziplin einzusetzen haben.

Die praktische Durchführung der neuen Verordnung stieß indes auf außerordentliche Schwierigkeiten und steigerte die Unzufriedenheit der Arbeiter ganz gewaltig. Ungeachtet der Tatsache, daß die neue Regelung, wie angedeutet wurde, gewisse Konzessionen der Arbeiterschaft erhielt und zweifellos nicht ohne Doppeldeutigkeit war. Jedenfalls erblickte ein Teil des Partei- und Gewerkschaftsapparates in der Verordnung mit Recht die endgültige Beseitigung der proletarischen Wirtschaftsdemokratie, die — wie gezeigt wurde — wenigstens vielfach dem Scheine nach, außerdem aber in Wirklichkeit in der disziplinlosen Mißachtung der wirtschaftlichen Grunderfordernisse des Betriebslebens seitens der Betriebsräte und Parteizellen bestanden hatte. Die Unzufriedenheit wurde durch die offiziöse Interpretation und Pressekritik an der Durchführung nicht gemildert; obschon und vielleicht gerade weil die staatliche Propaganda ebenfalls mit dem „Einerseits—Andererseits", der doppeldeutigen Fassung der Bestimmungen, arbeitete und weder die Diktatur der Partei und Gewerkschaftsorgane, noch die wirklich konsequente Ausübung der Befehlsgewalt zulassen wollte.

Die Verordnung wurde fast nirgends ernsthaft durchgeführt. Die leitenden Parteistellen mußten einsehen, daß der Mut zur Konsequenz die höchste Tugend ist, und entschlossen sich zu energischem Vorgehen.

Daher erschien im Frühjahr dieses Jahres, nach kaum einem halben Jahre, eine neue Verordnung über die einheitliche Befehlsgewalt, die in wesentlich schärferer Form die Bestimmungen der ersten wiederholte und erweiterte. Von größter Wichtigkeit ist die Anordnung, daß die leitenden Direktoren- und Spezialistenposten ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit besetzt werden und dabei lediglich die Frage der fachlichen Tüchtigkeit und organisatorischen Fähigkeit entscheidend sein solle. Das gilt auch für die Beförderung von begabten Arbeitern und Angestellten auf höhere und leitende Posten.

Die Werksdirektoren sollen sowohl in technischer als auch in kaufmännischer Beziehung in der Lage sein, ihr Werk zu leiten und ihre Autorität durchzusetzen. Sie dürfen daher nicht, wie so oft, die ganze Verantwortung auf die Spezialisten abwälzen In kürzester Frist müssen die Direktoren — dies gilt also besonders für die „roten Direktoren" — sich die fehlenden technischen und kaufmännischen Kenntnisse aneignen oder qualifizierten Kräften Platz machen.

Die prinzipielle Bedeutung der Verordnung ist überaus groß. Sie ist der endgültige Triumph des auf höchste Wirtschaftlichkeit bedachten Staatskapitalismus über eine utopische Massenherrschaft der Gewerkschaften wie über die Wirtschaftsdemokratie überhaupt.

Dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit zuliebe wird sogar (natürlich nur bedingt) der unmittelbare Einfluß der Partei in den Betrieben geopfert, da ja die Parteizellen sich der Direktion unterzuordnen haben und eine sachliche Fassung der Ernennungs- und Beförderungsbestimmungen erfolgt ist.

Gewiß, den Schein der proletarischen Diktatur sucht auch die neue Fassung durch das stark abgeschwächte „Andererseits" zu wahren. Die Tendenz ist aber unverkennbar. Und muten einen nicht folgende Ausführungen Schwerniks in seinen mehrfach erwähnten Thesen zum Parteikongreß wie eine Groteske an, weil sie ausgerechnet im Lande der proletarischen Diktatur aufgestellt werden: „Die Gewerkschaften dürfen eine Einmischung ihrer Organe in die Dispositionstätigkeit der Werksverwaltungen nicht zulassen, sie müssen aber gleichzeitig den Kampf mit der falschen Anwendung der einheitlichen Befehlsgewalt und ihren Mißbrauch durch die Wirtschafter — der die produktive Initiative und Selbsttätigkeit der Arbeitermassen ausschließt — führen"

Diktatur des Proletariats = Staatskapitalismus

Während der Staatskapitalismus zum entscheidenden Schlage gegen die Gewerkschaftsorgane im Betriebe erst vor einem halben Jahre ausholte, war der Konflikt zwischen Wirtschaftsorganen und Gewerkschaftsführung wesentlich früher ausgebrochen.

Schon auf dem VIII. Kongreß kam es zu heftigen Zusammenstößen. Sie setzten sich in den nachfolgenden Monaten fort und führten schließlich zur Entfernung Tomskis und eines großen Teils des Präsidiums des Zentralrates durch Stalin. Der VIII. Gewerkschaftskongreß war die letzte relativ freie Meinungsäußerung der Arbeiterschaft, denn seither hat Stalin mit eiserner Hand durchgegriffen und unterdrückt jede kühnere und offenere Regung.

Die Gewerkschaften lehnten sich damals gegen die restlose Parteibevormundung auf und verlangten Berücksichtigung ihrer Interessen. Daß sie ihre Interessen sehr engstirnig vertraten und durch unbedachte Lohnforderungen ohne Rücksicht auf wirtschaftliche Möglichkeiten erschöpft glaubten, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. Tomski hat als einsichtiger Wirtschaftspolitiker

diese verantwortungslose Engstirnigkeit stets bekämpft. Er solidarisierte sich aber mit den demokratischen Selbständigkeitsbestrebungen der Gewerkschaften. Er suchte sie vor einer restlosen Politisierung zu bewahren, indem er sie dem Parteiapparat und den staatlichen Wirtschaftsorganen als selbständige Gebilde gegenüberstellte. Er machte sich schließlich zum Hauptträger der industriell-agrarischen Programmideen der Rechtsopposition. In Stalins Augen war dieses sein Hauptverbrechen. Darum mußte er fallen, als die Fronde der Gewerkschaften beendet und ihre Unterwerfung besiegelt war. Er wurde durch den gefügigen Dogadov ersetzt, der das beim Präsidium des Zentralrates gebildete, von der Parteileitung völlig abhängige Sekretariat und den Präsidialvorsitz übernahm.

Der unmittelbare Anlaß für den Konflikt zwischen den Wirtschaftsorganen und den Gewerkschaften war die Frage der Arbeitsdisziplin. Beide Parteien überschütteten sich gegenseitig mit Vorwürfen. Die Gewerkschaften behaupteten, daß die verschiedenen Mißgriffe der Wirtschaftsorgane, die schlechten Löhne und Wohnungsverhältnisse, der mangelhafte Arbeiterschutz und die infolge der verfehlten Agrarpolitik entstandene Lebensmittelknappheit an dem Produktionsrückgang schuld seien. Die Wirtschaftler warfen den Gewerkschaftsorganen wiederum wirtschaftliche Verantwortungslosigkeit und mangelnde Einflußnahme auf die in ständiger passiver Resistenz befindlichen und die unkultivierten Elemente der Belegschaften vor. Der Vorwurf der Verantwortungslosigkeit wurde sicherlich zu Recht erhoben. Die Gewerkschaften richteten nämlich bei dem Neuabschluß von Tarifverträgen um die Jahreswende 1928/29 ihr Augenmerk ausschließlich auf Lohnforderungen. Sie weigerten sich, die zentrale produktionspolitische Bedeutung der Tarifverträge anzuerkennen. Sie lehnten es entschieden ab, irgend welche Verpflichtungen zur Hebung der Arbeitsdisziplin zu übernehmen und wollten sogar nicht die Einhaltung der tariflich vorgesehenen Arbeitsnormen garantieren.

Der Staatskapitalismus blieb also Sieger, und die Gewerkschaften mußten sich restlos den Wünschen der Wirtschaftsorgane und der Partei unterordnen. Sie mußten die feierliche Verpflichtung übernehmen, die Arbeitsdisziplin und Arbeitsergiebigkeit mit allen Kräften zu fördern, beim Abschluß von Tarifverträgen mit der Wirtschaftslage der Betriebe unvereinbare Lohnforderungen zurückzustellen, die politischen Direktiven der Partei ohne Widerspruch zu erfüllen und besonders auch die neue Agrarpolitik zu unterstützen.

Stalins Staatskapitalismus und Trotzkis Gewerkschaftsideal triumphierten aber zu früh. Das unterirdische Feuer der Opposition schwelte weiter, und sogar die neuen Leute im Präsidium und Sekretariat, selbst Dogadov, machten sich zu seinen Fackelträgern. Daher hat man das Präsidium vor einiger Zeit einer neuen „Säuberung" unterzogen und auch Dogadov und verschiedene andere aus ihren Stellungen entfernt. Selbstverständlich wurde diese Maßnahme der Parteileitung als Erfüllung der von den kopfscheu gewordenen „Massen" gewünschten neuen „Direktiven" hingestellt.

Der neue Leiter des Sekretariats und Vorsitzende des Zentralrates Schvernik hat in seinen Thesen die Gründe für die Entfernung der Schuldigen ausgesprochen: Rechtsopposition, Versuch, die Gewerkschaften als Interessengruppe der Partei gegenüberzustellen und ihrem Einfluß zu entziehen, schließlich „opportunistische Trade-union-Stimmungen" Als Leitmotiv werden demgegenüber restlose Unterordnung der Gewerkschaften und die Lohnwünschen vorangehende Wirtschaftlichkeit der Staatsbetriebe noch einmal schärfstens betont.

Im kommunistischen Parteiprogramm steht, daß die Arbeiterklasse die Wirtschaft leitet. Kommunistische Partei und Sovetregierung bieten ihre ganze Propagandakunst auf, um dies in die Gehirne der großen, zu einem erheblichen Teil analphabetischen Arbeitermassen einzuhämmern. Es ist ohne weiteres anzunehmen, daß das Gros der russischen Arbeitermassen, das lediglich auf die Hebung seines materiellen Lebens bedacht ist, ihnen dies auch glaubt. Die Opposition der kleinen bewußten Gewerkschaftskreise in den letzten Jahren ist allerdings der beste Beweis für die in der Arbeiterschaft dämmernde Erkenntnis und für die ganze innere Unwahrhaftigkeit der sogenannten Diktatur des Proletariats.

Das Geheimnis der kommunistischen Herrschaft über die Arbeitermassen ist sehr einfach: Es ist die ungeheure Wirkung der Propaganda, die im ungebildeten Arbeiter das Bewußtsein, er sei der Herr der Wirtschaft, erweckt und ihm das trügerische Gefühl eines unerhörten Fortschritts und einer großartigen Machtfülle gibt. Der Arbeiter umarmt Schatten, während die wirkliche Gestalt ihm längst von Staatswegen entzogen ist. Er ist mit diesen Schatten trotz aller Entbehrungen sogar bis zu einem gewissen Grade glücklich, besonders da man ihm für die Zukunft immer herrlichere Perspektiven vorgaukelt. Wie lange der Kommunismus freilich dieses Spiel wird treiben können, ist eine andere Frage, es ist aber zweifellos sein Meisterstück.

Westeuropäische Schlußfolgerungen

Für Westeuropa, namentlich für Deutschland, ist das Fiasko der russischen Wirtschaftsdemokratie von größtem Interesse. Wird doch dieses Schlagwort in einem deutschen Verhältnissen vorsichtig und vieldeutig angepaßten Sinne oft von gewerkschaftlicher Seite und auch von verschiedenen Gruppen der Jugend aller Lager gebraucht und manchmal ernstgenommen. Man träumt von der Verwirklichung, ohne sich ihre Möglichkeit klar zu machen.

Das sovetrussische Beispiel zeigt, daß sich die Wirtschaftsdemokratie an den harten Tatsachen der Wirklichkeit zerschlägt. Es kann dagegen nicht eingewandt werden, daß das Fiasko in Rußland kein zwingender Beweis sei, weil das Land arm und industriell wenig entwickelt und die Arbeiterschaft in kultureller Beziehung sehr rückständig sei. Am russischen Beispiel sehen wir nämlich, daß das Problem des Großbetriebes auch in der Volkswirtschaft der „proletarischen Demokratie" bestehen bleibt und daher die Aufstiegsmöglichkeiten für begabte Arbeiter ihre Grenzen haben. Am sovetrussischen Beispiel können wir erkennen, daß die kommunistischen Führer die Wirtschaftsdemokratie im absoluten Sinne als ein Ding der Unmöglichkeit ablehnen. Sie haben erkannt, daß die Führung des Wirtschaftslebens qualifizierten, in ihrer Verantwortungsfreudigkeit nicht gehemmten Individuen und den von diesen gebildeten Korporationen, nicht aber der Masse überlassen werden kann. Sie haben erkannt, daß das Prinzip der rationalen Wirtschaftlichkeit keine Massenherrschaft verträgt.

In einem sind sie allerdings, trotz aller „kapitalistischen Einsichten", Kommunisten geblieben: sie glauben die zur Führung der Industrie berufenen Persönlichkeiten von staatswegen ernennen und ihre Korporationen zwangsweise bilden zu können. Sie verstehen nicht, daß diese qualifizierten Individuen sich im freien Spiel der Kräfte erst voll behaupten und bewähren müssen, um zur Führung des Wirtschaftslebens emporzusteigen. Sie begreifen nicht, daß das System des Staatskapitalismus im Endeffekt die von ihnen sehnlichst erstrebte Verantwortungsfreudigkeit der Werksdirektoren und Trustleiter wieder zunichte macht, da der Beamte immer nach dem Vorgesetzten schielen wird. Sie sehen nicht ein, daß erst der freie Unternehmer die volle für das Wirtschaftsleben so dringend erforderliche Verantwortungsfreudigkeit aufzubringen vermag, weil er allein für das eigene Risiko einzustehen hat und die Verantwortung auf niemanden abwälzen kann. Sie erkennen auch nicht die einfache

Wahrheit, daß der freie Unternehmer dem Markte und dem Konsumenten überhaupt zu dienen vermag, da er besser als der schwerfällige, in seiner Beweglichkeit und Verantwortlichkeit stets gehemmte Staatsapparat seine Bedürfnisse übersehen und das relative Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage herstellen kann.

Und die Gewerkschaften? Selbst im „einzigen Arbeiterstaate der Welt" sind sie vornehmlich an der Hebung des materiellen Niveaus der Arbeiterschaft und an der Besserung der Arbeitsbedingungen, nicht aber an den grundlegenden Fragen des Wirtschaftens — dem Produktionsproblem, dem technischen Fortschritt, den Bezugs- und Absatzfragen und der Preiskalkulation — interessiert. Sie mußten zur Übernahme der mit der Einordnung in den Produktionsprozeß gegebenen Verantwortung im Wirtschaftsleben erst vom Staate gezwungen werden.

Die Stellungnahme der russischen Gewerkschaften offenbart bei allen Besonderheiten eine allgemeingültige Wahrheit. Sie zeigt, daß den Gewerkschaften als solchen eine dezidierte Interessenpolitik stets am nächsten liegt und daß man deshalb das Maß der Verantwortung, das von ihnen im Wirtschaftsleben getragen werden kann und soll, nicht überschätzen darf.

Macht man sich diese Erkenntnis zu eigen, so ist man in der Lage, die Fadenscheinigkeit des Schlagworts von der Wirtschaftsdemokratie zu durchschauen. Man wird daher auch zugeben müssen, daß z. B. die Betriebsräte und die sonstigen Vertretungen der Arbeiterschaft keineswegs zu einer endgültigen Beseitigung der wirtschaftlichen Interessenkämpfe zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer führen können, selbst wenn sie noch ausgebaut würden.

Reibungen und Spannungen zwischen Produktionsleitung und Arbeiterschaft wird es stets geben. In der proletarischen Diktatur sind sie besonders stark. Sie verbirgt sie nur hinter dem kommunistischen Phrasenschleier, um die Arbeiterschaft um so brutaler zu unterdrücken und auszubeuten. Was für den Arbeiter in den meisten kapitalistischen Staaten, an erster Stelle in Deutschland, bereits Wirklichkeit geworden ist, bleibt dem in den militärischen Zwangsapparat der Staatsindustrie eingepreßten Sovetarbeiter versagt: der freie Ausbau eines umfassenden Arbeitsrechts. Damit ist aber auch *jede* Möglichkeit zur Beseitigung der sozialen Spannungen vernichtet. Es bleiben lediglich passive Resistenz oder gewaltsamer Ausweg übrig. Daher ist Rußland heute das Land der schlechtesten Arbeitsdisziplin, des häufigsten Betriebswechsels und der schleichenden

Revolutionsgefahr, so stark auch die Stellung der Diktatur Außenstehenden zu sein scheint. Ganz zu schweigen von der daraus folgenden Bedrohung seiner wirtschaftlichen Entfaltung und der tatsächlichen außerordentlichen Minderung seiner Produktivität.

„Die Geächteten"

Deutschland ist der übrigen Welt immer rätselhaft erschienen. Heute ist dies Rätsel schwieriger denn je zu lösen. Die alten Formen sind zerbrochen. Die neue Form — soweit man da überhaupt von Form sprechen kann — sitzt nicht recht und scheint zu zerbröckeln. Man möchte Aufschluß haben: wie ist das gekommen? Was geht unterirdisch vor? Droht ein Chaos? Ist Neues im Entstehen? Ich möchte auf ein Buch hinweisen das — so problematisch es auch sein mag — über manches Aufschluß gibt: „Die Geächteten" von Ernst von Salomon (Ernst Rowohlt V.). Der Verfasser war 1918 sechzehnjähriger Kadett. Er schildert den Ausbruch der Revolution in Frankfurt a/M. Dann — ein erschütterndes Bild — die Rückkehr des Frontheeres in die Heimat. Dabei geht ihm auf: das ist eine ganz andere Menschenart — nicht mehr Brüder, Väter, Freunde, Mitbürger. Der Krieg ist etwas ganz anderes gewesen, als man es sich im Hinterlande vorgestellt hat. Diese Menschen sind durch ein gewaltiges, unverständliches Erleben bestimmt und der Heimat, der bürgerlichen Welt fremd geworden. Salomon tritt in die Noskетruppe ein, kämpft in Berlin gegen Matrosen und Kommunisten und wird dann mit einem Regiment nach Weimar geschickt, um die Nationalversammlung zu schützen. Berlin gibt ihm das zweite große Erlebnis: er lernt die Armenviertel kennen, wo zwölf und mehr Menschen — Männer, Frauen, Kinder — in einer Stube einer dumpfen Mietskaserne hausen. Er spürt den dumpfen Haß einer fremden Welt, Millionen leben im Elend. Die differenzierte, hohe Kultur unserer Zeit sagt ihnen nichts, gibt ihnen nichts. Sie hassen diese bürgerlich-kapitalistische Ordnung, müssen sie hassen, denn sie wollen leben. Millionen sind es — und auch Deutsche. Er und manche seiner Kameraden — frühere Frontsoldaten — wollen diese Ordnung nicht länger stützen. Sie fühlen sich um die Revolution betrogen — die nationale Revolution. Es sind nicht Dolchstoßlegenden, die sie gegen das neue Regime erbittern. „Wir mußten den Krieg verlieren, um die Nation zu gewinnen," fühlen sie. Sie wollen nicht das Vorkriegsdeutschland, die Monarchie wiederherstellen.

Der deutsch-nationale Großindustrielle ist ihnen ebenso fremd, ebenso verhaßt, wie der sozialdemokratische Parteisekretär, dem es um Karriere und Behaglichkeit zu tun ist.

Vorerst gehen sie ins Baltikum. Was sie da wollen, wissen sie nicht recht. Es bedeutet ihnen Neuland, Kampf, Erwartung. Es folgt nun eine Schilderung der Baltikumkämpfe, einschließlich der Bermondtaffäre. Für uns Balten bedeutet diese Schilderung eine wesentliche Bereicherung. Was wissen wir schon von allen denen, die ihr Blut in unserem Lande gelassen haben? Bei unseren lettischen Landsleuten mag dies Buch Anstoß erregen. Man kann sich auch mit Recht über dies und jenes ungerechte Urteil aufhalten — oder über eine Einzelschilderung, die vielleicht ein falsches Licht auf's große Ganze werfen könnte. Es ist dem Verfasser nicht darum zu tun, den Freiheitskampf des lettischen Volkes herabzusetzen. Und so kraß und ungeschminkt seine Schilderung auch sein mag, sie wirkt nie brutal und verletzend — wohl deshalb, weil er nichts mit halbem Herzen aufnahm. Es folgen nun: der Kapp-Putsch, die Kämpfe in Oberschlesien, die Abwehraktion im Ruhrgebiet. Das Hauptstück des Buches bildet die Ermordung Rathenaus. Dann folgt eine Schilderung der Gefängniszeit (Salomon wurde wegen Beteiligung am Rathenaumorde zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt). Betrachten wir diese Geschehnisse der Reihe nach. Oberschlesien — zwei Drittel Oberschlesiens wurden von Freiwilligenverbänden den polnischen Aufständischen entrissen. Salomon findet harte Worte für eine Regierung, die — im Vertrauen auf die Versprechungen der Entente — die Beteiligung an den oberschlesischen Kämpfen schließlich sogar unter Strafe stellte. Die Geschichte wird darüber wohl anders urteilen. Die Männer um Ebert hatten Deutschlands Zusammenbruch nicht gewollt. Die Revolution überraschte sie (Salomon bestätigt ihnen das gerne). Sie standen an der Spitze eines halb verhungerten, zermürbten, zerspaltenen Volkes, unter stärkstem Druck von außen. „Der Mann ist nur so groß, wie die Welle, die ihn trägt", sagte Bismarck einmal. Durfte man damals alles auf eine Karte setzen? Den Bruch mit der Entente, die Besetzung weiterer deutscher Gebiete, das Chaos im Inneren riskieren? Jedenfalls — daß der größere Teil Oberschlesiens für Deutschland gerettet wurde, das verdankt man den „Geächteten" — ebenso wie die Niederwerfung des Separatismus im Rheinlande. Aus dem Kreise dieser Männer gingen die Rathenaumörder hervor. Zwei Freunde Salomons, Offiziere der Westfront — sie hießen Kern und Fischer — voll-

brachten diese Tat. Sie hatten an all diesen Abwehrkämpfen hervorragenden Anteil genommen. Es waren auch nicht brutale Fanatiker, die aus stupidem Antisemitismus einen Meuchelmord an einem großen Patrioten und Staatsmann begingen. Sie hielten Rathenau auch nicht für einen Landesverräter oder für einen der „Weisen von Zion" „Blödes Geschwätz" urteilt Kern über solches Gerede, er überlasse es einem nationalistischen Pöbel, daran zu glauben. Sie kannten Rathenaus Schriften („Viele Funken, aber kein Dynamit" urteilt Kern darüber), hatten ihn vortragen hören, achteten in ihm den großen Patrioten und überragenden Geist. Was sie trieb, war ein anderes. Es ging ihnen um die „nationale Revolution" In Rathenau sahen sie den einzigen Großen einer Welt, die sie haßten. Es war der Haß gegen die bürgerlich-kapitalistische, unheroische Welt, die ihnen kleinbürgerliche Sattheit und Zerspaltenheit der Nation bedeutete. Sie wollten nicht vier Jahre gekämpft haben (oder eigentlich acht Jahre), um den Bourgeois zu inthronisieren. Rathenau hätte — meinten sie — die Revolution aufhalten können, das Entstehen eines neuen Deutschland verzögern können — obwohl er es eigentlich besser wußte. Darum mußte er fallen. Er wurde ihnen zum Symbol alles dessen, was sie haßten, was sie nicht ertragen konnten. Er war ihnen die letzte Blüte einer untergangsreifen Welt. Im Geiste hatte er schon ein neues Deutschland erschaut, aber sich trotzdem auf die andere Seite geschlagen. Der Afrikaforscher Leo Frobenius berichtet von Negerstämmen, die ihren König, wenn seine Zeit um war, voller Ehrfurcht abschlachteten. Der Vergleich wirkt etwas kraß, aber man wird, beim Lesen der Mordtat, daran erinnert. Ich maße mir nicht an, die Motive der Tat hier restlos klargelegt zu haben. Die Täter waren sich selbst über vieles, allzuvieles nicht im klaren. Auch daß man einen Mord aus Gründen der Ritterlichkeit und Vornehmheit ablehnen könnte, sagte ihnen ihr Empfinden nicht. Der Mord war zudem ein Irrtum — von ihrem Standpunkt gesehen. Rathenau hätte die Entwicklung nicht aufgehalten. Wohl war er ein überragender Geist, aber auch ein innerlich zerrissener, unglücklicher Mensch, der zur Tat nicht geschaffen war. Ein weiser alter Jude — ein Freund und Mitarbeiter Rathenaus — sagte mir einmal: „Für Rathenau ist seine Ermordung ein Glück gewesen. Er wäre an seiner Aufgabe gescheitert, und das hätte er nicht ertragen können." Er hatte denn auch — obwohl er gewarnt war — sich polizeilichen Schutz ausdrücklich verbeten. Nach ihm kam ein Stärkerer, der — gestützt durch Hindenburgs Autorität — das voll-

brachte, was Kern so fürchtete. „Wenn es jetzt nicht gelingt, müssen wir zehn Jahre warten," meinte Kern. Ja, gewiß, und es ist auch gut so, daß es damals nicht gelang. Die „Geächteten" handelten triebhaft, aus irrationalen Beweggründen. Sie hörten auf die Stimme des Blutes, aber nicht auf die des Geistes. Nur da, wo Blut und Geist zusammentreffen, entsteht ein Neues. Das weiß auch Ernst v. Salomon — jetzt. Die zehn Jahre sind nun bald um. Die Massen geraten langsam in Bewegung. Die Welle bildet sich. Der national-sozialistische Wahlerfolg zeigt es äußerlich an. Was auch jetzt noch fehlt, ist der Führer, die Idee. Die Männer, die die Tat wollten, ohne die Idee zu haben, die den Mord der Selbstbesinnung vorzogen, sind zugrunde gegangen. Das konnte nicht anders sein.

*

Gleichzeitig mit den „Geächteten" ist eine ganze Reihe von Nachkriegsbüchern erschienen. Die Zeit der Kriegsbücher ist vorbei. „Ein Wechsel der Mode — was schon weiter!" mag man da einwenden. Es handelt sich bei diesem Vorgang gewiß auch um eine Mode, die übrigens ihren guten Sinn hat. Aber nicht darauf kommt es an. Kriegsbücher können naturgemäß nur Kriegsteilnehmern wirklich etwas bedeuten. Die Kriegsteilnehmer haben ihr Erlebnis ein Jahrzehnt lang schweigend mit sich herumgetragen. Die Kriegsbücher sind Ausdruck einer inneren Auseinandersetzung, ein Versuch, mit diesem Erlebnis fertig zu werden. Ich kenne Kriegsteilnehmer, die nach der Lektüre eines Kriegsbuches verändert schienen — als wenn ein Druck von ihnen genommen wäre. Auch die Nachkriegsbücher sind als ein Versuch der Selbstbesinnung zu verstehen. Das ist erfreulich, das ist ein gutes Zeichen. Die Kriegsgeneration hat bis jetzt wenig von sich hören lassen. Und doch sind es die besten Kräfte, die Deutschland hat. Auf *die* kommt es an, die Schwerstes überstanden haben und nun die Kraft zur Selbstbesinnung und Auseinandersetzung finden. Aus den Reihen dieser Leute werden die Führer von morgen kommen.

Wenn man die heutige Situation richtig beurteilen will, darf man sich nicht von den Erscheinungen und Strömungen der Oberfläche beirren lassen. Eine Veränderung bereitet sich vor. Die Intensität auch der inneren Auseinandersetzung ist in Deutschland heute stärker denn je. Es läßt sich nicht voraussagen, wann das, was sich unterirdisch vorbereitet, durchstoßen und die Oberfläche umformen wird. Es mag noch zwei Jahre dauern. Es ist un-

wahrscheinlich, daß auch nur eine der großen Parteien und Gemeinschaften, die heute die Oberfläche beherrschen, dann bestehen bleibt

Geist und Blut sind noch nicht zusammengekommen. Aber wer kennt schließlich die einzelnen, die Kreise, die an der ideellen Grundlegung des Deutschland von morgen arbeiten? Es gibt sie — damit müssen wir uns begnügen.

Meine Ausführungen werden sicher auf Zweifel und Widerspruch stoßen. Ich will mich nicht als Prophet aufspielen. Es handelt sich hier um höchst persönliche, ganz subjektive Anschauungen — nicht mehr. Das Thema „Deutschland" ist unerschöpflich und fesselt immer. Es ist unmöglich, da überzeugen zu wollen, wo man selbst noch nicht klar sieht. Man kann nicht mehr wollen, als anregen und hinweisen — und sich freuen, wenn das, im einen oder anderen Falle, geglückt wäre. C. v. S.

Berlin, Mitte Dezember 1930.

Politische Übersichten

Lettland

In Kowno wurde der lettländisch litauische Handelsvertrag abgeschlossen. Neben dem gegenseitigen Meistbegünstigungsrecht bringt der Vertrag die gegenseitige Abschaffung der Einreisevisa und eine Reihe von Erleichterungen im Grenzverkehr und im Niederlassungsrecht, die vielleicht geeignet sind, den wirtschaftlich gesehen willkürlichen Grenzgraben etwas weniger breit erscheinen zu lassen.

Litauen erhält das Recht der zollfreien Einfuhr von Roggen, eine Zollermäßigung von 75 % auf ein jährliches Kontingent von 5000 t Weizen und weitere Vergünstigungen für landwirtschaftliche und Gartenprodukte. Lettland hinwieder soll Erleichterungen für seinen Export an Industrieprodukten erhalten. Insbesondere werden Gummi- und Textilwaren berücksichtigt.

Demnächst beginnen litauisch-estnische Handelsvertragsverhandlungen, und am 15. Dezember sollen in Berlin polnisch-litauische Verhandlungen über Beilegung von Grenzzwischenfällen stattfinden. Es läßt sich demnach eine deutliche Tendenz konstatieren, Litauen in normale oder zum mindesten reibungslosere Beziehungen zu seinen Nachbarn zu bringen. Wohl nicht mit Unrecht werden hier weitergehende Pläne einer einheitlich orientierten Politik der östlichen Nachfolgestaaten vermutet. Deutschland wird Grund haben, diese Entwicklung mit Aufmerksamkeit zu verfolgen, wie auch andererseits eine seriöse Politik in den Randstaaten mit dem großen westlichen Nachbarn als politischen Machtfaktor immer wird rechnen müssen.

*

Die Hilfsaktion für unsere Landwirtschaft, insbesondere der staatliche Einkauf von Brotgetreide haben vielen Landwirten, und gerade den besseren Betrieben, fraglos zum Nutzen gereicht. Die ganze Aktion verursacht aber dem Staat unverhältnismäßig große Verluste, was zum Teil daher kommt, daß die Organisation zu diesem Geschäft nicht vorhanden war.

Das demokratische Zentrum, und ihm schließen sich die Linken an, propagieren die Einführung eines staatlichen Getreidemonopols. Prof. Ballod wittert die Möglichkeit staatssozialistischer Experimente und ist besonders eifrig; auch die „Jaunakas Sinas" steuern in derselben Richtung. Der Bauernbund lehnt das Monopol ab, hat aber einen schweren Stand, besonders weil die augenblickliche Hilfsaktion manche Schattenseiten gezeitigt hat; diese Nachteile würden durch ein Monopol aber keineswegs behoben werden, ein solches würde wohl im Gegenteil keinen anderen Erfolg haben, als die Wirtschaft zu schädigen.

*

Im November fanden in den Krankenkassen die Delegiertenwahlen statt. Der Wahlkampf war in der Arbeitnehmerschaft ein besonders leidenschaftlicher. Es bekämpften sich die Sozialdemokraten und die Kommunisten, während die gemäßigten Gruppen nur eine ganz geringe Rolle spielten. Der Einfluß der Sozialdemokraten ist stark gestiegen. So kommen in der Rigaer Zentralkrankenkasse 61 % der Arbeitnehmerstimmen auf die Sozialdemokraten, gegen 49 % bei den vorigen Wahlen. Die Kommunisten gehen von 34 % auf 27 % zurück. Bei der Handels- und Industriekrankenkasse bringen die Kommunisten 10 Glieder der Verwaltung durch, die Sozialdemokraten 22, gemäßigte Gruppen 8. Es kann also von diesen Wahlen — die vielleicht Schlüsse auf die kommenden Landtagswahlen (Herbst 1931) zulassen — gesagt werden, daß der Einfluß der Sozialdemokraten in der Arbeiterschaft auf Kosten der Kommunisten gestiegen ist.

*

Mit großer Mehrheit wurde im Parlament ein Antrag der Kommission überwiesen, der darauf abzielt, die Vorkriegs-Hypothekenschulden der städtischen Immobilien aufzuwerten, für die das Gesetz vom 18. März 1920 einen Kurs von Ls 13.20 pro 100C Goldrubel festsetzte, womit die Schulden de facto annulliert wurden. Die Aufwertung soll aber nicht zugunsten der durch das besagte Gesetz Geschädigten erfolgen, sondern dem Staate die Mittel geben, Freiheitskämpfern eine Belohnung zu zahlen.

Eine Aufwertung der Hypothekenschulden, dann aber nicht nur für die städtischen, sondern für alle Immobilien, wäre erwägenswert. Wenn eine Aufwertung erfolgt, sollte sie aber zugunsten der Geschädigten erfolgen. Die baltischen Kriegsteilnehmer haben sich freiwillig und nicht um einer Geldbelohnung willen gemeldet. Sie sollten eine solche umso entschiedener ablehnen, wenn das Geld aus trüber Quelle stammt.

*

In manchen lettischen Blättern wurde wieder einmal Deutschenhetze betrieben. Die Forderung, der Dom solle der deutschen Gemeinde weggenommen werden, verschwindet nicht mehr vom Tapet. Von den Gilden ist neuerdings die Rede, auch für deren Besitz finden sich Liebhaber. Auch der Schützengarten wird

ab und zu wieder aufgetischt. All diese Begehrlichkeit findet im lettischen Bürgertum wohl teilweise entschiedenen Widerspruch, der Widerspruch ist aber weder laut noch allgemein — Es hält auch schwer, von Rechtsgrundsätzen, von der Heiligkeit des Eigentums zu sprechen. Der Parlamentspräsident Dr. P. Kalnin führte am 18. November zur Feier der Staatsproklamierung in seiner Festrede in Anwesenheit der Spitzen der Regierung und des diplomatischen Korps unwidersprochen aus, gerade die entschädigungslose Konfiskation des Großgrundbesitzes, die Radikalität der Agrar„reform" sei das Unterpfand der staatlichen Existenz*). Eine groteske Idee: auf dem Bruch des Eigentumsrechts, auf der Idee des Rechtsbruchs einen Staat aufbauen zu wollen! Ganz abgesehen von der damaligen politischen Konstellation waren aber auch die Energien, die die Begründung des lettländischen Staates möglich machten, bekanntlich ganz andere, und auch was die Konfiskationen anbetrifft, ist die offizielle Konstruktion ja im allgemeinen eine andere: der Bruch ist als einmaliger gedacht, von da ab soll Besitz wieder geheiligt sein. Die Erfahrung zeigt nur, daß es mit der Einmaligkeit, wenigstens was den Appetit anbetrifft, sein Bewenden nicht hat.

Herr O. Grosberg hinwieder meint in seinem Festartikel „Zum 18. November" aus dem „Nichts" sei ein staatliches Gebilde zu schaffen gewesen ꝛc. Überhaupt scheint es modern zu werden, die „Errungenschaften" der Nachkriegszeit zu überschätzen. Ein gewisser Mangel an Maßstäben kommt damit zum Ausdruck.

*

Im Parlament wurde über die Besetzung von Beamtenstellen durch Angehörige der Minoritäten debattiert, wobei es zu Auseinandersetzungen zwischen den Abgeordneten Skujeniek, Maisel und Kallistratov kam. Im Anschluß hieran ließ sich der Abg. A. Berg prinzipiell in der Richtung aus, eine Verschmelzung der Minoritäten mit dem Hauptvolk sei auf die Dauer erstrebenswert. Es läßt sich nun natürlich niemandem vorschreiben, selbst schwer darüber diskutieren, welches Wunschbild ein jeder für die Zukunft seiner Heimat haben soll. Es will uns nur scheinen, daß Herrn Bergs Wunschbild besonders wenig Aussicht auf Verwirklichung hat: daß die Deutschen zu Letten werden, ist doch bei dem Rückhalt, den sie in der deutschen Kultur ständig finden, auch auf die Dauer nicht anzunehmen. Mit den Juden haben die Letten wenig Affinitäten. Die Russen haben ihre eigene Kultur, Religion und Sitte — kurz, es will uns nicht scheinen, daß eine Verschmelzung sich vorbereite, bzw. daß es sich lohne, als Politiker mit dieser Möglichkeit zu rechnen. — Aktueller scheint uns das Problem, ob und wie die scharenweise nach Kurland und Livland strömenden Lettgaller vom lettischen Volke assimiliert werden. Im Jahre 1928 betrug der Geburtenüberschuß der Katholiken in Lettland 6216, derjenige der Orthodoxen und Altgläubigen zusammen 3325, während die Protestanten 1751 hatten. Wer hat nun, selbst wenn man berücksichtigt, wie gewagt Schlüsse auf Grund von Statistiken sind, das „Recht" oder die Pflicht, wen zu assimilieren? Uns Balten haben bekanntlich Assimilationstendenzen im allgemeinen ferngelegen.

*

*) Sevodnja Nr. 320 vom 19. November 1930.

Neuen sieghaften Strömungen gegenüber, für die Liberalismus und Demokratie abgetan sind und die sicher weniger nach ihren Programmpunkten, als nach ihrem Lebensgefühl, ihrem Aufbauwillen und nach ihrer revolutionären Energie zu beurteilen sind, beweisen unsere Kritiker nicht selten eine gewisse Hilflosigkeit. So Dr. Schiemann in einer Artikelserie über den Nationalsozialismus und Dr. v. Rimscha in einer Kritik des Vortrages von Dr. Jung in Riga.

Dr. Jung brachte in gedrängter Form jene Kette von Ideen zur Anschauung, die man als Ausdruck einer Wiedergeburt des Konservativismus bezeichnen kann. Vielen von uns waren die einzelnen Gedanken nicht neu. Eindruck machte aber die ganze Persönlichkeit, die dahinter stand. Neu war es und für unser im allgemeinen kühles Publikum bezeichnend, welch starken Beifall Dr. Jung fand. Er zeigt, daß auch bei uns der Boden für konservative Ideen günstig ist.

***

Riga, Mitte Dezember 1930.

Estland

Die Berichtsperiode — Oktober, November 1930 — ist in Estland äußerst still verlaufen.

Auf außenpolitischem Gebiet wäre zu verzeichnen, daß Estland an der Bukarester Agrarkonferenz teilgenommen hat. Im Wirtschaftsverkehr mit Finnland sind neue Schwierigkeiten entstanden, weil Finnland am 15. November den Einfuhrzoll auf landwirtschaftliche Produkte wesentlich erhöht hat, wodurch die estländische Ausfuhr nach Finnland sehr beeinträchtigt wird. Besonders scharf macht sich die finnländische Zollerhöhung bei der Ausfuhr von Kartoffeln aus Estland nach Finnland bemerkbar, die durch die erhöhten Zölle ganz unterbunden worden ist. Ob die zwischen beiden Staaten in diesem Zusammenhange eingeleiteten Verhandlungen irgendeinen Erfolg haben werden, bleibt abzuwarten.

Auf dem Gebiete der Landesverteidigung ist zu bemerken, daß das Wehrministerium beantragt hat, in das Baugesetz eine Bestimmung aufzunehmen, welche die obligatorische Einrichtung von gassicheren Räumen in allen neu zu erbauenden Häusern und in solchen, die einer Kapitalremonte unterzogen werden, vorsieht. Es ist sehr zu hoffen, daß dieser Antrag des Wehrministeriums bei der zurzeit stattfindenden Umarbeitung des noch aus russischer Zeit stammenden Baugesetzes tatsächliche Berücksichtigung finden wird.

Was die Innenpolitik betrifft, so dauert der Streit der Meinungen um die Änderung der Verfassung noch fort, ohne daß sich bis jetzt die Erörterungen zu konkreten Vorschlägen verdichtet hätten. Nur die Landwirte haben einen Gesetzentwurf eingebracht, der gewisse Vereinfachungen des Verfahrens beim Volksentscheid vorsieht. Verhandelt worden ist aber über diesen Entwurf noch nicht.

Das Wirtschaftsleben Estland steht ganz unter dem Drucke der schweren Krise, die die ganze Welt zurzeit durchmacht, die sich aber in verarmten Ländern wie Estland naturgemäß ganz besonders scharf geltend macht.

Überall, in der Staatswirtschaft, bei den Kommunen und in den privaten Wirtschaftskreisen, stehen zurzeit äußerste Sparmaßnahmen auf der Tagesordnung. Bei den nachgerade chronisch gewordenen Versuchen, die Zahl der Staatsbeamten zu reduzieren, ist allerdings immer noch nicht sehr viel herausgekommen. Aber herabgedrückt werden müssen die Ausgaben des Staates, und so ist die Regierung zum Entschluß gekommen, die Abschaffung der Dienstalterszulagen und eine wesentliche Herabsetzung der Pensionszahlungen inbezug auf die Staatsbeamten zu beantragen. Ob aber aus diesem Projekt etwas werden wird, ist schwer zu sagen, da seine Durchführung bei der Beamtenschaft naturgemäß auf den schärfsten Widerstand stößt.

Auch sonst werden im staatlichen Haushaltsplan für das kommende Jahr scharfe Sparmaßnahmen geplant. Zu diesen gehört u. a. ein starker Abbau im staatlichen Schulnetz, besonders inbezug auf die landischen Mittelschulen, deren Zahl für unser kleines Land ja auch fraglos viel zu groß ist. Auch die Universität Dorpat wird unter den Sparmaßnahmen zu leiden haben. Neben anderen Kürzungen ihres Etats sind ihr auch einige weniger wichtige Professuren gestrichen worden.

Die Einnahmen des Staates aus den Wäldern sind stark zurückgegangen. Wegen der flauen Stimmung auf dem Holzmarkte haben bei den Waldauktionen in diesem Herbst nur etwa 50% der zum Verkauf bestimmten Schläge Abnehmer gefunden. Auch die Einnahmen aus der Eisenbahn zeigen trotz der unlängst stattgehabten Erhöhung der Fahrpreise eine fallende Tendenz. Die Bevölkerung hat eben kein Geld und schränkt ihre Fahrten nach Möglichkeit ein. Um die Einnahmen der Eisenbahn wieder zu heben, sind die Frachttarife kürzlich erhöht worden. Ob aber diese Maßnahme den gewünschten Erfolg haben wird, bleibt dahingestellt. Wegen des Rückganges der Zahl der Reisenden ist auf einigen Strecken der Bahnen auch der Zugverkehr eingeschränkt worden.

Alle diese Tatsachen zeigen, eine wie scharfe Krise die estländische Wirtschaft zurzeit durchmacht. Um die Einnahmen des Staates zu erhöhen, plant die Regierung u. a. auch die Einführung einer Umsatzsteuer. Das betreffende Gesetzprojekt wird zurzeit im Wirtschaftsministerium ausgearbeitet. Auch hat die Regierung sich neuerdings gegen die geplante Herabsetzung der Erbschaftssteuer ausgesprochen, da sie den Zeitpunkt für eine derartige Maßnahme wegen der Wirtschaftskrise nicht für geeignet hält. Doch scheint die Regierung mit diesem Antrag bei den Parteien des Parlaments wenig Gegenliebe zu finden.

Auf dem Gebiete des Agrarwesens hat die Regierung sich endlich dazu entschlossen, an die Ausarbeitung eines staatlichen Arbeitsprogramms zu gehen. Mit dieser Aufgabe ist ein speziell zu diesem Zweck gebildetes Komitee beauftragt worden. Man kann gespannt sein, wie dieses Programm nach seiner Fertigstellung aussehen wird. Jedenfalls muß es als ein erfreulicher Fortschritt gebucht werden, daß alle agraren Regierungsmaßnahmen endlich in ein geordnetes System gebracht werden sollen. Wie verlautet, wird das genannte Komitee auch die Frage der Errichtung einer Landwirtschaftskammer durchberaten.

Die Fraktion der Ansiedler in der Staatsversammlung ist mit einem Male zur Einsicht gekommen, daß etwa 50% der durch die Aufteilung der Güter geschaffenen Ansiedlerstellen zu klein sind, um lebensfähig zu sein. Diese Einsicht

einer von deutscher Seite schon längst gepredigten Wahrheit könnte als ein erfreuliches Zeichen gebucht werden, wenn es sich hier wirklich darum handelte, daß den betreffenden Abgeordneten eine neue Erkenntnis aufgegangen ist. Dem scheint aber leider nicht so zu sein Denn anstatt in erster Linie Maßnahmen vorzuschlagen, welche den Zusammenkauf zu kleiner Parzellen zu größeren lebensfähigen Wirtschaftseinheiten fördern würden, verlangen die Ansiedler eine Vergrößerung der zu kleinen Parzellen durch Landzuschnitte, welche von den staatlichen Forsten abgeteilt werden sollen, da das übrige Land ja bereits fast überall aufgeteilt ist. In zahlreichen Fällen werden solche Landzuschnitte auch gewährt werden können, ohne daß der Wald darunter leidet, vielfach aber dürfte es nicht möglich sein. Noch krasser aber als in dieser radikalen Forderung zeigt sich der demagogische Charakter der Forderungen der Ansiedler darin, daß sie auch die restlose Aufteilung aller bis jetzt vom Staate als Musterwirtschaften unaufgeteilt belassenen Güter verlangen. Hier sieht man deutlich, daß vernünftige agrarpolitische Erwägungen die Fraktion bei ihren Forderungen keinesfalls geleitet haben. Denn nicht weitere Aufteilungen und Zersplitterungen der Ackerfläche sind bei uns das Gebot der Stunde, sondern genau das Gegenteil. Ob die Ansiedler ihre egoistischen Forderungen werden durchdrücken können, wird sich ja wohl in nächster Zeit entscheiden.

Trotz der guten Ernte leiden die Landwirte nach wie vor unter chronischem Geldmangel, da für alle Produkte der Landwirtschaft bekanntlich äußerst geringe Preise gezahlt werden. An diesem Geldmangel hat auch das Roggenschutzgesetz bisher wenig ändern können; denn aus Mangel an Krediten und wegen Fehlens geeigneter Lagerräume sind von den Landwirten zunächst nur je 40 Pud Roggen von einer Wirtschaftseinheit zum offiziellen Preise abgenommen worden. Bei den kleinen Wirtschaftseinheiten war das alles, was sie an Roggen abzugeben hatten; die größeren Wirtschaften aber, die mehr Roggen abzugeben haben, können ihre weiteren Roggenvorräte zunächst nicht realisieren, falls sie sie nicht zu den auf dem freien Markte herrschenden äußerst geringen Preisen verschleudern wollen — was viele Bauern aus akutem Geldmangel allerdings doch tun müssen Wann aber die nächste amtliche Roggenabnahme stattfinden wird, steht noch nicht fest. Es heißt Ende Dezember oder Anfang Januar, doch scheint das noch keineswegs sicher zu sein. In der Presse sind sogar Zweifel darüber laut geworden, ob eine amtliche Abnahme von Roggen überhaupt noch stattfinden wird, da sich angeblich Schwierigkeiten bei der Weiterveräußerung des amtlich angekauften Roggens ergeben haben sollen. Was an derartigen Gerüchten aber Wahrheit und was Übertreibung ist, läßt sich schwer beurteilen. Daß aber die amtliche Abnahme von Roggen bereits schon jetzt ganz eingestellt werden sollte, ist wohl kaum anzunehmen. Man kann jedoch gespannt darauf sein, wie diese Dinge sich weiterentwickeln werden und ob das Roggenschutzgesetz trotz der entgegentretenden Schwierigkeiten sich als durchführbar erweisen wird, oder ob es als undurchführbar über kurz oder lang wieder wird aufgehoben werden müssen.

Als ein sehr ernst zu nehmendes Ereignis im estländischen Wirtschaftsleben ist die am 4. November stattgehabte Zahlungseinstellung der Diskonto-Bank A.-G. in Reval zu werten. Die ungedeckten Passiva dieser Bank sollen etwa eine Million Kronen betragen. Die Direktoren dieser Bank Oscher Stein und Joh.

Johanson sind verhaftet worden, da es sich herausgestellt hat, daß die Bank schon seit längerer Zeit mit ungedeckten Schecks auf ausländische Plätze operiert hat. Die Liquidation der Bank ist von der Regierung einer besonderen Liquidationskommission übertragen worden. Die Staatskasse wird durch diesen Bankzusammenbruch voraussichtlich keine Verluste erleiden, dagegen läßt es sich zunächst noch nicht übersehen, wie hoch die Verluste der Eesti-Bank sein werden und ob die Einleger ihr Geld in vollem Umfange zurückerhalten werden. Im Zusammenhang mit diesem Bankkrach ist auch eine große Industrieunternehmung, die „Vereinigten Schuh- und Lederwerke" A. G., in Zahlungsschwierigkeiten geraten.

Schließlich wäre aus dem estländischen Wirtschaftsleben noch zu vermerken, daß die Eesti-Bank den Diskontsatz von 8% auf 7% ermäßigt hat.

Aus dem Leben des estländischen Deutschtums ist zu berichten, daß auf der diesjährigen Herbsttagung des deutschen Kulturrats eine Umgestaltung des deutschen Schulnetzes beschlossen worden ist, die eine Verringerung der Ausgaben für das deutsche Schulwesen Estlands bezweckt; denn auch auf diesem Gebiete müssen wegen der wirtschaftlichen Depression die Ausgaben aufs äußerste eingeschränkt werden.

In der Domkirchenfrage ist eine erfreuliche Wendung zum Besseren eingetreten. Nachdem im Prozeß um das Eigentumsrecht an der Kirche das Staatsgericht entschieden hatte, daß das Eigentum an der Revaler Domkirche dem estnischen Staate zustehe, hatte bekanntlich die deutsche Domgemeinde eine neue Klage angestrengt, in welcher sie das Nutzungsrecht an der Kirche auf Grund der geltenden Gesetze für sich beanspruchte. Nachdem in erster Instanz das Reval-Hapsalsche Friedensrichterplenum auch diese Klage der Domgemeinde abgewiesen hatte, hat jetzt der Appellhof in Abänderung des Urteils der ersten Instanz der Klage stattgegeben und der deutschen Domgemeinde das Nutzungsrecht an der Kirche, dem Pastorat und den sonstigen zur Domkirche gehörigen mobilen und immobilen Werten zugesprochen. Allerdings ist diese Entscheidung insofern noch nicht endgültig, als noch während einer zweimonatlichen Frist eine Kassationsklage beim Staatsgericht erhoben werden kann. L. v. M.

Dorpat, Anfang Dezember 1930.

Deutsches Reich

Dynamik und Statik in der deutschen Politik — Die drei innerpolitischen Machtgruppen — Neue Notverordnung — Wirtschaftspartei in der Opposition — Zwangsverwaltung der Städte — Neue Stimmengewinne der N.S.D.A.P. — Pläne der Reichsregierung — „Im Westen nichts Neues" — Empörung über polnischen Terror — Abrüstungsfrage —

Berlin, den 13. Dezember 1930

Die gesamtpolitische Situation hat sich gegenüber der, die wir vor einem Monat aufzeichneten, nicht geändert. Die Probleme sind in der gleichen Weise mit der gleichen Akzentuierung gestellt, und die politischen Machtpositionen haben sich nicht gewandelt. Das gilt von dem innerpolitischen Kampf in Deutschland ebenso wie von der außenpolitischen Stellung des Reichs. Man muß überhaupt feststellen, wenn man jetzt am Ende des Jahres das zurückliegende Geschehen der letzten zwölf Monate ins Auge faßt, daß trotz aller Dynamik, die

sich in starkem Maße auswirkte, jene Hoffnungen enttäuscht sind, die man aus verständlichen Gründen gerade in der Jugend hegt, daß durch irgend eine Tat ein schneller Wechsel, eine sichtbare und krasse Abwendung von der Politik der letzten zehn Jahre erfolgen würde. Die großen Heerlager stehen sich gegenüber, der Kampf läuft mit jener fast monotonen Gleichmäßigkeit weiter, die er in dem erstarrten Schützengrabenkrieg angenommen hatte. Aber die Entscheidungen stehen noch aus, und trotz aller berechtigten Siegesgewißheit, welche die nationale Opposition hegt, ist heute noch nicht abzusehen, wie und wodurch diese Entscheidung herbeigezwungen werden könnte. Die gesamte Nation ist stärker als in den vergangenen Jahren politisch aufgewühlt. Hier ist eine Dynamik wirksam die das Bild der politischen Machtträger etwa durch die Reichstagswahl stark verändert hat.

Und auch andere dynamische Kräfte wirken sich aus. Man braucht bloß an die soziologische Wandlung innerhalb der deutschen Nation zu denken die sich mit einer überraschenden Schnelligkeit vollzogen hat. Immerhin waren Jahrzehnte nötig, bis sich die Industriearbeiterschaft als große Masse herausgebildet hatte. Und weiterer Jahrzehnte bedurfte es, bis diese Masse zu einem politischen Eigenbewußtsein erwacht war, das unter der Einwirkung der marxistischen Schule dann die uns bekannte unerfreuliche Gestaltung annahm. Nicht Jahrzehnte, sondern nur kurze Jahre waren vonnöten, um das Bürgertum zu wandeln, oder, genauer: aufzulösen. Zwei Faktoren trafen zusammen: die Inflation, welche sich vermögenszerstörend auswirkte, und die Umwandlung der Wirtschaft selber durch die Rationalisierung, die den Großbetrieb stärker in den Vordergrund rückte und gleichzeitig die Maschine in das Büro und die Banken einziehen ließ. Das Ergebnis ist eine zahlenmäßig außerordentlich rasch angewachsene Angestelltenschaft, die infolge der gewandelten Arbeitsmethoden und der Aufteilung auch der geistigen Arbeit zu ihrer Arbeit selber heute kein Verhältnis mehr hat und auch noch keinen festen Posten innerhalb der Gesellschaft einnimmt. Da diese Angestelltenschaft — man bedenke, daß die Ingenieure und jungen Akademiker hier zugezählt werden müssen — sich ihrer eigenen Lage noch nicht bewußt ist, sie nur erst erfühlt, ist es verständlich, daß auch noch nicht in aller Klarheit die wirtschaftspolitischen und politischen Folgerungen daraus gezogen worden sind. Immerhin muß man diese starke Dynamik beachten, wenn man etwa die Parteiwandlung in Deutschland, die Zerschlagung der alten bürgerlichen Parteien und auch die antikapitalistische Welle verstehen will.

Von der Oberfläche her gesehen, wenn man nur die Träger der staatlichen Machtpositionen registriert, zeigt sich allerdings in weit stärkerem Maße, als man nach dem Vorhergesagten annehmen könnte, Statik. Die drei Gruppen, die um die Entscheidung in Deutschland kämpfen, haben sich scharf herausgeschält, sodaß alles, was nicht zu ihnen gehört, wenig mitzählt. Wir meinen einmal die nationale Opposition, die als große Welle ähnlich wie 1924 durch das Land geht, sich bei den Wahlen auswirkt und stark in die Parlamente eindringt, ohne daß es ihr dabei gelingt, diese zahlenmäßige Stärke schon politisch auszuwerten. Denn das Reich und Preußen, diese beiden ausschlaggebenden Machtpositionen, sind in der Hand der anderen Gruppen, die, weniger scharf verfeindet,

immerhin in latenter Gegnerschaft stehend, die Macht untereinander aufgeteilt haben. Das Zentrum mit der katholischen Kirche und den christlichen Gewerkschaften als Rückenstütze, weiterhin unterstützt aus taktischen und realpolitischen Erwägungen heraus von der Reichswehr, dem Reichspräsidenten und schwachen konservativen Kreisen, behauptet trotz des Wahlausgangs das Reich. Und trotz des Wahlausgangs verteidigt die Sozialdemokratie, die ihrerseits die freien Gewerkschaften als Rückenstütze hat, mit Unterstützung des Zentrums die preußische Position.

Die besondere Zuspitzung der Lage in Deutschland zeigt sich am eindeutigsten darin, daß diese beiden Gruppen, die ideologisch die Formaldemokratie und den Parlamentarismus vertreten, auf ihre Grundsätze kaum noch Rücksicht nehmen. Formaldemokratisch gesehen hätten beide Regierungen abtreten müssen, nachdem die Septemberwahl den Ruck nach rechts angezeigt hatte. Aber davon ist nicht die Rede. Und auch der Parlamentarismus ist nur noch eine Farce.

Wenn wir jetzt zur Skizzierung der Ereignisse der zurückliegenden vier Wochen übergehen, dann wird man sich dieses Rahmens bewußt bleiben müssen, in den eingeordnet sie nur gewertet werden können. Sprechen wir zuerst von der Arbeit der Reichsregierung, die einen wesentlichen Teil ihres Finanzprogramms, das wir früher einmal skizziert haben, in Kraft gesetzt hat. Und das wiederum durch Notverordnungen, da auch einzelne in der Regierung vertretene Parteien, von den Oppositionsparteien ganz zu schweigen, mit Abänderungswünschen, die von der Rücksicht auf die Wähler diktiert waren, an die Regierung herantraten. Auch diese Notverordnung steht im Zeichen der Wirtschaftskrise und der Finanznot. Steuern, und zwar nur indirekte Steuern, sind ihr wesentlichster Bestandteil. Dazu treten einzelne Maßnahmen für die Landwirtschaft. Auch diese Notverordnung ist in schärfster Weise umkämpft worden. Vor allem aus allgemeinpolitischen Gründen, also von der nationalen Opposition. Der Ausgang des parlamentarischen Kampfes gleicht haarscharf dem, der vier Wochen zurückliegt, als es um die alte Notverordnung der Reichsregierung ging. Denn schon ehe der Reichstag zusammentrat, ließ die Sozialdemokratie mit aller Deutlichkeit erkennen, daß sie den Sturz der Regierung verhindern wolle und darum auch diese Notverordnung schlucke.

„In den Finanzgesetzen ist mancherlei enthalten, womit wir uns namentlich nach den Abänderungen, die sie durch den Reichsrat erfahren haben, einverstanden erklären könnten, und anderes, das auf unseren Widerspruch stößt. Unter normalen Verhältnissen wäre die Entscheidung leicht. Aber immer wieder stehen wir vor der Alternative, ob wir auf das Recht auf Aufhebung der Verordnung verzichten, oder ob wir das Kabinett stürzen und damit dem Nationalsozialismus als Partei oder als Idee die Straße zur Macht öffnen wollen," so schrieb das Zentralorgan der S. P. D., der „Vorwärts" Und die demokratische Presse, die mit einem lachenden und einem weinenden Auge die Regierungspolitik verfolgt, die wahre Eiertänze aufführen muß, um zu beweisen, warum Demokraten heute undemokratisch sein müßten und Parlamentarier unparlamentarisch, bemerkte etwa, wie der „Berliner Börsen-Courier": „Die unleugbare Not lehrt — verordnen. Den Reichstag wird die Not lehren, die erforderliche Mehrheit für die Sanierungsgesetze aufzubringen." Deutlicher wird schon der

„Bayerische Kurier", ein Organ der Bayerischen Volkspartei, die ja in Wirklichkeit nur einen rechten Flügel des Zentrums bildet: „Der erste Schritt in der neuen verfassungspolitischen Entwicklung, die sich im Kabinett Brüning ausdrückt, bestand darin, daß der Reichspräsident selbständig und „ohne Befragung" der Parteien das Kabinett berief." Der zweite Schritt sei dann die Juli-Notverordnung gewesen, und der dritte Schritt würde darin bestehen, durch einen Erlaß einzelne an sich geltende Verfassungsbestimmungen zu durchbrechen. Nun, das ist durch die neue Notverordnung, die sich gehütet hat, verfassungsändernde Bestimmungen aufzunehmen, nicht geschehen.

Immerhin war auch der Ausgang der Reichstagsabstimmungen dieses Mal durchaus nicht so sicher, wie es die Regierungspresse hinstellte. Nachdem das Landvolk sich von der Regierung distanziert hatte und in die Opposition übergegangen war, hatte nunmehr die Wirtschaftspartei, also eine zweite Regierungspartei, denselben Schritt vollzogen. Unter der Begründung, daß die Regierung Brüning ihre Politik unter Anlehnung an die S. P. D. und unter Preisgabe lebenswichtiger Interessen des deutschen Volkes durchzuführen suche, lehnte die Wirtschaftspartei eine weitere Unterstützung der Regierung ab und zog ihren Vertrauensmann, den Justizminister Bredt, aus dem Kabinett zurück. Als Ursache dafür muß zweierlei angesehen werden: einmal der Wunsch der Wirtschaftspartei nach einer stärkeren Aktivierung der Regierung, die sich noch unabhängiger von den Parteien und vom Parlament machen soll, dann der parteiegoistische Standpunkt, daß man sich nur in Opposition zur Regierung gegenüber den Nationalsozialisten behaupten könne.

Die wenigen Tagungen des Reichstages gingen dann so hin, wie man es erwartet hatte. Von den Parteien wurden die üblichen Reden gehalten, und schließlich wurde der Antrag, die Notverordnungen aufzuheben, mit 292 gegen 254 Stimmen abgelehnt. Ebenso erfuhren die Mißtrauensanträge gegen die Reichsregierung eine Ablehnung mit 291 gegen 255 Stimmen.

Die Presse als Ausdruck der Parteien hat diesen Ausgang je nach ihrem Parteistandpunkt gewertet. Es erübrigt sich also, weiter darauf einzugehen. Interessant aber ist noch, daß die Stimmung gegen Dr. Curtius auch dieses Mal wieder der Reichsregierung als ganzer gefährlich wurde. Die Christlichsozialen, die das Zünglein an der Wage bildeten, beabsichtigten, einen Mißtrauensantrag gegen Curtius einzubringen; durch Brüning sind sie davon abgebracht worden, so daß auch diese gefährliche Klippe von der Reichsregierung umschifft und die außenpolitische Debatte auf das nächste Jahr vertagt worden ist.

Ehe wir uns damit beschäftigen, welche Aufgaben das Kabinett Brüning nunmehr ins Auge fassen will, was weiter erstrebt wird, sollen einige andere Vorgänge kurz erörtert werden: der Übergang zur Zwangsverwaltung der Städte, die Kommunalwahlen und das Zusammenschmelzen der Sozialdemokratie.

In wenigen Tagen hat man für Berlin, Breslau, Stettin, Dortmund, Hagen, Magdeburg und eine Reihe weiterer großer Kommunen Staatskommissare eingesetzt, um den Haushalt dieser Städte zu ordnen. Alle diese großen Gemeinden sind also für unmündig erklärt worden. Anders ausgedrückt: die Selbstverwaltung der Städte ist zeitweilig aufgehoben, jedenfalls in wichtigsten Fragen. Auch hier wieder wurde ein Eingriff nötig, den gerade die

nicht verdammen können, die für eine echte Selbstverwaltung sind. Denn es geht immerhin nicht an, Selbstverwaltung mit finanzieller Mißwirtschaft gleichzusetzen. Diese ganze Frage erhält die ihr zukommende Bedeutung nur dann, wenn man sie grundsätzlich betrachtet. Dabei muß man zu dem Ergebnis kommen, daß die Parteienherrschaft sich zur Lösung von Verwaltungsaufgaben wieder einmal als unfähig erwiesen hat. Denn auch die Städte sind ja seit der Revolution der Formaldemokratie ausgeliefert. Damit hat die sachliche Arbeit der Agitation Platz gemacht, und diese Kopfzahldemokratie bildet auch den Boden für den städtischen Sozialismus, dessen Prinzip sehr einfach ist: ein Teil der Stadtbewohner bewilligt die Ausgaben zu seinem Gunsten, und der andere, der zahlenmäßig schwächere Teil, hat diese Ausgaben zu bezahlen. Naturgemäß werden Handwerk, Gewerbe und Industrie von diesem Kommunalsozialismus am stärksten betroffen. Und wenn man sich dann noch vor Augen hält, daß etwa das Eindringen der Parteibuchbeamten in die Verwaltung der Städte gemeinsam mit dem kommunalen Sozialismus die Voraussetzung für solche Skandale schafft, wie wir sie schon vom Sklarek-Skandal her kennen, — dann hat man die Gründe für die finanzielle Mißwirtschaft, dem jetzt die Staatskommissare abhelfen sollen.

Und nun einige Worte über die Wahlen, die in den letzten vier Wochen stattfanden, — die Kommunalwahlen in Mecklenburg und Baden, ferner die Wahlen in Bremen und Danzig. Die Danziger Wahlen sind erfreulicherweise in der gesamten deutschen Presse mit gutem Grunde so behandelt worden, als bilde Danzig noch einen Teil Deutschlands. Bei diesen Wahlen ist die nationalsozialistische Welle voll zur Auswirkung gekommen, sodaß bis dahin bestehende Linksmehrheiten in den Gemeinden sehr oft gebrochen sind. Zusammenfassend kann man sagen, daß der nationalsozialistische Aufschwung nicht etwa, wie man noch vor kurzem auf der Linken hoffte, abgestoppt ist, sondern sich vielmehr weiter fortgesetzt hat, In Bremen etwa haben die Nationalsozialisten gegenüber der letzten Reichstagswahl ihre Stimmen verdoppelt, was sich aber aus bestimmten Gründen nicht verallgemeinern läßt. Fernerhin ist dieser Aufschwung wohl auch jetzt noch zu einem Teil auf Kosten der bürgerlichen Parteien erfolgt.

Aber stärker schon wird der Rückgang der beiden marxistischen Parteien insgesamt gesehen und der Sozialdemokratie, die nach links und rechts Stimmen abgibt. Dieses allmähliche Absterben der S. P. D. ist von entscheidender Tragweite für die deutsche Zukunft. Allerdings glauben wir, daß es größere Ausmaße erst annehmen wird, wenn man die S. P. D. aus ihrer Macht verdrängt, also aus Preußen, weil sie durch diese staatliche Machtposition noch eine Riesenzahl von Funktionären und solchen, die es werden wollen, an sich bindet.

Wie will Dr. Brüning nun weiter marschieren, nachdem die Notverordnung unter Dach und Fach gebracht worden ist? Von Blättern, etwa wie der „D. A. Z." und der „Berliner Börsen-Zeitung", die dem rechten Flügel der Regierung nahestehen, ist diese Frage ebenfalls aufgeworfen worden und mit der Forderung „Nun aber nach rechts!" beantwortet worden. Wenn man darunter die parteipolitische Umbildung des Kabinetts zu verstehen hat, dann kann man gegenüber der Erfüllung dieser Forderung skeptisch sein. Falls man aber die Regierungsmaßnahmen als solche für die Beurteilung, was rechts

und links sei, zugrunde legt, dann scheinen immerhin gewisse Gründe dafür zu sprechen. Jedenfalls hat der Reichskanzler selber das Finanzprogramm als einen Anfang bezeichnet. Und er scheint darunter nicht nur einen Anfang des finanzpolitischen Werks zu verstehen, wo ja auch noch vieles zu tun übrig bleibt. Denn die „Germania", das Zentralorgan der Zentrumspartei, verkündet in einem fast programmatisch anmutenden Artikel, daß dem Sanierungswerk der Regierung deshalb eine grundlegende Bedeutung zukomme, weil es den fundamentalen Ausgangspunkt für eine Politik bilden solle, die mit den Fehlern der Vergangenheit aufzuräumen habe. Und diese Politik wird dann im einzelnen dahingehend gekennzeichnet, daß sie als erstes die großen Aufgaben, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Preissenkung, mit erhöhter Kraft in Angriff nehmen müsse, um sich dann der Reformarbeit im Staate zuzuwenden. Die „Germania" spricht es deutlich aus, daß die Demokratie reformbedürftig sei, da die Parlamentsherrschaft zu einem unerträglichen parteipolitischen Geklüngel geworden sei. Reichsreform, Parlamentsreform, Wahlreform werden als Aufgaben angekündigt.

Dieses Programm ist immerhin das, was man vergeblich suchte, als Brüning das Steuer des Reichs in seine Hand nahm. Es ist vielleicht zu bedauern, daß diese programmatischen Ziele nicht von verantwortlicher Seite aus, also von Brüning selber aufgezeigt werden. Dabei wüßte man allerdings gern etwas Näheres über die Reichsreform, die von der „Germania" angekündigt wird, da ja bekanntlich das Verhältnis zwischen Reich und Preußen den Kern jeder Reichsreform bilden müßte. Ebenso wäre eine Wende auf außenpolitischem Gebiet nötig.

Gerade in den letzten Tagen ist dafür wieder der Beweis geliefert worden. Und das gilt genau so von dem Verhältnis zwischen Reich und Preußen, wie von der Außenpolitik. Um zuerst die erste Frage herauszugreifen: Zentrumsblätter etwa kritisieren und verurteilen das Knüppelregiment, das Severing in Preußen neu stabilisiert hat. Diese unsinnige Bekämpfung des Nationalismus und der NSDAP. durch Gummiknüppel, durch Schikanierung der Studenten, die man etwa vom Paukboden hinweg verhaftet, oder etwa der Schutz für den pazifistischen und deutschfeindlichen Film „Im Westen nichts Neues", fällt ja auf die Preußenregierung und das Zentrum, das diese Regierung stützt, zurück. Was den genannten Film betrifft, so sei darauf hingewiesen, daß die außerordentliche Beachtung, die der Fall oder, besser gesagt, der Skandal in der gesamten Presse gefunden hat, weniger durch den Film selber, als durch den kulturpolitischen Kampf, der um ihn entbrannte, zu erklären ist. Man hat links, und das gilt selbstverständlich auch für die asphaltdemokratischen Blätter, mit Erstaunen das Aufflammen der Abwehrbewegung gegen die kulturbolschewistische Zersetzungsarbeit gemerkt. Und darum tobt der Kampf, der in aller Schärfe sicherlich noch Jahre hindurch wach bleiben wird, weil es um Theater Kino, Schule — wir erinnern an den gerade jetzt geplanten Abbau der Oberprima in Preußen als ein Mittel der sozialistischen Nivellierungspolitik —, um Kirche, kurz um die kulturellen Grundfragen geht.

Wir erwähnten schon im Zusammenhang mit den Reichstagsabstimmungen die starke Opposition, die sich heute wie gestern gegen Dr. Curtius geltend macht.

Um es primitiv auszudrücken: es ist einfach so, daß man in Deutschland di politische Methode, die vom Auswärtigen Amt geübt wird, in den nationalen Kreisen nicht mehr versteht. Man verlangt eine andere Tonart und, wenn auch reichlich verworren, soweit es die Einzelheiten betrifft, eine andere Außenpolitik, die man etwa mit dem Schlagwort Revisionspolitik bezeichnet. Die Vorgänge bei den polnischen Wahlen und die Abrüstungskomödie in Genf – anders lassen sich ja die Debatten dort nicht bezeichnen — sind nur die konkreten Anlässe zu der Erregung.

Einmütig hat die deutsche Öffentlichkeit jenes für unsere Vorstellung unfaßbare Vorgehen, jenen offenen Terror, der bei den polnischen Wahlen ausgeübt wurde, verurteilt. Der Betrug, der innerpolitisch und außenpolitisch verübt wurde, als man etwa deutsche Wahllisten für ungültig erklärte, annähernd hunderttausend deutsche Stimmberechtigte ihres Wahlrechts beraubte, deutsche Führer einkerkerte und die Aufständischenverbände in Oberschlesien auf das Deutschtum losließ, und das alles, um das Deutschtum zu zerschlagen und an der Hand der niedrigen deutschen Wahlziffer dem Ausland beweisen zu können, daß deutsche Revisionsforderungen unberechtigt seien, — all das hat tiefste Empörung in Deutschland ausgelöst. Diese Empörung ist in den Beschlüssen des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages zum Ausdruck gekommen, in denen der Abbruch der schwebenden Verhandlungen mit Polen und die Nichtratifizierung des deutsch-polnischen Liquidationsvertrages gefordert wurden. Sehr pessimistisch sieht man der weiteren Entwicklung entgegen, da man sich in Deutschland wirklich nicht mehr allzu viel von den Aktionen des Völkerbundes versprechen kann, selbst wenn es zu einer solchen kommen sollte, nachdem die Reichsregierung auf Grund des Artikels 72 des Genfer Abkommens den Völkerbundsrat angerufen hat.

Dieser Pessimismus ist verstärkt worden durch die sogenannte Abrüstungspolitik, die im Völkerbund dominiert und die in der Praxis auf nichts weiter hinausläuft, als auf die Stabilisierung der einseitigen Abrüstung Deutschlands bei Aufrechterhaltung der Rüstung der anderen Mächte. Darum auch hat der Auswärtige Ausschuß des Reichstages einer nationalsozialistischen Resolution zugestimmt, in der die Reichsregierung ersucht wird, die deutsche Vertretung bei der vorbereitenden Abrüstungskommission sofort zurückzuberufen. Inzwischen gehört diese Kommission der Vergangenheit an, da sie ihre Arbeiten abgeschlossen hat und den Schlußbericht dem Völkerbundsrat zuleitet. Ein Schlußbericht, dem Deutschland ausdrücklich seine Zustimmung verweigert hat! Alle Anträge, die der deutscher Vertreter Graf Bernstorff in Genf gestellt hatte, sind von der von Frankreich geführten abrüstungsfeindlichen Front abgelehnt worden. Der Tatbestand, daß die Mächte nicht gewillt sind, die Verpflichtung, die sich für sie selber aus dem Versailler Vertrag ergibt, zu erfüllen, ist durch all das nur erhärtet worden. Gleichzeitig kann es keine Frage mehr sein, daß auch in der deutschen Wehrpolitik ein grundsätzlicher Wandel nötig ist, daß wir nunmehr die Aufrüstung Deutschlands fordern müssen, da die anderen Mächte ihre Abrüstung nicht vorzunehmen gewillt sind.

Auf außenpolitischem Gebiet muß schließlich noch jener famose Saarplan erwähnt werden, den man französischerseits ausgeheckt hat. Es wird schwer, ihn mit dem nötigen Ernst zu behandeln. Da ihn aber immerhin die

große Pariser Presse, darunter der „Temps“ als das Ei des Columbus betrachtet hat, sei er wenigstens erwähnt. Auf einen Satz gebracht, heißt diese neue französische Forderung, die natürlich mit dem Weltfrieden begründet wird, der Völkerbund solle für alle Zeiten das Saargebiet übernehmen und dort seinen Sitz errichten. Wir kennen in Deutschland den französischen Wunsch, sich in indirekter Form den Besitz der Saargruben für alle Zeiten zu sichern und die militärpolitische Lage an der Grenze so zu erhalten, wie sie jetzt besteht. Aber Gottlob zwingt uns in Deutschland niemand, diese Wünsche ernsthaft zu diskutieren.

Georg Schröder

Umschau

Baltischer Jahresabschluß

Der Alltag isoliert den einzelnen innerhalb der Zeit. Arbeit, Sorgen und Freuden isolieren ihn innerhalb der Kontinuität des Geschehens. Staatsgrenze, Standeszugehörigkeit, Ortsgebundenheit isolieren ihn innerhalb eines lebendigen Heimatbewußtseins.

Besondere Umstände begünstigen von Zeit zu Zeit ein Heraustreten aus diesem Verschlossensein.

Für die Zeit tun es Gedenktage, Festtage, Neujahr. Für die Kontinuität des Geschehens tun es hervorragende Ereignisse (in Riga letzthin der Vortrag von E. Jung). Für das Heimatbewußtsein kann es das Jahrbuch des Deutschtums tun *).

Ein mit gutem Geschmack ausgestatteter Kalender, Rückblicke, Berichte, Tabellen, Verzeichnisse, sehr zuverlässiges Material — dem, der nicht sehr hellhörig ist, sagt dieses zunächst garnichts. Liest er es, so wird das Tote lebendig. Doch ich halte es sogar für möglich, daß einige das Jahrbuch lesen und es ihnen auch dann noch nichts sagt, denn es gibt auch Toren.

Das Jahrbuch wendet sich an alle und wird Eigentum einer bestimmten Schicht, auf die allein es bei der Weitergestaltung unseres Geschickes ankommt.

Aus dem Inhalt:

In der mehr als symbolischen Parallelstellung: deutsch-baltische Kulturarbeit in Lettland -- in Estland, deutsch-baltische Studentenschaft in Riga – in Dorpat, Parlamente in Lettland — in Estland usw. werden Grenzen überwunden.

Vergleicht man die Arbeit der Deutschen Volksgemeinschaft in Lettland mit der Arbeit der Estländischen Kulturverwaltung, so sieht man, wie auf zwei von einander sehr verschiedenen Wegen sehr Ähnliches erreicht wird.

Die Berichte sind durchweg so präzise und lebendig verfaßt, daß zeitlich und räumlich weit Auseinanderliegendes als Ganzes dasteht. Die Berichte entbehren meist jeglicher positiven Wertung des Geleisteten und sind dabei in ihrer Nüchternheit Preislieder auf den Erfolg mühevoller Arbeit.

Die Mängel werden nicht beschönigt; dabei fehlt aber das Hinmalen schwärzester Wolken, die am Horizonte drohen. Das drohende Unheil soll den einzelnen zur Besinnung mahnen und lähmt doch

*) Jahrbuch des baltischen Deutschtums in Lettland und Estland 1931.

Herausgegeben von der Deutsch-baltischen Volksgemeinschaft in Lettland in Gemeinschaft mit dem Verbande deutscher Vereine in Estland.

Verlag der Buchhandlung G. Löffler, Riga. 182 S.

meist nur seinen Entschluß. Wo auf Negatives hingewiesen wird (siehe Bericht des Vorsitzenden des Lehrerverbandes, Bericht des Landeswehrvereins), werden auch die Wege gezeigt, die man zur Erreichung des Positiven zu schreiten gedenkt.

Das bevölkerungsstatistische Material ist reich, nach den verschiedensten Gesichtspunkten geordnet. Als positivste Feststellung dieser Statistik ist wohl der merkliche Rückgang der Mischehen zu verzeichnen.

In einer kurzen Besprechung kann nicht auf alle Werte des Jahrbuches hingewiesen werden. Wenn man das Ergebnis der bisherigen Arbeit in der Heimat, wie es uns nach oberflächlichem Studium des Jahrbuches erscheint, zusammenfassen will, kann man vielleicht dieses sagen: vieles mußte preisgegeben werden, vieles konnte gerettet werden, um manches wird eben noch gekämpft. In diesem Kampfe aber ist es gelungen, den Wert Tradition aus einer Erstarrung zu lösen, ihn zu etwas Lebendigen zu gestalten.

Roland Mettig

Neue Richtung im „Latvis"?

Die rätselhaften Unglücksfälle im Tal der Maas in Belgien veranlassen den „Latvis" (das große rechtsbürgerliche lettische Blatt) dazu, unter der Überschrift „Ist der tödliche Nebel in Belgien nicht das Resultat eines geheimnisvollen Experiments?" am 14. Dezember (Nr. 2743) Spekulationen über die Ursachen der Katastrophe anzustellen. Der Artikel ist mit einem A gezeichnet; vielleicht kann dahinter der neue Chefredakteur Arvid Avots vermutet werden. Der Verfasser geht von der unaufgeklärten Vergiftungskatastrophe in der Gummifabrik Treugolnik im März 1914 in St. Petersburg aus und bringt sie mit den deutschen Gasangriffen an der Warschauer Front 1916 in Verbindung. Damals hätten sich an den betroffenen russischen Soldaten die gleichen Erscheinungen gezeigt wie zwei Jahre früher an den Arbeiterinnen der Petersburger Fabrik. Zwischen beiden Ereignissen bestehe zweifellos ein innerer Zusammenhang: Deutschland, das zum Kriege rüstete, habe 1914 die russischen Arbeiterinnen zu seinen Versuchskaninchen ausersehen. „Und jetzt der geheimnisvolle ‚Nebel' in Belgien! Ist es so unmöglich, daß auch jetzt diesem oder jenem der Verdacht aufsteigt, daß hier Versuche mit einem neuen, noch nicht erprobten Kampfmittel angestellt worden sind? Und liegt es so außerhalb des Möglichen, daß gerade deshalb dienstfertige deutsche Gelehrte, Chemiker und Meteorologen, sich beeilen, in diesem belgischen Nebel den Staub der Sahara zu entdecken?"

Einen Kommentar ersparen wir uns. Wir haben unseren Augen nicht trauen wollen.

Zu beklagen ist weniger die Verdächtigung als solche — sie reiht sich (heute, zehn Jahre nach dem Kriege) würdig der Kriegsgreuelpropaganda an, über welche das Urteil der Geschichte nicht mehr zweifelhaft ist. Zu beklagen ist wir sind für volle Offenheit in diesen Dingen —, daß eines der ganz wenigen ernstzunehmenden lettischen Blätter, ein Organ, dem wir unsere Achtung nicht versagt haben, seinen Ruf so leichter Hand aufs Spiel setzt und sich nicht scheut, auf die Ebene der Hetzblätter hinabzusteigen, in deren Ablehnung wir uns bisher gerade mit dem „Latvis" einig waren.

R. W.

Deutsches Schauspiel zu Riga

Es schien, als hätte die Leitung des Schauspiels nach einer Periode der Vorherrschaft des heiteren Genres die Notwendigkeit erkannt, sich nunmehr wieder ernsteren Aufgaben zuzuwenden, und so hatten wir uns, insbesondere zu Anfang der Berichtsperiode, mit einigen ernsten Angelegenheiten zu befassen.

Als erstes kam Maughams Schauspiel „Die Heilige Flamme". — Ein sehr ernstes, rein menschliches Problem: darf das Leben eines Menschen zerstört werden, darf die „heilige Flamme" ausgelöscht werden, wenn aller menschlichen Voraussicht nach dieser Mensch nie mehr etwas vom Leben erhoffen kann, sondern ihn nur noch unerträglich Schweres erwartet, von dem er nur durch den Tod bewahrt werden kann? Maugham stellt das Problem auf die Spitze: er schafft in seinem Werk Umstände, die in der Tat ein Weiterleben des jungen verkrüppelten, von seiner Frau mit seinem Bruder betrogenen Tabret für ihn nur zur Qual machen würden, und zwar zu einer so unerträglichen, daß alles gerechtfertigt erscheint, was zu deren Abwendung dienen würde, und es ist ein schöner Zug, daß die erlösende Tat gerade von seiner ihn unendlich liebenden Mutter vollbracht wird. In diesem Fall, wie er hier geschildert ist, wird wohl niemand die Mutter verdammen können; gemeinhin bleibt die so sehr schwerwiegende Frage nach der Berechtigung einer solchen Tat ungelöst, und es ist fraglich, ob die Menschheit je so weit kommen wird, daß nicht nur die Gesellschaft, sondern auch der Staat die Vernichtung eines verfehlten Menschenlebens durch mitleidige Hand eines Mitmenschen wird gestatten können. Die Bedenklichkeit einer generellen staatlichen Sanktionierung liegt auf der Hand, und noch gibt es nirgendwo ein Strafgesetzbuch, das solche Fälle straffrei läßt.

Maugham ist als sicherer, erfolgreicher Bühnenschriftsteller bekannt (bei uns in bester Erinnerung durch seine Komödie „Finden Sie, daß sich Konstanze richtig verhält"?) und hat auch hier seine Begabung für die Bühne zu voller Geltung gebracht, ohne daß sich Routine unangenehm bemerkbar macht. Ein gut angelegter Aufbau schafft Spannung und starke Wirkung. Dazu scharf umrissene und wahrheitsgetreue Zeichnungen der Gestalten.

Die Aufführung war zu loben, wenn auch an einigen Stellen etwas mehr Lebhaftigkeit erwünscht war. Die Regie (Herr Stephan) hätte mehr machen können und hielt sich in den Grenzen der Theaterkonvention: man vermißte eigene Gedanken. Mit althergebrachten Gruppen und „Bildern" kann man heutzutage keine Regie mehr betreiben (wir sind von Bäuerle vom vorigen Jahr her anderes gewohnt). Es waren mehr Einzelleistungen, die die Aufführung zur Wirkung brachten, und unter diesen ist vor allem Eva Klein-Donath als Mrs. Tabret zu nennen, welche diese Gestalt in ihrer ganzen Menschlichkeit und Hoheit wiedergab. Ebenso war Louise Dürath gut als Krankenschwester mit herbem, unsympathischem Pflichteifer, welcher durchaus die gesetzliche Regelung der Tötungsangelegenheit anstrebte. Stephan war als Major Liconda, dem die detektivische Seite der Angelegenheit zufiel, eine fest umrissene sympathische Gestalt.

*

An der Aufführung von Nathan dem Weisen hat wohl niemand eine rechte Freude gehabt: weder das Publikum (schon deshalb nicht, weil es zum überwiegenden Teil nicht da war — trotz Aufgebots von Stiften und Schulen), noch die Direktion, noch zuletzt der sehr verdiente Bühnenmeister Tschaksting, an dessen Ehrenabend anläßlich seiner 25-jährigen Theatertätigkeit das Werk (warum gerade dieses?) gegeben wurde. Die Notwendigkeit einer solchen Aufführung lag gewiß nicht vor. Wenn die Leitung des Schauspiels in diesem Halbjahr durchaus noch einen Klassiker bringen wollte, so mag das seine Berechtigung gehabt haben; daß sie gerade den Nathan wählte, war nicht glücklich. Denn dieses

so vorzugsweise gedankliche und theatermäßig wenig dankbare Werk stellt hinsichtlich einer bühnenmäßigen Wirkung an Regie und Darsteller Anforderungen, denen unser Schauspiel nicht gewachsen ist. Der Regie war auch hier nichts Besonderes eingefallen, mit Ausnahme einiger „Effekte" welche in keiner Weise geeignet waren, das Niveau der Aufführung zu heben: daß z. B Nathan gerade bei seiner Erzählung von den drei Ringen plötzlich scheinwerferlich beleuchtet erscheint (also so etwas wie eine „Hauptnummer" geschaffen wird), war wirklich nicht nötig. Auch darstellerisch gab es Mängel: Stephan als Nathan konnte die dieser Gestalt innewohnende Größe nicht recht finden, Baender, lebhaft agierend, verpfuschte den Tempelherrn gründlich. Erfreulich dagegen Warndorf als Saladin und Louise Dürath als Sittah. Und an einigen Bildern konnte man Freude haben: nicht gerade sehr originell, aber hübsch. Es gab also auch Versöhnendes.

*

Dann erschien Sudermanns seinerzeit viel gespieltes „Glück im Winkel". Man kann sich vom Eindruck nicht freimachen, daß die Sache etwas verstaubt war, sowohl was Problemstellung als auch — Behandlung betrifft. Der Verzicht auf äußeren Glanz durch Gewinnung eines stillen Glückes kann, allein als Problem genommen, heute kaum mehr fesseln. Und die seinerzeit so gepriesene Beherrschung des Bühnenmäßigen bei Sudermann wirkt auch nicht mehr. Man kennt die Art eines solchen Aufbaus zur Genüge, man weiß im voraus, was sich wie entwickeln muß, mit einem Wort, „man merkt die Absicht und man wird verstimmt" Vielleicht nicht gerade verstimmt, aber doch jedenfalls nicht so erfaßt, wie beabsichtigt worden ist. Zu viel „Theater" — und zwar ein heute nicht mehr bestehendes.

Wenn doch Wirkungen erzielt wurden, so muß vieles der lebendigen Aufführung zugute geschrieben werden. Es waren so ziemlich alle an ihren Plätzen, Maurer als Rektor Wiedemann in guter Schlichtheit, Warndorf als Freiherr von Röcknitz in ganzer lebemännischer Witzlosigkeit, Stephan als Kreisschulinspektor mit seiner biederen Beamtenseele, Irene Ree rührend als blinde Helene und auch Ruschmann als Lehrer Dangel gaben vorzügliche Figuren ab. Es gab nichts, was gestört hätte, es war eine gute Aufführung.

*

Letzthin hat Angermayers Volksstück „Flieg, roter Adler von Tirol" stark interessiert. Angermayer, welcher sich früher bekanntlich auf dem Gebiet des französisch inspirierten Lustspiels leichteren Genres betätigte, hat sich hier nun der Politik zugewandt. Politik auf der Bühne zieht heute ja gewaltig; man denke nur an das Herbstprogramm dieses Jahres an Berliner Bühnen („1914", „Der Kuli des Kaisers", „Feuer aus den Kesseln" usw.). Während dort die rote Fahne vorherrschte, nimmt Angermayer sich ein gegensätzliches Symbol, den Tiroler roten Adler. Wir wollen es nicht verkennen: ein Tendenzstück. Gewöhnlich wird ja bei uns als Tendenzstück nur ein solches bezeichnet, welches eine unsympathische Tendenz vertritt, während von einem eine sympathische Tendenz vertretenden Stück behauptet wird, es sei keins. Das ist natürlich falsch und meist nicht ganz aufrichtig. Es kann auch in der Idee sehr gute Tendenzstücke geben, und dieses ist zweifellos ein gutes. Daß hier Tirols Unterdrückung durch die Italiener geschildert wird, ist schon aus dem Titel klar. In der Behandlung dieses Themas wird mit starken Eindrücken nicht gespart, sympathisch (und auch originell) ist, daß das ganze Stück an der Grenze auf österreichischem Boden spielt, wir also von

italienischen Bösewichtern und Greuelszenen auf der Bühne direkt verschont bleiben, obgleich der unerträgliche Druck der italienischen Beherrschung Südtirols über dem ganzen Stück liegt. — Zur Hauptperson hat das Stück die alte Eggthalerin, die infolge ihrer „welschen" Herkunft, auf welcher sie trotzig und stolz beharrt, zur Verräterin Tirols gestempelt wird, die aber, gleichlaufend mit ihrer Rehabilitierung, durch den Gang der Ereignisse einen völligen Umbruch erlebt, merkt, daß sie ja eigentlich ganz Tirolerin ist, und am Schluß das in ihrem Gasthause hängende Schild „si parlo italiano" durch den roten Adler Tirols ersetzt. Dieses alles recht wirkungsvoll gemacht; bemängeln könnte man einige Längen im 2. Akt; und der Umbruch der alten Eggthalerin ist ein bischen plötzlich. Aber sehr fällt das nicht ins Gewicht. Angermayer — selbst Tiroler — kennt seine Leute, und die Stärke des Stückes liegt in den Tiroler Gestalten.

Im Vordergrunde die der alten Eggthalerin. Und im Vordergrunde der Aufführung stand auch die Darstellung dieser Hauptperson durch Eva Klein-Donath. Es kann eigentlich nicht viel mehr gesagt werden, als daß sie wirklich ganz vorzüglich war, in jeder Beziehung, in Maske, Haltung und Spiel. Die anderen Rollen — meist episodischen Charakters, übergehen wir, können nur feststellen, daß fast durchweg Gutes geleistet wurde. Mit dem Dialekt wurde, freilich nicht immer erfolgreich, gekämpft (nur Lundt beherrscht ihn gut), und im 2. Akt hätte die Regie ein Nachlassen der Spannung doch irgendwie vermeiden können; aber in der Hauptsache, im wesentlichen, konnte die Aufführung eine starke Wirkung erzielen.

*

An heiteren Angelegenheiten gab es Hans Müllers bühnensichere „Groß Woche in Baden Baden" Verneuils sehr nettes „Kopf oder Schrift" und das zugkräftige „Konto X" der bekannten Firma Bernauer und Österreicher, welches die Schwierigkeit der Liierung eines edlen jüdischen Rechtsanwalts mit einer Tochter aus best-adligem Hause behandelt. — Alle diese Sachen gaben dem Ensemble gute Gelegenheiten zum Austoben, und die Aufführungen gefielen.

Zum Schluß wandte man sich wieder einmal dem Kriminellen zu, und zwar Veiller's „Prozeß Mary Dugan" Eines der am meisterhaftesten aufgebauten Kriminalstücke. Man hat seine wahre Freude an diesem glänzenden „Theater", an das ja niemand irgendwelche literarischen Anforderungen stellen wird. Kaum jemand wird sich der durch dieses Stück hervorgebrachten Spannung entziehen können.

Man kann die Sache viel lebendiger machen, als unser Schauspiel es tat (dieses war etwas für die Russen, die es bei uns vor einiger Zeit gaben). Aber im ganzen wurde das hier wesentliche „Tempo" eingehalten, und die Spannung im Publikum wuchs und wurde groß, es wurde also trotz vieler Unzulänglichkeiten im Detail (viele kleine, aber wichtige Rollen verfielen absolut) der Hauptzweck erreicht.

Alles in allem — es ist einiges geleistet worden.

W. Mueller

Bücherbesprechungen

Deutsches Leben im alten St. Petersburg. Ein Buch der Erinnerung unter Mitarbeit von Ernst Blessig, Carlo v. Kügelgen, Hans Luchsinger, Karl Walter, herausgegeben von Heinrich Pantenius und Oskar Grosberg. Riga, 1930 Buchdruckerei und Verlag R. Ruetz & Co., A.-G., Domplatz Nr. 5.

Ein Buch, das geschrieben werden mußte. Zu groß war die kulturelle Lebenskraft, die das Petersburger Deutschtum bewiesen hat, zu tief einschneidend der Einfluß, den die in der alten Zarenresidenz lebenden Deutschen und namentlich die Balten unter ihnen im Laufe von zwei Jahrhunderten auf das geistige, wirtschaftliche und zum Teil auch politische Leben der Weltstadt ausgeübt haben, als daß alles das der Vergessenheit anheimfallen sollte, nachdem dort, wo einst der Kaiserliche Adler prangte, jetzt Sichel und Hammer des Bolschewismus sich breit machen. So muß man denn den Herausgebern dieses Buches der Erinnerung und den Mitarbeitern an ihm zu Dank verpflichtet sein dafür, daß sie, wie es im Geleitwort heißt, der Nachwelt künden, was deutsche Tatkraft einst an den Ufern des Newastromes geschaffen hat, und den St. Petersburger Deutschen, die noch am Leben sind, mit ihren Darstellungen einen wehmutsvollen Gruß aus nun entschwundenen Tagen bringen. Die Verfasser des Buches, deren Namen auf dem Titelblatte genannt sind, sind auch in den baltischen Landen wohlbekannt, stammen sie doch alle aus diesen. Für Fernerstehende werden kurze biographische Daten eines jeden gegeben. Es sind darunter zwei Ärzte, zwei Journalisten, ein Pädagoge und ein Prediger, aber alle haben sie, neben der Ausübung ihres Berufs, viele Jahre lang mitten im gesellschaftlichen und kulturellen Leben der deutschen Kolonie Petersburgs gestanden in ständiger Berührung mit den verschiedensten russischen Kreisen der Residenz. So geben denn die zwanzig einzelnen Aufsätze, aus denen das Buch besteht, auf 172 Seiten ein wechselvolles Bild vom Leben und Wirken der Petersburger Deutschen namentlich in der vorrevolutionären Zeit.

Gleich zu Anfang gibt H. Pantenius in einem „Das völkische Empfinden der St. Petersburger Deutschen" betitelten Aufsatze eine Charakteristik dieser Petersburger Deutschen mit ihren Fehlern und Vorzügen, indem er in treffender Weise innerhalb der deutschen Bevölkerung der Residenz drei Typen unterscheidet: erstens die Reichsdeutschen, zweitens eine Gruppe von Volksgenossen, die er als Deutschrussen bezeichnet und zu denen er diejenigen rechnet, deren Vorfahren bereits russische Staatsangehörige waren, die aber im Gegensatz zu den Balten unter Russen lebend aufgewachsen und erzogen wurden, und drittens die Balten. Jede dieser drei Gruppen empfand in nationaler Beziehung wesentlich verschieden und hatte dementsprechend eine ihr eigentümliche Einstellung zum russischen Volke. Was speziell die in Petersburg lebenden Balten betrifft, so kann in dieser Beziehung dem kraß verallgemeinernden Urteil des Verfassers allerdings nicht beigestimmt werden.

In drei Aufsätzen wird hierauf von Pastor K. Walter und Dr. E. Blessig ein Überblick über die Geschichte und die Struktur der Evangelischen Kirche

St. Petersburgs und überhaupt Rußlands mit ihren Anstalten: Stadtmission, Unterstützungskasse, evangelisches Feldlazarett, christliche Vereine usw. gegeben und das geistig-religiöse Leben geschildert, wie es sich außerhalb der Gemeinden entwickelte, namentlich in den im Winter 1902/03 begründeten sogen. „Laienabenden" und sonstigen Vortrags- und Diskussionsabenden, wo über die durch Harnacks 1901 erschienenes Buch „Das Wesen des Christentums" angeregten Fragen, über die Fälle Jatho (1911) und Stavenhagen (1913) u. dgl. mehr diskutiert wurde. Einer von diesen drei Aufsätzen ist speziell der Deutschen Reformierten Gemeinde mit ihren hervorragenden Führern, den Pastoren Hermann Dalton (1858—1888) und Dr. Ernst Gelderblom (1888 bis 1918) gewidmet.

Drei weitere Arbeiten von Pantenius behandeln die deutschen Schulen Petersburgs und insbesondere die Schulpolitik der Petersburger Deutschen und die schwierige Lage der deutschen Schulen während des Weltkrieges und der Revolution, bis sie von dieser endgültig fortgeschwemmt wurden. Bei aller Anerkennung der Verdienste der deutschen Schulen als Pflanzstätten westeuropäischer Kultur tadelt der Verfasser hier das Fehlen einer Gesamtleitung des deutschen Schulwesens St. Petersburgs, die, wie er sich ausdrückt, „Politik des Gemeinde-Egoismus" die getrieben wurde, eine Politik, die eine Vielheit deutscher Schulen zeitigte, welche die Bedürfnisse und Mittel der deutschen Bevölkerung der Stadt überstieg, was wiederum dazu führte, daß diese Schulen zum großen Teile von russischen Kindern besucht wurden und der Geist, der unter den Schülern und Schülerinnen herrschte, einen so starken russischen Einschlag erhielt, daß die deutschen Kinder in ihren deutschen Schulen der Gefahr der Russifizierung ausgesetzt waren (Seite 57—59). Diese vom Verfasser geäußerte Befürchtung scheint uns übertrieben zu sein. Eine solche Gefahr mag bestanden haben, doch muß zugegeben werden, daß sie siegreich überwunden wurde und daß gerade die Schulgemeinschaft deutscher Kinder mit russischen nächst der deutschen Unterrichtssprache und dem Einfluß der deutschen Lehrerschaft dazu geführt hat, die russischen Zöglinge deutscher Schulen für deutsches Wesen zu gewinnen und für die Zeit ihres Lebens zu Freunden deutscher Kultur zu machen. Schreiber dieser Zeilen ist z. B. wiederholt Zeuge dessen gewesen, wie der Justizminister und nachmaliges Reichsratsmitglied Senator Manuchin mit Stolz den Petrirng an seinem Finger (eine seltene Auszeichnung für allerbeste Abiturienten der Petrischule, die lange nicht jedes Jahr zur Verteilung kam) gelegentlich zeigte, und allen, die 1910 das zweihundertjährige Jubiläum der Petrischule mitmachten, wird erinnerlich sein, mit wie begeisterten Worten er, als Vertreter der russischen Schüler der Petrischule, diese auf dem Festaktus feierte. Die Einführung der russischen Unterrichtssprache in den deutschen Kirchenschulen zu Beginn des Weltkrieges, sowie die Umwandlung der Schulen in „echt russische Sowjetschulen" nach Ausbruch der Revolution war unaufhaltbar, und diese Tatsachen lassen sich nicht aus Fehlern in der Schulpolitik der St. Petersburger Deutschen erklären, das gibt der Verfasser selbst zu (S. 67); ob aber diese Schulen mit demselben Erfolg ihre Mission als Pflanzstätten westeuropäischer Kultur in Rußland erfüllt hätten, wie sie es tatsächlich getan haben, wenn sie den vom Verfasser empfohlenen schulpolitischen Grundsatz völkischer Minderheiten befolgt hätten, nicht mehr Schulen zu unterhalten, als für die eigenen Kinder nötig ist, erscheint mehr als fraglich.

An die Arbeiten über deutsches Schulwesen reiht sich eine Darstellung von Oskar Grosberg über den Werdegang der Kaiserlichen St. Petersburger Akademie der Wissenschaften, der eine lange Reihe deutscher Männer zu Ruhm und Ansehen verholfen haben und an der selbst gegenwärtig noch, wo sie auf wenige Köpfe zusammengeschmolzen, nur ein Scheindasein führt und von ihrem alten Ruhme zehren muß, Deutsche neben Russen wirken. In einem weiteren Artikel erzählt derselbe Verfasser über das im ganzen wenig bekannte sogen. „Fiedlersche Museum", eine systematische Sammlung von Briefen, Autographen, Bildnissen u. dgl. russischer und sonstiger Dichter und Schriftsteller.

Sehr ausführlich wird darauf von O. Grosberg die deutsche Presse behandelt, wobei im Vordergrunde die „St. Petersburger Zeitung" und die Persönlichkeit ihres langjährigen Herausgebers oder vielmehr Pächters (denn die Zeitung gehörte der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften) und Chefredakteurs Paul von Kügelgen sen. stehen. Wenig freundlich wird des anderen deutschen Tagesblattes Petersburgs, des „St. Petersburger Herold" und seiner Leiter Gesellius und Pipirs gedacht, dafür in anerkennender Weise einiger Deutscher Erwähnung getan, die eine gewisse Rolle in der russischen Presse spielten; Adolf Marcks von der „Niva" Hermann Hoppe von der „Wsemirnaja Illustrazia" und Hermann Kornfeld von der „Strekosa", sowie der Kunstdruckerei von A. Wilborg und R. Golicke.

In drei einzelnen Aufsätzen schildert Dr. Ernst Blessig das Leben der deutschen Ärztekreise Petersburgs, in ihren Spezialvereinen und wissenschaftlichen Fachzeitschriften, und gibt ein anschauliches Bild von deutschen Krankenhäusern; dem evangelischen Hospital mit seinem Diakonissenhaus und dem deutschen Alexander-Hospital. Dr. H. Luchsinger tut dasselbe inbezug auf das evangelische Alexander-Stift für Frauen.

Die Bedeutung der Deutschen im wirtschaftlichen Leben, der deutschen Kaufleute, Industriellen und Handwerker zeigt uns Oskar Grosberg und die Rolle des deutschen Theaters im gesellschaftlichen Leben der Residenz — Carlo v. Kügelgen.

In aller Kürze wird von E. Blessig auch der politischen Betätigung der St. Petersburger Deutschen in der „Deutschen Gruppe des Verbandes vom 17. Oktober" gedacht. Die Tätigkeit dieser politischen Organisation hätte eine eingehendere Würdigung verdient, denn wenngleich es sich hier nur um eine zeitlich kurze Episode in der Geschichte des Petersburger Deutschtums handeln kann, so nahm die „Deutsche Gruppe" in der Zeit ihres Bestehens und namentlich in den ersten Jahren nach Verkündigung des Manifestes vom 17. Oktober 1905 das allerlebhafteste Interesse der Petersburger Deutschen in Anspruch und spielte eine ganz hervorragende Rolle in ihrem Leben als Vorschule zu politischer Betätigung; auch hat keine andere Organisation in so hohem Maße ständische und Vermögensunterschiede zu überbrücken vermocht, wie die „Deutsche Gruppe", die wirklich alle Klassen der deutschen Bevölkerung Petersburgs umfaßte. Ein historischer Irrtum soll hier zurechtgestellt werden, der übrigens nicht im Artikel des Dr. E. Blessig über die „Deutsche Gruppe", sondern in demjenigen Oskar Grosbergs über die deutsche Presse (S. 96) unterlaufen ist. Der Gedanke zur Gründung einer Deutschen Gruppe als autonomer Organisation innerhalb des Verbandes vom 17. Oktober ist nämlich nicht aus den

Kreisen der „St. Petersburger Zeitung" hervorgegangen, wie dort gesagt wird, sondern reifte zu allererst im Kreise von vier Herren, die zu dieser Zeitung nur als Leser in Beziehung standen und, in verschiedenen Berufen stehend, zufällig Philister der vier alten Dörptschen Studentenkorporationen waren. Es waren das die Herren Hugo v. Boetticher, Axel v. Gernet, Rudolf v. Freymann und Ottokar v. Radecki*). Erst später, wenn ich nicht irre, auf der unter dem Vorsitz von R. v. Freymann am 26. Dezember 1905 im Turnsaal der St. Petri-Schule stattgehabten Versammlung traten Herren von der Redaktion der „St. Petersburger Zeitung" darunter auch die Brüder Kügelgen, der „Deutschen Gruppe" bei, an deren Wirken sie dann persönlich wie auch die Zeitung als solche lebhaften Anteil nahmen, obwohl es auch solche unter ihnen gab, welche stark kadettisch angehaucht waren und zur „Deutschen Gruppe", ihren äußersten linken Flügel bildend, nur deshalb gehörten, weil diese eben die einzige zur Zeit bestehende deutsche politische Organisation war. Es sei hier noch erwähnt, daß Baron Meyendorff, der zweimal Mitglied der Reichsduma und das zweite Mal auch ihr Vizepräsident war, dieses Mal als Kandidat des Verbandes vom 17. Oktober und speziell von dessen „Deutscher Gruppe" gewählt wurde.

Nicht vergessen sind in der besprochenen Sammlung die Feiern der Dorpatenser, der Philister der studentischen Korporationen, die in Petersburg stark vertreten waren und eng zusammenhielten. Endlich wird auch über das deutsche Vereinsleben im roten Petrograd 1917—1920 berichtet.

Nicht alle Seiten des Lebens und Wirkens der Petersburger Deutschen sind in dem Buche Pantenius' und Grosbergs beleuchtet. Das rege Vereinsleben, speziell in den verschiedenen deutschen Gesangvereinen, kommt nur für die Zeit der bolschewistischen Herrschaft mehr eingehend zur Darstellung; die „Deutsche Kommission" wird nur hin und wieder flüchtig erwähnt, ohne daß dieses Instituts, welches nach dem Kriege in der Bolschewistenzeit, als Nachfolgerin der Schwedischen Gesandtschaft, den Rücktransport der deutschen, österreichischen und türkischen Kriegsgefangenen in die Heimat bewerkstelligte und in dem eine große Anzahl Deutscher russischer Staatsangehörigkeit Zuflucht und Tätigkeit fanden, näher gedacht wird; der sog. „Petrobaltik", ein breit angelegter Konsumverein aus derselben Zeit, der, von Deutschen verwaltet, vielen Tausenden von Deutschen, Letten und Esten über das Elend der Nahrungssorgen hinweghalf, bis auch ihm von den Roten ein gewaltsames Ende gemacht wurde, wird überhaupt nicht erwähnt. Ohne Darstellung und Besprechung ist auch die Stellung der vielen Deutschen in der russischen Beamtenschaft, am Kaiserlichen Hof und im Offizierskorps namentlich der Garde geblieben. So ließe sich noch manches finden, worüber das Buch schweigt. Es macht ja aber auch keinen Anspruch auf Vollständigkeit, es will ein Buch der Erinnerung sein, und ein solches trägt natürlich in hohem Grade einen persönlichen Charakter. Es ist aber mehr als ein bloßes Buch der Erinnerung, denn der Stoff, den es behandelt, die Schilderungen, die es gibt, sind von allgemeinem kulturellen, ich möchte sagen: historischen Interesse auch für die Nachwelt.

R. v. Freymann

*) O. v. Radecki entwarf und leitete die Organisation der Gruppe und R. v. Freymann war mit Baron A. Meyendorff fünf Jahre lang gewählter Vertreter der Gruppe im Zentralkomitee des Verbandes.

Als letzter Band der Sammlung „Baltisches Geistesleben" erschien soeben im Verlage von Kluge u. Stroehm-Reval das Buch: „Goethe und der baltische Osten" von Dr. O. von Petersen, Dozenten am Herder-Institut zu Riga. Der Verfasser des umfangreichen Werkes ist bemüht gewesen, auf Grund sorgfältigen Quellenstudiums die tiefgreifende Wirkung Goethes auf das geistige und kulturelle Leben des Baltentums zu erforschen und in einem Bilde von eindringlicher Kraft darzustellen. Wir behalten uns eine eingehende Würdigung der bedeutenden Arbeit vor.

Büchereingang

Besprechung vorbehalten

Werner Bergengruen, Herzog Karl der Kühne. Roman. Drei Masken-Verlag A.-G., München.

Max Hildebert Boehm, Die deutschen Grenzlande. 2. vermehrte Aufl. 1930. Verlag von Reimar Hobbing in Berlin.

Dr. med. Isidorus Brennsohn, Die Ärzte Kurlands vom Beginn der herzoglichen Zeit bis zur Gegenwart. 2. wesentlich vermehrte und erweiterte Ausgabe. Riga 1929. Verlag von Ernst Plates A.-G.

Wladimir Brunowski, In Sowjetkerkern. (Einzig berechtigte Übersetzung aus dem Russischen von R. v. Campenhausen.) Union Deutsche Verlagsgesellschaft Stuttgart/Berlin/Leipzig.

Frh. Eduard von Dellingshausen, Im Dienste der Heimat! Stuttgart 1930. (Schriften des Deutschen Auslandinstituts Stuttgart. Reihe D: Biographien und Denkwürdigkeiten. Band 3.) Ausland und Heimat Verlags-Aktiengesellschaft.

Woldemar von Falz-Fein, Zwei Kriege. 1930. Verlag von Georg Stilke, Berlin.

Erich Fischer, 10 neue deutsche Volkslieder. Das Ergebnis der deutschen Volksliederspende. Ed. Bote und G. Bock. Berlin W 8.

Dr. Gottfried Fittbogen, Was jeder Deutsche vom Grenz- und Auslanddeutschtum wissen muß. 6. neubearbeitete Aufl. München und Berlin 1929 Druck und Verlag von R. Oldenbourg.

Otto von Grünewaldt, Lieder. Verlag F Wassermann, Reval 1929.

D. Traugott Hahn sen., Gott allein die Ehre. Kindheit und Jugend des † D. Traugott Hahn, Dorpat. Verlegt bei Eugen Salzer in Heilbronn 1930.

Heinrich Hempel, Gut Kunst. Weimarischer Verlag G. m. b. H. Weimar.

Dr. Georg Jensch, Der Handel Rigas im 17. Jahrhundert. Riga 1930. (Mitteilungen aus der livl. Geschichte. Herausgegeben von der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde zu Riga. 24. Bd., 2. Heft.) Nikolai Kymmels Buchhandlung in Kommission.

A. Katterfeld, Das Diakonissen-Mutterhaus zu Mitau in Leben, Martyrium und Aufbau. Selbstverlag des Mitauer Diakonissenhauses.

A. Katterfeld, Paul Wachtsmuth. Ein Hochwegwanderer aus der Schar baltischer Märtyrer. Selbstverlag des Mitauer Diakonissenhauses.

Gottfried Kittel, Unser Onkel Eduard. Erinnerungen an Eduard von Gebhardt. Verlegt bei Eugen Salzer in Heilbronn. 1930.

Publikationen aus dem Revaler Stadtarchiv Nr. 4: Revaler Geleitsbuch-Bruchstücke, hrsg. v. P. Johansen (1929); Nr. 5: Das Revaler Pergament-Rentenbuch, hrsg. v. Artur Plaesterer (1930). Revaler Estn. Verlagsgenossenschaft.

Alfred v. Roth-Rösthof, Ba Menelik. Erlebnisse mit abessinischen Pflanzern, Jägern, Fürsten und Goldsuchern. F. A. Brockhaus / Leipzig 1930.

Johannes Schleuning, Im Kampf und Todesnot. Die Tragödie des Rußlanddeutschtums. 9. u. 10. Tausend. Verlag Bernard und Graefe, Berlin-Charlottenburg 1.

Max Schulze-Sölde, Ein Mensch dieser Zeit. Im Urquell-Verlag Erich Röth Flarchheim in Thüringen 1930.

Erich Seeberg, Adolf von Harnack (Sammlung gemeinverständlicher Vorträge. 150). J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen 1930.

Kurt Seesemann, Vernichtung der Wirtschaft. (1930). Merkator-Verlag, Duisburg.

Kurt Stavenhagen, Volk und Muttersprache. 1930. Wilhelm Braumüller, Universitäts-Verlagsbuchhandlung, Wien und Leipzig.

Alexander von Tobien, Die Livländische Ritterschaft. 2. Bd. Postume Ausgabe. Berlin 1930. Verlag von Walter de Gruyter u. Ko.

Walter zur Ungnad, Baltische Schatten. Hanseatische Verlagsanstalt. Hamburg / Berlin / Leipzig.

Die Verwaltung des Deutschen Bildungswesens Lettlands 1920—1930. Ein Tätigkeitsbericht. Riga 1929. Buchdruckerei R. Ruetz u. Ko.

Universitätsdozent Dr. W. Zaloziecky j, Das geistige Leben der Ukraine in Vergangenheit und Gegenwart. 1930. (Deutschtum und Ausland. Studien zum Auslanddeutschtum und zur Auslandkultur. Herausgegeben von Georg Schreiber.) Münster in Westfalen. Aschendorffsche Verlagsbuchhandlung.

Werner Zoege von Manteuffel, Professor der Chirurgie in Dorpat. Ein Lebensbild in Briefen, Erinnerungen und Worten seiner Freunde und Schüler. Mit 19 Bildern. Zusammengefaßt von Anna v. Kügelgen. Reval 1931. (Beiträge zur Kunde Estlands, herausgegeben von der Estländischen Literärischen Gesellschaft in Reval. XVI. Bd. 2.—6. Heft.) Estl. Verlagsgesellschaft Wold. Kentmann u. Ko.

Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Reinhard Wittram